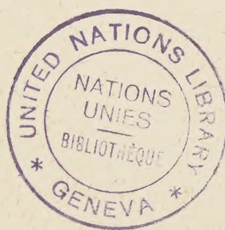
EUROPA-ARCHIV

Herausgegeben von Wilhelm Cornides

HALBMONATSSCHRIFT
DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT
FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK



Sechzehnter Jahrgang

ZEITTAFEL UND DOKUMENTE

Erstes Halbjahr 1961 (Folge 1 bis 12)

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK

Erläuterungen

Die Zeittafel umfaßt den Zeitraum vom 1. Dezember 1960 bis zum 31. Mai 1961.

Die Dokumentation enthält Texte aus der Zeit von Oktober 1960 bis Juni 1961.

Im Sachverzeichnis sind die Seitenzahlen, die auf den Wortlaut eines Dokumentes hinweisen, durch fetteren Druck hervorgehoben. Das gleiche gilt für die Seitenzahlen im Personenverzeichnis, die auf eine Rede oder Erklärung der betr. Person hinweisen.

Berichtigungen

Folge 5/1961:

S. D 126 und Inhaltsverzeichnis: Die Ueberschrift des Dokumentes muß lauten „Kommuniqué über die Tagung des Ministerausschusses des Europarats in Paris (nicht Straßburg) vom 12. Dezember 1960".

Folge 9/1961:

S. D 265 und Inhaltsverzeichnis: Die Ueberschrift für das erste Dokument muß lauten „Kommuniqué vom 8. (nicht 4.) April 1961 über die Beratungen zwischen Präsident John F. Kennedy und Premierminister Harold Macmillan".

EUROPA-ARCHIV

HALBMONATSSCHRIFT DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK

BONN, SCHAUMBURG-LIPPE-STRASSE 6 · TELEFON 31694/97

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co.)

Chefredakteur: Hermann Volle (H. V.)

Redaktion: Erika Feldmann (E. F.), Dr. Curt Gasteyger (C. G.), Helga Haftendorn (H. H.), Norbert Kohlhase (N. K.), Joachim Willmann (Wi.)

Vertrieb: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Abteilung Europa-Archiv, Frankfurt am Main, Große Eschenheimer Straße 16—18, Telefon 2 04 71. Bankkonto: Georg Hauck & Sohn, Frankfurt a. M., Nr. 3022, Postscheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 208649.

Auslieferung für Oesterreich: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

Anzeigenverwaltung: Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6, Telefon 3 16 94.

Herstellung: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Verzeichnis der Dokumente

(nach der Zeitfolge)

Sachverzeichnis

für Zeittafel (Z) und Dokumente (D)

Personenverzeichnis

für Zeittafel (Z) und Dokumente (D)

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Dezember 1960

Aethiopien

14. Dezember: Während eines Staatsbesuches von Kaiser Haile *Selassie* in Brasilien erfolgt in Addis Abeba ein Umsturzversuch.

Algerien

9.—12. Dezember: Staatspräsident Charles *de Gaulle* unternimmt eine Inspektionsreise durch die algerischen Departements. An den von ihm besuchten Orten mahnt de Gaulle zur Einigkeit und fordert die Bewohner Algeriens auf, zusammen mit Frankreich ein neues Algerien zu errichten, das auf der Eintracht aller in Algerien lebenden Menschen beruhen soll. Für den nach der Wiederherstellung des Friedens zu erfolgenden Aufbau des Landes biete Frankreich seine Hilfe an. In den nichtbesuchten Städten Oran und Algier kommt es am *9. Dezember* zu Demonstrationen der Extremisten. Am *10.* und *11. Dezember* werden in Algier Truppen und bewaffnete Polizeieinheiten zur Wiederherstellung der Ordnung eingesetzt. Bei den Unruhen gibt es zahlreiche Tote und Verletzte. Unter dem Eindruck der Ereignisse beschließt de Gaulle, einen Tag früher als vorgesehen nach Paris zurückzukehren.

Belgien

5.—8. Dezember: Der Ministerpräsident von Katanga, Moise *Tchombé,* besucht Belgien und führt in Brüssel Besprechungen mit Mitgliedern der Regierung sowie mit Vertretern der EWG. In einer Pressekonferenz äußert Tchombé seine Zufriedenheit über die Gespräche, in denen wirtschaftliche, finanzielle und soziale Fragen berührt worden seien.

Burma

12. Dezember: Die indisch-chinesische Grenzkommission beendet in Rangun ihre am 7. November begonnene 3. Sitzungsperiode mit der Unterzeichnung eines Abschlußberichtes an die beiden Regierungen.

China

12. Dezember: Die indisch-chinesische Grenzkommission beendet in Rangun ihre 3. Sitzungsperiode (vgl. Burma).

Dahome

11. Dezember: Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wird Hubert *Maga* zum Präsidenten wiedergewählt. Seine Partei, die Demokratische Sammlungsbewegung von Dahome (RDD), erringt auch den Wahlsieg über die Demokratische Union von Dahome (UDD).

Deutschland

2. Dezember: Der Vorsitzende des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter *Ulbricht,* erklärt in Ost-Berlin nach seiner Rückkehr von den Moskauer Beratungen von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, die Erörterungen hätten die Einheit der Auffassungen aller kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt bestätigt. Die von der Konferenz angenommene Erklärung stelle eine Weiterentwicklung des Moskauer Manifestes von 1957 dar und zeuge von der Einheit und bewaffneten Stärke der kommunistischen Weltbewegung. Ulbricht erklärt, die sozialistischen Staaten hätten sich erneut verpflichtet, die „Unantastbarkeit der Deutschen Demokratischen Republik" zu schützen.

Der niederländische Außenminister, Josef *Luns,* führt in Bonn mit Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* einen Meinungsaustausch über europäische Fragen.

9. Dezember: Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums teilt auf einer Pressekonferenz in Bonn mit, der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, General Lauris D. *Norstad,* habe die Bundesregierung in einem Schreiben aufgefordert, für den vorgesehenen beweglichen Eingreifverband der NATO (vgl. Westeuropäische Union), der mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet werden soll, ein Bataillon zur Verfügung zu stellen.

12. Dezember: Die in Bonn geführten Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik werden ausgesetzt, da die sowjetische Delegation sich nicht bereit findet, eine Erklärung entgegenzunehmen, wonach der Vertrag für das gesamte Wäh-

rungsgebiet der DM-West, d. h. also auch für West-Berlin anzuwenden sei.

Dominikanische Republik

1. Dezember: Die Regierung kündigt ihre Mitgliedschaft in der Weltbank. Sie verliert damit zugleich ihre Mitgliedschaft bei der International Finance Corporation.

Frankreich

1. Dezember: Nachdem der Senat am 30. November zum zweiten Mal den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf über die Atomrüstung der französischen Armee und die Modernisierung der Streitkräfte abgelehnt hat, berät die Nationalversammlung zum dritten Mal über den Entwurf. Premierminister Michel *Debré* stellt wiederum die Vertrauensfrage, worauf die Opposition einen Tadelsantrag gegen die Absicht der Regierung, die französischen Atomwaffen auf nationaler Basis zu entwickeln, einbringt. Bei der Abstimmung über diesen Antrag am *6. Dezember* sprechen sich 215 Abgeordnete für den Tadel aus, womit die verfassungsmäßig erforderliche Mehrheit erneut nicht erreicht wird. Das Gesetz gilt damit als angenommen. (Vgl. S. D 33.)

7.—8. Dezember: Premierminister Michel *Debré* kündigt in einer Regierungserklärung zu Beginn der Algerien-Debatte der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf für eine Volksbefragung zur Algerien-Politik der französischen Regierung an. Im Verlauf der Debatte bringen die Abgeordneten der UNR ihr Vertrauen zu der Politik der Regierung zum Ausdruck. Von seiten der Unabhängigen und der extremen Rechten wird dagegen heftige Kritik geübt. Von einigen Abgeordneten wird die Volksabstimmung als verfassungswidrig bezeichnet. Der am *8. Dezember* vom Ministerrat festgelegte Gesetzentwurf über die Selbstbestimmung der algerischen Bevölkerung und die Verordnung über den Wortlaut der Frage für die Volksabstimmung am 8. Januar 1961 werden am *9. Dezember* im *Journal Officiel* veröffentlicht. In der Verordnung werden die Wähler aufgerufen, mit Ja oder Nein auf die Frage zu antworten, ob sie der Gesetzesvorlage zustimmen. Der Gesetzentwurf sieht eine direkte und allgemeine Abstimmung der algerischen Bevölkerung über ihr Verhältnis zur Französischen Republik vor, sobald es die Sicherheit in Algerien gestatte. Ferner sieht der Gesetzentwurf eine provisorische Organisation der algerischen Behörden bis zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes vor.

Großbritannien

13. Dezember: Verteidigungsminister Harold *Watkinson* erklärt in der Verteidigungsdebatte des Unterhauses, solange die Abrüstung nicht erreicht sei, sei die nukleare Abschreckung ein bedeutsamer Faktor für die Erhaltung des Friedens. Daher müsse Großbritannien auch in Zukunft seinen Beitrag zur Erhaltung des Gleichgewichts der Abschreckung leisten. Watkinson erklärt, die Regierung begrüße jeden Vorschlag, der die NATO stärke und die Sowjetunion davon überzeuge, daß sie ihre Ziele in Europa nicht durch Anwendung von Gewalt erreichen könne. Ein von der Opposition eingebrachter Antrag, in dem die Verteidigungspolitik der Regierung kritisiert und die Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstung betont wird, verfällt mit 318 gegen 163 Stimmen bei 50 Stimmenthaltungen der Ablehnung.

Ghana

1.—5. Dezember: Kaiser Haile *Selassie* von Aethiopien besucht Ghana und führt in Accra Besprechungen mit Präsident Kwame *Nkrumah.* In einem gemeinsamen Kommuniqué erklären die Gesprächspartner, eine Union der afrikanischen Staaten sollte im Interesse der afrikanischen Solidarität und Sicherheit erwogen werden. Die Ereignisse im Kongo zeigten, daß die Unabhängigkeit der jungen afrikanischen Staaten gefährdet sei. Ferner heißt es in dem Kommuniqué, die beiden Staatsmänner hätten die Einsetzung eines afrikanischen Oberkommandos und die Schaffung einer einheitlichen afrikanischen Währungszone mit einer Zentralbank erörtert.

5. Dezember: Außenminister Ako *Adjei* gibt in Accra den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Belgien bekannt. Der belgische Botschafter sei aufgefordert worden, innerhalb von 48 Stunden das Land zu verlassen. In einer Presseerklärung macht Adjei Belgien für den Zusam-

menbruch der rechtmäßigen kongolesischen Regierung unter Ministerpräsident Patrice *Lumumba* verantwortlich.

Italien

1.—4. Dezember: Der jugoslawische Außenminister, Koca *Popovic,* führt in Rom mit Staatspräsident Giovanni *Gronchi,* Ministerpräsident Amintore *Fanfani* und Außenminister Antonio *Segni* Besprechungen über die internationale Lage. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird die Herzlichkeit der Gespräche betont und erklärt, die Besprechungen hätten eine eingehende Prüfung des Standes der Beziehungen zwischen beiden Ländern ermöglicht.

Indien

12. Dezember: Die indisch-chinesische Grenzkommission beendet in Rangun ihre dritte Sitzungsperiode (vgl. Burma).

Indonesien

12. Dezember: In Djakarta wird im Namen des Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel *Nasser,* und Präsident Achmed *Soekarnos* ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, in dem die Vereinten Nationen des Kolonialismus beschuldigt und die afrikanisch-asiatischen Länder aufgefordert werden, sich für die Rückkehr des abgesetzten kongolesischen Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba,* an die Macht einzusetzen.

Japan

8. Dezember: Das Parlament wählt Hayato *Ikeda* zum Ministerpräsidenten. Am gleichen Tage bildet Ikeda eine neue Regierung. Ihr gehören an: Außenminister: Zentaro *Kosaka,* Justizminister: Koshiro *Ueki,* Finanzminister: Mikio *Mizuta,* Erziehungsminister: Masuo *Araki,* Wohlfahrtsminister: Yoshimi *Furui,* Minister für Land- und Forstwirtschaft: Hideo *Suto,* Minister für Außenhandel und Industrie: Etsusaburo *Shina,* Transportminister: Budayu *Kogure,* Arbeitsminister: Hirohide *Ishida,* Aufbauminister: Umekichi *Nakamura,* Innenminister: Ken *Yasui,* Staatsminister für Verwaltung und für Hokkaido: Saeki *Ozawa,* Verteidigungsminister: Naomi *Nishimura,* Minister für Wirtschaftsplanung: Hisatsune *Sekomizu,* Minister für Wissenschaft und Kernenergie: Masanosuke *Ikeda.*

Kolumbien

5. Dezember: Das Parlament beschließt eine Aenderung des Artikels 121 der Verfassung, der dem Präsidenten das Recht zur Proklamierung des Kriegszustandes und zu einer möglichen Suspendierung der Bürgerrechte überträgt.

Kongo (Léopoldville)

1. Dezember: Staatspräsident Joseph *Kasavubu* fordert in einem Schreiben an den Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel *Nasser,* die Abberufung des Botschafters der VAR. Er begründet seinen Schritt mit der Unterstützung des abgesetzten Ministerpräsidenten Patrice *Lumumba* durch die VAR.

2. Dezember: Der geflüchtete, abgesetzte Ministerpräsident Patrice *Lumumba* wird von Soldaten des Oberbefehlshabers der Armee, Joseph *Mobutu,* in Luluabourg festgenommen und nach Thysville gebracht.

7. Dezember: In Beantwortung von zwei Schreiben des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* vom 3. und 5. Dezember (vgl. Vereinte Nationen) erklärt Staatspräsident Joseph *Kasavubu,* die Festnahme und Inhaftierung Patrice *Lumumbas* sei eine innerkongolesische Angelegenheit. Er ersucht Hammarskjöld, seinen Einfluß geltend zu machen, daß jede Agitation und Intervention zugunsten Lumumbas unterbleibe. In dem Schreiben heißt es, Lumumba werde vor ein Gericht gestellt und der Beeinträchtigung der Sicherheit des Staates und des „Völkermords" angeklagt werden.

Korea

6. Dezember: Zum Abschluß einwöchiger Verhandlungen einer kubanischen Wirtschaftsdelegation unter Führung des Präsidenten der kubanischen Nationalbank, Ernesto *Guevara,* mit Mitgliedern der Regierung der Volksrepublik Korea werden in Pjöng-jang Abkommen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, über den Handels- und Zahlungsverkehr und über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten unterzeichnet.

Laos

4. Dezember: Zwischen Truppen der Regierung und der Gegenregierung von General Phoumi *Nosavan* kommt es zu Kämpfen. Am 5. Dezember ersucht Ministerpräsident Souvanna *Phouma* die Regierung der Vereinigten Staaten in einer Note, ihre Waffenhilfe an die Truppen Nosavans einzustellen. Am *8. Dezember* brechen in Vientiane Straßenkämpfe zwischen rivalisierenden Truppenverbänden aus. Am gleichen Tage wird im Anschluß an eine Kabinettssitzung bekanntgegeben, Ministerpräsident Souvanna Phouma sei bereit, sofort mit Nosavan über eine Feuereinstellung zu verhandeln. Am *9. Dezember* übernehmen Fallschirmjäger unter dem Kommando von Hauptmann Kong *Le* die Macht in der Hauptstadt. Darauf flieht Souvanna Phouma nach Kambodscha. Am *12. Dezember* gibt Kong Le die Einbeziehung der prokommunistischen Pathet Lao-Verbände in die Garnison von Vientiane bekannt. Am gleichen Tage erklärt eine in Savannakhet versammelte Mehrheit von Abgeordneten der Nationalversammlung die Regierung Souvanna Phouma für abgesetzt. Am *13. Dezember* bildet *Boun Oum* in Savannakhet eine neue Regierung, in der General Phoumi Nosavan die Aemter des stellvertretenden Ministerpräsidenten und des Verteidigungsministers übernimmt. Außenminister wird der ehemalige Botschafter in Thailand, Shao *Khanpan.* Am gleichen Tage beginnen in Vientiane Kämpfe zwischen Truppen Kong Les und Nosavans.

Mali

6. Dezember: In einem Kommuniqué über die Zusammenkunft des Präsidenten von Guinea, Sekou *Touré,* mit Präsident Modibo *Keita* am 4. Dezember wird mitgeteilt, beide Länder würden ihre Zusammenarbeit auf der Grundlage des Antiimperialismus verstärken. Es seien der Austausch von Residierenden Ministern und die Intensivierung der Beziehungen zu Ghana vereinbart worden.

Mongolische Volksrepublik

10.—13. Dezember: Das Staatsoberhaupt Kambodschas, Norodom *Sihanouk,* und Ministerpräsident Pho *Proeung* besuchen die Mongolische Volksrepublik und führen in Ulan Bator Besprechungen mit Ministerpräsident Umragin *Tsedenbal.* In einem gemeinsamen Kommuniqué bekennen sich die Gesprächspartner zu den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz und zu der Genfer Indochina-Erklärung von 1954.

Nepal

15. Dezember: König *Mahendra* läßt Ministerpräsident Bishevar Prasad *Koirala* verhaften und entläßt die Regierung. Zugleich löst er das Parlament auf.

Neuseeland

12. Dezember: Nach dem Wahlsieg der Nationalen Partei bildet Keith *Holyoake* eine neue Regierung, in der er auch das Amt des Außenministers übernimmt. Verteidigungsminister wird D. J. *Eyre.*

Norwegen

7. Dezember: Außenminister Halvard *Lange* erklärt in einem Vortrag in Oslo, die Regierung beabsichtige nicht, die Streitkräfte mit atomaren Waffen auszurüsten. Dadurch werde zwar die Landesverteidigung geschwächt und das Verhältnis zu denjenigen Bündnispartnern belastet, die sich vertraglich verpflichtet hätten, Norwegen im Falle eines Angriffs beizustehen. Die Regierung könne jedoch bei einer Gesamtbeurteilung der Außen- und Verteidigungspolitik, wobei insbesondere die Rücksichtnahme auf die Sowjetunion und die skandinavischen Länder eine Rolle spiele, keine andere Entscheidung treffen.

Obervolta

8. Dezember: Die Nationalversammlung wählt Maurice *Yameogo* zum Staatspräsidenten.

Oesterreich

6. Dezember: Der Generalsekretär der EFTA, Frank E. *Figgures,* führt in Wien Besprechungen mit Bundeskanzler Julius *Raab,* Außenminister Bruno *Kreisky* und Handelsminister Fritz *Bock.*

Außenminister Bruno *Kreisky* warnt in einer Rede vor dem Nationalrat vor übertriebenen Hoffnungen auf eine baldige Beilegung des Südtirol-Konflikts. Er erklärt, der Beschluß der Vereinten Nationen habe lediglich die Grundlage für neue

Verhandlungen mit Italien geschaffen, deren Ausgang jedoch weitgehend von der Haltung der italienischen Regierung abhängen werde. Kreisky setzt sich für die Hinzuziehung eines Vertreters von Südtirol zu den Verhandlungen ein.

Schweden

2. Dezember: Der britische Staatsminister im Außenministerium und Lordsiegelbewahrer, Edward *Heath,* beendet einen dreitägigen Besuch Schwedens, in dessen Verlauf er in Stockholm mit Ministerpräsident Tage *Erlander,* Außenminister Oesten *Unden* und Handelsminister Gunnar *Lange* Besprechungen über handelspolitische Probleme der EFTA und die Bemühungen um eine Annäherung von EWG und EFTA führte. Dabei wurde auch die Frage einer Assoziierung Finnlands an die EFTA erörtert.

Schweiz

15. Dezember: Bundesrat Friedrich T. *Wahlen* wird als Nachfolger von Bundesrat Max *Petitpierre* zum Bundespräsidenten gewählt. Wahlen behält weiterhin die Leitung des Wirtschaftsressorts.

Sowjetunion

3. Dezember: Das Staatsoberhaupt von Kambodscha, Prinz Norodom *Sihanouk,* beendet einen sechstägigen Besuch der Sowjetunion, in dessen Verlauf Prinz Sihanouk in Moskau Besprechungen mit Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué fordern die Gesprächspartner die Einberufung der Vollversammlung der Vereinten Nationen zu einer Sondersitzung zur Abrüstungsfrage und die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen. In dem Kommuniqué heißt es ferner, die Sowjetunion begrüße die Neutralitätspolitik Kambodschas als einen Beitrag zur Entspannung und zum Frieden in der Welt.

5. Dezember: Die Regierung fordert in einer Erklärung die Vollversammlung und den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf, sich mit der Lage im Kongo zu befassen. In der Erklärung werden die sofortige Freilassung des von dem Oberbefehlshaber der kongolesischen Armee, Oberst Joseph *Mobutu,* verhafteten ehemaligen Ministerpräsidenten Patrice *Lumumba,* die Entwaffnung der „Banden Mobutus" und die Untersuchung von Waffenlieferungen an Mobutu durch eine aus Vertretern afrikanischer und asiatischer Länder gebildete Kommission sowie die Ausweisung aller belgischen Militär- und Zivilpersonen aus dem Kongo gefordert.

7. Dezember: Die Regierung fordert in einer in Moskau veröffentlichten Erklärung den Abzug aller fremden Truppen aus der Republik Korea und die Zulassung von Vertretern beider Teile Koreas zu den Beratungen der Vereinten Nationen über ihr Land. In der Erklärung werden die Vereinigten Staaten beschuldigt, sie verhinderten eine Wiedervereinigung Koreas.

10. Dezember: Der Vizepräsident der Vereinigten Arabischen Republik, Abdel Hakim *Amer,* beendet einen am 30. November begonnenen Besuch der Sowjetunion, in dessen Verlauf er in Moskau Besprechungen mit Mitgliedern der Regierung führte. Zum Abschluß der Besprechungen wird ein Vertrag über die sowjetische Beteiligung beim zweiten Industrialisierungsplan der VAR und beim Bau des Assuan-Staudammes unterzeichnet.

11. Dezember: Die Regierung beschuldigt in einer Erklärung die britische Regierung, sie habe mit der Bereitstellung eines Stützpunktes für amerikanische Polaris-Unterseeboote in Schottland die Grundlagen des gegenseitigen Vertrauens erschüttert, um das der britische Premierminister, Harold *Macmillan,* angeblich so sehr bemüht sei. In der Erklärung heißt es, die Sowjetunion werde nicht zögern, Provokationen der amerikanischen Unterseeboote mit Gegenschlägen gegen den Stützpunkt zu beantworten.

13. Dezember: Die Regierung beschuldigt in einer Note die Regierung der Vereinigten Staaten, sie unterstütze die „Rebellengruppen" von General Phoumi *Nosavan* in Laos. Dies sei eine „flagrante Verletzung" der Genfer Indochina-Erklärung von 1954. Für die daraus entstehenden Folgen hätten die Vereinigten Staaten die volle Verantwortung zu tragen.

Tunesien

12. Dezember: Der Ministerpräsident der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas,* erklärt auf einer Pressekonferenz in Tunis, die von der französischen Regierung vorgesehene Reorganisation der Verwaltung in Algerien werde den Krieg verschlimmern. Das Referendum über die Zukunft Algeriens (vgl. Frankreich) sei nur ein Verzögerungsmanöver der französischen Regierung und werde die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Algerier niemals zur Kapitulation veranlassen.

Unter Hinweis auf die blutigen Ereignisse in Algerien (vgl. Algerien) verlangt der Ministerpräsident der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas,* in einem Telegramm an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* eine Intervention der Organisation.

Venezuela

1. Dezember: Die Regierung teilt in einem in Caracas veröffentlichten Kommuniqué mit, die am 27. November ausgebrochenen Unruhen hätten sich auch auf eine Reihe anderer Staaten Venezuelas ausgebreitet. Bei Schießereien mit der Nationalgarde habe es Tote und Verwundete gegeben. Mehr als 200 Personen seien in den letzten Tagen wegen des Verdachts festgenommen worden, an Plänen zum Sturz der Regierung beteiligt zu sein. Am *10. Dezember* erklärt Präsident Romulo *Bétancourt* in einer Rede in Maturin City, die Bürgerrechte blieben solange suspendiert, bis die Unruhen im Lande endgültig beseitigt und die Unruheherde ausgeräumt seien.

Vereinigte Arabische Republik

1. Dezember: Als Gegenmaßnahme auf die Ausweisung der Diplomaten der VAR aus dem Kongo (Léopoldville) verstaatlicht die Regierung alle belgischen Unternehmen in Aegypten.

Vereinigte Staaten

4. Dezember: Finanzminister Robert B. *Anderson* berichtet in einer Fernsehansprache über die deutsch-amerikanischen Finanzverhandlungen in Bonn vom 19. bis zum 23. September. Er erklärt, die Bundesregierung sei durch die amerikanischen Vorschläge zu einer Beteiligung an den Stationierungskosten amerikanischer Truppen in Deutschland nicht überrascht worden. Diese Frage sei vielmehr schon auf der Tagung der Weltbank Ende September mit den deutschen Delegierten besprochen worden. Zudem sei die Bundesregierung auf diplomatischem Wege unterrichtet worden. Anderson teilt mit, der Bundesrepublik sei die Schaffung eines Fonds in Höhe von 600 Millionen Dollar vorgeschlagen worden, aus dem Rüstungskäufe der NATO-Mitglieder finanziert werden sollten.

6. Dezember: Präsident Dwight D. *Eisenhower* führt in Washington eine Unterredung mit seinem Nachfolger, Senator John F. *Kennedy,* zu der später auch Außenminister Christian A. *Herter,* Finanzminister Robert B. *Anderson* und Verteidigungsminister Thomas S. *Gates* hinzugezogen werden.

7. Dezember: Das Außenministerium weist in einer Erklärung die sowjetische Beschuldigung zurück, die Vereinigten Staaten verhinderten eine Wiedervereinigung Koreas (vgl. Sowjetunion). In der Erklärung heißt es, alle Bemühungen in dieser Richtung seien vielmehr an der starren Haltung der Kommunisten gescheitert. Die Regierung beabsichtige nicht, ihre Truppen zurückzuziehen, bevor die koreanische Frage im Einklang mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen gelöst sei.

Präsident Dwight D. *Eisenhower* ordnet den Rückzug der Flotteneinheiten an, die seit dem 17. November zum Schutze Guatemalas und Nicaraguas vor möglichen Invasionen im Karibischen Meer patrouillierten.

13. Dezember: In einer Erklärung des Außenministeriums wird die gegenwärtige Lage in Algerien als sehr beunruhigend bezeichnet. Es wird jedoch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es dem französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle,* gelingen möge, die Feindseligkeiten zu beenden und ein neues, friedliches Algerien zu schaffen, wie es den Wünschen des algerischen Volkes entspreche.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

4. Dezember: Der Sicherheitsrat berät über einen französisch-tunesischen Antrag, der Vollversammlung die Aufnahme Mauretaniens zu empfehlen. Vor Eintritt in die Debatte versucht der Vorsitzende des Rates, der sowjetische Delegierte Valerian A. *Sorin*, die Aufnahme Mauretaniens mit der Aufnahme der Mongolischen Volksrepublik zu verbinden. Nach längerer Verfahrensdebatte beschließt der Rat mit 9 Stimmen gegen die Stimmen der Sowjetunion und Polens, nur die Aufnahme Mauretaniens zu behandeln, und lehnt den sowjetischen Antrag mit 5 gegen 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Bei der Abstimmung über den französisch-tunesischen Antrag stimmen der sowjetische und der polnische Delegierte bei Stimmenthaltung des Vertreters von Ceylon gegen die Empfehlung.

5. Dezember: Die Vollversammlung nimmt mit 71 Stimmen bei 10 Enthaltungen eine Resolution an, in der allen Ländern und Organisationen für ihren Beitrag zum Welt-Flüchtlingsjahr gedankt und die Notwendigkeit weiterer Unterstützungsmaßnahmen zur Lösung des Flüchtlingsproblems unterstrichen wird.

Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* legt dem Sicherheitsrat einen Bericht über die Umstände der Verhaftung des abgesetzten kongolesischen Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba* (vgl. Kongo), vor. Darin wird betont, daß die Vereinten Nationen nur innerhalb der Residenz Lumumbas zu Schutzmaßnahmen befugt gewesen seien und daß Lumumba ohne Wissen der UN-Stellen geflüchtet sei. Dem Bericht sind zwei Schreiben Hammarskjölds vom 3. und 5. Dezember an den kongolesischen Staatspräsidenten, Joseph *Kasavubu*, beigefügt, in denen dieser ersucht wird, für eine menschenwürdige Behandlung Lumumbas und für eine ordnungsmäßige Prozeßführung bei dessen Aburteilung zu sorgen.

7.—13. Dezember: Der Sicherheitsrat erörtert auf sowjetischen Antrag die Lage im Kongo (Léopoldville). Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* rechtfertigt die Aktionen der UN-Streitkräfte im Kongo. Er erklärt, ihre Aufgabe sei die Aufrechterhaltung der Ordnung und nicht die Errichtung einer stabilen Regierung gewesen. Sie hätten nicht in die inneren Angelegenheiten des Kongo eingreifen können. Hammarskjöld empfiehlt, die Aufgaben der UN-Streitkräfte zu überprüfen, neu zu definieren und den veränderten Umständen anzupassen. Der sowjetische Vorsitzende des Rates, Valerian A. *Sorin*, beschuldigt die Vereinigten Staaten, sie versuchten an der Spitze einer imperialistischen Koalition unter der Fahne der Vereinten Nationen, die Unabhängigkeit des Kongo zu zerstören. Hammarskjöld sei das willige Instrument dieses Komplotts. Er interveniere unter dem Vorwand der Nichtintervention im Interesse des „Bandenführers“ Joseph *Mobutu* gegen die rechtmäßige Regierung Patrice *Lumumba*. Sorin unterbreitet dem Rat einen Resolutionsentwurf, in dem die sofortige Freilassung Lumumbas und die Entwaffnung der kongolesischen Armee durch die Truppen der Vereinten Nationen gefordert werden. Der zu der Debatte zugelassene Vertreter des Kongo, Mario *Cardoso*, wendet sich gegen jede Form der Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes und fordert von den Vereinten Nationen einen Bericht über die Ausschreitungen der Anhänger Lumumbas in Stanleyville. Der britische Delegierte, David *Ormsby-Gore*, unterstützt einen westlichen Resolutionsentwurf, in dem die Wahrung der Menschenrechte und die Achtung der Gesetze im Kongo gefordert werden und Hammarskjöld zur Fortsetzung seiner Bemühungen aufgefordert wird. Bei der Abstimmung wird der sowjetische Entwurf mit 8 Stimmen gegen die Stimmen der Sowjetunion und Polens bei Enthaltung Ceylons abgelehnt. Der Entwurf Argentiniens, Großbritanniens, Italiens und der Vereinigten Staaten scheitert dagegen an dem Veto der Sowjetunion. Gegen ihn stimmen außerdem Polen und Ceylon.

Die jugoslawische Regierung teilt Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* ihren Beschluß mit, das den Vereinten Nationen zur Verfügung gestellte Personal aus dem Kongo abzuziehen. An den folgenden Tagen geben auch die Regierungen von Ceylon, Guinea, Indonesien, Marokko und der Vereinigten Arabischen Republik ihre Absicht bekannt, ihre Truppenkontingente aus dem Kongo abzuziehen.

9. Dezember: Die Vollversammlung wählt Chile und die Vereinigte Arabische Republik für zwei Jahre zu neuen Mitgliedern in den Sicherheitsrat. Die Entscheidung über den dritten freiwerdenden Sitz wird verschoben. Zugleich werden Aethiopien, El Salvador, Frankreich, Jordanien und Uruguay auf drei Jahre in den Wirtschafts- und Sozialrat gewählt. Die Wahl eines sechsten Mitgliedes soll später erfolgen.

13. Dezember: Die Vollversammlung beendet die am 25. November begonnene Kolonial-Debatte mit der Annahme einer von 43 afrikanischen und asiatischen Staaten eingebrachten Resolution, in der unter Berufung auf die Charta der Vereinten Nationen sofortige Schritte zur Gewährung der Unabhängigkeit für alle Treuhandschafts- und Kolonialgebiete gefordert werden. Für die Resolution stimmen 89 Staaten, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Portugal, Spanien, Australien, die Südafrikanische Union und die Dominikanische Republik enthalten sich der Stimme.

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

15. Dezember: In Paris wird die am 14. November eröffnete 11. Generalkonferenz der UNESCO beendet. Im Verlaufe der Tagung wurden Dahome, die Elfenbeinküste, Gabon, Guinea, Kamerun, Kongo (Brazzaville), Kongo (Léopoldville), Kuwait, Madagaskar, Mali, Niger, Nigeria, Obervolta, Senegal, Somalia, Togo und die Zentralafrikanische Republik als neue Mitglieder aufgenommen. Ein Antrag auf Aufnahme der Volksrepublik China wurde erneut abgelehnt. Die Konferenz erörterte den von Generaldirektor Vittorino *Veronese* vorgelegten Bericht und verabschiedete das Programm und den Haushalt für 1961/62, der Ausgaben in Höhe von fast 50 Millionen Dollar, insbesondere für die Erziehungsaufgaben in den Entwicklungsländern, vorsieht. Auf einer für 1961 geplanten Konferenz sollen die Erziehungsaufgaben in den afrikanischen Staaten beraten werden. Von den Ostblockstaaten eingebrachte Anträge, in denen die Ersetzung des Generaldirektors durch ein Dreier-Direktorium und eine sofortige Beseitigung des Kolonialismus gefordert wurden, führten zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Delegierten der Ostblockstaaten und der westlichen Länder. Die Konferenz nahm zum Abschluß ihrer Tagung eine von Jugoslawien eingebrachte Entschließung an, in der an alle Staaten und Organisationen appelliert wird, durch die UNESCO im Rahmen ihrer Mittel zur Förderung der Erziehung in Afrika beizutragen. Die amerikanische Delegation stellte eine Soforthilfe in Höhe von einer Million Dollar in Aussicht, während die Delegation der Bundesrepublik Deutschland die Bereitstellung von 100 000 Dollar zusagte.

Europäische Freihandels-Assoziation

12. Dezember: In Paris findet eine informelle Sitzung der anläßlich der Unterzeichnung der OECD-Konvention anwesenden Delegationen der EFTA-Staaten statt, auf der Fragen eines beschleunigten Zollabbaues und der Assoziierung Finnlands erörtert werden.

Europäische Gemeinschaften

2. Dezember: Ein Sprecher des französischen Außenministeriums teilt in Paris mit, die für den 5. Dezember vorgesehene Konferenz der Regierungschefs der EWG-Staaten in Paris werde infolge einer Erkrankung des deutschen Bundeskanzlers, Konrad *Adenauer,* auf Ende Januar 1961 verschoben.

6.—7. Dezember: In Brüssel tagt der Ministerrat der EWG. Der Rat erörtert Fragen der gemeinsamen Agrar- und Verkehrspolitik sowie Probleme der geplanten Assoziierung Griechenlands mit dem Gemeinsamen Markt. In der Debatte über die Agrarpolitik erklärt der deutsche Bundesernährungsminister, Werner *Schwarz,*

die Bundesregierung halte die von der EWG-Kommission unterbreiteten Vorschläge zur Ueberwindung von Wettbewerbsverfälschungen auf dem Agrarmarkt nicht für ausreichend. Sie könne daher den Beschleunigungsmaßnahmen auf dieser Basis nicht zustimmen. Der Rat beschließt darauf, diese Frage seinem besonderen Agrarausschuß vorzulegen. Der Rat entscheidet ferner, die Kommission solle möglichst bald die ersten gemeinschaftlichen Marktordnungen unter Anwendung des Abschöpfungssystems vorbereiten.

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

13.—14. Dezember: In Paris findet eine Ministerkonferenz der 18 OEEC-Staaten, der Vereinigten Staaten und Kanadas statt. Generalsekretär Torkil *Kristensen* gibt zu Beginn der Sitzung einen Ueberblick über die Arbeit des vorbereitenden Ausschusses zur Gründung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Danach erörtert die Konferenz die Frage, inwieweit die OEEC-Beschlüsse über Handelsfragen von der neuen Organisation übernommen werden sollen. Die Konferenz beschließt auf der Grundlage eines niederländischen Vorschlages, daß sich die neue Organisation von den bisher innerhalb der OEEC geltenden Verfahren, namentlich bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten, leiten lassen solle. Die Minister unterzeichnen zum Abschluß der Konferenz die Konvention über die Gründung der OECD und einen von dem Vorbereitenden Ausschuß ausgearbeiteten Bericht, der integrierender Bestandteil der Konvention ist.

Europarat

12. Dezember: In Paris tagt der Ministerrat unter dem Vorsitz des französischen Außenministers, Maurice *Couve de Murville.* Der Rat hört einen Bericht des Sonderbeauftragten für Flüchtlingsfragen, Pierre *Schneiter,* und faßt mehrere Beschlüsse zu einer Intensivierung der kulturellen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer.

Nordatlantikpakt-Organisation

13. Dezember: Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Adolf *Heusinger,* wird als Nachfolger des niederländischen Generals Benjamin R. P. F. *Hasselmann* zum Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO gewählt.

Nordischer Rat

9.—11. Dezember: In Kopenhagen findet eine Konferenz von Regierungsmitgliedern der nordischen Staaten und Repräsentanten des Nordischen Rats statt, auf der Probleme der Wirtschafts- und Handelspolitik sowie die Assoziierung Finnlands an die EFTA erörtert werden.

Westeuropäische Union

2. Dezember: Die Versammlung der Westeuropäischen Union beendet in Paris ihre am 28. November begonnene 6. ordentliche Tagung. Der französische Premierminister, Michel *Debré,* betonte in einer Rede, es gebe für Frankreich nicht nur die Realität der „Vaterländer", sondern auch eine gemeinsame Verantwortung der europäischen Staaten. Wenn auch die Verteidigungspolitik im wesentlichen eine nationale Angelegenheit sei, so sei doch eine gemeinsame Verteidigung Europas notwendig. Debré kündigte in diesem Zusammenhang neue Initiativen seiner Regierung zu einer europäischen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Politik und der Verteidigung an. Schließlich forderte er die europäischen Regierungen auf, sich mehr als bisher den Mittelmeer- und Afrika-Problemen zu widmen. Der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte, General Lauris *Norstad,* setzte sich für die Herstellung eines klugen Gleichgewichts zwischen der atomaren und der konventionellen Rüstung der europäischen Streitkräfte und die Aufstellung eines beweglichen Eingreifverbandes ein (vgl. die Dokumentation auf S. D 13). Der französische Verteidigungsminister, Pierre *Messmer,* kündigte an, Frankreich werde den Aufbau einer eigenen atomaren Streitmacht konsequent durchführen. Er unterstrich, daß unter den heutigen Umständen über den Einsatz nuklearer Waffen nur auf nationaler Ebene entschieden werden könne. Die Versammlung nahm mehrere Resolutionen an, in denen die Schaffung einer nuklearen Macht innerhalb der NATO (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 14 f.)

und eine bessere Rüstung auf konventionellem Gebiet gefordert sowie eine Annäherung Großbritanniens an die EWG empfohlen werden.

Internationale Konferenzen

Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau

1. Dezember: In Moskau wird nach Abschluß der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, die vom 10. November bis zum 1. Dezember im Anschluß an die Feierlichkeiten zum 43. Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau stattgefunden hatte, ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es heißt, die Teilnehmer hätten aktuelle Probleme der internationalen Entwicklung und der kommunistischen Bewegung im Interesse des gemeinsamen Kampfes für die gemeinsamen Ziele Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus erörtert. Die Konferenz nahm einstimmig eine Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien sowie einen Appell an die Völker der Welt an. In der am 6. Dezember veröffentlichten Erklärung heißt es, angesichts der Ueberlegenheit der Kräfte des Sozialismus bestehe die ernsthafte Möglichkeit, den Krieg aus dem Leben der menschlichen Gemeinschaft auszuschließen. Obwohl die Natur des Imperialismus sich nicht gewandelt habe und er drohe, die Welt in eine noch schrecklichere Katastrophe als in den beiden Weltkriegen zu stürzen, seien reale Kräfte entstanden, diese Aggressionspläne zu durchkreuzen. In der Erklärung wird die Notwendigkeit eines aktiven Kampfes für den Frieden damit begründet, daß die Anwendung der modernen Massenvernichtungswaffen in einem neuen Krieg alle Länder zerstören und die Zentren der Kultur und der Industrie vernichten müßte. Die Welt stehe heute vor der Alternative der friedlichen Koexistenz zwischen Ländern mit verschiedenen sozialen Systemen oder eines zerstörerischen Krieges. In diesem Zusammenhang wird der amerikanische Imperialismus als die größte Kraft der Aggression und des Krieges bezeichnet. In der Erklärung heißt es weiter, in einer Anzahl von Ländern habe heute die arbeitende Klasse die Chance, ohne Bürgerkrieg die Macht im Staate zu gewinnen und die Produktionsmittel in die Hand des Volkes zu überführen. Die Wahl des sozialen Systems sei das unveränderliche Recht eines jeden Volkes. Daher könne die sozialistische Revolution nicht von außen aufgezwungen werden. Sie sei vielmehr das Ergebnis der inneren Entwicklung und der sozialen Gegensätze eines Landes. In der Erklärung wird zugleich der entschlossene Kampf gegen jeden Export der imperialistischen Konterrevolution angekündigt und an die Völker appelliert, ihre inneren Kräfte zu mobilisieren und im Vertrauen auf die Macht des sozialistischen Weltsystems die imperialistische Einmischung in die Angelegenheiten eines Volkes, das sich zur Revolution erhoben habe, zu verhindern und ihr zu widerstehen. In der Erklärung wird weiter der vollständige Zusammenbruch des Kolonialismus vorausgesagt. Schließlich wird davor gewarnt, auf eine Spaltung der kommunistischen Bewegung auf nationaler oder internationaler Ebene zu hoffen. Auch in Zukunft werde der Revisionismus, der die Hauptgefahr der Bewegung bleibe, der Dogmatismus und das Sektierertum entschlossen bekämpft werden. In diesem Zusammenhang heißt es, die kommunistischen Parteien hätten einstimmig die „jugoslawische Abart des internationalen Opportunismus“ verurteilt, die eine Abart der modernen revisionistischen Theorien in konzentrierter Form darstellten. Abschließend wird erneut der vollständige Sieg des Sozialismus unter der einstimmig anerkannten Führung der Sowjetunion prophezeit. Am 10. Dezember wird ein Appell an alle Völker der Welt veröffentlicht, der die Thesen der Erklärung wiederholt und zum aktiven Kampf für den Frieden auffordert.

Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche

5. Dezember: Die Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche beschließt auf ihrer 273. Sitzung, sich bis zum 7. Februar 1961 zu vertagen.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. Dezember 1960

Albanien

19.—20. Dezember: In Tirana findet eine Tagung des Plenums des ZK der Albanischen Arbeiterpartei statt, auf der der Erste Sekretär des ZK der Partei, Enver *Hodja,* über die Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien berichtet. Das Plenum billigt in einer Resolution den Bericht Hodjas und die Moskauer Erklärung (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 38 ff.).

Aethiopien

17. Dezember: Kaisertreue Armeeverbände schlagen endgültig den Putsch der Hofgarde nieder (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 1). Kaiser *Haile Selassie* erklärt nach seiner Rückkehr nach Addis Abeba, Kronprinz *Asfa Wossen* sei von den Rebellen zur Teilnahme an dem Aufstand gezwungen worden.

Belgien

20. Dezember: Die Kammer eröffnet die Debatte über den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf über ein wirtschaftliches Sparprogramm. Aus diesem Anlaß rufen die sozialistischen Gewerkschaften zu einem unbefristeten Streik auf, um die Regierung zur Zurückziehung ihres Entwurfs zu veranlassen.

China

21. Dezember: Das Staatsoberhaupt Kambodschas, Norodom *Sihanouk,* beendet einen am 15. Dezember begonnenen Besuch der Volksrepublik China, in dessen Verlauf er in Peking Besprechungen mit Staatspräsident *Liu Shao-chi* und Ministerpräsident *Chou En-lai* führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué bekennen sich die Staatsmänner zu den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz und den Beschlüssen der Konferenz von Bandung und sprechen sich für eine Ausweitung der Beziehungen zwischen ihren Ländern aus. Während des Besuches werden ein Freundschafts- und Nichtangriffspakt sowie mehrere Wirtschaftsabkommen unterzeichnet.

28. Dezember: Der Außenminister der Volksrepublik China, *Chen Yi,* fordert in gleichlautenden Schreiben an den sowjetischen Außenminister, Andrej A. *Gromyko,* und den britischen Außenminister, Lord *Home,* die internationale Beobachtungs- und Kontrollkommission für Laos solle ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Falls diese Kommission nicht in der Lage sei, eine Entspannung in Laos herbeizuführen, sollten die Teilnehmer der Genfer Indochina-Konferenz von 1954, die Volksrepublik China, Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, Kambodscha, Laos, die Demokratische Republik Vietnam und die Republik Vietnam, erneut zusammentreten.

Dahome

30. Dezember: Präsident Hubert *Maga* bildet eine neue Regierung, in der *Oké Ossaba* das Außenministerium übernimmt.

Deutschland

17. Dezember: Das Plenum des ZK der SED beendet in Berlin eine dreitägige Tagung, auf der der Vorsitzende des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter *Ulbricht,* über die Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien und „die sich daraus für die DDR ergebenden Aufgaben“ referierte. Ulbricht wiederholt die Forderung nach einer Beseitigung des „West-Berliner Besatzungsstatuts“ und unterstützt den sowjetischen Vorschlag, im Frühjahr 1961 eine Gipfelkonferenz zur Lösung der Deutschland-Frage einzuberufen. Ulbricht weist darauf hin, daß sich Störungen im Berlin-Verkehr ergeben könnten, wenn das von der Bundesregierung gekündigte Interzonenhandels-Abkommen nicht ab 1. Januar 1961 in Kraft gesetzt würde. Das Plenum billigt einmütig den Bericht Ulbrichts und stellt fest, daß die Moskauer Erklärung (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 38 ff.) die Richtigkeit der vom 5. Parteitag der SED beschlossenen Generallinie und der seither befolgten Politik bestätigt habe. In einer Entschließung wird ein Vorschlag Ulbrichts begrüßt, die Regierung solle mit der Bundesregierung einen Friedens- und

Gewaltverzichtsvertrag für die Dauer von zehn Jahren abschließen.

18. Dezember: Eine kubanische Wirtschaftsdelegation unter Führung des Präsidenten der kubanischen Nationalbank, Ernesto *Guevara,* beendet in Ost-Berlin die am 13. Dezember begonnenen Besprechungen mit Vertretern der Regierung der sogenannten DDR. Als Ergebnis werden ein Handels- und Zahlungsabkommen und ein Abkommen über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit für den Zeitraum 1961 bis 1965 unterzeichnet.

19. Dezember: In einem Artikel des *Neuen Deutschland* heißt es, die in New York und Paris im Jahre 1949 zwischen den ehemaligen alliierten Großmächten getroffenen Vereinbarungen über den Warentransport von und nach West-Berlin einschließlich der Verkehrsregelung für die Besatzungstruppen in West-Berlin seien durch die Kündigung des Handelsabkommens außer Kraft gesetzt. „Die DDR wird — sofern kein Handelsabkommen ab 1. Januar 1961 besteht — den Kommandanten der Besatzungstruppen in West-Berlin den Abschluß einer Sonderregelung für ihre Transporte vorschlagen."

28. Dezember: Bundeskanzler Konrad *Adenauer* empfängt den sowjetischen Botschafter in Bonn, Andrej A. *Smirnow,* zu einer Unterredung. In einem Kommuniqué heißt es, Adenauer und Smirnow hätten sich darauf geeinigt, die Unterzeichnung des neuen deutsch-sowjetischen Handelsvertrages (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 1 f.) möglichst noch vor dem 31. Dezember 1960 stattfinden zu lassen. Die Bedenken, die zu einer Verschiebung der Unterzeichnung führten, seien geklärt worden.

29. Dezember: Zum Abschluß mehrwöchiger Verhandlungen über eine Fortführung des Interzonenhandels wird in Berlin von dem Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Kurt *Leopold,* und dem Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel, Heinz *Behrendt,* vereinbart, das Interzonenhandels-Abkommen vom 20. September 1951 mit allen Zusatzvereinbarungen und Anlagen sowie die Vereinbarungen vom 16. August 1960 am 1. Januar 1961 in Kraft zu setzen.

31. Dezember: Der sowjetische Botschafter, in Bonn, Andrej A. *Smirnow,* und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Hilger *van Scherpenberg,* unterzeichnen in Bonn ein deutsch-sowjetisches Handelsabkommen (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 1 f.). Bei der Unterzeichnung überreicht van Scherpenberg ein Schreiben, in dem die Bundesregierung erklärt, bei der praktischen Durchführung der Abkommen vom 25. April 1958 hätten sich keine Meinungsverschiedenheiten ergeben. Die Bundesregierung gehe daher davon aus, daß der Anwendungsbereich der neuen bzw. verlängerten Abkommen sich nicht ändere.

Frankreich

16. Dezember: Die Nationalversammlung und der Senat erörtern das Algerien-Problem. Ministerpräsident Michel *Debré* erklärt, die Unruhen in Algier und Oran anläßlich des Besuches von Staatspräsident Charles *de Gaulle* seien das Werk einer Minderheit gewesen. Die Mehrheit der europäischen und der muselmanischen Bevölkerung habe ihr Vertrauen in die Politik der Regierung bekundet.

Anläßlich seiner Teilnahme an der Ministertagung des NATO-Rats in Paris forderte der britische Außenminister, Lord *Home,* in einer Rede vor Journalisten die sowjetische Regierung auf, Beweise ihres guten Willens zu zeigen, um späteren Ost-West-Verhandlungen wirkliche Erfolgsaussichten zu geben. Nach Ansicht Lord Homes müssen künftige Verhandlungen mit Moskau sorgfältig vorbereitet werden, um ein erneutes Scheitern einer Gipfelkonferenz zu vermeiden. Lord Home bezeichnet die Sowjetunion als die neue imperialistische Macht der Welt und die Moskauer Erklärung vom 6. Dezember (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 38 ff.) als eine „Charta des Hasses".

20. Dezember: Staatspräsident Charles *de Gaulle* erklärt in einer Rundfunk- und Fernsehrede zu dem bevorstehenden Referendum über die Selbstbestimmung Algeriens, er sei zu Verhandlungen mit Vertretern der algerischen Exilregierung bereit. Voraussetzung dazu sei jedoch die Beendigung der Kämpfe und Attentate. Danach könne die Regierung mit den ver-

schiedenen politischen Richtungen Algeriens alle Bedingungen über die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes aushandeln. De Gaulle betont, daß es nur von den Algeriern abhänge, ob und wann sie einen Staat mit eigener Regierung, eigenen Institutionen und Gesetzen gründen werden. Eine positive Entscheidung des Volkes bei dem Referendum am 8. Januar werde daher den Charakter eines Aufrufes zur Beendigung der Kämpfe und zu Verhandlungen annehmen.

27. Dezember: Die Regierung gibt in einem Kommuniqué die erfolgreiche Durchführung einer dritten Atombombenexplosion in der Sahara bekannt.

31. Dezember: Staatspräsident Charles *de Gaulle* erklärt in seiner Neujahrs-Ansprache über Rundfunk und Fernsehen, er hoffe, das Jahr 1961 werde Algerien den Frieden bringen, damit die Bevölkerung frei über ihre Zukunft in einem algerischen Algerien entscheiden könne. Frankreich sei entschlossen, bei dem Aufbau Algeriens zu helfen. De Gaulle betont, daß die europäische Bevölkerung den Weg der Zusammenarbeit mit den Moslems finden müsse, um einen völligen Bruch zwischen Algerien und dem Mutterland zu vermeiden. Er fordert das Volk auf, bei dem Referendum am 8. Januar mit Ja zu stimmen. Wenn die Entscheidung negativ ausfalle oder durch eine schwache Mehrheit und viele Stimmenthaltungen unentschlossen wirke, würden politische Abenteurer und Wirrköpfe ermutigt und das Ausland an der Fähigkeit Frankreichs zweifeln, mit seinen Problemen fertig zu werden. Das Volk wisse wohl, daß ein derartiger Ausgang ihm eine Fortführung seiner Aufgabe unmöglich mache. De Gaulle erklärt ferner, daß Frankreich auch in Zukunft die europäischen Einigungsbestrebungen unterstützen werde. Europa müsse durch eine Konföderation zum Nutzen der gesamten Menschheit die größte politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Macht werden.

Großbritannien

16. Dezember: Das Unterhaus billigt mit 164 gegen 46 Stimmen die Bereitstellung eines in Schottland gelegenen Stützpunktes für amerikanische Polaris-Unterseeboote.

19. Dezember: Ein Sprecher des Außenministeriums geht auf einen Artikel in dem Zentralorgan der SED, *Neues Deutschland*, ein, wonach zugleich mit der Kündigung des Interzonenhandels-Abkommens durch die Bundesregierung auch die Vier-Mächte-Vereinbarungen über den Warenverkehr mit West-Berlin (vgl. Deutschland) erloschen seien und erklärt, die ostdeutschen Behörden hätten kein Recht, in die Befugnisse der Alliierten in West-Berlin einzugreifen. Die Regierung nehme offiziell diese Aeußerung nicht zur Kenntnis. Der Sprecher verweist auf die Erklärung der Ministertagung des NATO-Rats zur Berlin-Frage (vgl. Dokumente, Jg. 1961, S. D 15), die von der Regierung unterstützt werde.

17. Dezember: Die am 5. Dezember in London eröffnete Konferenz über die künftige Verfassung der Föderation von Rhodesien und Njassaland wird vertagt. Die Beratungen, denen der Bericht der *Monckton*-Kommission zugrunde gelegen hatte, verliefen ergebnislos und sollen wiederaufgenommen werden, wenn in den Beratungen über die Revision der Verfassungen von Nord- und Südrhodesien Fortschritte erzielt worden sind.

21. Dezember: Verteidigungsminister Harold *Watkinson* teilt im Unterhaus mit, der NATO-Rat habe sich über die Bildung eines einheitlichen Luftverteidigungssystems geeinigt. Nach diesem System werde Großbritannien eine der vier NATO-Luftverteidigungsregionen bilden und seine Jagdfliegerverbände der NATO unterstellen.

Indien

20. Dezember: Premierminister Jawaharlal *Nehru* erklärt bei einer außenpolitischen Debatte des Oberhauses, die Lage im Kongo sei der im spanischen Bürgerkrieg vergleichbar. Die Regierung beabsichtige jedoch nicht, das indische Truppenkontingent aus dem Kongo abzuberufen. Auf die Vorschläge zu einer Reorganisation des Sekretariats der Vereinten Nationen eingehend, empfiehlt Nehru die Ernennung von drei stellvertretenden Generalsekre-

tären zur Unterstützung des Generalsekretärs. Diese drei Vertreter sollten die neuen Kräfte in der Welt repräsentieren. Nehru betont jedoch, daß durch seinen Vorschlag nicht die Entscheidungsbefugnis des Generalsekretärs beeinträchtigt werden dürfe. Zum chinesisch-indischen Grenzkonflikt erklärt Nehru, Indien sei jetzt „auf alle Möglichkeiten" gefaßt. Die Regierung werde sich jedoch niemals einer Drohung beugen.

28. Dezember: Verteidigungsminister Krishna *Menon* appelliert auf einer öffentlichen Versammlung in Neu-Delhi an die Großmächte, sich nicht weiter in die inneren Angelegenheiten von Laos einzumischen.

Israel

19. Dezember: Ein Regierungssprecher dementiert amerikanische und britische Pressemeldungen, wonach Israel angeblich mit französischer Unterstützung an der Herstellung von Atombomben arbeite. Am 22. Dezember erklärt ein Sprecher des Außenministeriums, das israelische Atomprogramm diene rein friedlichen Zwecken.

Italien

22. Dezember: Der deutsche Bundesaußenminister, Heinrich *von Brentano,* führt anläßlich eines privaten Aufenthaltes in Rom Besprechungen mit Ministerpräsident Amintore *Fanfani* und Außenminister Antonio *Segni.* Von Brentano erklärt auf einer Pressekonferenz, er habe bei den Gesprächen völlige Uebereinstimmung in den Fragen der europäischen Politik und der NATO-Planungen festgestellt. Insbesondere seien beide Regierungen bereit, eventuelle französische Vorschläge über eine Konföderation der EWG-Staaten zu prüfen. Nach Ansicht *von Brentanos* habe sich in der Frage der Beziehungen zwischen EWG und EFTA eine nüchterne Betrachtungsweise durchgesetzt. Die britische Regierung stelle die EWG nicht mehr in Frage und sei sich bewußt, daß Globallösungen sehr schwierig seien.

Japan

19. Dezember: Der Präsident von Pakistan, Mohammad *Ayub Khan,* beendet einen achttägigen Besuch Japans, in dessen Verlauf er in Tokio Besprechungen mit Ministerpräsident Hayato *Ikeda* führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué erklären beide Staatsmänner, sie unterstützten im Interesse der Erhaltung des Friedens eine Festigung der Autorität der Vereinten Nationen. Während des Besuchs wurde ein Fünf-Jahres-Vertrag über Freundschaft und Handel abgeschlossen.

Jugoslawien

26. Dezember: Staatspräsident Josip Broz *Tito* legt dem Parlament zusammen mit dem neuen Fünfjahresplan einen Bericht über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes vor. Er erklärt, der neue Plan werde aus Jugoslawien ein wirtschaftlich entwickeltes, sozialistisches Land machen und die letzten Nachkriegsschwierigkeiten beseitigen. Im außenpolitischen Teil seiner Rede kritisiert Tito die Haltung der Westmächte, die er für die gegenwärtige Verschärfung der internationalen Lage verantwortlich macht. Sie hielten immer noch an ihrer Politik der Stärke fest und erschwerten dadurch die Regelung der internationalen Probleme. Sie seien offenbar nicht an einer Verminderung der Spannungen interessiert. Tito betont, daß die Ansichten der Regierung über die großen internationalen Probleme mit denen der sowjetischen Regierung identisch seien, weist jedoch die in der Moskauer Deklaration enthaltenen Angriffe gegen den sogenannten jugoslawischen Revisionismus zurück. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 64 und S. D 71 f.). Er bedauert, daß die Bemühungen um eine Mitgliedschaft im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (KOMEKON) erfolglos geblieben seien. In diesem Zusammenhang kündigt Tito eine verstärkte Zusammenarbeit mit westlichen Wirtschaftsorganisationen, insbesondere der EWG und der EFTA, an.

31. Dezember: Die Regierung protestiert in einer Note an die albanische Regierung gegen die Fortsetzung der „subversiven Tätigkeit" Albaniens in Jugoslawien.

Kongo (Léopoldville)

26. Dezember: Kongolesische Truppen, die unter dem Befehl von Anhängern des

abgesetzten Ministerpräsidenten Patrice *Lumumba* stehen, dringen von Stanleyville aus in die Provinz Kivu ein und verhaften die Provinzialregierung.

Kuba

31. Dezember: Die Regierung beschuldigt in einem nach einer Kabinettssitzung veröffentlichten Kommuniqué die amerikanische Regierung, sie plane noch vor Ablauf der Präsidentschaft von Dwight D. *Eisenhower* einen bewaffneten Ueberfall auf Kuba. Angesichts dieser Gefahr habe die Regierung beschlossen, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anzurufen.

Laos

16. Dezember: Nach dreitägigen Kämpfen um die Hauptstadt Vientiane zwischen Truppen unter der Führung von Hauptmann Kong *Le* und Truppen unter General Phoumi *Nosavan* erklärt Ministerpräsident Boun *Oum,* die Stadt sei von den Regierungstruppen erobert worden. Am 19. Dezember ersucht die Regierung die Vereinigten Staaten, ihre Militärhilfe wiederaufzunehmen. Am 20. Dezember fordert der Führer des Pathet Lao, Prinz Soupha *Nouvong,* Großbritannien und die Sowjetunion in gleichlautenden Schreiben auf, Maßnahmen zur Respektierung des Genfer Indochina-Abkommens von 1954 und zur Wiedereinsetzung der Regierung Souvanna *Phouma* zu ergreifen. Die Regierung erklärt am 21. Dezember, sie lege keinen Wert auf die Rückkehr der Internationalen Kontrollkommission für Laos. Sie werde, falls es für die Verteidigung des Landes erforderlich sein sollte, dem SEATO-Pakt beitreten. Am 30. Dezember beschuldigt die Regierung in einer Rundfunkerklärung die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, sie habe fünf Bataillone und Artillerie zur Unterstützung der Truppen des Pathet Lao nach Mittel-Laos entsandt.

Nepal

26. Dezember: König *Mahendra* gibt über den Rundfunk die Bildung einer neuen Regierung bekannt (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 4). Das Außen- und Verteidigungsministerium übernimmt *Tulsi Giri.*

Niederlande

23. Dezember: Die Regierung von Ministerpräsident Jan *de Quay* tritt zurück, nachdem sie im Parlament bei der Abstimmung über das Wohnungsbauprogramm eine Niederlage erlitten hat.

Peru

31. Dezember: Die Regierung bricht die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

Saudiarabien

22. Dezember: Die Regierung von Ministerpräsident Prinz *Faisal Ibn Abdul Aziz Al Saud* tritt zurück. König *Saud Ibn Abdul Aziz* übernimmt selbst die Regierungsgeschäfte und bildet am 23. Dezember eine neue Regierung, in der Ibrahim *El-Suweil* das Außenministerium und Prinz *Mohamed Ibn Saud* das Verteidigungsministerium übernehmen. Am 25. Dezember erklärt der König in einer Rundfunkansprache, er werde eine Politik der Neutralität und der Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten führen.

Sierra Leone

18. Dezember: Der Präsident von Guinea, Sekou *Touré,* beendet einen viertägigen Besuch Sierra Leones, in dessen Verlauf er in Freetown Besprechungen mit Ministerpräsident Sir Milton *Margai* führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Gesprächspartner hätten die Bildung einer gemeinsamen Kommission zur Vorbereitung eines nach der Unabhängigkeitserklärung Sierra Leones abzuschließenden Wirtschafts- und Handelsabkommens vereinbart.

Sowjetunion

19.—20. Dezember: Eine kubanische Wirtschaftsdelegation unter Führung des Präsidenten der kubanischen Nationalbank, Ernesto *Guevara,* führt in Moskau Besprechungen mit Vertretern der Regierung. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird der Abschluß eines Handelsabkommens für 1961 mitgeteilt, nach dem die Sowjetunion u. a. 2,7 Millionen Tonnen kubanischen Zuckers abzunehmen bereit ist, falls die Vereinigten Staaten im Rahmen ihrer „Wirtschaftsaggression gegen Kuba" ihre Zuckerkäufe einstellen sollten.

20.—23. Dezember: In Moskau tagt der Oberste Sowjet. Im Verlaufe der Tagung werden der Entwurf des Staatsplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR und der Staatshaushaltsplan für 1961 gebilligt. Der Haushalt sieht eine Verminderung der Verteidigungsausgaben vor und schließt mit Einnahmen in Höhe von 78,9 Milliarden Rubel und Ausgaben in Höhe von 77,5 Milliarden Rubel ab. Außenminister Andrej A. *Gromyko* erklärt in einer Rede über die internationale Lage und die Außenpolitik der Sowjetunion, Hauptmerkmal der historischen Entwicklung seien die Ausbreitung des sozialistischen Weltsystems und der Niedergang des Imperialismus. Der Zerfall der Militärblöcke sei unaufhaltsam und die Zeit nicht mehr fern, da der Krieg aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft dank des Uebergewichts des sozialistischen Lagers ausgeschaltet sei. Gromyko unterstützt den Vorschlag des Präsidenten von Ghana, Kwame *Nkrumah,* Afrika in eine kernwaffenfreie Zone zu verwandeln, und setzt sich für die Verwirklichung der Resolution der Vereinten Nationen zur Algerien-Frage ein (vgl. Vereinte Nationen). Gromyko kennzeichnet das Vorgehen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* im Kongo als Unterstützung des Kolonialismus. Jedermann müsse nun die Notwendigkeit einer Reorganisation der UN-Organe klargeworden sein. Zur Abrüstungsfrage erklärt Gromyko, die Sowjetunion nehme jede Kontrolle an, wenn die Westmächte bereit seien, den sowjetischen Vorschlag der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu akzeptieren. Er wiederholt den Vorschlag, eine außerordentliche Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen unter Teilnahme aller Staats- und Regierungschefs zur Erörterung der Abrüstungsfrage einzuberufen. Gromyko behauptet, die Umwandlung der NATO in eine „Kernmacht“ bedeute praktisch die Umwandlung der Bundesrepublik Deutschland in eine „Kernmacht“. Das Kommuniqué über die Sitzung des NATO-Ministerrates sei eine Wiederholung längst abgegriffener Schablonen der antisowjetischen und antikommunistischen Propaganda. Die Sowjetunion werde daraus die Konsequenzen für ihre eigene Verteidigung ziehen. Gromyko fordert ferner erneut den Abschluß eines Friedensvertrages mit „den beiden deutschen Staaten“. Abschließend setzt er sich für eine Verbesserung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten unter der Präsidentschaft von John F. *Kennedy* ein. Der Oberste Sowjet billigt zum Abschluß seiner Tagung einstimmig das Referat Gromykos.

23. Dezember: Die Regierung fordert die britische Regierung in einer Note auf, sich für die Einberufung einer Konferenz der Staaten einzusetzen, die an der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 teilgenommen haben. In der Note wird die Wiedereinsetzung der Internationalen Beobachtungs- und Kontrollkommission für Laos angeregt.

27. Dezember: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* begrüßt in einer Erklärung die Annahme der Resolution, in der die Vollversammlung der Vereinten Nationen sofortige Schritte zur Gewährung der Unabhängigkeit für alle Treuhandschafts- und Kolonialgebiete fordert (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 8) und betont, daß in ihr die Grundgedanken des sowjetischen Entwurfs enthalten seien. Das Ergebnis der Abstimmung habe gezeigt, daß trotz des Widerstandes der Kolonialisten die Stunde der Befreiung aller Völker nicht mehr fern sei.

29. Dezember: Landwirtschaftsminister Wladimir W. *Mazkewitsch* wird seines Postens enthoben und durch Michail *Olschanski* ersetzt.

Tschechoslowakei

29. Dezember: Die Regierung protestiert in gleichlautenden Noten an die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gegen die Ausgabe von deutschen Staatsbürgerschafts-Bescheinigungen an Bürger der CSSR durch das Bundesverwaltungsamt in Köln. Dies erfolge ohne Zustimmung tschechoslowakischer Stellen und stelle eine Verletzung souveräner Rechte der CSSR dar. Die feindselige Absicht der Bundesrepublik

werde besonders dadurch deutlich, daß bei älteren Personen die Bescheinigungen auf Grund von Gesetzen erteilt würden, die nach dem Münchener Abkommen der CSSR aufgezwungen worden und daher nichtig seien.

21. Dezember: Eine kubanische Wirtschaftsdelegation unter Führung des Präsidenten der kubanischen Nationalbank, Ernesto *Guevara,* führt in Prag Verhandlungen mit Vertretern der Regierung und unterzeichnet ein Handels- und Kreditabkommen für 1961.

Tunesien

16. Dezember: Der Ministerpräsident der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas,* fordert seine Landsleute in einer Rundfunkansprache auf, die Demonstrationen einzustellen. Bei dem Referendum am 8. Januar würden sie Gelegenheit haben, ihrem Willen auf andere Weise Ausdruck zu verleihen. Abbas erklärt, die Gegenwart der französischen Armee in Algerien sei das Haupthindernis für eine Lösung des Algerien-Konfliktes.

19. Dezember: Der schwedische Ministerpräsident, Tage *Erlander,* führt im Rahmen eines privaten Besuches Tunesiens in Tunis ein Gespräch mit Staatspräsident Habib *Bourguiba* über die Algerien-Frage und die Kongo-Krise.

Ungarn

21. Dezember: Das Plenum des ZK der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns billigt auf einer Tagung in Budapest einen Bericht des Ersten Sekretärs des ZK, Janos *Kadar,* über die Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 35 ff.) und den Volkswirtschaftsplan für 1961.

Vereinigte Arabische Republik

19. Dezember: Der jugoslawische Vizepräsident, Edvard *Kardelj,* beendet einen zehntägigen Besuch der Vereinigten Arabischen Republik, in dessen Verlauf er in Kairo Besprechungen mit Präsident Gamal Abdel *Nasser* führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué werden die Uebereinstimmung in der Beurteilung einer großen Zahl von internationalen Fragen und die Notwendigkeit einer Fortsetzung des Kampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus betont.

Der Ständige Ausschuß des Parlaments fordert in einer Entschließung alle arabischen Regierungen auf, als Vergeltung gegen das französische „Massaker" in Algerien das gesamte französische Eigentum in ihren Staaten zu nationalisieren. Der Ausschuß empfiehlt den Regierungen ferner, die algerische Armee in größerem Ausmaße mit Waffen, Geld, Ausbildern und Freiwilligen zu versorgen.

23. Dezember: Präsident Gamal Abdel *Nasser* droht auf einer Kundgebung in Port Said anläßlich des vierten Jahrestages des Ausbruchs des Suez-Konflikts mit einem Präventivkrieg, falls Israel an einer Atombombe arbeite (vgl. Israel). Nasser verdächtigt die NATO, die Frankreich bereits gegen die Algerier unterstütze, mit Frankreichs Hilfe Israel gegen die arabischen Staaten aufzurüsten. Wenn Israel von irgendeiner Macht Atombomben erhielte, werde sich auch die VAR um Atomwaffen bemühen.

Vereinigte Staaten

16. Dezember: Präsident Dwight D. *Eisenhower* ordnet unter Hinweis auf „die vorsätzliche Feindseligkeit" Kubas gegen die Vereinigten Staaten die Sperrung der Einfuhr kubanischen Zuckers für die ersten drei Monate des kommenden Jahres an.

18. Dezember: Die Regierung weist in ihrer Antwort auf die sowjetische Note vom 13. Dezember die Beschuldigung zurück, sie mische sich durch die militärische Unterstützung der Truppen des Generals Phoumi *Nosavan* in die inneren Angelegenheiten von Laos ein. In der Note heißt es, die Regierung habe seit langem die laotische Regierung wirtschaftlich und militärisch unterstützt, um die Unabhängigkeit des Landes zu wahren. Dagegen habe die sowjetische Regierung erst in jüngster Zeit durch Waffenlieferungen an Rebellentruppen zu einer Verschärfung der Lage beigetragen, so daß die Verantwortung für die gegenwärtigen Unruhen in Laos lediglich auf die Sowjetunion und deren Verbündete falle.

19. Dezember: Ein Sprecher des Außenministeriums geht auf einen Artikel des Zentralorgans der SED, *Neues Deutschland,* ein, wonach zugleich mit der Kündigung des Interzonenhandels-Abkommens durch die Bundesregierung auch die Vier-Mächte-Vereinbarungen über den Verkehr mit West-Berlin erloschen seien (vgl. Deutschland), und erklärt, die Abkommen über den westlichen Zugang nach Berlin seien nicht mit Ostdeutschland, sondern mit der Sowjetunion geschlossen worden.

Die in den Hauptstädten der Bundesstaaten zusammengetretenen Wahlmännerkollegien wählen den demokratischen Kandidaten, Senator John F. *Kennedy,* zum neuen Präsidenten. 300 von 537 Wahlmännern geben Kennedy ihre Stimme.

20. Dezember: Die Regierung kündigt in einer Erklärung die Wiederaufnahme der Militär- und Wirtschaftshilfe an Laos an (vgl. Laos).

31. Dezember: In einer Erklärung des Außenministeriums zur Lage in Laos heißt es, die Vereinigten Staaten würden jede Intervention von chinesischen oder anderen kommunistischen Streitkräften als sehr ernst ansehen.

Vietnam

16. Dezember: Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam beschuldigt in Telegrammen an die Teilnehmer der Genfer Indochina-Konferenz von 1954, an die Mitgliedsländer der Internationalen Beobachtungs- und Kontrollkommission für Laos und an die Regierungen der afrikanischen und asiatischen Länder die Vereinigten Staaten und ihre SEATO-Verbündeten der militärischen Einmischung in die Unruhen in Laos. Sie fordert die Regierungen auf, zur Entspannung der Lage beizutragen und die Politik der Regierung Souvanna *Phouma* zu unterstützen.

30. Dezember: Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam dementiert Behauptungen der laotischen Regierung, sie habe sich in die Unruhen in Laos eingemischt und Truppen zur Unterstützung der Streitkräfte des Pathet Lao entsandt.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

16.—21. Dezember: Auf Antrag Indiens und Jugoslawiens erörtert die Vollversammlung die Kongo-Frage. In einem von Indien, Jugoslawien, der Vereinigten Arabischen Republik, Ghana, dem Irak und Marokko eingebrachten Resolutionsentwurf werden die Freilassung aller politischen Gefangenen, die sofortige Einberufung des kongolesischen Parlamentes, die Ausweisung aller Belgier aus dem Kongo und das Einschreiten der Streitkräfte der Vereinten Nationen gegen Uebergriffe der kongolesischen Armee gefordert. Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* unterstreicht, daß die UN-Truppen im Kongo nur die Aufgabe hätten, Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten. Sie hätten nicht das Recht, in die inneren Auseinandersetzungen im Kongo einzugreifen. Er teilt der Versammlung mit, daß er über Informationen verfüge, wonach im Kongo mit einem von außen begünstigten Bürgerkrieg zu rechnen sei. Für diesen Fall werde er den sofortigen Rückzug der UN-Truppen anordnen. Großbritannien und die Vereinigten Staaten bringen im Verlauf der Debatte einen Resolutionsentwurf ein, in dem Hammarskjöld aufgefordert wird, den kongolesischen Staatspräsidenten, Joseph *Kasavubu,* in seinen Bemühungen zur Normalisierung der Lage zu unterstützen. In dem Entwurf wird ferner jede direkte Unterstützung kongolesischer Politiker von außen verurteilt und Kasavubu an die Verwirklichung seines Versprechens erinnert, eine Konferenz am runden Tisch unter Teilnahme aller politischen Führer des Kongo einzuberufen. Die Debatte endet ergebnislos, da der von Indien, Jugoslawien, der VAR, Ghana, dem Irak und Marokko eingebrachte Entwurf mit 42 gegen 28 Stimmen bei 27 Enthaltungen abgelehnt wird, und der britisch-amerikanische Entwurf nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhält. 43 Staaten stimmen für, 22 gegen ihn, und 32 enthalten sich der Stimme.

Die Vollversammlung empfiehlt einstimmig die Bildung eines Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen, zu dem die Industrieländer möglichst bald Beiträge in Höhe von etwa 1 Prozent ihres Nationaleinkommens leisten sollen.

18. Dezember: Die Vollversammlung billigt mit 85 Stimmen eine von Rumänien eingebrachte Resolution, in der allen Regierungen, Organisationen und Individuen empfohlen wird, sich für die Verwirklichung der Ideale des Friedens, der Verständigung und der gegenseitigen Achtung unter der Jugend einzusetzen. Die Vollversammlung beschließt ferner, mit 81 Stimmen bei 10 Enthaltungen, die Bevölkerung von West-Samoa, das zur Zeit unter neuseeländischer Treuhandverwaltung steht, am 1. Januar 1962 in einer Abstimmung über ihre Unabhängigkeit entscheiden zu lassen.

19. Dezember: Die Vollversammlung billigt mit 63 gegen 8 Stimmen bei 27 Enthaltungen eine von 24 afrikanisch-asiatischen Staaten eingebrachte Resolution, in der das Recht der Algerier auf Selbstbestimmung und die Verantwortung der Vereinten Nationen anerkannt werden, zu einer Verwirklichung dieses Rechtes beizutragen. Der umstrittene Absatz des Entwurfes, der vorsah, die Vereinten Nationen sollten mit der Organisierung, Durchführung und Ueberwachung einer Volksbefragung in Algerien direkt intervenieren, ist in der Resolution nicht enthalten. Gegen die Resolution stimmen die Elfenbeinküste, Gabon, Kamerun, Madagaskar, Obervolta, Portugal, die Südafrikanische Union und Tschad. Stimmenthaltung üben u. a. die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Italien, Belgien und Israel. Frankreich nimmt an der Abstimmung nicht teil.

20. Dezember: Die Vollversammlung beschließt, den dritten freiwerdenden Sitz im Sicherheitsrat (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 8) zwischen Irland und Liberia zu teilen: Liberia nimmt den Sitz bis Ende 1961 unter der Bedingung ein, daß es dann demissioniert und die Vollversammlung für 1962 Irland wählt. Indien und die Sowjetunion erklären, sie fühlten sich an die Abmachung nicht gebunden.

21. Dezember: Das Generalsekretariat teilt in New York mit, daß der irische Generalmajor, Sean *Mckeown,* am 1. Januar 1961 die Nachfolge des schwedischen Generals Carl *von Horn* als Oberbefehlshaber der UN-Truppen im Kongo antritt.

Die Vollversammlung vertagt sich bis zum 7. März 1961.

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

5.—16. Dezember: In Laos findet die erste afrikanische Regionalkonferenz der ILO statt, an der Vertreter von 36 Staaten und mehreren internationalen Organisationen teilnehmen. Im Mittelpunkt der Erörterungen stehen die Probleme des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der neuen afrikanischen Staaten.

Europäische Freihandels-Assoziation

20. Dezember: Der amtierende Vorsitzende des Ständigen EFTA-Rates, Olivier *Long,* erklärt auf einer Pressekonferenz in Genf, Finnlands Beitritt zur EFTA werde von allen Mitgliedern gewünscht. Long dementiert Gerüchte über einen bevorstehenden Beitritt Jugoslawiens und über Fühlungnahmen der spanischen Regierung bezüglich eines eventuellen Beitritts zur EFTA.

Europäische Gemeinschaften

19.—20. Dezember: In Brüssel tagt der Ministerrat der EWG. Der Rat erörtert die Vorschläge der Kommission zur Durchführung der Absichtserklärung der Mitgliedstaaten vom 12. Mai 1960 über die assoziierten Länder und Gebiete und nimmt einen Bericht der Kommission über den Stand der Assoziierungsverhandlungen mit Griechenland entgegen. Der Rat befaßt sich ferner mit dem vierten Bericht des Sonderausschusses Landwirtschaft und stimmt Vorschlägen der Kommission zur Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen auf dem Agrarmarkt der Bundesrepublik Deutschland zu. Er nimmt eine Entschließung über die Einführung eines Abschöpfungssystems für den Handel mit noch zu bestimmenden Erzeugnissen zwischen den Mitgliedsländern untereinander und mit dritten Ländern an. Zum Abschluß seiner Beratungen stellt der Rat fest, daß die Bestimmungen über die Beschleunigung ab 1. Januar 1961 auf den

Handel mit Agrarprodukten anzuwenden seien.

Nordatlantikpakt-Organisation

16.—18. Dezember: In Paris findet die ordentliche Ministertagung des Nordatlantikrates statt. Die Minister erörtern auf der Grundlage eines Berichtes von Generalsekretär Paul-Henri *Spaak* und von Vorschlägen der Regierungen die Frage der langfristigen Planungen der NATO und befassen sich mit der internationalen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Lage. Der amerikanische Außenminister, Christian A. *Herter*, unterbreitet ein Angebot seiner Regierung, der NATO bis 1963 fünf mit Polarisraketen ausgerüstete Unterseebote zur Verfügung zu stellen. Im Verlauf der Tagung schlägt der deutsche Bundesverteidigungsminister, Franz-Josef *Strauß*, die Einberufung einer NATO-Gipfelkonferenz im Frühjahr 1961 vor, um eine möglichst faßliche und verläßliche Formel für ein gemeinsames Kontrollsystem der Kernwaffen zu beschließen. In dem Abschlußkommuniqué nehmen die Minister von dem amerikanischen Vorschlag Kenntnis, den Gedanken einer mit Mittelstreckenraketen ausgerüsteten multilateralen Streitmacht zu prüfen, und begrüßen die Zusicherung der Vereinigten Staaten, die zur Verfügung gestellten amerikanischen Atomwaffen weiterhin im NATO-Gebiet zu belassen. Sie betonen die Notwendigkeit, innerhalb des Bündnisses angesichts der militärischen Stärke des kommunistischen Blocks ein zweckentsprechendes Gleichgewicht der atomaren und der konventionellen Kräfte zu schaffen. Sie bekennen sich ferner zu der Verpflichtung der Verteidigung Berlins und empfehlen eine Ausweitung der Entwicklungshilfe (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 15).

Internationale Konferenzen

Konferenz französisch sprechender Staaten Afrikas

19. Dezember: In Brazzaville wird eine fünftägige Konferenz der Staatsoberhäupter französisch sprechender afrikanischer Länder (Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Kongo [Brazzaville], Elfenbeinküste, Gabon, Obervolta, Madagaskar, Mauretanien, Niger, Senegal und Tschad) beendet, auf der die Algerien-Frage, die Kongo-Krise, die Ansprüche Marokkos auf Mauretanien und Pläne zur Bildung eines gemeinsamen Marktes dieser Länder erörtert wurden. In einem Abschlußkommuniqué heißt es, die Teilnehmer hätten eine Konferenz aller kongolesischen Politiker zur Lösung des Kongo-Problems befürwortet und beschlossen, den französischen Staatspräsidenten mit Nachdruck aufzufordern, den Algerien-Krieg zu beenden und Verhandlungen mit den Algeriern zur Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes aufzunehmen.

Konferenz der Außenminister Cyperns, Griechenlands und der Türkei

19. Dezember: In Paris findet eine Konferenz der Außenminister Cyperns, Spiros *Kyprianou*, Griechenlands, Evangelos *Averoff*, und der Türkei, Selim *Sarper*, statt, auf der die Anwendung des Allianzvertrages zwischen den drei Ländern vom 19. Februar 1959 erörtert wird. Die Minister beschließen die Einsetzung einer aus dem Außenminister Cyperns und den Botschaftern Griechenlands und der Türkei in Nicosia bestehenden Kommission zur Behandlung aller bei der Verwirklichung des Vertrages entstehenden Fragen.

Konferenz der Präsidenten von Ghana, Guinea und Mali

23.—25. Dezember: In Konakry findet eine Konferenz der Präsidenten von Ghana, Kwame *Nkrumah*, Guinea, Sekou *Touré*, und Mali, Modibo *Keita*, statt, auf der die Algerien-Frage, die Kongo-Krise und andere afrikanische Probleme erörtert werden. In einem gemeinsamen Kommuniqué geben die Präsidenten einen Zusammenschluß ihrer Länder bekannt. Vorgesehen sind eine gemeinsame Außen- und Wirtschaftspolitik. In der Erklärung wird betont, kein regionaler Zusammenschluß in Afrika dürfe auf Grund der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen durch die ehemalige Kolonialmacht bestimmten Sprachgebiet erfolgen.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Januar 1961

Belgien

13. Januar: Die Kammer nimmt mit 115 gegen die 90 Stimmen der Sozialisten bei einer Enthaltung das von der Regierung vorgelegte Sparprogramm an. Der bei der Eröffnung der Debatte am 20. Dezember von den sozialistischen Gewerkschaften ausgerufene Streik dauert in weiten Teilen des Landes an. In Namur konstituiert sich am 13. Januar eine aus 400 sozialistischen Politikern bestehende „Versammlung legitimer Mehrheitsvertreter des wallonischen Volkes“ und fordert die Autonomie des wallonischen Landesteils im Rahmen eines föderalistischen belgischen Staatsaufbaus. Am *14. Januar* überreicht eine Abordnung wallonischer Sozialistenführer König Baudouin eine Botschaft, in der eine Verfassungsänderung verlangt wird, die bei Wahrung der Unabhängigkeit und der Integrität des Landes berücksichtige, daß Belgien aus zwei Völkern bestehe. Die Verfassung müsse garantieren, daß jedes Volk seine eigene Persönlichkeit, seine Kultur und seine besonderen Aspirationen verwirklichen könne.

Birma

2.—9. Januar: Eine Regierungsdelegation der Volksrepublik China unter Führung von Ministerpräsident *Chou En-lai* und Außenminister *Chen Yi* besucht Birma und führt in Rangun Besprechungen mit Ministerpräsident *U Nu.* Am *4. Januar* tauschen die Ministerpräsidenten die Ratifikationsurkunden des zwischen den beiden Ländern abgeschlossenen Grenzvertrages aus. Im weiteren Verlauf unterzeichnen die Gesprächspartner ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und ein Zahlungsabkommen, nach denen die Volksrepublik China für die Lieferungen von Maschinen und technischem Material, die Entsendung von Experten und die Ausbildung birmesischer Techniker Birma einen langfristigen Kredit von 30 Millionen Pfund Sterling einräumt. In einem gemeinsamen Kommuniqué bekennen sich beide Seiten zu den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und zum Kampf gegen den Kolonialismus. Es heißt darin ferner, *Chou En-lai* und *U Nu* hätten ihre Besorgnis über die Entwicklung in Laos zum Ausdruck gebracht.

Bulgarien

11.—13. Januar: Der Präsident von Guinea, Sekou *Touré,* besucht Bulgarien und führt in Sofia Besprechungen mit Ministerpräsident Anton *Yugov* und anderen Regierungs- und Parteivertretern. In einem gemeinsamen Kommuniqué bekennen die Gesprächspartner sich zum Kampf gegen den Kolonialismus und zu der Notwendigkeit einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Sie fordern ferner die Freilassung des abgesetzten kongolesischen Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba,* und eine baldige Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen in Algerien und in Laos. In dem Kommuniqué wird mitgeteilt, bei den Besprechungen sei ein weiterer Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit erörtert worden.

China

14. Januar: Die Regierung der Volksrepublik China setzt sich in Schreiben an die britische und die sowjetische Regierung für die Einberufung einer erweiterten Laos-Konferenz auf der Grundlage der Vorschläge der Regierung von Kambodscha vom 2. Januar (vgl. Kambodscha) ein.

Dänemark

2. Januar: Außenminister Jens Otto *Krag* spricht sich in Kopenhagen für eine Annahme des amerikanischen Angebots aus, der NATO fünf Unterseeboote mit Polaris-Raketen zur Verfügung zu stellen (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 20). Nach seiner Auffassung verletze eine Annahme des Angebots nicht den gemeinsamen dänisch-norwegischen Grundsatz, unter den gegenwärtigen Umständen Kernwaffen für dänische und norwegische Streitkräfte abzulehnen.

Deutschland

1. Januar: Der Vorsitzende des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter *Ulbricht,*

erklärt in Berlin bei einem Neujahrsempfang für das Diplomatische Korps, es sei an der Zeit, fast 16 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg die „Agentenzentralen und Diversionsstützpunkte des westdeutschen Militarismus und die ausländischen Militärorgane aus West-Berlin verschwinden" zu lassen, das Besatzungsstatut aufzuheben und zwischen West-Berlin und seiner Umwelt normale Beziehungen herzustellen. Im Jahre 1961 müßten die letzten Reste der Nachkriegsmaßnahmen beseitigt werden. Ulbricht betont, die „Existenz der DDR als rechtmäßiger deutscher Staat" sei eine geschichtliche Tatsache, die von entscheidender Bedeutung für den „Sieg der Friedenskräfte in ganz Deutschland" sei.

Der stellvertretende Außenminister der sogenannten DDR, Otto *Winzer*, erklärt in einer Rundfunkansprache, seine Regierung werde auch im Jahre 1961 den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Paktes und denen der NATO sowie den Abschluß eines Friedensvertrages mit „beiden deutschen Staaten" befürworten. Sie hoffe, dadurch den „europäischen Gefahrenherd eines Dritten Weltkrieges" endgültig zu beseitigen.

2. Januar: Die Regierung der sogenannten DDR erklärt in einem Grußtelegramm an die afrikanische Konferenz in Casablanca (vgl. Konferenz afrikanischer Staatsoberhäupter), sie unterstütze die afrikanischen Forderungen nach der sofortigen Auflösung der militärischen Stützpunkte, der Einstellung der französischen Atombombenversuche sowie der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Afrika. In dem Telegramm wird erneut behauptet, die Bundesregierung leiste Hilfe bei den französischen Atomwaffenversuchen.

10. Januar: Bundeskanzler Konrad *Adenauer* erklärt vor der Bundestagsfraktion der CDU in Bonn, die Bundesregierung unterstütze jeden Versuch zu einer Entspannung der Ost-West-Beziehungen und begrüße daher die sich anbahnenden Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Mit dem Abschluß beziehungsweise der Verlängerung des deutsch-sowjetischen Handelsvertrages und der Einigung über ein neues Interzonenhandels-Abkommen (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 12) habe sie bewiesen, daß sie zu sachlichen Regelungen jederzeit bereit sei. Adenauer setzt sich in diesem Zusammenhang für ein besseres Verhältnis zwischen Polen und der Bundesrepublik ein. Dies könne ein weiterer deutscher Beitrag zur Entspannung sein.

Frankreich

2. Januar: Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt in Paris, die gegenwärtige politische Situation in Laos entspreche nach Auffassung der Regierung nicht dem Geiste des Genfer Abkommens von 1954. Danach sollte die Regierung des Landes auf möglichst breiter Grundlage gebildet werden und die großen politischen Richtungen in sich vereinigen. Dies sei jedoch heute nicht der Fall. Der Sprecher fügt hinzu, bisher hätten sich Gerüchte nicht bestätigt, nach denen nordvietnamesische Truppen in laotisches Gebiet eingedrungen seien.

6. Januar: Staatspräsident Charles *de Gaulle* fordert in einer Rundfunk- und Fernsehansprache erneut (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 12 und Z 13) die Bevölkerung auf, bei dem Referendum am 8. Januar für den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf zu stimmen. De Gaulle betont, daß es sich um eine der schwerwiegendsten Entscheidungen der französischen Geschichte handele. Das Ja zur vorgeschlagenen Lösung gebe den Wunsch des Volkes kund, daß Frankreich in Algerien und mit Algerien der Sache des Friedens und der Vernunft zum Siege verhelfe. Darüber hinaus gehe es um Frankreichs eigenes Schicksal: Entweder werde es seine Einigkeit und damit den Willen zur Lösung seiner Probleme oder aber seine innere Zerrissenheit bekunden, die zu Chaos und Niedergang führen müßte. De Gaulle unterstreicht, daß er wegen der Schwere der Entscheidung eine Mehrheit benötige, die im rechten Verhältnis zu der Aufgabe stehe, um die es gehe.

8. Januar: Bei dem Referendum über die Zukunft Algeriens (vgl. Zeittafel Jg. 1961,

S. Z 2) geben im Mutterland von 27 246 579 Stimmberechtigten 20 287 432 (74,55 vH) ihre Stimme ab. Davon stimmen 15 295 662 (75,39 vH) mit Ja und 4 991 770 (24,61 vH) mit Nein. An der vom 6.—8. Januar in Algerien durchgeführten Befragung nehmen von 4 414 636 Stimmberechtigten 2 529 481 (59,79 vH) teil. Davon stimmen 1 747 529 (69,08 vH) mit Ja und 782 056 (30,92 vH) mit Nein. Während der Abstimmung kommt es in mehreren Orten Algeriens zu Zwischenfällen. Premierminister Michel *Debré* erklärt in einer Rundfunk- und Fernsehansprache, der Ausgang des Referendums sei ein Erfolg für Staatspräsident Charles *de Gaulle.* Die Nation habe den Spaltern zum Trotz ihren Willen kundgetan und ihr Vertrauen in die Algerien-Politik de Gaulles zum Ausdruck gebracht. Der ehemalige Minister in der Regierung Debré, Jacques *Soustelle,* betont dagegen in einer Erklärung, der Graben zwischen dem Mutterland und Algerien habe sich nach dem Referendum noch erweitert. Er fürchte, das Ergebnis der Abstimmung werde in Algerien als ein Zeichen der völligen Preisgabe des Landes und der europäischen Bevölkerung bewertet werden. Am 14. Januar wird das Gesetz über die Einführung der Selbstbestimmung und die Einsetzung autonomer Regierungskörperschaften in Algerien verkündet.

11. Januar: Der Präsident des kongolesischen Rates der Generalkommissare, Justin *Bomboko,* hat in Paris eine Unterredung mit Außenminister Maurice *Couve de Murville.*

Großbritannien

15. Januar: Die Regierung vereinbart mit der Regierung der Vereinigten Arabischen Republik die Wiederaufnahme der am 1. November 1956 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen.

Indien

5. Januar: Das Arbeitskomitee des Indischen Nationalkongresses billigt auf einer Tagung in Neu-Delhi eine Resolution, in der die Grenzverletzung und Besetzung indischen Gebietes durch Truppen der Volksrepublik China als Bruch der Grundsätze der Koexistenz bezeichnet werden, zu der sich China und Indien gegenseitig verpflichtet hätten. Chinas Vorgehen schädige den Frieden, die Zusammenarbeit und die Stabilität Asiens, für die die Unverletzbarkeit der Grenzen und freundschaftliche und gutnachbarliche Beziehungen unabdingbare Voraussetzungen seien. In weiteren Entschließungen werden die Wiedereinsetzung der internationalen Kontroll- und Beobachtungskommission für Laos, die Beendigung der belgischen Einmischung und Kontrolle im Kongo sowie die Gewährung der Unabhängigkeit an Algerien gefordert. In einer Resolution zur Goa-Frage wird betont, daß Goa ein Teil des indischen Territoriums sei, das befreit und in den Verband der Indischen Union aufgenommen werden müsse. Das Arbeitskomitee begrüßt schließlich die Resolution der Vereinten Nationen, in der sofortige Schritte zur Gewährung der Unabhängigkeit für alle Treuhandschafts- und Kolonialgebiete gefordert werden.

Jugoslawien

6.—11. Januar: Der Präsident von Guinea, Sekou *Touré,* besucht Jugoslawien und führt in Belgrad Besprechungen mit Staatspräsident Josip Broz *Tito.* In einem gemeinsamen Kommuniqué begrüßen die beiden Staatsmänner die Ausweitung der Beziehungen zwischen ihren Ländern und versichern ihre Entschlossenheit, sich um die Sicherung des Weltfriedens und die Verbesserung der internationalen Beziehungen zu bemühen. Sie setzen sich ferner für eine strikte Anwendung der Resolutionen der Vereinten Nationen zur Kongo-Frage und für die sofortige Freilassung des abgesetzten kongolesischen Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba,* ein. Sie fordern schließlich eine Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen in Algerien und in Laos.

10.—12. Januar: Der indonesische Außenminister, *Subandrio,* besucht Jugoslawien und führt in Belgrad Besprechungen mit Staatspräsident Josip Broz *Tito.* Subandrio erklärt vor seiner Abreise, die beiden Gesprächspartner hätten bei ihren Unterredungen, bei denen insbesondere die Entwicklung im Kongo, in Laos und in Al-

gerien erörtert worden sei, eine weitgehende Uebereinstimmung ihrer Ansichten festgestellt. In einem gemeinsamen Kommuniqué betonen die beiden Staatsmänner, die gegenwärtige Verschlechterung der internationalen Beziehungen sei auf die Bemühungen der Kolonialmächte zurückzuführen, eine endgültige Liquidation des Kolonialismus zu verhindern.

13.—15. Januar: Der Präsident von Pakistan, Mohammad *Ayub Khan*, besucht Jugoslawien und führt in Belgrad Besprechungen mit Staatspräsident Josip Broz *Tito*. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird der Abschluß eines Abkommens über die Lieferung jugoslawischer Ausrüstungsgüter im Werte von 10 Millionen Dollar auf Kreditbasis bekanntgegeben.

Kambodscha

2. Januar: Das Staatsoberhaupt, Norodom *Sihanouk*, schlägt in einem Schreiben an vierzehn Staats- und Regierungschefs die Einberufung einer Konferenz vor, die in einem neutralen asiatischen Land zusammenkommen und die Möglichkeiten eines Friedensschlusses in Laos erörtern solle. Dem laotischen Volk solle eine Garantie für eine freie und ungestörte Wahl seines politischen Regimes gegeben werden. An der Konferenz sollten die Signatarmächte des Genfer Abkommens von 1954, ferner Indien, Kanada und Polen als Mitglieder der internationalen Kontroll- und Beobachtungskommission für Laos sowie Thailand, Birma und die Republik Vietnam als Nachbarstaaten von Laos und die Vereinigten Staaten teilnehmen.

15. Januar: Die Regierung des Ministerpräsidenten Pho *Proeung* tritt zurück.

Kongo (Léopoldville)

1. Januar: Der Schlichtungsausschuß der Vereinten Nationen nimmt seine Besprechungen im Kongo auf.

Truppen des Oberbefehlshabers der Armee, Oberst Joseph *Mobutu*, werden bei dem Versuch, von dem belgischen Treuhandgebiet Ruanda-Urundi aus in die Provinz Kivu einzumarschieren, von Truppen unter Führung von Anhängern des gestürzten Ministerpräsidenten Patrice *Lumumba* zurückgeschlagen. Ein Sprecher der Vereinten Nationen erklärt in Léopoldville zu dem Zwischenfall, die UN betrachteten die offensichtliche Unterstützung der Aktion durch die belgischen Behörden des Treuhandgebietes als sehr ernst.

5.—6. Januar: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld*, führt in Léopoldville Besprechungen mit kongolesischen Politikern und mit Mitgliedern des Schlichtungsausschusses der Vereinten Nationen.

9. Januar: Der Präsident des Rates der Generalkommissare, Justin *Bomboko*, beschuldigt in einer in Léopoldville abgegebenen Erklärung die Vereinten Nationen, sie verhielten sich passiv gegenüber den zunehmenden Versuchen von Anhängern des gestürzten Ministerpräsidenten Patrice *Lumumba*, die Gewalt auf illegalem Wege an sich zu reißen.

Anhänger des gestürzten Ministerpräsidenten Patrice *Lumumba* proklamieren in Nord-Katanga die Bildung einer neuen Provinz. Sie soll den Namen Luluaba tragen.

12. Januar: Der Ministerpräsident von Katanga, Moise *Tshombé*, erklärt in Elisabethville, er fühle sich an das mit den Vereinten Nationen geschlossene Abkommen über eine militärisch-neutrale Zone im Norden der Provinz nicht mehr gebunden und beanspruche wieder die volle militärische Handlungsfreiheit in ganz Katanga. Ein Regierungssprecher teilt am gleichen Tage mit, die Regierung habe Gegenmaßnahmen gegen die Bildung einer neuen Provinz in Nord-Katanga ergriffen.

14. Januar: Staatspräsident Joseph *Kasavubu* fordert in einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld*, die Abberufung des Leiters der UN-Mission im Kongo, Rajeshwar *Dayal*. In dem Schreiben heißt es, Dayal habe sich den Anhängern des gestürzten Ministerpräsidenten Patrice *Lumumba* gegenüber parteiisch verhalten. *Kasavubu* fordert ferner die Entwaffnung der unter dem Befehl von Anhängern Lumumbas stehenden Truppen.

Kuba

1. Januar: Die Regierung ordnet die allgemeine Mobilmachung aller Streitkräfte und Milizen des Landes an. Sie begründet die Maßnahme mit einer angeblich drohenden amerikanischen „Aggression".

2. Januar: Ministerpräsident Fidel *Castro* fordert die Regierung der Vereinigten Staaten in einer Rede in Havanna aus Anlaß des zweiten Jahrestages der Revolution in ultimativer Form auf, ihre Botschaft in Havanna innerhalb 48 Stunden entsprechend der Größe der kubanischen Botschaft in Washington auf 11 Mitglieder zu verkleinern.

5. Januar: Die Regierung erörtert auf einer Kabinettssitzung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba (vgl. Vereinigte Staaten). In einer Erklärung heißt es, lediglich die Regierung Präsident Dwight D. *Eisenhowers* sei für den Abbruch verantwortlich. Kuba hoffe, „daß eines Tages die Beziehungen wiederhergestellt werden, wenn die USA-Regierung schließlich einsieht, daß es auf der Basis der Achtung souveräner Rechte, legitimer Interessen und nationaler Würde möglich ist, aufrichtige und freundschaftliche Beziehungen zum kubanischen Volke zu unterhalten".

Laos

2. Januar: Hauptmann Kong *Le* erklärt über den Rundfunksender des Pathet Lao, er sei der provisorische Vertreter der einzig rechtmäßigen Regierung Souvanna *Phouma*. Er weist Behauptungen zurück, nach denen die Regierung Souvanna Phouma unter kommunistischem Einfluß stehe. Zwar erhalte sie von der Sowjetunion Hilfe. Sie sei dazu jedoch gezwungen, da die Truppen des Generals Phoumi *Nosavan* ihrerseits von den Vereinigten Staaten unterstützt würden.

3. Januar: Das Parlament bestätigt in einer von König *Savang Vathana* eröffneten Sondersitzung die Regierung des Ministerpräsidenten *Boun Oum* offiziell in ihrem Amt. Boun Oum bezeichnet in einer Regierungserklärung die Lage als ernst.

11. Januar: Die Regierung fordert in einer Note die sowjetische Regierung auf, die Flüge sowjetischer Flugzeuge zur Unterstützung der Streitkräfte des Pathet Lao einzustellen. Der sowjetische Botschafter in London, dem die Note überreicht werden soll, verweigert jedoch die Annahme mit der Begründung, daß seine Regierung die Regierung *Boun Oum* nicht anerkenne.

Nepal

5. Januar: In einem über den Rundfunk verbreiteten politischen Programm erklärt die Regierung, ihre Außenpolitik sei von den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen inspiriert und werde auf der Neutralität und Bündnisfreiheit von den großen Machtblöcken beruhen. In dem Programm heißt es weiter, alle politischen Parteien seien ab sofort verboten. Jede parteipolitische Tätigkeit sei illegal.

Niederlande

4. Januar: Die am 23. Dezember 1960 zurückgetretene Regierung unter Ministerpräsident Jan *de Quay* übernimmt erneut die Regierungsgeschäfte, nachdem die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition über das Wohnungsbauprogramm beigelegt worden sind. (Vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 15.)

Die Regierung fordert in einem Schreiben den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld*, auf, Beobachter der Vereinten Nationen nach Niederländisch-Neuguinea zu entsenden, da die Gefahr von Gewaltmaßnahmen seitens Indonesiens zugenommen habe.

8. Januar: Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt in Den Haag zu der in dem gemeinsamen indonesisch-sowjetischen Kommuniqué vom 7. Januar (vgl. Sowjetunion) erhobenen Forderung nach Abtretung Niederländisch-Neuguineas an Indonesien, die Regierung halte nach wie vor das gemeinsame indonesisch-sowjetische Kommuniqué vom 27. Februar 1960 für gültig, in dem es heißt, bei der Lösung von Streitfragen solle keine Gewalt angewendet werden.

10. Januar: Das Außenministerium weist in einer Erklärung den in der sowjetischen Note vom 7. Januar (vgl. Sowjetunion) enthaltenen Protest gegen die Lagerung

von Atomwaffen auf niederländischem Gebiet zurück. In der Erklärung wird betont, daß sich die Regierung schon 1957 auf Grund eines Beschlusses des NATO-Rates bereit erklärt habe, den Bau von Raketen-Abschußrampen und die Einlagerung von Atomwaffen für die NATO-Streitkräfte zu gestatten. Diese Entscheidung sei getroffen worden, nachdem die Sowjetunion im Rahmen eines Modernisierungsprogramms ihre Streitkräfte mit Atomwaffen ausgerüstet habe.

11. Januar: Die Katholische Volkspartei befürwortet in einer Erklärung direkte und allgemeine Wahlen für ein europäisches Parlament zu einem möglichst frühen Zeitpunkt. In der Erklärung heißt es, die Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa müsse das höchste Ziel der europäischen Politik bleiben.

Nigeria

5. Januar: Aus Protest gegen den dritten französischen Atombombenversuch in der Sahara (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 13) erklärt die Regierung den französischen Botschafter in Lagos zur persona non grata und untersagt den französischen Schiffen und Flugzeugen die Benutzung nigerischer Häfen und Flugplätze. In einer Erklärung heißt es, die Regierung behalte sich für den Fall weiterer Versuche in der Sahara das Recht vor, noch „ernstere Maßnahmen“ gegen Frankreich zu ergreifen.

Schweden

11. Januar: König *Gustav VI. Adolf* erklärt in seiner Thronrede aus Anlaß der Eröffnung des Reichstages, die internationale Lage sei in der Hauptsache durch die zwischen West und Ost herrschende Spannung bestimmt. Das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz und der Abbruch der Genfer Verhandlungen des Zehnmächte-Abrüstungsausschusses hätten zur Verwirrung geführt und dazu beigetragen, daß bei der Lösung der großen internationalen Streitfragen kein einziger Fortschritt erzielt worden sei. Der König würdigt ferner die Bemühungen der Vereinten Nationen um die Erhaltung des Friedens und kündigt einen stärkeren schwedischen Beitrag zur Entwicklungshilfe an.

Sowjetunion

1. Januar: Die am 5. Mai 1960 von Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* bekanntgegebene Währungsreform durch Umtausch von zehn alten in einen neuen Rubel und die am 14. November 1960 bekanntgegebene Aenderung der Rubel-Parität auf 90 Kopeken für einen Dollar treten in Kraft.

2.—6. Januar: Eine indonesische Regierungsdelegation unter Führung von Verteidigungsminister General Abdul Haris *Nasution* führt in Moskau mit Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* und dem ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Anastas I. *Mikojan* Verhandlungen über den Ankauf von Waffen und die Gewährung eines entsprechenden Kredits. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die indonesische Delegation sei „im Rahmen der Maßnahmen zum Aufbau der Streitkräfte der Republik Indonesien hauptsächlich angesichts der besonderen Lage, die infolge der in letzter Zeit zunehmenden Spannungen rund um die West-Irian-Frage entstanden ist“, in die Sowjetunion entsandt worden. Die Regierung sei dem Ersuchen der indonesischen Delegation entgegengekommen. Einzelheiten werden nicht genannt. Jedoch erklärt der indonesische Militärattaché in Bonn, Oberst *Pandjaitan*, am 7. Januar, die Sowjetunion werde Indonesien einen Kredit von 300 bis 400 Millionen Dollar für den Bezug von schweren Waffen gewähren. In dem Kommuniqué bekennen sich die Gesprächspartner zum Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus und zur Notwendigkeit einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung bei wirksamer internationaler Kontrolle. Es heißt ferner, die sowjetische Regierung unterstütze die „gerechte Forderung des indonesischen Volkes nach Wiedervereinigung West-Irians mit der Republik Indonesien“.

2. Januar: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* wiederholt bei einem Empfang in der kubanischen Botschaft in Moskau den Vorschlag (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 16), die internationale Kontroll- und Beobachtungskommission für Laos wiedereinzusetzen, welche durch die Genfer

Indochina-Konferenz von 1954 geschaffen wurde und sich aus Vertretern Indiens, Kanadas und Polens zusammensetzte. Er erklärt, der gefährliche Brandherd in Laos müsse beseitigt werden, und schlägt die Einberufung einer internationalen Schiedskonferenz nach Art der Genfer Indochina-Konferenz vor. Auf die Spannungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten eingehend, behauptet Chruschtschow, die „aggressivsten unter den amerikanischen Monopolisten" bereiteten eine direkte Aggression gegen Kuba vor und suchten zugleich den Eindruck zu erwecken, auf Kuba würden gegen die Vereinigten Staaten gerichtete sowjetische Raketenstützpunkte gebaut. Dies sei jedoch eine Verleumdung. Es sei wohlbekannt, daß die Sowjetunion weder auf Kuba noch in anderen Ländern Militärstützpunkte besäße.

5. Januar: Die Regierung ersucht in einem Schreiben den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, von Belgien unverzüglich einen Bericht über die widerrechtliche Benutzung des Treuhandgebietes Ruanda-Urundi zu militärischen Aktionen gegen den Kongo anzufordern. In dem Schreiben heißt es, Belgien habe nicht nur Truppen des Oberbefehlshabers der kongolesischen Armee, Oberst Joseph *Mobutu,* gestattet, von Ruanda-Urundi aus einen Angriff gegen den Kongo zu unternehmen, sondern auch belgischem Militärpersonal die direkte Beteiligung an den Operationen erlaubt.

6. Januar: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* gibt in einer Rede vor Mitgliedern der Parteiorganisationen der Parteihochschulen, der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und des Instituts für Marxismus-Leninismus in Moskau einen Bericht über die Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 35). Chruschtschow erklärt zur Frage der Vermeidbarkeit von Kriegen, die Außenpolitik müsse je nach der Art der Auseinandersetzung verschieden sein. Das sozialistische Lager werde seine gesamte Macht einsetzen, um den Ausbruch eines von den Imperialisten vorbereiteten Weltkrieges zu verhindern. Dies gelte auch für lokale Kriege, da diese sich zu weltweiten Konflikten ausweiten könnten. Befreiungskriege und Volksaufstände seien jedoch nicht unvermeidbar. Sie seien notwendig, da die Kolonialisten den Kolonialvölkern niemals freiwillig ihre Unabhängigkeit gäben. Sie seien heilige Kriege, und die Sowjetunion werde sie auch in Zukunft rückhaltlos unterstützen.

7. Januar: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* erklärt in einem Antwortschreiben an das Staatsoberhaupt von Kambodscha, Norodom *Sihanouk,* die Regierung begrüße den Vorschlag vom 2. Januar (vgl. Kambodscha), eine internationale Konferenz zur Lösung der Laos-Krise einzuberufen. Zugleich werden in dem Schreiben die Vereinigten Staaten beschuldigt, sich in die inneren Angelegenheiten von Laos einzumischen.

Die Regierung erklärt in einer Note an die niederländische Regierung, durch die Gewährung niederländischen Territoriums zur Stationierung amerikanischer Kernwaffen werde das Land großen Gefahren ausgesetzt. Es sei falsch zu glauben, daß dadurch die Sicherheit der Niederlande erhöht werde. Sie könnten vielmehr im Falle eines Krieges atomaren Gegenschlägen nicht entgehen. Die Regierung erinnerte in ihrer Note ferner an ihre Vorschläge zur Schaffung von kern- und raketenwaffenfreien Zonen und zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung.

11. Januar: Die Regierung fordert in einer in Moskau veröffentlichten Erklärung die Vereinten Nationen auf, unverzüglich Schritte zu unternehmen, durch die Belgien die Treuhandschaft über Ruanda-Urundi entzogen und dem Gebiet die Unabhängigkeit gewährt werden. Die Frage solle vom Sicherheitsrat und, falls notwendig, in einer Sondersitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen erörtert werden. In der Erklärung wird Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* erneut beschuldigt, er stehe mit dem Oberfehlshaber der kongolesischen Armee, Oberst Joseph *Mobutu,* im Bunde.

12. Januar: In einem Antwortschreiben auf eine Botschaft des Ministerpräsidenten der Demokratischen Republik Vietnam, Pham *Van Dong,* erklärt Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow,* die Regierung befürworte eine internationale

Konferenz nach dem Muster der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 zur Lösung der Laos-Krise und die Wiedereinsetzung der internationalen Kontroll- und Beobachtungskommission für Laos. Chruschtschow nennt jedoch als Bedingung die Einstellung jeglicher amerikanischen oder westlichen Hilfe an „die Rebellen in Laos".

Spanien

9. Januar: Der französische General Raoul *Salan* erklärt in Madrid zu dem Ausgang des Referendums über die Zukunft Algeriens (vgl. Frankreich), er werde seinen Kampf um ein „französisches Algerien" unbeirrt fortsetzen. Algerien sei „sprachlos" über die Leichtfertigkeit, mit der das Mutterland für die Regierung gestimmt habe. Salan erklärt die hohe Zahl der Ja-Stimmen mit einer dem „Geist von München" vergleichbaren Stimmung, die sich sehr rasch zum Nutzen des Kommunismus auswirken und zu einer algerischen Volksrepublik führen könne.

Südafrikanische Union

7.—12. Januar: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld*, besucht die Südafrikanische Union und führt in Pretoria mit Ministerpräsident Hendrik F. *Verwoerd* Besprechungen über die südafrikanische Rassenpolitik. In einem Kommuniqué werden die Gespräche als offen, konstruktiv und nützlich bezeichnet. Beide Seiten hätten Gelegenheit gehabt, ihren Standpunkt darzulegen. Verwoerd werde demnächst eine Erklärung zu dem Problem abgeben.

Sudan

1. Januar: Die Regierung beruft aus Protest gegen den dritten französischen Atomwaffenversuch in der Sahara (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 13) ihren Botschafter in Paris ab.

Tunesien

1. Januar: Der Ministerpräsident der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas*, fordert in einer Rundfunkrede das algerische Volk auf, das von der französischen Regierung auf den 8. Januar angesetzte Referendum zu boykottieren. Abbas bezeichnet den Volksentscheid als „Maskerade" und verurteilt die Bemühungen der französischen Regierung, das Volk in Algerien zur Abstimmung zu zwingen. Eine von Frankreich gewährte Unabhängigkeit sei irreal. Nur eine vom algerischen Volk unter Führung der provisorischen Regierung errungene Unabhängigkeit wäre annehmbar.

11. Januar: Die algerische Exilregierung betont in einer in Tunis veröffentlichten Erklärung, die Politik des französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle*, sei bei dem Referendum in Algerien (vgl. Frankreich) klar abgelehnt worden. In der Erklärung wird behauptet, die Algerier seien durch Terrormaßnahmen zur Abstimmung getrieben worden. Hunderte von Algeriern seien dabei ums Leben gekommen. Am gleichen Tage erklärt ein Regierungssprecher in Tunis, es liege nun an de Gaulle, den ersten Schritt zu Verhandlungen zu machen, nachdem er eine Mehrheit erhalten habe, die zwar nicht so eindeutig sei, wie er gewünscht habe, die jedoch tatsächlich vorhanden sei. In einer am *12. Januar* in Tunis veröffentlichten Erklärung warnt die Exilregierung de Gaulle davor, in Algerien eine provisorische Exekutive einzusetzen. Dies käme der Oktroyierung eines Algerien-Statuts gleich und sei geeignet, die künftige Entwicklung einseitig festzulegen. Auf diese Weise würde eine friedliche Regelung erschwert werden.

Türkei

4. Januar: Das Komitee der Nationalen Einheit tritt zurück, um Staatspräsident General Cemal *Gürsel* Gelegenheit zur Bildung einer neuen Regierung aus den Reihen der Verfassunggebenden Versammlung zu geben. Die Versammlung tritt am *6. Januar* in Ankara zusammen. General Gürsel erklärt in einer Botschaft an die Versammlung, er sei gezwungen gewesen, am 27. Mai 1960 die Macht zu übernehmen, nachdem Abenteurer das Land in Wirren und Schulden gestürzt hätten. Die Versammlung habe die Aufgabe, ein neues, demokratisches Regime auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Freiheit zu schaffen. Am gleichen Tage bildet General Gürsel ein neues Kabinett, in dem Selim *Sarper* das Außenministerium und

General Muzaffer *Alankus* das Verteidigungsministerium übernehmen. Dem Kabinett gehören elf Mitglieder der bisherigen Regierung und sieben neue Mitglieder an, darunter zwei Angehörige der von Ismet *Inönü* geführten Republikanischen Partei.

Uruguay

13. Januar: Die Regierung erklärt den kubanischen Botschafter in Montevideo zur persona non grata. Eine Begründung wird nicht gegeben.

Vereinigte Staaten

3. Januar: In einer in Washington veröffentlichten Erklärung des Außenministeriums heißt es, die Sowjetunion und die nordvietnamesischen Kommunisten hätten seit dem Abzug der Truppen des laotischen Hauptmanns Kong *Le* und des Pathet Lao aus Vientiane am 15. Dezember eine umfangreiche Luftbrücke zur Lieferung von Kriegsmaterial eingerichtet. Es lägen Beweise dafür vor, daß sowjetische und nordvietnamesische Flugzeuge mindestens 180 Einsätze zur Unterstützung der Streitkräfte Kong Les und des Pathet Lao geflogen seien.

Als Antwort auf die ultimative Forderung des kubanischen Ministerpräsidenten, Fidel *Castro*, nach einer Verringerung des amerikanischen Botschaftspersonals in Havanna (vgl. Kuba) bricht die Regierung ihre diplomatischen und konsularischen Beziehungen zu Kuba ab. In einer Erklärung von Präsident Dwight D. *Eisenhower* heißt es, die Aktion Castros sei nur die letzte in einer langen Reihe von grundlosen Beschuldigungen und Verleumdungen. Es gäbe eine Grenze für das, was die Vereinigten Staaten hinnehmen könnten, ohne die Achtung vor sich selbst zu verlieren. Diese Grenze sei jetzt erreicht. Eisenhower äußert die Ueberzeugung, daß die historische Freundschaft seines Landes zum kubanischen Volk von der Angelegenheit nicht berührt und in nicht allzu ferner Zukunft wieder ihren Ausdruck in der Unterhaltung normaler Beziehungen finden werde. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt in Washington, die Regierung halte den Vertrag über den amerikanischen Stützpunkt Guantanamo auch weiterhin für gültig.

7. Januar: In einer vom Außenministerium in Washington veröffentlichten Erklärung werden kommunistische Behauptungen als unglaubwürdig zurückgewiesen, Laos bedrohe die Sicherheit der kommunistischen Welt. Mehr als einmal habe die laotische Regierung darauf hingewiesen, daß sie in Uebereinstimmung mit dem Genfer Abkommen von 1954 weder einem Militärpakt beitreten noch die Errichtung von ausländischen Militärstützpunkten gestatten werde. Ebensowenig hätten die Vereinigten Staaten Laos zum Eintritt in ein Militärbündnis zu überreden versucht. In der Erklärung wird davor gewarnt, daß eine Einbeziehung von Laos in den kommunistischen Machtbereich weitreichende Folgen für die Sicherheit und Unabhängigkeit der Nachbarstaaten haben würde. Die Vereinigten Staaten sähen daher ihren Beitrag zur Lösung der Laos-Krise in der Aufdeckung der wahren Natur der kommunistischen Absichten in Laos. Die Regierung betont weiter, daß sie nicht die Absicht habe, westliche Militärbasen in Laos zu errichten. Sie werde allerdings mit Unterstützung der anderen freien Nationen „mit allen erfolgversprechenden Mitteln" die Unabhängigkeit von Laos verteidigen.

9. Januar: Der Staatssekretär im Außenministerium, Andrew H. *Berding*, erklärt in einer Rede im Rahmen eines vom Rotary Club von Scranton (Pennsylvanien) veranstalteten Rundfunkprogramms für den Rotary Club von West-Berlin, es sei sehr wahrscheinlich, daß die Westmächte demnächst wieder Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage aufnehmen würden. Er könne zwar nicht für die neue Regierung unter John F. *Kennedy* sprechen, er glaube jedoch mit Sicherheit, daß auch in Zukunft alle Verhandlungen auf amerikanischer Seite von folgenden Grundsätzen ausgehen würden: 1. Das deutsche Volk stellt eine Einheit dar; 2. das wiedervereinigte Deutschland muß frei über seine politische, wirtschaftliche und soziale Struktur sowie über seine internationalen Beziehungen entscheiden können; 3. die Bevölkerung des freien West-Berlins darf nicht unter kommunistische Herrschaft

fallen oder in ihren Bindungen mit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt werden; 4. die Vereinigten Staaten werden auch in Zukunft alle ihre gesetzlichen und moralischen Verpflichtungen gegenüber West-Berlin erfüllen.

12. Januar: Präsident Dwight D. *Eisenhower* gibt in seiner letzten Botschaft über die Lage der Nation an den Kongreß einen Rückblick über die Außen- und Innenpolitik während seiner achtjährigen Amtszeit und einen Ausblick auf die kommenden Entwicklungen (vgl. Dokumentation Jg. 1961, S. D 74 ff.). In seinem Ausblick auf die ungelösten außenpolitischen Probleme erwähnt Eisenhower die fortdauernde kommunistische Bedrohung der Freiheit Berlins, die explosive Situation in Laos, die kommunistische Durchdringung Kubas und die mannigfaltigen Probleme, die durch die Entwicklung der neuen Staaten in Afrika aufgeworfen würden. Diese Fragen erforderten eine ständige Ueberprüfung und eine taktvolle Behandlung. Zu den offenen innenpolitischen Problemen zählt Eisenhower insbesondere die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und die Sicherung einer stabilen Währung sowie den Ausgleich der amerikanischen Handelsbilanz. Eisenhower dankt den Mitgliedern des Kongresses für ihre Zusammenarbeit in den vergangenen acht Jahren und übermittelt dem neuen Präsidenten die besten Wünsche „für Erfolg bei der Bewältigung der Probleme, denen sich unsere Nation gegenübersieht".

Vietnam

4. Januar: Der Ministerpräsident der Demokratischen Republik Vietnam, Pham *Van Dong,* fordert in Botschaften an die Regierungen asiatischer und afrikanischer Länder sowie der Teilnehmerländer der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 die Einberufung einer internationalen Laos-Konferenz und die Wiedereinsetzung der internationalen Beobachtungs- und Kontrollkommission für Laos. In der Botschaft werden die Regierungen ferner aufgefordert, die Forderungen nach dem Abzug des amerikanischen Militärpersonals aus Laos zu unterstützen.

6. Januar: Das Plenum des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams beendet in Hanoi eine am 28. Dezember 1960 begonnene Tagung, auf der die Ergebnisse des Dreijahresplanes für 1958—1960 und die Aufgaben des Staatsplanes für 1961 erörtert wurden. Das Plenum befaßte sich ferner mit einem Bericht über die Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 35 ff.). Das Plenum billigte einstimmig den Bericht und nahm den Plan für 1961 an.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

2. Januar: Der ständige Vertreter von Laos überreicht Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* eine Botschaft seiner Regierung, in der die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam der offenen und unprovozierten Aggression gegen Laos beschuldigt wird.

4.—5. Januar: Der Sicherheitsrat erörtert die kubanische Beschwerde, die Vereinigten Staaten planten noch vor dem Ablauf der Präsidentschaft von Dwight D. *Eisenhower* einen militärischen Ueberfall auf Kuba (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 15). Der amerikanische Delegierte, James J. *Wadsworth,* beschuldigt in der Debatte die kubanische Regierung, sie habe durch eine Strategie der Beunruhigung den Bruch der amerikanisch-kubanischen Beziehungen (vgl. Vereinigte Staaten) herbeigeführt. Die von Kuba unterstellten Angriffsabsichten bezeichnet er als „absurd, hysterisch und lächerlich". Die kubanische Klage sei ein Beispiel für das gemeinsame Vorgehen Kubas und der Sowjetunion. Offenbar habe man sich dazu entschlossen, um die Aufmerksamkeit der Welt von der sowjetischen Aktivität in Laos abzulenken. Der kubanische Außenminister Raúl *Roa* erklärt, Ziel der Vereinigten Staaten sei es, die Revolution in Kuba zu zerschlagen und das Land in ihren Besitz zu bringen. Die augenblickliche Lage sei nur auf die feindselige Haltung Eisenhowers zurück-

zuführen. Kuba stehe jedoch nicht allein und werde nicht allein kämpfen. Der sowjetische Delegierte, Valerian A. *Sorin*, erklärt, die Darlegungen des amerikanischen Delegierten, *Wadsworth*, seien nicht überzeugend. Wadsworth habe nicht eindeutig versichert, daß die Vereinigten Staaten die Wühlarbeit gegen Kuba einstellen, keinen Angriff unternehmen und das amerikanisch-kubanische Problem auf friedlichem Wege regeln würden. Wenn es zu einer Aggression kommten sollte, werde Kuba die Unterstützung aller Länder genießen, die „Freiheit und Gerechtigkeit lieben". Im Verlauf der Debatte unterbreiten die Delegierten Chiles und Ecuadors dem Rat einen Resolutionsentwurf, in dem die Regierungen Kubas und der Vereinigten Staaten aufgefordert werden, sich um eine Beilegung ihrer Meinungsverschiedenheiten durch friedliche Mittel, wie sie in der UN-Charta vorgesehen sind, zu bemühen. Den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen wird empfohlen, nichts zu unternehmen, was die Spannungen zwischen den beiden Ländern verschärfen könnte. Die Delegierten Frankreichs und Großbritanniens, Armand *Bérard* und Sir Harold *Beeley*, fordern dagegen den Rat auf, keine Resolution zu verabschieden, da die kubanischen Behauptungen unbegründet schienen. Darauf ziehen Chile und Ecuador ihren Entwurf zurück. Die Debatte endet ohne Beschlußfassung.

7. Januar: Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* erklärt in einer Note an die belgische Regierung, jeder neue Zwischenfall in dem belgischen Treuhandgebiet Ruanda-Urundi, der durch kongolesische Truppen verursacht würde (vgl. Kongo), könne eine „höchst gefährliche Panik" hervorrufen. In der Note wird die belgische Regierung aufgefordert, die Lage in ihrem Treuhandgebiet zu klären.

12.—14. Januar: Der Sicherheitsrat erörtert auf sowjetischen Antrag erneut die Kongo-Frage. Unter Hinweis auf den Versuch kongolesischer Truppen, von dem belgischen Treuhandgebiet Ruanda-Urundi aus in die Provinz Kivu einzudringen (vgl. Kongo), beschuldigt der sowjetische Delegierte, Valerian A. *Sorin*, die belgische Regierung, sie setze ihre im Juli 1960 begonnene Aggression gegen den Kongo unter verschiedener Tarnung bis heute fort. Er fordert, daß Belgien alle Rechte und Vollmachten in dem Treuhandgebiet genommen und Ruanda-Urundi unverzüglich die Unabhängigkeit gegeben werden sollte. Belgien solle ferner entsprechend den früheren Beschlüssen des Sicherheitsrates alle Truppen und Zivilpersonen aus dem Kongo abziehen. Der belgische Delegierte, Walter *Loridan*, unterbreitet dem Rat ein Schreiben seiner Regierung, in dem es heißt, die lokalen Behörden in dem Treuhandgebiet seien angewiesen, jeden nicht autorisierten Durchmarsch zu verhindern. Im Verlauf der Debatte legen die Vertreter Ceylons, Liberias und der Vereinigten Arabischen Republik einen Resolutionsentwurf vor, in dem Belgien der Verletzung seines Treuhandmandats für schuldig befunden und der am 7. März wieder zusammentretenden Vollversammlung empfohlen wird, entsprechende Maßregeln gegen Belgien zu beschließen. Der französische Delegierte, Armand *Bérard*, beschuldigt die Sowjetunion, sie verfolge mit der Debatte lediglich das Ziel, dem gestürzten kongolesischen Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba*, wieder internationale Anerkennung zu verschaffen. Der Rat lehnt den Entwurf Ceylons, Liberias und der VAR ab, da für ihn nur die Antragsteller und die Sowjetunion stimmen, während sich die übrigen Ratsmitglieder der Stimme enthalten.

Europäische Gemeinschaften

13.—14. Januar: In Den Haag findet die Vierteljahreskonferenz der EWG-Finanzminister statt. Auf der Tagesordnung stehen Fragen der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik innerhalb der Gemeinschaft, Koordinierungsprobleme innerhalb der EWG und mit Ländern außerhalb der Gemeinschaft sowie eine Erörterung der amerikanischen Zahlungsbilanz und der deutsch-amerikanischen Finanzbesprechungen. Der niederländische Finanzminister, Jelle *Zijlstra*, erklärt vor Journalisten, die Minister hätten auch die Frage erörtert, welches internationale Währungssystem den derzeitigen Verhältnissen am besten gerecht werde. Man habe allgemein eine

Rückkehr zum Goldstandard als unmöglich angesehen.

Europäische Freihandels-Assoziation (EFTA)

3. Januar: Anläßlich der Uebernahme des Vorsitzes im EFTA-Rat erklärt der britische Handelsminister, Reginald *Maudling*, in London, seine Regierung messe der Mitgliedschaft in der EFTA große Bedeutung bei. Durch die Stärkung der Zusammenarbeit der Mitgliedsländer werde die Aufgabe erleichtert, eine dauerhafte Lösung der Probleme zu finden, die sich gegenwärtig aus der Existenz zweier getrennter Wirtschaftsgruppen in Europa ergäben.

Südostasienpakt-Organisation (SEATO)

4. Januar: Der Ständige SEATO-Rat veröffentlicht nach einer Sitzung in Bangkok eine Erklärung, in der es heißt, der Rat sei über die fortgesetzte Versorgung der prokommunistischen Einheiten in Laos durch Flugzeuge sowjetischer Herkunft beunruhigt und sehe in derartigen Interventionen eine Bedrohung der Integrität des Landes und zugleich eine Gefährdung der Nachbarländer.

Die Sozialistische Internationale

5.—6. Januar: In Salzburg findet eine Konferenz europäischer Sozialistenführer statt. In einer Presseerklärung heißt es, die Konferenzteilnehmer hätten einen zwanglosen Gedankenaustausch über die internationale Lage, die politischen Aussichten für die sozialistischen Parteien in den verschiedenen europäischen Ländern sowie über die Bedeutung der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 35 ff.) und über die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit geführt.

Internationale Konferenzen

Konferenz afrikanischer Staatsoberhäupter in Casablanca

4.—7. Januar: In Casablanca findet eine Konferenz afrikanischer Staatsoberhäupter statt, an der die Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel *Nasser*, von Ghana, Kwame *Nkrumah*, von Guinea, Sekou *Touré*, von Mali, Modibo *Keita*, König *Mohammed V.* von Marokko, der Ministerpräsident der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas*, und der libysche Außenminister, Abdualgadir *Al'allam*, teilnehmen. König *Mohammed V.* schlägt in seiner Eröffnungsansprache die Schaffung einer afrikanischen Konsultativversammlung und eines Koordinierungskomitees vor und fordert eine Erweiterung der Aktionen der Vereinten Nationen und der afrikanischen Länder im Kongo. Er stellt ferner fest, daß die Konferenz das Recht Algeriens auf völlige Unabhängigkeit unterstütze. Die Konferenz berät sodann über folgende Fragen: Kongo, Algerien, Freiheit und Einheit Afrikas, französische Atomwaffenversuche in der Sahara, Mauretanien und Palästina. Die Konferenz beschließt die Schaffung eines gemeinsamen afrikanischen militärischen Kommandos und verabschiedet eine Afrikanische Charta, welche die Schaffung einer afrikanischen Konsultativversammlung vorsieht, sobald es die Verhältnisse erlauben. Afrikanische Komitees für politische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen sollen die Politik der afrikanischen Staaten koordinieren. Ein Verbindungsbüro, das in Casablanca errichtet wird, soll die Verwirklichung der neuen Institutionen vorbereiten. Als Ergebnis der Beratungen verabschiedet die Konferenz mehrere Resolutionen. Die Teilnehmer fordern darin die Wiedereinsetzung von Patrice *Lumumba* als Ministerpräsident des Kongo, erklären ihre Solidarität mit der algerischen Exilregierung, verurteilen die Rassenpolitik der Südafrikanischen Union und die französischen Atombombenversuche in der Sahara und bekennen sich zu einer Politik der Nichtzugehörigkeit zu einem der Machtblöcke. Sie fordern ferner die Beseitigung aller Militärstützpunkte in Afrika und billigen die marokkanische Mauretanien-Politik. Schließlich bekennen sich die Konferenzteilnehmer zu den Grundsätzen der UN-Charta und den Ergebnissen der Bandung-Konferenz.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. Januar 1961

Birma

23.—25. Januar: Eine Delegation der Bundesrepublik Deutschland unter Leitung von Bundesminister Hans-Joachim *von Merkatz* besucht Birma und führt in Rangun Besprechungen mit Ministerpräsident *U Nu* und Außenminister *Sao Hkun Hkio.* In einem Kommuniqué heißt es, bei der Erörterung der allgemeinen politischen Lage seien sich beide Seiten in dem Wunsch einig gewesen, zur Erhaltung und Festigung des Friedens in der Welt auf der Grundlage der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts für alle Völker beizutragen. In den Gesprächen sei eine Intensivierung der Beziehungen zwischen Birma und der Bundesrepublik vereinbart worden. Bundesminister von Merkatz habe der birmesischen Regierung eine Mitwirkung der Bundesrepublik bei verschiedenen Ausbildungsprogrammen vorgeschlagen.

Brasilien

31. Januar: Janio da Silva *Quadros* wird in einer Sitzung beider Häuser des Kongresses in Brasilia als neuer Präsident vereidigt. Er tritt damit die Nachfolge von Juscelino *Kubitschek* an. Dem Kabinett von Quadros gehören Alfonso *Arinos* als Außenminister und Marschall Odilio *Denys* als Verteidigungsminister an.

China

18. Januar: Das Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Chinas beendet in Peking eine fünftägige Tagung, auf der Fragen des Produktionsplans für 1960, insbesondere auf den Gebieten der Landwirtschaft und der Leichtindustrie, sowie die Ergebnisse der Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 erörtert wurden. In einer einstimmig angenommenen Resolution werden die Moskauer Dokumente (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 35 ff.) gebilligt und die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz, die Verhinderung eines imperialistischen Krieges und die Erhaltung der Einheit zwischen der Sowjetunion als dem mächtigsten Land des sozialistischen Lagers und der Volksrepublik China als wichtigste Aufgaben der Gegenwart bezeichnet. In dem Abschlußkommuniqué heißt es, auf dem Gebiet der Landwirtschaft sei der Plan für 1960 nicht erfüllt worden, da das Land die schwerste Naturkatastrophe seit hundert Jahren erlitten habe. In dem Kommuniqué werden ferner Schwierigkeiten in der Leichtmetallindustrie zugegeben.

Deutschland

16.—23. Januar: Der Präsident von Pakistan, Mohammad *Ayub Khan,* besucht die Bundesrepublik. Während seines Aufenthaltes in Bonn führt Ayub Khan mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer* einen Meinungsaustausch über die internationale Lage. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird mit Befriedigung die völlige Uebereinstimmung ihrer Auffassungen hinsichtlich der Grundsätze der NATO und der CENTO betont. Bundeskanzler Adenauer versichert dem pakistanischen Staatschef, die Bundesregierung werde im Rahmen ihrer Möglichkeiten Pakistan verstärkte wirtschaftliche Hilfe leisten. In diesem Zusammenhang wird die Gewährung von ungebundenen, langfristigen Anleihen in Höhe von 150 Millionen DM zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten vereinbart. Der pakistanische Wirtschaftsminister, Mohammad *Shoaib,* führt zu gleicher Zeit Besprechungen mit Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* über die künftige Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern.

21. Januar: Der stellvertretende Außenminister der sogenannten DDR, Otto *Winzer,* weist auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin einen Protest des britischen Außenministeriums, in dem die Werbung für die Streitkräfte der sogenannten DDR in Ost-Berlin als einen Verstoß gegen den

Viermächte-Status bezeichnet worden war (vgl. Großbritannien), als grundlos zurück. Winzer erklärt, von einem Viermächte-Status in Berlin könne nicht mehr die Rede sein. Die Gesetze der Volkskammer über die Werbung für die Streitkräfte gälten auch für ihre Hauptstadt.

23.—27. Januar: Der Ministerpräsident von Tanganjika, Julius K. *Nyerere,* besucht die Bundesrepublik und führt in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer* und Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* über eine wirtschaftliche und technische Mitwirkung der Bundesrepublik an dem Dreijahresplan Tanganjikas. Von deutscher Seite wurde dabei die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesrepublik zur Leistung von Entwicklungshilfe zum Ausdruck gebracht. In einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Köln setzt sich Nyerere für eine private Beteiligung deutscher Unternehmen an der wirtschaftlichen Entwicklung Tanganjikas ein.

24. Januar: Der Generalbevollmächtigte der Firma Krupp, Berthold *Beitz,* der im Januar zwei Reisen nach Polen unternommen hatte und u. a. auch zu einem Gespräch mit dem polnischen Ministerpräsidenten, Joseph *Cyrankiewicz,* zusammengetroffen war, informiert Bundeskanzler Konrad *Adenauer* über seinen Besuch in Warschau. In einer über die Unterredung herausgegebenen Mitteilung heißt es, *Beitz* habe seine Reisen mit Billigung des Bundeskanzlers und des Auswärtigen Amtes unternommen. Es sei vorgesehen, daß nunmehr weitere Besprechungen zwischen amtlichen Stellen stattfänden.

El Salvador

25. Januar: Die Armee stürzt die bisherige Militärjunta und setzt eine neue, rechtsgerichtete Junta unter der Führung von Anibal *Portillo* ein. In einem am *26. Januar* über den Rundfunk verbreiteten Kommuniqué erklärt die Junta, ihr Ziel sei die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes nach demokratischen Grundsätzen.

Frankreich

18. Januar: Der Ministerrat befaßt sich mit der Algerien-Frage und dem Verhandlungsangebot der provisorischen algerischen Regierung vom 16. Januar (vgl. Tunesien). In einem Kommuniqué heißt es, der Rat habe die Aeußerungen der GPRA zur Kenntnis genommen, die eine eventuelle Aufnahme friedlicher Kontakte zu begünstigen schienen. In dem Kommuniqué bekräftigt die Regierung ihre Entschlossenheit, ihre Bemühungen auf allen Gebieten fortzusetzen, um die Befriedung zu beschleunigen und Bedingungen zu schaffen, die im gegebenen Augenblick eine Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in Algerien ermöglichen.

20. Januar: Staatspräsident Charles *de Gaulle* beantwortet ein Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* vom 10. Januar zur Laos-Krise. Ueber den Inhalt des Schreibens wird nichts bekannt.

28.—29. Januar: Der britische Premierminister, Harold *Macmillan,* führt in Rambouillet Besprechungen mit Staatspräsident Charles *de Gaulle,* zu denen später auch Premierminister Michel *Debré* hinzugezogen wird. Ein Kommuniqué wird nicht veröffentlicht. Ein Sprecher erklärt, es seien alle wichtigen internationalen Fragen erörtert worden.

Großbritannien

19. Januar: Das Außenministerium protestiert in einer Erklärung gegen eine von dem Ost-Berliner Magistrat an die Bezirksämter gerichteten Aufforderung, Freiwillige für die Streitkräfte der sogenannten DDR anzuwerben. In der Erklärung wird das Vorgehen der Ost-Berliner Behörden als ein Bruch des Viermächte-Status bezeichnet.

20. Januar: Die britische Regierung beantwortet die sowjetische Laos-Note vom 23. Dezember 1960 (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 16, Sowjetunion). Der Text der Note, der nicht veröffentlicht wird, wurde in Konsultation mit den Regierungen der Vereinigten Staaten, Kanadas, Frankreichs und Indiens ausgearbeitet.

25. Januar: Außenminister Lord *Home* erklärt im Oberhaus, die neue amerikanische Regierung habe das frühere Angebot der Vereinigten Staaten wiederholt, die NATO mit einer eigenen atomaren Abschreckungs-

macht auszustatten. Lord Home setzt sich für die Annahme des amerikanischen Vorschlages ein und betont, daß sich bei seiner Verwirklichung die Aufstellung eigener nationaler Streitkräfte in den NATO-Staaten erübrige. Lord Home bezeichnet die vollständige Integrierung der deutschen Streitkräfte in das atlantische Bündnis als einen der größten Erfolge der NATO.

26. Januar: Die Regierung gibt die Wiederaufnahme der seit der Suez-Krise im November 1956 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zur Vereinigten Arabischen Republik bekannt (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 23, Großbritannien).

28. Januar: Der von dem Londoner „Politischen und Wirtschaftlichen Kongreß der Sieben“ im November 1960 eingesetzte EFTA-Aktionsausschuß beschließt in London, in allen EFTA-Ländern nationale Ausschüsse und besondere Studiengruppen zu bilden. Der Ausschuß wählt den Präsidenten der Beratenden Versammlung des Europarates, Per *Federspiel,* zu seinem vorläufigen Vorsitzenden.

Guinea

27. Januar: Die Nationalversammlung proklamiert Sekou *Touré* nach seiner am 15. Januar mit 98 vH der Stimmen erfolgten Wahl zum Präsidenten der Republik. Dem neuen Kabinett gehören Beavogui *Lansana* als Außenminister und Keita *Fodeba* als Verteidigungsminister an.

Indien

17. Januar: Verteidigungsminister Krishna *Menon* erklärt in einer Rede in Neu-Delhi, die Haltung der Volksrepublik China im Grenzstreit mit Indien habe Zweifel an der Konzeption der friedlichen Koexistenz aufkommen lassen. China habe Indien zu einer Vermehrung der Rüstungsausgaben gezwungen, worunter notwendigerweise das Tempo des wirtschaftlichen und sozialen Aufschwungs des Landes leide. Menon betont, Indien werde seine traditionelle Politik der Blockfreiheit nicht aufgeben und keinen Anschluß an eines der Militärbündnisse suchen. Dadurch könne der Grenzkonflikt nicht gelöst werden. Zur Abrüstungsfrage erklärt Menon, die Regierung sei der Ansicht, daß eine vollständige Abrüstung nicht eine Beseitigung aller Waffen bedeuten könne, sondern eine Abschaffung des Krieges als Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten.

Indonesien

16. Januar: Verteidigungsminister General Abdul Haris *Nasution* erklärt in Djakarta, die Sowjetunion werde im Rahmen des in Moskau abgeschlossenen Abkommens (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 26, Sowjetunion) Indonesien Bomben- und Jagdflugzeuge sowie Untersee- und Schnellboote liefern. Ein Teil der Ausrüstung befinde sich bereits auf dem Wege nach Indonesien. Nasution betont, die sowjetische Regierung habe ihm versichert, die Sowjetunion werde Indonesien im Kampf gegen die Kolonialisten unterstützen.

19.—26. Januar: Der Ministerpräsident der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas,* besucht Indonesien und führt in Djakarta mit Präsident Achmed *Sukarno* Besprechungen über Möglichkeiten einer indonesischen Unterstützung für die algerische Exilregierung. Auf einer Pressekonferenz in Djakarta gibt Abbas seiner Hoffnung Ausdruck, daß jene afrikanischen Länder, die bisher eine abwartende Haltung gegenüber seiner Regierung einnähmen, die Situation besser erkennen und die afro-asiatische Solidarität stärken möchten.

Israel

31. Januar: Ministerpräsident David *Ben Gurion* reicht Staatspräsident Izhak *Ben Zvi* seinen Rücktritt ein. Ben Gurion begründet seinen Schritt mit der mangelnden Unterstützung der Koalitionsparteien in der Affäre *Lavon.*

Italien

27.—28. Januar: In Mailand finden Besprechungen der Außenminister Oesterreichs, Bruno *Kreisky,* und Italiens, Antonio *Segni,* über die Südtirol-Frage statt. Die Besprechungen enden ohne Ergebnis. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird von österreichischer Seite erklärt, sie sehe in der Gewährung der Autonomie an die Provinz Bozen die einzige Möglichkeit, die Auseinandersetzung, welche sich über die Interpretation des Artikels 2 des Pariser

Abkommens vom 5. Dezember 1946 ergeben habe, beizulegen. Die italienischen Vorschläge, in Südtirol einige Maßnahmen zugunsten der deutschsprachigen Bevölkerung zu treffen, werden als unbefriedigend bezeichnet. Von italienischer Seite wird dagegen festgestellt, das bestehende Sonderstatut stimme mit dem Pariser Abkommen vollständig überein. Eine Aenderung der verfassungsmäßigen Ordnung des italienischen Staates und des Regionalstatuts seien nicht annehmbar. In dem Kommuniqué geben die Außenminister ihre Absicht bekannt, auf diplomatischem Wege die weitere Entwicklung im Sinne der Resolution der Vereinten Nationen prüfen zu wollen.

Japan

19. Januar: Außenminister Zentaro *Kosaka* weist in Tokio sowjetische Beschuldigungen zurück, Japan beabsichtige, sich einer angeblich geplanten militärischen Organisation Nordostasiens (NEATO) anzuschließen. Kosaka erklärt, das japanische Sicherheitssystem bleibe auf dem Verteidigungspakt mit den Vereinigten Staaten begründet.

30. Januar: Ministerpräsident Hayato *Ikeda* erklärt in einer Rede vor dem Unterhaus, es sei wichtig, daß zwischen der Volksrepublik China und Japan freundschaftliche und gute Beziehungen herrschten, namentlich auf dem Gebiet des Handels. Im Interesse des Friedens und der Prosperität Ostasiens werde sich Japan um die Verbesserung seiner Beziehungen zu China bemühen. Außenminister Zentaro *Kosaka* erklärt, Japan werde sich auch um eine Verbesserung seiner Beziehungen zu den anderen kommunistischen Staaten bemühen. Es sei an der Zeit, dem Problem einer Einigung von Ost und West mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Jugoslawien

18. Januar: Die Regierung protestiert erneut in einer Note an die albanische Regierung gegen die albanische Subversions- und Spionagetätigkeit in Jugoslawien (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 14, Jugoslawien). Der albanische Botschafter in Belgrad lehnt die Annahme der Note ab.

20. Januar: Der ehemalige Vizepräsident, Milovan *Djilas,* wird nach vierjähriger Haft entlassen. Djilas war 1956 wegen seiner Angriffe auf die Regierung *Tito* und seiner Parteinahme für die ungarischen Aufständischen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Diese Strafe wurde auf sieben Jahre erhöht, nachdem er sein Buch „Die neue Klasse“ aus dem Gefängnis geschmuggelt hatte. Der Rest der Strafe wurde Djilas unter der Bedingung erlassen, daß er sich in Zukunft „einwandfrei betrage“.

Kambodscha

20. Januar: Der in Kambodscha im Exil lebende laotische Ministerpräsident, Souvanna *Phouma,* macht in einem Interview mit der *New York Times* die Vereinigten Staaten für die Laos-Krise verantwortlich. Phouma erklärt, die Regierung Boun *Oum* sei illegal. Er spricht sich gegen die Wiedereinsetzung der Internationalen Kontrollkommission für Laos aus und befürwortet den Vorschlag des Staatsoberhauptes von Kambodscha, Norodom *Sihanouk,* aus Kambodscha und Laos eine neutrale Zone zu bilden.

28. Januar: Prinz Norodom *Sihanouk* beendet die Regierungskrise (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 24, Kambodscha) mit der Ernennung von Penn *Nouth* zum neuen Ministerpräsidenten. Außenminister wird Nkiek *Tioulong,* Verteidigungsminister Lon *Nol.*

30. Januar: Prinz Norodom *Sihanouk* schlägt in einer Botschaft an den amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy,* eine Neutralisierung von Laos und die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Lösung der Laos-Krise vor.

Kongo (Léopoldville)

17. Januar: Der gestürzte und bisher von Truppen Oberst Joseph *Mobutus* gefangengehaltene Ministerpräsident, Patrice *Lumumba,* wird von Thysville nach der Hauptstadt Katangas, Elisabethville, gebracht. Am *21. Januar* erklärt der Vorsitzende des Rates der Generalkommissare, Justin *Bomboko,* Lumumba werde vor Gericht gestellt werden, sobald man Richter gefunden habe, die den Fall übernehmen könnten.

24. Januar: Staatspräsident Joseph *Kasavubu* fordert in einem Telegramm an den Vorsitzenden des Sicherheitsrates die sofortige Einberufung des Rates. Kasavubu weist auf die Unterstützung der Truppen *Gizengas* durch die Vereinigte Arabische Republik hin und fordert Maßnahmen gegen die „flagrante Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Kongo".

Kuba

20. Januar: Ministerpräsident Fidel *Castro* ordnet die Demobilisierung der Milizen an (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 25, Kuba). Am *21. Januar* begründet er in einer Rede in Havanna diese Maßnahme mit dem amerikanischen Regierungswechsel, der Hoffnung auf eine Aenderung der amerikanischen Politik gegenüber Kuba gebe. Castro erklärt, Kuba werde niemals die Initiative zu feindseligen Handlungen ergreifen. Er betont, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten würden vor allem dadurch belastet, daß in Florida und anderen Gebieten der Vereinigten Staaten gegenrevolutionäre Elemente mit Unterstützung der amerikanischen Regierung ausgebildet würden.

Laos

16. Januar: Zwischen dem Vertreter der Regierung Souvanna *Phouma,* Informationsminister Quinim *Pholsena,* und dem Vorsitzenden der Neo Lao Haksat Partei, Prinz Soupha *Nouvong,* wird die Gründung eines aus Angehörigen der Regierungsstreitkräfte und des Pathet Lao bestehenden Nationalen Militärausschusses zur Koordinierung der Aktionen gegen die Regierung Boun *Oum* vereinbart.

Malaiischer Bund

26.—30. Januar: Der Ministerpräsident der algerischen Exilregierung, Ferhat *Abbas,* besucht Malaya und führt in Kuala Lumpur Besprechungen mit Ministerpräsident Tunku Abdul *Rahman* über das Algerien-Problem.

30.—31. Januar: Eine Delegation der Bundesrepublik Deutschland unter Leitung von Bundesminister Hans-Joachim *von Merkatz* besucht Malaya und führt in Kuala Lumpur Besprechungen mit Ministerpräsident Tunku Abdul *Rahman* über eine Verstärkung der Beziehungen zwischen Malaya und der Bundesrepublik. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird der Wunsch der Bundesregierung hervorgehoben, zur Erhaltung und Festigung des Friedens auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes für alle Nationen beizutragen. Ferner heißt es, die Bundesregierung habe Malaya die Gewährung von technischer Hilfe zugesagt.

Mali

20. Januar: Die Nationalversammlung wählt den bisherigen Chef der provisorischen Regierung, Modibo *Keita,* zum Ministerpräsidenten. Modibo Keita übernimmt auch das Verteidigungsministerium. Außenminister wird Barema *Bocoun.*

Niederlande

16. Januar: Der Vorsitzende der Beratenden Versammlung des Europarates, Per *Federspiel,* appelliert vor Pressevertretern in Den Haag an den französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle,* die Initiative zu einem „Arbeitskompromiß" zwischen EWG und EFTA zu ergreifen. Es liege im französischen Interesse, die Kräfte in Europa zu einigen; denn Frankreich habe bei einer Einigung der Kräfte mehr zu geben und mehr zu gewinnen als jeder andere Staat in Europa.

Außenminister Joseph *Luns* lehnt vor dem Parlament den Vorschlag des französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle,* ab, statt direkter Wahlen zum Europäischen Parlament eine europäische Volksabstimmung über die Integration Europas durchzuführen. Er erklärt, die Regierung unterstütze zwar die von de Gaulle vorgeschlagenen regelmäßigen Konferenzen der westeuropäischen Regierungschefs, doch dürften diese Konferenzen nicht die Bedeutung der bereits bestehenden europäischen Gemeinschaft vermindern. Die Regierung wünsche vielmehr eine Verschmelzung der drei europäischen Exekutivorgane.

Norwegen

23. Januar: Die Arbeiterpartei tritt in einem in Oslo veröffentlichten Entwurf eines neuen Parteiprogramms für eine bewegliche Atomwaffenpolitik der norwegi-

schen Regierung ein. Während es in dem bisherigen Programm hieß, Atomwaffen dürften auf norwegischem Boden nicht stationiert werden, wird in dem Programmentwurf erklärt, die Arbeiterpartei halte zwar weiterhin an ihrem Standpunkt fest, die Zustimmung zur Lagerung von Atomwaffen auf norwegischem Boden zu verweigern, im Falle einer wesentlichen Aenderung der internationalen Situation und einer Bedrohung der Sicherheit Norwegens solle diese Stellungnahme jedoch erneut überprüft werden.

31. Januar: Ministerpräsident Einar *Gerhardsen* gibt den Rücktritt von Verteidigungsminister Nils *Handal* bekannt. Zum neuen Verteidigungsminister wird der bisherige Sozialminister, Gudmund *Harlem*, und zum neuen Sozialminister der Präsident der Textilarbeitergewerkschaft, Olav *Bruvik*, ernannt.

Oesterreich

16. Januar: Der Nationalrat lehnt mit den Stimmen der Oesterreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei einen Antrag der Freiheitlichen Partei ab, in dem die Regierung aufgefordert wird, mit sofortiger Wirkung aus der EFTA auszutreten und Verhandlungen über eine Assoziierung mit der EWG aufzunehmen. In der Debatte über einen Bericht der Regierung zum gegenwärtigen Stand der europäischen Integrationsbestrebungen betonen alle Sprecher die Notwendigkeit eines Brückenschlages zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken. Während der Sprecher der Freiheitlichen Partei erklärt, der Vertragszweck der EFTA könne infolge des britischen Widerstandes gegen die Schaffung einer gesamteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht erfüllt werden, wirft der Sprecher der SPÖ dem Präsidenten der EWG-Kommission, Walter *Hallstein*, sowie der französischen Regierung vor, sie versuchten einen Brückenschlag zwischen EWG und EFTA zu verhindern.

Außenminister Bruno *Kreisky* fordert auf einer Versammlung der Sozialistischen Partei in Wien eine Verstärkung der Anstrengungen für eine Einigung zwischen EWG und der EFTA. Kreisky wendet sich dabei gegen alle Versuche, die europäische Integrationsfrage zu politisieren. Nach seiner Ansicht werde das Problem des Brückenschlages dadurch erleichtert, daß alle EFTA-Staaten die Zusammenarbeit mit der EWG wünschten und ebenso alle EWG-Staaten mit Ausnahme eines einzigen die Annäherung an die EFTA wollten.

Pakistan

16. Januar: Außenminister Manzoor *Qadir* gibt die Aufnahme von Vorbesprechungen zwischen der Volksrepublik China und Pakistan über die Festlegung der Grenze zwischen beiden Staaten bekannt.

Polen

20.—21. Januar: Das Plenum des ZK der Vereinigten Arbeiterpartei nimmt einen Bericht des Ersten Sekretärs des ZK, Wladyslaw *Gomulka*, über die Moskauer Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien entgegen. Gomulka erklärt in seiner Rede, die Erfolge des sozialistischen Lagers im Wettbewerb mit den kapitalistischen Staaten reichten allein nicht aus, um den Sieg des Sozialismus in der Welt herbeizuführen. Der Kapitalismus werde in keinem Land automatisch zusammenbrechen. Er könne nur durch den Kampf der Arbeiterparteien und aller Werktätigen gestürzt werden. Gomulka lehnt den Krieg als Mittel der Entscheidung zwischen Sozialismus und Kapitalismus ab, er rechtfertigt jedoch den Befreiungskrieg der unabhängigen Völker. Das Plenum billigt in einer Entschließung die Moskauer Dokumente (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 35 ff.).

Ruanda — Urundi

29. Januar: Eine Versammlung von Gemeindevertretern Ruandas erklärt in Gitamara König *Kigeri V.* für abgesetzt und ruft die Republik aus. Sie wählt eine aus 44 Vertretern bestehende Gesetzgebende Versammlung, deren Vorsitz Joseph *Gitera* übernimmt, und ernennt eine Regierung.

Saudi-Arabien

21. Januar: König *Saud Ibn Abdul Aziz* erklärt in einem Schreiben an den Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel *Nasser*, seine völlige Solidarität mit den Beschlüssen der Kon-

ferenz von Casablanca (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 119ff.).

Schweden

19. Januar: Der designierte Generalsekretär der OECD, Torkil *Kristensen*, erläutert in Stockholm vor der Presse die Aufgaben und Ziele der OECD. Er betont, die Einigung zwischen der EWG und der EFTA gehöre nicht zu den primären Zielen der OECD. Ihre Aufgabe müsse auf einer breiteren Grundlage gesehen werden, da sie auch andere Gruppen umfasse, nämlich die „Zwei" — die Vereinigten Staaten und Kanada — und die „Fünf" — jene Länder, die keiner der beiden europäischen Marktordnungen angehörten. Kristensen bezeichnet die wirtschaftliche Harmonisierung dieser vier Gruppen als die Hauptaufgabe der neuen Organisation.

Sowjetunion

16. Januar: Der stellvertretende Außenminister, Wassilij W. *Kusnezow*, protestiert bei dem amerikanischen Botschafter in Moskau, Llewellyn *Thompson*, gegen die Bereitstellung amerikanischer Militärflugzeuge für die Truppen Phoumi *Nosavans* in Laos.

17. Januar: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* bezeichnet in einem Schreiben an den in Kambodscha im Exil lebenden laotischen Ministerpräsidenten, Souvanna *Phouma*, die „grobe Einmischung der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten von Laos" als die Hauptursache für die Zuspitzung der Lage. Chruschtschow setzt sich erneut für die Einberufung einer internationalen Laos-Konferenz ein.

18. Januar: Das Plenum des ZK der KPdSU beendet in Moskau seine am 10. Januar begonnene Plenartagung. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Fragen der Landwirtschaftspolitik. In einem Beschluß des Plenums heißt es, ungeachtet gewisser Erfolge seien das erreichte Niveau und das Wachstumstempo der landwirtschaftlichen Produktion unzureichend. In dem Beschluß wird eine radikale Umgestaltung der Struktur des Landwirtschaftsministeriums und seiner örtlichen Organe gefordert. Das Plenum beauftragte den Ministerrat und das ZK der KPdSU mit der Ausarbeitung eines Programms zur Steigerung der Agrarproduktion. Das Plenum nahm ferner einen Bericht des Sekretärs des ZK der KPdSU, Michail *Suslow*, über die Ergebnisse der Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 entgegen. In seinem Bericht erklärt Suslow, auf der Tagung seien alle angeschnittenen Fragen mit Erfolg gelöst worden. Eines der wichtigsten Ergebnisse sei die wissenschaftliche Definition des Charakters der gegenwärtigen Epoche, die nicht mehr durch den Imperialismus, sondern von den sozialistischen Kräften bestimmt werde. Ein weiteres wichtiges Ergebnis sei die Klärung der Rolle des Krieges. Die Kommunisten sähen ihre historische Mission nicht nur darin, die Ausbeutung und das Elend in der Welt abzuschaffen und die Möglichkeit eines Krieges für immer aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft auszuschalten, sondern auch darin, bereits in der gegenwärtigen Epoche die Menschheit von dem Alpdruck eines neuen Weltkrieges zu erlösen. Das Plenum billigte in einer Entschließung die Moskauer Dokumente (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 35 ff.). In einer abschließenden Rede kritisierte Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* die Mängel und Mißstände in der Landwirtschaft. Zugleich äußerte er jedoch die Ueberzeugung, daß es gelingen werde, die mit dem Siebenjahrplan gesteckten Ziele durch eine Reorganisation der Landwirtschaft zu erreichen. Chruschtschow verwies darauf, daß die Sowjetunion jetzt über eine so mächtige Industrie und ein so starkes Verteidigungspotential verfüge, daß sie ohne Vernachlässigung dieser Bereiche mehr Mittel für die Entwicklung der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie einsetzen könne. Das Plenum beschloß, den XXII. ordentlichen Parteitag der KPdSU für den 17. Oktober 1961 einzuberufen. Für das Programm des XXII. Parteitages sind neben Rechenschaftsberichten des ZK der KPdSU durch Ministerpräsident *Chruschtschow* und der Zentralen Revisionskommission durch deren Vorsitzenden, Alexander *Gorkin*, die Ausarbeitung eines neuen Partei-

programms und eine Abänderung der Statuten der KPdSU sowie die Neuwahl der zentralen Parteiorgane vorgesehen.

25. Januar: Das Außenministerium gibt die Freilassung der beiden bei dem Abschuß eines amerikanischen Aufklärungsflugzeuges vom Typ RB-47 am 1. Juli 1960 über der Barentsee gefangengenommenen amerikanischen Piloten bekannt. In der Erklärung wird die Freilassung mit dem Wunsch begründet, eine neue Etappe in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen einzuleiten.

27. Januar: Die Nachrichtenagentur *TASS* teilt mit, der Minister ohne Portefeuille, Nikolai *Dygai,* sei aus der Regierung ausgeschieden.

Thailand

25.—28. Januar: Eine Delegation der Bundesrepublik Deutschland unter Leitung von Bundesminister Hans-Joachim *von Merkatz* besucht Thailand und führt in Bangkok Besprechungen mit Ministerpräsident Sarit *Tanarat* über eine Erweiterung der beiderseitigen Beziehungen. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, beide Seiten seien übereingekommen, ihre Beziehungen auf wirtschaftlichem, technischem und kulturellem Gebiet zu verstärken. Von seiten der Bundesregierung sei zugesagt worden, die Möglichkeiten der Finanzierung geeigneter Entwicklungsprojekte in Thailand zu prüfen.

Tunesien

16. Januar: Die provisorische algerische Regierung erklärt in einem in Tunis veröffentlichten Kommuniqué ihre Bereitschaft, Verhandlungen mit der französischen Regierung über die Bedingungen einer freien Befragung des algerischen Volkes aufzunehmen. In dem Kommuniqué wird jedoch betont, daß der Friede in Algerien nur dann wiederhergestellt werden könne, wenn die französische Regierung fairen Bedingungen für eine solche Befragung zustimme und diese loyal erfülle. Weiter heißt es, das Ergebnis der von der französischen Regierung am 8. Januar durchgeführten Volksbefragung (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 22 f., Frankreich) beweise, daß das algerische Volk den aufgezwungenen Status ablehne.

Venezuela

23. Januar: Die neue Verfassung tritt in Kraft. In einer Rede vor dem Kongreß erläutert Präsident Romulo *Betancourt* die Verfassung und erklärt, diese gebe der Regierung die Möglichkeit, jede Störung der öffentlichen Ordnung zu verhindern und Angriffe auf das Ansehen und die Macht der Regierung abzuweisen. Noch am gleichen Tag setzt Betancourt eine Reihe von Grundrechten außer Kraft. Er begründet diese Maßnahmen mit einem angeblich drohenden Umsturz.

Vereinigte Arabische Republik

23. Januar: Präsident Gamal Abdel *Nasser* erklärt in einer Rede vor der Nationalversammlung, die Konferenz von Casablanca (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 32) habe gezeigt, daß man Afrika nicht mehr in einen von Arabern und einen von Negern bewohnten Teil trennen könne. Nasser gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß sich Afrika aus dem Ringen zwischen West und Ost im Geist des positiven Neutralismus heraushalten müsse. Dies könne jedoch nur gelingen, wenn sich die Vereinten Nationen selbst von jedem imperialistischen Einfluß befreiten.

24.—31. Januar: Der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister der sogenannten DDR, Heinrich *Rau,* besucht die Vereinigte Arabische Republik und führt in Kairo mit Präsident Gamal Abdel *Nasser* und Wirtschafts- und Finanzminister Abdel Moneim *Kaissouni* Besprechungen über eine Erweiterung der Beziehungen zwischen ihren Ländern. Rau erklärt in einem Interview, seine Regierung unterstütze die Beschlüsse der Konferenz von Casablanca (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 32).

Vereinigte Staaten

16. Januar: Der Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland, Franz-Josef *Strauß,* erklärt in einem Vortrag vor dem Economic Club in New York, die Bundesregierung habe seit 1950 allein 91 656 Millionen DM für Verteidigungszwecke, einschließlich der Stationierungskosten und der Hilfeleistungen für Berlin, aufbringen müssen. Trotzdem sei die Bundesregie-

rung bereit, zu einer Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz beizutragen. Am *17. Januar* setzt sich Strauß in einer Rede vor dem Uebersee-Presseklub in New York für eine Ausweitung der NATO zu einer politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft ein. Die NATO-Staaten müßten ihre grundlegende Politik vereinheitlichen, da es nicht angehe, daß sie in Europa militärische Verbündete und in Afrika politische Gegner seien. Angesichts der wirtschaftlichen Stärke des Ostblocks sei ebenfalls eine Ueberbrückung der Gegensätze zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken unbedingt erforderlich.

Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt, der NATO-Rat erörtere zur Zeit die Empfehlung der Ministertagung des Nordatlantikrates für eine multilaterale Kontrolle der mit atomaren Sprengköpfen ausgestatteten Raketen (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 15). Eine Entscheidung sei jedoch noch nicht getroffen worden.

Präsident Dwight D. *Eisenhower* unterbreitet dem Kongreß seine letzte Haushaltsbotschaft für 1961/62. Der Haushalt sieht Ausgaben in Höhe von 80,9 Milliarden Dollar vor. Für Verteidigungsausgaben sind 47,392 Milliarden Dollar veranschlagt. Davon entfallen 1,75 Milliarden Dollar auf die militärische Auslandshilfe und 2,68 Milliarden Dollar auf die Arbeiten der Atomenergiekommission.

17. Januar: Präsident Dwight D. *Eisenhower* setzt sich in einer Kongreßbotschaft zu Fragen der Ausrüstung der NATO dafür ein, die NATO mit den modernsten Waffen auszurüsten, um die Stärke der Allianz zu erhalten.

Ein Sprecher des Außenministeriums weist die sowjetische Verbalnote vom 16. Januar (vgl. Sowjetunion) zurück. Er erklärt, die Vereinigten Staaten lieferten nur das, worum die legale Regierung von Laos gebeten habe, während die Sowjetunion eine illegale Luftbrücke zur Versorgung der Rebellen unterhalte.

Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt in einer Abschiedsansprache über Rundfunk und Fernsehen, er wünsche am Ende seiner Amtszeit versprechen zu können, daß ein dauerhafter Friede in Sicht sei. Wenn auch ein Krieg vermieden und Fortschritte in der Abrüstungsfrage gemacht worden seien, so lege er sein Amt doch mit einem Gefühl der Enttäuschung darüber nieder, daß es ihm nicht gelungen sei, einen Ausgleich zwischen Ost und West zu erreichen. Eisenhower unterstreicht, daß auch in Zukunft das vornehmste Ziel amerikanischer Politik die Sicherung der Freiheit und der Menschenwürde in der Welt sein müsse.

18. Januar: Präsident Dwight D. *Eisenhower* versichert in seiner letzten Wirtschaftsbotschaft an den Kongreß, die Wirtschaft der Vereinigten Staaten könnte einer Periode „gesunden Wachstums auf sicherer Grundlage" entgegensehen.

20. Januar: Amtseinführung von Präsident John Fitzgerald *Kennedy*. In seiner Antrittsbotschaft fordert Kennedy seine Mitbürger und die Völker in der Welt zur Zusammenarbeit und zur Schaffung einer neuen Welt des Rechts und des Gesetzes auf, in der der Friede für immer erhalten bleibe. Er fordert beide Seiten auf, daran zu denken, daß eine höfliche Umgangsform nicht ein Zeichen von Schwäche sei und die Aufrichtigkeit des Beweises bedürfe. Die Vereinigten Staaten wollten niemals aus Furcht heraus verhandeln, sich aber auch nicht davor fürchten, zu verhandeln (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 88 ff.). Am *21. Januar* findet nach der Bestätigung der Ernennungen der Kabinettsmitglieder durch den Senat die Vereidigung durch den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Earl *Warren*, in Gegenwart von Präsident Kennedy statt. Dem Kabinett gehören an: Außenminister: Dean *Rusk;* Finanzminister: C. Douglas *Dillon;* Verteidigungsminister: Robert S. *McNamara;* Justizminister: Robert F. *Kennedy;* Postminister: J. Edward *Day;* Innenminister: Stewart L. *Udall;* Landwirtschaftsminister: Orville L. *Freeman;* Handelsminister: Luther H. *Hodges;* Arbeitsminister: Arthur J. *Goldberg;* Gesundheitsminister: Abraham A. *Ribicoff*. Dem Kabinett gehört ferner an der Ständige Vertreter der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, Adlai E. *Stevenson*.

23. Januar: In einer von Außenminister Dean *Rusk* in Washington veröffentlichten

Presseerklärung heißt es, die Regierung habe die Absicht, die diplomatischen Kanäle zu inoffiziellen und offiziellen Diskussionen und Konsultationen mit anderen Regierungen voll auszunutzen. Der Wert der diplomatischen Kanäle hänge von der Vertraulichkeit ab. Wenn auch die Oeffentlichkeit ein Recht darauf habe, über die außenpolitische Entwicklung unterrichtet zu werden, so könne sich dieses Recht nicht auf die sofortige und umfassende Information über jeden Gedankenaustausch erstrecken.

Der Präsident des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa, Jean *Monnet,* setzt sich in einem Interview mit *US News and World Report* für ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Regierungen und der amerikanischen Regierung bei der Lösung der amerikanischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten ein. Monnet bezeichnet die Frage als außerordentlich wichtig, da die Währung der freien Welt auf dem Spiele stehe.

25. Januar: Präsident John F. *Kennedy* gibt auf seiner ersten Pressekonferenz in Washington die Freilassung der beiden Piloten der RB-47 durch die sowjetische Regierung (vgl. Sowjetunion) bekannt. Kennedy erklärt, von einer Verbindung der Freilassung mit einem möglichen Treffen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* könne keine Rede sein. Kennedy teilt ferner mit, daß er eine Verschiebung des Wiederbeginns der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche auf Ende März im Interesse einer Ueberprüfung der amerikanischen Haltung anstrebe. Kennedy befürwortet weiter eine Erhöhung des amerikanischen Beitrages zur Bekämpfung der Hungersnot im Kongo. Seine Regierung sei auch bereit, der Volksrepublik China Lebensmittel anzubieten, es gäbe jedoch kein Anzeichen dafür, daß China ein derartiges Angebot annehmen würde. Kennedy erklärt schließlich, an eine Wiederaufnahme der Beziehungen zu Kuba sei nicht gedacht.

28. Januar: Präsident John F. *Kennedy* ernennt Thomas *Finletter* zum Botschafter beim NATO-Rat.

30. Januar: Präsident John F. *Kennedy* gibt in seiner Botschaft über die Lage der Nation einen Ueberblick über die außen- und innenpolitische Lage. Als besondere Gefahrenherde nennt Kennedy den Druck des kommunistischen China auf Asien, vor allem auf Laos, sowie den Kongo und Lateinamerika. Er fordert eine Stärkung der NATO durch eine größere Einigkeit und durch eine Mobilisierung ihrer Kräfte. Es müsse der Sowjetunion und dem kommunistischen China eindeutig klargemacht werden, daß sie ihre Pläne zur Erlangung der Weltherrschaft nicht verwirklichen könnten. Im innenpolitischen Teil seiner Rede gibt Kennedy einen Ueberblick über die wirtschaftlichen und währungspolitischen Schwierigkeiten und kündigt Vorschläge zu deren Ueberwindung an. (Vgl. den Wortlaut auf S. D 101 ff.).

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

16. Januar: Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* lehnt in einem Schreiben die Forderung des kongolesischen Staatspräsidenten, Joseph *Kasavubu,* ab, den Leiter der UN-Mission im Kongo, Rajeshwar *Dayal,* abzuberufen (vgl. Kongo).

24. Januar: Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* fordert in einem Schreiben den kongolesischen Staatspräsidenten, Joseph *Kasavubu,* auf, den gestürzten Ministerpräsidenten Patrice *Lumumba* nach Léopoldville zurückbringen zu lassen (vgl. Kongo) und ihn entweder freizulassen oder ihm Gelegenheit zu geben, vor einem ordentlichen Gericht öffentlich zu den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen Stellung zu nehmen. Hammarskjöld weist darauf hin, daß die Bemühungen des Schlichtungsausschusses um eine nationale Versöhnung nicht zum Erfolg führen könnten, wenn Lumumba weiterhin gefangengehalten würde.

26. Januar: Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* warnt in einem Schreiben an den Sicherheitsrat vor den Folgen einer Verringerung der UN-Streitkräfte im Kongo. Hammarskjöld erklärt, der ange-

drohte Abzug der Kontingente aus Indonesien, Marokko und der Vereinigten Arabischen Republik würde die UN-Streitmacht im Kongo nicht nur entscheidend schwächen, sondern möglicherweise zu einem Zusammenbruch der Aktionen führen. Damit würde erneut der Weltfrieden bedroht.

Internationale Atomenergie-Organisation

25. Januar: Der Gouverneursrat beschließt auf einer Sitzung in Wien ein technisches Hilfeprogramm für das Jahr 1961. Nach dem Programm wird die IAEO Sachverständige in 16 Mitgliedsländer entsenden und 13 Ländern kerntechnische Ausrüstungen im Gesamtwert von 191 200 Dollar zur Verfügung stellen. Außerdem wird die IAEO im Rahmen des erweiterten technischen Hilfeprogramms der Vereinten Nationen 35 Länder unterstützen.

Europäische Gemeinschaften

16.—20. Januar: In Straßburg tagt das Europäische Parlament. Zu Beginn der Beratungen gibt der belgische Außenminister und amtierende Präsident der Ministerräte der EWG und der EAG, Pierre *Wigny,* einen Bericht über die Tätigkeit der Räte im zweiten Halbjahr 1960. Zur Frage der Assoziierung verweist Wigny auf die Beschlüsse des Rates der EWG vom Oktober und Dezember über die künftige Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den überseeischen Ländern und Gebieten. Auf die Agrarfragen eingehend, erinnert Wigny an die Beschlüsse des Rates der EWG vom 20./21. Dezember, die er als ersten entscheidenden Schritt auf diesem Gebiet bezeichnet. Mit ihnen sei der politische Wille, zu einer annehmbaren Lösung zu gelangen, deutlich bekräftigt worden. Wigny befaßt sich ferner mit den Verhandlungen über die Assoziierung Griechenlands an die EWG und mit dem Stand der Forschungstätigkeit der EAG auf dem Gebiet der Kernenergie. In einem Ueberblick über die Aufgaben der Gemeinschaften für das Jahr 1961 erwähnt Wigny besonders die Sicherstellung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern, die Durchführung der Vertragsbestimmungen über Kartelle und Zusammenschlüsse sowie die Schaffung der Grundlagen für eine gemeinsame Agrar- und Verkehrspolitik. In der Aussprache bedauern Sprecher der christlich-demokratischen und der sozialistischen Fraktionen, daß Wigny die Frage des Brückenschlages zwischen EFTA und EWG nicht erwähnt habe. Der Sprecher der liberalen Fraktion, René *Pleven,* setzt sich in seiner Rede mit einem Artikel auseinander, den der deutsche Bundeswirtschaftsminister, Ludwig *Erhard,* am 23. Dezember im *Handelsblatt* veröffentlicht hatte. Erhard hatte darin kritisiert, daß die Kommission der EWG nichts zu einer Verständigung zwischen EWG und EFTA unternommen hätte. Der Artikel hatte zu einer Anfrage der französischen Regierung bei der Bundesregierung geführt, welche die Bundesregierung am 13. Januar mit der Mitteilung beantwortete, sie halte an Geist und Buchstaben der Verträge von Rom fest. Erhard hatte in einem weiteren Artikel des *Handelsblatts* vom 17. Januar nochmals davor gewarnt, angesichts der politischen und ökonomischen Dynamik der freien Welt die Gemeinschaft der Sechs als die letzte und absolute Weisheit zu betrachten. In seiner Erwiderung auf die Aeußerungen Erhards betont *Pleven,* die Sechsergemeinschaft sei die einzige praktikable Lösung eines europäischen Zusammenschlusses gewesen. Sie strahle weitere Impulse zu einer gesamteuropäischen Lösung aus und bilde jedenfalls kein Hindernis für eine enge Zusammenarbeit der freien Welt. Der Präsident der EWG-Kommission, Walter *Hallstein,* unterstreicht seine Uebereinstimmung mit dem Bericht Wignys und hebt die Notwendigkeit hervor, trotz allen Schwierigkeiten bald pragmatische Lösungen für die bestehenden Probleme zwischen EWG und EFTA zu finden. Das Parlament beschließt die Bildung eines besonderen Ausschusses, der die im EWG-Vertrag vorgesehene Anhörung des Parlaments zu dem Entwurf des Abkommens über die Assoziierung Griechenlands vorbereiten soll. Es billigt ferner drei Berichte des Ausschusses für Landwirtschaft zu Fragen der Anwendung bestimmter Wettbewerbsregeln, der Aufstellung von Mindestpreissystemen und der Verwirklichung eines Abschöpfungssystems für den Handel mit Agrarerzeug-

nissen. Der Vizepräsident der EWG-Kommission, Robert *Marjolin*, gibt der Versammlung einen Ueberblick über die konjunkturelle Situation der EWG-Länder und unterstreicht in einem Ausblick auf die künftigen Aufgaben die Notwendigkeit, eine europäische Konjunkturpolitik zu erarbeiten. Der Bericht wird ohne Aussprache an den Ausschuß für Wirtschaftspolitik überwiesen. Das Parlament erörtert schließlich einen vom Ausschuß für Sozialpolitik unterbreiteten Bericht über die soziale Lage der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer.

24.—26. Januar: In Rom findet ein Treffen von Parlamentariern aus den EWG-Staaten und den afrikanischen Staaten statt, die der EWG assoziiert sind. Auf dem Treffen werden Einzelheiten einer für Juni 1961 in Straßburg vorgesehenen europäisch-afrikanischen Parlamentarier-Konferenz und Fragen der zukünftigen Gestaltung der Assoziierung der afrikanischen Staaten erörtert.

30.—31. Januar: In Brüssel tagt der Ministerrat der EWG. Der Rat erörtert Vorschläge der Kommission zur Anwendung der Vertragsbestimmungen über die Mindestpreise und setzt eine Sachverständigengruppe zur weiteren Prüfung dieser Fragen ein. Der Rat prüft ferner gemeinsam mit der Kommission das Ergebnis der Besprechungen mit der griechischen Regierung über die vorgesehene Assoziierung Griechenlands und beauftragt die Kommission, die Gespräche fortzuführen. Er beschäftigt sich sodann mit Vorschlägen der Kommission über die Gewährung von Zollkontingenten an Mitgliedstaaten und mit der Regelung des Handelsverkehrs zwischen den assoziierten Ländern und der Gemeinschaft. Schließlich befaßt sich der Rat mit den Beziehungen der Gemeinschaft zu den lateinamerikanischen Staaten.

Nordatlantikpakt-Organisation

25. Januar: Das NATO-Hauptquartier in Fontainebleau gibt den Rücktritt von General Maurice *Challe* von dem Posten des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte der NATO in Mitteleuropa bekannt.

31. Januar: Generalsekretär Paul-Henri *Spaak* reicht sein Rücktrittsgesuch ein. In einem in Paris veröffentlichten Kommuniqué heißt es, Spaak wünsche, nach Belgien zurückzukehren, um wieder aktiv am politischen Leben seines Landes teilzunehmen.

Internationale Konferenzen

Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz

21.—22. Januar: In Kairo findet eine außerordentliche Tagung des Rates der Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz statt. Der Rat verabschiedet mehrere Resolutionen, in denen er gegen die angebliche Unterstützung des Algerien-Krieges durch die Vereinigten Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und andere Staaten der NATO protestiert und Maßnahmen zur „Unterbindung der imperialistischen Aggression im Kongo" sowie die sofortige Einstellung der amerikanischen Hilfe an die Regierung Boun *Oum* in Laos fordert. Ferner protestiert er gegen eine angeblich von den USA geplante Massenauswanderung von Palästina-Flüchtlingen. Der Rat fordert in einem Appell alle Völker Asiens und Afrikas auf, den Kampf der Bevölkerung des Kongo gegen den „Neo-Kolonialismus" zu unterstützen.

Konferenz der Außenminister der Republiken China (Taiwan), Korea, Vietnam und der Philippinen

18.—19. Januar: In Manila findet eine Konferenz der Außenminister der Republiken China (Taiwan), *Huang Shaoku*, Korea, *Yil Hyung Chung*, Vietnam, *Vu Van Mau*, und der Philippinen, Felixberto *Serrano*, statt, auf der die Laos-Krise und die möglichen Auswirkungen auf die amerikanische Südostasien-Politik erörtert werden. In einem Kommuniqué betonen die Minister, daß jede Lösung des Laos-Problems auf dem freien Willen der Mehrheit des laotischen Volkes beruhen müsse. Die Minister bekunden ihr Vertrauen in die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und äußern ihre Besorgnis über die Bedrohung der freien Nationen durch den internationalen Kommunismus.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Februar 1961

Aethiopien

6. Februar: Kaiser Haile *Selassie* ernennt General Marid *Mengasha* zum Verteidigungsminister.

Belgien

1. Februar: Die Regierung erklärt sich in einem in Brüssel veröffentlichten Kommuniqué bereit, mit der neugebildeten Regierung von Ruanda (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 38, Ruanda-Urundi) zusammenzuarbeiten und über die künftige Verfassung des Treuhandgebietes zu verhandeln.

Der österreichische Außenminister, Bruno *Kreisky*, setzt sich in einem Vortrag in Brüssel für eine baldige Ueberwindung der wirtschaftlichen Spaltung Europas ein und fordert die französische Regierung auf, ihren Widerstand gegen einen Brückenschlag zwischen der EWG und der EFTA aufzugeben. Kreisky betont, daß es Oesterreich wie auch anderen neutralen Ländern nicht möglich sei, der EWG beizutreten, da deren Integrationsform nicht mit einer Politik der Neutralität vereinbar sei.

8. Februar: Außenminister Pierre *Wigny* lehnt vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Deputiertenkammer die in den Vereinten Nationen erörterten Pläne für einen Abzug aller belgischen Berater aus dem Kongo ab. Ueber diese Frage könnten nur die kongolesischen Behörden entscheiden. *Wigny* spricht in diesem Zusammenhang von einer unzulässigen Bevormundung des Kongo durch die Vereinten Nationen.

13. Februar: Der Senat stimmt dem Sparprogramm der Regierung mit 97 gegen 63 Stimmen zu.

Brasilien

1. Februar: Präsident Janio da Silva *Quadros* kündigt in einer Rundfunkrede einen energischen Kampf gegen die Korruption an, unter der das Ansehen von Regierung und Verwaltung während der Amtszeit seines Vorgängers, Juscelino *Kubitschek*, gelitten hätte. Nach einem Ueberblick über die finanzielle Lage des Landes betont *Quadros*, es werde nur unter großen Anstrengungen und Opfern gelingen, die von *Kubitschek* hinterlassenen Schulden im Ausland zu tilgen.

2. Februar: Das portugiesische Passagierschiff Santa Maria, dessen Kommando der portugiesische Exilpolitiker Hauptmann Henrique *Galvao* am 22. Januar mit 30 bewaffneten Anhängern auf offener See an sich gerissen hatte, läuft den Hafen Recife an. Galvao erklärt bei seiner Ankunft im Namen des in Brasilien lebenden portugiesischen Oppositionspolitikers General Humberto *Delgado*, die Aktion habe den Widerstand gegen den portugiesischen Ministerpräsidenten, Antonio de Oliveira *Salazar*, wachrufen wollen. Ihr würden weitere Aktionen folgen, deren Ziel der Sturz Salazars und die Errichtung einer gerechten und sozialen Ordnung in Portugal sei. Am 3. Februar übergibt *Galvao* das Schiff den brasilianischen Behörden.

6. Februar: Außenminister Alfonso *Arinos* erklärt in einer Pressekonferenz in Rio de Janeiro, seine Regierung werde mit allen Ländern, die dies wünschten, auf der Grundlage gegenseitiger Achtung Beziehungen anknüpfen. Dies gelte auch für die Volksrepublik China. Arinos weist darauf hin, daß die Achtung der bestehenden Verträge und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten zu den Grundsätzen der brasilianischen Außenpolitik zählten. Auf die Fragen der amerikanischen Zusammenarbeit eingehend, setzt sich Arinos für die baldige Verwirklichung der in der Akte von Bogota vom 13. September 1960 festgelegten Ziele ein.

Ceylon

2. Februar: Der Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA), Ferhat *Abbas*, beendet einen viertägigen Besuch Ceylons, in dessen Verlauf er in Colombo mit Ministerpräsident Frau Sirimavo *Bandaranaike* Besprechungen über die Algerien-Frage führte.

4.—7. *Februar:* Eine Delegation der Bundesrepublik Deutschland unter Führung von Bundesminister Hans-Joachim *von Merkatz* besucht Ceylon und führt in Colombo Besprechungen mit Ministerpräsident Frau Sirimavo *Bandaranaike* und anderen Regierungsmitgliedern. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, bei der Erörterung internationaler Probleme seien sich beide Seiten in dem Wunsch einig gewesen, zur Erhaltung des Friedens in der Welt nach den Grundsätzen der Freiheit, Gerechtigkeit und des Rechts auf Selbstbestimmung für alle Völker beizutragen. Es sei ferner die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern betont worden. *Von Merkatz* habe die Bereitschaft der deutschen Bundesregierung zum Ausdruck gebracht, Ceylon bei der Entwicklung wichtiger Wirtschaftsprojekte finanziell zu unterstützen.

China

2. *Februar:* Der Außenminister der Volksrepublik China, *Chen Yi*, erklärt auf einer Versammlung in Peking, China sei bereit, die Regierung Souvanna *Phouma* als „einzig rechtmäßige laotische Regierung“ zu unterstützen, wenn diese darum bäte.

Deutschland

2. *Januar:* Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* übergibt dem amerikanischen Botschafter in Bonn, Walter C. *Dowling*, die Vorschläge der Bundesregierung zur Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz. Am 6. Februar teilt ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums in Bonn mit, die der amerikanischen Regierung übermittelten Vorschläge sähen eine Erhöhung der deutschen Quote für die Finanzierung des NATO-Infrastrukturprogramms um 20 Prozent, die sofortige Bezahlung bereits erfolgter und Vorauszahlungen für künftige Rüstungskäufe in den Vereinigten Staaten, die Uebernahme bilateraler amerikanischer Entwicklungsprojekte und vor allem die vorzeitige Rückzahlung deutscher Nachkriegsschulden vor. Dagegen habe sich die Bundesregierung nicht zu einer Uebernahme der amerikanischen Militärhilfe an die Türkei und Griechenland bereitfinden können. Nach den Angaben des Sprechers beläuft sich die Summe der angebotenen Leistungen auf 4,12 Milliarden DM.

12. *Februar:* Die Behörden der sogenannten DDR verweigern einer Reihe von Teilnehmern an der in West-Berlin stattfindenden Tagung der Gesamtdeutschen Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland den Zutritt in den Ostsektor zur Teilnahme an dem Eröffnungsgottesdienst in der Marienkirche. Am 13. Februar protestieren die drei westlichen Stadtkommandanten in einem Schreiben an den sowjetischen Kommandanten gegen diese Einschränkung der Bewegungsfreiheit in Berlin. Der Inhalt des Schreibens wird nicht veröffentlicht.

Frankreich

1. *Februar:* Der Ministerrat ernennt den bisherigen Leiter des dem Präsidenten der Republik zugeteilten Militärstabes, General Jean *Olié*, zum Nachfolger des am 1. März in den Ruhestand tretenden Generalstabschefs, General Paul *Ely*. Gleichzeitig wird General Fernand *Gambiez* als Nachfolger von General Jean *Crépin* zum Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in Algerien ernannt.

2. *Februar:* Außenminister Maurice *Couve de Murville* erklärt in einer Rede vor der Auslandspresse in Paris, Ziel der französischen Europa-Politik sei die Schaffung eines starken Europa, das die ihm zukommende Rolle in der Weltpolitik und innerhalb der westlichen Gemeinschaft spielen könne. Dies setze voraus, daß sich die Länder des Gemeinsamen Marktes nicht nur auf dem Gebiet der Wirtschaft, sondern auch auf den Gebieten der Außenpolitik, der Verteidigung und der kulturellen Belange zusammenschlössen. Couve de Murville betont, daß angesichts der bestehenden Schwierigkeiten die von Staatspräsident Charles *de Gaulle* vorgeschlagene „große Konföderation“ nur pragmatisch und sehr vorsichtig zu verwirklichen sei. *Couve de Murville* setzt sich dafür ein, die Gemeinschaft der Sechs in jedem Falle für die Assoziierung anderer Länder offenzuhalten.

8. *Februar:* Staatspräsident Charles *de Gaulle* hat in Paris eine Unterredung mit

dem tunesischen Informationsminister, Mohammed *Masmoudi,* über die Algerien-Frage, auf der eine Zusammenkunft zwischen dem tunesischen Staatspräsidenten, Habib *Bourguiba,* und *de Gaulle* vereinbart wird.

9. Februar: Der deutsche Bundeskanzler, Konrad *Adenauer,* und Staatspräsident Charles *de Gaulle* führen in Paris Besprechungen über Fragen der europäischen Einigung, zu denen später auch Premierminister Michel *Debré* und die Außenminister Heinrich *von Brentano* und Maurice *Couve de Murville* hinzugezogen werden. Ein Kommuniqué wird nicht veröffentlicht.

Gabun

12. Februar: Bei den Präsidentschaftswahlen wird der bisherige Präsident, Léon *M'Ba,* wiedergewählt.

Ghana

4. Februar: Präsident Kwame *Nkrumah* fordert in einer Botschaft den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* auf, sofort Maßnahmen zur Regelung der Lage in Ruanda zu ergreifen. *Nkrumah* warnt davor, daß der Staatsstreich in Ruanda (vgl. Zeittafel, Jg. 1961, S. Z 38, Ruanda-Urundi) zu einer Tragödie führen könne.

Großbritannien

1. Februar: Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt in London, die Regierung habe in den amerikanischen Vorschlag eingewilligt, die Wiederaufnahme der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche auf Ende März zu verschieben.

2. Februar: Premierminister Harold *Macmillan* ernennt den Staatsminister im Ministerium für Commonwealth-Beziehungen, Cuthbert *Alport,* zum neuen Hochkommissar in Rhodesien und Njassaland.

8. Februar: Außenminister Lord *Home* erklärt während einer außenpolitischen Debatte im Oberhaus, es hänge nur von der Einstellung der Kommunisten ab, ob sich eine wirkliche Koexistenz verwirklichen lasse. Die Moskauer Dokumente (vgl. Dokumente, Jg. 1961, S. D 37 ff.) ließen viele Zweifel an dem Friedenswillen der Kommunisten offen. Sollte der Propagandakrieg fortgesetzt werden, so müsse der Westen ihm entschlossen entgegentreten. Lord Home befürwortet eine Neutralisierung von Laos und die Wiedereinsetzung der internationalen Kontroll- und Beobachtungskommission. Zu der Frage einer Zulassung der Volksrepublik China zu den Vereinten Nationen erklärt Lord Home, diese werde seit langem von der Regierung befürwortet. Sie sei Vorbedingung für wirkliche Fortschritte in der Abrüstungsfrage. Lord Home fordert die amerikanische Regierung auf, ihre Haltung in dieser Frage zu überprüfen.

Indonesien

3. Februar: Eine Delegation der Bundesrepublik Deutschland unter Führung von Bundesminister Hans-Joachim *von Merkatz* beendet einen viertägigen Besuch Indonesiens, in dessen Verlauf von Merkatz in Djakarta Besprechungen mit Präsident Achmed *Sukarno* und anderen Regierungsmitgliedern führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, beide Seiten hätten die Notwendigkeit einer Lösung der Abrüstungsfrage betont und ihre Hoffnung auf eine Verminderung der internationalen Spannungen zum Ausdruck gebracht. Von deutscher Seite sei besonders an die Grundsätze der Selbstbestimmung und der Nichteinmischung erinnert worden, wie sie auch auf der Konferenz von Bandung angenommen worden seien. In dem Kommuniqué heißt es ferner, beide Seiten hätten ihren Wunsch nach einer Erweiterung der deutsch-indonesischen Beziehungen erklärt. *Von Merkatz* habe zugesagt, daß die Regierung der Bundesrepublik sich an der wirtschaftlichen Entwicklung Indonesiens in Form einer Kreditgarantie und von ungebundenen Krediten für bestimmte Projekte beteiligen werde.

Italien

3. Februar: Die Abgeordnetenkammer billigt mit 211 (Christliche Demokraten, Liberale, Sozialdemokraten und Republikaner) gegen 100 Stimmen (Kommunisten, Monarchisten und Neofaschisten) bei 2 Ent-

haltungen die Südtirol-Politik der Regierung. An der Abstimmung nehmen nur 313 von 596 Abgeordneten teil. Außenminister Antonio *Segni* betont in einer Regierungserklärung, die Regierung sei nicht gewillt, der Provinz Bozen die von Oesterreich geforderte volle Autonomie zu gewähren. Er gibt jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß es doch noch zu einer Einigung bei der beabsichtigten Fortsetzung der Verhandlungen mit der österreichischen Regierung kommen werde. Segni regt erneut die Anrufung des Internationalen Gerichtshofes an.

Kambodscha

3. Februar: Der in Kambodscha im Exil lebende laotische Ministerpräsident, Souvanna *Phouma,* bedauert in einem Interview mit *Le Monde,* daß die Großmächte sich noch nicht über die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Lösung der Laos-Krise geeinigt hätten. Nach seiner Ansicht biete sie die einzige Möglichkeit, einer Lösung näher zu kommen. Hauptursache der Krise sei der Widerstand der Vereinigten Staaten gegen eine Aufnahme des Pathet Lao in die laotische Regierung.

Kamerun (Treuhandgebiet)

11. Februar: Bei den Volksabstimmungen, die auf Grund eines Beschlusses der Vereinten Nationen vom 13. März 1959 in dem britischen Treuhandgebiet durchgeführt werden, entscheidet sich eine Mehrheit in Nord-Kamerun für den Zusammenschluß mit Nigeria, während sich in Süd-Kamerun eine Mehrheit für den Anschluß an die Republik Kamerun entscheidet.

Kongo (Léopoldville)

1. Februar: Der Vorsitzende des Rates der Generalkommissare, Justin *Bomboko,* und der Oberbefehlshaber der Armee, Oberst Joseph *Mobutu,* beschuldigen auf einer Pressekonferenz in Léopoldville die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Kongo. Sie behaupten, die VAR liefere den Anhängern des gestürzten Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba,* in der Ostprovinz Waffen aus den Ostblockstaaten. *Bomboko* wiederholt die Forderung, den Leiter der UN-Mission, Rajeshwar *Dayal,* abzuberufen.

2. Februar: Die Ministerpräsidenten von Katanga und Südkasai, Moise *Tshombé* und Albert *Kalonji,* unterzeichnen in Elisabethville ein Abkommen über eine enge Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, finanziellem und militärischem Gebiet.

3. Februar: Der Oberbefehlshaber der Armee, Oberst Joseph *Mobutu,* weist auf einer Pressekonferenz in Léopoldville den Vorschlag des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* zurück, die Armee politisch zu neutralisieren. *Mobutu* erklärt, jeder Versuch, seine Soldaten zu entwaffnen, werde zu einem Krieg führen.

7. Februar: Der Ministerpräsident des Katanga, Moise *Tshombé,* protestiert in einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gegen dessen angebliche Absicht, alle kongolesischen Streitkräfte zu entwaffnen. In dem Schreiben heißt es, derartige Maßnahmen träfen nur die regulären Streitkräfte, dagegen nicht die Anhänger Lumumbas, die sich im Busch versteckt hielten und daher nicht gefaßt werden könnten.

9. Februar: Staatspräsident Joseph *Kasavubu* löst den Rat der Generalkommissare auf und ernennt eine neue provisorische Regierung unter Führung von Ministerpräsident Joseph *Iléo.* Außenminister wird Justin *Bomboko,* ein Verteidigungsminister wird nicht ernannt. *Kasavubu* kündigt ferner an, die Regierung werde sich darum bemühen, die Voraussetzungen für eine Einberufung des Parlamentes zu schaffen.

10. Februar: Die Regierung des Katanga gibt in Elisabethville bekannt, der gestürzte Ministerpräsident, Patrice *Lumumba,* sei mit seinen beiden Mithäftlingen aus der Haft geflohen. Die Suche nach den Entflohenen sei aufgenommen worden. Am 13. Februar teilt der Innenminister der Regierung von Katanga, Godefroid *Munongo,* auf einer Pressekonferenz in Elisabethville mit, *Lumumba* und seine beiden Begleiter, der ehemalige Jugendminister im Kabinett Lumumba, Maurice *Mpolo,* und der ehemalige stellvertretende Senatspräsident, Joseph *Okito,* seien auf

der Flucht von Bewohnern eines Dorfes getötet worden, die sich an der Suchaktion beteiligt hätten. Nach Feststellung der Identität des Toten seien die Leichen an einem geheimen Ort begraben worden, um künftige Pilgerfahrten von Anhängern Lumumbas zu verhindern. *Munongo* erklärt, die Regierung beabsichtige nicht, Anklage wegen Mordes zu erheben. Man könne jenen Leuten, die *Lumumba* erschossen hätten, keinen Vorwurf daraus machen, daß sie Katanga, den Kongo, Afrika und die Welt von einem Problem befreit hätten, das die Welt zu vergiften drohte. Lumumba sei ein gemeiner Verbrecher gewesen, der für den Tod Zehntausender Menschen in Katanga und Kasai verantwortlich gewesen sei und sicherlich in einem Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt worden wäre.

Malaiischer Bund

4. Februar: Der philippinische Außenminister, Felixberto *Serrano,* und Ministerpräsident Tunku Abdul *Rahman* führen in Kuala Lumpur eine Unterredung. In einer Erklärung heißt es, die Unterredung habe zu einer allgemeinen Verständigung über das Verfahren geführt, das bei der Bildung einer „Vereinigung südostasiatischer Staaten" eingeschlagen werden solle.

Marokko

9.—10. Februar: Der sowjetische Staatspräsident, Leonid *Breshnjow,* unterbricht seine Reise zum Staatsbesuch in Guinea und führt in Rabat Besprechungen mit König *Mohammed* V. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die beiden Staatsmänner hätten einen Gedankenaustausch über Fragen der sowjetisch-marokkanischen Beziehungen geführt. Die Gespräche seien in einer Atmosphäre herzlicher Freundschaft und gegenseitigen Verständnisses geführt worden.

Niederlande

12. Februar: Außenminister Joseph *Luns* erklärt in Den Haag nach seiner Rückkehr von der Pariser Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Länder (vgl. Zeittafel, S. Z 53 f., Europäische Gemeinschaften), auf der Konferenz seien fast alle Entscheidungen offen geblieben. So sei auch keine Entscheidung über die Pläne des französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle,* für ein politisches Sekretariat und ein europäisches Referendum gefallen. Nach seiner Ansicht sei die Konferenz nicht hinreichend vorbereitet gewesen. *Luns* betont, die niederländische Delegation sei mit der Auffassung nach Paris gegangen, daß *de Gaulles* Pläne zunächst erläutert und erörtert würden. Statt dessen hätten de Gaulle und der deutsche Bundeskanzler, Konrad *Adenauer,* der Konferenz eine Vereinbarung vorgelegt, der die anderen Delegationen hätten beitreten sollen. *Luns* kündigt die baldige Aufnahme von Konsultationen zwischen den Regierungen Frankreichs, Belgiens und der Niederlande an.

Oesterreich

3. Februar: Außenminister Bruno *Kreisky* erklärt auf einer Pressekonferenz in Wien, das Gespräch mit der italienischen Regierung über die Südtirol-Frage müsse trotz des Scheiterns der Mailänder Verhandlungen (vgl. Zeittafel, Jg. 1961, S. Z 35 f, Italien) fortgeführt werden. Diese Verpflichtung ergebe sich schon aus der letzten Resolution der Vereinten Nationen vom 31. Oktober 1960. Kreisky befürwortet die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission im Rahmen der Vereinten Nationen für den Fall, daß die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen sollten.

8. Februar: Der deutsche Bundeswirtschaftsminister, Ludwig *Erhard,* warnt in einem Vortrag in der Wiener Universität vor der Gefahr, die sich aus der Bildung zweier getrennter Wirtschaftsblöcke in Europa nicht nur für die traditionellen Handelsströme, sondern auch für die gesamte geistige Haltung der europäischen Völker ergeben könnte. Eine wirtschaftliche Spaltung Europas könne zu neuen Interessengruppen und neuen Kontrasten und damit zu einem Auseinanderleben führen. Daher sei eine baldige Versöhnung zwischen EWG und EFTA dringend geboten. Nach Ansicht Erhards ist der Brückenschlag nicht eine Frage der wirtschaftlichen Möglichkeiten, sondern eine Frage des politischen Willens.

9. *Februar:* Der Nationalrat erörtert die Südtirol-Frage. Außenminister Bruno *Kreisky* hebt in seiner Rede die Bereitschaft der Regierung zu neuen Verhandlungen mit der italienischen Regierung hervor. Er teilt mit, daß beide Seiten sich auf neue Verhandlungen geeinigt hätten, die in Klagenfurt stattfinden sollten. Kreisky unterstreicht, daß eine befriedigende Lösung des Problems nur durch die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für Südtirol möglich wäre. Um jedoch eine Beunruhigung Europas zu vermeiden, wolle man sich auf österreichischer Seite mit der Autonomie Südtirols zufriedengeben, wie sie das Pariser Abkommen vom 5. Dezember 1946 vorsehe.

Polen

5. *Februar:* In einem Artikel der *Trybuna Ludu* heißt es, eine Annäherung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen sei nur möglich, wenn die Bundesregierung auf ihre Revancheforderungen verzichte und die „Fiktion" der Hallstein-Doktrin aufgebe. Die von der Bundesregierung offiziell erhobene Forderung nach einer Revision der Oder-Neiße-Grenze sei ein Aggressionsakt gegen Polen wie auch gegen die DDR, da diese Forderung deren Einverleibung durch die Bundesrepublik voraussetze. In dem Artikel wird darauf hingewiesen, daß Polen bereit sei, seine Beziehungen mit der Bundesrepublik zu normalisieren. Dies setze jedoch die Anerkennung der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zur DDR voraus. „Ersatzlösungen", wie der Austausch von Handelsvertretungen oder Konsulaten, dienten lediglich dazu, die Hallstein-Doktrin zu retten. Eine wirkliche Normalisierung der Beziehungen könne nur durch Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen und durch eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze erreicht werden.

Sowjetunion

3. *Februar:* Die Regierung ersucht die türkische Regierung in einer Note um Aufklärung über Meldungen in der türkischen Presse, wonach auf türkischem Gebiet Raketenstützpunkte der NATO errichtet werden sollten. In der Note wird an türkische Erklärungen aus jüngster Zeit erinnert, in denen der Wunsch nach einer Verbesserung der sowjetisch-türkischen Beziehungen zum Ausdruck gebracht worden sei. Die Regierung hoffe, daß die türkische Regierung sich nicht in Abenteuer verwickeln lasse, die den Frieden gefährden könnten.

4. *Februar:* Die Regierung stimmt in ihrer Antwort auf eine amerikanische Note vom 26. Januar der Anregung zu, die Wiederaufnahme der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche vom 7. Februar auf den 21. März zu verschieben.

5. *Februar:* Das Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjet, Awerkij B. *Aristow*, wird als Nachfolger von Pjotr A. *Abrassimow* zum neuen Botschafter in Warschau ernannt.

9. *Februar:* Das sowjetische Zivilflugzeug, in dem Staatspräsident Leonid *Breshnjow* zu einem Staatsbesuch nach Guinea reist, wird vor der algerischen Küste von einem französischen Jagdflugzeug beschossen. Der Zwischenfall führt zu einem Notenwechsel mit der französischen Regierung.

14. *Februar:* Die Regierung fordert in einer in Moskau veröffentlichten Erklärung die Vereinten Nationen auf, Belgiens Vorgehen im Kongo, das zum Tode des ehemaligen kongolesischen Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba*, geführt habe, als internationales Verbrechen zu verurteilen und nach der Charta der Vereinten Nationen mit Sanktionen zu ahnden. In der Erklärung wird die Verhaftung und Aburteilung der „Strohmänner des Kolonialismus", Moise *Tshombé* und Joseph *Mobutu*, die Entwaffnung ihrer Truppen und die Ausweisung aller Belgier aus dem Kongo verlangt. Ferner wird die Abberufung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld*, gefordert, da er für die Ermordung Lumumbas mitverantwortlich sei. Die Regierung werde ab sofort keine Beziehungen mehr zu Hammarskjöld unterhalten und ihn in seinem Amt nicht mehr anerkennen. Weiter wird erklärt, alle friedliebenden Staaten seien verpflichtet, die „rechtmäßige Regierung" Antoine *Gizenga* in Stanleyville zu unterstützen.

Türkei

4. Februar: Staats- und Ministerpräsident General Cemal *Gürsel* ernennt den bisherigen Innenminister, General Ihsan *Kisiloglu,* zum stellvertretenden Ministerpräsidenten. Neuer Innenminister wird der bisherige Staatsminister Nasir *Zeytinoglu.*

Vereinigte Arabische Republik

14. Februar: Die Regierung erkennt die von Antoine *Gizenga* in Stanleyville gebildete Regierung als „einzige rechtmäßige kongolesische Regierung“ an.

Vereinigte Staaten

1. Februar: Präsident John F. *Kennedy* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, es gebe zur Zeit keine Pläne für ein Zusammentreffen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* da bisher nicht bekannt sei, ob Chruschtschow erneut die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an der UN-Vollversammlung besuchen werde. *Kennedy* teilt mit, daß der Ueberprüfung der Außen- und Verteidigungspolitik noch nicht abgeschlossen sei. Er verweist auf seine zur Zeit stattfindenden Gespräche mit dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, General Lauris *Norstad,* und den amerikanischen Botschaftern in der Sowjetunion, in Laos und im Kongo. Kennedy unterstreicht, daß sich die amerikanische Haltung in der Deutschland- und Berlin-Frage nicht geändert habe. Er gibt ferner bekannt, er werde in Kürze die von der Regierung Dwight D. *Eisenhower* erlassenen Beschränkungen für den Auslandsaufenthalt von Angehörigen amerikanischer Soldaten aufheben.

2. Februar: Präsident John F. *Kennedy* führt in Washington eine Unterredung mit dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, General Lauris *Norstad.*

Der Pressesekretär des Präsidenten, Pierre *Salinger,* erklärte anschließend, *Kennedy* sei erfreut, daß *Norstad* weiterhin auf seinem Posten bleiben werde.

Präsident John F. *Kennedy* unterbreitet dem Kongreß eine Wirtschaftsbotschaft, in der Vorschläge zu einer schnelleren Verwendung bereits geplanter staatlicher Ausgaben, zu höheren Sozialleistungen und zu einer Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung gemacht werden.

Präsident John F. *Kennedy* erklärt in seiner Antwort an den Präsidenten der EWG-Kommission, Walter *Hallstein,* auf dessen Glückwunschtelegramm vom 20. Januar, die Regierung werde die Bemühungen der Kommission auch in Zukunft unbeirrbar unterstützten. (Vgl. Dokumente, S. D 128.)

Präsident John F. *Kennedy* ernennt den ehemaligen Botschafter in Paris und Bonn, David K. E. *Bruce,* zum neuen Botschafter in London. Am 9. Februar ernennt *Kennedy* den ehemaligen Botschafter in Moskau, George F. *Kennan,* zum Botschafter in Belgrad. Am 13. Februar wird General James *Gavin* zum Botschafter in Paris ernannt.

3. Februar: Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt in Washington, die Regierung werde auch weiterhin die Bemühungen der Vereinten Nationen um eine Lösung der Kongo-Frage unterstützen. Es gehe darum, den Ausbruch eines Bürgerkrieges im Kongo zu verhindern und eine Situation zu schaffen, in der eine kongolesische Regierung im Namen der Bevölkerung des Kongo regieren könne.

6. Februar: Außenminister Dean *Rusk* warnt auf seiner ersten Pressekonferenz in Washington davor, die Freilassung der beiden amerikanischen Piloten der RB-47 (vgl. Zeittafel, Jg. 1961, S. Z 40, Sowjetunion) in ihrer Bedeutung zu überschätzen. Die leichte Entspannung, die sie hervorgerufen hätte, bedeute noch nicht, daß die ernsten Probleme in den Beziehungen zwischen Ost und West aus der Welt geschafft seien. Rusk setzt sich für eine internationale Ueberwachung der Entwicklung in Laos und im Kongo ein, um jede nicht autorisierte Waffenlieferung in diese Länder zu unterbinden. Auf die Entwicklung in Kuba eingehend, erklärt Rusk, die Vereinigten Staaten seien bereit, sich zusammen mit den anderen amerikanischen Staaten für die Beseitigung der Tyrannei in der westlichen Hemisphäre, gleichgültig ob sie von rechts oder von links komme, einzusetzen und die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Demokratie in diesen Ländern zu stärken. Rusk unterstreicht, daß sich die amerika-

nische Haltung in der Berlin-Frage nicht geändert habe.

8. Februar: Präsident John F. *Kennedy* bezeichnet auf einer Pressekonferenz in Washington die Vorschläge der deutschen Bundesregierung zur Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz (vgl. Zeittafel, S. Z. 46, Deutschland) als unzureichend. Sie würden dem Problem und den Möglichkeiten nicht gerecht. Kennedy empfiehlt, die Frage nun auf höherer Ebene zu erörtern.

9. Februar: Finanzminister Douglas *Dillon* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington zu den deutschen Vorschlägen für eine Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz (vgl. Zeittafel, S. Z 46, Deutschland), es handele sich nicht darum, den Vereinigten Staaten zu helfen, vielmehr gehe es um eine gemeinsame westliche Anstrengung im Interesse der westlichen Gemeinschaft. Kein Land könne sich auf die Dauer einen so hohen Zahlungsbilanzüberschuß leisten, wie ihn die Bundesrepublik habe. Dillon unterstreicht, daß einmalige Leistungen dem Problem nicht gerecht würden. Es müsse vielmehr eine langfristige Lösung erstrebt werden.

15. Februar: Präsident John F. *Kennedy* erklärt in einer Botschaft an den NATO-Rat, die Aufrechterhaltung der militärischen Stärke in Europa sei von größter Bedeutung für die Sicherheit im Atlantik und für die freie Welt. Er vertraue auf den Willen der NATO-Partner, einen angemessenen Anteil an den gemeinsamen Leistungen zu übernehmen. Kennedy gibt der Hoffnung Ausdruck, daß durch die Schaffung der OECD der Umfang der Entwicklungshilfe erweitert werden könne, und unterstreicht die Bereitschaft seiner Regierung, die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen.

Präsident *Kennedy* warnt auf einer Pressekonferenz in Washington vor den Folgen einer einseitigen Intervention im Kongo. Es dürfe keine Unklarheit über die Haltung der Regierung in einem solchen Falle geben. Unter Berufung auf den indischen Premierminister, Jawaharlal *Nehru,* verteidigt *Kennedy* die Aktion der Vereinten Nationen im Kongo. Sie biete die einzige Möglichkeit, Ordnung und Stabilität wiederherzustellen. Kennedy betont, daß nur der kongolesische Staatspräsident, *Kasavubu,* das Recht habe, eine Regierung einzusetzen, räumt aber zugleich ein, daß eine Verbreiterung der Basis der gegenwärtigen kongolesischen Regierung zu erwägen sei. Die Anerkennung einzelner Gruppen wie der Antoine *Gizengas* als Regierung erschwere dagegen die Wahrung der Unabhängigkeit und der Sicherheit des Landes.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

1. Februar: Der Sicherheitsrat erörtert erneut die Kongo-Frage. Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* bezeichnet in seiner Rede den Zerfall der kongolesischen Armee als Hauptursache der im Kongo herrschenden Anarchie. Er ersucht den Rat um neue Vollmachten, die es ermöglichen, die kongolesische Armee zu reorganisieren und aus den politischen Konflikten auszuschalten. Die Vereinten Nationen müßten ihre Kongo-Politik überprüfen und weitreichende Maßnahmen erwägen, um die Gefahr eines Bürgerkrieges zu beseitigen. Hammarskjöld setzt sich nachdrücklich für die Unterbindung jeglicher militärischen Unterstützung der rivalisierenden kongolesischen Gruppen ein, sofern sie nicht durch die Vereinten Nationen erfolge. Der sowjetische Delegierte, Valerian A. *Sorin,* greift wiederum Generalsekretär *Hammarskjöld* an und fordert den Auszug der „belgischen Kolonialisten“ aus dem Kongo sowie die Freilassung *Lumumbas. Sorin* betont, die Sowjetunion setze sich für die Wiederherstellung der Ordnung, die Liquidierung der Kolonialherrschaft und die Erhaltung der territorialen Einheit im Kongo ein. Er fordert die neue amerikanische Regierung auf, diesen Weg gemeinsam mit der sowjetischen Regierung zu gehen. Die Sitzung wird am 2. Februar unterbrochen, um den Delegierten und ihren Regierungen Gelegenheit zur Ueberprüfung der

Vorschläge *Hammarskjölds* zu geben. Nach der Wiederaufnahme der Debatte am 7. Februar unterstützen die ohne Stimmberechtigung zur Debatte zugelassenen Vertreter Libyens, Jugoslawiens und Indonesiens die sowjetischen Forderungen. Der Vertreter Guineas, Diallo *Telli*, erklärt, König *Baudouin* von Belgien und Generalsekretär *Hammarskjöld* seien für einen etwaigen Tod *Lumumbas* persönlich verantwortlich. Er fordert den sofortigen Abzug aller Ausländer aus dem Kongo, die Freilassung und Wiedereinsetzung Lumumbas. Der kongolesische Vertreter, Evariste *Loliki*, richtet heftige Angriffe gegen die Teilnehmerstaaten der Konferenz von Casablanca (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 32) und warnt den Rat davor, Maßnahmen ohne Zustimmung der kongolesischen Regierung zu beschließen. Er betont, es sei Sache des kongolesischen Volkes und nicht der Vereinten Nationen, über *Lumumba* ein Urteil zu fällen. Der französische Delegierte, Armand *Bérard*, erklärt, die Lage im Kongo habe sich trotz der Anwesenheit der Vereinten Nationen ständig weiter verschlechtert. Heute herrsche Anarchie in Provinzen, in denen vor sechs Monaten noch Frieden geherrscht habe. Auch *Bérard* setzt sich dafür ein, jede Maßnahme mit dem kongolesischen Staatspräsidenten, Joseph *Kasavubu*, abzustimmen und die nationale Souveränität des Kongo zu achten. Der Rat beschließt sodann, die Debatte erneut zu vertagen. Der Rat tritt am 13. Februar wieder zusammen. Die Sitzung steht unter dem Eindruck der Nachricht über den Tod *Lumumbas* (vgl. Zeittafel, S. Z 48 f., Kongo). Generalsekretär *Hammarskjöld* fordert eine Untersuchung der Vorgänge an Ort und Stelle und Beschlüsse, um den möglichen Folgen des Ereignisses entgegenwirken zu können. Der amerikanische Delegierte, Adlai *Stevenson*, betont, die Hinrichtung ohne Gerichtsurteil zeige, wie weit die Vereinten Nationen noch von ihrem Ziel im Kongo entfernt seien. Er fordert alle Regierungen auf, jede Maßnahme zu unterlassen, welche die Krise verschärfen könnte. Der sowjetische Delegierte *Sorin* macht Belgien, dessen Verbündete und *Hammarskjöld* für den Tod *Lumumbas* verantwortlich. Der Rat vertagt sich sodann auf Antrag des Delegierten der VAR, Omar *Loutfi*. Bei der Wiederaufnahme der Erörterungen am 15. Februar liegt dem Rat ein sowjetischer Resolutionsentwurf vor, den *Sorin* am 14. Februar dem sowjetischen Untergeneralsekretär Georgij *Arkadew*, indem er Generalsekretär *Hammarskjöld* überging, übermittelte. In dem Entwurf werden die Forderungen der sowjetischen Erklärung vom gleichen Tage wiederholt (vgl. Zeittafel, S. Z 50, Sowjetunion). Der amerikanische Delegierte *Stevenson* weist die sowjetischen Forderungen als Versuch zurück, ein einseitiges Eingreifen der Sowjetunion im Kongo zu rechtfertigen, betont aber zugleich den Willen seiner Regierung, sich mit der sowjetischen Regierung über Lösungen der Krise zu verständigen. Generalsekretär *Hammarskjöld* bezeichnet die gegen ihn gerichteten sowjetischen Beschuldigungen als unbegründet und weist auf seine Bemühungen um eine Besserung des Schicksals *Lumumbas* hin. Wenn diese Bemühungen erfolglos geblieben seien, so sei das auf die Beschränkung seines Mandats zurückzuführen, die sich auch bei der Behandlung anderer Probleme als nachteilig erwiesen habe. Zu der sowjetischen Forderung, von seinem Amt zu demissionieren, erklärt *Hammarskjöld*, zwar müßte normalerweise der Entzug des Vertrauens durch eine ständig im Rat vertretene Macht seinen Rücktritt zur Folge haben. Er werde jedoch dieser Forderung nicht nachkommen, da die Sowjetunion deutlich gemacht habe, daß sie die Tätigkeit der Vereinten Nationen lahmlegen wolle. Da es Hauptaufgabe der Vereinten Nationen sei, die Interessen der kleinen Nationen zu schützen, werde er sein Amt nicht aufgeben, solange diese ihn nicht dazu aufforderten.

Europäische Gemeinschaften

10.—11. Februar: In Paris findet eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der sechs EWG-Länder statt, an der auch die Außenminister teilnehmen. Auf der Konferenz werden Möglichkeiten einer engeren politischen Zusammenarbeit erörtert. In einem gemeinsamen Kommuni-

qué wird der Wunsch der Gesprächspartner nach einer Fortsetzung der Bemühungen ausgedrückt, Lösungen für die Probleme zu finden, die sich aus der Existenz zweier wirtschaftlicher Gruppierungen in Europa ergäben. So solle nach Vereinbarungen gesucht werden, den Austausch mit den anderen europäischen Staaten, insbesondere mit Großbritannien, ebenso wie mit den anderen Ländern der Welt aufrechtzuerhalten und zu entwickeln. Schließlich wird mitgeteilt, die Konferenz habe einer aus Vertretern der sechs Regierungen bestehenden Kommission den Auftrag erteilt, auf der am 19. Februar in Bonn stattfindenden nächsten Konferenz Vorschläge für ständige Konferenzen der Regierungschefs und der Außenminister sowie für alle anderen Konferenzen vorzulegen, die wünschenswert erscheinen könnten. (Vgl. S. D 128 f.)

Nordatlantikpakt-Organisation

7. Februar: Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte teilt der französischen Regierung mit, die zuständigen Stellen der NATO hätten der Ernennung von General Pierre *Jaquot* als Nachfolger des am 1. März aus seinem Amt scheidenden Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa, General Maurice *Challe*, zugestimmt.

Liga der Arabischen Staaten

4. Februar: In Bagdad wird die am 30. Januar eröffnete Konferenz der Außenminister des Irak, des Jemen, des Libanon, Libyens, Marokkos, Saudi-Arabiens, des Sudan, Tunesiens, der Vereinigten Arabischen Republik und der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA) beendet. In ihren Resolutionen nimmt die Konferenz unter anderem zur Algerien-Frage, zum Palästina-Problem und zu Fragen der arabischen Zusammenarbeit Stellung. In der Algerien-Resolution versprechen die arabischen Regierungen der GPRA eine Erweiterung ihrer finanziellen und militärischen Unterstützung und eine Ueberprüfung ihrer Beziehungen zu Frankreich. Die Erklärung der GPRA vom 16. Januar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 40, Tunesien) wird begrüßt. In einer weiteren Resolution fordern die Außenminister den Militärausschuß der Arabischen Liga auf, sofort Pläne für eine Koordinierung der gesamten Streitkräfte aller arabischen Länder aufzustellen für den Fall, daß Israel seinen Plan verwirklichen sollte, einen Teil des Jordanwassers zur Bewässerung der Negevwüste abzuleiten.

Internationale Konferenzen

Interafrikanische Wirtschaftskonferenz in Dakar

5. Februar: In Dakar wird eine am 30. Januar eröffnete interafrikanische Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit beendet, an der Regierungsvertreter der Staaten Dahome, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, Kongo (Brazzaville), Madagaskar, Mauretanien, Niger, Obervolta, Senegal, Tschad und Zentralafrikanische Republik teilnahmen. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Konferenz habe Pläne und Vorschläge für eine afrikanische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, für die Beziehungen zur EWG und für eine Koordinierung der Wirtschaftsplanungen in den einzelnen Ländern ausgearbeitet.

Europäische Raumfahrtkonferenz in Straßburg

2. Februar: In Straßburg wird eine viertägige Konferenz beendet, auf der Delegierte aus zwölf europäischen Staaten Möglichkeiten zu einer europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raketen- und Raumfahrtforschung erörterten. In einem Abschlußkommuniqué heißt es, daß die französisch-britischen Vorschläge, die die Schaffung einer europäischen Organisation für Raumfahrtprojekte vorsehen, von den Teilnehmern beraten worden seien, um die Antworten der Regierungen vorzubereiten. Die Konferenz habe sich mit der Schaffung der notwendigen Hilfsorgane und mit mehreren vorgeschlagenen Finanzierungsformeln befaßt.

Zeittafel vom 16. bis zum 28. Februar 1961

Albanien

20. Februar: In Tirana wird der am 13. Februar eröffnete IV. Kongreß der Albanischen Arbeiterpartei beendet. Der Kongreß erörterte einen Tätigkeitsbericht des Ersten Sekretärs des ZK, Enver *Hodja,* und einen Bericht von Ministerpräsident Mehmat *Shehu* über den dritten Wirtschaftsplan für die Jahre 1961 bis 1964. Der Kongreß bestätigte die Mitglieder des Politbüros in ihren Aemtern und erweiterte das ZK von 40 auf 53 Mitglieder. In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es, die Partei werde ihre gegenwärtige Politik fortsetzen, da diese den einzig richtigen Weg zum Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus darstelle. In der Resolution werden ferner die Moskauer Dokumente (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 37 ff.) gebilligt.

Belgien

17. Februar: Die neun Minister der Liberalen Partei bieten ihren Rücktritt mit der Begründung an, sie könnten den von der christlich-sozialen Mehrheit des Kabinetts vorgesehenen Ausführungsverordnungen zu dem Sparprogramm (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 21 und S. Z 45) nicht zustimmen. König *Baudouin* nimmt jedoch den Rücktritt nicht an und verfügt am *20. Februar* die Auflösung des Parlaments. Neuwahlen werden auf den 26. März angesetzt.

25. Februar: Die Regierung bricht die diplomatischen Beziehungen zur Vereinigten Arabischen Republik ab, nachdem am 15. Februar Demonstranten das belgische Botschaftsgebäude in Kairo aus Protest gegen die Ermordung des ehemaligen kongolesischen Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba,* in Brand gesetzt und geplündert hatten. Die Regierung der VAR hatte die Annahme von zwei Protestnoten zu dem Vorfall verweigert.

Birma

23. Februar: Die Regierung protestiert in einer Note an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gegen die Verletzung birmesischen Luftraums durch Flugzeuge der Republik China (Taiwan) und die Versorgung von antikommunistischen chinesischen Truppen in Nordbirma mit Waffen amerikanischer Herkunft.

25. Februar: Ministerpräsident *U Nu* lehnt in einer in Rangun veröffentlichten Erklärung den Vorschlag des laotischen Königs *Savang Vathana* vom 19. Februar (vgl. S. Z 58 f., Laos) ab, einer Kommission zur Untersuchung der ausländischen Intervention in Laos beizutreten. Er erklärt, dies würde eine Anerkennung der Regierung *Boun Oum* bedeuten. Nach Auffassung der birmesischen Regierung könne zur Zeit keine der politischen Gruppen in Laos den Anspruch erheben, eine legale Regierung darzustellen. *U Nu* lehnt ebenfalls den Vorschlag Kambodschas (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 24, Kambodscha) ab, eine internationale Laos-Konferenz einzuberufen.

China

18. Februar: In Peking wird ein Kommuniqué über die zweite Tagung der chinesisch-nepalesischen Grenzkommission veröffentlicht, die vom 18. Januar bis zum 15. Februar in Peking stattfand. In dem Kommuniqué heißt es, beide Seiten hätten sich über den Verlauf mehrerer Abschnitte der gemeinsamen Grenze geeinigt.

20. Februar: Die Regierung der Republik China (Taiwan) dementiert Pressemeldungen, nach denen sie die antikommunistischen chinesischen Truppen in Nordbirma unterstütze.

Deutschland

17. Februar: Bundeskanzler Konrad *Adenauer* führt in Bonn eine Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter, Andrej S. *Smirnow,* der ihm ein Antwortschreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* auf sein persönliches Schreiben vom 17. Oktober 1960 zur Repatriierungs-Frage sowie ein Memorandum zur Deutschland-Frage überreicht. In dem Memorandum heißt es, die sowjetische Regierung sei an einer allseitigen Verbesserung der Beziehungen mit der

Bundesrepublik interessiert und habe den Wunsch nach einer dauerhaften freundschaftlichen Zusammenarbeit. Daher lege die sowjetische Regierung größten Wert auf den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages (vgl. den Wortlaut des Briefwechsels und des Memorandums auf S. D 167 ff.).

20. Februar: Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* erklärt auf einer Pressekonferenz in Bonn, bei seinen Besprechungen mit der amerikanischen Regierung (vgl. S. Z 60 f., Vereinigte Staaten) seien die zeitweilig zwischen den beiden Regierungen aufgetauchten Mißverständnisse über den deutschen Finanzbeitrag zur Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz beigelegt worden. *Von Brentano* erklärt, über ihr bisheriges Angebot hinaus, das als Soforthilfe zu verstehen sei, sei die Bundesregierung zu einem langfristigen Beitrag zur Entwicklungshilfe bereit.

23. Februar: Der Ministerpräsident der Regierung der sogenannten DDR, Otto *Grotewohl,* ernennt den bisherigen Kultusminister, Alexander *Abusch,* zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates für Kultur und Erziehung und Hans *Betzien* zum neuen Kultusminister.

Generalleutnant Friedrich *Foertsch* wird zum Generalinspekteur der Bundeswehr ernannt.

Föderation von Rhodesien und Njassaland

27. Februar: Der Premierminister, Sir Roy *Welensky,* lehnt in einer Rede vor dem Parlament die Vorschläge der britischen Regierung für die Verfassung Nordrhodesiens ab, die in dem am 21. Februar in London veröffentlichten Weißbuch erläutert werden (vgl. S. Z 57, Großbritannien). Er weist darauf hin, daß seine Regierung vor der Veröffentlichung des Weißbuchs nicht konsultiert worden sei. Sie befürworte ebenfalls eine stärkere Beteiligung der Afrikaner im Gesetzgebenden Rat. Die vorliegenden Vorschläge würden jedoch zu einer afrikanischen Mehrheitsregierung führen und dem afrikanischen Nationalismus Vorschub leisten. Welensky erklärt, seine Regierung habe die Ergebnisse der Konferenz über Südrhodesien, die vom 30. Januar bis zum 7. Februar in Salisbury getagt hatte, begrüßt, da sie die Basis für eine Evolution des Landes auf nichtrassischer Grundlage gewährleisten würden. Die britischen Vorschläge für Nordrhodesien stellten ihrer Ansicht nach ein radikales Abweichen von den Grundsätzen dar, nach denen die politischen Probleme der mehrrassischen Gesellschaft bisher behandelt worden seien.

Frankreich

17. Februar: Der griechische Ministerpräsident, Constantine *Karamanlis,* und Außenminister Evanghelos *Averoff* führen in Paris mit Premierminister Michel *Debré* und Außenminister Maurice *Couve de Murville* einen Meinungsaustausch über Fragen der NATO und die Assoziierung Griechenlands mit der EWG.

20. Februar: Staatspräsident Charles *de Gaulle* ernennt Lucien *Paye* zum neuen Erziehungsminister.

27. Februar: Der tunesische Staatspräsident, Habib *Bourguiba,* und Staatspräsident Charles *de Gaulle* führen in Rambouillet Besprechungen. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Gesprächspartner hätten mit Genugtuung die Verbesserung der tunesisch-französischen Beziehungen festgestellt und seien sich bei der Erörterung der Algerien-Frage einig gewesen in der Beurteilung der Möglichkeiten und Hoffnungen, die für eine positive und rasche Entwicklung beständen.

Gabun

18. Februar: Die am 12. Februar gewählte Nationalversammlung nimmt in ihrer ersten Sitzung einstimmig eine neue Verfassung an, in der das Präsidialsystem eingeführt wird.

Ghana

16.—19. Februar: Der sowjetische Staatspräsident, Leonid *Breshnjow,* besucht Ghana und führt in Accra Besprechungen mit Präsident Kwame *Nkrumah.* In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die beiden Staatsmänner hätten bei ihren Gesprächen die Aehnlichkeit ihrer Ansichten über die wichtigsten internationalen Probleme festgestellt. Beide Seiten teilten die

Entrüstung aller Völker über den Tod des ehemaligen kongolesischen Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba.* In dem Kommuniqué wird ferner mit Genugtuung die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern vermerkt.

17. Februar: Der Präsident des Senegal, Léopold *Senghor,* beendet einen fünftägigen Besuch in Ghana, in dessen Verlauf er in Accra Besprechungen mit Präsident Kwame *Nkrumah* führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, beide Gesprächspartner hätten für ihre Länder eine Politik der Nichtbindung befürwortet und über die Herstellung enger politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen dem Senegal und Ghana Uebereinstimmung erzielt.

18. Februar: Präsident Kwame *Nkrumah* fordert in einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* die Errichtung eines ausschließlich afrikanischen Oberkommandos im Kongo, die Entwaffnung aller kongolesischen Truppen, notfalls mit Gewalt, und die Entlassung aller Nichtafrikaner aus der kongolesischen Armee. Nach Durchführung dieser Maßnahmen solle das neue UN-Kommando alle politischen Häftlinge entlassen und das Parlament einberufen.

Großbritannien

16. Februar: Der griechische Ministerpräsident, Constantine *Karamanlis,* und Außenminister Evanghelos *Averoff* beenden einen viertägigen Besuch in Großbritannien, in dessen Verlauf sie in London Besprechungen mit Premierminister Harold *Macmillan* und Außenminister Lord *Home* führten. In einem gemeinsamen Kommuniqué betonen beide Seiten die Notwendigkeit einer größeren Solidarität und von verstärkten politischen Konsultationen zwischen den Mitgliedern der NATO.

17. Februar: In London wird die am 30. Januar eröffnete Nordrhodesien-Konferenz ohne Ergebnis beendet. In einem am 21. Februar veröffentlichten Weißbuch erläutert die Regierung ihre Vorschläge für ein neues Wahlrecht und die Zusammensetzung einer Exekutive, die eine stärkere Beteiligung der Afrikaner vorsehen.

22.—23. Februar: Der deutsche Bundeskanzler, Konrad *Adenauer,* und Außenminister Heinrich *von Brentano* führen in London mit Premierminister Harold *Macmillan,* Außenminister Lord *Home* und Lordsiegelbewahrer Edward *Heath* Besprechungen über Fragen der westlichen und der europäischen Zusammenarbeit. Ein Kommuniqué wird nicht veröffentlicht. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt, die Staatsmänner hätten sich für eine Verstärkung der Kontakte zwischen den EWG-Staaten und Großbritannien im Rahmen der Westeuropäischen Union und für eine eingehende Erörterung der internationalen Zahlungsbilanzverhältnisse eingesetzt.

Guinea

16. Februar: Der sowjetische Staatspräsident, Leonid *Breshnjow,* beendet einen fünftägigen Besuch in Guinea, in dessen Verlauf er in Conakry Besprechungen mit Präsident Sekou *Touré* führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué erklären die beiden Staatsmänner, die Hauptaufgabe aller friedliebenden Länder sei die Vermeidung eines neuen Krieges und die Sicherung des Friedens. Die „von der Flagge der Vereinten Nationen gedeckte Aggression der Imperialisten gegen den Kongo“ stelle eine ernsthafte Gefahr für dessen Unabhängigkeit dar und bedrohe unmittelbar alle unabhängigen afrikanischen Länder. Die Sowjetunion und Guinea würden weiterhin die Regierung Antoine *Gizengas* in Stanleyville als einzige legale kongolesische Regierung unterstützen. Abschließend wird in dem Kommuniqué erklärt, die Sowjetunion sei bereit, ihre Lieferungen an Guinea zu intensivieren.

Indien

27. Februar: Premierminister Jawaharlal *Nehru* nimmt in einer Erklärung vor dem Oberhaus zu dem Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* vom 22. Februar (vgl. S. Z 59 f., Sowjetunion) Stellung. Er erklärt, die indische Regierung sei der Ansicht, daß jegliche nutzbringende Tätigkeit der Vereinten Nationen verhindert und vor allem die wichtigeren Probleme, wie die Abrüstungsfrage und die Kongo-Krise, in den

Hintergrund gedrängt würden, wenn im gegenwärtigen Zeitpunkt Fragen einer Reorganisation des Generalsekretariats oder einer Ersetzung von Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* aufgeworfen würden.

Iran

21. Februar: Schah Mohammed *Reza Pahlevi* eröffnet das neue Parlament, in dem die Nationale Partei 70, die Volkspartei 64 und Parteilose 33 Parlamentssitze innehaben.

Israel

28. Februar: Ministerpräsident David *Ben Gurion,* der nach seinem Rücktritt am 31. Januar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 35) mit der Regierungsneubildung beauftragt wurde, gibt Staatspräsident Izhak *Ben Zvi* seinen Auftrag zurück und schlägt die Auflösung des Parlaments und die Durchführung von Neuwahlen vor.

Kambodscha

23. Februar: Die Regierung teilt in einem in Phnom Penh veröffentlichten Kommuniqué mit, sie lehne den Vorschlag des laotischen Königs, *Savang Vathana,* vom 19. Februar (vgl. Laos) ab, an einer Kommission zur Untersuchung der ausländischen Intervention in Laos teilzunehmen. In der Erklärung heißt es, eine derartige Kommission könne nicht mit Erfolg wirken; solange keinerlei Abkommen mit den Behörden beständen, die die östlichen Provinzen von Laos beherrschten. Die Regierung betont, daß nur eine internationale Konferenz den ausländischen Interventionen ein Ende machen könne.

Kamerun

16. Februar: Die Regierung protestiert in einem Telegramm an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gegen angebliche Unregelmäßigkeiten und Beeinflussungsversuche der britischen Behörden bei der am 11. Februar in dem britischen Treuhandgebiet Kamerun durchgeführten Volksabstimmung.

Kenia

27. Februar: Bei den Wahlen zum Gesetzgebenden Rat erringen die Kenya African National Union 16 Sitze, die Kenya African Democratic Union 10, die New Kenya Party 4, die Kenya Coalition 3, der Kenya Indian Congress 3, die Kenya Freedom Party 1 und Unabhängige 16 Sitze.

Kongo (Léopoldville)

21. Februar: Als Reaktion auf die Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom gleichen Tage (vgl. S. Z 62, Vereinte Nationen), ordnet der Präsident von Katanga, Moise *Tshombé,* die Mobilmachung aller Einwohner der Provinz an. In einer Rundfunkerklärung bezeichnet Tshombé die Resolution als eine „Kriegserklärung der Vereinten Nationen an Katanga und die ganze ehemalige belgische Kolonie".

22. Februar: Ministerpräsident Joseph *Iléo* erklärt in Léopoldville im Anschluß an eine Kabinettssitzung, der Kongo werde die Resolution des Rates vom 21. Februar (vgl. S. Z 62, Vereinte Nationen), niemals akzeptieren, da sie die Souveränität des Landes verletze.

28. Februar: Ministerpräsident Joseph *Iléo,* der Präsident von Südkasai, Albert *Kalonji,* und der Präsident des Katanga, Moise *Tshombé,* unterzeichnen in Elisabethville ein Abkommen über eine Koordinierung der militärischen Aktionen in den von ihnen kontrollierten Gebieten.

Kuba

28. Februar: Die Regierung beschuldigt in Noten an die lateinamerikanischen Regierungen die amerikanische Regierung, sie gefährde den Frieden des amerikanischen Kontinents und der Welt. Die Regierung ersucht die lateinamerikanischen Länder um Unterstützung, um der Uneinigkeit unter den amerikanischen Staaten ein Ende zu machen, die militärische und wirtschaftliche Aggression zu verhindern und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu unterbinden.

Laos

19. Februar: König *Savang Vathana* erklärt in einer Botschaft, die er im königlichen Palast von Vientiane vor der Regierung und dem Diplomatischen Korps verliest, Laos sei ein neutrales Land, das niemanden bedrohe und nur den Frieden

wünsche. Der König fordert die Unterbindung aller fremden Interventionen in Laos, da durch sie nicht nur die Unabhängigkeit und Neutralität von Laos, sondern auch der Friede in der Welt bedroht werde. Er ersucht die Regierungen Kambodschas, Birmas und des Malaiischen Bundes, eine Kommission zu bilden, die sich davon überzeugen solle, daß Laos niemanden bedrohe, und die jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Laos verhindern solle.

23. Februar: Der in Kambodscha im Exil lebende Ministerpräsident *Souvanna Phouma* führt in Phonsavan und Xieng-khouung Besprechungen mit Hauptmann *Kong Le* und dem Führer des Pathet Lao, *Soupha Nouvong*. Am *27. Februar* sprechen sich Phouma und Soupha Nouvong in einer Erklärung für die Einberufung der von Kambodscha vorgeschlagenen internationalen Laos-Konferenz (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 24, Kambodscha) aus.

Marokko

26. Februar: Tod König *Mohammeds V.* Am gleichen Tage wird Kronprinz *Moulay Hassan* als *Hassan II.* zum König von Marokko proklamiert.

Nepal

18. Februar: In Katmandu wird ein Kommuniqué über die zweite Tagung der chinesisch-nepalesischen Grenzkommission veröffentlicht (vgl. S. Z 55, China).

Niederlande

17. Februar: Außenminister Joseph *Luns* erklärt in einer Rede in Den Haag, die Regierung habe sich auf der Pariser Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Länder (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 53 f., Europäische Gemeinschaften) gegen die französischen Pläne gewandt, da sie nicht die von den Niederlanden gewünschte Integration, sondern eine Koalition vorsähen. Außerdem habe die Regierung nicht Bestrebungen unterstützen können, durch die der wirtschaftlichen Spaltung Europas eine politische Spaltung folge. Luns setzt sich dafür ein, Besprechungen über die französischen Pläne im Rahmen der Westeuropäischen Union zu führen, um die britische Regierung daran beteiligen zu können.

22.—23. Februar: In der außenpolitischen Debatte der Zweiten Kammer betont Außenminister Joseph *Luns* in einer Regierungserklärung, sowohl Frankreich wie Großbritannien müßten an allen Formen der europäischen Zusammenarbeit beteiligt sein. Luns erklärt erneut, die französischen Pläne bedeuteten einen Rückschritt für die europäische Integration und schwächten die NATO, da durch sie die bestehenden europäischen Organisationen zu bloßen technischen Institutionen degradiert und im Ergebnis die kleineren europäischen Staaten durch Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland beherrscht würden. Luns kündigt an, die Regierung werde Gegenvorschläge unterbreiten. In der Debatte kritisieren Sprecher der Sozialistischen Partei, die Regierung habe sich auf der Konferenz der Regierungschefs der EWG-Staaten in Paris (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 53 f., Europäische Gemeinschaften) isoliert.

Oesterreich

16. Februar: Bundeskanzler Julius *Raab* kündigt in einem Schreiben an das Direktorium der Oesterreichischen Volkspartei an, er werde am 11. April von seinem Amt zurücktreten. Das Direktorium beschließt einstimmig am gleichen Tage, den Parteivorsitzenden, Alphons *Gorbach,* als Nachfolger Raabs vorzuschlagen.

Sowjetunion

22. Februar: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* verurteilt in einer Botschaft an den indischen Premierminister, Jawaharlal *Nehru,* die Aktionen der Vereinten Nationen im Kongo und fordert unter Hinweis auf die Ermordung des ehemaligen kongolesischen Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba,* an der Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* angeblich mitschuldig sei, die Einstellung der UN-Aktion und den Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Kongo. Nach seiner Ansicht könne nur eine aus Vertretern afrikanischer Staaten bestehende Kommission, die mit der von Antoine *Gizenga* geleiteten Regierung zusammenarbeiten müsse, die

Unabhängigkeit des Kongo wiederherstellen. Er ersucht Nehru, ihn bei den Bemühungen um die „Verteidigung der Freiheit und der Unabhängigkeit der Republik Kongo" zu unterstützen. Zugleich wiederholt Chruschtschow seine Forderung nach einer Ersetzung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen durch ein Dreiergremium. Chruschtschow richtet Botschaften gleichen Inhalts an die Staats- und Regierungschefs von 60 Staaten.

Tunesien

17. Februar: Die Provisorische Regierung der Republik Algerien betont in einer in Tunis veröffentlichten Erklärung, nur direkte Verhandlungen ohne Vorbedingungen zwischen der französischen Regierung und der GPRA könnten zu einer Lösung der Algerien-Frage führen. Es könne keine Rede davon sein, daß der tunesische Staatspräsident, Habib *Bourguiba,* im Namen der GPRA spreche oder für sie Verpflichtungen eingehe. In der Erklärung wird darauf hingewiesen, daß sich die Haltung der GPRA seit ihrer Erklärung vom 16. Januar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 40) nicht geändert habe. Die GPRA sei der Ansicht, daß jeder Versuch, die französische Regierung von der Notwendigkeit von Verhandlungen zu überzeugen, positiv zu bewerten sei.

26. Februar: Die Provisorische Regierung der Republik Algerien unterstreicht in einer in Tunis veröffentlichten Erklärung, die algerische Sahara bilde einen integrierenden Bestandteil Algeriens. Die Bodenschätze der Sahara stellten eine Quelle des menschlichen und wirtschaftlichen Fortschritts dar und könnten zu einer fruchtbringenden Zusammenarbeit zwischen Algerien, den Ländern des Maghreb und Afrikas führen. Daher wende sich die GPRA gegen französische Versuche, die algerische Bevölkerung der Sahara von der des übrigen Algeriens zu trennen.

Türkei

25. Februar: Die Regierung erklärt in ihrer Antwort auf die sowjetische Note vom 3. Februar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 50, Sowjetunion), in der die sowjetische Regierung um Auskunft über Berichte über die geplante Errichtung von NATO-Stützpunkten bat, es sei das selbstverständliche Recht eines jeden unabhängigen Staates, Vorkehrungen zum Schutz seiner Sicherheit zu treffen. Dies hindere sie jedoch nicht, mit der Sowjetunion gutnachbarliche Beziehungen zu unterhalten.

Ungarn

20.—24. Februar: Eine tschechoslowakische Regierungsdelegation unter Führung von Staatspräsident Antonin *Novotny* weilt zu einem Freundschaftsbesuch in Ungarn. In einer gemeinsamen Erklärung werden die „imperialistische Intervention" im Kongo verurteilt und die Abberufung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* gefordert.

Vereinigte Arabische Republik

21. Februar: Präsident Gamal Abdel *Nasser* erklärt in einer Rede in Damaskus, die Vereinigten Staaten seien neben den Vereinten Nationen mitverantwortlich für die Ermordung des ehemaligen kongolesischen Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba.* Er beschuldigt Israel, es versuche, in den jungen Staaten Afrikas Einfluß zu gewinnen, um zusammen mit dem britischen und französischen Imperialismus Afrika zu beherrschen und auszubeuten.

Präsident Gamal Abdel *Nasser* empfiehlt in Botschaften an den amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy,* den sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* und den britischen Premierminister, Harold *Macmillan,* die Kongo-Frage in einer Weise zu lösen, durch die die Unabhängigkeit des kongolesischen Volkes nicht angetastet und eine Einmischung der Großmächte verhindert werde. Nasser unterstreicht die Notwendigkeit, das Prestige der Vereinten Nationen in den Augen der Welt wiederherzustellen.

Vereinigte Staaten

17. Februar: Der deutsche Bundesaußenminister, Heinrich *von Brentano,* beendet einen fünftägigen Besuch in den Vereinigten Staaten. In einer Rede auf der privaten deutsch-amerikanischen Konferenz, an der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus beiden Ländern teilnahmen,

erklärte Brentano, die Bundesregierung und das deutsche Volk seien entschlossen, auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet mit ihren NATO-Partnern eng zusammenzuarbeiten. Brentano forderte eine feste Haltung gegenüber dem internationalen Kommunismus und erklärte, das von der Sowjetunion proklamierte Prinzip der friedlichen Koexistenz dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese keineswegs auf die Verwirklichung ihrer revolutionären Ziele verzichtet habe. Brentano betonte jedoch, die Bundesregierung werde jeden ernsthaften Entspannungsversuch unterstützen. Sie werde allerdings keinen Kompromissen zustimmen, die nur scheinbar Lösungen darstellten, in Wirklichkeit aber die Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik bedrohten. Außenminister Dean *Rusk* betonte in seiner Rede, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit bleibe eines der Hauptziele der amerikanischen Politik. Am 16. Februar traf Außenminister von Brentano mit Außenminister Rusk und am 17. Februar mit Präsident John F. *Kennedy* zu Unterredungen zusammen. In einem gemeinsamen Kommuniqué wurde unter Hinweis auf die amerikanischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten die gemeinsame Verantwortung für die Verteidigung der freien Welt und für die Unterstützung der Entwicklungsländer betont (vgl. den Wortlaut auf S. D 164).

Die Regierung übermittelt der Bundesregierung ein Memorandum zur Frage der Zahlungsbilanz, in dem sie die Bundesregierung auffordert, zusammen mit den anderen Verbündeten zu prüfen, wie die Last der gemeinsamen Verteidigung und der Hilfe für die Entwicklungsländer gerecht aufgeteilt werden könne (vgl. den Wortlaut auf S. D 165 f.).

18. Februar: Der dänische Ministerpräsident, Viggo *Kampmann,* beendet einen einwöchigen Besuch in den Vereinigten Staaten, in dessen Verlauf er am 14. Februar in Washington eine Unterredung mit Präsident John F. *Kennedy* führte.

19.—21. Februar: Der Generalsekretär der NATO, Paul-Henri *Spaak,* führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy* und Außenminister Dean *Rusk.*

20. Februar: Der kanadische Premierminister, John *Diefenbaker,* und Außenminister Howard *Green* treffen in Washington zu einem Meinungsaustausch mit Präsident John F. *Kennedy* und Außenminister Dean *Rusk* zusammen.

24. Februar: Der australische Premierminister, Robert G. *Menzies,* führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy.* In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die beiden Gesprächspartner hätten Fragen der Sicherheit erörtert und dabei ihr Vertrauen in den SEATO-Pakt und den ANZUS-Pakt bestätigt. Sie hätten sich ferner für den Abschluß eines wirksamen Abrüstungsabkommens und für die Unterstützung der Vereinten Nationen und deren Generalsekretär, Dag *Hammarskjöld,* eingesetzt.

28. Februar: Außenminister Dean *Rusk* bezeichnet in einer in Washington veröffentlichten Erklärung einen Bericht der *Washington Post* als „völlig unrichtig", nach dem er sich in einem Memorandum an Verteidigungsminister Robert S. *McNamara* für eine Verstärkung der konventionellen und eine Verminderung der atomaren Waffen ausgesprochen habe. Rusk weist darauf hin, daß die Studien zu diesen Fragen noch nicht abgeschlossen seien. Die Regierung sei bemüht, auf legitime Weise die Spannungen in der Welt zu mindern, und hoffe, in den kommenden Monaten Fortschritte in dieser Richtung zu machen. Rusk unterstreicht, unter den derzeitigen Bedingungen müsse die Regierung in Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten die gemeinsame Verteidigung stärken. Er sei seit langem der Ansicht, daß dies eine Stärkung der herkömmlichen Waffen wie auch die Aufrechterhaltung ihrer nuklearen Verteidigungsstärke erfordere.

Vietnam

21. Februar: Die Nationalversammlung der Demokratischen Republik Vietnam ernennt den bisherigen stellvertretenden Außenminister *Ung Van Khiem* zum Außenminister.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

16.—21. Februar: Der Sicherheitsrat setzt seine am 1. Februar begonnene Debatte über die Kongo-Krise fort (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 52 f., Vereinte Nationen). Von den als Beobachter zur Debatte zugelassenen Delegierten unterstützen die Vertreter Guineas und Malis die Forderung des sowjetischen Delegierten, Valerian A. *Sorin*, nach dem Rücktritt von Generalsekretär Dag *Hammarskjöld*, da er für den Tod des früheren kongolesischen Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba*, mitverantwortlich sei und das Vertrauen Afrikas verloren habe. Dagegen treten die Vertreter Madagaskars, des Kongo (Brazzaville), Gabuns, Senegals und Kameruns für die Fortführung der Aktion der Vereinten Nationen im Kongo ein und fordern die Ausschaltung jeden Einflusses von außen. Sie setzen sich erneut für die Vertagung von Beschlüssen bis zur Tagung der Vollversammlung im März ein, um einer Konferenz aller afrikanischen Staatsoberhäupter Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Delegierte Ceylons fordert den Rat auf, dem Generalsekretär jetzt ein klares Mandat zu geben. Er schlägt die Entwaffnung aller kongolesischen Truppen, die Uebernahme der Verwaltung durch die Vereinten Nationen, die Einsetzung einer neuen Regierung, die Ausweisung aller ausländischen politischen und militärischen Berater und die Untersuchung der Ermordung *Lumumbas* vor. Im weiteren Verlauf der Debatte legen die Vertreter Liberias, Ceylons und der Vereinigten Arabischen Republik dem Rat einen Resolutionsentwurf vor, in dem sofortige Maßnahmen zur Verhinderung eines Bürgerkrieges, notfalls durch Anwendung von Gewalt, und zur Evakuierung aller ausländischen politischen und militärischen Berater aus dem Kongo gefordert und alle Staaten ersucht werden, die Aus- und Durchreise derartigen Personals zu unterbinden. Ferner werden die Untersuchung der Umstände des Todes von Lumumba und die Bestrafung der Verantwortlichen verlangt und die baldige Einberufung des kongolesischen Parlaments und die Reorganisierung der kongolesischen Armee empfohlen. Der Rat lehnt mehrere amerikanische Aenderungsanträge zu diesem Entwurf sowie den sowjetischen Entwurf (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 53) ab. Sodann stimmt er dem Entwurf Ceylons, Liberias und der VAR (vgl. den Wortlaut auf S. D 189 f.) mit neun Stimmen bei Enthaltung der Sowjetunion und Frankreichs zu. Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* begrüßt in seinem Schlußwort die Annahme der Resolution.

20. Februar: Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* protestiert in einem Schreiben an den kongolesischen Staatspräsidenten, Joseph *Kasavubu*, gegen die Verhaftung und Deportation von Anhängern des ehemaligen Ministerpräsidenten Patrice *Lumumba*. Noch am gleichen Tage teilt *Hammarskjöld* in der Debatte des Sicherheitsrates mit, der UN-Vertreter im Kongo, Rajeshwar *Dayal*, habe ihn davon unterrichtet, daß sechs der in die kongolesische Provinz Kasai deportierten Politiker inzwischen hingerichtet worden seien.

18. Februar: Der Beratende Kongo-Ausschuß, der sich aus Vertretern der Staaten zusammensetzt, die Truppenkontingente für den Kongo gestellt haben, veröffentlicht in New York eine Botschaft der in den Kongo entsandten Schlichtungskommission der Vereinten Nationen an den Generalsekretär, die Vorschläge zur Befriedung des Kongo enthält (vgl. den Wortlaut auf S. D 187 f.).

28. Februar: Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* gibt in einem Bericht an den Sicherheitsrat einen Ueberblick über die bisher getroffenen Maßnahmen zur Durchführung der Resolution des Rates vom 21. Februar zur Kongo-Frage. Der Bericht enthält einen Notenwechsel Hammarskjölds mit der belgischen Regierung über den Abzug der belgischen militärischen und politischen Berater aus dem Kongo, Schreiben an alle Mitgliedstaaten mit der Aufforderung, alles Personal aus dem Kongo abzuziehen und jede Waffenlieferung zu unterlassen, ein Schreiben an den kongolesischen Staatspräsidenten, Joseph *Kasavubu*, in dem dieser um Mitarbeit bei der

Verwirklichung der Resolution ersucht wird, sowie Schreiben an die afrikanischen Staaten, in denen diese gebeten werden, neue Kontingente für die Truppen der Vereinten Nationen im Kongo zur Verfügung zu stellen. Hammarskjöld kündigt ferner die Aufnahme von Konsultationen mit dem Internationalen Gerichtshof über die Ernennung von drei unabhängigen Richtern an, die die Umstände der Ermordung des ehemaligen kongolesischen Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba*, untersuchen sollen.

21. Februar: In Addis Abeba wird die am 6. Februar eröffnete dritte Sitzungsperiode der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika beendet. Die Konferenz erörterte Möglichkeiten einer Preisstabilisierung für afrikanische Rohstoffe und beauftragte das Exekutivsekretariat mit der Prüfung von Plänen zur Gründung eines gemeinsamen afrikanischen Stabilisierungsfonds. Sie beschloß ferner die Errichtung eines Ständigen Handelsausschusses zur Untersuchung der interafrikanischen Handelsbeziehungen. Die Konferenz beschäftigte sich außerdem mit einem vorläufigen Bericht des ad-hoc-Komitees zur Prüfung der afrikanischen Beziehungen mit der EWG. Sie empfahl, die Untersuchungen auch auf den Einfluß der EFTA und des Commonwealth-Präferenzsystems auf die Wirtschaft und den Handel der afrikanischen Länder auszudehnen. Schließlich wurden Fragen der wirtschaftlichen und technischen Hilfe für die afrikanischen Länder beraten. Die Konferenz lehnte mit 15 gegen 12 Stimmen einen Antrag Ghanas, Guineas, Malis und Marokkos ab, außerafrikanischen Ländern den Mitgliedsstatus abzuerkennen und nur noch als Beobachter zuzulassen. Auf Vorschlag des Exekutivsekretariats nahm die Konferenz gegen die Stimme des südafrikanischen Vertreters eine Resolution an, in der die südafrikanische Rassenpolitik verurteilt wird.

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

24. Februar: In Neu-Delhi wird die am 8. Februar eröffnete 14. Weltgesundheitskonferenz beendet. Die Konferenz erörterte den von Generaldirektor Marcolino C. *Candau* vorgelegten Jahresbericht und billigte das Budget für 1962, das sich auf mehr als 23 Millionen Dollar beläuft. Im Verlaufe der Tagung wurden Mauretanien als Vollmitglied sowie Ruanda-Urundi und Tanganjika als assoziierte Mitglieder aufgenommen. In einer von dem Irak und Saudiarabien eingebrachten Resolution empfiehlt die Konferenz den Mitgliedstaaten, sich für die Beseitigung aller Rassenschranken einzusetzen.

Europäische Freihandels-Assoziation

16. Februar: In Genf wird eine dreitägige Konferenz des Ministerrates der EFTA beendet, auf der Fragen eines beschleunigten Zollabbaus zwischen den Mitgliedsländern, die Assoziierung Finnlands an die EFTA und Möglichkeiten zu einer Ueberwindung der wirtschaftlichen Spaltung Europas erörtert wurden. (Vgl. den Wortlaut des Kommuniqués in Dokumente, Jg. 1961, S. D 129 f.).

Europäische Gemeinschaften

23. Februar: In Brüssel tagt der Ministerrat der EWG. Der Rat einigt sich über die Modalitäten der geplanten Finanzhilfe für Griechenland und ermächtigt die Kommission, bei den Verhandlungen über die Assoziierung Griechenlands von der in Aussicht genommenen Kreditsumme von 125 Millionen Dollar zunächst 50 Millionen für die ersten beiden Jahre nach Abschluß eines Assoziierungsvertrages anzubieten. Der Rat beschließt ferner, die Regierungen der ehemals französischen Gebiete zu Besprechungen mit den ständigen Vertretern der EWG-Staaten über die Fortführung der Assoziierung nach Brüssel einzuladen. Außerdem beraten die Minister über Fragen der Genfer GATT-Verhandlungen über den gemeinsamen Zolltarif der EWG und beauftragen den die Verhandlungen überwachenden Sonderausschuß, neue Vorschläge auszuarbeiten.

Nordatlantikpakt-Organisation

28. Februar: Der Ständige NATO-Rat einigte sich auf einen neuen Verteilungsschlüssel für die Infrastruktur-Kosten. Danach wird der Beitrag der Vereinigten Staaten von 36,98 vH auf 30,85 vH herabgesetzt, der der Bundesrepublik von

13,72 vH auf 20 vH, der Großbritanniens von 9,88 vH und der Frankreichs von 11,87 vH auf 12 vH erhöht. Die Beiträge Dänemarks, Italiens, der Niederlande und Norwegens werden geringfügig erhöht, während die Belgiens, Kanadas, Griechenlands und der Türkei vermindert werden.

Nordischer Rat

18.—24. Februar: In Kopenhagen findet die 9. Tagung des Nordischen Rates statt. Es werden u. a. handelspolitische Fragen, wie die Stellung Finnlands zur EFTA und die Möglichkeit eines Brückenschlages zwischen der EWG und der EFTA, sowie Vorschläge zu einer Koordinierung der Instanzen für die Entwicklungshilfe innerhalb der skandinavischen Länder erörtert. Der schwedische Ministerpräsident, Tage *Erlander,* empfiehlt in seiner Rede, ein wesentlicher Teil der Entwicklungshilfe solle im Rahmen der Vereinten Nationen geleistet werden. Er warnt in diesem Zusammenhang vor Versuchen, die Autorität der Vereinten Nationen zu untergraben. Nicht nur die großen, sondern auch die kleinen Nationen müßten darüber wachen, daß die Handlungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen erhalten blieben. Im weiteren Verlauf der Erörterungen lehnen Sprecher aller Regierungen einen Antrag der finnischen Kommunisten ab, einen Plan zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa zu erörtern. Die Sprecher begründen ihre Haltung damit, daß der Nordische Rat an seiner bisherigen Praxis festhalten sollte, keine außen- und militärpolitischen Fragen zu beraten. Der Antrag wird mit 56 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Der Rat beschließt ferner die Einsetzung eines Ministerausschusses zur Koordinierung der Entwicklungshilfe.

Westeuropäische Union

27. Februar: In Paris findet eine Tagung des Ministerrates der WEU statt. Der britische Lordsiegelbewahrer, Edward *Heath,* gibt eine Erklärung über die Haltung der britischen Regierung zu der im November 1960 von der Versammlung angenommenen Resolution ab, in der der Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften empfohlen wurde. Großbritannien sei bereit, ein System gemeinsamer oder angeglichener Zollsätze in Erwägung zu ziehen, das sich auf Rohstoff- und Fertigwarenimporte beziehen würde, soweit diese nicht aus EFTA- oder Commonwealthländern eingeführt werden. Voraussetzung sei, daß die Länder des Gemeinsamen Marktes die Schwierigkeiten berücksichtigen, die Großbritannien gegenüber dem Commonwealth und auf dem Agrarsektor zu überwinden hat. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Minister hätten einen offenen und fruchtbaren Meinungsaustausch über zahlreiche Probleme geführt und dabei eingehend die Frage der Verstärkung der Beziehungen zwischen Großbritannien und den übrigen Mitgliedern der WEU erörtert.

Internationale Konferenzen

Außenministerkonferenz der Casablanca-Staaten

20.—22. Februar: In Accra findet eine Konferenz der Außenminister der Teilnehmerstaaten der Konferenz von Casablanca (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 32) statt. Im Mittelpunkt der Beratungen steht die Kongo-Frage. In einem Kommuniqué, dem der Außenminister Guineas, Beavogni *Lansana,* jedoch nicht zustimmt, wird der Plan von Präsident Kwame *Nkrumah* vom 18. Februar (vgl. Ghana) unterstützt und die Regierung Antoine *Gizenga* als einzig rechtmäßige kongolesische Regierung bezeichnet.

Rat der Entente

20. Februar: In Niamey findet eine Konferenz des Conseil d'Entente statt, an der die Präsidenten von Elfenbeinküste, Dahome, Niger und Obervolta teilnehmen. In einem Kommuniqué heißt es, die Teilnehmer hätten die zustimmende Haltung des französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle,* zu ihrer Absicht begrüßt, auch in Zukunft außerhalb der Französischen Gemeinschaft zu bleiben. Die bevorstehenden Gespräche mit der französischen Regierung sollten dazu dienen, die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich zu vertiefen.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. März 1961

Brasilien

15. März: Präsident Janio da Silva *Quadros* erklärt in einer Botschaft an das Parlament, Brasilien fühle sich dem Westen verbunden, wenn es auch die Aufnahme von Beziehungen zu anderen Ländern begrüße, die der Erhaltung des Friedens und den Handelsinteressen Brasiliens dienten. Quadros versichert ferner, die deutsche Bundesregierung sei der wahre politische Repräsentant Deutschlands.

Chile

5. März: Bei den Parlamentswahlen erringen die Radikalen 295 648 Stimmen, die Liberalen 221 741, die Christlich-Demokraten 213 836, die Konservativen 206 507, die Kommunisten 155 236, die Sozialisten 146 411 und die Nationaldemokraten 94 704 Stimmen.

Deutschland

1. März: Der sowjetische Stadtkommandant von Berlin, General *Sacharow,* weist den Protest der drei westlichen Kommandanten vom 13. Februar gegen die Beschränkung der Bewegungsfreiheit in Berlin anläßlich der Gesamtdeutschen Synode der Evangelischen Kirche (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 46) zurück. Sacharow bezeichnet die Behörden der sogenannten DDR als allein zuständig und wirft den westlichen Kommandanten vor, sie duldeten in West-Berlin Veranstaltungen, die sich gegen die Sowjetunion, die DDR und andere sozialistische Länder richteten. Die Sowjetunion sei bestrebt, eine unnötige Verschlechterung der Lage in Berlin zu vermeiden und erwarte, daß die Westmächte, die die „unmittelbare Verantwortung für die Lage in Berlin tragen", ebenso handelten. Noch am gleichen Tage weisen die drei westlichen Kommandanten die Beschuldigungen Sacharows zurück.

3. März: Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums erklärt unter Hinweis auf die Meldungen, wonach der amerikanische Außenminister, Dean *Rusk,* eine Verstärkung der konventionellen Bewaffnung befürworte (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 61, Vereinigte Staaten), es sei gefährlich, die nukleare und die konventionelle Kriegführung voneinander zu trennen. Nach Ansicht des Sprechers dürfe es innerhalb der NATO-Streitkräfte keinen Unterschied zwischen Fronttruppen und Truppen im Hinterland geben. Auch die Fronttruppen müßten mit Abschußgeräten für Atomwaffen ausgerüstet sein. Am gleichen Tage erklärt der scheidende Generalinspekteur der Bundeswehr, General Adolf *Heusinger,* in einem Artikel im *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* auch die sogenannten Schildstreitkräfte der NATO müßten mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet sein. Ginge die Bundesrepublik in einem Krieg verloren, wäre Europa aller Voraussicht nach nicht mehr zu halten. Daher müßte die Bundesrepublik so weit östlich wie möglich verteidigt werden.

5. März: Die Bundesregierung gibt ihren Beschluß bekannt, die Deutsche Mark um 4,75 vH aufzuwerten. Auf einer Pressekonferenz begründet Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* den Beschluß mit der Notwendigkeit, die Konjunktur zu dämpfen und die internationalen Zahlungsbilanzen wieder auszugleichen. Erhard betont, die Bundesregierung habe sich erst zu der Maßnahme entschlossen, nachdem die amerikanische Regierung beschlossen habe, die Parität des Dollars zum Gold nicht zu ändern, und sich keine Möglichkeit ergeben habe, die Zahlungsbilanzschwierigkeiten durch multilaterale Aktionen zu lösen.

5.—8. März: Der amerikanische Sonderbotschafter Averell *Harriman* führt in Bonn einen Gedankenaustausch mit Bundeskanzler *Adenauer,* bei dem er Adenauer ein persönliches Schreiben des amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy,* überreicht. Bei den Gesprächen, an denen auch Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* und Verteidigungsminister Franz-Josef *Strauß* teilnehmen, werden Fragen der westlichen Verteidigung, die Deutschland-Frage und Möglichkeiten zu einer Lösung der inter-

nationalen Zahlungsbilanzschwierigkeiten erörtert. Bei einem Besuch West-Berlins führt Harriman eine Unterredung mit dem Regierenden Bürgermeister, Willy *Brandt.* Auf einer Pressekonferenz erklärt er, die neue amerikanische Regierung fühle sich nicht an die von der vorangegangenen Regierung in der Berlin-Frage unterbreiteten Vorschläge gebunden, sondern werde bei neuen Berlin-Verhandlungen eigene Vorschläge machen.

9. *März:* Der luxemburgische Außenminister, Eugène *Schaus,* führt in Bonn mit Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* einen allgemeinen politischen Gedankenaustausch und Besprechungen über das deutsch-luxemburgische Ausgleichsabkommen von 1959.

10. März: Bundeskanzler Konrad *Adenauer* bezeichnet auf einer Pressekonferenz in Bonn das sowjetische Memorandum zur Deutschland-Frage vom 17. Februar (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 169 ff.) als konziliant im Ton, in der Sache aber unannehmbar. Er betont, daß ein Friedensvertrag nur mit allen vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges abgeschlossen werden könne. Daher sei der Vorschlag eines Separatvertrages mit der Sowjetunion ebenso wie ein Vertrag mit zwei deutschen Staaten unannehmbar. Adenauer hebt hervor, die Bundesregierung sei grundsätzlich zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag für das gesamte Deutschland bereit. Vorher sollte man aber den 17 Millionen Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone die Freiheit wiedergeben. Adenauer unterstreicht den Wunsch nach einer Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen. Nach seiner Ansicht lege die polnische Regierung gegenwärtig auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen keinen Wert. Er halte es jedoch für möglich, daß man durch den Abschluß eines deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes einem gutnachbarlichen Verhältnis näherkomme. Adenauer setzt sich ferner für die Schaffung einer atomaren Streitmacht der NATO für den Fall ein, daß es zu keiner kontrollierten Abrüstung kommen sollte. Er fügt hinzu, die Bundesregierung werde jede Vereinbarung über eine kontrollierte Abrüstung begrüßen und annehmen.

Elfenbeinküste

14. März: Präsident Félix *Houphouet-Boigny* erklärt auf einer Pressekonferenz in Abidjan, es sei der Wunsch aller Afrikaner, daß Afrika „zu einer großen Schweiz" werde, deren Neutralität durch alle Staaten garantiert werde. Er warnt jedoch die afrikanischen Staaten davor, sich vom Westen zu trennen, da sie dann mehr oder weniger rasch ein Opfer der Sowjetunion oder der Volksrepublik China würden, die in den afrikanischen Ländern den Kommunismus einführen würden.

Föderation von Rhodesien und Njassaland

2. März: Premierminister Sir Roy *Welensky* droht in einer Rede vor dem Parlament mit seinem Rücktritt, falls die britische Regierung ihre in dem Weißbuch vom 21. Februar enthaltenen Vorschläge zu einem Verfassungsentwurf für Nordrhodesien (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 57, Großbritannien) nicht zurücknähme und seine eigenen Vorschläge nicht berücksichtige.

Frankreich

1.—4. März: Der amerikanische Sonderbotschafter Averell *Harriman* führt in Paris Besprechungen mit Staatspräsident Charles *de Gaulle,* Premierminister Michel *Debré* und Außenminister Maurice *Couve de Murville.* Harriman teilt auf einer Pressekonferenz mit, er habe de Gaulle eine persönliche Botschaft des amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy,* überbracht.

2. März: Nach viermonatiger Verhandlung verkündet das Militärgericht in Paris die Urteile im „Barrikadenprozeß" gegen die Anführer des Aufruhrs in Algerien im Januar 1960. In Abwesenheit werden Joseph *Ortiz* zum Tode, Pierre *Lagaillarde* zu einer Gefängnisstrafe von zehn Jahren und vier weitere Angeklagte zu Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen verurteilt. Mehrere Angeklagte werden freigesprochen.

4.—7. März: Die Präsidenten der Entente (Dahome, Elfenbeinküste, Niger und Obervolta) führen in Paris mit Staatspräsident Charles *de Gaulle* Besprechungen über die künftige Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern und Frankreich. Der Präsident von Obervolta, Maurice *Yaméogo,* erklärt nach den Besprechungen, es sei

Uebereinstimmung über die Grundsätze der Zusammenarbeit erzielt worden.

15. März: In einem nach einer Kabinettssitzung in Paris veröffentlichten Kommuniqué teilt die Regierung mit, in den letzten Wochen hätten Verhandlungen mit Vertretern der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA) stattgefunden. In dem Kommuniqué bringt die Regierung ihren Wunsch nach der Aufnahme von Verhandlungen „mit einer offiziellen Delegation" zum Ausdruck, bei denen die Bedingungen zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in Algerien und die damit zusammenhängenden Fragen erörtert werden könnten.

Ghana

4. März: Der jugoslawische Staatspräsident, Josip Broz *Tito,* beendet seinen am 28. Februar begonnenen Besuch, in dessen Verlauf er in Accra Besprechungen mit Präsident Kwame *Nkrumah* führte. In einem Kommuniqué wird bedauert, daß die Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Kongo-Frage nicht durchgeführt worden seien.

Großbritannien

13.—14. März: Der niederländische Außenminister, Joseph *Luns,* führt in London Besprechungen mit Außenminister Lord *Home* und Lordsiegelbewahrer Edward *Heath.* Bei den Gesprächen werden besonders die Beziehungen zwischen der EWG und der EFTA, die britische Haltung zu den politischen Einigungsbestrebungen der EWG-Staaten sowie die Zukunft Niederländisch-Neuguineas erörtert. Der Konflikt mit Indonesien steht auch im Mittelpunkt von Gesprächen, die Luns mit dem indischen Premierminister, Jawaharlal *Nehru,* und dem malaiischen Ministerpräsidenten, Tunku Abdul *Rahman,* sowie anderen Teilnehmern an der Londoner Commonwealth-Konferenz führt.

Indien

1.—4. März: Der deutsche Bundesschatzminister, Hans *Wilhelmi,* führt in Neu-Delhi mit Premierminister Jawaharlal *Nehru,* Finanzminister Morarji *Desai* und Stahlminister Swaran *Singh* Besprechungen über die Finanzhilfe der Bundesrepublik zu dem dritten indischen Fünfjahrplan. Nach den Gesprächen teilt ein Regierungssprecher mit, die deutsche Bundesregierung werde Indien einen langfristigen Kredit in Höhe von 400 Millionen DM gewähren.

3. März: Die Regierung teilt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* mit, sie werde ein Truppenkontingent für die Streitkräfte der Vereinten Nationen im Kongo bereitstellen.

4. März: Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion, Alexej N. *Kossygin,* beendet einen am 20. Februar begonnenen Besuch Indiens, in dessen Verlauf er in Neu-Delhi Besprechungen mit Premierminister Jawaharlal *Nehru* führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, Kossygin habe mit Nehru einen eingehenden Meinungsaustausch über die internationale Lage, insbesondere über die Abrüstungsfrage und die Entwicklung in Laos und im Kongo, und Besprechungen mit den Mitgliedern der indischen Planungskommission über den dritten Fünfjahrplan geführt.

7. März: Tod von Innenminister Govind Ballabh *Pant.*

Indonesien

10. März: Die Regierung bricht ihre Beziehungen zu den Niederlanden vollständig ab und ersucht die britische Regierung, die Vertretung der niederländischen Interessen in Indonesien, sowie die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik, die Vertretung der indonesischen Interessen in den Niederlanden zu beenden.

Iran

11. März: Ministerpräsident Jafar Sharif *Emami* bildet eine neue Regierung, in der Hussein Ghods *Nakhai* das Außenministerium und General Ali *Naghdi* das Verteidigungsministerium übernehmen. Am *12. März* erklärt Emami vor dem Parlament, er werde sich die Aufrechterhaltung der Freundschaft mit allen Nachbarstaaten auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen zum Ziele setzen. Er hoffe, bei seinem vorgesehenen Besuch in der Sowjetunion

alle Mißverständnisse zwischen beiden Ländern beseitigen zu können. Weiter wolle er die Meinungsverschiedenheiten mit der irakischen Regierung beilegen.

13.—15. März: Der amerikanische Sonderbotschafter Averell *Harriman* führt in Teheran Besprechungen mit Ministerpräsident Jafar Sharif *Emami* und anderen Kabinettsmitgliedern.

Italien

9.—12. März: Der amerikanische Sonderbotschafter Averell *Harriman* führt in Rom einen Meinungsaustausch mit Staatspräsident Giovanni *Gronchi,* Ministerpräsident Amintore *Fanfani* und anderen Kabinettsmitgliedern.

Kambodscha

9.—10. März: Der Verteidigungsminister der laotischen Regierung *Boun Oum,* General Phoumi *Nosavan,* führt in Phnom Penh Besprechungen mit dem in Kambodscha im Exil lebenden Ministerpräsidenten Souvanna *Phouma.* In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, beide Seiten hätten anerkannt, daß eine Politik der strikten Neutralität die Grundlage zur Wiederherstellung des Friedens und der Sicherheit von Laos darstelle. Die beiden Politiker seien sich in der Verurteilung der ausländischen Einmischung einig gewesen, die nur mit Hilfe einer internationalen Ueberwachungskommission beendet werden könne. General Nosavan betrachte Phouma als den einzigen laotischen Staatsmann, der durch Verhandlungen mit dem Pathet Lao eine nationale Verständigung erreichen könne.

Kongo (Léopoldville)

2. März: Ministerpräsident Joseph *Iléo* fordert in einer Note an den Vertreter der Vereinten Nationen, Rajeshwar *Dayal,* den sofortigen Rückzug der UN-Truppen von dem Flugplatz in Léopoldville und die Räumung eines Militärlagers. Andernfalls bestände die Gefahr von Zusammenstößen mit kongolesischen Truppen. Dayal läßt die Note unbeantwortet, erteilt jedoch den UN-Truppen den Befehl, von der Waffe Gebrauch zu machen, falls kongolesische Truppen versuchen sollten, Kontingente der UN zu entwaffnen.

4.—5. März: In den Städten Banana und Matadi kommt es zu einem Gefecht zwischen Truppen der Vereinten Nationen und kongolesischen Truppen, worauf sich die UN-Truppen zurückziehen.

7. März: Staatspräsident Joseph *Kasavubu* warnt in einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld,* vor den Folgen einer überstürzten Reorganisation der kongolesischen Armee durch die Vereinten Nationen. Er fordert, die Armee müsse dem Kommando der kongolesischen Regierung unterstellt bleiben; die Reorganisation dürfe sich nicht auf eine Ausweisung der belgischen Militärberater beschränken und müsse sich auch auf die Streitkräfte Antoine *Gizengas* erstrecken. Sie dürfe nur in Zusammenarbeit mit der kongolesischen Regierung erfolgen.

8. März: Der Stellvertretende Ministerpräsident im Kabinett des ehemaligen Ministerpräsidenten Patrice *Lumumba,* Antoine *Gizenga,* proklamiert sich in Stanleyville zum Regierungschef des Kongo. Zugleich erkennt er Joseph *Kasavubu* als legitimes Staatsoberhaupt an. Gizenga erklärt in einem in Kairo veröffentlichten Kommuniqué, sowohl Kasavubu als auch Lumumba seien durch das Parlament eingesetzt worden. Diese Einsetzung sei niemals wiederrufen worden. Somit sei nach dem Tode Lumumbas das Amt des Ministerpräsidenten legal auf ihn übergegangen.

Madagaskar

8.—12. März: In Tananarivo findet die auf Anregung des Präsidenten des Katanga, Moise *Tshombé,* ursprünglich nach Genf einberufene Konferenz kongolesischer Politiker statt. An der Konferenz nimmt der Chef der Regierung der Ostprovinz, Antoine *Gizenga,* der ursprünglich sein Erscheinen zugesagt hatte, nicht teil. In einem zum Abschluß der Konferenz veröffentlichten Kommuniqué heißt es, die Teilnehmer hätten die Bildung eines kongolesischen Staatenbundes beschlossen, zu dessen Präsident Joseph *Kasavubu* proklamiert werden solle (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 190). Die Konferenz verabschiedet drei Resolutionen. In einer Resolution über die Aufrechterhaltung der

Ordnung im Kongo bekennen sich die Konferenzteilnehmer zu dem Militärabkommen vom 28. Februar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 58, Kongo) und verpflichten sich, die Integrität der bestehenden kongolesischen Staaten zu respektieren und sich der Anwendung von Waffengewalt zu enthalten. In einer weiteren Resolution zur Außenpolitik heißt es, die von dem zukünftigen Länderrat zu fassenden außenpolitischen Entscheidungen müßten einstimmig erfolgen. In der dritten Resolution äußern sich die Konferenzteilnehmer über die Beziehungen des Kongo zu den Vereinten Nationen.

Niederlande

1. März: Die Regierung unterbreitet dem Parlament ein Programm zur Gewährung der Unabhängigkeit an Niederländisch-Neuguinea innerhalb der nächsten zehn Jahre und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieses Landes.

6. März: Die Regierung gibt die Aufwertung des Gulden um 4,75 vH als Reaktion auf die Aufwertung der DM (vgl. S. Z 65, Deutschland) bekannt.

Norwegen

8.—10. März: Der finnische Staatspräsident, Urho *Kekkonen,* besucht Norwegen.

9. März: Außenminister Halvard *Lange* erklärt in der außenpolitischen Debatte des Storting, Norwegen lehne die sowjetischen Vorschläge zu einer Reorganisation des Generalsekretariats der Vereinten Nationen ab. Sie bezweckten offensichtlich, die Weltorganisation zu lähmen. Lange stellt sich hinter Generalsekretär Dag *Hammarskjöld,* äußert aber zugleich die Befürchtung, daß Hammarskjölds Stellung auf die Dauer durch die sowjetische Haltung erschüttert werden könnte. Lange geht auch auf die Diskussion innerhalb der Arbeiterpartei über die Frage einer Ausrüstung norwegischer Streitkräfte mit Atomwaffen ein, unterstreicht jedoch, daß die Regierung diese Frage nicht erörtern werde, solange der Ständige NATO-Rat die Prüfung von Vorschlägen zur Schaffung einer Atomstreitmacht im Rahmen der NATO noch nicht abgeschlossen habe. Auf die norwegisch-sowjetischen Beziehungen eingehend, erklärt Lange, die in letzter Zeit geübte sowjetische Zurückhaltung gegenüber Norwegen gebe Anlaß zu der Hoffnung, daß die sowjetische Regierung bereit sei, zu einem offenen und vertrauensvollen Verhältnis zwischen beiden Ländern beizutragen.

Oesterreich

8.—11. März: Der polnische Außenminister, Adam *Rapacki,* besucht Oesterreich und führt in Wien Besprechungen mit Außenminister Bruno *Kreisky.* In einem gemeinsamen Kommuniqué betonen die Gesprächspartner die Notwendigkeit einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung und geben ihrer Befriedigung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die ehemaligen Kolonialvölker Ausdruck. Sie bekennen sich zu der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in Südtirol und setzen sich für eine Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen ihren Ländern ein. Auf einer Pressekonferenz geht Rapacki auf die Erklärungen des deutschen Bundeskanzlers, Konrad *Adenauer,* vom 10. März (vgl. S. Z 66, Deutschland) ein und lehnt jede „Ersatzlösung“ für die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen ab. Er unterstreicht zugleich, daß Polen der Aufnahme engerer politischer Beziehungen nur dann zustimmen werde, wenn die Bundesregierung auf ihre „revisionistischen Ansprüche“ verzichte, und lehnt Adenauers Anregung, einen Nichtangriffspakt abzuschließen, mit der Begründung ab, daß jede Aggression gegen Polen zwangsläufig mit einem Angriff gegen die sogenannte DDR oder die Tschechoslowakei beginnen müsse und daher ein zweiseitiger Pakt sinnlos wäre. Nach Rapackis Ansicht könnten nur ein Nichtangriffspakt aller mitteleuropäischen Staaten und die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu einer Entspannung führen.

Rumänien

5. März: Bei den Parlamentswahlen werden 99,77 vH der Stimmen für die Kandidaten der Demokratischen Volksfront abgegeben. Die Wahlbeteiligung beträgt 99,78 vH.

Sowjetunion

6. März: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* richtet ein persönliches Schreiben an den indonesischen Präsidenten, Achmed *Sukarno.*

9. März: Der amerikanische Botschafter in Moskau, Llewelyn *Thompson,* führt in Nowosibirsk eine Unterredung mit Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow,* dem er eine persönliche Botschaft des amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy,* überreicht.

Sudan

6. März: Nach den Kämpfen zwischen Truppen der Vereinten Nationen und kongolesischen Truppen in Banana und Matadi) vgl. S. Z 68, Kongo), an denen vorwiegend sudanesische Einheiten beteiligt waren, beschließt die Regierung, das sudanesische Kontingent aus dem Kongo abzuziehen.

Togo

5.—7. März: Der jugoslawische Staatspräsident, Josip Broz *Tito,* besucht Togo und führt in Lome Besprechungen mit Ministerpräsident Sylvanus *Olympio.* In einem gemeinsamen Kommuniqué betonen die beiden Staatsmänner die Notwendigkeit einer baldigen Lösung der Kongo-Krise und setzen sich für eine aktive Unterstützung der Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Kongo-Frage ein. In dem Kommuniqué heißt es ferner, nach Ansicht beider Gesprächspartner sei die Kluft zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Ländern die Hauptursache der gegenwärtigen Spannungen in der Welt. Ihrer Meinung nach seien die entwickelten Länder verpflichtet, organisierte internationale Hilfe ohne politische oder sonstige Bedingungen zu leisten.

Tunesien

8. März: Die Provisorische Regierung der Republik Algerien (GPRA) unterstreicht in einer in Tunis veröffentlichten Erklärung erneut ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit der französischen Regierung, sofern von französischer Seite keine Vorbedingungen gestellt würden. In der Erklärung werden die Bestrebungen zu einem Zusammenschluß der nordafrikanischen Länder begrüßt.

Ungarn

8. März: Die Regierung protestiert in einer Note an die italienische Regierung gegen die Stationierung von Truppen der deutschen Bundeswehr auf Sardinien sowie gegen deren Ausbildung mit Raketenwaffen. In der Note heißt es, Ungarn erblicke darin eine Bedrohung seiner Sicherheit.

Vereinigte Arabische Republik

3. März: Präsident Gamal Abdel *Nasser* führt in Damaskus eine Unterredung mit dem dänischen Außenminister, Jens Otto *Krag.*

Vereinigte Staaten

2. März: Der amerikanische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Adlai *Stevenson,* warnt in einer Rede auf einem Bankett in New York die sowjetische Regierung erneut vor einer Intervention im Kongo und betont, nur die Vereinten Nationen könnten den Frieden und die Sicherheit wiederherstellen.

3. März: Der neuseeländische Premierminister, Keith *Holyoake,* und Präsident John F. *Kennedy* führen in Washington einen Meinungsaustausch. In einem gemeinsamen Kommuniqué geben die beiden Gesprächspartner ihrer Besorgnis Ausdruck über die aggressive Haltung der Volksrepublik China und die Bedrohung, die diese für den Frieden in Asien, Afrika und Lateinamerika darstelle. Beide Staatsmänner hätten sich ferner mit der Krise in Laos befaßt und die Vorschläge des laotischen Königs, *Savang Vathana,* vom 19. Februar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 58 f., Laos) begrüßt.

8. März: Der Präsident von Ghana, Kwame *Nkrumah,* führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy.* In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die beiden Staatsmänner hätten sich für eine Vertiefung der Beziehungen zwischen ihren Ländern eingesetzt und die Bedeutung der Vereinten Nationen für die Entwicklung des afrikanischen Kontinents unterstrichen. Sie seien sich darin einig gewesen, daß die Bemühungen der Vereinten Nationen zur Wiederherstellung des

Friedens und der Sicherheit im Kongo der uneingeschränkten moralischen und materiellen Unterstützung bedürften.

9. März: Außenminister Dean *Rusk* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington zu der Aeußerung von Sonderbotschafter Averell *Harriman* vom 8. März in Berlin (vgl. S. Z 66), daß sich die wesentlichen Elemente der amerikanischen Berlin-Politik nicht geändert hätten. Er fügt hinzu, die Regierung sei entschlossen, ihre Truppen in West-Berlin zu belassen, um die Freiheit der Stadt und ihrer Bewohner zu sichern (vgl. S. D 197 f.). Rusk gibt seiner Hoffnung auf einen erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche nach ihrer Wiederaufnahme am 21. März Ausdruck. Im Verlauf der Pressekonferenz bezeichnet Rusk die Vorschläge des Präsidenten von Ghana, Kwame *Nkrumah,* zur Lösung der Kongo-Frage (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 57, Ghana) als nützlich.

13. März: Präsident John F. *Kennedy* entwickelt in einer Ansprache auf einem Empfang für die Botschafter der lateinamerikanischen Staaten in Washington einen Zehnjahresplan zur wirtschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas. In dem Plan wird die Koordinierung der wirtschaftlichen Planung in den lateinamerikanischen Ländern empfohlen und die Gewährung eines amerikanischen Kredites in Höhe von 500 Millionen Dollar, die schon von Präsident Dwight D. *Eisenhower* angeregt wurde, zugesagt. Ferner wird eine enge Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem, technischem und kulturellem Gebiet vorgeschlagen und die amerikanische Bereitschaft zur Verteidigung der Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Länder unterstrichen. Am *14. März* unterbreitet Kennedy dem Kongreß eine Botschaft über Lateinamerika, in der er den Kongreß um die Bewilligung von Krediten in Höhe von 600 Millionen Dollar ersucht, die der Durchführung von Projekten auf Grund der Akte von Bogóta vom 13. September 1960 dienen sollen.

15. März: Präsident John F. *Kennedy* gibt auf einer Pressekonferenz in Washington bekannt, er habe der sowjetischen Regierung die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen im August vorgeschlagen. Zur Zeit fänden Gespräche über die Zusammensetzung der Konferenz statt. Zur Laos-Frage erklärt Kennedy, die Regierung sei entschlossen, Laos gegen ausländische Einmischung zu schützen und die Bemühungen zur Sicherung seiner Unabhängigkeit und Neutralität zu unterstützen.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

2. März: Der Südwestafrika-Ausschuß veröffentlicht in New York einen Bericht an die Vollversammlung, in dem es heißt, die südafrikanische Regierung habe dem Ausschuß den Zutritt zu dem Mandatsgebiet verweigert und damit dessen Arbeit lahmgelegt.

4. März: Der belgische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Walter *Loridan,* erklärt in einer Verbalnote an Generalsekretär Dag *Hammarskjöld,* die belgische Regierung habe Maßnahmen zur Rückführung der noch im Kongo befindlichen belgischen Offiziere getroffen. Dagegen könne sie den belgischen Zivilpersonen im Kongo lediglich empfehlen, das Land zu verlassen. In der Note heißt es, die belgische Regierung sei jedoch bereit, sich für die Verwirklichung der Resolution des Sicherheitsrates vom 21. Februar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 62) einzusetzen, lenke aber zugleich die Aufmerksamkeit des Generalsekretärs auf die Pflicht der Vereinten Nationen, sich für die Befreiung der im Kongo inhaftierten belgischen Militär- und Zivilpersonen einzusetzen. In seiner Antwort weist Hammarskjöld die belgischen Vorbehalte zurück und fordert von der belgischen Regierung die bedingungslose Annahme der Resolution des Sicherheitsrates.

7. März: Die Vollversammlung setzt ihre am 21. Dezember 1960 unterbrochene

15. ordentliche Tagung fort. Der Präsident von Ghana, Kwame *Nkrumah,* kritisiert in einer Rede die Aktionen der Vereinten Nationen im Kongo und unterbreitet der Versammlung seine Vorschläge vom 18. Februar zur Lösung der Kongo-Frage (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 57, Ghana).

10.—15. März: Der Sicherheitsrat erörtert auf Antrag Liberias die Lage in Angola und die Beschuldigung, die portugiesischen Behörden gefährdeten durch die Unterdrückung fundamentaler Menschenrechte den Frieden und die Sicherheit. Vor Eintritt in die Debatte machen die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und der Türkei geltend, die Behandlung der Vorgänge in Angola verletze den Artikel 2 der Charta. Sie stelle eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Portugals dar und falle nicht unter die in Artikel 34 beschriebenen Streitfälle zwischen Nationen. Eine Gefährdung des Friedens liege auch nicht vor. Die Erörterung des Antrags wird jedoch ohne Abstimmung auf die Tagesordnung gesetzt. In der Debatte erklärt der portugiesische Delegierte, Varco *Garin,* die Zwischenfälle in Angola seien auf Umtriebe von Verbrechern und Rowdies zurückzuführen, und verwahrt sich nachdrücklich gegen jede Einmischung. Er betont, Angola sei keine Kolonie, sondern integrierender Bestandteil Portugals, in dem völlige Rassengleichheit bestehe. Die Vertreter Liberias, der Vereinigten Arabischen Republik, Ghanas und des Kongo (Brazzaville) und der Sowjetunion richten heftige Angriffe gegen die portugiesische Kolonialpolitik. Der Delegierte der Vereinigten Staaten appelliert an Portugal, schrittweise seinen überseeischen Gebieten die volle Selbständigkeit zu gewähren, um eine Wiederholung der tragischen Ereignisse im Kongo zu vermeiden. Während der Debatte bringen die Vertreter Liberias, Ceylons und der Vereinigten Arabischen Republik einen Resolutionsentwurf ein, in dem an die Entschließung der Vollversammlung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Treuhandschafts- und Kolonialgebiete vom 13. Dezember (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 8) erinnert und Portugal aufgefordert wird, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. In dem Entwurf wird ferner die Einsetzung eines Unterausschusses des Sicherheitsrates beantragt, der die Lage in Angola untersuchen und dem Rat berichten soll. Bei der Abstimmung stimmen die Delegierten der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Ceylons, Liberias und der Vereinigten Arabischen Republik für den Entwurf, die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, der Türkei, der Republik China (Taiwan), Ecuadors und Chiles enthalten sich der Stimme. Der Entwurf wird somit abgelehnt, da er nicht die erforderliche Mehrheit von 7 Stimmen erhält.

Europäische Freihandels-Assoziation

15. März: In Genf wird das Abkommen über die Assoziierung Finnlands mit der EFTA paraphiert. In dem Abkommen werden Finnland die gleichen Rechte und Verpflichtungen wie den EFTA-Mitgliedern eingeräumt. Zollsätze und Einfuhrbeschränkungen sollen parallel mit denen innerhalb der EFTA abgebaut werden. Die Institutionen der EFTA bleiben durch das Abkommen unberührt. Als Organ dieser neuen Freihandelszone, die den Namen EFTA-Finnland-Assoziation erhalten soll, wird ein Gemeinsamer Rat eingesetzt, dem ein Vertreter Finnlands und Vertreter jedes der EFTA-Mitglieder angehören werden.

Europäische Gemeinschaften

7.—10. März: In Straßburg tagt das Europäische Parlament. Der bisherige Präsident, Hans *Furler,* wird einstimmig wiedergewählt. Die Abgeordneten erörtern zunächst die von der EWG-Kommission ausgearbeiteten Vorschläge zum Abbau der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit und des Dienstleistungsverkehrs sowie zur Erhebung von Abgaben bei der Einfuhr bestimmter Agrarprodukte aus einem Mitgliedsland und verabschieden entsprechende Resolutionen. Die politische Debatte wird von dem belgischen Außenminister, Pierre *Wigny,* eröffnet. Wigny begrüßt in einem Referat über die Ergebnisse der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten vom 11. Februar (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 128) die Bereitschaft der britischen Regierung zu einer Ver-

besserung der Beziehungen mit den EWG-Staaten. In der Debatte setzen sich der französische Abgeordnete Alain *Poher* als Sprecher der christlich-demokratischen Fraktion und der belgische Senator Fernand *Dehousse* als Sprecher der sozialistischen Fraktion dafür ein, die von der französischen Regierung vorgeschlagenen Gremien unter Berücksichtigung und Beiziehung der durch den Vertrag von Rom geschaffenen Institutionen zu bilden. Eine derartige Zusammenarbeit könnte verhindern, daß die europäischen Gemeinschaften ihrer politischen Substanz beraubt und zu rein wirtschaftstechnischen Organisationen degradiert würden. Auch der Präsident der EWG-Kommission, Walter *Hallstein,* gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß in der neuen Phase der europäischen Einigungsbemühungen die europäischen Exekutivorgane zur Mitarbeit herangezogen würden. Dagegen warnt der Präsident der Hohen Behörde, Piero *Malvestiti,* davor, die politische und die wirtschaftliche Koordinierung nunmehr auf getrennten Wegen voranzutreiben. Die Versammlung erörtert ferner einen Bericht des Vizepräsidenten der EWG-Kommission, Robert *Marjolin,* über die Konjunkturlage in den Ländern der EWG.

Europarat

1.—3. März: In Straßburg tagt die Beratende Versammlung des Europarates, an der zum ersten Male auch eine Delegation Schweizer Parlamentarier als Beobachter teilnimmt. Die Versammlung erörtert zunächst das Problem eines Brückenschlages zwischen der EWG und der EFTA. Der italienische Abgeordnete Ludovico *Montini* erklärt, es könne ein der Lösung der wirtschaftlichen Fragen günstiges Klima geschaffen werden, wenn der Wille zur Schaffung einer politischen Einheit vorhanden sei. Montini regt an, die außerhalb der EWG stehenden Länder sollten eine Liste der Hindernisse für ihren Beitritt zur EWG aufstellen, um eine Grundlage zu Verhandlungen mit der EWG-Kommission zu schaffen. Der französische Außenminister, Maurice *Couve de Murville,* erklärt, die Schwierigkeiten auf dem Wege einer Verwirklichung der europäischen Einheit seien auf die Vielzahl der Initiativen und Institutionen sowie auf das völlige Fehlen historischer Präzedenzfälle zurückzuführen. Auch nach französischer Auffassung bedürfe das Problem der Beziehungen zwischen EWG und EFTA dringend einer Lösung. Diese könne allerdings nicht auf der Idee einer großen Freihandelszone beruhen, da durch sie der im Gemeinsamen Markt vorhandene Keim eines politischen Zusammenschlusses zerstört würde. Couve de Murville schlägt als vorläufige Maßnahmen bis zu einer allgemein gültigen Lösung eine Liberalisierung des Handels und eine Senkung der Zollsätze vor. Er weist in seiner Rede ferner Vorwürfe zurück, die französischen Vorschläge erhöhten die Gefahren einer Spaltung Europas. Sie berücksichtigten vielmehr, daß ein europäischer Zusammenschluß nur unter Mitwirkung der bestehenden Institutionen aufgebaut werden könne. Couve de Murville unterstreicht, der völlige Zusammenschluß aller europäischen Länder bleibe das Ziel der französischen Regierung. Zum Abschluß der politischen Debatte nimmt die Versammlung eine Empfehlung an den Ministerrat an, regelmäßige gemeinsame Kolloquien des Ministerrates und der Versammlung durchzuführen. Die Versammlung erörtert sodann zwei Berichte des Wirtschaftsausschusses und des Politischen Ausschusses über die wirtschaftlichen und politischen Aspekte der OECD-Konvention. In der Debatte wird die Arbeit der OEEC gewürdigt und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Nachfolgeorganisation ebenso erfolgreich wirken werde wie die OEEC. Die Versammlung verabschiedet zwei Empfehlungen, in denen den Mitgliedstaaten eine schnelle Ratifizierung der OECD-Konvention empfohlen und die Bildung einer ad hoc-Versammlung vorgeschlagen wird, der Parlamentarier aus den 15 Mitgliedstaaten des Europarates und den fünf übrigen Mitgliedern der OECD angehören sollen. Die Versammlung billigt schließlich den Wirtschaftsbericht des Rates. (Vgl. die Dokumente auf S. D 206 ff.)

Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (KOMEKON)

3. März: In Ost-Berlin wird die am 28. Februar eröffnete XIV. Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe beendet. Der Rat nahm die Berichte der Kommissionen für die chemische Industrie, für den Außenhandel und für das Transportwesen und die Maschinenindustrie entgegen und führte einen Meinungsaustausch über die „internationale sozialistische Arbeitsteilung". In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die dem Rat angehörenden Länder würden die Arbeiten an diesen Problemen fortsetzen und sich dabei von den prinzipiellen Richtlinien leiten lassen, die in der Moskauer Erklärung vom 6. Dezember 1960 (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 38 ff.) enthalten seien.

Internationale Konferenzen

Commonwealth-Konferenz

8. März: In London wird die Konferenz der Premierminister der Commonwealth-Länder eröffnet. Auf der Konferenz werden die Abrüstungsfrage, Probleme der Struktur der Vereinten Nationen und verfassungsrechtliche Fragen des Commonwealth erörtert. Am *13. März* wird das Gesuch Zyperns um Aufnahme in das Commonwealth angenommen. Am gleichen Tage stellt der südafrikanische Ministerpräsident, Hendrik F. *Verwoerd,* den Antrag, die Mitgliedschaft seines Landes auch nach dessen Umwandlung in eine Republik aufrechtzuerhalten. Im Zusammenhang mit diesem Antrag erörtert die Konferenz auch die Rassenpolitik der südafrikanischen Regierung. Am *15. März* erklärt Verwoerd, er habe sich angesichts der von einigen Premierministern geäußerten Meinungen gegenüber der Rassenpolitik seiner Regierung entschlossen, seinen Antrag auf Verbleiben im Commonwealth zurückzuziehen.

Nordafrikanische Konferenz in Rabat

1. März: Der tunesische Staatspräsident, Habib *Bourguiba,* der Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA), Ferhat *Abbas,* und König *Hassan II.* von Marokko führen in Rabat Besprechungen über die Algerien-Frage und Möglichkeiten einer nordafrikanischen Zusammenarbeit. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Gesprächspartner hätten einen eingehenden Gedankenaustausch über das Ergebnis der Besprechungen zwischen Bourguiba und dem französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle,* am 27. Februar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 56, Frankreich) geführt. Sie stellen die völlige Uebereinstimmung ihrer Ansichten über die Mittel zur Verwirklichung der Unabhängigkeit Algeriens fest und erklären, daß direkten Verhandlungen zwischen der GPRA und der französischen Regierung keine Hindernisse im Wege stehen sollten. In dem Kommuniqué betonen die Staatsmänner ihre Entschlossenheit, einen Zusammenschluß ihrer Länder unter dem Namen Großer Maghreb zu fördern.

Konferenz der nordischen Außenminister

14.—15. März: In Stockholm findet die Frühjahrskonferenz der Außenminister der fünf nordischen Länder statt. Die Minister erörtern neben gemeinsamen Problemen der nordischen Länder die Kongo-Frage und die Ost-West-Beziehungen sowie Möglichkeiten zur Koordinierung der Entwicklungshilfe der nordischen Staaten und Fragen der Weltraumfahrt. In einem gemeinsamen Kommuniqué bedauern die Minister das Scheitern der Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen und sprechen die Hoffnung aus, daß die Großmächte alle Möglichkeiten zur Wiederaufnahme der Verhandlungen prüfen mögen. Nach Ansicht der Minister wäre ein Erfolg der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche ein Ansporn für weitere Abrüstungsgespräche, deren Ziel eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter einer wirksamen internationalen Kontrolle sein solle.

Konferenz der nordischen Verteidigungsminister

14.—15. März: In Kopenhagen findet eine Konferenz der Verteidigungsminister Dänemarks, Norwegens und Schwedens statt, auf der gemeinsame Fragen im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Truppenkontingenten für die Vereinten Nationen erörtert werden.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. März 1961

Belgien

18. März: Außenminister Pierre *Wigny* führt in Brüssel mit dem niederländischen Außenminister, Joseph *Luns,* und dem luxemburgischen Außenminister, Eugène *Schaus,* einen Meinungsaustausch über Fragen der politischen Integration Europas. Die Minister beschließen, diese Fragen durch Experten weiter erörtern zu lassen.

26. März: Bei den Parlamentswahlen erringen die Christlich-Soziale Partei in der Deputiertenkammer 96 Sitze, die Sozialistische Partei 84, die Liberale Partei 20, die Kommunistische Partei 5, die Flämische Volksunion 5 und Unabhängige 2 Sitze.

Brasilien

21. März: Die Regierung gibt die in Washington erfolgte Unterzeichnung von Abkommen bekannt, die die Wiederaufnahme der seit 1942 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen mit Bulgarien, Rumänien und Ungarn regeln.

Deutschland

16.—19. März: In Ost-Berlin findet die zwölfte Tagung des Plenums des ZK der SED statt. Das Plenum erörtert die bei der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes für 1960 gemachten Erfahrungen und hört ein Referat des Vorsitzenden der Planungskommission, Bruno *Leuschner,* über den Entwurf des Volkswirtschaftsplanes für 1961. Aus Leuschners Referat geht hervor, daß die Ziele im Rahmen des vor drei Jahren beschlossenen Siebenjahresplans wegen des Mangels an Rohstoffen nicht erreicht werden konnten. Er fordert rigorose Sparmaßnahmen für die gesamte Wirtschaft. Das Plenum nimmt einstimmig den Entwurf für 1961 an.

17. März: Der Bundestag verabschiedet den Haushaltsplan für 1961 mit den Stimmen der CDU/CSU gegen die der SPD und der FDP. Der Haushalt sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von rund 48,149 Milliarden DM vor. Am *21. März* verabschiedet der Bundesrat den Haushaltsplan gegen die Stimmen der Länder Hessen, Hamburg und Berlin.

18. März: Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst *Lemmer,* fordert in einer Rundfunkansprache erneut eine freie und geheime Abstimmung des gesamten deutschen Volkes über die Wiederherstellung seiner staatlichen und politischen Einheit. Unter Hinweis auf das sowjetische Memorandum vom 17. Februar (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 169 ff.) erklärt Lemmer, man solle die sowjetische Regierung beim Wort nehmen und auf ihre in dem Memorandum enthaltenen Versicherungen eingehen, sie sei zur Erörterung beliebiger konstruktiver Vorschläge der Bundesregierung zur Deutschland-Frage bereit.

Bundesverteidigungsminister Franz-Josef *Strauß* wird auf einem außerordentlichen Parteitag in München als Nachfolger von Hanns *Seidel* zum neuen Vorsitzenden der CSU gewählt.

19.—21. März: Der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, George *Ball,* führt in Bonn mit Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* und Bundesfinanzminister Franz *Etzel* Besprechungen über die deutsche Beteiligung an der Entwicklungshilfe. In einem gemeinsamen Kommuniqué unterstreichen die Gesprächspartner ihre Auffassung, daß eine zielbewußte Tätigkeit der Gruppe für Entwicklungshilfe, die am 27. März in London zusammentritt (vgl. S. Z 84), zum Erfolg der OECD beitragen könnte.

23. März: Der britische Schatzkanzler, Selwyn *Lloyd,* führt in Bonn mit Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard,* Bundesfinanzminister Franz *Etzel* und Bundesverteidigungsminister Franz-Josef *Strauß* Besprechungen über Fragen des internationalen Zahlungsverkehrs, insbesondere die britischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Gesprächspartner hätten Einverständnis über die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit im Rahmen des Internationalen Währungsfonds, der OECD und anderer Organisationen sowie über eine Reihe von Einzelmaßnahmen erzielt. *Lloyd* und *Er-*

hard geben auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am *24. März* in Bonn bekannt, die Bundesregierung werde sofort den Gesamtbetrag der deutschen Nachkriegsschulden an Großbritannien in Höhe von 67,5 Millionen Pfund Sterling zurückzahlen. Außerdem werde der zur Zeit bei der Bank von England bestehende deutsche Fonds für Waffenkäufe in Höhe von 25 Millionen Pfund Sterling auf unbestimmte Zeit bestehen bleiben. Ferner werde die Bundesbank dem Internationalen Währungsfonds einen umfangreichen DM-Kredit gewähren.

23. März: Tod des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der sogenannten DDR, Heinrich *Rau.*

23.—25. März: In Frankfurt findet der zwölfte Bundesparteitag der FDP statt. Der Bundesvorsitzende der Partei, Erich *Mende,* erklärt im außenpolitischen Teil seiner programmatischen Rede, alle politischen Anstrengungen hätten der Wiedervereinigung in Freiheit zu dienen. Mende setzt sich für eine Außenpolitik ein, die der geographischen Mittellage der Bundesrepublik Rechnung trage und „den entspannenden Ausgleich nach allen Seiten" suche, und bekennt sich zu einer gemeinsamen westlichen Verteidigungspolitik innerhalb der NATO, solange es nicht zu einer internationalen Verständigung über eine „allgemeine oder europäische" kontrollierte Abrüstung komme. Der Parteitag verabschiedet einstimmig einen „Aufruf zur Bundestagswahl 1961", in dem eine aktive Wiedervereinigungspolitik und Verhandlungen über den politischen und militärischen Status Gesamtdeutschlands im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems gefordert werden. In dem Aufruf wird ferner die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten empfohlen, die allerdings nicht durch Grenzverzichte erkauft werden dürften.

Frankreich

16. März: In einem Schreiben an den Präsidenten des Senats der französischen Communauté, Gaston *Monnerville,* gibt Ministerpräsident Michel *Debré* die Auflösung dieser Institution bekannt.

17.—19. März: In Straßburg findet der Jahreskongreß der Union für die Neue Republik (UNR) statt. In einer Parteierklärung werden u. a. die Algerien- und die Afrika-Politik Staatspräsident *de Gaulles* gutgeheißen.

22.—26. März: Der Präsident von Gabun, Léon *M'ba,* besucht Frankreich und führt in Paris mit Staatspräsident Charles *de Gaulle* und Premierminister Michel *Debré* Besprechungen über wirtschaftliche und finanzielle Fragen.

23.—24. März: Der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, George *Ball,* führt in Paris mit Außenminister Maurice *Couve de Murville* und Finanzminister Wilfrid *Baumgartner* Besprechungen über Fragen der Entwicklungshilfe.

24. März: Staatspräsident Charles *de Gaulle* beantwortet ein persönliches Schreiben des Staatsoberhauptes von Kambodscha, Norodom *Sihanouk,* vom 3. März, in dem dieser sich für die Wiedereinsetzung der Internationalen Kontrollkommission für Laos und die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Lösung der Laos-Krise eingesetzt hatte. *De Gaulle* betont in seinem Schreiben, Voraussetzung für die Verwirklichung der Vorschläge Sihanouks sei die Einstellung der Kämpfe in Laos.

24.—30. März: Der in Kambodscha im Exil lebende laotische Ministerpräsident, Souvanna *Phouma,* führt in Paris mit Staatspräsident Charles *de Gaulle,* Premierminister Michel *Debré* und Außenminister Maurice *Couve de Murville* Besprechungen über die Laos-Krise.

26. März: Staatspräsident Charles *de Gaulle* beantwortet das persönliche Schreiben des amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy,* zur Laos-Krise vom 25. März. (Vgl. S. Z 81, Vereinigte Staaten.)

Großbritannien

16. März: Premierminister Harold *Macmillan* bedauert in einer Erklärung vor dem Unterhaus das Ausscheiden der Südafrikanischen Union aus dem Commonwealth (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 74) und bringt die Hoffnung zum Ausdruck,

daß die Union früher oder später den Weg zurück finden möge.

Der südafrikanische Ministerpräsident, Hendrik F. *Verwoerd*, bezeichnet in einer in London veröffentlichten Presseerklärung Meldungen als unrichtig, nach denen er auf der Commonwealth-Konferenz eine völlig unnachgiebige Haltung eingenommen habe. Verwoerd betont, er sei den Wünschen des afrikanisch-asiatisch-kanadischen Blocks so weit wie möglich entgegengekommen, habe aber der Forderung dieser Länder nicht entsprechen können, die Rassenpolitik seiner Regierung zu ändern. Angesichts der auf der Konferenz zutage getretenen Haltung und des unversöhnlichen Geistes einiger Teilnehmer sei er zu der Erkenntnis gelangt, daß ein Verbleiben im Commonwealth die Handlungsfreiheit Südafrikas beeinträchtigen könne. Er habe unter diesen Umständen keine andere Wahl gehabt, als seinen Antrag zurückzuziehen, die Mitgliedschaft seines Landes auch nach der Ausrufung der Republik am 31. Mai aufrechtzuerhalten. (Vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 74.)

18. März: Der Ministerpräsident von Rhodesien und Njassaland, Sir Roy *Welensky*, führt in London mit Premierminister Harold *Macmillan* und dem Minister für Commonwealth - Beziehungen, Duncan *Sandys*, Besprechungen über die Pläne zu einer Verfassungsänderung der Föderation.

23. März: Die Regierung schlägt der sowjetischen Regierung in einem Memorandum einen Dreistufenplan zur Lösung der Laos-Krise vor. Nach dem Plan sollen in einer ersten Phase die beiden Vorsitzenden der Genfer Indochina-Konferenz, der sowjetische und der britische Außenminister, an die feindlichen Parteien in Laos appellieren, die Kampfhandlungen einzustellen. Im Falle einer positiven Antwort auf diesen Appell soll unverzüglich die Internationale Kontrollkommission für Laos einberufen werden, um die Einhaltung des Waffenstillstandes zu überwachen. Auf der Grundlage eines Berichtes dieser Kommission könnte dann in einer dritten Phase eine internationale Konferenz über eine Lösung der Krise beraten.

30.—31. März: Der in Kambodscha im Exil lebende laotische Ministerpräsident, Souvanna *Phouma*, führt in London mit Außenminister Lord *Home* und Lordsiegelbewahrer Edward *Heath* Besprechungen über die Laos-Krise.

Guinea

20.—25. März: Der jugoslawische Staatspräsident, Josip Broz *Tito*, besucht Guinea und führt in Konakry Besprechungen mit Präsident Sekou *Touré*. In einem gemeinsamen Kommuniqué fordern die beiden Staatsmänner die Liquidierung des Kolonialismus und verurteilen die Versuche der „imperialistischen Kräfte“ und ihrer Verbündeten, ihre Herrschaft in Afrika mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Indien

22. März: Der in Kambodscha im Exil lebende laotische Ministerpräsident, Souvanna *Phouma*, führt in Neu-Delhi mit Premierminister Jawaharlal *Nehru* eine Unterredung über die Laos-Krise.

24. März: Der amerikanische Sonderbotschafter Averell *Harriman* beendet einen zehntägigen, durch einen Besuch in Pakistan unterbrochenen Aufenthalt in Neu-Delhi, in dessen Verlauf er Besprechungen mit Teilnehmern der Konferenz der UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten (vgl. S. Z 82) führte. Harriman führte am 22. und am 24. März Unterredungen mit Premierminister Jawaharlal *Nehru*, bei denen er diesem eine persönliche Botschaft des amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy*, und eine weitere Botschaft zur Laos-Krise überreichte, in der Kennedy den indischen Premierminister um Vermittlung im Laos-Konflikt ersuchte.

30. März: Der amerikanische Außenminister, Dean *Rusk*, führt in Neu-Delhi eine Unterredung mit Premierminister Jawaharlal *Nehru*. *Rusk* erklärt nach der Unterredung auf einer Pressekonferenz, er habe mit *Nehru* insbesondere über die Lage in Laos und im Kongo gesprochen. Er betont, die Vereinigten Staaten wünschten

die Bildung eines ungeteilten neutralen Laos nach dem Vorbild Oesterreichs.

Israel

17. März: Nach dem Scheitern der Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 58) löst die geschäftsführende Regierung das Parlament auf und beschließt, Neuwahlen im August abzuhalten. Am *19. März* übernimmt Ministerpräsident David *Ben Gurion* die Leitung des geschäftsführenden Kabinetts, die bis dahin Finanzminister Levi *Eshkol* innehatte.

Italien

20. März: In Mailand wird der am 15. März eröffnete Kongreß der Sozialistischen Partei Italiens beendet. Die Delegierten erörterten insbesondere die Frage einer politischen Zusammenarbeit mit dem linken Flügel der Christlich-Demokratischen Partei. Bei der Abstimmung über die von den verschiedenen Gruppen gestellten Anträge entschied sich eine Mehrheit von 55 vH für den Antrag der „autonomen" Gruppe des Generalsekretärs, Pietro *Nenni*, in dem eine Beteiligung der Partei an der gegenwärtigen Regierung zwar abgelehnt, aber die Möglichkeit gutgeheißen wird, eine neue, linksgerichtete Regierungsmehrheit zu unterstützen. Bei den Wahlen zum ZK der Partei entfielen 45 Sitze auf Anhänger *Nennis*, 29 auf Anhänger des Führers des linken Parteiflügels, Tullio *Vecchietti*, und 6 Sitze auf Anhänger der linken Mitte unter Führung von Lelio *Basso*. Am *30. März* wählt das ZK *Nenni* erneut zum Generalsekretär der Partei. Der Vorstand der Partei setzt sich in Zukunft aus 14 Anhängern Nennis, sechs Anhängern *Vecchiettis* und einem Anhänger *Bassos* zusammen.

21. März: Der deutsche Bundeskanzler, Konrad *Adenauer*, führt in Como mit Ministerpräsident Amintore *Fanfani* und Außenminister Antonio *Segni* Besprechungen über Fragen der Entwicklungshilfe, der politischen Zusammenarbeit der EWG-Staaten und einer Stärkung der NATO. In einem gemeinsamen Kommuniqué betonen die Gesprächspartner ihre Entschlossenheit, ihre Politik der Unterstützung für die unterentwickelten Länder fortzuführen und sich weiterhin für die Verteidigung des Friedens und der Sicherheit in der Welt einzusetzen sowie die wirtschaftliche und politische Integration Europas besonders fest zu unterstützen.

23.—25. März: Der norwegische Außenminister, Halvard *Lange*, besucht Italien und führt in Rom Besprechungen mit Staatspräsident Giovanni *Gronchi*, Ministerpräsident Amintore *Fanfani* und Außenminister Antonio *Segni*. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Gespräche hätten eine wesentliche Uebereinstimmung der Meinungen gezeigt. Beide Seiten hätten sich für eine engere Zusammenarbeit innerhalb der NATO ausgesprochen und den Wunsch nach einem baldigen Brückenschlag zwischen der EFTA und der EWG zum Ausdruck gebracht.

Kambodscha

18. März: Die Regierung veröffentlicht in Phnom Penh einen Briefwechsel zwischen dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, und dem Staatsoberhaupt, Norodom *Sihanouk*, zur Laos-Krise. *Chruschtschow* stimmt in seinem Schreiben einer Wiedereinsetzung der Internationalen Kontroll- und Beobachtungskommission für Laos unter der Bedingung zu, daß sie ihre Anweisungen von einer Vierzehn-Mächte-Konferenz erhalte. Norodom *Sihanouk* weist dagegen in seinem Schreiben auf den Widerstand der amerikanischen Regierung gegen eine derartige Konferenz hin, gibt jedoch seiner Hoffnung Ausdruck, die Großmächte möchten sich einigen, damit ein allgemeiner Krieg in Laos vermieden werde.

Kongo (Léopoldville)

31. März: Die Regierung des Katanga gibt in Elisabethville bekannt, ihre Streitkräfte hätten die Stadt Manono kampflos besetzt und damit dem Bestand der am 9. Januar von Anhängern des ehemaligen Ministerpräsidenten Patrice *Lumumba* gegründeten selbständigen Provinz Luluaba (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 24, Kongo) ein Ende bereitet.

Kongo (Brazzaville)

26. März: Bei den Präsidentschaftswahlen wird der einzige Kandidat, Fulbert *Youlou,* erneut zum Präsidenten gewählt.

Laos

17. März: Die Regierung *Boun Oum* teilt in einem nach einer Kabinettssitzung in Vientiane veröffentlichten Kommuniqué mit, die in Phnom Penh geführten Besprechungen zwischen einer Regierungsdelegation und dem im Exil lebenden Ministerpräsidenten Souvanna *Phouma* seien gescheitert. Die Regierung hoffe nun auf eine internationale Lösung der Laos-Krise auf der Grundlage der Vorschläge König *Savang Vathanas* vom 19. Februar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 58/59) und des Staatsoberhauptes von Kambodscha, Norodom *Sihanouk,* vom 2. Januar. (Vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 24, Kambodscha.)

Mali

25.—26. März: Der jugoslawische Staatspräsident, Josip Broz *Tito,* besucht Mali und führt in Bamako Besprechungen mit Präsident Modibo *Keita.* In einem gemeinsamen Kommuniqué machen die beiden Gesprächspartner „imperialistische und kolonialistische Kräfte" für die gegenwärtigen Spannungen in der Welt verantwortlich und setzen sich für die „Liquidierung jeder Form des Kolonialismus" ein.

Marokko

17. März: König *Hassan II.* übernimmt im Rahmen einer Kabinettsumbildung zu dem Amt des Ministerpräsidenten auch das des Verteidigungsministers.

Niederlande

28. März: Die Regierung weist in ihrer Antwort auf die sowjetische Note vom 7. Januar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 27, Sowjetunion) den Protest der sowjetischen Regierung gegen die Lagerung von Atomwaffen auf niederländischem Gebiet zurück.

Norwegen

21.—22. März: In einer außenpolitischen Debatte des Storting setzt sich der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses, Finn *Moe,* dafür ein, einen Teil des norwegischen Verteidigungsbudgets für die Entwicklungshilfe zu verwenden, falls andere Mittel nicht zur Verfügung ständen. Außenminister Halvard *Lange* weist diesen Vorschlag zurück und erklärt, solange kein internationales Abkommen über eine kontrollierte Abrüstung bestehe, sei Norwegen verpflichtet, seinen Beitrag zur Verteidigung des Westens zu leisten.

Oesterreich

23.—25. März: Der luxemburgische Außenminister, Eugène *Schaus,* besucht Oesterreich und führt in Wien Besprechungen mit Außenminister Bruno *Kreisky.* In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, der Aufenthalt von *Schaus* habe Gelegenheit zu einem umfassenden Meinungsaustausch über Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa gegeben. Dabei hätten beide Seiten die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen der EWG und der EFTA unterstrichen.

Pakistan

20. März: Der amerikanische Sonderbotschafter Averell *Harriman* führt in Karatschi einen Meinungsaustausch mit Präsident Mohammed Ayub *Khan,* in dessen Verlauf er diesem eine Botschaft des amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy,* überreicht.

Rumänien

21. März: Die Nationalversammlung stimmt einer Verfassungsänderung zu, durch die das Präsidium der Versammlung in einen Staatsrat umgewandelt wird. Zum Vorsitzenden des 17 Mitglieder umfassenden Staatsrates wird der Erste Sekretär des ZK der Rumänischen Arbeiterpartei, Gheorghe *Gheorghiu-Dej,* gewählt, zu seinen Stellvertretern Ion Gheorghe *Maurer,* Stefan *Voitec* und Avram *Bunaciu.* Die Versammlung ernennt ferner die neue Regierung, in der Ion Gheorghe *Maurer* das Amt des Ministerpräsidenten, Cornel *Manesco* das des Außenministers und Leontin *Salajan* das des Verteidigungsministers innehaben werden.

Sowjetunion

23. März: Die Regierung gibt die Aufhebung der Zensur für die Berichte ausländischer Korrespondenten bekannt.

27. April: In einem Artikel der *Prawda* zur Laos-Krise heißt es, die sowjetische Regierung befürworte seit langem die sofortige Einberufung einer internationalen Konferenz, zu der die Teilnehmer der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 und einige andere Staaten eingeladen werden könnten. Diese Konferenz könnte der Internationalen Kontrollkommission für Laos neue Direktiven und Vollmachten geben.

Der indische Botschafter in Moskau, K. P. S. *Menon,* führt in Moskau mit Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* eine Unterredung über die Laos-Krise.

Tunesien

17. März: Die Provisorische Regierung der Republik Algerien (GPRA) gibt in einem nach einer Kabinettssitzung in Tunis veröffentlichten Kommuniqué die Annahme des französischen Verhandlungsangebots vom 15. März (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 67, Frankreich) bekannt.

31. März: Die Provisorische Regierung der Republik Algerien (GPRA) bedauert in einer in Tunis veröffentlichten Erklärung, daß die französische Regierung trotz mehrmaligen Einspruchs auf ihrem Standpunkt verharre, auch mit der Algerischen Nationalbewegung (MNA) über die Zukunft Algeriens zu verhandeln.

27. März: Der Präsident von Ghana, Kwame *Nkrumah,* führt in Tunis Besprechungen mit Staatspräsident Habib *Bourguiba* und dem Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA), Ferhat *Abbas.* In einem gemeinsamen Kommuniqué über die Gespräche *Nkrumahs* mit *Bourguiba* heißt es, zwischen den beiden Staatsmännern bestehe volles Einvernehmen über die Probleme des Kongo, Algeriens, der afrikanischen Einheit und der Entkolonialisierung. Zur Kongo-Frage wird in dem Kommuniqué der tunesische Standpunkt von Nkrumah anerkannt, wonach die Vereinten Nationen allein zur Wiederherstellung der Ordnung und des Friedens berufen seien und mit der vollen Unterstützung beider Regierungen rechnen könnten.

Uganda

20.—24. März: Bei den ersten allgemeinen Wahlen erhalten die Demokratische Partei 43 Sitze, der Volkskongreß Ugandas 35, der Nationale Kongreß Ugandas einen und Unabhängige zwei Sitze.

Vereinigte Arabische Republik

19.—21. März: Der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru,* besucht die Vereinigte Arabische Republik und führt in Kairo Besprechungen mit Präsident Gamal Abdel *Nasser. Nehru* erklärt auf einer Pressekonferenz, er habe mit *Nasser* afrikanische Fragen, insbesondere die Kongo-Frage, erörtert sowie über die Möglichkeit beraten, eine afrikanisch-asiatische Gipfelkonferenz nach dem Vorbild der Konferenz von Bandung einzuberufen.

23. März: Der in Kambodscha im Exil lebende laotische Ministerpräsident, Souvanna *Phouma,* führt in Kairo mit Präsident Gamal Abdel *Nasser* eine Unterredung über die Laos-Krise. In einem gemeinsamen Kommuniqué fordern die beiden Politiker die Bildung einer aus den Teilnehmerstaaten der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 und fünf anderen Staaten bestehenden Kommission, die die Neutralität von Laos überwachen soll, sowie die Wiedereinsetzung der Kontrollkommission für Laos und die Einberufung einer internationalen Laos-Konferenz.

Vereinigte Staaten

16. März: Der Senat ratifiziert mit 72 gegen 18 Stimmen die Konvention der OECD (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 93 ff.). Am *23. März* unterzeichnet Präsident John F. *Kennedy* die Ratifikationsurkunde.

18. März: Der sowjetische Außenminister, Andrej A. *Gromyko,* führt in Washington einen Meinungsaustausch mit Außenminister Dean *Rusk.* In einem Kommuniqué des Außenministeriums heißt es, die Gesprächspartner hätten offen und freimütig zahlreiche Fragen von gemeinsamem Interesse erörtert.

Der jugoslawische Außenminister, Koca *Popovic,* führt in Washington mit Außenminister Dean *Rusk* eine Unterredung

über die Abrüstungsfrage und die Lage im Kongo.

19. März: Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt,* beendet einen neuntägigen Besuch der Vereinigten Staaten, in dessen Verlauf er am 13. März in Washington eine Unterredung mit Präsident John F. *Kennedy* führte. *Brandt* erklärt zum Abschluß seines Aufenthaltes in einer Rundfunkansprache, *Kennedy* habe ihm versichert, die Vereinigten Staaten ständen fest zu ihren Verpflichtungen und würden die Freiheit Berlins mit allen Kräften verteidigen.

20. März: Außenminister Dean *Rusk* gibt in einer Rede vor der Universität von Kalifornien in Berkeley einen Ueberblick über die wesentlichen Aspekte der amerikanischen Außenpolitik. (Vgl. Dokumente, Jg. 1961, S. D 191 ff.)

21. März: Gegner des kubanischen Ministerpräsidenten, Fidel *Castro,* gründen in Miami eine Provisorische Regierung unter Führung von José *Miró Cardona,* der nach dem Sturz Fulgencio *Batistas* von Fidel *Castro* als erster Ministerpräsident eingesetzt worden war.

22. März: Präsident John F. *Kennedy* unterbreitet dem Kongreß eine Botschaft über die Auslandshilfe, in der er die Notwendigkeit der Fortsetzung des Hilfsprogramms unterstreicht und eine langfristige Planung der Auslandshilfe fordert. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D. 233 ff.)

23. März: Präsident John F. *Kennedy* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, die Vereinigten Staaten wünschten ein unabhängiges und neutrales Laos, das von jeder äußeren Beherrschung und Bindung frei sei. Die von außen unterstützten Angriffe des Pathet Lao, die auf eine Aenderung des international vereinbarten Status von Laos abzielten, müßten aufhören, da sie nicht dem Willen des laotischen Volkes entsprächen. Kennedy betont, daß sich die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten in der SEATO überlegen müßten, in welcher Form sie ihrer Verantwortung für ein unabhängiges und neutrales Laos gerecht werden sollten, sofern die Angriffe des Pathet Lao nicht beendet würden. Er unterstreicht seinen Willen, mit allen Beteiligten, einschließlich der laotischen Regierung, zu verhandeln, und begrüßt den britischen Vorschlag, die Feindseligkeiten in Laos sofort zu beenden und Verhandlungen über die Zukunft von Laos aufzunehmen. (Vgl. S. Z 77, Großbritannien.)

24. März: Präsident John F. *Kennedy* übermittelt dem Kongreß in einer Sonderbotschaft seine Empfehlungen für den Haushalt 1962. In der Botschaft wird die Haushaltsbotschaft der Regierung Dwight D. *Eisenhower* kritisiert und geändert. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 243 ff.)

25. März: Präsident John F. *Kennedy* richtet ein persönliches Schreiben an den französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle,* in dem er seine Auffassungen zur Laos-Krise darlegt.

26. März: Der britische Premierminister, Harold *Macmillan,* und Präsident John F. *Kennedy* führen in Key West in Florida eine Unterredung über die Laos-Krise. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die beiden Staatsmänner seien sich darin einig, daß eine weitere Verschlechterung der Lage in Laos nicht geduldet werden könne. Sie betonten, daß die in der britischen Note vom 23. März enthaltenen Vorschläge (vgl. S. Z 77, Großbritannien) zu einer Einstellung der Feindseligkeiten führen und auf dem Wege über eine internationale Konferenz die Neutralisierung von Laos herbeiführen könnten, sofern die sowjetische Regierung konstruktiv und positiv auf sie reagiere.

27. März: Der sowjetische Außenminister, Andrej A. *Gromyko,* führt in Washington mit Präsident John F. *Kennedy* eine Unterredung über die Laos-Krise.

28. März: Präsident John F. *Kennedy* unterbreitet dem Kongreß in einer Botschaft das Verteidigungsprogramm für 1962, die Gesamtausgaben im Rahmen dieses Programms werden auf 43,8 Milliarden Dollar veranschlagt. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 252 ff.)

Vietnam

17. März: Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam protestiert in

Noten an die sowjetische und die britische Regierung gegen die angebliche Verletzung des Genfer Indochina-Abkommens von 1954 durch die Regierungen der Republik Vietnam und der Vereinigten Staaten. Die Republik Vietnam habe alle Vorschläge der Regierung der Demokratischen Republik zur Wiedervereinigung des Landes abgelehnt und habe Süd-Vietnam in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten gebracht.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

17. März: Das Beratende Kongo-Komitee beschließt, nach der Erörterung eines Berichts des UN-Vertreters in Léopoldville, Rajeshwar *Dayal,* über die Lage im Kongo, je eine Mission nach Belgien und in den Kongo zur Erörterung der Durchführung der Resolution des Sicherheitsrates vom 21. Februar (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 189 f.) zu entsenden.

20. März: In Neu-Delhi wird die am 8. März eröffnete 17. Tagung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) beendet. Die Delegierten erörterten den Schlußbericht des Exekutivrates für 1960 und das Programm für 1961/62. Bei den Debatten hoben die Vertreter der kommunistischen Staaten die Bedeutung der Industrialisierung und der öffentlichen Arbeiten hervor, während die anderen Delegierten den Vorrang der Agrarpolitik und die Vorteile der Privatwirtschaft unterstrichen. Zum Abschluß der Tagung wurden mehrere Resolutionen verabschiedet, in denen u. a. eine engere Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der ECAFE, insbesondere auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit, empfohlen wird.

Europäische Gemeinschaften

20. März: In Brüssel tagt der Rat der EAG. Der Rat ermächtigt die Kommission zur Unterzeichnung eines auf 20 Jahre befristeten Abkommens mit Brasilien, das den Austausch von Informationen, Lehrkräften und technischem Personal sowie die Lieferung von Nuklearbrennstoffen und technischen Ausrüstungen vorsieht.

20.—21. März: In Düsseldorf findet die siebente Konferenz der Finanzminister der EWG-Staaten statt. Im Rahmen ihres Meinungsaustausches über finanz- und konjunkturpolitische Fragen erörtern die Minister u. a. mit der Aufwertung der DM und des Guldens zusammenhängende Fragen sowie Probleme der Steuerpolitik der EWG-Länder und der Entwicklungshilfe.

21. März: Der Rat der EWG tagt in Brüssel. Der Rat nimmt einen Bericht der Kommission über den Stand der Assoziierungsverhandlungen mit Griechenland entgegen und erteilt der Kommission Richtlinien für die Verhandlungen mit der Türkei, die am 10. April wiederaufgenommen werden. Der Rat befaßt sich ferner mit Vorschlägen der Kommission für die Gewährung von Zollkontingenten nach Artikel 25 des Vertrages und beschließt, die Anwendung der Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs in einigen Fällen bis Ende 1961 hinauszuschieben und in anderen Fällen mehreren Mitgliedstaaten Kontingente zu gewähren. Der Rat erörtert schließlich Fragen der gemeinsamen Agrarpolitik.

30. März: Die EWG-Kommission gibt in einer in Brüssel veröffentlichten Erklärung die Unterzeichnung des Entwurfs eines Assoziierungsabkommens mit Griechenland bekannt. Der Entwurf sieht die Errichtung einer Zollunion zwischen der EWG und Griechenland vor und trägt in einer Reihe von Zusatzprotokollen der besonderen Lage der griechischen Wirtschaft Rechnung.

Südostasienpakt-Organisation (SEATO)

27.—29. März: In Bangkok tagt der Ministerrat der Südostasienpakt-Organisation. Der thailändische Ministerpräsident, Sarit *Thanarat,* unterstreicht in seiner Eröffnungsansprache, daß die Ereignisse in Laos besondere Aufmerksamkeit erforder-

ten. Wenn nicht angemessene Maßnahmen ergriffen würden, könne bald ein weiteres Gebiet der freien Welt verlorengehen oder geteilt werden. Der amerikanische Außenminister, Dean *Rusk*, erklärt, die Konferenz werde sich vor allem mit Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit der Bedrohung von Laos und der Republik Vietnam befassen müssen. Er betont die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, den kleineren Staaten zu helfen, die noch nicht in der Lage seien, sich aus eigener Kraft gegen Interventionen anderer Mächte zur Wehr zu setzen. Der Rat nimmt eine Entschließung an, in der es heißt, der Rat wünsche ein vereinigtes, unabhängiges und souveränes Laos und begrüße die gegenwärtigen Bemühungen um eine Einstellung der Feindseligkeiten in Laos und um eine Lösung der Krise auf dem Verhandlungswege. Sollten diese Bemühungen jedoch fehlschlagen und die militärischen Versuche andauern, Laos zu unterwerfen, so seien die Mitgliedstaaten des Paktes bereit, nach den Bestimmungen des Paktes alle den Umständen entsprechenden Schritte zu unternehmen.

Warschauer Pakt

28.—29. März: In Moskau findet eine Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes statt. In einem Abschlußkommuniqué werden heftige Angriffe gegen die „aggressiven Kreise“ und die „Imperialisten“ im Westen vorgebracht und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland als „Hauptherd der Kriegsgefahr in Europa“ der Vorbereitung eines Krieges beschuldigt. Angesichts dieser Gefahren hätten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes die notwendigen Maßnahmen zur Festigung ihres Verteidigungspotentials getroffen. Ferner werden in dem Kommuniqué die sowjetischen Vorschläge wiederholt, mit den „beiden deutschen Staaten“ einen Friedensvertrag abzuschließen und West-Berlin in eine entmilitarisierte freie Stadt umzuwandeln.

Weltfriedensrat

24.—30. März: In Neu-Delhi findet eine Tagung des Weltfriedensrates statt. In den zur Beendigung der Tagung veröffentlichten Resolutionen wird die Stellungnahme des Rates zu folgenden Problemen bekanntgegeben: nationale Unabhängigkeit und Abschaffung des Kolonialismus, Abrüstung, Laos, Kuba, die Algerien-Frage, Goa, die Apartheidpolitik der Südafrikanischen Union, Korea, Vietnam und Indonesien, die Verfolgungen „aktiver Friedens- und Freiheitskämpfer“ im Kongo, in Griechenland, Jordanien, Spanien, der Vereinigten Arabischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland.

Internationale Konferenzen

Commonwealth-Konferenz

17. März: In London wird die am 8. März eröffnete (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 74) Konferenz der Commonwealth-Premierminister beendet. Die Konferenz beschloß am 16. März, Sierra Leone in das Commonwealth aufzunehmen, sobald es am 27. April unabhängig wird. Sie erörterte nach einem Gedankenaustausch über die internationale Lage die Abrüstungsfrage, Strukturfragen der Vereinten Nationen und Verfassungsprobleme des Commonwealth. In einem Abschlußkommuniqué (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 209 ff.) begrüßen die Premierminister die Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Kongo-Frage vom 21. Februar (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 189/190), setzen sich für die Schaffung eines unabhängigen und neutralen Laos ein, fordern eine allgemeine, vollständige und kontrollierte Abrüstung und befassen sich mit den Vorschlägen zu einer Strukturveränderung der Vereinten Nationen. Dem Kommuniqué ist eine besondere Erklärung zur Abrüstung beigefügt. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 211 f.)

Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche

21. März: In Genf wird die am 5. Dezember 1960 unterbrochene Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche wiederaufgenommen. Der sowjetische Dele-

gierte, Semjon K. *Zarapkin,* unterbreitet einen neuen Vorschlag über die Zusammensetzung des Exekutivorgans der zu errichtenden Kontrollorganisation. Nach dem Vorschlag soll die Exekutive aus je einem Vertreter der neutralen Staaten, der Sowjetunion und ihrer Verbündeten sowie der Westmächte bestehen. Der amerikanische Delegierte, Arthur H. *Dean,* und der britische Delegierte, David *Ormsby-Gore,* legen einen gemeinsamen Kompromißvorschlag vor, nach dem sich ihre Regierungen mit einer Verminderung der für das Gebiet der Sowjetunion vorgesehenen Kontrollposten, mit einer Einstellung der Kernwaffenversuche in großen Höhen und mit einer Verlängerung des bisher auf 27 Monate befristeten Moratoriums für kleinere unterirdische Kernwaffenversuche einverstanden erklären. In dem Vorschlag wird ferner eine Aenderung der amerikanischen Gesetzgebung angeboten, um die Inspektion von Atomsprengköpfen für friedliche Verwendungszwecke zu ermöglichen.

Gruppe für Entwicklungshilfe (DAG)

27.—29. März: In London findet die vierte Tagung der Gruppe für Entwicklungshilfe statt, an der Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland, Italiens, Portugals, Belgiens, der Niederlande, Kanadas, Japans sowie eine Abordnung der EWG teilnehmen. Die Teilnehmer beschließen, die amerikanische Regierung zur Ernennung eines ständigen Vorsitzenden und die französische Regierung zur Ernennung eines stellvertretenden Vorsitzenden der DAG aufzufordern. Sie empfehlen den Regierungen ihrer Länder sowie der Kommission der EWG, ihre gemeinsamen Ziele in einer Erhöhung der Entwicklungshilfe und in ihrer wirksamen Verwendung zu sehen. Ueber die Grundsätze einer gerechten Verteilung der Hilfeleistungen soll eine Studie erstellt werden, in der die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die besonderen Verhältnisse eines jeden Landes berücksichtigt werden sollen. Die Teilnehmer der Konferenz sprechen sich grundsätzlich für eine kontinuierliche finanzielle Hilfe und deren Ergänzung durch technische Hilfeleistungen aus.

Konferenz der afrikanischen Völker

25.—31. März: In Kairo findet die dritte Konferenz afrikanischer Völker statt, auf der Fragen der Beseitigung des Imperialismus in Afrika und der afrikanischen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Politik und der Wirtschaft erörtert werden. Der Präsident der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel *Nasser,* unterstreicht in seiner Eröffnungsansprache die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens aller afrikanischen Staaten gegen den Imperialismus. Die Konferenz verabschiedet zum Abschluß ihrer Beratungen eine Anzahl Resolutionen, in denen u. a. „die Machenschaften der Vereinten Nationen im Kongo" verurteilt, die Gewährung der Unabhängigkeit an die Bevölkerung der portugiesischen Besitzungen und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Südafrikanischen Union gefordert sowie die Politik der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA) unterstützt werden.

Konferenz afrikanischer Regierungschefs in Yaoundé

27.—30. März: In Yaoundé findet eine Konferenz der Regierungschefs der Staaten Dahome, Elfenbeinküste, Niger, Obervolta, Mauretanien, Senegal, Tschad, Kongo (Brazzaville), Zentralafrikanische Republik, Kamerun, Togo und Madagaskar statt, auf der Fragen der Schaffung eines gemeinsamen Marktes und des Abschlusses eines militärischen Beistandspaktes erörtert werden. In einem Abschlußkommuniqué heißt es, die Teilnehmer der Konferenz unterstützten die Aufnahme Mauretaniens in die Vereinten Nationen und die Beschwerde Kameruns gegen die bei der Volksabstimmung in Nordkamerun festgestellten Unregelmäßigkeiten (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 48 und Z 58, Kamerun). Die Konferenz habe ferner die Apartheidpolitik der südafrikanischen Regierung verurteilt und die Pläne zur Schaffung einer kongolesischen Konföderation (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 190) begrüßt.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. April 1961

Albanien

5. April: Die Regierung gibt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Brasilien bekannt.

Argentinien

3. April: Präsident Arturo *Frondizi* begrüßt in einem Schreiben an den amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy*, dessen Vorschläge für eine gesamtamerikanische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet vom 13. März (vgl. Zeittafel, S. Z 71, Vereinigte Staaten).

Brasilien

10. April: Präsident Janio da Silva *Quadros* erklärt in seiner Antwort auf eine persönliche Botschaft des kubanischen Präsidenten, Osvaldo *Dorticos Torrado*, vom 10. April, Brasilien werde nicht zulassen, daß Kuba einer Aggression zum Opfer falle.

China

13. April: Das Außenministerium der Volksrepublik China protestiert in einer in Peking veröffentlichten Erklärung gegen eine Intervention der Vereinigten Staaten in Südvietnam. In der Erklärung heißt es, die „interventionistischen und aggressiven Aktionen" der Vereinigten Staaten sowie der „von ihnen geführten SEATO" stellten eine flagrante Verletzung der Genfer Abkommen von 1954 dar und bedrohten den Frieden in Südostasien.

Deutschland

9. April: Bundeskanzler Konrad *Adenauer* führt in Rhöndorf bei Bonn mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für NATO-Fragen im amerikanischen Außenministerium, Dean *Acheson*, Besprechungen über Fragen der NATO.

10. April: Bundeskanzler Konrad *Adenauer* setzt sich vor amerikanischen Journalisten in Bonn für eine Stärkung der NATO und für eine stärkere Betonung der amerikanischen Führungsrolle innerhalb der NATO ein. Er geht in diesem Zusammenhang auf die Pläne zur Schaffung einer atomaren Streitmacht in der NATO ein und erklärt, er könne es verstehen, wenn der amerikanische Präsident, John F. *Kennedy*, diese Pläne zunächst zurückstellen und versuchen wolle, mit der Sowjetunion zu einer Einigung in der Abrüstungsfrage zu gelangen. Adenauer betont jedoch, daß die Pläne weiter erörtert würden. Sollten sie allerdings nicht verwirklicht werden, so müßten andere Lösungen gefunden werden, durch die die Sicherheit in Westeuropa gewährleistet würde. Adenauer äußert auf der Pressekonferenz ferner die Ansicht, daß Großbritannien dazu neige, der EWG als Vollmitglied beizutreten, und daß andere Mitglieder der EFTA dem britischen Beispiel folgen würden.

Frankreich

5. April: Der marokkanische Sonderbotschafter, Ahmed *Balafrej*, führt in Paris eine Unterredung mit Staatspräsident Charles *de Gaulle*, in deren Verlauf er de Gaulle eine persönliche Botschaft König *Hassan II.* überreicht. *Balafrej* erklärt nach der Unterredung, bei dem Gespräch seien die Algerien-Frage, Mauretanien sowie die französischen Kernwaffenversuche in der Sahara erörtert worden.

6. April: Die Regierung gibt in einem nach einer Kabinettssitzung veröffentlichten Kommuniqué bekannt, daß die vorgesehenen Gespräche mit den Vertretern des FLN nicht am 7. April in Evian eröffnet würden. (Vgl. S. Z 90, Tunesien.)

7. April: Der Präsident von Madagaskar, Philibert *Tsiranana*, führt in Paris eine Unterredung mit Staatspräsident Charles *de Gaulle*.

Der amerikanische Vizepräsident, Lyndon B. *Johnson*, führt in Paris mit Premierminister Michel *Debré* eine Unterredung zur Vorbereitung der Besprechungen zwischen Präsident John F. *Kennedy* und Staatspräsident Charles *de Gaulle* Ende Mai in Paris.

11. April: Staatspräsident Charles *de Gaulle* weist auf einer Pressekonferenz in Paris erneut darauf hin, daß die Vorbedingung für

die Entscheidung über die Zukunft Algeriens die Einstellung der Kampfhandlungen sei. De Gaulle betont, daß Frankreich Algerien nicht an sich fesseln wolle und sich daher auch nicht der Entscheidung der Algerier widersetzen würde, alle Bindungen mit Frankreich abzubrechen. Sollte es jedoch dazu kommen, so werde Frankreich Algerien keinerlei Hilfe mehr gewähren und werde seine Bürger in Algerien auffordern, das Land zu verlassen. De Gaulle drückt die Hoffnung aus, daß die algerische Bevölkerung nicht diesen Weg beschreiten, sondern sich für die Errichtung eines eigenen Staates, zugleich aber für die Zusammenarbeit mit Frankreich entscheiden werde. Unter dieser Voraussetzung sei Frankreich bereit, Algerien wirtschaftliche, finanzielle, technische, kulturelle und militärische Hilfe zu gewähren. De Gaulle erklärt sich bereit, den in Frankreich inhaftierten Mitgliedern der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA) im Verlaufe der vorgesehenen Verhandlungen schrittweise Hafterleichterungen zu gewähren. De Gaulle distanziert sich von der Politik der Vereinten Nationen und erklärt, Frankreich werde weder Geld noch Truppen für ihre Unternehmungen zur Verfügung stellen. De Gaulle wiederholt ferner frühere Aeußerungen zu Fragen der NATO und unterstreicht, er lehne eine Integration auf militärischem Gebiet ab. In diesem Zusammenhang wendet er sich erneut gegen das Kernwaffenmonopol der Vereinigten Staaten und Großbritannien. (Vgl. S. D 289 f.)

Großbritannien

8.—9. April: Der jugoslawische Außenminister, Koca *Popovic,* führt in London Besprechungen mit Lordsiegelbewahrer Edward *Heath.*

14. April: Premierminister Harold *Macmillan* setzt sich in einem Fernsehinterview dafür ein, daß die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien eine Art Treuhandschaft über die westliche atomare Abschreckungsmacht für die anderen Mitglieder der westlichen Verteidigungsgemeinschaft ausüben sollten. Macmillan betont, es müßte eine Form der Kontrolle über den Einsatz von Kernwaffen gefunden werden, die den Bedenken anderer NATO-Mitglieder gegen ein Atomwaffenmonopol der Großmächte Rechnung trage. Macmillan setzt sich ferner für eine Intensivierung der informellen Gespräche zwischen den Mitgliedern der EWG und Großbritannien über eine Ueberwindung der wirtschaftlichen Spaltung Europas ein.

Indien

3. April: Premierminister Jawaharlal *Nehru* erklärt vor dem Unterhaus, Indien werde sich einer Abberufung des UN-Vertreters im Kongo, Rajeshwar *Dayal,* widersetzen, da dadurch neue Widerstände gegen die Verwirklichung der Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen entstehen könnten. Die Regierung werde sich in diesem Falle überlegen müssen, ob der Einsatz indischer Truppen im Kongo noch sinnvoll ist.

Der französische Außenminister, Maurice *Couve de Murville,* führt in Neu-Delhi mit Premierminister Jawaharlal *Nehru* eine Unterredung über die Laos-Krise.

11. April: Verteidigungsminister Krishna *Menon* erklärt in der Verteidigungsdebatte des Unterhauses, entlang der indisch-chinesischen Grenze seien Truppen in Stellung gebracht worden, um weitere chinesische Grenzübergriffe zu verhindern. Die indische Armee sei verstärkt worden, um ihren neuen Aufgaben gewachsen zu sein.

Indonesien

2. April: Der Außenminister der Volksrepublik China, *Chen Yi,* beendet einen sechstägigen Besuch, in dessen Verlauf er in Djakarta Besprechungen mit Präsident Achmed *Sukarno* und Außenminister *Subandrio* führte. Während des Besuches wurden ein Freundschafts- und ein Kulturabkommen unterzeichnet. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird die Beendigung der ausländischen Intervention in Laos und im Kongo gefordert. Die Gesprächspartner setzen sich ferner für die Einberufung einer afrikanisch-asiatischen Konferenz nach dem Vorbild der Bandung-Konferenz ein und befürworten eine Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen.

Jugoslawien

11.—12. April: Der in Kambodscha im Exil lebende laotische Ministerpräsident Souvanna *Phouma* besucht Jugoslawien und führt in Belgrad mit Vizepräsident Edvard *Kardelj* und anderen Regierungsmitgliedern Gespräche über eine Lösung der Laos-Krise. In einer gemeinsamen Erklärung setzen sich die Gesprächspartner für die Verwirklichung der Beschlüsse der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 über ein geeintes und neutrales Laos ein.

Kanada

9.—11. April: Der britische Premierminister, Harold *Macmillan*, führt in Ottawa mit Premierminister John *Diefenbaker* und anderen Kabinettsmitgliedern Besprechungen über Fragen der NATO, die europäischen Wirtschaftsprobleme, die Beziehungen zur Volksrepublik China und die Lage in Laos.

13.—14. April: Der griechische Ministerpräsident, Constantine *Karamanlis,* besucht Kanada und führt in Ottawa mit Premierminister John *Diefenbaker* Besprechungen über Fragen der NATO.

Kongo (Léopoldville)

3.—4. April: Der Ministerpräsident der Provinz Léopoldville, Cléophas *Kamitatu,* führt in Stanleyville mit dem Ministerpräsidenten der Ostprovinz, Antoine *Gizenga,* Besprechungen über eine Beilegung der Spannungen zwischen der Regierung in Stanleyville und den Teilnehmern der Konferenz von Tananarivo (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 68, Madagaskar) sowie über eine Teilnahme Gizengas an der geplanten Konferenz zur Ausarbeitung einer föderativen Verfassung. Kamitatu erklärt am *6. April* auf einer Pressekonferenz in Léopoldville, Gizenga habe sich grundsätzlich zu Verhandlungen mit der Zentralregierung bereit erklärt.

4. April: Nach einem Zwischenfall auf dem Flugplatz Luano, bei dem von schwedischen UN-Truppen eine katangesische Einheit gefangengenommen wurde, ordnet die Regierung des Katanga die Mobilmachung an.

8. April: Der Regierungschef von Südkasai, Albert *Kalonji,* läßt sich von dem Großen Rat der Stammeshäuptlinge, der Gesetzgebenden Versammlung und der Regierung zum König erheben und Südkasai in eine Erbmonarchie umwandeln.

9. April: Die Regierung Antoine *Gizenga* in Stanleyville proklamiert in einer von ihrer diplomatischen Vertretung in Kairo veröffentlichten Erklärung die Absetzung von Staatspräsident Joseph *Kasavubu.* Seine Funktionen sollen auf den Ministerrat in Stanleyville übertragen werden.

Kuba

15. April: Die Regierung gibt in einem in Havanna veröffentlichten Kommuniqué bekannt, mehrere Flugzeuge amerikanischer Bauart hätten verschiedene Punkte Kubas bombardiert. Sie beschuldigt die Vereinigten Staaten, für den Angriff verantwortlich zu sein. In dem Kommuniqué heißt es, der „feige Ueberraschungsangriff des Imperialismus“ stelle ein „Vorspiel zur Invasion des Landes“ dar. Am gleichen Tage ordnet die Regierung die allgemeine Mobilmachung an.

Laos

2. April: Der stellvertretende Ministerpräsident und Verteidigungsminister, Phoumi *Nosavan,* befürwortet die in der sowjetischen Note vom 1. April enthaltenen Vorschläge zur Lösung der Laos-Krise (vgl. S. Z 89, Sowjetunion).

Marokko

1.—6. April: Der jugoslawische Staatspräsident, Josip Broz *Tito,* besucht Marokko und führt in Rabat Besprechungen mit König *Hassan II.* In einem gemeinsamen Kommuniqué fordern beide Gesprächspartner die sofortige Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes in Algerien und verurteilen die Versuche der „kolonialistischen und imperialistischen Mächte“, eine unabhängige Entwicklung im Kongo zu verhindern. Sie setzen sich ferner für die Anerkennung der Regierung Antoine *Gizengas* ein. Die beiden Staatsmänner bringen ebenfalls ihren Wunsch nach einer Erweiterung der Beziehungen zwischen ihren Ländern zum Ausdruck.

Nepal

10. April: König *Mahendra* beendigt durch Dekret das zwei Jahrhunderte alte Vasallensystem des Königreichs und unterstellt die bisher von Vasallenführern verwalteten Gebiete der allgemeinen Verwaltung des Landes.

Neuguinea

5. April: In Hollandia konstituiert sich ein aus 20 Vertretern bestehender Gesetzgebender Rat. Der Rat stellt die erste Selbstverwaltungskörperschaft Niederländisch-Neuguineas dar. Am *10. April* tritt in Port Moresby der Gesetzgebende Rat für den von Australien verwalteten Teil Neuguineas zusammen.

Norwegen

9.—12. April: In Oslo findet der Jahreskongreß der Arbeiterpartei statt. Der Kongreß erörtert den Entwurf eines neuen Parteiprogramms. Im Mittelpunkt der Debatten steht die Verteidigungspolitik. Zur Frage der Atombewaffnung hat der Parteivorstand eine Neuformulierung vorgeschlagen (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 37/38). In einer zum Abschluß des Parteitages mit 290 gegen 8 Stimmen verabschiedeten Entschließung heißt es, Norwegen entscheide durch seine verfassungsmäßigen Organe über die zur Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes erforderlichen Maßnahmen. Die Arbeiterpartei halte daran fest, daß Atomwaffen nicht auf norwegischem Gebiet aufgestellt werden sollten. Dieser Standpunkt mache eine Verstärkung der konventionellen Streitkräfte erforderlich.

Oesterreich

7. April: Handelsminister Fritz *Bock* erklärt in einem Artikel in *Die Industrie*, Oesterreich könne nicht unbegrenzt lange auf den Beginn der Zusammenarbeit zwischen der EWG und der EFTA warten. Die Regierung prüfe zur Zeit, ob sie für den Fall, daß eine Zusammenarbeit nicht zustande kommen sollte, die österreichischen Außenzölle dem künftigen gemeinsamen Außentarif der EWG angleichen solle. Nur so könne eine Diskriminierung der österreichischen Exporte durch die EWG verhindert werden.

11. April: Bundeskanzler Julius *Raab* teilt Bundespräsident Adolf *Schärf* den Rücktritt seines Kabinetts mit (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 59). Am gleichen Tage bildet der Vorsitzende der ÖVP, Alphons *Gorbach*, eine neue Regierung, die mit Ausnahme von Verteidigungsminister Karl *Schleinzer* und von Finanzminister Joseph *Klaus* aus den Ministern des Kabinetts Raab besteht.

Peru

7.—9. April: Der italienische Staatspräsident, Giovanni *Gronchi*, besucht Peru und führt in Lima Besprechungen mit Präsident Manuel *Prado*. In einem gemeinsamen Kommuniqué vertreten die Gesprächspartner die Ansicht, die Entwicklungshilfe solle über die bereits bestehenden regionalen Organisationen geleitet werden. Es heißt ferner, *Gronchi* habe eine Senkung der Zolltarife für Rohstoffimporte aus lateinamerikanischen Ländern durch die EWG befürwortet.

Portugal

7.—10. April: Der französische Außenminister, Maurice *Couve de Murville*, besucht Portugal und führt in Lissabon Besprechungen mit Staatspräsident Americo Deus Rodrigues *Tomas*, Ministerpräsident Antonio de Oliveira *Salazar* und Außenminister Marcello *Mathias*. Bei den Gesprächen werden vor allem die Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent und Fragen der europäischen Einigung erörtert.

13. April: Im Zuge einer Kabinettsumbildung übernimmt Ministerpräsident Antonio *Salazar* selbst das Verteidigungsministerium und ernennt Mario *Silva* zum neuen Armeeminister und Adriano *Moreira* zum neuen Minister für die Ueberseeischen Provinzen. Salazar begründet in einer Rundfunkansprache am *14. April* die Regierungsumbildung mit der zunehmenden Verschlechterung der Lage in Angola.

Rumänien

5.—11. April: Eine tschechoslowakische Partei- und Regierungsdelegation unter Führung von Präsident Antonion *Novotny* besucht Rumänien und führt in Bukarest Besprechungen mit dem Präsidenten des

Staatsrates, Gheorghe *Gheorghiu-Dej* und Ministerpräsident Ion Gheorghe *Maurer*. In einer gemeinsamen Erklärung wird die „äußerst gefährliche Politik" der Westmächte verurteilt, die den westdeutschen Militarismus unterstützten.

Schweiz

5. April: Der amerikanische Vizepräsident, Lyndon B. *Johnson*, führt in Genf mit dem Leiter der amerikanischen Delegation bei der Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche, Arthur H. *Dean*, eine Unterredung über den Stand der Verhandlungen. Johnson betont in einer am 6. April veröffentlichten Erklärung, die von der amerikanischen und der britischen Delegation unterbreiteten Vorschläge (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 84) trügen den sowjetischen Wünschen Rechnung. Die Sowjetunion könne nun zeigen, ob sie wirklich an dem Abschluß eines Kontrollsystems interessiert sei. (Vgl. S. D 286 f.)

Sowjetunion

1. April: Die Regierung begrüßt in ihrer Antwort auf das britische Aide-Mémoire vom 23. März (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 77, Großbritannien) die britischen Vorschläge zur Lösung der Laos-Krise, lehnt jedoch die vorgeschlagene Reihenfolge der Maßnahmen ab. In der Note wird die sofortige Einberufung einer internationalen Konferenz nach Phnom Penh entsprechend den Vorschlägen des Staatsoberhauptes von Kambodscha, Norodom *Sihanouk*, vom 2. Januar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 24, Kambodscha) vorgeschlagen und die Wiedereinsetzung der Internationalen Kontroll- und Ueberwachungskommission für Laos befürwortet, deren Arbeit jedoch in keiner Weise die Einberufung der internationalen Konferenz beeinträchtigen dürfe. Die Regierung erklärt sich ferner mit dem Vorschlag einverstanden, die beiden Vorsitzenden der Genfer Indochina-Konferenz sollten an die streitenden laotischen Parteien einen Appell zur Einstellung der Kampfhandlungen richten. Die Vereinbarung eines Waffenstillstandes müsse jedoch den interessierten laotischen Parteien überlassen bleiben. In der Note wird ferner die Regierung *Souvanna Phouma* als die einzige rechtmäßige laotische Regierung bezeichnet und vor einem Eingreifen der SEATO in die laotischen Angelegenheiten (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 82 f.) gewarnt, da dadurch eine Lösung der Krise erschwert werde.

In Moskau wird ein finnisch-sowjetisches Zollabkommen unterzeichnet, das bei den finnisch-sowjetischen Besprechungen in Moskau am 24. November 1960 in Moskau paraphiert wurde. Das Abkommen regelt die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern nach der Assoziierung Finnlands mit der EFTA und sieht für eine Reihe von Gütern einen schrittweisen Zollabbau vor.

4.—8. April: Der afghanische Ministerpräsident, Mohammed *Daud*, besucht die Sowjetunion und führt in Moskau Besprechungen mit Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow*. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, bei den Gesprächen seien eine Erweiterung der sowjetisch-afghanischen Beziehungen und die Puschtunistan-Frage erörtert worden.

6. April: Die Regierung protestiert in einer Note an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegen die Ernennung von General Friedrich *Foertsch* zum Generalinspekteur der Bundeswehr (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 56, Deutschland). In der Note wird die Ernennung als „ein arroganter, unfreundlicher Akt gegenüber der Sowjetunion" bezeichnet und daran erinnert, daß Foertsch von einem sowjetischen Militärgericht wegen Kriegsverbrechen zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden sei. Der deutsche Geschäftsträger in Moskau, Günter *Scholl*, verweigert die Annahme der Note.

8. April: Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident, Alexej S. *Kossygin*, führt in Moskau mit dem mongolischen Ministerpräsidenten, Yumzhagiin *Tsedenbal*, eine Unterredung über Wirtschaftsfragen.

12. April: Die Nachrichtenagentur *TASS* gibt den erfolgreichen Flug eines bemannten sowjetischen Raumschiffes bekannt.

Togo

9. April: Der bisherige Ministerpräsident, Sylvanus *Olympio*, wird mit 99 vH der

abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt. Zugleich stimmen die Wähler einer neuen Verfassung zu, mit der ein Präsidialsystem nach amerikanischem Vorbild eingeführt wird. Ferner werden die Mitglieder einer aus 51 Abgeordneten bestehenden Nationalversammlung gewählt. An der Wahl beteiligt sich nur die Vereinigte Togolesische Partei, nachdem ein Wahlgericht entschieden hat, die oppositionelle Fortschrittspartei Juvento habe die Wahlvorschriften nicht erfüllt.

Tschechoslowakei

13. April: Der in Kambodscha im Exil lebende laotische Ministerpräsident, Souvanna *Phouma,* führt in Prag mit Ministerpräsident Viliam *Siroky* und Außenminister Vaclav *David* Besprechungen über die Lage in Laos. In einer Erklärung heißt es, ferner seien Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern erörtert worden.

Tunesien

3. April: Die Provisorische Regierung der Republik Algerien (GPRA) wiederholt in einer in Tunis veröffentlichten Erklärung ihre Bereitschaft, unter den in ihrem Kommuniqué vom 31. März (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 80) festgelegten Voraussetzungen mit der französischen Regierung zu verhandeln. In der Erklärung wird betont, daß es an der französischen Regierung liege, den gegenwärtigen Stand der Dinge zu ändern, der es der GPRA nicht erlaube, am 7. April in Evian zu sein.

9.—14. April: Der jugoslawische Staatspräsident, Josip Broz *Tito,* besucht Tunesien und führt in Tunis Besprechungen mit Staatspräsident Habib *Bourguiba* und dem Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA), Ferhat *Abbas.* In einem gemeinsamen Kommuniqué betonen Tito und Bourguiba, nur aufrichtige Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und der GPRA könnten den algerischen Krieg beenden und zu einer Lösung der Algerien-Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes und der Unabhängigkeit führen. Die beiden Staatsmänner bekennen sich ferner zu einer Politik der Blockfreiheit, die nach ihrer Ansicht der Erhaltung des Friedens am besten dienen könne.

Uganda

14. April: Der Gesetzgebende Rat tritt in Kampala zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Rat setzt sich aus neun afrikanischen, drei weißen und einem asiatischen Mitglied zusammen.

Vereinigte Arabische Republik

13. April: Präsident Gamal Abdel *Nasser* führt in Kairo eine Unterredung mit dem Außenminister der Demokratischen Republik Vietnam, *Ung Van Khiem.*

Vereinigte Staaten

1. April: Präsident John F. *Kennedy* gibt in einer in Palm Beach in Florida veröffentlichten Erklärung zu der sowjetischen Laos-Note vom gleichen Tage (vgl. S. Z 89, Sowjetunion) seiner Hoffnung Ausdruck, daß ein Weg zur Schaffung eines neutralen und unabhängigen Laos durch Verhandlungen gefunden werden könne. Er erklärt jedoch, die sowjetische Note enthalte manche Vorbehalte, mit denen sich die Vereinigten Staaten nicht einverstanden erklären könnten.

3. April: Präsident John F. *Kennedy* erklärt in einer Botschaft an den amtierenden Generalsekretär der NATO, Alberico *Casardi,* anläßlich des 12. Jahrestages der Unterzeichnung des Nordatlantikvertrages, die kommenden Jahre würden von allen NATO-Partnern Mut, Opferbereitschaft und den Willen verlangen, jede Gelegenheit zur Sicherung und Besserung der menschlichen Freiheit wahrzunehmen.

Das Außenministerium veröffentlicht in Washington ein Weißbuch über Kuba, in dem an die kubanische Regierung appelliert wird, ihre Beziehungen mit dem internationalen Kommunismus abzubrechen.

4.—8. April: Der britische Premierminister, Harold *Macmillan,* und Außenminister Lord *Home* führen in Washington Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy* und Außenminister Dean *Rusk.* Am 7. April setzt sich Macmillan in einer Rede vor dem Massachusetts Institute of Technology in Cambridge für eine straffere westliche Organisation auf den Ge-

bieten der Außenpolitik, der Verteidigung und der Wirtschaft ein und unterstreicht die Notwendigkeit einer einheitlichen westlichen Zielsetzung auf diesen Gebieten. Er unterstützt Kennedys Konzept einer abgestuften Abschreckung. Macmillan spricht sich in seiner Rede ferner für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EWG und der EFTA aus. Er glaube, Großbritannien müsse und könne mit der EWG zusammenarbeiten, ohne seine Interessen oder die des Commonwealth zu schädigen oder andere Länder zu benachteiligen. (Vgl. S. D 266 ff.) In einem zum Abschluß der Besprechungen mit Kennedy in Washington veröffentlichten Kommuniqué wird die weitgehende Uebereinstimmung der Ansichten hervorgehoben. In dem Kommuniqué heißt es, die Gesprächspartner hätten Fragen der Stärkung der NATO und die wirtschaftliche und finanzielle Weltlage erörtert sowie die Entwicklung in Laos und in Vietnam geprüft. Beide Seiten hätten ihre uneingeschränkte Unterstützung der Vereinten Nationen bestätigt und ihren Willen bekundet, zu einem erfolgreichen Abschluß der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche beizutragen. (Vgl. S. D. 265 f.)

10.—11. April: Der niederländische Außenminister, Joseph *Luns*, führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy* und Außenminister Dean *Rusk*. Luns erklärt zum Abschluß seines Besuches, bei den Besprechungen seien die künftige Struktur der NATO und das Problem West-Neuguinea erörtert worden.

12. April: Präsident John F. *Kennedy* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington, er werde sich unter allen Umständen einer bewaffneten amerikanischen Intervention in Kuba widersetzen und auch keine Invasion Kubas von dem Territorium der Vereinigten Staaten aus dulden. Zur Frage der Oder-Neiße-Grenze betont Kennedy, eine Lösung dieser Frage sei nur im Rahmen einer Gesamtlösung der deutschen Frage möglich und müsse einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben.

Präsident John F. *Kennedy* richtet eine persönliche Botschaft an den indischen Premierminister, Jawaharlal *Nehru*.

Vietnam

1. April: Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam protestiert in Noten an die sowjetische und die britische Regierung gegen die angebliche verstärkte Einmischung der Vereinigten Staaten in die inneren Angelegenheiten von Laos und Süd-Vietnam, die eine „flagrante Verletzung“ der Genfer Abkommen von 1954 darstelle. In den Noten heißt es, die Regierung könne gegenüber den in dem Kommuniqué des SEATO-Rates vom 29. März enthaltenen Drohungen nicht gleichgültig bleiben.

4. April: Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam unterstützt in einer in Hanoi veröffentlichten Erklärung die Vorschläge der Sowjetunion vom 1. April (vgl. S. Z 89, Sowjetunion) zur Lösung der Laos-Krise.

9. April: Bei den Präsidentschaftswahlen in der Republik Vietnam erhält der bisherige Präsident, *Ngo Dinh Diem*, 89,4 vH der abgegebenen Stimmen.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

6.—11. April: Der Sicherheitsrat erörtert eine jordanische Beschwerde gegen den Plan der israelischen Regierung, am 20. April im israelischen Sektor von Jerusalem eine Militärparade abzuhalten. Der Rat nimmt mit acht Stimmen bei drei Enthaltungen eine von der Vereinigten Arabischen Republik und Ceylon eingebrachte Resolution an, in der Israel aufgefordert wird, den Beschluß der Gemischten Waffenstillstandskommission zu achten, in dem Israel ersucht worden war, von der Durchführung der Parade abzusehen.

7. April: Die Vollversammlung verabschiedet mit 83 Stimmen bei 9 Enthaltungen eine Resolution, in der die Südwestafrika-Kommission aufgefordert wird, ihre Untersuchungen darüber fortzusetzen,

ob in den Treuhandgebieten Menschenrechte verletzt worden sind. Falls die südafrikanische Regierung weiterhin die Arbeit der Kommission behindere, werde der Sicherheitsrat geeignete Sanktionen beschließen.

13. April: Die Vollversammlung stimmt mit 95 Stimmen gegen die Stimme Portugals einer Resolution zu, in der die Rassenpolitik der südafrikanischen Regierung scharf verurteilt und den Mitgliedstaaten Sanktionen anheim gestellt werden. Eine weitere Resolution, in der die Diskriminierung der in der Südafrikanischen Union lebenden Inder und Pakistaner verurteilt wird, wird mit 78 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

Europäische Gemeinschaften

13. April: Die Kommission der EWG erklärt in einem in Brüssel veröffentlichten Kommuniqué zu den laufenden Gesprächen über eine Annäherung zwischen der EWG und der EFTA, sie halte an früheren Erklärungen fest, in denen sie auf die Möglichkeit des Beitritts jedes europäischen Staates zur EWG hingewiesen habe. Meldungen, nach denen sich Kreise der Kommission mit einer möglichen Aenderung der wirtschaftlichen oder politischen Ziele des Vertrages beschäftigten, seien unzutreffend.

Nordatlantikpakt-Organisation

6. April: Der amerikanische Vizepräsident, Lyndon B. *Johnson,* erklärt in Paris aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Obersten Hauptquartiers der Alliierten Streitkräfte Europa, die amerikanische Regierung setze sich für eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der NATO und für deren Stärkung auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet ein. Johnson befürwortet insbesondere eine Verstärkung der konventionellen Streitkräfte. (Vgl. S. D 283 ff.)

10. April: Der amerikanische Präsident John F. *Kennedy* erklärt in einer Rede vor dem Militärausschuß der NATO in Washington, die militärische Planung der Organisation befinde sich an einem Wendepunkt. Er betont, die NATO müsse in der Lage sein, jeden Angriff mit konventionellen Waffen mit den gleichen Waffen abzuwehren. Zugleich müsse die NATO jedoch auch über eine wirksame nukleare Abschreckung verfügen. (Vgl. S. D 287 ff.)

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

14. April: Der Präsident der Vereinigten Staaten, John F. *Kennedy,* erklärt vor dem Rat der Organisation Amerikanischer Staaten in Washington aus Anlaß des Panamerikanischen Tages, in der westlichen Hemisphäre müsse eine neue Aera des wirtschaftlichen Fortschrittes und der sozialen Gerechtigkeit beginnen. Der Interamerikanische Wirtschafts- und Sozialrat solle sich mit folgenden Maßnahmen befassen: 1. Alle amerikanischen Staaten sollten aufgefordert werden, feste Zeitpläne für die Ausarbeitung aller vorbereitenden Programme für ihre nationale wirtschaftliche Entwicklung aufzustellen; 2. es solle eine interamerikanische Organisation gebildet werden, die den amerikanischen Staaten bei der schnellen Ausarbeitung realistischer Wirtschaftspläne behilflich sein könne; 3. es sollten grundsätzliche Züge der wirtschaftlichen Entwicklung in den amerikanischen Staaten ausgearbeitet werden.

Internationale Konferenzen

Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz

10.—13. April: In Bandung findet die vierte Tagung des Rates der Afro-Asiatischen Solidaritätskonferenz statt. Der Rat billigt eine Resolution, in der neben der Beseitigung des Kolonialismus und des „Neokolonialismus" eine Umwandlung der Vereinten Nationen zu einem „wirksamen Organ des Kampfes für den Frieden und gegen den Kolonialismus" gefordert wird, und verabschiedet weitere 24 Resolutionen, in denen u. a. zur Entwicklung in Laos, Algerien, dem Kongo, Angola und Süd-Vietnam Stellung genommen wird. Der Rat schlägt ferner die Einberufung einer afro-asiatisch-lateinamerikanischen Solidaritätskonferenz im April 1962 vor.

Zeittafel vom 16. bis zum 30. April 1961

Algerien

22. April: Die pensionierten Generäle Raoul *Salan,* André *Zeller,* Maurice *Challe* und Edmond *Jouhaud* übernehmen mit Unterstützung einiger Fallschirmjägereinheiten und Einheiten der Fremdenlegion die militärische und zivile Gewalt in Algier, Oran und Constantine. Sie setzen den Generaldelegierten, Jean *Morin,* und den Oberkommandierenden in Algerien, General Fernand *Gambiez,* gefangen und proklamieren den Belagerungszustand. In einem von Radio Algier verbreiteten Aufruf erklärt General *Challe,* Ziel der Erhebung sei die Erhaltung eines französischen Algeriens. Am gleichen Tage verhängt die Regierung in Paris den Ausnahmezustand und entsendet Algerienminister Louis *Joxe* und Generalstabschef Jean *Olié,* der zum Oberbefehlshaber von Algerien ernannt wird, nach Algerien (vgl. S. Z 96, Frankreich). Infolge der Gegenmaßnahmen der Regierung gelingt es den Putschisten nicht, weitere Gebiete unter ihre Gewalt zu bringen. Am *25. April* versuchen die Meuterer vergeblich, den Kriegshafen Mers el Kebir zu besetzen. Am gleichen Tage räumen sie Oran und Constantine. In der Nacht zum *26. April* bricht der Putsch zusammen. Während General *Challe* verhaftet wird, bleiben die übrigen Führer des Putsches unauffindbar. Die Regierung leitet sofort eine Säuberungsaktion in der Armee und in der Verwaltung ein, in deren Verlauf bis zum 28. April über 200 Offiziere und über 400 Zivilpersonen verhaftet werden. Die an dem Putsch beteiligten Einheiten werden aufgelöst.

25. April: In der Sahara explodiert die vierte französische Atombombe.

Angola

16. April: Die portugiesische Regierung verstärkt ihre Truppen in Angola, um die weiße Bevölkerung gegen die zunehmenden Uebergriffe von bewaffneten Afrikanern zu schützen.

Argentinien

16. April: Der italienische Staatspräsident, Giovanni *Gronchi,* beendet einen viertägigen Besuch, in dessen Verlauf er in Buenos Aires Besprechungen mit Präsident Arturo *Frondizi* führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué sprechen sich die Gesprächspartner für eine engere Zusammenarbeit zwischen Lateinamerika und der EWG aus.

25. April: Wirtschaftsminister Alvaro C. *Alsogaray* tritt zurück. Zu seinem Nachfolger wird Roberto T. *Alemann* ernannt. Am *27. April* erklärt Außenminister Diogenes *Taboada* seinen Rücktritt. Neuer Außenminister wird der ehemalige Führer der Konservativen Partei, Adolfo *Mujica.*

Belgien

25. April: Der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Partei, Théo *Lefèvre,* bildet ein aus elf Christlich-Sozialen und neun Sozialisten bestehendes Koalitionskabinett. Dem Kabinett gehören an: Stellvertretender Ministerpräsident, Außenminister und Minister für afrikanische Angelegenheiten: Paul Henry *Spaak,* Verteidigungsminister: Paul Willem *Segers,* Justizminister: Pierre *Vermeylen,* Innenminister: Arthur *Gilson,* Wirtschaftsminister: André *Spinoy,* Finanzminister: André *Dequae,* Sozialminister: Edmond *Leburton,* Landwirtschaftsminister: Charles *Heger,* Minister für Erziehung und Kultur: Victor *Larock,* Minister für Gesundheit und Fragen der Familie: Joseph *Custers,* Arbeitsminister: Léon *Servais,* Minister für Außenhandel und Entwicklungshilfe: Maurice *Brasseur,* Verkehrsminister: Alfred *Bertrand,* Postminister: Marcel *Busieaux,* Minister für Oeffentliche Arbeiten: Joseph *Merlot,* Minister für Fragen des Mittelstandes: Albert M. *Declerck.*

Brasilien

20. April: Der italienische Staatspräsident, Giovanni *Gronchi,* führt auf dem Flughafen von Rio de Janeiro eine Unterredung mit Präsident Janio da Silva

Quadros. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird mitgeteilt, die beiden Staatsmänner hätten die sofortige Bildung einer Kommission beschlossen, die eine Ausweitung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern prüfen solle.

20.—21. April: Der argentinische Präsident, Arturo *Frondizi*, und Präsident Janio da Silva *Quadros* führen in Uruguyana Besprechungen über eine Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen ihren Ländern. In einer außenpolitischen Grundsatzerklärung verurteilen die Präsidenten die Einmischungsversuche außerkontinentaler Mächte.

Chile

25. April: Außenminister German *Vergara* und Verteidigungsminister Carlos Vial *Infantes* treten zurück. Präsident Jorge *Alessandri* ernennt Joaquin *Fernandez* zum neuen Verteidigungsminister; Justizminister Enrique *Ortuzar* wird mit der interimistischen Leitung des Außenministeriums betraut.

China

22.—24. April: Der in Kambodscha im Exil lebende laotische Ministerpräsident, Souvanna *Phouma*, und der Vorsitzende der laotischen Neo-Lao-Haksat-Partei, Soupha *Nouvong*, führen in Peking mit dem Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, *Chou En-lai*, und Außenminister *Chen Yi* Besprechungen über die Laos-Krise. Die Gesprächspartner befürworten in einem Kommuniqué die Einberufung einer internationalen Laos-Konferenz.

Ceylon

26. April: Die Regierung ordnet die allgemeine Mobilmachung an. Ministerpräsident Frau Sirimavo *Bandaranaike* erklärt in einer Rundfunkansprache zu der Anordnung, die kürzlich verbotene Federal Party und andere Organisationen planten den Sturz der Regierung.

Deutschland

16. April: Auf einem gemeinsamen Parteitag der DP und des BHE in Bonn wird die Fusion beider Parteien zur Gesamtdeutschen Partei (DP/BHE) beschlossen. Zu gleichberechtigten Vorsitzenden werden Herbert *Schneider* und Frank *Seiboth* gewählt. In einem Grundsatzprogramm wird die Wiederherstellung Deutschlands in seinen Grenzen von 1937 gefordert und jeder Versuch abgelehnt, „die geschichtliche Selbstachtung der Nation zu zerstören".

21. April: In einer außenpolitischen Debatte des Bundestages berichtet Bundeskanzler Konrad *Adenauer* über seinen Besuch in den Vereinigten Staaten und seine Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy*. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. 277 ff.) *Adenauer* unterstreicht die gemeinsame Forderung, die NATO politisch, wirtschaftlich und militärisch auszubauen, und hebt das Bekenntnis *Kennedys* zur EWG sowie die amerikanischen Zusagen für den Schutz Berlins hervor. Der Vorsitzende der SPD, Erich *Ollenhauer*, setzt sich für eine eingehendere Unterrichtung über die Entwicklung der Verteidigungspolitik durch die Bundesregierung ein und richtet an die Regierung und die Mehrheit des Bundestages den dringenden Appell, durch konkrete Vorschläge einen Beitrag zur Abrüstungsfrage und zur Deutschland-Frage zu leisten. Auch der Sprecher der FDP, Jan *Eilers*, fordert neue Initiativen der Bundesregierung auf diesen Gebieten und betont, daß eine europäische Einigung nur als Einigung ungeteilter Nationen möglich sei.

20.—26. April: Der Außenminister von Guatemala, Jesús Unda *Murillo*, besucht die Bundesrepublik und führt in Bonn Besprechungen mit Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano*.

24.—27. April: In Köln findet der 10. Bundesparteitag der CDU statt. Der Präsident des Bundestages, Eugen *Gerstenmaier*, lehnt in seinem Referat jede Großmacht- und Hegemonialpolitik nachdrücklich ab und betont, die CDU werde zu den von der Bundesregierung übernommenen außenpolitischen Verpflichtungen stehen. Zugleich erklärt Gerstenmaier, die Wiedervereinigung könne nur mit friedlichen Mitteln und in den Grenzen von 1937 erfolgen. Bundeskanzler Konrad *Adenauer* setzt sich in seiner Rede mit der Außen-

politik der SPD auseinander und erklärt, für die CDU käme eine Koalition mit der SPD nicht in Frage. Eine Partei, die elf Jahre gebraucht habe um einzusehen, daß ihre Politik falsch sei, verdiene kein Vertrauen. Außenminister Heinrich *von Brentano* weist die von der FDP erhobenen Forderungen nach neuen Initiativen in der Wiedervereinigungsfrage zurück, da diese die Bundesrepublik von ihren Bündnispartnern isolieren könnten. Ebenso lehnt er die Forderung nach einer elastischeren Ostpolitik ab. Bundesverteidigungsminister Franz-Josef *Strauß* betont, daß die westliche Welt und damit die Bundesrepublik nur durch eine integrierte Verteidigung gesichert werden könne und bezeichnet Berichte über Meinungsverschiedenheiten zwischen der amerikanischen Regierung und der Bundesregierung als „Hirngespinste". Nach wie vor unterstütze die Bundesregierung die Schaffung eines ausgewogenen Systems konventioneller und nuklearer Waffen. Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* setzt sich in seiner Rede mit Nachdruck für eine Ueberwindung des Gegensatzes zwischen der EWG und der EFTA und für eine Einbeziehung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit in die atlantische Allianz ein. Die Delegierten verabschieden zum Abschluß des Parteitages ein „Kölner Manifest", in dem die Freiheit aller Deutschen, die Wiedervereinigung, die Einigung Europas und die Stärkung der NATO als Ziele der CDU proklamiert werden.

24. April: Der Vorsitzende des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter *Ulbricht,* fordert in Berlin in einer Rede aus Anlaß der Feiern zum 15. Jahrestag der SED erneut die Umwandlung West-Berlins in eine freie Stadt entsprechend den sowjetischen Vorschlägen. Ulbricht betont, die Regierung werde es nicht mehr dulden, daß vom „Störzentrum West-Berlin aus die Korrumpierung, die systematische Abwerbung von Bürgern der DDR und ihre Verleitung zur Verletzung der Gesetze organisiert werde."

Bundeskanzler Konrad *Adenauer* erklärt in seiner Antwort auf das Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* vom 17. Februar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 55 f.), er sei befriedigt über die Bereitschaft der sowjetischen Regierung zur Repatriierung weiterer Deutscher. Zur Klärung von Schwierigkeiten schlägt er die Bildung einer Expertenkommission vor. *Adenauer* weist auf die Bemühungen der Bundesregierung zu einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen hin, wie sie in dem Abschluß des Handelsabkommens vom 31. Dezember 1960 (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 12) zum Ausdruck gekommen seien, und betont die Notwendigkeit, die noch offenen Probleme in Uebereinstimmung mit den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts und den Interessen beider Völker zu lösen.

Tod des Generalsekretärs des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung und der Europa-Union Deutschland, Ernst Günther *Focke.*

28. April: Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe verurteilt den ehemaligen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Alfred *Frenzel* wegen Landesverrats und Meineids zu 15 Jahren Zuchthaus.

Der Kanzlerkandidat der SPD, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy *Brandt,* verkündet auf einem außerordentlichen Kongreß der SPD in Bonn das Wahlprogramm seiner Partei. Brandt bekennt sich zur Treue zum Atlantischen Bündnis und zur Erfüllung der militärischen Verpflichtungen der Bundesrepublik. Er erklärt ferner, die SPD lehne es ab, daß weitere Staaten die Verfügungsgewalt über atomare Waffen erhielten. Brandt setzt sich für eine Versachlichung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten ein und befürwortet eine Ueberwindung der wirtschaftlichen Spaltung Europas sowie eine Intensivierung der Entwicklungshilfe.

Frankreich

18. April: Staatspräsident Charles *de Gaulle* führt in Paris mit den Präsidenten der vier im Conseil de l'Entente vereinigten Staaten Elfenbeinküste, Dahome, Niger und Obervolta Besprechungen über die künftigen Beziehungen zwischen Frankreich und diesen Staaten. Am *24. April* unterzeichnen die Gesprächspartner mehrere Abkommen, in denen eine Zusammen-

arbeit auf den Gebieten der Verteidigung, der Militärhilfe, der Wirtschaft, des Währungs- und Finanzwesens, der Justiz, der Kultur und der technischen Hilfe geregelt wird.

19.—21. April: Der Staatspräsident des Senegal, Leópold *Senghor,* besucht Frankreich und führt in Paris Besprechungen mit Staatspräsident Charles *de Gaulle,* Premierminister Michel *Debré* und Außenminister Maurice *Couve de Murville.*

20. April: Staatspräsident Charles *de Gaulle* führt in Paris eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für NATO-Fragen im amerikanischen Außenministerium, Dean *Acheson.*

20.—23. April: Der dänische Außenminister, Jens Otto *Krag,* besucht Frankreich und führt in Paris Besprechungen mit Staatspräsident Charles *de Gaulle,* Premierminister Michel *Debré* und Außenminister Maurice *Couve de Murville.* In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Gespräche hätten Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über die europäische Einigung und die NATO gegeben.

22. April: Nach Bekanntwerden des Generalputsches in Algerien (vgl. S. Z 93, Algerien) entsendet die Regierung Algerienminister Louis *Joxe* und Generalstabschef General Jean *Olié,* den sie zum neuen Oberbefehlshaber in Algerien ernennt, nach Algerien. Am gleichen Tage verhängt sie den Ausnahmezustand über das ganze Land. In einer Botschaft über Rundfunk und Fernsehen fordert Staatspräsident Charles *de Gaulle* am *23. April* das französische Volk auf, ihm bei der Niederschlagung des Aufstandes einer Gruppe „pensionierter Generäle und ehrgeiziger, verblendeter Offiziere" zu helfen. Er erklärt, der Putsch bedrohe den Erfolg seiner Bemühungen, das Land im Innern zu erneuern, seine Stellung im Ausland zu festigen und seine überseeischen Gebiete zu entkolonisieren. De Gaulle gibt seinen Entschluß bekannt, Artikel 16 der Verfassung anzuwenden. Die ihm dadurch verliehene Autorität werde er bis zum Ende seines Mandats oder bis an sein Lebensende ausüben und dafür sorgen, daß diese Autorität nach ihm Bestand haben werde. Zugleich trifft die Regierung Vorbereitungen zur Abwehr eines Invasionsversuches der Putschisten im Mutterland. Truppen besetzen die strategisch wichtigen Punkte in Paris. Der gesamte Luftverkehr wird eingestellt. Am *24. April* verhängt die Regierung über den von den Putschisten beherrschten Teil Algeriens eine Wirtschaftsblockade. Am *25. April* fordert Verteidigungsminister Pierre *Messmer* in einem Appell die Truppen in Algerien zur Treue gegenüber der Regierung auf. Am gleichen Tage erklärt *de Gaulle* in einem Tagesbefehl an die Armee, Aufgabe der Truppe sei es, den Putsch mit allen Mitteln, einschließlich der Waffengewalt, zu liquidieren. In einer Botschaft an beide Kammern des Parlaments begründet er seinen Entschluß, Artikel 16 der Verfassung anzuwenden, unterstreicht aber zugleich, daß das Parlament mit Ausnahme der zur Bekämpfung des Putsches notwendigen Maßnahmen die gesetzgebende Gewalt und die Kontrolle der Regierung behalten werde. Nach dem Zusammenbruch des Putsches am *26. April* werden im ganzen Lande zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Großbritannien

17. April: Die Regierung schlägt den Regierungen der EWG-Staaten in gleichlautenden Memoranden vor, gemeinsame Konsultationen über die Beziehungen zu den überseeischen Gebieten aufzunehmen.

19. April: Außenminister Lord *Home* teilt im Oberhaus mit, der britische Botschafter in Moskau, Sir Frank *Roberts,* sei angewiesen worden, dem sowjetischen Außenminister, Andrej A. *Gromyko,* vorzuschlagen, am 20. April einen gemeinsamen sowjetisch-britischen Appell zur Feuereinstellung an die kämpfenden Parteien in Laos zu richten.

25. April: Die britische und die sowjetische Regierung als Vorsitzende der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 richten einen gemeinsamen Appell an die kämpfenden Parteien in Laos, die Feindseligkeiten einzustellen und Verhandlungen über eine friedliche Lösung einzuleiten. Die beiden Mächte fordern das laotische Volk auf, mit der Internationalen Kontroll-

kommission für Laos zusammenzuarbeiten. In einer weiteren Botschaft ersuchen sie die indische Regierung als Vorsitzende, die Internationale Laos-Kommission, die aus Vertretern Kanadas, Polens und Indiens besteht, nach Neu-Delhi einzuberufen. In einer dritten Botschaft laden die beiden Mächte zu einer Vierzehn-Mächte-Konferenz über Laos ein, die am 12. Mai in Genf beginnen soll.

26. April: Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt zu dem sowjetischen Protest vom gleichen Tage (vgl. S. Z 99, Sowjetunion), es sei nicht beabsichtigt, deutsche Militärbasen in Großbritannien zu errichten. Die Regierung habe der deutschen Bundesregierung im Rahmen der NATO-Abkommen lediglich Depots und Ausbildungsmöglichkeiten angeboten.

Lordsiegelbewahrer Edward *Heath* warnt bei einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter in London, Alexander *Soldatow,* vor einer Verzögerung der Feuereinstellung in Laos.

Indien

28. April: In Neu-Delhi tritt die Internationale Ueberwachungskommission für Laos zusammen.

Kongo (Léopoldville)

17. April: Staatspräsident Joseph *Kasavubu* erklärt auf einer Pressekonferenz in Léopoldville, die Zentralregierung billige abweichend von ihrer früheren Haltung die Resolution des Sicherheitsrates vom 21. Februar (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 189 f.) unter der Voraussetzung, daß die Souveränität des Kongo und die Vorrechte des Staatspräsidenten geachtet würden.

Die Regierung teilt in einer in Léopoldville veröffentlichten Erklärung mit, sie habe mit der Regierung in Stanleyville einen Waffenstillstand im gesamten Kongo und die Anerkennung des Oberbefehlshabers, Joseph *Mobutu,* durch die Truppen der Ostprovinz vereinbart.

Kuba

17. April: Auf Kuba landet eine aus Exilkubanern bestehende Invasionstruppe. Während der Vorsitzende des Kubanischen Revolutionsrates, José Miro *Cardona,* erklärt, Ziel der Invasion sei die Befreiung Kubas von der Herrschaft Fidel *Castros,* behauptet die Regierung in einer in Havanna veröffentlichten Erklärung, es handele sich bei der Invasion um einen Angriff von Söldnern, der von der imperialistischen Regierung der Vereinigten Staaten organisiert worden sei. Unmittelbar nach Beginn der Kämpfe kommt es im ganzen Lande zu Massenverhaftungen und zu Erschießungen von Gegnern der Regierung. Nach anfänglichen Erfolgen wird die Invasionstruppe von der Armee aufgerieben. Die Regierung gibt am *20. April* in einem in Havanna veröffentlichten Kommuniqué die erfolgreiche Abwehr der Invasion bekannt.

Laos

19. April: Die Regierung *Boun Oum* bittet die amerikanische Regierung in einer Note um militärische Unterstützung und die Entsendung von Beratern, da die Angriffe der Rebellen an allen Fronten eine ernste Lage heraufbeschworen hätten.

25. April: Die Regierung *Boun Oum* gibt in Vientiane bekannt, sie nehme den gemeinsamen britisch-sowjetischen Appell zu einem Waffenstillstand (vgl. oben, Großbritannien) an. Am gleichen Tage erklärt auch der Führer des Pathet Lao, Soupha *Nouvong,* sich bereit, den Aufruf zu befolgen. In einem von der nordvietnamesischen Nachrichtenagentur verbreiteten Kommuniqué fordert er jedoch die sofortige Einstellung der Intervention der Vereinigten Staaten und ihrer „Satelliten". Dennoch gehen die Kämpfe weiter. Am *26. April* errichten die amerikanischen Streitkräfte eine Luftbrücke von den Philippinen nach Vientiane. Am 29. *April* erklärt Verteidigungsminister Phoumi *Nosavan* in Vientiane, eine von der Regierung *Boun Oum* vorgeschlagene Zusammenkunft mit Vertretern des Pathet Lao sei nicht zustande gekommen, und lehnt seinerseits einen Vorschlag des Pathet Lao ab, die Verhandlungen in Xieng-khouang, dem Sitz der Gegenregierung, abzuhalten. Am gleichen Tage führt der amerikanische Sonderbotschafter Averell *Harriman* in Vientiane Besprechungen mit Mitgliedern der Regierung *Boun Oum.*

Norwegen

26. April: Im Storting findet eine Verteidigungsdebatte statt. Ministerpräsident Einar *Gerhardsen* setzt sich in einer Regierungserklärung für eine Verstärkung der konventionellen Bewaffnung der norwegischen Streitkräfte ein und erläutert die Haltung der Regierung in der Frage einer atomaren Bewaffnung nach dem Beschluß des letzten Parteitages der Arbeiterpartei (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 88). In der Debatte rücken Sprecher des Zentrums und der Liberalen Partei von ihrer früher vorgetragenen Forderung nach einer norwegischen Atombewaffnung ab. Sie begründen ihren vorläufigen Verzicht damit, daß innerhalb der NATO eine Wandlung der Strategie vor sich gehe und daß daher eine Aenderung der norwegischen Atompolitik zur Zeit nicht zweckmäßig sei.

Polen

16. April: Bei den Wahlen zum Sejm erhält die Kandidatenliste der Nationalen Einheitsfront 98,34 vH der abgegebenen Stimmen. Von insgesamt 460 Mandaten erhalten die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei 255 Mandate, die Vereinigte Bauernpartei 117, die Demokratische Partei 39 und Parteilose 49 Mandate.

Der in Kambodscha im Exil lebende laotische Ministerpräsident, Souvanna *Phouma,* beendet einen dreitägigen Besuch, in dessen Verlauf er in Warschau mit Ministerpräsident Josef *Cyrankiewicz* Besprechungen über eine Beilegung der Laos-Krise führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué betonen die Gesprächspartner, ein vereintes, unabhängiges, demokratisches und neutrales Laos sei für die Sicherung des Friedens in Südostasien notwendig.

24.—28. April: Eine rumänische Partei- und Regierungsdelegation unter Führung des Vorsitzenden des Staatsrates, Gheorghe *Gheorghiu-Dej,* besucht Polen und führt in Warschau Besprechungen mit Partei- und Regierungsfunktionären. In einer gemeinsamen Erklärung verurteilen sie den „Militarismus und Revisionismus“ der Bundesrepublik und bezeichnen die Oder-Neiße als endgültige deutsche Ostgrenze.

Sierra Leone

27. April: In Freetown wird die Unabhängigkeit von Sierra Leone proklamiert.

Sowjetunion

16. April: Die Regierung richtet an die britische Regierung ein Memorandum zur Laos-Frage.

16.—22. April: Der in Kambodscha im Exil lebende laotische Ministerpräsident, Souvanna *Phouma,* führt in Sotschi mit Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* und in Moskau mit Außenminister Andrej A. *Gromyko* Besprechungen über eine Lösung der Laos-Krise. In einem gemeinsamen Kommuniqué schlagen die Gesprächspartner die Einberufung einer internationalen Laos-Konferenz vor. Zugleich sollen die kämpfenden Parteien zur Einstellung der Kampfhandlungen aufgefordert werden und die Internationale Kontrollkommission für Laos zusammentreten.

18. April: Die Regierung bezeichnet in einer in Moskau veröffentlichten Erklärung die Invasion in Kuba (vgl. S. Z 97, Kuba) als eine offene Herausforderung aller friedliebenden Völker und als eine gegen den Frieden im Karibischen Meer und gegen den allgemeinen Frieden gerichtete gefährliche Provokation. In der Erklärung wird die amerikanische Regierung beschuldigt, sie habe die Invasion vorbereitet und unterstützt.

Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* ersucht in einer Botschaft den amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy,* „die Aggression gegen Kuba“ (vgl. S. Z 97, Kuba) einzustellen. Er betont, die Sowjetunion werde dem kubanischen Volk und seiner Regierung jede Hilfe gewähren. (Vgl. S. D 305 f.)

22. April: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* weist in seiner Antwort auf die Botschaft des amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy,* vom 18. April (vgl. S. Z 99, Vereinigte Staaten) die Behauptung Kennedys zurück, die Vereinigten Staaten seien nicht an der militärischen Intervention auf Kuba beteiligt. (Vgl. S. D 311 ff.)

25. April: Die sowjetische und die britische Regierung als Vorsitzende der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 richten einen

gemeinsamen Appell an die kämpfenden Parteien in Laos, die Feindseligkeiten einzustellen. (Vgl. S. Z 97, Großbritannien.)

26. April: Die Regierung protestiert in einer Note an Großbritannien gegen die Ueberlassung von militärischen Stützpunkten an die deutsche Bundeswehr.

Thailand

16.—19. April: Der indonesische Präsident, Achmed *Sukarno,* besucht Thailand und führt in Bangkok Besprechungen mit Ministerpräsident Sarit *Thanarat.*

Uruguay

17.—19. April: Der italienische Staatspräsident, Giovanni *Gronchi,* besucht Uruguay und führt in Montevideo Besprechungen mit Präsident Eduardo Victor *Haedo.* In einem gemeinsamen Kommuniqué wird die Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung der lateinamerikanischen Staaten an der westlichen Politik hervorgehoben.

Vereinigte Arabische Republik

17.—22. April: Der jugoslawische Staatspräsident, Josip Broz *Tito,* besucht die Vereinigte Arabische Republik und führt in Kairo Besprechungen mit Präsident Gamal Abdel *Nasser.* In einem gemeinsamen Kommuniqué bedauern die Gesprächspartner das „Versagen" der Vereinten Nationen im Kongo und fordern die Unterstützung der „gesetzmäßigen Regierung" Antoine *Gizenga.*

Vereinigte Staaten

17. April: Außenminister Dean *Rusk* erklärt auf einer Pressekonferenz in Washington zu den Ereignissen in Kuba (vgl. S. Z 97, Kuba), die Vereinigten Staaten verfolgten mit Sympathie den Kampf der Exilkubaner gegen die Diktatur Fidel *Castros. Rusk* unterstreicht, daß die Vereinigten Staaten der Festsetzung des Kommunismus in der westlichen Hemisphäre gegenüber nicht gleichgültig bleiben könnten; die Vereinigten Staaten beabsichtigten jedoch nicht, in Kuba zu intervenieren. Zur Laos-Krise erklärt Rusk, die sowjetische Note vom 16. April (vgl. S. Z 98, Sowjetunion) sei nicht voll befriedigend und bedürfe der Klarstellung, da über den Zeitpunkt der Einstellung der Feindseligkeiten noch immer Unklarheit bestehe.

Der deutsche Bundeskanzler, Konrad *Adenauer,* beendet einen am 11. April begonnenen Besuch, in dessen Verlauf er am 12. und 13. April in Washington Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy* führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué bekräftigen die Gesprächspartner den Standpunkt ihrer Regierungen, daß die Deutschland-Frage nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes gelöst werden könne. Sie betonen ferner, die NATO müsse alle militärischen Mittel beibehalten und weiterentwickeln, deren sie für eine wirksame Abschreckung bedürfe (vgl. Dokumente Jg. 1961 S. D 276 f.).

17.—20. April: Der griechische Ministerpräsident, Constantine *Karamanlis,* besucht die Vereinigten Staaten und führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy.* In einem gemeinsamen Kommuniqué setzen sich die Gesprächspartner für eine Stärkung der NATO und für den baldigen Abschluß eines Abkommens über eine internationale kontrollierte Abrüstung ein.

18. April: Präsident John F. *Kennedy* betont in seiner Antwort auf die Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* vom gleichen Tage (vgl. S. Z 98, Sowjetunion), die Vereinigten Staaten planten keine militärische Intervention auf Kuba. Sollte jedoch von anderer Seite auf Kuba interveniert werden, so würden die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen zur Verteidigung der westlichen Hemisphäre erfüllen. (Vgl. S. D 306 f.)

20. April: Präsident John F. *Kennedy* erklärt in einer Rede vor dem Verband amerikanischer Chefredakteure zur Kuba-Frage, jede einseitige amerikanische Intervention stände im Gegensatz zur Tradition der Vereinigten Staaten. Diese Haltung sei aber nicht unabänderlich. Die Regierung werde gegebenenfalls nicht zögern, alles zur Wahrung ihrer Sicherheit Erforderliche zu unternehmen. (Vgl. S. D 307 ff.)

21. April: Präsident John F. *Kennedy* kündigt auf einer Pressekonferenz in

Washington eine Untersuchung über die Rolle amerikanischer Stellen bei dem mißlungenen Invasionsversuch auf Kuba (vgl. S. Z 97, Kuba) und die Aufnahme von Konsultationen mit anderen amerikanischen Staaten über die künftige Haltung gegenüber der kubanischen Regierung an. Kennedy erklärt ferner, er lehne den von der Sowjetunion auf der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche unterbreiteten Vorschlag ab, das Exekutivorgan der geplanten Kontrollorganisation mit je einem Vertreter der neutralen Staaten, der Sowjetunion und ihrer Verbündeten sowie der Westmächte zu besetzen (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 83 f.).

22. April: Das Außenministerium betont in einer in Washington veröffentlichten Erklärung zu der Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* vom gleichen Tage (vgl. S. Z 98, Sowjetunion), Präsident John F. *Kennedy* werde sich nicht in eine ausgedehnte öffentliche Debatte mit Chruschtschow über Kuba einlassen. (Vgl. S. D 316.)

23. April: Präsident John F. *Kennedy* sagt dem französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle,* in einer persönlichen Botschaft seine Unterstützung bei den Bemühungen um eine Niederschlagung des Putsches in Algerien zu (vgl. S. Z 93, Algerien).

24. April: Finanzminister Douglas *Dillon* fordert auf einer Pressekonferenz in Washington die Mitgliedstaaten der EFTA auf, sich der EWG anzuschließen. Dillon räumt jedoch ein, daß die politisch neutralen Mitglieder der EFTA kaum Vollmitglieder der EWG werden könnten.

24.—25. April: Der indonesische Präsident, Achmed *Sukarno,* besucht die Vereinigten Staaten und führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy.* In einem gemeinsamen Kommuniqué setzen sich die beiden Staatsmänner für ein neutrales und unabhängiges Laos ein und betonen die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit der afrikanischen und asiatischen Staaten zu schützen.

28. April: Präsident John F. *Kennedy* gibt in einer Botschaft an den indischen Premierminister, Jawaharlal *Nehru,* seiner Besorgnis über die Verzögerung der Feuereinstellung in Laos Ausdruck und ersucht Nehru, bei der sowjetischen Regierung vorstellig zu werden, um eine baldige Waffenruhe zu erreichen.

Vietnam

25.—28. April: Der in Kambodscha im Exil lebende laotische Ministerpräsident, Souvanna *Phouma,* und der Führer des laotischen Pathet Lao, Soupha *Nouvong,* führen in Hanoi mit dem Ministerpräsidenten der Demokratischen Republik Vietnam, *Pham Van Dong,* Besprechungen über die Laos-Krise. In einem gemeinsamen Kommuniqué erklären die Gesprächspartner, „gewisse Mitgliedstaaten der SEATO und namentlich die Vereinigten Staaten“ seien für die Verschärfung der Lage in Laos verantwortlich.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

16. April: Die Vollversammlung verabschiedet drei Resolutionen zur Kongo-Frage. In einer mit 61 gegen fünf Stimmen bei 33 Enthaltungen angenommenen asiatisch-afrikanischen Resolution wird der Abzug aller Belgier aus dem Kongo gefordert. Die Versammlung billigt ferner eine weitere asiatisch-afrikanische Resolution mit 60 gegen 15 Stimmen bei 23 Enthaltungen, in der die kongolesischen Politiker vor militärischen Auseinandersetzungen gewarnt, die Einfuhr von Waffen untersagt, die Einberufung des Parlaments verlangt und eine Vermittlungskommission eingesetzt werden. In einer mit 45 gegen drei Stimmen bei 49 Enthaltungen verabschiedeten indischen Resolution wird die Einsetzung einer aus Juristen Aethiopiens, Birmas, Mexikos und Togos bestehenden Kommission bestimmt, die die Umstände der Ermordung des ehemaligen kongolesischen Ministerpräsidenten, Patrice *Lumumba,* untersuchen soll. Die Versammlung lehnt mit 53 gegen 29 Stimmen bei 17 Enthaltungen einen sowjetischen Reso-

lutionsentwurf ab, in dem jede Verletzung der Einheit des Kongo verurteilt und die Einberufung des Parlaments binnen 21 Tagen gefordert wird. Am *20. April* nimmt die Vollversammlung mit 48 gegen 13 Stimmen bei 33 Enthaltungen eine Resolution an, in der dem Sicherheitsrat die Aufnahme von Mauretanien und der Mongolei in die Vereinten Nationen empfohlen wird. Die Vollversammlung verabschiedet ferner mit 73 Stimmen gegen die Stimmen Spaniens und der Südafrikanischen Union bei Stimmenthaltung von Frankreich, Großbritannien und 7 weiteren Staaten eine Resolution, in der Portugal aufgefordert wird, in Angola Reformen durchzuführen und die Unabhängigkeit vorzubereiten. Ferner wird die Einsetzung eines Unterkomitees beschlossen, das die Verhältnisse in Angola untersuchen soll. Portugal boykottierte die Debatte. Am *21. April* beendet die Vollversammlung den 2. Teil ihrer 15. ordentlichen Tagung, die am 7. März 1961 in New York begann. Zum Abschluß der Debatte über die Finanzierung der Kongo-Aktion verabschiedet die Versammlung eine pakistanische Resolution, nach der die Beiträge der finanzschwachen Staaten um 80 vH reduziert werden können und mit der ein Angebot der Vereinigten Staaten angenommen wird, fast die Hälfte der Kosten zu übernehmen. Die Resolution wird mit 67 Stimmen gegen die des Ostblocks sowie Kubas, Guineas und Malis angenommen. In einer weiteren, mit 44 Stimmen gegen die des Ostblocks, Kubas, Uruguays und Venezuelas verabschiedeten Resolution wird die Einsetzung einer Kommission zum Studium der Finanzierung künftiger Aktionen der Vereinten Nationen beschlossen. Die Versammlung beschließt die Kuba-Debatte mit der Annahme einer von Argentinien und sechs anderen lateinamerikanischen Staaten eingebrachten Resolution, in der die UN-Mitglieder aufgefordert werden, alle sich ihnen bietenden Mittel zu ergreifen, um die bestehenden Spannungen zu beseitigen (vgl. S. D 310 f.). Gegen die Resolution stimmen die Staaten des Ostblocks, Kubas, Guineas, Marokkos und des Libanon. Eine vom Politischen Ausschuß empfohlene Anrufung der Organisation Amerikanischer Staaten erzielt nicht die erforderliche Mehrheit. Die Vollversammlung vertagt auf Empfehlung des Politischen Ausschusses die Abrüstungsdebatte auf ihre nächste Tagung. Diesem Beschluß ging die Ankündigung der Delegierten der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten voraus, die beiden Regierungen seien übereingekommen, ihren Meinungsaustausch über die Abrüstungsfrage im Juni und Juli in einem geeigneten Organ fortzusetzen, über dessen Zusammensetzung man sich noch einigen müsse. Der Präsident der Versammlung, Frederick H. *Boland*, weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Tagungsordnungspunkte Korea, Tibet, Oman, die Entwicklung Afrikas sowie die friedliche Erforschung des Weltraums unerledigt geblieben seien.

18. April: In Wien wird die am 2. März eröffnete Konferenz der Vereinten Nationen über die diplomatischen Beziehungen und Immunitäten beendet. An der Konferenz nahmen Vertreter von 85 Staaten teil. Zum Abschluß ihrer Beratungen unterzeichnen die Teilnehmer eine Konvention, in der im wesentlichen die bisherigen Gepflogenheiten des diplomatischen Verkehrs kodifiziert und für allgemein verbindlich erklärt werden.

29. April: In Genf wird nach dreiwöchiger Dauer die 16. Tagung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) beendet. Die Kommission erörterte den Bericht des Sekretariats über die wirtschaftliche Entwicklung Europas. Dieser Bericht wurde von den Delegierten der Ostblockstaaten kritisiert, da er nach ihrer Ansicht ein zu ungünstiges Bild von der wirtschaftlichen Situation ihrer Länder gebe. Zum Abschluß der Tagung wurde eine Reihe von Resolutionen verabschiedet, in denen der Handelsausschuß der ECE aufgefordert wird, Empfehlungen auszuarbeiten, die zur Beseitigung der wirtschaftlichen und handelspolitischen Hindernisse im Handel zwischen den ECE-Ländern beitragen könnten.

Europarat

24. April: In Straßburg tagt das Ministerkomitee des Europarates unter dem Vorsitz des Außenministers der Bundes-

republik Deutschland, Heinrich *von Brentano*. Die Minister beschließen, der Beratenden Versammlung die Aufnahme Zyperns als 16. Mitglied des Europarates zu empfehlen. Der britische Lordsiegelbewahrer, Edward *Heath,* und Außenminister *von Brentano* bringen übereinstimmend den Wunsch ihrer Regierungen nach einer stärkeren Annäherung Großbritanniens an die EWG zum Ausdruck. Der schwedische Handelsminister, Gunnar *Lange,* unterstreicht, daß ein vereinigter europäischer Markt die Integrität der beiden Gruppen, der EFTA und der EWG, wahren müßte und daß eine Lösung gefunden werden müsse, die es Schweden und den anderen neutralen Ländern erlaube, wirtschaftlich mit den EWG-Staaten zusammenzuarbeiten, aber politisch unabhängig zu bleiben.

24.—28. April: In Straßburg tagt die Beratende Versammlung des Europarates. Die Versammlung wählt den bisherigen Präsidenten, Per *Federspiel,* erneut zu ihrem Vorsitzenden. Im Mittelpunkt der Erörterungen steht die europäische Integrationspolitik. Die Versammlung verabschiedet zum Abschluß der politischen Aussprache eine Empfehlung an die Regierungen der EWG- und der EFTA-Staaten, sobald wie möglich Verhandlungen über eine Assoziierung der beiden Wirtschaftsblöcke aufzunehmen. In der Empfehlung wird die neueste Entwicklung in der britischen Europapolitik als ermutigend bezeichnet und den Mitgliedstaaten die Abhaltung regelmäßiger Konsultationen der Außenminister empfohlen. Zur Einleitung der wirtschaftspolitischen Debatte hält der norwegische Finanzminister, Peter Jacob *Bjerve,* ein Referat über die wirtschaftliche Entwicklung. Die Versammlung verabschiedet zum Abschluß der Aussprache eine Resolution, in der eine beschleunigte wirtschaftliche, finanzielle und monetäre Zusammenarbeit der OEEC-Länder gefordert wird.

Mittelpakt-Organisation (CENTO)

27.—28. April: In Ankara findet die neunte Tagung des Ministerrates der Mittelpakt-Organisation (CENTO) statt. In ihrem Schlußkommuniqué begrüßen die Minister die enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten (vgl. S. D 303 f.).

Nordatlantikpakt-Organisation

21. April: Der frühere niederländische Außenminister, Dirk U. *Stikker,* wird als Nachfolger von Paul Henri *Spaak* zum Generalsekretär der NATO ernannt.

Internationale Konferenzen

Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche

18. April: Auf der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche legen die beiden westlichen Delegationen einen ausgearbeiteten Vertragsentwurf vor. Der Entwurf sieht ein kontrollierbares Verbot sämtlicher Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltall und unter Wasser sowie aller unterirdischen Versuche vor, die seismographische Ausschläge von 4,75 Punkten und mehr hervorrufen. Für unter dieser Grenze liegende unterirdische Explosionen sollen ein Moratorium eingeführt und Prüfungen zu deren Ermittlung eingeleitet werden. Nach dem Entwurf soll innerhalb von sechs Jahren ein weltumspannendes Netz von 180 Kontrollposten errichtet werden. Gleichzeitig sollen künstliche Erd- und Sonnensatellitensysteme zur Kontrolle im Weltall geschaffen werden. Außerdem müßten die Ursachen von nicht identifizierbaren Explosionen durch Kontrollteams an Ort und Stelle untersucht werden können. In den 24 Artikeln des Entwurfes sind die 17 Artikel aufgenommen, über die auf der Konferenz bereits Einigkeit erzielt wurde.

Konferenz der Präsidenten von Ghana, Guinea und Mali

27.—29. April: In Akkra findet eine Konferenz der Präsidenten von Ghana, Kwame *Nkrumah,* von Guinea, Sekou *Touré,* und von Mali, Modibo *Keita,* statt. Die Präsidenten unterzeichnen zum Abschluß ihrer Besprechungen eine Charta, in der der Zusammenschluß ihrer drei Länder zu einer „Union der afrikanischen Staaten“ vorgesehen ist.

Zeittafel vom 1. bis zum 15. Mai 1961

Algerien

6. Mai: Der ehemalige General André *Zeller*, einer der Führer des Putsches in Algerien (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 93), stellt sich den Behörden, die ihn verhaften und nach Paris überführen.

Argentinien

1. Mai: Präsident Arturo *Frondizi* weist in einer Botschaft an den Kongreß aus Anlaß des Ablaufs der ersten Hälfte seiner sechsjährigen Amtszeit darauf hin, daß unter seiner Präsidentschaft freie Wahlen stattgefunden hätten und die Freiheit der Kritik an der Regierung gewährleistet sei. Zum ersten Male seit Jahrzehnten sei die Opposition im Senat vertreten, und ihre Zahl in der Abgeordnetenkammer nehme ständig zu. Frondizi entwickelt die Grundlinien des wirtschaftlichen Entwicklungsplans für die nächsten drei Jahre.

Belgien

2. Mai: Ministerpräsident Theo *Lefèvre* kündigt in einer Regierungserklärung vor beiden Häusern des Parlaments an, seine Regierung werde ihre Außenpolitik im Rahmen der Benelux-Union, der europäischen Gemeinschaften und des Atlantikpaktes fortführen. Belgien werde auf jede kolonialistische oder neokolonialistische Politik verzichten und dem jungen kongolesischen Staat im Rahmen seiner Mittel helfen, sofern dies von den kongolesischen Behörden gewünscht werde. Belgien bleibe den Idealen der Vereinten Nationen treu und sei zu weiterer Zusammenarbeit bereit; jedoch müßten die ungerechtfertigten Diskriminierungen eingestellt werden, denen Belgien und seine Staatsangehörigen in letzter Zeit ausgesetzt gewesen seien. Am *5. Mai* billigt die Deputiertenkammer mit 147 gegen 38 Stimmen bei 15 Enthaltungen die Regierungserklärung.

7. Mai: Auf einem außerordentlichen Parteitag in Brüssel wird Senator Omer *Vanaudenhove* als Nachfolger vor Roger *Motz* zum neuen Vorsitzenden der Liberalen Partei gewählt.

Brasilien

10.—13. Mai: Der indonesische Präsident, Achmed *Sukarno*, besucht Brasilien und führt in Rio de Janeiro Besprechungen mit Präsident Janio da Silva *Quadros*.

10. Mai: Die Regierung unterstreicht in einer Erklärung zur Kuba-Frage, sie verteidige das Selbstbestimmungsrecht des kubanischen Volkes und werde sich jeder Intervention widersetzen, mit der Kuba eine bestimmte Regierungsform aufgezwungen werden solle. Sie betrachte jede wirtschaftliche, militärische und ideologische Einmischung als eine derartige Intervention. Brasilien werde nach den bestehenden internationalen Abkommen kein Regime auf dem amerikanischen Kontinent anerkennen, welches seinen Ursprung in einer offenbaren Einmischung ausländischer Mächte habe. In diesem Falle werde es alle Maßnahmen zur Gewährleistung der kontinentalen Integrität unterstützen, sofern sie nicht einer Intervention gleichkämen. In der Erklärung bietet die Regierung ihre guten Dienste zur Vermittlung bei Konflikten an.

China

6. Mai: Der Ministerpräsident der Volksrepublik China, *Chou En-lai*, fordert in einer Botschaft das Staatsoberhaupt von Kambodscha, Norodom *Sihanouk*, auf, seinen am 1. Mai in Vientiane bekanntgegebenen Entschluß, an der Genfer Laos-Konferenz nicht teilzunehmen (vgl. S. Z 107, Laos), zu überprüfen. Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß Sihanouk doch noch an der Konferenz teilnehmen möge.

14.—15. Mai: Der amerikanische Vizepräsident, Lyndon B. *Johnson*, besucht die Republik China (Taiwan) und führt in Taipeh Besprechungen mit Staatspräsident *Chiang Kai-shek*. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, *Johnson* habe versichert, daß die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigten, die Volksrepublik China anzuerkennen, und ihrer Aufnahme in die Vereinten Nationen nicht zustimmen wür-

den. In der Erklärung wird ferner betont, daß neue Maßnahmen zur Zusammenarbeit der freien Nationen Asiens untereinander sowie mit den Vereinigten Staaten und anderen Ländern notwendig seien.

Deutschland

1. Mai: Die drei westlichen Stadtkommandanten von Berlin protestieren in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Abhaltung einer Militärparade anläßlich der Maifeiern in Ost-Berlin. In der Erklärung heißt es, der Charakter der Parade zeige eindeutig, wer in Berlin eine Frontstimmung aufrechterhalte. Die Parade stelle eine militärische Demonstration dar, die mit dem Viermächtestatus der Stadt unvereinbar sei und die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedrohe.

5. Mai: Im Bundestag findet eine Debatte über die Entwicklungshilfe statt. Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* erklärt in einem Ueberblick über die politischen Grundsätze der Bundesregierung, die Entwicklungshilfe stelle eine politische und moralische Verpflichtung dar. Die Bundesregierung sei der Ansicht, daß alle Entwicklungshilfe auf der Grundlage einer Partnerschaft mit den Entwicklungsländern gewährt werden müsse. Ziel der Hilfe müsse die Ueberwindung überlebter Sozialstrukturen und die Eingliederung der Entwicklungsländer in die arbeitsteilige Weltwirtschaft sein, wozu vor allem eine „Hilfe zur Selbsthilfe" notwendig sei. Von Brentano unterbreitet ein umfassendes Programm wirtschaftlicher, finanzieller, technischer und erzieherischer Maßnahmen, welches die Bundesregierung zu verwirklichen gedenke. Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Ludger *Westrick,* der in Vertretung von Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* spricht, beziffert die Höhe der deutschen Entwicklungshilfe für 1961/62 auf fünf Milliarden DM. In diesem Betrag seien jedoch die privaten Kapitalausfuhren oder langfristige Kredite der Bundesbank nicht enthalten. In der Debatte stimmen alle Redner grundsätzlich mit den Vorschlägen der Bundesregierung überein. Sprecher der Opposition fordern lediglich, die Bundesregierung möge schneller und entschlossener handeln als bisher. Der Bundestag verabschiedet am gleichen Tage ein Entwicklungsgesetz, das die Verwendung von Mitteln aus dem ERP-Vermögen für Zwecke der Entwicklungshilfe regelt.

Der Präsident der EWG-Kommission, Walter *Hallstein,* entwirft in einem Vortrag vor der Universität Tübingen die Konzeption einer europäischen Entwicklungspolitik für Afrika (vgl. S. D 326 ff.).

Der amerikanische Handelsminister, Luther H. *Hodges,* führt anläßlich seines Besuches auf der Messe in Hannover eine Unterredung mit Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard.* Am *8. Mai* setzt sich *Hodges* in München vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik für eine Verstärkung der Entwicklungshilfe ein.

7. Mai: Tod des ehemaligen Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Jakob *Kaiser.*

8. Mai: Der Präsident der EWG-Kommission, Walter *Hallstein,* erklärt in einem Vortrag vor dem Hamburger Ueberseeklub, der Wille zur politischen Einheit innerhalb der Gemeinschaft der Sechs bedeute nicht auch gleichzeitig eine politische Isolierung von der übrigen Welt. Die EWG habe als Handelspartner und Teil der freien Welt allen Grund, mit offenem Sinn und gutem Willen an die Gestaltung ihrer Außenbeziehungen heranzugehen, zumal sie auf einen intensiven Austausch mit der übrigen Welt angewiesen sei. (Vgl. S. D 337 ff.).

12. Mai: Der Sonderberater des amerikanischen Präsidenten für strategische Fragen, Henry A. *Kissinger,* setzt sich auf einer Pressekonferenz in Bonn für eine Stärkung der konventionellen Streitkräfte im Rahmen der westlichen Verteidigung ein. Diese Stärkung sei kein Ersatz für atomare Waffen. Sie sei notwendig, damit der Westen eine größere Beweglichkeit erhalte, damit die Schwelle für einen allgemeinen Krieg heraufgesetzt werde und damit die Sowjetunion in dem Zeitraum, der vor der Auslösung atomarer Gegenschläge verstreichen muß, nicht räumliche Pfänder in die Hand bekomme. „Wir können keine Niederlage im konventionellen Kampf in Europa dulden, ohne die ato-

maren Waffen einzusetzen. Die Pause vor dem atomaren Schlag heißt nicht, daß nach unserer Ansicht die Sowjets bis an den Rhein gehen können und dann erst atomare Waffen eingesetzt werden." Kissinger befürwortet ein Mitspracherecht der Bündnispartner der Vereinigten Staaten beim Einsatz taktischer Atomwaffen, hält dagegen ein Mitspracherecht bei den strategischen atomaren Waffen nicht für sinnvoll.

13. Mai: Bundesverteidigungsminister Franz-Josef *Strauß* erklärt in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, ein Krieg mit herkömmlichen Waffen sei für Mitteleuropa undenkbar. Die Bundesregierung halte an der Politik der Abschreckung fest. Strauß unterstützt die amerikanischen Vorschläge zu einer Stärkung der konventionellen Streitkräfte, unterstreicht jedoch, daß die Bundesrepublik nicht mehr als zwölf Divisionen konventioneller Truppen aufstellen könne. Sie müsse sich schon aus politischen Gründen an die entsprechenden Pläne der NATO halten.

Frankreich

6. Mai: Der Delegierte Minister bei der Ministerpräsidentschaft, Roger *Frey*, wird als Nachfolger von Pierre *Chatenet* zum neuen Innenminister ernannt.

8. Mai: Staatspräsident Charles *de Gaulle* erklärt in einer Ansprache über Rundfunk und Fernsehen, der Putsch in Algerien (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 93, Algerien) habe den Staat nicht in eine Krise gestürzt. Angesichts der Autorität des Staates, der Einheit der Nation und der Loyalität von Armee und Verwaltung sei der Putsch kurz nach seinem Ausbruch zusammengebrochen. De Gaulle unterstreicht die Notwendigkeit einer verstärkten Kontrolle der Verwaltung und der militärischen Schlüsselpositionen durch die Staatsgewalt. Auf die Algerien-Frage eingehend, wiederholt er sein früheres Angebot, Algerien in einen unabhängigen, mit allen Souveränitätsrechten ausgestatteten Staat zu verwandeln und mit diesem im Rahmen einer Assoziierung zusammenzuarbeiten. Für den Fall einer völligen Loslösung Algeriens vom Mutterland stellt er erneut eine Teilung Algeriens und die Ausweisung aller Algerier aus Frankreich in Aussicht. Abgesehen von der Lösung des Algerien-Problems hänge die Zukunft der Nation von der Bewältigung einer großen nationalen Aufgabe ab: der Entwicklung Frankreichs. De Gaulle schließt seine Ansprache mit der Ankündigung eines umfassenden Programms zur wirtschaftlichen Entwicklung des Mutterlandes.

11. Mai: Die Regierung kündigt in einer in Paris veröffentlichten Erklärung an, daß die Verhandlungen in Evian am 20. Mai beginnen sollen (vgl. S. Z 109, Tunesien).

Ghana

3. Mai: Präsident Kwame *Nkrumah* übernimmt im Rahmen einer Kabinettsumbildung zusätzlich die Leitung eines neugeschaffenen Ministeriums für afrikanische Angelegenheiten.

14.—15. Mai: Der indonesische Präsident, Achmed *Sukarno*, besucht Ghana und führt in Accra Besprechungen mit Präsident Kwame *Nkrumah*.

Griechenland

4.—6. Mai: Der jugoslawische Vizepräsident, Aleksander *Rankovic*, besucht Griechenland und führt in Athen Besprechungen mit Ministerpräsident Constantinos *Karamanlis* und Außenminister Evanghelos *Averoff*. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird erklärt, die Gespräche hätten in einer Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses und der Freundschaft stattgefunden.

Großbritannien

8.—12. Mai: Der finnische Staatspräsident, Urho K. *Kekkonen*, besucht Großbritannien und führt in London Besprechungen mit Premierminister Harold *Macmillan*. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die britische Regierung verstehe die Gründe, die Finnland zu einer Neutralitätspolitik veranlaßten. Beide Seiten begrüßen den Beitritt Finnlands zur EFTA und äußern ihre Genugtuung über das hohe Niveau der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern.

Indien

4. Mai: Der amerikanische Sonderbotschafter Averell *Harriman* führt in Neu-Delhi mit Premierminister Jawaharlal *Nehru* Besprechungen über die Laos-Krise.

Iran

5. Mai: Nach blutigen Demonstrationen von Lehrern und Studenten in Teheran tritt die Regierung des Ministerpräsidenten Jafar Sharif *Emami* zurück. Am gleichen Tage bildet der ehemalige Botschafter in Washington, Ali *Amini*, eine neue Regierung, in der der bisherige Außenminister, Gods *Nakhai*, und der bisherige Verteidigungsminister, General Ali *Naghdi*, ihre Aemter beibehalten. Am 6. Mai erklärt *Amini* in einem Interview mit AFP, seine Regierung werde sich zur Charta der Vereinten Nationen und zu den Verpflichtungen aus dem CENTO-Pakt bekennen. Er hoffe auf bessere Beziehungen mit dem Ausland, insbesondere mit den Nachbarn des Iran. Auf innenpolitischem Gebiet werde er sich um eine Senkung der Preise und um eine Lösung der Lehrerkrise bemühen. Am *9. Mai* löst Schah Mohammed *Reza Pahlevi* beide Häuser des Parlaments mit der Begründung auf, bei den letzten Parlamentswahlen im Februar seien Unregelmäßigkeiten vorgekommen.

Kambodscha

3. Mai: Der amerikanische Sonderbotschafter Averell *Harriman* führt in Phnom Penh mit dem Staatsoberhaupt, Norodom *Sihanouk*, Besprechungen über die Laos-Krise.

8. Mai: Das Staatsoberhaupt, Norodom *Sihanouk*, erklärt in der Antwort auf die Botschaft des Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, *Chou En-lai*, vom 6. Mai (vgl. S. Z 103, China) erneut, er sehe sich nach seiner Unterredung mit König *Savang Vathana* von Laos (vgl. S. Z 107, Laos) außerstande, an der Internationalen Laos-Konferenz teilzunehmen.

12. Mai: Das Staatsoberhaupt, Norodom *Sihanouk*, erklärt sich entgegen seinem früheren Entschluß in einem in Phnom Penh veröffentlichten Kommuniqué bereit, an der Internationalen Laos-Konferenz teilzunehmen.

Kanada

2. Mai: Der tunesische Staatspräsident, Habib *Bourguiba*, beendet einen dreitägigen Besuch Kanadas, in dessen Verlauf er in Ottawa Besprechungen mit Premierminister John *Diefenbaker* führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué unterstreichen die Gesprächspartner die Notwendigkeit einer aktiven Unterstützung der Vereinten Nationen und befürworten eine Lösung der Algerien-Frage auf der Grundlage der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung.

Kongo (Brazzaville)

4. Mai: Präsident Fulbert *Youlou* warnt auf einer Pressekonferenz in Brazzaville vor der Gefahr eines internationalen Krieges für den Fall, daß der von der kongolesischen Regierung (Léopoldville) verhaftete Ministerpräsident des Katanga, Moise *Tshombé* (vgl. S. Z 107, Kongo/Léopoldville) nicht freigelassen würde. *Youlou* fordert den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hammarskjöld*, auf, unverzüglich nach Brazzaville zu kommen, und teilt mit, er habe die Staatschefs der elf ehemals französischen Gebiete ersucht, sich offiziell dem feierlichen Protest anzuschließen, den er gegen den „Banditenakt von Coquilhatville" erhebe.

Kongo (Léopoldville)

2. Mai: Die Regierung des Katanga fordert die Vereinten Nationen in einem Appell auf, sich für die sofortige Freilassung von Präsident Moise *Tshombé* durch die Zentralregierung und für die Einberufung einer neuen Konferenz kongolesischer Politiker einzusetzen, bei der die Immunität aller Teilnehmer garantiert werde. In dem Appell erklärt sich die Regierung des Katanga zu Besprechungen über die Anwendung der Resolution des Sicherheitsrates vom 21. Februar (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 189 f.) bereit. Am gleichen Tage macht jedoch der Innenminister des Katanga, Godefroid *Munongo*, auf einer Pressekonferenz in Elisabethville die Aufnahme dieser Bespre-

chungen von der Freilassung *Tshombés* abhängig.

7. Mai: Die Regierung kündigt in einer in Léopoldville veröffentlichten Erklärung an, sie werde den am 26. April in Coquilhatville verhafteten Präsidenten des Katanga, Moise *Tshombé,* vor Gericht stellen. Die Anklage werde folgende Punkte umfassen: Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Patrice *Lumumba* und Massentötungen der Balubas, Geldfälschung, Widerstand gegen die Zentralregierung und Aneignung von Eigentum der Republik. *Tshombé* wurde verhaftet, als er sich weigerte, an der seit dem 23. April in Coquilhatville tagenden Konferenz kongolesischer Politiker weiter teilzunehmen, auf der über die zukünftige Staatsform des Kongo beraten wird.

13. Mai: Staatspräsident Joseph *Kasavubu* kündigt in einer in Léopoldville veröffentlichten Erklärung an, er werde unmittelbar nach Abschluß der Konferenz von Coquilhatville das Parlament einberufen. Er teilt mit, er habe die Vereinten Nationen gebeten, den Abgeordneten bei ihrer Anreise behilflich zu sein und für ihre Sicherheit zu sorgen.

Kuba

1. Mai: Ministerpräsident Fidel *Castro* erklärt in einer Rede in Havanna zum Abschluß der Maifeiern, Kuba sei ein sozialistisches Land. Auf der Insel habe nun die arbeitende Klasse die Macht inne, und die „Revolution" habe nicht die Absicht, den unterdrückenden Klassen irgendeine Möglichkeit zur Rückkehr an die Macht zu geben. Castro kündigt an, daß auf Kuba keine Wahlen mehr stattfinden würden. Von nun an werde die Regierung mit der direkten Unterstützung des Volkes arbeiten, wie sie sich zum Beispiel auf Kundgebungen manifestiere.

Laos

1. Mai: Der amerikanische Sonderbotschafter Averell *Harriman* führt in Luang Prabang mit König *Savang Vathana* Besprechungen über die Laos-Krise.

Das Staatsoberhaupt von Kambodscha, Norodom *Sihanouk,* erklärt in Vientiane nach einer Unterredung mit König *Savang Vathana,* die er in Luang Prabang führte, er ziehe seinen Vorschlag zur Einberufung einer internationalen Laos-Konferenz vom 2. Januar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 24, Kambodscha) zurück. Kambodscha werde an der Konferenz, die am 12. Mai in Genf beginnen soll, jedenfalls nicht teilnehmen.

6. Mai: Nach verschiedenen ergebnislosen Versuchen zur Kontaktaufnahme treten in Ban Hin Heup zum ersten Male Vertreter der kämpfenden Parteien zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand zusammen.

7. Mai: Ministerpräsident *Boun Oum* schlägt in einer in Vientiane veröffentlichten Erklärung eine Zusammenkunft mit dem in Kambodscha lebenden Führer der Neutralisten, Souvanna *Phouma,* und dem Führer des Pathet Lao, Soupha *Nouvong,* in Phon Hong nördlich von Vientiane vor, auf der Möglichkeiten einer nationalen Versöhnung und der Bildung einer gemeinsamen Delegation für die Genfer Laos-Konferenz erörtert werden sollen.

9. Mai: Vertreter der Internationalen Kontrollkommission für Laos führen in Vientiane Besprechungen mit Ministerpräsident *Boun Oum* und Verteidigungsminister Phoumi *Nosavan.* In einer Erklärung über die Besprechungen wird mitgeteilt, der Vorsitzende der Kommission, Samarandranat *Sen,* habe formell zugesichert, daß die Kommission in erster Linie für eine wirksame Durchführung des Waffenstillstandes sorgen werde. Er habe daher eine Aufrechterhaltung der in Ban Hin Heup aufgenommenen Kontakte befürwortet. *Boun Oum* habe seinerseits zugesichert, entsprechend seiner Ankündigung vom 7. Mai mit den Führern der Oppositionsgruppen, Souvanna *Phouma* und Soupha *Nouvong,* zusammenkommen zu wollen.

13. Mai: Vertreter der Regierung *Boun Oum,* des in Kambodscha lebenden Ministerpräsidenten Souvanna *Phouma* und des Pathet Lao unterzeichnen in Na Mon südlich von Vang Vieng ein Waffenstillstandsabkommen, das rückwirkend ab 3. Mai gelten soll.

Libyen

3. Mai: Im Rahmen einer Kabinettsumbildung werden Sulaiman *Jerbi* zum Nachfolger des bisherigen Außenministers Abdualgadir *Al'allam* und Abdul *Mela Lenghi* zum Nachfolger des bisherigen Verteidigungsministers Ahmad *Al'hasari* ernannt.

Oesterreich

3. Mai: Außenminister Bruno *Kreisky* setzt sich vor Pressevertretern in Wien für eine differenzierte Integration der europäischen Staaten ein. Da es nicht möglich sei, ganz Europa in der gleichen Form zusammenzuschließen, müßten um den Kern der sechs EWG-Staaten herum lockere, den Gegebenheiten der einzelnen Länder angepaßte Assoziationsformen gruppiert werden. Auf diese Weise ließe sich nach Ansicht Kreiskys auch für die neutralen Staaten eine Form der wirtschaftlichen Integration finden, die ihnen keine unzumutbaren politischen Bindungen auferlegen würde.

Philippinen

13.—14. Mai: Der amerikanische Vizepräsident, Lyndon B. *Johnson,* besucht die Philippinen und führt in Manila Besprechungen mit Präsident Carlos P. *Garcia. Johnson* erklärt in einer Rede vor dem Kongreß, die Vereinigten Staaten stünden zu den Verpflichtungen, die sie für die Verteidigung der Freiheit eingegangen seien. Die Bevölkerung der Philippinen habe den Kommunismus besiegt, wirtschaftliche und soziale Reformen eingeführt und damit der Welt eine Lehre gegeben, die sie beherzigen sollte. In einem gemeinsamen Kommuniqué unterstreichen die Gesprächspartner ihre Entschlossenheit, der kommunistischen Gefahr in Asien entgegenzutreten.

Portugal

3. Mai: Bei einer Kabinettsumbildung werden Alberto Franco *Nogueira* zum Außenminister, Alfredo Rodrigues *dos Santos* zum Innenminister und Manuel Lopes *de Almeida* zum Erziehungsminister ernannt.

11. Mai: Die Führer der Opposition fordern auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Lissabon den Rücktritt der Regierung und die Wiedereinführung demokratischer Regierungsformen in Portugal und Angola. Sie beschuldigen die Regierung, daß sie das Land außenpolitisch in Mißkredit gebracht habe, und machen sie verantwortlich für die gegenwärtigen Ereignisse in Angola, die vorauszusehen gewesen wären.

11.—15. Mai: Der deutsche Bundeswirtschaftsminister, Ludwig *Erhard,* besucht Portugal und führt in Lissabon mit Mitgliedern der Regierung Besprechungen über Wirtschaftsfragen von beiderseitigem Interesse. In einem gemeinsamen Abschlußkommuniqué heißt es, die Bundesregierung sei bereit, sich an langfristigen Finanzierungen geeigneter portugiesischer Projekte zu beteiligen.

Sowjetunion

3. Mai: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* führt in Moskau eine Unterredung mit dem Leiter einer brasilianischen Regierungsdelegation, Paulo *Leao de Maura.* Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Besprechungen der Delegation mit Vertretern der Regierung zu einer Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern führen möchten, und unterstreicht, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu einer Verbesserung der allgemeinen Beziehungen beitragen könnte.

6. Mai: Das Präsidium des Obersten Sowjet veröffentlicht einen Erlaß, der die Anwendung der Todesstrafe wegen Diebstahls von Staats- und Gesellschaftseigentums in besonders großem Umfang, wegen gewerbsmäßiger Fälschung von Geld- und Wertpapieren und wegen deren gewerbsmäßigen Absatzes vorsieht.

12. Mai: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* hebt in einer Rede in Tbilissi die wirtschaftlichen Erfolge des Sozialismus hervor und appelliert an den amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy,* die Politik der friedlichen Koexistenz zu übernehmen. Obwohl er und Kennedy verschiedener Ansicht über die Entwicklung der Gesellschaft seien, so müsse man doch die Dinge real sehen und in bestimmten Fragen eine gemeinsame Sprache finden. Um der Erhaltung des Friedens

willen sei die Sowjetunion bereit, mit jedem beliebigen Staat Beziehungen zu erhalten und zu fördern.

Spanien

8.—11. Mai: Der deutsche Bundeswirtschaftsminister, Ludwig *Erhard,* besucht Spanien und führt in Madrid mit Regierungsmitgliedern Besprechungen über Fragen der europäischen Integration und der deutsch-spanischen Wirtschaftsbeziehungen. In dem gemeinsamen Abschlußkommuniqué heißt es, die Bundesregierung sei bereit, bei der Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Spaniens mitzuhelfen und Spanien nicht nur ihre technischen und wirtschaftlichen Erfahrungen zur Verfügung zu stellen, sondern es auch an den Mitteln der Kapitalhilfe der Bundesregierung teilhaben zu lassen. Zum Abschluß seines Besuches stellt Erhard die Gewährung eines langfristigen Kredits in Höhe von 200 Millionen DM durch die Bundesregierung in Aussicht.

Südafrikanische Union

1. Mai: Generalgouverneur Charles Robert *Swart* tritt zurück. Am *10. Mai* wird er durch ein Wahlkollegium, das aus Mitgliedern beider Häuser des Parlaments besteht, mit 139 gegen 71 Stimmen zum ersten Präsidenten der Südafrikanischen Republik gewählt, die am 31. Mai ausgerufen werden wird.

Tanganjika

1. Mai: Das von Großbritannien verwaltete Treuhandgebiet erhält die interne Selbstregierung. Am gleichen Tage wird das von Chefminister Julius K. *Nyerere* geleitete Kabinett in Dar es Salaam von Gouverneur Sir Richard *Turnbull* vereidigt.

Tunesien

11. Mai: Die Provisorische Regierung der Republik Algerien (GPRA) kündigt in einer in Tunis veröffentlichten Erklärung die Aufnahme der Verhandlungen in Evian am 20. Mai an (vgl. S. Z 105, Frankreich).

Ungarn

5.—15. Mai: Eine brasilianische Regierungskommission verhandelt in Budapest mit Regierungsvertretern über eine Erweiterung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen Brasilien und Ungarn. Zum Abschluß der Verhandlungen wird ein Handelsvertrag unterzeichnet.

Uruguay

7.—9. Mai: Der indonesische Präsident, Achmed *Sukarno,* besucht Uruguay und führt in Montevideo Besprechungen mit Präsident Eduardo Victor *Haedo.*

Vereinigte Arabische Republik

7. Mai: Präsident Gamal Abdel *Nasser* betont in seiner Antwort auf ein Schreiben König *Husseins* vom 2. April, jedes arabische Land müsse seine eigene Politik gemäß seinen besonderen Umständen führen. Er sei nicht der Ansicht, daß die Politik aller arabischen Staaten vollständig übereinstimmen solle. Diese Unterschiede schlössen allerdings weder die arabische Solidarität aus noch das Streben nach der gesamtarabischen Einheit.

11. Mai: Der Innenminister des syrischen Landesteils, Abdel Hamid *el Serraj,* teilt in Damaskus mit, daß über die Umwandlung der „Handelsmission der DDR“ in Damaskus in ein Konsulat ein Uebereinkommen erzielt wurde.

Vereinigte Staaten

1. Mai: Außenminister Dean *Rusk* erklärt vor der Außenpolitischen Kommission des Senats, die Vereinigten Staaten verfügten über keinen Plan zu einer militärischen Intervention Kubas mit amerikanischen Streitkräften. Die Vereinigten Staaten würden jedoch „ihre Ehre verteidigen“, falls Kuba seine aggressive Politik, sei es durch einen Angriff auf den amerikanischen Stützpunkt Guantanamo, sei es auf andere Weise, fortsetze.

Der ehemalige Präsident Dwight D. *Eisenhower* erklärt nach einer Zusammenkunft mit führenden republikanischen Parteiführern auf einer Pressekonferenz in Gettysburg, es wäre nicht ratsam, eine öffentliche parlamentarische Untersuchung der fehlgeschlagenen Invasion in Kuba (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 97, Kuba) vorzunehmen, da dies zu einer Hexenjagd

führen könne. Eisenhower gibt zu, daß die Ausbildung kubanischer Flüchtlinge noch während seiner Regierungszeit begonnen habe. Er habe jedoch von weiteren Schritten Abstand genommen, da es noch keinen kubanischen Politiker gegeben habe, der bereit gewesen wäre, einen Umsturzversuch zu leiten.

3.—13. Mai: Der tunesische Staatspräsident, Habib *Bourguiba,* besucht die Vereinigten Staaten und führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy.* In einem gemeinsamen Kommuniqué befürworten die beiden Gesprächspartner eine friedliche Beendigung der Kolonialherrschaft. Afrika dürfe nicht Schauplatz des Kalten Krieges werden. Alle Nationen sollten die Bemühungen der Vereinten Nationen um die Lösung der Kongo-Frage unterstützen. Die Gesprächspartner heben ferner ihre Ansicht hervor, daß Verhandlungen und die friedliche Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Schlüssel zur Lösung der Algerien-Frage und zur Stabilität in Nordafrika seien. Schließlich vereinbaren sie eine Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

5. Mai: Den Vereinigten Staaten gelingt nach der Sowjetunion (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 89, Sowjetunion) ebenfalls ein Experiment mit einer bemannten Weltraumrakete, bei dem die Raumkapsel an der Spitze einer Redstone-Rakete eine Höhe von 185 Kilometern erreicht und nach einem Flug von 14 Minuten im Atlantik niedergeht.

Vietnam

2. Mai: Der amerikanische Sonderbotschafter Averell *Harriman* führt in Saigon mit dem Präsidenten der Republik Vietnam, Ngo Dinh *Diem,* und dem amerikanischen Generalstabschef, General Lyman *Lemnitzer,* der sich im Rahmen einer Inspektionsreise in Saigon aufhält, Besprechungen über die Lage in Laos und in Vietnam.

11.—13. Mai: Der amerikanische Vizepräsident, Lyndon B. *Johnson,* führt in Saigon Besprechungen mit dem Präsidenten der Republik Vietnam, Ngo Dinh *Diem,* bei denen er ein Schreiben Präsident John F. *Kennedys* überreicht. *Johnson* stellt in einer Rede vor der Nationalversammlung eine Vermehrung der amerikanischen Hilfe zur Bekämpfung des Kommunismus in Aussicht. Die Hilfe werde für die Ausbildung und Bewaffnung der zivilen Garde, die Verbesserung des zivilen Selbstverteidigungskorps, die Vermehrung der regulären Streitkräfte sowie für die Finanzierung eines langfristigen Entwicklungsprogramms verwandt werden. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, es sei offensichtlich, daß die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der Republik Vietnam durch die kommunistischen Agenten aus Nord-Vietnam systematisch und brutal verletzt werde. Daher müßten alle Maßnahmen zum Schutz der Republik intensiviert werden.

12. Mai: Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam protestiert in einem Schreiben an die beiden Vorsitzenden der Genfer Indochina-Konferenz von 1954, den sowjetischen und den britischen Außenminister, gegen den Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten, Lyndon B. *Johnson,* in der Republik Vietnam. In dem Schreiben wird der Besuch als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des vietnamesischen Volkes und als ein Versuch der Sabotage des Genfer Indochina-Abkommens bezeichnet. Die Regierung fordert sofortige Maßnahmen gegen diese „amerikanische Intervention", durch die der Friede in Südostasien gefährdet werde.

Internationale Organisationen

Europäische Freihandels-Assoziation

9.—10. Mai: In London findet eine Tagung des Konsultativkomitees der EFTA statt, auf der Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Westeuropas sowie Fragen der Zusammenarbeit der EFTA-Länder auf den Gebieten der Sozialpolitik und der Industrieerzeugung erörtert wer-

den. Der britische Handelsminister, Reginald *Maudling*, hebt auf einer Pressekonferenz hervor, von besonderem Wert sei die Aussprache über die Bemühungen der britischen Regierung um eine Verständigung mit der EWG gewesen. Ziel dieser Bemühungen bleibe der Abschluß eines multilateralen Assoziierungsabkommens, das allen Beteiligten die Wahrung ihrer besonderen Interessen ermögliche.

Europäische Gemeinschaften

2.—3. Mai: In Brüssel tagen die Ministerräte der EWG und der EAG. Der Rat der EWG erörtert Fragen der Assoziierung der Niederländischen Antillen und die Verhandlungen mit dem GATT über den gemeinsamen EWG-Zolltarif. Er beschäftigt sich ferner mit dem von der EWG-Kommission paraphierten Assoziierungsvertrag mit Griechenland (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 82), zu dem mehrere Mitglieder Vorbehalte machen. Der Rat beschließt, über den Vertrag erneut auf einer Sondersitzung zu beraten.

3.—4. Mai: In Bonn findet eine Konferenz des europäisch-afrikanischen Kontaktausschusses des Europäischen Parlaments statt, auf der die für den 19. bis 25. Juni in Straßburg vorgesehene europäisch-afrikanische Parlamentarierkonferenz vorbereitet wird. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans *Furler*, erklärt in einer Begrüßungsansprache, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika müsse sich auf die Grundsätze der Freundschaft, der Freiheit und der Achtung vor der Souveränität aller beteiligten Staaten gründen. Furler betont, diese Zusammenarbeit werde sich nicht gegen die nicht beteiligten afrikanischen Staaten richten.

5. Mai: In Bonn findet eine Tagung der Außenminister der EWG-Staaten statt. In einem Kommuniqué wird eine Verschiebung der für den 19. Mai in Bonn vorgesehenen Konferenz der Regierungschefs auf Juli bekanntgegeben. Die Verschiebung sei notwendig geworden, da infolge der Vertagung der ursprünglich für den 28. April vorgesehenen Außenministerkonferenz nicht genügend Zeit zur Vorbereitung der Gipfelkonferenz geblieben sei. (Vgl. S. D 325.)

8.—10. Mai: In Straßburg tagt das Europäische Parlament. Die Versammlung erörtert einen Bericht des niederländischen Abgeordneten P. J. *Kapteyn* über die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Assoziierung der EWG mit den überseeischen Ländern. Kapteyn befürwortet eine Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung, die durch die Errichtung gemeinsamer Institutionen gefestigt werden müsse. Die Versammlung vertagt die vorgesehene Debatte über die politische Zusammenarbeit zwischen den EWG-Staaten. Der belgische Senator Fernand *Dehousse* bedauert in einer im Namen des Politischen Ausschusses abgegebenen Erklärung den Beschluß der sechs Außenminister vom 5. Mai (vgl. oben), die auf den 19. Mai angesetzte Konferenz der Regierungschefs der EWG-Staaten auf unbestimmte Zeit zu verschieben, und appelliert an die sechs Regierungen, die im Rahmen der EWG geschaffenen wirtschaftlichen Bande durch eine politische Zusammenarbeit zu festigen.

15. Mai: Auf einer Sitzung des Forschungs- und Kulturausschusses des Europäischen Parlaments in Florenz wird ein Vertrag zum Erwerb eines Geländes für die Europäische Universität unterzeichnet.

Lateinamerikanische Freihandelsassoziation

2. Mai: Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch die Vertreter Argentiniens, Brasiliens, Chiles, Mexikos, Perus und Uruguays im Außenministerium von Uruguay in Montevideo tritt der Vertrag über die Schaffung der Lateinamerikanischen Freihandelsassoziation in Kraft. Die Freihandelsassoziation wird ihren Verwaltungssitz in Montevideo haben.

Nordatlantikpakt-Organisation

8.—10. Mai: In Oslo tagt der Ministerrat der NATO unter dem Vorsitz des neuen Generalsekretärs, Dirk U. *Stikker*. Der Rat erörtert die internationale Lage, insbesondere die Berlin-Frage, die Abrüstungsfrage sowie Fragen der Entwick-

lungshilfe und der langfristigen Planung innerhalb des Bündnisses. Im Verlauf der Tagung unterrichtet der amerikanische Außenminister, Dean *Rusk*, den Rat von dem Beschluß seiner Regierung, der NATO fünf Polaris-Unterseeboote zur Verfügung zu stellen, über deren Einsatz jedoch allein der amerikanische Präsident entscheidet. In einem Abschlußkommuniqué unterstreichen die Minister ihre in der Erklärung vom 15. Dezember 1958 dargelegte Entschlossenheit, die Freiheit West-Berlins und seiner Bevölkerung zu wahren. (Vgl. S. D 318.)

Westeuropäische Union

6. Mai: In Bonn tagt der Ministerrat der Westeuropäischen Union. Der Rat beschäftigt sich mit der Empfehlung der WEU-Versammlung vom November 1960, in der ein Beitritt Großbritanniens zur EWG gefordert wird, und erörtert die Lage in Laos und im Kongo. (Vgl. S. D 325.)

Internationale Konferenzen

Außenministerkonferenz der Casablanca-Staaten in Kairo

5. Mai: In Kairo wird die am 30. April eröffnete Außenministerkonferenz der Staaten beendet, die an der Konferenz von Casablanca vom 4.—7. Januar (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 32) teilgenommen hatten. In einer Abschlußerklärung wird die Uebereinstimmung der Teilnehmer in allen Fragen festgestellt, die den Kongo, Algerien, Angola, Laos und den Kampf gegen den Kolonialismus und die Rassentrennungspolitik betreffen.

Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche

15. Mai: Der sowjetische Delegierte, Semjon K. *Zarapkin*, droht in einer Erklärung mit dem Abbruch der Verhandlungen und mit der Wiederaufnahme der sowjetischen Kernwaffenversuche für den Fall, daß Frankreich seine Atomexperimente fortsetze. In der Erklärung werden die amerikanische und die britische Regierung beschuldigt, Frankreich zu den Versuchen in der Sahara ermutigt und aus den Ergebnissen Nutzen gezogen zu haben. Sie müßten daher Frankreich zu einer Einstellung seiner Versuche bewegen, wenn sie einen Zusammenbruch der Verhandlungen verhindern wollten. Die westlichen Vertreter weisen die sowjetischen Vorwürfe zurück und betonen, Frankreich entwickle seine Atombomben in eigener Verantwortung. Die einzige Möglichkeit, andere Mächte von Experimenten abzuhalten, bestehe in dem baldigen Abschluß eines Abkommens. Bisher habe die Sowjetunion dies verzögert.

Konferenz afrikanischer Staaten in Monrovia

8.—12. Mai: In Monrovia findet eine Konferenz von 21 afrikanischen Staaten statt. Die Vereinigte Arabische Republik, Ghana, Guinea, Marokko und Mali nehmen nicht teil. Die Delegierten erörtern Fragen der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Unterstützung der noch unter fremder Herrschaft stehenden Gebiete Afrikas und der Förderung des Weltfriedens. Ferner werden die Situation im Kongo, in Algerien, Südafrika und Angola, Grenzfragen und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Subversionen behandelt. Die Konferenz verabschiedet mehrere Resolutionen, in denen direkte Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und dem FLN, eine schrittweise Entkolonisierung Angolas und die Fortsetzung der Aktionen der Vereinten Nationen im Kongo befürwortet werden. Die Konferenz verurteilt jede fremde Einmischung in die kongolesischen Angelegenheiten und fordert praktische und wirksame Maßnahmen gegen die südafrikanische Regierung, die mit ihrer Rassenpolitik der afrikanischen Rasse den Krieg erklärt habe. Die Konferenz beschließt ferner, bis zur nächsten Konferenz in drei Monaten Projekte für eine wirtschaftliche, kulturelle und technische Zusammenarbeit ausarbeiten zu lassen.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. Mai 1961

Afghanistan

19.—20. Mai: Der indonesische Präsident, Achmed *Sukarno,* besucht Afghanistan und führt in Kabul Besprechungen mit König Mohammad *Zahir Shah.* In einem gemeinsamen Kommuniqué unterstützt Mohammad *Zahir Shah* die indonesischen Ansprüche auf Niederländisch-Neuguinea. Beide Seiten setzen sich für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und für den baldigen Friedensschluß in Algerien ein.

Belgien

19. Mai: Der österreichische Außenminister, Bruno *Kreisky,* führt in Brüssel Besprechungen mit Ministerpräsident Théo *Lefèvre* und Außenminister Paul-Henri *Spaak.*

Bolivien

23.—27. Mai: Der argentinische Präsident, Arturo *Frondizi,* besucht Bolivien und führt in La Paz mit Präsident Victor Paz *Estenssoro* Besprechungen über die Entwicklung in Kuba und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern.

Deutschland

16. Mai: Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* erklärt vor dem Verein der Auslandspresse in Bonn, die Idee eines Brückenschlages zwischen der EWG und der EFTA sei praktisch überholt und nicht mehr zu erwarten. Heute stehe nur noch ein Einzelbeitritt verschiedener Mitglieder der EFTA zur EWG zur Debatte. *Brentano* lehnt nachdrücklich eine Aenderung der Organisation der EWG mit der Begründung ab, daß nichts bereits Bestehendes gefährdet werden dürfe, und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, Großbritannien möge sich zur Vollmitgliedschaft in der EWG entschließen.

Der Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten, Abdel Khalek *Hassuna,* beendet einen zweiwöchigen Informationsbesuch in der Bundesrepublik, in dessen Verlauf er in Bonn Unterredungen mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer,* Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* und Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard* führte. *Hassuna* erklärt zum Abschluß seines Besuches auf einer Pressekonferenz in Bonn, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu der sogenannten DDR stehe für die arabischen Staaten zur Zeit nicht zur Debatte.

18. Mai: Bundeskanzler Konrad *Adenauer* führt in Bonn mit dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten für strategische Fragen, Henry *Kissinger,* eine Unterredung über Fragen der NATO-Strategie. (Vgl. die Pressekonferenz *Kissingers* am 12. Mai in Bonn, in Dokumente Jg. 1961, S. Z 104.)

20. Mai: Der französische Staatspräsident, Charles *de Gaulle,* und Bundeskanzler Konrad *Adenauer* führen in Rhöndorf und Bonn Besprechungen über Fragen der NATO und der europäischen Zusammenarbeit. *Adenauer* erklärt nach Abschluß der Besprechungen, es seien Fortschritte in Richtung auf die Einigung Europas erzielt worden. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl *Carstens,* erklärte, die Gesprächspartner seien für eine Verstärkung der in den Europäischen Gemeinschaften vorhandenen Bindungen eingetreten und hätten die Notwendigkeit einer politischen Zusammenarbeit durch regelmäßige Kosultationen der Regierungschefs betont.

23.—25. Mai: Der dänische Ministerpräsident, Viggo *Kampmann,* führt in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer,* Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* und Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard.* In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, ein Beitritt weiterer europäischer Länder zur EWG wäre im Interesse einer Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit Europas zu begrüßen. Von dänischer Seite wird erklärt, ein Entschluß Großbritanniens, über einen Beitritt zur EWG zu verhandeln, würde es Dänemark ermöglichen, eine ähnliche Haltung einzunehmen. Sollte sich die dänische Regierung zu einem Beitritt zur EWG entschließen, so erscheine es zweckmäßig, ihr rechtzeitig Gelegenheit zu geben, ihre besonderen Vorstellungen über die gemeinsame Agrarpolitik vorzubringen.

24. Mai: Der Präsident von Togo, Sylvanus *Olympio,* beendet einen zehntägigen Besuch in der Bundesrepublik, in dessen Verlauf er in Bonn Besprechungen mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer* und Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* führte. In einem Kommuniqué wird der freundschaftliche Charakter der Besprechungen hervorgehoben.

In Bonn werden die am 12. Mai eröffneten Besprechungen über eine Verlängerung des deutsch-sowjetischen Kulturabkommens vorläufig unterbrochen, da keine Einigung über eine Einbeziehung West-Berlins in den Geltungsbereich des Abkommens erzielt werden konnte.

26.—28. Mai: In Kiel findet der 12. Ordentliche Kongreß der Europa-Union Deutschland statt. Die Delegierten wählen Friedrich Carl Freiherr *von Oppenheim* erneut zum Präsidenten. Der dänische Außenminister, Jens Otto *Krag,* bekennt sich in einer Ansprache zu dem EWG-Vertrag als dem Fundament einer zukünftigen europäischen Ordnung, warnt die EWG-Länder jedoch zugleich davor, bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Agrarpolitik sich nur von ihren Interessen leiten zu lassen. Solange die Verhandlungen über eine Erweiterung der EWG noch andauerten, sei es vielmehr notwendig, alles zu unterlassen, was zu einer Verschärfung der Diskriminierungen führen könne, um deren Abschaffung man sich bei den Verhandlungen bemühe. Bundesaußenminister Heinrich *von Brentano* hebt demgegenüber hervor, daß die Schaffung eines größeren europäischen Wirtschaftsraumes naturgemäß für die nicht unmittelbar beteiligten Nationen nachteilige Folgen mit sich bringe. Dies bedeute jedoch nicht, daß die EWG zu einer Spaltung Europas führe. Sie biete im Gegenteil den Ausgangspunkt einer auf festen vertraglichen Grundlagen beruhenden und durch eine klare institutionelle Ordnung gesicherten gesamteuropäischen Zusammenarbeit. Es sei zu hoffen und zu wünschen, daß andere europäische Nationen sich dieser gemeinsamen Bemühung anschließen würden. Der Kongreß verabschiedet zum Abschluß seiner Beratungen eine Resolution, in der es heißt, nur ein föderativ geeintes Europa könne einen vollen Beitrag zur Atlantischen Gemeinschaft leisten. Deshalb müsse Europa auf den Grundlagen der EWG als Bundesstaat aufgebaut werden. Großbritannien wird ferner aufgefordert, den EWG-Vertrag in der vorliegenden Fassung und damit in seiner politischen Substanz anzunehmen. In einer weiteren Resolution bekräftigen die Delegierten ihre Verbundenheit mit Berlin.

Dominikanische Republik

30. Mai: Generalissimo Rafael Leonidas *Trujillo y Molina* wird in San Cristobal ermordet.

Finnland

16. Mai: Tod von Außenminister Ralf *Toerngren.*

Frankreich

18. Mai: Staatspräsident *Charles de Gaulle* ernennt Jean *Foyer* zum Leiter des neugeschaffenen Ministeriums für Zusammenarbeit, das für die Beziehungen zu den afrikanischen Staaten zuständig sein soll.

20. Mai: In Evian am Genfer See werden die Verhandlungen über die Zukunft Algeriens eröffnet.

Aus Anlaß der Eröffnung der Verhandlungen in Evian ordnet die Regierung die einseitige Einstellung der Kampfhandlungen in Algerien an. Zugleich gewährt sie den inhaftierten Mitgliedern der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA) Hafterleichterungen und erlaubt ihnen, mit der algerischen Delegation in Evian Kontakt aufzunehmen.

25. Mai: Aus Anlaß des Staatsbesuches des belgischen Königspaares führen der belgische Ministerpräsident, Théo *Lefèvre,* und Außenminister Paul-Henri *Spaak* in Paris Besprechungen mit Premierminister Michel *Debré* und Außenminister Maurice *Couve de Murville. Spaak* erklärt nach Abschluß der Besprechungen, es seien vor allem afrikanische und den Kongo betreffende Fragen erörtert worden. Von beiden Seiten sei übereinstimmend der Wunsch nach einer engeren politischen Zusammenarbeit in Westeuropa geäußert worden.

26. Mai: Algerienminister Louis *Joxe* erklärt auf einer Pressekonferenz in Evian, Frankreich werde bei den Verhandlungen über die Zukunft Algeriens die Schaffung eines „Etat multicommunautaire“ nach dem Vorbild des Libanon oder Kanadas fordern, in dem der nichtmohammedanischen Minderheit ausreichende Garantien gewährt würden. Im übrigen legt er noch einmal den Weg dar, auf dem Frankreich zu tragbaren Lösungen zu gelangen hoffe. Nach der Einstellung der Kampfhandlungen und der Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Algerien müßte auf Grund einer Uebereinkunft „aller Interessierten“ eine kontrollierte Abstimmung durchgeführt werden, bei der der Bevölkerung drei Fragen vorgelegt werden sollten: Francisation, Assoziierung oder Sezession.

27. Mai: Der Sprecher der algerischen Delegation bei den Verhandlungen in Evian nimmt auf einer Pressekonferenz in Genf zu den Erklärungen von Algerienminister Louis *Joxe* vom Vortage Stellung und erklärt, die GPRA werde einer verfassungsmäßigen Garantie eines Sonderstatus der Minderheiten in Algerien nicht zustimmen. Die Europäer in Algerien müßten entweder Bürger des neuen Staates bei voller Gleichberechtigung mit den Mohammedanern werden oder aber dem Ausländerrecht unterstehen, sofern sie ihre ausländische Staatsangehörigkeit zu behalten wünschten.

28. Mai: Das Staatsoberhaupt von Kambodscha, Norodom *Sihanouk,* und der laotische Ministerpräsident, *Boun Oum,* führen in Nizza einen Meinungsaustausch über die Lage in Laos und die Entwicklung der Genfer Laos-Konferenz (vgl. S. Z 121 f). Nach der Unterredung ersucht *Sihanouk* in Telegrammen den amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy,* und den sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow,* die kämpfenden Parteien zur Respektierung des Waffenstillstandes aufzufordern.

31. Mai: Zwei der Führer des Putsches in Algerien (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 93, Algerien), die ehemaligen Generale Maurice *Challe* und André *Zeller,* werden durch das Hohe Militärgericht in Paris wegen bewaffneten Aufruhrs gegen die Staatsgewalt zu je 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Ghana

31. Mai: Die Regierung gibt in Accra bekannt, sie werde die neue Republik Südafrika (vgl. S. Z 118) nicht anerkennen.

Großbritannien

16.—18. Mai: Der tunesische Staatspräsident, Habib *Bourguiba,* führt in London mit Premierminister Harold *Macmillan* Besprechungen über die internationale Lage sowie die Situation in Afrika. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Gespräche hätten ein große Maß an Uebereinstimmung gezeigt, insbesondere hinsichtlich des Vorgehens der Vereinten Nationen im Kongo.

17.—18. Mai: Im Unterhaus findet eine außenpolitische Debatte statt. Lordsiegelbewahrer Edward *Heath* erklärt, nach Auffassung der Regierung sei die Einigkeit der freien Welt Voraussetzung für eine Entspannung der Ost-West-Beziehungen und diene daher der Erhaltung des Friedens. Zur Europa-Politik erklärt *Heath,* die Regierung werde sich intensiv um eine engere Verbindung Großbritanniens und ihrer EFTA-Partner mit der EWG bemühen. Großbritannien sei heute bereit, den Gemeinsamen Markt mit allen seinen Auswirkungen zu akzeptieren, sofern sich eine Lösung für die beiden Hauptprobleme, die Beziehungen zum Commonwealth und den Schutz der britischen Landwirtschaft, finden ließe. Zum Abschluß der Debatte begrüßt das Unterhaus in einer ohne Abstimmung angenommenen Motion die Anstrengungen der Regierung zur Stärkung der freien Welt.

31. Mai: Staatsminister David *Ormsby-Gore* wird zum neuen Botschafter in Washington ernannt.

Indien

18.—19. Mai: Der amerikanische Vizepräsident, Lyndon B. *Johnson,* besucht Indien und führt in Neu-Delhi mit Premierminister Jawaharlal *Nehru* Besprechungen über die Krise in Laos, die Lage in Südostasien und die Ost-West-Beziehungen. In einem gemeinsamen Kom-

muniqué heißt es, die beiden Staatsmänner stimmten darin überein, daß die gemeinsamen Feinde der Menschheit Unwissenheit, Armut und Krankheit seien. Deren Bekämpfung sei der erste Schritt zur Sicherung von Frieden und Freiheit.

Iran

27. Mai: Ministerpräsident Ali *Amini* setzt sich in einem Interview mit der libanesischen Zeitung *L'Orient* für die Schaffung eines gemeinsamen arabisch-iranischen Marktes ein, der den Weg zu einer politischen Zusammenarbeit ebnen könne. *Amini* erklärt, er würde es begrüßen, wenn der Libanon sich um eine Vermittlung zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und dem Iran verwenden würde, unterstreicht jedoch, der Iran werde seinen Bündnisverpflichtungen treu bleiben.

Irland

30.—31. Mai: Der deutsche Bundesaußenminister, Heinrich *von Brentano,* besucht Irland und führt in Dublin Besprechungen mit Außenminister Frank *Aiken.*

Kanada

17.—18. Mai: Der amerikanische Präsident, John F. *Kennedy,* besucht Kanada und führt in Ottawa Besprechungen mit Premierminister John *Diefenbaker. Kennedy* setzt sich in einer Rede vor dem Parlament erneut für eine Verstärkung der konventionellen Bewaffnung innerhalb der NATO ein. Er fordert ferner die westlichen Bündnispartner auf, sich intensiver mit den Bedürfnissen der Entwicklungsländer zu befassen. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 320 ff.) In einem gemeinsamen Kommuniqué setzen sich *Kennedy* und *Diefenbaker* für eine Stärkung der NATO und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern zum Nutzen der Entwicklungshilfe ein. (Vgl. S. D 351 f.)

24.—27. Mai: Der israelische Ministerpräsident, David *Ben Gurion,* besucht Kanada und führt in Ottawa Besprechungen mit Premierminister John *Diefenbaker.* In einem gemeinsamen Kommuniqué vertreten die beiden Gesprächspartner die Ansicht, bei der Lösung von Streitfragen zwischen Israel und den arabischen Staaten müsse dem Recht aller Länder in diesem Gebiet Rechnung getragen werden, in Frieden und Sicherheit zu leben.

Kongo (Léopoldville)

16. Mai: Der Ministerpräsident der Ostprovinz, Antoine *Gizenga,* lehnt den Vorschlag von Staatspräsident Joseph *Kasavubu* vom 13. Mai ab, das Parlament nach Léopoldville einzuberufen (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 107), und schlägt seinerseits vor, die Versammlung solle unter seiner Leitung an einem noch zu bestimmenden Ort zusammentreten.

27. Mai: In Coquilhatville wird nach fünfwöchiger Dauer eine Konferenz kongolesischer Politiker beendet, an der mit Ausnahme des Ministerpräsidenten der Ostprovinz, Antoine *Gizenga,* und des zu Beginn der Konferenz verhafteten Ministerpräsidenten des Katanga, Moise *Tshombé* (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 107), alle führenden Politiker des Kongo teilnahmen. Die Teilnehmer kommen überein, den Kongo in einen Bundesstaat mit mehr als 20 Einzelstaaten aufzuteilen, deren Grenzen allerdings mit Ausnahme der Staaten des Zentralkongo, Kwango und Mongo noch nicht festgelegt werden. Die noch offenen Grenzen sollen durch Volksabstimmungen unter der Kontrolle der Vereinten Nationen geregelt werden.

Korea

16. Mai: Ein Revolutionskomitee unter Führung des Generalstabschefs der Armee der Republik Korea, *Chang Do Yung,* und des Brigadegenerals *Kim Yun Kun* übernimmt mit Unterstützung von Marinefüsilieren und Fallschirmjägern die Macht in Söul. Das Komitee verhängt das Kriegsrecht über das ganze Land und kündigt in einer Erklärung eine Verstärkung der Abwehrmaßnahmen gegen den Kommunismus und die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten an. Es stellt ferner soziale Reformen und die Beseitigung der Korruption in Aussicht. Staatspräsident *Posun Yun,* Ministerpräsident *Chang Myung* und das Kabinett werden abgesetzt und gefangengenommen. Das Parla-

ment wird aufgelöst und den Parteien jegliche politische Betätigung untersagt. Am *18. Mai* verkündet *Chang Do Yung* in einer Rede in Söul den Sieg des Putsches im ganzen Land. Am gleichen Tage gibt der bisherige Ministerpräsident *Chang Myung* den Rücktritt der Regierung bekannt. Am *19. Mai* übernimmt ein aus 32 Offizieren bestehender Militärrat die Regierungsgeschäfte. Noch am gleichen Tage erklärt Staatspräsident *Posun Yung* seinen Rücktritt, den er jedoch am *20. Mai* widerruft. Die Militärjunta bildet am gleichen Tage eine aus 14 Offizieren bestehende Regierung, in der General *Chang Do Yung* die Aemter des Ministerpräsidenten und des Verteidigungsministers übernimmt. Außenminister wird *Kim Hong Il*. Am *29. Mai* erklärt General *Chang Do Yung* auf einer Pressekonferenz in Söul, es solle so bald wie möglich eine wahrhaft demokratische Regierung eingesetzt werden. Vorher müßten jedoch die Verfassung und das Wahlgesetz geändert werden. Am *30. Mai* hebt die Militärjunta die Verfassung auf.

Kuba

18. Mai: Ministerpräsident Fidel *Castro* erklärt in einer Rede in Havanna, die kubanische Regierung sei bereit, die bei der Invasion Kubas (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 97) in Gefangenschaft geratenen Exilkubaner gegen 500 Traktoren auszutauschen.

Laos

17. Mai: Die Vertreter der Regierung *Boun Oum*, des neutralistischen Ministerpräsidenten Souvanna *Phouma* und des Pathet Lao erzielen bei ihren Besprechungen in Na Mon (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 107) eine grundsätzliche Einigung über die Bildung einer Koalitionsregierung und über die Schaffung einer aus Vertretern der drei Gruppen bestehenden Waffenstillstands-Kontrollkommission, die eng mit der Internationalen Kontrollkommission zusammenarbeiten soll.

Libanon

16. Mai: Die Regierung Saeb *Salam* tritt zurück. Am *21. Mai* bildet *Salam* eine neue Regierung, in der er selbst das Verteidigungsministerium und Philippe *Takla* das Außenministerium übernehmen.

Neuseeland

24. Mai: Premierminister Keith *Holyoake* erklärt vor dem Parlament, wenn sich Großbritannien der EWG anschließen sollte, so hätte dies für Neuseeland katastrophale Folgen, da Großbritannien für die Landwirtschaft des Landes ein sehr wichtiges Absatzgebiet darstelle.

Niederlande

16.—19. Mai: Der österreichische Bundespräsident, Adolf *Schärf*, besucht in Begleitung von Außenminister Bruno *Kreisky* die Niederlande.

25.—29. Mai: Der jugoslawische Außenminister, Koça *Popovic*, besucht die Niederlande und führt in Den Haag Besprechungen mit Außenminister Joseph *Luns*. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird die Offenheit der Gespräche und die Atmosphäre gegenseitigen Verständnisses unterstrichen.

Oesterreich

24.—25. Mai: Der italienische Außenminister, Antonio *Segni*, und Außenminister Bruno *Kreisky* beraten in Klagenfurt über die Südtirol-Frage. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, nach einer eingehenden Aussprache über den Standpunkt der beiden Parteien sei beschlossen worden, die Verhandlungen auf den 24. Juni zu vertagen.

Pakistan

20.—21. Mai: Der amerikanische Vizepräsident, Lyndon B. *Johnson*, besucht Pakistan und führt in Karatschi Besprechungen mit Präsident Mohammad *Ayub Khan*. In einem gemeinsamen Kommuniqué setzen sich die Gesprächspartner für eine Stärkung der Zusammenarbeit im Rahmen des CENTO- und des SEATO-Paktes ein.

Polen

18. Mai: Ministerpräsident Josef *Cyrankiewicz* bildet eine neue Regierung, die sich mit Ausnahme des neuen Gesundheitsminister Jerzy *Sztachelski* aus den Mitgliedern des alten Kabinetts zusam-

mensetzt. *Cyrankiewicz* unterstreicht in einer Regierungserklärung, die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland könnten sich erst dann normalisieren, wenn diese die Oder-Neiße-Grenze anerkenne. Den Vorschlag eines Nichtangriffspaktes zwischen den beiden Ländern weist er mit der Begründung zurück, daß Polen der damit beabsichtigten politischen Isolierung der sogenannten DDR nicht zustimmen könnte.

Portugal

25.—29. Mai: Der britische Außenminister, Lord *Home,* besucht Portugal und führt in Lissabon Besprechungen mit Außenminister Alberto Franco *Nogueira.* Ein britischer Sprecher erklärt, es seien unter anderem wirtschaftliche und politische Fragen Europas sowie die Lage in Angola erörtert worden. Dabei habe *Nogueira* erklärt, im Falle eines Beitritts Großbritanniens zur EWG werde sich Portugal wahrscheinlich dem britischen Schritt anschließen.

Schweden

20. Mai: Der dänische Ministerpräsident, Viggo *Kampmann,* und Ministerpräsident Tage *Erlander* führen in Stockholm Besprechungen über Fragen der europäischen Zusammenarbeit.

Sowjetunion

16. Mai: Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* beantwortet eine persönliche Botschaft des amerikanischen Präsidenten, John F. *Kennedy,* vom 22. Februar.

Spanien

29.—31. Mai: Der britische Außenminister, Lord *Home,* führt in Madrid Besprechungen mit Staatschef Generalissimo Francisco *Franco* Bahamondes und mit Außenminister Fernando Maria *Castiella y Maiz.* In einem gemeinsamen Kommuniqué setzen sich die Gesprächspartner für die Stärkung der westlichen Zusammenarbeit ein.

Südafrikanische Union

17. Mai: Außenminister Eric *Louw* erklärt in Kapstadt, die Regierung lehne die in der Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 7. April geforderte Untersuchung der Verhältnisse in Südwestafrika (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 91 f.) ab, da die Vereinten Nationen mit dieser Resolution ihre Befugnisse und die Mandatsbestimmungen des Völkerbundes überschritten. *Louw* fügt hinzu, die Regierung sei bereit, die Untersuchung nach Uebereinkunft mit dem Präsidenten der Vollversammlung durch eine unabhängige Persönlichkeit von internationalem Ruf durchführen zu lassen.

31. Mai: Die Südafrikanische Union wird Republik und scheidet aus dem Commonwealth aus (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 74). Staatspräsident Charles Robert *Swart* erklärt in Pretoria, Südafrika wünsche Frieden und Freundschaft mit jeder Nation und werde sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen. Dasselbe fordere es aber auch für sich. Ministerpräsident Hendrik *Verwoerd* erklärt am gleichen Tage, die Republik werde auch in Zukunft entschlossen die Führung der weißen Bevölkerung aufrechterhalten.

Thailand

16.—18. Mai: Der amerikanische Vizepräsident, Lyndon B. *Johnson,* besucht Thailand und führt in Bangkok Besprechungen mit Ministerpräsident Sarit *Thanarat.* In einem gemeinsamen Kommuniqué wird die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten bekräftigt, ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Thailand im Kampf gegen die kommunistische Subversion und Aggression zu erfüllen.

Tschechoslowakei

23.—24. Mai: Der Vorsitzende des Staatsrates der sogenannten DDR, Walter *Ulbricht,* führt in Prag Besprechungen mit Präsident Antonin *Novotny.* In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, beide Seiten befürworteten den Abschluß eines Friedensvertrages mit den „beiden deutschen Staaten“ und die Umwandlung West-Berlins in eine freie entmilitarisierte Stadt.

25.—29. Mai: Der indonesische Präsident, Achmed *Sukarno,* besucht die Tschechoslowakei und führt in Prag Besprechungen

mit Präsident Antonin *Novotny*. Während des Besuches unterzeichnen die beiden Präsidenten einen Freundschaftsvertrag. In einem gemeinsamen Kommuniqué verurteilen sie den Kolonialismus und Imperialismus und setzen sich für eine Lösung der Frage Niederländisch-Neuguinea ein.

Türkei

27. Mai: Die Verfassunggebende Versammlung verabschiedet mit 261 Stimmen bei zwei Enthaltungen den Entwurf einer neuen Verfassung. Nach ihr wird in der Türkei ein republikanisches und laizistisches Regime errichtet. Das Parlament besteht aus zwei Kammern, deren eine, die Abgeordnetenkammer, aus allgemeinen Wahlen hervorgehen soll.

Tunesien

19. Mai: Der Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Republik Algerien (GPRA), Ferhat *Abbas*, erklärt zu den Verhandlungen in Evian (vgl. S. Z 114, Frankreich), die algerische Delegation habe den festen Willen, zu einer endgültigen Lösung der Algerien-Frage beizutragen. Ein wirklich unabhängiges Algerien werde zur Zusammenarbeit mit Frankreich bereit sein und diejenigen Interessen Frankreichs schützen, die nicht im Widerspruch zu den algerischen Interessen ständen.

20. Mai: Die Provisorische Regierung der Republik Algerien (GPRA) bezeichnet in einer in Tunis veröffentlichten Erklärung die von der französischen Regierung angeordnete Einstellung der Kampfhandlungen in Algerien (vgl. S. Z 114, Frankreich) als eine Propagandamaßnahme. Auf algerischer Seite fühle man sich durch diesen Schritt in keiner Weise gebunden.

Vereinigte Arabische Republik

16. Mai: Der Präsident von Guinea, Sekou *Touré*, beendet einen am 8. Mai begonnenen Besuch der Vereinigten Arabischen Republik, in dessen Verlauf er in Kairo Besprechungen mit Präsident Gamal Abdel *Nasser* führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué setzen sich die beiden Staatsmänner für eine Konferenz aller neutralen Länder ein.

16.—17. Mai: Der indonesische Präsident, Achmed *Sukarno*, führt in Kairo Besprechungen mit Präsident Gamal Abdel *Nasser*.

30. Mai: Die Regierung bricht aus Protest gegen die Rassenpolitik der südafrikanischen Regierung die diplomatischen Beziehungen zur Südafrikanischen Union ab.

Vereinigte Staaten

16. Mai: Ein Sprecher des Außenministeriums weist die Behauptung des sowjetischen Delegationsleiters bei der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche, Semjon K. *Zarapkin*, zurück, die Vereinigten Staaten ermunterten Frankreich und andere Staaten zu Kernwaffenversuchen (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 112). Der Sprecher fügt hinzu, die Regierung hoffe, die Sowjetunion werde derartige Beschuldigungen nicht als Vorwand zu einem weiteren Hinauszögern eines Vertragsabschlusses benutzen.

19. Mai: In einer vom Weißen Haus in Washington veröffentlichten Erklärung wird bekanntgegeben, Präsident John F. *Kennedy* werde am 3. und 4. Juni in Wien mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, zu einem allgemeinen Meinungsaustausch zusammentreffen.

20. Mai: Ein Sprecher des Außenministeriums erklärt in Washington zu dem Angebot des kubanischen Ministerpräsidenten, Fidel *Castro*, 1200 gefangene Castro-Gegner gegen 500 Traktoren einzutauschen (vgl. S. Z 117, Kuba), die Regierung sei sich des zynischen Charakters dieses Tauschvorschlages bewußt. Trotzdem begrüße sie aus humanitären Erwägungen die Bemühungen privater Kreise, ein Abkommen über den Austausch zustande zu bringen.

25. Mai: Der Präsident der EWG-Kommission, Walter *Hallstein*, beendet einen am 13. Mai begonnenen Besuch der Vereinigten Staaten, in dessen Verlauf er in Washington Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy* und anderen Regierungsmitgliedern führte. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die beiden Gesprächspartner hätten die gegenwärtigen Beziehungen der Vereinigten Staaten zur

EWG, die Agrarpolitik innerhalb des GATT, die Assoziierung der afrikanischen Staaten mit der EWG und Fragen der Entwicklungshilfe erörtert. *Kennedy* habe eine Unterstützung der Ziele der EWG zugesichert und erklärt, die Integration innerhalb der EWG könne zu einer wirklichen atlantischen Gemeinschaft führen. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 342.)

Präsident John F. *Kennedy* erklärt in einer Sonderbotschaft an den Kongreß, die Vereinigten Staaten sähen sich einer außergewöhnlichen Herausforderung gegenüber, die eine lange und harte Bewährungsprobe für die Zukunft der Freiheit sein werde. *Kennedy* fordert ein Programm zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Innern und eine Erhöhung der Auslandshilfe sowie einen Ausbau der Militärhilfe. (Vgl. S. D 353 ff.)

26. Mai: Präsident John F. *Kennedy* ersucht den Kongreß in der Begründung zu einer Gesetzesvorlage, für die kommenden fünf Jahre 7,3 Milliarden Dollar zur Finanzierung langfristiger Projekte der Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Zugleich fordert er eine Reorganisation der amerikanischen Hilfsdienste für die Entwicklungsländer. Von nun an solle das Amt für internationale Entwicklung mit allen Hilfsaktionen betraut werden.

27. Mai: Präsident John F. *Kennedy* unterzeichnet ein Auslandshilfegesetz, das ein Entwicklungsprogramm für Lateinamerika in Höhe von 500 Mill. Dollar vorsieht.

28.—31. Mai: Der israelische Ministerpräsident, David *Ben Gurion*, besucht die Vereinigten Staaten und führt in Washington Besprechungen mit Präsident John F. *Kennedy*.

Vietnam

29. Mai: Der Präsident der Republik Vietnam, *Ngo Dinh Diem*, nimmt den Rücktritt der Regierung an und bildet ein neues Kabinett.

Internationale Organisationen

Organisation der Vereinten Nationen

18. Mai: Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* teilt in einem Bericht an den Sicherheitsrat mit, er habe eine weitgehende Verständigung mit dem kongolesischen Staatspräsidenten, Joseph *Kasavubu*, über die Anwendung der Resolution des Sicherheitsrates vom 21. Februar (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 189 f.) erzielt. Es sei ein „Abkommen über allgemeine Grundsätze" unterzeichnet worden, durch das auch die Reorganisation der kongolesischen Armee geregelt werde.

23. Mai: Der Präsident der Vollversammlung, Frederick H. *Boland*, bildet in Ausführung der Resolution der Vollversammlung vom 20. April (vgl. Zeittafel Jg. 1961, S. Z 101) ein aus Vertretern Boliviens, Dahomes, Finnlands, des Malaiischen Bundes und des Sudan bestehendes Unterkomitee zur Untersuchung der Lage in Angola.

25. Mai: Generalsekretär Dag *Hammarskjöld* gibt in einer in New York veröffentlichten Erklärung den Rücktritt des Sondervertreters des Generalsekretärs im Kongo, Rajeshwar *Dayal*, bekannt.

Europäische Gemeinschaften

16. Mai: Der Ministerrat der EGKS erörtert in Luxemburg die strukturelle und konjunkturelle Lage auf dem Energiemarkt, das Arbeiterwohnungsbauprogramm der Hohen Behörde sowie einen deutschen Entwurf zur Aenderung des Art. 65 des Vertrages, durch die der Bundesregierung die Möglichkeit gegeben werden soll, in Krisenzeiten eine zentrale Ruhrkohlen-Verkaufsorganisation zu schaffen.

17. Mai: Die Kommission der EWG schlägt in einer für den Ministerrat erstellten Analyse der Konjunkturlage und der Entwicklungsaussichten für 1961 eine zusätzliche zehnprozentige Zollsenkung in allen Mitgliedstaaten zum Jahresende vor.

19. Mai: Der Ministerrat der EWG berät auf einer Sitzung in Brüssel über das Assoziierungsabkommen mit Griechenland. Der Ratsvorsitzende, der stellvertretende belgische Außenminister, Henri *Fayat*, erklärt nach Abschluß der Beratungen vor der Presse, der Rat habe sich über die Auslegung der noch umstrittenen Klauseln des Abkommens geeinigt und beabsichtige,

der Laos-Krise verantwortlich macht. Der amerikanische Außenminister, Dean *Rusk,* weist am *17. Mai* die Angriffe *Chen Yis* mit dem Hinweis zurück, die wirkliche Bedrohung Südostasiens gehe von den kommunistischen Staaten aus. Es gehe jetzt jedoch nicht darum, einen Schuldigen für die Entwicklung in Laos zu suchen. Die Konferenz habe vielmehr die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das laotische Volk in Zukunft ohne ständige Einmischung in seine Angelegenheiten leben könne. *Rusk* fordert die beiden Vorsitzenden der Konferenz auf, eine Untersuchung darüber einzuleiten, ob der Waffenstillstand in Laos tatsächlich eingehalten werde. Er legt sodann ein Drei-Punkte-Programm vor, in dem eine genaue Definition der laotischen Neutralität gefordert wird und die Schaffung eines wirksamen internationalen Kontrollmechanismus sowie die Ausarbeitung eines umfangreichen Programms wirtschaftlicher und technischer Hilfemaßnahmen vorgeschlagen werden. Der sowjetische Außenminister, Andrej A. *Gromyko,* unterbreitet der Konferenz den Entwurf einer gemeinsamen Neutralitätserklärung der laotischen Regierung und der Teilnehmerstaaten. Die Garantieerklärung der SEATO für Laos soll aufgehoben werden. Er legt der Konferenz ferner den Entwurf eines Abkommens über den Abzug aller ausländischen Truppen und des Militärpersonals und über die Aufgaben und die Organisation der Internationalen Kontrollkommission vor. Die Kommission solle ihre Beschlüsse nur einstimmig fassen und nur auf Anweisung der beiden Vorsitzenden der Genfer Konferenz Untersuchungen über Verletzungen des Abkommens einleiten. Der Außenminister der neutralistischen Regierung Souvanna *Phouma,* Quinim *Pholsena,* tritt für die Verwirklichung der Genfer Beschlüsse von 1954 ein. Der indische Verteidigungsminister, Krishna *Menon,* setzt sich am *18. Mai* ebenfalls für ein neutrales und unabhängiges Laos ein und erklärt, nach indischer Auffassung stelle diese Konferenz die Fortsetzung der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 dar, deren Beschlüsse man daher nur zu verwirklichen brauche. Das bedeute, daß die Organisation und die Befugnisse der Internationalen Kontrollkommission in der bestehenden Form beibehalten werden müßten. Auch der französische Außenminister, Maurice *Couve de Murville,* tritt für eine Verwirklichung der Genfer Beschlüsse von 1954 ein. Er nennt als Bedingungen für einen Erfolg der Konferenz die Sicherung des Waffenstillstandes und die Einstellung der Waffenlieferungen sowie die Bildung einer legalen, repräsentativen und von allen Teilnehmern der Konferenz anerkannten Koalitionsregierung. Am *22. Mai* setzen sich die Außenminister Birmas, Sao Hkun *Khio,* und Kambodschas, Nhiek *Tioulong,* für eine Stärkung der Kontrollkommission auf der Grundlage der Genfer Beschlüsse von 1954 ein. Die gleiche Ansicht vertritt der thailändische Außenminister, Thanat *Khoman,* am *23. Mai,* der ferner vorschlägt, Indonesien und die Malaiische Föderation noch zu der Konferenz hinzuzuziehen. Am *24. Mai* wird die Konferenz vertagt.

Allgemeines Abkommen über Zölle und Handel (GATT)

19. Mai: In Genf wird nach sechstägiger Dauer die 18. Tagung der Vertragspartner des GATT beendet. Unter dem Vorsitz von Vizepräsident W. P. H. *van Oorschot* erörterten die Delegierten Fragen der Assoziierung der überseeischen Länder im Rahmen der EWG, des Gemeinsamen Zolltarifs der EWG, der Assoziierung Finnlands an die EFTA und des finnisch-sowjetischen Handelsvertrages, der lateinamerikanischen Freihandels-Assoziation sowie der Importbeschränkungen im Zusammenhang mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten. Im Verlauf der Tagung wurde Sierra Leone als neues Mitglied aufgenommen. Die Delegierten beschlossen einstimmig, den jungen Staaten ihre Unterstützung bei der Ausarbeitung der Handels- und Zollpolitik anzubieten.

Konferenz der panafrikanischen Gewerkschaft in Casablanca

25.—29 Mai: In Casablanca findet der erste Panafrikanische Gewerkschaftskongreß statt. Er beschließt auf Initiative der Vertreter Ghanas und Guineas die Bildung eines eigenen afrikanischen Gewerkschaftsbundes mit Sitz in Casablanca.

Zur Ausrüstung der NATO-Streitkräfte mit Atomwaffen

Ende 1960 folgten, wie in den letzten Jahren üblich geworden, der Konferenz der NATO-Parlamentarier (21. bis 26. November 1960) die Herbsttagung der Versammlung der Westeuropäischen Union (Sechste Ordentliche Sitzungsperiode, zweiter Teil, 28. November bis 2. Dezember 1960) und die Ministertagung des Nordatlantikrats (16. bis 18. Dezember 1960). Im Mittelpunkt der Beratungen aller drei Gremien stand ein Thema, das unter der von General Lauris D. *Norstad* geprägten Schlagzeile „NATO als vierte Atommacht" den Weg in die Oeffentlichkeit genommen hat. Ueber die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte in Europa mit Atomwaffen war bereits auf der NATO-Gipfelkonferenz vom 16. bis zum 19. Dezember 1957 eine grundsätzliche Einigung erzielt worden. Damals fiel die Entscheidung, im NATO-Bereich Lager mit Atomsprengköpfen anzulegen, die im Notfall für die Verteidigung der Allianz sofort verfügbar sein sollten. Ferner wurde beschlossen, dem Alliierten Oberbefehlshaber in Europa Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen. Die Stationierung dieser Lager und Flugkörper und die Maßnahmen für ihre Verwendung sollten nach dem Wortlaut des Kommuniqués „im Einklang mit den Verteidigungsplänen der NATO im Einvernehmen mit den unmittelbar beteiligten Staaten bestimmt werden". Die Atomsprengköpfe blieben zunächst in amerikanischem Gewahrsam. Doch wurde ihre Verwendung jeweils von der Zustimmung der Regierung abhängig gemacht, auf deren Gebiet die Lagerung erfolgte. So unterlag ihre Verwendung einem „doppelten Veto".

In seiner Rede vor den NATO-Parlamentariern am 21. November 1960 (vgl. S. D 2) schnitt nun General *Norstad* die Frage einer breiteren Beteiligung der europäischen NATO-Mitglieder an der Kontrolle dieser Waffen und der Entscheidung über ihren Einsatz an. Dieses Thema war schon im Vorjahr in der WEU-Versammlung zur Sprache gekommen, wo der Berichterstatter zur Frage der europäischen Sicherheit, Frederick W. *Mulley* (Großbritannien), die fehlerhafte Organisation und Zersplitterung der atomaren Abschreckungskräfte kritisierte und die These aufstellte, daß kein Bündnis Realität besitzen könne, wenn seine mächtigste Waffe außerhalb der gemeinsamen Kontrolle bleibe. Mulley hatte deshalb eine rationalere Kontrolle der Atomwaffen und eine Stärkung der politischen Einheit gefordert.

Norstad nahm in seiner Ansprache vor der WEU-Versammlung am 1. Dezember 1960 diese Anregung nicht wieder auf. Jedoch enthalten die Entschließungen der WEU-Versammlung (vgl. S. D 14) ebenso wie die der NATO-Parlamentarier (vgl. S. D 8—D 13) eine dringende Empfehlung an den Nordatlantikrat, in der die Ausarbeitung von Verfahrensregeln für die politische Kontrolle über die Verwendung von Atomwaffen gefordert wird. Dieser Entschließung stimmten die französischen Abgeordneten der WEU-Versammlung ausdrücklich zu. (Vgl. dazu die Dokumentation „Der Fünfjahresplan für die atomare Ausrüstung und die Modernisierung der französischen Streitkräfte [1960—1964]" auf S. D 17—D 34.)

Der amerikanische Außenminister, Christian A. *Herter*, der der Ministertagung des Nordatlantikrats am 16. Dezember 1960 die Vorschläge seiner Regierung für eine weitere Stärkung des Bündnisses übermittelte, ging nur kurz auf die Konzeption einer multilateralen Kontrolle über die Atomwaffen ein. Er wies auf die zahlreichen rechtlichen, technischen, finanziellen und politischen Probleme hin, die mit dieser Frage verknüpft seien, und stellte den Verbündeten anheim, ihre Vorschläge in dieser Hinsicht zu äußern, damit sich auch der amerikanische Kongreß mit den seinerseits erforderlichen Maßnahmen befassen könne. Der Ministerrat nahm in seinem Kommuniqué (vgl. S. D 15) von dem amerikanischen Vorschlag Kenntnis, den Gedanken einer mit Mittelstreckenraketen ausgerüsteten multilateralen Streitmacht zu prüfen, und begrüßte die Zusicherung der Vereinigten Staaten, die zur Verfügung gestellten amerikanischen Atomwaffen weiterhin im NATO-Gebiet zu belassen. Eine Stellungnahme zu dem Angebot Herters, der NATO bis 1963 fünf mit Polaris-Raketen

ausgerüstete Unterseeboote zur Verfügung zu stellen und ihr 1964 hundert weitere Polaris-Raketen zu verkaufen, enthält das Kommuniqué nicht. Bundesverteidigungsminister Franz-Joseph *Strauß* hatte das Angebot ausdrücklich begrüßt.

Ein weiteres Thema, dem General *Norstad* im Rahmen der NATO-Verteidigungspläne besondere Bedeutung zumaß und das er in seiner Ansprache vor der WEU-Versammlung eingehend erörterte, war die Aufstellung eines besonders beweglichen Eingreifverbandes (mobile force), die er bereits in einer Pressekonferenz am 2. März angekündigt hatte. Dieser Eingreifverband soll sich aus mit konventionellen und atomaren Waffen ausgerüsteten Einheiten in Bataillonsstärke zusammensetzen, die von verschiedenen Nationen zu stellen wären. Abgesehen von dem Schutz, den eine solche „Feuerwehr" den exponierten Flanken der NATO bieten würde, hofft Norstad, daß damit auch ein integrierender Faktor geschaffen wird, und daß der internationale Charakter dieses Verbandes dem politischen Willen der Allianz sichtbaren Ausdruck verleihen wird. Ursprünglich war vorgesehen, daß die ersten drei Bataillone von Frankreich, den Vereinigten Staaten und Großbritannien gestellt werden sollten. Erst für ein späteres Stadium war daran gedacht, zwei weitere nationale Kontingente hinzuzuziehen und die Beteiligung dann allmählich auf sechs bis acht Staaten zu steigern. Wie ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums am 9. Dezember 1960 bekanntgab, hat Norstad die Bundesregierung in einem Schreiben ersucht, ein Kontingent für den Eingreifverband zur Verfügung zu stellen. Am 13. Dezember wurde in Bonn bekannt, daß Bundeskanzler Konrad *Adenauer* sich in einer Unterredung mit Verteidigungsminister *Strauß* einverstanden erklärt habe, daß die Bundeswehr eines ihrer Luftlandebataillone dem Eingreifverband der NATO zur Verfügung stelle.

Rede des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa, General Lauris D. Norstad, vor der Sechsten Jahreskonferenz der NATO-Parlamentarier in Paris am 21. November 1960

Betrifft: Verteidigung Europas — Ueberprüfung der NATO-Ziele — Das Prinzip der Abschreckung — Aufgaben der NATO-Streitkräfte in Europa — Konventionelle und nukleare Bewaffnung — Erklärung der Regierungschefs vom Herbst 1957 über die Anlegung von Lagern mit Atomsprengköpfen — Einsatz und Kontrolle von Waffen in der Allianz — Modernisierungsprogramm (Polaris und Jupiter) — Aufstellung von Eingreifverbänden — Strategische NATO-Streitkräfte — Die NATO als vierte Atommacht.

Ich brauche vor dieser Zuhörerschaft wohl nicht zu erwähnen, daß ich hier heute nicht als Privatmann oder als Offizier eines bestimmten Landes auftrete, sondern als Alliierter Oberbefehlshaber, dem ein gut Teil der Verantwortung für die Verteidigung Europas aufgetragen ist.

Bei der Durchführung militärpolitischer Richtlinien, insbesondere wenn sie die Verteidigung Europas betreffen, spielen viele Faktoren eine Rolle. Der wichtigste jedoch ist der menschliche Faktor. Noch immer ist der Mensch wichtiger als die Maschine, die wir ihm in die Hand geben. Er gilt mehr als die Pläne und Organisationen, mit denen wir dieses militärische Gespann aus Mensch und Maschine lenken. Darum möchte ich heute zu Beginn meiner Ausführungen Ihnen, den gewählten Vertretern der NATO-Länder, die Grüße der Soldaten der Land-, See- und Luftstreitkräfte der NATO übermitteln. Diesen Soldaten, und besonders denjenigen unter ihnen, die in vorgeschobenen Gebieten stationiert sind, haben Sie Ihre Sicherheit anvertraut, ein Vertrauen, das, wie ich hinzufügen möchte, wohl angebracht ist.

Es ist mir besonders angenehm, mit Ihnen zu diesem Zeitpunkt zusammenzukommen, denn schon jetzt zeichnet sich eine Entwicklung ab, die dem Winter 1960/61 eine ganz besondere Bedeutung für die Geschichte der Allianz geben wird, und zwar aus vielerlei Gründen. Einer davon ist die Tatsache, daß wir diese Zeit für eine Ueberprüfung und

Neubewertung unserer Ziele und der Wege, die uns zu ihnen führen sollen, vorgesehen haben. Entsprechend der heutigen Vorliebe für Klischees und dramatische Schlagworte hört man häufig von „kritischen Zeiten" oder „Krisen" sprechen. Wenn ich mich recht erinnere, hatten wir früher schon Gewissenskrisen und Vertrauenskrisen, und falls die jetzige Epoche wirklich eine besondere Bezeichnung verdient, könnte man sie vielleicht am besten als „Krise der Kritik" — der Selbstkritik — kennzeichnen.

Analyse und Kritik dürfen aber nicht die Tatsache verdecken, daß unserem Bündnis ein idealer Zweck zugrunde liegt, daß das von uns vertretene Prinzip der Abschreckung grundsätzlich richtig ist, und daß die bereits von uns aufgebaute Stärke eine Realität ist.

Bei Kriegsende waren wir alle von der schönen Hoffnung auf eine Welt des Friedens und der Freundschaft beseelt, eine Welt, in der normale, gesunde Beziehungen von Mensch zu Mensch und von Land zu Land gedeihen könnten. Aber schon nach einem knappen Jahr zeigte die Sowjetunion durch politische Einmischung und militärische Drohung, was ihre wahren Absichten waren. Wie Sie wissen, wurde damit der Anstoß zur Gründung der NATO vor nunmehr fast zwölf Jahren gegeben. Aus diesen Gründen sah sich der NATO-Rat zwei Jahre später veranlaßt, eine Organisation zur Vereinheitlichung unserer Verteidigungsanstrengungen zu schaffen, und errichtete das Alliierte Oberkommando Europa und das Oberste Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa (SHAPE), dem ich die Ehre habe anzugehören.

Sie wissen ebenso gut wie ich, daß seit der Unterzeichnung des Nordatlantikpaktes die Grenzen zwischen Europa und den sowjetisch beherrschten Gebieten keine Veränderung erfahren haben. In diesem lebenswichtigen kritischen Teil Europas hat die NATO der sowjetischen Aggression Einhalt geboten, weil sie die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten zu einer Sache des gemeinsamen Interesses und der gemeinsamen Verantwortung gemacht hatte. Sie hat diesen Grundsatz in ihrem Vertrag durch den Kernsatz verankert, daß ein Angriff auf einen der Mitgliedstaaten ein Angriff auf alle sei.

Wir alle sind uns einig in der Hoffnung, eines Tages von der Drohung eines Angriffs, von der Kriegsgefahr, befreit zu sein. Aber so wie wir heute zusammengekommen sind, müssen wir zugeben, daß sich in den letzten Monaten oder Jahren nichts ereignet hat, was in uns den Glauben erwecken könnte, die Gefahr sei vorüber, oder was uns veranlassen könnte, in unserer Wachsamkeit nachzulassen, solange nicht auf andere Weise weitgehende Garantien für unsere Sicherheit geschaffen worden sind.

Das Bündnis verfolgt vielerlei Zwecke und hat sich eine Reihe von Zielen gesetzt. Aber den unbedingten Vorrang hat dabei doch die Verhütung des Krieges, die Schaffung einer festen Grundlage für den Frieden. Dementsprechend hat für die militärischen Befehlshaber die Kriegsverhütung — die Schaffung eines Abschreckungspotentials — ebenfalls den unbedingten Vorrang. Dieser Vorrang entspricht der von der politischen Behörde bestimmten Rangordnung. Aber darüber hinaus hat die Kriegsverhütung — die Erhaltung des Friedens — auch deshalb den Vorrang, weil dies die Aufgabe ist, an die Ihre Soldaten, die Soldaten der NATO-Land-, See- und -Luftstreitkräfte, glauben müssen und auch glauben.

Die besondere Aufgabe der NATO-Streitkräfte in Europa, der sogenannten „Schildstreitkräfte", kann in ganz einfacher Darstellung folgendermaßen umrissen werden: Erstens soll sie zur Abschreckung beitragen. Dazu müssen wir in der Lage sein, durch die Präsenz eines effektiven Verteidigungspotentials einen Akt der Aggression, sei er groß oder klein, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, wenn möglich zu verhindern. Sollte ein solcher Akt der Aggression stattfinden, so müssen wir zumindest fähig sein, eine Pause zu erzwingen und während dieser Frist einwandfrei den Tatbestand der Aggression festzustellen sowie die Kosten und Folgen einer solchen Aggression unmißverständlich klarzumachen. Von dem Angreifer würde dadurch gefordert, daß er mit diesen

Erwägungen vor Augen eine bewußte Entscheidung darüber trifft, ob er eine Ausweitung des Zwischenfalls oder der Verwicklung zu einer wirklichen größeren Kriegshandlung will.

Die zweite Aufgabe ist die Verteidigung der Bevölkerung und des Gebietes der NATO-Länder. Ich glaube, daß dieses Ziel erreicht werden kann, und es ist mein Eindruck, daß man sich jetzt allgemein über die Durchführbarkeit und Notwendigkeit dieser Aufgabe einig ist.

Als dritte, höchst bedeutsame, wenn auch vielleicht ursprünglich nicht vorhergesehene Wirkung der Schildstreitkräfte wäre zu erwähnen, daß sie erheblich dazu beitragen, die großen strategischen Abschreckungskräfte glaubhaft zu machen. Ohne schlagkräftige und entsprechend ausgerüstete NATO-Streitkräfte in der vordersten Linie würden wir im Falle einer Aggression keine Entscheidungsmöglichkeit, keine Wahl der eigenen Reaktion, keinen Spielraum zwischen allem oder nichts haben. Der Schild mit seiner Fähigkeit, allen Anforderungen außer denen eines totalen allgemeinen Krieges zu entsprechen, überbrückt diese Kluft zwischen allem oder nichts. Er gibt uns ein der Situation angemessenes Instrument in die Hand. Er bestätigt die Gültigkeit unseres Abschreckungsprinzips und die Glaubwürdigkeit unserer großen strategischen Einsatzkräfte.

Auf dieser Grundlage haben wir die Stärke der Streitkräfte bestimmt, die wir aufstellen müssen, und von diesen Aufgaben ausgehend haben wir die Waffen definiert, die wir für ihre Ausrüstung benötigen. Unsere militärische Planung richtet sich nach diesen Erfordernissen.

Um unsere Mission erfüllen zu können, müssen wir meiner Ansicht nach fähig sein, jedem Angriff einen angemessenen Widerstand entgegenzusetzen, ohne dabei mehr Kräfte einzusetzen als notwendig sind. Diesen Widerstand zu leisten müßten wir jederzeit in der Lage sein, gleichgültig auf welcher Ebene der Angriff vorgetragen wird, vorausgesetzt, daß es sich nicht um einen wirklichen allgemeinen Kriegszustand handelt. Für diesen Zweck benötigen wir die unserem Bedarf angemessenen Streitkräfte, das heißt Land-, See- und Luftwaffeneinheiten der geeigneten Gattungen mit wohlausgewogener konventioneller und nuklearer Bewaffnung.

Unsere Streitkräfte müssen daher meines Erachtens beträchtliche Kontingente für die konventionelle Kriegführung enthalten. Sie müssen in der Lage sein, dort, wo die militärische Situation es gestattet, zu operieren, ohne die mit Atomsprengköpfen ausgestatteten Waffen einzusetzen. Diese Aufgabe erfordert die Bereitstellung von Schildstreitkräften in der Größenordnung, wie sie in unserem derzeitigen Programm vorgesehen ist, das allerdings, wie ich zu meinem Bedauern feststellen muß, noch nicht erfüllt ist. Ich fordere nachdrücklich die Erfüllung dieses Programms.

Dieses konventionelle Potential setzt eine Organisation oder ein System voraus, wonach die Kampfeinheiten auf der untersten Ebene auf einen Angriff normal mit konventionellen Waffen reagieren würden; gleichzeitig müssen aber diesen Kampfeinheiten auf der untersten Ebene Kernwaffeneinheiten beigeordnet sein, die im Notfalle eingesetzt werden können.

Die Stufe, auf welcher ein Einsatz nuklearer Waffen im Kampf erfolgt, sollte jedoch hoch sein. Außerdem sollte der Einsatz dieser Waffen von einer besonderen, wohlüberlegten Entscheidung abhängig sein, die auf einer im Rahmen der politischen NATO-Planung zu bestimmenden Ebene zu fällen wäre. Die hierfür maßgebende Ebene muß auf alle Fälle über der des Kommandanten der erwähnten kämpfenden Einheiten liegen.

Wir müssen also meiner Ansicht nach die Forderung nach einem konventionellen Potential mit ausreichender Truppenstärke, moderner nichtatomarer Bewaffnung und

überhaupt der modernsten Ausrüstung aufrechterhalten. Neben diesen Streitkräften und verbunden mit Ihnen müssen wir aber auch im Rahmen der schon erwähnten besonderen und wohlüberlegten Entscheidungsbefugnisse eine ausreichende atomare Bewaffnung fordern, die, wenn die Lage es erfordert, im Zusammenwirken mit den konventionellen Elementen verwendet werden könnte, um die Pause zu erzwingen und dem Angriff Einhalt zu gebieten.

Die Erwähnung von Atomwaffen bringt mich auf ein generelles Thema, das heute anscheinend viele Menschen in zahlreichen Ländern beschäftigt. Ich möchte dieses Thema vom Standpunkt meines Interesses und meiner Verantwortung als Alliierter Oberbefehlshaber in Europa hier erörtern.

Im Herbst 1957 kamen, wie Ihnen bekannt ist, die Regierungschefs aller NATO-Länder hier in Paris zu ihrem historischen Treffen zusammen. Auf diesem Treffen wurden viele wichtige Entscheidungen getroffen, darunter auch einige, die sich auf die neuen Waffen beziehen. Ich möchte hier einen Auszug aus der damaligen Erklärung der Regierungschefs zitieren und damit den Ausgangspunkt für unsere heutigen Erörterungen geben:

„Die sowjetischen Führer haben, als sie ein allgemeines Abrüstungsabkommen verhinderten, deutlich gesagt, daß die modernsten und tödlichsten Waffen, darunter Flugkörper aller Art, bei den sowjetischen Streitkräften eingeführt werden. Nach sowjetischer Auffassung müßten alle europäischen Nationen, mit Ausnahme der UdSSR, ohne auf eine allgemeine Abrüstung zu warten, auf Atomwaffen und Flugkörper verzichten und sich mit konventionellen Waffen begnügen.

Solange die Sowjetunion bei dieser Haltung verharrt, haben wir keine andere Möglichkeit, als wachsam zu bleiben und auf unsere Verteidigung bedacht zu sein. Wir sind daher entschlossen, der militärischen Verteidigungsstärke der NATO die wirksamste Form zu geben und dabei den jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Waffentechnik Rechnung zu tragen.

Hierzu hat die NATO beschlossen, Lager mit Atomsprengköpfen anzulegen, die im Notfall für die Verteidigung der Allianz sofort verfügbar sind. Angesichts der gegenwärtigen sowjetischen Politik auf dem Gebiet neuer Waffen hat der Rat beschlossen, daß dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europa Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen sind."

In den drei Jahren, die seit diesem Beschluß vergangen sind, wurden entscheidende Fortschritte gemacht. So gibt es jetzt zum Beispiel bei fast allen höheren Kommandostellen Einheiten, die atomare Sprengköpfe zum Einsatz bringen können. In bestimmten Gebieten gibt es sie in beträchtlicher Stärke. Einige der Träger für Sprengköpfe, wie sie jetzt genannt werden, sind Doppelzweckwaffen, die sowohl für konventionelle als auch für nukleare Sprengköpfe verwendet werden können. Diese Trägersysteme gibt es für verschiedene Waffenarten, von Kurzstreckengeschützen für die Luftabwehr und den Einsatz auf dem Schlachtfeld, die eigentlich Artilleriegeschütze sind, über Mittelstreckenraketen bis zu den Jagdbombern und leichten Bombenflugzeugen. Die Einführung dieser Waffen hat unsere Schlagkraft erheblich vergrößert und unseren Wert im Sinne der Abschreckungspolitik erhöht.

Ich habe versucht, den Unterschied zwischen den Trägern der Sprengköpfe und den Sprengköpfen selbst hervorzuheben, da die nuklearen Bestandteile getrennt gehandhabt werden. Im Rahmen des NATO-Systems für nukleare Bestände sind Bestimmungen für den Nachschub von Nuklearmunition zu den Kampfeinheiten getroffen worden, die in Kraft treten, wenn die Lage es erfordert und nachdem eine entsprechende Entscheidung getroffen worden ist. Inzwischen werden die nuklearen Bestände jedoch in strengem Gewahrsam des Hersteller- oder Eigentümerlandes gehalten. Die Erfordernisse der NATO führen also nicht dazu, daß sich die Zahl der Instanzen erhöht, die unabhängig über die Verwendung von Atomsprengköpfen verfügen können. Mit den im Rahmen

des Abkommens der Regierungschefs getroffenen Vorkehrungen für die Lagerung von Atomsprengköpfen ist man gut vorangekommen, und fast täglich sind weitere Fortschritte zu verzeichnen.

In den letzten Wochen und Monaten wurden häufig Spekulationen und Vermutungen über weitere Pläne und Vorschläge für den Einsatz und die Kontrolle von Waffen in der Allianz angestellt. Dadurch mögen Mißverständnisse und Verwirrung entstanden sein. Ich freue mich daher besonders über diese Gelegenheit, meine Gedanken zu diesem Thema auszusprechen.

Es liegen drei verschiedene Komplexe vor, die zwar miteinander verflochten sind, aber in diesem Zusammenhang getrennt betrachtet werden müssen. Der erste geht zurück auf die Tagung der Regierungschefs und betrifft den damals festgestellten Bedarf von SACEUR an Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 1000 bis 1500 Seemeilen. Dieser Bedarf entspricht den SACEUR jetzt obliegenden Funktionen und geht nicht über das hinaus, was für die meinem Befehlsbereich augenblicklich zugewiesenen Aufgaben erforderlich ist. Er ist als Modernisierungsprogramm aufzufassen, denn es ist klar, daß in den Jahren 1963 bis 1970 und später ferngelenkte Geschosse einen Teil der Aufgaben übernehmen werden, die jetzt von Jagdbombern und leichten Bombenflugzeugen wahrgenommen werden. Allerdings wird die Rakete das bemannte Flugzeug nie ganz ersetzen können, auch nicht bis 1970, insbesondere nicht im europäischen NATO-Bereich und angesichts der Notwendigkeit, auch weiterhin ein konventionelles Abwehrpotential zu unterhalten.

Dieser Gedanke eines Modernisierungsprogramms gab auch den Anlaß zu der Diskussion über die Möglichkeit der Verwendung von Polaris-Raketen durch die NATO-Streitkräfte. Diese Forderung ist weiterhin vor größter Bedeutung und wachsender Dringlichkeit. Zum Teil wird ihr durch die „Jupiter" entsprochen, ein Mittelstrecken-Fernlenkgeschoß, das jetzt bei der NATO eingeführt wird, und es ist zu hoffen, daß die Schlagkraft der NATO in diesem Bereich in den Jahren 1963 bis 1965 durch die Einführung der sehr beweglichen Eingreifverbände noch weiter verbessert werden wird, die teils zur See, teils vom Festlande aus operieren werden. Damit hätten wir den ersten Komplex umrissen, der sich aus den bereits bestehenden Erfordernissen der NATO ergibt, wie sie ursprünglich von SACEUR ausgegangen und von mir selbst vorgeschlagen und vertreten worden sind.

Der zweite Komplex betrifft eine strategische NATO-Streitmacht. Ich betone das Wort strategisch, um damit anzudeuten, daß diese nichts mit den oben erwähnten Eingreifverbänden zu tun hat, deren Rolle darin besteht, die Jagdbomber und leichten Bombenflugzeuge bei der direkten Verteidigung Europas abzulösen. Vielmehr handelt es sich um eine schwere strategische Vergeltungstruppe. Hiermit wird ein sehr interessanter Gedanke angeschnitten, der aber meines Wissens nicht durch die NATO oder in ihrem Rahmen vorgetragen worden ist. Von mir oder SACEUR ist dieser Gedanke nicht ausgegangen.

Der dritte zur Diskussion stehende Komplex muß als ein Thema von überragender Wichtigkeit für die Gesamtplanung angesehen werden. Um dieses ohne viele unnütze Worte zu erklären und um die Gefahr einer weiteren Begriffsverwirrung zu vermeiden, möchte ich heute in großen Linien eine frühere Erklärung von mir heranziehen. Es hat sich neuerdings innerhalb der Allianz die folgende wichtige Frage erhoben: Wie sollen wir dem wachsenden Wunsch nach einer breiteren Beteiligung an der Kontrolle über die Nuklearwaffen entsprechen? Wie kann der Allianz als Ganzem die Gewißheit gegeben werden, daß diese Waffen ihr für ihre Verteidigung oder für die Verteidigung Europas unter allen Umständen zur Verfügung stehen, wenn ein berechtigter Grund zu ihrem Einsatz vorliegt? Diese Fragen müssen innerhalb der Allianz eingehend erwogen werden. Die Streitkräfte, die der NATO zugeteilt sind, brauchen nukleare

Waffen. Für die Verteidigung Europas im Falle eines regelrechten Angriffs großen Ausmaßes dürfte der Einsatz dieser Waffen ausschlaggebend sein. Es ist daher für uns alle von größtem Interesse, eine gerechte Lösung für dieses Problem der Beteiligung an der Kontrolle zu finden. Als Militär steht es mir natürlich nicht zu, für ein vorwiegend politisches Problem eine bestimmte Lösung als die unbedingt richtige zu erklären. Ich bin mir auch durchaus der rechtlichen und technischen Probleme bewußt, die bei der Verteilung und Kontrolle dieser Waffen zu beachten sind.

Für die Lösung dieser Fragen sind schon zahlreiche Vorschläge gemacht worden. So wurde zum Beispiel angeregt, daß die Kontrolle dieser Waffen der Allianz übertragen werden sollte, daß sie der NATO für die Laufzeit des Bündnisvertrages in seiner jetzigen Form anvertraut werden sollte. Wenn ich von Waffen spreche, meine ich in diesem Zusammenhang nicht die Flugzeuge oder Raketen oder die Geschütze, die als Träger der Sprengköpfe dienen, sondern ich meine die nuklearen Bestandteile, die jetzt in strengem Gewahrsam gehalten werden. Man kann nicht annehmen, daß die Schaffung einer multilateralen Atominstanz, die die NATO zur vierten Atommacht machen würde, unbedingt den Wunsch einiger Nationen nach eigener unabhängiger Atomrüstung beeinflussen würde, wie verschiedentlich geäußert wurde. Aber ein solcher Schritt könnte durchaus den Wünschen und Interessen anderer entgegenkommen, da dadurch den militärischen Belangen voll und ganz entsprochen würde, und ihnen ein Stimmrecht in der Kontrolle dieses gemeinsamen Arsenals (pool) zufallen würde, das für die direkte Verteidigung Europas als wesentlich bezeichnet werden kann.

Die Uebertragung dieser Verantwortung auf die NATO könnte noch verschiedene andere Vorteile mit sich bringen. Um nur einen zu erwähnen: Wenn die Allianz weiterhin eine lebendige und sinnvolle Einrichtung bleiben soll, muß ihre Autorität wachsen, muß sie größere Machtbefugnisse in irgendeiner Form erhalten. Falls er politisch vertretbar ist, könnte der Beschluß, der Allianz ein größeres Verfügungsrecht über Atomwaffen zu übertragen und den Einsatz dieser Waffen unmittelbar einer kollektiven Entscheidung zu unterwerfen, ein großer dramatischer Akt, der Beginn einer neuen Entwicklung sein.

Es ist mir klar, daß es sich hier um ein wichtiges und komplexes Problem handelt, und daß man dabei vielleicht nur schrittweise vorgehen kann. Aber ganz allgemein verdient, nein, verlangt dieses Problem eine rechtzeitige Initiative.

Ich möchte meine Ausführungen noch einmal in Form einer Darstellung von Tatsachen, Annahmen und Zielsetzungen zusammenfassen, wie ich sie meinem Planungsstab vorlegen würde. Ich muß sogar gestehen, daß ich all diese Fakten bereits in dieser oder jener Form meinen Planungsmitarbeitern vorgelegt habe.

1. Die Bedrohung dauert weiter an. Jetzt, zu Beginn der sechziger Jahre unseres Jahrhunderts, ist sie ihrer ganzen Art nach immer noch politischer, wirtschaftlicher u n d militärischer Natur. Sie begegnet uns überall in der Welt. Solange keine anderen realen Garantien gegeben sind, verlangt die Sicherheit Europas weiterhin militärische Stärke.

2. Der besondere Zweck, für den die Schildstreitkräfte geschaffen worden sind, und die allgemeinen Zwecke, die die Aufstellung und den Einsatz dieser Kräfte bestimmen, behalten nicht nur weiterhin ihre Gültigkeit, sondern sind im Zeitalter des nuklearen Ueberflusses und der Fernlenkgeschosse, in das wir jetzt eintreten, sogar von wachsender Bedeutung.

3. Die Streitkräfte, die augenblicklich für Europa vorgesehen sind, wären ihrer zahlenmäßigen Stärke nach im großen und ganzen ausreichend, aber Verbesserungen sind nötig bezüglich ihrer Bewaffnung und der Schutzmaßnahmen, die ihnen die Chance geben, den Atomkrieg zu überleben. Diese Forderungen sind von größter Dringlichkeit.

4. Die Streitkräfte von SACEUR müssen so organisiert und ausgerüstet, ausgebildet und aufgestellt sein, daß sie sofort und schlagkräftig in Aktion treten können, und zwar erstens mit konventionellen Waffen, wenn diese der militärischen Situation angemessen sind, und zweitens mit Atomwaffen, wenn deren Einsatz notwendig ist.

5. Außer in bestimmten, genau definierten Fällen der Selbstverteidigung sollten Atomwaffen nur nach einer besonderen, gemäß einem für die Beschlußfassung vorgeschriebenen Verfahren getroffenen Entscheidung in der Schlacht eingesetzt werden. Durch dieses Verfahren wird sichergestellt, daß eine solche Entscheidung in jedem Fall von einer Instanz gefällt wird, die auf einer der Kampfeinheit übergeordneten Ebene steht, und daß der Kampf nicht mehr auf der Ebene ausgetragen wird, wo man mit konventionellen Waffen auskommt.

6. Mittelstreckenraketen, die vom Festlande und von der See aus eingesetzt werden können und besonders leicht beweglich sein müssen, sollten der NATO im Rahmen des Modernisierungsprogramms zur Verfügung gestellt werden, damit SACEUR seinen derzeitigen Aufgaben gerecht werden kann.

7. Schließlich sollte erwogen werden, wie der Allianz ein Arsenal von atomaren Waffen garantiert werden kann, soweit sie für die direkte Verteidigung Europas erforderlich sind, und wie jedem Mitgliedstaat der Allianz eine gleichberechtigte Stimme bei der Kontrolle dieser Waffen gesichert werden kann.

Ich habe jetzt von Truppenstärke und Ausrüstung, von Effektivstärke und Erfordernissen gesprochen. Aber es bleibt noch ein weiteres Element zu erwähnen, ohne das die beste Ausrüstung der Welt in den Händen der bestausgebildeten Truppe nutzlos wäre. Das ist der Wille und die Entschlossenheit der Allianz — ein Problem, das Sie hier in dieser Versammlung besonders angeht.

Eine große englische Zeitung, die sich das jetzt so häufig in Anspruch genommene Vorrecht anmaßte, die NATO-Politik zu kritisieren, erklärte kürzlich, SACEUR glaube, „das jedem Uebergriff über die Landesgrenzen entschieden, sofort und, wenn nötig, unter Einsatz atomarer Waffen Einhalt geboten werden müsse." Dazu kann ich nur sagen, daß das genau meine Auffassung ist. Können Sie, meine Herren, Ihren Wählern weniger versprechen? Kann ich als Oberbefehlshaber, dem Sie einen großen Teil der Verantwortung für Ihre Verteidigung übertragen haben, von dieser Mindestforderung abgehen? Meine Antwort lautet: Nein.

Ein Schriftsteller sagte vor kurzem: „Die NATO selbst ist zu einem Synonym für andere Buchstabenkombinationen geworden, die die Herzen der Menschen zu tiefen Gefühlen bewegen: Freiheit, Frieden, Unabhängigkeit, menschliche Kameradschaft und Lebenswille."

Auch heute wieder stehen wir, wie schon früher, vor Problemen. Aber eine Allianz, der es in elf kurzen Jahren gelungen ist, sich in den Augen der freien Völker der Welt mit diesen großen Idealen zu identifizieren, wird diese Probleme lösen, und sogar gut lösen.

Quelle: NATO Parlamentarians' Conference. Sixth Annual Conference, Paris, 21st to 26th November, 1960. Konferenzprotokoll, S. 34—41.

Entschließungen der Sechsten Jahreskonferenz der NATO-Parlamentarier in Paris vom 21. bis zum 26. November 1960

Entschließungen des Politischen Ausschusses

I.

Betrifft: Politische Autorität der NATO über Kernwaffen.

Im Hinblick auf die Erklärung des Alliierten Oberbefehlshabers Europa vor der Sechsten Jahreskonferenz und

nach Erörterung der Frage einer Kontrolle über die Verwendung von Kernwaffen

ersucht die Konferenz den Nordatlantikrat dringend, Wege und Mittel auszuarbeiten, um die politische Autorität der Nordatlantikpakt-Organisation über das Nachschubsystem für Kernwaffen und über deren Einsatz auszudehnen.

II.

Betrifft: Entwicklungsländer.

Die Konferenz

weist darauf hin, daß sich die Welt mit stets zunehmender Geschwindigkeit wandelt, insbesondere durch das Aufkommen neuer unabhängiger Staaten in Asien und Afrika, und daß es für unser Bündnis wichtig ist, unsere Politik dieser Lage anzupassen;

erkennt gemäß althergebrachten westlichen Idealen jedem Volk das Recht zu, die mit der Selbstbestimmung verbundene Verantwortung zu übernehmen;

ersucht jede NATO-Regierung dringend, den Entwicklungsländern stärkere erzieherische, wirtschaftliche und technische Hilfe zu leisten, soweit dies auf multilateraler Basis möglich ist;

drückt ihre feste Ueberzeugung aus, daß die Förderung einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung. die den Wert unseres demokratischen Systems beweisen würde, die beste Methode ist, um den Einfluß der demokratischen Welt zu verstärken;

verpflichtet sich, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft die Werte und Vorbilder, die die Grundlage ihres demokratischen Lebens darstellen — wie gleiche Rechte ohne Rücksicht auf Rasse, Bekenntnis oder Farbe —, lebendige Wirklichkeit werden.

III.

Betrifft: Wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die Konferenz

empfiehlt die Liberalisierung der Handelsbeziehungen zwischen allen Ländern der Atlantischen Gemeinschaft, insbesondere die Beseitigung unnötiger Handelsrestriktionen, -quoten und sonstiger -schranken;

weist auf die Gefahr der Bildung von Währungslücken hin, die eine Beeinträchtigung der Stabilität in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern der Atlantischen Gemeinschaft bewirken könnten;

weist auf die Notwendigkeit direkter Verhandlungen zwischen den Länder der „Sechs" und der „Sieben" zum Zwecke der wirtschaftlichen und politischen Integration für ganz Westeuropa hin; und,

indem sie davon ausgeht, daß gewisse wichtige wirtschaftspolitische Ziele, die von den Mitgliedstaaten der NATO gemeinsam verfolgt werden, die Gründung einer Organisation erforderlich machen, die unter der Bezeichnung OECD bekannt werden soll,

begrüßt sie den Abschluß eines Uebereinkommens über die Gründung der OECD und

empfiehlt, daß alle beteiligten Parlamente das Uebereinkommen unverzüglich ratifizieren, und ferner, daß bevollmächtigte Mitglieder aller Parlamente der zur OECD gehörenden Länder von Zeit zu Zeit zusammenkommen, um Angelegenheiten gemeinsamen Interesses, die sich aus der Arbeit der OECD ergeben, zu erwägen.

V.

Betrifft: Abrüstung.

Die Konferenz

bedauert die Tatsache, daß von den in Frage kommenden Regierungen auf dem Gebiete der Abrüstung keine Fortschritte gemacht worden sind, und empfiehlt dringend die baldige Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen;

empfiehlt die Ernennung von Experten, die sich mit den technischen Aspekten von Kontrolle, Inspektion und Abrüstung im allgemeinen befassen sollen.

VI.

Betrifft: Handelspolitik mit dem Ostblock.

Die Konferenz

weist auf die in Artikel 2 des Nordatlantikpaktes niedergelegten Bestimmungen hin;

fordert die Regierungen der NATO dringend zu einer Koordinierung ihrer Handelspolitik mit dem Ostblock auf, indem sie auf die politische Bedeutung eines solchen Vorgehens verweist.

VIII.

Betrifft: Berlin.

Die Konferenz

bezieht sich auf die Entschließung der Fünften Jahreskonferenz der NATO-Parlamentarier und des Atlantikkongresses von 1959 und

wiederholt, daß bezüglich der Berlin-Frage folgende Haltung beibehalten werden sollte:

Jede Lösung, die die Sicherheit, die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des demokratischen West-Berlin sowie seine Bindungen und Verbindungen zur Bundesrepublik aufs Spiel setzen würde, muß abgelehnt werden.

X.

Betrifft: Europäische Sicherheit.

Die Konferenz

gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine zufriedenstellende Lösung der europäischen Probleme, die jetzt die Ost-West-Spannungen verursachen, zu einem ganz Europa umfassenden System kollektiver Sicherheit führen wird, an dem sich gegebenenfalls sowohl die Vereinigten Staaten wie auch Kanada beteiligen werden.

Entschließungen des Militärausschusses

I.

Betrifft: Stärkung der NATO.

In der Ueberzeugung, daß die gegenwärtige Weltlage noch eine starke Verteidigung der westlichen Welt, einschließlich Europa, erfordert;

in der Ueberzeugung, daß die wachsende Stärke der NATO in den letzten zehn Jahren einen Krieg verhütet hat;

in der Ueberzeugung, daß eine starke und einige NATO in der Zukunft weiterhin einen Krieg verhüten wird;

in der Erkenntnis, daß die atlantische Verteidigung noch schwache Stellen aufweist, die beseitigt werden müssen,

empfiehlt die Konferenz eine erneute Bekundung des Vertrauens in die NATO, wobei sie hervorhebt, daß jede Anstrengung unternommen werden muß, um ihre Stärke auf allen Gebieten zu erhalten und zu vergrößern.

II.

Betrifft: NATO-Einsatzverband.

In Anbetracht der Schwäche der gefährdeten Flügel der NATO, insbesondere des südlichen Flügels;

in der Erkenntnis, daß die Verstärkung dieser Flügel von zunehmender Dringlichkeit ist; und

indem sie es für die beste Lösung hält, eine gut ausgerüstete, äußerst bewegliche Streitkraft zusammenzustellen, die auf dem Luftweg in die bedrohten Gebiete befördert werden kann,

empfiehlt die Konferenz, die Zusammenstellung eines solchen Einsatzverbandes zu beschleunigen.

III.

Betrifft: Zusammenarbeit NATO, SEATO, CENTO.

In der Erkenntnis, daß die Verhältnisse im Umkreis der NATO-Zone immer unsicherer werden;

in der Erkenntnis, daß durch die Ausdehnung der geographischen NATO-Grenzen eine erhöhte Sicherheit, insbesondere für den südlichen Flügel, gegeben wäre, daß sie aber andererseits viele Schwierigkeiten und Reibungen verursachen würde;

in der Ueberzeugung, daß enge Zusammenarbeit und gegenseitige Beratung mit anderen für die Verteidigung der freien Welt arbeitenden Organisationen die Sicherheit erhöhen würden,

empfiehlt die Konferenz eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der NATO und anderen für die Verteidigung der freien Welt arbeitenden Organisationen, wie der SEATO und der CENTO.

IV.

Betrifft: Integrierte Luftverteidigung Europas.

In Anerkennung der Tatsache, daß in der Integration der Luftverteidigung seit dem letzten Jahr Fortschritte gemacht worden sind, und

in der Ueberzeugung, daß Europa in einem Großkrieg nicht ohne voll integrierte Luftverteidigung geschützt werden kann,

empfiehlt die Konferenz als eine Angelegenheit von äußerster Dringlichkeit die Errichtung eines gemeinsamen Systems zur Aufklärung, Identifizierung und Lenkung für die Luftverteidigung Europas in der Art, daß sie von einer zentralisierten Kommando- und Kontrollstelle aus eingesetzt werden kann.

V.

Betrifft: Schutz der Seeverbindungen — Versorgungsstützpunkte.

In der Ueberzeugung, daß Europa im Kriegsfalle fast vollkommen von Seeverbindungen abhängig sein wird;

im Hinblick auf die wachsende Bedrohung dieser Verbindungen durch die Errichtung sowjetischer Stützpunkte in Albanien und möglicherweise später auch in Kuba;

im Hinblick darauf, daß im Kriegsfalle verschiedene bedeutende Häfen für das Löschen von Versorgungslieferungen nicht verfügbar sein werden,

empfiehlt die Konferenz

1. die Unterhaltung und Verstärkung der für den Schutz von Seeverbindungen bestimmten Streitkräfte;
2. die Beschleunigung der NATO-Vorbereitungen für Löscharbeiten unter Notstandsbedingungen;
3. die Ausführung der Empfehlungen betreffend die Errichtung einer Bank für Nahrungsmittel und Rohstoffe durch die NATO-Länder;
4. die Einleitung von Maßnahmen, um möglicherweise eine Erweiterung der Stützpunktanlagen außerhalb des gegenwärtigen NATO-Systems — jeweils da, wo notwendig — zu erwirken.

VI.

Betrifft: Vorschläge von General Norstad über die Verwendung von Kernwaffen.

In der Ueberzeugung, daß das gegenwärtige nukleare Gleichgewicht von Ost und West die Abschreckung weniger glaubhaft macht;

in der Ueberzeugung, daß der unbedingt notwendige, gut ausgerüstete, sehr bewegliche Einsatzverband in der Lage sein muß, taktische nukleare und/oder konventionelle Waffen zu verwenden;

im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die sich für die Kontrolle der Verwendung von Kernwaffen ergeben,

empfiehlt die Konferenz, daß die von dem Alliierten Oberbefehlshaber Europa in seiner Rede gemachte Erklärung* über die Verwendung von Kernwaffen im Falle a) eines Angriffs mit konventionellen Waffen und b) eines Angriffs mit Kernwaffen billigend zur Kenntnis genommen wird.

VIII.

Betrifft: Koordinierung der militärtechnischen Zusammenarbeit

In Anbetracht der Tatsache, daß die Kosten für die Erforschung, Entwicklung und Herstellung neuer Waffen und Ausrüstungen stetig anwachsen, so daß die einzelnen Länder in Zukunft außerstande sein werden, die Kosten allein zu tragen;

im Hinblick darauf, daß es für die einzelnen Länder letzten Endes Zeit- und Kraftvergeudung bedeuten würde, die Erforschung und Entwicklung neuer Waffen zu unternehmen;

in der Ueberzeugung, daß es nur durch eine enge Zusammenarbeit der NATO-Mitglieder auf diesem Gebiete verhindert werden kann, daß die finanzielle Last der Verteidigungsanstrengungen zu schwer wird;

in der Ueberzeugung, daß ein Mißlingen der Zusammenarbeit die ungenügende Verteidigung Europas zur Folge haben würde;

in der Annahme, daß eine Zusammenarbeit die Beschleunigung der notwendigen Standardisierung auf vielen Gebieten, einschließlich dem der Logistik, erleichtern kann;

in Anbetracht der Tatsache, daß gewisse Fortschritte durch gemeinsame Entwicklungsarbeiten und gemeinsame Produktion erreicht worden sind (beispielsweise Starfighter, Hawk und Sidewinder) und daß man dabei ist, neue Pläne zu studieren,

*) Vgl. S. D 6—D 7.

empfiehlt die Konferenz, daß die Allianz alle möglichen Schritte unternimmt, um die Koordinierung von Forschung, Entwicklung und Produktion innerhalb der NATO noch weiter zu verbessern und um ein integriertes logistisches System zu schaffen.

Quelle: NATO Parlamentarians' Conference. Sixth Annual Conference, Paris, 21st to 26th November, 1960. Reports and Resolutions, Final.

Rede des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa, General Lauris D. Norstad, vor der WEU-Versammlung in Paris am 1. Dezember 1960 (Auszug)

Betrifft: Organisation und Zweck eines „beweglichen Eingreifverbands".

... Ein gutes Beispiel für eine wohlausgewogene Zusammenstellung von Komponenten der verschiedenen Waffengattungen und von nuklearen und konventionellen Elementen bietet der sogenannte „bewegliche Eingreifverband". Mit der Aufstellung dieses Eingreifverbandes, der bereits im Frühjahr angekündigt wurde*, ist inzwischen begonnen worden, das heißt es wurde ein stellvertretender Befehlshaber ernannt und diesem ein Planungsstab zugeteilt. Die Operationen unterstehen dem Oberbefehlshaber Mitte, General Challe. Die Pläne und die organisatorischen Erfordernisse für diesen Verband werden jetzt ausgearbeitet. Der Verband wird aus einer Anzahl Kampfelementen jeweils in der Größenordnung eines verstärkten Bataillons und der erforderlichen Nachschuborganisation bestehen. Diese Bataillone werden zunächst aus einigen der mitteleuropäischen Länder abgezogen werden. Es wird etwa vier, fünf oder sechs solcher Kampfelemente geben.

Es soll sich hierbei um konventionelle Kampfeinheiten handeln, die mit konventionellen Waffen ausgerüstet sind. Diesem gemischten Verband sollen einige Einheiten beigeordnet werden, die vielleicht auch Bataillonsstärke haben und die mit Atomwaffen, beispielsweise mit Atomartillerie, ausgerüstet sind. Die meisten Ihrer Abgeordneten kennen den Waffentyp „Honest John"; Einheiten dieser Art werden dabeisein. Ferner werden diesem kleinen Verband Luftwaffeneinheiten zugeteilt werden, die zum Teil als Transporteinheiten dem Verband die strategische Beweglichkeit geben sollen, während andere seine Feuerkraft verstärken sollen. Außer den Luftwaffengeschwadern werden auch geeignete Marineeinheiten für die gleichen Funktionen, Erhöhung der Beweglichkeit, Transportzwecke und Verbesserung der Feuerkraft, eingesetzt werden.

Dieser Verband wird einsatzbereit sein. Wir haben damit eine Anzahl kleiner Blocks, die ich mir wie Bausteine vorstelle. Aus diesen können wir jederzeit jede Art einer Verbandsstruktur schaffen, wie es für unsere Zwecke gerade geeignet sein mag. Der Hauptzweck, den wir bei der Aufstellung dieses Verbandes verfolgen, liegt darin, daß er uns ermöglicht, Verstärkungen, und zwar Verstärkungen der richtigen Art, ohne Verzögerung dort einzusetzen, wo militärische Verstärkung benötigt wird. Wir können die konventionellen Einheiten ebenso wie die Atomeinheiten an jede Stelle transportieren, wo sie benötigt werden, und wir können uns den Eingreifverband in der Weise zusammenstellen, wie wir ihn für eine besondere Situation gebrauchen.

Das ist der Hauptzweck, den ich als Oberbefehlshaber bei der Aufstellung dieses Eingreifverbandes im Sinne hatte, aber der Verband kann auch noch einem weiteren

*) Am 2. März 1960 hatte General Norstad anläßlich einer Pressekonferenz in Paris die Aufstellung eines beweglichen Eingreifverbandes als integrierte Formation innerhalb der Allianz in naher Zukunft angekündigt. Es sei an eine Formation in Stärke einer Brigadegruppe oder einer verstärkten RCT gedacht, die zunächst mit drei Bataillonen beginnen sollte und später auf fünf Bataillone verstärkt werden könnte. Jedes der Bataillone solle aus einem anderen Staat kommen. Man hoffe und arbeite unter der Voraussetzung, daß die ersten drei Bataillone von Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten gestellt würden. Auf Grund von Erfahrungen könne später an eine Auffüllung auf Divisionsstärke unter Beteiligung von sechs, sieben oder acht Staaten gedacht werden.

Zweck dienen. Er könnte auf Grund seiner Zusammensetzung aus Elementen verschiedener Bündnisländer dem Willen der politischen Instanz Ausdruck verleihen, indem er durch seine eigene internationale oder alliierte Prägung einem bestimmten Gebiet oder einer bestimmten Situation einen internationalen Charakter gibt. Ich brauche Ihnen als Abgeordneten nicht zu erklären, welche Bedeutung diese Eigenschaft, besonders in den auf den äußeren Flügeln liegenden Gebieten, haben kann.

Ich messe der Aufstellung dieses beweglichen Eingreifverbandes sehr große Bedeutung bei. Er wird unsere Schlagkraft wesentlich verbessern, ohne die Ausgaben zu erhöhen, weil er aus bereits bestehenden Einheiten zusammengesetzt wird. Er gibt damit ein gutes Beispiel für eine ausgewogene Zusammenstellung der Waffengattungen, der nationalen Einheiten und der Waffentypen, die von der Allianz benötigt werden...

Quelle: Western European Union, Assembly, Sixth Ordinary Session (Second Part). Official Report of the Twelfth Sitting; 1st December, 1960. A/WEU (6) CR 12.

Empfehlung der WEU-Versammlung in Paris vom 1. Dezember 1960 (Nr. 57) über die Aufstellung einer Atomstreitkraft innerhalb der NATO

Betrifft: Verteidigung Europas durch konventionelle und atomare Streitkräfte — Schaffung einer Atomstreitmacht innerhalb der NATO — Politische Kontrolle über die Verwendung von Atomwaffen.

Im Hinblick auf die Antwort, die der Rat auf die Empfehlung Nr. 40* erteilt hat und im Hinblick auf die Erklärung von SACEUR vom 21. November 1960**;

von dem dringenden Anliegen bestimmt, daß alle Anstrengungen gemacht werden sollten, um die Verteidigung Europas zu sichern und gleichzeitig jede gefährliche und kostspielige Vergeudung von Atomwaffen zu vermeiden;

im Hinblick auf die Entwicklung der politischen Lage und der öffentlichen Meinung in den NATO-Ländern;

I. Empfiehlt die Versammlung

1. daß die vom Rat festgestellten Mängel auf allen Gebieten der konventionellen Verteidigung unverzüglich beseitigt werden;

2. daß innerhalb der NATO eine Atomstreitmacht geschaffen werde, die mit Zustimmung von SACEUR in der Lage sein soll, die direkte Verteidigung Europas im Falle eines besonders ernsten Angriffs zu übernehmen; in Form einer ständigen Streitkraft, die einer einzigen Instanz zu unterstellen wäre und in jedem Falle alle in Europa vorhandenen atomaren Kampfmittel umfassen sollte;

3. daß der Nordatlantikrat gemeinsame Verfahrensregeln erläßt, die von allen Partnern als gleichberechtigten Ratsmitgliedern zu bestimmen sind und nach denen die politische Kontrolle über die Verwendung von Atomwaffen ausgeübt und die im Notfall erforderliche rasche Entscheidung darüber getroffen wird.

II. Empfiehlt die Versammlung ferner, daß der amtierende Vorsitzende des Rates der WEU

die drei obenerwähnten Vorschläge dem Nordatlantikrat bei seiner Tagung am 16. und 17. Dezember 1960 in Paris übermittele, ohne daß der Rat der WEU vorher eine kollektive Stellungnahme abgeben müßte.

III. Empfiehlt die Versammlung, daß die Mitgliedstaaten der WEU

---

*) Empfehlung der WEU-Versammlung vom 3. Dezember 1959 über den Stand der europäischen Sicherheit. (Vorschlag zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Atomstreitmacht.)

**) Vgl. den Wortlaut auf S. D 2—D 8.

die in den drei obenerwähnten Vorschlägen empfohlene politische Haltung bei dieser Tagung des Nordatlantikrates befürworten.

Quelle: Western European Union, Assembly, Sixth Ordinary Session (Second Part), Thirteenth Sitting; 1st December, 1960. A/WEU (6) PV 10.

Kommuniqué über die Ministertagung des Nordatlantikrats in Paris vom 16. bis zum 18. Dezember 1960

Betrifft: Langfristige Planung — Abrüstung — Wiedervereinigung Deutschlands — Berlin — Gleichgewicht nuklearer und konventioneller Kräfte innerhalb der NATO — Vorschlag der Vereinigten Staaten zur Schaffung einer mit Mittelstreckenraketen ausgerüsteten multilateralen Streitmacht — Stärkung der Schildstreitkräfte — Koordinierung und Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet — Politische Konsultationen — Schaffung der OECD — Entwicklungsländer — Abwehr der kommunistischen Wirtschaftsoffensive.

1. Die Ordentliche Ministertagung des Nordatlantikrates fand vom 16. bis 18. Dezember 1960 in Paris statt.

2. Die Minister prüften eingehend die internationale politische, militärische und wirtschaftliche Lage. In Durchführung früherer Beschlüsse erörterten sie außerdem auf der Grundlage eines Tätigkeitsberichts des Generalsekretärs und der Vorschläge der Regierungen die Frage der langfristigen Planung.

3. Der Rat bekräftigte erneut die Geschlossenheit des Bündnisses und sein Bekenntnis zu dem Grundsatz der friedlichen Beilegung aller Streitigkeiten ohne Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung. Er erklärte seine Entschlossenheit, mit allen geeigneten Mitteln auf eine dauerhafte Verbesserung der internationalen Beziehungen in der Achtung vor der Freiheit, der nationalen Unabhängigkeit und dem Recht hinzuarbeiten. Dies wäre eine wahrhaft „friedliche Koexistenz", der jeder Gedanke der Weltherrschaft fremd ist.

4. Der Rat bedauerte es, daß wegen des Auszugs der kommunistischen Staaten aus der Zehn-Mächte-Konferenz, ohne daß diese die westlichen Vorschläge auch nur geprüft hätten, in diesem Jahr in der Abrüstung kein Fortschritt erzielt wurde. Der Rat bekräftigte erneut, daß er die in diesen Vorschlägen aufgestellten Prinzipien als Grundlage zur Erreichung des gemeinsamen Ziels aller Bündnispartner unterstützt: die stufenweise allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle. Er gab seiner Hoffnung auf baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen Ausdruck.

5. Der Rat bedauerte außerdem, daß in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Selbstbestimmung kein Fortschritt erzielt wurde. Hinsichtlich Berlins bekräftigte der Rat erneut seine Erklärung vom 16. Dezember 1958. Angesichts der Drohungen und der neuerlichen Beunruhigungspolitik des Sowjetblocks gegen Berlin erklärte der Rat erneut seine Entschlossenheit, die Freiheit der Bevölkerung West-Berlins zu schützen.

6. Damit die Staaten des Atlantischen Bündnisses ihre konstruktiven Ziele in Frieden und ohne Furcht verfolgen können, müssen sie angesichts der wachsenden militärischen Stärke des kommunistischen Blocks jedem Angriff mit allen geeigneten Mitteln entgegentreten können. Innerhalb der Streitkräfte des Bündnisses muß ein zweckentsprechendes Gleichgewicht nuklearer und konventioneller Kräfte herrschen, um die erforderliche Anpassungsfähigkeit zu gewährleisten. Die Minister nahmen auf der Grundlage der Jahreserhebung von den erzielten Fortschritten Kenntnis und gaben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, in ihren Bemühungen für die Verstärkung der Abschreckung und der Verteidigungskraft des Bündnisses fortzufahren.

7. In diesem Zusammenhang schlug die Regierung der Vereinigten Staaten dem Bündnis den Gedanken einer mit Mittelstreckenraketen ausgerüsteten multilateralen Streitmacht zur Prüfung vor. Der Rat nahm den Vorschlag der Vereinigten Staaten mit großem Interesse zur Kenntnis und wies die ständigen Vertreter an, ihn und die damit zusammenhängenden Fragen ausführlich zu prüfen. Der Rat begrüßte die Zusicherung der Vereinigten Staaten, die der NATO zur Verfügung gestellten amerikanischen Atomwaffen auch weiterhin im NATO-Gebiet zu belassen.

8. Gleichzeitig war sich der Rat darüber einig, daß es ebenso wichtig ist, die Schildstreitkräfte der NATO auch in anderer Hinsicht so zu stärken, daß jede Möglichkeit einer Fehlkalkulation oder einer Fehldeutung der Entschlossenheit und Fähigkeit des Bündnisses ausgeschaltet ist, einer Aggression mit den jeweils geeigneten und erforderlichen Mitteln zu begegnen.

9. Die Minister nahmen mit Befriedigung die Schritte zur Kenntnis, die bisher auf die von den Verteidigungsministern im Frühjahr 1960 getroffenen Entscheidungen hin auf dem Gebiet der Logistik und für eine Zusammenarbeit bei Forschung, Entwicklung und Produktion militärischen Geräts unternommen wurden. Sie forderten alle Beteiligten nachdrücklich auf, die bereits ausgewählten Projekte voranzutreiben und Untersuchungen darüber anzustellen, welche weiteren Projekte für ein gemeinsames Vorgehen geeignet sind.

10. Die Minister prüften den ihnen über die langfristige Planung vorgelegten Bericht, und zwar insbesondere hinsichtlich der politischen Konsultation und der Wirtschaftsfragen.

11. Sie bekräftigten erneut ihre Entschlossenheit, innerhalb des Bündnisses eine umfassende politische Konsultation zu pflegen, um ein Höchstmaß an Koordinierung in ihren Auffassungen und der Einheitlichkeit ihres Vorgehens zu erzielen. Sie prüften die Verfahren, mit denen dieses Ergebnis erzielt werden soll.

12. Auf wirtschaftlichem Gebiet begrüßten sie die Schaffung der OECD, die durch Förderung eines ausgeglichenen wirtschaftlichen Wachstums und durch Ausdehnung des Welthandels allen Nationen der freien Welt zugute kommen wird.

13. Sie betonten die Bedeutung, die sie der Entwicklung der weniger begünstigten Länder des Bündnisses beimessen.

14. Da zu ihnen viele der industriell stärker entwickelten Länder gehören, anerkennen die atlantischen Nationen ihre besondere Verantwortung auf diesem Gebiet der Hilfeleistung für die Entwicklungsländer.

15. Die Minister wiesen die ständigen Vertreter an, die begonnenen Studien fortzusetzen, welche die Länder des Bündnisses in die Lage versetzen sollen, die Entwicklung der kommunistischen Wirtschaftsoffensive zu verfolgen und die erforderlichen Abwehrmaßnahmen gemeinsam zu treffen.

16. Der Generalsekretär wurde gebeten, zu diesen Fragen einen Bericht zu verfassen, der auf der im Frühjahr stattfindenden Ministertagung des Nordatlantikrats geprüft werden wird.

17. Diese Tagung wird auf Einladung der norwegischen Regierung im Mai 1961 in Oslo stattfinden.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 237 vom 20. Dezember 1960.

Der Fünfjahresplan für die atomare Ausrüstung und die Modernisierung der französischen Streitkräfte (1960–1964)

Anläßlich seiner Pressekonferenz vom 5. September 1960, bei der Staatspräsident *de Gaulle* die französische Haltung zu den Fragen der europäischen Integrationspolitik erläuterte, erneuerte er auch seine Vorschläge für eine Revision des Nordatlantikpaktes. Er forderte, das Bündnis müsse dem nationalen Charakter der Bündnispartner stärker Rechnung tragen und Frankreich ein größeres Mitspracherecht im Rahmen der Allianz einräumen. In einer Rede in Chambéry am 9. Oktober 1960 präzisierte *de Gaulle* diese Vorschläge: „Frankreich muß seine eigene nationale Verteidigung haben, wie das bisher immer der Fall war; auch wir müssen über die sogenannten Kernwaffen-Abschreckungsmittel verfügen, die heute der hauptsächlichste, wenn nicht der einzige Schutz der Völker sind, die frei bleiben wollen. Ohne sie wären wir keine europäische Macht mehr, keine souveräne Nation, sondern lediglich ein integrierter Satellit."

Zur Verwirklichung dieser Ziele bereitete die französische Regierung einen Gesetzentwurf über die Modernisierung und die atomare Ausrüstung der französischen Streitkräfte im Rahmen eines Fünfjahresplanes vor. Am 13. Oktober begannen die Beratungen darüber in der Nationalversammlung.

Die Debatte wurde mit einer Regierungserklärung von Premierminister *Debré* eröffnet. (Vgl. den Wortlaut der Regierungserklärung auf S. D 18—D 33.) Seine Vorschläge stießen auf heftige Kritik. Nach Ablehnung eines Antrages auf Vertagung der Debatte beantragte die Sozialistische Partei (SFIO), den Entwurf an die Ausschüsse zurückzuüberweisen und in der Zwischenzeit die Möglichkeiten zur Bildung einer integrierten Atomstreitmacht innerhalb der NATO zu prüfen. Dieser Vorstoß scheiterte jedoch daran, daß Premierminister *Debré* den Regierungsentwurf mit der Vertrauensfrage verknüpfte. Ein sodann gegen die Regierung eingebrachter Tadelsantrag faßte die in der Debatte von Sprechern der verschiedensten Oppositionsparteien geäußerte Ansicht zusammen, daß die Regierung weniger danach trachte, die zur Verwirklichung des Gesetzentwurfes erforderlichen Mittel zu erhalten, als vielmehr das Parlament zur Billigung einer neuen Konzeption der europäischen und atlantischen Politik zu bewegen. Der Antrag erreichte 207 von den zu seiner Annahme erforderlichen 277 Stimmen*.

Am 8., 9. und 10. November befaßte sich der Senat mit dem Gesetzentwurf und beschloß nahezu mit Zweidrittelmehrheit die Vertagung der Debatte. Der verfassungsmäßig in einem solchen Fall vorgesehene Vermittlungsausschuß kam zu keinem Ergebnis. Bei der zweiten Lesung am 16. November stellte Premierminister *Debré* sogleich die Vertrauensfrage und kam so einem Vertagungsantrag der Opposition zuvor. Die Regierung lehnte alle Abänderungsanträge ab, die eine Integration oder zumindest eine Absprache über die Atomrüstung im Rahmen der NATO zur Vorbedingung für die französische Atomrüstung machten. Sie nahm jedoch einen Zusatz zu dem letzten Absatz der Präambel des Gesetzentwurfes an, der bestimmt, daß die Regierung sich erneut für eine enge Zusammenarbeit mit den atlantischen Verbündeten einsetzen wird (vgl. den Wortlaut des Gesetzes auf S. D 33—D 34).

Ein erneuter Tadelsantrag in der Nationalversammlung wurde am 22. November abgelehnt. Die Opposition zählte diesmal 214 Stimmen. Damit galt der Gesetzentwurf als in zweiter Lesung gebilligt und ging erneut an den Senat, der jedoch die Regierungsvorlage am 30. November wiederum mit einem Antrag auf Vertagung der Debatte ablehnte.

Bei der dritten Lesung in der Nationalversammlung machte die Regierung er-

---

*) Für den Tadelsantrag stimmten alle Abgeordneten der Sozialisten, der Radikalsozialisten und der Kommunisten, ein Teil der demokratischen Mitte, des MRP, der Unabhängigen, der Fraktion „Einheit der Republik" sowie eine Anzahl keiner Fraktion angehörender Abgeordneter.

neut von ihrem Recht Gebrauch, mit der Gesetzesvorlage die Vertrauensfrage zu verbinden, während die Opposition wiederum einen Tadelsantrag stellte. In der Abstimmung über diesen Antrag am 6. Dezember bekannten sich 215 Abgeordnete zur Opposition, womit die verfassungsmäßig erforderliche Mehrheit von 277 Stimmen wiederum nicht erreicht wurde.

Das Gesetz über die atomare Ausrüstung und die Modernisierung der französischen Streitkräfte in den nächsten fünf Jahren war damit angenommen.

Regierungserklärung von Premierminister Michel Debré vor der Nationalversammlung am 13. Oktober 1960

Betrifft: Außenpolitik — NATO — Europäische Integration — Modernisierung und atomare Ausrüstung der französischen Armee — Frankreichs Beitrag zur Verteidigung der freien Welt — Alliierte Zusammenarbeit — Finanzielle Aspekte des Gesetzes zur Modernisierung der französischen Armee — Frankreichs Rolle in der Weltpolitik.

Meine Damen und Herren, eine recht erstaunliche Kampagne wurde gegen den Ihnen unterbreiteten Entwurf unternommen. Dieser Entwurf, behauptet man, sei der Beweis für eine neue Orientierung unserer Außenpolitik. Mit seiner Vorlage, mit dem an Sie gerichteten Ersuchen, über ihn abzustimmen, wolle Frankreich — das ist der geringste Vorwurf, den man gegen es erhebt — wenn auch nicht seine Bündnisse umstoßen, so doch auf jeden Fall in das sogenannte neutralistische Lager übergehen.

Darum ist es bei der Eröffnung dieser Debatte mein erstes Anliegen, Ihnen eine kurze, aber präzise Erklärung über die Außenpolitik abzugeben. Bevor ich jedoch damit beginne, möchte ich eine Bemerkung voranstellen. Wenn die Regierung General de Gaulles im Juni 1958 und später die gegenwärtige Regierung beschlossen, die Herstellung der Atombombe und ihre Explosion zu beschleunigen, so wurde dieser Beschluß — so wie der Ihnen unterbreitete Gesetzentwurf — durch das viele Jahre vorher begonnene und von allen Regierungen der Vierten Republik weitergeführte Werk ermöglicht. Was war das Ziel dieser anhaltenden Anstrengungen? Sie hatten den Zweck, Frankreich eine Atomwaffe zu geben, das heißt eine abschreckende Kraft. Das gleiche trifft übrigens für die Studien und ersten Versuche mit Raketen zu, mit denen ebenfalls vor mehreren Jahren begonnen wurde.

Die Herstellung der Atombombe, die vorerwähnten Studien und Versuche mit Raketen wurden — das kann heute niemand bestreiten — mit dem Ziel unternommen, die militärische Verteidigung Frankreichs zu verbessern. Soviel ich weiß, ist den Regierungen, die diese Aktion unternommen haben, niemals vorgeworfen worden, sie bezweckten damit, eine Aenderung ihrer Außenpolitik herbeizuführen.

Andere Länder der Allianz, vor allem Großbritannien, unternehmen ähnliche Arbeiten. Sie konnten in den gestrigen und heutigen Zeitungen lesen, daß die verantwortlichen Minister ihre Bemühungen zur Schaffung einer britischen Atomstreitmacht mit einer klaren Zielsetzung verbinden, nämlich der Stärkung des atlantischen Bündnisses und der europäischen Verteidigung.

Da jedoch trotz dieser einfachen Feststellungen Zweifel aufgekommen sind, will ich versuchen, sie zu zerstreuen, indem ich klar und deutlich die Grundsätze der französischen Außenpolitik darlege.

Erstes Anliegen dieser Politik ist die Aufrechterhaltung und Förderung der westlichen Allianz. Der Atlantikpakt ist der rechtliche und zugleich politische Ausdruck dieser westlichen Allianz, und wir sind nach wie vor der Ansicht, daß der Atlantikpakt

von grundlegender Notwendigkeit für die Weltstrategie und besonders ein wichtiges Element für die Sicherheit Europas und folglich für die Sicherheit Frankreichs ist.

Heißt das, dieser Atlantikpakt sei vollkommen? Ich glaube, daß niemand dies denkt. Die Ueberprüfung seiner Anwendungsbestimmungen ist um so gerechtfertigter, als zwölf Jahre vergangen sind, seitdem ein Parlament der Vierten Republik ihn angenommen hat, und in diesen zwölf Jahren zahlreiche Ereignisse eingetreten sind, die viele Gegebenheiten der Weltstrategie geändert haben.

Die erste Unvollkommenheit dieses Paktes — ich sage es um so freier, als ich es immer wieder vor dem Senat gleich zu Beginn des Inkrafttretens der westlichen Allianz betont habe — besteht in der Tatsache, daß der Atlantikpakt als ein Regionalpakt angesehen wird, während die westliche Allianz — wir sind davon zutiefst überzeugt, und die letzten Jahre haben die Richtigkeit dieser Ueberzeugung bestätigt — nur von Dauer ist und, so glauben wir, von Dauer sein wird, wenn sie der Ausdruck der Solidarität der freien Welt ist, der gesamten freien Welt gegenüber allen Drohungen. In Wirklichkeit beschränkt sich der Atlantikpakt auf die Bemühungen um eine Solidarität in Europa.

Wir wissen oder wir sollten wissen, was die Uneinigkeit des Westens, z. B. in Asien, gekostet hat. Ich erinnere mich, bei der Ernennung von General Eisenhower zum Oberkommandierenden in Europa vor dem Senat erklärt zu haben, es sei sonderbar, einen einzigen Oberbefehlshaber dort zu ernennen, wo der Westen nicht direkt angegriffen ist, während in Asien, wo der Krieg tobte, keine Anstrengung zu einer gemeinsamen Strategie zu verspüren war. Das gehört nun der Vergangenheit an. Doch wenn wir den Mittleren Orient und Afrika betrachten, was sehen wir? Einen uneinigen Westen, und das ist — wir wiederholen es — auf die Dauer dem Zusammenhalt des Atlantikpaktes nicht förderlich, besonders da seit einigen Jahren immer offenkundiger wird, daß Frankreich in Algerien einen Beitrag zur westlichen Verteidigung liefert.

Es ist nicht gut, daß die westliche Solidarität sich nicht ganz zugunsten unserer Bemühungen auswirkt. Ich glaube, man kann nicht behaupten, der sei ein schlechter Angehöriger des Westens, der sagt, der regionale Charakter des Atlantikpaktes, auf jeden Fall die Nichtausdehnung der westlichen Solidarität auf die ganze Welt sei eine ernste Ursache der Schwäche der Allianz. Zu sagen, die Allianz der freien Welt sei nicht vollständig, weil die Solidarität nur teilweise vorgesehen ist, bedeutet nicht, daß man gegen den Atlantikpakt sei, sondern im Gegenteil, daß man die Entwicklung und den Erfolg des Atlantikpaktes befürwortet.

Wir haben eine weitere Unvollkommenheit festgestellt: Die politische und strategische Organisation der Allianz scheint uns übertrieben ungleich zu sein. Es wird und kann nicht bestritten werden, daß das materielle und politische Potential der großen amerikanischen Republik ihr Vorrechte in dieser Allianz einräumt. Doch die Ungleichheit hat Grenzen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Partnerstaaten des Atlantikpaktes, besonders diejenigen, deren Interessen komplex sind, an der strategischen Führung eigentlich einen größeren Anteil haben müßten, und das im Interesse der Allianz selbst. Sie wissen, wie die Regierung im Sommer 1958, an deren Spitze damals General de Gaulle stand, beschlossen hat, daß die französische Mittelmeerflotte oder vielmehr ein Teil dieser Flotte in Kriegszeiten künftig nicht mehr dem alliierten, sondern dem französischen Oberbefehl unterstehen würde. Warum wurde dieser Beschluß gefaßt? Aus der Erwägung, daß der Wahrung unserer Verbindungslinien und der Verteidigung unserer strategischen Interessen in Frankreich und in Nordafrika unbedingt der Vorrang gebührt, da wir anderenfalls bei der Anwendung von Plänen, bei deren Ausarbeitung wir nicht mitgewirkt hatten, dem Risiko ausgesetzt wären, die französische Mittelmeerflotte für die Wahrung von vorrangigen, aber nicht für Frankreich vorrangigen Interessen eingesetzt zu sehen.

Ich kann Ihnen ein anderes Beispiel nennen: den Einsatz der Atomwaffe, der Atomstreitmacht. Die amerikanische Atomstreitmacht ist einer der wichtigsten Garanten der westlichen Sicherheit. Das unterliegt keinem Zweifel, und wir sind uns dessen voll bewußt. Ist es deshalb gerechtfertigt, daß die Anwendung der Atomwaffe jederzeit, in allen Fällen und für alle Waffen von einer Entscheidung abhängt, auf die außer der amerikanischen Nation kein anderes Volk Einfluß hat? Ich behaupte nicht, daß dieses Problem leicht zu lösen ist, doch ich sage, daß die gegenwärtige Organisation dazu führt und selbst dazu zwingt, viele Fragen zu stellen, und daß man kein Gegner des Atlantikpaktes zu sein braucht, wenn man gewisse Reformen in Erwägung zieht.

Eine dritte Reihe von Bemerkungen bezieht sich auf das, was man die Integration zu nennen pflegt. Es gibt keinen Begriff, der eine genauere Analyse rechtfertigt. Wenn der Ausdruck „Integration innerhalb des Atlantikpaktes" eine sehr enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung bedeutet, zu einem einheitlichen Oberkommando führt, zu Abkommen über die Ausrüstung, zu Studien, strategischen Plänen und selbst zum Aufbau der Logistik, so ist es selbstverständlich, daß wir Befürworter der Integration sind. Wir erbringen hierfür den Beweis in den Abkommen, die wir mit den einzelnen Regierungen innerhalb eines Gesamtplanes abschließen, um die Integration der atlantischen Logistik, besonders auf nationalem Boden, zu ermöglichen.

Doch sollen der französische Staat, die französische Regierung, das französische Parlament oder die französische Nation bei der Organisation unserer eigenen Verteidigung keine Verantwortung mehr tragen? Das glauben wir nicht. Wir glauben im Gegenteil, daß wir ein großes Risiko eingehen würden, wenn es zu einem System käme, in dem der Staat, die Regierung, das Parlament nicht mehr das Gefühl für die eigene Verantwortung hätten und in dem die Bürger selbst glauben würden, sie hätten bei der grundsätzlichen Organisation der Verteidigung ihres Staatsgebietes kein Wort mehr mitzureden.

Das sind, meine Damen und Herren, einige einfache Ueberlegungen, die auf die offenste Weise die französische Politik in der Frage der westlichen Allianz zusammenfassen. Wir erklären auf das entschiedenste, und wir haben niemals aufgehört, das zu tun, unsere Treue zur Allianz, unsere Verbundenheit mit den Prinzipien des Atlantikpaktes. Wir stellen nur einige Fragen. Wir verlangen, daß nach seiner zwölfjährigen Anwendung gewisse wesentliche Fragen neu überprüft werden.

Muß der Geist des Atlantikpaktes nicht auf andere Gebiete der Welt ausgedehnt werden? Wir antworten mit Ja. Und das im Interesse der westlichen Allianz.

Muß an der Spitze des Atlantikpaktes nicht ein politisches Gremium stehen, das übermäßige Ungleichheiten vermeidet und über die großen Probleme ein Einvernehmen zwischen den interessierten Mächten ermöglicht? Wir bejahen diese zweite Frage, und zwar gleichfalls im Interesse des Atlantikpaktes. Sind schließlich nicht eine sehr enge Koordination und eine sehr starke Vereinheitlichung erforderlich bei gleichzeitiger Beibehaltung der nationalen Verantwortlichen der Oberkommandos, der Regierungen und der Parlamente? Auch das bejahen wir im Interesse des Atlantikpaktes, denn der Westen ist nicht die kommunistische Welt, und der erste Ausdruck der Freiheit, deren Symbol diese Allianz ist, ist für eine Nation die Beteiligung an ihrer eigenen Verteidigung und für die verantwortlichen Regierungen und Oberkommandos die Mitwirkung an den grundsätzlichen Entscheidungen.

Reformwünsche darzulegen, auf Verbesserungen zu hoffen und politische Zielsetzung zu erstreben, heißt nicht die westliche Solidarität oder den Atlantikpakt schwächen. Die Tatsachen sprechen für sich. Welche Haltung nimmt Frankreich in den Gebieten ein, wo der Westen bedroht ist? Unsere Haltung in der Berlin-Frage z. B. wird von niemandem in Zweifel gestellt: Keine Nation des Westens hat in den letzten Monaten deutlicher als wir gezeigt, daß sie weiß, was ihre Pflicht zur Solidarität angesichts der Drohungen ist, denen Berlin ausgesetzt ist.

Auch unsere Anstrengungen und unsere Haltung — ich wiederhole es und werde später darauf noch zurückkommen — gegenüber dem ganzen afrikanischen Kontinent und in Algerien sind die Haltung eines Landes, das sich der Verantwortung des Westens bewußt ist.

Dieser erste Vorwurf an dem angeblichen Willen Frankreichs, sich aus der westlichen Allianz zu lösen, ist also leicht zurückzuweisen. Frankreich ist sich seiner Verantwortung innerhalb des Atlantikpaktes bewußt; es erwägt auch im Interesse der großen Allianz der freien Welt die erforderlichen Vervollkommnungen und Verbesserungen.

Der zweite Vorwurf läßt sich gleichfalls leicht zurückweisen. Er betrifft unsere Haltung in der Frage der europäischen Solidarität. Hier wurden zwei vollkommen widersprechende Vorwürfe mit gleicher Schärfe gegen uns erhoben. Einerseits wird die Regierung — und besonders General de Gaulle — beschuldigt, Europa zu zerstören, andererseits wird ihr vorgehalten, eine starke Organisation Europas zu wünschen, um auf diese Weise eine dritte neutralistische Kraft zu schaffen.

Diese seit einigen Wochen verbreiteten zwei Vorwürfe sind natürlich miteinander unvereinbar: man kann nicht Europa zerstören wollen und es gleichzeitig so stark einigen, daß es eine unabhängige Einheit wird. In Wirklichkeit ist weder der eine noch der andere Vorwurf gerechtfertigt.

Soll ich erneut daran erinnern, warum eine Organisation Europas notwendig ist? Sie ist notwendig, und sie war es, so glauben wir, schon gleich nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie ist einmal notwendig, um die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland zu besiegeln. Das ist einer der Gründe, und zwar ein sehr wichtiger Grund: ohne Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland gibt es keine Organisation Europas, wie auch immer die getroffenen Abmachungen aussehen mögen.

Das zweite Anliegen jeder Organisation Europas besteht darin, eine bessere wirtschaftliche Entwicklung und Expansion zu ermöglichen, die die Grundlagen jeder Prosperität, jeder Stärkung und jedes sozialen Fortschrittes sind.

Den europäischen Nationen muß schließlich durch ihre Assoziation und Einigung eine größere Verantwortung in den internationalen Problemen eingeräumt werden.

Besiegelung der deutsch-französischen Annäherung, Gewährleistung der wirtschaftlichen Entwicklung Europas, Sicherung eines größeren Anteils an der Verantwortung in den großen internationalen Fragen — diese drei Punkte führen zu einem und demselben Ziel: die Stärkung der westlichen Welt.

In den letzten Jahren wurde auf dieses Ziel hin in mehreren Richtungen, wie Sie wissen, gearbeitet. Es wurde der Europarat geschaffen, die Verträge, die zu dem sogenannten Europa der Sechs führten, und der Vertrag über die Einigung Westeuropas, der auf dem Gebiet der Verteidigung außer den sechs Staaten des Kontinents auch Großbritannien umfaßt. In dieser Organisation, Sie wissen es alle, muß den Verträgen, die das Europa der Sechs begründet haben, ein besonderer Platz eingeräumt werden, weil sie eine Organisation geschaffen haben, von der man gern sagt, daß sie am besten aufgebaut ist. Unter diesen Verträgen muß andererseits dem wichtigsten von ihnen, dem Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, eine Sonderstellung eingeräumt werden.

In den letzten Wochen wurde eine Initiative ergriffen; sie wurde vom Staatschef in seiner Pressekonferenz vom 5. September sehr deutlich dargelegt. Sie ist seither Gegenstand zahlreicher diplomatischer Gespräche. Für Sie kann sie nicht ganz neu sein, denn wenn Sie die Erklärung nachlesen, die ich am 15. Januar 1959 abgegeben habe, werden Sie ohne Mühe feststellen, daß sie darin schon in großen Zügen angedeutet war, und Sie haben ihr zugestimmt.

Worin besteht diese Initiative? Sie läßt sich wie folgt definieren: Es ist unerläßlich, zwischen den europäischen Staaten eine politische Koordinierung herbeizuführen. Diese politische Koordinierung kann gegenwärtig nur das Werk der Regierungen sein, und sie muß ihren Ausdruck nicht nur in regelmäßigen Treffen der Staats- oder Regierungschefs finden, sondern auch in der Verpflichtung der Staaten, auf gewissen Gebieten ohne vorherige Beratung keine Beschlüsse zu fassen, so wie auch im Bemühen, auf einigen wichtigen Gebieten zu einer gemeinsamen Politik zu gelangen. Ueber diese Initiative werden wir noch vor Ablauf dieser Sitzungsperiode eine eingehende Debatte führen. Es ist nicht angebracht, hier heute darüber mehr zu sagen, da wir hierüber in Verhandlungen stehen. Ich möchte jedoch noch etwas über dieses Problem der Organisation Europas wegen des eingangs angeführten Grundes sagen: nämlich wegen des Vorwurfes, der Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf trüge den Stempel einer antieuropäischen Gesinnung oder bezwecke, aus Europa eine dritte neutralistische Kraft zu machen.

Das steht im Widerspruch zur Wahrheit; es ist ein Gegensatz, der offenkundig wird, wenn man sich unsere Haltung vergegenwärtigt, die ich in zwei Punkten zusammenfassen will.

Zunächst einmal geht es um die strikte Einhaltung der bestehenden Verträge. Ich frage Sie — ich habe es Ihnen schon gesagt — wer heute den EWG-Vertrag strikter einhält als Frankreich? Wir haben 1958 unsere Finanzen neu geordnet und damit das Funktionieren des Vertrages ermöglicht. Sie wissen, daß ohne diese finanziellen Maßnahmen die Gefahr bestand, das Inkrafttreten des Vertrages um mehrere Jahre zu verzögern. Was haben wir seit zwei Jahren sonst noch getan? Wer hat die Beschleunigung des Gemeinsamen Marktes verlangt? Wer verteidigt den wesentlichen Grundsatz des Gemeinsamen Außenhandelstarifs? Wer vertritt die Meinung, es gebe keinen Gemeinsamen Markt, solange es keine gemeinsame Agrarpolitik gibt? Wer unternimmt die größten finanziellen und politischen Anstrengungen, um die afrikanischen Staaten in den Mechanismus des gemeinsamen europäischen Marktes einzubeziehen? Ich kann es sagen — und Sie sollen es wissen: Eigentlich gebührt Frankreich der erste Preis für die Bemühungen um die Verwirklichung der wirtschaftlichen Ziele der Gemeinschaft, die man „Gemeinsamer Markt" nennt.

Gleiches möchte ich von der Gemeinschaft für Kohle und Stahl sagen. Es gibt unter unseren Partnern Nationen, die gezwungen sind, ihren Kohlenmarkt zu isolieren. Es gibt unter unseren Partnern auch Nationen, deren Konzentrationsbestrebungen wir oft als gegen den Geist des Vertrages über die Gemeinschaft für Kohle und Stahl gerichtet empfinden. Es gibt unter unseren Partnern Länder, von deren Einfuhrpolitik wir auch weiterhin glauben, daß sie nicht dem Geist des Vertrages der Montanunion entspricht. Wir tun nichts dergleichen. Wir bleiben dem Buchstaben und dem Geist des Vertrages treu.

Mit anderen Worten, Regierung, Parlament und Nation betreiben hinsichtlich der bestehenden Verträge eine Politik, die nicht kritisiert werden kann. Sie ist der Ausdruck unseres Willens, das Bestehende zur Entfaltung zu bringen und das begonnene Werk fortzusetzen.

Es müssen jedoch — und das ist der zweite Punkt — zwei Bemerkungen gemacht werden, die eine Aktion neuer Art erfordern.

Erstens zeigte die Anwendung dieser Verträge, daß gewisse Entscheidungen politischer Natur getroffen werden müssen. So hat die Kohlenkrise politische Entscheidungen gefordert. Die wirtschaftliche Einbeziehung der afrikanischen Staaten verlangt gleichfalls eine politische Entscheidung, auch auf landwirtschaftlichem Gebiet müssen Beschlüsse gefaßt werden, ebenso bezüglich der Beziehungen zwischen den Sechs der EWG und den Sieben der Kleinen Freihandelszone oder auch hinsichtlich gewisser Probleme wie dem der Assoziierung Griechenlands und der Türkei.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese politischen Entscheidungen nur von den Regierungen getroffen werden können, die für die Durchführung der Verträge verantwortlich sind; sie hat auch gezeigt, daß, wie groß auch die fachlichen und wirtschaftlichen Befugnisse der Behörden oder Kommissionen sein mögen, es unmöglich war — denn das liegt in der Natur der Sache, daß sich andere Behörden als die Regierungen selbst mit diesen Problemen befassen und sie zu lösen versuchen.

Andererseits haben wir festgestellt — und das ist schon eine alte Feststellung —, daß man das Gefühl einer europäischen Solidarität nicht einzig und allein mit der Erfüllung von Verträgen wirtschaftlichen oder sozialen Charakters schafft. Es gibt keine europäische Solidarität, ohne daß dabei grundlegende politische Probleme beachtet werden, wie die Haltung gegenüber der kommunistischen Welt, die Haltung gegenüber den Mittelmeerproblemen und, ganz allgemein gesagt, die Haltung gegenüber den Problemen der Verteidigung. Wenn man eine echte europäische Solidarität wünscht, müssen diese Probleme erörtert und eine Anstrengung zugunsten einer gemeinsamen Lösung seitens aller Regierungen unternommen werden, die gegenüber der europäischen Organisation von den gleichen Gefühlen beseelt sind.

Wo ist diese politische Macht? Wer hat diese Möglichkeit, politische Beschlüsse zu fassen? Das ist keine theoretische, sondern eine praktische Frage. Diese Anstrengung, politische Probleme prüfen und einen politischen Willen schaffen zu wollen, kann nur gemeinsam von den Regierungen kommen, die für die betreffenden Nationen verantwortlich sind.

Welche Kritik kann man also gegen die Europa-Politik der Regierung erheben? Kann man uns vorwerfen, die bestehenden Verträge nicht anzuwenden? Keineswegs. Kann man uns vorwerfen, den Graben zwischen Kontinentaleuropa und England zu vertiefen? In keiner Weise. Eine Anstrengung zugunsten der politischen Zusammenarbeit bewirkt mehr für die Annäherung mit England als Integrationspläne, denen sich England verschließt. Heißt das, etwas Bestehendes durch anderes zu ersetzen? In keiner Weise. Es geht in Wirklichkeit darum, ein Vakuum auszufüllen. Was soll schließlich jene Kritik besagen, die gegen uns erhoben wird und derzufolge durch die Schaffung eines politischen Europas das Risiko entstehen würde, ein neutralistisches Europa zu errichten? Soll das heißen, daß mit der Schaffung einer europäischen politischen Organisation in keiner Weise versucht werden sollte, auch einen gemeinsamen Willen der europäischen Nationen zu schaffen? Eine politische Organisation schaffen, heißt vor allem, den Ausdruck einer gemeinsamen Politik der Nationen des europäischen Kontinents zu suchen, und wir wissen sehr wohl, daß diese Anstrengung nur das eine bewirken kann: die Stärkung des Westens.

Es bleibt also nur ein Streit um Worte. Man sagt uns: „Ihr baut ein Europa der Vaterländer oder ein Europa der Staaten." Doch was ist Europa, wenn nicht eine Summe von Vaterländern oder Staaten? Vielleicht wird die Entwicklung der Auffassungen und der Dinge in den nächsten Generationen eine Wendung herbeiführen, doch wenn wir in den kommenden Tagen oder Monaten zu einer europäischen Einigung in den wesentlichsten Fragen gelangen wollen, gibt es kein anderes Verfahren, keine andere Orientierung und keinen anderen Weg als den, der dazu führt, daß die Nationen, die sich ihrer Solidarität schon bewußt sind, durch regelmäßige Treffen ihrer Regierungschefs der Welt zeigen, daß ein gemeinsamer Wille Europas besteht.

Mit anderen Worten, wir zerstören nicht nur nicht die bestehenden Verträge; wir tun nicht nur alles, um sie bestehen zu lassen, sondern wir wollen, daß über diese bestehenden Verträge hinaus eine neue Anstrengung für den Versuch zur Lösung grundlegender politischer Probleme unternommen wird.

Soll ich außerdem, ohne auf den Wortlaut einzugehen, an unsere Haltung in der deutsch-französischen Freundschaft erinnern, an unseren Willen, unseren Partnern bei-

zustehen, selbst wenn sie in eine schwierige Lage geraten — vor allem, wenn sie in Schwierigkeiten sind, an unseren Willen, Europa daran zu erinnern, daß das Mittelmeer, Algerien und Afrika an das Schicksal des Kontinents mehr gebunden sind als es irgend jemand zugeben möchte? Soll ich an den Grundgedanken im Hinblick auf eine große Konföderation erinnern, den General de Gaulle in einer seiner letzten Reden erneut aufgegriffen hat?

Kurz, ich sage es so, wie ich es denke: Die Kritik gegen die Europa-Politik der Regierung zielt auf eine Kritik unserer Politik gegenüber dem Atlantikpakt ab.

Ich habe mich mit diesem Thema etwas ausführlicher befaßt. Was ich seit einigen Wochen darüber gelesen oder gehört habe, hat mich zu dieser Richtigstellung veranlaßt. Die Verteidigung der Nation, die Beteiligung an der Einigung der europäischen Nationen, die Aufrechterhaltung der engen Assoziierung innerhalb der westlichen Nationen — das sind die Grundlagen der Außenpolitik der Regierung, und der Gesetzentwurf, über den Sie beraten sollen, ist ganz natürlich ein Bestandteil dieser Außenpolitik.

Der Ihnen zur Beratung vorgelegte Entwurf ist ein Programmgesetz für die Dauer von fünf Jahren. Dieser Entwurf umfaßt zwei große Teile: einerseits die Errichtung einer Atomstreitmacht, andererseits die Modernisierung der konventionellen Ausrüstung.

Wie Sie wissen und wie jedenfalls Ihren Mitgliedern der Kommissionen bekannt ist, umfaßt dieses Programmgesetz keineswegs das gesamte Programm der militärischen und materiellen Ausrüstung für den genannten Zeitraum: Es umfaßt nur einen Teil, denn das Programmgesetz sieht nur etwa ein Drittel der Ausgaben für den Zeitraum dieser fünf Jahre vor. Der Haushalt wird also jedes Jahr vervollständigt. Doch gleichzeitig ist in dem begründenden Exposé eine Gesamtsumme der Ausgaben für den Teil V des Haushaltes festgelegt — wir werden übrigens Gelegenheit haben, darauf zurückzukommen.

Wie ich die Ehre hatte, vor dem Finanzausschuß im Juli und vor dem Ausschuß für die Landesverteidigung im September darzulegen, rechtfertigen drei Gründe die grundlegenden Bestimmungen dieses Entwurfes, insbesondere die bezüglich der Atomstreitmacht und, ganz allgemein, der Modernisierung unserer Armee im Zeitalter des Atoms und der Raketen.

Diese drei Gründe sind: erstens die Entwicklung der modernen Militärwissenschaften und Militärtechnik; zweitens die Verantwortung, die Frankreich in den nächsten Jahren zufällt; drittens die Modalitäten und Grenzen der alliierten Zusammenarbeit.

Ich komme auf den ersten Grund zurück, über den ich übrigens nicht sehr ausführlich zu sprechen brauche, denn er ist, glaube ich, für Sie alle klar: Es gibt keine moderne Verteidigung, wenn man nicht im Besitz von modernen militärischen Waffen ist. Jeder von Ihnen weiß, daß die militärische Atomwissenschaft und -technik die Grundlagen der Strategie verändert haben. Die Atombombe und ihre verschiedenen Möglichkeiten, die taktischen Atomwaffen und die verschiedenen Möglichkeiten, sie zu gebrauchen, die ferngelenkten Raketen, das sind die heutigen Waffen des modernen Kampfes. Die neue Ausrüstung bestand zunächst neben der alten und hat dann zu einem Wandel geführt, indem die konventionellen Armeen und Waffen jedes Jahr mehr an die Taktik angepaßt werden mußten, die die Atomwaffen nötig machten, bis sich ergab, daß auch sie über eigene Atomwaffen verfügen mußten. Schließlich führt diese moderne Ausrüstung weitgehend zur völligen oder teilweisen Abschaffung gewisser klassischer Waffen.

Diese Gegebenheiten sind Ihnen bekannt; Sie wissen auch, zumindest in großen Zügen, in welcher Lage sich Frankreich hinsichtlich dieser Möglichkeiten befindet. Die von mir vorerwähnten Atomstudien und Forschungen wurden während mehr als zehn

Jahren ohne jede auswärtige Hilfe durchgeführt. Sie führten zu den Versuchsexplosionen von Reggane und versetzen uns in die Lage, eine Produktion auf industrieller Basis in Angriff zu nehmen. Der Bau des Werkes für Isotopentrennung, der schon 1956 beschlossen worden ist und der Gegenstand der Bewilligung der ersten Haushaltskredite seitens des Parlamentes in den Jahren 1956 und 1957 war, befindet sich in Ausführung und gestattet uns, den Zeitpunkt abzusehen, wo wir über angereichertes Uran für einen zweiten Bombentyp verfügen werden.

Ich hatte seit Januar dieses Jahres keine Gelegenheit, vor Ihnen über die Arbeit der Forscher und Techniker sowohl des Kommissariats für Atomenergie als auch des Armeeministeriums zu sprechen. Ich möchte Sie nun davon unterrichten — und die meisten von Ihnen haben es, glaube ich, schon seit langer Zeit gewußt —, daß in den letzten zehn oder zwölf Jahren eine beachtenswerte Arbeit geleistet worden ist, die Frankreich trotz der Bescheidenheit seiner Mittel in die Reihe der Länder gebracht hat, die über eine gute militärische und industrielle Atomtechnik verfügen; das wurde, ich wiederhole es, ohne jede auswärtige Hilfe erreicht.

Diesen Wissenschaftlern, Forschern und Technikern muß hohe Anerkennung ausgesprochen werden, denn was sie geleistet haben, gibt Anlaß zu nationalem Stolz. Es freut mich, daß die Nationalversammlung sich durch ihren Beifall dieser Anerkennung anschließt, die die Regierung von dieser Tribüne zum ersten Male Gelegenheit hat, für ein mit Erfolg beendetes Werk auszusprechen.

Auch in der Wissenschaft und Technik der ferngesteuerten Geschosse, Raketen und Vektoren haben wir keine neuen Wege beschritten. Die Studien und Versuche sind seit mehreren Jahren im Gange. Ihr Ausschuß für Verteidigung ist hierüber übrigens gut unterrichtet, denn viele seiner Mitglieder haben an mehreren Versuchen teilgenommen. Es ist klar, daß wir auf diesem Gebiet noch sehr weit hinter den Großmächten zurückstehen und daß selbst Großbritannien uns gegenüber einen Vorsprung besitzt, denn für den Bau von Trägern und Raketen ist neben Studien und Versuchen auch eine sehr starke industrielle Infrastruktur erforderlich.

Was schlägt das Ihnen vorgelegte Gesetz vor? Auf atomarem Gebiet legt es das Ergebnis der durchgeführten Studien dar und sieht die Finanzierung der industriellen Produktion einer Atomstreitmacht vor. Ein zweites Gesetz, das dem ersten nach fünf Jahren folgen könnte, würde eine weitere Grundlage, die ferngesteuerten Vektoren, vorsehen.

Es ist vom Standpunkt unseres Militärapparates der Anfang einer schrittweisen unerläßlichen Modernisierung, wenn man — ich wiederhole es — die Fortschritte der Wissenschaft und Technik und die Veränderungen oder, genauer gesagt, die Umwälzungen kennt und ahnt, die sich hieraus für die Strategie und Landesverteidigung ergeben.

Der zweite Punkt, der ins Licht gerückt werden muß, bezieht sich auf die Verantwortung Frankreichs auf dem Gebiet der Verteidigung. Diese Verantwortung unterscheidet sich heute ganz wesentlich von der, die uns vor etwa zwanzig Jahren zufiel. Zweifellos handelt es sich zunächst um die Verantwortung für die Landesverteidigung. Natürlich sagt man uns, nur die sehr großen Mächte könnten für sich in Anspruch nehmen, ihre Landesverteidigung zu gewährleisten. Das ist richtig; die sehr großen Mächte verfügen heute über die Mittel, um alle Probleme der Verteidigung eines Landes in vollem Umfang zu meistern. Ob jedoch ein Land isoliert ist oder Verbündete hat, es muß in der Lage sein, sich zu verteidigen: Es muß so zurückschlagen können, daß der potentielle Angreifer im voraus sich über die Folgen klar ist. Das gleiche Problem stellt sich für ein isoliertes Land wie z. B. die Schweiz, deren Regierung, wie Sie wissen, ein Programmgesetz erörtert, das dem Ihnen unterbreiteten Entwurf ähnelt und dessen Ziel es ebenfalls ist, eine moderne Verteidigung zu gewährleisten.

Diese Lösung gilt auch für ein Land, das einem Bündnis angehört, denn es genießt bei seinen Verbündeten mehr Ansehen, wenn es in der Lage ist, selbst nach Maßgabe der es bedrohenden Gefahren einen angemessenen Beitrag zur Verteidigung zu liefern.

Doch unsere Verantwortung ist nicht allein darauf beschränkt. Auch innerhalb der Allianz haben wir eine Verantwortung. Wenn wir vom Atlantikpakt oder von der europäischen Solidarität sprechen, handelt es sich um politische Tatsachen, die nicht einseitig ausgelegt werden können. Ich will damit sagen, daß wir den Atlantikpakt, die amerikanische Hilfe oder die europäische Solidarität nicht nur zu unseren Gunsten auslegen dürfen. Wir müssen auch den Anstrengungen Rechnung tragen, die wir unseren Verbündeten aus Gründen der Solidarität schulden. Wir haben eine Verantwortung in Europa und im Westen. All denen, für die der Westen oder Europa nicht nur Worte sind, muß aus dieser Politik zwingenderweise klarwerden, daß wir einen Teil der kollektiven Verantwortung für die atlantische oder europäische Sicherheit übernehmen.

Wir haben andererseits — es freut mich, Gelegenheit zu haben, es vor der Nationalversammlung erneut zu betonen — eine Verantwortung in Afrika; sie ist heute größer als vor einigen Jahren. Ich habe Ihnen schon öfter gesagt, daß die Anwesenheit und der Einfluß Frankreichs in Afrika von einer Anstrengung zugunsten der Verteidigung des afrikanischen Kontinents abhängen. In den früheren Jahren war Afrika selbst nicht bedroht. Nur auf dem europäischen Kontinent bestanden Gefahren, und die Probleme Afrikas waren gewissermaßen nur ein Gegenstück zu den Problemen Europas. Das ist heute nicht mehr der Fall. Afrika als solches ist bedroht; es besitzt Naturschätze, strategische Positionen, es ist ein Element des Gleichgewichtes in der Welt. Wenn wir die engen Beziehungen aufrechterhalten wollen, die uns mit gewissen afrikanischen Staaten verbinden, muß ihren Wünschen Rechnung getragen werden. Zweifellos geht es hierbei vor allem um die wirtschaftliche Expansion und den sozialen Fortschritt, aber auch um den Wunsch, im Verteidigungsfalle das frühere Mutterland an ihrer Seite zu wissen. Wenn wir unseren Einfluß aufrechterhalten und erreichen wollen, daß die afrikanischen Staaten und Madagaskar mit Frankreich verbunden bleiben, so haben wir die große Pflicht, deren führenden Persönlichkeiten die Gewißheit zu geben, daß in kritischen Stunden Frankreich an ihrer Seite steht.

Mit diesen kurzen Angaben wollte ich nur unterstreichen, daß die militärischen Konzeptionen, die bisher die Verantwortung Frankreichs für sein Territorium oder für seine Verbindungslinien bestimmten, heute nur noch teilweise richtig sind. Wir haben die Pflicht, unserer europäischen und atlantischen Verantwortung nachzukommen, und wir haben Pflichten gegenüber den afrikanischen Staaten und Madagaskar.

Der dritte Punkt betrifft die Modalitäten, aber auch die Grenzen der alliierten Zusammenarbeit. Ob es um die Fortschritte geht, die wir hinsichtlich einer Modernisierung unserer Rüstung erzielen müssen, oder es sich um das Einlösen unserer Verpflichtungen handelt, eine Isolierung ist natürlich unmöglich. Das gilt nicht nur für Frankreich, sondern für alle Mächte der Welt und selbst für die allergrößten. Wir gehören der atlantischen Allianz an, wir sind in das europäische Verteidigungssystem einbezogen; hieraus ergibt sich die Pflicht zur Zusammenarbeit, das Bemühen um eine Organisation der gemeinsamen Verteidigung. Was für Sie wichtig ist, ist nicht die Erörterung des Grundsatzes dieser Zusammenarbeit, der klar und offenkundig ist; es geht darum, Ihnen dessen Beschränkungen aufzuzeigen und zugleich die Anstrengung, die wir vollbringen müssen, um Einschränkungen zu überwinden.

Sie wissen nun — ich habe es vorhin gesagt —, es besteht keine politische Zusammenarbeit, die der militärischen Anstrengung entspräche, es gibt auch keine technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit, die der Solidarität der Allianz entspräche. Außerdem ist die Verteilung der Befugnisse in strategischer und taktischer Hinsicht sehr ungleich. Ich werde auf diese drei Punkte im folgenden näher eingehen.

Ich habe gesagt, es gäbe keine politische Zusammenarbeit. Ich werde diesen Punkt nur kurz streifen, da ich bereits ausführlich darauf hingewiesen habe, daß der Atlantikpakt vor allem ein Regionalpakt ist und daß hinsichtlich des Mittelmeeres und Afrikas unsere Bemühungen um eine politische Zusammenarbeit jüngeren Datums und unserer Ansicht nach unzureichend sind, um dazu zu führen, daß die Probleme der Verteidigung außerhalb Europas aus einer gemeinsamen Sicht gesehen und politisch mit den Problemen der europäischen Verteidigung gleichrangig behandelt werden.

Auch was die technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit betrifft, will ich mich, wenn Sie gestatten, kurz fassen. Ich möchte nur auf eine Bemerkung eines hervorragenden Mitgliedes des amerikanischen Ausschusses für Atomenergie hinweisen: „Die Vereinigten Staaten", sagte dieses Mitglied, „haben aus einer umfassenden internationalen Zusammenarbeit Nutzen gezogen, doch diese Zusammenarbeit hat zu einem Monopol geführt, das fast ausschließlich in den Händen der Angelsachsen liegt."

Schließlich ist die Ungleichheit auf strategischem Gebiet sehr groß. Wir erkennen diese grundlegende Tatsache an, die dazu führt, daß Amerika die weitaus größte Verantwortung trägt, doch glauben wir, daß das Recht, sich den Einsatz der Atomwaffe vorzubehalten, das heißt auf ein Monopol, auf die Dauer nicht akzeptiert werden kann.

Eine Zusammenarbeit ist also notwendig. Ich lege Wert darauf, es zu sagen, und niemand von Ihnen zweifelt daran, glaube ich, daß wir zur Zusammenarbeit bereit sind. Wir sind zu einer politischen, wissenschaftlichen und strategischen Zusammenarbeit bereit. Man muß sie uns allerdings anbieten. Ich möchte diesbezüglich auf einen Einwand antworten, den ich öfter zu hören bekam. Man sagte: „Vollbringt eine Anstrengung, doch diese Anstrengung muß zu einer integrierten Atomstreitmacht führen." Leider sind aber für eine Integration mehrere Partner erforderlich, und niemand stimmt ihr zu oder denkt daran. Gewisse Länder haben eine nationale Atomstreitmacht geschaffen oder sind dabei, es zu tun. Nach Auffassung ihrer führenden Persönlichkeiten handelt es sich dabei durchaus um eine nationale Streitmacht. Das kann zweifellos — wir bestreiten es nicht — zu einer Zusammenarbeit führen, die sich aus der Allianz ergibt. Doch diese Streitkräfte verbleiben unter nationalem Oberbefehl, und niemand denkt daran, ausgenommen im Kriegsfalle, sie von vornherein einem fremden Oberbefehl zu unterstellen. Die Länder, die keine nationale Streitmacht wollen, wollen oder können sich an den Anstrengungen auf atomarem Gebiet nicht beteiligen.

Es geht also nicht darum, zwischen nationaler und integrierter Streitmacht eine Wahl zu treffen, sondern zwischen Zusammenarbeit bestehender nationaler Streitkräfte oder überhaupt keinen Streitkräften zu wählen. Die Kritik an der Nichtintegration einer Streitmacht ist also rein theoretisch. Es gibt keine, und ich kann Ihnen sagen, es wird noch lange keine anderen als nationale Atomstreitmächte geben, die den Anstrengungen gewisser Nationen entsprechen. Es sollte selbstverständlich sein, daß diese Streitkräfte zusammenarbeiten. Doch die Integration existiert nicht aus dem einfachen Grunde, weil sie niemand wünscht.

Was also kann man tun? Man kann und man muß sich um die industrielle Zusammenarbeit bemühen; wir erwarten und wünschen das. Aber — und das ist wichtig — diese Zusammenarbeit kann nur zwischen Staaten erfolgen, die in der Lage sind, dazu etwas beizutragen. Man arbeitet nicht mit jemandem zusammen, der nichts mitbringt. Welchen Beitrag kann man zu dieser Zusammenarbeit leisten? Man kann Techniker zur Verfügung stellen, Patente, Laboratorien, finanzielle Mittel, den Willen zu militärischer Anwendung. Nach Inkrafttreten des Gesetzes, das wir Ihnen unterbreitet haben, werden wir für die verschiedenen Arten der industriellen, technischen oder selbst politischen Zusammenarbeit besser gerüstet sein. Augenblicklich jedoch gibt es kein anderes Mittel: Ein Land, das keine Anstrengungen unternimmt, hat auch nichts zu erwarten.

Ich fasse zusammen: Der größte Teil des Ihnen vorgelegten Entwurfes bezieht sich auf die Atomstreitmacht. Warum ist diese Anstrengung eine absolute nationale Notwendigkeit? Ich habe Ihnen hierfür die drei Gründe genannt: erstens — die Umwälzungen in der modernen Rüstung und Strategie; zweitens — die Verantwortung, die Frankreich zu tragen hat; drittens — die Grenzen der alliierten Zusammenarbeit. Das sind die drei Argumente, welche die Anstrengung rechtfertigen, der zuzustimmen wir Sie bitten.

Die Begründung, die ich soeben gab, wird eigentlich recht oft gebilligt. Das Prinzip einer atomaren Anstrengung ist nicht mehr umstritten. Einwendungen werden auf einem anderen Gebiet geltend gemacht, indem man behauptet, die geforderten Anstrengungen seien mit unserer finanziellen Lage unvereinbar.

In der Form, in der dieses Argument oft vorgetragen wird, kann es noch nicht einmal zur Diskussion gestellt werden. Ich will damit sagen, daß es zu jeder Zeit gewisse Kreise gibt, welche die Nützlichkeit der Kredite für die Landesverteidigung in Zweifel stellen, und diese Kreise haben immer besondere Argumente gefunden, um eine allgemeine These zu verteidigen. Man kann Neutralist sein, aber man muß stets wissen, gestern wie heute, wohin die Neutralität führt. Sie führt heute, wenigstens was uns betrifft, zu der ernsten Gefahr der Knechtschaft. Frankreich kann nicht neutral sein. Es kann folglich nicht ohne entsprechende Verteidigungsmittel sein.

Von seriöseren Kreisen wird das Argument in anderer Form vorgetragen, und darüber lohnt sich zu sprechen. Diese Kreise sagen: Mit Rücksicht auf die Verantwortung Frankreichs und besonders auf seine Lasten in Algerien müssen wir uns mit konventionellen Verteidigungsmitteln begnügen und anderen — zum Beispiel unseren angelsächsischen Verbündeten — die besondere Aufgabe überlassen, Europa mit Atomwaffen zu verteidigen.

Diese Argumentation hat in Wirklichkeit zwei Aspekte. Sie besagt einerseits: die finanziellen Mittel sind beschränkt und würden durch eine atomare Anstrengung überschritten werden — und andererseits: eine strategische Spezialisierung, also eine Spezialisierung in der Bewaffnung, muß vorgesehen werden.

Diese These ist für eine Nation wie Frankreich außerordentlich gefährlich. Ich wiederhole — wir können es nicht oft genug sagen —, daß unsere Verbündeten nicht alle Interessen Frankreichs als solche anerkennen, und dem kann nicht anders sein. Im Rahmen eines Bündnisses, im Rahmen einer Zusammenarbeit werden die besonderen Interessen eines Partners nur in dem Maße berücksichtigt, in dem er eine besondere Anstrengung vollbringt.

Andererseits — ich betone es noch einmal —, um zusammenzuarbeiten, um an der politischen Zusammenarbeit auf höchster Ebene mitzuwirken, muß man ein entsprechendes Ansehen genießen, und ein solches Ansehen hat sehr komplexe Voraussetzungen; die klassischen Waffen gehören dazu, das Industriepotential; doch was uns betrifft und mit Rücksicht auf die von mir vorerwähnte Verantwortung hat diese Zusammenarbeit nur einen Sinn, ist die Verteidigung dessen, worauf wir am meisten Wert legen, nur gewährleistet, die Möglichkeit, unserer wichtigsten Verantwortung gerecht zu werden, nur dann gegeben, wenn wir den Weg beschreiten, der in dem Ihnen vorgelegten Entwurf vorgeschlagen ist.

Worin bestehen die vorrangigen Probleme Frankreichs? Es gibt ihrer zwei. Erstens die algerische Frage und Anstrengungen, die wir zur Befriedung unternehmen müssen, und zweitens den Beitrag, den wir zur Verteidigung der freien Welt zu leisten haben. Wir können weder dem einen noch dem anderen dieser vorrangigen Probleme aus dem Wege gehen.

Einige von Ihnen waren erstaunt über die Unzulänglichkeit unserer militärischen Anstrengungen im Abschnitt Mitteleuropa. Doch ich möchte darauf hinweisen, daß

man unsere Anstrengungen im Abschnitt Mitteleuropa nicht mit denen anderer Nationen vergleichen darf: Man muß den Beitrag der anderen Nationen im Abschnitt Mitteleuropa mit unseren Anstrengungen in Algerien vergleichen, denn wir können voller Berechtigung behaupten, daß die von uns in Algerien unternommenen Anstrengungen, von westlicher wie von französischer Sicht aus betrachtet, die militärischen Anstrengungen im Abschnitt Mitteleuropa reichlich aufwiegen.

Man darf die Zahl unserer Divisionen oder ihre Lage im Abschnitt Mitteleuropa nicht mit den benachbarten Divisionen vergleichen: Man muß die Divisionen der Verbündeten im Abschnitt Mitteleuropa mit den französischen Divisionen in Algerien vergleichen. Der Kampf ist ein und derselbe, die Ausbildung und die Anstrengungen müssen unter vergleichbaren Umständen miteinander verglichen werden.

Was unser zweites vorrangiges Anliegen betrifft, die Anstrengungen für die Beteiligung an der gemeinsamen Verteidigung, so kann ich es nicht besser begründen als mit den Worten der britischen Minister, die der Konservativen Partei angehören, auf deren gestern und vorgestern abgehaltenem Kongreß, wo sie sagten: „Indem Großbritannien eine Atomstreitmacht bleibt, stärkt es den Atlantikpakt, denn es ist dadurch in der Lage, seiner Verantwortung gerecht zu werden.“ Genau das sagen wir auch, und wir sehen nicht ein, warum das, was für den einen recht ist, nicht auch für den anderen billig sein soll.

Nachdem ich somit die Idee einer sogenannten strategischen Spezialisierung widerlegt habe, komme ich zu den eigentlich finanziellen Aspekten des Problems.

Sie können mir glauben, daß die Schwierigkeiten des Jahres 1958 noch in der Erinnerung aller haften, jedenfalls in der meinen. Besser als irgend jemand weiß ich, daß das Gleichgewicht zwischen dem Haushalt und dem Nationaleinkommen gewahrt werden muß. Doch der Text, der Ihnen vorliegt, wurde mit der größten Umsicht ausgearbeitet.

Vom atomaren Standpunkt aus betrachtet, bildet er wirklich die Fortsetzung dessen, was vor einigen Jahren begonnen wurde. Wir setzen damit nur die Entwicklung der begonnenen Studien für weitere fünf Jahre fort und räumen dafür die seit zehn Jahren befürworteten Kredite ein.

Hinsichtlich der Raketen schlagen wir Ihnen für die nächsten fünf Jahre eine ähnliche Anstrengung vor, wie sie in den vergangenen Jahren auf atomarem Gebiet unternommen wurde, damit wir nach Ablauf dieses Programmgesetzes in der Produktion von Raketen in etwa den Stand erlangen, den wir heute in der Herstellung von Atommaterial erreicht haben.

Drittens wollen wir während dieser Uebergangsperiode eine erste Trägerwaffe für die Atombombe schaffen, die man Vektor nennt und die wir besser als Flugzeuge bezeichnen. Das ist das Prinzip der Atomübergangswaffe; ist identisch mit dem, was Großbritannien gegenwärtig unternimmt.

Was schließlich die konventionellen Waffen betrifft, so haben wir eine uns wohl aus finanziellen Gründen aufgezwungene Wahl getroffen; doch es waren, wie ich es in den Ausschüssen gesagt habe, nicht nur finanzielle Erwägungen, die diese Wahl bezüglich der für die konventionellen Waffen vorgesehenen Kredite bestimmt haben. Es ist in der Tat so — ich kann es nicht oft genug sagen — daß uns jedes Jahr Neuerungen und Ueberraschungen bringt, und wir wissen nicht, ob die Umwälzungen und Anforderungen der Atomtechnik uns nicht morgen zu gewissen Umwälzungen in der klassischen Ausrüstung zwingen.

Wir unterhalten und modernisieren also in einem normalen Rhythmus das, was unerläßlich ist, das heißt die Befriedungsarmee in Algerien und einige andere Formationen, ohne ein großes Programm vorzusehen, das, wenn es zu anspruchsvoll wäre, Gefahr laufen würde, in zwei oder drei Jahren veraltet zu sein.

Jedes Jahr werden Ihnen die zusätzlichen Kredite für die Modernisierung der Ausrüstung vorgeschlagen werden. Ich wiederhole, daß das Programmgesetz für jedes bevorstehende Jahr nur ein Drittel der gesamten Ausgaben für die materielle Ausrüstung der französischen Armee umfaßt.

Mit der Feststellung eines Gesamthöchstbetrages für den erwähnten Zeitraum wurde eine finanzielle Vorsichtsmaßnahme getroffen; dieser Gesamthöchstbetrag deckt zugleich die Kredite für das Programmgesetz und die anderen vorgeschlagenen Jahresausgaben. Diese Vorsichtsmaßnahme der Fairneß in der Finanzgebarung brachte uns gegenteilige Kritiken ein. Es wurde die Frage gestellt: Wie wollen Sie diese Höchstgrenze beachten, und selbst wenn Sie sie beachten, schalten Sie damit nicht von vornherein gewisse Ausgaben aus, die sich als sehr nützlich erweisen könnten? Wir hätten, meine Damen und Herren, keinen Höchstbetrag vorzusehen brauchen. Wir haben es wegen Ihnen und uns getan, um das Größenverhältnis unserer militärischen Anstrengungen zu kennen, und wir glaubten, daß es fair sei, Ihnen diesen wichtigen Aspekt zur Beurteilung unserer Möglichkeiten vorzutragen.

Natürlich weiß niemand mit Sicherheit, was die Zukunft bringt. Es kann für die ganze Welt eine Krise eintreten, die drakonische Revisionen erfordern könnte. Wir können aber auch eine Aera der Prosperität und Erhöhung des Nationaleinkommens erleben, die neue spektakuläre Ausgaben gestattet. Revisionen sind weder der Regierung noch dem Parlament untersagt, doch es muß eine Regel vorhanden sein, und diese Regel wurde Ihnen vorgeschlagen aus einer Sorge heraus, die der Ausdruck unseres Willens ist, unsere Anstrengungen auf dem Gebiet der Verteidigung unseren nationalen Möglichkeiten anzupassen.

Ich habe Ihnen, meine Damen und Herren, die Grundlagen der Außenpolitik Frankreichs dargelegt, die Gründe für den Gesetzentwurf und die wichtigsten finanziellen Betrachtungen. Man könnte noch viele andere Gründe technischer oder strategischer Natur vortragen. Wir werden Gelegenheit haben, sie zu Beginn der nächsten Woche zu prüfen, und besonders der Armeeminister wird auf alle Einwände antworten, die von Ihren Ausschüssen und von den Rednern erhoben werden.

Doch ich kann diese allgemeine Einleitung zur Debatte nicht abschließen, ohne zwei grundlegende Probleme zu behandeln: das eine ist durchaus allgemeiner Natur, aber wesentlich, und betrifft die Aussichten der Weltpolitik; das andere, das nach Ansicht der Regierung und wohl auch der Ihren nicht weniger wichtig ist, bezieht sich auf den Rang und die Rolle einer Nation wie Frankreich sowie auf die Mittel, über die es verfügen sollte, um diesen Rang einzunehmen und diese Rolle zu spielen.

Was notwendig und zu hoffen ist, ich sagte es schon öfter von dieser Stelle aus, ist das Zustandekommen der Entspannung, das heißt ein Koexistenzabkommen zwischen den Mächten des Ostens und des Westens, vor allem zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten.

Gewiß kann diese Anstrengung zur Koexistenz nicht den Weltfrieden gewährleisten, wie dies vor zehn Jahren möglich gewesen wäre. Vor zehn Jahren hätte ein ehrliches Abkommen zwischen Ost und West zweifellos den Weltfrieden sichergestellt. Seither sind die Strömungen, die Asien und Afrika erfaßt haben, statt sich schrittweise durchzusetzen, was der Fall gewesen wäre, wenn dieses Weltabkommen bestanden hätte, auf das heftigste durchgebrochen, und sie sind Anlaß zur Verschärfung der internationalen Lage. Diese Lage ist heute so beschaffen, daß ein Abkommen zwischen Ost und West den Frieden gewiß nicht so garantieren würde, wie dies vor etwa fünfzehn Jahren der Fall hätte sein können.

Doch sind wir der Meinung, daß dieses Abkommen auch weiterhin notwendig ist. Die Gipfelkonferenz vom Mai ist gescheitert. Sie kennen den Standpunkt Frankreichs, der von General de Gaulle vertreten wurde. Sie hatten Gelegenheit, ihn während einer

früheren Debatte zu billigen. Es ging um die von allen Beteiligten verlangte Verpflichtung, die umstrittenen Probleme nicht noch ernster zu gestalten; es ging um die Bemühung, sich einer Kontrolle der Rüstung zu unterwerfen, um dann die Abrüstung nach einem vernünftigen Plan in Angriff zu nehmen, der unter anderem eine Kontrolle der Atomwaffenträger und ihrer Herstellung vorsah.

Im Gegensatz zu dem, was die sowjetische Propaganda behauptet, kann ich Ihnen versichern, daß sich die Haltung Frankreichs in dieser Hinsicht nicht geändert hat.

Wir bemühten uns auch, die Länder aus Ost und West zu einer gemeinsamen Hilfe zugunsten der Entwicklungsländer aufzurufen. Wenn eine solche Atmosphäre durch diese wenigen Maßnahmen hätte geschaffen werden können, wäre eine Annäherung in den ernsten Fragen, die Ost und West entzweien, in dem gewünschten Sinne möglich geworden.

Es lag nicht an Frankreich, und es lag nicht an den anderen Westmächten, daß dieser Konferenz kein Erfolg beschieden war. Ihr Scheitern ist auf die offene Absicht der sowjetischen Regierung zurückzuführen. Seither strahlt die sowjetische Regierung Wärme und Kälte aus, doch die Kälte ist vorherrschend.

Wir sind gewiß die ersten, die zugeben, daß die Politik des Westens nicht immer vorbildlich ist, daß es ihr an Koordination, Einheit, manchmal an Realismus und Stärke mangelt. Doch es ist die sowjetische Haltung, die grundlegend gefährlich ist. Die sowjetische Regierung läßt es zu allen nur möglichen Schwierigkeiten kommen, bedient sich aller Strömungen und aller Entwicklungen in Asien, im Mittleren Osten und in Afrika, um die Spannung zu verschärfen. Wir haben das Gefühl, daß Rußland in diesem Spiel der Verlierer ist und daß das traditionelle Streben seiner Politik, den Westen im Namen des sogenannten sozialistischen Lagers zu schwächen, auch wenn es eine Schwächung des Westens zur Folge hat, zugleich auch eine Schwächung Rußlands bewirkt. Denn eine solche Politik führt letzten Endes zu einer Schwächung der geschichtlichen Nationen, die vom Atlantik bis zum Ural auch weiterhin entscheidende Verantwortungen innehaben. Sich dafür einzusetzen, daß das Gleichgewicht immer mehr gestört wird, wie es die Sowjetregierung ständig zu tun scheint, führt zu einer allgemeinen Schwächung und gefährdet den Weltfrieden.

Vor einer solch ungewissen Zukunft — das ist das mindeste, was von ihr gesagt werden kann — müssen wir in der Außen- und Innenpolitik sowie in Fragen der Verteidigung eine noch größere Wachsamkeit walten lassen und gleichzeitig jede Gelegenheit wahrnehmen, um das Gespräch wieder anzuknüpfen, denn dieses Gespräch droht um so schwieriger zu werden, je mehr sich in der Vorstellung der Sowjetregierung der Gedanke festsetzt, daß wir uns in einer offenen Krise befinden.

Frankreich, das wiederholt an die politischen Prinzipien seiner Haltung, an seine Treue zum Westen und zum Atlantikpakt, an seine Ueberzeugung vom Nutzen sowie von der Notwendigkeit der europäischen Solidarität und an seinen Willen zur Modernisierung seinere Verteidigung erinnert hat, betont einmal mehr — es freut mich, dies von dieser Stelle aus sagen zu können —, daß die Koexistenz eine Notwendigkeit für den Frieden der Welt ist.

Allerdings muß man zuerst einmal wünschen, daß gewisse Gesten und Haltungen gegenüber den westlichen Nationen unterbleiben und sich nicht auf eine Art und Weise wiederholen, daß es immer schwieriger wird, sich dafür einzusetzen, damit unserer Welt ein Drama erspart wird, das sich niemand ohne Schaudern vorstellen kann.

Man wird vielleicht einwenden, das Schicksal der Welt liege heute in den Händen der größten Nationen, der Vereinigten Staaten oder Rußlands. Dabei fällt eines auf: die Unfähigkeit der größten Nationen, ihren Willen der ganzen Welt aufzuzwingen.

Ihr Einfluß ist gewiß beträchtlich, aber er hat seine Grenzen, und es ist wahrscheinlich, daß das Phänomen, das der Macht der größten Staaten Grenzen setzt, sich in beiden Lagern, ich meine im Osten wie im Westen, noch weiter entwickelt.

Das ist es, was den anderen Nationen, besonders den zweitrangigen Mächten wie uns, eine bescheidene, aber sichere Möglichkeit verleiht, einen gewissen Einfluß auszuüben; die sich ihrer früheren Rolle und der künftigen Verantwortung bewußten Nationen, zu denen wir uns zählen können, haben die Pflicht, zu versuchen, ihren Einfluß zugunsten des Fortschrittes und des Friedens geltend zu machen.

Noch eine andere Ueberlegung ist wesentlich: Eine Nation, die darauf verzichtet, mag sie noch so klein sein, verzichtet in Wirklichkeit auf die Verteidigung ihrer Interessen und auf die Freiheit ihrer Bürger. Man darf als Nation nicht verschwinden, man darf als autonomer Wille der Konzeption und des Entschlusses nicht untergehen.

Das ist der wichtigste Grund für den Gesetzentwurf, um dessen Zustimmung Sie gebeten werden. Es handelt sich in keiner Weise um Isolationismus und noch weniger um Neutralismus. Frankreich liegt in Europa und muß an der Schaffung Europas mitwirken, Frankreich gehört zum Westen und muß an der Bereicherung des Westens mitarbeiten. Es geht auch in keiner Weise darum, ein Instrument der sogenannten „grandeur“ zu schaffen. Unser Ehrgeiz bleibt weit hinter dem zurück, den viele andere Nationen hegen, und wir kennen durchaus unsere Grenzen. Es geht einfach darum, Frankreich zu bleiben, das heißt eine Nation, deren Regierung vom Willen beseelt ist, seine Interessen zu verteidigen, und in der Lage ist, auf wirksame Weise an den grundlegenden Bündnissen teilzunehmen.

Unser Ehrgeiz ist nicht nur vernünftig, sondern auch realistisch. Wenn Frankreich ein Bündnis eingeht, wenn es sich zu einer Politik bekennt, ist es gut, daß es eine Nation und eine Regierung sei, die auch die Befugnisse einer Nation und einer Regierung besitzen und wissen, daß sie sich für diese oder jene Haltung aus freiem Entschluß entscheiden.

Wenn man in der Welt als Nation zählen will, muß man vor allem über Einrichtungen verfügen, die den modernen Aufgaben des Staates angepaßt sind. Man muß auch über eine gesunde Währung, eine in Expansion begriffene Wirtschaft verfügen und einen konstanten sozialen Fortschritt aufweisen. Ferner muß man über eine moderne Verteidigung verfügen, das heißt eine klare Vorstellung von unserer Verantwortung haben, eine Anstrengung unternehmen, um die Strategie, Taktik und nationale Industrie unserer Verantwortung anzupassen und auch die Aufgaben des Oberkommandos, der Regierung und der Nation ins rechte Licht rücken.

Das ist unsere Haltung, und ich glaube, daß sie den grundlegendsten Interessen des Landes entspricht.

Meine letzten Worte sollen dem Dank an die Parlamentsausschüsse gelten. Der Finanzausschuß wurde als erster mit dem Entwurf befaßt, da es sich vor allem um Ausgaben handelt. Der Außenpolitische Ausschuß wurde gebeten, sein Gutachten abzugeben, da die Außenpolitik mit diesen militärischen Anstrengungen eng zusammenhängt. Doch die schwerste Aufgabe hatte der Ausschuß für Landesverteidigung, was natürlich ist.

Die Debatte in diesen drei Ausschüssen war, glaube ich, sehr gewissenhaft und hat sich von der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament weitgehend leiten lassen.

Sie stehen jetzt, meine Damen und Herren, vor einer wichtigen Debatte. Ich habe Ihnen objektiv die Einzelheiten des Problems dargelegt, ohne die geringste Schwierigkeit zu verbergen zu versuchen. Der Entschluß und die Abstimmung, die die Regie-

rung von Ihnen verlangt, entsprechen, Sie können es mir glauben, dem nationalen Interesse in seinem höchsten Sinn.

Quelle: *Informationsblätter* (französische Botschaft, Bad Godesberg) Nr. 224 vom 4. November 1960.

Programmgesetz zur Schaffung einer französischen Atomstreitmacht*

(Von der Nationalversammlung in 3. Lesung am 6. Dezember 1960 endgültig angenommen)

Betrifft: Modernisierung und atomare Ausrüstung der französischen Armee.

Einleitung

Die Verteidigungspolitik der Republik beruht auf dem Willen, die nationale Unabhängigkeit zu gewährleisten und die Wirksamkeit der Bündnisse, die die Sicherheit der freien Welt garantieren, zu erhöhen.

Ihr Ziel ist die Erfüllung der sich aus diesen Bündnissen ergebenden Verpflichtungen, die Beendigung der Befriedung in Algerien, die Wahrnehmung der Verantwortungen der Republik in Afrika, auf Madagaskar sowie in den überseeischen Departements und Gebieten und die Einhaltung der gegenüber der Gemeinschaft eingegangenen Verpflichtungen.

Um die Streitkräfte in die Lage zu versetzen, die sich daraus ergebenden Aufgaben zu erfüllen, will sie diese mit nationalen Verteidigungsmitteln ausstatten, die ein sinnvolles Ganzes, bestehend aus thermonuklearen Waffen, Verteidigungseinheiten für das Innere des Landes, einer Kampfarmee und einer Interventionsarmee aller Waffengattungen, darstellen.

Das durch dieses Gesetz festgelegte Programm bezweckt unter anderem, der Regierung zu ermöglichen, zusammen mit den Verbündeten Frankreichs die Anstrengungen zur gemeinsamen Organisation zu unternehmen, die die Verteidigung der freien Welt sowohl vom Standpunkt der politischen als auch der strategischen Zielsetzung aus erfordert. Die Regierung wird die hierfür erforderlichen Initiativen ergreifen.

Artikel 1

Für die Zeit von 1960 bis 1964 einschließlich wird ein Programm gebilligt, das Forschungen, Investitionen und die Herstellung gewisser militärischer Ausrüstungen im Gesamtbetrag von 11 790,5 Millionen NF umfaßt. Unter der Bedingung, daß nach Erfüllung der vordringlichen Anforderungen unserer Truppen in Algerien die Modernisierung der französischen Streitkräfte in Deutschland bis spätestens 1. Januar 1963 verwirklicht wird, erstreckt sich dieses Programm auf:

1. die Herstellung von aeronautischem Material für die Luftwaffe bis zu einem Betrag von 2730 Millionen NF;
2. die Herstellung von anderem als für die Luftwaffe bestimmten Material sowie für Forschungen und Investitionen für aeronautisches Material für die Landesverteidigung bis zu einem Betrag von 1407 Millionen NF;
3. den Bau von Schlachtschiffen, die Entwicklung und Erprobung eines ballistischen Marineflugkörpers bis zu einem Betrag von 947 Millionen NF;

*) Originaltitel: „Loi de programme relative à certains équipements militaires".

4. die Herstellung gewisser Kategorien von Fahrzeugen für Erdstreitkräfte und des für ihre Modernisierung erforderlichen Materials bis zu einem Betrag von 1778,5 Millionen NF;
5. Spezialforschungen sowie die Entwicklung, Investitionen und die Herstellung von Spezialraketen bis zu einem Betrag von 4928 Millionen NF.

Artikel 2

Die dem Finanzgesetzentwurf beigefügten Dokumente müssen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Militärausgaben feststellen und den Teil dieser Ausgaben ermitteln, der direkt oder indirekt dem Zivilsektor zugute kommt.

Artikel 3

Die Regierung wird jedes Jahr zu Beginn der zweiten ordentlichen Sitzungsperiode den militärischen Sonderberichterstattern über den Präsidenten des Finanzausschusses einen Bericht zur Durchführung des Programmgesetzes zuleiten, aus dem folgendes hervorgehen muß:

Stand der Durchführung des Programmgesetzes im Vergleich zu den veranschlagten Arbeiten.

Entstandene Schwierigkeiten und die vorgenommenen oder vorgesehenen Abänderungen.

Stand der Fortschritte der Modernisierung der Kampfarmee.

Artikel 4

Jedes Jahr bei der Vorlage des Finanzgesetzentwurfes wird die Regierung einen Bericht über den Grad der Anpassung unserer Streitkräfte an die in Artikel 1 dieses Gesetzes festgelegten Aufgaben abgeben und damit die Höhe der beantragten Kredite für die Abschnitte V der jeweiligen Militärbudgets rechtfertigen.

Während des Zeitraumes, auf den sich dieses Gesetz erstreckt, werden die aus anderen Abschnitten dieser Budgets eventuell frei werdenden Kredite hinsichtlich ihres Bestimmungszweckes für das Rechnungsjahr 1961 mit Vorrang zusätzlich auf die genannten Abschnitte V übertragen.

Quelle: *Informationsblätter* (französische Botschaft, Bad Godesberg) Nr. 224 vom 4. November 1960.

Die Moskauer Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960

Im Anschluß an die Feiern zum 43. Jahrestag der Oktoberrevolution fand in Moskau ein Konzil aller kommunistischen Parteien mit Ausnahme der jugoslawischen KP statt, das vom 10. November bis zum 1. Dezember 1960 tagte. Ein zum Abschluß gleichzeitig in den Hauptstädten der Ostblockländer veröffentlichtes Kommuniqué (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 37 f.) ging jedoch nicht über eine Aufzählung der Teilnehmer und einige allgemein gehaltene Formulierungen über den Gegenstand der Beratungen hinaus.

Am 6. Dezember wurde eine von den 81 Teilnehmerdelegationen unterzeichnete Erklärung veröffentlicht (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 38 ff.). Sie ist in ihrer programmatischen Bedeutung für die künftige Aktivität aller kommunistischen Parteien und Staaten mit der Deklaration der zwölf kommunistischen Parteien des Ostblocks vom 22. November 1957 vergleichbar, insbesondere in Anbetracht der Kontroversen zwischen der chinesischen und der sowjetischen Presse im November 1960. Diesen ideologischen Auseinandersetzungen liegen konkrete politische Probleme über den künftigen Kurs der sozialistischen Länder und der kommunistischen Parteien zugrunde. Die Differenzen beziehen sich jedoch nur auf die Taktik. Das strategische Endziel, der Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt, stand und steht weiterhin für alle Konferenzteilnehmer fest.

In der Erklärung wird das Prinzip der friedlichen Koexistenz bestätigt und dieses als das einzig richtige Prinzip internationaler Beziehungen bezeichnet. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß damit nicht auf den Klassenkampf oder die Versöhnung mit der sozialistischen bürgerlichen Idee verzichtet werde. Der ideologische Streit solle allerdings nicht durch den Krieg entschieden werden. Unter Berufung auf Lenin wird festgestellt, daß die sozialistischen Länder ihren Haupteinfluß auf die Entwicklung der Weltrevolution durch den wirtschaftlichen Aufbau ausübten.

Andererseits wird in der Erklärung auf die schon auf dem XX. Parteitag geprägten Formulierungen zurückgegriffen und erklärt, die Arbeiterklasse sei zwar bestrebt, die sozialistische Revolution mit friedlichen Mitteln durchzuführen. „Für den Fall aber, daß die Ausbeuterklassen dem Volke gegenüber Gewalt gebrauchen sollten, muß man eine andere Möglichkeit im Auge haben: die des nichtfriedlichen Uebergangs zum Sozialismus ... Der Grad der Erbitterung und die Formen des Klassenkampfes werden unter diesen Bedingungen nicht so sehr vom Proletariat abhängen als vielmehr von der Stärke des Widerstandes, den die reaktionären Kreise dem Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes entgegensetzen, davon, ob diese Kreise in dieser oder jener Phase des Kampfes für den Sozialismus Gewalt anwenden." Gegebenenfalls wird also die Gewaltanwendung innerhalb der einzelnen Länder bei dem Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als notwendig angesehen, d. h. der Bürgerkrieg. Da die kommunistischen Parteien zu „brüderlicher Hilfe" gehalten sind, sowie durch das Interventionsrecht nach dem Grundsatz des „proletarischen Internationalismus", wird damit der Grundsatz der „friedlichen Koexistenz" durchbrochen.

Von besonderer Bedeutung sind die Absätze, die sich mit dem Verhältnis der kommunistischen Parteien zueinander befassen. Die Parteien, heißt es, seien unabhängig und gleichberechtigt. Andererseits wird die KPdSU als Vorbild und Vorhut der kommunistischen Bewegung bezeichnet. Allerdings wird die Formel von der Führungsrolle der KPdSU im sozialistischen Lager vermieden.

Die chinesisch-sowjetische Kontroverse über eine „revisionistische" oder „dogmatisch-sektiererische" Auslegung der marxistisch-leninistischen Lehre spiegelt sich auch in der Erklärung des Konzils wider. Die Deklaration des Jahres 1957 bezeichnete, besonders im Hinblick auf Jugoslawien, den Revisionismus als Hauptgefahr. Diese Auffassung wird in der Erklärung des eben zu Ende gegangenen Konzils wiederholt, bezeichnenderweise mit dem Zusatz, der jugoslawische Revisionismus sei „eine Variante der modernen revisionistischen Theorie in konzentrierter Form". (Die chinesische Presse hatte in letzter Zeit mehrfach, nur wenig verhüllt, den Moskauer Kurs des Revisionismus geziehen.)

Andererseits werden auch der Dogmatismus und das Sektierertum verurteilt, die „in Theorie und Praxis ebenfalls die Hauptgefahr in einer gewissen Etappe der Entwicklung dieser oder jener Partei werden können", eine Auffassung, die in sowjetischen Aeußerungen gelegentlich gegen die Kommunistische Partei Chinas vorgebracht wurde. Die Gegenüberstellung dieser beiden Gefahren deutet darauf hin, daß eine endgültige Entscheidung über die einzuschlagende Generallinie in dieser Frage auf dem Moskauer Konzil nicht erreicht wurde.

Die Erklärung enthält scharfe Ausfälle gegen den „amerikanischen Imperialismus, das Hauptbollwerk der Weltreaktion, den Weltgendarm, den Feind der Völker in der ganzen Welt", und gegen die Bundesrepublik. Während *Chruschtschow* als Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR für einen Burgfrieden mit der Bundesrepublik einzutreten vorgibt, unterzeichnet er als Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU ein programmatisches Dokument, das sich in schweren Angriffen gegen die Bundesrepublik ergeht.

Auf die deutsche Frage geht die Erklärung nur kurz ein, indem sie den Abschluß eines Friedensvertrages „mit Deutschland" und die Verwandlung West-Berlins in eine Freie Stadt fordert. Sie enthält jedoch eine ausdrückliche Garantieerklärung der kommunistischen Staaten für die Unantastbarkeit der sogenannten DDR.

Neu im Vergleich zur Deklaration von 1957 ist ein langer Absatz über die neuen Staaten Asiens und Afrikas, der von den weitgesteckten Zielen des Kommunismus in diesen Gebieten zeugt und darauf hindeutet, daß diese Länder in Zukunft Hauptangriffsziel der kommunistischen Aktivität werden.

Die in der Moskauer Erklärung enthaltene Generallinie ist in vielen Punkten unscharf; gelegentlich — z. B. in der Frage Revisionismus — Dogmatismus — werden die umstrittenen Positionen einander einfach gegenübergestellt. Es ist also zu erwarten, daß in Zukunft auch dieses Dokument verschieden ausgelegt und daß die Akzente verschieden gesetzt werden.

Es würde jedoch zu weit gehen, in dem Dokument einen Sieg Moskaus oder Pekings zu sehen oder die in der Erklärung enthaltenen Widersprüche mit ernsthaften Divergenzen zwischen der KP Chinas und der Sowjetunion interpretieren zu wollen. Es liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, daß die während der Beratungen zutage getretenen Divergenzen zu einer ernsten politisch-wirtschaftlichen Auseinandersetzung oder gar Spaltung im kommunistischen Block führen werden. Obgleich diese Möglichkeit nicht ganz auszuschließen ist, bleibt sie angesichts der starken Abhängigkeit Chinas von der Sowjetunion vorläufig reine Spekulation. Die überaus ernsten Mahnungen in dem Dokument, die Einheit des sozialistischen Lagers zu wahren, zeugen davon, daß die Teilnehmer an dem Konzil sich der tödlichen Gefahr bewußt sind, die ein Schisma für den Weltkommunismus bedeuten würde.

Durch die in der Hauptsache von der chinesischen Delegation vorgetragenen Forderungen erhielt das programmatische Dokument einen revolutionären, aggressiven und harten Ton, der kaum ohne Einwirkung auf die sowjetische Politik bleiben dürfte.

Dieser revolutionäre und aggressive Ton verstärkt sich in dem dritten Dokument der Moskauer Beratungen, dem am 10. Dezember 1960 veröffentlichten Appell an alle Völker der Welt (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D. 67 ff.). Aus der Alternative, daß es in der gegenwärtigen Situation keine andere Möglichkeit als friedliche Koexistenz und Wettbewerb des Sozialismus mit dem Kapitalismus oder einen alles vernichtenden Kernwaffenkrieg geben könne, werden alle Völker zum „allumfassenden Kampf für den Frieden" aufgefordert. Als Gegner, gegen die sich dieser Kampf richten müsse, werden „die Regierungen der imperialistischen Staaten mit den Vereinigten Staaten von Amerika an der Spitze" sowie die „westdeutschen Militaristen und Revanchisten" bezeichnet. Auch in anderen Punkten werden bereits in der Erklärung enthaltene Formulierungen präzisiert. War dort von einem Friedensvertrag „mit Deutschland" die Rede, so wird nun ein solcher „mit den beiden deutschen Staaten" gefordert.

Enthielt die Erklärung ernste Warnungen, die Einheit des sozialistischen Lagers zu wahren, so werden nun in dem Appell die Einheit und die Stärke des sozialistischen Lagers zu Garanten für die Vermeidbarkeit des Krieges und die Behauptung des Friedens angesichts der „Aggressionspolitik der Imperialisten".

Der Appell läßt keinen Zweifel daran, daß sich auch in den kommenden Jahren die Auseinandersetzung zwischen Ost und

West als ein erbitterter Wettbewerb auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet vollziehen wird.

Während die Ergebnisse der Moskauer Beratungen in den Teilnehmerstaaten überall begrüßt wurden, wurde in dem nicht beteiligten Jugoslawien heftige Kritik geübt. Staatspräsident *Tito* verwahrte sich in einer Rede vor der jugoslawischen Nationalversammlung am 26. Dezember 1960 energisch gegen die in der Moskauer Erklärung erhobenen Beschuldigungen und Angriffe gegen Jugoslawien (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 71 f.).

Kommuniqué über die Beratungen vom 1. Dezember 1960*

Betrifft: Teilnehmer — Probleme der internationalen Entwicklung und der kommunistischen Bewegung.

Im November 1960 fand in Moskau eine Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien statt, die an der Feier des 43. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution teilgenommen hatten.

An der Beratung beteiligten sich Delegationen von 81 Parteien: Delegationen der Kommunistischen Partei Australiens, der Kommunistischen Partei Oesterreichs, der Albanischen Partei der Arbeit, der Algerischen Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei Argentiniens, der Kommunistischen Partei Belgiens, der Kommunistischen Partei Burmas, der Bulgarischen Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei Boliviens, der Kommunistischen Partei Brasiliens, der Kommunistischen Partei Großbritanniens, der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei Venezuelas, der Partei der Werktätigen Vietnams, der Partei der Volkseinheit Haitis, der Kommunistischen Partei Guadeloupes, der Partei der Arbeit Guatemalas, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Kommunistischen Partei von Honduras, der Kommunistischen Partei Griechenlands, der Kommunistischen Partei Dänemarks, der Dominikanischen Sozialistischen Volkspartei, der Kommunistischen Partei Israels, der Kommunistischen Partei Indiens, der Kommunistischen Partei Indonesiens, der Jordanischen Kommunistischen Partei, der Irakischen Kommunistischen Partei, der Volkspartei Irans, der Irischen Arbeiterliga, der Kommunistischen Partei Nordirlands, der Kommunistischen Partei Spaniens, der Italienischen Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei Kanadas, der Fortschrittspartei des werktätigen Volkes Cyperns, der Kommunistischen Partei Chinas, der Kommunistischen Partei Kolumbiens, der Arbeiterpartei Koreas, der Partei Volksavantgarde Costa Ricas, der Sozialistischen Volkspartei Kubas, der Libanesischen Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei Luxemburgs, der Kommunistischen Partei Malayas, der Marokkanischen Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei von Martinique, der Mexikanischen Kommunistischen Partei, der Mongolischen Volksrevolutionären Partei, der Kommunistischen Partei Nepals, der Kommunistischen Partei der Niederlande, der Sozialistischen Partei Nicaraguas, der Kommunistischen Partei Neuseelands, der Kommunistischen Partei Norwegens, der Volkspartei Panamas, der Paraguayischen Kommunistischen Partei, der Peruanischen Kommunistischen Partei, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der Portugiesischen Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei Réunions, der Rumänischen Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei Salvadors, der Kommunistischen Partei San Marinos, der Syrischen Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Sudanesischen Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei Thailands, der Tunesischen Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei der Türkei, der Kommunistischen Partei Uruguays, der Kommunistischen Partei Finnlands, der Französischen Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Partei Ceylons, der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, der Kommunistischen

*) Originaltitel: „Mitteilung über eine Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien".

Partei Chiles, der Partei der Arbeit der Schweiz, der Kommunistischen Partei Schwedens, der Kommunistischen Partei Ecuadors, der Kommunistischen Partei der Südafrikanischen Union, der Kommunistischen Partei Japans und anderer Parteien.

Die Teilnehmer der Beratung führten einen Meinungsaustausch über ihre Erfahrungen sowie über ihre Ansichten und Standpunkte durch. Sie erörterten aktuelle Probleme der gegenwärtigen internationalen Entwicklung und der kommunistischen Bewegung im Interesse des gemeinsamen Kampfes für die gemeinsamen Ziele — Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus — und nahmen einstimmig eine Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien und auch einen Appell an die Völker der ganzen Welt an.

Die Erörterung aller Fragen verlief in einer Atmosphäre brüderlicher Freundschaft auf der Grundlage der unerschütterlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Quelle: *Neue Zeit,* Nr. 50, Dezember 1960.

Moskauer Erklärung vom 6. Dezember 1960*

Betrifft: Entwicklung des Sozialismus seit der Moskauer Erklärung — Zerfall des kapitalistischen Weltsystems — Erfolge der sozialistischen Länder — Solidarität des sozialistischen Lagers — Problem von Krieg und Frieden — Liquidierung des Kolonialismus — Uebergang zum Sozialismus — Abweichungen von der Lehre des Marxismus-Leninismus — Gleichberechtigung aller kommunistischen Parteien.

Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien haben auf dieser Beratung die aktuellen Probleme der gegenwärtigen internationalen Lage und des weiteren Kampfes für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus erörtert.

Die Beratung hat gezeigt, daß ihre Teilnehmer in den erörterten Fragen einer Meinung sind. Die kommunistischen und Arbeiterparteien bestätigen einmütig, daß sie der Erklärung und dem Friedensmanifest von 1957 die Treue wahren. Diese programmatischen Dokumente des schöpferischen Marxismus-Leninismus haben die grundsätzlichen Positionen der kommunistischen Weltbewegung zu den wichtigsten Fragen der Gegenwart bestimmt und weitestgehend dazu beigetragen, die Bemühungen der kommunistischen und Arbeiterparteien im Kampfe für die Erreichung ihrer gemeinsamen Ziele zu vereinen. Sie sind nach wie vor das Kampfbanner und die Anleitung zum Handeln für die gesamte kommunistische Weltbewegung.

Die Ereignisse der verflossenen drei Jahre haben die Richtigkeit der in der Erklärung und im Friedensmanifest gegebenen Analyse der weltpolitischen Lage und der Perspektiven der internationalen Entwicklung sowie die gewaltige wissenschaftliche Kraft und die wirksame Rolle des schöpferischen Marxismus-Leninismus bestätigt.

Das Hauptergebnis dieser Jahre ist das stürmische Wachstum der Macht und des internationalen Einflusses des sozialistischen Weltsystems, der aktive Prozeß des Zerfalls des Kolonialsystems unter den Schlägen der nationalen Befreiungsbewegung, die zunehmende Wucht der Klassenkämpfe in der kapitalistischen Welt, der weitere Niedergang und die weitere Zersetzung des kapitalistischen Weltsystems. In der Weltarena tritt das Uebergewicht der Kräfte des Sozialismus über den Imperialismus, der Kräfte des Friedens über die Kräfte des Krieges immer stärker zutage.

Der Imperialismus jedoch, der seine Positionen halten möchte, sabotiert die Abrüstung, ist bemüht, den kalten Krieg zu verlängern und auf jede Weise zu verschärfen.

*) Originaltitel: „Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien."

Er bereitet hartnäckig einen neuen Weltkrieg vor. Darum erheischt das Leben gebieterisch, daß die sozialistischen Länder, die internationale Arbeiterklasse, die nationale antiimperialistische Bewegung, alle friedliebenden Staaten, alle Friedenskämpfer ihre Bemühungen immer fester vereinigen und immer entschlossener handeln, um den Krieg abzuwenden und den Menschen ein Leben in Frieden zu gewährleisten. Das Leben erheischt gebieterisch den weiteren Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte zum Kampfe gegen den Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit, für den Sozialismus.

I

Unsere Epoche, deren Hauptinhalt der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, ist die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Uebergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus und des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab.

Es ist das Hauptmerkmal unserer Zeit, daß das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird.

Die Macht und Unbesiegbarkeit des Sozialismus haben sich während der letzten Jahrzehnte im gigantischen Ringen zwischen der neuen und der alten Welt erwiesen. Die Versuche des Imperialismus und seines Stoßtrupps, des Faschismus, die historische Entwicklung durch Krieg aufzuhalten, sind gescheitert. Der Imperialismus war außerstande, den sozialistischen Revolutionen in Europa und Asien den Weg zu verlegen. Der Sozialismus ist zu einem Weltsystem geworden. Der Imperialismus versuchte, den wirtschaftlichen Aufstieg der sozialistischen Staaten zu hemmen. Diese Absichten wurden durchkreuzt. Der Imperialismus unternahm alles, um das System der Kolonialsklaverei zu erhalten, aber dieses System bricht zusammen. Je mehr sich das sozialistische Weltsystem festigt, desto entschiedener ändert sich die internationale Lage zugunsten der Völker, die für Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen. Das sozialistische Weltsystem und die Kräfte, die gegen den Imperialismus, für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen, bestimmen den Hauptinhalt, die Hauptrichtung und die Hauptmerkmale der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in der modernen Epoche. Keine noch so krampfhaften Bemühungen des Imperialismus können dem Fortschritt der Geschichte Halt gebieten. Es sind feste Voraussetzungen für weitere entscheidende Siege des Sozialismus geschaffen. Der volle Sieg des Sozialismus ist unausbleiblich.

Die gesellschaftliche Entwicklung bestätigt durch ihren Verlauf Lenins Voraussicht, daß die Länder des siegreichen Sozialismus ihren Haupteinfluß auf die Entwicklung der Weltrevolution durch den wirtschaftlichen Aufbau ausüben. Der Sozialismus hat beispiellose schöpferische Erfolge in der Produktion, der Wissenschaft und Technik und bei der Schaffung einer neuen, freien menschlichen Gemeinschaft erzielt, die die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Menschen in immer höherem Maße befriedigt. Bald wird der Sozialismus auch in bezug auf seinen Anteil an der Weltproduktion auf den ersten Platz vorrücken. Dem Kapitalismus wird die Niederlage in der entscheidenden Sphäre der menschlichen Tätigkeit, in der Sphäre der materiellen Produktion, bereitet werden.

Die Festigung und Entwicklung des sozialistischen Systems übt auf den Kampf der Völker der kapitalistischen Länder immer größeren Einfluß aus. Durch die Macht seines Beispiels revolutioniert das sozialistische Weltsystem das Denken der Werktätigen in der kapitalistischen Welt, es beseelt sie zum Kampf gegen den Kapitalismus und erleichtert ihnen diesen Kampf in enormem Maße. In den Ländern des Kapitals mehren sich und erstarken die inneren Kräfte, die berufen sind, den Frieden und die

nationale Unabhängigkeit zu behaupten, den Triumph der Demokratie und den Sieg des Sozialismus zu gewährleisten.

Das kapitalistische Weltsystem macht einen tiefgreifenden Zerfalls- und Zersetzungsprozeß durch. Die Widersprüche des Imperialismus haben das Hinüberwachsen des Monopolkapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus beschleunigt. Der staatsmonopolistische Kapitalismus verleiht den Monopolen noch größere Macht über das Leben der Nation und fügt die Macht der Monopole und die Macht des Staates zu einem einheitlichen Apparat zusammen, der die kapitalistische Ordnung retten und der imperialistischen Bourgeoisie die maximale Steigerung ihrer Profite durch Ausbeutung der Arbeiterklasse und Ausplünderung der breiten Bevölkerungsschichten sichern soll.

Es gibt jedoch keine Mittel, mit denen die monopolistische Bourgeoisie den Kapitalismus retten könnte. Die Interessen einer Handvoll Monopole stehen in unversöhnlichem Gegensatz zu den Interessen der gesamten Nation. Die Antagonismen zwischen den Klassen und den Nationen, die inneren und äußeren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft haben sich jäh verschärft. Die Versuche, die morschen Pfeiler des Kapitalismus durch den Militarismus zu stützen, führen zu einer noch stärkeren Zusammenballung dieser Widersprüche.

Noch nie war der Konflikt zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen in der kapitalistischen Welt so akut. Der Kapitalismus verhindert immer mehr die Anwendung der modernen Wissenschaft und Technik im Interesse des sozialen Fortschritts. Er richtet die Entdeckungen des menschlichen Genius gegen die Menschheit selbst, verwandelt sie in gefährliche Mittel eines Vernichtungskrieges.

Die kapitalistische Wirtschaft wird immer labiler. Obwohl in einigen kapitalistischen Ländern in größerem oder geringerem Maße eine gewisse Produktionszunahme festzustellen ist, werden die Widersprüche des Kapitalismus im nationalen wie im internationalen Maßstab unablässig akuter. Ehe noch alle Folgen der jüngsten Wirtschaftskrise überwunden sind, sieht sich eine Anzahl kapitalistischer Länder von neuen Wirtschaftskrisen bedroht. Die Anarchie der kapitalistischen Produktion vertieft sich. Eine beispiellose Verstärkung erfährt der kapitalistische Konzentrationsprozeß, die Profite und Superprofite der Monopole steigen. Das Monopolkapital hat die Ausbeutung der Arbeiterklasse in neuen Formen, vor allem durch Intensivierung der Arbeit, unermeßlich gesteigert. Die Automatisierung und „Rationalisierung“ bringen den Werktätigen im Kapitalismus neues Unheil. Nur durch beharrlichen Kampf vermochte die Arbeiterklasse in einzelnen Ländern eine Reihe ihrer dringenden Forderungen durchzusetzen. In vielen kapitalistischen Ländern aber liegt der Lebensstandard nach wie vor unter dem Vorkriegsniveau. Entgegen den Verheißungen der Bourgeoisie ist die Vollbeschäftigung nur in einzelnen kapitalistischen Ländern und nur zeitweilig verwirklicht worden. Die Macht der Monopole fügt den breiten Bauernmassen und ausgedehnten Schichten des Kleinbürgertums und der mittleren Bourgeoisie immer größeren Schaden zu. In den kapitalistischen Ländern, darunter auch in einigen der am höchsten entwickelten, bestehen nach wie vor wirtschaftlich schwachentwickelte Gebiete, in denen das Massenelend besonders groß ist, und diese Gebiete erweitern sich sogar.

All dies widerlegt abermals die verlogenen Erdichtungen der bürgerlichen Ideologen und der Revisionisten, daß der moderne Kapitalismus sich in einen „Volkskapitalismus“ verwandelt, einen „Wohlfahrtsstaat“ geschaffen habe, der imstande sei, die Anarchie der Produktion und die Wirtschaftskrisen zu überwinden und den Wohlstand aller Werktätigen zu sichern.

Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus verändert ständig das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Staaten. Je mehr die imperialistische Herrschaftssphäre schrumpft, desto stärker treten die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten zutage. Das Marktproblem ist akut wie nie zuvor. Die neuen zwischenstaatlichen Organisationen, die unter der Devise der „Integration“ auftauchen,

führen in Wirklichkeit zur Verschärfung der Gegensätze und des Kampfes unter den imperialistischen Ländern; sie stellen neue Formen der Aufteilung des kapitalistischen Weltmarkts unter den größten Kapitalistenvereinigungen dar, neue Formen für das Eindringen der stärkeren imperialistischen Staaten in die Wirtschaft ihrer schwachen Partner.

Am stärksten tritt die Fäulnis des Kapitalismus im Hauptland des modernen Imperialismus, den Vereinigten Staaten von Amerika, zutage. Das Monopolkapital der USA offenbart deutlich seine Unfähigkeit, die vorhandenen Produktivkräfte auszunutzen. Das reichste unter den entwickelten kapitalistischen Ländern — die Vereinigten Staaten von Amerika — ist zum Land mit besonders großer chronischer Arbeitslosigkeit geworden. Die wachsende Unterbelastung der Industrie ist dort eine Dauererscheinung geworden. Trotz der gewaltigen Zunahme der Rüstungskredite, die auf Kosten des Lebensniveaus der Werktätigen geht, verlangsamt sich das Tempo der Produktionszunahme in den Nachkriegsjahren, kaum daß es das Tempo der Bevölkerungszunahme übersteigt. Die Ueberproduktionskrisen sind häufiger geworden. Das industriell am stärksten entwickelte Land des Kapitalismus ist zum Lande der am stärksten mißgestalteten militarisierten Wirtschaft geworden. Die Vereinigten Staaten von Amerika rauben den Ländern Asiens und besonders Lateinamerikas mehr Schätze als alle anderen kapitalistischen Staaten und hemmen dadurch die Entwicklung dieser Länder. Die Infiltration amerikanischen Kapitals in Afrika verstärkt sich. Der amerikanische Imperialismus ist zum größten internationalen Ausbeuter geworden.

Der Imperialismus der USA bemüht sich, viele Staaten seiner Herrschaft zu unterwerfen, wobei er als wichtigste Mittel die Politik der Militärblocks und die Politik der „Wirtschaftshilfe" verwendet. Er verletzt auch die Souveränität der entwickelten kapitalistischen Staaten. Die herrschende Monopolbourgeoisie der hochentwickelten kapitalistischen Länder, die ein Bündnis mit dem amerikanischen Imperialismus eingegangen ist, opfert die Souveränität ihrer Länder in der Annahme, mit Unterstützung der USA-Imperialisten die revolutionären Befreiungskräfte unterdrücken, die Werktätigen der demokratischen Freiheiten berauben, sich dem Kampf der Volksmassen um den sozialen Fortschritt entgegenstemmen zu können.

Der amerikanische Imperialismus bezieht diese Länder in das Wettrüsten ein, in die Politik der Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges und der Wühltätigkeit gegen die sozialistischen und die neutralen Staaten.

Die Stützen des kapitalistischen Systems sind dermaßen verrottet, daß in vielen Ländern die herrschende imperialistische Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, den wachsenden und sich immer fester zusammenschließenden Kräften der Demokratie und des Fortschritts selbständig standzuhalten. Die Imperialisten vereinigen sich zu militärpolitischen Allianzen, an deren Spitze die USA stehen, um gemeinsam gegen das sozialistische Lager zu kämpfen und die nationale Befreiungsbewegung, die proletarische und sozialistische Bewegung zu erwürgen. Die Entwicklung der internationalen Ereignisse in den letzten Jahren hat viele neue Beweise dafür erbracht, daß der amerikanische Imperialismus das Hauptbollwerk der Weltreaktion, der Weltgendarm, der Feind der Völker der ganzen Welt ist.

Das System der Militärblocks, das die Vereinigten Staaten von Amerika aufgebaut haben, wird sowohl durch den Kampf unter seinen Teilnehmern als auch durch den Kampf der Massen für die Auflösung solcher Blocks geschwächt. Die amerikanischen Imperialisten sind bestrebt, die aggressiven Blocks zu festigen, was einen noch stärkeren Widerstand der Massen auslöst. Die USA sind nach wie vor die wichtigste wirtschaftliche, finanzielle und militärische Macht des modernen Imperialismus, obwohl ihr Anteil an der Wirtschaft der kapitalistischen Welt im Sinken begriffen ist. Die englischen und französischen Imperialisten kämpfen beharrlich um ihre Position. Die Monopole

Westdeutschlands und Japans, die ihre Macht wieder hergestellt haben und eng mit den amerikanischen Monopolen verbunden sind, verstärken ihre Expansion. In ihrer imperialistischen Politik streben die westdeutschen Monopole immer aktiver danach, die schwachentwickelten Länder auszubeuten.

Die Völker erheben sich immer entschlossener zum Kampf gegen den Imperialismus. Es entfaltet sich die grandiose Schlacht zwischen den Kräften der Arbeit und des Kapitals, der Demokratie und der Reaktion, der Freiheit und des Kolonialismus. Der Sieg der echten Volksrevolution auf Kuba ist zu einem hervorragenden Beispiel für die Völker Lateinamerikas geworden. Mit unüberwindlicher Macht hat sich die antikoloniale Bewegung für Freiheit und nationale Unabhängigkeit in Afrika entfaltet. Der antiimperialistische nationale Aufstand im Irak endete erfolgreich, in Japan hat sich eine machtvolle Bewegung der Volksmassen gegen das japanisch-amerikanische Militärbündnis, für Frieden, Demokratie und nationale Unabhängigkeit entfaltet. Von der Kampfentschlossenheit der Werktätigen zeugt das aktive Auftreten der Volksmassen in Italien zur Verteidigung der Demokratie. In Frankreich verstärkt sich der Kampf für die Demokratie, gegen das reaktionäre Regime der persönlichen Macht. Große Arbeiterstreiks haben sich in den USA, in Argentinien, Uruguay, Chile, Indien, England, Kanada, Belgien und anderen kapitalistischen Ländern entfaltet. In den USA nehmen die Aktionen des Negervolkes für seine Lebensrechte Massencharakter an. Es wächst das Streben nach Vereinigung der nationalen Kräfte gegen die faschistische Diktatur in Spanien und Portugal, es erstarkt die demokratische Bewegung in Griechenland. In Kolumbien und Venezuela sind die tyrannischen Militärregime gestürzt worden; in Südkorea und der Türkei wurde den erklärt proamerikanischen Marionettenregierungen ein Schlag versetzt. In Süd-Vietnam und Laos entfaltet sich die nationaldemokratische Bewegung gegen die amerikanischen Imperialisten und deren Handlanger. Das indonesische Volk macht Schluß mit den in seinem Lande verbliebenen wirtschaftlichen Positionen der Imperialisten, insbesondere den Positionen der holländischen Kolonialherren. Die Friedensbewegung der Massen erweitert sich und erfaßt alle Kontinente. All dies beweist anschaulich, daß die Wogen des antiimperialistischen Kampfes, des nationalen Befreiungskampfes, des Kampfes gegen den Krieg und des Klassenkampfes immer höher schlagen.

Der Triumph des Sozialismus in einer großen Gruppe Länder Europas und Asiens, die ein Drittel der Menschheit umfaßt, das mächtige Wachstum der Kräfte, die für den Sozialismus in der ganzen Welt kämpfen, die stetige Schwächung der Positionen des Imperialismus im ökonomischen Wettbewerb mit dem Sozialismus, der neue gewaltige Aufschwung des nationalen Befreiungskampfes und der immer raschere Zerfall des Kolonialsystems; die zunehmende Labilität des gesamten Wirtschaftssystems der kapitalistischen Welt; die Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus infolge der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des wachsenden Militarismus; die Vertiefung der Gegensätze zwischen den Monopolen und den Interessen der gesamten Nation; der Abbau der bürgerlichen Demokratie, die Tendenz zu autokratischen und faschistischen Regierungsmethoden; die tiefe Krise der bürgerlichen Politik und Ideologie — all das sind Beweise dafür, daß die Entwicklung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in eine neue Etappe eingetreten ist. Die Besonderheit dieser Phase besteht darin, daß sie nicht im Zusammenhang mit einem Weltkrieg entstanden ist, sondern angesichts des Wettbewerbes und Kampfes der beiden Systeme, einer immer größeren Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, einer krassen Zuspitzung aller Widersprüche des Imperialismus, unter Verhältnissen, in denen es der erfolgreiche Kampf der friedliebenden Kräfte für die Durchsetzung und Festigung der friedlichen Koexistenz den Imperialisten nicht gestattet hat, den Weltfrieden durch ihre Aggressionshandlungen zu Fall zu bringen, angesichts des Aufschwungs des Kampfes der breiten Volksmassen der Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus.

Alle revolutionären Kräfte vereinigen sich gegen die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung. Die Völker, die den Sozialismus und Kommunismus aufbauen, die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, der nationale Befreiungskampf der unterdrückten Völker, die allgemeindemokratischen Bewegungen — all diese gewaltigen Kräfte unserer Zeit münden in einen gemeinsamen Strom, der das imperialistische Weltsystem unterspült und zerstört. Im Mittelpunkt der jetzigen Epoche steht die internationale Arbeiterklasse und das Wichtigste, was sie hervorgebracht hat: das Weltsystem des Sozialismus. Sie sind die Gewähr des Sieges im Kampf für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung, den Sozialismus und den Fortschritt der Menschheit.

II

Das sozialistische Weltsystem ist in eine neue Etappe seiner Entwicklung eingetreten. Die Sowjetunion geht mit Erfolg dem entfalteten Aufbau der kommunistischen Gesellschaft nach. Die anderen Länder des sozialistischen Lagers legen erfolgreich das Fundament des Sozialismus, und einige von ihnen sind bereits in die Periode des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eingetreten.

Der Sozialismus als Ganzes hat entscheidende Siege errungen. Diese Siege künden den Triumph des Marxismus-Leninismus und zeigen allen vom Kapital unterjochten Völkern anschaulich, daß eine Gesellschaft, die nach den Grundsätzen dieser Lehre organisiert ist, unbeschränkte Möglichkeiten eröffnet, Wirtschaft und Kultur zur Blüte zu bringen, den Menschen einen hohen Lebensstandard, ein Leben in Frieden und Glück zu sichern.

Das sowjetische Volk erfüllt erfolgreich den Siebenjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft und errichtet so in raschem Tempo die materielle und technische Basis des Kommunismus. Die sowjetische Wissenschaft hat in der Entwicklung der Weltzivilisation eine ganze Epoche eröffnet; sie hat mit der Erschließung des Kosmos begonnen und manifestiert dadurch prägnant die wirtschaftliche und technische Macht des sozialistischen Lagers. Die Sowjetunion bahnt der ganzen Menschheit als erstes Land in der Geschichte den Weg zum Kommunismus. Die Sowjetunion ist das markanteste Beispiel und das mächtigste Bollwerk für die Völker der ganzen Welt in ihrem Kampf für Frieden, demokratische Freiheiten, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt.

Die Volksrevolution in China hat den Positionen des Imperialismus in Asien einen vernichtenden Schlag versetzt und in gewaltigem Maße zur Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus beigetragen. Dadurch, daß sie der nationalen Befreiungsbewegung einen mächtigen Anstoß gab, übte sie einen gewaltigen Einfluß auf die Völker aus, besonders auf die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Die volksdemokratischen Republiken Albanien, Bulgarien, China, die Deutsche Demokratische Republik, die Koreanische Volksdemokratische Republik, die Mongolei, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, Ungarn und die Demokratische Republik Vietnam, die zusammen mit der großen Sowjetunion das mächtige sozialistische Lager gebildet haben, konnten in historisch kurzer Zeit gewaltige Erfolge beim Aufbau des Sozialismus erringen.

Die Volksmacht hat in diesen Ländern ihre unerschütterliche Festigkeit bewiesen. In der Volkswirtschaft herrschen die sozialistischen Produktionsverhältnisse vor; die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist für immer beseitigt oder wird erfolgreich beseitigt. Die erfolgreiche Politik der sozialistischen Industrialisierung hat die Wirtschaft der sozialistischen Länder zur Blüte gebracht; sie entwickeln ihre Wirtschaft bedeutend schneller als die kapitalistischen Länder. Alle diese Länder haben eine entwickelte Industrie aufgebaut, einstige Agrarländer sind Industrie- und Agrarländer geworden oder sind dabei, es zu werden.

In allen volksdemokratischen Ländern wurde bereits in den letzten Jahren oder wird jetzt erfolgreich das schwierigste Problem des sozialistischen Aufbaus gelöst: der freiwillige Uebergang der Bauernschaft vom Wege des auf dem Privateigentum beruhenden Kleinbetriebs auf den Weg des sozialistischen genossenschaftlichen Großbetriebes. Der Leninsche Genossenschaftsplan hat seine gewaltige Lebenskraft bewiesen, und zwar sowohl in Ländern, wo die Bauernschaft kraft alteingewurzelter Traditionen dem Privateigentum an Grund und Boden zutiefst verhaftet war, als auch in Ländern, die erst unlängst mit den Feudalbeziehungen aufgeräumt haben. Erstarkt ist das brüderliche Bündnis der Arbeiter und Bauern unter der Führung der Arbeiterklasse, dessen Aufrechterhaltung und Festigung, wie W. I. Lenin lehrte, das höchste Prinzip der Diktatur des Proletariats ist. Im Zuge des sozialistischen Aufbaus entwickelt sich dieses Bündnis der zwei werktätigen Klassen, das die politische Grundlage der sozialistischen Ordnung bildet, unablässig und trägt zur weiteren Festigung der Volksmacht unter der Führung der Arbeiterklasse und zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft auf der Basis des Leninschen Prinzips des freiwilligen genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bauernschaft bei.

Historische Wandlungen haben sich im sozialen Aufbau der Gesellschaft vollzogen. In den volksdemokratischen Ländern sind die Klassen der Gutsherren und der Kapitalisten nicht mehr vorhanden. Zur Hauptkraft der Gesellschaft ist die Arbeiterklasse geworden; ihre Reihen wachsen, ihr Klassenbewußtsein und ihre politische Reife nehmen zu. Der Sozialismus hat die Bauernschaft vom uralten Elend befreit und sie zu einer aktiven Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts gemacht. Es entsteht eine neue sozialistische Intelligenz, die Fleisch vom Fleische des werktätigen Volkes ist. Allen Bürgern steht der Weg zu Wissen und Kultur offen. Der Sozialismus hat somit nicht nur die politischen, sondern auch die materiellen Voraussetzungen für die kulturelle Entwicklung der Gesellschaft, für das allseitige und vollständige Aufblühen der Talente und Fähigkeiten des Menschen geschaffen. Auf der Basis der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung ist eine stetige Hebung des materiellen Lebensniveaus der Volksmassen festzustellen.

In den sozialistischen Nationalitätenstaaten ist das unzertrennliche Bündnis der Werktätigen aller Nationalitäten entstanden und erstarkt. Der Triumph der marxistisch-leninistischen Nationalitätenpolitik in den Ländern des Sozialismus, die wahre Gleichberechtigung der Nationalitäten, der Aufstieg ihrer Wirtschaft und Kultur sind ein anfeuerndes Vorbild für die Völker, die gegen die nationale Unterdrückung kämpfen.

In den volksdemokratischen Ländern hat die sozialistische Ideologie im Kampfe gegen die bürgerliche Ideologie merkliche Erfolge erzielt. Dieser Kampf trägt einen langwierigen Charakter und wird bis zur völligen Befreiung des menschlichen Bewußtseins von den Ueberresten der bürgerlichen Ideologie andauern.

Die moralisch-politische Einheit der Gesellschaft, die erstmalig in der Geschichte in der Sowjetunion entstanden und erstarkt ist, festigt sich jetzt auch in den anderen sozialistischen Ländern. Dadurch wird es möglich, die schöpferische Energie der freien Werktätigen aufs beste zu nutzen, um die Produktivkräfte zum Aufschwung und die sozialistische Gesellschaft zur Blüte zu bringen.

Die sozialistische Gesellschaft wird immer vollkommener und reifer; in ihr formen sich tagtäglich die kommunistische Einstellung zur Arbeit wie auch andere Elemente der künftigen kommunistischen Gesellschaft. Die Methoden der Leitung der sozialistischen Wirtschaft und Wirtschaftsplanung werden ständig vervollkommnet. Die sozialistische Demokratie wird weiter entfaltet, die Volksmassen nehmen in wachsendem Maße an der Leitung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus teil, einzelne Funktionen des Staates werden nach und nach gesellschaftlichen Organisationen übertragen.

Jetzt sind die sozialen und ökonomischen Möglichkeiten einer Restauration des Kapitalismus nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den anderen sozialistischen Län-

dern beseitigt. Die vereinten Kräfte des sozialistischen Lagers bieten jedem sozialistischen Land verläßlichen Schutz gegen Anschläge der imperialistischen Reaktion. Somit gewährleisten der Zusammenschluß der sozialistischen Staaten zu einem einheitlichen Lager sowie die erstarkende Einheit und die ständig wachsende Macht dieses Lagers den vollen Sieg des Sozialismus im Rahmen des gesamten Systems.

In den verflossenen Jahren sind dank dem heroischen Schaffen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft und der riesigen Arbeit der kommunistischen und Arbeiterparteien sehr günstige objektive Möglichkeiten für eine weitere stürmische Entwicklung der Produktivkräfte, für einen maximalen Zeitgewinn der Länder des Sozialismus im friedlichen ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus und für ihren Sieg in diesem Wettbewerb geschaffen worden. Die an der Spitze der sozialistischen Staaten stehenden marxistisch-leninistischen Parteien halten es für ihre Pflicht, diese Möglichkeiten sachkundig und richtig zu nutzen.

Die kommunistischen Parteien haben große Siege errungen und schwere Prüfungen bestanden. Sie haben auf diese Weise reiche und mannigfaltige Erfahrungen in der Leitung des sozialistischen Aufbaus gesammelt. Die Erfolge der Länder des Sozialismus und des gesamten sozialistischen Lagers wurden errungen dank richtiger Anwendung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus unter Berücksichtigung der historischen Besonderheiten eines jeden Landes und der Interessen des sozialistischen Systems in seiner Gesamtheit, dank den Bemühungen der Völker dieser Länder, ihrer engen brüderlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen internationalen Hilfe und vor allem dank der brüderlichen, internationalen Hilfe der Sowjetunion.

Die Entwicklungserfahrungen der sozialistischen Länder zeigen wiederum, daß die wichtigste internationale Voraussetzung für ihre Errungenschaften und Erfolge darin besteht, daß sie einander helfen und unterstützen und alle Vorzüge der Einheit und Geschlossenheit der Länder des sozialistischen Lagers nutzen. Die Spekulationen der Imperialisten, Renegaten und Revisionisten, daß im sozialistischen Lager eine Spaltung eintreten könnte, sind auf Sand gebaut und zum Scheitern verurteilt. Alle sozialistischen Länder hüten die Einheit des sozialistischen Lagers wie ihren Augapfel.

Das sozialistische Weltwirtschaftssystem ist durch die Gemeinsamkeit der sozialistischen Produktionsverhältnisse geeint und entwickelt sich auf Grund der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Seine erfolgreiche Entwicklung erfordert beim sozialistischen Aufbau konsequente Anwendung des Gesetzes der planmäßigen, proportionalen Entwicklung; Entfaltung der schöpferischen Initiative der Volksmassen; ständige Vervollkommnung der internationalen Arbeitsteilung durch Koordinierung der Volkswirtschaftspläne sowie Spezialisierung und Kooperierung der Produktion im Rahmen des sozialistischen Weltsystems auf Grundlage der Freiwilligkeit, des gegenseitigen Vorteils und der allseitigen Steigerung des wissenschaftlich-technischen Niveaus; Studium der kollektiven Erfahrungen; Festigung der Zusammenarbeit und der brüderlichen gegenseitigen Hilfe; auf dieser Grundlage allmähliche Ueberwindung der historisch bedingten Unterschiede des ökonomischen Entwicklungsniveaus und Schaffung einer materiellen Basis für den mehr oder minder gleichzeitigen Uebergang aller Völker des sozialistischen Systems zum Kommunismus.

Beim praktischen Aufbau des Sozialismus in den verschiedenen Ländern ist der kollektive Erfahrungsschatz des gesamten sozialistischen Lagers entstanden. Allseitiges Studium dieser Erfahrungen durch die Bruderparteien sowie ihre schöpferische Anwendung und Bereicherung unter Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse und nationalen Besonderheiten sind ein unverbrüchliches Entwicklungsgesetz jedes sozialistischen Landes.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder betrachten es als ihre internationale Pflicht, bei Entwicklung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion eines jeden Landes in hohem Tempo nach Maßgabe der vorhandenen

Möglichkeiten alle Vorzüge des sozialistischen Systems und die inneren Hilfsquellen eines jeden Landes vollständig auszunutzen, um gemeinsam in kürzester Zeit die historische Aufgabe zu lösen, die darin besteht, das kapitalistische Weltsystem im absoluten Umfang der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion zu überflügeln und danach die wirtschaftlich höchstentwickelten kapitalistischen Länder auch in bezug auf die Produktion je Kopf der Bevölkerung und auf den Lebensstandard zu überholen. Diese Aufgabe erfordert die stetige Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Arbeit, eine ständige Vervollkommnung der Methoden der volkswirtschaftlichen Leitung und eine wissenschaftlich fundierte sozialistische Wirtschaftsführung — d. h. höchstmögliche Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des ununterbrochenen technischen Fortschritts, Planwirtschaft, unablässige Einhaltung der Leninschen Prinzipien der materiellen Interessiertheit sowie maximale Förderung der moralischen Anreize zur Arbeit für die Gesellschaft durch Hebung der politischen Bewußtheit der Massen, Kontrolle über das Maß der Arbeit und des Verbrauchs.

Die notwendige materielle Grundlage des Uebergangs der sozialistischen Länder zum Kommunismus ist die Erzielung eines hohen Niveaus der Produktion auf der Basis der neuesten, modernsten Technik, der Elektrifizierung der Volkswirtschaft, der Mechanisierung und Automatisierung der Produktion, ohne welche der für die kommunistische Gesellschaft erforderliche Ueberfluß an Gebrauchsgütern nicht gesichert werden kann. Auf dieser Grundlage ist es notwendig, kommunistische gesellschaftliche Beziehungen zu entwickeln, die politische Bewußtheit der Volksmassen in jeder Weise zu erhöhen und den Menschen der neuen, kommunistischen Gesellschaft zu erziehen.

Das sozialistische Lager ist die soziale, wirtschaftliche und politische Gemeinschaft freier, souveräner Völker, die durch enge Bande der internationalen sozialistischen Solidarität, durch die Einheit der gemeinsamen Interessen und Ziele geeint sind und den Weg zum Sozialismus und Kommunismus gehen. Ein unverbrüchliches Gesetz der Wechselbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern ist die strikte Beachtung der Grundsätze des Marxismus-Leninismus, des sozialistischen Internationalismus. Im sozialistischen Lager ist die wahre Gleichberechtigung und Selbständigkeit eines jeden der ihm angehörenden Länder gesichert. Ausgehend von den Prinzipien der vollen Gleichberechtigung, des wechselseitigen Vorteils und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe, vervollkommnen die sozialistischen Staaten allseitig die wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit, was sowohl den Interessen eines jeden sozialistischen Landes als auch denen des sozialistischen Lagers in seiner Gesamtheit entspricht.

Eine der größten Errungenschaften des sozialistischen Weltsystems besteht in der praktischen Bestätigung der marxistisch-leninistischen These, daß mit dem Gegensatz der Klassen auch die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander fällt. Zum Unterschied von den Gesetzen der kapitalistischen Gesellschaft mit ihren antagonistischen Widersprüchen zwischen Klassen, Nationen und Staaten, Widersprüchen, die zu militärischen Zusammenstößen führen, gibt es im sozialistischen System seiner Natur nach keine objektiven Ursachen für Gegensätze und Konflikte zwischen den ihm angehörenden Völkern und Staaten; seine Entwicklung führt zu einem immer festeren Zusammenschluß der Staaten und Nationen, zur Stärkung aller Formen ihrer Zusammenarbeit. Der Sozialismus verbindet die Entwicklung der nationalen Wirtschaft, Kultur und Staatsform organisch mit der Festigung und Entwicklung des gesamten sozialistischen Weltsystems, mit einem immer größeren Zusammenschluß der Nationen. Die Interessen des sozialistischen Systems in seiner Gesamtheit harmonieren mit den nationalen Interessen. Auf dieser Grundlage entstand und festigt sich die moralisch-politische Einheit aller Völker der großen sozialistischen Gemeinschaft. An die Stelle der politischen Isoliertheit und des nationalen Egoismus, die dem Kapitalismus eigen sind, ist, vom sozialistischen System hervorgebracht, die brüderliche Freundschaft und gegenseitige Hilfe der Völker getreten.

Die gemeinsamen Interessen der Völker der sozialistischen Länder, die Interessen des Sozialismus und des Friedens erfordern in der Politik eine richtige Verbindung der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus und des sozialistischen Patriotismus. Jede kommunistische Partei, die zur herrschenden Partei im Staate geworden ist, trägt die historische Verantwortung für die Geschicke ihres Landes wie auch für die des gesamten sozialistischen Lagers.

In der Erklärung von 1957 wird ganz richtig darauf hingewiesen, daß die gemeinsame Sache des Sozialismus geschädigt wird, wenn man die Rolle der nationalen Besonderheiten übertreibt und von der universalen Wahrheit des Marxismus-Leninismus über die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau abrückt. Zugleich wird in der Erklärung auch ganz richtig darauf hingewiesen, daß der Marxismus-Leninismus die schöpferische Anwendung der allgemeingültigen Prinzipien der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus je nach den konkreten historischen Bedingungen eines jeden Landes verlangt und kein mechanisches Kopieren der Politik und Taktik der kommunistischen Parteien anderer Länder duldet. Werden die nationalen Besonderheiten durch eine proletarische Partei mißachtet, so kann das dazu führen, daß sie sich vom Leben, von den Massen losreißt und die Sache des Sozialismus Schaden erleidet.

Die Aeußerungen von Nationalismus und nationaler Beschränktheit verschwinden nicht automatisch mit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Zur Festigung der brüderlichen Beziehungen und der Freundschaft unter den Ländern des Sozialismus bedarf es der marxistisch-leninistischen internationalistischen Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien, der Erziehung aller Werktätigen im Geiste der Verbindung von Internationalismus und Patriotismus, des entschiedenen Kampfes für die Ueberwindung der Ueberreste des bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien erziehen die Werktätigen unermüdlich im Geiste des sozialistischen Internationalismus, der unversöhnlichen Einstellung zu allen Aeußerungen von Nationalismus und Chauvinismus. Die Geschlossenheit und Einheit der kommunistischen und Arbeiterparteien und der Völker der sozialistischen Länder, ihre Treue zur marxistisch-leninistischen Lehre ist die wichtigste Quelle der Macht und Unbesiegbarkeit eines jeden sozialistischen Landes und des sozialistischen Lagers in seiner Gesamtheit.

Indem die Völker der sozialistischen Länder den Weg zum Kommunismus bahnen, gestalten sie für die gesamte Menschheit das Urbild der neuen Gesellschaft. Die Werktätigen der kapitalistischen Welt verfolgen das Schaffen der Baumeister des Sozialismus und Kommunismus mit tiefster Anteilnahme. Das erlegt den marxistisch-leninistischen Parteien und den Völkern der sozialistischen Länder gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung die Verantwortung für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus auf.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien betrachten es als ihre Aufgabe, die große sozialistische Völkergemeinschaft, deren internationale Rolle und deren Einfluß auf den Gang der Weltereignisse mit jedem Jahr zunehmen, unermüdlich zu festigen.

Die sozialistischen Staaten, die ein Weltsystem gebildet haben, sind jetzt zu einer internationalen Kraft geworden, die einen mächtigen Einfluß auf das Weltgeschehen ausübt. Nun bestehen reale Möglichkeiten, die wichtigsten Probleme der Gegenwart auf neue Art im Interesse des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu lösen.

III

Das brennendste Problem unserer Zeit ist das Problem von Krieg und Frieden.

Der Krieg ist eine ständige Begleiterscheinung des Kapitalismus. Das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und das System der Ausrottung des Menschen durch den Menschen sind zwei Seiten der kapitalistischen Ordnung. Der

Imperialismus hat bereits zwei verheerende Weltkriege über die Menschheit heraufbeschworen und droht nun, sie in eine noch grauenhaftere Katastrophe zu stürzen. Ungeheuerliche Massenvernichtungs- und Zerstörungsmittel sind entwickelt worden. Die Verwendung dieser Mittel in einem neuen Krieg kann in ganzen Ländern unglaubliche Zerstörungen anrichten und größte Zentren der Weltproduktion wie auch der Weltkultur in Trümmer legen. So ein Krieg würde Hunderten Millionen Menschen, darunter auch in Ländern, die am Krieg nicht teilnehmen, Tod und Leid bringen. Der Imperialismus bedeutet eine ernste Gefahr für die ganze Menschheit.

Die Völker sind heute mehr denn je zu besonders hoher Wachsamkeit verpflichtet. Solange der Imperialismus besteht, wird auch der Boden für Aggressionskriege erhalten bleiben.

Die Völker aller Länder wissen, daß die Gefahr eines neuen Weltkriegs noch nicht vorbei ist. Die Hauptkraft der Aggression und des Krieges ist der amerikanische Imperialismus. Seine Politik verkörpert die Ideologie der kriegslüsternen Reaktion. Unter der Flagge der Verteidigung gegen eine „kommunistische Bedrohung" hat der amerikanische Imperialismus unter Beteiligung der Imperialisten Englands, Frankreichs und Westdeutschlands viele Länder in die Militärblocks NATO, CENTO, SEATO usw. einbezogen und die sogenannte freie Welt, d. h. die von ihm abhängigen kapitalistischen Länder, in das Netz seiner Militärstützpunkte verstrickt, die vor allem gegen die sozialistischen Länder gerichtet sind. Diese Blocks und Stützpunkte gefährden den Weltfrieden und die allgemeine Sicherheit, sie verletzen nicht nur die Souveränität, sondern gefährden auch die eigentliche Existenz jener Staaten, die ihr Territorium dem amerikanischen Militärklüngel für Stützpunkte zur Verfügung stellen.

Die imperialistischen Kräfte der USA, Englands und Frankreichs sind ein verbrecherisches Komplott mit dem westdeutschen Imperialismus eingegangen. In Westdeutschland ist der Militarismus wiedererstanden, wird die Wiederherstellung eines stehenden Massenheers unter dem Kommando von Hitlergeneralen beschleunigt, das die amerikanischen Imperialisten mit Raketen- und Kernwaffen und anderen neuesten Massenvernichtungsmitteln ausrüsten, was den zunehmenden entschiedenen Protest der friedliebenden Völker hervorruft. Dieser aggressiven Armee werden Militärstützpunkte in Frankreich und anderen westeuropäischen Ländern zur Verfügung gestellt. Die vom westdeutschen Imperialismus ausgehende Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas wird größer. Die westdeutschen Revanchisten erklären offen, daß sie die nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegten Grenzen ändern wollen. Wie einst die Hitlerclique, so bereiten heute die westdeutschen Militaristen einen Krieg gegen die sozialistischen Länder und andere europäische Staaten vor. Sie sind bestrebt, ihre eigenen Aggressionspläne zu verwirklichen. West-Berlin ist in einen Herd internationaler Provokationen verwandelt worden. Der Bonner Staat ist zum Hauptgegner der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und Entspannung in Europa geworden.

Den aggressiven Plänen des westdeutschen Imperialismus ist die vereinte Macht aller friedliebenden Staaten und Völker entgegenzustellen. Im Kampf gegen die aggressiven Bestrebungen des westdeutschen Militarismus fällt der Deutschen Demokratischen Republik eine besonders große Rolle zu. Die Teilnehmer der Beratung betrachten es als die Pflicht aller Staaten des sozialistischen Lagers, aller friedliebenden Völker, die Unantastbarkeit der Deutschen Demokratischen Republik zu schützen, des Vorpostens des Sozialismus in Westeuropa, des wahren Künders der friedliebenden Bestrebungen des deutschen Volkes.

Die Imperialisten der USA suchen auch eifrig den Herd der Kriegsgefahr im Fernen Osten wiederherzustellen. Sie haben die nationale Unabhängigkeit des japanischen Volkes mit Füßen getreten und entgegen seinem Willen im Komplott mit den reaktionären herrschenden Kreisen Japans diesem Land einen neuen Militärvertrag aufgezwungen, der gegenüber der Sowjetunion, der Volksrepublik China und anderen fried-

liebenden Staaten aggressive Ziele verfolgt. Amerikanische Okkupanten halten die der Volksrepublik China gehörende Insel Taiwan und Süd-Korea besetzt, mischen sich immer mehr in die Angelegenheiten Süd-Vietnams ein und haben sie zu Herden gefährlicher militärischer Provokationen und Abenteuer gemacht. Die amerikanischen Imperialisten, die Kuba mit einer Aggression drohen, die sich in die Angelegenheiten der Völker Lateinamerikas, Afrikas und des Nahen Ostens einmischen, sind bestrebt, neue Kriegsherde in verschiedenen Teilen der Welt zu schaffen. Die amerikanischen Imperialisten benutzen solche Formen regionaler Bündnisse, wie z. B. die Organisation Amerikanischer Staaten, um ihre wirtschaftliche und politische Kontrolle zu bewahren und die lateinamerikanischen Länder in ihre Aggressionspläne hineinzuzerren.

Der amerikanische Imperialismus hat eine riesige Kriegsmaschine geschaffen und will von ihrem Abbau nichts wissen. Die Imperialisten bringen alle konstruktiven Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion und der anderen friedliebenden Staaten zu Fall. Das Wettrüsten geht weiter. Die Kernwaffenvorräte wachsen bedrohlich. Trotz der Proteste ihres Volkes und der Völker anderer Länder, besonders auf dem afrikanischen Kontinent, sind die französischen herrschenden Kreise dazu übergegangen, Atomwaffen herzustellen und zu erproben. Der amerikanische Militärklüngel rüstet zur Wiederaufnahme der verderbnisbringenden Atomwaffenversuche; nach wie vor werden militärische Provokationen verübt, die zu ernstlichen internationalen Konflikten führen können.

Durch ihre provokatorische Politik und ihre Aggressionsakte haben die amerikanischen herrschenden Kreise die Pariser Gipfelbesprechung zum Scheitern gebracht und auf eine Verschärfung der internationalen Spannung, auf eine Zuspitzung des Kalten Krieges Kurs genommen. Die Kriegsgefahr ist größer geworden. Die gegen den Frieden gerichteten imperialistischen Provokationen haben die Empörung und den Widerstand der Völker hervorgerufen. Der amerikanische Imperialismus hat sich noch mehr entlarvt, und seinem Einfluß in der Welt wurden neue schwere Schläge versetzt.

Der aggressive Charakter des Imperialismus hat sich nicht geändert. Dennoch haben sich reale Kräfte gebildet, die seine Aggressionspläne vereiteln können. Es besteht keine schicksalhafte Unabwendbarkeit des Krieges. Ginge es nach den Imperialisten, so hätten sie die Menschheit bereits in den Strudel der Leiden und Schrecken eines neuen Weltkriegs gestürzt. Aber die Zeit ist vorbei, da die Imperialisten nach eigenem Ermessen bestimmen konnten, ob es Krieg geben soll oder nicht. Die Imperialisten haben in den letzten Jahren wiederholt lokale Kriege entfesselt und die Menschheit dadurch an den Rand einer weltweiten Katastrophe gebracht. Durch ihre entschlossene Haltung haben die UdSSR, die anderen sozialistischen Staaten und alle friedliebenden Kräfte die englisch-französisch-israelische Intervention in Aegypten unterbunden und eine militärische Invasion der Imperialisten in Syrien, dem Irak und mehreren anderen Ländern verhütet. Tapfer kämpft das heroische Volk Algeriens auch weiter für seine Unabhängigkeit und Freiheit. Immer entschlosseneren Widerstand leisten die Völker von Kongo und Laos dem verbrecherischen Treiben der Imperialisten. Die Erfahrung bestätigt, daß man die von den Imperialisten entfesselten lokalen Kriege wirksam bekämpfen, die Brandherde solcher Kriege erfolgreich austreten kann.

Heute können die Versuche der imperialistischen Aggressoren, einen Krieg zu entfesseln, durchkreuzt werden. Das sozialistische Weltlager, die internationale Arbeiterklasse, die nationale Befreiungsbewegung, alle Länder, die gegen den Krieg auftreten, und alle friedliebenden Kräfte können durch vereinte Bemühungen einen Weltkrieg verhindern.

Die Entwicklung der internationalen Beziehungen wird heute bestimmt durch den Kampf der zwei Gesellschaftssysteme, den Kampf der Kräfte des Sozialismus, des Friedens und der Demokratie gegen die Kräfte des Imperialismus, der Reaktion und

Aggression, in dem das Uebergewicht der Kräfte des Sozialismus, des Friedens und der Demokratie immer offensichtlicher wird.

Zum ersten Mal in der Geschichte wird der Kampf gegen den Krieg von großen und organisierten Kräften geführt. Diese Kräfte sind die mächtige Sowjetunion, die auf den entscheidenden Gebieten von Wissenschaft und Technik in der Welt voran ist; das ganze sozialistische Lager, das seine enorme materielle und politische Macht in den Dienst des Friedens gestellt hat; die ständig wachsende Zahl der friedliebenden Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die zutiefst an der Erhaltung des Friedens interessiert sind; die internationale Arbeiterklasse und ihre Organisationen, vor allem die kommunistischen Parteien; die nationale Befreiungsbewegung der Völker der Kolonien und abhängigen Länder; die Weltfriedensbewegung; die neutralen Länder, die den imperialistischen Kurs auf die Entfesselung eines Krieges nicht mitmachen und für die friedliche Koexistenz eintreten. Für die Politik der friedlichen Koexistenz spricht sich auch ein bestimmter Teil der Bourgeoisie der entwickelten kapitalistischen Länder aus, der das Kräfteverhältnis und die verhängnisvollen Folgen eines modernen Krieges nüchtern einschätzt. Die Erhaltung des Weltfriedens erfordert die breiteste Einheitsfront der Friedensanhänger, der Kämpfer gegen die vom amerikanischen Imperialismus inspirierte imperialistische Politik der Aggression und der Kriege. Durch vereinte, aktive Bemühungen aller friedliebenden Kräfte kann der Frieden erhalten und ein neuer Krieg verhütet werden.

Es gibt heute für alle demokratischen, friedliebenden Kräfte keine dringendere Aufgabe als den Schutz der Menschheit vor den Gefahren einer Thermonuklearkatastrophe. Die beispiellose Zerstörungsgewalt der modernen Kriegstechnik erheischt gebieterisch, daß alle Antikriegs- und Friedenskräfte ihre wichtigsten Aktionen auf die Verhütung des Krieges konzentrieren. Man darf die Bekämpfung des Krieges nicht aufschieben, bis er ausgebrochen ist, denn dann kann es für viele Gebiete der Welt und ihre Bevölkerung schon zu spät sein. Der Kampf gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges muß entfaltet werden, ehe die Atom- und Wasserstoffbomben zu fallen beginnen. Dieser Kampf muß jetzt mit von Tag zu Tag wachsender Stärke geführt werden. Die Hauptsache ist, die Aggressoren rechtzeitig zu zügeln, den Krieg abzuwenden, ihn nicht zum Ausbruch kommen zu lassen.

Heute für den Frieden kämpfen heißt größte Wachsamkeit bezeigen, die Politik des Imperialismus unermüdlich enthüllen, ein scharfes Auge auf die Ränke und Machenschaften der Kriegstreiber haben, den heiligen Zorn der Völker gegen diejenigen aufbieten, die den Kriegskurs steuern; alle Friedenskräfte noch besser organisieren, die entschiedenen Massenaktionen für den Frieden ständig verstärken und die Zusammenarbeit mit allen Staaten festigen, die nicht an neuen Kriegen interessiert sind. In den Ländern, wo die Imperialisten ihre Militärstützpunkte angelegt haben, muß der Kampf für die Liquidierung dieser Stützpunkte verstärkt werden. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Stärkung der nationalen Unabhängigkeit, den Schutz der Souveränität und die Verhinderung eines Krieges. Der Kampf der Völker gegen die Militarisierung ihrer Länder ist gleichzeitig mit dem Kampf gegen die mit den USA-Imperialisten verbundenen Monopole zu führen. Es ist heute wichtiger denn je, in jedem Lande unbeirrbar dafür einzutreten, daß sich die Friedensbewegung in den Städten und Dörfern, den Betrieben und Büros ständig verstärkt und erweitert. Die Friedensbewegung ist die breiteste Bewegung der Gegenwart, die Menschen der verschiedensten politischen Ueberzeugungen und Glaubensbekenntnisse umfaßt, Menschen, die verschiedenen Klassen der Gesellschaft angehören, aber durch das edle Streben vereint sind, neue Kriege zu verhindern und einen dauerhaften Frieden zu sichern.

Entscheidend wird für die Erhaltung eines dauerhaften Friedens die weitere Festigung des sozialistischen Weltsystems sein. Solange die Abrüstung noch nicht Tatsache ist, sind

die sozialistischen Länder verpflichtet, ihre Verteidigungsfähigkeit auf dem notwendigen Niveau zu halten.

Das Wettrüsten einstellen, die Atomwaffen wie auch die Versuche mit ihnen und ihre Produktion verbieten, die ausländischen Militärstützpunkte liquidieren und die ausländischen Truppen aus fremden Gebieten abziehen, die Militärblocks auflösen, den Friedensvertrag mit Deutschland schließen, West-Berlin in eine entmilitarisierte Freie Stadt verwandeln, die aggressiven Umtriebe der westdeutschen Revanchisten durchkreuzen, das Wiedererstehen des japanischen Militarismus verhüten — das sind die Aufgaben, die nach Auffassung der Kommunisten vor allem gelöst werden müssen, damit der Friede gesichert sei.

Die Geschichte hat vor allem der internationalen Arbeiterklasse eine große Verantwortung für die Verhütung eines neuen Weltkrieges auferlegt. Die Imperialisten konspirieren und vereinigen sich, um einen Kernkrieg zu entfesseln. Die internationale Arbeiterklasse muß ihre Reihen fester schließen, um die Menschheit vor der Katastrophe eines neuen Weltkrieges zu retten. Keine politischen, religiösen oder sonstigen Differenzen dürfen den Zusammenschluß aller Kräfte der Arbeiterklasse gegen die Kriegsgefahr verhindern. Nun ist die Stunde gekommen, den Kräften des Krieges den mächtigen Willen und die Aktionseinheit aller Kolonnen und Organisationen des Weltproletariats entgegenzustellen und alle seine Kräfte zu einen, um den Krieg abzuwenden und den Frieden zu erhalten!

Die kommunistischen Parteien betrachten den Kampf für den Frieden als ihre vornehmste Aufgabe. Sie rufen die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, die Genossenschaften, Frauen- und Jugendbünde und -organisationen, alle Werktätigen auf, unabhängig von ihren politischen und religiösen Ueberzeugungen durch Massenkampf jegliche Aggressionsakte der Imperialisten entschlossen abzuwehren.

Sollten die imperialistischen Tollhäusler aber den Krieg entfesseln, so werden die Völker den Kapitalismus hinwegfegen und zu Grabe tragen.

Die unerschütterliche Grundlage der Außenpolitik der sozialistischen Länder ist das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz und des wirtschaftlichen Wettbewerbs der sozialistischen Länder mit den kapitalistischen Ländern. Im Frieden offenbart die sozialistische Gesellschaftsordnung immer umfassender ihre Ueberlegenheit über die kapitalistische Gesellschaftsordnung in allen Bereichen der Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technik. Die nächste Zukunft wird den Kräften des Friedens und des Sozialismus neue Erfolge bringen. Die UdSSR wird sich in die erste Industriemacht der Welt verwandeln. China wird ein mächtiges Industrieland werden. Das sozialistische System wird mehr als die Hälfte der industriellen Weltproduktion erzeugen. Die Friedenszone wird sich noch mehr erweitern. Die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und die nationale Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern werden neue Siege erringen. Das Kolonialsystem wird endgültig zerfallen. Die Ueberlegenheit der Kräfte des Sozialismus und des Friedens wird absolut sein. Unter diesen Umständen wird sich bereits vor dem vollen Sieg des Sozialismus auf Erden, beim Fortbestehen des Kapitalismus in einem Teil der Welt, die reale Möglichkeit ergeben, den Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschalten. Der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt wird die sozialen und nationalen Ursachen für die Entstehung jeglicher Kriege endgültig beseitigen.

Die Kommunisten der ganzen Welt setzen sich einmütig und konsequent für die friedliche Koexistenz ein, sie kämpfen entschlossen für die Verhütung eines Krieges. Die Kommunisten müssen unermüdlich unter den Massen arbeiten, um zu verhindern, daß die Möglichkeit der Verhütung eines Weltkriegs und die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz unterschätzt wird, gleichzeitig aber dürfen sie keine Unterschätzung der Kriegsgefahr zulassen.

Da die Welt in zwei Systeme geteilt ist, ist das einzig richtige und vernünftige Prinzip der internationalen Beziehungen das von W. I. Lenin aufgestellte Prinzip der friedlichen Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung, das in der Moskauer Erklärung und dem Friedensmanifest von 1957, in den Beschlüssen des XX. und des XXI. Parteitags der KPdSU und in den Dokumenten der anderen kommunistischen und Arbeiterparteien seine weitere Entwicklung gefunden hat.

Die von der Volksrepublik China und der Republik Indien gemeinsam aufgestellten fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz sowie die von der Bandungkonferenz angenommenen Thesen entsprechen den Interessen des Friedens und der friedliebenden Völker.

Friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung oder verheerender Krieg — nur so steht heute die Frage. Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Die Kommunisten verwerfen die amerikanische Doktrin des Kalten Krieges und des „Balancierens am Rande des Krieges" entschieden als eine Politik, die zur thermonuklearen Katastrophe führt. Die Kommunisten, die für die Prinzipien der friedlichen Koexistenz eintreten, streben nach der restlosen Einstellung des Kalten Krieges, nach der Auflösung der Militärblocks, nach der Abschaffung der Militärstützpunkte, nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung unter internationaler Kontrolle, nach Entscheidung internationaler Streitfragen auf dem Verhandlungswege, nach Achtung vor der Gleichberechtigung der Staaten sowie ihrer territorialen Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität, nach Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, nach einem umfassenden Ausbau der kommerziellen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern.

Die Politik der friedlichen Koexistenz entspricht den grundlegenden Interessen aller Völker, aller, die keine neuen blutigen Kriege wünschen und für einen dauerhaften Frieden kämpfen. Diese Politik trägt zur Festigung der Positionen des Sozialismus, zur Verstärkung des Ansehens und internationalen Einflusses der sozialistischen Länder bei, sie erhöht das Ansehen und den Einfluß der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern. Der Friede ist ein treuer Bundesgenosse des Sozialismus, denn die Zeit arbeitet für den Sozialismus, gegen den Kapitalismus.

Der Kurs auf die friedliche Koexistenz ist ein Kurs auf die Mobilmachung der Massen, auf tatkräftige Aktionen gegen die Feinde des Friedens. Friedliche Koexistenz der Staaten bedeutet im Gegensatz zu den Behauptungen der Revisionisten keineswegs Verzicht auf den Klassenkampf. Die Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Bei friedlicher Koexistenz entstehen günstige Möglichkeiten zur Entfaltung des Klassenkampfs in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern. Ihrerseits tragen die Erfolge des revolutionären Klassenkampfes und des nationalen Befreiungskampfes zur Festigung der friedlichen Koexistenz bei. Die Kommunisten sehen es für ihre Pflicht an, den Glauben der Volksmassen an die Möglichkeit der Festigung der friedlichen Koexistenz, ihre Entschlossenheit zur Verhinderung eines Weltkrieges zu verstärken. Sie werden auf jede Weise dazu beitragen, daß die Völker durch ihren tatkräftigen Kampf für Frieden, Demokratie und nationale Befreiung eine zunehmende Schwächung und Einengung der Positionen des Imperialismus erreichen.

Friedliche Koexistenz von Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen bedeutet keine Versöhnung der sozialistischen und der bürgerlichen Ideologie. Sie setzt vielmehr einen verstärkten Kampf der Arbeiterklasse und aller kommunistischen Parteien für den Triumph der sozialistischen Ideen voraus. Ideologischer und politischer Streit zwischen Staaten darf jedoch nicht durch Krieg ausgetragen werden.

Die Beratung ist der Auffassung, daß die Verwirklichung des von der Sowjetunion unterbreiteten Programms für die allgemeine und vollständige Abrüstung historische

Bedeutung für die Geschicke der Menschheit hätte. Die Verwirklichung dieses Programms durchsetzen heißt den Krieg zwischen den Ländern überhaupt unmöglich machen. Seine Verwirklichung ist nicht leicht. Sie stößt auf den erbitterten Widerstand der Imperialisten. Deshalb ist ein aktiver und entschiedener Kampf gegen die aggressiven Kräfte des Imperialismus für die Verwirklichung dieses Programms geboten. Dieser Kampf muß in immer größeren Ausmaßen geführt werden, wobei beharrlich reale Ergebnisse anzustreben sind, und zwar Verbot der Erprobung und Erzeugung von Kernwaffen, Auflösung der Militärblocks und Militärstützpunkte auf fremden Territorien und eine erhebliche Einschränkung der Streitkräfte und Rüstungen, um so den Weg zur allgemeinen Abrüstung freizulegen. In aktivem, entschlossenem Kampf können die sozialistischen und anderen friedliebenden Staaten, die internationale Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen aller Länder die aggressiven Kreise isolieren, das Wettrüsten und die Kriegsvorbereitungen vereiteln und die Imperialisten zu einem Abkommen über allgemeine Abrüstung zwingen.

Das Wettrüsten ist weder ein kriegshemmender Faktor noch ein Faktor, der einen hohen Beschäftigungsgrad und Wohlstand herbeiführt. Es führt zum Kriege. Am Wettrüsten ist nur ein verschwindend kleines Häuflein von Monopolherren und Rüstungsschiebern interessiert. In den kapitalistischen Ländern ist die Einschränkung der Militärausgaben und die Verwendung der dabei frei werdenden Mittel zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Volksmassen eine ständige Forderung der Völker. In jedem Lande gilt es, eine breite Massenbewegung dafür zu entfalten, daß die Mittel und Hilfsquellen, die bei der Abrüstung frei werden, für Friedensproduktion, Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Volksbildung, Sozialfürsorge, für die Förderung wissenschaftlicher Forschungen usw. verwendet werden. Abrüstung ist jetzt der Kampfruf der Volksmassen, sie ist eine herangereifte historische Notwendigkeit. Die Imperialisten müssen durch aktiven, entschlossenen Kampf gezwungen werden, diese Forderung der Völker zu erfüllen!

Die kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder werden auch künftig konsequent auf die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung hinwirken und alles tun, um die Völker vor den Schrecken und Leiden eines neuen Krieges zu bewahren. Sie werden dem Imperialismus gegenüber größte Wachsamkeit an den Tag legen, werden die Macht und die Verteidigungskraft des gesamten sozialistischen Lagers mit allen Kräften festigen und alle Maßnahmen treffen, um die Sicherheit der Völker zu gewährleisten und den Frieden zu erhalten.

Die Kommunisten sehen ihre historische Mission nicht nur darin, die Ausbeutung und das Elend im Weltmaßstab abzuschaffen und die Möglichkeit eines beliebigen Krieges für immer aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft auszuschalten, sondern auch darin, bereits in der gegenwärtigen Epoche die Menschheit vom Alpdruck eines neuen Weltkriegs zu erlösen. Die kommunistischen Parteien in allen Ländern werden der Verwirklichung dieser großen geschichtlichen Mission ihre ganze Kraft und Energie widmen.

IV

In großen Teilen der Welt haben die nationalen Befreiungsrevolutionen triumphiert. In den 15 Nachkriegsjahren sind in Asien und Afrika etwa 40 neue souveräne Staaten entstanden. Der Sieg der Revolution auf Kuba hat den Kampf, den die Völker in den Ländern Lateinamerikas um völlige nationale Befreiung führen, einen mächtigen Auftrieb gegeben. Eine neue Geschichtsperiode hat im Leben der Menschheit begonnen: die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die sich befreit haben, beteiligen sich jetzt aktiv an der Weltpolitik.

Der volle Zusammenbruch des Kolonialismus ist unabwendbar. Der Zerfall des Systems der Kolonialsklaverei unter dem Ansturm der nationalen Befreiungsbewegung

ist seiner historischen Bedeutung nach die wichtigste Erscheinung nach der Entstehung des sozialistischen Weltsystems.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution erweckte den Osten und bezog die Kolonialvölker in den allgemeinen Strom der revolutionären Weltbewegung ein. Der Sieg der UdSSR im Zweiten Weltkrieg, die Errichtung der volksdemokratischen Ordnung in einer Reihe von Ländern Europas und Asiens, der Triumph der sozialistischen Revolution in China und die Entstehung des sozialistischen Weltsystems haben diesen Prozeß außerordentlich beschleunigt. Die Kräfte des Weltsozialismus haben den Kampf der Völker in den Kolonien und unabhängigen Ländern um ihre Befreiung vom Joch des Imperialismus entscheidend gefördert. Das sozialistische System ist für die Völker, die sich befreit haben, zum sicheren Schutz und Schirm ihrer unabhängigen nationalen Entwicklung geworden. Eine große Unterstützung wird der nationalen Befreiungsbewegung durch die internationale Arbeiterbewegung erwiesen.

Asien hat sich gründlich verändert. In Afrika bricht die Kolonialordnung zusammen. Eine Front des aktiven Kampfes gegen den Imperialismus hat sich in Lateinamerika gebildet. Hunderte Millionen Menschen in Asien, Afrika und anderen Teilen der Welt haben die Unabhängigkeit in erbitterten Kämpfen mit dem Imperialismus errungen. Die Kommunisten haben die fortschrittliche, revolutionäre Bedeutung der nationalen Befreiungskriege stets anerkannt und sind die aktivsten Kämpfer für die nationale Unabhängigkeit. Das Vorhandensein des sozialistischen Weltsystems und die Schwächung der Positionen des Imperialismus bieten den unterdrückten Völkern neue Möglichkeiten, ihre Unabhängigkeit zu erringen.

Die Völker der Kolonien erkämpfen ihre Unabhängigkeit je nach den konkreten Verhältnissen eines jeden Landes durch bewaffneten Kampf oder auf nichtmilitärischem Wege. Sie erkämpfen durch eine mächtige nationale Befreiungsbewegung einen dauerhaften Sieg. Die Kolonialmächte schenken den Völkern der Kolonien die Freiheit nicht und denken nicht daran, aus den von ihnen ausgebeuteten Ländern freiwillig abzuziehen.

Das wichtigste Bollwerk des modernen Kolonialismus sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Imperialisten, allen voran die USA, sind verzweifelt bemüht, durch neue Methoden und in neuen Formen die Kolonialausbeutung der Völker in den ehemaligen Kolonien aufrechtzuerhalten. Die Monopole suchen die Hebel der wirtschaftlichen Kontrolle und des politischen Einflusses in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ihren Händen zu behalten. Sie bemühen sich, in den Ländern, die sich befreit haben, ihre bisherigen wirtschaftlichen Positionen beizubehalten und hinter dem Aushängeschild der „Wirtschaftshilfe" sogar neue Positionen zu erobern. Sie sind bemüht, die Länder, die ihre Freiheit errungen haben, in Militärblocks einzubeziehen, in ihnen Militärdiktaturen zu errichten und Militärstützpunkte anzulegen. Die Imperialisten wollen die nationale Souveränität der Länder, die sich befreit haben, aushöhlen und untergraben, der Selbstbestimmung der Nationen einen falschen Sinn unterschieben, unter der Flagge der sogenannten Interdependenz neue Formen der Kolonialherrschaft aufzwingen, in diesen Ländern ihre Marionetten ans Ruder bringen und einen gewissen Teil der Bourgeoisie korrumpieren. Sie bedienen sich der vergifteten Waffe des nationalen Haders, um die jungen, noch nicht erstarkten Staaten zu schwächen. Zu diesem Zweck nutzen sie nach Kräften die aggressiven Militärblocks sowie die zweiseitigen aggressiven Militärbündnisse aus. Die reaktionärsten Kreise der einheimischen Ausbeuterklassen leisten den Imperialisten Handlangerdienste.

Die vordringlichen Aufgaben der nationalen Wiedergeburt können in den Ländern, die das Kolonialjoch abgeworfen haben, nur dann erfolgreich gelöst werden, wenn ein entschlossener Kampf gegen den Imperialismus und die Ueberreste des Feudalismus geführt wird und sich alle patriotischen Kräfte der Nation zur nationalen, demokratischen Einheitsfront zusammenschließen. Festigung der politischen Selbständigkeit, Agrarreformen im Interesse der Bauernschaft, Abschaffung der Ueberreste des Feuda-

lismus, Beseitigung der ökonomischen Wurzeln der Herrschaft des Imperialismus, Beschränkung und Verdrängung der ausländischen Monopole aus der Wirtschaft, Aufbau und Entwicklung der nationalen Industrie, Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung, Demokratisierung des öffentlichen Lebens, unabhängige, friedliebende Außenpolitik, Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern und anderen befreundeten Ländern — das sind die gesamtnationalen demokratischen Aufgaben, zu deren Lösung sich die fortschrittlichen Kräfte der Nation in den Ländern, die sich befreit haben, zusammenschließen können und tatsächlich zusammenschließen.

Die Arbeiterklasse, die im Kampf für die nationale Befreiung eine hervorragende Rolle gespielt hat, verlangt die konsequente, endgültige Lösung der Aufgaben der nationalen, antiimperialistischen, demokratischen Revolution und wendet sich gegen die Versuche der reaktionären Kräfte, den sozialen Fortschritt zu hemmen.

Von größter Bedeutung ist für diese Länder die Lösung der Bauernfrage, die die Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung unmittelbar berührt. Ohne tiefgreifende Agrarreformen ist es unmöglich, das Ernährungsproblem zu lösen und alle Ueberreste des Mittelalters hinwegzufegen, die die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft und in der Industrie hemmen. Große Bedeutung hat in diesen Ländern die auf demokratischer Grundlage beruhende Bildung und Erweiterung eines staatlichen Sektors in der Volkswirtschaft, besonders in der Industrie, der von ausländischen Monopolen unabhängig ist und sich sukzessive in den bestimmenden Faktor der Wirtschaft des Landes verwandelt.

Das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft ist ein überaus wichtiger Faktor für die Erringung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, für die Verwirklichung tiefschürfender demokratischer Umbildungen und die Gewährleistung des sozialen Fortschritts. Dieses Bündnis ist berufen, die Grundlage einer umfassenden nationalen Front zu sein. Von seiner Stärke und Festigkeit hängt es auch zu einem beträchtlichen Maße ab, in welchem Grade die nationale Bourgeoisie am Befreiungskampf teilnimmt. Alle national-patriotischen Kräfte, alle Elemente der Nation, die bereit sind, für die nationale Unabhängigkeit gegen den Imperialismus zu kämpfen, können eine große Rolle spielen.

Unter den jetzigen Umständen ist die nicht mit den imperialistischen Kreisen verbundene nationale Bourgeoisie der kolonialen und abhängigen Länder objektiv daran interessiert, daß die Hauptaufgaben der antiimperialistischen, antifeudalen Revolution gelöst werden, und bewahrt daher die Fähigkeit, am revolutionären Kampf gegen den Imperialismus und den Feudalismus teilzunehmen. In diesem Sinne ist sie fortschrittlich. Sie ist jedoch wankelmütig, neben einer fortschrittlichen Einstellung ist ihr auch der Hang zum Paktieren mit dem Imperialismus und dem Feudalismus eigen. Kraft des zwiespältigen Charakters der nationalen Bourgeoisie nimmt sie in verschiedenen Ländern in unterschiedlichem Maße an der Revolution teil. Das hängt ab von den konkreten Bedingungen, von den Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, von der Schärfe der Gegensätze zwischen Imperialismus, Feudalismus und den Volksmassen, von der Tiefe der Gegensätze zwischen Imperialismus, Feudalismus und der nationalen Bourgeoisie.

Haben die Völker die politische Unabhängigkeit errungen, so suchen sie eine Antwort auf die sozialen Probleme und die Fragen der Festigung der nationalen Unabhängigkeit, vor die das Leben sie stellt. Die verschiedenen Klassen und Parteien schlagen verschiedene Lösungen vor. Welchen Entwicklungsweg die Völker wählen, ist ihre innere Angelegenheit. Je mehr sich die sozialen Gegensätze verschärfen, desto mehr neigt die nationale Bourgeoisie dazu, mit der inneren Reaktion und dem Imperialismus zu paktieren. Dagegen überzeugen sich die Volksmassen, daß der beste Weg zur Ueberwindung der jahrhundertealten Rückständigkeit und zur Verbesserung ihrer Lebensver-

hältnisse die nichtkapitalistische Entwicklung ist. Nur auf diesem Weg können sich die Völker von Ausbeutung, Elend und Hunger befreien. Die Arbeiterklasse und die breiten Massen der Bauernschaft sind berufen, bei der Lösung dieser grundlegenden sozialen Frage die entscheidende Rolle zu spielen.

Unter den jetzigen historischen Verhältnissen entstehen in vielen Ländern günstige internationale und innere Voraussetzungen für die Bildung eines unabhängigen Staates der nationalen Demokratie, d. h. eines Staates, der konsequent seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit verteidigt, der gegen den Imperialismus und seine Militärblocks, gegen die Militärstützpunkte auf seinem Territorium kämpft; eines Staates, der gegen die neuen Formen des Kolonialismus und das Eindringen des imperialistischen Kapitals kämpft; eines Staates, der die diktatorischen und despotischen Methoden der Verwaltung ablehnt; eines Staates, in dem das Volk breite demokratische Rechte und Freiheiten (Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen, der Demonstrationen, der Bildung politischer Parteien und öffentlicher Organisationen) genießt sowie die Möglichkeit, sich für eine Agrarreform und für die Verwirklichung anderer Forderungen nach demokratischen und sozialen Umgestaltungen, nach Mitbestimmung der Staatspolitik einzusetzen. Mit ihrer Entstehung und Festigung ergibt sich für die nationaldemokratischen Staaten die Möglichkeit, auf dem Wege des sozialen Fortschritts rasch voranzukommen und im Völkerkampf für den Frieden, gegen die Aggressionspolitik des imperialistischen Lagers und für die restlose Vernichtung des Kolonialjochs eine aktive Rolle zu spielen.

Die kommunistischen Parteien kämpfen aktiv für die konsequente Vollendung der antiimperialistischen, antifeudalen, demokratischen Revolution, für die Bildung eines nationaldemokratischen Staates und für eine durchgreifende Hebung des Lebensstandards der Volksmassen. Sie unterstützen die Maßnahmen der nationalen Regierungen, die der Verankerung der erzielten Errungenschaften dienen und die Positionen des Imperialismus erschüttern. Zugleich wenden sie sich aktiv gegen antidemokratische, volksfeindliche Schritte, gegen Maßnahmen der herrschenden Kreise, die die nationale Unabhängigkeit gefährden. Die Kommunisten enthüllen die Versuche des reaktionären Flügels der Bourgeoisie, seine rein egoistischen Klasseninteressen als die Interessen der ganzen Nation hinzustellen, und den demagogischen Mißbrauch sozialistischer Losungen durch die bürgerlichen Politiker, die damit die gleichen Ziele verfolgen, sie streben eine echte Demokratisierung des öffentlichen Lebens an und vereinigen alle fortschrittlichen Kräfte, um die despotischen Regimes zu bekämpfen oder um die Tendenzen zur Aufrichtung derartiger Regimes zu unterbinden.

Die Ziele der Kommunisten entsprechen den höchsten Interessen der Nation. Das Bestreben der reaktionären Kreise, unter der Flagge des „Antikommunismus" die nationale Front zu sprengen und die Kommunisten, den fortschrittlichsten Teil der Befreiungsbewegung, zu isolieren, schwächen die nationale Bewegung, laufen den nationalen Interessen der Völker zuwider und beschwören die Gefahr des Verlustes der bisherigen nationalen Errungenschaften herauf.

Die Länder des Sozialismus sind aufrichtige und treue Freunde der Völker, die für ihre Befreiung kämpfen oder sich von dem imperialistischen Joch und der imperialistischen Unterdrückung schon befreit haben. Sie lehnen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der jungen Nationalstaaten grundsätzlich ab und halten es für ihre internationale Pflicht, die Völker im Kampf für die Festigung der nationalen Unabhängigkeit zu unterstützen. Sie fördern und unterstützen diese Länder auf jede Weise bei ihrer Entwicklung auf dem Weg des Fortschritts, beim Aufbau einer eigenen Industrie, bei der Entwicklung und Festigung der nationalen Wirtschaft sowie bei der Ausbildung eigener Kader und arbeiten mit ihnen zusammen im Kampf um den Weltfrieden, gegen die imperialistische Aggression.

Die klassenbewußten Arbeiter der Mutterländer kämpften konsequent für die Selbstbestimmung der vom Imperialismus unterdrückten Nationen, denn sie wissen: „Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren." Jetzt, da diese Völker den Weg der nationalen Unabhängigkeit beschreiten, ist es die internationale Pflicht der Arbeiter und aller demokratischen Kräfte der industriell entwickelten kapitalistischen Länder, ihnen im Kampfe gegen die Imperialisten, für die nationale Unabhängigkeit und deren Festigung jedwede Unterstützung angedeihen zu lassen, ihnen bei der erfolgreichen Lösung der Aufgaben der wirtschaftlichen und kulturellen Wiedergeburt zu helfen. Indem sie so handeln, vertreten sie die Interessen der Volksmassen der eigenen Länder.

Die volle und endgültige Abschaffung des Kolonialregimes in allen seinen Formen und Erscheinungen wird durch den ganzen Lauf der Weltgeschichte während der letzten Jahrzehnte diktiert.

Allen Völkern, die noch in die Ketten des Kolonialismus geschlagen sind, muß weitgehende Unterstützung bei der Eroberung der nationalen Unabhängigkeit gewährt werden. Die Kolonialunterdrückung ist in allen ihren Formen zu beseitigen. Die Liquidierung des Kolonialismus wird auch für die internationale Entspannung und für die Festigung des Weltfriedens von größter Bedeutung sein. Die Beratung erklärt sich solidarisch mit allen Völkern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Ozeaniens, die einen heroischen antiimperialistischen Kampf führen. Die Beratung begrüßt die Völker der jungen afrikanischen Staaten, die die politische Unabhängigkeit errungen haben, was ein wichtiger Schritt zu ihrer vollen Befreiung ist. Die Beratung bekundet heiße Sympathie für das heldenhafte algerische Volk, unterstützt seinen Kampf um Freiheit und nationale Unabhängigkeit und fordert die unverzügliche Einstellung des aggressiven Krieges gegen Algerien. Voller Empörung verurteilt sie das unmenschliche System der Rassenverfolgungen und der Tyrannei in der Südafrikanischen Union („Apartheid") und ruft die internationale demokratische Oeffentlichkeit dazu auf, die Völker Südafrikas in ihrem Kampf für Freiheit und Gleichheit aktiv zu unterstützen. Die Beratung fordert Nichteinmischung in die souveränen Rechte der Völker Kubas, Kongos und aller anderen Länder, die ihre Freiheit errungen haben.

Alle sozialistischen Länder, die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung halten es für ihre Pflicht, die Völker, die um ihre Befreiung vom imperialistischen und kolonialen Joch kämpfen, auf jede Weise moralisch und materiell zu unterstützen.

V

Das neue Kräfteverhältnis in der Weltarena bietet den kommunistischen und Arbeiterparteien neue Möglichkeiten, ihre historischen Aufgaben im Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus zu lösen.

Die kommunistischen Parteien bestimmen die Perspektiven und Aufgaben der Revolution je nach den konkreten historischen und sozialen Bedingungen ihrer Länder unter Berücksichtigung der internationalen Lage. Sie kämpfen aufopferungsvoll, damit bereits unter den gegenwärtigen Verhältnissen alles getan wird, um die Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen wahrzunehmen, ihre Lebensverhältnisse zu verbessern, die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes zu erweitern, ohne das bis zum Sieg des Sozialismus aufzuschieben. Die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Vorhut werden in dem Bewußtsein, daß die Hauptlast des Kampfes um die Befreiung ihres Volkes vom Joch des Kapitals auf ihren Schultern liegt, die Offensive gegen die Herrschaft der Unterdrücker und Ausbeuter auf allen Gebieten der Politik, Wirtschaft und Ideologie eines jeden Landes immer energischer führen. In diesem Kampf werden die Massen auf die entscheidenden Schlachten für den Sturz des Kapitalismus, für den Sieg der sozialistischen Revolution vorbereitet und die Bedingungen für diese Schlachten geschaffen.

Der Hauptstoß wird unter den jetzigen Verhältnissen immer entschlossener gegen die kapitalistischen Monopole gerichtet, die die Hauptschuld am Wettrüsten tragen und das Bollwerk der Reaktion und Aggression sind, gegen das ganze System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, das die Interessen der Monopole schützt.

In einzelnen nichteuropäischen entwickelten kapitalistischen Ländern, die unter der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Herrschaft des amerikanischen Imperialismus stehen, richten die Arbeiterklasse und die Volksmassen den Hauptstoß gegen die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus sowie gegen das Monopolkapital und die anderen Kräfte der inneren Reaktion, die an den Interessen der Nation Verrat üben. In diesem Kampf bildet sich die feste Einheitsfront aller demokratischen, patriotischen Kräfte der Nation. Sie kämpfen für den Sieg der Revolution, um wahre nationale Unabhängigkeit und Demokratie als Voraussetzungen für den Uebergang zur Lösung der Aufgaben der sozialistischen Revolution.

Die Mammutmonopole greifen die Interessen der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen auf allen Gebieten an. Die Werktätigen werden immer stärker ausgebeutet, die breiten Massen der Bauernschaft immer mehr ruiniert; zugleich haben das Kleinbürgertum und die mittlere Bourgeoisie in den Städten unter immer größeren Schwierigkeiten zu leiden. Der Druck der Mammutmonopole lastet immer schwerer auf allen Schichten der Nation. Infolgedessen vertieft sich mit der Verschärfung des wichtigsten Klassenwiderspruchs der bürgerlichen Gesellschaft — des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital — in der jetzigen Phase der Widerspruch zwischen dem Häuflein der Monopolherren und allen Volksschichten.

Die Monopole sind bestrebt, die demokratischen Rechte der Volksmassen aufzuheben oder auf ein Mindestmaß zu beschränken. In manchen Ländern wütet nach wie vor offener faschistischer Terror. In einer Reihe von Ländern verstärkt sich der Prozeß der Faschisierung in neuen Formen: diktatorische Verwaltungsmethoden gehen Hand in Hand mit einem fiktiven, jedes demokratischen Inhalts beraubten und zu einer reinen Formsache herabgewürdigten Parlamentarismus. Viele demokratische Organisationen werden verboten und in die Illegalität gedrängt, Tausende Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse und des Friedens schmachten in Kerkern.

Im Namen aller Kommunisten der Welt bekundet die Beratung ihre proletarische Solidarität mit den eingekerkerten ruhmreichen Söhnen und Töchtern der Arbeiterklasse und Kämpfern für die Demokratie in den USA, in Spanien, Portugal, Japan, Westdeutschland, Griechenland, Iran, Pakistan, der Vereinigten Arabischen Republik, in Jordanien, Irak, Argentinien, Paraguay, der Dominikanischen Republik, in Mexiko, der Südafrikanischen Union, dem Sudan und anderen Ländern. Die Beratung ruft auf, eine mächtige internationale Kampagne für die Befreiung der Kämpfer für Frieden, nationale Unabhängigkeit und Demokratie zu entfalten.

Am Sturz der Herrschaft der Monopole sind die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die Geistesschaffenden sowie das städtische Mittel- und Kleinbürgertum zutiefst interessiert. Es entstehen günstige Voraussetzungen für den Zusammenschluß aller dieser Kräfte.

Nach Ansicht der Kommunisten ist ein solcher Zusammenschluß durchaus möglich, und zwar auf der Basis des Kampfes für Frieden und nationale Unabhängigkeit, für den Schutz und die Entwicklung der Demokratie, für die Nationalisierung der wichtigsten Wirtschaftszweige und die Demokratisierung ihrer Verwaltung, für die Ausnutzung der gesamten Wirtschaft für friedliche Zwecke zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung, für radikale Agrarreformen, für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Werktätigen, für den Schutz der Bauernschaft und des städtischen Mittel- und Kleinbürgertums vor der Willkür der Monopole.

Solche Maßnahmen würden einen großen sozialen Fortschritt bewirken und den Interessen der Mehrheit der Nation entsprechen. Alle diese Maßnahmen tragen demokratischen Charakter. Sie heben die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen

nicht auf. Doch würden sie die Macht der Monopole beschränken, das Ansehen und das politische Gewicht der Arbeiterklasse im Leben des Landes steigern, zur Isolierung der reaktionärsten Kräfte beitragen und die Vereinigung aller fortschrittlichen Kräfte erleichtern. Nehmen breite Schichten der Bevölkerung am Kampf für demokratische Umgestaltungen teil, so überzeugen sie sich von der Notwendigkeit, gemeinsam mit der Arbeiterklasse zu handeln, und ihre politische Aktivität nimmt zu. Es ist die wichtigste Pflicht der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Vorhut, sich an die Spitze des ökonomischen und politischen Kampfes der Massen für demokratische Umgestaltungen, für den Sturz der Herrschaft der Monopole zu stellen und seinen Erfolg zu sichern.

Die Kommunisten setzen sich für die allgemeine Demokratisierung des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens sowie der Verwaltung und aller politischen und kulturellen Organisationen und Institutionen ein.

Die Kommunisten betrachten den Kampf für die Demokratie als Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus. Sie festigen in diesem Kampf ständig ihre Verbundenheit mit den Massen, entwickeln deren politisches Bewußtsein und klären die Massen über die Aufgaben der sozialistischen Revolution sowie über deren Notwendigkeit auf. Darin besteht der grundsätzliche Unterschied zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien und den Reformisten, die als Endziel Reformen im Rahmen der kapitalistischen Ordnung ansehen und die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution leugnen. Die Marxisten-Leninisten sind zutiefst davon überzeugt, daß die Völker der kapitalistischen Länder im Verlauf des täglichen Kampfes zu der Erkenntnis gelangen, daß nur der Sozialismus ein wirklicher Ausweg für sie ist.

Jetzt, da immer neue Bevölkerungsschichten am aktiven Klassenkampf teilnehmen, ist es außerordentlich wichtig, daß die Kommunisten ihre Arbeit in den Gewerkschaften und Genossenschaften, unter der Bauernschaft, den Jugendlichen und Frauen, in den Sportorganisationen und unter der nichtorganisierten Bevölkerung verstärken. Gegenwärtig sind neue Möglichkeiten entstanden, die junge Generation zum Kampf für Frieden und Demokratie und für die großen Ideale des Kommunismus heranzuziehen. Lenins großes Gebot, tiefer in die Massen einzudringen, überall zu arbeiten, wo die Massen sind, und die Verbindungen mit den Massen zu festigen, um sie zu führen, muß jede kommunistische Partei als wichtigste Aufgabe ansehen.

Größte Bedeutung für die Steigerung des Gewichts der Arbeiterklasse im politischen Leben und für die erfolgreiche Wahrnehmung ihrer Interessen gewinnt die Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung in den Ländern, wo sie gespalten ist, wie auch auf internationaler Ebene. Die Werktätigen, die verschiedenen Gewerkschaften angehören, haben gemeinsame Interessen. In den größten Klassenkämpfen der letzten Jahre haben verschiedene Gewerkschaftsbünde in der Regel, wenn sie gemeinsam auftraten, gerade dank ihrer Einheit die Forderungen der Werktätigen durchgesetzt. Die kommunistischen Parteien sind der Auffassung, das reale Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit bestehen, und sie werden die Lösung dieser Aufgabe beharrlich anstreben. In Ländern, wo es praktisch keine Gewerkschaftsdemokratie gibt, fordert die Sache der Gewerkschaftseinheit eine ständige Arbeit, um die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung sowie die Anerkennung und Respektierung der Gewerkschaftsrechte aller Werktätigen ohne politische oder sonstige Diskriminierung zu erreichen.

Die Interessen des Friedens und des sozialen Fortschritts erheischen auch die Wiederherstellung der nationalen und internationalen Einheit aller anderen demokratischen Massenbewegungen. Die Einheit der Massenorganisationen kann erreicht werden durch die Aktionseinheit im Kampf für die Erhaltung des Friedens, für nationale Unabhängigkeit, für die Wahrung und Erweiterung der demokratischen Rechte, für die Verbesserung der Lebensbedingungen und für den Ausbau der sozialen Rechte der Werktätigen.

Im Kampf der Volksmassen in den kapitalistischen Ländern um die Lösung ihrer Aufgaben gebührt der Haupttriebkraft der sozialen Revolution — dem Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft — die entscheidende Rolle.

Das Haupthindernis auf dem Wege der Arbeiterklasse zu ihren Zielen ist nach wie vor ihre Spaltung, an deren Aufrechterhaltung im nationalen wie auch im internationalen Maßstab die herrschenden Klassen, die rechten Führer der Sozialdemokratie und die reaktionären Gewerkschaftsführer interessiert sind. Die Kommunisten setzen sich entschieden für die Ueberwindung dieser Spaltung ein.

Die Imperialisten und die Reaktionäre verschiedener Länder greifen, um die Einheit der Arbeiterklasse zu spalten und zu untergraben, nicht nur zu Unterdrückungsmethoden, sondern auch zum Betrug und zur Korruption. Die Ereignisse der letzten Jahre haben erneut bestätigt, daß diese Spaltung die Positionen der Arbeiterklasse unterhöhlt und nur für die imperialistische Reaktion von Vorteil ist.

Manche rechten sozialdemokratischen Führer sind offen auf die Positionen des Imperialismus übergegangen, sie verteidigen das kapitalistische System, sie spalten die Arbeiterklasse. Aus Feindschaft gegen den Kommunismus und aus Furcht vor dem wachsenden Einfluß des Sozialismus in der Weltarena kapitulieren sie vor den reaktionären, konservativen Kräften. In mehreren Ländern hat die rechte Führung der sozialdemokratischen Parteien erreicht, daß Programme angenommen wurden, in denen sie den Marxismus, den Klassenkampf und die traditionellen sozialistischen Losungen offen abgeschworen hat. Damit hat sie der Bourgeoisie einen neuen Dienst geleistet. In den sozialdemokratischen Parteien wächst der Widerstand gegen diese Politik der rechten Führer, dem sich auch ein Teil der Funktionäre anschließt. Es wachsen die Kräfte, die für gemeinsame Aktionen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen im Kampfe für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt eintreten. Die überwältigende Mehrheit der sozialdemokratischen Parteimitglieder, besonders die Arbeiter, sind Anhänger des Friedens und des sozialen Fortschritts.

Die Kommunisten werden die Kritik an den ideologischen Positionen und an der rechtsopportunistischen Praxis der Sozialdemokratie fortsetzen, sie werden durch ihre Tätigkeit auch weiter die sozialdemokratischen Massen veranlassen, auf die Positionen des konsequenten Klassenkampfes gegen den Kapitalismus, für den Sieg des Sozialismus überzugehen. Die Kommunisten sind fest davon überzeugt, daß die ideologischen Differenzen zwischen ihnen und den Sozialdemokraten dem Meinungsaustausch über spruchreife Probleme der Arbeiterbewegung und dem gemeinsamen Kampf, besonders dem Kampf gegen die Kriegsgefahr, nicht im Wege stehen dürfen.

Die Kommunisten sehen in den sozialdemokratischen Werktätigen ihre Klassenbrüder. Sie arbeiten in den Gewerkschaften und den anderen Organisationen oft mit ihnen zusammen und kämpfen gemeinsam mit ihnen für die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes.

Die grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung verlangen gebieterisch, daß die kommunistischen und die sozialdemokratischen Parteien den Weg gemeinsamer Aktionen auf nationaler und internationaler Ebene einschlagen, damit Produktion, Erprobung und Einsatz von Kernwaffen unverzüglich verboten werden, damit atomwaffenfreie Zonen geschaffen werden, damit eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter internationaler Kontrolle erfolgt, die Militärstützpunkte auf fremdem Boden liquidiert, die ausländischen Truppen abgezogen werden, der nationalen Befreiungsbewegung der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern geholfen, die nationale Souveränität gesichert, die Demokratie gefestigt, die faschistische Gefahr abgewehrt, die Lebenshaltung der Werktätigen verbessert, die Arbeitswoche ohne Lohneinbuße verkürzt wird usw. Millionen Sozialdemokraten und einige sozialdemokratische Parteien haben sich bereits in dieser oder jener Form für die Lösung dieser Aufgaben ausgesprochen. Man kann mit Gewißheit sagen, daß die Arbeiterklasse vieler kapitalistischer Länder bei

Ueberwindung der Spaltung in ihren Reihen und Herstellung der Aktionseinheit aller ihrer Kolonnen schon jetzt in der Lage wäre, der Politik der herrschenden Kreise in den kapitalistischen Ländern einen schweren Schlag zu versetzen und sie zu zwingen, die Vorbereitung eines neuen Krieges einzustellen, in der Lage wäre, die Offensive des Monopolkapitals zurückzuschlagen und ihre dringenden lebenswichtigen und demokratischen Forderungen durchzusetzen.

Sowohl im Kampf für bessere Lebensverhältnisse der Werktätigen, für die Erweiterung und Wahrung ihrer demokratischen Rechte, für die Erringung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, für den Frieden unter den Völkern als auch im Kampf um die Eroberung der Macht und um den Aufbau des Sozialismus treten die kommunistischen Parteien für Zusammenarbeit mit den sozialistischen Parteien ein. Die Kommunisten besitzen die in sich geschlossene, wissenschaftlich fundierte und durch die Praxis erhärtete große Lehre des Marxismus-Leninismus und reiche internationale Erfahrungen im sozialistischen Aufbau. Sie sind bereit, mit den Sozialdemokraten zu diskutieren, da sie dies als den besten Weg zur vergleichenden Wertung der Anschauungen, Ideen und gesammelten Erfahrungen betrachten, deren Zweck die Beseitigung der tiefwurzelnden Vorurteile, die Ueberwindung der Spaltung der Werktätigen und die Zusammenarbeit ist.

Um Mißtrauen gegen die kommunistische Bewegung und ihre Ideologie hervorzurufen, versucht die imperialistische Reaktion nach wie vor, die Massen mit der Behauptung einzuschüchtern, die Kommunisten brauchten Kriege zwischen den Staaten, um das kapitalistische System zu stürzen und die sozialistische Ordnung zu errichten. Die kommunistischen Parteien weisen diese Verleumdung entschieden zurück. Die Tatsache, daß die von den Imperialisten entfesselten beiden Weltkriege mit sozialistischen Revolutionen endeten, besagt keinesfalls, daß der Weg zur sozialen Revolution unerläßlich über einen Weltkrieg geht, erst recht nicht in unserer Epoche, da das mächtige Weltsystem des Sozialismus besteht. Die Marxisten-Leninisten waren niemals der Ansicht, daß der Weg zur sozialen Revolution über Kriege zwischen den Staaten führt.

Die Wahl dieser oder jener Gesellschaftsordnung ist ein unveräußerliches Recht des Volkes eines jeden Landes. Die sozialistische Revolution wird nicht importiert und kann nicht von außen aufgezwungen werden. Sie ist das Ergebnis der inneren Entwicklung eines jeden Landes, der äußersten Zuspitzung seiner sozialen Gegensätze. Im Sinne der marxistisch-leninistischen Lehre waren die kommunistischen Parteien von jeher gegen einen Export der Revolution. Zugleich kämpfen sie entschieden gegen den imperialistischen Export der Konterrevolution. Sie halten es für ihre internationale Pflicht, die Völker aller Länder zum Zusammenschluß, zur Mobilisierung all ihrer inneren Kräfte und zu aktivem Handeln aufzurufen, um, auf die Macht des sozialistischen Weltsystems gestützt, eine Einmischung der Imperialisten in die Angelegenheiten des Volkes eines beliebigen Landes, das sich zur Revolution erhoben hat, zu verhüten oder dieser Einmischung eine entschiedene Abfuhr zu erteilen.

Die marxistisch-leninistischen Parteien stehen an der Spitze des Kampfes der Arbeiterklasse, der werktätigen Massen für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in dieser oder jener Form. Die Formen und Entwicklungswege der sozialistischen Revolution werden vom konkreten Verhältnis der Klassenkräfte in diesem oder jenem Lande, von der Organisiertheit und Reife der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, vom Grad des Widerstands der herrschenden Klassen abhängen. Unabhängig von den Formen, in denen die Diktatur des Proletariats errichtet werden wird, wird sie immer eine Erweiterung der Demokratie, den Uebergang von der formalen bürgerlichen zur echten Demokratie, zur Demokratie für die Werktätigen, bedeuten.

Die kommunistischen Parteien bekräftigen die Feststellungen der Erklärung von 1957 über die Formen des Uebergangs verschiedener Länder vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Arbeiterklasse und ihre Vorhut, die marxistisch-leninistische Partei, heißt es in der Erklärung, sind bestrebt, die sozialistische Revolution mit friedlichen Mitteln durchzuführen. Die Verwirklichung dieser Möglichkeit entspräche den Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes, den gesamtnationalen Interessen des Landes.

Unter den heutigen Verhältnissen hat die Arbeiterklasse mit ihrer Vorhut an der Spitze in einer Reihe von kapitalistischen Ländern die Möglichkeit, auf der Grundlage der Arbeitereinheits- und der Volksfront und anderer möglicher Formen der Verständigung und der politischen Zusammenarbeit verschiedener Parteien und gesellschaftlicher Organisationen die Mehrheit des Volkes zu vereinen, die Staatsmacht ohne Bürgerkrieg zu erobern, den Uebergang der wichtigsten Produktionsmittel in die Hände des Volkes zu sichern. Indem sie sich auf die Mehrheit des Volkes stützt und einen entschlossenen Kampf gegen die opportunistischen Elemente führt, die die Politik des Paktierens mit den Kapitalisten und Gutsherren nicht aufgeben können, hat die Arbeiterklasse die Möglichkeit, den reaktionären, volksfeindlichen Kräften eine Niederlage beizubringen, eine stabile Parlamentsmehrheit zu erringen, das Parlament aus einem Werkzeug, das den Klasseninteressen der Bourgeoisie dient, in ein Instrument zu verwandeln, das dem schaffenden Volk dient, einen umfassenden außerparlamentarischen Massenkampf zu entfalten, den Widerstand der reaktionären Kräfte zu brechen und die notwendigen Voraussetzungen für die friedliche Verwirklichung der sozialistischen Revolution zu schaffen. All das wird nur möglich sein auf dem Wege einer breiten ununterbrochenen Entwicklung des Klassenkampfes der Arbeiter, der Bauernmassen und der städtischen Mittelschichten gegen das monopolistische Großkapital, gegen die Reaktion, für durchgreifende soziale Reformen, für Frieden und Sozialismus.

Für den Fall, daß die Ausbeuterklassen dem Volke gegenüber Gewalt brauchen sollten, muß man eine andere Möglichkeit im Auge haben: die des nichtfriedlichen Uebergangs zum Sozialismus. Der Leninismus lehrt und die historische Erfahrung bestätigt, daß die herrschenden Klassen die Macht nicht freiwillig abtreten. Der Grad der Erbitterung und die Formen des Klassenkampfes werden unter diesen Bedingungen nicht so sehr vom Proletariat abhängen als vielmehr von der Stärke des Widerstandes, den die reaktionären Kreise dem Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes entgegensetzen, davon, ob diese Kreise in dieser oder jener Phase des Kampfes für den Sozialismus Gewalt anwenden werden.

In jedem einzelnen Lande wird die reale Möglichkeit dieser oder jener Art des Uebergangs zum Sozialismus durch die konkreten historischen Verhältnisse bestimmt.

Heutzutage, da der Kommunismus nicht nur die fortschrittlichste Lehre, sondern auch eine real existierende Gesellschaftsordnung ist, die ihre Ueberlegenheit über den Kapitalismus bewiesen hat, entstehen besonders günstige Voraussetzungen für die Erweiterung des Einflusses der kommunistischen Parteien, für die entschiedene Entlarvung des Antikommunismus als Losung der Kapitalistenklasse im Kampf gegen das Proletariat und für die Gewinnung breitester Schichten der Werktätigen für die kommunistischen Ideen.

Der Antikommunismus entstand bereits bei den ersten Schritten der Arbeiterbewegung als wichtigste ideologische Waffe der Kapitalistenklasse in deren Kampf gegen das Proletariat und die marxistische Ideologie. Je mehr sich der Klassenkampf verschärfte, desto gehässiger und raffinierter wurde der Antikommunismus, besonders seit der Bildung des sozialistischen Weltsystems. Als Ausdruck der tiefen geistigen Krise und des äußersten Niedergangs der bürgerlichen Ideologie entstellt der Antikommunismus die marxistische Lehre in ungeheuerlicher Weise, verleumdet er die sozialistische Gesellschaftsordnung auf gröblichste, verfälscht er die Politik und die Ziele der Kommunisten und betreibt eine Hetze gegen die demokratischen, friedliebenden Kräfte und Organisationen.

Will man die Interessen der Werktätigen erfolgreich vertreten, den Frieden erhalten und die sozialistischen Ideale der Arbeiterklasse verwirklichen, so muß man den Antikommunismus entschieden bekämpfen, diese vergiftete Waffe, deren sich die Bourgeoisie bedient, um die Massen dem Sozialismus fernzuhalten. Es ist notwendig, den Massen in verstärktem Maße die Ideen des Sozialismus zu erläutern, die Werktätigen in revolutionärem Geist zu erziehen, ihr revolutionäres Klassenbewußtsein zu erhöhen und allen Werktätigen an Hand der Erfahrungen der Länder des sozialistischen Weltsystems die Ueberlegenheit der sozialistischen Gesellschaft klarzumachen, ihnen anschaulich zu zeigen, welche greifbaren Wohltaten der Sozialismus den Arbeitern, den Bauern und den anderen Bevölkerungsschichten eines jeden Landes bringen wird.

Der Kommunismus befreit die Menschen von der Angst vor einem Krieg und sichert einen dauerhaften Frieden; er sichert Freiheit von imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung, von Arbeitslosigkeit und Elend, eine gesicherte Existenz für alle und einen hohen materiellen Lebensstandard; Freiheit von der Angst vor Wirtschaftskrisen, eine stürmische Entwicklung der Produktivkräfte zum Wohle der ganzen Gesellschaft; Freiheit von der Unterdrückung der Persönlichkeit durch den Geldsack, allseitige geistige Entwicklung des Menschen, ein Aufblühen aller Talente, grenzenlosen wissenschaftlichen und kulturellen Fortschritt der Gesellschaft. Mit dem Sieg der neuen Gesellschaftsordnung gewinnen alle Schichten der Bevölkerung außer dem Häuflein der Ausbeuter. Das muß man Millionen Menschen in den Ländern des Kapitalismus zu Bewußtsein bringen.

VI

Die kommunistische Weltbewegung ist zur einflußreichsten politischen Kraft unserer Zeit, zum wichtigsten Faktor des gesellschaftlichen Fortschritts geworden. Im erbitterten Kampf gegen die imperialistische Reaktion, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus schreitet die kommunistische Bewegung unaufhaltsam voran, schließt sie ihre Reihen fester und stählt sich.

Kommunistische Parteien wirken jetzt in 87 Ländern der Welt. Ihnen gehören mehr als 36 Millionen Menschen an. Das ist ein großartiger Sieg des Marxismus-Leninismus, eine gewaltige Errungenschaft der Arbeiterklasse. In den Ländern, die das Kolonialjoch abgeworfen haben und den Weg einer selbständigen Entwicklung gehen, nimmt der Zusammenschluß der marxistischen Gesinnungsgenossen seinen Fortgang. Die kommunistischen Parteien betrachten es als ihre internationale Pflicht, zur Festigung der Freundschaft und Solidarität der Arbeiterklasse ihrer Länder mit der Arbeiterbewegung der frei gewordenen Staaten im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus beizutragen.

Mit dem Wachstum der kommunistischen Parteien und ihrer organisatorischen Festigung, mit der Sicherung des Sieges der kommunistischen Parteien verschiedener Länder im Kampfe gegen Abweichungen, mit der Ueberwindung der schädlichen Folgen des Personenkults und der Verstärkung des Einflusses der kommunistischen Weltbewegung bieten sich neue Perspektiven einer erfolgreichen Lösung der Aufgaben, vor denen die kommunistischen Parteien stehen.

Die marxistisch-leninistischen Parteien betrachten es als ein unumstößliches Gesetz ihres Handelns, die Leninschen Normen des Parteilebens auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus strikt zu wahren, sie halten es für notwendig, die Einheit der Partei wie ihren Augapfel zu hüten, streng die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie und der kollektiven Leitung einzuhalten und dabei im Einklang mit den organisatorischen Prinzipien des Leninismus der Rolle der leitenden Parteiorgane im Parteileben große Bedeutung beizumessen, unermüdlich für die Festigung ihrer Verbindungen mit den Parteimitgliedern und den breiten Massen der Werktätigen zu sorgen, keinen Personenkult zuzulassen, der die Entwicklung des schöpferischen Denkens und der In-

itiative der Kommunisten hemmt, die Aktivität der Kommunisten auf jede Weise zu fördern und die Kritik und Selbstkritik in ihren Reihen zu entwickeln.

Die kommunistischen Parteien haben die Revisionisten in ihren Reihen, die sie vom marxistisch-leninistischen Weg abzubringen versuchten, ideologisch zerschlagen. Im Kampfe gegen den Revisionismus, gegen den Rechtsopportunismus haben sich die einzelnen kommunistischen Parteien wie die kommunistische Weltbewegung in ihrer Gesamtheit ideologisch und organisatorisch noch mehr gefestigt.

Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Spielart des internationalen Opportunismus, die einen konzentrierten Ausdruck der „Theorien" der modernen Revisionisten darstellt, einmütig verurteilt. Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten, haben der Erklärung von 1957 ihr antileninistisches revisionistisches Programm entgegengestellt; sie haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbewegung entgegengestellt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von der sogenannten Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht und damit die Gefahr heraufbeschworen, daß das jugoslawische Volk seiner im heroischen Kampf erzielten revolutionären Errungenschaften verlustig geht. Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung. Unter dem Vorwand einer blockfreien Politik entfalten sie eine Tätigkeit, die der Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten Abbruch tut. Die weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerläßliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien.

Die Praxis des Kampfes der Arbeiterklasse und der ganze Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung haben die große, alles besiegende Macht und Lebensstärke des Marxismus-Leninismus erneut glänzend bewiesen und alle „Theorien" der modernen Revisionisten eindeutig widerlegt.

Die Interessen der weiteren Entwicklung der kommunistischen und Arbeiterbewegung erheischen auch in Zukunft, wie es in der Moskauer Erklärung von 1957 heißt, einen entschiedenen Zweifrontenkampf: gegen den Revisionismus, der die Hauptgefahr bleibt, und gegen den Dogmatismus und das Sektierertum.

Indem der Revisionismus, der Rechtsopportunismus den Marxismus-Leninismus entstellt und ihn seines revolutionären Geistes beraubt, widerspiegelt er die bürgerliche Ideologie in Theorie und Praxis, lähmt er den revolutionären Willen der Arbeiterklasse, entwaffnet und demobilisiert er die Arbeiter, die Massen der Werktätigen im Kampf gegen das Joch der Imperialisten und Ausbeuter, im Kampf für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und den Triumph des Sozialismus.

Dogmatismus und Sektierertum in Theorie und Praxis können, wenn man sie nicht konsequent bekämpft, ebenfalls in dieser oder jener Entwicklungsphase einzelner Parteien zur Hauptgefahr werden. Sie berauben die revolutionären Parteien der Fähigkeit, den Marxismus-Leninismus auf Grund einer wissenschaftlichen Analyse zu entwickeln und ihn schöpferisch entsprechend den konkreten Verhältnissen anzuwenden; sie isolieren die Kommunisten von den breiten Schichten der Werktätigen, verurteilen sie zu passivem Abwarten oder zu ultralinken, abenteuerlichen Aktionen im revolutionären Kampf; erlauben es nicht, die sich ändernde Situation und die neuen Erfahrungen rechtzeitig und richtig zu beurteilen, alle Möglichkeiten im Interesse des Sieges der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte im Kampfe gegen Imperialismus, Reaktion und Kriegsgefahr auszunutzen, und hindern dadurch die Völker, den Sieg in ihrem gerechten Kampf zu erringen.

Jetzt, da die imperialistische Reaktion ihre Kräfte zum Kampf gegen den Kommunismus vereint, ist es besonders notwendig, die kommunistische Weltbewegung in jeder Weise zusammenzuschließen. Einheit und Geschlossenheit verzehnfachen die Kräfte unserer Bewegung und schaffen eine sichere Garantie dafür, daß die große Sache des Kommunismus siegreich voranschreitet und alle Angriffe der Feinde erfolgreich abgewehrt werden.

Die Kommunisten der ganzen Welt sind durch die große Lehre des Marxismus-Leninismus und den gemeinsamen Kampf für ihre Verwirklichung geeint. Die Interessen der kommunistischen Bewegung erfordern, daß sich jede kommunistische Partei solidarisch an die von den Bruderparteien in ihren Beratungen kollektiv erarbeiteten Einschätzungen und Schlußfolgerungen betreffs der gemeinsamen Aufgaben im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus hält.

Die Interessen des Kampfes für die Sache der Arbeiterklasse erfordern immer engeren Zusammenschluß der Reihen jeder kommunistischen Partei und des großen Heeres der Kommunisten aller Länder, die Einheit ihres Willens und ihres Handelns. Die Sorge für die ständige Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung ist die höchste internationale Pflicht jeder marxistisch-leninistischen Partei.

Die entschlossene Verteidigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus und die Unterbindung jedweder Handlungen, die diese Einheit untergraben können, sind eine unerläßliche Voraussetzung des Sieges im Kampf für die nationale Unabhängigkeit, für Demokratie und Frieden, für die erfolgreiche Lösung der Aufgaben der sozialistischen Revolution, des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus. Eine Verletzung dieser Prinzipien würde zur Schwächung der Kräfte des Kommunismus führen.

Alle marxistisch-leninistischen Parteien sind unabhängig und gleichberechtigt; sie arbeiten ihre Politik aus, indem sie von den konkreten Bedingungen ihrer Länder ausgehen und sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten lassen, und erweisen einander Unterstützung. Der Erfolg der Sache der Arbeiterklasse in jedem Lande erheischt die internationale Solidarität aller marxistisch-leninistischen Parteien. Jede Partei ist der Arbeiterklasse, den Werktätigen ihres Landes und der ganzen internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung verantwortlich.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien führen je nach Notwendigkeit Beratungen durch, um aktuelle Probleme zu erörtern, Erfahrungen auszutauschen, einander mit ihren Ansichten und Standpunkten vertraut zu machen; um durch Konsultationen zu einheitlichen Auffassungen zu gelangen und gemeinsame Aktionen im Kampf für die gemeinsamen Ziele zu vereinbaren.

Falls bei dieser oder jener Partei Fragen auftauchen, die sich auf die Tätigkeit einer anderen Bruderpartei beziehen, so wendet sich ihre Führung an die Führung der betreffenden Partei; wenn notwendig, werden Zusammenkünfte und Konsultationen durchgeführt.

Die Erfahrungen und Ergebnisse der in den letzten Jahren abgehaltenen Treffen von Vertretern der kommunistischen Parteien, besonders die Ergebnisse der zwei größten Beratungen — der vom November 1957 und der jetzigen — beweisen, daß solche Beratungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine wirksame Form des Meinungs- und Erfahrungsaustausches, der kollektiven Bereicherung der marxistisch-leninistischen Theorie und der Ausarbeitung einheitlicher Positionen im Kampfe für die gemeinsamen Ziele sind.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien erklären einmütig: Die von allen anerkannte Vorhut der kommunistischen Weltbewegung war und bleibt die Kommunistische

Partei der Sowjetunion als die erfahrenste und gestählteste Kolonne der internationalen kommunistischen Bewegung. Die von der KPdSU im Kampf für den Sieg der Arbeiterklasse, beim Aufbau des Sozialismus und beim entfalteten Aufbau des Kommunismus gesammelten Erfahrungen sind von prinzipieller Bedeutung für die gesamte kommunistische Weltbewegung. Das Vorbild der KPdSU und ihre brüderliche Solidarität begeistern alle kommunistischen Parteien in ihrem Kampf für Frieden und Sozialismus und bringen die Anwendung der revolutionären Prinzipien des proletarischen Internationalismus in der Praxis zum Ausdruck. Die historischen Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU haben nicht nur für die KPdSU und den kommunistischen Aufbau in der UdSSR große Bedeutung, sondern leiteten auch in der kommunistischen Weltbewegung eine neue Etappe ein und trugen zu deren weiteren Entwicklung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus bei.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien leisten ihren Beitrag zur Entwicklung der großen Lehre des Marxismus-Leninismus. Die gegenseitige Hilfe und Unterstützung in den Beziehungen zwischen allen marxistisch-leninistischen Bruderparteien stellen eine praktische Anwendung der revolutionären Prinzipien des proletarischen Internationalismus dar.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen gewinnen die Fragen der Ideologie besonders große Bedeutung. Die Ausbeuterklasse setzt den Erfolgen des Sozialismus eine immer aktivere ideologische Bearbeitung der Massen entgegen und ist bestrebt, sie geistig im Banne der bürgerlichen Ideologie zu halten. Die Kommunisten betrachten es als ihre Aufgabe, eine entschiedene Offensive an der ideologischen Front zu entfalten, nach Befreiung der Volksmassen von den geistigen Fesseln aller Arten und Formen der bürgerlichen Ideologie zu streben, darunter auch vom zersetzenden Einfluß des Reformismus, unter den Massen die progressiven Ideen, die den Fortschritt der Gesellschaft ermöglichen, die freiheitlichen demokratischen Ideen und die Ideologie des wissenschaftlichen Sozialismus zu verbreiten.

Die Erfahrung der Geschichte lehrt, daß die Ueberbleibsel des Kapitalismus auch nach der Errichtung der sozialistischen Ordnung noch lange im Bewußtsein der Menschen fortbestehen. Das erfordert von der Partei die Entfaltung einer sehr umfangreichen allseitigen Arbeit zur kommunistischen Erziehung der Massen, zur besseren marxistisch-leninistischen Schulung und Stählung der Kader der Partei und des Staates.

Der Marxismus-Leninismus ist die einheitliche große revolutionäre Lehre, der Leitstern der Arbeiterklasse und der Werktätigen der ganzen Welt in allen Etappen ihres großen Kampfes für Frieden, Freiheit und ein besseres Leben, für die Errichtung der gerechtesten Gesellschaft — des Kommunismus. Seine gewaltige umgestaltende Schaffenskraft liegt in der untrennbaren Verbundenheit mit dem Leben, in seiner stetigen Bereicherung auf Grund einer allseitigen Analyse der Wirklichkeit. Auf der Basis des Marxismus-Leninismus sind die grandiosen historischen Siege der Gemeinschaft der sozialistischen Länder, der internationalen kommunistischen Bewegung, der Arbeiter- und der Befreiungsbewegung erzielt worden, und nur auf seiner Grundlage können alle Aufgaben der kommunistischen und Arbeiterparteien erfolgreich gelöst werden.

Die Teilnehmer der Beratung sehen im weiteren Zusammenschluß der kommunistischen Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus die wichtigste Voraussetzung für die Vereinigung aller Kräfte der Arbeiterklasse, der Kräfte der Demokratie und des Fortschritts, die Gewähr für neue Siege der kommunistischen und Arbeiterbewegung der ganzen Welt in ihrem Kampf für eine lichte Zukunft der ganzen Menschheit, für den Triumph des Friedens und des Sozialismus.

Quelle: *Neue Zeit*, Nr. 50, Dezember 1960.

Appell an alle Völker der Welt vom 10. Dezember 1960

Betrifft: Kampf für den Frieden — Abrüstung — Einstellung der Kernwaffenversuche — ausländische Stützpunkte — aggressive Politik des Westens — Vermeidbarkeit eines Krieges — internationale Entspannung — deutsche Frage — Kolonialismus — Kernwaffenverbot — internationale Zusammenarbeit.

Wir Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien aus fünf Erdteilen, die wir uns zum 43. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Moskau versammelt haben, rufen euch im Gefühl der Verantwortung für die Geschicke der Menschheit auf zum allumfassenden Kampf für den Frieden, gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges.

Vor drei Jahren wandten sich die kommunistischen und Arbeiterparteien mit einem Friedensmanifest an die Völker der ganzen Erde.

Seitdem haben die Friedenskräfte im Kampf gegen die Kriegstreiber hervorragende Siege errungen.

Und heute können wir mit noch größerer Siegesgewißheit gegen die Kriegsgefahr auftreten, die Millionen Männern, Frauen und Kindern droht. Noch nie in der Geschichte der Menschheit gab es so reale Möglichkeiten, den uralten Völkertraum von einem Leben in Frieden und Freiheit wahrzumachen.

Angesichts der Gefahr einer Kriegskatastrophe, die gewaltige Opfer erfordern, Hunderte Millionen Menschen in den Untergang stürzen, die wichtigsten Zentren der Weltzivilisation in Schutt und Asche legen würde, ist die Menschheit mehr denn je um die Erhaltung des Friedens besorgt.

Wir Kommunisten kämpfen für den Frieden, für allgemeine Sicherheit, für Verhältnisse, unter denen alle Menschen und alle Völker die Wohltaten des Friedens und eines Lebens in Freiheit genießen werden.

Das Ziel eines jeden einzelnen sozialistischen Landes und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft besteht darin, allen Völkern einen dauerhaften Frieden zu sichern.

Der Sozialismus braucht keinen Krieg. Der geschichtliche Kampf zwischen der alten und der neuen Ordnung, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, soll nicht durch einen Weltkrieg entschieden werden, sondern im friedlichen Wettbewerb, im Wettbewerb der beiden Gesellschaftssysteme um den höchsten Stand von Wirtschaft, Technik und Kultur, um die besten Lebensbedingungen für die Volksmassen.

Wir Kommunisten halten es für unsere heilige Pflicht, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um die Menschheit vor den Schrecken eines modernen Krieges zu retten.

Alle sozialistischen Staaten haben, der Lehre des großen Lenin folgend, ihrer Außenpolitik das Prinzip der friedlichen Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen zugrunde gelegt.

In unserer Epoche haben die Völker und Staaten nur die Wahl: Friedliche Koexistenz und Wettbewerb des Sozialismus mit dem Kapitalismus oder mörderischer Kernwaffenkrieg! Es gibt keinen anderen Weg.

Was gefährdet den Weltfrieden?

Von Frieden sprechen alle Regierungen. Doch nicht auf die Worte kommt es an, sondern auf die Taten.

Ebenso wie in der Vergangenheit sind die reaktionären monopolistischen und militärischen Kreise der imperialistischen Länder auch heute die Anstifter und Organisatoren von Aggressionskriegen. Der Friede wird gefährdet durch die Politik der Regierungen der imperialistischen Mächte, die entgegen dem Willen ihrer Völker den Ländern das

verhängnisvolle Wettrüsten aufzwingen, den Kalten Krieg gegen die sozialistischen und andere friedliebende Staaten verstärken und den Freiheitsdrang der Völker unterdrücken.

Mögen die Tatsachen sprechen!

Die Völker begrüßen die von sämtlichen sozialistischen Staaten aufs wärmste unterstützten Vorschläge der Sowjetunion für allgemeine, vollständige und kontrollierte Abrüstung. Wer widersetzt sich der Verwirklichung dieser Vorschläge? Die Regierungen der imperialistischen Staaten mit den Vereinigten Staaten von Amerika an der Spitze, die anstatt kontrollierter Abrüstung eine Kontrolle der Aufrüstung vorschlagen und versuchen, die Abrüstungsverhandlungen zu leerem Geschwätz zu machen.

Die Völker freuen sich darüber, daß drei Großmächte nun schon zwei Jahre keine Kernwaffenversuche mehr unternehmen. Wer stemmt sich dagegen, daß der nächste Schritt getan und das endgültige Verbot dieser todbringenden Versuche beschlossen wird? Es sind die Regierungen der imperialistischen Mächte. Sie bekunden immer wieder ihre Absicht, die Atomwaffenversuche wiederaufzunehmen. Sie drohen ständig, die Verhandlungen über das Verbot der Versuche zu torpedieren, zu denen sie unter dem Druck der Völker gezwungen waren.

Die Völker wollen nicht, daß ausländische Militärstützpunkte auf ihren souveränen Territorien verbleiben; sie wenden sich gegen die aggressiven Militärpakte, die die Unabhängigkeit ihrer Länder beschränken und sie gefährden.

Wer widersetzt sich dem?

Es sind die Regierungen der Staaten des Atlantikblocks, die den westdeutschen Militaristen und Revanchisten Militärstützpunkte auf fremden Territorien zur Verfügung stellen, die ihnen Massenvernichtungswaffen in die Hand geben, die die Ausrüstung der NATO-Streitkräfte mit Atomwaffen forcieren.

Es sind die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika, die Japan, Pakistan und anderen Staaten des Mittleren und Fernen Ostens aggressive Militärpakte aufgezwungen haben, sie gegen die friedliebenden Länder aufputschen, Süd-Korea okkupieren und es zu ihrem militärischen Aufmarschgebiet gemacht haben, den japanischen Militarismus wiedererstehen lassen, sich in die inneren Angelegenheiten von Laos und Süd-Vietnam einmischen, die holländischen Imperialisten in West-Irian, die belgischen im Kongo, die portugiesischen in Goa wie auch die anderen Kolonisatoren unterstützen, eine bewaffnete Intervention gegen die Revolution auf Kuba vorbereiten, die lateinamerikanischen Länder in Militärpakte einbeziehen.

Es sind die USA, die die chinesische Insel Taiwan besetzt halten, die ständig ihre Militärflugzeuge in den Luftraum der Volksrepublik China entsenden und zugleich gröblichst deren legitimes Recht mißachten, in der Organisation der Vereinten Nationen vertreten zu sein.

Einsatzbereite Raketenabschußrampen, Depots voller Kernwaffen, Flugzeuge mit Wasserstoffbomben in der Luft, angriffsbereite Kriegsschiffe und Unterseeboote in den Meeren sowie ein Netz von Militärstützpunkten auf fremden Gebieten — so sieht die gegenwärtige Praxis des Imperialismus aus. Unter solchen Umständen kann jedes Land der Erde, ob groß oder klein, überraschend von den Flammen eines Kernkrieges erfaßt werden.

Der Imperialismus drängt die Welt um der egoistischen Interessen einer Handvoll Mammutmonopole und Kolonisatoren willen an den Rand eines Krieges.

Die Feinde des Friedens verbreiten Lügen über eine „kommunistische Aggression", um ihre wahren Ziele zu verbergen, den Willen der Völker zu lähmen und das Wettrüsten in deren Augen zu rechtfertigen.

Arbeiter, Bauern, Geistesschaffende! Menschen guten Willens in der ganzen Welt!

Es gibt heute für die Menschheit keine dringendere Aufgabe als den Kampf gegen die Gefahr eines Raketen- und Kernkriegs, für die allgemeine und vollständige Ab-

rüstung, für die Erhaltung des Friedens. Es gibt heute keine höhere Pflicht als die Teilnahme an diesem Kampf.

Ist ein dauerhafter Weltfriede möglich? Wir Kommunisten antworten darauf: Der Krieg ist nicht unvermeidlich, der Krieg kann abgewendet, der Friede behauptet und gefestigt werden.

Diese unsere Ueberzeugung ist nicht nur von unserem Friedenswillen und vom Haß gegen die Kriegsbrandstifter eingegeben. Die Möglichkeit, den Krieg abzuwenden, beruht auf den realen Gegebenheiten der neuen Weltlage.

Das sozialistische Weltsystem wird in wachsendem Maße zum entscheidenden Faktor unserer Zeit. Das sozialistische System, das mehr als ein Drittel der Menschheit umfaßt, seine Hauptkraft, die Sowjetunion, setzt seine ständig wachsende wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Macht dafür ein, den Imperialismus in seiner Handlungsfreiheit zu beschränken und den Kriegstreibern die Hände zu binden.

Die internationale Arbeiterbewegung, die das Banner des Friedenskampfes hochhält, erhöht die Wachsamkeit der Völker und begeistert alle aufrechten Menschen auf der Erde zu aktivem Handeln gegen die aggressive Politik der Imperialisten.

Millionen und aber Millionen Menschen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die ihre Freiheit und politische Unabhängigkeit errungen haben, wie auch die Völker, die um ihre nationale Freiheit ringen, werden zu immer aktiveren Kämpfern für den Frieden, zu natürlichen Bundesgenossen der sozialistischen Länder in ihrer Friedenspolitik.

Für Frieden und friedliche Koexistenz setzen sich die neutralen Staaten ein, die mit der Aggressionspolitik der Imperialisten nicht einverstanden sind.

Die Weltfriedensbewegung vereint heute Millionen Menschen. In jedem Land streben die Teilnehmer dieser Bewegung danach, ihre Heimat vor einem neuen Kriegsbrand zu schützen.

Zum entschiedenen Kampf geeint, sind alle diese Friedenskräfte imstande, die verbrecherischen Kriegspläne zu durchkreuzen, den Frieden zu erhalten und die Freundschaft zwischen den Völkern zu festigen.

Der Friede kommt nicht von allein. Er kann nur im gemeinsamen Kampf aller friedliebenden Kräfte verteidigt und gefestigt werden.

Wir Kommunisten appellieren an alle Werktätigen, an die Völker aller Kontinente:

Kämpft für internationale Entspannung und friedliche Koexistenz, gegen den Kalten Krieg, gegen das Wettrüsten! Würde man die Riesensummen, die für die Rüstung vergeudet werden, zu friedlichen Zwecken verwenden, so wäre es möglich, die Lage der Volksmassen zu verbessern, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, die Löhne und das Lebensniveau zu erhöhen, mehr Wohnungen zu errichten, die Sozialversicherung auszubauen.

Duldet keine Erweiterung der Atomrüstungen, verhindert die Ausrüstung des deutschen und des japanischen Militarismus mit Massenvernichtungswaffen!

Fordert einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten und die Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt!

Kämpft gegen die Versuche der Regierungen der imperialistischen Mächte, neue Länder in den Kalten Krieg, in die Kriegsvorbereitungen einzubeziehen!

Fordert die Auflösung der ausländischen Militärstützpunkte und den Abzug der in fremden Staaten stationierten Truppen sowie ein Verbot, neue Militärstützpunkte anzulegen. Kämpft für die Befreiung der Länder von den ihnen aufgenötigten aggressiven Militärpakten! Erreicht, daß Abkommen über die Bildung kernwaffenfreier Zonen abgeschlossen werden!

Verhindert, daß die Freiheit des heroischen Volkes Kubas durch Wirtschaftsblockade oder gar durch eine bewaffnete Intervention der amerikanischen Monopole abgewürgt wird!

Wir Kommunisten reichen im Kampf für die Sache der Arbeiterklasse und der Völker den Sozialdemokraten und Mitgliedern der anderen Parteien und Organisationen, die sich für den Frieden einsetzen, allen Gewerkschaftsmitgliedern, allen Patrioten die Hand: Laßt uns gemeinsam für den Frieden und die Abrüstung wirken! Laßt uns vereint handeln!

Bilden wir eine gemeinsame Kampffront gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten!

Laßt uns gemeinsam die demokratischen Rechte und Freiheiten verteidigen, die finsteren Mächte der Reaktion und des Faschismus, des Rassenhasses und Chauvinismus, die Allmacht der Monopole, die Militarisierung der Wirtschaft und des politischen Lebens bekämpfen!

Der Kampf der Völker für ihre Freiheit und Unabhängigkeit schwächt die kriegslüsternen Kräfte und mehrt die Kräfte des Friedens.

Zu neuem Leben erwacht Afrika, dessen Völker mehr als alle anderen unter der Geißel der Kolonialsklaverei und barbarischen Ausbeutung zu leiden hatten. Die Völker Afrikas bilden ihre unabhängigen Staaten und betreten die Arena der Geschichte als junge, immer selbständiger werdende Friedenskraft.

Der von der Geschichte verurteilte Kolonialismus ist aber noch nicht endgültig vernichtet.

Brutale Gewalt und Terror versperren den Völkern Ostafrikas in den britischen und portugiesischen Kolonien den Weg zur Freiheit. In der Südafrikanischen Union wütet das Regime des Rassenhasses. Bereits seit sechs Jahren kämpft das tapfere algerische Volk um sein Recht auf nationale Unabhängigkeit. Es kämpft, aus vielen Wunden blutend, in dem Krieg, den ihm die von ihren atlantischen Bundesgenossen unterstützten französischen Kolonisatoren aufgezwungen haben. Im Kongo verschmähen die Imperialisten kein Mittel, um durch Betrugsmanöver und Korruption die legitime Regierung zu stürzen und ihren gefügigen Marionetten die Macht zuzuschanzen.

Die Völker, die sich das Recht auf selbständige staatliche Existenz erkämpft haben, setzen den schweren Kampf gegen den Kolonialismus in seiner neuen Form, gegen die amerikanischen und die westdeutschen Kolonialisten, gegen die alten englischen, französischen und anderen Unterdrücker fort, die bemüht sind, die Naturreichtümer, Bergwerke und Plantagen um jeden Preis in ihrem Besitz zu halten, die industrielle Entwicklung der frei gewordenen Länder zu hemmen, ihnen käufliche und reaktionäre Regierungen aufzuzwingen.

Brüder in den Ländern, die sich vom Kolonialismus befreit haben, und in den Ländern, die für ihre Befreiung kämpfen! Die letzte Stunde des Kolonialismus schlägt! Wir Kommunisten sind mit euch! Mit euch ist das mächtige Lager der sozialistischen Staaten. Zusammen mit euch fordern wir, daß allen Völkern unverzüglich und vorbehaltlos das Recht auf unabhängige Existenz zugestanden wird.

Mögen die Reichtümer eures Landes und der Fleiß eurer Werktätigen nur dem Wohle eurer Völker dienen!

Euer Kampf für völlige Souveränität und wirtschaftliche Unabhängigkeit, euer Freiheitskampf dient der heiligen Sache des Friedens!

Wir Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien appellieren an die Männer, Frauen und Jugendlichen, an die Angehörigen aller Berufe und Gesellschaftsschichten, an alle Menschen, unabhängig von ihrer politischen Ueberzeugung und ihrem Glaubensbekenntnis, unabhängig von ihrer Nationalität und Hautfarbe, an alle, die ihre Heimat lieben und den Krieg hassen:

Fordert das unverzügliche Verbot der Versuche mit Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen sowie ihres Einsatzes und ihrer Produktion.

Fordert den unverzüglichen Abschluß eines Vertrages über allgemeine, vollständige und kontrollierte Abrüstung.

Mögen die moderne Wissenschaft und Technik nicht länger dazu beitragen, daß Werkzeuge des Todes und der Vernichtung hergestellt werden, mögen sie zum Wohle der Menschen dem Fortschritt der Menschheit dienen!

Mögen über die Militärgruppierungen die freundschaftliche Zusammenarbeit und ein umfangreicher Handels- und Kulturaustausch zwischen allen Ländern triumphieren.

In unserer Epoche sind die Kräfte des Friedens den Kräften des Krieges überlegen!

Die Völker werden das ersehnte hohe Ziel, den Frieden, erringen, wenn sie ihre Bemühungen vereinen und beharrlich und aktiv für Frieden und Völkerfreundschaft kämpfen.

Die Kommunisten werden alle ihre Kräfte dafür einsetzen.

Der Friede wird den Krieg besiegen!

Quelle: *Die Presse der Sowjetunion,* Nr. 145 vom 14. Dezember 1960.

Rede von Staatspräsident Josip Broz Tito vor der jugoslawischen Nationalversammlung am 26. Dezember 1960 (Auszug betr. die Moskauer Erklärung)

Betrifft: Moskauer Erklärung vom 6. Dezember 1960 — Angeblicher Revisionismus des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens — Bündnisfreie Außenpolitik — Amerikanische Wirtschaftshilfe — Zukünftige Beziehungen zu den Ostblockländern.

... Wie Sie wissen, wurde auf der zu Beginn dieses Monats in Moskau abgehaltenen Tagung der Vertreter der kommunistischen Parteien ein Dokument abgefaßt, oder besser gesagt, eine gemeinsame Erklärung über verschiedene Probleme abgegeben. Im letzten Teil dieser Erklärung werden Jugoslawien und seine Führer wieder einmal in heftigster Weise angegriffen. Was wird uns nun in dieser Erklärung vorgeworfen? Auch dieses Mal gehen die Anschuldigungen wieder von der Behauptung aus, daß wir Revisionisten seien.

Aber nicht einmal jetzt, nach zwölf Jahren der ständigen Wiederholung dieser Behauptung, sind diese Leute in der Lage, eine überzeugende Probe dessen vorzuweisen, was man unter unserem Revisionismus zu verstehen hätte — sind sie nicht in der Lage, irgendeine theoretische Erklärung ihrer Beschuldigungen zu geben. Hingegen haben diese Anschuldigungen den Charakter einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes, einer Verfälschung der wirklichen Verhältnisse, der Entwicklung und der Außenpolitik unseres Landes angenommen. Das würde uns an sich, um die Wahrheit zur gestehen, wenig bekümmern. Aber wenn in dieser Erklärung gesagt wird, daß die Politik des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens die Errungenschaften unseres nationalen Befreiungskampfes aufs Spiel setze, so ist das nicht nur eine grobe Lüge, sondern ein bewußter Versuch, die Einigkeit zwischen den Kommunisten und den anderen Bürgern unseres Landes zu zerstören ...

Eine Lüge ist auch die in der Erklärung aufgestellte Behauptung, daß die jugoslawische Regierung unter dem Deckmantel einer bündnisfreien Politik eine Aktivität entwickele, die der Einheit aller Friedenskräfte der Welt schade. Wer kann solchen Verleumdungen heute Glauben schenken, da die ganze Welt weiß, welche ungeheuren Anstrengungen Jugoslawien gerade auf diesem Gebiet unternimmt, wobei es sogar häufig den Interessen der Allgemeinheit den Vorrang vor seinen eigenen Interessen gibt? Dies ist besonders deutlich ersichtlich aus unserer Haltung zu dem Kampf der Kolonialvölker um die Unabhängigkeit und zu der Liquidierung des Kolonialismus

in allen seinen Spielarten sowie auch aus unserer gesamten Außenpolitik, in der wir uns entschlossen an die Prinzipien der aktiven und friedlichen Koexistenz, der Gleichberechtigung und der allgemeinen Zusammenarbeit zwischen den Nationen halten und uns gleichzeitig für die Verwirklichung der vollständigen Abrüstung einsetzen. Das sind Tatsachen, die niemand ableugnen kann, und aus diesem Grunde werden die boshaften Lügen nur auf ihre Urheber zurückfallen . . .

Man behauptet weiterhin, daß wir unser „revisionistisches" Programm, wie sie es nennen, in Opposition zu der Moskauer Erklärung von 1957 aufgestellt hätten und daß wir den Bund der Kommunisten Jugoslawiens in Opposition zur internationalen Arbeiterbewegung gestellt hätten. Dabei haben wir — weit davon entfernt, uns in Opposition zur Arbeiterbewegung zu stellen — auf Grund der aus dem internationalen Geschehen gewonnenen Erfahrungen ein Programm niedergeschrieben und haben auf Grund dieser Tatsache das volle Recht, unseren eigenen Standpunkt zu vertreten, wenn er auch bisweilen nicht mit den Ansichten jener übereinstimmt, die uns anklagen. Es stimmt, daß wir nicht der Moskauer Erklärung von 1957 zustimmten, sondern nur den Friedensappell unterzeichnet hatten, weil die Erklärung unwahre Anschuldigungen gegen Jugoslawien enthielt, die zu unterzeichnen wir uns weigerten. Wir wurden damals beschuldigt, eine Entfremdung unseres Landes von den anderen sozialistischen Ländern herbeigeführt zu haben; aber wer hat denn die Wirtschaftsabkommen gekündigt, die zwischen uns und den anderen sozialistischen Ländern bestanden? Wir waren es gewiß nicht. Wer hat uns denn auf diese Art ungeheuren Schaden zugefügt und uns gezwungen, unter den schwierigsten Bedingungen einen Ersatz für diese Abkommen in der anderen Richtung, im Westen, zu suchen? All diese Dinge sind heute allgemein bekannt, und auch die Autoren der gegenwärtigen Erklärung über unser Land müßten sich daran noch erinnern. Hat irgend jemand denn das Recht, uns vorzuwerfen, daß wir uns um Zusammenarbeit und Unterstützung dorthin gewandt haben, wo wir sie ohne Bedingungen bekommen konnten und ohne die Errungenschaften unserer Revolution und unseren sozialistischen Aufbau zu gefährden? Niemand hat das Recht, uns diese Dinge vorzuwerfen. Steht es nicht überhaupt in Widerspruch zur sozialistischen Moral, ist es nicht der Menschen, die die Träger der Ideen von Marx, Engels und Lenin zu sein vorgeben, unwürdig, zu behaupten, daß sie die einzigen seien, die diese Ideen verwirklichen? Die Geschichte des Verhaltens dieser Leute gegenüber dem sozialistischen Jugoslawien zeigt deutlicher als alles andere, zu welchen Absurditäten ein irriges und ungerechtfertigtes Verhalten führen kann. An Stelle von Hilfsleistungen sind in den vergangenen Jahren gerade von seiten dieser Leute unserem Volke die allergrößten Schwierigkeiten bei seinen Bemühungen um die Schaffung einer besseren Zukunft bereitet worden. Wir wissen, daß dieses Mal die chinesischen Delegierten die Hauptinitiatoren gewesen sind, das heißt die Repräsentanten einer Partei, deren Führer alles mögliche als Lehren von Marx und Lenin ausgeben. Aber ist es denn vom Standpunkt der sozialistischen Moral aus erlaubt, auf Kosten eines kleinen sozialistischen Landes einen faulen Kompromiß durch falsche Anschuldigungen zu erreichen?

Genossen, ich mußte von diesem Platz aus auch auf diesen Fall eingehen, da es sich nicht nur um einen ideologischen Kampf handelt, wie man uns glauben machen will, sondern um eine Kritik, die unsere innere Entwicklung und unsere Außenpolitik im tiefsten Kern berühren und unsere Beziehungen zu anderen friedliebenden Völkern der Welt betreffen, denen wir durch einen gemeinsamen Kampf und gemeinsame Interessen verbunden sind. Auch in der Zukunft werden wir trotz allem versuchen, korrekte Beziehungen mit den sozialistischen Ländern aufrechtzuerhalten, wenngleich das nicht nur von uns abhängen wird, sondern in erster Linie von diesen selbst. Aber es muß allen klar sein, daß es auch in den nächsten Jahren niemandem gelingen wird, uns von unserem sozialistischen Wege abzulenken, ebenso wie es auch in den vergangenen Jahren, als die Umstände für uns viel schwieriger waren, niemandem gelungen ist.

Quelle: *Relazioni Internazionali*, Nr. 1/1961 vom 7. Januar 1961.

Der Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten

Bei den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten am 8. November 1960 siegte der Kandidat der Demokratischen Partei, John F. *Kennedy*, mit dem knappen Vorsprung von rund 100 000 Stimmen vor dem Kandidaten der Republikanischen Partei, Richard M. *Nixon*. Die endgültige Auszählung der Wahlmännerstimmen durch den Senat am 6. Januar 1961 ergab: 303 Stimmen für Kennedy, 219 Stimmen für Nixon und 15 Stimmen für Harry F. *Byrd*.

Der nach einer Amtszeit von acht Jahren (1953—1961) ausscheidende republikanische Präsident, Dwight D. *Eisenhower*, gab in seiner Botschaft über die Lage der Nation vom 12. Januar 1961 (vgl. S. D 74 ff.) dem Kongreß einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit seiner Regierung während dieser Zeit.

In den letzten Tagen seiner Amtszeit oblag es Präsident Eisenhower außerdem, dem Kongreß verschiedene Berichte zu übermitteln. Am 16. Januar legte er den Haushaltsvoranschlag für das am 1. Juli 1961 beginnende Finanzjahr 1962 vor, der Gesamtausgaben in Höhe von 81,6 Milliarden Dollar vorsieht. Davon entfallen 47,4 Milliarden Dollar auf den Posten „Nationale Sicherheit" und 2,7 Milliarden Dollar auf den Posten „Internationale Angelegenheiten und Programme". In dem am 18. Januar dem Kongreß übermittelten Wirtschaftsbericht gab Eisenhower einen Ueberblick über die wirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres und eine Vorschau auf das neue Jahr. Am 20. Januar erstattete er dem Kongreß Bericht über die Fortschritte des Weltraumprogramms der Vereinigten Staaten.

Seinen Abschied von der amerikanischen Nation nahm Eisenhower am 17. Januar in einer Rundfunkrede. Er betonte darin, daß es das vordringlichste Ziel der Vereinigten Staaten bleiben müsse, die Freiheit, die Menschenwürde und die Lauterkeit unter den Menschen und Völkern zu mehren. Mit einem Hinweis auf die technische Revolution der letzten Jahre warnte Eisenhower vor einer Ueberbewertung von Wissenschaft und Technik, deren Werkzeug die Politik nie werden dürfe. Die Vereinigten Staaten müßten sich davor hüten, aus Bequemlichkeit kostbare Hilfsquellen zu vergeuden und dadurch die kommenden Generationen mit einer Hypothek zu belasten. Zum Thema der Abrüstung sagte Eisenhower, daß er seine offiziellen Pflichten auf diesem Gebiet mit einem ausgesprochenen Gefühl der Enttäuschung niederlege. Eine Abrüstung im Geiste gegenseitigen Vertrauens sei eine ständige, unabdingbare Forderung.

Die Amtsübernahme des neuen Präsidenten fand am 20. Januar 1961 statt. In seiner „Inauguration Address" vgl. S. D 88 ff.) umriß *Kennedy* die Grundzüge seines Regierungsprogramms.

Einzelheiten seines Programms wurden am 25. Januar während der ersten Pressekonferenz aufgeworfen, die Kennedy als Präsident hielt. Bei dieser Gelegenheit erklärte er, er halte an seinem Standpunkt fest, daß ein Gipfeltreffen ohne ausreichende Vorbereitung auf diplomatischer Ebene keinen Sinn habe. Zur Frage der Abrüstung und der Einstellung der Kernwaffenversuche erklärte Kennedy, die Vereinigten Staaten legten größten Wert auf die Fortsetzung der Genfer Verhandlungen, brauchten jedoch mehr Zeit, um einen klaren amerikanischen Standpunkt herauszuarbeiten. Sie hätten daher vorgeschlagen, den für Anfang Februar geplanten Wiederbeginn der Besprechungen auf Ende März zu verschieben. Ueber die Abrüstungsfragen im allgemeinen würden zur Zeit innerhalb seiner Regierung intensive Gespräche geführt. Mit Nachdruck setzte sich Kennedy für eine von sozialen Gesichtspunkten geleitete Außenpolitik gegenüber den lateinamerikanischen Ländern ein. Seine Regierung hoffe, daß sich in der westlichen Hemisphäre Regierungen durchsetzen würden, die für die Verbesserung der Lebenshaltung bei ihren Völkern eintreten.

Rechenschaftsbericht des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Dwight D. Eisenhower, über seine Amtszeit 1953—1961

Botschaft über die Lage der Nation (State of the Union Message) an den amerikanischen Kongreß vom 12. Januar 1961

Betrifft: Außenpolitische Entwicklung seit 1953 — Ausbau der gegenseitigen Sicherheitsabkommen (NATO, SEATO, OAS, ANZUS, CENTO, Japan) — Mitwirkung in internationalen Organisationen und Verträgen — Beziehungen zu Ostblockländern — wirtschaftliche und technische Hilfsprogramme — Verteidigungspolitik der Vereinigten Staaten seit 1953 — technische Entwicklung der Waffensysteme — Reorganisation des Verteidigungsministeriums — Militärhilfe an die Alliierten — langfristige Planung — wirtschaftliche Entwicklung seit 1953 — Finanzen und Verwaltung — Landwirtschaft — nationale Hilfsquellen — Erziehung, Wissenschaft und Technik — Bürgerrechte — Gesundheits- und Sozialwesen — Wohnungswesen und Städteplanung — Einwanderung — Kriegsteilnehmer und ehemaliges Militärpersonal.

An den Kongreß der Vereinigten Staaten

Wieder einmal ist es meine mir durch die Verfassung auferlegte Pflicht, die Lage der Nation darzulegen.

Bei jedem früheren derartigen Anlaß während der vergangenen acht Jahre habe ich einen vor uns liegenden Weg aufgezeigt, der darauf angelegt war, das gemeinsame Ziel zu erreichen — ein besseres Amerika in einer Welt des Friedens.

Dieses Mal ist meine Aufgabe andersgeartet.

Das amerikanische Volk hat in freien Wahlen eine neue Führung gewählt, die bald mit der Uebernahme unserer Regierung betraut werden wird. Ein neuer Präsident wird Ihnen in Kürze seine Vorschläge unterbreiten, die die Zukunft unseres großen Landes gestalten sollen. Ihm wünscht jeder Bürger, was immer auch seine politischen Auffassungen sind, im Gebet eine gute Gesundheit, Weisheit und Erfolg bei der Bewältigung der Probleme, denen sich unsere Nation gegenübersieht.

Was mich betrifft, so möchte ich Ihnen, den Mitgliedern des Kongresses, zuerst einmal meine Anerkennung aussprechen für die Hingabe, mit der Sie dem allgemeinen Wohl gedient haben, und für Ihre Freundschaft in all diesen schweren Jahren. Ich werde diese Zusammenarbeit in den für unser ganzes Volk so tief bedeutsamen Bemühungen in bester Erinnerung behalten.

Längere Zeit hindurch war die Kontrolle über den exekutiven und legislativen Zweig unserer Regierung zwischen unseren beiden großen politischen Parteien geteilt. Wir haben natürlich auch Differenzen gehabt, vor allem in innenpolitischen Fragen. Aber in der gemeinsamen Entschlossenheit, unsere Nation stark und frei zu erhalten und die gewaltigen Hilfsquellen für den Fortschritt aller Menschen zu nutzen, haben wir Amerika zu einer nie zuvor dagewesenen Höhe geführt. Für diese aus gemeinsamer Bemühung erwachsene Leistung danke ich dem amerikanischen Volk und den Kongreßmitgliedern beider Parteien, die die Programme im Interesse unseres Landes unterstützt haben. Besonderen Dank möchte ich außerdem meinen Mitarbeitern von der Exekutive für ihren hingebungsvollen Dienst aussprechen sowie den vielen hunderttausend Angestellten, die unsere verschiedenen Regierungsprogramme durchgeführt haben.

Es ist zweitens meine Absicht, eine kurze Uebersicht über die Geschehnisse dieser acht Jahre zu geben, in der Hoffnung, daß sich aus der Summe der in dieser Zeit gesammelten Erfahrungen Lehren ableiten lassen, die unserem Volke nützen. Bei dieser

Rückschau stütze ich mich auch auf detaillierte Berichte der verschiedenen Ministerien und Bundesbehörden, die dem Kongreß sämtlich bereits verfügbar gemacht wurden oder in Kürze verfügbar gemacht werden.

Die Jahre von 1953 an waren eine Zeit tiefgreifender Wandlungen in allen Teilen der Welt. Die menschlichen Probleme werden in der ganzen Welt von Stunde zu Stunde dringender; neue Fortschritte der Naturwissenschaften und der Technik aber geben uns immer neue Hoffnung auf ein besseres Leben. Die Menschen sehnen sich danach, frei zu sein, sich selbst zu regieren; ein Drittel der Menschen der Erde aber hat diese Freiheit nicht und regiert sich nicht selbst. Die Welt kennt die katastrophalen Folgen eines Atomkrieges; sie sieht aber auch die an Wunder grenzenden Möglichkeiten der friedlichen Nutzung der Atomkräfte.

In dieser Zeit sind die Vereinigten Staaten mit einer konstruktiven Außenpolitik gut vorangekommen. Das Ziel lautet nach wie vor: Frieden, Freiheit und Wohlstand — für andere und für uns selbst. Alle Völker teilen ein und dieselbe Sehnsucht: Frieden in Gerechtigkeit und Freiheit. Der Frieden kann nur durch kollektive Anstrengungen sichergestellt werden, wenn alle Völker dieser Erde in dem Entschluß zusammenstehen, Freiheit und Wohlstand für die gesamte Menschheit zu erreichen.

Während wir aber darauf hingearbeitet haben, die nationale Sehnsucht nach Freiheit ihrer Erfüllung näherzubringen, war eine auf Zwietracht ausgehende Kraft am Werk, um diese Sehnsucht in gefährliche Kanäle zu leiten. Die kommunistische Bewegung schlägt in der ganzen Welt Kapital aus dem natürlichen Freiheitsstreben aller Menschen, während sie selbst die Menschen zu unterjochen, nicht aber zu befreien sucht. Diese Versuche haben überall auf der Erde ernste Schwierigkeiten heraufbeschworen und beschwören sie noch fortgesetzt herauf.

Hier in unserem Lande waren diese Jahre eine Zeit der sorgfältigen Anpassung und Umstellung unserer Wirtschaft von dem künstlichen Auftrieb eines Schießkrieges zum konstruktiven Wachstum in einem gefährdeten Frieden. Während wir die Wirtschaft ohne Inflation zu neuer Lebenskraft erweckten, haben wir gleichzeitig die Staatsausgaben erhöht, um mit den Bedürfnissen einer wachsenden Bevölkerung und den daraus resultierenden Problemen fertig werden zu können und auch unseren zunehmenden internationalen Verpflichtungen gerecht zu werden. Wir haben auf diese Ziele im größeren Rahmen der Mitbeteiligung an der Verantwortung hingearbeitet, in voller Erkenntnis der Notwendigkeit, den Bereich der privaten Initiative und das Tätigkeitsfeld der Behörden auf einzelstaatlicher, lokaler und Bundesebene so weit wie nur möglich abzustecken.

Der Erfolg bei der Planung und Durchführung unserer nationalen Politik, im Inneren wie im Ausland, kann nur aus der standhaften Entschlossenheit erwachsen, in der Führung der Regierungsgeschäfte und in unseren Beziehungen untereinander die Lauterkeit zu wahren. Nur so können unsere geistigen Zielsetzungen ihrer Verwirklichung ganz nahegebracht werden.

Außenpolitik

Als ich am 20. Januar 1953 mein Amt übernahm, befanden sich die Vereinigten Staaten im Krieg. Seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes in Korea im Jahre 1953 hat das amerikanische Volk in sehr bewegten Zeiten in Frieden gelebt, während der Suez-Krise des Jahres 1956 hat die Regierung der Vereinigten Staaten nachdrücklich die Maßnahmen der Vereinten Nationen unterstützt, die zur Beendigung der Feindseligkeiten in Aegypten führten. Im Jahre 1958 wiederum konnte der Frieden im Mittleren Osten trotz neuer Unstimmigkeiten erhalten werden. Unsere Regierung entsprach dem Ersuchen um militärische Unterstützung der mit uns befreundeten Regierung des Libanon und zog die amerikanischen Streitkräfte unverzüglich wieder ab, sobald sich die Situation stabilisiert hatte.

Im Jahre 1958 hielt die Unterstützung, die wir der Republik China während des schwersten Beschusses von Quemoy gewährten, die chinesischen Kommunisten davon ab, eine Invasion der Küsteninseln zu versuchen, und obwohl die kommunistische Durchdringung Kubas leider eine Realität ist und eine ernsthafte Bedrohung darstellt, sind die kommunistisch beherrschten Regierungen in Guatemala und Persien entmachtet worden. Die Besetzung Oesterreichs wurde beendet und die Triest-Frage gelöst.

Trotz ständiger Bedrohungen seiner Integrität blieb West-Berlin frei.

Bedeutende Fortschritte konnten beim Ausbau gegenseitiger Sicherheitsabkommen erzielt werden, die vor allem unsere Zukunftshoffnungen für Frieden und Sicherheit in der Welt darstellen. Die Südostasienpakt-Organisation (SEATO) wurde geschaffen; die NATO-Allianz wurde militärisch gestärkt; die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) wurde als ein Instrument der interamerikanischen Zusammenarbeit weiter ausgebaut; durch den ANZUS-Vertrag wurden die Bindungen zu Australien und Neuseeland gestärkt, und schließlich wurde ein gegenseitiges Sicherheitsabkommen mit Japan abgeschlossen. Fernerhin wurde der CENTO-Pakt abgeschlossen, und obwohl wir offiziell nicht Mitglied dieser Allianz sind, haben wir doch eng an den Beratungen teilgenommen.

Der „Atome-für-den-Frieden"-Plan, der den Vereinten Nationen unterbreitet wurde, führte zur Schaffung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Unsere Politik war dabei auf die Annahme durchsetzbarer Inspektionsprogramme zur Verhinderung von Ueberraschungsangriffen, die Einstellung der Kernwaffenversuche, auf die Abrüstung und die friedliche Nutzung des Weltraumes abgestellt.

Die Vereinten Nationen wurden bei all ihren Maßnahmen, einschließlich der Verurteilung des Massenmordes am tibetischen Volk durch die chinesischen Kommunisten und der brutalen Niederwerfung des ungarischen Volkes durch die Sowjets, ebenso tatkräftig unterstützt wie in jüngster Zeit bei ihren Aktionen im Kongo.

Die Vereinigten Staaten ergriffen die Initiative bei der Aushandlung des bedeutenden Vertrages, der die friedliche Nutzung der weiten Gebiete der Antarktis garantiert.

Das US-Informationsamt (USIA) wurde in ein stark verbessertes Instrument umgewandelt, um unsere Politik und unsere Handlungen den Menschen in Uebersee zu erläutern, auf die Lügen der sowjetischen Propaganda zu antworten und ein klareres Bild vom amerikanischen Leben und von der amerikanischen Kultur zu vermitteln.

Der Austausch mit der Sowjetunion auf dem Gebiet der Kultur, Technik und Erziehung wurde ermutigt, und ein umfassendes Abkommen wurde abgeschlossen, in dessen Rahmen die Verbreitung unseres russischsprachlichen Magazins „Amerika" und die Durchführung der sehr erfolgreichen amerikanischen Ausstellung in Moskau fallen.

Die Vereinigten Staaten haben auch weiterhin dem kommunistischen China die diplomatische Anerkennung versagt und sich energisch einer Aufnahme dieser kriegslüsternen und verstockten Nation in die Vereinten Nationen widersetzt. Rotchina hat erst noch zu beweisen, daß es verdient, als „friedliebende" Nation betrachtet zu werden.

Während der kommunistische Imperialismus in Schach gehalten wurde, wurden konstruktive Maßnahmen ergriffen, um die Wirtschaft der Nationen der freien Welt zu stärken. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die wirtschaftlichen und technischen Hilfsprogramme der Vereinten Nationen nachhaltig unterstützt. Auf unsere Anregung hin wurde das Kapital der Weltbank verdoppelt, das des Internationalen Währungsfonds um 50 Prozent erhöht. Der Entwicklungsanleihefonds (DLF) und die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA) wurden neu geschaffen. Die Vereinigten Staaten waren außerdem federführend bei der Errichtung der Interamerikanischen Entwicklungsbank.

Vizepräsident Nixon, die Außenminister Dulles und Herter und ich haben ausgedehnte Reisen durch die ganze Welt unternommen, um die Sache des Friedens, der Freiheit und der internationalen Verständigung zu stärken. Diese Besuche erwiesen sich als so nützlich, daß gerade ihr Erfolg zu einem wichtigen Faktor wurde, um die Sowjetunion zu veranlassen, die für 1960 geplante Gipfelkonferenz zum Scheitern zu bringen.

Diese so entscheidend wichtigen Programme müssen weitergeführt werden. Selbstverständlich wird man neue Taktiken entwickeln müssen, um neuen Situationen gerecht zu werden — aber die zugrunde liegenden Prinzipien sollten unverändert bleiben. Unsere großen materiellen und moralischen Beiträge für die kollektive Sicherheit, die Abschreckung der Gewalt, das Völkerrecht, Verhandlungen, die zu in sich selbst garantierten Abkommen führen, und die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit der freien Völker sollten das Fundament einer Außenpolitik bleiben, die schließlich einen ständigen Frieden und Gerechtigkeit in Freiheit für die ganze Menschheit bringen wird. Es ist auch weiterhin dringend notwendig, daß jedes der freien Völker klar erkennt, wie entscheidend wichtig ein unzerreißbares Band zwischen ihnen ist, das auf der vollkommenen Hingabe an die Grundsätze der kollektiven Sicherheit, der wirksamen Zusammenarbeit und dem Frieden in Gerechtigkeit beruht.

Nationale Verteidigung

Erstmalig in der Geschichte unseres Landes haben wir in Friedenszeiten ständig militärische Streitkräfte in einer Stärke unterhalten, die zur Abschreckung und, falls notwendig, zur Vernichtung von beutelüsternen Streitkräften in der Welt ausreichen.

In den vergangenen acht Jahren sind riesige Fortschritte in strategischen Waffensystemen erzielt worden. Vor 1953 beliefen sich die Ausgaben für die Langstreckenraketen-Programme nur auf 1 Million Dollar pro Jahr. Heute geben wir jeden Tag zehnmal soviel für diese Programme aus wie im gesamten Jahr 1952. Zu Beginn des Jahres 1953 gab es noch keine einsatzbereite ferngelenkte ballistische Rakete. Heute verleihen zahlreiche Arten solcher Raketen unseren bewaffneten Streitkräften eine noch nie zuvor erreichte Schlagkraft. Die Explosivkraft unserer gesamten Waffensysteme ist nahezu unvorstellbar.

Heute verfügen die Vereinigten Staaten über einsatzbereite Atlas-Raketen, die innerhalb einer halben Stunde ein 8000 km entferntes Ziel erreichen können. Die Polaris-Waffensysteme wurden im vergangenen Herbst einsatzbereit, und die Titan-Rakete wird dieses Jahr für den Einsatz bereit sein. Im kommenden Jahr wird ein wesentlich verbessertes ferngelenktes Interkontinentalgeschoß, die Feststoffrakete Minuteman — über ein Jahr früher als vorgesehen —, zur Verfügung stehen. Mit genau arbeitenden ballistischen Mittelsteckenraketen ausgerüstete Einheiten sind heute einsatzfähig. Die in vorgeschobenen Gebieten stationierten Mittelstreckenraketen vom Typ Thor und Jupiter können in 18 Minuten Ziele treffen, die 2400 km entfernt liegen.

Vor acht Jahren befanden sich Flugzeuge, die schneller als der Schall sind, noch im Entwicklungsstadium. Heute erreichen die amerikanischen Jagdflugzeuge die doppelte Schallgeschwindigkeit. Und sowohl unser Mittelstrecken-Düsenbomber vom Typ B—58 als auch unser Langstrecken-Düsenbomber vom Typ B—52 kann mehr Explosivkraft tragen als von allen am Zweiten Weltkrieg beteiligten Staaten — Alliierten wie Achsenmächten — eingesetzt wurde.

Vor acht Jahren besaßen wir keine mit Atomkraft angetriebenen Schiffe. Heute ist der Bau von 49 Atom-Kriegsschiffen genehmigt. Davon sind bereits 14 in Dienst gestellt worden, darunter drei der alles andere übertreffenden Polaris-Unterseeboote. Unsere Atom-Unterseeboote haben den Nordpol untertaucht und die Erde in getauchtem Zustand umfahren. Die Seekriegführung ist revolutioniert worden, und die Vereinigten Staaten sind dabei allen anderen weit voraus. Unsere im Ausland stationierten Einheiten

der Luftstreitkräfte und unsere Flugzeugträger sind auf der Wacht; die Heereseinheiten, die die Grenzen der Freiheit in Europa und dem Fernen Osten bewachen, weisen für Friedenszeiten ein Höchstmaß an Einsatzbereitschaft auf; unsere Marine — zu einem Drittel im Fernen Osten eingesetzt — ist ständig auf einen Einsatz vorbereitet; unsere Reserveeinheiten haben, was die Ausbildung anbetrifft, einen hohen Stand erreicht, und die sofort verfügbare Reserve zählt jetzt über 2,5 Millionen Bürgersoldaten.

Das Verteidigungsministerium, eine junge und noch in der Entwicklung begriffene Organisation, ist zweimal verbessert worden, und der Befehlsweg ist verkürzt worden, um den Anforderungen der modernen Kriegführung gerecht zu werden. Diese wichtigen Reorganisationen haben eine wirksamere Struktur für eine einheitliche Planung und Lenkung des riesigen Verteidigungsapparates geschaffen. Mit weiteren allmählichen Verbesserungen in seiner Struktur und in den Verfahren ist zu rechnen. Die Zivilverteidigung sowie die nichtmilitärische Verteidigungskapazität der USA sind wesentlich verstärkt und in einer Bundesbehörde zusammengefaßt worden.

Die Verteidigungsstreitkräfte unserer Alliierten belaufen sich gegenwärtig auf 5 Millionen Mann, mehrere tausend Kriegsschiffe und über 25 000 Flugzeuge. Die amerikanische Regierung hat laufend die Programme zur Stärkung unserer Alliierten unterstützt. Die Militärhilfe der USA geht nahezu ausschließlich an befreundete Nationen am Rande der kommunistischen Welt. Dieser amerikanische Beitrag für Länder, die den Willen zur Verteidigung ihrer Freiheit haben, aber über nur ungenügende Mittel dazu verfügen, sollte mit allem Nachdruck fortgesetzt werden. Mit unseren Alliierten verbunden, besitzt die freie Welt heute einen weitaus stärkeren Schild, als wir allein ihn bieten könnten.

Seit 1953 basiert unsere Verteidigungspolitik auf der Annahme, daß die internationale Situation auf unbegrenzte Zeit, vermutlich auf Jahre hinaus, große Verteidigungsausgaben erfordern werde. Bei dieser sich hinziehenden Auseinandersetzung verlangt eine gute Führung und Verwaltung, daß wir zu großen Ausgaben genauso resolut widerstehen wie zu geringen Ausgaben. Jeder Dollar, der für militärische Belange unnütz ausgegeben wird, vermindert unsere Gesamtstärke und damit auch unsere Sicherheit. Wir dürfen nicht wieder in die Psychologie der „Katastrophenprogramme" der Vergangenheit verfallen, wo auf jede neue Finte der Kommunisten mit Panik reagiert wurde. Die „Bomberlücke", von der vor mehreren Jahren gesprochen wurde, war immer ein Phantasieprodukt, und mit der „Raketenlücke" scheint es genau dasselbe zu sein.

Unser Land kann es sich einfach nicht leisten, eine nationale Politik aufzugeben, die ein auf lange Sicht abgestelltes, völlig ausreichendes und stetiges Maß an Anstrengungen vorsieht und Vorsorge trifft für eine schnelle Anpassung an neue wissenschaftliche und technische Entwicklungen, für eine ausgewogene Streitmacht von solcher Stärke, daß sie sowohl vor einem allgemeinen Krieg abschreckt als auch wirksam mit örtlichen Situationen fertig wird, einen Angriff vergelten und den Angreifer vernichten kann, sowie für ein noch stärkeres System der kollektiven Sicherheit der freien Welt.

Die Wirtschaft

Das Bruttosozialprodukt der ständig expandierenden Wirtschaft hat die Eine-halbe-Billion-Dollar-Grenze überschritten. Die Gütererzeugung des Landes und die Erstellung von Dienstleistungen liegen gegenwärtig um fast 25 vH höher als 1952.

Im Jahre 1959 verfügte die durchschnittliche amerikanische Familie über ein Einkommen von 6520 Dollar oder, in Dollar konstanter Kaufkraft gemessen, über ein um 15 vH höheres Einkommen als 1952, und die Reallöhne der amerikanischen Industriearbeiter sind in den vergangenen acht Jahren um 20 vH gestiegen. Diese Tatsachen zeigen das ständig wachsende Maß des Wohlstandes auf, dessen sich jeder einzelne Amerikaner und jede amerikanische Familie erfreuen.

Unser Land erfreut sich ferner einer beachtlichen Verbesserung auf dem Gebiet des allgemeinen Arbeitsfriedens, die durch eine Stärkung der Verfahren für freie Kollektivverhandlungen erreicht wurde. Der Zeitausfall durch Streiks in den Jahren seit 1952 war nur halb so groß wie in den acht davorliegenden Jahren. Die Gesetzgebung fordert jetzt, daß die Gewerkschaftsmitglieder voll und ganz die Möglichkeit erhalten, sich an der Arbeit in ihren Gewerkschaften zu beteiligen. Die Regierung hat das Landrum-Griffin-Gesetz unterstützt, das meines Erachtens für die große Mehrzahl der amerikanischen Arbeiter und ihre Führer sehr nützlich ist und das ferner einen wichtigen Schritt darstellt, um unsaubere Elemente und Gangster bei der Leitung der Geschäfte der Gewerkschaften auszuschalten.

Die wirtschaftliche Sicherheit der arbeitenden Männer und Frauen ist durch die Einbeziehung von 2,5 Millionen ehemaligen Soldaten, von 2,4 Millionen Bundesbediensteten sowie von 1,2 Millionen Angestellten von Kleinbetrieben in den Arbeitslosenversicherungsschutz und eine Verbesserung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bei den Eisenbahnen erhöht worden. Die einzelnen Bundesstaaten sind ermutigt worden, das von ihnen gezahlte Arbeitslosengeld zu erhöhen, so daß heute die durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung pro Woche um 40 vH höher ist als 1953.

Die Betriebssicherheitsbestimmungen für die Arbeiter sind durch energische Bemühungen verbessert worden. Für die Schauerleute und die Dockarbeiter sind wirklich durchführbare Sicherheitsnormen geschaffen worden; die Zahl der Bundesausschüsse für Arbeitssicherheit ist von vierzehn auf über einhundert erhöht worden; es wurden Prämien für Arbeitssicherheit sowie ein nationales Sicherheitsprogramm für die Bauwirtschaft geschaffen.

Einen wichtigen Faktor bei der Stärkung unseres Systems der Wettbewerbswirtschaft sowie der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums bildeten die mit Nachdruck betriebene Durchsetzung der Antitrustgesetze während der vergangenen acht Jahre und die ständigen Bemühungen um den Abbau der künstlichen Beschränkungen des Wettbewerbs und des Handels sowie um eine Stärkung der wirtschaftlichen Freiheit. Dieses Ziel wurde ebenfalls wesentlich gefördert, als eines der ersten Gesetze dieser Regierung die restriktiven Lohn- und Preiskontrollen beendete.

Eine weitere Maßnahme zur Stärkung des amerikanischen Systems der Wettbewerbswirtschaft bildete die Schaffung der Verwaltung für Kleinbetriebe im Jahre 1953, die die bestehenden kleinen Unternehmungen fördern und zur Errichtung neuer Kleinbetriebe ermutigen sollte. Diese Behörde hat Kredite von über 1 Milliarde Dollar gewährt, ein neues Programm zur Bereitstellung von langfristigem Kapital für kleine Unternehmungen in Angriff genommen, bei der Abzweigung von Regierungsaufträgen in Höhe von 3,5 Milliarden Dollar zur Vergebung an Kleinbetriebe mitgewirkt und die Aufmerksamkeit der einzelnen Geschäftsleute durch Informations- und Schulungsprogramme auf neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Betriebsführung und der Produktionstechniken gelenkt. Seit 1952 wurden zur Förderung der Kleinbetriebe wichtige Steueränderungen durchgeführt.

Was das Transportsystem des Landes anbetrifft, so wurden wesentliche Verbesserungen erreicht:

Nach langen Jahren der Debatten wurde der Traum vom St.-Lorenz-Seeweg, der das Herz Amerikas dem Ozeanhandel erschließt, verwirklicht.

Die neue Bundesluftfahrtbehörde arbeitet auf eine größere Sicherheit im Luftverkehr hin.

Das größte öffentliche Bauprogramm der Geschichte — das sich über 65 000 km erstreckende System der die einzelnen Bundesstaaten verbindenden und der Verteidigung

dienenden Autobahnen — ist beschleunigt vorangetrieben worden. 25 vH dieses Autobahnnetzes sind bereits für den Verkehr freigegeben.

Die Bemühungen, jedem Amerikaner beim Aufbau eines besseren Lebens zu helfen, schlossen ferner ein dynamisches Programm zur Ausweitung unseres Handels mit anderen Ländern ein. Eine Verlängerung des Gesetzes über gegenseitige Handelsabkommen um vier Jahre wurde 1958 verabschiedet, und es wurden ständige und erfolgreiche Bemühungen unternommen, um andere Länder zum Abbau der von ihnen erlassenen Beschränkungen für unsere Exporte zu bewegen. Ein neues Programm zur Ausweitung unseres Exports wurde 1960 in Angriff genommen, das eine Verbesserung der Exportkreditversicherung und die Erweiterung der Forschungs- und Informationsprogramme vorsieht, um den Amerikanern die Geschäftsmöglichkeiten in anderen Ländern aufzuzeigen. Diese Maßnahmen und die allgemein günstigen Wirtschaftsbedingungen im Ausland haben 1960 zu einer Ausweitung des amerikanischen Exporthandels auf 20 Milliarden Dollar beigetragen.

Obwohl die immer wieder eintretenden Rückgänge der Wirtschaftstätigkeit auch weiterhin ein Problem für unser Wirtschaftssystem bilden werden, so waren die jüngsten Rezessionen doch mild und nur von kurzer Dauer. Es besteht jedoch wenig Anlaß zur Selbstgefälligkeit. Wir haben zwar zur Zeit eine hohe Wirtschaftstätigkeit, aber die Arbeitslosenzahlen sind höher, als es jeder von uns gerne sieht, und die chronischen Gebiete hoher Arbeitslosigkeit bestehen nach wie vor. Natürlich bleibt eine gesunde und auf breiter Basis erfolgende Wirtschaftsexpansion auch weiterhin ein wichtiges nationales Ziel, nach dessen Verwirklichung wir durch gemeinsame Anstrengungen der privaten und öffentlichen Stellen streben müssen.

Wenn die Regierung weiterhin darauf hinarbeitet, jedem Amerikaner die umfassendsten Möglichkeiten zur Entwicklung und Ausnutzung seiner Fähigkeiten und Talente zu garantieren, dann kommt sie einer ihrer wichtigsten Aufgaben nach, nämlich das Wohl aller Amerikaner zu fördern und ihre Würde, ihre Rechte und Freiheiten zu schützen.

Regierung, Finanzen und Verwaltung

Im Januar 1953 war der Dollar des amerikanischen Verbrauchers nur 52 Cent wert, was seine Kaufkraft in bezug auf Kleidung, Wohnung und andere Güter anbetrifft — verglichen mit dem Dollar des Jahres 1939. Heute ist die Spirale der Inflation, die in den Jahren zwischen 1946 und 1952 die Lebenshaltungskosten um 36 vH erhöht hatte, nahezu zum Stillstand gekommen und der Wert des Dollars praktisch stabilisiert.

Im Jahre 1954 hatten wir die größte Steuersenkung in der Geschichte — 7,4 Milliarden Dollar jährlich betragend, wovon über 62 vH hauptsächlich auf die Steuerzahler entfielen, die den niedrigeren Einkommensklassen angehören.

Meine Regierung hat sich ständig bemüht, ihrer Verantwortung auf dem Gebiet des Finanzwesens gerecht zu werden. Bei wirtschaftlichem Fortschritt versuchten wir ausgeglichene Budgets zu erzielen und waren stets darauf bedacht, die Ausgabenprogramme einer rigorosen Ueberprüfung zu unterziehen. Durch eine Defizitfinanzierung in Zeiten der Prosperität könnte das internationale Vertrauen in den Dollar leicht zerstört und damit der Inflation im eigenen Lande Auftrieb gegeben werden. In dieser Ueberzeugung werde ich dem Kongreß in der kommenden Woche ein ausgeglichenes Budget für das Finanzjahr 1962 vorlegen.

Wir haben uns entschlossen darum bemüht, die Konkurrenz zwischen Regierung und freier Wirtschaft zu verringern. Dies hat zur Stillegung von rund 2000 regierungsabhängigen kommerziellen industriellen Unternehmen geführt und außerdem zur Verkleinerung von etwa 550 Industrieanlagen, die direkt von Regierungsstellen betrieben wurden. Ferner wurde ein kühnes und aktives Ueberschußabstoßungsprogramm fort-

gesetzt, um die nicht benötigten regierungseigenen Liegenschaften festzustellen und zu veräußern. Dadurch wurde den örtlichen Steuerregistern eine beträchtliche Zahl wertvoller Besitztümer zugeführt, und dies führte wiederum zu einem bedeutenden Geldrückfluß in die Regierungskasse.

Wir haben uns immer wieder ernsthaft und beharrlich bemüht, die Position der einzelstaatlichen Regierungen und örtlichen Behörden zu stärken und dadurch die gefährliche Tendenz zur Zentralisierung der Regierungsgewalt in Washington zu bremsen. In der wirksameren Gestaltung der Regierungsarbeit wurden bedeutsame Fortschritte erzielt. Wichtige neue Regierungsbehörden wie das Ministerium für Gesundheit, Erziehung und Sozialfragen, die Bundesluftfahrtbehörde und das Bundesamt für Aeronautik und Weltraumforschung sind geschaffen worden. Der Rat der wirtschaftlichen Berater wurde wieder ins Leben gerufen.

Unser Postdienst ist modernisiert worden, um bessere und wirksamere Leistungen zu erhalten. Auf Grund modernisierter Methoden erhalten 168 Millionen Menschen in unseren Bevölkerungsschwerpunkten die Post im Ortsverkehr bereits am nächsten Tag, ein erweiterter Zustelldienst beliefert gegenwärtig 9,3 Millionen Familien in den ständig wachsenden Vorstädten, und weitere 1,4 Millionen Familien sind in den Zustelldienst für ländliche Gebiete einbezogen worden. Der gesunde Menschenverstand verlangt, daß sich der Postdienst selbst finanzieren sollte.

Die Konzeption einer gutausgebildeten und einsatzfreudigen Beamtenschaft ist durch die Einrichtung einer Lebens- und Krankenversicherung, ein weitgehend verbessertes Pensionssystem, ein neues Beförderungsprogramm nach Leistung und das erste wirksame Leistungsprämiensystem gestärkt worden. Die Zahl der in Bundesdiensten stehenden Angestellten ist seit 1953 um über eine Viertelmillion Personen reduziert worden, ohne daß dadurch die Leistung herabgesetzt wurde. Ich bin sehr glücklich, daß es dem Drängen meiner Regierung zuzuschreiben ist, daß Alaska und Hawaii der 49. und 50. Staat der USA wurden.

Landwirtschaft

Trotz der Schwierigkeiten bei der Durchführung von Kongreßprogrammen, die überholte Vorschriften zur Anwendung bringen und die Probleme eher verschlimmern als lösen, haben die vergangenen acht Jahre bemerkenswerte Fortschritte auf dem Gebiet der Landwirtschaft gebracht. Das gesamte landwirtschaftliche Vermögen beträgt rund 200 Milliarden Dollar: Das sind 36 Milliarden Dollar mehr als vor acht Jahren. Das Vermögen der Farmer liegt mit 174 Milliarden Dollar nahezu auf Rekordhöhe. Die Zahl der selbständigen Farmer hat eine Rekordhöhe erreicht, während gleichzeitig die Zahl der Pächter und Halbpächter auf den niedrigsten Stand in der Geschichte der Vereinigten Staaten zurückging.

Durch das „Lebensmittel-für-den-Frieden"-Programm wurde demonstriert, wie überschüssige amerikanische Nahrungsmittel und Naturfasern wirksam für die Ernährung und Bekleidung von bedürftigen Menschen im Ausland verwendet werden können. Mit Hilfe dieses humanitären Programms erhöhten sich die landwirtschaftlichen Exporte von 2,8 Milliarden Dollar im Jahre 1953 auf jährlich über 4 Milliarden Dollar in den vergangenen drei Jahren. Für das Jahr 1960 werden diese Exporte auf 4,5 Milliarden Dollar beziffert: Das ist das bisher größte Volumen. Im Rahmen des „Lebensmittel-für-den-Frieden"-Programms wurde im Jahre 1960 auch das größte Weizenabkommen der Geschichte mit Indien geschlossen.

Im Rahmen des landwirtschaftlichen Entwicklungsprogramms wurden zum erstenmal die Probleme der Farmerfamilien mit einem niedrigeren Einkommen einer systematischen Prüfung unterzogen. Dieses in 39 Bundesstaaten durchgeführte Programm brachte für die bedürftigsten Menschen auf dem Lande höhere Einkommen und ein besseres Leben.

Zur Befriedigung der steigenden Nachfrage nach elektrischer Energie und Telefonen auf dem Lande hat das Bundesamt für die Elektrifizierung landwirtschaftlicher Gebiete wesentlich beigetragen. Rund 97 vH aller Farmen sind heute an das elektrische Versorgungsnetz angeschlossen. Die Abhängigkeit von Bundesmitteln sollte hier nicht mehr länger notwendig sein.

Die Verwaltung für das landwirtschaftliche Kreditwesen ist zu einer selbständigen Behörde ausgebaut worden, die den Bedürfnissen der Farmer besser gerecht wird.

Bei der Suche nach neuen Verwendungsmöglichkeiten für unsere Agrarüberschüsse und bei der Entwicklung neuer Anbausorten zur Deckung des anfallenden Bedarfs ist ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden.

Die Zuwendungen für die landwirtschaftliche Forschung sind seit 1953 um 171 Prozent erhöht worden.

Die Farmer sparen jährlich 80 Millionen Dollar, seit die Bundessteuer für Benzin zum Betrieb von Traktoren und anderen Landmaschinen 1956 aufgehoben wurde.

Seit 1953 wurden die Zuwendungen für den landwirtschaftlichen Beratungsdienst und die landwirtschaftlichen Bezirksbetriebsberater und Hauswirtschaftsberater verdoppelt. Die Nutznießung der Sozialversicherung wurde auf Farmer und ihre Familien ausgedehnt.

Dennoch stellen unsere Agrarüberschüsse in mancher Hinsicht eine immer ernster werdende Angelegenheit dar. So belaufen sich z. B. unsere Weizenvorräte heute auf 1,3 Milliarden Bushel. Selbst wenn wir im kommenden Jahr nicht einen Bushel Weizen ernten würden, so hätten wir doch immer noch genug, um alle satt zu werden, genug, um zu exportieren, genug zum Verschenken — und wir würden immer noch beachtliche Vorräte übrigbehalten. Allein mit der Verwaltung und Abstoßung dieser drückenden Ueberschußbestände sind außerordentlich hohe Unkosten verbunden. Hier müssen ganz offensichtlich weitere Anpassungen erfolgen. Der Kongreß muß zusätzliche Gesetze erlassen, die es gestatten, Weizen und andere Agrarerzeugnisse in geregelter Weise dem regulären Markt zuzuführen, und die gleichzeitig den notwendigen Schutz der Preise für die Farmer gewährleisten. Erst dann wird die Landwirtschaft wieder frei, gesund und rentabel sein.

Die nationalen Hilfsquellen

Der Pflege unserer Nationalparks wurde verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt. Ein auf zehn Jahre veranschlagtes Entwicklungsprogramm für das Nationalpark-System — Projekt 66 — wurde in Angriff genommen, und seit 1953 wurden 253 000 Hektar neuer Parklandschaft erschlossen.

Die Bewilligungen für Aufgaben des Fischereiwesens und der Wildhege wurden mehr als verdoppelt. 35 neue Wildschutzgebiete mit einer Fläche von rund 4 537 000 Hektar wurden dem Bundeswildschutz angegliedert. Die Forsten unseres Landes wurden in einem in der Geschichte einmaligen Ausmaß verbessert.

In der Erschließung der Wasserkräfte wurde die umfangreichste zusammenhängende Anstrengung unserer Geschichte unternommen. Allein auf dem Gebiet der Bodenmelioration wurden seit 1953 über 50 neue Projekte oder Verbundvorhaben bewilligt, darunter das auf 1 Milliarde Dollar veranschlagte Projekt des Colorado-Wasserspeicher-Systems. Wenn alle diese Vorhaben einmal verwirklicht sein werden, dann werden sie eine Speicherkapazität von fast 53 Milliarden cbm haben, das bedeutet eine 50prozentige Steigerung der Speicherkapazität der vom Bundesamt für Bodenmelioration verwalteten Stauwerke gegenüber Mitte 1953. Darüber hinaus wurden seit 1953 über 450 Vorhaben der Schiffahrtsstraßenregulierung und andere Mehrzweckprojekte vom Pionierkorps in Angriff genommen, die zusammen fast 6 Milliarden Dollar kosten.

Die Konservierung des Bodens und der Wasservorräte wurde in einem noch nie dagewesenen Ausmaß gefördert. Gegenwärtig befinden sich 141 Projekte im Rahmen des Programms zum Schutze der Wasserscheiden im Bau.

Der eindrucksvolle Ausbau der Wasserkraftwerke wurde durch eine Politik erreicht, die sich darüber im klaren war, daß für diese Aufgabe eine umfassende Entwicklung durch die Bundesregierung, die Regierungen der Einzelstaaten, die kommunalen Behörden und die Privatwirtschaft erforderlich ist. Zur Erreichung dieses Zieles ist die Teamarbeit eine wesentliche Voraussetzung.

Das Columbia-River-Energiesystem der Bundesregierung hat sich von zwei Mehrzweckstaudämmen mit einer Kapazität von 2,6 Millionen kW zu 17 Mehrzweckprojekten ausgeweitet, die entweder schon fertiggestellt oder noch im Bau sind und einmal eine Kapazität von 8,1 Millionen kW haben werden. Nach jahrelangen Verhandlungen öffnet sich nunmehr durch das mit Kanada geschlossene Columbia-River-Entwicklungsabkommen ein Weg zur baldigen Realisierung eines in der Geschichte bisher einmaligen Energie- und Flußkontrollprojekts und eines Gewinns aus der Energiespeicherung für die nordwestlichen Gebiete bis hin zum Pazifik. Ein Vertrag, der dieses Abkommen zur Durchführung bringt, wird dem Senat in Kürze unterbreitet werden.

Wir führen gegenwärtig ein weitschauendes und überaus erfolgreiches Programm zur Deckung unseres dringendsten Wasserbedarfs durch, indem wir aus Salz- und Brackwasser Frischwasser gewinnen. Bei diesem Verfahren ist bereits eine 75prozentige Reduzierung der Kosten erreicht worden.

Für unsere expandierende Wirtschaft ist die laufende Entwicklung unserer Hilfsquellen notwendig. Wir müssen tatkräftige kombinierte staatliche, einzelstaatliche und private Programme fortführen und gleichzeitig darauf bedacht sein, bis zu einem höchstmöglichen Ausmaß unser natürliches und landwirtschaftliches Erbe für künftige Generationen zu bewahren.

Erziehung, Wissenschaft und Technik

Das im Rahmen der nationalen Verteidigung erlassene Erziehungsgesetz von 1958 ist bereits ein Meilenstein in der Geschichte der amerikanischen Erziehung. Es bietet weite Möglichkeiten für die geistige Entwicklung aller Kinder durch intensivierte Studienkurse in Naturwissenschaft, Mathematik und Fremdsprachen, durch die Entwicklung neuer Studienprogramme zur Ausbildung zusätzlicher Lehrer und durch die Bereitstellung von Stipendien für junge Menschen, die für einen College-Besuch finanzielle Unterstützung benötigen.

Bei zahlreichen Anlässen hat die Bundesregierung ein neues umfassendes, über fünf Jahre laufendes Unterstützungsprogramm vorgeschlagen, um zur Beseitigung des Schulraummangels in Grundschulen und höheren Schulen beizutragen. Ferner wurden Empfehlungen unterbreitet, die eine Unterstützung für Colleges und Universitäten beim Bau von Lehr- und Wohngebäuden vorsehen, um dem zukünftigen vermehrten Andrang von Studenten gerecht zu werden.

Meine Regierung erweiterte wesentlich ihr Anleiheprogramm zum Bau von Unterkünften für Studenten und Lehrer sowie für die Schwesternausbildung — ein Programm, mit dem zur Errichtung von annähernd 200 000 Wohneinheiten während der vergangenen acht Jahre beigetragen wurde.

Ferner sind die Gesundheits-, Erholungs- und Erziehungsprogramme wesentlich intensiviert worden, die auf eine Förderung der Rolle der indianischen Bevölkerung in unserer Gesellschaft abzielen. So wurden beispielsweise im vergangenen Herbst 91 vH der Indianerkinder zwischen sechs und 18 Jahren in den Reservaten für den Schulbesuch angemeldet. Dies bedeutet eine Steigerung von 12 vH gegenüber 1953.

Auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik hat das neue Bundesamt für Aeronautik und Weltraumforschung (NASA) erstaunliche Fortschritte erzielt. In wenig mehr als zwei Jahren hat die NASA mit Erfolg meteorologische Satelliten — wie Tiros I und Tiros II — in den Weltenraum geschossen, die die Methoden der Wettervorhersage zu revolutionieren versprechen. Sie hat ferner durch den erfolgreichen Start von Echo I gezeigt, daß Satelliten für eine weltweite Nachrichtenübermittlung verwendet werden können, und eine riesige Menge wertvoller wissenschaftlicher Daten — wie die Entdeckung des Van Allenschen Strahlungsgürtels — beigebracht. Außerdem gelang der NASA der Start von Weltraumsonden, mit denen eine Funkverbindung über die größte von Menschen bisher überbrückte Entfernung ermöglicht wurde. Auch auf das Ziel des bemannten Weltraumfluges hin wurden reale Fortschritte erzielt.

Diese Leistungen stellen uns heute bei der Erforschung des Weltraums zum Besten der gesamten Menschheit zweifellos in die vorderste Reihe. Ich glaube, daß der derzeitige organisatorische Aufbau in diesem Arbeitsgebiet mit den im vergangenen Jahr vorgeschlagenen Revisionen den vor uns liegenden Aufgaben vollkommen angemessen ist. Amerika kann mit Zuversicht neue Leistungen in der Weltraumforschung erwarten. Schon die nahe Zukunft wird uns solche Wundertaten bringen wie den Flug eines Weltraumpiloten um die Erde, die Landung von wissenschaftlichen Instrumenten auf dem Mond, den Start der mächtigen Riesenrakete Saturn und die Erkundung des Mars und der Venus durch unbemannte Raumfahrzeuge.

Die Anwendung der Atomenergie in der Industrie, Landwirtschaft und Medizin ist aus dem Stadium der Verheißung und des Experiments herausgewachsen und Wirklichkeit geworden. In immer größerem Maße macht die amerikanische Industrie und Landwirtschaft von den Radioisotopen Gebrauch, um Herstellungs- und Prüfverfahren oder die Saatzucht zu verbessern. Die Atomenergie hat den Aerzten bessere Möglichkeiten zur Bekämpfung der Krankheiten an die Hand gegeben und bietet die Aussicht, daß es gelingt, die Lebenserwartung des Menschen zu vergrößern.

Erziehung, Wissenschaft und Technik sowie wohlausgewogene Programme aller Art — dieses sind die Wege zum Fortschritt. Mit entsprechender Unterstützung des Bundes können die Einzelstaaten und die Kommunen Möglichkeiten schaffen, die es gestatten, auf allen Ebenen des Erziehungssystems Hervorragendes zu erreichen, und wenn die Bundesregierung weiterhin die Grundlagenforschung und Technik voll und ganz unterstützt, dann können wir damit rechnen, unsere führende Stellung in der Welt zu behalten.

Bürgerrechte

Die erste konsequente Bürgerrechtsgesetzgebung des Bundes seit 85 Jahren wurde auf Empfehlung der Regierung im Jahre 1957 und im Jahre 1960 vom Kongreß verabschiedet. Eine neue Bürgerrechtsabteilung im Justizministerium hat bereits Schritte unternommen, um die verfassungsmäßigen Rechte auf Gebieten wie dem Wahlrecht und der Beseitigung diskriminierender Gesetze (Jim Crow Laws) durchzusetzen. Durch die Ausschüsse des Präsidenten für die Vergebung von Regierungskontrakten und die Anstellungsverfahren der Regierung ist in wirksamer Weise für eine größere Gleichheit der Berufschancen in Bundesdiensten sowie bei Firmen, die Bundeskontrakte erhalten haben, gesorgt worden.

Die Bürgerrechtskommission hat wichtige Erhebungen auf dem Gebiet der Wohnungsbeschaffung, des Wahlrechts und der Erziehung durchgeführt. Die Rassentrennung ist bei den Streitkräften, in den Krankenhäusern für Veteranen, im Bundesdienst und im ganzen District of Columbia abgeschafft worden — ein durch die Regierung erzielter Fortschritt auf diesem Gebiet, dem in der jüngsten Geschichte Amerikas nichts gleichkommt. Diese Pionierarbeit auf dem Gebiet der Bürgerrechte muß fortgeführt

werden; nicht nur, weil die Diskriminierung moralisch verwerflich ist, sondern auch, weil ihre Auswirkungen über unsere Grenzen hinausgehen, weil sie weltweit sind.

Gesundheits- und Sozialwesen

Die Ausgaben des Bundes für die medizinische Forschung haben sich seit 1954 um mehr als das Vierfache erhöht. Eine Vielzahl von der medizinischen Wissenschaft bekannten Wegen, bessere Verfahren zur Vorbeugung und zur Behandlung der Hauptkrankheiten — im besonderen von Herzkrankheiten, Krebs und Geisteskrankheiten — zu entwickeln, ist erforscht worden. Die Kontrolle der Verunreinigung und Verseuchung der Luft und der Gewässer ist wesentlich verschärft worden.

Die Amerikaner genießen heute durch die straffere Arbeit der Behörde für Lebensmittel und Medikamente sowie auf Grund neuer Gesetze, die vorschreiben, daß sich Lebensmittelzusätze vor ihrer Verwendung als sicher für den menschlichen Verbrauch erweisen müssen, einen größeren Schutz vor schädlichen, unsauberen und falsch deklarierten Nahrungsmitteln, Medikamenten oder Kosmetika.

Ein neugebildeter Bundesausschuß für Strahlungsschutz analysiert und koordiniert zusammen mit dem Ministerium für Gesundheit, Erziehung und Sozialfragen die Informationen über radiologische Tätigkeiten, die die öffentliche Gesundheit berühren.

Durch Bundesstipendien für Unterricht und Forschung konnte die Zahl der Mediziner vergrößert werden. Auch der Bau neuer medizinischer Einrichtungen, einschließlich der Errichtung von Kliniken, Untersuchungs- und Behandlungszentren sowie Erholungs- und Umschulungsheimen, wurde intensiviert.

Das Berufsumschulungsprogramm ist bedeutend erweitert worden. Rund 90 000 Körperbehinderte werden jetzt jährlich in derartigen Instituten umgeschult, so daß sie wieder in der Lage sind, sich selbst ihren Lebensunterhalt mit Würde und Selbstachtung zu verdienen.

Eine neue Gesetzgebung sieht bessere medizinische Betreuung für hilfsbedürftige alte Menschen vor, wozu auch solche älteren Personen gehören, die — obwohl sie sonst noch für sich selbst aufkommen können — Unterstützung bei der Bestreitung der Kosten ihrer ärztlichen Betreuung brauchen. Die Regierung hat empfohlen, diese Unterstützung bedeutend zu erweitern.

Das Sozialversicherungsgesetz ist seit 1953 so erweitert worden, daß weitere 11 Millionen Amerikaner Anspruch auf Pensionen oder Körperbeschädigten- und Hinterbliebenenrenten für sich oder ihre Angehörigen erheben können, und die Rentenbeträge der Sozialversicherung wurden wesentlich erhöht. Auch die staatlichen Zuschüsse für die Betreuung von Müttern und Kindern wurden vergrößert. Die einzelnen Staaten unterstützen jetzt mit Hilfe von Zuwendungen des Bundes etwa 6 Millionen Bedürftige durch Programme der Altersfürsorge, der Hilfe für minderjährige Kinder, der Blindenfürsorge und der Hilfe für die Voll- und Dauerinvaliden.

Wohnungswesen und Städteplanung

Während der vergangenen acht Jahre sind mehr Wohnungen — über 9 Millionen — gebaut worden als in irgendeinem vorangegangenen Achtjahreszeitraum der Geschichte.

Ein historischer neuer Versuch — die Neugestaltung der Städte — tritt heute an die Stelle des Flickwerks bei der Beseitigung von Slums und städtebaulichen Mißständen. Die Zahl der Kommunen, die sich mit städtischen Neugestaltungsprojekten befassen, hat sich seit 1953 verdoppelt, und die Zahl dieser Projekte hat sich mehr als verdreifacht. Bis zum Ende des laufenden Finanzjahres werden schätzungsweise 68 derartige Projekte in 50 Städten zum Abschluß gebracht werden; weitere 577 Projekte werden

sich dann in der Durchführung befinden, und die Planungen für weitere 310 Vorhaben werden im Gange sein. Zur Finanzierung dieser 955 Projekte werden letztlich insgesamt 2 Milliarden Dollar an verlorenen Bundeszuschüssen benötigt werden.

Es wurden neue Programme in Angriff genommen, um mehr und bessere Wohnungen für ältere Personen bereitzustellen. Während der vergangenen drei Jahre wurden rund 25 000 besonders für ältere Personen bestimmte Wohnungen gebaut, in Angriff genommen oder genehmigt.

Zum ersten Male befassen sich auf Grund der Unterstützung und Förderung durch den Bund 90 Großstädte und Städte sowie 1140 kleinere Städte in allen Teilen des Landes mit umfassenden Entwicklungsplänen für ihr künftiges Wachstum und ihre künftige Gestaltung.

Amerikanische Kommunen erhielten durch Planungsvorschüsse für 1600 öffentliche Projekte, deren Baukosten sich auf fast 2 Milliarden Dollar belaufen, bei der Planung von Wasserleitungs- und Kanalisationssystemen sowie von Schulen Unterstützung.

Die Hypothekenversicherung für Eigenheime wurde wesentlich erweitert. Während der vergangenen acht Jahre hat die Bundeswohnungsbehörde allein über 2,5 Millionen Hypotheken für Eigenheime in Höhe von 27 Milliarden Dollar und darüber hinaus über 10 Millionen Kredite für Instandsetzungszwecke versichert.

Die Bundesregierung muß auch weiterhin die Initiative in der Hand behalten, um unsere Städte und Gemeinden zu besseren Gemeinwesen zu machen, in denen die Familien leben, arbeiten und aufwachsen; aber sie darf nicht an die Stelle der rechtmäßigen lokalen Behörden treten, die individuelle Verantwortung abnehmen oder die private Initiative lähmen.

Einwanderung

Ueber 32 000 Opfer der kommunistischen Tyrannei in Ungarn konnten in die USA einwandern, und gegenwärtig ist unser Land dabei, den Menschen zu helfen, die vor der Tyrannei in Kuba geflüchtet sind. Seit 1953 ist die Wartezeit für Bewerber für die Naturalisierung von 18 Monaten auf 45 Tage reduziert worden. Die Regierung hat ferner gesetzgeberische Empfehlungen unterbreitet, um die bestehenden Restriktionen für die Einwanderung zu lockern, wobei das nationale Interesse immer noch gewahrt ist. Es ist unbedingt erforderlich, daß unsere Einwanderungspolitik der besten amerikanischen Tradition entspricht, unterdrückten Menschen eine neue Heimat zu bieten, und in völligem Einklang mit unserer Verpflichtung als führende Nation der freien Welt steht.

Kriegsteilnehmer und ehemaliges Militärpersonal

Bei der Erfüllung unserer Verpflichtungen gegenüber unseren Kriegsteilnehmern und unserem ehemaligen militärischen Personal ist während der vergangenen acht Jahre folgendes geleistet worden:

Die Wiedereingliederung der Teilnehmer am Zweiten Weltkrieg in den Arbeitsprozeß ist abgeschlossen, und den 5 Millionen Teilnehmern am Korea-Konflikt ist bei der erfolgreichen Rückkehr ins Zivilleben Unterstützung zuteil geworden; die Versorgungssätze für alle in Frage kommenden Kriegsteilnehmer und ehemaligen Soldaten mit während der Dienstzeit erlittenen Beschädigungen wurden erhöht; an bedürftige Kriegsteilnehmer und ehemalige Soldaten wurden höhere, nicht mit der Dienstzeit gekoppelte Pensionszuwendungen gemacht; die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern oder ehemaligen Soldaten, die während oder infolge ihres Dienstes den Tod fanden, erhalten wesentlich verbesserte Leistungen; durch eine Direktive des Präsidenten wurde eine Erhöhung der Zahl der den kranken oder erwerbsunfähigen Kriegsteilnehmern und

ehemaligen Soldaten zur Verfügung stehenden Krankenhausbetten genehmigt; ein sich über zwölf Jahre erstreckendes und mit 900 Millionen Dollar veranschlagtes Bauprogramm für die Modernisierung und Verbesserung der Krankenhäuser für ehemalige Soldaten wurde ausgearbeitet; die Verwaltung für Fragen der Kriegsteilnehmer bedient sich neuer, moderner Verfahren, um denjenigen, die uns verteidigt haben, den besten und größtmöglichen Rat und Beistand zukommen zu lassen.

Zusammenfassung

Wenn ich jetzt meine letzte Botschaft an den Kongreß beschließe, so ist es angebracht, auf meine erste Botschaft zurückzublicken — auf die Ziele und Ideale, die ich am 2. Februar 1953 aufstellte: den Einfluß Amerikas in der Welt zu nutzen, um die Sache des Friedens und der Gerechtigkeit zu fördern; die Regierungsgeschäfte wirkungsvoll und rechtschaffen zu führen sowie die schöpferische Initiative in unserer Wirtschaft zu ermutigen und darauf hinzuarbeiten, daß es allen Bürgern wohl ergeht und sie gleiche Chancen erhalten.

In gleicher Weise haben wir unser Versprechen, spezifische Ziele zu verfolgen und zu verwirklichen, erfüllt. Dazu gehören, wie ich vor acht Jahren erklärt habe: die Stärkung des Gemeinsamen Sicherheitsprogrammes, der Ausbau des Welthandels, die Beendigung der Feindseligkeiten in Korea, die Schaffung einer gewaltigen Abschrekkungsmacht, die Erfüllung unserer Verpflichtungen auf finanziellem Gebiet, die Abwehr der Inflationsgefahr, der Abbau der Steuerlast, die Ausarbeitung eines wirksamen Programmes der inneren Sicherheit, die Entwicklung und Erhaltung unserer natürlichen Hilfsquellen, eine geringere Einmischung der Regierung in die Angelegenheiten der Farmer, die Stärkung und Verbesserung der Dienstleistungen des Arbeitsministeriums und der umsichtige Schutz der bürgerlichen und sozialen Rechte.

Ich will zum Abschluß meiner Botschaft nun nicht behaupten, daß alles zum Besten ist, daß alle Probleme gelöst sind. Denn jeder Fortschritt umfaßt sowohl neue wie auch weiterbestehende Probleme, und Probleme haben — im Gegensatz zur Regierungszeit des Präsidenten — kaum festgelegte zeitliche Grenzen.

Außenpolitisch bleibt weiterhin die kommunistische Bedrohung der Freiheit Berlins bestehen, die explosive Situation in Laos, die Probleme, die durch die kommunistische Durchdringung Kubas geschaffen wurden, sowie die mannigfaltigen Probleme, die mit der Entwicklung der neuen Staaten in Afrika zusammenhängen. Gerade diese Gebiete erfordern eine sehr taktvolle Behandlung und eine ständige Ueberprüfung.

Innenpolitisch verbleiben verschiedene schwerwiegende Probleme: Wir müssen den Beschäftigtenstand erhöhen, wobei besonderer Nachdruck auf die Gebiete mit großer Arbeitslosigkeit gelegt werden muß; wir müssen weiterhin um ein ständiges wirtschaftliches Wachstum und die Sicherung einer gesunden Währung bemüht sein; wir müssen unsere Zahlungsbilanz in ein besseres Gleichgewicht bringen und weiterhin großes Vertrauen in unsere nationalen und internationalen Systeme setzen. Wir müssen die großen Ueberschußbestände bei einigen Agrarprodukten abbauen; und wir müssen Mängel in unseren Gesundheits- und Erziehungsprogrammen abstellen.

Es ist immer unser Ziel gewesen, die geistige, moralische und materielle Stärke unserer Nation zu mehren. Ich glaube, daß wir das getan haben. Aber dies ist ein Prozeß, der niemals enden darf. Lassen Sie uns dafür beten, daß unsere führenden Politiker sowohl in der nahen als auch in der fernen Zukunft in der Lage sein werden, unser Land stark und ihm den Frieden zu erhalten, daß sie das Wohlergehen unseres gesamten Volkes fördern, daß sie uns zu noch höheren ethischen Werten führen und daß sie bei der Verwirklichung dieser Ziele einen vernünftigen Ausgleich zwischen privater Verantwortung und Regierungsverantwortung wahren werden.

Quelle: *Amerika-Dienst* vom 20. Januar 1961.

Amtsantrittsrede des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, vom 20. Januar 1961

Betrifft: Menschenrechte und Freiheit in einer gewandelten Welt — Verpflichtung zur Erhaltung der freien Gesellschaft und Bekämpfung der Armut — Unterstützung der Vereinten Nationen — Inspektion und Kontrolle der Rüstungen — gemeinsame Nutzung der technischen Errungenschaften zum Wohl der Menschheit — Aufruf an die Mitbürger zu Stärke und Opferbereitschaft.

Meine Mitbürger,

wir feiern heute nicht den Sieg einer Partei, sondern wir begehen eine Feier der Freiheit — die sowohl ein Ende als auch einen Anfang symbolisiert, die sowohl eine Erneuerung als auch eine Veränderung bedeutet, denn ich habe vor Ihnen und dem allmächtigen Gott den gleichen feierlichen Eid geschworen, den unsere Vorväter vor beinahe eindreiviertel Jahrhunderten vorgeschrieben haben.

Die Welt ist heute sehr viel anders geworden, denn auch der Mensch hält heute in seinen sterblichen Händen die Macht, alle Formen der menschlichen Armut, aber auch alle Formen des menschlichen Lebens zu beseitigen. Und trotzdem geht es auf dem ganzen Erdball immer noch um die gleichen revolutionären Ueberzeugungen, für die unsere Vorfahren gekämpft haben — die Ueberzeugung, daß die Rechte des Menschen nicht aus dem Wohlwollen des Staates, sondern aus der Hand Gottes stammen.

Wir wollen und dürfen heute nicht vergessen, daß wir die Erben dieser ersten Revolution sind. So soll in diesem Augenblick und von diesem Ort aus an Freund wie Feind das Wort ergehen, daß die Fackel an eine neue Generation von Amerikanern übergeben worden ist — die geboren in diesem Jahrhundert, geläutert durch Krieg, geformt durch einen kalten und bitteren Frieden, stolz auf unser überkommenes Erbe — und nicht gewillt, die langsame Auflösung jener Menschenrechte mit anzusehen oder zu dulden, denen sich diese Nation immer verschrieben hat und denen wir auch heute verschrieben sind.

Jede Nation, ob sie uns gut oder böse will, soll wissen, daß wir jeden Preis bezahlen, jede Last tragen, jedes Opfer erdulden und jeden Freund unterstützen oder uns auch jedem Feind widersetzen werden, um den Fortbestand und den Erfolg der Freiheit zu sichern.

Dazu verpflichten wir uns — und wir verpflichten uns zu mehr.

Gegenüber jenen alten Verbündeten, deren kulturellen und geistigen Ursprung wir teilen, verpflichten wir uns zu der Loyalität treuer Freunde. Es gibt kaum etwas, was wir nicht vereint in einer Vielzahl neuer gemeinsamer Unterfangen tun könnten. Gespalten können wir nur wenig tun — denn wir können es nicht wagen, einer mächtigen Herausforderung in Zerwürfnis und Trennung gegenüberzutreten.

Jenen neuen Staaten aber gegenüber, die wir heute im Kreise der Freien begrüßen, geben wir unser Wort, daß nicht eine Form der kolonialen Kontrolle überwunden sein soll, nur um durch eine noch viel härtere Tyrannei ersetzt zu werden. Wir werden nicht erwarten, daß sie immer alle unsere Ansichten unterstützen. Aber wir werden immer hoffen, daß sie fest zu ihrer eigenen Freiheit stehen werden — und niemals vergessen, daß in der Vergangenheit jene, die törichterweise glaubten, die Macht zu finden, indem sie auf des Tigers Rücken ritten, am Ende unweigerlich von ihm zerrissen wurden.

Jenen Menschen gegenüber, die in Hütten und Dörfern des halben Erdballs danach trachten, die Bande des Massenelends zu zerreißen, verpflichten wir uns, das Beste zu

tun, um ihnen selbst zu helfen, so lange dies auch dauern mag — und zwar nicht, weil die Kommunisten dies tun, nicht, weil wir ihre Stimmen haben wollen, sondern weil es recht ist. Wenn die freie Gesellschaft nicht den vielen helfen kann, die arm sind, dann kann sie niemals jene wenige retten, die reich sind.

Unseren Schwesterrepubliken südlich unserer Grenzen geben wir ein besonderes Versprechen — nämlich unsere guten Worte in gute Taten zu verwandeln — in ein neues Bündnis für den Fortschritt — freien Menschen und freien Regierungen dabei zu helfen, die Fesseln der Armut abzuwerfen. Aber diese friedliche Revolution der Hoffnung darf nicht die Beute feindseliger Mächte werden. Alle unsere Nachbarn sollen wissen, daß wir gemeinsam mit ihnen bereit sind, der Aggression oder Subversion überall in den amerikanischen Republiken zu widerstehen. Und alle anderen Mächte sollen wissen, daß diese Hemisphäre entschlossen ist, Herr im eigenen Hause zu bleiben.

Jener Weltorganisation souveräner Staaten, den Vereinten Nationen gegenüber, die unsere letzte und beste Hoffnung in einem Zeitalter sind, in dem die Instrumente des Krieges weit mehr gediehen sind als die Instrumente des Friedens, erneuern wir unser Versprechen, sie zu unterstützen — sie davor zu bewahren, nur zu einem Forum beleidigender Worte zu werden — sie als Schild für die neu Hinzugekommenen und die Schwachen zu stärken — und das Gebiet auszudehnen, in dem ihr Wort gelten mag.

Und schließlich möchten wir an all jene Nationen, die sich selbst zu unserem Gegner erklären wollen, nicht ein Versprechen, sondern ein dringendes Ersuchen richten: daß beide Seiten erneut mit der Suche nach dem Frieden beginnen mögen, bevor die dunklen Mächte der Zerstörung, die von der Wissenschaft entfesselt worden sind, die ganze Menschheit in geplanter oder zufälliger Selbstvernichtung verschlingen.

Wir werden sie nicht durch Schwäche in Versuchung führen. Denn nur, wenn die Stärke unserer Waffen über jeden Zweifel erhaben ist, können wir ganz sicher ausschließen, daß sie jemals angewandt werden.

Aber auf der anderen Seite können zwei große und mächtige Gruppen von Nationen in ihrem gegenwärtigen Kurs keine Beruhigung und Befriedigung finden, da beide Seiten durch die Kosten moderner Waffen überlastet sind, da beide zu Recht über die stetige Ausbreitung des tödlichen Atoms beunruhigt sind und doch beide danach trachten, dieses schwankende Gleichgewicht des Terrors zu ändern, das den Zeiger des letzten endgültigen Krieges der Menschheit aufhält.

So laßt uns neu beginnen — und uns auf beiden Seiten erinnern, daß eine urbane Umgangsform nicht ein Zeichen der Schwäche ist und Aufrichtigkeit immer des Beweises bedarf. Wir wollen niemals aus Furcht heraus verhandeln, aber wir wollen uns niemals davor fürchten, zu verhandeln.

Laßt uns auf beiden Seiten herausfinden, welche Probleme uns vereinen, anstatt auf den Problemen herumzureiten, die uns trennen.

Laßt uns auf beiden Seiten zum erstenmal ernsthafte und präzise Vorschläge für die Inspektion und Kontrolle der Rüstungen formulieren — und die absolute Macht, andere Nationen zu vernichten, unter die absolute Kontrolle anderer Nationen bringen.

Laßt uns von beiden Seiten zusammenkommen, um die Wunder der Wissenschaft anstatt ihre Schrecken zu erwecken. Laßt uns gemeinsam die Sterne erforschen, die Wüsten erobern, die Krankheiten ausrotten, die Tiefen des Ozeans ausmessen und die Künste und den Handel fördern.

Wollen wir uns von beiden Seiten vereinen, um in allen Winkeln der Erde dem Ruf des Jesaja nachzukommen — die schweren Lasten hinwegzunehmen . . . und den Unterdrückten Freiheit zu geben.

Und wenn in dem Dschungel des Argwohns ein Brückenkopf der Zusammenarbeit errichtet werden kann, dann laßt uns von beiden Seiten zu der nächsten Aufgabe zusammenkommen: der Schaffung nicht eines neuen Gleichgewichts der Kräfte, sondern einer neuen Welt des Rechtes und des Gesetzes, in der die Starken gerecht und die Schwachen sicher sind und der Friede für immer erhalten bleibt.

All dies wird nicht in den ersten hundert Tagen vollbracht sein. Und es wird auch nicht in den ersten tausend Tagen vollbracht sein, noch in der Amtszeit dieser Regierung, ja, vielleicht nicht einmal in der Zeit unseres Lebens auf diesem Planeten. Aber laßt uns trotzdem einen Anfang machen.

In Ihren Händen, meine Mitbürger, wird noch viel mehr als in den meinigen der letztliche Erfolg oder Fehlschlag unseres Kurses liegen. Seit dieser Staat gegründet wurde, ist jede Generation aufgerufen gewesen, Zeugnis ihrer nationalen Loyalität abzulegen. Die Gräber junger Amerikaner, die diesem Ruf nachgekommen sind, sind auf dem ganzen Erdball verstreut.

Heute bläst die Trompete wieder zum Sammeln — aber es ist kein Ruf, die Waffen zu ergreifen — auch wenn wir Waffen brauchen — es ist kein Ruf zur Schlacht — wenn wir auch zum Kampf gerüstet sind — sondern es ist ein Ruf, die Last eines langen Kampfes im Zwielicht der Dämmerung auf uns zu nehmen, der jahrein jahraus geführt wird, „jauchzend in der Hoffnung, geduldig in der Drangsal" — eines Kampfes gegen die gemeinsamen Feinde des Menschen: Tyrannei, Armut, Krankheit und Krieg.

Werden wir gegen diese Feinde eine großartige und weltumspannende Allianz aus Nord und Süd und Ost und West schmieden können, die ein erfüllteres Leben für die ganze Menschheit sichern könnte? Werden Sie sich an diesem historischen Unternehmen beteiligen?

In der langen Geschichte dieser Welt ist es nur wenigen Generationen vergönnt gewesen, die Rolle der Verteidigung der Freiheit in der Stunde ihrer höchsten Gefahr zu spielen. Ich schrecke vor dieser Aufgabe nicht zurück — ich begrüße sie. Ich glaube nicht, daß irgendeiner von uns mit irgendeinem Volk oder irgendeiner anderen Generation tauschen möchte. Die Energie, der Glaube und die Hingabe, die wir diesem Unterfangen entgegenbringen, wird unser Land und alle, die ihm dienen, entzünden und erstrahlen lassen — und der Glanz dieses Feuers kann wahrhaft die Welt erleuchten.

Und so, meine amerikanischen Mitbürger: Fragt nicht, was euer Land für euch tun wird — fragt, was ihr für euer Land tun könnt.

Meine Mitbürger in der Welt: Fragt nicht, was Amerika für euch tun wird, sondern fragt, was wir zusammen für die Freiheit des Menschen tun können.

Und schließlich, ob ihr Bürger Amerikas oder der Welt seid, verlangt von uns das gleiche hohe Maß an Stärke und Opferbereitschaft, das wir von euch verlangen werden. Mit einem guten Gewissen als einzigen sicheren Lohn, mit der Geschichte als dem letztlichen Richter unserer Taten laßt uns die Aufgabe in Angriff nehmen, das Land zu führen, das wir lieben, um seinen Segen und um seine Hilfe bitten — in dem Wissen aber, daß hier auf Erden unser Werk wahrhaft Gottes Werk sein muß.

Quelle: *Amerika-Dienst* (Kabel-Dienst) vom 20. Januar 1961.

Die Umwandlung der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) in die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Zwölf Jahre nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) am 16. April 1948 haben 18 westeuropäische Staaten[1] sowie die Vereinigten Staaten und Kanada „in der Erkenntnis, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau und Fortschritt Europas, zu dem ihre Teilnahme an der OEEC weitgehend beigetragen hat, neue Aussichten eröffnet, diese Tradition zu stärken und für neue Aufgaben und weiterreichende Ziele nutzbar zu machen", am 14. Dezember 1960 in Paris ein Uebereinkommen zur Umwandlung der OEEC in die OECD (*Organisation for Economic Cooperation and Development*) unterzeichnet.

Die Verhandlungen über die Umwandlung der OEEC begannen auf Grund eines Beschlusses der Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Dezember 1959 mit der Pariser Wirtschaftskonferenz vom Januar 1960. Auf Grund von Weisungen eines von Ministern der 18 europäischen Mitgliedstaaten der OEEC sowie der Vereinigten Staaten und Kanadas und einem Vertreter der EWG gebildeten Ausschusses verfaßte eine kleine Gruppe von Wirtschaftsexperten, die unter dem Namen „die vier Weisen" bekannt wurde, ein Gutachten über Zielsetzung und Aufbau der umzugestaltenden Organisation. Anläßlich einer weiteren Zusammenkunft am 23. Juli 1960 gaben die Minister diesem Gutachten ihre Zustimmung und setzten einen vorbereitenden Ausschuß für die OECD unter dem Vorsitz des neuen Generalsekretärs der OEEC und designierten Generalsekretärs der OECD, Thorkil *Kristensen* (Dänemark) ein. Dieser Ausschuß befaßte sich in der Zeit vom 14. September bis zum 23. November 1960 mit der Abfassung des Uebereinkommens über die OECD, der Struktur der neuen Organisation und der Frage der Weitergeltung bisheriger Beschlüsse und Empfehlungen der OEEC. Das Gutachten dieses Ausschusses wurde am 13. Dezember zusammen mit dem Entwurf eines Uebereinkommens über die OECD durch die Minister gebilligt und dieses am darauffolgenden Tage unterzeichnet.

Während der Zeit bis zum Inkrafttreten der neuen Organisation wird die Tätigkeit der OEEC auf die künftigen Ziele der OECD ausgerichtet sein.

Die nachstehenden Texte sind eine vorläufige deutsche Uebersetzung. Die endgültige deutschsprachige Fassung wird zur Zeit zwischen Oesterreich, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland abgestimmt. Sie wird nach der Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland im *Bundesgesetzblatt* veröffentlicht werden.

Kommuniqué der OECD-Konferenz in Paris vom 13. Dezember 1960

Betrifft: Beschluß zur Unterzeichnung der Konvention der OECD — Billigung eines Berichts über Tätigkeit und Aufbau der OECD — Ziele der Konvention.

Kanada und die Vereinigten Staaten haben heute zusammen mit den achtzehn Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC)[1] beschlossen, am 14. Dezember eine Konvention zu unterzeichnen, durch die die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ins Leben gerufen wird, die an die Stelle der OEEC treten wird.

---

[1]) Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei.

Die Minister der zwanzig Staaten, die am 13. Dezember 1960 in Paris zusammentraten, billigten ferner einen Bericht, in dem Tätigkeit und Aufbau der OECD dargestellt werden.

Die Vertreter der Europäischen Gemeinschaften, die an den Verhandlungen beteiligt waren, nahmen an der Sitzung teil; anwesend waren ferner der Generalsekretär der EFTA und Beobachter des GATT, der Weltbank und des Weltwährungsfonds.

Dank der Gesundung und des Wachstums der europäischen Wirtschaft, die durch die großzügige Hilfe der Vereinigten Staaten und Kanadas herbeigeführt und durch die im Rahmen der OEEC ermöglichte Zusammenarbeit gefördert wurden, sind die europäischen Länder jetzt in der Lage, sich in voller und enger Zusammenarbeit mit Kanada und den Vereinigten Staaten den wichtigen neuen Aufgaben und den weiter gesteckten Zielen der heutigen Zeit zuzuwenden.

Diese Ziele sind in der Konvention folgendermaßen aufgeführt:

— in den Mitgliedstaaten unter Wahrung der finanziellen Stabilität eine optimale Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung sowie einen steigenden Lebensstandard zu erreichen und dadurch zur Entwicklung der Weltwirtschaft beizutragen.

— in den Mitglied- und Nichtmitgliedstaaten, die in wirtschaftlicher Entwicklung begriffen sind, zu einem gesunden wirtschaftlichen Wachstum beizutragen; und

— im Einklang mit internationalen Verpflichtungen auf multilateraler und nichtdiskriminierender Grundlage zur Ausweitung des Welthandels beizutragen.

Die Konvention sieht die Einsetzung eines Rates als oberster Instanz der Organisation vor, der ermächtigt sein wird, mit einstimmiger Billigung aller Mitglieder Entscheidungen zu treffen und Empfehlungen zu machen. Ferner beschlossen die Minister, eine Reihe von Ausschüssen zu schaffen, die bei der Verwirklichung der Ziele und der Durchführung der Aufgaben der Organisation mitwirken sollen.

Die OECD wird das bereits von der OEEC geübte Verfahren von Beratungen über die wirtschaftliche Lage und die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten erweitern und stärken. Sie wird sich insbesondere mit den internationalen Auswirkungen der von einzelnen Staaten verfolgten Politik befassen, um ein der harmonischen Abstimmung der politischen Zielsetzung förderliches Klima der Verständigung zu schaffen. Diese Beratungen werden in der Tätigkeit der Organisation einen breiten Raum einnehmen, soweit sie das Ziel des wirtschaftlichen Wachstums verfolgen, das es den Mitgliedstaaten erst ermöglichen wird, ihrer Verantwortung im weltwirtschaftlichen Rahmen gerecht zu werden.

Auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe wird die OECD wichtige Funktionen zu erfüllen haben. Die zwanzig Regierungen sind in der Konvention übereingekommen, durch geeignete Mittel zu der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl von Mitgliedstaaten als auch von Nichtmitgliedstaaten beizutragen, die sich noch im Stadium der Entwicklung befinden, insbesondere durch eine Lenkung von Kapitalzuflüssen in diese Länder. Hierbei soll vor allem der Bedeutung Rechnung getragen werden, die den technischen Hilfeleistungen und einer Erweiterung der Exportmärkte für die Volkswirtschaften dieser Länder zukommt. Die meisten Organe der OECD werden an der Verwirklichung dieser Aufgabe beteiligt sein.

Die zu Beginn dieses Jahres geschaffene Gruppe für Entwicklungshilfe, die zur Zeit elf Mitglieder umfaßt[2], wird sich, sobald die OECD in Kraft tritt, als Ausschuß für

[2]) Die im Januar 1960 gegründete Gruppe für Entwicklungshilfe umfaßte zunächst Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Portugal und die Vereinigten Staaten sowie die EWG-Kommission. Auf der Sitzung im März wurde Japan und auf der im Juli die Niederlande in die Gruppe aufgenommen.

Entwicklungshilfe konstituieren. Dieser Ausschuß wird seine Beratungen über das Problem fortsetzen, wie man die in den einzelnen Volkswirtschaften vorhandenen Hilfsquellen zugunsten der Länder und Gebiete heranziehen kann, die noch im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß stehen, und wie man den Zustrom langfristiger Geldmittel und anderer Entwicklungshilfe erweitern und verbessern kann.

Auf dem Gebiet der Handelspolitik wird die OECD folgende Funktionen ausüben: Gegenüberstellung allgemeiner handelspolitischer Richtlinien und ihrer Handhabung in regelmäßigen Abständen oder auf Antrag eines Mitgliedstaates; Untersuchung bestimmter Handelsprobleme, in erster Linie soweit sie von Interesse für die Mitgliedstaaten sind; und die Behandlung kurz- oder langfristiger Probleme, die in den Aufgabenbereich des im Januar 1960 gegründeten Ausschusses für Handelsfragen fallen und deren Lösung noch aussteht.

Abgesehen von diesen Aufgaben wird die OECD diejenigen Aufgabenbereiche der OEEC, deren praktischer Wert sich während einer über zehnjährigen Tätigkeit bewährt hat, und die sie im Rahmen ihrer eigenen Zielsetzung übernimmt, weiterführen und ausbauen.

Die OECD wird somit dem Willen ihrer Gründerländer entsprechen, indem sie zum Forum für die Beratungen und die enge Zusammenarbeit der zwanzig Länder wird, in dessen Rahmen sie gegebenenfalls auch koordinierte Aktionen unternehmen können, um den wirtschaftlichen Aufgaben der Gegenwart gerecht zu werden.

Quelle: Pressemitteilung der OECD.

Uebereinkommen über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 14. Dezember 1960

Betrifft: Umgestaltung der OEEC in die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) — Zielsetzung — Arbeitsweise — Mitglieder — Befugnisse — Abstimmungsmodalitäten — Organe — Beziehungen zu Nichtmitgliedstaaten und anderen internationalen Organisationen — Ratifikation und Inkraftsetzung des Uebereinkommens — Fortsetzung der Rechtspersönlichkeit der OEEC — Beitritts- und Kündigungsbestimmungen.

Die Regierungen des Königreichs Belgien, des Königsreichs Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, des Königreichs Griechenland, Irlands, der Republik Island, der Italienischen Republik, Kanadas, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande, des Königreichs Norwegen, der Republik Oesterreich, der Portugiesischen Republik, des Königreichs Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Spaniens, der Republik Türkei, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika —

im Hinblick darauf, daß eine starke und blühende Wirtschaft zur Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen, zur Wahrung der persönlichen Freiheit und zur Erhöhung des allgemeinen Wohlstands unerläßlich ist,

überzeugt, daß sie diese Ziele am wirksamsten anstreben können, indem sie die Tradition der Zusammenarbeit stärken, die sich zwischen ihnen herausgebildet hat,

in der Erkenntnis, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau und Fortschritt Europas, zu dem ihre Teilnahme an der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit weitgehend beigetragen hat, neue Aussichten eröffnet, diese Tradition zu stärken und für neue Aufgaben und weiterreichende Ziele nutzbar zu machen,

in der Ueberzeugung, daß eine umfassendere Zusammenarbeit entscheidend zur Förderung friedlicher und harmonischer Beziehungen zwischen den Völkern der Welt beitragen wird,

in der Erkenntnis, daß ihre Volkswirtschaften in zunehmendem Maße voneinander abhängig sind,

entschlossen, durch gegenseitige Konsultation und Zusammenarbeit ihre Leistungsfähigkeit und ihre Möglichkeiten noch wirksamer einzusetzen, um ein optimales Wachstum ihrer Volkswirtschaften sowie das wirtschaftliche und soziale Wohl ihrer Völker zu fördern,

überzeugt, daß die wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Nationen zusammenarbeiten müssen, um die Entwicklungsländer nach besten Kräften zu unterstützen,

in der Erkenntnis, daß eine fortschreitende Ausweitung des Welthandels einer der wichtigsten Faktoren für die wirtschaftliche Entwicklung in jedem Staat und für bessere internationale Wirtschaftsbeziehungen ist,

entschlossen, diese Ziele in einer Weise zu verfolgen, die vereinbar ist mit den Verpflichtungen, welche sie als Teilnehmer an anderen internationalen Organisationen und Einrichtungen oder als Vertragsparteien internationaler Vereinbarungen haben —

sind über folgende Bestimmungen zur Umgestaltung der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit in die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung übereingekommen:

Artikel 1

Ziel der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (im folgenden als „Organisation" bezeichnet) ist es, eine Politik zu fördern, die darauf gerichtet ist,

a) in den Mitgliedstaaten unter Wahrung der finanziellen Stabilität eine optimale Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung sowie einen steigenden Lebensstandard zu erreichen und dadurch zur Entwicklung der Weltwirtschaft beizutragen,

b) in den Mitglied- und Nichtmitgliedstaaten, die in wirtschaftlicher Entwicklung begriffen sind, zu einem gesunden wirtschaftlichen Wachstum beizutragen,
und

c) im Einklang mit internationalen Verpflichtungen auf multilateraler und nichtdiskriminierender Grundlage zur Ausweitung des Welthandels beizutragen.

Artikel 2

Zur Verfolgung dieser Ziele kommen die Mitglieder überein, einzeln sowie gemeinsam

a) den zweckmäßigen Einsatz ihrer wirtschaftlichen Mittel zu fördern,

b) auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet die Entwicklung ihrer Hilfsmittel, die Forschung und die Berufsausbildung zu fördern,

c) eine Politik zu verfolgen, die darauf gerichtet ist, das Wachstum ihrer Volkswirtschaften und ihre innere und äußere finanzielle Stabilität zu gewährleisten sowie Entwicklungen zu vermeiden, die ihre eigenen Volkswirtschaften oder diejenigen anderer Staaten gefährden könnten,

d) ihre Bemühungen um den Abbau oder die Abschaffung der Behinderungen des zwischenstaatlichen Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie des laufenden Zahlungsverkehrs fortzusetzen und die Liberalisierung des Kapitalverkehrs beizubehalten und zu erweitern,

e) durch geeignete Mittel, insbesondere durch Zufuhr von Kapital in die Mitglied- und Nichtmitgliedstaaten, die in wirtschaftlicher Entwicklung begriffen sind, zu deren wirtschaftlicher Entwicklung beizutragen, und dabei zu berücksichtigen, daß es für die Volkswirtschaften dieser Staaten wichtig ist, technische Hilfe zu erhalten und wachsende Ausfuhrmärkte zu gewinnen.

Artikel 3

Um die in Artikel 1 niedergelegten Ziele zu erreichen und die in Artikel 2 enthaltenen Verpflichtungen zu erfüllen, kommen die Mitglieder überein,

a) einander fortlaufend zu unterrichten und der Organisation die zur Bewältigung ihrer Aufgaben erforderlichen Informationen zu liefern,

b) einander fortlaufend zu konsultieren, Untersuchungen durchzuführen und an vereinbarten Vorhaben teilzunehmen, sowie

c) eng zusammenzuarbeiten und, soweit angebracht, ihr Vorgehen zu koordinieren.

Artikel 4

Mitglieder der Organisation sind die Vertragsparteien dieses Uebereinkommens.

Artikel 5

Um ihre Ziele zu erreichen, kann die Organisation

a) Beschlüsse fassen; diese sind für alle Mitglieder bindend, soweit nichts anderes vorgesehen,

b) Empfehlungen an die Mitglieder richten, sowie

c) mit Mitgliedern, Nichtmitgliedstaaten und internationalen Organisationen Vereinbarungen abschließen.

Artikel 6

1. Sofern die Organisation nicht für Sonderfälle einstimmig etwas anderes beschließt, bedürfen Beschlüsse und Empfehlungen der Zustimmung sämtlicher Mitglieder.

2. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Enthält sich ein Mitglied bei der Abstimmung über einen Beschluß oder eine Empfehlung der Stimme, so steht die Stimmenthaltung solchen Beschlüssen oder Empfehlungen nicht entgegen; sie finden auf die anderen Mitglieder Anwendung, nicht jedoch auf das Mitglied, das sich der Stimme enthalten hat.

3. Ein Beschluß ist für ein Mitglied so lange nicht bindend, als es seine verfassungsrechtlichen Erfordernisse nicht erfüllt hat. Die anderen Mitglieder können vereinbaren, daß ein solcher Beschluß vorläufig auf sie Anwendung findet.

Artikel 7

Ein aus allen Mitgliedern bestehender Rat ist das Organ, von dem alle Rechtshandlungen der Organisation ausgehen. Der Rat kann zu Tagungen der Minister oder der Ständigen Vertreter zusammentreten.

Artikel 8

Der Rat bestellt alljährlich einen Vorsitzenden, der bei seinen Ministertagungen den Vorsitz führt, sowie zwei Stellvertretende Vorsitzende. Der Vorsitzende kann für ein auf seine erste Amtszeit folgendes weiteres Jahr bestellt werden.

Artikel 9

Der Rat kann einen Exekutivausschuß und die zur Verwirklichung der Ziele der Organisation erforderlichen Nebenorgane einsetzen.

Artikel 10

1. Der Rat ernennt für eine Amtszeit von fünf Jahren einen ihm verantwortlichen Generalsekretär. Diesem stehen ein oder mehrere Stellvertretende Generalsekretäre oder Beigeordnete Generalsekretäre zur Seite, die der Rat auf Empfehlung des Generalsekretärs ernennt.

2. Der Generalsekretär führt bei den Ratstagungen der Ständigen Vertreter den Vorsitz. Er unterstützt den Rat in jeder geeigneten Weise und kann ihm und jedem anderen Organ der Organisation Vorschläge unterbreiten.

Artikel 11

1. Der Generalsekretär stellt entsprechend den vom Rat genehmigten Organisationsplänen das Personal ein, welches die Organisation benötigt. Das Personalstatut bedarf der Zustimmung des Rates.

2. In Anbetracht des internationalen Charakters der Organisation dürfen der Generalsekretär, die Stellvertretenden oder Beigeordneten Generalsekretäre und das Personal bei keinem Mitglied und keiner Regierung oder Stelle außerhalb der Organisation um Weisungen nachsuchen oder solche von ihnen entgegennehmen.

Artikel 12

Die Organisation kann zu Bedingungen, deren Festlegung dem Rat obliegt,

a) an Nichtmitgliedstaaten und an Organisationen Mitteilungen richten,

b) mit Nichtmitgliedstaaten und mit Organisationen Beziehungen aufnehmen und unterhalten, sowie

c) Nichtmitgliedsregierungen und Organisationen einladen, an Arbeiten der Organisation teilzunehmen.

Artikel 13

Die Vertretung der durch die Verträge von Paris und Rom vom 18. April 1951 beziehungsweise 25. März 1957 gegründeten Europäischen Gemeinschaften in der Organisation richtet sich nach dem Zusatzprotokoll Nr. 1 zu diesem Uebereinkommen.

Artikel 14

1. Dieses Uebereinkommen bedarf der Ratifikation oder Annahme durch die Unterzeichner nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Erfordernisse.

2. Die Ratifikations- und Annahmeurkunden werden bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt, die hiermit zur Verwahrerregierung bestimmt wird.

3. Dieses Uebereinkommen tritt in Kraft

a) entweder vor dem 30. September 1961, sobald alle Unterzeichner Ratifikations- oder Annahmeurkunden hinterlegt haben,

b) oder am 30. September 1961, wenn zu diesem Zeitpunkt mindestens fünfzehn Unterzeichner derartige Urkunden hinterlegt haben, und zwar für diese Unterzeichner, und danach für jeden anderen Unterzeichner mit Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Annahmeurkunde,

c) oder nach dem 30. September 1961, jedoch spätestens zwei Jahre nach Unterzeichnung dieses Uebereinkommens, sobald fünfzehn Unterzeichner derartige Urkunden hinterlegt haben, und zwar für diese Unterzeichner, und danach für jeden anderen Unterzeichner mit Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Annahmeurkunde.

4. Ein Unterzeichner, der bei Inkrafttreten des Uebereinkommens seine Ratifikations- oder Annahmeurkunde noch nicht hinterlegt hat, kann an den Arbeiten der Organisation zu Bedingungen teilnehmen, die zwischen dieser und ihm zu vereinbaren sind.

Artikel 15

Mit dem Inkrafttreten dieses Uebereinkommens wird die Umgestaltung der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit wirksam; ihre Ziele, Organe, Befugnisse und Bezeichnung werden sodann die in diesem Uebereinkommen vorgesehenen sein. Die Rechtspersönlichkeit der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit setzt sich in der Organisation fort; die Beschlüsse, Empfehlungen und Resolutionen der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit sind jedoch nach Inkrafttreten dieses Uebereinkommens nur wirksam, wenn der Rat sie genehmigt.

Artikel 16

Der Rat kann beschließen, eine jede Regierung, welche die Pflichten eines Mitglieds zu übernehmen bereit ist, zum Beitritt zu diesem Uebereinkommen einzuladen. Ein solcher Beschluß bedarf der Einstimmigkeit; jedoch kann der Rat im Einzelfall einstimmig beschließen, Stimmenthaltung zu gestatten; in diesem Fall gilt der Beschluß ungeachtet des Artikels 6 für alle Mitglieder. Der Beitritt wird mit Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der Verwahrerregierung wirksam.

Artikel 17

Jede Vertragspartei kann die Anwendung dieses Uebereinkommens auf sich selbst unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten durch eine an die Verwahrerregierung zu richtende Kündigung beenden.

Artikel 18

Sitz der Organisation ist Paris, sofern der Rat nichts anderes beschließt.

Artikel 19

Die Rechtsfähigkeit der Organisation sowie die Privilegien, Befreiungen und Immunitätsrechte der Organisation, ihrer Bediensteten und der Vertreter der Mitglieder bei ihr bestimmen sich nach dem Zusatzprotokoll Nr. 2 zu diesem Uebereinkommen.

Artikel 20

1. Der Generalsekretär legt dem Rat alljährlich im Einklang mit den vom Rat angenommenen Finanzvorschriften ein Jahresbudget, Rechnungsabschlüsse und, soweit der Rat solche anfordert, Nebenbudgets zur Genehmigung vor.

2. Die vom Rat genehmigten allgemeinen Ausgaben der Organisation werden nach einem vom Rat zu beschließenden Schlüssel aufgeteilt, sonstige Ausgaben werden nach Grundsätzen finanziert, die der Rat beschließt.

Artikel 21

Nach Eingang jeder Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde oder einer Kündigungsanzeige benachrichtigt die Verwahrerregierung alle Vertragsparteien und den Generalsekretär der Organisation.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Uebereinkommen mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen zu Paris am 14. Dezember 1960 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der Verwahrerregierung hinterlegt wird; diese übermittelt allen Unterzeichnern beglaubigte Abschriften.

Zusatzprotokoll Nr. 1 zu dem Uebereinkommen über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Betrifft: Vertretung der Europäischen Gemeinschaften in der OECD.

Die Unterzeichner des Uebereinkommens über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben folgendes vereinbart:

1. Die Vertretung der durch die Verträge von Paris und Rom vom 18. April 1951 beziehungsweise 25. März 1957 gegründeten Europäischen Gemeinschaften in der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird nach den in diesen Verträgen enthaltenen Vorschriften über die Organe geregelt.

2. Die Kommissionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft sowie die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl nehmen an den Arbeiten dieser Organisation teil.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Protokoll mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen zu Paris am 14. Dezember 1960 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt wird; diese übermittelt allen Unterzeichnern beglaubigte Abschriften.

Zusatzprotokoll Nr. 2 zu dem Uebereinkommen über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Betrifft: Privilegien und Immunitäten.

Die Unterzeichner des Uebereinkommens über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (im folgenden als „Organisation" bezeichnet)

haben folgendes vereinbart:

Die Organisation besitzt Rechtsfähigkeit; die Privilegien, Befreiungen und Immunitätsrechte, die der Organisation, ihren Bediensteten und den Vertretern der Mitglieder bei ihr zustehen, bestimmen sich wie folgt:

a) im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien des Abkommens über die Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 16. April 1948 nach dem Zusatzprotokoll Nr. I zu dem genannten Abkommen;

b) in Kanada nach diesbezüglichen, zwischen der Regierung von Kanada und der Organisation abzuschließenden Abkommen oder entsprechenden Vereinbarungen;

c) in den Vereinigten Staaten nach der Executive Order Nr. 10133 vom 27. Juni 1950 auf Grund des International Organizations Immunities Act;

d) in allen übrigen Staaten nach diesbezüglichen zwischen der betreffenden Regierung und der Organisation abzuschließenden Abkommen oder entsprechenden Vereinbarungen.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Protokoll mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen zu Paris am 14. Dezember 1960 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt wird; diese übermittelt allen Unterzeichnern beglaubigte Abschriften.

Protokoll zur Revision des Abkommens über die Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 16. April 1948

Betrifft: Ablösung des Uebereinkommens über die OEEC.

Die Regierungen des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, des Königreichs Griechenland, Irlands, der Republik Island, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande, des Königreichs Norwegen, der Republik Oesterreich, der Portugiesischen Republik, des Königreichs Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Spaniens, der Republik Türkei und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, als Vertragsparteien des Abkommens über die Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 16. April 1948 (im folgenden als „Abkommen" bezeichnet) und als Mitglieder der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit —

von dem Wunsche geleitet, die Ziele, Organe und Befugnisse dieser Organisation neu zu bestimmen und in die umgestaltete Organisation die Regierungen Kanadas und der Vereinigten Staaten von Amerika als Mitglieder einzubeziehen —

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Das Abkommen wird revidiert und demgemäß durch das Uebereinkommen über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung abgelöst, das am heutigen Tag unterzeichnet wird.

Artikel 2

1. Dieses Protokoll tritt mit dem Inkrafttreten des Uebereinkommens über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Kraft.

2. Mit dem Inkrafttreten des Uebereinkommens über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung tritt das Abkommen für alle Unterzeichner dieses Protokolls außer Kraft.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Protokoll mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen zu Paris am 14. Dezember 1960 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt wird; diese übermittelt allen Unterzeichnern beglaubigte Abschriften.

Vereinbarung betreffend die Anwendung von Artikel 15 des Uebereinkommens über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Betrifft: Weitergeltung der Akte der OEEC.

Artikel 15 des Uebereinkommens über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (im folgenden als „Uebereinkommen" bezeichnet) bestimmt, daß die (im folgenden als „Akte" bezeichneten) Beschlüsse, Empfehlungen und Resolutionen der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit nach Inkrafttreten des Uebereinkommens nur wirksam sind, wenn der Rat der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (im folgenden als „Rat" bezeichnet) sie genehmigt.

Auf Grund einer Resolution der Ministertagung vom 22. bis 23. Juli 1960 wurde ein Vorbereitender Ausschuß eingesetzt und damit beauftragt, die Ueberprüfung der Akte der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit weiterzuführen, diejenigen Akte zu bestimmen, die dem Rat zur Genehmigung zu empfehlen seien, und — soweit notwendig — die Aenderungen zu empfehlen, die erforderlich sind, um diese

Akte den Aufgaben der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung anzupassen.

Während der erwähnten Ministertagung wurde vereinbart, daß möglichst weitgehend Sicherheit hinsichtlich der Genehmigung der Akte der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit durch den Rat gemäß den Empfehlungen des Vorbereitenden Ausschusses bestehen soll; es wurde ferner vereinbart, daß Kanada und die Vereinigten Staaten als Nichtmitglieder der OEEC hinsichtlich dieser Empfehlungen einen gewissen Ermessensspielraum haben sollen.

Die Unterzeichner des Uebereinkommens haben demgemäß folgendes vereinbart:

1. Die Vertreter der Unterzeichner im Rat stimmen für die Genehmigung von Akten der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit im Einklang mit den Empfehlungen des Vorbereitenden Ausschusses, soweit im folgenden nicht etwas anderes vorgesehen ist.

2. Jeder Unterzeichner, der nicht Mitglied der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit war, ist von der Verpflichtung aus Absatz 1 in bezug auf diejenigen Empfehlungen oder Teile von Empfehlungen des Vorbereitenden Ausschusses befreit, die er spätestens zehn Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Annahmeurkunde zu dem Uebereinkommen in einer an den Vorbereitenden Ausschuß zu richtenden Mitteilung bezeichnet.

3. Macht ein Unterzeichner eine Mitteilung nach Absatz 2, so kann jeder andere Unterzeichner, nach dessen Auffassung diese Mitteilung die Lage hinsichtlich der betreffenden Empfehlung oder eines Teils davon erheblich ändert, binnen vierzehn Tagen nach dieser Mitteilung beantragen, daß der Vorbereitende Ausschuß diese Empfehlung oder diesen Teil davon überprüft.

4. a) Macht ein Unterzeichner eine Mitteilung nach Absatz 2 und wird kein Antrag nach Absatz 3 gestellt, oder führt im Falle eines solchen Antrags die erneute Ueberprüfung durch den Vorbereitenden Ausschuß zu keiner Aenderung der betreffenden Empfehlung oder des betreffenden Teils davon, so enthält sich im Rat der Vertreter des Unterzeichners, der die Mitteilung gemacht hat, der Stimme bei der Abstimmung über den Akt oder Teil des Aktes, auf den sich diese Empfehlung oder dieser Teil davon bezieht.

b) Führt die in Absatz 3 vorgesehene erneute Ueberprüfung durch den Vorbereitenden Ausschuß zu einer Aenderung der Empfehlung oder des Teils der Empfehlung, so kann sich im Rat der Vertreter des Unterzeichners, der die Mitteilung gemacht hat, der Stimme bei der Abstimmung über den Akt oder Teil des Aktes enthalten, auf den sich die geänderte Empfehlung oder der geänderte Teil davon bezieht.

c) Die Stimmenthaltung eines Unterzeichners nach dem Buchstaben a oder b hinsichtlich eines Aktes oder Teils davon steht dessen Genehmigung nicht entgegen; er findet auf die anderen Unterzeichner Anwendung, nicht jedoch auf den Unterzeichner, der sich der Stimme enthalten hat.

5. Die Bestimmungen dieser Vereinbarung über Handlungen, die vor der Abstimmung im Rat vorzunehmen sind, treten mit Unterzeichnung der Vereinbarung in Kraft; die Bestimmungen über die Abstimmung im Rat treten für jeden Unterzeichner in Kraft, sobald das Uebereinkommen für ihn in Kraft tritt.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten diese Vereinbarung mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen zu Paris am 14. Dezember 1960 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt wird; diese übermittelt allen Unterzeichnern beglaubigte Abschriften.

Regierungsprogramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy

Nach seiner in der Weltöffentlichkeit stark beachteten Amtsantrittsrede vom 20. Januar 1961 (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 88 ff.) unterbreitete der Präsident der Vereinigten Staaten, John F. *Kennedy*, am 30. Januar dem amerikanischen Kongreß seine Botschaft zur Lage der Nation. In dieser Botschaft, die er einer gemeinsamen Sitzung des Senats und des Repräsentantenhauses persönlich vortrug, umriß Kennedy in großen Zügen das innen- und außenpolitische Programm der neuen Regierung.

Wenige Tage später, am 2. Februar 1961, legte Kennedy dem Kongreß ein neues Wirtschaftsprogramm und am 6. Februar die von seiner Regierung geplanten Maßnahmen zum Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz vor. Am 9. Februar folgte die Botschaft zur Frage des Gesundheitswesens und der Altersversorgung und am 14. Februar die Botschaft zur Frage des Erziehungswesens. Die im Laufe der kommenden Wochen zu erwartenden weiteren Botschaften an den Kongreß zu verschiedenen innenpolitischen Fragen und zu den außenpolitisch bedeutsamen Fragen der Verteidigung und der Auslandshilfe werden das Regierungsprogramm vervollständigen.

Botschaft über die Lage der Nation (State of the Union Message) an den amerikanischen Kongreß vom 30. Januar 1961.

Betrifft: Verhältnis des Präsidenten zum Kongreß — Wirtschaftslage — Zahlungsbilanz — Bundeshaushalt — Asien — Afrika — Lateinamerika — Europa — NATO — Sowjetunion — China — Verteidigung — Entwicklungshilfe — OECD — OAS — Osteuropa — Polen — Abrüstung — Stärkung der UN — Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen Ländern — Staatsdienst und nationales Interesse.

Mit Vergnügen kehre ich zum Capitol zurück, von dem mein Weg ausgegangen ist. Sie gehören mit zu meinen ältesten Freunden in Washington, und dies hier ist mein vertrautes Zuhause. Hier habe ich vor mehr als 14 Jahren zum ersten Male den Eid für ein Bundesamt abgelegt. Hier habe ich in vierzehn Jahren von den Mitgliedern beider Parteien in beiden Häusern Wissen und Anregung empfangen, von ihren klugen und großherzigen Führern und aus den Erklärungen, an die ich mich — damals selbst dort sitzend, wo Sie heute sitzen — noch lebhaft erinnere: die Programme zweier Präsidenten, die ungebrochene Eloquenz Churchills, der mitreißende Idealismus Nehrus, die standhaften Worte General de Gaulles. Von diesem selben historischen Podium aus zu sprechen, ist ein zur Besinnung mahnendes Erlebnis, wieder unter so vielen Freunden zu weilen, ein beglückendes.

Ich bin fest überzeugt, daß diese Freundschaft anhalten wird. Unsere Verfassung sieht in kluger Weise sowohl gemeinsame als auch getrennte Rollen für jeden Zweig der Regierung vor; und ein Präsident und ein Kongreß, die sich in gegenseitiger Hochachtung begegnen, werden weder irgendwelche Uebergriffe zulassen noch solche versuchen. Was mich angeht, so werde ich weder dem Kongreß noch dem Volk irgendeine Tatsache oder irgendeinen Bericht — sei es aus der Vergangenheit, der Gegenwart oder der Zukunft — vorenthalten, die für eine freie und sich auf genaues Wissen stützende Beurteilung unseres Verhaltens sowie der Wagnisse und Gefahren notwendig sind. Ich werde auch niemals die Bürde der Regierungsentscheidungen auf den Kongreß abwälzen, noch werde ich mich der Verantwortung für das Ergebnis dieser Entscheidungen entziehen.

Ich spreche hier heute in einer Stunde der Gefahr und der großen Chancen für unsere Nation. Bevor meine Amtszeit abgelaufen ist, werden wir erneut den Beweis dafür zu erbringen haben, ob eine Nation, organisiert und regiert wie die unsrige, fortdauern kann. Das Ergebnis ist keineswegs sicher, die Antworten sind keineswegs klar. Wir alle — unsere Regierung, der Kongreß, die gesamte Nation — müssen gemeinsam diese Antworten finden.

Wollte ich jedoch heute, nachdem ich etwas mehr als eine Woche im Amt bin, eine detaillierte Gesetzgebung zur Beseitigung jedes nationalen Uebels anbieten, dann würde sich der Kongreß zu Recht fragen, ob etwa der Wunsch nach Eile und Schnelligkeit an die Stelle der Verantwortungspflicht getreten sei.

Meine Ausführungen werden daher begrenzt sein. Sie werden aber auch offen und ehrlich sein. Die Tatsachen klar darzulegen heißt nicht, an der Zukunft zu verzweifeln oder die Vergangenheit anzuklagen. Der kluge Erbe überprüft sorgfältig das ihm übergebene Vermächtnis und gibt jenen, denen er Vertrauen schuldet, eine getreuliche Darstellung. Und wenn dieser Anlaß hier auch nicht eine neuerliche Aufzählung unserer Segnungen und Aktivposten erfordert, so haben wir doch keinen größeren Aktivposten als die Bereitschaft eines freien und entschlossenen Volkes, durch seine gewählten Vertreter allen Problemen offen entgegenzutreten und allen Gefahren frei von Panik oder Furcht zu begegnen.

Der gegenwärtige Zustand unserer Wirtschaft ist beunruhigend. Wir übernehmen die Regierungsgeschäfte nach sieben Monaten der Rezession, nach dreieinhalb Jahren eines Nachlassens der Wirtschaftstätigkeit, nach sieben Jahren des verminderten wirtschaftlichen Wachstums und nach neun Jahren eines sinkenden Farmeinkommens. Die Konkursanmeldungen haben ihren höchsten Stand seit der großen Depression erreicht. Seit 1951 ist das Farmeinkommen um 25 vH heruntergedrückt worden. Mit Ausnahme einer kurzen Periode im Jahre 1958 hat die Zahl der versicherten Arbeitslosen den höchsten Stand in unserer Geschichte erreicht. Von etwa 5½ Millionen arbeitslosen Amerikanern bemühen sich über eine Million seit mehr als vier Monaten um Arbeit. Und in jedem Monat verlieren rund 150 000 ausgesteuerte Arbeiter ihre ohnehin schon bescheidene Arbeitslosenunterstützung.

Beinahe ein Achtel jener, die keine Arbeit haben, lebt in nahezu einhundert besonders daniederliegenden und von Krisen heimgesuchten Gebieten fast ohne Hoffnung. Der Rest besteht aus Schulentlassenen, die ihre Fähigkeiten nicht anwenden können, aus Farmern, die ihre Halbtagsbeschäftigungen aufgeben mußten, welche bisher ihr Einkommen ausgeglichen haben, aus Facharbeitern und ungelernten Arbeitern, die in so wichtigen Industriezweigen wie der Metallindustrie, der Maschinenindustrie, der Automobilindustrie sowie der Bekleidungsindustrie ohne Beschäftigung sind.

Unsere Erholung von der Rezession im Jahre 1958 war überdies blutarm und unvollständig. Unser Bruttosozialeinkommen hat niemals mehr als sein volles Potential erreicht. Die Arbeitslosigkeit ging niemals mehr auf einen normalen Stand zurück. Unsere nationale industrielle Kapazität ist niemals mehr auf ihren maximalen Stand gebracht worden.

Kurz gesagt, die amerikanische Wirtschaft ist in Schwierigkeiten. Das mit den größten Hilfsquellen industrialisierte Land der Erde gehört zu den Ländern, die das geringste wirtschaftliche Wachstum aufweisen. Seit dem vergangenen Frühjahr ist unsere wirtschaftliche Wachstumsrate zurückgegangen. Die geschäftlichen Investitionen werden immer geringer. Die Gewinne sind unter den vorhergesagten Stand gefallen. Die Bautätigkeit liegt danieder. Eine Million unverkaufter Automobile stehen auf Lager. Weniger Menschen haben Arbeit, und die durchschnittliche Arbeitswoche ist auf weit unter 40 Stunden zusammengeschrumpft. — Aber die Preise sind weiter in die Höhe gegangen, so daß heute zu viele Amerikaner weniger für Dinge aufwenden können, die zu kaufen sie mehr kostet.

Wirtschaftliche Prophezeiungen sind bestenfalls eine unsichere Kunst, wie die hier von diesem selben Podium aus vor einem Jahr gemachte Voraussage beweist, daß 1960 das „Jahr der größten Prosperität unserer Geschichte“ sein würde. Dennoch sind mit alarmierender Einmütigkeit ein weiterer Stillstand und eine nur geringfügig verminderte Arbeitslosigkeit für 1961 und 1962 vorausgesagt worden — und meine Regierung hat nicht die Absicht, hilflos beiseite zu stehen.

Wir können uns keine Stunden des Müßiggangs und keine leeren Fabriken leisten, während wir auf das Ende der Rezession warten. Wir müssen der Welt zeigen, was eine freie Wirtschaft leisten kann — nämlich: die Arbeitslosigkeit reduzieren, die ungenutzte Kapazität zum Einsatz bringen und ein größeres wirtschaftliches Wachstum im Rahmen einer gesunden Finanzpolitik und einer relativen Preisstabilität fördern.

Ich werde dem Kongreß innerhalb der nächsten 14 Tage Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung durch zeitweilige Erhöhungen des Betrages und der Zahlungsdauer auf selbsttragender Basis vorschlagen — um mehr Lebensmittel für die Familien der Arbeitslosen und Hilfe für ihre bedürftigen Kinder bereitzustellen, um unsere Gebiete des chronischen Ueberschusses an Arbeitskräften neu zu entwickeln; um die amerikanischen Arbeitsämter in verstärktem Maße heranzuziehen; um den Wohnungsbau und die Bautätigkeit anzuregen; um mehr Kaufkraft für unsere am niedrigsten bezahlten Arbeiter sicherzustellen, indem der Mindestlohn angehoben und ausgeweitet wird; um steuerliche Anreize für gesunde Investitionen in den Fabriken zu schaffen; um die Entwicklung unserer natürlichen Hilfsquellen zu steigern; um die Preisstabilität zu fördern und um andere Schritte in Angriff zu nehmen, die auf einen sofortigen Wiederaufschwung abzielen und den Weg für ein vermehrtes Wachstum auf lange Sicht ebnen. Dies ist kein parteigebundenes Programm, das sich auf unsere Schwächen konzentriert — es handelt sich hier vielmehr, wie ich hoffe, um ein nationales Programm, das unsere Stärke zur Geltung bringen soll.

Eine wirksame Expansion im Lande selbst und die Förderung der neuen Produktionsanlagen und Produktionstechniken, die in der Lage sind, unsere Güter wettbewerbsfähiger zu machen, sind auch der Schlüssel zum internationalen Zahlungsbilanzproblem. Wir sollten das verknotete Problem in die richtige Perspektive rücken und alle Alarmmeldungen und Paniklösungen außer acht lassen.

Es ist richtig, daß sich seit 1958 die Kluft zwischen den Dollarbeträgen, die wir im Ausland ausgeben oder investieren, und den Dollarsummen, die in unser Land zurückfließen, beträchtlich erweitert hat. Dieses Gesamtdefizit unserer Zahlungsbilanz nahm innerhalb der letzten drei Jahre um fast 11 Mrd. Dollar zu; und die Inhaber von Dollarguthaben im Ausland wandelten diese in einer solchen Größenordnung in Gold um, daß dadurch ein Gesamtabfluß unserer Goldreserven in Höhe von fast 5 Mrd. Dollar eintrat. Das Defizit des Jahres 1959 wurde im wesentlichen dadurch verursacht, daß es unseren Exportgütern nicht gelang, die Auslandsmärkte zu durchdringen — und zwar sowohl wegen der unseren Gütern auferlegten Restriktionen als auch auf Grund ihrer nicht wettbewerbsfähigen Preise. Das Defizit des Jahres 1960 war andererseits mehr die Folge des erhöhten Abflusses von amerikanischem Privatkapital, das im Ausland neue Anlagemöglichkeiten, höhere Erträge oder spekulative Vorteile suchte.

Inzwischen hat unser Land weiterhin mehr als seinen Anteil an den Militär- und Auslandshilfeverpflichtungen des Westens getragen. Auf der Basis der derzeitigen politischen Gegebenheiten wird für 1961 ein erneutes Defizit von 2 Mrd. Dollar vorausgesagt. — Und die Menschen jener Länder, deren Verbesserung ihrer Dollarlage einst von diesen Defiziten abhing, fragen heute laut und vernehmlich, ob unsere Goldreserven wohl ausreichend bleiben werden, um unseren eigenen Verpflichtungen nachzukommen.

All dies sind Dinge, die zwar Sorgen bereiten, aber dennoch keinen Anlaß zur Beunruhigung geben. Denn unsere Geld- und Finanzposition bleibt weiterhin außer-

ordentlich stark. Einschließlich unserer Abrufrechte beim Internationalen Währungsfonds und der Goldreserven, die als Deckung für unsere Währung und die Einlagen bei den Bundesbanken unterhalten werden, verfügen wir über rund 22 Mrd. Dollar an Goldvorräten — und ich stehe dafür ein, daß sie mit ihrem gesamten Gewicht, wenn nötig, dafür eingesetzt werden, den Wert des Dollars zu erhalten.

Außerdem unterhalten wir große Guthaben im Ausland; die diesem Lande geschuldete Gesamtsumme übersteigt bei weitem die an unsere Reserven gestellten Forderungen; und unsere Exporte wiederum übersteigen ganz wesentlich unsere Importe.

In der Tat müssen und werden wir auch keine Maßnahmen ergreifen, um den Dollarpreis für Gold von 35 Dollar pro Unze zu erhöhen, um Währungskontrollen einzuführen, um unsere Antirezessionsanstrengungen zu verringern, um in eine restriktive Handelspolitik zurückzufallen oder um unsere Verpflichtungen in aller Welt zu verringern.

Diese Regierung wird den Wert des Dollars in keiner Weise antasten. Das ist eine Verpflichtung.

Vorsicht und Vernunft erfordern jedoch, daß neue Schritte unternommen werden, um das Zahlungsdefizit zu vermindern und um jede Goldkrise zu verhindern. Unsere Erfolge in der Weltpolitik haben lange Zeit zum guten Teil auf dem Vertrauen des Auslandes in unsere Zahlungsfähigkeit beruht. Eine Reihe von Präsidialerlassen, gesetzlichen Regelungen sowie gemeinsamen Anstrengungen zusammen mit unseren Verbündeten werden sofort in die Wege geleitet werden — Bemühungen, die alle darauf ausgerichtet sind, ausländisches Investitionskapital und Touristen in unser Land zu ziehen; die amerikanischen Exporte zu fördern, und zwar bei stabilen Preisen und mit liberaleren Regierungsgarantien und Finanzhilfen; die Steuer- und Zollücken zu beseitigen, die unangemessene private Dollarausgaben im Ausland begünstigen; und (durch die OECD, NATO oder auf andere Weise) gemeinsam mit unseren Verbündeten alle Anstrengungen zu teilen, um die gemeinsame Verteidigung der freien Welt und das erhoffte Wachstum der Entwicklungsländer zu gewährleisten. Während das derzeitige Defizit anhält, werden Wege gefunden werden, um unsere Dollarausgaben im Ausland zu verringern, ohne daß dabei die volle Last den Familien jener Männer aufgebürdet wird, die wir aufgefordert haben, unter unserer Fahne im Ausland zu dienen.

Kurz gesagt — was notwendig ist, wird geschehen, um alle unsere Bemühungen im Ausland zu unterstützen und sicherzustellen, daß der Dollar — wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft — „so stabil wie der Dollar" ist.

Es ist aber noch mehr als nur unser internationaler Zahlungsaustausch aus dem Gleichgewicht geraten. Der derzeitige Bundeshaushalt für das Finanzjahr 1961 wird mit ziemlicher Sicherheit ein Defizit aufweisen. Das bereits unterbreitete Budget für das Haushaltsjahr 1962 wird nur dann ausgeglichen sein können, wenn der Kongreß sämtliche der beantragten Steuergesetze verabschiedet — und nur dann, wenn ein frühzeitigerer und kräftigerer Wirtschaftsaufschwung, als ihn meine Wirtschaftsberater heute für wahrscheinlich erachten, die geschätzten Steuereinnahmen bringt. In jedem Falle aber muß eine neue Regierung zwangsläufig von den bereits vorgelegten Schätzungen der Einnahmen und Ausgaben ausgehen. Innerhalb dieses Rahmens hege ich — sofern nicht neue dringende Erfordernisse der Landesverteidigung oder eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage dem entgegenstehen — gegenwärtig die Absicht, ein Ausgabenprogramm zu befürworten, das — unter Einschluß der Einkünfte aus einem Wirtschaftsanstieg — nicht allein von sich aus den bereits ausgearbeiteten Haushaltsvoranschlag aus dem Gleichgewicht bringen wird.

Wir werden jedoch alles tun, was getan werden muß. Denn unser Staatshaushalt strotzt nur so von unvollendeten und vernachlässigten Aufgaben. Unsere Städte ersticken im Schmutz. Zwölf Jahre nachdem der Kongreß verkündet hat, unser Ziel sei „ein

würdiges Zuhause und eine angemessene Umgebung für jede amerikanische Familie", wohnen noch immer 25 Millionen Amerikaner in unzureichenden Behausungen. Wir müssen noch in diesem Jahr ein neues Wohnungsbauprogramm unter einem neuen Wohnungsbau- und Stadtplanungsministerium in Angriff nehmen.

Unsere Schulen haben zwei Millionen mehr Schüler, als sie eigentlich unterbringen können, und an ihnen unterrichten 90 000 nicht voll qualifizierte Lehrer.

Ein Drittel der begabtesten Absolventen der Oberschulen sind finanziell nicht in der Lage, ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Die Kriegskinder aus den vierziger Jahren, die unsere Schulen in den fünfziger Jahren überfüllten, drängen nun 1960 nach den Colleges — in zehn Jahren werden es doppelt soviel sein —, und unsere Colleges sind schlecht darauf vorbereitet. Es mangelt uns an den Wissenschaftlern, Technikern und Lehrkräften, die unsere weltweiten Verpflichtungen erfordern. Wir haben die Ozeanographie, die Umwandlung von Salz- in Süßwasser und die Grundlagenforschung, die die Wurzel allen technischen Fortschritts darstellt, vernachlässigt. Die Gewährung von Bundesbeihilfen sowohl für die Oberschulen als auch für die öffentlichen Grundschulen läßt sich nicht länger aufschieben.

Die medizinische Forschung hat neue Wunder bewerkstelligt, doch diese Wunder sind allzu oft außerhalb der Reichweite von allzu vielen Menschen, weil es an dem entsprechenden Einkommen fehlt (das gilt insbesondere für alte Menschen), weil es an Krankenhausbetten fehlt, weil es an Pflegeheimen und an Aerzten und Zahnärzten fehlt. Noch in diesem Jahr müssen Maßnahmen getroffen werden, um die Gesundheitsfürsorge für die Alten in die Sozialversicherung einzubeziehen und sowohl die erforderlichen Einrichtungen zu schaffen als auch das Personal zu vermehren.

Unsere Trinkwasserversorgung wird immer schwieriger. Organisiertes Verbrechertum und Jugendstraffälligkeit kosten den Steuerzahler jährlich Millionen Dollar und machen es dringend erforderlich, die Gesetzesvollzugsorgane weiter zu stärken und neue gesetzliche Sicherungen zu schaffen. Daß einigen unserer amerikanischen Mitbürger auf Grund ihrer Rassenzugehörigkeit verfassungsmäßige Rechte — an der Wahlurne und auch anderswo — vorenthalten werden, belastet unser nationales Gewissen und bringt uns vor der Weltmeinung den Vorwurf ein, unsere Demokratie sei den großen Verheißungen unseres Erbes nicht ebenbürtig. Die Moral in der privaten Wirtschaft hat durch die Moral in der Führung der Staatsgeschäfte keinen hinreichenden Ansporn erfahren. Eine ganze Reihe von Problemen und Vorhaben in allen 50 Bundesstaaten, die unmöglich alle in diese Botschaft einbezogen werden können, verdienen die Aufmerksamkeit sowohl des Kongresses als auch der Exekutive — und sie werden sie erhalten. Bezüglich der meisten dieser Angelegenheiten werden dem Kongreß innerhalb der beiden kommenden Wochen gesonderte Botschaften zugeleitet werden.

Aber alle diese Probleme verblassen neben jenen, welchen wir in aller Welt gegenüberstehen. Kein Mann, der dieses Amt übernimmt, ungeachtet seiner Parteizugehörigkeit, ungeachtet seiner früheren Aufgaben in Washington, würde — selbst nach einer kurzen Zehntagesfrist — von dem gewaltigen Ausmaß der Prüfungen, die wir in den kommenden vier Jahren durchzustehen haben, nicht überwältigt sein. Jeder Tag vergrößert die Krisen. Jeden Tag wird ihre Lösung schwieriger. Während die Waffen immer allgemeinerer Besitz und die feindlichen Mächte immer stärker werden, bringt uns jeder Tag der Stunde der größten Gefahr näher.

Ich glaube, ich muß den Kongreß davon in Kenntnis setzen, daß die in den letzten zehn Tagen durchgeführten Analysen ergeben haben, daß — in allen Hauptkrisengebieten — uns die Ereignisse davongelaufen sind und die Zeit nicht für uns gearbeitet hat.

In Asien bedroht der vom kommunistischen China ausgehende unnachgiebige Druck die Sicherheit des gesamten Gebietes — von den Grenzen Indiens und Süd-Vietnams

bis zu den Dschungeln von Laos, das seine eben gewonnene Unabhängigkeit mit aller Kraft zu schützen sucht. Wir wollen in Laos nichts anderes als wir für ganz Asien, ja für die ganze Welt wollen — Freiheit für die Völker und Unabhängigkeit für ihre Regierungen. Die Vereinigten Staaten werden niemals aufhören, diese Ziele zu verfolgen.

In Afrika ist der Kongo auf brutale Weise durch Bürgerkrieg, politische Unruhen und öffentlichen Aufruhr völlig zerrissen worden. Wir werden die Vereinten Nationen bei ihren heroischen Anstrengungen, dort Frieden und Ordnung wiederherzustellen, weiterhin unterstützen — Bemühungen, die heute durch wachsende Spannungen, ungelöste Probleme und die schwächer werdende Unterstützung von seiten vieler Mitgliedstaaten gefährdet sind.

In Lateinamerika haben kommunistische Agenten, die die friedliche Revolution der Hoffnung dieser Region auszunutzen suchten, nur 90 Meilen von unserer Küste entfernt in Kuba einen Stützpunkt errichtet. Unser Protest in Kuba richtet sich nicht gegen die Forderung des Volkes nach einem besseren Lebensstandard; unser Protest richtet sich gegen seine Beherrschung durch fremde und einheimische Tyrannei. Die Durchführung einer Wirtschafts- und Sozialreform in Kuba sollte ermutigt werden. Ueber Fragen der Wirtschafts- und Handelspolitik können wir jederzeit verhandeln, niemals aber über eine kommunistische Vorherrschaft in dieser Hemisphäre.

Wir haben uns feierlich verpflichtet, gemeinsam mit unseren Schwesterrepubliken für die Freihaltung ganz Amerikas von jeder solchen Fremdherrschaft und aller Tyrannei zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel einer freien Hemisphäre mit freien Staatswesen von Kap Hoorn bis zum Polarkreis.

In Europa sind unsere Bündnisse nicht voll verwirklicht und etwas in Unordnung geraten. Die Einigkeit der NATO ist durch wirtschaftliche Rivalität geschwächt und teilweise durch nationale Interessen unterhöhlt worden. Sie hat bisher weder ihre Hilfsmittel voll mobilisiert noch eine völlig einheitliche Konzeption gefunden. Doch kann keine atlantische Macht auf eigene Faust die gemeinsamen Probleme angehen, mit denen wir uns jetzt im Bereich der Verteidigung, der Auslandshilfe, der Währungsreserven und in unzähligen anderen Bereichen auseinandersetzen müssen; und unsere enge Verbundenheit mit denen, deren Hoffnungen und Interessen wir teilen, gehört zu den gewichtigsten Aktivposten unserer Nation.

Die größte Aufgabe und Herausforderung bietet uns dennoch die Welt, die jenseits des Kalten Krieges wartet — doch das erste große Hindernis ist noch immer unser Verhältnis zur Sowjetunion und zum kommunistischen China. Wir dürfen uns nie weismachen lassen, daß etwa eine dieser Mächte ihre Weltherrschaftsgelüste aufgegeben habe — Gelüste, zu denen sie sich erst kürzlich wieder mit Nachdruck bekannten. Es ist im Gegenteil unsere Aufgabe, sie davon zu überzeugen, daß ihnen Aggression und Subversion bei der Verfolgung dieser Absichten nichts einbringen. Offener und friedlicher Wettbewerb — um Prestige, um Märkte, um wissenschaftliche Leistung, ja selbst um die Geisteshaltung der Menschen — ist wieder etwas ganz anderes. Denn wenn Freiheit und Kommunismus in einer Welt des Friedens miteinander wetteifern müßten, um die Menschen für sich zu gewinnen, würde ich mit ständig wachsender Zuversicht der Zukunft entgegensehen.

Um diese Vielzahl von Herausforderungen zu meistern, um der Rolle auf der weltpolitischen Bühne gerecht zu werden, der wir uns nicht entziehen können, müssen wir eine Ueberprüfung und Inventur unseres gesamten Instrumentariums, unserer militärischen, wirtschaftlichen und politischen Mittel durchführen.

Keines darf das andere in den Hintergrund drängen. Auf dem Wappen des Präsidenten hält der amerikanische Adler in seinem rechten Fang den Olivenzweig und in seinem linken ein Bündel Pfeile. Wir gedenken, beiden die gleiche Aufmerksamkeit zuzuwenden.

An erster Stelle müssen wir unsere militärischen Mittel verstärken. Wir gehen einer Periode der unbestimmten Risiken und großer Verantwortung entgegen, in der die Streitmacht der freien Welt sowohl im Hinblick auf die militärischen als auch auf die diplomatischen Möglichkeiten so gewaltig sein muß, daß jegliche Aggression von vornherein sinnlos erscheint. Doch weil eine konsequente, zusammenhängende militärische Strategie fehlte, weil keine grundlegenden Richtwerte für die Erfordernisse der Nation vorhanden waren und weil die Rivalität zwischen den Waffengattungen zu Fehlschätzungen und Doppelaufwendungen führte, war es in der Vergangenheit schwierig, genau zu bestimmen, inwieweit unsere Verteidigungseinrichtungen tatsächlich ausreichend — oder unzulänglich sind.

Ich habe daher den Verteidigungsminister angewiesen, unsere gesamte Verteidigungsstrategie zu überprüfen — unsere Fähigkeit, unseren Verpflichtungen nachzukommen; die Schlagkraft, die Verletzlichkeit und die Verteilung unserer strategischen Stützpunkte, Streitkräfte und Warnsysteme; die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit unserer Tätigkeit und Organisation; die Beseitigung veralteter Stützpunkte und Einrichtungen sowie die Zulänglichkeit, die Modernisierung und die Beweglichkeit unserer gegenwärtigen konventionellen und nuklearen Streitkräfte und Waffensysteme im Lichte der augenblicklichen und zukünftigen Gefahren. Ich habe um eine vorläufige Beurteilung bis Ende Februar ersucht — und ich werde dann die legislativen, etatmäßigen oder exekutiven Maßnahmen empfehlen, die angesichts dieser ersten Beurteilung notwendig erscheinen.

In der Zwischenzeit habe ich den Verteidigungsminister ersucht, sofort drei Schritte in die Wege zu leiten, die unbedingt jetzt notwendig sind:

a) Ich habe zunächst Anweisung gegeben, unsere Luftbrückenkapazität sofort zu erhöhen. Wenn wir eine zusätzliche Beweglichkeit im Lufttransport erreichen — und zwar jetzt sofort erreichen —, dann stellen wir in höherem Maße die Fähigkeit unserer konventionellen Streitkräfte sicher, mit Unterscheidungsfähigkeit und Schnelligkeit auf jedes Problem an jedem Punkt der Erde auf sofortigen Abruf zu reagieren. Insbesondere wird dies uns in die Lage versetzen, jeder vorsätzlichen Bemühung zu begegnen, unseren Streitkräften auszuweichen oder sie dadurch zu zersplittern, daß begrenzte Kriege in weit auseinander liegenden Teilen der Welt begonnen werden.

b) Ich habe Anweisung für sofortige Maßnahmen zur Intensivierung unseres Polaris-Unterseebootprogramms gegeben. Mit der sofortigen Verwendung von noch nicht festgelegten Geldern für den Schiffsbau für den Abschluß von Kontrakten, die ursprünglich für das nächste Finanzjahr vorgesehen waren, werden wir — wenigstens neun Monate früher als geplant — bedeutend mehr Einheiten eines entscheidend wichtigen Abschreckungsmittels bauen und bereitstellen können — eine Flotte, die zwar niemals als erste angreifen wird, die aber Macht genug zur Vergeltung besitzt — unter dem Meer verborgen, um jeden Aggressor vor einem Angriff auf unsere Sicherheit abzuschrecken.

c) Ich habe ferner Anweisung für Sofortmaßnahmen zur Beschleunigung unseres gesamten Raketenprogramms gegeben. Bis die Ueberprüfung des Programms durch den Verteidigungsminister abgeschlossen ist, wird der Nachdruck hier vor allem auf der Verbesserung der Organisation und der die Entscheidung treffenden Stellen liegen — auf der weitgehenden Vermeidung aller kostspieligen Ueberschneidungen und der Zeitverluste, durch die das gesamte Raketenprogramm behindert wurde. Wenn wir den Frieden erhalten wollen, dann brauchen wir eine unverwundbare Raketenmacht, die stark genug ist, jeden Angreifer selbst vor der Androhung eines Angriffes zurückschrecken zu lassen, der — wie er wissen muß — unsere Macht nicht entscheidend genug treffen könnte, um seine eigene Zerstörung zu verhindern. Denn — wie ich bei der Ablegung meines Amtseides sagte — „nur wenn die Stärke unserer Waffen über jeden Zweifel erhaben

ist, können wir ganz sicher ausschließen, daß sie (die Waffen) jemals angewandt werden".

Wir müssen — zweitens — unsere wirtschaftlichen Mittel verbessern. Uns kommt beim Aufbau einer gesunden und expandierenden Wirtschaft für die gesamte nichtkommunistische Welt eine entscheidende und unumgängliche Rolle zu, wobei wir den anderen Staaten dabei helfen müssen, die für die Bewältigung ihrer eigenen Probleme, die Befriedigung ihrer eigenen Wünsche und Hoffnungen und die Ueberwindung der sie bedrohenden Gefahren notwendige Stärke zu erlangen. Die uns auf dem Weg zu diesem Ziel entgegenstehenden Probleme sind gewaltig und in ihrer Art einmalig — entsprechend muß unsere Reaktion gewaltig und in ihrer Art einmalig sein, so wie es das Pacht- und Leihgesetz und der Marshall-Plan seinerzeit waren, die so fruchtbare Ergebnisse zeitigten.

a) Ich beabsichtige, den Kongreß um die Vollmacht zur Schaffung eines neuen und wirksameren Programmes für die Unterstützung der wirtschaftlichen, erzieherischen und sozialen Entwicklung anderer Staaten und Kontinente zu ersuchen. Dieses Programm muß die Beiträge unserer Verbündeten vermehren und gleichzeitig wirksamer in Rechnung setzen und eine zentrale Steuerung der Politik aller unserer eigenen Programme bieten, die sich gegenwärtig so oft überschneiden und unsere Energien und Reserven zersplittern oder kollidieren lassen. Verglichen mit den früheren Programmen wird ein derartiges Programm folgendes erfordern: größere Elastizität in bezug auf dringende, kurzfristige Aufgaben;

größeren Einsatz für langfristige Entwicklungsprojekte;

besondere Beachtung der erzieherischen Probleme auf allen Stufen;

stärkere Betonung der Rolle der Empfängernationen, ihrer Anstrengungen und ihrer Ziele, größere soziale Gerechtigkeit für ihr Volk, eine breitere Verteilung und eine größere Beteiligung des Volkes sowie die Schaffung eigener leistungsfähigerer Verwaltungs- und wirksamerer Steuersysteme;

und eine überlegte Planung für nationale und regionale Entwicklung anstatt fragmentarischer, nicht miteinander in Beziehung stehender Ansätze.

b) Ich hoffe, daß sich der Senat bald für die Billigung der Konvention zur Schaffung einer Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung entscheiden wird. Dies wird ein wichtiges Mittel darstellen, um gemeinsam mit unseren Verbündeten an dieses Entwicklungsprojekt heranzugehen — und darauf hinzuarbeiten, daß jeder Staat, seiner Zahlungsfähigkeit entsprechend, einen Beitrag leistet. Denn wenn wir auch bereit sind, unseren vollen Anteil an dieser gewaltigen Last zu übernehmen, so können wir sie doch nicht allein tragen.

c) Unseren Schwesterrepubliken im Süden haben wir eine neue Allianz für den Fortschritt — alianza para progreso — versprochen. Unser Ziel ist ein freies und wirtschaftlich blühendes Lateinamerika, das für alle seine Staaten und Bürger ein Maß an wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt bietet, wie es ihrem kulturellen, geistigen und freiheitlichen Beitrag zur Geschichte entspricht. Um mit der Aufgabe, die unserem Staat in dieser Allianz der Nachbarschaft heute gestellt ist, beginnen zu können, empfehle ich folgendes:

daß der Kongreß die 500 Millionen Dollar voll bewilligt — wie sie im Act of Bogotá versprochen worden sind —, die nicht als Mittel für den Kalten Krieg, sondern als ein erster Schritt zu einer gesunden Entwicklung der amerikanischen Republiken genutzt werden sollen;

daß unter der Leitung des US-Außenministeriums eine interministerielle Einsatzgruppe geschaffen wird, um alle für die amerikanischen Republiken wichtigen Programme und politischen Maßnahmen auf höchster Ebene zu koordinieren;

daß unsere Delegierten bei der OAS in Zusammenarbeit mit den Delegierten der anderen Mitglieder diese Organisation als ein Instrument zur Erhaltung des Friedens und zum Schutz gegen jede Fremdherrschaft in der Hemisphäre stärken;

daß wir zusammen mit anderen Staaten eine neue, die ganze Hemisphäre erfassende Kampagne gegen Analphabetentum und mangelhafte Ausbildungsmöglichkeiten auf allen Stufen in Angriff nehmen;

und daß schließlich unverzüglich eine „Lebensmittel-für-den-Frieden"-Mission nach Lateinamerika gesandt wird, um herauszufinden, wie unser eigener gewaltiger Nahrungsmittelüberschuß eingesetzt werden kann, um in bestimmten Notstandsgebieten in unserer eigenen Hemisphäre dem Hunger und der Unterernährung ein Ende zu bereiten.

d) Die amerikanische Regierung wird ihr neues „Lebensmittel-für-den-Frieden"-Programm auf jede nur mögliche Weise erweitern. Das Produkt unseres Ueberflusses wird in wirksamerer Weise zur Stillung des Hungers und zur Unterstützung des wirtschaftlichen Wachstums überall auf der Welt eingesetzt werden. Ich habe den Direktor dieses Programms gebeten, weitere Maßnahmen zu empfehlen, durch die diese Ueberschüsse die Interessen des Weltfriedens fördern können — wozu auch die Schaffung von Weltnahrungsmittelreserven gehört.

e) Ein noch wertvollerer positiver Faktor, über den unsere Nation verfügt, ist ihr Reservoir an einsatzfreudigen Männern und Frauen — und zwar nicht nur an den Hochschulen, sondern in allen Altersgruppen —, die ihr Verlangen zum Ausdruck gebracht haben, ihre Fertigkeiten und ihre Energien, ja einen Teil ihres Lebens für den Kampf um eine geordnete Welt einzusetzen. Wir können diese Kraft durch die Aufstellung eines nationalen Friedenskorps mobilisieren, das alle diejenigen aufnimmt, die den Wunsch und die Fähigkeit haben, ausländischen Staaten bei der Ueberwindung ihres akuten Mangels an Fachkräften zu helfen.

f) Schließlich dürfen wir — während unsere Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der nichtkommunistischen Welt gerichtet ist — niemals unsere Hoffnungen aufgeben, daß die osteuropäischen Völker am Ende zu Freiheit und Wohlergehen gelangen. Um darauf vorbereitet zu sein, an der Wiederherstellung historischer Freundschaftsbande mitzuwirken, ersuche ich den Kongreß um größere Freiheit für den Einsatz von Wirtschaftsmitteln in diesem Gebiet, wann immer sich dies als eindeutig im Interesse unseres Staates liegend erweist. Hierzu wird eine Aenderung des Gesetzes über die Kontrolle der gemeinsamen Verteidigungshilfe im Sinne der Vorschläge erforderlich sein, die ich als Mitglied des Senats unterbreitet habe und über die der Senat im Sommer vergangenen Jahres abgestimmt hat.

In der Zwischenzeit hoffe ich mit der polnischen Regierung die Möglichkeit einer Verwendung unserer eingefrorenen polnischen Guthaben zu klären, damit diese für friedliche Projekte eingesetzt werden können, die unsere dauernde Freundschaft und unser Interesse für das polnische Volk zum Ausdruck bringen werden.

Drittens müssen wir unsere politischen und diplomatischen Werkzeuge schärfen — die Mittel der Zusammenarbeit und der Verständigung, auf denen eine durchsetzbare Weltordnung letztlich beruhen muß.

a) Ich habe bereits Schritte unternommen, um unsere Abrüstungsbemühungen zu koordinieren und zu erweitern, um unsere Forschungs- und Studienprogramme zu intensivieren — und die Rüstungskontrolle zum zentralen Ziel unserer nationalen Politik unter meiner direkten Leitung zu machen. Der tödliche Rüstungswettlauf und die riesigen Mittel, die er verschlingt, haben zu lange alles andere überschattet, was wir sonst noch tun müssen. Wir müssen verhindern, daß das Wettrüsten auf die jungen Nationen, auf neue Atommächte und in die Bereiche des Weltraums übergreift. Wir müssen sicherstellen, daß unsere Verhandlungsführer besser informiert und besser vor-

bereitet sind, um praktisch durchführbare eigene Vorschläge formulieren und um die Vorschläge anderer richtig beurteilen zu können.

Ich habe die anderen betroffenen Regierungen um Zustimmung zu einem vernünftigen Aufschub der Besprechungen über die Einstellung der Atomversuche ersucht — und es ist unsere Absicht, diese Besprechungen gut vorbereitet wiederaufzunehmen, um ein endgültiges Abkommen mit jedem Land zu erreichen, das ebenso bereit ist, einem wirksamen und durchsetzbaren Vertrag zuzustimmen.

b) Wir müssen den Vereinten Nationen als einem Instrument zur Beendigung des Kalten Krieges — statt einer Arena, in der der Kalte Krieg ausgetragen wird — eine größere Unterstützung zuteil werden lassen. In Erkenntnis ihrer zunehmenden Bedeutung und in Anbetracht der Verdoppelung der Zahl ihrer Mitglieder

vergrößern und verstärken wir unsere Delegation bei den Vereinten Nationen;

werden wir zur Sicherung einer ordentlichen Finanzierung der UN beitragen;

werden wir uns dafür einsetzen, daß die Integrität des Amtes des Generalsekretärs erhalten bleibt.

Und ich selbst möchte an die kleineren Nationen der Welt die besondere Bitte richten, uns bei den Bemühungen um die Stärkung dieser Organisation zu unterstützen, einer Organisation, die für die Sicherheit ihrer Länder weitaus bedeutsamer ist als für unsere eigene — dem einzigen Gremium in der heutigen Welt, in dem keine Nation stark sein muß, um sich sicher zu fühlen, in dem jede Nation das gleiche Stimmrecht hat und in dem jede Nation nicht auf Grund der Stärke ihrer Armeen, sondern der Stärke ihrer Ideen Einfluß ausüben kann. Sie verdient unser aller Unterstützung.

c) Schließlich beabsichtigt diese Regierung, unverzüglich sämtliche möglichen Bereiche einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen Ländern zu sondieren, „um die Wunder der Wissenschaft anstatt ihre Schrecken zu erwecken". Ich fordere heute insbesondere alle Staaten — einschließlich der Sowjetunion — auf, gemeinsam mit uns ein Programm für die Wettervorhersage zu entwickeln, sich an einem neuen Fernmeldesatelliten-Programm und an den Vorbereitungen für eine Erforschung der weit entfernten Planeten Mars und Venus zu beteiligen — Forschungsarbeiten, die eines Tages vielleicht die tiefsten Geheimnisse des Universums zu entschleiern vermögen.

Heute ist unser Land in der Raumforschung und -technik führend, während uns die Sowjetunion bezüglich der Fähigkeit, große Raumflugkörper auf eine Kreisbahn zu bringen, voraus ist. Beide Staaten würden sich selbst und anderen Ländern helfen, wenn sie diese Bestrebungen aus dem bitteren und kostspieligen Wettstreit des Kalten Krieges herauslösten. Die Vereinigten Staaten wären bereit, sich mit der Sowjetunion und den Wissenschaftlern aller Länder zu größeren Anstrengungen zusammenzufinden, um die Früchte dieses neuen Wissens allen verfügbar zu machen, und darüber hinaus auch in den Bestrebungen, die Methoden einer technisierten Landwirtschaft den von Hunger geplagten Völkern zugänglich zu machen, Krankheiten auszurotten, den Austausch von Wissenschaftlern und ihren Kenntnissen zu verstärken und unsere eigenen Laboratorien den Technikern anderer Länder zugänglich zu machen, denen es an den zur Durchführung ihrer Forschungsarbeiten erforderlichen Einrichtungen fehlt. Wo die Natur uns alle zu natürlichen Verbündeten macht, können wir alle dartun, daß segensreiche Beziehungen selbst zu jenen möglich sind, zu denen wir in größtem Meinungsgegensatz stehen — und dies muß eines Tages die Grundlage für Frieden und Recht in der Welt werden.

Ich habe zu der Situation unserer heimischen Wirtschaft Stellung genommen, zu unserer Zahlungsbilanz, unserem Staats- und Sozialhaushalt und der Weltlage. Ich möchte

mit einigen Anmerkungen zu den Verhältnissen im Staatsdienst zum Abschluß kommen. Wir haben gefunden, daß der Staat über ehrliche und nützliche Bedienstete in großer Zahl verfügt — ihre Fähigkeit aber, entscheidende Maßnahmen genau zu jenem Zeitpunkt zu treffen, wo solche Maßnahmen erforderlich sind, wurde allzuoft im Morast der Ausschüsse, der Aengste und fiktiver Theorien eingeengt, die eine sich verbreiternde Kluft zwischen den Entscheidungen und ihrer Durchführung, zwischen der Planung und der Wirklichkeit aufgerissen haben. In einer Zeit rascher Lageverschlechterungen in unserem Lande und im Ausland ist dies für den Staatsdienst schlecht und vor allem auch schlecht für das Land selbst; und wir haben die Absicht, hier Wandel zu schaffen.

Ich selbst und meine Kollegen im Kabinett haben uns verpflichtet, Initiative, Verantwortlichkeit und Energie im Dienste des Allgemeinwohls beständig zu fördern. Jeder Mitarbeiter im Staatsdienst, gleichgültig, ob er eine hohe oder niedrige Stellung einnimmt, soll wissen, daß in dieser Regierung Rang und Ansehen eines Mannes von der Größe seiner Leistung, nicht von der Größe seines Mitarbeiterstabes, seines Büros oder seines Etats bestimmt wird. Lassen Sie mich ganz klar zum Ausdruck bringen, daß diese Regierung den Wert von Nonkonformismus und Kühnheit zu schätzen weiß — daß wir eine heilsame Kontroverse als das Zeichen eines gesunden Wandels begrüßen. Der Staatsdienst soll eine stolze und lebendige Aufgabe sein. Und jeder Mann und jede Frau, gleichgültig, in welcher Regierungsbehörde, in welcher Abteilung und in welcher Stellung sie arbeiten, sollten in künftigen Jahren mit Stolz und Würde sagen können: „Ich habe in jener Stunde der Bedrängnis unserer Nation der Regierung der Vereinigten Staaten gedient."

Nur wenn wir uns alle dem nationalen Interesse voll und ganz verschreiben, können wir unser Land durch die unruhigen Jahre bringen, die vor uns liegen. Wir stehen vor entscheidenden Problemen. Die Situation ist ungünstig. Die nächsten Nachrichten werden noch unangenehmer sein, ehe sich die Lage wieder zum Besseren wendet. Und während wir das Beste hoffen und erstreben, sollten wir auf das Schlimmste vorbereitet sein.

Wir können den Gefahren, die uns bedrohen, nicht ausweichen — ebensowenig dürfen wir uns aber durch sie in eine Panik oder engstirnige Isolation treiben lassen. In vielen Teilen der Welt, wo sich die Waagschale der Macht bereits unserem Widersacher zugeneigt hat, sind die Kräfte der Freiheit uneins. Es ist eine Ironie des Schicksals unserer Zeit, daß ein grausames und diktatorisches System mit seinen Methoden in seinen Untergebenen Gehorsam und Eifer weckt, während die Segnungen der Freiheit nur zu oft mit Privilegien, Materialismus und einem bequemen Leben gleichgesetzt werden.

Aber ich habe eine andere Ansicht von Freiheit.

Das Leben im Jahr 1961 wird nicht einfach sein. Es wird auch dann nicht einfach, wenn man dies wünscht, vorhersagt oder gar fordert. Es wird weitere Rückschläge geben, ehe sich das Blatt wendet. Daß es sich wenden wird, dafür müssen wir sorgen. Die Hoffnungen aller Menschen ruhen auf uns — nicht einfach auf uns, die wir hier sitzen, sondern auch auf dem Bauern in Laos, dem Fischer in Nigeria, dem Flüchtling aus Kuba, auf dem Geist, aus dem heraus jeder Mensch und jede Nation handelt, die unsere Hoffnungen auf Freiheit und Zukunft teilen. Und letztlich ruhen sie am stärksten auf dem Stolz und der Ausdauer der Mitbürger unserer großen Republik.

Den Worten gemäß, mit denen ein großer Präsident, dessen Geburtstag wir heute feierlich begehen, vor 16 Jahren seine letzte Botschaft über die Lage der Union schloß, „beten wir, daß wir uns der unbegrenzten Möglichkeiten, die Gott uns gegeben hat, würdig erweisen mögen".

Quelle: *Amerika-Dienst* vom 3. Februar 1961.

Die Konferenzen von Brazzaville (15.–19. Dezember 1960) und Casablanca (3.–7. Januar 1961)

Redaktionelle Vorbemerkung

Die asiatisch-afrikanischen und die afrikanischen Konferenzen seit Bandung

Durch die Asiatisch-afrikanische Konferenz von Bandung (18.—24. April 1955) wurden die politischen Führer der westlichen Welt wie auch des Ostblocks nach einem Jahrzehnt der Fixierung auf den Ost-West-Konflikt gezwungen, ihre Blicke von den altvertrauten Problemen zu lösen und den Lebensfragen einer neu entstehenden Welt zuzuwenden. Dabei war es von bleibender Bedeutung, daß dieser Anstoß nicht von einer neuen machtpolitischen Bedrohung ausging, sondern von den Forderungen der bisher von der „großen Politik" weithin ignorierten Völker Asiens und Afrikas nach politischer Gleichberechtigung und wirtschaftlicher Hilfe. Bedeutsam war auch, daß „diese in der Geschichte erstmalige interkontinentale Konferenz farbiger Völker" *(Soekarno)* zwar durch die leidenschaftliche Ablehnung des Kolonialimperialismus und aller rassischen Ueberlegenheitsansprüche zusammengehalten wurde, aber nicht zur Bildung eines asiatisch-afrikanischen „dritten Machtblocks" führte. Dazu fehlten den auf der Bandung-Konferenz vertretenen Regierungen nicht nur die politischen und militärischen Voraussetzungen. Ein solches Vorgehen hätte auch zu einer weiteren Erstarrung der weltpolitischen Fronten geführt und, wie *Nehru* auf der Konferenz hervorhob, die beteiligten Staaten gemeinsam in neue Gefahren gestürzt, im Kriegsfall aber ihr Ueberleben erschwert.

In die durch die Bandung-Konferenz eröffnete Bresche ergoß sich bald ein breiter Strom politischer und publizistischer Manifestationen, die sich alle auf den „Geist von Bandung" beriefen, aber, abgesehen von der Ablehnung des Kolonialismus und der Rassendiskriminierung, sehr unterschiedliche Tendenzen zeigten. Die von den Initiatoren der Bandung-Konferenz, den Ministerpräsidenten der „Colombo-Gruppe" (Indien, Ceylon, Indonesien, Birma, Pakistan) geübte Mäßigung und Weitsicht wurde auf den nachfolgenden Kongressen nicht immer aufrechterhalten.

Vom 26. Dezember 1957 bis zum 1. Januar 1958 fand in Kairo die erste „Konferenz der afro-asiatischen Völker" statt, deren annähernd 500 Teilnehmer politische Organisationen der verschiedensten Art und nicht unmittelbar die Regierungen ihrer Länder vertraten. Neben Delegationen aus den unabhängigen asiatischen und afrikanischen Ländern nahmen auch Delegierte aus den noch unter Kolonial- oder Treuhandschaftsregimen stehenden Gebieten teil. Im Gegensatz zu Bandung trat in Kairo auch eine sowjetische Delegation auf. Die Konferenz konstituierte einen „Solidaritätsrat der Völker Afrikas und Asiens" und ein Generalsekretariat mit Sitz in Kairo. Beide hatten nichtgouvernementalen Charakter, bemühten sich aber um enge Verbindungen zu den Regierungen. Das Generalsekretariat, das einem ägyptischen Generalsekretär unterstellt wurde, sollte sich aus elf „Sekretären" zusammensetzen. Die Konferenz forderte in ihren Empfehlungen u. a. ein Verbot der Kernwaffen, die Zulassung der Volksrepublik China zu den Vereinten Nationen und die Unabhängigkeit Algeriens. Ferner faßte sie eine Entschließung über die Verurteilung des Imperialismus in allen seinen Formen. In einer weiteren Entschließung über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit wurde eine Sonderkonferenz über die wirtschaftliche Zusammenarbeit angekündigt und der europäische Gemeinsame Markt als Versuch einer gewaltsamen Eingliederung und Ausbeutung der noch abhängigen Gebiete angeprangert[1]. Die angekündigte Wirtschaftskonferenz fand bereits vom 8. bis zum 11. Dezember 1958 in Kairo statt und wurde hauptsächlich von Handelskammern und ähnlichen Institutionen beschickt. Wieder nahm eine sowjetische Delegation, diesmal unter Leitung des Präsidenten der sowjetischen Handelskammer, teil. Als Ergebnis ihrer Beratungen empfahl die

---

[1]) *Neue Zeit* (Moskau), Nr. 3, Jg. 1958, Beilage.

Wirtschaftskonferenz die stärkere Industrialisierung der beteiligten Länder, um den Auswirkungen des europäischen Gemeinsamen Marktes begegnen zu können, und die Schaffung einer afro-asiatischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit[2].

Ebensowenig wie die erste Konferenz der afro-asiatischen Völker hatte die zweite, die vom 11. bis zum 15. April 1960 in Konakry stattfand, einen offiziellen Charakter. Die meisten Delegationen wurden von politischen Organisationen und nicht von ihren Regierungen entsandt. Bemerkenswert war, daß der Präsident von Guinea, Sekou *Touré*, in seiner Eröffnungsansprache die Einbeziehung der asiatischen und afrikanischen Staaten in die Spaltung der Welt eindeutig ablehnte und sich für einen „positiven Neutralismus" einsetzte. In ihren Beratungen befaßte sich auch diese Konferenz mit allgemeinen Entwicklungsproblemen und mit der kulturellen und sozialen Zusammenarbeit[3]. Auf der Tagung von Konakry wurde im Rahmen einer Umgestaltung der ständigen Organe der Organisation das in Kairo geschaffene Generalsekretariat einem Lenkungsausschuß unterstellt.

Die zweite Afro-asiatische Wirtschaftskonferenz fand vom 30. April bis zum 3. Mai 1960 in Kairo statt und befaßte sich wiederum mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Sie beauftragte den Rat der Liga der arabischen Staaten damit, die Möglichkeiten für die Bildung eines gemeinsamen Marktes zu untersuchen. Im Januar 1961 trat die Afro-asiatische Solidaritätsbewegung wieder in eine Phase intensiver Aktivität ein. Im Anschluß an einen vom 14. bis zum 20. Januar in Kairo abgehaltenen Frauenkongreß berief sie eine Sondersitzung des Afro-asiatischen Solidaritätsrates ein, die am 21. und 22. Januar 1961 in Kairo tagte. Beide Tagungen nahmen in zahlreichen Resolutionen zu aktuellen Fragen der Weltpolitik Stellung.

Parallel zu der nichtgouvernementalen Organisation der afro-asiatischen Solidarität hatte sich schon 1958 auf die Initiative des Premierministers von Ghana, Kwame *Nkrumah*, hin eine rein afrikanische Bewegung unter dem Namen „Konferenz der afrikanischen Völker" gebildet und sich auf ihrer ersten Vollversammlung vom 7. bis zum 12. Dezember 1958 in Accra zu einer ständigen Organisation mit Sitz in Accra konstituiert. Auf ihrer zweiten Vollversammlung, die vom 25. bis zum 30. Januar 1960 in Tunis stattfand, gab sie sich eine vorläufige Satzung[4]. Diese Aktionsgemeinschaft für die Befreiung und Einigung Afrikas sollte nicht nur ein Forum für die Diskussion aktueller Fragen bieten, sondern vor allem der Förderung des panafrikanischen Gedankens dienen. In Accra wurde diesem Ziel mit der Resolution über „Grenzen, Gebiete und Föderationen" Rechnung getragen, die die allmähliche Entwicklung eines afrikanischen Commonwealth als Fernziel ins Auge faßte. Der kurz zuvor, im November 1958, verkündete Zusammenschluß von Ghana und Guinea sollte hier als Kristallisationspunkt dienen. Auf der zweiten Vollversammlung in Tunis, auf der die Länder der Communauté nur durch Exilgruppen vertreten waren, zeigte sich jedoch, daß in dieser Richtung keine Fortschritte gemacht worden waren. Die Versammlung von Tunis machte in ihren Resolutionen einige konkrete Vorschläge zur Förderung der panafrikanischen Idee: die Schaffung einer gesamtafrikanischen Investitionsbank und eines gesamtafrikanischen Instituts für Wirtschafts- und Sozialforschung. Darüber hinaus stand diese Versammlung unter dem Zeichen starker Angriffe auf den sogenannten Neokolonialismus.

Auch auf der Regierungsebene war es Kwame *Nkrumah*, der als erster den Anstoß zu interafrikanischen Beratungen gab. Schon für April 1958 hatte er zu einer Gipfelkonferenz der unabhängigen Staaten Afrikas nach Accra eingeladen, zu der allerdings mit Ausnahme des Präsidenten von Liberia, William V. S. *Tubman*, nur die Außenminister der geladenen Regierungen erschienen[5]. Nahmen auf dieser Konferenz noch der panafrikanische Gedanke, das Bemühen um eine gemeinsame Außenpolitik, um wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit einen hervor-

[2]) „Resolutions and Recommendations of the Economic Conference for Afro-Asian Countries". Hrsg. Federation of Egyptian Chambers of Commerce, Kairo 1958.

[3]) *Relazioni Internazionali*, Nr. 18, Jg. 24, S. 596.

[4]) *Afrika-Informationsdienst*, Nr. 4, Jg. 1960, Dokument Nr. 60.

[5]) „Die Accra-Konferenz". Hrsg. Deutsche Afrika-Gesellschaft, Bonn 1958.

ragenden Platz ein, so wurde die nächste Konferenz der unabhängigen afrikanischen Staaten in Monrovia vom 4. bis zum 8. August 1959 in erster Linie mit dem Zweck einberufen, eine Diskussion des Algerien-Problems und die Anerkennung der provisorischen Regierung durch die beteiligten Staaten zu erwirken und ferner gegen die geplanten französischen Atombombenversuche in der Sahara zu protestieren[6]. Zu dieser Konferenz entsandten nur Marokko, Ghana und Libyen ihre Außenminister, während die übrigen Delegationen unter der Leitung von Staatssekretären und Botschaftern standen. Erst auf der vom 14. bis zum 25. Juni 1960 in Addis Abeba tagenden Konferenz, bei der die Zahl der stimmberechtigten Teilnehmerstaaten auf elf gestiegen war, erschienen wieder alle Delegationen unter Führung ihrer Außenminister. Die Beratungen der Konferenz standen unter dem Zeichen der aktuellen Tagesfragen: Kongo, Rassenpolitik der Südafrikanischen Union, französische Atombombenversuche und vor allem Algerien. Da weder die Bemühungen von Sekou *Touré* und Kwame *Nkrumah* um einen größeren regionalen Zusammenschluß noch der Vorschlag des Chief Minister von Tanganjika, Julius K. *Nyerere,* zur Planung einer ostafrikanischen Föderation Anklang fanden, konnte die Konferenz in ihren Resolutionen lediglich auf die Tätigkeit des „Inoffiziellen Ständigen Ausschusses" ihrer Vertreter bei den Vereinten Nationen als einen Beitrag zur Durchsetzung der „Persönlichkeit Afrikas" in der internationalen Politik hinweisen. Der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Koordinierung von Handel, Verkehr und Wissenschaft waren wieder verschiedene Empfehlungen gewidmet[7]. Unter dem Eindruck der sich immer mehr verwirrenden Verhältnisse im Kongo wurde im Sommer 1960 wiederum der Plan zu einer Gipfelkonferenz gefaßt. Die Anregung, die dieses Mal von Sekou *Touré* ausging, wurde nicht nur von dem Ministerpräsidenten des Kongo (Léopoldville), Patrice *Lumumba,* sondern auch von dem tunesischen Präsidenten, Habib *Bourgiba,* und Kwame *Nkrumah* aufgegriffen. Zu der Konferenz, die vom 25. bis zum 31. August 1960 in Léopoldville tagte, erschienen jedoch außer dem tunesischen Außenminister nur höhere Regierungsbeamte und Botschafter. Die von der Regierung *Lumumba* ausgearbeitete Tagesordnung sah die Schaffung eines gemeinsamen afrikanischen Oberkommandos vor, wie es schon von *Nkrumah* verschiedentlich angeregt worden war. Die Konferenzteilnehmer waren jedoch mehr darum bemüht, eine Einigung zwischen der Regierung in Léopoldville und dem Katanga herbeizuführen und traten dafür ein, daß der Schutz der territorialen Einheit des Kongo durch die Vereinten Nationen gewährleistet werden müsse.

Es ist vielleicht für die Entwicklung der asiatisch-afrikanischen Zusammenarbeit seit Bandung charakteristisch, daß auf der Regierungsebene regionale Untergruppen in den Vordergrund traten, sobald es um die Besprechung akuter politischer Fragen ging. So waren es die Staatschefs der Länder des ehemaligen Französisch-West- und Aequatorialafrika (außer Guinea und Mali) sowie der Republik Kamerun, die als erste afrikanische Politiker auf höchster Ebene zu einer repräsentativen Konferenz zusammenkamen. Vom 24. bis zum 26. Oktober 1960 fand die erste Konferenz dieser Art in Abidjan statt. Sie unterschied sich von den früheren afrikanischen Konferenzen grundlegend dadurch, daß ihre Beratungen nicht in der Oeffentlichkeit stattfanden. Das Kommuniqué enthielt den Beschluß, zu allen internationalen Problemen gemeinsam Stellung zu nehmen und den Delegationen bei den Vereinten Nationen entsprechend Weisung zu erteilen[8]. Bereits vom 15. bis zum 19. Dezember 1960 trat das gleiche Gremium, zu dem noch der Staatschef von Madagaskar und Vertreter des Kongo (Léopoldville) unter Führung von Staatspräsident *Kasavubu* getreten waren, in Brazzaville zusammen. Auch dieses Mal fanden die Diskussionen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Ihr Rahmen war jedoch wesentlich weiter gespannt als in Abidjan. Die zu den Tagesfragen erzielte gemeinsame Stellungnahme, die in Abidjan bereits mit dem Beschluß zur Anerkennung Mauretaniens ihren Ausdruck gefunden hatte, fand dieses Mal ihren Niederschlag in der den Delegationen bei den Vereinten Nationen übermittelten Weisung, nicht für die Kontrolle und Organisation des Referendums in Algerien durch die Vereinten Nationen zu stimmen. Ueber die Tages-

[6]) Reden und Resolutionen in *The Egyptian Economic and Political Review,* September 1959.

[7]) *Afrika-Informationsdienst,* Nr. 14, Jg. 1960, Dokument Nr. 70.

[8]) *Le Monde,* 27. Oktober 1960.

fragen hinaus enthielt das Kommuniqué (vgl. S. D 1155 ff.) wichtige Beschlüsse, die zur Grundlage einer gemeinsamen Außenpolitik werden können. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet wurde eine Koordinierung ins Auge gefaßt (vgl. S. D 118). Der von der Konferenz eingesetzte Studienausschuß hat in einer ersten Sitzung vom 30. Januar bis zum 5. Februar 1961 seine Arbeiten in Dakar aufgenommen.

Während diese Konferenzen der französisch sprechenden afrikanischen Staatschefs eher den Charakter einer „table ronde" hatten, gab sich die im Januar 1961 auf Einladung von König Mohammed V. von Marokko einberufene Konferenz von Casablanca die anspruchsvolle Bezeichnung „Afrikanische Gipfelkonferenz". Da sich aber zu dieser Konferenz nur die Staatschefs von Aegypten, Ghana, Republik Mali, Guinea und Libyen sowie Ferhat Abbas, der Chef der algerischen Exilregierung, und ein Beobachter aus Ceylon einfanden, bleibt abzuwarten, ob der in der „Afrikanischen Charta" von Casablanca (vgl. S. D 119 ff.) angekündigte Beschluß, eine afrikanische Konsultativversammlung zu schaffen, ein Echo findet.

Konferenz französisch sprechender Staaten Afrikas in Brazzaville vom 15. bis zum 19. Dezember 1960

Erklärung über eine Politik der afrikanischen Zusammenarbeit

Betrifft: Verzicht auf kriegerische Aktionen — gegenseitiger Beistand — Respektierung der Grenzen — Nichteinmischung in innere Angelegenheiten — Abstimmung der Außenpolitik.

Die afrikanischen Staaten und Madagaskar, die vom 15. bis zum 19. Dezember in Brazzaville zusammengekommen waren, erklären feierlich, daß sie, um eine echte Unabhängigkeit zu verwirklichen, die folgenden Prinzipien zur Grundlage ihrer gemeinsamen Politik der afrikanischen Zusammenarbeit machen wollen:

1. — Unermüdliche Bemühungen um den Frieden, dessen Erhaltung für den nationalen Aufbau und für den Fortschritt der Völker unerläßlich ist.

Dies setzt voraus, daß jeder von ihnen darauf verzichtet, gleichgültig aus welcher Veranlassung, Kriegshandlungen zu unternehmen oder sich an irgendeiner Koalition zu beteiligen, die sich gegen ein anderes Mitglied dieser Gruppe richtet.

Ebenso setzt es voraus, daß in dem Falle, wo eines dieser Länder Opfer eines Angriffs ist, die anderen ihm zu Hilfe kommen.

Die Respektierung der Grenzen, und zwar derjenigen, die diese Staaten zum Zeitpunkt der Erlangung der Unabhängigkeit hatten, ist als geheiligte Sache anzusehen.

2. — Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten.

Kein unabhängiger Staat wird auf seinem Gebiet irgendeiner „provisorischen Regierung" Unterkunft gewähren, die den Umsturz der Regierung eines anderen unabhängigen afrikanischen Staates zum Ziel hat.

Jeder unabhängige Staat wird auf seinem Staatsgebiet alle umstürzlerischen Umtriebe verbieten, die sich gegen einen anderen unabhängigen Staat richten.

Die Unterzeichner der vorliegenden Erklärung werden im Sinne ihrer Solidarität alle umstürzlerischen Umtriebe verurteilen, die auf dem Gebiete eines Unterzeichnerstaates betrieben werden.

3. — Wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

4. — Abstimmung der Diplomatie im Hinblick auf eine gemeinsame internationale Politik. Ohne diese kann es keine vertrauenswürdige und dauerhafte Solidarität geben.

Auf der Grundlage der hier aufgestellten Prinzipien wollen die unabhängigen afrikanischen Staaten und Madagaskar zu einer echten Einheit und Solidarität kommen, wie sie sie mit ihren periodischen Zusammenkünften anstreben.

Kommuniqué vom 19. Dezember 1960

Betrifft: Interafrikanische Zusammenarbeit — Mauretanien — Algerien — Kongo.

Die unterzeichneten afrikanischen Staaten und Madagaskar kamen vom 15. bis zum 19. Dezember 1960 in Brazzaville zusammen, um die Entwicklung einer auf ihren nachbarschaftlichen Beziehungen, ihren kulturellen und sonstigen gemeinschaftlichen Interessen begründeten interafrikanischen Zusammenarbeit voranzutreiben. Dabei wollen sie sich gleichzeitig für die Erhaltung des Friedens in Afrika und in der übrigen Welt einsetzen.

Angesichts der gegenwärtigen ernsten Lage in Afrika sind sie sich der ihnen zufallenden Verantwortung voll bewußt. Darum wollen sie bei ihrem Vorgehen nicht nur den Anschein erwecken, als befaßten sie sich mit der Lösung der Probleme, sondern sie wollen konkrete Lösungsversuche unternehmen; so wollen sie auch nicht selbst Partei ergreifen, sondern die Parteien miteinander zu versöhnen versuchen; sie wollen nicht irgendwelche Kompromißvorschläge machen, sondern die Parteien zum Gespräch auffordern, denn nur so läßt sich eine Lösung finden, die einen entschiedenen Schritt auf dem Wege zum Frieden und zur internationalen Zusammenarbeit darstellen würde.

Mauretanien

Die unterzeichneten Staaten entbieten Mauretanien, das am 28. November 1960 die internationale Souveränität erlangte, ihre brüderlichen Glückwünsche.

Mauretanien ist schon von einer Anzahl von Staaten als souveräner und unabhängiger Staat anerkannt worden. Die Vereinten Nationen sind verpflichtet, es zur Mitgliedschaft in der Organisation zuzulassen.

Die Unterzeichnerstaaten bedauern, daß die Sowjetunion durch ihr Veto den Beitritt Mauretaniens verhindert hat. Sie sind befremdet darüber, daß eine Großmacht, die selbst auf der 15. Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution über die auf dem Verhandlungswege herbeizuführende Unabhängigkeit der Kolonialländer eingebracht hat, sich jetzt der Zulassung eines ehemaligen Koloniallandes widersetzt, das soeben auf dem Verhandlungswege seine Unabhängigkeit erhalten hat.

Sie fordern alle afrikanischen Staaten, die die Verteidigung der Würde und Freiheit Afrikas und die Vermeidung des Kalten Krieges auf dem Kontinent zu ihrem Anliegen gemacht haben, auf, ihre Bemühungen um die Zulassung Mauretaniens zu verdoppeln.

In seinem mit friedlichen Mitteln geführten Kampf um die Unabhängigkeit hat Mauretanien die Unterstützung seiner Freunde in der Vergangenheit gehabt. Heute kann es bei seinem Kampf um die Zulassung zu den Vereinten Nationen auf die aktive Solidarität unserer Staaten zählen, die von dem großen Unrecht, das ihm mit dem sowjetischen Veto zugefügt wird, betroffen, aber nicht entmutigt sind.

Algerien

Die unterzeichneten Staaten können — bei aller Ehrerbietung gegenüber General de Gaulle, den Initiator der Entkolonisierung in Frankreich, der zwölf afrikanischen Ländern und Madagaskar die Unabhängigkeit gewährt hat — ihre Besorgnis über das Andauern des Krieges in Algerien nicht länger verhehlen, der immer mehr Todesopfer fordert, Zerstörungen anrichtet und den Rassenhaß vertieft.

Die unterzeichneten Staaten hängen zwar auch weiterhin dem Prinzip der Entkolonisierung an, für das sie so viele Kämpfe geführt haben; aber angesichts der tödlichen Gefahr, die ein weiteres Andauern des Krieges in Algerien für Afrika bedeutet, haben sie die Haltung eingenommen, die allein durch Verhandlungen zu einer ehrlichen und

demokratischen Anwendung des von General de Gaulle feierlich proklamierten Selbstbestimmungsprinzips führen kann.

Sie wollten sich nicht den Befürwortern einer scheinbar leichten, aber unpraktischen und sogar negativen Lösung anschließen, die in der illusorischen Anrufung der Vereinten Nationen besteht, wonach diese die Kontrolle und Organisation des Referendums in einem Lande übernehmen sollen, das nicht ihrer Treuhandschaftsverwaltung untersteht.

Die unterzeichneten Staaten setzen ihr Vertrauen in die Vereinten Nationen. Aber sie stellen fest, daß bis jetzt die Charta dieser internationalen Organisation keine Maßnahmen vorsieht, durch die ein Staat zur Erfüllung von Resolutionen gezwungen werden kann, die mit einer Mehrheit der Stimmen oder mit den Stimmen aller Mitglieder angenommen worden sind.

Obgleich nicht alle unterzeichneten Staaten der Communauté angehören, haben sie niemals aus ihrer Freundschaft für Frankreich ein Hehl gemacht. Ihre heutige Haltung wird jedoch nicht durch diese Freundschaft diktiert. Vielmehr wurden sie von der Befürchtung geleitet, das algerische Drama könne sich zu einem Weltkonflikt ausweiten, dessen Hauptlast Afrika zu tragen haben würde, als sie beschlossen, Frankreich mit aller Dringlichkeit zu ersuchen, sein möglichstes zu tun, um den Algerien-Krieg im Jahre 1961 zu beenden, und nach in aller Offenheit geführten Verhandlungen das Selbstbestimmungsprinzip ehrlich anzuwenden, wobei vorauszusetzen wäre, daß beide Parteien sich gegenseitige politische Garantien gewähren würden.

Frankreich wird damit beweisen, daß es gemäß seinen traditionellen Grundsätzen handelt, wenn es fünfzehn Länder aus der Kolonialherrschaft entläßt und es den Algeriern freistellt, über ihr eigenes Geschick zu bestimmen.

Kongo

Die unterzeichneten afrikanischen Staaten und Madagaskar begrüßen die Bemühungen, die die Organisation der Vereinten Nationen unternommen hat, um den Kongo (Léopoldville) vor Chaos und Anarchie zu bewahren. Sie beglückwünschen den Generalsekretär der Organisation, Dag Hammarskjöld, zu seinen Bemühungen, unter Wahrung des Geistes der Charta die Verbreitung des Kalten Krieges nach diesem Teil des Kontinents zu verhindern.

Unglücklicherweise haben die rivalisierenden Machtblöcke Versuche gemacht, die sie auch jetzt fortsetzen, um den Kongo (Léopoldville) sei es direkt, sei es indirekt durch Einschaltung gewisser asiatischer und afrikanischer Staaten zu rekolonisieren. Die unterzeichneten afrikanischen Staaten und Madagaskar verurteilen diese neue Form des Kolonialismus im Namen des Weltgewissens.

Die wirkliche Unabhängigkeit des Kongo (Léopoldville) setzt sicherlich voraus, daß die Vereinten Nationen ihre technische Unterstützung des Landes fortsetzen, vor allem aber auch, daß kein anderer Staat sich durch seine Soldaten oder durch seine Diplomaten in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischt.

Die politische Lösung des Kongo-Problems kann einzig auf einer „Round Table"-Konferenz gefunden werden, an der Vertreter aller Parteien ohne Ausnahme teilnehmen müßten. Außerhalb dieses demokratischen Prinzips kann es nur Rassenpolitik und Kalten Krieg geben.

Unterzeichnet für

Kamerun	*Ahidjo*	Obervolta	*Yameogo*
Zentralafrikanische Republik	*Dacko*	Madagaskar	*Tsiranana*
Kongo (Brazzaville)	Fulbert *Youlu*	Mauretanien	Moktar Ould *Daddah*
Elfenbeinküste	*Houphouet-Boigny*	Niger	Hamani *Diori*
Dahome	*Maga*	Senegal	*Senghor*
Gabun	*Leon M'Ba*	Tschad	*Tombalbaye*

Resolution über die Wirtschaftskonferenz

Betrifft: Schaffung eines Studienausschusses für afrikanische wirtschaftliche Zusammenarbeit — Währungs- und Kreditpolitik — Absatzmärkte und Handelspolitik — Investitionspolitik — Mitgliedschaft in anderen internationalen Wirtschaftsorganisationen.

Angesichts der Notwendigkeit, die politische Unabhängigkeit ihrer Länder durch wirtschaftliche und soziale Errungenschaften für die Bevölkerung zu festigen;

in der Ueberlegung, daß die Verwirklichung dieser Ziele eine gemeinsame regionale Aktion unter Respektierung der politischen Eigenständigkeit fordert, die die Länder auf eigene Initiative und in eigener Verantwortung unternehmen müßten;

in dem Wunsch, durch Stärkung der einigenden wirtschaftlichen Bindungen einen Beitrag zu der wachsenden interafrikanischen Solidarität zu leisten, wobei die internationalen Verpflichtungen, die die Länder eingegangen sind, entsprechend zu respektieren wären,

beschließen die unterzeichneten Staaten, die durch ihre Staats- bzw. Regierungschefs vertreten sind:

Die Bildung eines Studienausschusses, der sich aus höchstens drei Vertretern jedes beteiligten Staates zusammensetzen soll.

Der Studienausschuß wird am 30. Januar 1961 in Dakar zusammentreten mit der Aufgabe, im Hinblick auf eine zu errichtende afrikanisch-malegassische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit geeignete Lösungsvorschläge für die folgenden Probleme auszuarbeiten und vorzulegen:

1. Währungs- und Kreditprobleme im Hinblick auf eine Entwicklungspolitik für die afrikanischen und malegassische Volkswirtschaften.

2. Produktionsprobleme der Mitgliedstaaten, Organisation der Absatzmärkte für ihre landwirtschaftlichen Produkte und Industrieerzeugnisse durch Schaffung von Preisstabilisierungsfonds, durch Stärkung und Erweiterung von regionalen Zollunionen, durch Abstimmung der verschiedenen fiskalischen Systeme und ganz allgemein durch Bemühungen um eine bessere Koordinierung auf dem Gebiet der Handelspolitik.

3. Probleme der Harmonisierung der verschiedenen staatlichen Pläne und ihrer Finanzierung und damit zusammenhängend Untersuchungen über einen afrikanisch-malegassischen Investierungskodex, in dessen Rahmen Garantien für Privatinvestitionen, die Schaffung eines afrikanisch-malegassischen Solidaritätsfonds für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und schließlich einer afrikanisch-malegassischen Investitionsbank vorzusehen wären.

Außerdem soll der Ausschuß sich mit den Problemen befassen, die sich aus einem zukünftigen oder bereits vollzogenen Beitritt der Mitgliedstaaten dieser Konferenz zu den verschiedenen Organisationen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder sonstiger internationaler Organisationen mit wirtschaftlicher oder finanzieller Zielsetzung ergeben, wobei die Belange ihrer noch im Entstehen begriffenen Volkswirtschaften besonders zu berücksichtigen sind. Er wird sich schließlich auch mit allen besonderen Problemen befassen, die sich darüber hinaus im Zusammenhang mit der Industrialisierung ihrer Länder ergeben.

Quelle: Konferenzdokumente in französischer Sprache.

Konferenz afrikanischer Staaten in Casablanca
vom 3. bis zum 7. Januar 1961

Die Charta von Casablanca

Betrifft: Afrikanische Einheit — Liquidierung des Kolonialismus — Plan einer Afrikanischen Beratenden Versammlung — Afrikanischer Politischer Ausschuß — Afrikanischer Wirtschaftsausschuß — Afrikanischer Kulturausschuß — Gemeinsames Afrikanisches Oberkommando — Verbindungsbüro — Treuebekenntnis zu den Vereinten Nationen und Bandung.

Wir, die in Casablanca in der Zeit vom 3. bis zum 7. Januar 1961 versammelten afrikanischen Staatschefs,

eingedenk unserer Verantwortung gegenüber dem afrikanischen Kontinent,

verkünden unsere Entschlossenheit, in ganz Afrika der Freiheit zum Durchbruch zu verhelfen und die Einheit Afrikas herbeizuführen,

bekräftigen unseren Willen, die Einheit der Anschauungen und des Handelns in den internationalen Angelegenheiten zu bewahren und zu festigen, die unter Opfern erreichte Unabhängigkeit, die Souveränität und die territoriale Integrität unserer Staaten zu schützen, und wir bekräftigen unseren Willen, den Weltfrieden durch eine Politik der Nichtbindung zu stärken,

verkünden, daß wir gewillt sind, die noch unter fremder Herrschaft stehenden Gebiete Afrikas zu befreien, ihnen Hilfe und Beistand zu leisten, den Kolonialismus und den Neo-Kolonialismus in jeglicher Form zu beseitigen, der Stationierung ausländischer Streitkräfte und der Errichtung ausländischer Truppenbasen, durch die die Befreiung Afrikas gefährdet wird, entgegenzuwirken und alles daranzusetzen, um den afrikanischen Kontinent von politischen Eingriffen und von wirtschaftlichem Druck zu entledigen,

weisen auf die Notwendigkeit hin, daß die unabhängigen afrikanischen Staaten ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik im Sinne einer Ausbeutung der nationalen Reichtümer zum Nutzen ihrer Völker lenken, und daß sie eine gerechte Verteilung dieser Güter unter alle ihre Staatsbürger gewährleisten,

bekräftigen unsere Entschlossenheit, unsere Bemühungen zu intensivieren, damit eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen Staaten auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet verwirklicht wird.

Mit dem Ziel, die Freiheit Afrikas zu festigen, die Einheit Afrikas zu schaffen und seine Sicherheit zu gewährleisten, beschließen wir:

1. eine Afrikanische Beratende Versammlung einzurichten, sobald die erforderlichen Voraussetzungen dafür erfüllt sind; dieser Versammlung sollen Vertreter aller afrikanischen Staaten angehören; sie soll einen ständigen Sitz haben und in regelmäßigen Abständen tagen;

2. die vier nachstehend genannten Ausschüsse zu gründen:
den Afrikanischen Politischen Ausschuß, bestehend aus den afrikanischen Staatschefs bzw. ihren in aller Form bevollmächtigten Vertretern; dieser Ausschuß soll in regelmäßigen Abständen zusammentreten, um die allgemeine Politik der einzelnen afrikanischen Staaten zu koordinieren und zu vereinheitlichen;

den Afrikanischen Wirtschaftsausschuß, bestehend aus den Wirtschaftsministern der unabhängigen afrikanischen Staaten; dieser Ausschuß soll in regelmäßigen Abständen

zusammentreten, um die Beschlüsse über die afrikanische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet zu fassen; eine seiner vordringlichsten Aufgaben wird es sein, Post- und Telegraphenverbindungen zwischen den einzelnen afrikanischen Hauptstädten herzustellen;

den Afrikanischen Kulturausschuß, bestehend aus den Erziehungsministern der unabhängigen afrikanischen Staaten; dieser Ausschuß soll in regelmäßigen Abständen zusammentreten mit dem Ziel, die afrikanische Kultur und Zivilisation zu bewahren und zu fördern und die afrikanische Zusammenarbeit und Hilfe auf kulturellem Gebiet zu intensivieren;

ein gemeinsames afrikanisches Oberkommando, bestehend aus den Chefs der Führungsstäbe der unabhängigen afrikanischen Staaten; diese Kommandobehörde soll in regelmäßigen Abständen zusammentreten mit dem Ziel, die gemeinsame Verteidigung Afrikas im Falle einer Aggression gegen einen Teil dieses Kontinents sicherzustellen und über den Schutz der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten zu wachen;

3. ein Verbindungsbüro einzurichten, das die Aufgabe hat, eine wirksame Koordinierung zwischen den einzelnen vorstehend aufgeführten Organen sicherzustellen und insbesondere innerhalb von drei Monaten nach Veröffentlichung dieses Dokuments eine Sachverständigenkonferenz einzuberufen, die im einzelnen die Mittel und Wege für die praktische Arbeit dieser Organe zu regeln hat.

Wir, die in Casablanca vom 3. bis zum 7. Januar 1961 versammelten afrikanischen Staatschefs

bekräftigen erneut unsere Treue zur Konferenz der Unabhängigen Afrikanischen Staaten, zusammengetreten 1958 in Accra und 1960 in Addis Abeba und

rufen alle unabhängigen afrikanischen Staaten auf, sich unserem gemeinsamen Vorgehen zur Festigung der Freiheit in Afrika und zur Herbeiführung seiner Einheit anzuschließen.

In feierlicher Form bekräftigen wir erneut, daß wir unerschütterlich zu der Charta der Vereinten Nationen und zu der Erklärung der Afro-asiatischen Konferenz von Bandung stehen, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt zu fördern und den Weltfrieden zu festigen.

Erklärung über die Lage im Kongo

Die Konferenz von Casablanca, einberufen durch Seine Majestät, König Mohammed V. von Marokko, bestehend aus den nachstehend genannten Staatschefs:

Seine Majestät, König Mohammed V. von Marokko; S. E. Gamal Abdel Nasser, Präsident der Vereinigten Arabischen Republik; S. E. Kwame Nkrumah, Präsident der Republik Ghana; S. E. Sekou Touré, Präsident der Republik Guinea; S. E. Modibo Keita, Präsident der Republik Mali; S. E. Ferhat Abbas, Premierminister der Provisorischen Regierung der Algerischen Republik, als Vertreter der Provisorischen Algerischen Regierung; S. E. Abdelkader El Allam, Außenminister, als Vertreter Seiner Majestät, König Idriss I. von Libyen; und S. E. Alwin B. Perera, Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter, als Vertreter des Premierministers von Ceylon; nach Prüfung der Lage am Kongo —

erklärt die Absicht und Entschlossenheit der vertretenen Regierungen, ihre dem Kommando der Vereinten Nationen am Kongo unterstellten Streitkräfte und sonstigen Militärpersonen abzuziehen;

bekräftigt erneut die am 30. Juni 1960 verkündete Anerkennung des gewählten Parlaments und der rechtmäßig konstituierten Regierung der Republik Kongo;

gibt ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die einzige Rechtfertigung für die Anwesenheit von Streitkräften der Vereinten Nationen am Kongo darin besteht:

1. daß sie den Hilfegesuchen der rechtmäßigen Regierung der Republik Kongo nachkommen, auf deren Ersuchen hin die Vereinten Nationen beschlossen haben, ihr Einsatzkommando zu schaffen;

2. daß sie die Beschlüsse des Sicherheitsrates über die Lage am Kongo ausführen;

3. daß sie die Einheit und Unabhängigkeit der Republik Kongo schützen und deren gebietsmäßige Unbeschadetheit bewahren;

richtet die dringende Forderung an die Vereinten Nationen, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um:

a) die illegalen Banden Mobutos zu entwaffnen und aufzulösen.

b) alle Mitglieder des Parlaments und der rechtmäßigen Regierung der Republik Kongo aus dem Gefängnis zu entlassen und zu befreien,

c) das Parlament der Republik Kongo einzuberufen,

d) alle belgischen Militärpersonen und Angehörige halbmilitärischer Verbände sowie alles übrige ausländische Personal aus dem Kongo zu entfernen (soweit es nicht einsatzmäßig den Vereinten Nationen unterstellt ist),

e) der rechtmäßigen Regierung der Republik Kongo alle Zivil- und Militärflugplätze, die Rundfunkstationen und sonstigen Einrichtungen zurückzugeben, die dieser Regierung zur Zeit illegal entzogen sind,

f) die Belgier daran zu hindern, daß sie das unter der Treuhandschaft der Vereinten Nationen stehende Territorium von Ruanda-Urundi als unmittelbare oder mittelbare Aggressionsbasis gegen die Republik Kongo benutzen;

beschließt, daß die hier vertretenen Staaten sich das Recht vorbehalten, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, wenn die Ziele und die Grundsätze, welche die Anwesenheit der Einsatzkommandos der Vereinten Nationen in der Republik Kongo gerechtfertigt haben, nicht erreicht oder nicht geachtet werden sollten.

Resolution über Algerien

Die Konferenz von Casablanca,

in der Erwägung, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen in ihrer 15. Sitzungsperiode das Recht des algerischen Volkes auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung auf der Grundlage der territorialen Integrität sowie die Verantwortung der Vereinten Nationen bei der Anwendung dieses Rechts in Algerien anerkannt hat,

in der Erwägung, daß jede politische, diplomatische und materielle Hilfe an das algerische Volk ein Beitrag zur Befreiung Afrikas ist,

in der Erwägung, daß jede Hilfe an Frankreich in seinem Krieg in Algerien ein feindseliger Akt gegenüber ganz Afrika ist,

in der Erwägung, daß die Provisorische Regierung der Algerischen Republik die allein befugte Autorität ist, um Algerien zu vertreten und Entscheidungen in seinem Namen zu treffen,

in der Erwägung, daß der von Frankreich in Algerien geführte Krieg in wachsendem Maße den Frieden sowie die Sicherheit Afrikas und der Welt bedroht,

in der Erwägung, daß die Ereignisse und die Demonstrationen in Algerien eindeutig den Willen des algerischen Volkes bekräftigen, seine Unabhängigkeit zu verwirklichen und sich einmütig und einig hinter die Provisorische Regierung der Algerischen Republik zu stellen,

1. bringt ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, das algerische Volk und die Provisorische Regierung der Algerischen Republik in ihrem Kampf um die Unabhängigkeit Algeriens mit allen Mitteln zu unterstützen,

2. richtet an alle Länder, die das algerische Volk in seinem Kampf für die nationale Befreiung unterstützen, die Forderung, ihre politische, diplomatische und materielle Hilfe zu verstärken,

3. mißbilligt die Hilfe, die Frankreich in seinem Krieg der kolonialen Wiedereroberung Algeriens durch die NATO erhält,

4. fordert alle Länder auf, unverzüglich die unmittelbare oder mittelbare Benutzung ihrer Territorien für Operationen gegen das algerische Volk zu verbieten,

5. fordert den sofortigen Abzug der unter französischem Kommando in Algerien dienenden afrikanischen Truppen,

6. billigt den Beitritt afrikanischer und anderer Freiwilliger zur Armee de Libération Nationale (Algerische Befreiungsarmee),

7. fordert alle Regierungen, die dies noch nicht getan haben, auf, die Provisorische Regierung der Algerischen Republik anzuerkennen,

8. erklärt, daß die Fortsetzung des Krieges in Algerien geeignet ist, die Konferenzteilnehmer zu einer Ueberprüfung ihrer Beziehungen zu Frankreich zu veranlassen,

9. wendet sich gegen die Teilung Algeriens und weist jede einseitige Lösung und jedes aufgezwungene oder aufoktroyierte Statut zurück.

Die Konferenz mißbilligt und verurteilt alle Wahlen und alle Volksbefragungen, die von Frankreich einseitig in Algerien durchgeführt werden und deren Ergebnisse in keinem Fall für das algerische Volk bindend sein können.

Resolution über Ruanda-Urundi

Im Hinblick auf das Treuhandgebiet Ruanda-Urundi mißbilligt die Konferenz die Versuche Belgiens, dieses Land durch Schaffung von zwei pseudo-unabhängigen Staaten zu spalten auf Grund einer Politik der allgemeinen Repression gegen die national gesinnten Kräfte Ruanda-Urundis.

Sie unterstützt vorbehaltlos die Sache des Volkes von Ruanda-Urundi in seinem Kampf um eine echte Unabhängigkeit und fordert mit Nachdruck die Durchführung der Beschlüsse über die Zukunft Ruanda-Urundis und seine Verfassung, die die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Verlauf ihrer 15. Sitzungsperiode gefaßt hat, insbesondere:

die allgemeine und bedingungslose Amnestie für alle Personen, die an den Zwischenfällen im November 1959 beteiligt waren,

die Aufhebung des Ausnahmezustands,

die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und der Grundrechte,

die sofortige Möglichkeit zur Rückkehr für alle politischen Flüchtlinge,

die nationale Versöhnung,

die Wahrung der nationalen Einheit und der territorialen Integrität des Landes.

Die Konferenz mißbilligt die Benutzung des Gebiets von Ruanda-Urundi als Aggressionsbasis gegen die afrikanischen Völker im allgemeinen und gegen den Kongo im besonderen.

Die Konferenz fordert mit Nachdruck den sofortigen Abzug aller auf diesem Territorium stationierten belgischen Streitkräfte und die Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit.

Resolution über Palästina

Die Konferenz von Casablanca,

nach Prüfung der wichtigen Palästina-Frage,

zutiefst besorgt über die Lage, die in Palästina geschaffen worden ist, indem man den Palästina-Arabern ihre legitimen Rechte vorenthalten hat,

1. warnt vor der Gefahr, die aus dieser Lage für den Frieden und die Sicherheit im Nahen Osten entsteht und vor der internationalen Spannung, die sich daraus ergibt,

2. weist nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, für diese Frage eine gerechte Lösung in Uebereinstimmung mit den Entschließungen der Vereinten Nationen und mit der afro-asiatischen Entschließung von Bandung zu finden und den Palästina-Arabern alle ihre legitimen Rechte zurückzugeben,

3. stellt mit Entrüstung fest, daß Israel sich ständig auf die Seite der Imperialisten gestellt hat, wenn es darum ging, zu den lebenswichtigen Problemen Afrikas, insbesondere zur Algerien-Frage, zur Kongo-Frage und zur Frage der Atomversuche in Afrika Stellung zu nehmen und brandmarkt daher Israel als ein Werkzeug im Dienste des Imperialismus und des Neo-Kolonialismus nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Afrika und in Asien,

4. appelliert an die afrikanischen und asiatischen Staaten, sich dieser neuen Politik zu widersetzen, die der Kolonialismus verfolgt, um sich Stützpunkte zu schaffen.

Resolution über Mauretanien

Die Konferenz von Casablanca,

angesichts der kolonialistischen Machenschaften, die darauf abzielen, die Territorien der afrikanischen Staaten zu teilen und somit zu schwächen;

in der Erwägung, daß Frankreich, um seine Herrschaft in der Sahara zu festigen, die Bodenschätze der Sahara auszubeuten und sich Ausgänge zum Atlantischen Ozean zu sichern, Marokko seines südlichen Teils in Mauretanien beraubt hat,

in der Erwägung, daß die Schaffung eines Scheinstaates, des sogenannten Mauretanien, gegen den Willen der Bevölkerung und unter Mißachtung der von Frankreich feierlich abgegebenen Verpflichtungen, einen Bruch der völkerrechtlichen Verträge und Abkommen darstellt,

in der Erwägung, daß die Erhebung Mauretaniens zum Staat nur ein Mittel Frankreichs ist, um die afrikanischen Länder einzukreisen, sich Rückzugsbasen zu sichern und die Zahl seiner Satelliten zu vermehren,

in der Erwägung, daß die zahlenmäßige Vermehrung der künstlichen Staatsgebilde in Afrika ganz allgemein eine ständige Gefahr für die Sicherheit des afrikanischen Kontinents und zugleich eine Verstärkung des Imperialismus darstellt,

in der Erwägung, daß das von Frankreich in Mauretanien angestrebte Ziel die wirtschaftliche Ausbeutung und die Benutzung dieses Gebietes für strategische Zwecke — insbesondere gegen die afrikanischen Länder — sowie die Beibehaltung künstlicher Grenzen in Afrika ist,

in der Erwägung, daß die Verteidigung der Einheit und der territorialen Integrität eines jeden afrikanischen Staates gleichzeitig die Verteidigung der Freiheit Afrikas bedeutet,

mißbilligt und verurteilt in feierlicher Form jedwede wirtschaftliche, politische und militärische Ausbeutung in Afrika, und

erklärt ihren Willen, sich mit allen Mitteln jedem Versuch der Teilung und der Satellisierung des afrikanischen Kontinents zu widersetzen.

Die Konferenz billigt alle Maßnahmen, die Marokko in Mauretanien ergreift, um dort seine legitimen Rechte zurückzuerlangen.

Resolution über die Atomversuche in der Sahara

Die Konferenz von Casablanca, zusammengetreten in der Zeit vom 3. bis 7. Januar 1961,

wendet sich energisch dagegen, daß Frankreich trotz der Proteste der Weltöffentlichkeit, trotz der Mißbilligung durch die afrikanischen Staaten und trotz der Empfehlungen der Vereinten Nationen seine Atomversuche auf afrikanischem Boden weiter fortsetzt,

mißbilligt mit allem Nachdruck diesen gegen die Völker Afrikas gerichteten Akt der Provokation, der sie einschüchtern und auf ihrem Weg zur Freiheit und zur Verwirklichung ihrer Einheit hemmen soll, der eine permanente Gefahr für die afrikanische Bevölkerung und eine ständige Bedrohung des Weltfriedens darstellt,

mißbilligt und verurteilt die Verschwörung zwischen Frankreich und Israel auf dem Gebiet der Atomversuche, eine Verschwörung, die den Frieden in der Welt und insbesondere in Afrika bedroht,

appelliert an alle Völker und insbesondere an die bedrohten afrikanischen Völker, alles daranzusetzen, um diese Atomversuche zu beenden und zu verhüten, daß afrikanische Gebiete für Zwecke der Machtpolitik mißbraucht werden,

nimmt mit Befriedigung die Ablehnung des französischen Volkes, Atomversuche auf seinem eigenen Territorium zuzulassen, zur Kenntnis und

fordert alle afrikanischen Länder auf, ihre Beziehungen mit Frankreich angesichts der hartnäckigen Fortsetzung der Atomexplosionen in Afrika einer Ueberprüfung zu unterziehen.

Resolution über die Rassentrennung

Die Konferenz von Casablanca,

unter Hinweis auf die Beschlüsse der Vereinten Nationen, in denen die von der Regierung der Südafrikanischen Union verfolgte Politik der Apartheid und der Rassentrennung mißbilligt wird,

unter Hinweis insbesondere auf den Beschluß des Sicherheitsrats vom 1. April 1960, der die von der Regierung der Südafrikanischen Union verfolgte Politik der Rassentrennung als eine Gefahr für den Frieden und die internationale Sicherheit bezeichnet —

mißbilligt die Nichtachtung der von den Vereinten Nationen und von afrikanischen und asiatischen Konferenzen gefaßten Beschlüsse durch die Regierung der Südafrikanischen Union und verurteilt die hartnäckige Weiterverfolgung dieser Politik der Rassentrennung, die die Menschenwürde verletzt und einen flagranten Bruch der Menschenrechte darstellt,

mißbilligt die imperialistischen Mächte, die die Regierung der Südafrikanischen Union und damit ihre Rassenpolitik weiterhin moralisch, politisch und militärisch unterstützen,

bekräftigt erneut die Beschlüsse der Konferenzen von Bandung, Accra, Monrovia und Addis Abeba zu diesem Thema, verpflichtet sich, diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen, und richtet die dringende Forderung an die afrikanischen Staaten, diese Beschlüsse durchzuführen,

fordert desgleichen die Vereinten Nationen auf, die in den Artikeln 40 und 41 der Charta der Vereinten Nationen vorgesehenen Sanktionen zu verhängen, für den Fall, daß die Regierung der Südafrikanischen Union ihre Politik der Rassentrennung nicht beenden sollte.

Quelle: *Afrika-Informationsdienst* Nr. 3/1961, Dokument Nr. 81.

Die Beschlüsse über die nächsten Schritte der Europapolitik

Seit dem Beschluß des Ministerrats der EWG vom 12. Mai 1960 über die beschleunigte Verwirklichung der in den Verträgen vom Rom festgelegten wirtschaftlichen Ziele sind die Verhandlungen über die politische Form der Gemeinschaft in ein neues Stadium getreten. Die Verträge lassen den Staaten einen erheblichen Spielraum zwischen dem Maximalziel eines europäischen Bündnisstaates und einer konföderalen Lösung, immer unter der Voraussetzung, daß nicht nur eine Staatenkoalition auf Zeit, sondern eine dauernde politische Gemeinschaft entstehen soll. Durch den Beschleunigungsbeschluß der EWG ist auch die Entscheidung über diese politischen Fragen dringlicher geworden. Die Initiative der Gesprächsführung lag zunächst bei dem französischen Staatspräsidenten, der (am 29. und 30. Juli 1960) Bundeskanzler *Adenauer* konkrete Vorschläge für die Intensivierung der Zusammenarbeit der sechs Regierungen durch regelmäßige Konferenzen der Regierungschefs, ein Sekretariat und vier Koordinationskommissionen, für die Außenpolitik, die Verteidigung, die wirtschaftlichen und die kulturellen Fragen, machte. In engem Zusammenhang damit standen die Vorschläge *de Gaulles* für die Umorganisation der NATO, die Frankreichs weltpolitische Stellung durch die Errichtung eines Dreierdirektoriums mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien als weiteren Mitgliedern erheblich stärken sollte.

Die ursprünglich für den Dezember 1960 geplante „Gipfelkonferenz der Sechs" hat am 10. und 11. Februar 1961 in Paris stattgefunden und soll am 19. Mai in Bonn fortgesetzt werden. Als konkretes politisches Ergebnis gibt das Pariser Kommuniqué (vgl. S. D 128 f.) vorläufig nur die Beauftragung einer Studienkommission mit der Vorbereitung von Vorschlägen für die weiteren Zusammenkünfte der Staats- oder Regierungschefs und der Außenminister sowie andere „wünschenswerte Zusammenkünfte" bekannt. Der Wille zu Vereinbarungen mit Großbritannien, das besonders genannt wird, und den übrigen europäischen Ländern wird stark unterstrichen. Wenige Tage später haben sich die in der EFTA zusammengeschlossenen sieben Staaten auf einer in Genf (vom 14. bis zum 16. Februar) tagenden Ministerkonferenz durch die Vorverlegung der zweiten Zollsenkungsstufe von 10 vH von Anfang 1962 auf Mitte 1961 der beschleunigten Gangart des Zollabbaus der EWG angeschlossen und ihre Zustimmung zum Abschluß eines Assoziierungsvertrages mit Finnland gegeben (vgl. S. D 129 f.). Die EFTA hat damit ihre Verhandlungsposition gegenüber der EWG verstärkt. Die Kommission der EWG ist ihrerseits bestrebt, die in den vergangenen Jahren aufgebauten internationalen Verbindungen sorgfältig zu pflegen. In diesem Zusammenhang ist der Telegrammwechsel zwischen dem Präsidenten der EWG-Kommission und dem neugewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten beachtenswert (vgl. S. D 128).

Abseits von der Geschäftigkeit der jüngeren europäischen Institutionen, zu denen auch die selbst noch im Entwicklungsstadium befindliche Nachfolgeorganisation der OEEC, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gehört (vgl. Dokumentation Jg. 1961, S. D 91 ff.), führt der Europarat in Straßburg ein wenig beachtetes, aber keineswegs nutzloses Dasein. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit hat sich immer mehr auf den kulturellen Bereich verlagert, wo die Pflege der gemeinsamen geistigen Grundlagen der europäischen Politik eine Planung auf weitere Sicht erfordert, die alle freien Völker Westeuropas einbezieht (vgl. S. D 126 ff.).

Kommuniqué über die Tagung des Ministerausschusses des Europarats in Straßburg vom 12. Dezember 1960

Betrifft: Kulturpolitische Zusammenarbeit — Projekte der Versammlung — Beteiligung am Wiederansiedlungsfonds.

Die am Jahresende übliche Sitzung des Ministerausschusses des Europarates fand am 12. Dezember in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Maurice Couve de Murville, dem französischen Außenminister, statt. Die Nachmittagssitzung wurde präsidiert von Herrn Hans Joachim Merkatz, Minister für Angelegenheiten des Bundesrats und Flüchtlinge der Bundesrepublik Deutschland.

Der Ausschuß ist sich über die dringende Notwendigkeit im klaren, daß die Zusammenarbeit der Fünfzehn auf dem Gebiete von Kultur, Erziehung und Wissenschaft entwickelt werden muß. Er hat daher eine Entschließung angenommen, welche den Mitgliedsregierungen des Europarates empfiehlt, einen erheblich größeren finanziellen Beitrag an den Kulturfonds des Rates zu leisten. Die zweite Europäische Konferenz der Erziehungsminister, welche im Frühjahr 1961 in Hamburg tagen wird, soll darüber hinaus ihre Auffassungen über ein Programm der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, unter Ausnutzung der institutionellen Möglichkeiten des Europarats, ausarbeiten.

Die Außenminister haben die Einberufung eines Ausschusses hoher Beamter beschlossen, welcher die Möglichkeit weiterer Entwicklungen im Rahmen des Europarats im Hinblick auf eine gemeinsame Politik auf den Gebieten von Kultur, Erziehung und Wissenschaft prüfen soll. Dieser Ausschuß wird konkrete Vorschläge zu diesem Thema ausarbeiten und seinen Bericht vor dem 31. Juli 1961 vorlegen.

Der Ministerausschuß hat, unter Berücksichtigung des Vortrages des Generalsekretärs, eine Mitteilung an die Beratende Versammlung über die heutige Rolle des Europarats ausgearbeitet. In dieser Mitteilung wird insbesondere zum Ausdruck gebracht, daß die Minister zur Zeit prüfen, mit welchen Mitteln die dem Europarat durch sein Statut gesetzten Aufgaben am besten erreicht werden können. Die Minister sind der Auffassung, daß es die wesentlichste Aufgabe ist, praktische Möglichkeiten für eine Stärkung der Einheit der fünfzehn Länder zu finden und den europäischen Geist zu fördern. Die Rolle der Beratenden Versammlung als treibendes Element in Europa, als Forum und Quelle konstruktiver Vorschläge wurde von den Ministern hervorgehoben.

Nach einer Aufzählung der vom Europarat auf verschiedenen Gebieten erzielten Erfolge und der in Arbeit befindlichen Projekte bringt der Ministerausschuß den Wunsch zum Ausdruck, daß die Versammlung in enger Zusammenarbeit mit ihm neue Projekte prüfen und zur Durchführung bringen möge.

Die Minister betonen insbesondere die Bedeutung der Planungen auf dem Gebiete der Erziehung, der Kultur und der Wissenschaft und die Entschließungen, die zu diesen Punkten gefaßt worden sind.

Zum Abschluß erklären die Minister, daß sie sich auf die Ausarbeitung eines Aktionsprogrammes konzentrieren werden.

In diesem Sinne hat der Ministerausschuß seine ständigen Vertreter beauftragt, gemeinsam mit Vertretern der Beratenden Versammlung eine Reihe von Vorschlägen des Generalsekretärs mit dem Ziele der Formulierung konkreter Vorschläge zu prüfen.

Die Mitteilung des Ministerausschusses wurde zu Beginn der Sitzung des Gemischten Ausschusses, welche am gleichen Tage am Nachmittag stattfand, dem Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn Per Federspiel, überreicht.

Im Verfolg ihrer Sitzung nahmen die Außenminister ein Exposé von Herrn Pierre Schneiter, dem Sonderbeauftragten des Europarats für die nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, entgegen. Herr Schneiter sprach über die Möglichkeit einer Beteiligung am Wiederansiedlungsfonds durch Mitgliedsländer des Rates, die diesem Fonds bisher nicht angehören. Mitglieder des Fonds sind zur Zeit: Belgien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Island, Italien, Luxemburg und die Türkei.

Quelle: *Mitteilungen des Europarats,* Nr. 1/1961.

Entschließung des Ministerausschusses des Europarats vom 12. Dezember 1960

Betrifft: Kulturelle Zusammenarbeit — Konferenz der Unterrichtsminister — Ad hoc-Ausschuß für kulturelle Aktion.

Der Ministerausschuß,

erinnert daran, daß der Europarat auf Grund des Art. 1 seines Statutes eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern ... durch Beratung der Fragen allgemeinen Interesses, durch den Abschluß von Abkommen und durch gemeinschaftliches Vorgehen auf (wirtschaftlichem, sozialem), kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet verfolgt. Im Bewußtsein der drängenden Notwendigkeit, die Zusammenarbeit im Rahmen des Europarates auf den oben angegebenen Gebieten weiter auszubauen,

1. Empfiehlt den Mitgliedsregierungen, den finanziellen Beitrag zum Kulturfonds für die drei Haushaltsjahre 1962 bis 1964 wesentlich zu erhöhen;

2. Empfiehlt den Mitgliedsregierungen, die zuständigen Minister einzuladen, anläßlich ihrer Tagung, die im April 1961 stattfinden soll (2. Konferenz der Unterrichtsminister), ihre Ansichten über ein Programm der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der allgemeinen und wissenschaftlichen Erziehung sowie der Kultur zu formulieren und dazu das Organ des Europarates zu verwenden, wobei dieses Programm teils durch die nationalen Budgets und teils durch den Kulturfonds finanziert werden müsse.

3. Beschließt, nach der oben erwähnten Konferenz, einen ad hoc-Ausschuß hoher Beamter einzuberufen, die vom jeweiligen Mitglied des Ministerausschusses (oder mit seiner Zustimmung) ernannt werden müßten unter entsprechender Berücksichtigung der Art. 14, 15 und 17 der Statuten des Europarats. Dieser Ausschuß, dessen Mitglieder eine gründliche Kenntnis der vorliegenden Probleme haben müßten, wird damit beauftragt, im Lichte der obigen Empfehlungen 1. und 2.:

a) die Möglichkeit der Ausweitung der Aktion des Europarates insbesondere im Hinblick auf:

— gegenseitige Information über die jeweiligen nationalen Maßnahmen und deren Koordinierung betreffend die aufzuwendenden Mittel und ähnliche Probleme, die sich innerhalb eines jeden Landes ergeben, zu lösen;

— die Konsultierung in bezug auf jene Fragen, welche die europäischen Länder im Rahmen größerer Organisationen zu behandeln haben;

— die Verfolgung einer gemeinsamen Aktion und Politik der europäischen Länder zu prüfen;

b) dem Ministerausschuß Vorschläge über:

— alle Aenderungen oder Neuerungen, die in bezug auf die zwischenstaatliche Zusammenarbeit, auf die Beziehungen mit der Beratenden Versammlung und die Arbeit des Generalsekretärs notwendig erscheinen könnten;

— ein Aktionsprogramm und einen Finanzierungsplan dieses Programmes;

— die Beziehungen zwischen dem Europarat und den anderen zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die ähnliche Ziele verfolgen;

vorzulegen;

c) dem Ministerausschuß vor dem 31. Juli 1961 Bericht zu erstatten.

Quelle: *Mitteilungen des Europarats*, Nr. 1/1961.

Telegrammwechsel zwischen dem Präsidenten der EWG-Kommission, Walter Hallstein, und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy

Betrifft: Unterstützung der EWG durch die Vereinigten Staaten — Ausbau der Beziehungen in der freien Welt.

Telegramm des Präsidenten der EWG-Kommission vom 20. Januar 1961

Anläßlich Ihrer Amtsübernahme möchte ich Ihnen in meinem Namen und im Namen der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unsere besten Wünsche zum Ausdruck bringen für die kommenden Jahre mit all ihren Anforderungen und für Ihren Erfolg bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben, denen wir alle gegenüberstehen. Unsererseits sehen wir mit Genugtuung einer ständigen und immer fruchtbareren Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft zuversichtlich entgegen.

Telegramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 2. Februar 1961

Ich weiß die guten Wünsche, die Sie mir in Ihrem eigenen Namen und im Namen der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft freundlicherweise übermittelt haben, sehr zu schätzen.

Es ist meine aufrichtige Hoffnung, daß die kommenden Jahre einen weiteren stetigen Fortschritt auf dem Wege zu den Zielen des Vertrages von Rom bringen, wozu die Vereinigten Staaten weiterhin unbeirrbar ihre Unterstützung leihen werden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten sieht zuversichtlich einer engen Zusammenarbeit mit der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Ausbau der Beziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Vereinigten Staaten sowie anderen Ländern entgegen, die sich zum Wohle der ganzen freien Welt auswirken.

Quelle: Pressemitteilung des Verbindungsbüros der Europäischen Gemeinschaften in Bonn.

Kommuniqué über die Konferenz der Regierungschefs der EWG-Staaten in Paris vom 11. Februar 1961

Betrifft: Möglichkeiten einer engeren politischen Zusammenarbeit — Einheit Europas — Kommission für Fragen der Weiterentwicklung der Gemeinschaften.

Die Staats- oder Regierungschefs und die Außenminister Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande sind am 10. und 11. Februar 1961 in Paris zusammengekommen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet bestehen zwischen den sechs Staaten bereits besondere Bindungen, die sich mit fortschreitender Verwirklichung der Verträge von Paris und

Rom weiter verstärken werden. Die sechs Regierungen wünschen in einem Geist des guten Willens und der Freundschaft alle Vereinbarungen anzustreben, durch die der Handel mit den übrigen europäischen Ländern, besonders mit Großbritannien, sowie mit den übrigen Ländern der freien Welt aufrechterhalten und entwickelt werden kann. In dem gleichen Geist werden sie sich bemühen, die Probleme zu lösen, die sich aus dem Bestehen von zwei wirtschaftlichen Gruppierungen in Europa ergeben.

Das Ziel dieser Konferenz war es, geeignete Mittel und Wege zu finden, um eine engere politische Zusammenarbeit zu organisieren.

Durch Herstellung von Bindungen auf anderen Gebieten sollen die Grundlagen für einen sich schrittweise entwickelnden Zusammenschluß gelegt werden. Dieser Zusammenschluß, der im Augenblick auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschränkt ist, wird in der Folge weitere Mitglieder umfassen können.

Es ist festgestellt worden, daß die Schaffung einer neuen Art von Beziehungen in Europa, die sich auf die Entwicklung eines einheitlichen Marktes durch die Abschaffung jeglicher Schutzmaßnahmen auf dem Gebiet der Zölle und die Angleichung der Volkswirtschaften sowie auf eine politische Zusammenarbeit im Geiste der Freundschaft, des Vertrauens und der Gleichheit stützt, einer der wichtigsten Tatbestände der Gegenwart ist. Inmitten der Krisen und Unruhen, die die Welt erschüttern, muß Westeuropa, das in der Vergangenheit unter nationalen Rivalitäten und Konflikten schwer gelitten hat, ein Gebiet der Eintracht, der Freiheit und des Fortschritts werden. Auf diese Weise wird sich das Handeln Europas in der Welt zum Vorteil aller freien Länder und besonders zugunsten einer weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten auswirken.

Es wurde beschlossen, eine Kommission aus Vertretern der sechs Regierungen zu beauftragen, bei der nächsten Tagung konkrete Vorschläge zu unterbreiten, die die Zusammenkunft der Staats- oder Regierungschefs und der Außenminister sowie jede andere Zusammenkunft betreffen, die wünschenswert erscheint. Diese Kommission wird auch die anderen Probleme der europäischen Zusammenarbeit prüfen, insbesondere diejenigen, die im Zusammenhang stehen mit der Weiterentwicklung der Gemeinschaften.

Es wurde beschlossen, die zweite Konferenz (der Regierungschefs) am 19. Mai 1961 in Bonn abzuhalten.

Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. Februar 1961.

Kommuniqué über die Tagung des Ministerrats der EFTA in Genf vom 16. Februar 1961

Betrifft: Die nächsten Zollreduktionen — Beschleunigung zukünftiger Etappen — Assoziierung Finnlands — Schaffung eines europäischen Marktes — Beziehungen zu EWG und GATT.

Der Rat der Europäischen Freihandels-Assoziation tagte auf Ministerebene vom 14. bis 16. Februar 1961 in Genf. — Der Ministerrat beschloß, den Zeitpunkt für die nächste zehnprozentige Reduktion der Zölle innerhalb der EFTA um sechs Monate auf den 1. Juli 1961 vorzuverschieben. Dabei kam der Rat überein, baldmöglichst die im Stockholmer Uebereinkommen vorgesehene Prüfung der Regelung bezüglich des Fischhandels abzuschließen und dessen tatsächliche Ausdehnung anzustreben.

Der ständige EFTA-Rat in Genf ist beauftragt worden, die Möglichkeit einer Vorverschiebung der folgenden Etappen bezüglich der Herabsetzung und Abschaffung der

Zölle innerhalb der EFTA zu prüfen. Diese Prüfung soll gleichzeitig mit den Studien erfolgen, die gemäß den andern Bestimmmungen des Stockholmer Uebereinkommens im Laufe des Jahres 1961 durchgeführt werden müssen. Diese Studien beziehen sich insbesondere auf die Fortschritte, die mit Bezug auf die Aufhebung der mengenmäßigen Beschränkungen, die schrittweise Abschaffung der Ausfuhrbeihilfen für landwirtschaftliche Produkte und die Ausdehnung des Agrarhandels zur Sicherung eines vernünftigen Gleichgewichts der Interessen unter den EFTA-Partnern gemacht werden.

Der Rat hat das Verfahren für die Prüfung der Entwicklung des Handels in Agrarerzeugnissen festgelegt, wie das in der Konvention vorgeschrieben ist, und er hat für diese Arbeiten einen Termin bis zum 1. Juli 1961 festgesetzt.

Die Minister haben sich über die Form und die kommerziellen und institutionellen Bestimmungen des Assoziationsabkommens geeinigt, das Finnland offeriert werden soll. Die Besprechungen mit Finnland beginnen sofort. Die Minister sind überzeugt, daß die Verhandlungen über den endgültigen Text eines Abkommens innerhalb sehr kurzer Frist abgeschlossen werden können.

Um Europa zu stärken, ist es unerläßlich, alle bereits heute bestehenden Elemente des Zusammenhalts und der Stärke aufrechtzuerhalten und weiter zu festigen: das betrifft die EWG, die EFTA und die Bindungen Großbritanniens mit dem Rest des Commonwealth sowie die übrigen OEEC-Staaten, welcher weder der EFTA noch der EWG angehören. Die EWG und die EFTA stellen bereits eine wichtige Etappe in dieser Richtung dar. Doch das bloße Nebeneinanderbestehen dieser beiden Gruppen genügt noch nicht, um die wirtschaftlichen Möglichkeiten Europas voll auszuschöpfen und unserem Kontinent zu erlauben, die ihm zufallenden Aufgaben in der Welt voll zu erfüllen und insbesondere auf diese Weise einen größeren Beitrag zum Fortschritt der technisch unterentwickelten Länder zu leisten. Es ist der Wunsch der EFTA, sich zusammen mit der EWG an der Schaffung eines einzigen europäischen Marktes zu beteiligen, der mit über 300 Millionen Einwohnern einer der größten freien Märkte der Welt bilden würde.

Das würde die zukünftige OECD wesentlich stärken. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, eine Verschwendung der Produktionsmittel, eine Fehlorientierung der Unternehmungen und der Investitionen sowie eine Ausdehnung der europäischen Spaltung auf Afrika zu vermeiden.

Die Minister nahmen mit Genugtuung die im Kommuniqué vom 11. Februar 1961 von den Staats- und Regierungschefs der EWG-Staaten geäußerte Absicht zur Kenntnis, eine Lösung der Probleme zu finden, die sich aus der Spaltung Europas in zwei Wirtschaftsgruppen ergeben. Wenn der Wille besteht, kann eine Lösung gefunden werden. Die EFTA-Staaten sind jederzeit zu Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten der EWG bereit, wann immer diese es wünschen. Sie begrüßen deshalb die Kontakte zwischen Vertretern des Vereinigten Königreichs und von EWG-Staaten, womit bezweckt wird, die Grundlage für künftige Verhandlungen zwischen allen beteiligten Ländern abzuklären. Sie begrüßen auch die Möglichkeiten, welche im Rahmen des GATT für einen möglichst breit angelegten Abbau der Zollschranken nicht nur innerhalb Europas, sondern zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sowie den andern Ländern der Welt geboten werden.

Die Minister haben beschlossen, das Konsultativkomitee, welchem Vertreter der wichtigsten Wirtschaftssektoren der Mitgliedstaaten angehören, zu seiner ersten Sitzung Anfang Mai einzuberufen. Schließlich kamen sie überein, die nächste ordentliche Sitzung des EFTA-Rats auf Ministerebene in der zweiten Hälfte Juni in London abzuhalten.

Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. Februar 1961.

Die Auslegung der „Moskauer Erklärung“ vom November 1960 in Moskau, Peking und Warschau

Seit dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 hat die Außenwelt gelernt, daß das sogenannte sozialistische Lager nicht der monolithische Block ist, den die marxistisch-leninistische Ideologie suggestiv fordert, sondern ein differenziertes Gebilde, dessen Geschlossenheit nach innen und nach außen immer wieder in schweren Krisen erkämpft werden muß. Zugleich hat sich aber auch die Auffassung weitgehend durchgesetzt, daß bei diesen Auseinandersetzungen vor allem um die Taktik des weiteren Vorgehens gerungen wird und die gemeinsamen Ziele nicht unmittelbar berührt werden. Die zentrale Bedeutung der Doktrin für die kommunistische Politik schafft jedoch den Zwang, auch die taktischen Manöver stets dem Rahmen der Ideologie anzupassen. Nach den Konzilien der kommunistischen Führer tritt daher in der Regel eine Phase der Interpretation ein, in der zäh um die Auslegung jener Formulierungen gerungen wird, hinter denen sich die eben geschlossenen Kompromisse verbergen. Auch die im Anschluß an die Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien am 6. Dezember 1960 veröffentlichte „Moskauer Erklärung“ (vgl. den Wortlaut auf S. D. 38 ff.) ist seither in Moskau, Peking und Warschau durch ergänzende Stellungnahmen interpretiert worden, deren politische Bedeutung erst ein sorgfältiger Vergleich der umfangreichen Dokumente ersehen läßt.

Es handelt sich dabei auf sowjetischer Seite um das Referat von Ministerpräsident *Chruschtschow* auf der Mitgliederversammlung der Parteiorganisationen der Parteihochschule, der Akademie der Gesellschaftswissenschaften und des Instituts für Marxismus-Leninismus vom 6. Januar 1961, in dem *Chruschtschow* zu den Moskauer Beschlüssen Stellung nimmt und in dem er insbesondere die Frage von Krieg und Frieden eingehend erörtert (vgl. den Auszug auf S. D 133 ff.). Der offizielle Bericht über die Moskauer Beratung wurde von dem Sekretär des ZK, Mikhail *Suslow*, am 18. Januar 1961 dem Plenum des ZK der KPdSU erstattet (vgl. den Wortlaut auf S. D 142 ff.). In einer Resolution des ZK der KPdSU wurden die Moskauer Beschlüsse sodann am gleichen Tag gebilligt (vgl. den Wortlaut auf S. D 154 ff.). Das ZK der KP Chinas nahm ebenfalls am 18. Januar 1961 in einer Resolution zu den Moskauer Beschlüssen Stellung (vgl. den Auszug auf S. D 158 ff.). In Warschau gab der Erste Sekretär der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, Wladyslaw *Gomulka*, am 20. Januar 1961 auf der Tagung des ZK einen Kommentar zu der Moskauer Beratung (vgl. den Auszug auf S. D 161 f.).

Vergleicht man die Moskauer Erklärung mit dem Referat *Chruschtschows*, so fällt auf, daß der harte und aggressive Ton der Erklärung durch eine nüchterne Analyse — insbesondere der wirtschaftlichen Faktoren — ersetzt wurde. An die Stelle der scharfen Angriffe auf die Vereinigten Staaten trat eine Schilderung der Schwächung ihrer politischen und wirtschaftlichen Führungsrolle. *Chruschtschow* lehnte jedoch den Schluß ab, daß aus der nach dem Zweiten Weltkrieg aufgetretenen Krise des Kapitalismus folgere, die Sache der Weltrevolution könne durch einen neuen Weltkrieg gefördert werden.

Den Kern der Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Peking bildete die Frage der „Vermeidbarkeit von Kriegen“. In der Moskauer Erklärung war der Grundsatz der friedlichen Koexistenz bestätigt und als das einzig richtige Prinzip internationaler Beziehungen bezeichnet worden. Unter Berufung auf Lenin war festgestellt worden, daß die sozialistischen Länder ihren Haupteinfluß auf die Entwicklung der Weltrevolution durch den wirtschaftlichen Aufbau ausübten. Die Möglichkeit von Gewaltanwendung beim Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Form eines Bürgerkrieges war nicht ganz ausgeschlossen, jedoch auf den Fall beschränkt worden, daß die „Ausbeuterklassen dem Volk gegenüber Gewalt anwenden sollten“.

Das III. Kapitel der Rede *Chruschtschows*, die Erörterung von Krieg und Frieden, ist somit von zentraler Bedeutung. Es war *Chruschtschows* Anliegen, auf die Gefährlichkeit eines Kernwaffenkrieges für alle Staaten, also auch für die sozialistischen, wie auch auf die realen Möglichkeiten zur Vermeidung eines solchen hinzuweisen.

Chruschtschow teilte die Kriege in drei Kategorien ein: Weltkriege, lokale Kriege und nationale Befreiungskriege. Er ging von der These aus, daß ein Krieg zwischen den imperialistischen Staaten unwahrscheinlich sei, daß jedoch die Stärke des

sozialistischen Lagers einen Krieg zwischen diesem und den kapitalistischen Staaten verhindern werde. Die Einheit und die Macht des sozialistischen Lagers stelle damit eine reale Basis für die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen dar.

Nach *Chruschtschows* Ansicht ist die Gefahr von lokalen Kriegen wesentlich größer. Er wies in diesem Zusammenhang auf die vom Westen entwickelte Theorie eines begrenzten Krieges (limited war) hin, in die dieser aus Furcht vor einem thermonuklearen Krieg ausweiche. Da ein lokaler Krieg jedoch leicht, besonders wenn der Westen taktische Atomwaffen anwende, zu einem thermonuklearen Weltkrieg anwachsen könne, müsse ein lokaler Krieg ebenfalls unter allen Umständen verhindert werden, gegebenenfalls durch ein Eingreifen der Sowjetunion.

Chruschtschow rechtfertigte jedoch den nationalen Befreiungskrieg und erklärte unter Hinweis auf den Algerien-Krieg und den Umsturz auf Kuba, solche Kriege seien nicht nur zulässig, sondern auch solange unausbleiblich, bis alle Kolonialvölker ihre nationale Unabhängigkeit errungen hätten. Solche Kriege dürfe man nicht mit den lokalen Kriegen gleichsetzen, sie müßten im Gegenteil von allen Kommunisten aktiv unterstützt werden.

Bereits in der Moskauer Erklärung war die Alternative aufgezeigt worden, vor der gegenwärtig die Menschheit stehe: Friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung oder allesverheerender Kernwaffenkrieg. *Chruschtschow* erläuterte dies durch eine Aufzählung der bei einem Kernwaffenkrieg drohenden Verluste und hob demgegenüber die Möglichkeiten für eine friedliche Koexistenz-Politik hervor. Zur Eindämmung der Kriegsgefahr forderte *Chruschtschow* die Stärkung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht der sozialistischen Staaten. Letztlich strebe die Sowjetunion jedoch die Liquidierung aller Militärblöcke einschließlich des Warschauer Paktes und eine allgemeine und vollständige Abrüstung an.

Das Referat *Chruschtschows* wiederholte die Kampfansage gegen Revisionismus und Dogmatismus, wobei jedoch die Ausführlichkeit auffällt, mit der auf die Gefahren des Dogmatismus hingewiesen wird. Unter Berufung auf *Lenin* heißt es, daß jeder Marxist „mit dem lebendigen Leben, mit den exakten Tatsachen der Wirklichkeit rechnen muß, statt sich an die Theorie von gestern zu klammern".

In dem Bericht *Suslows* vor dem Plenum des ZK der KPdSU (vgl. den Wortlaut auf S. D 142 ff.) fehlte jene genaue Analyse der verschiedenen Formen des Krieges und der Möglichkeiten zu ihrer Vermeidung. *Suslow* beschränkte sich vielmehr auf eine Erläuterung der in der Moskauer Erklärung enthaltenen Formulierungen und betonte, daß es die Arbeiterklasse als ihre Pflicht ansehe, einen neuen Weltkrieg zu verhüten, noch ehe Atom- und Wasserstoffbomben zu fallen begännen. Das einzig richtige und vernünftige Prinzip internationaler Beziehungen sei die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher sozialer Systeme; sie sei eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus, in dessen Verlauf der Sozialismus dank der ihm innewohnenden Vorzüge unausweichlich den Sieg davontragen werde.

Nach Abschluß seiner Tagung billigte das Plenum des ZK der KPdSU am 18. Januar 1961 in einer Resolution die Beschlüsse der Moskauer Beratung (vgl. den Wortlaut der Resolution auf S. D 154 ff.). In der Resolution wird erneut auf die realen Möglichkeiten zur Vermeidung eines Krieges hingewiesen.

Am gleichen Tag nahm das ZK der Chinesischen KP zu den Moskauer Beschlüssen Stellung (vgl. S. D 158 ff.). Vergleicht man die chinesische Resolution mit der sowjetischen, so fällt zunächst die Hervorhebung der Bedeutung der Moskauer Deklaration von 1957 auf, von der es heißt, daß sie auch weiter richtungweisend bleibe. Weiter wird erklärt, die Einigkeit des sozialistischen Lagers sei auf eine neue Basis gestellt worden. Beide Sätze fehlen in der Moskauer Erklärung wie in der Resolution des ZK der KPdSU. Dies läßt die Vermutung zu, daß die chinesische KP bestrebt ist, die weitere Gültigkeit der in der Moskauer Deklaration von 1957 aufgestellten Thesen trotz der erfolgten Modifikationen zu betonen.

In der chinesischen Resolution tritt die Frage von Krieg und Frieden und die Erörterung der Möglichkeiten zur Verhinderung eines neuen Weltkrieges hinter der Darstellung des aggressiven Charakters des Imperialismus zurück. Die Vereinigten Staaten werden in diesem Zusammenhang als der „Hauptfeind der Völker in der gesamten Welt" und als „stärkster Kriegstreiber" bezeichnet. Ein neuer Weltkrieg

könne nur durch die gemeinsame Anstrengung des sozialistischen Lagers vermieden werden und der Friede nur solange erhalten werden, wie man auf den Kampf der Massen vertraue.

Energisch wird jedoch der Vorwurf zurückgewiesen, der Weg zur sozialistischen Revolution müsse unbedingt über einen Krieg zwischen den Staaten führen. Demgegenüber wird die Koexistenz-Politik Chinas hervorgehoben und die mit einer Reihe asiatischer Staaten abgeschlossenen Freundschafts- und Nichtangriffspakte oder Grenzverträge zitiert.

In der Resolution wird die Notwendigkeit der Solidarität der kommunistischen Parteien hervorgehoben, wobei der Grundsatz ihrer völligen Gleichberechtigung und Unabhängigkeit betont wird. Es wird darauf hingewiesen, daß sie an den einmütig gebilligten Standpunkten festhalten und sich gegenseitig bei der Verfolgung ihrer gemeinsamen Sache beistehen müßten. In diesem Zusammenhang werden energisch alle revisionistischen Bestrebungen verurteilt und die Forderung ausgesprochen, die „universalen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus in die konkrete Praxis der Revolution und des Aufbaus in China zu integrieren".

Diese Dokumente geben zu der Vermutung Anlaß, daß es auf der Moskauer Beratung nicht gelungen ist, die zwischen Moskau und Peking bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken. Dies wird ferner bestätigt durch die Art und Weise, in der anläßlich des 11. Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch-chinesischen Freundschaftspaktes das Vorhandensein von Differenzen abgestritten wurde. Es fiel auf, daß sich sowohl *Chruschtschow* als auch *Mao Tse-tung* während der jüngsten Solidaritätskundgebungen äußerst zurückhaltend verhielten. In allen Botschaften war auch stets nur von der gegenseitigen Hochachtung vor dem andern Volk die Rede, während alle Lobhymnen auf die Parteileitung oder den Parteichef der anderen Seite sorgfältig vermieden wurden. *Chruschtschow* wie auch *Mao Tse-tung* und *Tschu En-lai* scheinen sich jedoch der tödlichen Gefahr offener Meinungsverschiedenheiten bewußt zu sein. Der Austausch von Handels- und anderen Missionen in den letzten Wochen deutet darauf hin, daß man auf beiden Seiten bestrebt ist, über die verschiedenen ideologischen Auffassungen hinweg die Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu stärken.

Die Rede *Gomulkas** vor dem Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 20. Januar 1961, in der dieser zu der Moskauer Beratung Stellung nahm (vgl. den Auszug auf S. D 161 f.), ist insofern interessant, als Gomulka wohl die realen Möglichkeiten zur Vermeidung eines Krieges bejahte, jedoch auf eine eingehendere Begründung verzichtete. Er wies vielmehr auf die Bedrohung der polnischen Sicherheit hin durch die Pläne, die NATO zur vierten Atommacht zu machen. Es fehlte in diesem Zusammenhang nicht an Angriffen auf den „Imperialismus und Revanchismus" der Bundesrepublik. *Gomulka* ging auch auf die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen ein und machte diese von der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie abhängig.

Referat von Ministerpräsident Chruschtschow vor der Versammlung von Parteiorganisationen der Höheren Parteischule, der Akademie der Sozialwissenschaften und des Instituts für Marxismus-Leninismus des ZK der KPdSU in Moskau am 6. Januar 1961 (Auszug)

Betrifft: Krieg und Frieden — Kategorien von Kriegen — Weltkriege — lokale Kriege — nationale Befreiungskriege — Verhütung eines Weltkrieges — Politik der friedlichen Koexistenz — Kampf gegen den Imperialismus — Liquidierung der Militärblöcke — Deutschland-Frage — Abrüstung — Sicherung des Friedens.

III. Die Verhütung eines neuen Krieges — Das Problem aller Probleme

Genossen!

Im Brennpunkt der Aufmerksamkeit der Beratung standen die Fragen von Krieg und Frieden. Die Teilnehmer der Beratung waren sich durchaus darüber im klaren,

*) In dem von der Polnischen Presseagentur in *Materialien und Dokumente,* Nr. 3/4, 1961, veröffentlichten Text der Rede *Gomulkas* fehlt der vorliegende Auszug.

daß das Problem der Abwendung eines thermonuklearen Weltkrieges das brennendste, das lebenswichtigste Problem der Menschheit ist.

W. I. Lenin erklärte, daß seit dem Ersten Weltkrieg die Frage von Krieg und Frieden zur Kernfrage der gesamten Politik aller Länder der Welt, zur Frage des Lebens und des Todes von Dutzenden Millionen Menschen geworden war. Noch eindringlicher klingen diese Leninschen Worte jetzt, da die Anwendung von neuen Massenvernichtungsmitteln nie dagewesene Zerstörungen und den Tod von Hunderten Millionen Menschen verheißt. Keine Aufgabe ist heute so unaufschiebbar wie die Abwendung einer solchen Katastrophe.

Die Beratung zeigte die Mittel und Wege zu einer noch wirksameren Nutzung jener neuen Möglichkeiten der Verhütung eines Weltkrieges, die sich im Zusammenhang mit der Entstehung des sozialistischen Lagers und dem Wachstum seiner Macht, im Zusammenhang mit dem neuen Kräfteverhältnis ergeben haben. Die Völker sind überzeugt, daß die Kommunisten die ganze Macht des sozialistischen Systems, die gesteigerte Kraft der internationalen Arbeiterklasse aufbieten werden, um die Menschheit vor den Schrecken eines Krieges zu bewahren.

Marx, Engels und Lenin betrachteten es als die historische Mission der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Vorhut, nicht nur Unterdrückung, Ausbeutung, Elend und Entrechtung abzuschaffen, sondern die Menschheit auch von blutigen Kriegen zu erlösen.

W. I. Lenin erzog unsere Partei im Geiste des unversöhnlichen Kampfes gegen den Imperialismus, für dauerhaften Frieden und Freundschaft unter allen Völkern. Diese Prinzipien bildeten stets und bilden auch jetzt den Kerngehalt unserer Außenpolitik. Unsere Partei ist der Leninschen Worte eingedenk, daß der sterbende, faulende Kapitalismus noch imstande ist, der Menschheit großes Unheil zuzufügen. Die Partei wahrt stets höchste Wachsamkeit gegenüber der Gefahr, die vom Imperialismus ausgeht; sie erzieht in diesem Geiste das sowjetische Volk und tut alles, damit uns der Feind niemals überrumpeln kann. Wir machen auf die Kriegsgefahr aufmerksam, um die Wachsamkeit und Aktivität der Völker zu steigern, um sie zum Kampf für die Abwendung eines Weltkrieges zu mobilisieren.

Die Einstellung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zu den Fragen von Krieg und Frieden ist allgemein bekannt. Sie wurde wiederholt in Beschlüssen von Parteitagen und in anderen Dokumenten unserer Partei dargelegt.

Die Kriege entstanden mit der Teilung der Gesellschaft in Klassen. Das heißt, daß der Boden für den Ausbruch von Kriegen aller Art erst dann endgültig verschwindet, wenn die Teilung der Gesellschaft in feindliche, antagonistische Klassen abgeschafft ist. Mit dem Sieg der Arbeiterklasse in der ganzen Welt, mit dem Sieg des Sozialismus werden alle sozialen und nationalen Ursachen von Kriegen abgeschafft sein und die Menschheit die Möglichkeit erhalten, sich für alle Zeiten von dieser schrecklichen Geißel zu befreien.

Es gilt unter den gegenwärtigen Verhältnissen folgende Kategorien von Kriegen zu unterscheiden: Weltkriege, lokale Kriege, Befreiungskriege, d. h. Volksaufstände. Das ist notwendig, damit man diesen Kriegen gegenüber die richtige Taktik festlegen kann.

Gehen wir zunächst auf die *Weltkriege* ein. Die Kommunisten sind die entschiedensten Gegner von Weltkriegen, wie sie überhaupt Gegner von Kriegen zwischen Staaten sind. Kriege brauchen nur die Imperialisten zur Annexion fremder Gebiete, zur Unterjochung und Ausplünderung der Völker. Vor der Bildung des sozialistischen Weltlagers hatte die Arbeiterklasse keine Möglichkeit, den bestimmenden Einfluß auf die Entscheidung der Frage auszuüben, ob es zum Weltkrieg kommen soll oder nicht. Unter jenen Umständen stellten die besten Vertreter der Arbeiterklasse die Losung auf, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln, d. h. die Situation zur Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, durch das werktätige Volk auszunutzen.

Eine solche Situation entstand im Ersten Weltkrieg; und die Partei der Bolschewiki, Lenin, hat sie in klassischer Weise ausgenutzt.

Heutzutage sind die Verhältnisse anders. Das sozialistische Weltlager mit seiner mächtigen Wirtschaft und seinen Streitkräften übt auf die Entscheidung der Fragen von Krieg und Frieden einen ständig wachsenden Einfluß aus. Natürlich bestehen auch jetzt unter den imperialistischen Ländern akute Gegensätze und Antagonismen, wünschen sie, sich auf Kosten anderer, schwächerer Länder zu bereichern. Die Imperialisten müssen aber dabei die Sowjetunion und das ganze sozialistische Lager im Auge behalten und fürchten sich, untereinander Kriege anzuzetteln. Sie sind bestrebt, ihren Differenzen die Schärfe zu nehmen. Sie haben Militärblocks gebildet, in die sie viele kapitalistische Länder einbezogen haben. Obwohl diese Blocks durch inneren Kampf zerfleischt werden, eint ihre Teilnehmer, wie diese selber sagen, der Haß gegen den Kommunismus und selbstverständlich die Gemeinsamkeit des Wesensinhalts und der Bestrebungen des Imperialismus.

Unter den modernen Verhältnissen sind am wahrscheinlichsten Kriege nicht zwischen kapitalistischen, imperialistischen Ländern, obwohl auch das nicht auszuschließen ist. Kriege werden hauptsächlich von den Imperialisten gegen die Länder des Sozialismus und vor allem gegen die Sowjetunion als den mächtigsten sozialistischen Staat vorbereitet. Die Imperialisten möchten unsere Macht erschüttern, um die einstige Herrschaft des Monopolkapitals wiederzuerrichten.

Die Aufgabe besteht darin, den Imperialisten bei der Entfesselung von Kriegen unüberwindliche Hindernisse in den Weg zu legen. Unsere Möglichkeiten, die Kriegstreiber im Zaum zu halten, sind im Wachsen begriffen, so daß wir einen Weltkrieg abwenden können. Selbstverständlich können wir die Möglichkeit von Kriegen noch nicht vollständig bannen, da es die imperialistischen Staaten gibt, aber es ist für die Imperialisten jetzt weit schwieriger geworden, Kriege zu entfesseln als früher, vor dem Entstehen des mächtigen sozialistischen Lagers. Die Imperialisten können zwar einen Krieg entfesseln, müssen sich aber vor Augen halten, was das für Folgen haben wird.

Ich sagte schon einmal, wenn sich der Tollhäusler Hitler hätte vorstellen können, mit welch vernichtender Zerschmetterung sein blutiges Abenteuer enden würde und daß er selber Selbstmord werde begehen müssen, so hätte er sich gründlich überlegt, ob er den Krieg gegen die Sowjetunion entfesseln solle. Dabei gab es damals nur zwei sozialistische Länder: die Sowjetunion und die Mongolische Volksrepublik. Dennoch haben wir die Aggressoren zerschmettert, wobei wir auch die Gegensätze unter den imperialistischen Staaten ausnutzten.

Jetzt haben wir eine ganz andere Lage. Jetzt stehen dem imperialistischen Lager die sozialistischen Länder gegenüber, die eine starke Macht darstellen. Es wäre falsch, die Stärke des sozialistischen Lagers und seinen Einfluß auf den Ablauf der internationalen Ereignisse und folglich auf die Lösung der Frage, ob es Kriege geben soll oder nicht, zu unterschätzen. Angesichts des Bestehens des mächtigen Lagers des Sozialismus, das über machtvolle Streitkräfte verfügt, werden die Völker bei Mobilmachung aller Kräfte zum aktiven Kampf gegen die kriegslüsternen Imperialisten zweifellos imstande sein, einen Krieg abzuwenden und damit die friedliche Koexistenz zu sichern.

Einige Worte über die *lokalen* Kriege. Im imperialistischen Lager redet man jetzt viel von lokalen Kriegen und entwickelt sogar Atomwaffen kleineren Kalibers für den Einsatz in solchen Kriegen. Man hat eine besondere Theorie der lokalen Kriege fabriziert. Ist das ein Zufall? Natürlich nicht. Einige imperialistische Kreise, die befürchten, daß ein Weltkrieg mit dem vollen Zusammenbruch des Kapitalismus enden könnte, orientieren sich auf lokale Kriege.

Lokale Kriege hat es schon gegeben, sie können auch in Zukunft ausbrechen. Aber die Möglichkeiten der Imperialisten, auch solche Kriege zu entfesseln, werden jetzt immer mehr eingeengt. Ein kleiner imperialistischer Krieg kann, unabhängig davon, welche

Imperialisten ihn beginnen, in einen thermonuklearen, mit Raketen geführten Weltkrieg umschlagen. Darum müssen wir sowohl gegen Weltkriege als auch gegen lokale Kriege kämpfen.

Als Beispiel eines lokalen Krieges, den die Imperialisten entfesselten, kann die Aggression Großbritanniens, Frankreichs und Israels gegen Aegypten dienen. Sie wollten Aegypten erwürgen und damit die arabischen Länder in ihrem Unabhängigkeitskampf einschüchtern, wie sie auch den anderen Völkern Asiens und Afrikas Angst machen wollten. Ueber ihr Bestreben, mit Aegypten fertig zu werden, äußerten sich uns gegenüber britische Staatsmänner, unter ihnen auch Eden, recht offen, als wir in London waren. Wir sagten ihnen unverblümt: Wenn ihr einen Krieg beginnt, verliert ihr ihn, wir werden nicht neutral bleiben. Als dieser Krieg begann, wurde er von der Organisation der Vereinten Nationen formal verurteilt, aber das ließ die Aggressoren kalt, und sie setzten ihr schmutziges Werk fort, ja, sie waren sogar überzeugt, ihr Ziel bald zu erreichen. Die Sowjetunion, das ganze sozialistische Lager erhoben sich, um Aegypten zu verteidigen. Die nachdrückliche Warnung, die die Sowjetregierung an Eden und Guy Mollet richtete, machte dem Krieg ein Ende. Der lokale Krieg, das Abenteuer in Aegypten, erlitt ein schmähliches Fiasko.

So war es im Jahre 1956, als zwischen den Ländern des Sozialismus und den Ländern des Imperialismus ein anderes Kräfteverhältnis als jetzt bestand. Wir waren damals nicht so mächtig wie heute. Zudem hatten die Machthaber Großbritanniens, Frankreichs und Israels gemeint, sich die Schwierigkeiten zunutze machen zu können, die damals in Ungarn und Polen entstanden waren. Vertreter der imperialistischen Staaten wollten uns einflüstern, wir hätten unsere Schwierigkeiten in Ungarn und sie die ihren in Aegypten, und darum sollten wir uns nicht in ihre Angelegenheiten einmischen. Aber wir haben diesen Einflüsterern die gebührende Antwort gegeben. Wir schauten ihren Räubereien nicht untätig zu. Wir mischten uns ein und vereitelten ihre Aggression.

Da haben Sie ein Beispiel dafür, wie ein von den Imperialisten entfesselter Lokalkrieg durch das Eingreifen der Sowjetunion, des ganzen sozialistischen Lagers unterbunden wurde.

Ich sagte bereits, daß Lokalkriege auch in Zukunft nicht ausgeschlossen sind. Darum müssen wir immer auf der Hut sein und sowohl die Kräfte des sozialistischen Lagers als auch die Völker aller Länder, alle friedliebenden Kräfte zum Kampf für die Abwendung aggressiver Kriege aufbieten. Wenn die Völker aller Länder geeint und mobilisiert sind, wenn sie unermüdlich kämpfen, in ihren Bemühungen sowohl innerhalb eines jeden Landes als auch im internationalen Maßstabe geeint, dann können Kriege abgewendet werden.

Nun über die *nationalen Befreiungskriege*. Beispiele solcher Kriege aus der letzten Zeit sind der bewaffnete Kampf des vietnamesischen Volkes oder der Krieg des algerischen Volkes, der schon das siebente Jahr dauert.

Diese Kriege begannen als Aufstände von Kolonialvölkern gegen ihre Unterdrücker und wuchsen in einen Partisanenkrieg hinüber.

Befreiungskriege wird es geben, solange der Imperialismus, solange der Kolonialismus existiert. Das sind revolutionäre Kriege. Solche Kriege sind nicht nur zulässig, sondern auch unausbleiblich, da die Kolonialherren den Völkern die Unabhängigkeit nicht aus freien Stücken gewähren. Darum können die Völker ihre Freiheit und Unabhängigkeit nur im Kampf, darunter auch im bewaffneten Kampf, erringen.

Warum konnten sich die Imperialisten der Vereinigten Staaten, obwohl sie den französischen Kolonialherren auf jede Weise helfen wollten, nicht entschließen, in den Krieg in Vietnam unmittelbar einzugreifen? Sie taten es nicht, weil sie wußten: Stehen sie Frankreich mit ihren Streitkräften bei, so erhält Vietnam die entsprechende

Hilfe von China, der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern, und das kann in einem Weltkrieg gipfeln. Es ist bekannt, wie der Krieg ausgegangen ist: Nord-Vietnam siegte.

Ein ähnlicher Krieg wird jetzt in Algerien geführt. Was ist das für ein Krieg? Das ist ein Aufstand des arabischen Volkes Algeriens gegen die französischen Kolonialherren. Er wird als Partisanenkrieg geführt. Die Imperialisten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens helfen ihren französischen Bundesgenossen mit Waffen aus. Mehr noch, sie haben es Frankreich als NATO-Partner gestattet, seine Truppen aus Europa abzuziehen und zum Kampf gegen das algerische Volk einzusetzen. Auch das algerische Volk erhält Hilfe von benachbarten und anderen Ländern, die mit seinem Freiheitsdrang sympathisieren. Aber das ist ein Befreiungskrieg, den das Volk um seine Unabhängigkeit führt. Das ist ein heiliger Krieg. Solche Kriege erkennen wir an; den Völkern, die für ihre Freiheit kämpfen, helfen wir und werden wir helfen.

Oder nehmen wir Kuba. Dort war ebenfalls ein Krieg im Gange. Aber auch er begann als Aufstand gegen die innere Tyrannei, hinter der der amerikanische Imperialismus stand. Batista war ein Strohmann der Vereinigten Staaten, und diese halfen ihm aktiv. Aber die Vereinigten Staaten ließen ihre Streitkräfte nicht unmittelbar in diesen Krieg eingreifen. Das kubanische Volk siegte unter der Führung von Fidel Castro.

Kann es solche Kriege in Zukunft geben? Jawohl. Kann es solche Aufstände geben? Jawohl. Das aber sind eben Kriege, die Volksaufstände sind. Können sich in anderen Ländern Verhältnisse ergeben, bei denen dem Volk die Geduld reißt und es sich mit der Waffe in der Hand erhebt? Jawohl. Wie verhalten wir uns zu solchen Aufständen? Aufs positivste. Diese Aufstände kann man nicht mit Kriegen zwischen Staaten, mit lokalen Kriegen, gleichsetzen, denn bei diesen Aufständen kämpft das Volk für sein Recht auf Selbstbestimmung, auf seine soziale und unabhängige nationale Entwicklung. Das sind Aufstände gegen verrottete reaktionäre Regimes, gegen die Kolonialherren. Die Kommunisten unterstützen solche gerechten Kriege voll und ganz und schreiten in den ersten Reihen der Völker, die Befreiungskriege führen.

Genossen! Die Menschheit ist unmittelbar bei einem geschichtlichen Markstein angelangt, von dem aus sie Probleme lösen kann, denen die vorausgegangenen Generationen nicht gewachsen waren. Das bezieht sich auch auf das brennendste aller Probleme, das Problem der Abwendung eines Weltkriegs.

Die Arbeiterklasse, die schon heute in einem riesigen Teil der Welt die Führung innehat und morgen die ganze Welt leiten wird, kann nicht zulassen, daß die dem Untergang preisgegebenen Kräfte hunderte Millionen Menschen mit sich ins Grab reißen. Ein Weltkrieg aber wäre unter den modernen Verhältnissen ein Raketen- und Kernwaffenkrieg, d. h. der mörderischste von allen Kriegen der Geschichte.

Es gibt unter den bereits erprobten Wasserstoffbomben solche, deren Sprengkraft die Wirkung sämtlicher im Zweiten Weltkrieg, ja während der ganzen Existenz der Menschheit eingesetzten Explosivstoffe um ein Mehrfaches übertrifft. Wie Wissenschaftler berechnet haben, können durch die Explosion einer Wasserstoffbombe in einem Industriegebiet mit einem Schlag rund 1,5 Millionen Menschen vernichtet werden, und außerdem durch die spätere Strahlung noch rund 400 000 Menschen zugrunde gehen. Selbst eine mittlere Wasserstoffbombe genügt, um eine Großstadt dem Erdboden gleichzumachen. Englische Wissenschaftler sind zu der Ansicht gekommen, daß vier Bomben von je einer Megatonne, auf London, Birmingham, Lancashire und Yorkshire abgeworfen, mindesten 20 Millionen Menschen töten würden. Nach Angaben, die amerikanische Fachleute dem Senat vorgelegt haben, werden sich die Verluste, die die Vereinigten Staaten nach 24 Stunden Kernwaffenkrieg zu gewärtigen hätten, auf 50—75 Millionen Menschenleben belaufen. Der bekannte amerikanische Gelehrte Pauling erklärt: „In den Gebieten, gegen die wahrscheinlich starke Kernwaffenschläge geführt werden würden, lebt etwa eine Milliarde Menschen. Innerhalb von 60 Tagen nach

einem Atomangriff dürften 500—750 Millionen Menschen zugrunde gegangen sein." Ein Kernwaffenkrieg brächte auch den Völkern der Länder unermeßliches Leid, die nicht unmittelbar mit Bomben belegt werden würden; so würden namentlich viele Millionen an den verheerenden Folgen der Strahlung zugrunde gehen.

Wir wissen, daß die Völker den Kapitalismus hinwegfegen und vernichten werden, falls die imperialistischen Tollhäusler einen Weltkrieg entfesseln sollten. Aber wir sind entschieden gegen den Krieg, vor allem, weil wir an die Geschicke der Menschheit, an ihre Gegenwart und Zukunft denken. Wir wissen, daß im Kriegsfall vor allem die Werktätigen und ihre Vorhut, die Arbeiterklasse, Schaden erleiden werden.

Wir denken daran, wie W. I. Lenin die Frage des Schicksals der Arbeiterklasse stellte. Schon in den ersten Jahren nach der Revolution, als der erste sozialistische Arbeiter- und Bauernstaat der Welt im Feuerring der Belagerung war, lehrte Iljitsch: „Wenn wir den Werktätigen retten, wenn wir die wichtigste Produktivkraft der Menschheit, den Arbeiter, retten, dann können wir alles ersetzen, aber wir werden untergehen, wenn wir nicht imstande sind, ihn zu retten ..." (W. I. *Lenin*, Werke, Bd. 29, S. 334—335, Russische Ausgabe.)

Heute gibt es in der Welt nicht nur einen Arbeiter- und Bauernstaat, sondern bereits ein ganzes System von sozialistischen Staaten. Wir sind vor der Geschichte verpflichtet, den Frieden und die friedliche Entwicklung dieses großen Werkes der internationalen Arbeiterklasse zu sichern. Der auf Grund der historischen Entwicklungsgesetze unausbleibliche Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt ist schon nahe. Um diesen Sieg zu erringen, brauchen wir keinen Krieg zwischen Staaten.

Nüchterne Berücksichtigung der unabwendbaren Folgen eines Kernkrieges ist unerläßlich, um mit der erforderlichen Konsequenz die Politik der Verhütung eines Krieges durchzuführen und die Massen für die Lösung dieser Aufgabe zu mobilisieren. Schon die bloße Einsicht in die Gefährlichkeit eines verheerenden Krieges bestärkt die Massen in ihrem Willen, gegen den Krieg zu kämpfen. Darum ist es notwendig, die Massen vor den überaus gefährlichen Folgen eines neuen Weltkrieges zu warnen und so den heiligen Zorn der Völker gegen diejenigen aufzubieten, die dieses Verbrechen vorbereiten. Die Möglichkeit, einen Krieg abzuwenden, wird uns nicht von oben beschert. Den Frieden kann man nicht erflehen. Man kann ihn nur durch aktiven zielstrebigen Kampf sichern. Deshalb führen wir diesen Kampf und werden ihn auch weiter führen.

Die gesamte Außenpolitik der Sowjetunion zielt auf die Festigung des Friedens ab. Die immer stärker werdende Macht unseres Staates werden wir auch weiterhin nicht dazu benutzen, irgend jemandem zu drohen, nicht dazu, die Kriegsleidenschaften zu entfachen, sondern unbeirrbar die Politik des Kampfes gegen die Kriegsgefahr, für die Abwendung eines Weltkriegs betreiben.

Wir gingen und gehen davon aus, im Interesse des Friedens auf Grund der Prinzipien der friedlichen Koexistenz die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Völkern aufrechtzuerhalten und zu festigen.

Genossen! Das Leben selbst bestätigt die Richtigkeit der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener sozialer Ordnung, die von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern konsequent befolgt wird. Unsere Partei betrachtet die uns von Lenin vermachte Politik der friedlichen Koexistenz als die Generallinie ihrer Außenpolitik. Die friedliche Koexistenz ist die große Entwicklungsbahn für die internationalen Beziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern.

Eine konsequente Politik der friedlichen Koexistenz festigt die Positionen des sozialistischen Weltsystems, fördert das Wachstum seiner wirtschaftlichen Macht und internationalen Autorität, seines Einflusses auf die Volksmassen, schafft ihm günstige außenpolitische Möglichkeiten im friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus.

Dank dem Umstand, daß die Länder des sozialistischen Lagers eine richtige Politik, eine Politik des aktiven Kampfes gegen die imperialistischen Kriegsbrandstifter betreiben, ist die Autorität der Sowjetunion und aller sozialistischen Länder heute größer denn je. Ist es doch eine Tatsache, daß die Länder des Sozialismus jetzt über sehr gute internationale Positionen verfügen. In den kapitalistischen Staaten wächst die Autorität der Bruderparteien, die unter besonders schwierigen Verhältnissen wirken, ebenfalls von Tag zu Tag. Die ganze Welt gibt heute zu, daß die aktive, wirksame, einflußreiche Außenpolitik der Sowjetunion, aller sozialistischen Länder immer neue Millionen Menschen für den Frieden und Sozialismus gewinnt.

Die Politik des aktiven Friedenskampfes hat den außenpolitischen Aktionen der sozialistischen Länder dynamische Kraft verliehen. In den letzten Jahren gehört die Initiative in der internationalen Arena der Sowjetunion, den sozialistischen Ländern, während sich die imperialistischen Staaten und ihre Regierungen in aussichtsloser Verteidigung befinden. Ihr Prestige und ihre außenpolitischen Aktien stehen jetzt tiefer denn je zuvor.

Der Kurs auf friedliche Koexistenz fördert die Entwicklung der Kräfte des Fortschritts, der um den Sozialismus ringenden Kräfte, erleichtert in den kapitalistischen Ländern die Tätigkeit der kommunistischen Parteien und der anderen fortschrittlichen Organisationen der Arbeiterklasse, erleichtert den Völkern den Kampf gegen die aggressiven Militärblocks, gegen die ausländischen Militärstützpunkte und trägt zu den Erfolgen der nationalen Befreiungsbewegung bei.

Somit ist die Politik der friedlichen Koexistenz ihrem sozialen Inhalt nach eine Form des angespannten ökonomischen, politischen und ideologischen Kampfes des Proletariats gegen die aggressiven Kräfte des Imperialismus in der Weltarena.

Der Kampf gegen den Imperialismus kann nur erfolgreich sein, wenn seine aggressiven Handlungen entschieden zurückgewiesen werden. Mit Beschwörungen kann man die imperialistischen Abenteurer nicht in Schach halten. Es gibt nur einen Weg, den Imperialismus zu zügeln — die unermüdliche Festigung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht der sozialistischen Staaten, die weitestgehende Einigung und Festigung der revolutionären Weltbewegung, die Mobilisierung breiter Volksmassen zum Kampf für die Abwendung der Kriegsgefahr.

Das ZK der KPdSU und die Sowjetregierung werden auch künftig beharrlich alles tun, um die Kampfmacht unseres Landes zu steigern, da die Imperialisten das Wettrüsten fortsetzen.

Unsere Partei und Regierung wehren die aggressiven Handlungen des Imperialismus ab, wobei sie stets entschlossen und kaltblütig vorgehen. Wir streben unablässig danach, die Entwicklung so zu lenken, daß wir die Interessen des sozialistischen Lagers wahrnehmen, ohne die imperialistischen Provokateure einen neuen Weltkrieg entfesseln zu lassen.

Wir betrachten es als unsere Aufgabe, das aggressive Wesen aller militärpolitischen Gruppierungen der Imperialisten, wie der NATO, SEATO und CENTO, zu enthüllen, wobei wir ihre Isolierung und letzten Endes ihre Liquidierung anstreben. Wir erklärten wiederholt, daß wir unter dieser Bedingung bereit wären, die Organisation des Warschauer Vertrages aufzulösen. Von der Liquidierung der Militärgruppierungen würden alle Völker der Welt profitieren.

Das wäre ein enormer realer Beitrag zur Festigung des Friedens und zur Gesundung der internationalen Lage, ein großer Erfolg der Politik der friedlichen Koexistenz. Trotz aller Bemühungen ist es den Imperialisten in letzter Zeit nicht gelungen, auch nur einen neuen Staat in ihre Militärblocks einzubeziehen. Es ist bezeichnend, daß alle neuen unabhängigen Staaten erklärt haben, eine Politik der Nichtteilnahme an Militärblocks durchführen zu wollen.

Besondere Bedeutung für die Festigung des Friedens in Europa und nicht nur in Europa hat der Kampf gegen den wiedererstandenen westdeutschen Militarismus. Die Sowjetunion führt diesen Kampf zusammen mit der DDR, Polen, der Tschechoslowakei und den anderen sozialistischen Ländern in verschiedenen Richtungen. Die wichtigste von ihnen ist der Kampf für einen Friedensvertrag. Mit ihrem Programm für die Friedensregelung mit Deutschland und die Lösung der West-Berlin-Frage auf dieser Basis haben die sozialistischen Staaten in vieler Hinsicht dazu beigetragen, die Vereinigten Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und die anderen NATO-Partner als Gegner einer Entspannung zu entlarven. Die internationalen Positionen der Deutschen Demokratischen Republik, eines Vorpostens des Sozialismus in Westeuropa, haben sich gefestigt.

Als besonders labil haben sich die Positionen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs in West-Berlin erwiesen. Diese Mächte versuchen noch, sich an die alten Stellungen zu klammern, können aber nicht umhin, zu verstehen, daß das Besatzungsregime in dieser Stadt früher oder später ein Ende haben wird.

Es ist notwendig, die aggressiven imperialistischen Kreise auch weiterhin Schritt für Schritt zur Räson zu bringen und sie zu zwingen, der realen Lage Rechnung zu tragen. Und wenn sie sich weiter sträuben, dann werden wir entschiedene Maßnahmen treffen, dann schließen wir einen Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik, da wir fest entschlossen sind, endlich den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu sichern, den Splitter — das Besatzungsregime in West-Berlin — aus dem Herzen Europas zu entfernen.

Genossen! Wenn das Problem aller Probleme unserer Zeit die Abwendung eines neuen Krieges ist, so ist der radikalste Weg dazu die Abrüstung. Die Beratung der marxistisch-leninistischen Parteien hat erklärt, daß die Verwirklichung des von der Sowjetunion vorgeschlagenen Programms einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung von geschichtlicher Bedeutung für das Schicksal der Menschheit wäre.

Unser Kampf um die Abrüstung ist kein taktisches Manöver. Wir streben die Abrüstung aufrichtig an. Und hiermit stehen wir voll und ganz auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. Bereits Engels erklärte am Ende des vorigen Jahrhunderts die Abrüstung für möglich und bezeichnete sie als eine „Garantie des Friedens". In unserer Zeit ist die Abrüstungslosung erstmalig als praktische Aufgabe von W. I. Lenin gestellt worden, und die ersten sowjetischen Vorschläge einer vollständigen oder, falls die Kapitalisten auf die vollständige nicht eingehen, einer teilweisen Abrüstung wurden schon auf der Konferenz in Genua eingebracht.

Der Kampf für die Abrüstung ist ein überaus wichtiger Faktor zur Verhütung eines Krieges, ist aktiver Kampf gegen den Imperialismus. In diesem Kampf hat das sozialistische Lager die Mehrheit der Menschheit auf seiner Seite.

Die Ideale des Friedens und Fortschritts sind unsere ureigensten Ideale. Enthält doch bereits die von Marx verfaßte Inauguraladresse der I. Internationale den Aufruf, „die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen". (*Marx-Engels,* Ausgewählte Schriften, Bd. 1, S. 359.)

Wenn wir die Losung des Kampfes für eine Welt ohne Waffen und ohne Kriege aufstellen, so berücksichtigen wir natürlich, daß es unter den jetzigen Umständen beim Vorhandensein von zwei verschiedenen sozialen Weltsystemen im imperialistischen Lager noch recht starke Kräfte gibt, die diese Losung keineswegs befürworten, sondern bekämpfen.

Die Frage des Kampfes für den Kommunismus ist eine Klassenfrage, dagegen ist die Frage des Kampfes für den Frieden eine Frage, zu deren Entscheidung nicht nur die Kräfte der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und des Kleinbürgertums vereinigt

werden können, sondern sogar ein Teil der Bourgeoisie, der die reale Gefahr eines thermonuklearen Krieges erkennt.

Folglich läuft die Losung des Kampfes für den Frieden der Losung des Kampfes für den Kommunismus keineswegs zuwider. Diese beiden Losungen ergänzen sich, weil der Kommunismus in den Augen der breitesten Volksmassen eine Macht ist, die die Menschheit vor den Schrecken eines modernen verheerenden Raketen- und Kernwaffenkrieges retten kann, während der Imperialismus als eine Gesellschaftsordnung, die Kriege hervorbringt, sich im Bewußtsein der Massen immer mehr mit dem Krieg assoziiert. Darum ist die Losung des Kampfes für den Frieden gleichsam die Begleiterin der Losung des Kampfes für den Kommunismus.

In der Erklärung wird mit Recht festgestellt: „Die Friedensbewegung ist die breiteste Bewegung der Gegenwart, die Menschen der verschiedensten politischen Ueberzeugungen und Glaubensbekenntnisse umfaßt, Menschen, die verschiedenen Klassen der Gesellschaft angehören, aber durch das edle Streben vereint sind, neue Kriege zu verhindern und einen dauerhaften Frieden zu sichern.“ Zu den Friedenskämpfern gehören Vertreter verschiedener sozialer Schichten, verschiedener politischer Ueberzeugungen und religiöser Anschauungen.

Der Kampf für die Abrüstung ist ein aktiver Kampf gegen den Imperialismus, für die Einschränkung seiner militärischen Möglichkeiten. Die Völker müssen alles tun, um das Verbot und die Vernichtung der Atomwaffen wie auch aller anderen Massenvernichtungswaffen zu erwirken. Dann wird der Friede gesichert sein, und den Völkern werden sich die günstigsten Möglichkeiten bieten, ihr Leben entsprechend ihren Wünschen und Interessen zu gestalten.

Die erste Voraussetzung für einen Fortschritt bei der Abrüstung ist die Mobilmachung der breitesten Volksmassen und ihr wachsender Druck auf die imperialistischen Regierungen.

In der Politik des kapitalistischen Lagers gegenüber den sozialistischen Ländern äußern sich zwei Tendenzen: eine kriegslüstern-aggressive und eine gemäßigt-nüchterne. W. I. Lenin verwies auf die Notwendigkeit, Kontakte zu jenen Kreisen der Bourgeoisie aufzunehmen, die zum Pazifismus neigen, „und sei er auch noch so kläglich“ (Werke, Bd. 33, S. 236, Russische Ausgabe). Er sagte, im Kampfe für die Erhaltung des Friedens müßten wir auch „die vernünftigen Vertreter der Bourgeoisie“ ausnutzen.

Wie richtig diese Worte sind, zeigen auch die Ereignisse unserer Tage. Unter den herrschenden Klassen des imperialistischen Lagers dominiert das Bangen um die Zukunft des Kapitalismus. Die reaktionärsten Kreise legen wachsende Nervosität an den Tag; sie streben nach Abenteurertum und Aggression, weil sie hoffen, dadurch ihre Sache wieder ins Lot zu bringen. Zugleich gibt es unter den herrschenden Kreisen dieser Länder auch Kräfte, die verstehen, daß ein neuer Krieg den Kapitalismus selbst gefährdet. Daher bestehen zwei Tendenzen: eine ist auf den Krieg gerichtet, die andere darauf, in irgendeiner Form die Idee der friedlichen Koexistenz zu akzeptieren.

Die sozialistischen Staaten berücksichtigen in ihrer Politik diese beiden Tendenzen, sie erstreben Verhandlungen und Abkommen mit den kapitalistischen Ländern auf der Basis konstruktiver Vorschläge und sind bestrebt, die persönlichen Kontakte zwischen Staatsmännern der sozialistischen und der kapitalistischen Staaten zu entwickeln. Es gilt, auch künftig jede Möglichkeit zu nutzen, um die kalten Krieger und Anhänger der forcierten Aufrüstung zu entlarven und den Volksmassen zu zeigen, daß die Länder des Sozialismus wirklich aufrichtig für die Gewährleistung des Weltfriedens kämpfen.

Im Bewußtsein aller Völker erstarkt die Erkenntnis, daß es gerade die Kommunisten sind, die für zwischenstaatliche Beziehungen auf der Basis der friedlichen Koexistenz eintreten, daß gerade sie die leidenschaftlichsten und konsequentesten Friedenskämpfer sind. Wir können stolz darauf sein, daß sich bei den Völkern Friede und Kommunismus immer mehr assoziieren.

Die Kommunisten sind der Ansicht, daß man die Kriegsbrandstifter knebeln und eine neue weltumfassende Kriegskatastrophe verhüten kann, falls alle fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte der Gegenwart — die Länder des sozialistischen Systems, die internationale Arbeiterklasse, die nationale Befreiungsbewegung, die jungen Nationalstaaten und alle Länder, die gegen den Krieg auftreten, alle Friedensanhänger — noch entschlossener gegen die Kriegsgefahr kämpfen werden. Man muß tagaus, tagein neue Bevölkerungsschichten in den Friedenskampf einbeziehen und dabei die Passivität überwinden, die bei gewissen sozialen Schichten in den bürgerlichen Staaten leider festzustellen ist. „Der Kampf gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges muß entfaltet werden, ehe die Atom- und Wasserstoffbomben zu fallen beginnen", heißt es in der Erklärung.

Eine der entscheidenden Quellen der moralischen Stärke des Kommunismus und seines gewaltigen Einflusses auf die Massen ist die Tatsache, daß er als Bannerträger des Friedenskampfes auftritt. Gerade das Banner des Friedens bietet uns die Möglichkeit, die breitesten Volksmassen um uns zu scharen. Wenn wir das Banner des Friedens hochhalten, werden unsere Erfolge noch größer sein.

Die Kommunisten sehen es als ihre heilige Pflicht an, restlos alle Möglichkeiten zu nutzen, die den Völkern die moderne Epoche bietet, um die kriegslüsternen Kräfte des Imperialismus zu zügeln, um einen neuen Krieg abzuwenden.

Die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung unserer Zeit hat eine derartige Macht und Organisiertheit erreicht, daß sie die Erlösung der Menschheit von dem Unheil eines neuen Krieges als praktische Aufgabe stellt. In der Erklärung der Beratung heißt es:

„Die Kommunisten sehen ihre historische Mission nicht nur darin, die Ausbeutung und das Elend im Weltmaßstab abzuschaffen und die Möglichkeit eines beliebigen Krieges für immer aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft auszuschalten, sondern auch darin, bereits in der gegenwärtigen Epoche die Menschheit vom Alpdruck eines neuen Weltkrieges zu erlösen. Die kommunistischen Parteien in allen Ländern werden der Verwirklichung dieser großen geschichtlichen Mission ihre ganze Kraft und Energie widmen."

Quelle: *Probleme des Friedens und des Sozialismus* (Berlin), Heft 1, 1961.

Bericht des Sekretärs des ZK der KPdSU, Mikhail A. Suslow, vor dem Plenum des ZK der KPdSU am 18. Januar 1961

Betrifft: Ergebnis der Moskauer Beratungen — Charakter der gegenwärtigen Epoche — Sieg des Sozialismus — Krieg und Frieden — friedliche Koexistenz — Abrüstung — nationale Befreiungsbewegung zur Liquidierung des Kolonialismus — Situation des Kommunismus in den kapitalistischen Staaten — Uebergang zum Sozialismus — Kampf gegen Revisionismus und Dogmatismus — Einheit der kommunistischen Bewegung.

„Genossen!

Die Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, die vom 10. November bis 1. Dezember vorigen Jahres in Moskau stattfand, war ein hervorragendes Ereignis von historischer Bedeutung.

Drei Jahre sind seit der Moskauer Konferenz von 1957 vergangen, die die Erklärung und das Friedensmanifest beschlossen hat, die den grundsätzlichen Standpunkt der kommunistischen Weltbewegung in den wichtigsten Fragen der Gegenwart festgelegt hat. Dies waren Jahre des stürmischen Aufstiegs der Macht und des internationalen Einflusses des sozialistischen Lagers, der Auflösung des Kolonialsystems unter den Schlägen der nationalen Befreiungsbewegung, der Verschärfung der Klassenkämpfe in

der kapitalistischen Welt. Eingetreten sind weitere sehr bedeutende Wandlungen im Kräfteverhältnis in der Weltarena zugunsten des Sozialismus.

Es war notwendig, das Wesen all dieser Veränderungen allseitig zu analysieren, die Besonderheiten der gegenwärtigen Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung aufzudecken und die den neuen Verhältnissen entsprechenden Hauptlinien der Strategie und Taktik der kommunistischen und Arbeiterparteien zu entwerfen. Diese Aufgaben konnten mit dem maximalen Erfolg auf einem repräsentativen internationalen Forum gelöst werden, wo die gesamte kommunistische Weltbewegung vertreten wäre. Dieses internationale Forum war nun die Novembertagung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien.

Auf dieser Konferenz waren die kommunistischen und Arbeiterparteien aller wichtigen Räume der Welt vertreten: die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder, die kommunistischen Parteien der entwickelten kapitalistischen Länder, die kommunistischen Parteien der Länder, die ihre nationale Unabhängigkeit erkämpft haben, und die kommunistischen Parteien der um ihre nationale Unabhängigkeit ringenden Länder.

Das ermöglichte, die wichtigsten grundsätzlichen Fragen, die vor der kommunistischen Weltbewegung in ihrer Gesamtheit wie auch vor den kommunistischen und Arbeiterparteien der einzelnen Räume stehen, allseitig zu erörtern.

Man kann mit größter Genugtuung sagen, daß die November-Beratung alle Aufgaben mit Erfolg gelöst hat, die vor ihr standen, und ein neuer sehr großer Sieg des Marxismus-Leninismus in der internationalen kommunistischen Bewegung ist.

Die ganze Arbeit der Beratung wickelte sich im Geiste des kühnen revolutionären Schöpfertums, der kollektiven Analyse aktueller Probleme unserer Zeit ab.

Die neuen theoretischen Leitsätze und Schlußfolgerungen, die in der Erklärung dargelegt sind, bedeuten einen großen Fortschritt in der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie.

Die Beratung hat ein hohes Niveau der ideologisch-theoretischen Reife und Gestähltheit der kommunistischen Weltbewegung und ihrer leitenden Kader, deren unerschütterliche Treue zum Marxismus-Leninismus und Unversöhnlichkeit allen Abweichungen von unserer großen Lehre vor Augen geführt. Durch allseitige schöpferische Erörterung der vor der Konferenz stehenden Probleme wurde auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus die Uebereinstimmung der Ansichten in allen wichtigsten Fragen der internationalen Entwicklung und der kommunistischen Bewegung erzielt.

Die auf der Beratung beschlossenen Dokumente sind von welthistorischer Bedeutung und bilden die einheitliche, gemeinsame Plattform der ganzen kommunistischen Weltbewegung, die ideologische Grundlage ihres weiteren Zusammenschlusses und ihrer neuen Erfolge.

Die Hunderte Millionen von Werktätigen, die in den Kommunisten ihre ideologischen Führer, ihre zuverlässigsten Ratgeber sehen, vertrauten und hofften darauf, daß die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien richtige und klare Antworten auf die Fragen geben wird, die die ganze Menschheit bewegen. Und die Werktätigen wurden in ihren Hoffnungen nicht getäuscht.

Die Dokumente der Beratung enthalten Antworten auf die brennendsten und lebenswichtigen Fragen der Gegenwart, von deren Lösung die Geschicke der Menschheit und die Wege ihrer weiteren Entwicklung abhängen:

Die Einschätzung der gegenwärtigen Epoche und der Perspektiven, die sie eröffnet, Krieg und Frieden, die Möglichkeit der Verhütung eines Kernkrieges, der von dem Imperialismus vorbereitet wird, die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz von Staaten und der Abrüstung, die Hauptaufgaben der kommunistischen Parteien und der Völker der sozialistischen Länder, die Hauptaufgaben der Arbeiterklasse und aller Werktätigen

der Länder des Kapitalismus, die Wege der weiteren Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung.

In den Dokumenten der Beratung ist ein großartiges Aktionsprogramm der gesamten kommunistischen Weltbewegung auf viele Jahre hinaus dargelegt. Die Dokumente der Konferenz werden die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung auf eine neue Stufe heben und der nationalen Befreiungsbewegung sowie dem Kampf der Völker für die Verhütung des Krieges, für die Gewährleistung dauerhaften Friedens auf Erden neuen mächtigen Auftrieb geben.

Nach dieser welthistorischen Konferenz sind die Wege der kommunistischen Weltbewegung noch klarer, die Mittel unseres gemeinsamen Kampfes noch zuverlässiger und wirksamer, unsere Reihen noch geschlossener und unser großes Ziel — der Kommunismus — noch näher geworden.

I

Die Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien hat einmütig die Treue zu der Deklaration und dem Friedensmanifest bestätigt, die auf der Moskauer Konferenz von 1957 beschlossen worden waren. Die Deklaration und das Friedensmanifest bleiben das Kampfesbanner und die Anleitung zum Handeln für die ganze kommunistische Weltbewegung. Der Verlauf der historischen Ereignisse in den letzten drei Jahren hat die Richtigkeit der in der Deklaration und dem Friedensmanifest enthaltenen Analyse der internationalen Lage und der Perspektiven der Weltentwicklung vollauf erwiesen.

Die Deklaration und das Friedensmanifest haben in dem ideologischen und organisatorischen Zusammenschluß der kommunistischen Weltbewegung, in dem Zusammenschluß aller Kämpfer für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt eine hervorragende Rolle gespielt.

Die November-Beratung von 1960 hat den neuen Prozessen und Erscheinungen in der gesellschaftlichen Entwicklung eine tiefschürfende wissenschaftliche Einschätzung gegeben, viele neue wichtige theoretische und politische Leitsätze hervorgebracht und ausgearbeitet, die die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus sind.

An erster Stelle steht die wissenschaftliche Definition des Charakters unserer Epoche. Die richtige Einschätzung des Charakters der Epoche ist nicht bloß von riesiger theoretischer Bedeutung. Sie dient als Fundament für die Ausarbeitung einer wissenschaftlich begründeten Strategie und Taktik der revolutionären Parteien der Arbeiterklasse, die den objektiven Bedingungen der Wirklichkeit entsprechen.

In unserer Zeit, da die historische Entwicklung äußerst komplizierten Verlauf nimmt und ihr Tempo sich ungewöhnlich beschleunigt hat, ist es zur richtigen Orientierung im revolutionären Kampf besonders wichtig, die hauptsächlichen Tendenzen und Perspektiven der Weltentwicklung zu bestimmen.

Die Ausarbeitung nicht nur der allgemeinen strategischen Linie der kommunistischen Bewegung als Gesamtheit, sondern auch einer richtigen, den Besonderheiten dieses oder jenes Landes entsprechenden Strategie und Taktik jeder Partei ist mit dem Charakter der Epoche untrennbar verbunden. Lenin wies darauf hin, daß „. . . nur die Kenntnis der Hauptzüge der betreffenden Epoche als Basis zur Berücksichtigung kleiner Besonderheiten dieses oder jenes Landes dienen kann". (W. I. Lenin, Werke Band 21, Seite 125, Russische Ausgabe.)

Der Definition des Charakters unserer Epoche hat die Konferenz die Schlußfolgerungen des XX. Parteitages der KPdSU und der Erklärung von 1957 zugrunde gelegt, die die allgemeine Anerkennung der marxistisch-leninistischen Parteien fanden. In der von der Konferenz beschlossenen Erklärung ist die folgende ausführliche Definition unserer Epoche enthalten: „Unsere Epoche, deren Hauptinhalt der durch die große sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Uebergang vom Kapitalismus zum Sozia-

lismus ist, ist die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Uebergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Triumphes des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab.“

Die Beratung ist zu dem einmütigen Schluß gelangt, daß der Imperialismus schon nicht mehr imstande ist, bei der Lenkung und Entwicklung der Weltereignisse die frühere entscheidende Rolle zu spielen, obwohl sein Charakter keine Aenderung erfahren hat, obwohl er nach wie vor aggressiv bleibt. Das Kräfteverhältnis in der Weltarena hat sich von Grund auf verändert vor allem infolge der Festigung des sozialistischen Weltsystems wie auch infolge des aktiven Prozesses des Zerfalls des imperialistischen Kolonialsystems.

Zur Zeit entfallen ungefähr 35 Prozent der Erdbevölkerung (über eine Milliarde Einwohner) auf die Länder des sozialistischen Systems; 40 Prozent der Erdbevölkerung leben in den Ländern, die sich von der Kolonialsklaverei befreit haben oder um ihre Befreiung ringen, und bloß etwa ein Viertel der Erdbevölkerung entfallen auf die imperialistischen Mächte.

Der Hauptinhalt, die Hauptrichtung und die Hauptmerkmale der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft werden in der gegenwärtigen Epoche schon nicht vom Imperialismus, sondern von dem sozialistischen Weltsystem bestimmt, von den Kräften, die gegen den Imperialismus, für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen.

Im Zentrum der gegenwärtigen Epoche steht die internationale Arbeiterklasse und ihre größte Schöpfung — das Weltsystem des Sozialismus. Sie sind das Unterpfand des Sieges im Kampfe für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung, Sozialismus und Fortschritt der Menschheit. Eben deshalb werden in der Erklärung gleich nach der Definition der Epoche Fragen der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems behandelt.

Die Beratung ist zu dem einzig richtigen Schluß gelangt, daß sich das sozialistische Weltsystem in der Gegenwart in den entscheidenden Entwicklungsfaktor der menschlischen Gesellschaft verwandelt. Dieser Leitsatz ist von größter theoretischer und praktischer Bedeutung. Er eröffnet der Arbeiterklasse, den Völkern aller Länder neue Möglichkeiten — günstigere als je zuvor — im Kampf gegen den Imperialismus, für den Frieden, die nationale Befreiung und den Sozialismus.

Wir leben in der Zeit, da die große Voraussicht W. I. Lenins Wirklichkeit geworden ist: Die Diktatur des Proletariats ist aus einer nationalen Kraft zu einer internationalen Kraft geworden, die auf die Weltentwicklung immer stärkeren Einfluß ausübt.

In der Erklärung wird das Fazit der historischen Errungenschaften des sozialistischen Weltsystems gezogen, die neue Etappe seiner Entwicklung ausführlich charakterisiert und werden die Aufgaben der kommunistischen und Arbeiterparteien zu der weiteren Verstärkung seiner Macht festgelegt.

Von den bedeutenden theoretischen und praktischen Schlußfolgerungen der Konferenz verdient die These besondere Aufmerksamkeit, daß jetzt nicht nur in der UdSSR, sondern auch in den anderen sozialistischen Ländern die sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Wiederherstellung des Kapitalismus beseitigt sind, daß der Zusammenschluß der sozialistischen Länder im einheitlichen Lager, die erstarkende Einheit und die unablässig wachsende Macht dieses Lagers den vollen Sieg des Sozialismus im Rahmen des gesamten Systems gewährleisten.

Die nach der Beratung von 1957 verflossenen drei Jahre standen im Zeichen großer Errungenschaften des sozialistischen Weltsystems. Das sozialistische Weltsystem hat neue Erfolge in dem wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus errungen, sein internationaler Einfluß ist gewachsen.

Von 1957 bis 1959 hat die Produktion der sozialistischen Länder um 37,1 Prozent und die der kapitalistischen lediglich um 7,4 Prozent zugenommen. In der gleichen Zeitspanne ist die Industrieproduktion der UdSSR um 23 Prozent und die der USA bloß um 4,6 Prozent gestiegen.

Als internationale Pflicht der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder ist in der Erklärung die Aufgabe gestellt, alle Vorzüge des sozialistischen Systems und die inneren Ressourcen eines jeden Landes vollständig auszuwerten, um mit vereinten Kräften und in kürzester Frist das kapitalistische Weltsystem in dem absoluten Umfang der Industrie- und der Agrarproduktion zu übertreffen und gleich darauf die wirtschaftlich meistentwickelten kapitalistischen Länder in der Pro-Kopf-Produktion und dem Lebensstandard zu überholen.

Die Beratung hat die kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder auf die maximale Nutzung der großen Möglichkeiten orientiert, die sich jedem Land im einzelnen und dem System als Ganzes eröffnet haben.

Die erfolgreiche Entwicklung des Weltsystems des Sozialismus erfordert, wie in dem Material der Beratung mit Recht festgestellt wird, die konsequente Anwendung des Gesetzes der planmäßigen, proportionellen Entwicklung im sozialistischen Aufbau der verschiedenen Länder; die Entfaltung der schöpferischen Initiative der Massen; die ständige Vervollkommnung des Systems der internationalen Arbeitsteilung durch Koordinierung der Volkswirtschaftspläne, durch Spezialisierung und Kooperierung der Produktion im Rahmen des sozialistischen Weltsystems auf der Grundlage der Freiwilligkeit, des gegenseitigen Vorteils und der größtmöglichen Hebung des wissenschaftlich-technischen Niveaus; das Studium der kollektiven Erfahrungen; die Festigung der Zusammenarbeit und brüderlichen gegenseitigen Hilfe; die allmähliche Ueberwindung der historisch entstandenen Unterschiede in dem Stand der Wirtschaftsentwicklung auf dieser Grundlage und die Schaffung der materiellen Basis für einen mehr oder minder gleichzeitigen Uebergang aller Völker des sozialistischen Systems zum Kommunismus.

Wie in der Erklärung vermerkt wird, halten die marxistisch-leninistischen Parteien der sozialistischen Länder es für ihre internationale Pflicht, auch künftighin die Einheit und Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf der Grundlage der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, der Prinzipien der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der gegenseitigen Hilfe mit allen Mitteln zu festigen.

Die Hauptquelle der Kraft und Unbesiegbarkeit jedes sozialistischen Landes und des sozialistischen Lagers als Gesamtheit sind die Geschlossenheit, die Einheit der kommunistischen und Arbeiterparteien und der Völker der sozialistischen Länder, ihre Treue zur marxistisch-leninistischen Lehre, die marxistisch-leninistische internationalistische Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien, die Erziehung aller Werktätigen im Geiste der Verbindung von Internationalismus und Patriotismus, der entschiedene Kampf für die Ueberwindung der Ueberbleibsel des bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus.

Die Konferenz hat das mächtige sozialistische Lager — die Gemeinschaft der freien, souveränen Völker, die erfolgreich auf dem Wege des Sozialismus und des Kommunismus vorwärtsschreiten — noch mehr gestärkt.

II

Die große politische Bedeutung der Beratung besteht darin, daß sie die Aufmerksamkeit der Kommunisten der ganzen Welt, der internationalen Arbeiterklasse, aller Kriegsgegner auf die die Völker am meisten bewegende Frage konzentriert hat: die Frage Krieg und Frieden.

In der Erklärung der Beratung wird darauf hingewiesen, daß, solange der Imperialismus existiert, auch der Boden für Aggressionskriege bestehen bleibt, daß die Gefahr eines Weltkrieges nicht vorbei ist. Die Beratung betonte, daß die erhöhte Wachsamkeit

der Völker gegenüber der von den Imperialisten ausgehenden Kriegsgefahr notwendig ist. Als Hauptkraft der Aggression und des Krieges tritt der amerikanische Imperialismus auf.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, da ungeheuerliche Massenvernichtungs- und Zerstörungsmittel entwickelt worden sind, birgt das Bestreben der Imperialisten, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln, eine riesige Gefahr für die Völker in sich.

Die Anwendung von Massenvernichtungs- und Zerstörungsmitteln in einem neuen Krieg kann ganzen Ländern ungeahnte Verheerungen zufügen und größte Zentren der Weltproduktion und der Weltkultur in Schutt und Asche verwandeln. Ein solcher Krieg würde Hunderten Millionen Menschen, darunter auch in Ländern, die am Kriege nicht teilnehmen, Tod und Leid bringen.

Die Kommunisten als Vorhut der Arbeiterklasse kämpften stets gegen Eroberungskriege, da für die Arbeiterklasse und die Werktätigen die größten Leiden durch diese Kriege entstehen. Das Neue in der Antikriegstätigkeit des internationalen Kommunismus besteht darin, daß er, gestützt auf die Macht des sozialistischen Systems und auf den Beistand der Arbeiterklasse und der breitesten Volksmassen in allen Ländern, nun die reale Aufgabe gestellt hat, die Menschheit vor der Katastrophe eines neuen thermonuklearen Weltkrieges zu bewahren.

Bei den Menschen der Arbeit, bei allen, die ein neues Leben und einen dauerhaften Frieden anstreben, müssen die begeisternden Worte der Erklärung tiefsten Widerhall finden:

„Die Kommunisten sehen ihre historische Mission nicht nur darin, die Ausbeutung und das Elend im Weltmaßstab abzuschaffen und die Möglichkeit eines Krieges für immer aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft auszuschalten, sondern auch darin, bereits in der gegenwärtigen Epoche die Menschheit vom Alpdruck eines neuen Weltkriegs zu erlösen. Die kommunistischen Parteien in allen Ländern werden der Verwirklichung dieser großen geschichtlichen Mission ihre ganze Kraft und Energie widmen."

Ist ein neuer Krieg unvermeidlich, oder kann man ihn verhüten?

In dieser Frage hat die Beratung nochmals die historischen Schlußfolgerungen des XX. Parteitages der KPdSU und die auf ihnen beruhenden Leitsätze der Erklärung von 1957 bekräftigt. Eine schicksalhafte Unvermeidbarkeit des Krieges existiert heute nicht. Obwohl der Charakter des Imperialismus sich nicht geändert hat, haben sich dennoch mächtige Kräfte gebildet, die fähig sind, seine aggressiven Pläne zu durchkreuzen. Es ist die Zeit gekommen, da man Versuche der imperialistischen Aggressoren, einen Weltkrieg zu entfesseln, vereiteln und einen Weltkrieg verhüten kann.

Dazu aber sind die vereinten Bemühungen des sozialistischen Weltlagers, der internationalen Arbeiterklasse, der nationalen Befreiungsbewegung und aller friedliebenden Kräfte notwendig.

Diese Schlußfolgerungen der Beratung sind von großer mobilisierender Bedeutung; sie fordern die Völker zum entschlossenen Kampf gegen die Kriegsvorbereitung auf und verleihen die feste Zuversicht, daß dieser Kampf einen Krieg verhüten und einen dauerhaften Frieden sichern kann.

Die Beratung hat darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse angesichts des Komplotts der Imperialisten sich noch enger zusammenschließen, alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte vereinigen muß, um die Menschheit vor einer Kriegskatastrophe zu retten. Die Erklärung bringt die Ueberzeugung der marxistisch-leninistischen Parteien zum Ausdruck, daß keine politischen, religiösen oder sonstigen Differenzen den Zusammenschluß aller Kräfte der Arbeiterklasse und der breitesten Schichten der Bevölkerung aller Länder gegen die Kriegsgefahr verhindern dürfen.

Die Erklärung unterstreicht mit allem Nachdruck, daß der Kampf gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges entfaltet werden muß, noch ehe Atom- und Wasserstoffbomben zu fallen beginnen, daß dieser Kampf heute geführt und dabei der Einsatz mit jedem Tag verstärkt werden muß. Diese Fragestellung aktiviert die Friedenskämpfer in allen Ländern noch mehr und wird alle Kräfte, die gegen einen neuen Krieg sind, in Bewegung bringen helfen.

In der Erklärung der Beratung heißt es, daß die Völker, falls die imperialistischen Tollhäusler dennoch einen Krieg entfesseln, den Kapitalismus hinwegfegen und begraben werden. Aber die Lebensinteressen der Arbeiterklasse, die Interessen des Kommunismus fordern eindringlich, daß der Kapitalismus mit dem Preis geringster Zerstörungen und Opfer begraben wird. Daher sieht die Arbeiterklasse ihre Pflicht darin, einen Weltbrand zu verhüten. Als konsequente Gegner von Eroberungskriegen und standhafte Kämpfer für den Weltfrieden erachten es die Kommunisten aller Länder für notwendig, zu betonen, daß das einzig richtige und vernünftige Prinzip die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung ist. Die Politik der friedlichen Koexistenz entspricht den grundlegenden Interessen aller Völker. Sie trägt zur Festigung der Positionen des Sozialismus, zur Verstärkung des internationalen Einflusses der sozialistischen Länder bei. Sie erhöht das Ansehen und den Einfluß der Kommunisten in den kapitalistischen Ländern. Die Beratung hat zugleich darauf hingewiesen, daß die friedliche Koexistenz von Staaten nicht, wie Revisionisten und andere Opportunisten behaupten, Verzicht auf den Klassenkampf und Versöhnung der sozialistischen und der bürgerlichen Ideologie bedeutet.

Die Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus, des Klassenkampfes, in dessen Verlauf der Sozialismus dank der ihm innewohnenden Vorzüge unausbleiblich den Sieg davonträgt.

Die allgemeine und vollständige Abrüstung ist der reale Weg zur Verstärkung der friedlichen Koexistenz und zur Verhütung von Kriegen. In der Erklärung wird darauf verwiesen, daß die Verwirklichung des von der Sowjetunion unterbreiteten Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung historische Bedeutung für die Geschicke der Menschheit haben würde. Die Verwirklichung dieses Programms durchsetzen heißt den Krieg überhaupt unmöglich machen. Die Beratung macht die Kommunisten und alle friedliebenden Menschen darauf aufmerksam, daß die Verwirklichung des Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung nur durch entschlossenen und aktiven Kampf erreicht werden kann und fordert zur Verstärkung dieses Kampfes auf.

III

Einen bedeutenden Beitrag zur Theorie und Praxis der weltweiten Befreiungsbewegung hat die Beratung durch die Ausarbeitung der Frage der weiteren Wege und Perspektiven der nationalen Befreiungsbewegung geleistet, deren hervorragende Siege in der Erklärung mit Recht als die in ihrer historischen Bedeutung wichtigste Erscheinung nach der Entstehung des sozialistischen Weltsystems gekennzeichnet werden.

Die in Asien, Afrika und Lateinamerika stürmisch entfaltete nationale Befreiungsbewegung hat historische Siege errungen. Schon etwa anderthalb Milliarden Menschen haben sich aus der Kolonialsklaverei befreit. Das ganze Kolonialsystem des Imperialismus zerfällt. Die Völker ehemaliger Kolonialländer haben sich jetzt zu selbständiger geschichtsbildender Tätigkeit erhoben und können ihre Geschicke bestimmen, die lebenswichtigen Aufgaben ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung lösen. Die nationale Befreiungsbewegung entwickelt sich in unlöslicher Verbindung mit dem Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus. Die große sozialistische Oktoberrevolution, die Kräfte des Weltsozialismus haben entscheidend zu den Siegen der nationalen Befreiungsbewegung beigetragen. Die gesamte Entwicklung in Asien,

Afrika und Lateinamerika zeigt, daß die Sowjetunion und das ganze sozialistische Weltsystem das Bollwerk der unabhängigen nationalen Entwicklung der Völker sind.

Heute, da die internationale Rolle des sozialistischen Lagers immer größer wird, da der Klassenkampf des Proletariats in den imperialistischen Ländern anschwillt und sich die mächtige nationale Befreiungsbewegung der Völker entfaltet hat, ist die Zeit gekommen, den Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen endgültig zu beseitigen.

Nach dieser wichtigen Schlußfolgerung wies die Beratung zugleich darauf hin, daß die Völker der Kolonien und abhängigen Länder nur dann die staatliche Selbständigkeit erlangen und eine unabhängige Wirtschaft schaffen können, wenn sie entschlossen gegen den Imperialismus kämpfen und die Solidarität mit der großen sozialistischen Gemeinschaft und den revolutionären Kräften der ganzen Welt festigen.

Die Beratung hat mit großem Nachdruck die Solidarität der sozialistischen Länder und der kommunistischen Weltbewegung mit der nationalen Befreiungsbewegung bekundet. Die Völker der Sowjetunion, die diese Bewegung unterstützten, halten es für ihre internationale Pflicht, den Völkern, die für die Erlösung vom Kolonialjoch und für die nationale Wiedergeburt kämpfen, jedwede moralische und materielle Unterstützung zu erweisen.

Die Beratung hat den Problemen der Entwicklung der unlängst vom Kolonialismus befreiten Länder große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Beratung hat darauf hingewiesen, daß die vordringlichen Aufgaben der nationalen Wiedergeburt in diesen Ländern nur dann erfolgreich gelöst werden können, wenn ein entschlossener Kampf gegen den Imperialismus und die Ueberreste des Feudalismus geführt wird und sich alle patriotischen Kräfte der Nation zur nationalen, demokratischen Einheitsfront zusammenschließen. Die Grundlage der breiten nationalen Front muß das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft sein, das ein überaus wichtiger Faktor für die Erringung und die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, für die Verwirklichung tiefgreifender demokratischer Umwälzungen und für die Gewährleistung des sozialen Fortschritts ist.

Die Schlußfolgerungen der Beratung erleuchten allen Völkern der Kolonialländer den Weg der freien unabhängigen Entwicklung. Besonders hervorzuheben ist der Leitsatz über die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Schaffung eines Staats neuen Typs auf dem von den imperialistischen Kolonialisten gesäuberten Boden: eines unabhängigen Staats der nationalen Demokratie, der unter günstigen Verhältnissen, bei kämpferischer Aktivität der fortschrittlichen Kräfte für ehemalige Kolonialländer eine Form des Uebergangs auf den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg sein kann.

IV

Die Beratung hat auch den Fragen der kommunistischen und Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern sehr große Aufmerksamkeit geschenkt.

Auf diese Länder entfallen 160 Millionen Arbeiter und Angestellte, das sind mindestens drei Fünftel der Arbeiter und Angestellten in der ganzen nichtsozialistischen Welt. Die Arbeiterklasse der entwickelten kapitalistischen Länder ist eine große Kraft.

Die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern sieht sich sehr vielen großen und ernsten Schwierigkeiten gegenüber. Doch die Kräfte der Revolution, die Kräfte des Kommunismus mehren und festigen sich auch in diesen Ländern. Davon zeugen solche Tatsachen der letzten Zeit wie die bedeutenden antifaschistischen Massenaktionen in Frankreich, die wuchtigen Streikkämpfe der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten, Japan, Belgien, in den Ländern Lateinamerikas, Indien und anderen Ländern, die Aktivierung der Antikriegsbewegung in Großbritannien und schließlich der bedeutende Sieg der italienischen Kommunisten bei den jüngsten Kommunalwahlen.

Die Beratung hat neue Perspektiven für den weiteren Kampf der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern gewiesen. Die Beratung hat festgestellt, daß sich die Geschichte mit eherner Konsequenz auf die Beseitigung des kapitalistischen Systems hinbewegt, das in eine neue Etappe der allgemeinen Krise eingetreten ist. Die Tatsache, daß diese neue Etappe nicht im Zusammenhang mit einem Weltkrieg entstanden ist, sondern unter den Bedingungen des Wettbewerbs und des Kampfes der beiden Systeme, einer immer größeren Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, der schroffen Zuspitzung aller Widersprüche des Imperialismus, der friedlichen Koexistenz und des Aufschwungs des Kampfes der breiten Volksmassen für Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus, eröffnet den revolutionären Kräften in den kapitalistischen Ländern neue begeisternde Perspektiven.

Für den Erfolg unserer Bewegung ist, wie der Marxismus-Leninismus lehrt, die richtige Bestimmung der Hauptstoßrichtung von erstrangiger Bedeutung. Der Hauptstoß muß unter den jetzigen Verhältnissen immer entschlossener gegen die kapitalistischen Monopole gerichtet werden, die die Hauptschuld am Wettrüsten tragen und das Bollwerk der Reaktion und Aggression sind, gegen das ganze System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, das die Interessen der Monopole schützt, wird in der Erklärung hervorgehoben.

Die Interessen der monopolistischen Oligarchie sind unversöhnlich mit den Interessen der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung. Das schafft günstige Voraussetzungen für den Zusammenschluß aller Kräfte, die der monopolistischen Oligarchie entgegenstehen, für die Bildung einer breiten antimonopolkapitalistischen Front. Im Zuge dieses Zusammenschlusses, im Kampf für Frieden, für demokratische Umgestaltungen, für die Durchsetzung der wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Massen, für den Sturz der Herrschaft der Monopole festigen die Kommunisten ihre Verbindungen mit den Werktätigen, erhöhen sie deren politisches Klassenbewußtsein und führen sie die Massen zu der Erkenntnis der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution.

Einen bedeutenden Platz nimmt in der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien die Frage der Wege der sozialistischen Revolution in den kapitalistischen Ländern ein.

Die Frage der Formen der Uebergangs zum Sozialismus ist für die Bruderparteien in den kapitalistischen Ländern außerordentlich wichtig. Der Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus wird in immer mehr Ländern vorbereitet. Diesen Uebergang zu vollziehen, ist eine spruchreife Aufgabe der Geschichte.

In der Erklärung werden die Feststellungen der Erklärung von 1957 über die Formen des Uebergangs verschiedener Länder vom Kapitalismus zum Sozialismus erneut bekräftigt. Die Marxisten-Leninisten gehen davon aus, daß die Verwirklichung der sozialistischen Revolution mit friedlichen Mitteln den Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes, den gesamtnationalen Interessen entspräche. Falls die herrschenden Klassen auf die Revolution jedoch mit Gewalt antworten und sich dem Willen des Volkes nicht fügen wollen, muß das Proletariat ihren Widerstand brechen. Wenn die Bourgeoisie Waffen einsetzt, so wird das Proletariat vor den schärfsten Formen des Klassenkampfes nicht haltmachen. Die sozialistische Revolution ist ein Ergebnis der inneren Entwicklung jedes Landes, der äußersten Zuspitzung der sozialen Gegensätze innerhalb des jeweiligen Landes. In jedem einzelnen Land wird die reale Möglichkeit dieser oder jener Art des Uebergangs zum Sozialismus — der friedlichen oder der nichtfriedlichen — durch die konkreten historischen Verhältnisse bestimmt. Die entscheidende Voraussetzung bei allen Formen des Uebergangs zum Sozialismus war und bleibt in jedem Fall die politische Führung der Arbeiterklasse mit der kommunistischen Vorhut an der Spitze.

Man muß die große politische Bedeutung der in der Erklärung verkündeten These vermerken, daß die kommunistischen Parteien, die sich von der marxistisch-leninistischen Lehre leiten lassen und von jeher gegen einen Export der Revolution sind, entschieden gegen den imperialistischen Export der Konterrevolution kämpfen und es für ihre internationale Pflicht halten, die Völker aller Länder zum Zusammenschluß, zur Mobilisierung all ihrer inneren Kräfte und zu aktivem Handeln aufzurufen, um, auf die Macht des sozialistischen Weltsystems gestützt, eine Einmischung der Imperialisten in die Angelegenheiten des Volkes eines beliebigen Landes, das sich zur Revolution erhoben hat, zu verhüten oder dieser Einmischung eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Diese Schlußfolgerung wird die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern in ihrer Entschlossenheit bestärken, für die Verwirklichung ihrer sozialistischen Ideale zu kämpfen.

V

Besondere Aufmerksamkeit schenkte die Beratung der weiteren Entwicklung und Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung.

Die Beratung hat sich dazu bekannt, daß die kommunistischen Parteien die Leninschen Normen des Parteilebens strikt wahren. Die Einheit der Partei wie ihren Augapfel hüten, die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie und der Kollektivität der Leitung streng einhalten, unermüdlich für die Festigung ihrer Verbindungen mit den breiten Massen der Werktätigen sorgen, keinen Personenkult zulassen, der die Entwicklung des schöpferischen Denkens und der Initiative der Kommunisten hemmt, die Kritik und Selbstkritik in ihren Reihen mit allen Mitteln entwickeln sollen.

Große Bedeutung hat die Beratung dem ideologischen Kampf der kommunistischen Parteien beigemessen. Die kommunistischen Parteien werden auch weiterhin den Kampf gegen jede Form der bürgerlichen Ideologie, des Nationalismus und Chauvinismus, des Antikommunismus, für den Triumph der marxistisch-leninistischen Ideologie mit ganzer Kraft fortsetzen.

Die Beratung hob die Wichtigkeit des Zweifrontenkampfes der marxistisch-leninistischen Parteien hervor: gegen den Revisionismus, den Rechtsopportunismus als Hauptgefahr und gegen Dogmatismus und Sektierertum. Dogmatismus und Revisionismus sind äußerlich gesehen entgegengesetzt. In Wirklichkeit aber nährten und nähren sie einander und können nicht nur einer Partei, sondern auch der Sache der ganzen kommunistischen Weltbewegung gleich schweren Schaden zufügen. Daher ist der Zweifrontenkampf eine Forderung des Lebens selbst. Die richtige, konsequent revolutionäre Politik der kommunistischen Parteien gestaltet und entwickelt sich im Kampf sowohl gegen den Revisionismus als auch gegen Dogmatismus und Sektierertum.

Die kommunistische Weltbewegung entwickelt sich ungeachtet aller durch die imperialistische Reaktion errichteten Hindernisse siegreich und ist schon zur einflußreichsten politischen Kraft unserer Zeit geworden. Kommunistische Parteien wirken jetzt in 87 Ländern. Ihnen gehören mehr als 36 Millionen Menschen an.

Die Verbindungen zwischen allen Bruderparteien der Welt werden jetzt beständiger, mannigfaltiger und ersprießlicher. Sie müssen auch weiter gefestigt werden. In Verhältnissen, da die imperialistische Reaktion ihre Kräfte zum Kampf gegen den Kommunismus vereint, ist es besonders notwendig, die kommunistische Weltbewegung mit allen Mitteln zusammenzuschließen. Die Einheit und die Geschlossenheit verzehnfachen die Kraft unserer Bewegung. Daher ist von größter theoretischer und praktischer Bedeutung, daß die Beratung die Prinzipien für die gegenseitigen Beziehungen zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien und besonders für die Festigung ihrer Einheit und Geschlossenheit ausgearbeitet hat.

Die Beratung hat verkündet: Die Interessen der kommunistischen Bewegung erfordern, daß sich jede kommunistische Partei solidarisch an die von den Bruderparteien in ihren Beratungen kollektiv erarbeiteten Einschätzungen und Schlußfolgerungen hinsichtlich

der gemeinsamen Aufgaben im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus hält. Die entschlossene Verteidigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus und die Unterbindung jedweder Handlungen, die diese Einheit untergraben können, sind eine unerläßliche Voraussetzung des Sieges im Kampf für die nationale Unabhängigkeit, für Demokratie und Frieden, für die erfolgreiche Lösung der Aufgaben der sozialistischen Revolution, des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus.

Die Verletzung dieser Prinzipien würde die Kräfte des Kommunismus schwächen. Der Erfolg der Sache der Arbeiterklasse in jedem Lande erfordert die internationale Solidarität aller marxistisch-leninistischen Parteien. Die Sorge für die ständige Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung ist oberste internationale Pflicht jeder marxistisch-leninistischen Partei.

VI

Die November-Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau stand im Zeichen der sachlichen Erörterung der Grundfragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Alle Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien haben einen großen Beitrag zur Ausarbeitung der grundsätzlichen Fragen geleistet, die in den Dokumenten der Beratung, der Erklärung und dem Appell an die Völker der Welt, ihren Niederschlag gefunden haben. Das Hauptergebnis der Beratung besteht darin, daß die von ihr ausgearbeiteten und einmütig angenommenen Dokumente — die Erklärung und der Appell an die Völker der Welt — einen großen ideologischen und politischen Sieg der kommunistischen Weltbewegung bilden.

Der erreichte weitere ideologische und politische Zusammenschluß der kommunistischen Weltbewegung auf dem Boden des Marxismus-Leninismus wird von historischer Bedeutung sein. Die Erklärung ist ein sicherer Kompaß für alle marxistisch-leninistischen Parteien. Mit ihm werden die Bruderparteien den Kampf für ihre großen Ideale noch erfolgreicher führen können.

Die KPdSU wird sich nach wie vor an die kollektiv erarbeiteten und auf der Beratung angenommenen Einschätzungen und Schlußfolgerungen über die gegenwärtige Weltentwicklung streng halten, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus verfechten und einen unversöhnlichen Kampf an zwei Fronten gegen Revisionismus und Dogmatismus durchführen.

Ein anderes überaus wichtiges Ergebnis der Beratung besteht darin, daß sie die Leninschen Organisationsprinzipien in der kommunistischen Weltbewegung noch fester verankert hat. Die kommunistischen Parteien haben große Sorge um den Schutz der Einheit der kommunistischen Weltbewegung bekundet und die Normen für die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Bruderparteien festgelegt. Diese Prinzipien und Normen entsprechen vollkommen den Leninschen Normen, an die sich die KPdSU in ihren internationalen Verbindungen strikt hält.

Unsere Partei wird auch weiterhin mit allen Mitteln zur Einheit des Willens und Handelns der kommunistischen Weltbewegung beitragen.

Die Beratung hat nochmals bekräftigt, daß die Einheit und die Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung nicht auf zeitweiligen und konjunkturmäßigen Erwägungen beruhen, sondern auf grundlegenden Lebensinteressen unserer Parteien und Völker, auf den großen Prinzipien des Marxismus-Leninismus.

Die Beratung hat die brüderliche Freundschaft zwischen der KPdSU und der Kommunistischen Partei Chinas noch mehr gefestigt. Die Geschlossenheit unserer beiden Parteien als der größten Parteien in der kommunistischen Weltbewegung ist von außerordentlicher Bedeutung für den Kampf um den Triumph unserer gemeinsamen Sache. Wie sagte doch Nikita Sergejewitsch Chruschtschow: „Unsere Partei hat sich immer

allseitig für die Festigung dieser großen Freundschaft eingesetzt und wird das auch weiter tun. Wir haben mit dem Volk Chinas, mit den chinesischen Kommunisten wie mit den Kommunisten aller Länder ein Ziel — die Sicherung des Friedens und den Aufbau des Kommunismus. Gemeinsame Interessen — das Glück und das Wohl der Menschen der Arbeit, eine gemeinsame grundsätzliche unerschütterliche Grundlage — den Marxismus-Leninismus.“

Genossen! Seit der Beendigung der Beratung sind anderthalb Monate verstrichen. In vielen Ländern haben die Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien schon Plenartagungen abgehalten. Es werden Parteiaktivversammlungen und Versammlungen in den Parteiorganisationen durchgeführt. Die Dokumente der Beratung werden eingehend und ausführlich in der Presse beleuchtet. Die Bruderparteien begrüßen wärmstens den Erfolg der Beratung, bringen ihre volle Zustimmung und Unterstützung für die Erklärung und den Appell an die Völker der Welt zum Ausdruck und ziehen praktische Schlußfolgerungen. Sie unterstreichen in ihren Entschließungen, daß die Erklärung der Beratung den kommunistischen und Arbeiterparteien große Perspektiven im Kampf für den Sieg der Sache des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des Kommunismus eröffnet.

Die Ergebnisse der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien haben in der ganzen Welt, in allen Bevölkerungsschichten starken Widerhall gefunden.

Die Kommunisten der ganzen Welt haben die Dokumente der Beratung mit gewaltiger Begeisterung aufgenommen. Die Ergebnisse und die Dokumente der Beratung werden von den Werktätigen aller Länder, von den fortschrittlichen Menschen der Welt herzlich begrüßt. Sie erblicken in den Kommunisten Menschen, die ihre Gedanken und Hoffnungen zum Ausdruck bringen, sie überzeugen sich immer mehr davon, daß internationaler Fortschritt und Kommunismus untrennbar sind. Es steht außer Zweifel, daß die historischen Dokumente der Beratung dem Kommunismus weitere Millionen ehrlicher Menschen bekehren werden.

Die Beratung und ihre Dokumente haben die Aufmerksamkeit der ganzen Menschheit auf sich gelenkt. Das ist ein Zeichen dafür, daß die kommunistische Bewegung ein außerordentliches politisches Gewicht hat und eine hervorragende Rolle in der heutigen Welt spielt.

Aufmerksam verfolgen auch unsere Feinde die Zusammenkünfte der Kommunisten im Moskauer Kreml. Sie lebten in den Tagen der Beratung mit der heimlichen Hoffnung auf Differenzen und auf eine Spaltung in unseren Reihen. Doch die Feinde haben sich erneut schmählich verkalkuliert. Die Beratung und ihre Dokumente werden ein neuer wuchtiger Schlag gegen den Imperialismus sein.

Die bürgerlichen Kreise und ihre Presse reagieren verschieden auf die Ergebnisse der Moskauer Beratung. Jener Teil der Bourgeoisie, der die Dinge nüchterner betrachtet, gesteht, daß diese Dokumente für die Erhaltung des Friedens von großer Bedeutung sind, unter den reaktionärsten Imperialisten und ihren Handlangern ruft der volle Erfolg der Beratung sichtliche Verwirrung und Gereiztheit hervor. Die aggressiven Kreise der Imperialisten bemühen sich, die Bedeutung der Beratung zu bagatellisieren und den wirklichen Sinn ihrer Dokumente zu verzerren.

Mögen unsere Gegner auch noch so toben, jedoch ist es klarer denn je, daß die Zukunft dem Kommunismus gehört. Der internationalen Befreiungsbewegung haben sich noch nie so begeisternde Perspektiven geboten wie heute.

Die Hauptbedingungen für die Unbesiegbarkeit der Sache des Sozialismus und Kommunismus ist die eherne Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Parteien der Länder des sozialistischen Lagers, die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Parteien aller Länder, die unverbrüchliche Solidarität und Freundschaft

der Völker der sozialistischen Länder, die proletarische Solidarität der Werktätigen der ganzen Welt. Unsere Partei wird auch künftig diese Einheit, diese Geschlossenheit und Freundschaft unermüdlich festigen.

Ausgehend von der Erklärung wird die UdSSR auch in Zukunft mit aller Beharrlichkeit die Politik der friedlichen Koexistenz durchführen, für die Verwirklichung des sowjetischen Abrüstungsprogramms kämpfen, konsequent auf die Minderung der internationalen Spannung hinarbeiten, unentwegt die Verbindung mit allen Ländern und Völkern der Welt stärken und die persönlichen Kontakte mit den Staats- und Regierungschefs der kapitalistischen Länder ausbauen.

Die erstrangige Aufgabe der außenpolitischen Tätigkeit unserer Partei bleibt der Kampf für die Verhütung eines Weltkrieges, für die restlose Beseitigung des Kolonialismus, für die Stärkung der friedliebenden Staaten und die Mobilisierung aller Friedenskräfte zum Kampf gegen den Imperialismus.

In den Reden der Delegierten der Bruderparteien auf der Beratung und in den Dokumenten der Beratung wird die Rolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hoch gewürdigt.

Die Beratungsteilnehmer sprachen mit großer Liebe von unserer Partei und unterstrichen die außerordentliche Bedeutung ihrer Erfahrungen für die gesamte revolutionäre Weltbewegung. In der Erklärung heißt es:

„Die kommunistischen und Arbeiterparteien erklären einmütig: Die von allen anerkannte Vorhut der kommunistischen Weltbewegung war und bleibt weiterhin die Kommunistische Partei der Sowjetunion als die erfahrenste und bestgestählteste Kolonne der internationalen kommunistischen Bewegung."

Zu den zahlreichen herzlichen Aeußerungen der Bruderparteien über die KPdSU sagte N. S. Chruschtschow auf der Beratung: „Das ZK unserer Partei stattet allen kommunistischen und Arbeiterparteien, deren Vertreter auf dieser Beratung das Wort ergriffen und unserer Partei — der Partei des großen Lenin — das Vertrauen ausgesprochen haben, heißen brüderlichen Dank ab.

Für dieses Vertrauen sprechen wir aufrichtigen Dank aus und erklären, daß wir das Vertrauen und die Hoffnungen rechtfertigen werden, daß die KPdSU die ganze Kraft und Erfahrung, ihre ganze revolutionäre Energie der Sache des Kommunismus, der Sache unseres gemeinsamen großen Kampfes weihen wird."

Die auf der Beratung angenommenen historischen Dokumente begeistern alle sowjetischen Kommunisten, das ganze Sowjetvolk zum noch aktiveren Kampf für den Aufbau des Kommunismus in unserem Lande, das als erstes den Weg in die lichte Zukunft der Menschheit bahnt, zum Kampf für die weitere Stärkung der Macht unseres Heimatlandes und des ganzen sozialistischen Lagers, für den Weltfrieden. Die KP und das Sowjetvolk schreiten einem neuen großen historischen Ereignis — dem ordentlichen XXII. Parteitag der KPdSU — entgegen. Wie nie zuvor scharen sie sich geschlossen um ihr Leninsches Zentralkomitee, um das siegreiche Banner des Marxismus-Leninismus.

Quelle: *Prawda* vom 23. Januar 1961.

Entschließung des ZK der KPdSU vom 18. Januar 1961 über die Ergebnisse der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien

Betrifft: Ergebnis der Moskauer Beratungen — Sieg des Sozialismus — Krieg und Frieden — friedliche Koexistenz — Abrüstung — Zerfall des Kolonialsystems — Uebergang zum Sozialismus — Kampf gegen Revisionismus und Dogmatismus — Einheit der kommunistischen Bewegung.

Das Plenum des ZK der KPdSU stellt fest, daß die Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, die im November 1960 in Moskau stattfand, ein

historisches Ereignis von Weltbedeutung ist. Die Beratung wird eine hervorragende Rolle bei der weiteren Festigung der Einheit und bei der Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung, bei der Verstärkung des Kampfes für Frieden und Sozialismus spielen.

Die Teilnahme der Delegationen von 81 marxistisch-leninistischen Parteien an der Beratung, die gründliche schöpferische Erörterung der aktuellen Gegenwartsprobleme, die erarbeiteten und einstimmig angenommenen Dokumente, die Erklärung und der Appell an die Völker der ganzen Welt bilden einen der größten ideologischen und politischen Siege der kommunistischen Weltbewegung.

Die Beratung bekräftigte die Treue der kommunistischen und Arbeiterparteien zur Deklaration und zum Manifest, die 1957 angenommen worden sind, und zeichnete auf Grund der neuen geschichtlichen Erfahrung die weiteren Perspektiven der kommunistischen Bewegung, der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung vor. Die kollektiv erarbeiteten Einschätzungen und Schlußfolgerungen über die Fragen, die durch den Gang der Ereignisse, durch den Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus gestellt sind, bilden das wichtigste Ergebnis der Beratung.

Die Ergebnisse der Beratung von 1960 — des repräsentativsten Forums in der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung — sind ein anschaulicher Beweis für die unerschütterliche Geschlossenheit der kommunistischen und Arbeiterparteien auf dem Boden des Marxismus-Leninismus, für ihre feste Entschlossenheit, die internationale proletarische Solidarität, die Einheit und die brüderliche Freundschaft auch künftighin wie ihren Augapfel zu hüten.

Die Beratung und der Appell an die Völker der Welt entsprechen den Interessen der breiten Volksmassen, ihrem Streben nach dauerhaftem Frieden, nach Sozialismus, nach Befreiung von sozialer und nationaler Unterdrückung. Diese Dokumente werden eine gewaltige inspirierende, mobilisierende und organisierende Rolle im Kampf für die großen Ziele spielen, die vor der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Vorhut, vor allen Werktätigen, vor den fortschrittlichen Kräften der Völker aller Länder stehen.

Die in der Erklärung aufgestellten neuen Gedanken und Leitsätze sind die Anwendung und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus in Verhältnissen, da die internationale Lage und das Klassenkräfteverhältnis sich immer entschiedener zugunsten des Sozialismus ändern. Die Erklärung ist die gemeinsame ideologische Plattform und das Kampfprogramm aller kommunistischen und Arbeiterparteien.

Große Bedeutung für die Verstärkung des Kampfes um die Erlösung der Menschheit von der Kriegsgefahr hat der Appell an die Völker der Welt, der alle Menschen guten Willens, unabhängig von ihrer sozialen Zugehörigkeit, ihrer Nationalität, ihrer politischen Ueberzeugung und ihrem Glaubensbekenntnis, auffordert, sich im Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren zusammenzuschließen und gemeinsam den allgemeinen Frieden zu verfechten und zu festigen.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion betrachtet die Erklärung und den Appell als wichtigste marxistisch-leninistische Dokumente, als Anleitung zum Handeln.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die Theorie und die Politik der kommunistischen Weltbewegung, die in der Vorhut des Kampfes der Völker für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus schreitet, ist die in der Erklärung enthaltene umfassende marxistisch-leninistische Charakteristik unserer Epoche, deren Hauptmerkmal darin besteht, daß das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird.

In der Erklärung sind die einheitlichen Ansichten der kommunistischen und Arbeiterparteien zur Frage Krieg und Frieden ausgedrückt. Die Beratung bekräftigte die Schlußfolgerung, daß die reale Möglichkeit besteht, unter den gegenwärtigen Verhält-

nissen einen neuen Weltkrieg zu verhüten; sie nannte die Kräfte, die imstande sind, im entschlossenen Kampf gegen den Imperialismus die Sache des Friedens zu verfechten; sie bestimmte die Voraussetzungen, unter denen noch vor dem vollständigen Sieg des Sozialismus auf Erden ein Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft ausgeschaltet werden kann. Der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt wird die sozialen und nationalen Unruhen jeglicher Kriege endgültig beseitigen.

Zugleich unterstrich die Beratung, daß die Wachsamkeit der Völker angesichts der Kriegsgefahr erhöht werden muß. Solange der Imperialismus existiert, dessen aggressives Wesen sich nicht ändert, wird auch der Boden für Eroberungskriege bestehen bleiben. Heute gewinnt besondere Bedeutung der Appell der Beratung an die Völker, den Kampf gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges zu entfalten, ehe Atom- und Wasserstoffbomben zu fallen beginnen.

Die Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien erklärten einmütig, daß das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz das einzig richtige und vernünftige Prinzip der internationalen Beziehungen ist. Heute steht die Frage nur so: Entweder friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung oder ein verheerender Krieg. Einen anderen Weg gibt es nicht. Bei friedlicher Koexistenz entstehen günstige Möglichkeiten für die weitere Entwicklung und Festigung des sozialistischen Weltsystems sowie für die Entfaltung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und des nationalen Befreiungskampfes für die vollständige Beseitigung des Kolonialsystems.

Der revolutionäre Klassenkampf und der nationale Befreiungskampf, die Volksbewegung für Frieden, Einstellung des Wettrüstens, Verbot der Atomwaffen, für allgemeine und vollständige Abrüstung tragen ihrerseits zur Festigung der friedlichen Koexistenz bei.

Die Beratung betonte, daß die Verwirklichung des von der Sowjetunion vorgeschlagenen Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung von historischer Bedeutung für die Sicherung des Weltfriedens wäre.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion wird auch weiter die Leninsche Außenpolitik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung durchführen, die Aggressionspläne der Imperialisten unermüdlich entlarven und die Wachsamkeit der Völker gegenüber allen Feinden des Friedens erhöhen. Solange die Abrüstung nicht verwirklicht ist, wird die KPdSU alles Erforderliche tun, um die Verteidigungskraft unseres Heimatlandes auf dem nötigen Niveau zu halten, da sie dies als wichtigste Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens ansieht, und mit allen Mitteln zur Gewährleistung der Sicherheit des ganzen sozialistischen Lagers beitragen.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion teilt voll und ganz die in der Erklärung enthaltenen Schlußfolgerungen über die Wege zur weiteren Entwicklung und Festigung des sozialistischen Weltsystems, über die Aufgaben der Bruderparteien zum erfolgreichen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus und zur Erziehung der Völker im Geiste des sozialistischen Internationalismus und der Unversöhnlichkeit gegenüber allen Erscheinungen von Nationalismus und Chauvinismus. Der Zusammenschluß der sozialistischen Staaten zu einem einheitlichen Lager, dessen sich festigende Geschlossenheit und wachsende Macht gewährleisten im Rahmen des ganzen Systems den vollständigen Sieg des Sozialismus. Die KPdSU sieht gleich allen Bruderparteien die Hauptquelle der Kraft und Unbesiegbarkeit des sozialistischen Lagers in der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen und Arbeiterparteien und der Völker der sozialistischen Länder, in ihrer Treue zu den Ideen des Marxismus-Leninismus.

Die Beratung stellte fest, daß der Zerfall des Systems der Kolonialsklaverei unter dem Ansturm der nationalen Befreiungsbewegung in seiner historischen Bedeutung in der heutigen Welt die zweite Erscheinung nach der Entstehung des sozialistischen Weltsystems ist. Für wichtig hält die KPdSU die Schlußfolgerungen der Beratung über

die wachsende Rolle der nationalen Befreiungsbewegung in der Weltentwicklung, über die wachsenden Möglichkeiten zur endgültigen Beseitigung des Kolonialismus und zur Bildung unabhängiger Staaten der Nationaldemokratie. Die Völker der Sowjetunion, die unbeirrbar die nationale Befreiungsbewegung unterstützen, halten es für ihre internationale Pflicht, den Völkern, die für die Erlösung von nationaler und kolonialer Unterdrückung, für eine unabhängige nationale Entwicklung kämpfen, jede nur mögliche moralische und materielle Unterstützung zu erweisen.

Die Erklärung beleuchtet aktuelle Probleme der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung der kapitalistischen Länder, deckt neue Möglichkeiten für die Lösung der vor ihnen stehenden geschichtlichen Aufgaben auf.

Die Vereinigung breiter Volksmassen um die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Herrschaft der Monopole ist eine wichtige Voraussetzung für die Vorbereitung der Massen zum Kampf um den Sieg der sozialistischen Revolution. Die Beratung bekräftigte die marxistisch-leninistischen Leitsätze von der Möglichkeit eines friedlichen und eines nichtfriedlichen Uebergangs zum Sozialismus, von den Formen der Diktatur des Proletariats je nach den konkreten Bedingungen verschiedener Länder. Sie hob mit großem Nachdruck den Leitsatz hervor, daß die Kommunisten immer gegen einen Export der Konterrevolution kämpfen werden. Diese Leitsätze eröffnen der revolutionären Arbeiterbewegung klare Perspektiven und verleihen den kommunistischen Parteien, der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder neue Zuversicht.

Die erfolgreiche Lösung der Aufgaben der kommunistischen und Arbeiterparteien erfordert auch weiter, den entschiedenen Zweifrontenkampf fortzusetzen: gegen den Revisionismus, der die Hauptgefahr bleibt, und gegen den Dogmatismus und das Sektierertum, die, wenn man sie nicht konsequent bekämpft, ebenfalls in dieser oder jener Entwicklungsphase einzelner Parteien zur Hauptgefahr werden können.

Große Bedeutung mißt das ZK der KPdSU den in der Erklärung formulierten Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien und dem von der Beratung einmütig angenommenen Leitsatz bei, daß die entschlossene Verteidigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus und die Unterbindung jedweder Handlungen, die diese Einheit untergraben können, eine unerläßliche Voraussetzung für den Sieg der Sache des Kommunismus sind. Die Interessen der kommunistischen Bewegung erfordern, daß sich jede kommunistische Partei solidarisch an die von den Bruderparteien in ihren Beratungen gemeinsam erarbeiteten Einschätzungen und Schlußfolgerungen hinsichtlich der gemeinsamen Aufgaben im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus hält.

Diese Prinzipien entsprechen vollkommen den Leninschen Normen, von denen sich die KPdSU in ihren internationalen Verbindungen unentwegt leiten läßt. Unsere Partei wird die Einheit der kommunistischen Weltbewegung konsequent verteidigen und festigen, ihre Verbindungen mit den Bruderparteien erweitern und verstärken, die Kommunisten und alle sowjetischen Menschen im Geiste der internationalen Solidarität und der brüderlichen Freundschaft mit den Völkern der Länder des Sozialistischen Lagers und der Werktätigen der ganzen Welt erziehen.

Das Plenum des ZK der KPdSU vermerkt mit tiefer Befriedigung die einmütige Würdigung der Verdienste unserer Partei vor der kommunistischen Weltbewegung durch die Beratungsteilnehmer, die Anerkennung ihrer Tätigkeit als Beispiel der Anwendung der revolutionären Prinzipien des proletarischen Internationalismus in der Praxis sowie der Bedeutung der historischen Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU für die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung auf dem Boden des Marxismus-Leninismus.

Quelle: *Prawda* vom 20. Januar 1961.

Entschließung des ZK der KP Chinas vom 18. Januar 1961 über die Ergebnisse der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien (Auszug)

Betrifft: Ergebnisse der Moskauer Beratung — die gegenwärtige Situation — Imperialismus der Vereinigten Staaten — nationale Befreiungsbewegung und sozialistische Revolution — Krieg und Frieden — Einheit des sozialistischen Lagers — Rolle der Sowjetunion.

. . . . . .

Diese Beratung, an der Vertreter von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien teilnahmen, war nach der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien des Jahres 1957 ein weiteres wichtiges Ereignis in der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung. Die Ergebnisse dieser Beratung haben den Völkern der Welt, die den Weltfrieden, die nationale Befreiung, die Demokratie und den Sozialismus zu verwirklichen streben, einen starken Auftrieb gegeben, den Imperialisten unter Führung der Vereinigten Staaten, den Reaktionären aller Länder und der jugoslawischen Revisionistenclique schwere Schläge versetzt und die Solidarität des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung auf einer neuen Basis gefestigt. In der Erklärung über diese Beratung wurde erneut festgestellt, daß die Moskauer Erklärung von 1957 und das Friedensmanifest für die gesamte internationale kommunistische Bewegung die Banner des Kampfes und die Anleitung für ihr Handeln geliefert hat. Die Dokumente von 1957 wurden noch erweitert durch die genaue Analyse der internationalen Lage während der abgelaufenen drei Jahre und einer Reihe wichtiger Probleme, die sich der internationalen kommunistischen Bewegung stellen. Die Kommunistische Partei Chinas hat dem Marxismus-Leninismus und den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus immer in unverbrüchlicher Treue angehangen und wird sich an die Erklärung dieser Beratung halten, ebenso wie sie sich an die Moskauer Erklärung von 1957 gehalten hat; sie wird sich für die Verwirklichung der gemeinsamen Aufgaben, wie sie in diesem Dokument aufgeführt sind, nachdrücklich einsetzen.

Wie in der Erklärung ausgeführt wird, leben wir in einer Zeit, die gekennzeichnet ist durch den Kampf zwischen zwei entgegengesetzten sozialen Systemen, durch die sozialistischen und nationalen Befreiungsrevolutionen, durch den Zusammenbruch des Imperialismus und das Ende des Kolonialsystems, in einer Zeit, in der immer mehr Völker den sozialistischen Weg einschlagen, in der Sozialismus und Kommunismus einen weltweiten Triumph feiern. Der Untergang des Imperialismus und der Triumph des Sozialismus sind unvermeidlich. Dieser Verlauf der sozialistischen Entwicklung hat wieder einmal die ungeheure Lebenskraft des Marxismus-Leninismus unter Beweis gestellt und alle antileninistischen und antimarxistischen „Theorien" der modernen Revisionisten entschieden widerlegt.

Augenblicklich nimmt der Kampf der Völker gegen den Imperialismus, für den Weltfrieden, die nationale Befreiung, die Demokratie und den Sozialismus in der ganzen Welt einen neuen Aufschwung. Das mächtige sozialistische Lager entwickelt sich zu dem entscheidenden Faktor in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Die nationalen und demokratischen Revolutionen sind Phasen einer großen Entwicklung und stehen in ihrer Bedeutung nur der Entstehung des sozialistischen Weltsystems nach. Die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der Massen, die in den entwickelten kapitalistischen Ländern vom Volk gegen die Unterdrückung durch das einheimische und ausländische Monopolkapital geführt werden, verschärfen sich immer mehr. All diese Kräfte sind zu einer ungeheuren reißenden Flut angeschwollen, die gegen das imperialistische System der Welt anbrandet. Die allgemeine Krise des Kapitalismus hat ein neues Entwicklungsstadium erreicht. Die Kräfte des Friedens sind den Kräften des Krieges jetzt überlegen. Vor den Völkern der Welt entfalten sich die schönsten Aussichten für die Sache des Friedens, der nationalen Befreiung, der Demokratie und des Sozialismus.

Die gegenwärtige Situation fordert unbedingt, daß die Völker in der ganzen Welt in Einigkeit einen unnachgiebigen Kampf gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus unter Führung der Vereinigten Staaten führen. Die Vereinigten Staaten als größter internationaler Ausbeuter und Gendarm der Welt sind das bedeutendste imperialistische Land unserer Zeit, die wichtigste Festung der Reaktion und des Kolonialismus. In den Vereinigten Staaten stehen die stärksten zur Aggression und zum Kriege treibenden Kräfte, sie sind der Hauptfeind der Völker in der gesamten Welt. Der Imperialismus der Vereinigten Staaten hat gemeinsam mit anderen imperialistischen Staaten und den Reaktionären aller Länder alle möglichen militärischen und politischen Allianzen gebildet und befaßt sich immer intensiver mit verbrecherischen Unternehmen, um dem sozialistischen Lager Widerstand zu bieten und die nationale Befreiungsbewegung, die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse und überhaupt alle demokratischen Bewegungen abzuwürgen. Infolge dieses Festhaltens an einer reaktionären Politik hat sich der Imperialismus der Vereinigten Staaten in eine beispiellose Isolation hineinmanövriert. Da die Völker der Erde entschlossen sind, ihren Kampf gegen die durch die Vereinigten Staaten angeführten Kräfte der Reaktion und Aggression weiterzuführen, wird die Bewegung für Frieden, nationale Befreiung, Demokratie und Sozialismus immer größere Siege erringen. Die Revolution in den verschiedenen Ländern ist Sache der betreffenden Völker selbst. Die Kommunisten sind immer gegen einen Export der Revolution gewesen; sie widersetzen sich auch entschieden jedem imperialistischen Export der Gegenrevolution. Sie sind gegen jede imperialistische Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, in denen sich das Volk zur Revolution erhoben hat. Die Kommunistische Partei Chinas und das chinesische Volk werden in enger Verbindung mit den Bruderparteien und den revolutionären Völkern anderer Länder unablässig bemüht sein, die Sache der Völker gegenüber dem Imperialismus zu fördern und für den Weltfrieden, die nationale Befreiung, die Demokratie und den Sozialismus einzutreten. Sie halten es für ihre internationale Pflicht, die unterdrückten Nationen und Völker in ihrem Kampf gegen den Imperialismus zu unterstützen.

Die Verteidigung des Weltfriedens, die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz und des friedlichen Wettbewerbs unter den Völkern mit verschiedenen sozialen Systemen, die Verhütung eines neuen Weltkrieges, der zur Zeit von den Imperialisten geplant wird — dies sind die dringendsten Aufgaben, die den Völkern der Welt gestellt sind. Der von den Vereinigten Staaten angeführte Imperialismus hält hartnäckig an der Politik des Kalten Krieges fest, die in die Katastrophe des Atomkrieges führen muß, indem sie die Bewaffnung der militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Japans verstärkt und fanatisch an der Erweiterung der Rüstungen und Kriegsvorbereitungen arbeitet. Es ist durch Tatsachen erwiesen, daß sich die aggressive Natur des Imperialismus nicht gewandelt hat. Solange es den Imperialismus gibt, wird der Boden für Aggressionskriege bereitet sein. Die Gefahr, daß der Imperialismus einen neuen Weltkrieg von unvergleichlicher Vernichtungswirkung anzetteln kann, ist noch nicht gebannt. Mehr denn je ist Wachsamkeit bei den Völkern geboten. Dank der grundlegenden Wandlung im internationalen Gleichgewicht der Klassenkräfte kann jedoch ein neuer Weltkrieg dadurch vermieden werden, daß man auf die gemeinsamen Anstrengungen der mächtigen Kräfte baut, die in unserer Epoche die Verteidigung des Friedens übernommen haben; das sozialistische Lager, die internationale Arbeiterklasse, die nationale Befreiungsbewegung und alle friedliebenden Länder und Völker. Der Friede kann so lange erhalten werden, wie man auf den Kampf der Massen vertraut, vorausgesetzt, daß eine breitangelegte Einheitsfront gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des von den Vereinigten Staaten angeführten Imperialismus gebildet wird. Die Anhänger der Lehren von Marx und Lenin sind niemals der Ansicht gewesen, daß der Weg zur sozialistischen Revolution unbedingt über einen Krieg zwischen den Staaten führen muß. Die sozialistischen Länder haben immer an der Politik der friedlichen

Koexistenz und des friedlichen Wettbewerbs mit den kapitalistischen Ländern festgehalten und sich für die Beilegung internationaler Streitfälle auf dem Verhandlungswege, für die Abrüstung, für das Verbot der Kernwaffen, für die Auflösung der Militärblocks und für die Aufgabe der militärischen Stützpunkte auf ausländischem Gebiet und die Verhütung eines Wiedererstarkens der militaristischen Kräfte in Westdeutschland und Japan eingesetzt. Die Friedensvorschläge, die von den sozialistischen Ländern, vor allem von der Sowjetunion, vorgelegt worden sind, haben bei allen Völkern der Welt wärmste Aufnahme und Zustimmung gefunden. Die Kommunistische Partei Chinas und das chinesische Volk haben die Wahrung des Weltfriedens, die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz und die Verhütung eines Weltkrieges immer als ihre dringendsten Aufgaben im internationalen Kampf betrachtet. Während der vergangenen Jahre hat unser Land Freundschafts- und Nichtangriffsverträge oder Friedens- und Freundschaftsverträge mit Birma, Nepal, Afghanistan, Guinea, Kambodscha sowie einen Grenzvertrag mit Birma, ein Abkommen über Grenzfragen mit Nepal und eine Abmachung über die Durchführung des Vertrages über die doppelte Staatsangehörigkeit mit Indonesien abgeschlossen. Der Abschluß dieser Verträge, Abkommen und Abmachungen ist ein Beweis für die unerschöpfliche Lebenskraft der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und stellt einen wichtigen Beitrag zur Wahrung des Weltfriedens dar. In Zukunft werden wir weiterhin den anderen sozialistischen Staaten und allen friedliebenden Ländern und Völkern in ihrem hartnäckigen Kampf für die Verteidigung des Weltfriedens und die Verhütung des Weltkrieges beistehen.

Die Solidarität des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung ist die wichtigste Garantie für den Sieg im Kampf aller Völker für den Weltfrieden, die nationale Befreiung, die Demokratie und den Sozialismus. Diese große Solidarität ist auf der Grundlage der gemeinsamen Ideale, der gemeinsamen Sache, zusammengeschmiedet und hat sich im Verlauf des gemeinsamen Kampfes gegen den gemeinsamen Feind weiter entwickelt und gefestigt. Sie gründet sich auf die Lehren von Marx und Lenin und auf den Grundsatz des proletarischen Internationalismus. Die Kommunistische Partei Chinas hat sich gemäß den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus unermüdlich dafür eingesetzt, diese große Solidarität zu erhalten.

Die sozialistischen Länder betreiben die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit nach dem Grundsatz der völligen Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung von Unabhängigkeit und Souveränität und des kameradschaftlichen gegenseitigen Beistandes. Die kommunistischen Parteien aller Länder sind unabhängig und gleichberechtigt. Allerdings müssen sie im Geiste des proletarischen Internationalismus den gemeinsamen Standpunkt im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, nationale Befreiung, Demokratie und Sozialismus beibehalten, wie er einmütig von den Kongressen der Bruderparteien gebilligt worden ist; sie müssen sich zu einer einzigen Einheit zusammenschließen und sich gegenseitig in Verfolgung ihrer gemeinsamen Sache beistehen. In der Erklärung des Moskauer Beratung wird darauf hingewiesen, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien Zusammenkünfte anberaumen sollten, wenn Beratungen über dringende Probleme erforderlich sind, daß sie sich gegenseitig über ihre Ansichten und Stellungnahmen unterrichten, auf dem Beratungswege gemeinsame Stellungnahmen ausarbeiten und ihre Unternehmungen in dem Kampf für die gemeinsamen Ziele koordinieren sollten. Für die Festigung der Solidarität und für den Sieg der gemeinsamen Sache ist dies unerläßlich.

Die großen Lehren von Marx und Lenin sind das unerschütterliche ideologische Fundament der Solidarität des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung. Um die Reinheit der Lehren von Marx und Lenin zu erhalten und sie produktiv anzuwenden und weiterzuentwickeln, ist es erforderlich, energisch gegen den Revisionismus vorzugehen, in dem sich noch die bürgerliche Ideologie

abzeichnet und der von den Lehren Marx und Lenins abweicht und einen Verrat an diesen Lehren darstellt. Insbesondere muß der jugoslawische Revisionismus bekämpft werden. Der moderne Revisionismus stellt immer noch die Hauptgefahr für die internationale kommunistische Bewegung dar. Allerdings muß auch gegen alle Tendenzen zu Dogmatismus und Sektierertum, die mit der Wirklichkeit und den Zielen der Massen nichts zu tun haben, eingeschritten werden. Die Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas ist der Ansicht, daß es augenblicklich besonders wichtig ist, das Prinzip zu verfolgen, wonach die universalen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution und des Aufbaus in China zu integrieren sind und das Niveau der marxistisch-leninistischen Ausrichtung in den Kadern von Partei und Regierung zu heben ist.

Von besonders großer Bedeutung ist die Einigkeit zwischen China und der Sowjetunion und zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei. Für die internationale kommunistische Bewegung stellt die große Kommunistische Partei der Sowjetunion die Vorkämpferin mit der längsten Geschichte und der reichsten Erfahrung dar. Die große Sowjetunion ist das fortgeschrittenste und wichtigste Land im sozialistischen Lager. Die Kommunistische Partei Chinas ist immer bestrebt gewesen, die Einigkeit zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei und zwischen den beiden Ländern zu erhalten und zu stärken, da sie der Ansicht ist, daß damit den grundlegenden Interessen der Völker Chinas und der Sowjetunion und der gesamten Welt gedient wird. Die Imperialisten werden niemals die Verwirklichung ihrer eitlen Hoffnungen auf eine Spaltung zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei und zwischen den beiden Ländern erleben.

. . . . . .

Quelle: *Peking Review,* Nr. 4 vom 27. Januar 1961.

Rede des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Wladyslaw Gomulka, vor dem Plenum des ZK der PVAP am 20. Januar 1961 (Auszug)

Betrifft: Krieg und Frieden — NATO als vierte Atommacht — deutsch-polnische Beziehungen — Revisionismus und Dogmatismus.

. . . . . .

Die Kommunisten sind entschiedene Befürworter des Friedens und Gegner der zerstörerischen Mittel des modernen Krieges. Der Kampf zwischen den beiden Welten, der sozialistischen und der kapitalistischen, kann und darf nicht auf dem Schlachtfeld, nicht durch einen weltweiten Krieg ausgetragen werden, sondern nur auf friedlichem Wege. Die Moskauer Beratung hat auf nachdrücklichste Weise die von dem 20. Parteitag der KPdSU angenommene Haltung zu dieser Frage bestätigt, wie sie auch in der Deklaration von 1957 zum Ausdruck gebracht wurde. Je länger der Weltfrieden andauert, desto größer wird die Möglichkeit, einen Friedensbruch für immer zu bannen, und desto näher wird der historische Augenblick herankommen, an dem die Ueberlegenheit der sozialistischen Kräfte über den Imperialismus ein solches Maß erreicht hat, daß ein Weltkrieg unmöglich ist.

Nicht nur die Stärke, sondern auch die Politik des sozialistischen Lagers ist von entscheidender Bedeutung für den zukünftigen Verlauf der Ereignisse und für die Konsolidierung des Friedens. Die Beratung von Moskau hat die in der Deklaration von 1957 zum Ausdruck gebrachte Haltung erneut bekräftigt. In dieser Deklaration war festgestellt worden, daß das leninistische Prinzip der friedlichen Koexistenz und des wirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern die unerschütterliche Grundlage der Außenpolitik der sozialistischen Länder sei. Alle sozialistischen Parteien und alle sozialistischen Länder unterstützen mit Entschiedenheit das Prinzip der friedlichen Koexistenz. Die von ihnen regierten Staaten und die von ihnen geführten Völker haben ihre Kräfte in den Dienst dieser Politik gestellt. Das Prinzip

der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedenen sozialen Systemen findet heute in der Welt so weitgehende Unterstützung, daß es sogar oft von Personen gebraucht wird, denen dieses Prinzip gänzlich fremd ist. In der Praxis ist die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz viele Jahre hindurch auf heftigen Widerstand bei den Staaten des Atlantikpaktes gestoßen, insbesondere seitens der Vereinigten Staaten und in Europa seitens der Bonner Regierung, der Regierung der deutschen Revanchisten und Militaristen.

Die Regierung Eisenhower hat bis zum letzten Augenblick ihres Bestehens eine Politik geführt, die darauf ausgerichtet war, die Welt an den Rand des Krieges zu treiben. Die Regierung Adenauer unterstützt diese Politik und bemüht sich, sie noch weiter zu festigen. Im Verlauf der Dezember-Sitzung der NATO in Paris hat der Verteidigungsminister der Bonner Regierung, Strauß, erneut einen großen Plan dargelegt, der darauf abgestellt ist, eine Verschärfung der internationalen Spannung herbeizuführen. Die Quintessenz dieses Planes besteht in der Forderung nach der praktischen Verwirklichung des Vorschlages Norstad — Adenauer — Spaak, wonach die NATO zur sogenannten vierten Atommacht werden soll, was in der Praxis bedeuten würde, die Bundeswehr mit Nuklearraketen und -waffen auszurüsten, die nicht mehr der amerikanischen Kontrolle unterstehen, sondern den westdeutschen Generalen zur Verfügung stehen würden. Strauß verspricht als Gegenleistung „den strategischen Schutz" Amerikas für die Zeit, in der die Truppenstärke der Amerikaner in Europa reduziert wird, und die Zahlung beträchtlicher Summen für die Lieferung von Nuklearraketen, wodurch Amerika geholfen würde, seine Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu überwinden.

Strauß hat sich des aus dem nazistischen Propagandarüstzeug entlehnten Schlagwortes von der Weltoffensive des sowjetischen Kommunismus bedient, um sich gegen jede Entspannungspolitik auszusprechen und hartnäckig zu fordern, daß die Abschreckungsstrategie beibehalten werde. Er hat seinen Alliierten geraten, so vorzugehen, daß diese Vorbereitungen parallel mit den sowjetischen Forderungen nach Einberufung einer Gipfelkonferenz oder mit den Forderungen nach Aufnahme von bilateralen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten vonstatten gehen. Das Ziel dieser Forderung ist klar. Der Minister Adenauers will, indem er die Welt mit neuen aggressiven Unternehmungen und vollendeten Tatsachen konfrontiert, eine neue Verschlechterung der internationalen Lage herbeiführen, die Atmosphäre weiter vergiften und eine Aufnahme von Verhandlungen mit der neuen amerikanischen Regierung unmöglich machen.

Im Zusammenhang mit diesem von Strauß im Namen der Bonner Regierung auf der Dezembertagung der NATO präsentierten Plan stellt sich folgende Frage: Wie will Kanzler Adenauer diesen Plan mit der erklärten Absicht in Einklang bringen, zu einer Annäherung mit Polen zu kommen? In seiner am 10. Januar vor der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gehaltenen Rede ging Kanzler Adenauer auf das Problem der Haltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Polen ein und versicherte: „Wir sind der Ansicht, daß eine Annäherung an Polen vielleicht möglich sein wird, und ich würde sie als eine gute Sache bezeichnen."

Es ist schwierig, oder vielleicht gar nicht so schwierig, aus diesen nebelhaften Worten zu ersehen, welches die Gedanken waren, die den Kanzler Adenauer bewegten. Wir halten daran fest, daß eine allgemeine und klare Anerkennung seitens Adenauers und seitens seiner Regierung für die endgültige Regelung der polnischen Grenze an der Oder-Neiße nicht nur wahrscheinlich, sondern mit aller Sicherheit einen maßgeblichen Beitrag zu einer Annäherung zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland darstellen würde. Auf diese Weise und auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung, wie er auch in den Beziehungen zwischen Polen und der Deutschen Demokratischen Republik Anwendung findet, könnte sicherlich eine Annäherung zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden. . . . . . .

Quelle: *Relazioni Internationali,* Nr. 7 vom 18. Februar 1961.

Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über die Erhöhung des deutschen Beitrages zur gemeinsamen Verteidigung und zur Entwicklungshilfe

Präsident *Kennedy* hatte bereits in seiner „Botschaft über die Lage der Nation" am 30. Januar 1961 (vgl. den Wortlaut in Folge 4/1961, S. D 101 ff.) keine Zweifel daran gelassen, daß sich die neue amerikanische Regierung mit Nachdruck um einen Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz bemühen und auf einen höheren Beitrag der Verbündeten zu den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen und zur Hilfe für die Entwicklungsländer dringen werde.

Nachdem bei dem Besuch von Finanzminister *Anderson*, der von dem damaligen Unterstaatssekretär *Dillon* begleitet war, im November 1960 in Bonn keine Vereinbarung über Maßnahmen zur Stärkung der amerikanischen Zahlungsbilanz erzielt worden waren, lag es nun an der Bundesregierung, die amerikanischen Forderungen mit einem konkreten Angebot zu beantworten. Am 2. Februar übermittelte Bundeswirtschaftsminister *Erhard* dem amerikanischen Botschafter in Bonn, *Dowling*, die Vorschläge der Bundesregierung, in denen eine Erhöhung des deutschen Beitrages zur NATO-Infrastruktur auf 20 vH., zusätzliche Aufträge an die amerikanische Rüstungsindustrie sowie deren vorzeitige Bezahlung, die vorzeitige Rückzahlung deutscher Nachkriegsschulden und die Uebernahme bilateraler amerikanischer Entwicklungsprojekte vorgesehen wurden. Der Wert dieser deutschen Hilfe wurde auf insgesamt 4,12 Milliarden DM beziffert. Bereits im Herbst war die Bereitstellung von rund 4 Milliarden DM im Jahre 1961 für Entwicklungshilfe zugesichert worden.

Am 8. Februar bezeichnete Präsident *Kennedy* auf einer Pressekonferenz das deutsche Angebot als unbefriedigend, wenn er auch die deutschen Verpflichtungen gegenüber Frankreich und Großbritannien berücksichtigte. *Kennedy* erklärte, die deutschen Vorschläge „did not meet the problem or the opportunity" und befürwortete die Fortführung der Verhandlungen auf höherer Ebene. Zu solchen Besprechungen bot der Besuch von Bundesaußenminister *von Brentano* in den Vereinigten Staaten anläßlich einer privaten deutsch-amerikanischen Konferenz in Washington und seine Unterredung mit Präsident *Kennedy* am 17. Februar Gelegenheit. Im Rahmen dieser Gespräche erklärte *Brentano*, die Bundesregierung sei bereit, sich über den für 1961 bereitgestellten Betrag von 4 Milliarden DM hinaus auch in den kommenden Jahren im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit an der Entwicklungshilfe zu beteiligen. (Vgl. den Wortlaut des gemeinsamen Kommuniqués auf S. D 164.)

Am 17. Februar übermittelte die amerikanische Regierung der Bundesregierung ein Memorandum zur Frage der Zahlungsbilanz. Sie wies darauf hin, daß es sich bei den gegenwärtig zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik erörterten Fragen nicht um bilaterale Fragen handele, da das amerikanische Defizit ausschließlich auf die von den Vereinigten Staaten für die Verteidigung der freien Welt übernommenen Verpflichtungen zurückgehe. (Vgl. den Wortlaut des Memorandums auf S. D 165 f.)

Die deutsch-amerikanischen Besprechungen wurden am 6. und 7. März mit einem Besuch des amerikanischen Sonderbotschafters *Harriman* in Bonn im Rahmen einer Reise nach den europäischen Hauptstädten als persönlicher Abgesandter Präsident *Kennedys* fortgesetzt. Eine gute Einleitung zu diesem Besuch war die am 4. März bekanntgegebene Aufwertung der Deutschen Mark um 4,75 vH in ihrer Dollarparität, die von *Harriman* als ein „bescheidener Schritt in der richtigen Richtung" bezeichnet wurde.

In den Besprechungen zwischen Botschafter *Harriman* und Bundeskanzler *Adenauer*, Bundesaußenminister *von Brentano*, Bundeswirtschaftsminister *Erhard*, Bundesfinanzminister *Etzel* sowie Bundesverteidigungsminister *Strauß* standen neben einem Meinungsaustausch über die internationale Lage und der Erörterung wirtschaftspolitischer Probleme vor allem

die Abrüstungsfrage und Fragen der NATO-Strategie im Mittelpunkt. In einer Pressekonferenz betonte *Harriman*, wenn auch die neue amerikanische Regierung die Ueberprüfung ihrer Verteidigungspolitik noch nicht abgeschlossen habe, so sei jedoch schon jetzt klar, daß die NATO ihre Stärke und Widerstandskraft in vollem Umfang behalten müsse. Im Zusammenhang mit Gerüchten, die um ein internes Memorandum von Außenminister *Rusk* entstanden waren, wies *Harriman* darauf hin, daß ebenfalls geprüft werde, wie die amerikanischen Streitkräfte noch besser mit herkömmlichen Waffen ausgerüstet werden könnten, ohne daß dies eine Verminderung ihrer atomaren Schlagkraft bedeute.

Vom 19. bis 21. März sollen die deutsch-amerikanischen Finanzbesprechungen mit einem Besuch des Staatssekretärs für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium, *Ball*, in Bonn weitergeführt werden. Durch die anschließende Teilnahme *Balls* an der Tagung der Gruppe für Entwicklungshilfe in London wird auch hier der multilaterale Charakter des Zahlungsbilanz-Problems unterstrichen.

Kommuniqué über die Besprechung zwischen Präsident Kennedy und Bundesaußenminister von Brentano in Washington am 17. Februar 1961

Betrifft: Nordatlantische Bündnisgemeinschaft — Wiedervereinigung Deutschlands — West-Berlin — internationale Zahlungssituation — Entwicklungshilfe.

Der Präsident der Vereinigten Staaten empfing den Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, Heinrich von Brentano, am 17. Februar 1961 zu einer Besprechung von Fragen, die für beide Länder von gegenseitigem Interesse sind. Zusammen mit den vorausgegangenen Unterhaltungen mit Außenminister Dean Rusk bot das Gespräch die Gelegenheit zu einem ersten persönlichen Meinungsaustausch zwischen von Brentano und der neuen amerikanischen Regierung. Die herzlich und offen geführten Unterhaltungen bestätigten die freundschaftlichen und engen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten.

Es herrschte insbesondere darüber Uebereinstimmung, daß die nordatlantische Bündnisgemeinschaft eine notwendige Grundlage für die Verteidigung beider Länder ist und daß alle Mitglieder der Allianz eine gegenseitige gemeinsame Verantwortung für deren weitere Stärkung tragen. Sie bestätigten die fortdauernde Bedeutung des Ziels der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Prinzips der Selbstbestimmung und der Erhaltung der Freiheit der Bewohner von West-Berlin.

Die beiden Regierungen stimmten überein, daß das ständige fehlende Gleichgewicht der internationalen Zahlungssituation eine gemeinsame und nachdrückliche Aktion der freien Welt notwendig macht. Solange dieses mangelnde Gleichgewicht nicht wesentlich ausgeglichen wird, wird es die Bemühungen der freien Welt für die gemeinsame Verteidigung und die Versorgung der Entwicklungsländer mit den Mitteln, die zur Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche nötig sind, weiterhin behindern.

Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Bundesrepublik Deutschland haben diesen Grundsatz in den vorausgegangenen Gesprächen anerkannt. Von dieser Grundlage ausgehend, werden beide Regierungen ihre Gespräche über zu ergreifende Maßnahmen, die diesem Ziele dienen können, fortsetzen. Hierbei werden sie in Uebereinstimmung mit ihren gemeinsamen Verbündeten vorgehen. Der Präsident nahm mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die Bundesregierung bereit ist, die notwendigen Mittel zur Fortführung ihres Programms für die Entwicklungsländer auch in den künftigen Jahren bereitzustellen.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 35 vom 21. Februar 1961.

Memorandum der Vereinigten Staaten an die Bundesregierung vom 17. Februar 1961

Betrifft: Lastenverteilung innerhalb der NATO — die internationale Zahlungsbilanzstruktur — die deutschen Vorschläge zur Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Maßnahmen geprüft, die die Bundesrepublik Deutschland angesichts der gegenwärtigen internationalen Zahlungsbilanzsituation einzuleiten bereit ist. Nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten müssen diese Maßnahmen jetzt unter neuen Aspekten gesehen werden.

Wir stehen am Vorabend der Schaffung einer neuen Phase in der Geschichte der NATO. Wir haben neue Aufgaben. Die Wiederbelebung Westeuropas in den fünfziger Jahren hat uns neue Hilfsquellen gegeben. Zusammengenommen sind diese Hilfsquellen, über die wir verfügen, größer als die, über die wir in den ersten Nachkriegsjahren verfügen konnten, und sie sind unter uns besser verteilt.

Um uns mit den neuen Aufgaben auseinanderzusetzen, müssen wir erkennen, daß wir in allem, was wir tun, voneinander abhängig sind und daß unsere gemeinsamen Belastungen in einer Weise aufgeteilt werden, die von unseren Völkern als gerecht angesehen wird.

Die wirtschaftlichen Probleme, die zur Zeit zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland erörtert werden, sind nicht bilaterale Fragen. Das Defizit der Vereinigten Staaten geht ausschließlich auf die Verpflichtungen und Handlungen zurück, die sie für die gemeinsame Verteidigung der freien Welt übernommen haben. Ohne diese freiwillig übernommenen Verpflichtungen hätten die Vereinigten Staaten jetzt einen großen Zahlungsbilanzüberschuß. Diese Fragen müssen daher im Sinne einer Umgestaltung des Bündnisses und nach Grundsätzen angepackt werden, von denen diese Anstrengungen in den kommenden Jahren geleitet werden sollen.

Wir müssen besonders prüfen, wie wir zwei Hauptbelastungen gerecht aufteilen können: die Last der gemeinsamen Verteidigung und die Last der langfristigen wirtschaftlichen Hilfe für die Entwicklungsländer.

Es ist klar, daß wir Formeln finden müssen, die das Ausmaß der Mittel in Rechnung stellen, die jetzt diesen beiden gemeinsamen Zwecken aus unserem Gesamtaufkommen zufließen und die das in unserem Steuersystem angewendete Prinzip beachten, daß die Reicheren unter uns relativ größere Belastungen auf sich nehmen müssen als die Aermeren.

Außerdem müssen wir alle das Prinzip anerkennen, nach dem die Vereinigten Staaten in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg gehandelt haben. Dieses Prinzip besagt, daß eine ständige Anhäufung von Gold und anderen internationalen (Zahlungs-)Reserven durch irgendein Land die internationale Gemeinschaft zersetzt. Gerade jetzt, da der Handel sich schneller ausweitet als die Goldproduktion wächst, müssen wir lernen, unsere Reserven auf gemeinsamer Basis anzuwenden und zu erkennen, daß der Gewinn eines Landes nur der Verlust eines anderen sein kann.

Auf der Grundlage dieser Prinzipien beurteilt die amerikanische Regierung das besondere Problem, das jetzt vorliegt, nämlich das mangelnde Gleichgewicht, das sich bei der Situation der internationalen Zahlungen der freien Welt entwickelt hat. Die gegenwärtige Situation ist gekennzeichnet durch ein andauerndes grundsätzliches Defizit einiger Länder und einen andauernden grundsätzlichen Ueberschuß anderer Länder. Dies hat in den letzten Jahren zu einer beträchtlichen Zunahme flüssiger Dollarguthaben im Ausland und einem Goldabfluß aus den Vereinigten Staaten geführt, was eine Verringerung der amerikanischen Reserven zur Folge hatte.

Ein wesentlicher Teil des deutschen Ueberschusses resultiert direkt aus den Verteidigungsprogrammen der freien Welt. So beläuft sich zum Beispiel der Nettozuwachs der Devisenreserven der Bundesrepublik allein aus den Militärausgaben der Vereinigten Staaten in Deutschland jährlich auf etwa 375 Millionen Dollar.

Die Vereinigten Staaten werden ihren gerechten Anteil an den gemeinsamen Verantwortlichkeiten und Lasten der Allianz weiter tragen. Es ist wesentlich, daß unsere Angelegenheiten in einer Weise geregelt werden, die strukturelle Gleichgewichtsstörungen in den Reserven der einzelnen Nationen vermeidet.

Ein gesundes Gleichgewicht der internationalen Zahlungsbilanzstruktur kann nur durch fortgesetzte und gemeinsame Maßnahmen erreicht werden. Jedes Mitglied des westlichen Bündnisses sollte im Rahmen seiner Möglichkeiten die Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, um seine Verantwortlichkeit für ein weiteres wirtschaftliches Wachstum, für Stabilität und Sicherheit in der freien Welt zu erfüllen.

Was nun die spezifischen Vorschläge der Bundesrepublik Deutschland angeht, so erkennt die Regierung der Vereinigten Staaten die zum Ausdruck gekommene Bereitschaft der Bundesrepublik an, zweckmäßige Maßnahmen zu ergreifen. Verschiedene davon könnten wirksam sein und im gemeinsamen Interesse liegen. Nach unserer Ansicht sollten sie jede für sich auf ihre Zweckmäßigkeit hin geprüft werden. Wenn die Bundesrepublik Deutschland bereit sein sollte, einige dieser Maßnahmen auszuführen, so würde die Regierung der Vereinigten Staaten sich freuen, in geeigneter Weise teilzunehmen, und zwar in der Diskussion über die Einzelheiten und bei den praktischen Schritten, mit denen diese Einzelmaßnahmen verwirklicht werden sollen.

Solche Maßnahmen werden aber nicht das grundlegende Problem der aus dem Gleichgewicht gebrachten internationalen Zahlungsbilanz auf einer festen und langfristigen Grundlage lösen. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, eine Politik der Finanzreserven für die Allianz zu entwickeln, die die Verantwortlichkeit gegenüber dem gemeinsamen Interesse sowohl der Ueberschuß- als auch der Defizit-Nationen anerkennt.

Um dieses Prinzip wirksam zu machen, sollte der Abfluß langfristigen Kapitals aus Ueberschuß-Nationen — besonders in die Entwicklungsländer — deren Exportüberschüsse im Handel mit der ganzen Welt erreichen oder übertreffen. Dies würde nicht nur die Gleichgewichtsstörungen in der internationalen Zahlungssituation mildern, sondern die freie Welt auch in die Lage versetzen, die lebensnotwendigen Bedürfnisse und Erwartungen der Entwicklungsländer zu erfüllen.

Die Vereinigten Staaten begrüßen die bekanntgegebene Absicht der Bundesrepublik, ein neues Hilfeprogramm für die Entwicklungsländer ins Leben zu rufen, das auf einer gemeinsamen Grundlage verwaltet werden soll. Die Vereinigten Staaten möchten die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß dieses Programm seiner Größe nach ausreichend und von dauerhafter Art sein möge.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß das Problem des gerechten Anteils an den Bemühungen im Rahmen der gemeinsamen Anstrengungen zur Unterstützung der Entwicklungsländer der freien Welt innerhalb der OEEC — in Erwartung des Inkrafttretens der OECD — dringend geprüft werden sollte und daß die Frage des gerechten Anteils an den Lasten der gemeinsamen Verteidigung dringend innerhalb der NATO geprüft werden sollte. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist bereit, sich an solchen Beratungen zu beteiligen. Es ist unsere Hoffnung, daß diese Besprechungen im Geiste der Botschaft des Präsidenten vom 15. Februar 1961 an den NATO-Rat stattfinden mögen.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 37 vom 23. Februar 1961.

Der Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Chruschtschow und das sowjetische Deutschland-Memorandum vom 17. Februar 1961

Am 17. Oktober 1960 hatte Bundeskanzler *Adenauer* ein persönliches Schreiben an Ministerpräsident *Chruschtschow* gerichtet, in dem er sich für die Fortführung der Repatriierung deutscher Staatsbürger aus der Sowjetunion einsetzte (vgl. den Wortlaut auf S. D 167 f.). In seinem Antwortschreiben am 13. Februar 1961 erklärte *Chruschtschow*, die Sowjetregierung habe nicht die Absicht, deutsche Staatsangehörige zurückzuhalten (vgl. den Wortlaut auf S. D 168 f.). In seinem Schreiben setzte sich der sowjetische Ministerpräsident ferner für eine Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen ein.

Zusammen mit dem Schreiben an den Bundeskanzler ließ die Sowjetregierung der Bundesregierung am 17. Februar ein Memorandum zur Deutschland-Frage überreichen (vgl. den Wortlaut auf S. D 169 ff.).

In dem Memorandum heißt es, die sowjetische Regierung erstrebe eine allseitige Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik und möchte, „daß daraus eine dauerhafte freundschaftliche Zusammenarbeit wird". Der Abschluß eines Friedensvertrages stehe zur Zeit in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik an erster Stelle, und die Sowjetregierung lege „den allergrößten Wert darauf, daß diese Frage unverzüglich gelöst wird". Es wird darauf hingewiesen, daß der Abschluß eines Friedensvertrages nicht von der Wiedervereinigung Deutschlands oder dem Abschluß eines Abrüstungsabkommens abhängig gemacht werden könne.

In der Berlin-Frage wiederholt die sowjetische Regierung ihren Vorschlag zur Bildung einer „Freien Stadt" auf der Grundlage eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten.

Die sowjetische Regierung betont jedoch, daß die sowjetischen Deutschland-Vorschläge und insbesondere der Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland vom 10. Januar 1959 nicht als ein Ultimatum aufzufassen seien. Die sowjetische Regierung sei bereit, „jeden konstruktiven Vorschlag der Bundesregierung zu erörtern".

Schreiben von Bundeskanzler Adenauer an Ministerpräsident Chruschtschow vom 18. Oktober 1960

Betrifft: Repatriierung deutscher Staatsangehöriger aus der Sowjetunion.

Die Bundesregierung und die Sowjetregierung haben im April 1958 eine Reihe von Verträgen abgeschlossen, zu denen die Vereinbarung über die gegenseitige Repatriierung deutscher und sowjetischer Staatsangehöriger gehört.

Ich lege dieser Vereinbarung große Bedeutung bei, weil sie die grundlegende Voraussetzung für eine Besserung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses bildet. Aus diesem Grunde habe ich mit Genugtuung festgestellt, daß die Sowjetregierung in den letzten Jahren einer großen Zahl Deutscher die Ausreise aus der Sowjetunion ermöglicht hat. Um so mehr war ich bestürzt, als ich erfuhr, daß die Sowjetregierung nunmehr die Ansicht vertritt, sie habe diese Vereinbarung erfüllt, da sie bis zum 31. Dezember 1959 befristet gewesen und außerdem auch sachlich vorher eingehalten worden sei. Mir ist diese Haltung nicht verständlich, weil bei der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau noch eine große Anzahl von Repatriierungsanträgen deutscher Staatsangehöriger vorliegt, die genau die gleichen Voraussetzungen erfüllen wie die derjenigen Deutschen, die bereits repatriiert worden sind.

Zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volk stehen noch viele und große Fragen, die einer gemeinsamen Klärung harren, und wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, trotz aller Schwierigkeiten zu einer solchen Klärung zu gelangen. Ich möchte eindringlich an Sie appellieren, dafür zu sorgen, daß dieser Aussicht nicht dadurch geschadet wird, daß das Vertrauen auf die Vertragstreue Schaden erleidet. Die sowje-

tische Regierung hat wiederholt versichert, daß sie völkerrechtliche Verpflichtungen besonders genau einhalte. Ich möchte der Erwartung Ausdruck geben, daß die Sowjetregierung auch ihre Verpflichtungen aus der Vereinbarung vom 8. April 1958 in diesem Geiste erfüllt.

Von einer Erfüllung dieser Vereinbarung kann aber erst dann gesprochen werden, wenn alle die Menschen, die die Voraussetzungen dieser Vereinbarung erfüllen und den Wunsch zur Repatriierung haben, tatsächlich repatriiert und die Familien, die seit Jahren auseinandergerissen worden sind, wieder zusammengeführt werden. Nur so kann das schwere menschliche Leid, das diese Menschen infolge des Krieges erdulden mußten, endlich beseitigt werden.

Ich erlaube mir, Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auf die bei der Durchführung der Repatriierungsvereinbarung entstandenen Schwierigkeiten aufmerksam zu machen. Ich hoffe sehr, daß die Sowjetregierung auch ihre Verpflichtungen aus der deutsch-sowjetischen Vereinbarung von 8. April 1958 weiterhin erfüllt, zumal der Abschluß dieser Vereinbarung auf beiden Seiten von einem Gebot der Menschlichkeit bestimmt war.

Quelle: *Prawda* vom 10. März 1961.

Schreiben von Ministerpräsident Chruschtschow an Bundeskanzler Adenauer vom 13. Februar 1961

Betrifft: Repatriierung deutscher Staatsangehöriger aus der Sowjetunion — deutsch-sowjetische Beziehungen — deutscher Friedensvertrag.

Ihr Schreiben vom 18. Oktober 1960, in dem Sie auf die Frage der Ausreise ehemaliger deutscher Staatsangehöriger aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik eingehen, haben wir geprüft. Ich habe schon Ihrem Botschafter Herrn Kroll gesagt und kann es Ihnen, Herr Bundeskanzler, hiermit bestätigen, daß wir nach wie vor nicht die Absicht haben, Personen deutscher Volkstumszugehörigkeit, die früher die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben und in die Bundesrepublik Deutschland oder die Deutsche Demokratische Republik auszureisen wünschen, bei uns zurückzuhalten.

Die sowjetische Regierung hat sich in ihrer Einstellung zu dieser Frage stets von Erwägungen der Menschlichkeit leiten lassen. So haben wir uns seinerzeit bereit erklärt, eine entsprechende Vereinbarung mit Ihrer Regierung zu treffen, und haben alle notwendigen Maßnahmen zu ihrer pünktlichen Erfüllung getroffen. Auf Grund der Tätigkeit der sowjetischen Stellen sind alle Personen, auf die sich jene Vereinbarung erstreckte und die einen entsprechend gefaßten Antrag eingereicht hatten, in die Bundesrepublik ausgereist. Nicht ausgeschlossen ist es, daß einzelne Personen ihre Ausreiseanträge möglicherweise erst nach Ablauf der Geltungsdauer der Vereinbarung gestellt oder die für die Bearbeitung notwendigen Unterlagen nicht beigebracht haben. Ein Grund zur Beunruhigung dürfte jedoch kaum gegeben sein, da sich die sowjetischen Stellen bekanntlich bereit erklärt haben, Anträge solcher Personen im Rahmen des in der Sowjetunion allgemein geltenden Verfahrens zu prüfen und sich dabei nach wie vor von den Grundsätzen der Menschlichkeit leiten zu lassen. Ich glaube, daß sich bei gutem Willen auf beiden Seiten Schwierigkeiten in dieser Angelegenheit nicht ergeben werden.

Ihr Botschafter sagte mir während einer Unterredung, die ich am 18. Oktober mit ihm hatte, daß er beauftragt sei, mit aller Bestimmtheit zu erklären, daß die Bundesregierung für eine wesentliche Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion eintrete. Auch Sie, Herr Bundeskanzler, haben in Ihren kürzlichen Gesprächen mit dem sowjetischen Botschafter in Bonn zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den ernsten und aufrichtigen Wunsch

nach guten Beziehungen zur Sowjetunion hege und daß das Verhältnis zwischen unseren beiden Staaten in Ordnung gebracht werden müsse.

Ich verhehle nicht, daß wir diese Erklärungen mit Genugtuung entgegengenommen haben. Die sowjetische Regierung war immer um eine allseitige Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik bemüht, ja, ich möchte sogar sagen, daß es unserem Wunsch entspräche, wenn sich unser Verhältnis nicht nur verbesserte, sondern sich schließlich zu einer dauerhaften freundschaftlichen Zusammenarbeit entwickelte, denn für die Friedensaussichten in Europa hat der Stand der sowjetisch-deutschen Beziehungen von jeher außerordentliche Bedeutung gehabt.

Ich nehme an, daß Sie über die Gespräche, die ich mit Herrn Botschafter Kroll geführt habe und in deren Verlauf wichtige die Sowjetunion und die Bundesrepublik gleichermaßen interessierende Fragen angeschnitten worden sind, so vor allem die Frage eines deutschen Friedensvertrages, ausführlich unterrichtet worden sind.

Was uns anbetrifft, so sind wir bereit, den begonnenen Meinungsaustausch über diese Fragen fortzusetzen.

Quelle: *Prawda* vom 10. März 1961.

Memorandum der Sowjetregierung an die Bundesregierung zur Deutschland-Frage vom 17. Februar 1961

Betrifft: Deutsch-sowjetische Beziehungen — Friedensvertrag mit Deutschland — deutsche Ostgrenzen — Wiedervereinigung — Abrüstung — Berlin — Zurückschlagung jeder Aggression gegen die sozialistischen Länder — Kriegsschuld Deutschlands — Erörterung konstruktiver Vorschläge der Bundesregierung — Separatfrieden mit der sogenannten DDR — Minderung der internationalen Spannungen.

1. Die sowjetische Regierung glaubt, daß auf beiden Seiten keine Mühe gescheut werden sollte, um eine Verständigung über die in den stattgefundenen Gesprächen angeschnittenen, die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland gleichermaßen interessierenden wichtigen politischen Fragen herbeizuführen. Die sowjetische Regierung hat die Aeußerungen des Herrn Bundeskanzlers, es sei sein Wunsch, die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu bereinigen, mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Es ist in Moskau auch begrüßt worden, daß die Unterzeichnung des Handelsabkommens schließlich doch noch erfolgt ist. Trotzdem wäre es falsch, wenn man aus den bei den Handelsverhandlungen gemachten Erfahrungen nicht die Folgerung zöge, daß es, wenn man eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen unseren Ländern will, nicht angeht, künstliche Hindernisse gegen eine harmonische Zusammenarbeit aufzurichten, an der die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland notwendigerweise gleich stark interessiert sind. Die sowjetische Regierung war immer bestrebt, die Beziehungen zur Bundesrepublik in jeder Weise zu verbessern. Ja, sie möchte sogar, daß sich diese Beziehungen nicht nur erfolgreich entwickeln, sondern daß daraus eine dauerhafte freundschaftliche Zusammenarbeit wird, denn für die Friedensaussichten in Europa ist der Stand der sowjetisch-deutschen Beziehungen von jeher von hervorragender Bedeutung gewesen.

2. Die sowjetische Regierung ist der Auffassung, daß die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland in den sowjetisch-westdeutschen Beziehungen zur Zeit an erster Stelle steht; sie legt den allergrößten Wert darauf, daß diese Frage unverzüglich gelöst wird. Der Standpunkt der Sowjetunion ist der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zweifellos gut bekannt. Er ist unter anderem in der Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten, Chruschtschow, an den Herrn Bundeskanzler vom Januar 1960 ausführlich dargelegt worden. Ohne sich in Wiederholungen einzulassen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß das Fehlen eines Friedensvertrages unheilvolle Auswirkungen

nicht nur auf die Lage in Deutschland, sondern auch auf die Gesamtsituation in Europa hat.

Denn Tatsache ist, daß sich die Stimmen, die eine Revision der in Europa bestehenden Grenzen fordern, in Westdeutschland von Jahr zu Jahr lauter und nachdrücklicher vernehmen lassen, obwohl sich jedermann darüber im klaren ist, daß damit die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschworen wird. Diese Stimmen verstärken sich in dem Maße, wie die Rüstungen der Bundesrepublik Deutschland zunehmen. Der Bundesregierung kann nicht unbekannt sein, was für eine Reaktion derartige Forderungen bei den Völkern der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei und anderer europäischer Länder auslösen.

Ganz unnormal ist die derzeitige Lage in West-Berlin, das immer noch zu subversiven Aktionen gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten benutzt wird.

Das kann so nicht weitergehen. Entweder entwickelt sich die Lage in Richtung auf eine immer gefährlichere Verschärfung der Beziehungen zwischen den Staaten und auf militärische Konflikte hin oder ein Friedensvertrag wird geschlossen.

3. Anscheinend beginnt man jetzt im Westen bereits einzusehen, daß der Abschluß eines Friedensvertrages, die Beseitigung des Kriegszustandes und die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten unumgänglich sind. Trotzdem versuchen manche Staatsmänner in Gesprächen gelegentlich folgende Gedankengänge anzubringen: Im Augenblick sei eben nicht der richtige Zeitpunkt, man stehe in den Vorbereitungen zur amerikanischen Präsidentenwahl. Die müsse man abwarten. Nach der Wahl heißt es dann aber: Ja, der Präsident und die neue amerikanische Regierung hätten soeben erst ihr Amt angetreten, sie hätten sich noch nicht eingearbeitet. Man müsse deshalb eine gewisse Zeit vergehen lassen. Andere wiederum argumentieren, es sei wegen der bevorstehenden Wahlen in der Bundesrepublik jetzt nicht der gegebene Zeitpunkt, um diese Frage zu lösen. Nach den Wahlen in der Bundesrepublik wird es dann zweifellos heißen, die Wahlen seien eben erst vorbei, und außerdem seien im Eifer des Wahlkampfes so viele unverantwortliche Reden gehalten worden, daß man eine gewisse Zeit vergehen lassen müsse, damit sich die politischen Leidenschaften legen und die Hetzreden in Vergessenheit geraten könnten.

Auf diese Weise kann das endlos so weitergehen.

Manche Politiker in der Bundesrepublik Deutschland lassen durchblicken, die Christlich-Demokratische Union wäre vielleicht zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages auch mit den derzeitigen Grenzen bereit. Aber es gebe in der Bundesrepublik Deutschland eben Millionen Vertriebener, und wenn die Regierung die Grenzen anerkenne, so würden diese Personen die zur Zeit an der Macht befindliche Partei nicht unterstützen. Jene Politiker wissen, daß die den Vertriebenen gemachten Versprechungen auf Revision der Grenzen reine Hirngespinste und völlig irreal sind. Trotzdem werden die Hoffnungen dieser Leute von jenen Politikern mißbraucht, und es werden darüber hinaus revanchistische Stimmungen geschürt und Erwartungen auf eine Aenderung der Grenzen geweckt.

Jeder nüchtern denkende Staatsmann begreift, daß die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges festgelegten Grenzen endgültig sind, und wenn irgendeine Regierung auf ihre Aenderung drängt, so besteht die Wahrscheinlichkeit, daß sie sich rüstet, deswegen Krieg zu führen. All dies beweist, daß es augenblicklich keinen anderen Weg gibt, als daß wir einen Friedensvertrag unterzeichnen. Zweifellos ist es nunmehr allerhöchste Zeit einzusehen, daß die Unterzeichnung eines Friedensvertrages und eben dadurch die Lösung der Frage des Besatzungsregimes in West-Berlin und die Umwandlung West-Berlins in eine Freie Stadt unumgänglich sind.

Gelegentlich wird in der Bundesrepublik Deutschland erklärt, die Verhältnisse für eine Lösung dieses Problems seien noch nicht reif, da ein Friedensvertrag angeblich nur

mit einer gesamtdeutschen Regierung, d. h. nach der Wiedervereinigung Deutschlands, geschlossen werden könne. Dieser Standpunkt wäre noch verständlich, wenn Deutschland heute wirklich am Vorabend der Wiedervereinigung stände. Dabei ist das Gegenteil wahr. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland widersetzt sich hartnäckig jeder Zusammenarbeit mit der Deutschen Demokratischen Republik und jeder Annäherung an sie; sie verfolgt ihr gegenüber eine eindeutig feindselige Linie und versperrt auf diese Weise den einzig möglichen Weg zur Wiederherstellung der Einheit des Landes. Kann man denn unter diesen Verhältnissen den Abschluß des Friedensvertrages und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung miteinander in Verbindung bringen? Wollte man sich diesen Standpunkt zu eigen machen, so hieße das, die Hoffnung auf eine Friedensregelung mit Deutschland auf Jahre hinaus überhaupt zu begraben.

Ebenso unzulässig ist es, die Lösung der Friedensvertragsfrage vom Zustandekommen einer Abrüstungsvereinbarung abhängig zu machen, wie es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland jetzt tut. Friedensvertrag und Abrüstung sind voneinander unabhängige Fragen. Außerdem sind sie an und für sich schon kompliziert genug, und man darf eine Lösung nicht dadurch noch erschweren, daß man auf künstliche Weise den Friedensvertrag der Abrüstung oder die Abrüstung dem Friedensvertrag unterordnet. Der Versuch, diese wichtigen internationalen Probleme miteinander zu verkoppeln, kann nur eines bedeuten, nämlich, daß man die Lösung des einen wie des anderen verhindern will.

Was die Abrüstung als solche angeht, so läuft der Standpunkt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage im Grunde darauf hinaus, abzuwarten, bis von anderen Mächten ein allgemeines, die Belange aller Völker, auch die des deutschen Volkes, erfassendes Abkommen ausgearbeitet worden ist. Die Bundesregierung selbst zieht es inzwischen vor, ihre Anstrengungen auf den größtmöglichen Ausbau ihrer eigenen Rüstungen und auf die aktive Beteiligung an den Rüstungen der Westmächte zu richten, mit denen sie durch Militärbündnisse verbunden ist. Die von Jahr zu Jahr wachsenden Aufwendungen für militärische Zwecke, die von der Bundesrepublik unterstützten Pläne für die Umgestaltung der NATO zur vierten Atommacht, die Verhandlungen mit Großbritannien über die Errichtung militärischer Stützpunkte der Bundeswehr in diesem Lande, der Abschluß einer Vereinbarung über die gemeinsame Produktion von Raketenwaffen und über den weiteren Ausbau der militärischen Zusammenarbeit mit einer Reihe von Mitgliedstaaten der NATO — diese und viele andere Tatsachen beweisen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, während sie es anderen überläßt, mit den ungeheuren Schwierigkeiten fertig zu werden, die einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung im Wege stehen, selbst einen völlig entgegengesetzten Kurs steuert. Unter diesen Umständen können natürlich selbst die schönsten Erklärungen über das Festhalten an der Idee der Abrüstung niemanden von der Aufrichtigkeit derjenigen überzeugen, die so oft derartige Erklärungen abgeben.

Die gegenwärtige Politik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bringt einen zwangsläufig auf den Gedanken, daß sie ihre Ziele mit Gewalt zu erreichen hofft, daß deshalb in der Bundesrepublik umfassende militärische Vorbereitungen erfolgen und die Bundesregierung sich beharrlich um Atomwaffen bemüht, womit sie den Anstrengungen der Völker zuwiderhandelt, die für eine allgemeine und vollständige Abrüstung kämpfen. Die Bundesregierung erklärt, sie hege ausschließlich friedliche Absichten. Wir sind bereit, diesen Erklärungen Glauben zu schenken: Unterzeichnen Sie den Friedensvertrag, das würde das Mißtrauen gegen die Politik der Bundesrepublik in vielen Ländern der Welt beseitigen! Wenn die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wirklich bereit ist, sich von den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz leiten zu lassen, so möchte man meinen, daß nichts sie daran hindern sollte, ihre Unterschrift unter dieses Dokument zu setzen.

Die Sowjetunion verlangt keinerlei Opfer von der Bundesrepublik. Das einzige, was wir vorschlagen, ist, die nach dem Kriege in Europa entstandene Lage zu fixieren, die

Unverrückbarkeit der nach dem Kriege festgelegten Grenzen juristisch zu untermauern und die Lage in West-Berlin auf der Basis einer vernünftigen Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten zu normalisieren.

Was kann die Bundesrepublik Deutschland infolge einer derartigen Regelung von dem, was sie heute besitzt, verlieren? Absolut gar nichts. Indes würde die Beteiligung der Bundesrepublik am Abschluß eines Friedensvertrages nicht nur eine wichtige Rolle bei der Schaffung der Voraussetzungen für die Lösung der gesamtnationalen Aufgabe des deutschen Volkes spielen. Dieser Schritt würde die Bundesrepublik aus der Sackgasse herausführen, in die gegenwärtig ihre Beziehungen zu einer Reihe von europäischen Staaten geraten sind.

4. Die sowjetischen Vorschläge zur Lösung der Frage West-Berlins als einer Freien Stadt gehen bekanntlich vom Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten aus. Dieser Umstand eröffnet für die Bundesrepublik Deutschland große Möglichkeiten, ihre Interessen in West-Berlin zu verteidigen, zumal ihre Vertreter in diesem Falle als Partei bei den Friedensverhandlungen auftreten würden. Was die sowjetische Regierung betrifft, so wäre sie jedenfalls bereit, ein Maximum an Verständnis für die Wünsche der Bundesregierung aufzubringen und diese Wünsche bei den Verhandlungen mit allen anderen Beteiligten zu berücksichtigen. Eine ganz andere Lage entsteht, wenn die Bundesregierung weiterhin an ihrer negativen Einstellung hinsichtlich des Friedensvertrags festhalten wird. Dadurch nimmt sie sich die Möglichkeit, ihre Interessen unmittelbar zu verteidigen.

Der sowjetische Standpunkt schließt nach wie vor auch die Möglichkeit einer vorläufigen Regelung der West-Berlin-Frage bis zum Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland nicht aus, wobei allerdings daran gedacht ist, im voraus eine genau vereinbarte Frist für den Abschluß dieses Vertrags festzusetzen. Man muß jedoch in Betracht ziehen, daß an der Ausarbeitung einer vorläufigen Vereinbarung über West-Berlin nur die unmittelbar interessierten Länder beteiligt sein können, zu denen die Bundesrepublik Deutschland bekanntlich nicht gehört.

Gelingt es aber auch nach Ablauf der im voraus vereinbarten Frist nicht, einen Friedensvertrag mit den beiden Staaten abzuschließen, so wird die Sowjetunion gemeinsam mit anderen Staaten, die dies wünschen sollten, einen Friedensvertrag mit der DDR unterzeichnen. Dies wird zugleich auch die Liquidierung des Besatzungsregimes in West-Berlin mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen bedeuten. In diesem Falle werden insbesondere Fragen betreffend die Benutzung der Verbindungswege zu Lande, zu Wasser und in der Luft, die durch das Hoheitsgebiet der DDR führen, allein durch entsprechende Vereinbarungen mit der DDR geregelt werden müssen.

5. Als Antwort auf den Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR droht man der Sowjetunion zuweilen mit Krieg. Aber nur Wahnsinnige könnten sich, wie der sowjetische Regierungschef, N. S. Chruschtschow, wiederholt erklärt hat, zu einem derartigen Schritt lediglich deshalb entschließen, weil die Sowjetunion und andere Staaten einen Friedensvertrag unterzeichnen, der geeignet ist, die Lage im Herzen Europas zu sanieren. Wenn aber jemand wagen sollte, eine Aggression gegen die sozialistischen Länder vom Zaun zu brechen, so hätte er bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis mit den schwerwiegenden Auswirkungen zu rechnen, die ein solches Abenteuer zwangsläufig zur Folge haben würde. Die Sowjetunion und ihre Freunde verfügen über alle erforderlichen Mittel, um eine gerechte Sache zu verteidigen.

6. Die Notwendigkeit, einen Friedensvertrag abzuschließen, wird von den verantwortlichen Persönlichkeiten der beteiligten Staaten immer deutlicher erkannt. Es ist jetzt daher um so weniger zulässig, die Lösung dieser Frage aufzuschieben, zumal sie sich ohnedies sehr in die Länge gezogen hat.

Der Krieg ist vor fast sechzehn Jahren zu Ende gegangen, und jeder vernünftige Mensch wird gewiß einsehen, daß jene Veränderungen, die im Ergebnis des Krieges

eingetreten sind, durch Verhandlungen selbstverständlich nicht beseitigt werden können. Wenn die westdeutsche Seite glaubt, daß den Deutschen durch den Krieg in gebietsmäßiger Hinsicht Schaden zugefügt worden sei, so sind andere Länder diesbezüglich anderer Meinung. Die Staaten, die am Krieg gegen Hitler-Deutschland teilgenommen haben, sind der Ansicht, daß in diesem Falle eine historische Ungerechtigkeit berichtigt wurde, die durch die Eroberungskriege Deutschlands in der Vergangenheit entstanden war. Aber wir wollen darüber nicht diskutieren, denn das Entscheidende ist doch, daß die gebietsmäßigen Veränderungen, die Deutschland betrafen, durch den Krieg hervorgerufen worden sind, den das faschistische Deutschland begonnen hat. Wenn Deutschland jetzt andere Grenzen hat, als die, die es vor dem Kriege hatte, so ist es selbst daran schuld.

Man darf außerdem nicht vergessen, daß die Länder, die von Deutschland überfallen worden sind und gegen die es Krieg geführt hat, Dutzende von Millionen Menschen verloren haben. Was die Sowjetunion anbetrifft, so hat sie viele Millionen Menschen auf den Schlachtfeldern und infolge der Greueltaten der faschistischen Okkupanten in den von den Deutschen während des Krieges besetzten Gebieten verloren. Doch wir wollen diese Frage jetzt nicht aufwerfen. Wir können dies aber auch nicht vergessen, wenn wir von unserem Wunsch sprechen, den Kriegszustand zu beenden und einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die Bundesrepublik, eine der Rechtsnachfolgerinnen Deutschlands, das an der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs schuld ist, will gegenwärtig keinen Friedensvertrag abschließen und verzögert die Lösung dieser Frage. Dies muß die Menschen in anderen Ländern, die Opfer der deutschen Aggression waren, mit Sorge erfüllen.

7. Gewisse Leute in der Bundesrepublik Deutschland behaupten, wir zielten darauf ab, den Westdeutschen ein Diktat aufzuzwingen. Nein, wir bieten dem ganzen deutschen Volk unsere Freundschaft an. Der sowjetische Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland ist kein Ultimatum. Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit diesen oder jenen Bestimmungen unseres Entwurfs nicht einverstanden ist, kann sie ja entsprechende Vorschläge machen oder einen eigenen Entwurf für einen Friedensvertrag vorlegen. Die sowjetische Regierung ist bereit, jeden konstruktiven Vorschlag der Bundesregierung zu erörtern, der der bestehenden Lage Rechnung trägt und den Abschluß eines Friedensvertrags fördern würde. Wir wollen die Friedensverhandlungen nicht hinter dem Rücken des deutschen Volkes und nicht auf Kosten seiner legitimen Rechte, sondern unter unmittelbarer Beteiligung der Deutschen selbst und unter gebührender Respektierung und Berücksichtigung ihrer nationalen Interessen führen. Bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge für eine Friedensregelung mit Deutschland hat die sowjetische Regierung eng mit der Deutschen Demokratischen Republik zusammengearbeitet. Wir sind jederzeit bereit, in entsprechende Verhandlungen mit der Regierung der Bundesrepublik einzutreten.

8. Alles spricht dafür, daß in der Welt eine Wende zum Besseren heranreift. Wenn auch nicht so rasch, wie es wünschenswert wäre, so vollzieht sich doch die Entwicklung der Geschehnisse in Richtung auf eine Minderung der internationalen Spannungen, und es ergeben sich Voraussetzungen für die Lösung von Streitfragen mit friedlichen Mitteln, durch Verhandlungen.

Die Niederlage der Republikanischen Partei bei den Wahlen in den Vereinigten Staaten wurde überall mit Recht als eine Verurteilung der von der Regierung Eisenhower in den letzten Jahren betriebenen gefährlichen und unfruchtbaren Politik durch das amerikanische Volk gewertet. Gegenwärtig ist es äußerst wichtig, ein Maximum an Elastizität und gutem Willen an den Tag zu legen und die tatsächlich in der Welt entstehende Lage zu berücksichtigen. Man sollte bedenken, daß viele Politiker und Staatsmänner sich allmählich von gefährlichen Illusionen trennen und bei der Lösung akuter Probleme zu einer nüchterneren Einstellung zu gelangen versuchen.

Jetzt, wo Anstrengungen zu einer möglichen Verbesserung der Beziehungen unternommen werden, sind Aeußerungen gewisser führender Persönlichkeiten der Bundesrepublik über die Sowjetunion wie „potentieller Gegner in einem Krieg", Forderungen, der Bundeswehr Atomwaffen zur Verfügung zu stellen und Aufrufe, die subversiven Maßnahmen gegen die DDR zu verstärken, besonders unangebracht. Derartige Reden können schwerlich die Herstellung einer Atmosphäre des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Staaten fördern. Sie bezwecken vielmehr, die Spannungen in den Beziehungen aufrechtzuerhalten und durch Verwendung der schmutzigen Losungen des Antikommunismus unter der Bevölkerung der Bundesrepublik das Gefühl der Feindschaft gegenüber der Sowjetunion hervorzurufen, wobei diese Losungen zum Hauptprogramm der CDU im Wahlkampf gemacht werden. Wenn es wirklich so ist, dann sollten Sie sich, Herr Bundeskanzler, bezüglich der Folgen solcher Schritte keinen falschen Vorstellungen hingeben.

9. Die Entschlossenheit der Sowjetunion wie auch der mit ihr befreundeten Staaten, die Friedensregelung mit Deutschland zum Abschluß zu bringen, ist unerschütterlich. Es hängt nur von der Bundesregierung selbst ab, ob die Bundesrepublik Deutschland bei der Regelung dieses Problems beteiligt sein wird.

Wir werden alles tun, um in dieser Frage mit unseren ehemaligen Verbündeten im Krieg gegen Hitler-Deutschland übereinzukommen. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Großmächte weitergehende Interessen haben, die sie zur Lösung der akuten Probleme drängen. Gerade diese weitergehenden Interessen und nicht die deutsche Frage bestimmen letzten Endes ihre Haltung bei den Verhandlungen. Wenn sie aber dennoch an einer friedlichen Regelung nicht teilnehmen wollen, so werden wir uns zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages mit den Ländern entschließen, die gewillt sind, ihn zu unterzeichnen.

Die sowjetische Seite würde es begrüßen, wenn Sie, Herr Bundeskanzler, all dies erwägen, richtig einschätzen und den Mut aufbringen würden, Ihrem Volk dahingehend die Wahrheit zu sagen, daß es notwendig ist, die Ueberreste des Krieges zu beseitigen und einen Friedensvertrag abzuschließen. Sollte sich aber die Bundesregierung nach wie vor einer Friedenslösung widersetzen, so wird sie sich mit der Wirklichkeit auseinandersetzen müssen. Und diese Wirklichkeit wird darin bestehen, daß die Sowjetunion und andere interessierte Staaten einen Friedensvertrag unterzeichnen werden. Wir werden den Vertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnen. Dadurch werden die Frage West-Berlins als einer Freien Stadt gelöst, die deutschen Grenzen fixiert und alle Fragen juristisch geregelt, die der Lösung in einem Friedensvertrag unterliegen.

Wir möchten glauben, daß eine nüchterne Einschätzung der gegenwärtigen Lage die Bundesregierung vor übereilten Schritten bewahren und es ihr ermöglichen wird, eine richtige Entscheidung zu treffen.

In Moskau bringt man die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Bundeskanzler seinen ganzen persönlichen Einfluß und seine großen Erfahrungen als Staatsmann einsetzen wird, damit die Bundesrepublik einen angemessenen Beitrag zur Friedensregelung mit Deutschland und somit auch zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa leisten kann. Eine derartige Einstellung der Bundesregierung würde zugleich äußerst stabile Voraussetzungen für eine radikale Wende in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion im Sinne von Freundschaft und konstruktiver Zusammenarbeit schaffen.

Ihrerseits ist die sowjetische Regierung bereit, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zu einer Verständigung in diesen Fragen zu gelangen und um sie gemeinsam mit der Regierung der Bundesrepublik einer eingehenden Erörterung zu unterziehen.

Quelle: *Prawda* vom 4. März 1961.

Die Vereinten Nationen und die Kongo-Krise seit dem Tode von Patrice Lumumba

Am 13. Februar 1961 gab der Innenminister der kongolesischen Provinz Katanga, Godefroid *Munongo*, der Presse in Elisabethville bekannt, daß der im September 1960 abgesetzte Ministerpräsident der Republik Kongo, Patrice *Lumumba*, der seit dem 2. Dezember 1960 von der kongolesischen Nationalarmee gefangengehalten und am 17. Januar 1961 den Behörden Katangas ausgeliefert worden war, von den Bewohnern eines kleinen Dorfes auf der Flucht getötet worden sei. Noch am gleichen Tage wurden vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Erklärungen zu diesem Ereignis durch den Generalsekretär, Dag *Hammarskjöld*, den amerikanischen Delegierten, Adlai *Stevenson*, und den sowjetischen Delegierten, Valerian *Sorin*, abgegeben. Während *Hammarskjöld* und *Stevenson* eine umgehende Untersuchung des Falles und Maßnahmen gegen die zu erwartenden Unruhen im Kongo seitens der Vereinten Nationen forderten, erklärte *Sorin*, es liege jetzt klar zutage, daß der Generalsekretär und das UN-Kommando „die Dinge so weit getrieben haben, daß es zu diesem schändlichen Verbrechen kam".

Die sowjetische Regierung nahm am 14. Februar in einer Erklärung zu dem Ereignis Stellung (vgl. den Auszug auf S. D 177 ff.), in der sie überaus scharfe Angriffe gegen die belgische Regierung und *Hammarskjöld* richtete und sie des Mordes an *Lumumba* beschuldigte. In der Erklärung fordert die sowjetische Regierung Sanktionen gegen Belgien, die Verhaftung von *Tshombé* und *Mobutu* und die Entwaffnung ihrer Truppen, die Einstellung der UN-Operation im Kongo, die Abberufung von Generalsekretär *Hammarskjöld* und die Unterstützung der Regierung des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Lumumba-Regierung, Antoine *Gizenga*, in Stanleyville.

Die von den Vereinten Nationen im September 1960 in den Kongo entsandte Schlichtungskommission, in der Aethiopien, Ghana, Indien, Liberia, Malaya, Marokko, Nigeria, Pakistan, Senegal, der Sudan und Tunesien vertreten sind, übermittelte dem Beratenden Kongo-Ausschuß des Generalsekretärs am 15. Februar eine Botschaft (vgl. den Wortlaut auf S. D 187 f.). Die einzelnen Kommissionsmitglieder (mit Ausnahme der abwesenden Vertreter von Marokko und Senegal) brachten darin schon vor der Abfassung des endgültigen Kommissionsberichts ihre persönlichen Ansichten über die Lage und die zu ergreifenden Maßnahmen im Kongo zum Ausdruck. Sie empfahlen, das „Loi Fondamentale" vorläufig beizubehalten, die Regierung *Iléo* auf eine breitere Grundlage zu stellen, die Einstellung aller militärischen Unternehmungen herbeizuführen und die kongolesische Armee zu neutralisieren. Sie sprachen sich für eine Konferenz aller kongolesischen Führer über die zukünftige politische Struktur des Landes aus und befürworteten in diesem Zusammenhang eine Dezentralisierung der Staatsgewalt und eine föderative Staatsform.

In Anlehnung an die Empfehlungen der Kommission sprach sich auch *Hammarskjöld* in seiner Rede vor dem Sicherheitsrat am 15. Februar (vgl. den Wortlaut auf S. D 179 ff.) für eine Reorganisierung und Neutralisierung der kongolesischen Nationalarmee, für die Ausschaltung des belgischen Einflusses, für die Unterbindung von Geld- und Waffensendungen durch einzelne Nationen und für die Einberufung des kongolesischen Parlamentes aus. *Hammarskjöld* erklärte, diese Forderungen könnten jedoch nur erfüllt werden, wenn der Sicherheitsrat klare Entscheidungen treffe und dem Generalsekretariat die erforderlichen Mittel zur Verfügung stelle. Im ersten Teil seiner Rede hatte sich *Hammarskjöld* mit den sowjetischen Angriffen auf seine Person befaßt und einen Rücktritt abgelehnt. In einer ausführlichen Darlegung der Entwicklung im Kongo und der Aktionen der Vereinten Nationen hatte er insbesondere auf die Beschränkungen hingewiesen, die ihm das Prinzip der Nichteinmischung in innere Konflikte und die Unzulänglichkeit einer Truppe von 20 000 Mann für ein Gebiet von der fünffachen Größe Frankreichs auferlegt habe. Die sowjetischen Angriffe bezeichnete *Hammarskjöld* als eine Weiterführung des vergeblichen Versuchs, „den derzeitigen Aufbau der Vereinten Nationen zu durchbrechen, um den Weg zu öffnen für eine Strukturveränderung der Organisation und ihres Sekretariats, die der Sowjetunion jenen Einfluß geben würde, den sie außerhalb dessen, was sich aus den Regeln der Charta ergibt, zu erhalten wünscht".

Am gleichen Tage äußerte sich auch Präsident *Kennedy* in seiner Pressekonferenz zur Kongo-Frage. Er warnte vor jeder einseitigen Intervention und erklärte, niemand solle sich falsche Vorstellungen darüber machen, wie sich die Vereinigten Staaten im Falle einer solchen Intervention verhalten würden.

Während im Kongo die fortgesetzten militärischen Aktionen, die willkürlichen Verhaftungen und die Ermordung politischer Gegner durch die in den verschiedenen Provinzregierungen vertretenen politischen Gruppen den unmittelbar bevorstehenden Ausbruch eines allgemeinen Bürgerkrieges anzukündigen schienen, während Versuche gemacht wurden, die kongolesischen Persönlichkeiten zu einer Konferenz am runden Tisch zusammenzuführen, und während aus aller Welt Erklärungen der Empörung über die Ermordung *Lumumbas* und aus den Ostblockstaaten Anerkennungserklärungen für die Regierung *Gizengas* eintrafen, wurde die Debatte im Sicherheitsrat in Anwesenheit von Delegierten „interessierter" Länder fortgesetzt. Dem Sicherheitsrat lagen ein sowjetischer, ein amerikanischer und ein von Ceylon, Liberia und der Vereinigten Arabischen Republik vorgelegter Resolutionsentwurf vor. Die Botschaft der Schlichtungskommission an den Beratenden Kongo-Ausschuß wurde auf Antrag *Stevensons* am 18. Februar veröffentlicht — gegen den Wunsch der Sowjetunion, Liberias und der Vereinigten Arabischen Republik, die ihn für wertlos erklärten, da er vor der Ermordung *Lumumbas* abgefaßt worden war. In der Debatte zeichneten sich die Fronten deutlich ab: Während die Delegierten von Guinea, Mali, dem Irak, Polen und der Tschechoslowakei die Politik der Sowjetunion bedingungslos unterstützten und die Abberufung des Generalsekretärs, die Einstellung der UN-Aktion und die Verhaftung von *Mobutu* und *Tshombé* forderten, trat die überwiegende Zahl der afrikanischen und asiatischen Vertreter wohl für die Ausschaltung aller fremden, besonders der belgischen Elemente ein, befürwortete jedoch eine Fortsetzung der UN-Aktion und beteiligte sich nicht an den Angriffen auf den Generalsekretär.

Am 21. Februar nahm der Sicherheitsrat die von Ceylon, Liberia und der Vereinigten Arabischen Republik vorgelegte Resolution mit 9 gegen 0 Stimmen bei Stimmenthaltung der Sowjetunion und Frankreichs an (vgl. den Wortlaut auf S. D 189 f.). In der Resolution werden Sofortmaßnahmen zur Verhinderung eines Bürgerkrieges, im Notfall auch unter Anwendung von Gewalt, gefordert.

Die Vereinigten Staaten hatten vorgeschlagen, in Uebereinstimmung mit den Empfehlungen der Schlichtungskommission in die Resolution eine Anerkennung der Regierung *Iléo* in Léopoldville sowie die Aufforderung an die Vereinten Nationen, diese Resolution durchzuführen, aufzunehmen. Diese Zusatzanträge waren unter dem Eindruck der Nachrichten über die Ermordung weiterer Anhänger *Lumumbas* abgelehnt worden. *Stevenson* erklärte daraufhin, seine Regierung werde für die Resolution in der vorliegenden Form eintreten. Da der Generalsekretär nach der Charta das höchste ausführende Organ der Vereinten Nationen sei, würden die erweiterten Vollmachten für die Aktionen auch dann durch den Generalsekretär ausgeübt, wenn dies nicht ausdrücklich erwähnt wird. Zu den in der Resolution geforderten Maßnahmen gegen die Einreise militärischen und paramilitärischen Personals erklärte *Stevenson*, er bedauere, daß diese sich nicht auch gegen die Lieferung militärischen Materials richten. Die amerikanische Politik war damit der neutralistischen Gruppe afrikanischer und asiatischer Länder so weit entgegengekommen, daß der sowjetische Versuch, die Westmächte mit dem Kolonialismus zu identifizieren und dadurch zu isolieren, mißlang.

Am 22. Februar nahm Ministerpräsident *Chruschtschow* in einem Schreiben an *Nehru* die Angriffe gegen *Hammarskjöld* wieder auf und erklärte, „damit aus dem kalten Krieg kein heißer Krieg werde", bedürfe es unbedingt einer Reorganisation der Struktur der Vereinten Nationen. *Chruschtschow* wies erneut auf den im September vorgebrachten sowjetischen Vorschlag eines Dreiersekretariats hin und wiederholte die sowjetische Forderung nach einer schleunigen Einstellung der Kongo-Aktion der Vereinten Nationen. Die sowjetische Regierung sei bereit, der Regierung *Gizenga* Hilfe zu leisten, damit diese Friede und Ordnung wiederherstellen könne. Aehnliche Botschaften sandte *Chruschtschow* an die Staats- und Regierungschefs von 60 weiteren Ländern.

Nehru ging am 27. Februar in einer Erklärung vor dem Oberhaus des indischen Parlaments auf das Schreiben *Chruschtschows* ein. Er erklärte, die indische Regierung unterstütze ganz allgemein die

Resolution des Sicherheitsrats und sei der Ansicht, daß sie einen Weg aus der Sackgasse im Kongo eröffnen werde. Der gegenwärtige Zeitpunkt sei nicht günstig, um die Fragen einer Reorganisation der Vereinten Nationen und der Person des Generalsekretärs aufzuwerfen. Die Behandlung wichtigerer Probleme, der Abrüstungsfrage und der Kongo-Frage, könne dadurch beeinträchtigt werden. Diese deutliche Distanzierung von den sowjetischen Forderungen wurde noch durch die Bereitschaft Indiens unterstrichen, ein Truppenkontingent für die Kongo-Aktion der Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellen.

Schließlich ergriffen die derzeit maßgebenden kongolesischen Führer selbst die Initiative zur Befriedung und politischen Gestaltung ihres Landes. Die auf Anregung von *Tshombé* ursprünglich für den 3. März nach Genf einberufene Table Ronde kam am 6. März in Tananarivo zustande. Allerdings fehlte bei dieser Zusammenkunft der Chef der Regierung der Ostprovinz, *Gizenga*, der ursprünglich seine Teilnahme zugesagt hatte. Teilnehmer der Konferenz von Tananarivo waren der Staatspräsident der Zentralregierung, *Kasavubu*, sein Ministerpräsident *Iléo* und sein Innenminister *Bolikango*, der Präsident der Katanga-Regierung, *Tshombé*, der Chef der sogenannten Bergbauprovinz Südkasai, *Kalonji*, und der Präsident der Provinz Léopoldville, *Kamitatu*. Zum Abschluß der Konferenz wurde am 12. März ein Kommuniqué herausgegeben (vgl. den Wortlaut auf S. D 190), in dem es heißt, die Konferenz habe beschlossen, einen Staatenbund zu bilden, zu dessen Präsident *Kasavubu* proklamiert werden sollte. Die Präsidenten der Mitgliedstaaten sollen mit dem Präsidenten des Staatenbundes einen Länderrat bilden, der die gemeinsamen innen- und außenpolitischen Richtlinien festlegt. Die Durchführung der Beschlüsse des Länderrates wird einem „Zwischenstaatlichen Koordinierungsorgan" obliegen. Ferner wird in dem Kommuniqué auf ein an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtetes Telegramm hingewiesen, mit dem die Aufhebung der Kongo-Resolution des Sicherheitsrates vom 21. Februar gefordert wird. In drei von der Konferenz angenommenen Resolutionen wird über das weiterhin einzuschlagende Verfahren bei der Gestaltung des Staatenbundes und der Abgrenzung der Staaten entschieden, werden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande beschlossen und wird das Verhältnis des Staatenbundes zu den Vereinten Nationen definiert.

Erklärung der Sowjetregierung vom 14. Februar 1961 (Auszug)

Betrifft: Ermordung Lumumbas — Sanktionen gegen Belgien — Verhaftung von Tshombé und Mobutu — Einstellung der UN-Operation im Kongo — Abberufung von Generalsekretär Hammarskjöld — Unterstützung der Regierung Gizenga.

. . . . . .

Der tragische Tod Patrice Lumumbas und seiner Kampfgefährten enthüllt mit neuer Kraft die schmachvolle Rolle, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Hammarskjöld, und das ihm unterstellte Kommando der im Namen der Vereinten Nationen nach dem Kongo entsandten Truppen in den kongolesischen Belangen spielen. Vom ersten Tag an, da die sogenannte „UN-Operation im Kongo" verwirklicht wurde, agierte Hammarskjöld im Interesse der Feinde des Kongo — der belgischen und der anderen Kolonialisten. Die gesamte Haltung Hammarskjölds gegenüber der rechtmäßigen Regierung Patrice Lumumba — auf dessen Ersuchen hin sind ja die UN-Truppen nach dem Kongo geschickt worden — war von Anfang bis zu Ende schnöder Verrat an den Interessen des kongolesischen Volkes, den Prinzipien der Vereinten Nationen und den elementaren Normen von Anstand und Ehre. Mit der falschen Maske der Unvoreingenommenheit gedeckt, half der Generalsekretär den Kolonialherren, den kongolesischen Staat aufzuteilen und zu desorganisieren, den ausländischen Söldnern und Schergen Waffen in die Hand zu drücken.

Der ganze Verlauf der Behandlung dieser Frage in den Vereinten Nationen ließ erkennen, daß die Kolonialisten eine schändliche Abrede mit Hammarskjöld getroffen haben und daß dieser deshalb die Maßnahmen zum Schutz der rechtmäßigen Regierung

und des Parlaments des Kongo mit Vorbedacht verzögerte. Als der Ministerpräsident und andere Mitglieder der Regierung und des Parlaments des Kongo von den Söldnern der belgischen Kolonialherren festgenommen, in die Folterhöhle geworfen und unmenschlich mißhandelt wurden, als der ganzen Welt klar wurde, daß sie in Lebensgefahr schwebten, rührte Hammarskjöld keinen Finger, um die rechtmäßig gewählten Führer des kongolesischen Volkes zu retten. Allen war klar, daß bei der geplanten Abrechnung mit dem Ministerpräsidenten des Kongo die Rolle des Willensvollstreckers der Kolonialisten Hammarskjöld zugewiesen wurde, der in den Händen die Flagge der Vereinten Nationen hält.

Die Ermordung Patrice Lumumbas und seiner Kampfgefährten in einer katangesischen Folterkammer krönt das verbrecherische Treiben Hammarskjölds. Jedem aufrechten Menschen in der Welt ist es klar, daß an den Händen dieses Liebedieners der Kolonialisten das Blut Lumumbas klebt, und es läßt sich mit keinem Mittel abwaschen. Die Staaten, die das Ansehen und die Zukunft der Vereinten Nationen hochhalten, können sich nicht damit abfinden, daß ein jämmerlicher Lakai der Kolonialisten in der internationalen Arena im Namen dieser Organisation auftritt. Seine Handlungen beflecken die ganze Organisation der Vereinten Nationen mit Schande. Ein solcher Mann kann nicht nur nicht jemandes Vertrauen genießen, sondern mehr noch: Er verdient, von allen ehrlichen Menschen verachtet zu werden. Hammarskjöld darf auf dem hohen Posten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen nicht mehr verbleiben. Sein weiterer Verbleib in diesem Amt ist nicht zu dulden.

Das kongolesische Volk setzt seinen Kampf um die Freiheit, für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Republik Kongo fort. Das Blut Patrice Lumumbas wird in diesem Kampf das Banner sein und — man kann es mit Sicherheit sagen — neue Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung im Kongo und in ganz Afrika ins Leben rufen.

Der Ministerpräsident des Kongo ist tot, doch die rechtmäßige Regierung der Republik Kongo, geleitet von seinem Stellvertreter Antoine Gizenga, übt ihre Funktion nach wie vor aus. Von der provisorischen Hauptstadt der Republik, Stanleyville, aus, kontrolliert sie zur Zeit nahezu die Hälfte des kongolesischen Territoriums und genießt im Lande die Unterstützung des ganzen Volkes. Die belgischen Interventen und ihre Kreaturen haben einen Kriegszug gegen das Bollwerk der Unabhängigkeit des Kongo — die Stadt Stanleyville — gestartet. Sie schicken sich an, neue blutige Verbrechen gegen das kongolesische Volk zu verüben.

Die Kolonialisten wollen die nationale Freiheit des Kongo um jeden Preis im Blut ertränken. Dies zu verhindern ist die Ehrensache aller Völker Afrikas und der ganzen Welt. Man muß der nationalen Regierung des Kongo in Stanleyville allseitige Hilfe und Unterstützung erweisen.

Dem Willen des Sowjetvolkes, das über die heimtückische Ermordung des Nationalhelden des Kongo, Patrice Lumumba, und seiner Kampfgefährten zutiefst empört ist, Ausdruck verleihend, fordert die Sowjetregierung:

1. Die Organisation der Vereinten Nationen muß das Vorgehen Belgiens, das die Ermordung des Ministerpräsidenten Patrice Lumumba, des Senatspräsidenten und des Verteidigungsministers der Republik Kongo zur Folge hatte, als internationales Verbrechen entschieden verurteilen, das mit der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar ist und eine schreiende Verletzung der auf der XV. Tagung der UN-Vollversammlung beschlossenen Deklaration über Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker darstellt. Sie muß gemäß der Charta gegen den Aggressor entsprechende Sanktionen ergreifen.

2. Die Strohmänner der Kolonialisten, Tshombé und Mobutu, sind von den auf Beschluß des Sicherheitsrates im Kongo stationierten Truppen ohne Verzug zu verhaften

und vor Gericht zu stellen. Alle Truppenteile und die Gendarmerie Tshombés und Mobutus sollen sofort entwaffnet werden. Ohne Verzug sind auch alle im Kongo befindlichen Truppen und das gesamte belgische Personal zu entwaffnen und aus dem Lande zu entfernen.

3. Innerhalb eines Monats ist die sogenannte „UN-Operation" im Kongo einzustellen. Auch sind von dort alle internationalen Truppen abzuziehen, um dem kongolesischen Volk die Möglichkeit zu gewährleisten, über seine inneren Angelegenheiten selbst zu entscheiden.

4. Dag Hammarskjöld ist als Mittäter und Drahtzieher der Abrechnung mit den führenden Staatsmännern der Republik Kongo, der den Namen der Vereinten Nationen mit Schmach bedeckt hat, vom Posten des Generalsekretärs abzusetzen. Die Sowjetregierung ihrerseits wird zu Hammarskjöld keine Beziehungen unterhalten und ihn als Amtsperson der Vereinten Nationen nicht anerkennen.

5. Wie bekannt, ging die rechtmäßige Regierung des Kongo, geleitet vom amtierenden Ministerpräsidenten Antoine Gizenga, alle Länder um Hilfe an, um die Republik Kongo zu retten. Die Sowjetregierung hält eine solche Hilfe für die heilige Pflicht aller friedliebenden Staaten. Ihrerseits ist sie bereit, zusammen mit anderen, der Republik Kongo freundlich gesinnten Staaten dem kongolesischen Volk und seiner rechtmäßigen Regierung jede nur mögliche Hilfe und Unterstützung zu erweisen.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Nr. 6. vom 20. Februar 1961.

Rede von Generalsekretär Hammarskjöld vor dem Sicherheitsrat am 15. Februar 1961

Betrifft: Die Ermordung Lumumbas — Einsatz von UN-Streitkräften in Katanga — Zerfall der kongolesischen Regierung — Flucht und Verhaftung Lumumbas — die Kritik an der UN-Aktion — Kontroverse um das Amt des Generalsekretärs — zukünftige UN-Aktion im Kongo — größere Vollmachten für die Vereinten Nationen im Kongo.

Bevor ich mich dem eigentlich anstehenden Thema zuwende, möchte ich unser tiefes Bedauern über die Ermordung von Herrn Lumumba, Herrn Okito und Herrn Mpolo zum Ausdruck bringen. Was geschehen ist, ist ein empörendes Verbrechen gegen die Grundsätze, für die diese Organisation eintritt und eintreten muß. Es ist müßig, mit jenen zu argumentieren, für die Wahrheit nur eine Funktion der Politik einer Gruppe und Gerechtigkeit nur eine Funktion der Interessen einer Gruppe ist. Für die anderen jedoch mag es wesentlich sein, daß einige Tatsachen in die Erinnerung zurückgerufen und in die richtige Perspektive gerückt werden. Bei den Punkten, auf die näher einzugehen nützlich sein mag, handelt es sich um diejenigen, die das Urteil über die Beziehung, in der die Vereinten Nationen zu dem Schicksal von Herrn Lumumba stehen, und folglich auch die Verantwortung der Organisation und ihrer verschiedenen Organe bestimmen sollten.

Zusammen mit Herrn Kasavubu bat Herr Lumumba die Vereinten Nationen um militärische Unterstützung. Als diese Unterstützung gewährt wurde, wünschte er, daß die UN-Truppe die abgefallene Gruppe in Katanga für ihn niederkämpfte. Entsprechend dem vom Weltsicherheitsrat einstimmig vertretenen Standpunkt war ich verpflichtet, dieses Ersuchen als dem Status und den Funktionen der UN-Truppe widersprechend abzulehnen. Meine Haltung in dieser Frage wurde vor dem Sicherheitsrat erörtert und von ihm gebilligt.

Angesichts der dringenden Notwendigkeit, UN-Truppen nach Katanga zu bringen, um zu erreichen, daß die belgischen Truppen aus dem gesamten Kongo abgezogen wurden, gelang es mir, die Truppe nach Katanga durchstoßen zu lassen, wodurch die Er-

reichung der genannten Ziele ermöglicht wurde. Da diese Maßnahme nicht mit Herrn Lumumba persönlich besprochen worden war, machte er mir bittere Vorwürfe, daß ich die legitime Regierung übergangen hätte. Der Schritt war jedoch mit der Delegation in New York besprochen worden, der u. a. Herr Gizenga, Herr Mpolo und Herr Kanza angehörten. Wiederum wurde die Angelegenheit vor den Sicherheitsrat gebracht, und wiederum billigte der Rat meine Haltung. Kein einziges Mitglied brachte eine Resolution ein, die irgendwie eine Mißbilligung meiner Handlung zum Inhalt gehabt hätte.

Anfang September erklärten Präsident Kasavubu und Herr Lumumba jeweils das Mandat des anderen für null und nichtig; und beide Standpunkte wurden in einer Sitzung des Parlaments mißbilligt. Kurze Zeit später erklärte Oberst Mobutu, der sich auf die Einheiten der Nationalen Kongoarmee im Gebiet von Léopoldville stützte, daß er den Staatschef und Herrn Lumumba „neutralisiert" habe. Angesichts der von den Vereinten Nationen befolgten Grundsätze in bezug auf innere Konflikte wurde das Kommando (der UN) und der Sonderbeauftragte angewiesen, sich aus dem entstandenen Konflikt herauszuhalten und jede Maßnahme zu vermeiden, die sie in diesem Konflikt zu einer Partei machen oder die eine Unterstützung der einen oder anderen Seite involvieren würde. Diese Anweisung wurde kritisiert, und zwar auf der Basis, daß Herr Lumumba weiterhin Regierungschef sei und von den Vereinten Nationen als solcher behandelt werden sollte. Die Angelegenheit wurde sowohl vor den Sicherheitsrat als auch vor die Vollversammlung gebracht, und die Vollversammlung verabschiedete am 20. September ohne Gegenstimme eine Resolution, die als Unterstützung der Linie interpretiert werden muß, die ich in der Anweisung an das Kommando der Vereinten Nationen aufgezeigt hatte. Alles, was also über „das Versagen der Vereinten Nationen dabei, die Gesetzlichkeit im Kongo zu stützen und aufrechtzuerhalten", gesagt wird, ist eine Sache, für die alle Mitglieder dieser Organisation die Verantwortung gemeinsam tragen.

Während er in seinem offiziellen Amtssitz wohnte, forderte Herr Lumumba den Schutz der Vereinten Nationen. Ihm wurde dieser Schutz für seine Amtsresidenz im Einklang mit den von der UN gebilligten Grundsätzen gewährt. Während er unter diesem Schutz stand, wurden Versuche, Herrn Lumumba zu verhaften, von den Vereinten Nationen unterbunden. Zu einem späteren Zeitpunkt — am 7. November — gab Herr Lumumba eine Erklärung heraus, in der er die Vereinten Nationen als den „Wächter der Demokratie" bezeichnete. In bezug auf einzelne Stellen aus dem Bericht des Generalsekretärs, die sich mit einer Reihe politischer Probleme im Kongo befaßten, erklärte Herr Lumumba außerdem, daß „die von mir vertretene Regierung und das kongolesische Parlament diese Erklärungen des UN-Generalsekretärs voll unterstützen, weil sie der Wahrheit entsprechen und der Wirklichkeit, wie wir sie während dieser vergangenen Wochen erlebten". Und er schloß seine Erklärung mit einem Hinweis auf „die UN-Vollversammlung und ihren Generalsekretär, in den wir unser vollstes Vertrauen setzen, daß er dieses Land vor der Anarchie und dem Zusammenbruch bewahren wird, die es so gefährlich bedrohen".

Herr Lumumba flüchtete aus seinem Wohnsitz auf eine Weise, die den Vereinten Nationen nicht bekannt ist, und wandte sich ostwärts, ohne daß die Vereinten Nationen eine Möglichkeit hatten, herauszufinden, wo er sich befand, und ohne daß der Weltorganisation daher die Möglichkeit gegeben war, ihm Schutz zu gewähren. Er wurde draußen im Lande verhaftet, ohne daß die Vereinten Nationen diese Aktion irgendwie verhindern konnten, da die Situation außerhalb ihrer Kontrolle lag. Es mag in diesem Zusammenhang angebracht sein, den Mitgliedstaaten die einfache Tatsache vor Augen zu führen, daß eine Truppe von höchstens zwanzigtausend Mann, die über ein Land von der fast fünffachen Größe Frankreichs verteilt ist, unmöglich kontrollieren kann, was überall in diesem Lande vor sich geht, und unmöglich in der Lage ist, Einzelpersonen Schutz zu gewähren, deren Aufenthalt unbekannt ist.

Als Herr Lumumba nach Thysville ins Gefängnis gebracht wurde, befand er sich im Gewahrsam der Nationalen Kongoarmee. Die Vereinten Nationen hatten weder die Macht noch das Recht, Herrn Lumumba gewaltsam aus den Händen seiner Bewacher zu befreien — ich sage die Vereinten Nationen, weil meines Wissens nicht einmal dieser Rat hier oder die Vollversammlung ein solches Recht hätte, noch viel weniger hatte also der unter ihrem Mandat stehende Beauftragte der Vereinten Nationen im Kongo ein solches Recht. Die Maßnahmen der Organisation mußten sich daher darauf konzentrieren, Herrn Lumumba jeden nur möglichen rechtlichen und humanitären Schutz zu gewähren. Ich und der Vertreter der Vereinten Nationen im Kongo übten jeden uns möglichen Druck in dieser Richtung aus. Wir erhielten vom Präsidenten Zusicherungen. Die Gefangenen wurden von Vertretern des Roten Kreuzes besucht. Von den Stellen in Léopoldville wurden jedoch keine Maßnahmen hinsichtlich der von mir geforderten Befolgung eines ordnungsgemäßen Rechtsweges für Herrn Lumumba ergriffen, was offensichtlich auf alle Phasen seiner Verhaftung und Inhaftierung zutraf.

Herr Lumumba wurde nach Katanga gebracht. Seine Abreise vollzog sich außerhalb der Kontrolle der Organe der Vereinten Nationen. Seine Ankunft in Elisabethville wurde aus einiger Entfernung von einigen Soldaten der Vereinten Nationen beobachtet, die den Katanga-Truppen zahlenmäßig weit unterlegen waren und keinerlei Möglichkeit zum Eingreifen hatten. In Demarchen an Herrn Kasavubu und Herrn Tshombé machte ich unverzüglich allen mir zur Verfügung stehenden Einfluß für die Rückkehr von Herrn Lumumba nach Léopoldville und für die Anwendung normaler Rechtsmittel in Wahrung seiner Interessen geltend. Die Mitgliedstaaten werden sich erinnern, daß dies, genauso wie zahlreiche der von mir erwähnten früheren Schritte, von den verschiedenen kongolesischen Stellen als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Kongo angesehen wurde.

Ich traf keine besonderen Vorkehrungen, damit unsere Vertreter Herrn Lumumba aufsuchen konnten, da zu jenem Zeitpunkt die Schlichtungskommission und ihre Mitglieder Herrn Kasavubu um die Zusage ersucht hatten, diesen aufsuchen zu können, und die Absicht hatten, dies bei ihrem Besuch in Katanga zu tun. Als Herr Tshombé den Kontakt mit Herrn Lumumba verweigerte, protestierte ich bei Herrn Kasavubu. Ueber zwei Wochen lang ist die Schlichtungskommission wiederholt bei Herrn Kasavubu vorstellig geworden, um einen Besuch bei Herrn Lumumba zu erreichen — es gelang ihnen nicht, sich seiner Unterstützung zu versichern.

So standen die Dinge, als die Behörden in Elisabethville am Morgen des 10. Februar mitteilten, daß Herr Lumumba aus der Haft entflohen sei. Wie aus unserem Bericht hervorgeht, wurden unverzüglich Maßnahmen ergriffen, um sich ein genaues Bild über die Tatsachen zu machen, und bei den Behörden wurde auf verschiedene Weise darauf hingewiesen, daß die Organisation dem Schutz des Lebens von Herrn Lumumba die größte Bedeutung beimaß; wie die Behörden von Katanga mitteilten, erfolgte die Flucht aus einem Hause, das von jeder Abteilung der Vereinten Nationen weit entfernt lag und dessen genaue Lage den Vereinten Nationen unbekannt war. Als am 11. Februar noch keine Antwort eingegangen war, wurden weitere Schritte ergriffen, um in objektiver Weise die Fakten festzustellen und um selbstverständlich auch Klarheit darüber zu gewinnen, ob die Vereinten Nationen intervenieren und Schutz gewähren könnten. Unsere Anweisung besagte, daß — würde Herr Lumumba bei irgendeiner Einheit der Vereinten Nationen um Schutz nachsuchen — er sofort Asyl erhalten sollte. Wie allgemein bekannt ist, konnten wir trotz wiederholter Demarchen von den Behörden keinerlei Antwort erlangen, und General Iyassou, der speziell zu diesem Zweck nach Elisabethville entsandt worden war, wurde von Herrn Tshombé nicht empfangen.

Dies sind die Hauptetappen auf dem Weg, und ich meine, es ist nicht zuviel verlangt, wenn die, die jetzt von der Verantwortung der Vereinten Nationen und, spezifischer, von der ihres Generalsekretärs sprechen — und zwar in einer Sprache, die nur

die Erregung entschuldigen könnte, die aber vielleicht von kalter Berechnung getragen ist --, ersucht werden, in aller Klarheit darzulegen, wann und wieso die Vertreter der Organisation nicht alle die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel im Einklang mit dem von den Mitgliedern der Vereinten Nationen und dem Sicherheitsrat erteilten Mandat eingesetzt haben. Ich weiß, daß von dem Delegierten der Sowjetunion gesagt werden wird — so wie dies vor einer Woche geschah —, daß ich behaupte, wir im Sekretariat hätten keine Fehler gemacht und die gesamte Verantwortung ruhe bei den anderen. Die Mitglieder aber sind sich alle der Tatsache bewußt, daß ich dies damals nicht gesagt habe und daß ich es auch jetzt nicht behaupte. Wenn aber diejenigen, die das Mandat erteilten und die über die Mittel entschieden, durch die es erfüllt werden sollte, die Repräsentanten der Organisation angreifen, weil sie ihr so erteiltes Mandat nicht überschritten oder ihm nicht entgegen handelten und weil sie die Mittel nicht ausnutzten, die man ihnen nie zur Verfügung stellte, dann erscheint es mir nur fair, darauf hinzuweisen, daß es nicht der Generalsekretär war, der das Mandat festgelegt hat, noch das Sekretariat, das darüber die Entscheidung getroffen hat, über welche Mittel zu seiner Durchführung sie verfügen sollten. Man kann sich der hieraus resultierenden Verantwortung nicht durch die Flucht in Erklärungen entziehen, wie wir sie hörten und die darauf hinauslaufen, daß dieses oder jenes Mitglied dem Mandat eine andere Auslegung gibt oder aber — sehr oft die Bestimmungen der Charta vergessend — behauptet, daß wir Rechte gehabt haben oder haben, die wir niemals besaßen. Eine einzelne Stimme kann nicht die Entscheidung einer großen Organisation ändern, und kein einzelnes Mitglied steht über der Charta.

Bei dem zur Zeit auf einigen Seiten vorhandenen Bestreben, die Organisation anzuschwärzen und ihre Vertreter — ohne Rücksicht auf die Stichhaltigkeit der Gründe und die faktischen Gegebenheiten — zu diskreditieren, wird das wahre Opfer die Zukunft sein. Diejenigen, die so handeln, opfern um eines momentanen Vorteils ihrer Nation oder Partei willen das Vermächtnis, das für die künftigen Generationen in dieser Organisation bestehen sollte. Es liegt eine Ironie für uns darin, daß wir, die wir einzig vom Interesse des Kongo und dem Wunsch geleitet waren, die Tätigkeit dieser Organisation so zu entwickeln, daß damit der Grundstock für eine künftige internationale Zusammenarbeit gelegt wird, von denen angegriffen werden, die völlig andere und oft nur allzuleicht durchschaubare Ziele verfolgen und es aus diesem Grunde nützlich finden, das Vertrauen in die Organisation der UN zu unterminieren, indem sie behaupten, wir handelten den Interessen des Kongo und den Prinzipien der UN-Charta zuwider.

Die Tatsachen, die angeführt wurden und die sich leicht aus den Protokollen der Vereinten Nationen beweisen lassen, bieten offensichtlich keine Grundlage für die Angriffe der Sowjetunion in der gestern an die Presse gegebenen Regierungserklärung, in dem in Umlauf gesetzten Resolutionsentwurf und in der Rede, die Herr Sorin heute gehalten hat. Und warum sollten sie es auch? Wir werden hier in der Tat auch nur Zeuge der Weiterführung eines Versuches, der in der Vollversammlung bereits während der allgemeinen Debatte gemacht wurde — des vergeblichen Versuches nämlich, den derzeitigen Aufbau der Vereinten Nationen zu durchbrechen, um den Weg zu öffnen für eine Strukturveränderung der Organisation und ihres Sekretariats, die der Sowjetunion jenen Einfluß geben würde, den sie außerhalb dessen, was sich aus den Regeln der Charta ergibt, zu erhalten wünscht.

Am 3. Oktober vergangenen Jahres erklärte Ministerpräsident Chruschtschow: „Ich möchte bekräftigen, daß wir Herrn Hammarskjöld nicht vertrauen und ihm auch nicht vertrauen können. Wenn er nicht genug Mut aufbringt, zurückzutreten — sozusagen in ritterlicher Weise —, dann werden wir aus der sich daraus ergebenden Situation die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen.“ Was wir nun heute gehört haben, ist nichts anderes als die Wiederholung der gleichen These unter Hinzufügung eines weiteren Arguments, nämlich der Ermordung des Herrn Lumumba — gestützt auf die unsinnige

Behauptung, daß dieses Verbrechen dem Generalsekretär in die Schuhe geschoben werden kann.

Auf die Ausführungen von Herrn Chruschtschow erwiderte ich damals: „Ich habe neulich erklärt, daß ich das Amt des Generalsekretärs nicht einen Tag länger ausüben möchte, wenn eine solche Fortführung meiner Amtsgeschäfte nicht als im besten Interesse der Organisation liegend angesehen wird. Die Erklärung von heute morgen scheint darauf hinzudeuten, daß die Sowjetunion es unmöglich findet, mit dem gegenwärtigen Generalsekretär weiterhin zusammenzuarbeiten. Dies sollte vielleicht ein starker Grund für mich sein, von meinem Posten zurückzutreten. Die Sowjetunion hat jedoch ebenfalls klargestellt, daß sie — sollte der gegenwärtige Generalsekretär jetzt zurücktreten — nicht den Wunsch hätte, einen neuen Generalsekretär zu wählen, sondern auf einer Anordnung bestehen würde, die — und dies ist meine sich auf große Erfahrungen stützende, feste Ueberzeugung — die Ausübung einer wirksamen Exekutive unmöglich machen würde. Durch meinen Rücktritt würde ich daher im gegenwärtigen schwierigen und gefährlichen Augenblick die Organisation preisgeben. Das zu tun, habe ich kein Recht, weil ich die Verantwortung gegenüber all jenen Mitgliedstaaten trage, für die die Organisation von entscheidender Bedeutung ist — eine Verantwortung, die über allen anderen Erwägungen steht."

Was ich damals Ministerpräsident Chruschtschow geantwortet habe, kann ich heute wiederholen. Und um keine Unklarheit bestehen zu lassen, möchte ich darauf hinweisen, daß ich — wie ich schon während der Suez-Krise erklärt habe — den Verlust des Vertrauens eines der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates als einen Grund dafür ansehen würde, daß der Generalsekretär zurücktreten sollte, ginge es nicht um die Tatsache, daß in diesem Falle die Sowjetunion — während sie dem Generalsekretär das Vertrauen verweigert — gleichzeitig einen Standpunkt eingenommen hat, der es absolut klarmacht, daß — sollte der gegenwärtige Generalsekretär zurücktreten — kein neuer Generalsekretär ernannt werden könnte. Die Welt müßte sich dann dem Wunsch der Sowjetunion beugen, die diese Organisation in ihrer Exekutive von einem Triumvirat geleitet sehen möchte, das nicht arbeitsfähig wäre und das auf gar keinen Fall den nach keiner Seite hin festgelegten Ländern das Instrument sein würde, welches sie benötigen. Und dies würde zu einer Zeit großer Spannungen und noch nie dagewesener Anforderungen an die Organisation geschehen. Die Sowjetunion hat also, während sie einen Standpunkt einnimmt, der mich unter normalen Umständen ohne jedes Zögern zum Rücktritt veranlassen würde, gleichzeitig eine Situation geschaffen, in der ich dies nicht tun kann, es sei denn, es wäre der Wunsch der nicht festgelegten Nationen, ich täte dies in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Vereinten Nationen. Um mit den Worten der Sowjetunion zu sprechen: Ich besitze die „Ritterlichkeit", die Ansichten der großen Mehrheit der Mitglieder zu respektieren, die keinem der Blöcke angehören, und — obwohl ich dieses Wort nur zögernd gebrauche — ich kann der Sowjetunion versichern, daß ich den „Mut" habe, die vollen Konsequenzen dieser Einstellung zu tragen, selbst wenn dies bedeutet, daß ich gezwungen bin, ohne die benötigte Unterstützung und mit Mitteln, die angesichts der gewaltigen Anforderungen verzweifelt schwach sind, auf meinem Posten zu bleiben.

Ich hoffe, daß ich mich klar genug ausgedrückt habe. Das ist alles, was ich zu der Angelegenheit zu sagen habe, und auch alles, was ich dazu zu sagen brauche. Die Entscheidung liegt damit in den Händen derjenigen, für die die Sowjetunion zu sprechen vorgibt. Wie immer die Mitglieder dieser Organisation in dieser Frage entscheiden mögen, es wird für mich selbstverständlich bindend sein.

Ich habe bei der Intervention in der Vollversammlung, auf welche ich verwies, erklärt, daß ich die Haltung der Sowjetunion bedauere, die eine Frage, die in Wahrheit eine Institution betrifft, mit einer Person zu identifizieren versucht. Dadurch, daß die Sowjetunion dies wieder tat, war ich gezwungen, über meine eigene Haltung zu spre-

chen. Es tut mir leid, daß ich dies tun mußte, da die Frage auch weiterhin die Institution und nicht die Person betrifft. Und ich bedauere es um so mehr in einer Situation, in der viel mehr auf dem Spiel steht als diese oder jene Organisation der Vereinten Nationen oder das eine oder andere ihrer Organe. In der Tat sind die Vereinten Nationen niemals mehr gewesen als ein Instrument der Mitgliedregierungen bei ihrem Bemühen, einen Weg zu einer friedlichen und geordneten Koexistenz zu schaffen, und werden auch niemals mehr sein. Es ist nicht die einzelne Person, ja nicht einmal die Institution, die jetzt angegriffen wurde, sondern eben diese Bemühung selbst. Daß dies so ist, wird klar, wenn wir die Realitäten des Problems ins Auge fassen. Indem ich von jedem weiteren Kommentar zu den Problemen absehe, denen ich während dieser Intervention soweit meine Aufmerksamkeit zuwenden mußte, möchte ich doch — ehe ich zum Schluß komme — einige Worte zu den tatsächlichen Gegebenheiten der derzeitigen Lage sagen.

Sieben oder acht Monate lang hat die Organisation versucht, durch Anstrengungen, die das Vorstellungsvermögen derjenigen, die diese Organisation gründeten, weit übersteigen, allen Bestrebungen entgegenzuwirken, den Konflikt der Großmächte nach Afrika hineinzutragen und auf die jungen afrikanischen Nationen den Schatten des Kalten Krieges fallen zu lassen. Die Vereinten Nationen haben dies unter großen Risiken und den ungünstigsten Umständen getan. Ja, sie haben es unter großen persönlichen Opfern für eine große Zahl von Menschen getan. Im Anfang war der Versuch erfolgreich, und ich zögere hier nicht, zu erklären, daß bei mehr als einer Gelegenheit das Hineingleiten in einen Krieg nach Art des Spanien- oder des Korea-Krieges — mit Intervention einer ausländischen Macht — nur dank der von den Vereinten Nationen geleisteten Arbeit verhindert werden konnte, und zwar gestützt auf die Solidarität Afrikas. Wir traten den von allen Seiten unternommenen Versuchen, den Kongo zu einem fröhlichen Jagdgrund für nationale Interessen zu machen, wirksam entgegen. Sich derartigen Versuchen in den Weg stellen heißt, sich selbst zum Ziel der Angriffe all derer zu machen, die ihre Pläne vereitelt sehen. In einigen Fällen blieb die Opposition gegen den von den Vereinten Nationen verfolgten Kurs zunächst eine Zeitlang unter der Oberfläche verborgen, aber es dauerte nicht allzu lange, bis sie zum Vorschein kam. In anderen Fällen brach sich die Enttäuschung über dieses unerwartete Hindernis spontan in heftigen und lauten Angriffen gegen die Vereinten Nationen Bahn. Von beiden Seiten wurde in der Hauptsache ein Mangel an Objektivität zum Vorwurf erhoben. Der Historiker wird zweifellos gerade in dieser Summe von Anschuldigungen den Beweis für die Objektivität sehen, deren Mangel man uns zum Vorwurf machte, darüber hinaus aber auch für die Tatsache, daß viele der Mitgliedstaaten immer noch nicht die ihren nationalen Ambitionen durch die Existenz der Vereinten Nationen und die Mitgliedschaft bei dieser Organisation gesetzten Grenzen akzeptiert haben.

Wir haben jetzt unter grundsätzlich gleichen, wenn auch nach außen hin dramatischeren Umständen erneut einen Punkt erreicht, wo ein örtlicher bewaffneter Konflikt in einer Form droht, die nur allzu leicht zu einer Ausdehnung des Konfliktes auf internationale Bereiche führen kann. Ich habe Ihnen keine neuen Lösungen anzubieten. Dennoch bin ich fest davon überzeugt, daß — wie im Juli und August letzten Jahres — die einzige Art, auf die der afrikanische Kontinent und die afrikanischen Länder einer tragischen Entwicklung zu einem internationalen Konflikt — vielleicht auf weltweiter Ebene — entgegenwirken können, darin besteht, daß sie sich innerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen in der Verfolgung gemeinsamer Ziele zusammenschließen. Die Solidarität Afrikas innerhalb der Vereinten Nationen war die Antwort auf die Gefahren im vergangenen Jahr. Ich bin fest davon überzeugt, daß sie immer noch die einzige Antwort ist.

Es genügt jedoch nicht, wenn man nur in allgemeinen Begriffen einen solchen politischen Kurs als die Lösung des Problems aufzeigt. Wir haben alle die Pflicht, konkret

zu sein — sowohl was die Ziele als auch was die Mittel zur Erreichung dieser Ziele anbetrifft. In diesem Zusammenhang habe ich wiederum wenig Neues anzubieten; ich möchte aber nichtsdestoweniger kurz die Maßnahmen umreißen, die meiner Meinung nach mit Tatkraft und Mut ergriffen werden müssen.

Erstens habe ich bereits eine internationale Untersuchung über die Umstände im Zusammenhang mit der Ermordung von Herrn Lumumba und seinen Mitarbeitern vorgeschlagen. Kann man auf irgendeine andere Weise feststellen, wen die Verantwortung dafür trifft? Gibt es irgendeine andere Möglichkeit, die Grundlage für angemessene Gegenmaßnahmen zu schaffen? Dies mag sozusagen am äußersten Rande dessen liegen, worüber der Sicherheitsrat entscheiden kann, aber der Rat kann zumindest auf einen wichtigen von der Vollversammlung geschaffenen Präzedenzfall verweisen.

Zweitens ist der UN-Truppe bereits Anweisung erteilt worden, die Zivilbevölkerung vor Angriffen bewaffneter Einheiten zu schützen — gleichgültig, unter welchem Befehl sie handeln. Wiederum kann man sagen, daß dies sozusagen an der Grenze des Mandats der Vereinten Nationen liegt, aber ich habe bereits im September erklärt, daß dies meiner Ansicht nach als ein selbstverständlicher Teil der Pflichten der Weltorganisation angesehen werden müsse, und ich stieß damals auf keinerlei Einwände.

Drittens sind bereits Anweisungen ergangen, daß die Vereinten Nationen im Falle einer drohenden Auseinandersetzung zwischen bewaffneten Einheiten alle Mittel — Gewalt ausgenommen — anwenden sollen, um solchen Zusammenstößen durch Verhandlungen, Errichtung neutralisierter Zonen, Waffenstillstandsvereinbarungen und ähnliche Maßnahmen vorzubeugen. Verhandlungen mit dem Ziel, derartige Vereinbarungen zu erreichen, können auf der Basis der den Vereinten Nationen zur Verfügung stehenden militärischen Streitmacht geführt werden. Je größer diese Streitmacht ist, desto besser sind die Erfolgsaussichten. Wenn diese Methode, die Gefahr eines drohenden Bürgerkrieges zu bannen, Erfolg haben soll, dann ist es in der Tat wünschenswert, daß die Streitkräfte der Vereinten Nationen verstärkt werden. Ihre Schwächung durch die Abberufung von Einheiten kann die Anstrengungen nutzlos machen. Ich habe bereits betont, daß die Vereinten Nationen es sich in Fällen, in denen Zusammenstöße zwischen bewaffneten Einheiten drohen, nicht leisten können, als dritte Partei in einen derartigen Konflikt hineingezogen zu werden. Dennoch sollte jedoch, um Waffenstillstandsvereinbarungen zu erreichen, die Anwendung eines Druckes nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Viertens schlug ich am 1. Februar vor, daß die Vereinten Nationen sich wieder auf ihre grundsätzliche Haltung in der Frage der kongolesischen Nationalarmee besinnen und angemessene Schritte zu deren Reorganisation für ihren normalen Verwendungszweck im Dienste der nationalen Regierung unternehmen, womit alle ihre verschiedenen Gruppen aus den gegenwärtigen Engagements in den politischen Auseinandersetzungen zurückgezogen würden.

Fünftens und letztens wandte ich mich, wie aus den dem Sicherheitsrat zugeleiteten Dokumenten klar hervorgeht, schon am 8. Oktober vergangenen Jahres an die Regierung von Belgien und an Herrn Tshombé, um auf die Notwendigkeit hinzuweisen, Belgien als politisches Moment im Kongo zu eliminieren. Ich erinnere mich nicht, dabei von irgendeinem Mitgliedstaat oder einem Organ der Vereinten Nationen aktiv unterstützt worden zu sein. Von Belgien und von verschiedenen führenden Männern im Kongo wurde ich heftig angegriffen. Ich bin immer noch dieser Ansicht, der ich all die Monate hindurch versucht habe, Respekt zu verschaffen, leider — ohne Erfolg. Diese Notwendigkeit besteht heute noch genauso wie im Frühherbst vergangenen Jahres. Darf ich nun hoffen, daß diese Ansicht jetzt die moralische Unterstützung des Sicherheitsrates findet?

Ich habe hier an fünf Punkte erinnert, zu denen ich also bereits Stellung genommen habe und in deren Verfolg ich gerne Unterstützung hätte — was in der Vergangenheit

nur teilweise der Fall gewesen ist. Alles in allem stellen sie keinen „Plan" dar, aber sie alle sind meiner Ansicht nach wichtige Elemente einer konstruktiven Politik für den Kongo.

Ich könnte jedoch noch weiter gehen. Geldmittel sind genauso wichtig wie Truppen. Waffen sind ein Erfordernis für jede militärische Operation. Man mag darüber streiten, ob die Vereinten Nationen das Recht haben, Züge und Flugzeuge, die nach dem Kongo kommen, zu durchsuchen, um zu verhindern, daß Waffen eingeführt werden. Der Rat der Juristen, den ich gesucht und erhalten habe, läßt erkennen, daß wir vielleicht doch nicht das Recht zur Durchsuchung haben. Ist es unter solchen Umständen verwunderlich, daß wir bisher nicht in der Lage waren, etwas gegen die Waffeneinfuhren zu unternehmen, wenn Mitgliedstaaten außerhalb des Kongo nicht gezögert haben, Waffen nach dem Kongo zu senden?

Des weiteren stehen Transaktionen von Mitteln und Kapital außerhalb jeder Kontrolle durch die Vereinten Nationen. Soweit solche Transaktionen nicht den Zwecken wirtschaftlicher Entwicklung oder humanitären Zwecken dienen, sind sie in der gegenwärtigen Situation ganz gewiß nicht erwünscht. Welche Vollmachten — falls überhaupt — gedenkt denn der Rat seinen Repräsentanten in dieser Hinsicht zu erteilen?

Da ist ferner die Verfassungsfrage. Bereits im Herbst habe ich darauf hingewiesen, von welch großer Wichtigkeit es ist, das Parlament zusammenzurufen, als eine Grundlage für die Reorganisation des politischen Lebens des Landes. Diese Haltung fand weitgehende Unterstützung, aber was kann die Weltorganisation in dieser Hinsicht tun, die ganz offensichtlich bisher noch nicht einmal für sich ein Recht beansprucht hat, das Parlament zusammenzurufen? Ich bin sicher, daß die Schlichtungskommission mit ihren neun afrikanischen Mitgliedern in der angedeuteten Richtung ihr Bestes versucht hat. Wenn sie nicht zu überzeugen vermochte, ist dann der Sicherheitsrat bereit, sich über die souveränen Rechte der Republik Kongo hinwegzusetzen und im Interesse von Frieden und Sicherheit den Wiederzusammentritt des Parlaments anzuordnen?

Die fünf Gebiete, auf denen ich, wie schon erwähnt, bereits Maßnahmen ergriffen habe, sind alle derart, daß es keines neuen rechtlichen Mandats bedarf, während ganz eindeutig die Notwendigkeit für eine moralische und politische Unterstützung besteht. Die drei zuletzt erwähnten Punkte sind anderer Natur. Hier handelt es sich um Fragen, bei denen der Sicherheitsrat, und zwar nur der Sicherheitsrat, entscheiden muß, was zu unternehmen er sich berechtigt glaubt und was er unternehmen will. Der Generalsekretär kann nicht ohne eine klare Entscheidung des Sicherheitsrates handeln. In diesem Falle zumindest steht es außer Zweifel, wo die Verantwortung liegt. Bei den Waffenimporten, bei der Transferierung von Mitteln und bei der Durchsetzung verfassungsmäßiger Maßnahmen muß der Sicherheitsrat die Entscheidung treffen und die Mittel festlegen, und zwar in vollem Bewußtsein seiner Verantwortung für die Erhaltung von Frieden und Sicherheit wie auch seiner Pflicht, die Souveränität eines Mitgliedstaates zu achten. Er kann nicht seiner Verantwortung ausweichen, indem er von dem UN-Sekretariat Maßnahmen erwartet, über die zu entscheiden er selbst nicht bereit ist.

Sollte der Sicherheitsrat das Mandat für die Aktion der Vereinten Nationen nochmals bekräftigen und neu definieren, ja vielleicht sogar erweitern, so bin ich sicher, daß die Mitgliedstaaten zu der Auffassung gelangen werden, daß nichts erreicht worden ist oder, schlimmer noch, daß der Sicherheitsrat die Weltmeinung irregeführt hat, sofern der Sicherheitsrat nicht gleichzeitig ausreichende Mittel zur Verwirklichung der festgelegten Zielsetzungen der UN-Aktion zur Verfügung stellt. Wenn diese Mittel weiterhin unzulänglich sind, werden wir lediglich eine Verlängerung des Zustandes erleben, unter dem die Vereinten Nationen bereits zu lange gelitten haben, nämlich der krassen Diskrepanz zwischen den Zielen, für die wir eine allgemeine Unterstützung mobilisiert haben, und den Mitteln, die so unzulänglich sind, daß es unmöglich ist, diese selben Ziele zu verwirklichen. Wir haben es erlebt, und wir würden es wieder

erleben, daß eine solche Diskrepanz als eine Grundlage für Angriffe auf die Weltorganisation und deren Beauftragte diente — Angriffe, die weder die Interessen des Kongo noch die Interessen der Weltorganisation fördern.

Quelle: *Amerika-Dienst* (Kabeldienst) vom 17. Februar 1961.

Botschaft der Schlichtungskommission der Vereinten Nationen im Kongo an den Generalsekretär vom 15. Februar 1961

Betrifft: Aufgabe der Kommission — Grundgesetz der Republik Kongo — Erweiterung der provisorischen Regierung — Einstellung militärischer Unternehmungen — Neutralisierung der Armee — Konferenz kongolesischer Führer — zukünftige politische Struktur — Entlassung von Häftlingen — Einberufung des Parlaments — ausländische Hilfeleistungen.

1. Die Schlichtungskommission hat in Ausübung der ihr übertragenen Aufgaben — die Lage in der Republik Kongo zu untersuchen und eine Einigung zwischen den gegnerischen politischen Gruppen herbeizuführen — über sechs Wochen im Kongo verbracht. Die Kommission hat ihre Untersuchungen praktisch abgeschlossen und hat mehrere Versuche unternommen, ihre guten Dienste anzubieten, um ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Kongo eine nationale Einigung herbeizuführen. Ihre Bemühungen sollten bewirken, daß die Bewohner des Kongo selbst zu Lösungen der gegenwärtigen Probleme in ihrem Lande gelangen, „die sich im Sinne einer Erhaltung und Festigung der Einheit, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit der Republik Kongo im Rahmen der konstitutionellen und legalen Struktur und der von der Sondersitzung der Vollversammlung gefaßten Resolution auswirken würden". Die Kommission beabsichtigt, Léopoldville in nächster Zeit zu verlassen und sich nach Genf zu begeben, um dort ihren Bericht an den Beratenden Ausschuß zur baldigen Vorlage fertigzustellen.

2. In Anbetracht der Bedeutung, die den gegenwärtigen Sitzungen des Sicherheitsrats insbesondere für die Ueberwindung der Krise zukommt, hat die Kommission beschlossen, dem Beratenden Ausschuß sofort vor Abfassung ihres endgültigen Berichtes gewisse grundlegende Schlußfolgerungen zu übermitteln, die von den augenblicklich im Kongo befindlichen Kommissionsmitgliedern einstimmig angenommen worden sind. Diese Schlußfolgerungen sind im folgenden aufgeführt:

a) Das „Loi Fondamentale" muß als Grundgesetz der Republik Kongo, von dem alle Behörden im Staat ihre Vollmachten ableiten, so lange aufrechterhalten werden, bis es entweder abgeändert oder durch eine andere Verfassung ersetzt worden ist.

b) Die Basis der neugebildeten Regierung des Ministerpräsidenten Iléo müßte durch Einbeziehung von Vertretern wichtiger politischer Gruppen, die bisher nicht annähernd ausreichend in der provisorischen Regierung repräsentiert sind, so erweitert werden, daß eine Regierung der nationalen Einheit entsteht. Der Ministerpräsident verhandelt bereits mit diesen Führern, um sie zur Teilnahme an seiner Regierung heranzuziehen. Die Kommission fühlt sich durch die ermutigenden Ergebnisse ihrer Besprechungen mit Ministerpräsident Iléo und anderen wichtigen Führern in Léopoldville veranlaßt, diese Empfehlung vorzubringen.

c) Militärische Unternehmungen, wie sie zur Zeit in Katanga geführt werden, und wie sie gegen andere Provinzen der Republik Kongo bevorstehen, müssen sofort eingestellt werden, um die unmittelbare Gefahr eines Bürgerkrieges abzuwenden, der sich nur zu leicht zu einem Völkermord der verschiedenen Stämme untereinander entwickeln könnte. Aus diesem Grunde, und um die Gefahr einer ausländischen militärischen Inter-

vention abzuwenden, müssen alle Versuche, eine Lösung der gegenwärtigen Krise durch militärische Mittel herbeizuführen, sofort unterbunden werden.

d) Mit Hilfe der Vereinten Nationen sollte die kongolesische Nationalarmee aus der Politik herausgelöst und im Rahmen eines umfassenden Ausbildungsprogramms reorganisiert werden. Diese Reorganisation sollte unter der Aufsicht eines Nationalen Verteidigungsrates erfolgen, der von der durch die Verfassung bevollmächtigten Zentralbehörde zu schaffen ist. Die Vereinten Nationen sollten die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung auf dem gesamten Territorium der Republik in voller Zusammenarbeit mit den kongolesischen Regierungsbehörden gewährleisten.

e) Die Kommission hält es für wünschenswert, ein „Gipfeltreffen" politischer Führer der Republik Kongo an einem neutralen, falls erforderlich, außerhalb der Republik Kongo gelegenen Ort einzuberufen, um eine Einigung über die gewünschten Abänderungen des Grundgesetzes bezüglich der politischen Struktur des Kongo zu erzielen, insbesondere über Abänderungen, die eine größere Dezentralisation der in Händen der Zentralregierung liegenden Macht und eine gerechte Verteilung der öffentlichen Einkünfte zwischen der Zentralregierung und den Provinzen anstreben, wie sie anscheinend allgemein von den Führern befürwortet wird. Die Kommission ist der Ansicht, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die nationale Einheit und territoriale Integrität des kongolesischen Staates nur im Rahmen einer föderativen Regierungsform gewahrt werden kann. Sollte ein solches Treffen im Kongo abgehalten werden, so sollten die Vereinten Nationen den Teilnehmern auf Wunsch jeden erforderlichen Schutz zuteil werden lassen.

f) Politische Persönlichkeiten, die in der Republik Kongo in Haft gehalten werden, sollten entlassen werden, und nach Errichtung einer Regierung der nationalen Einheit sollte sofort eine allgemeine Amnestie verkündet werden. Die Kommission hält es im Interesse der nationalen Einigung und Zusammengehörigkeit für unerwünscht, daß Gefangene weiterhin als Geiseln oder aus sonstigen politischen Gründen inhaftiert bleiben.

g) Das Parlament sollte unverzüglich wieder einberufen werden, nachdem die oben durchgeführten Maßnahmen getroffen worden sind, oder nach entsprechender Vereinbarung schon früher, damit die gewählten Vertreter des kongolesischen Volkes ihren Willen bezüglich der Zusammensetzung der Regierung der nationalen Einheit und ihres Programms zum Ausdruck bringen können. Ferner sollte das Parlament im Rahmen der Verfassung die von den kongolesischen Führern zu treffende Vereinbarung bezüglich der im „Loi Fondamentale" festgelegten konstitutionellen Struktur der Republik in Kraft setzen. Die Kommission ist der Ansicht, daß den Parlamentsmitgliedern auf Wunsch durch die Streitkräfte der Vereinten Nationen Schutz gewährt werden sollte, um ihnen die Ausübung der ihnen zustehenden Rechte und Immunitäten zu gewährleisten und es ihnen zu ermöglichen, ihren Verpflichtungen ohne Furcht nachzukommen.

h) Die Vereinten Nationen sollten dringend und unverzüglich wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Resolution des Sicherheitsrats und der Vollversammlung durchzusetzen, in denen alle Staaten aufgerufen werden, keiner der Parteien im Kongo militärische Hilfeleistungen oder sonstige Hilfeleistungen, die für militärische Zwecke verwendet werden könnten, zukommen zu lassen, soweit diese nicht durch die Vereinten Nationen vermittelt werden. Die Tatsache, daß sich die Lage ständig verschlechtert hat und daß das Land gegenwärtig in den Bürgerkrieg und den völligen staatlichen Zerfall hineintreibt, ist in erster Linie auf die bewußten — offenen oder geheimen — Verletzungen dieses Verbots zurückzuführen. Es muß an alle Staaten appelliert werden, daß sie jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes unterlassen und insbesondere jede Haltung vermeiden, durch die der Gegensatz zwischen den verschiedenen Strömungen im Kongo noch vertieft und die Einigung weiter erschwert würde.

Quelle: *Wireless Bulletin* (amerikanische Botschaft, Bad Godesberg), vom 20. Februar 1961.

Resolution des Sicherheitsrates vom 21. Februar 1961

Betrifft: Bürgerkriegssituation im Kongo — Einstellung militärischer Operationen — Evakuierung ausländischen Personals — Untersuchung über die Ermordung Lumumbas — Wiederherstellung der parlamentarischen Institutionen — Reorganisierung der kongolesischen Truppen.

Der Sicherheitsrat,

der die Lage im Kongo erörtert hat,

der mit tiefem Bedauern die Mitteilung über die Ermordung der kongolesischen Führer Patrice Lumumba, Maurice Mpolo und Joseph Okito zur Kenntnis genommen hat,

der über die ernsten Folgen dieser Verbrechen und die Gefahr eines ausgedehnten Bürgerkrieges und Blutvergießens im Kongo und über die Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit sehr beunruhigt ist,

der den Bericht des Sondervertreters des Generalsekretärs vom 12. Februar 1961 zur Kenntnis genommen hat, in dem die Entwicklung einer ernsten Bürgerkriegssituation und die Vorbereitungen dazu geschildert werden,

1. fordert die Vereinten Nationen auf, sofort alle notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung eines Bürgerkrieges im Kongo zu treffen einschließlich solcher, die sich auf die Einstellung der Kampfhandlungen, die Einstellung aller militärischen Operationen, die Verhinderung von bewaffneten Zwischenfällen und, falls erforderlich, auf die Anwendung von Gewalt als letztem Mittel beziehen;

2. fordert die Ergreifung von Maßnahmen für den sofortigen Rückzug und die Evakuierung allen belgischen und anderen ausländischen militärischen oder paramilitärischen Personals, aller politischen Berater, die nicht dem Kommando der Vereinten Nationen unterstehen, und aller Söldner;

3. appelliert an alle Staaten, sofort energische Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausreise derartigen Personals aus ihrem Staatsgebiet in den Kongo zu unterbinden und Durchreisegenehmigungen und andere Erleichterungen für solche Zwecke zu verweigern;

4. bestimmt, daß eine sofortige und unparteiische Untersuchung eingeleitet wird, um die Umstände zu klären, die zum Tode Lumumbas und seiner Kollegen führten, und die Täter dieses Verbrechens zu bestrafen;

5. bestätigt erneut die Resolutionen des Sicherheitsrates vom 14. Juli, 22. Juli und 9. August 1960 und die Resolution der Vollversammlung 1,474 (ES-IV) vom 20. September 1960 und erinnert alle Staaten an ihre gemäß diesen Resolutionen übernommenen Verpflichtungen.

Der Sicherheitsrat,

der ernstlich beunruhigt ist über die ständige Verschlechterung der Lage im Kongo und über die dort herrschenden Zustände, die eine Gefahr für Ruhe und Ordnung, für die Einheit und territoriale Integrität des Kongo und für den internationalen Frieden und die Sicherheit darstellen,

der mit tiefem Bedauern und Beunruhigung die systematischen Verletzungen der Menschenrechte und der Freiheit und das Fehlen einer Herrschaft des Rechts im Kongo feststellt,

der die dringende Notwendigkeit erkennt, die parlamentarischen Institutionen im Kongo in Uebereinstimmung mit dem Grundgesetz des Landes wiederherzustellen, damit sich der Wille des Volkes durch das frei gewählte Parlament ausdrücken kann,

der überzeugt ist, daß die Lösung des Kongo-Problems ohne Einmischung von außen Sache des kongolesischen Volkes ist und daß es keine Lösung ohne Einigung geben kann,

der ferner der Ueberzeugung ist, daß eine aufgezwungene Regelung, wozu auch die Bildung einer nicht auf echter Einigung beruhenden Regierung gehören würde, keine Lösung der Probleme bringen, sondern die Konfliktmöglichkeiten im Kongo noch vermehren und die Gefährdung des internationalen Friedens und der Sicherheit noch erhöhen würde,

1. fordert die Einberufung des Parlaments und die Ergreifung der notwendigen Schutzmaßnahmen in diesem Zusammenhang;

2. fordert, daß die bewaffneten kongolesischen Einheiten und das Personal reorganisiert und unter Disziplin und Kontrolle gebracht werden und daß auf der Grundlage der Unparteilichkeit und der Gleichberechtigung Vorkehrungen zu diesem Zweck getroffen werden, um jede Möglichkeit einer Einmischung solcher Einheiten und solchen Personals in das politische Leben des Kongo auszuschalten;

3. ruft alle Staaten auf, in vorbehaltloser Mitarbeit zu helfen und die Maßnahmen zu ergreifen, die von ihrer Seite für die Verwirklichung dieser Resolution erforderlich sind.

Quelle: *The New York Times* vom 22. Februar 1961.

Kommuniqué über die Konferenz von Tananarivo vom 12. März 1961

Die kongolesischen Behörden haben die Arbeiten ihrer Konferenz mit der Annahme von drei Resolutionen abgeschlossen. Die eine Resolution bezieht sich auf die Außenpolitik und auf die Beziehungen zwischen den aus dem ehemals belgischen Kongo hervorgegangenen Staaten, die zweite auf die Wahrung der Ordnung und die dritte auf die Beziehungen zu den Vereinten Nationen. Diese dritte Entschließung wird am Montag vor der Abreise der Delegierten endgültig formuliert und unterzeichnet werden.

Weiter haben die kongolesischen Behörden an den Präsidenten der UN-Vollversammlung, Frederik H. Boland, und an den Generalsekretär Dag Hammarskjöld ein Telegramm gerichtet, worin vor allem die Annullierung der Kongo-Resolution des Sicherheitsrates vom 21. Februar verlangt wird, da diese Resolution durch die Wiederherstellung der Einigkeit unter den Behörden des ehemals belgischen Kongo hinfällig geworden ist.

Die kongolesischen Behörden haben zudem beschlossen, bald, noch vor der Konferenz am runden Tisch von Elisabethville, eine Konferenz der Staatschefs abzuhalten. Diese beiden Konferenzen werden die Aufgabe haben, die Maßnahmen zur Durchführung der Beschlüsse der Konferenz von Tananarivo festzulegen.

Was die Beziehungen der Mitgliedstaaten untereinander und die Außenpolitik betrifft, hat die Konferenz von Tananarivo beschlossen, daß der ehemals belgische Kongo einen Staatenbund bilden wird, der auf der internationalen Ebene durch den Präsidenten der Konföderation vertreten wird. Joseph Kasavubu wurde zum Präsidenten des Staatenbundes proklamiert.

Ein Länderrat, bestehend aus dem Präsidenten des Staatenbundes und den Präsidenten der Mitgliedstaaten, wird die Aufgabe haben, die allgemeine innere und internationale Politik des Staatenbundes zu bestimmen. Ein Exekutivorgan mit der Bezeichnung „Zwischenstaatliches Koordinierungsorgan“ wird mit der Durchführung der vom Länderrat gefaßten Beschlüsse beauftragt.

Die Aufgabe der gegenwärtigen kongolesischen Zentralregierung wird mit der Konstituierung des Exekutivorgans zu Ende gehen.

Quelle: *Le Monde* vom 14. März 1961.

Außenpolitische Konzeptionen der Vereinigten Staaten

In einer Rede, die Außenminister Dean *Rusk* zwei Monate nach der Amtsübernahme durch die Regierung *Kennedy* am 20. März 1961 vor dem Lehrkörper der Studenten der Universität von Kalifornien in Berkeley hielt, unternahm der amerikanische Außenminister den Versuch, die wesentlichen Aspekte der heutigen und künftigen amerikanischen Außenpolitik aufzuzeigen. Er befaßte sich zunächst mit der Frage, wie sich die Vereinigten Staaten gegenüber den weitreichenden Veränderungen, die den gegenwärtigen Abschnitt der Geschichte kennzeichnen, verhalten sollen, und ging dann ausführlich auf die Rolle der Vereinten Nationen bei der Lösung von Konflikten ein. Von diesem Teil seiner Rede fand vor allem die Befürwortung einer ständigen Streitmacht der Vereinten Nationen besondere Beachtung. In seinen Ausführungen über den Kalten Krieg, der, wie *Rusk* betonte, nicht vom Westen erfunden sei, erklärte er, die Vereinigten Staaten würden eine Beendigung dieses Zustandes vorziehen; wenn aber die Verteidigung der Freiheit als „Kalter Krieg" bezeichnet werde, dann müßte er geführt werden. Als eine weitere zentrale Frage behandelte Rusk das Abrüstungsproblem. Es sei falsch zu glauben, daß das Abrüstungsproblem nur die Großmächte oder die nördliche Hemisphäre angehe. Während die Großmächte nach Möglichkeiten für eine Verminderung der Rüstungen suchten, könnten auch andere Nationen es durchaus nützlich finden, ihre Rüstungen durch entsprechende Abkommen zu beschränken. (Vgl. den Wortlaut der Rede auf S. D 191 ff.)

In einer Pressekonferenz, die Außenminister Rusk vor seiner Rede ebenfalls am 20. März 1961 in Berkeley hielt, ging er auf eine Reihe aktueller Probleme ein, so unter anderem auf die bevorstehende Wiederaufnahme der Genfer Konferenz über die Einstellung von Kernwaffenversuchen, auf Angola, Laos, die amerikanische Haltung zu der Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen, Kuba und Algerien. Die Deutschland-Frage wurde in dieser Pressekonferenz nicht behandelt. Sie war dagegen auf einer Pressekonferenz des amerikanischen Außenministers am 9. März 1961 in Washington Gegenstand zahlreicher Fragen, die sich vor allem mit der amerikanischen Berlin-Politik befaßten. Rusk hob in seinen Antworten immer wieder hervor, daß sich die wesentlichen Elemente der amerikanischen Berlin-Politik nicht geändert hätten und die Vereinigten Staaten für die Freiheit Berlins und seiner Bevölkerung einstehen würden. (Vgl. den Wortlaut der entsprechenden Auszüge auf S. D 197 f.) Schon auf dieser Pressekonferenz hatte Rusk das Problem der Aufnahme Rotchinas in die Vereinten Nationen behandelt und erklärt, daß es sich dabei um weitaus mehr als die rein technische Frage der Anerkennung handele. Die Vereinigten Staaten würden dieses Problem bis zur nächsten Vollversammlung der Vereinten Nationen im September eingehend prüfen und mit anderen Regierungen erörtern. Zu den Genfer Atomverhandlungen erklärte Rusk, er glaube, daß bei ernsthaften Verhandlungen ein Abkommen erzielt werden könne, dem sich dann auch andere Regierungen anschließen würden. Zu dem Problem, ob die NATO zu einer unabhängigen Atommacht erhoben werden solle, teilte Rusk mit, daß diese Fragen von einer Studiengruppe unter Führung des ehemaligen Außenministers *Acheson* geprüft würden. Zur Situation in Laos sagte *Rusk*, die betreffenden Regierungen seien sich offensichtlich darüber einig geworden, daß Laos ein neutrales und unabhängiges Land werden solle. Das Problem bleibe, wie dieses Ziel erreicht werden könne.

Ansprache von Außenminister Rusk vor der Universität von Kalifornien in Berkeley am 20. März 1961

Betrifft: Verhalten der Vereinigten Staaten gegenüber der veränderten weltpolitischen Lage — die Rolle der Vereinten Nationen bei der Lösung von Konflikten — Probleme des Kalten Krieges — Abrüstung — Handhabung der amerikanischen Außenpolitik.

Als ich nach Washington kam, um meine neue verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen, stellte ich fest, daß meine Kollegen im State Department sehr sorgfältig ein

Buch mit Informationsunterlagen über die „Hauptprobleme“ der Außenpolitik zusammengestellt hatten, denen sich die neue Regierung gegenübersehen würde. Es war ein dickes, umfangreiches Buch. Ein Ueberblick über die internationale Lage zeigt, daß es auf jedem Kontinent eine Fülle komplizierter Situationen gibt, die unser nationales Interesse und unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen; Langeweile wird nicht unser Problem sein.

Ich darf wohl annehmen, daß Sie hier an dieser großen Universität interessiert sind, etwas über einige der nach meinem Dafürhalten wesentlichen Fragen zu hören, die ein Licht auf die spezifischen Situationen werfen, die heute die Schlagzeilen füllen. Zweck dieser meiner kurzen Bemerkungen soll es nicht sein, den ganzen Dschungel der Probleme aufzuzeigen, sondern zu versuchen, auf einige durch dieses Dickicht führende Pfade hinzuweisen; keine neuen Schlagzeilen zu schaffen, sondern einen bescheidenen Beitrag zur Verständigung zu leisten.

Zu den ersten dieser Probleme gehört die Frage, wie wir uns zu den weitreichenden Veränderungen verhalten sollen, die für unsere Geschichtsepoche kennzeichnend sind. Ich habe bereits früher hierzu Stellung genommen und werde es immer wieder tun. Denn es finden zur Zeit weitgehende Umgruppierungen und Strukturveränderungen statt, die nicht weniger bedeutungsvoll sind, als es die explosive Ausbreitung Europas nach anderen Kontinenten im 15. bis zum 19. Jahrhundert war. Die Idee der nationalen Unabhängigkeit ist weiterhin im wachsen und dürfte es bleiben, bis wir wenigstens 120 souveräne Staaten in der Gemeinschaft der Nationen haben werden.

Andererseits arbeiten Nationalstaaten gemeinsam daran, die Bedeutung ihrer Nationalgrenzen durch internationale Abkommen regionalen oder universalen Charakters zu verringern, um an Probleme heranzugehen, die von einzelnen auf sich selbst angewiesenen Staaten nicht gelöst werden können. Um praktischer Erfordernisse oder gegenseitiger praktischer Vorteile willen wird der Souveränität durch freiwillige Aktionen manches von ihrer Schärfe genommen. Heute zum Beispiel — am 20. März — finden elf internationale Konferenzen in den verschiedensten Teilen der Welt statt, auf denen die Vereinigten Staaten offiziell vertreten sind. Das gleiche geschieht an jedem Arbeitstag während des ganzen Jahres. Dabei bildet sich — zwar weitgehend unbemerkt, doch beständig — etwas, was ein namhafter Jurist einmal das „Gemeinsame Recht und Gesetz der Menschheit“ genannt hat.

In weiten Teilen der Welt haben die Völker, die in Not und Elend lebten, festgestellt, daß Hunger, Krankheit und Unwissenheit nicht zu den unabänderlichen Umweltverhältnissen gehören, sondern daß man etwas dagegen tun kann. Die sogenannte „Revolution der steigenden Erwartungen“ ist real, und die Regierungen, die darauf nicht mit tatkräftigen Anstrengungen reagieren, können nicht hoffen, zu überleben.

Inmitten all dieser Veränderungen strebt eine kommunistische Welt nach der Herrschaft — eine kommunistische Welt, die große Hilfsquellen und frische Energie einsetzt, um eine Ausdehnung ihrer Kontrolle in Lateinamerika, Afrika, den Mittleren Osten und Asien zu erreichen. Es wäre ein Fehler, würden wir die gewaltige Auseinandersetzung unterschätzen, in die wir uns in den sechziger Jahren hineingestellt sehen werden.

Aber die eigentlichen, diese Veränderungen bewirkenden Kräfte sind uns vertraut. Es sind — um es in einfachen Worten zu sagen — der Drang nach nationaler und individueller Freiheit, ein Tasten und Suchen nach der Herrschaft des Rechts und ein Sehnen nach wirtschaftlicher und sozialer Verbesserung. So bestimmt — wird auch unsere Beziehung zu ihnen klar — es sind Kräfte, die uns geistesverwandt sind, die aus Ideen stammen, auf denen wir unsere eigene Nation aufgebaut haben; ein Ringen, das auch ein Teil unseres eigenen Kampfes war; Hoffnungen und Bestrebungen, die wir mit den Menschen in allen Teilen der Welt gemeinsam haben.

Unsere eigene Rolle kann hierbei nicht passiv sein, und wir können uns auch nicht lediglich eine aktive Verteidigung des status quo leisten. Die Vereinigten Staaten, ja die westliche Demokratie, müssen die Führung beim Aufbau einer Welt übernehmen, in der die Menschen frei unter Recht und Gesetz leben können und wo der menschliche Geist nicht durch Hunger, Krankheit und Verzweiflung gefesselt wird. Wir können uns nicht von den revolutionären Kräften distanzieren, die wir selbst stärken halfen, wenn wir wollen, daß unser eigener großer Versuch mit der Freiheit glücken soll.

Eine zweite große Frage, der wir uns gegenübersehen, ist, ob die Gemeinschaft der Nationen die internationalen Werkzeuge schmieden kann, die wir zur Lösung der Konflikte und zu einer wirksameren Gestaltung der Zusammenarbeit benötigen. Ich bin skeptisch, wenn ich höre, daß die eine oder andere Krise „das Schicksal der Vereinten Nationen besiegeln" werde — die Hoffnungen der Menschheit auf den Frieden werden nicht so leicht aufgegeben. Es gibt aber Zeiten der Prüfung, in denen wir feststellen, ob wir Fortschritte oder Rückschritte machen. Der Erfolg der Bemühungen der Vereinten Nationen im Kongo ist eine solche Prüfung. Die Vereinten Nationen sind ersucht worden, dort aus dem Chaos Ordnung zu schaffen, den Kongolesen zu helfen, ihr Haus in einen guten Zustand zu bringen, Finanz- und Verwaltungshilfe zu gewähren, bis das große Reservoir des Landes an Menschen und Material mobilisiert ist, und den Kongo vor der Einmischung von außen zu schützen, die sowohl die Wünsche des kongolesischen Volkes als auch die Prinzipien der Charta zunichtemachen würde!

Ich habe hier nicht die Absicht, auf die den Kongo betreffende Seite des Problems einzugehen, sondern möchte ihre Aufmerksamkeit auf die durch die Internationale Aktion unternommene Anstrengung zu ihrer Bewältigung hinweisen. Das Hauptererfordernis bestand darin, eine Politik der Vereinten Nationen festzulegen; Exekutivorgane können nicht wirksam handeln, ehe sie nicht wissen, was man von ihnen erwartet; Truppen müssen sich über ihre Mission im klaren sein. Die Festlegung des einzuschlagenden Weges ist selbstverständlich ein politischer Vorgang und bedingt die Aufeinanderabstimmung der verschiedenen Ansichten derer, die sich an den Konferenztisch setzen. Ein eindeutiges Mandat kann weder vom Sicherheitsrat noch von der Vollversammlung ausgehen, wenn die UN-Mitglieder nicht gewillt sind, sich auf eine Politik zu einigen — die Vielfalt der nationalen Zielsetzungen auf eine verständliche und konsequente Politik für die Vereinten Nationen selbst zu reduzieren. Die Vereinigten Staaten haben die jüngste Resolution des Sicherheitsrates zum Kongo nicht deswegen unterstützt, weil wir sie für vollkommen hielten, sondern, weil wir sie als eine nützliche Verbesserung gegenüber dem früheren unbestimmten Mandat ansahen.

Ein zweites Erfordernis war die Gestellung von Truppen, die der Generalsekretär im Namen der Vereinten Nationen anforderte. In einer solchen Situation ist der Zeitfaktor wichtig, und eine sofortige Reaktion ist von entscheidender Bedeutung. Nach ihrem Eintreffen müssen sich diese Truppen dem Kommando und den politischen Richtlinien der Vereinten Nationen unterordnen, denn wenn die verschiedenen Kontingente nach nationalen Anweisungen handeln würden, dann könnte dies zu völliger Verwirrung führen. Falls besondere Kontingente aus Gründen, die den betroffenen Regierungen ausreichend erscheinen, zurückgezogen werden müssen, dann sollte den Vereinten Nationen eine gewisse Entscheidungsfreiheit hinsichtlich des Zeitpunktes und der einzelnen Umstände eingeräumt werden. Wenn wir auch jenen Ländern, die in voller Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen Truppen zur Verfügung gestellt haben, dankbar sein können, so zeigen die Erfahrungen im Kongo dennoch, daß wir uns erneut mit der Möglichkeit der Schaffung einer permanenten Truppe der Vereinten Nationen befassen müssen, die besonders ausgebildet und ausgerüstet ist und für den sofortigen Einsatz in Bereitschaft steht.

Die Ausübung der Verantwortung der Vereinten Nationen in einem Land wie dem Kongo ist eine kostspielige Aktion; sie erfordert Geld, und zwar in großen Mengen.

Die Bemühungen können nur Erfolg haben, wenn die Mitgliedstaaten ihre besonderen Ansichten zurückstellen und die Mittel zur Verfügung stellen, die von der Vollversammlung ordnungsgemäß festgesetzt worden sind. Diese stellen zugegebenermaßen eine Belastung dar, aber ein Konflikt wäre das in noch größerem Maße, und es geht hier um die Erhaltung des Friedens. Wenn die Vereinigten Staaten bisher mehr als ihren Anteil an den Kosten der Vereinten Nationen im Kongo getragen haben, so deshalb, weil wir der Ansicht waren, daß die Anwesenheit und die Maßnahmen der Vereinten Nationen in jenem Land nicht auf Grund finanzieller Säumnisse einiger Mitgliedstaaten scheitern dürften. Ein Scheitern der Vereinten Nationen würde noch größere und noch kostspieligere Belastungen nach sich ziehen.

Man muß die jüngsten Angriffe auf den Generalsekretär und die Vorschläge, seinen Posten durch ein Triumvirat zu ersetzen, als einen Versuch ansehen, die Vereinten Nationen zur Wirkungslosigkeit zu verurteilen. Die Vereinigten Staaten können eine solche bedrohliche Unterminierung der Uebereinkommen und Zielsetzungen der Charta nicht akzeptieren. Wir haben uns fest zu den Vereinten Nationen als einem Instrument des Friedens bekannt. Aber so wie für uns sind die Vereinten Nationen auch für die Allgemeinheit ihrer Mitglieder wichtig, die sich, was ihre Sicherheit und die Wahrung ihrer Interessen in dieser turbulenten Welt anbetrifft, auf diese Organisation verlassen müssen. Die Vereinten Nationen müssen ihre Aufgabe im Kongo erfüllen, einmal um des Kongos selbst willen und zum anderen aber auch, weil sie sich für andere bis jetzt noch nicht zu identifizierende Krisen in den vor uns liegenden Jahren bereithalten müssen, bei denen ein wirksames internationales Eingreifen vielleicht zwischen Krieg und Frieden entscheiden kann.

Die dritte der größeren jetzt vor uns liegenden Fragen ist, wie wir mit den Problemen fertig werden wollen, die man allgemein unter dem Begriff des Kalten Krieges zusammenfaßt. Der Kalte Krieg wurde nicht vom Westen erfunden, er entstand aus dem Angriff auf die Freiheit, der aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges emporstieg. Man hätte eigentlich hoffen dürfen, daß in den Gluten dieses Kampfes jeder Ehrgeiz, andere zu beherrschen, verbrannt, und der Mensch schließlich dazu gelangt sein würde, seine Beziehungen zum Mitmenschen auf die Gesetze der Charta zu gründen. Aber dies ist nicht der Fall. Die Probleme des Kalten Krieges sind sehr real und können nicht so einfach hinweggewischt werden. Man muß sich ihnen stellen und sie bewältigen. Aber wie wir sie zu bewältigen versuchen, das macht den Unterschied aus. Sie können weder durch Beleidigungen noch durch Lärmen und Drohen verscheucht werden. Man muß ihnen mit Entschlossenheit, Vertrauen und Klugheit begegnen. Unnötige oder bedeutungslose Anlässe zu Verärgerungen sollten aus dem Wege geräumt werden; alle Kontaktmöglichkeiten sollten wahrgenommen werden, um das Auffinden von Stellen, an denen eine gewisse Entspannung erzielt werden kann, leichter möglich zu machen. Unsere Diskussionen — seien sie öffentlicher oder privater Natur — sollten durch Höflichkeit charakterisiert sein, unser Betragen sollte unserer eigenen Würde und Macht entsprechen sowie dem guten Ruf, den wir in der Welt haben. Aber unsere Zielsetzungen und unsere Politik müssen klar zum Ausdruck kommen, damit ein Fehlurteil oder eine Unterschätzung unserer Entschlossenheit vermieden wird, die Sache der Freiheit zu verteidigen.

Was aber vielleicht am wichtigsten ist, wir sollten unseren Blick auf jene jenseits des Kalten Krieges liegende Welt richten, jene Welt, die wir erblicken, sobald die Menschen zur Vernunft kommen, die Welt, von der die Menschen seit Jahrhunderten geträumt haben. Denn beim Aufbau dieser Welt werden wir überall auf der Erde auf Freunde treffen, wir werden Stärke im eigentlichen Wesen des Menschen finden und gemeinsame Ziele verfolgen, die uns alle zu natürlichen Bundesgenossen machen. Wenn die Freiheit verteidigen heißen muß, einen Kalten Krieg zu führen, dann muß der Krieg

geführt werden, aber wir würden ihn lieber beenden. Wir hoffen auf eine Zeit, in der jeder Streit unnötig sein wird, weil die Freiheit des Menschen fest begründet ist.

Die vierte zentrale Frage ist die, ob wir jetzt nicht in realistischer Weise zu einer Abrüstung gelangen können. Die traurige Geschichte der menschlichen Versuche, die Waffen abzulegen und in Frieden zu leben, ist nicht ermutigend. Ich glaube, es gibt kein Thema, dem ich zeit meines Lebens größere persönliche Aufmerksamkeit geschenkt habe als diesem. Ich kann diejenigen verstehen, die in den Abrüstungsverhandlungen nichts weiter als eine Folge komplizierter und genauer Verhandlungsprotokolle sehen. Aber wir dürfen weder zynisch werden noch verzagen. Die Rüstungslasten sind erdrückend, und die Art der modernen Waffen muß die bestehende allgemeine Spannung noch erhöhen. Wir müssen erneut versuchen — mit Phantasie, Klugheit und Ausdauer — von den endlosen Erörterungen weg zu konkreten Schritten zu gelangen — zu kleinen Schritten — wenn notwendig — zu großen, wenn möglich.

Am 21. März werden die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion ihre Verhandlungen in Genf über einen Vertrag zur Aechtung der Kernwaffenversuche wiederaufnehmen. Präsident Kennedy hat unsere Delegation, die von Mr. Arthur Dean geleitet wird, angewiesen, diese Besprechungen mit großer Aufrichtigkeit der Zielsetzung in Angriff zu nehmen. Ein Vertrag, der zu einer Beendigung der Kernwaffenversuche unter angemessener Inspektion und Kontrolle führt, stellt vielleicht an sich noch keinen größeren Schritt zur Rüstungsreduzierung dar — es wäre jedoch ein erster und überaus bedeutsamer Schritt. Wir hoffen zutiefst, daß auch alle anderen am Verhandlungstisch die volle Bedeutung eines Erfolges bei diesen Bemühungen anerkennen und mit der festen Entschlossenheit, zu einem baldigen und vernünftigen Abschluß zu gelangen, in diese Besprechungen gehen.

Inzwischen geht unter der Leitung von Mr. John J. McCloy und unserer Abrüstungsbehörde unsere Analyse der allgemeinen Abrüstungsprobleme weiter. Es ist nicht nötig, hier die verschiedenen Vorschläge zu wiederholen, die die einzelnen Nationen zu der jüngsten Abrüstungsdiskussion beigetragen haben. Die ganze Angelegenheit erfordert eine neue und erfindungsreiche Ueberprüfung durch alle Beteiligten. Es kann keinen Zweifel an der Bereitschaft der Vereinigten Staaten geben, sich für einen realisierbaren Plan einzusetzen. Unsere Geschichte zeigt, wie sehr eine Demokratie zögert, in Friedenszeiten Waffen zu tragen. Und zwar bis zu einem Punkt, wo wir erfahren mußten, daß auch Schwäche eine Gefahr sein kann. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir beispielsweise demobilisiert, bis keine Division und kein Luftgeschwader mehr einsatzbereit waren. Unser Verteidigungsbudget betrug nur noch ein Viertel des gegenwärtigen Standes. Der Wiederaufbau unserer Stärke war eine Notwendigkeit, der wir nur zögernd nachkamen und die uns von jenen aufgezwungen wurde, die nicht an dem Aufbau einer friedlichen Welt teilnehmen wollten.

Die Abrüstung wäre einfach in einer Welt, in der die politischen Hauptprobleme gelöst sind. Da wir nicht mit einem baldigen Ende der Rivalität und der Zwietracht rechnen können, und da ein Wettrüsten die Spannungen noch erhöhen würde, besteht unsere gegenwärtige Aufgabe in dem weitaus schwierigeren Vorhaben, nach Mitteln und Wegen zu suchen, die in sicherer Weise eine Reduzierung der Rüstungen gestatten, während eine Welt des Rechtes und der Ordnung geschaffen wird. Aus diesem Grunde ist eine wirksame Inspektion und Kontrolle erforderlich, scheinen progressive Maßnahmen ein kluges Verfahren zu sein, muß die konstitutionelle Struktur zur Lösung von Streitfragen gestärkt werden, sind wirksame internationale Polizeikräfte zur Unterstützung der Herrschaft des Rechts vonnöten. Das Ziel ist eine friedliche Welt — und in einer friedlichen Welt hätten große militärische Einrichtungen keinen Platz; der Aufbau einer solchen Welt bringt uns auf den Weg zur Abrüstung.

Wir sollten nicht annehmen, daß die Probleme der Abrüstung auf die Großmächte oder auf die nördliche Hemisphäre begrenzt sind; die Lasten der Rüstungen können auf alle Länder, die großen wie die kleinen, fallen. Während die sogenannten Großmächte die Möglichkeiten für größere Rüstungsreduzierungen prüfen, können andere Länder vielleicht feststellen, daß auch sie ihre Situation überprüfen und einen nützlichen Beitrag leisten können. Präsident Kennedy hat zum Beispiel den in Lateinamerika gemachten Vorschlag unterstützt, wonach „die Zeit gekommen ist, um erste Maßnahmen zu einer vernünftigen Begrenzung der Rüstungen zu treffen".

Vielleicht gibt es — in einiger Entfernung von den großen Zentren der militärischen Macht — noch andere Nationen, die feststellen könnten, daß es zu ihrem Vorteil wäre, wenn sie untereinander Abkommen abschlössen, die ihre Rüstungen auf die Zwecke der inneren Sicherheit beschränken würden. Derartige Abkommen würden mithelfen zu verhindern, daß Hilfsquellen, die so sehr für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nötig sind, für andere Zwecke abgezweigt werden, und würden es darüber hinaus weniger wahrscheinlich machen, daß diese Länder in das große Wettrüsten hineingezogen würden, das wir zu beenden suchen.

Bei der Unterzeichnung der UN-Charta haben wir uns feierlich dem Ziel der Abrüstung verschrieben; es ist jetzt zu einer gebieterischen Forderung geworden. Der Pfad, der zur Abrüstung führt, ist lang und gewunden und voller Fallstricke. Es gibt auf diesem Weg Gefahren, aber noch furchtbarere Gefahren entstehen, wenn wir es nicht noch einmal mit der erforderlichen Kombination aufrichtiger Zielsetzung und klarem Denken versuchen.

Unter den wesentlichen Fragen, die unsere außenpolitischen Beziehungen betreffen, sind einige, die uns in erster Linie hier im Lande betreffen. Präsident Kennedy hat sofort Schritte unternommen, um die Exekutive zu stärken, damit diese Maßnahmen ergreifen kann, sofern dies erforderlich ist. Wir können es uns nicht länger leisten, die Probleme mehr oder weniger durch die Finger schlüpfen zu lassen. Eine etwaige Verzögerung oder Untätigkeit sollte absichtlich erfolgen und nicht aus Nachlässigkeit oder eingefleischter bürokratischer Gewohnheit. In dem Maße, wie die Ereignisse sich schneller entwickeln, muß auch die schwerfällige Maschinerie vereinfacht werden. Die zu lösenden Aufgaben werden bekannten einzelnen Persönlichkeiten in den entsprechenden Ministerien anvertraut anstatt den anonymen Komitees. Ideen erhalten die Möglichkeit, sich zu Maßnahmen zu entwickeln und werden nicht schon durch verfahrensmäßige Komplikationen bei ihrer Geburt erstickt. Koordinierung wird zur Aufgabe der mit der Aktion betrauten Behörde und nicht zu einem Mittel, um überall in Washington versteckte Vetos zu verbreiten.

Eine ähnlich realistische Auffassung herrscht bezüglich der Nutzung verfügbarer Hilfsquellen für die anstehenden Aufgaben. Was die Auslandshilfe anbetrifft, so sind wir zum Beispiel dabei, die Organisation zu vereinfachen und jenen, die für Länderprogramme im Ausland zuständig sind, größere Verantwortung zu übertragen. Wir werden eine Grundlage für eine langfristige Planung und Verpflichtung in der Auslandshilfe brauchen, sowohl um uns in die Lage zu versetzen, das Nächstliegende zuerst zu tun, als auch um uns zu ermöglichen, mit anderen Ländern die Anstrengungen festzulegen, die sie übernehmen müssen, wenn unsere Unterstützung praktische Ergebnisse zeitigen soll. Der Präsident fordert von unseren eigenen Bürgern die Hilfsmittel, die wir brauchen, um an kritischen Punkten zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Ausland beizutragen, aber die anderen müssen uns etwas bieten, was man unterstützen kann. Die Entwicklung kann nicht von einem Land in ein anderes exportiert werden. Die Auslandshilfe kann nur die entscheidende Zutat dazu sein. Die Entwicklung wächst aus der nationalen Anstrengung eines Volkes, angeregt durch das Ver-

sprechen einer neuen Aera, angeführt von Regierungen, die sich dieser Aufgabe verschrieben haben.

Quelle: *Amerika Dienst* (Kabel-Dienst) vom 21. März 1961.

Pressekonferenz von Außenminister Rusk in Washington am 9. März 1961 (Auszüge betr. Berlin)

Betrifft: Berlin — Deutschland — Wiedervereinigung.

Frage: Herr Außenminister, Mr. Harriman hat am Mittwoch auf einer Pressekonferenz in Berlin erklärt, daß sich die Regierung Kennedy in bezug auf Berlin nicht an irgendwelche Schritte der vorangegangenen Regierung gebunden fühle und daß — in seinen Worten — die Gespräche nochmals am Nullpunkt beginnen sollten. Bedeutet dies, daß Sie selbst sich nicht mehr an die Vorschläge gebunden betrachten, die Außenminister Herter 1959 auf der Genfer Außenministerkonferenz unterbreitet hat?

Antwort: Nun, ich glaube, in bezug auf dieses Problem gab es bei den vergangenen Verhandlungen eine Anzahl von Einzelheiten, die überprüft und erneut erörtert werden mußten, als die neue Regierung die Verantwortung übernahm. Aber die wesentlichen Elemente, die entscheidenden Punkte unserer Haltung zum Berlin-Problem haben sich selbstverständlich nicht geändert. Präsident Kennedy hat dies eindeutig klargestellt. Ich habe dies ebenfalls versucht. Wir haben uns nachdrücklich für die Freiheit West-Berlins verpflichtet. Wir haben uns nachdrücklich für die Freiheit der Bevölkerung dieser Stadt verpflichtet und wir werden, was die Zukunft anbetrifft, unsere eigene Position in Berlin halten.

Frage: Herr Außenminister, um erneut ganz am Anfang zu beginnen, wenn dies wirklich unsere Politik ist, wird hierdurch jedes etwaige Einvernehmen ausgeschlossen, das etwa zwischen dem ehemaligen Präsidenten Eisenhower und Ministerpräsident Chruschtschow auf dem Treffen in Camp David bestanden haben könnte oder die Erklärung Eisenhowers irgendwie berührt, daß er Berlin als eine anomale Situation betrachte?

Antwort: Nun, ich glaube, bei einer solchen Frage ist es wichtig, nicht zurückzugehen und alle die Worte und Aussprüche und möglichen Quellen eines Mißverstehens herauszuklauben, sondern alle diese Fragen einfach zu nehmen, wie sie sind — und es hat sich bereits, als wir eine Reihe von diesen Fragen überprüften, erwiesen, daß wir uns in etwa der gleichen Lage befinden wie vorher. Bei bestimmten anderen Problemen werden wir vielleicht einige Zusätze oder Aenderungen vorschlagen — oder auch neue Versuche zu einer Lösung. Aber ich möchte mich bei Betrachtung der Vergangenheit nicht in solche rein rhetorische Fragen einlassen. Wir beginnen dort, wo wir stehen, und schreiten von hier aus voran. Der zentrale Aspekt unserer Politik ist, daß Berlin frei sein muß . . .

Frage: Können Sie uns wenigstens einen Fingerzeig geben, Herr Außenminister, welche Aspekte der Eisenhower-Politik zu Berlin eventuell für eine Aenderung in Frage kämen oder noch überprüft werden?

Antwort: Ich glaube nicht, daß man jetzt irgendeine Folgerung ziehen könnte, daß es Aspekte gibt, bei denen Aenderungen vorgenommen werden. Wir prüfen gegenwärtig das gesamte Problem, und wir werden uns mit ihm zum gegebenen Zeitpunkt auseinandersetzen müssen . . .

Frage: Herr Außenminister, Sie haben gesagt, daß unsere Politik in bezug auf Berlin auf der Freiheit der Stadt Berlin basiert. Aber die gleichen Worte haben auch die Sowjets gebraucht. Können Sie uns sagen, ob sich unsere Politik auch weiterhin auf dem Besatzungsstatus für Berlin begründen wird?

Antwort: Nun, ich glaube, ich habe zu verstehen gegeben, daß wir unsere eigene Position dort zu halten gedenken. Und ich möchte nicht behaupten, daß, wenn ich das Wort „Freiheit“ gebrauche, dies das gleiche bedeutet, als wenn irgend jemand anderes dieses Wort in den Mund nimmt . . .

Frage: Wenn wir vielleicht noch einmal für einen Augenblick auf Berlin zurückkommen können. Wie Sie wissen, werden für die Flüge nach Berlin immer noch Maschinen vom Typ DC-3 benutzt. Dies ist ein sehr unwirtschaftliches Flugzeug, und es ist sehr unbequem, und ich frage mich, ob die Regierung erwägt, unser Recht auf Luftversorgung geltend zu machen, um diese Maschinen in einer optimalen Höhe zu fliegen, oder ob wir weiterhin uns die Flughöhe durch die Russen vorschreiben lassen werden?

Antwort: Ich habe diese Frage bezüglich der Flugzeuge in der letzten Zeit — praktisch seit ich mein Amt angetreten habe — nicht persönlich geprüft. Ich gehöre zu den vielen Amerikanern, die prompt unter allen Umständen zur Verteidigung der DC-3 aufstehen werden. Aber was den von Ihnen angeschnittenen Punkt anbetrifft, so muß ich offen sagen, ich bin nicht darauf vorbereitet.

Frage: Herr Außenminister, ich möchte noch einen weiteren Punkt zu Berlin klären, da ich einen Bericht hierüber schreiben möchte. Sie sagen, daß wir unsere eigene Position dort halten werden. Was meinen Sie damit? Für immer oder bis die Situation bereinigt ist, nachdem Sie jede Verantwortung für frühere Schritte der Regierung ausgeschlossen haben. Wie lange beabsichtigen Sie, unsere Position dort zu halten?

Antwort: Ich glaube, es war John D. Rockefeller senior, der einst sagte „Für immer“ sei eine sehr lange Zeit. Ich weiß nicht, ganz offen gesagt, wie ich diese Frage beantworten soll. Dies ist ganz einfach eine Frage für die Zukunft. Es gibt wohl keinen Zweifel hinsichtlich der gegenwärtigen Position des Westens in Berlin und über die Haltung des Westens bezüglich der Rechte und der Sicherheit der Bevölkerung Berlins . . .

Frage: Wenn Sie den Terminus „für immer“ in bezug auf Berlin verwerfen, akzeptieren Sie dann „auf unbegrenzte Zeit“ in dem Sinne, daß es der amerikanische Standpunkt ist, daß wir unsere Position in Berlin auf unbegrenzte Zeit halten werden?

Antwort: Dieser Terminus trifft für die Regelung der sogenannten Deutschen Frage in ihrer Gesamtheit in ihrem weitesten Sinne zu. All dies kann man nicht, so glaube ich, fest an den Kalender koppeln und darüber kann man auch nicht irgendwelche Voraussagen machen. Die Deutsche Frage ist eine wichtige, eine zentrale Frage. Sie wird Zeit brauchen. Wieviel Zeit, kann niemand voraussagen. Aber wenn irgend jemand glaubt, wir erwögen oder wir dächten an ein Nachgeben in bezug auf die Rechte des Westens in Berlin oder die Rechte der Bevölkerung Berlins in irgendeinem Kompromiß oder einer Kapitulation, dann sollte er sein Denken ändern, da dies bestimmt nicht der Fall ist.

Frage: Herr Außenminister, ich glaube, woran wir dachten, war, daß bei den früheren Verhandlungen auch eine mögliche Reduzierung der Zahl der Truppen dort in irgendeiner Form erwogen wurde — daß mehr oder weniger darüber gesprochen wurde. Man dachte wohl auch an die Tatsache, daß in der Vergangenheit die Politik — was Berlin anbetrifft — ganz allgemein im Hinblick auf einen Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands betrachtet wurde oder im Hinblick auf irgendeine derzeitige Lösung in Deutschland. Können Sie uns in dieser Frage im Hinblick auf diese spezifischen Punkte noch etwas sagen?

Antwort: Meines Wissens wird diese Frage gegenwärtig noch geprüft. Ich glaube, dies sind Fragen, von denen ich Abstand nehmen sollte.

Quelle: *Amerika Dienst* (Kabel-Dienst) vom 10. März 1961.

Die Weiterführung der Europa-Politik

Die Ergebnisse der Konferenz der Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften am 10. und 11. Februar 1961 in Paris (vgl. das Kommuniqué in Dokumente Jg. 1961, S. D 128) und der Tagung des Ministerrats der EFTA vom 14. bis zum 16. Februar in Genf (vgl. das Kommuniqué in Dokumente Jg. 1961, S. D 129 f.) beschäftigten die Frühjahrstagungen verschiedener europäischer Organisationen.

Der am 27. Februar unter Vorsitz des französischen Außenministers, Maurice *Couve de Murville,* in Paris zusammengetretene Ministerrat der Westeuropäischen Union befaßte sich mit der Empfehlung der WEU-Versammlung vom 30. November 1960 über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG, EGKS und EAG und mit der Frage der Teilnahme des britischen Premierministers an den Konferenzen der Regierungschefs der Sechs. Der britische Lordsiegelbewahrer, Edward *Heath,* brachte bei dieser Gelegenheit die Bereitschaft Großbritanniens zur Teilnahme an den Gesprächen der Regierungschefs zum Ausdruck. Ferner schlug er eine Angleichung der Zolltarife zwischen der EWG und Großbritannien für Rohmaterialien und Industrieprodukte vor, soweit diese nicht aus EFTA- oder Commonwealth-Ländern importiert werden (vgl. den Wortlaut auf S. D 201 ff.). Wie der britische Handelsminister, Reginald *Maudling,* am 20. März in einer Rede vor dem gemeinsamen Ausschuß der Handelskammern der EWG-Länder in Großbritannien in London sagte, hofft die britische Regierung, daß die Sechs diesen Vorschlag als eine befriedigende Grundlage für Verhandlungen betrachten würden, die den Interessen aller Beteiligten voll Rechnung trägt.

In einem zum Abschluß der Tagung des Ministerrats der WEU herausgegebenen Kommuniqué heißt es, daß der Rat einen fruchtbaren Meinungsaustausch über die Beziehungen zwischen Großbritannien und den übrigen sechs Mitgliedstaaten der WEU geführt habe und daß er vor der nächsten Tagung der Versammlung noch einmal zusammentreten werde, um die Fragen der politischen und wirtschaftlichen Einheit Westeuropas eingehender zu untersuchen (vgl. den Wortlaut auf S. D 200 f.).

Vom 1. bis zum 3. März führte die Beratende Versammlung des Europarats, an der erstmals auch eine schweizerische Beobachterdelegation teilnahm, den letzten Teil ihrer zwölften ordentlichen Sitzungsperiode durch. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Debatte über die politischen Aspekte der europäischen Einigung, die durch einen von dem Berichterstatter der Politischen Kommission, dem Italiener Lodovico *Montini,* vorgetragenen Bericht eingeleitet wurde. Montini betonte, für den Europarat sei es von lebenswichtigem Interesse, daß er zu den im Rahmen der Sechs diskutierten Vorschlägen für eine engere politische Zusammenarbeit Stellung nehme. Im Hinblick auf das Kommuniqué der Regierungschefs vom 11. Februar scheine es nicht mehr zweifelhaft, daß die Treffen der Regierungschefs regelmäßig fortgeführt und die bereits durch die Außenminister der Sechs begonnenen gemeinsamen Beratungen über außenpolitische Fragen institutionalisiert werden würden. Man müsse sich jetzt fragen, ob die Ministerratssitzungen der Gemeinschaften nicht im Hinblick auf diese periodischen Zusammenkünfte außerhalb des Rahmens der Gemeinschaften ihre politische Bedeutung verlieren und zu rein technischen Beratungen entwertet würden. Die großen Vorteile der Gemeinschaften lägen in der Existenz der Kommissionen und in der Tatsache, daß die Ministerräte kein Vetorecht kennen. Diese Vorteile dürften auf keinen Fall durch die Konferenzen der Regierungschefs neutralisiert werden. Dem Europarat obliege es nun vor allem, die Vorschläge der Staatschefs vom Standpunkt der Mitgliedstaaten aus zu prüfen, die nicht zu den Sechs gehörten. Dank der bilateralen Verhandlungen, die zur Zeit von italienischen, deutschen und französischen Vertretern einerseits mit britischen Vertretern andererseits geführt würden, habe man den Eindruck, daß eine Annäherung zwischen der EWG und der EFTA sich abzeichne, und es scheine, daß die Spaltung zwischen den beiden Gruppen dann aufgehoben werden könne, wenn die Franzosen und die Briten sich bereit fänden, ihre Differenzen zu bereinigen. Das von den Regierungschefs vorgesehene System enthalte keinerlei supranationale Elemente. Da es der supranationale Charakter der EGKS, EWG und EAG war, der viele Länder an der Teilnahme hinderte, müßte es jetzt angebracht erscheinen, daß alle Mitgliedstaaten, die glauben, an den politischen Konsultationen teilnehmen zu können, dazu eingeladen werden.

In der anschließenden Debatte wurde von zahlreichen Rednern aus den Ländern der EFTA der Plan politischer Konsultationen im Rahmen der WEU kritisiert. Nach Abschluß der Debatte nahm die Beratende Versammlung mit 55 gegen 1 Stimme bei 13 Enthaltungen eine Empfehlung an, in der sie den Ministerrat zu enger Zusammenarbeit mit der Versammlung durch Teilnahme an einem jährlichen gemeinsamen Kolloquium auffordert (vgl. S. D 206).

In ihrer Wirtschaftsdebatte befaßte sich die Beratende Versammlung mit der Gründung der OECD und der Frage einer Zusammenarbeit zwischen ihr und dem Europarat. Der Versammlung lag ein Bericht der Wirtschaftskommission über wirtschafts- und handelspolitische Aspekte der OECD und ihre Bedeutung für die Entwicklungshilfe sowie ein Bericht der Politischen Kommission über die politischen und parlamentarischen Aspekte vor, in dem besonders die Notwendigkeit eines parlamentarischen Organs für die neue Organisation hervorgehoben wurde. Zu den besprochenen Themen nahm die Versammlung einstimmig zwei Empfehlungen an (vgl. S. D 206 ff.).

Vom 7. bis zum 10. März tagte das Europäische Parlament in Straßburg, das zu seinem Vorsitzenden wieder Hans *Furler* wählte. Die Debatten dieses Gremiums über technische Fragen führten zur Annahme von Entschließungen über die Beseitigung der Beschränkungen im Niederlassungsrecht und im Dienstleistungsverkehr. Für die politische Debatte am 9. März lagen keine Resolutionsentwürfe vor. Auch hier standen wieder die Fragen im Mittelpunkt, die durch das Kommuniqué der Regierungschefs vom 11. Februar und durch die Entwicklung innerhalb der Westeuropäischen Union aufgeworfen worden waren. Der belgische Außenminister, Pierre *Wigny*, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerrats die Debatte einleitete, erklärte, die EWG müsse, wenn die wirtschaftliche Integration erfolgreich weitergeführt werden sollte, auch zu engerer politischer Zusammenarbeit gelangen. Die Bemühungen um einen Brückenschlag zur EFTA müßten fortgesetzt werden. Auf die in der WEU gemachten britischen Vorschläge eingehend, sagte er, diese zeigten eine erfreuliche Weiterentwicklung des britischen Standpunkts. Den Kernpunkt der nachfolgenden Debatte bildete die Frage, wie weit die politische Koordinierung auf intergouvernementaler Basis die Gemeinschaften und ihre Institutionen der politischen Substanz berauben würde. Die Mehrzahl der Delegierten war der Auffassung, daß auch neue politische Organismen diese Institutionen berücksichtigen und zur Mitarbeit heranziehen werden. Wie der französische Delegierte Maurice *Faure* es ausdrückte, kann auch die wirtschaftliche Integration nur aus einem neuen Ansatz der europäischen Einigungsbestrebungen auf dem politischen Gebiet neue Impulse empfangen, ohne die die EWG zu einer bloßen industriellen Zollunion degenerieren würde. Im Rahmen seiner wirtschaftlichen Beratungen widmete das Europäische Parlament der Aufwertung der D-Mark und des niederländischen Gulden eine eingehende Debatte.

In der Zeit vom 18. bis zum 24. Februar fand in Kopenhagen die neunte Tagung des Nordischen Rates statt, auf der das Problem eines Brückenschlages zwischen der EFTA und der EWG sowie Möglichkeiten zur Koordinierung der Entwicklungshilfe der skandinavischen Länder erörtert wurden. Der Rat hielt auch in diesem Jahr an seiner Praxis fest, keine außen- oder militärpolitischen Fragen zu erörtern, und wies einen finnischen Vorschlag zurück, die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Skandinavien zu diskutieren. Die Außenminister der nordischen Staaten beschäftigten sich auf ihrer Frühjahrskonferenz am 14. und 15. März in Stockholm in erster Linie mit Fragen der politischen Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern. Hauptthemen waren die Abrüstungsfrage, die Genfer Kernwaffenkonferenz sowie die Hilfe an die Entwicklungsländer.

Kommuniqué über die Tagung des Ministerrates der WEU vom 27. Februar 1961

Betrifft: Beziehungen zwischen Großbritannien und den sechs anderen Mitgliedern der WEU.

Am 27. Februar fand im Centre des Conférences internationales in Paris eine Tagung des Rates der WEU auf Ministerebene statt.

Die Tagung wurde von dem französischen Außenminister, M. Couve de Murville, geleitet. Belgien war durch Herrn P. Wigny, die Bundesrepublik Deutschland durch Herrn H. von Brentano, Italien durch Herrn A. Segni, Luxemburg durch Herrn E. Schaus, die Niederlande durch Herrn J. Luns und Großbritannien durch Herrn E. Heath vertreten.

Im Verlauf ihrer politischen Debatte haben die Minister einen freimütigen und fruchtbaren Meinungsaustausch über einen sehr weitgespannten Themenkreis geführt. Im besonderen haben sie der Empfehlung Nr. 53 der Versammlung bezüglich Verstärkung der Beziehungen zwischen Großbritannien und den sechs anderen Mitgliedern der WEU ein aufmerksames und eingehendes Studium gewidmet. Sie kamen überein, für eine Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Westeuropas, das gegenwärtig verschiedene Wirtschaftsgruppen umfaßt, einzutreten.

Der Rat beschloß daher, vor der nächsten Tagung der Versammlung erneut zusammenzutreten und über diese Fragen einen mehr ins einzelne gehenden Meinungsaustausch zu führen. Das Datum dieser Sitzung wird später festgelegt werden.

Quelle: Council of Europe, Consultative Assembly, Dok. AS/Pol (12) 65, vom 28. Februar 1961.

Erklärung von Lordsiegelbewahrer Heath vor dem Ministerrat der WEU am 27. Februar 1961 (Zusammenfassung)

Betrifft: Beziehungen zwischen Großbritannien und den sechs anderen Mitgliedern der WEU — das Verhältnis zur EWG — das Verhältnis zur EGKS und zur EAG — politische Konsultationen.

Herr Heath gab seiner Befriedigung über die Aufnahme der Empfehlung Nr. 53 in die Tagesordnung Ausdruck, da dadurch die Möglichkeit gegeben werde für eine eingehende Erörterung der Frage der europäischen Einheit in ihrem weitesten Sinne, politisch wie wirtschaftlich. Obwohl diese Frage während der vergangenen Jahre so oft und an so verschiedenen Stellen aufgeworfen worden sei, sei sie jedoch bisher noch nicht im Rat der WEU gründlich erörtert worden. Er begrüßte daher die Gelegenheit, sie eingehend zu prüfen.

Das allgemeine Interesse für diese Frage sei nicht auf die Regierungen beschränkt gewesen; die öffentliche Meinung und auch parlamentarische Kreise hätten engen Anteil genommen, wie die fast einstimmige Annahme der Resolution Nr. 53 auf der letzten Tagung der Versammlung gezeigt habe.

Herr Heath gab seinem Wunsch Ausdruck, diese Gelegenheit zu einer ausführlichen und freimütigen Erklärung über die Ansichten der britischen Regierung zu dieser Frage zu benutzen. Er erklärte, er würde im Anschluß daran seinerseits eine Darlegung der Ansichten seiner Kollegen sehr begrüßen. Er schlug vor, den Wortlaut der Empfehlung Nr. 53 als eine geeignete Grundlage für seine Erklärung zu betrachten, wenn auch seine Bemerkungen eine Anzahl weiterer Fragen berühren würden.

Die Empfehlung Nr. 53 habe sich auf drei Punkte bezogen:

a) Das Verhältnis Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft;

b) Das Verhältnis Großbritanniens zu den beiden anderen Gemeinschaften (EGKS und EAG);

c) Politische Konsultationen in Europa, und zwar ziemlich spezieller Art.

a) Das Verhältnis Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Die Diskussionen im Rat der WEU seien immer im Hinblick auf die Weltsituation als Ganzes geführt worden. Dabei seien Fragen erörtert worden wie die Herausforderung des Ostens, die verstärkte Bedrohung des Westens an solchen Orten wie in Laos und im Kongo, die kommende Herausforderung in Deutschland über Berlin, die Entwicklung der Vereinten Nationen und der Angriff auf ihren Generalsekretär, die Haltung, die die neu entstehenden Nationen in Zukunft einnehmen werden, usw. Alle diese Probleme dienten dazu, die unbedingte Notwendigkeit der Einheit in Europa zu unterstreichen.

Im Hinblick auf diese Fragen stimmte die britische Regierung sehr stark mit den in der Versammlung geäußerten Befürchtungen überein und begrüßte daher die erwähnte Empfehlung. Die britische Regierung stimme darin mit ihnen überein, daß Großbritannien ein wesentlicher Teil von Europa sei und „daß eine uneingeschränkte und gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten betriebene Beteiligung Großbritanniens an der Entwicklung der europäischen Einigung im Interesse aller Mitgliedstaaten liegt" (vgl. Empfehlung Nr. 53, 1. Absatz) Sie sei bereit gewesen, ihren Teil beizutragen. Das Entstehen von zwei getrennten wirtschaftlichen Gruppen in Europa müsse die Ausdehnung der Produktion und des Handels in Westeuropa behindern und zu einer Verschwendung von Mitteln, insbesondere von Investitionen, führen. Daraus würden unweigerlich, früher oder später, Ressentiments entstehen, die ihrerseits der europäischen Einheit abträgliche politische Konsequenzen haben würden. Die britische Regierung habe sich aus diesem Grund während der vergangenen Jahre ständig bemüht, eine Lösung zu finden.

Da sie sich jedoch der Tatsache bewußt gewesen sei, daß ein erneuter Fehlschlag, wie er sich 1958 ereignet hatte, verhängnisvoll sein würde, wünschte sie, keine förmlichen Verhandlungen aufzunehmen, ehe sie nicht hinreichend sicher wäre, daß reale Aussichten für ihren erfolgreichen Abschluß beständen. Sie habe daher in den vergangenen fünf Monaten nach einem neuen Weg gesucht, der eine Grundlage für solche Verhandlungen darstellen könne.

Herr Heath erinnerte den Rat an die Begegnungen zwischen dem britischen Premierminister und Bundeskanzler Adenauer, Ministerpräsident Fanfani sowie General de Gaulle. Er habe selbst Gelegenheit gehabt, diese Fragen mit seinen sechs Kollegen zu erörtern, wobei er für ihre Hilfe und ihren Rat sehr dankbar gewesen sei. Darüber hinaus habe die britische Regierung dieses Problem im September mit den Finanzministern des Commonwealth erörtert und habe mit den Ministern der EFTA in Verbindung gestanden. Schließlich hätten informelle Gespräche und ein Meinungsaustausch mit deutschen und italienischen Vertretern stattgefunden. Aehnliche Gespräche mit französischen Sachverständigen begännen gegenwärtig in London. Die britische Regierung begrüße diese Gespräche.

Die Ergebnisse seien soweit ziemlich ermutigend gewesen, man habe eine ganze Anzahl von Berührungspunkten gefunden, und es bestände jetzt Verständnis für die britische Haltung.

Während dieser informellen Gespräche seien von britischer Seite eine Anzahl von Punkten erörtert worden, die die Grundlage bildeten für ihren neuen Versuch, eine Lösung für dieses Problem zu finden. Der Hauptpunkt sei, daß, wenn die Sechs den britischen Schwierigkeiten hinsichtlich des Commonwealth und auf landwirtschaftlichem Gebiet Rechnung tragen könnten, Großbritannien seinerseits ein System in Erwägung ziehen könnte, das auf einem gemeinsamen oder harmonisierten Zoll für die Einfuhr von Rohmaterialien und Industriegütern aus Ländern außerhalb der Sieben oder des Commonwealth beruht.

Herr Heath betonte, daß dieser Vorschlag eine grundsätzliche Aenderung der britischen Haltung bedeute, da Großbritannien niemals zuvor die Annahme eines gemeinsamen Zolles in Erwägung gezogen habe. Er sprach die Hoffnung aus, daß dies als ein wesentlicher Beitrag zur Lösung des Problems betrachtet würde.

Herr Heath fügte hinzu, daß seine Regierung ferner besondere Vereinbarungen für tropische und landwirtschaftliche Produkte im Auge habe, da sie solche Vereinbarungen nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen für wichtig halte, sondern auch um eine Auswirkung der Teilung Europas in Afrika, insbesondere in den neu entstehenden Staaten, zu verhindern.

Außerdem habe die britische Regierung in Beantwortung deutscher und italienischer Anfragen während dieser Gespräche klargestellt, daß Großbritannien, als Teil einer Gesamtlösung, keine prinzipiellen Schwierigkeiten in der Frage von Verhandlungen zwischen den Sechs und den Commonwealthländern hinsichtlich einer möglichen Senkung der Vorzugszölle sehen würde, die Großbritannien gegenwärtig in jenen Ländern genießt. Dies sei ebenfalls ein wichtiger Punkt.

Was das Verfahren anbetreffe, so habe seine Regierung angeregt, am besten solle man damit beginnen, jedes der verschiedenen technischen Probleme für sich zu betrachten und zu lösen zu versuchen. Man solle also die Hauptwarengruppen eine nach der andern untersuchen und die Erfordernisse jedes einzelnen Landes prüfen. Wenn das getan sei, würde es leichter sein, einen Rahmen für die getroffenen Vereinbarungen zu finden.

In der Empfehlung Nr. 53 wurde vorgeschlagen, Großbritannien solle der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als Vollmitglied beitreten. Die britische Regierung möchte im Augenblick noch nicht ihre Haltung zu dieser Frage darlegen, in der Hauptsache deswegen, weil sie noch nicht sehe, wie sich ihre allgemeinen Beziehungen zu den Sechs gestalten würden. Sie möchte mit ihrer Stellungnahme warten, bis sie mehr über deren Haltung gegenüber diesen Problemen erfahren habe. Seine Regierung werde jedoch diese Frage im Auge behalten. Sie sei sich vollständig darüber im klaren, daß gemeinsame Institutionen zur Ueberwachung eines gemeinsamen oder harmonisierten Zolles notwendig seien. Sie akzeptiere dies und habe keine Furcht vor gemeinsamen Institutionen. Er müsse jedoch betonen, daß seine Regierung keine Vereinbarungen als befriedigend betrachten könne, die nicht sowohl das politische wie das wirtschaftliche Verhältnis zu den Sechs beträfen.

Herr Heath stellte weiter klar, daß seine Regierung in allen diesen Gesprächen nur für sich selbst gesprochen habe und daß sie keinen Auftrag habe, auch für ihre EFTA-Partner zu sprechen. Sie habe jedoch immer betont, daß den Interessen dieser Partner Rechnung getragen werden müsse. Man habe ihre Interessen daher ständig im Auge gehabt und habe die EFTA-Partner laufend informiert. Aus dem letzten EFTA-Kommuniqué gehe hervor, daß die britische Regierung die Unterstützung ihrer Partner für ihr Vorgehen habe, wie auch die Bereitschaft und der Wunsch der übrigen EFTA-Staaten nach einer Lösung hervorgehoben worden seien.

Was das Commonwealth betreffe, so sei die britische Regierung zuversichtlich, daß sich ein für diese Länder annehmbares Uebereinkommen auf der oben erwähnten Grundlage finden lasse. Natürlich würden weitere Verhandlungen notwendig sein, jedoch seien sich die Commonwealthländer der Bedeutung der europäischen Einheit bewußt. Herr Heath erinnerte daran, daß in zehn Tagen die Tagung der Commonwealth-Premierminister stattfinde, auf der diese Haltung zweifellos bestätigt werden würde.

Zusammenfassend erklärte Herr Heath, daß die Informationsgespräche und informellen Besprechungen fortgesetzt werden sollten, bis man klar genug sehe, um formelle

Verhandlungen zu rechtfertigen. Verständlicherweise könne die britische Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ihre Verhandlungsfreiheit beschneiden.

Er behaupte nicht, daß die Vorschläge seiner Regierung revolutionär seien, er stelle jedoch fest, daß sie einen vernünftigen Weg darstellten, auf dem man weiter gehen solle. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Rat diese Ansicht teile.

b) Das Verhältnis Großbritanniens zu den beiden anderen Gemeinschaften (EGKS und EAG)

Herr Heath erinnerte daran, daß im zweiten Teil der Empfehlung Nr. 53 Verhandlungen über einen Beitritt Großbritanniens zu diesen beiden Gemeinschaften gleichzeitig mit einem Beitritt zur EWG vorgeschlagen würden.

Im Juni 1960 habe Herr Profumo der Versammlung mitgeteilt, daß Großbritannien im Rahmen einer weiteren wirtschaftlichen Vereinbarung bereit sei, jeden Vorschlag für einen Beitritt zu diesen beiden Gemeinschaften zu erwägen.

Er gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß die Absichten seiner Regierung in dieser Angelegenheit in gewissem Grad mißverstanden worden seien. Offenbar sei der Anschein erweckt worden, Großbritannien versuche, etwas zu bekommen, ohne selbst etwas zu geben und ein Zusammenwachsen der drei Gemeinschaften zu verhindern. Er könne nicht nachdrücklich genug betonen, daß dies alles nicht zutreffe. Seine Regierung habe im Gegenteil ihrem Wunsch Ausdruck geben wollen, näher an ihre europäischen Verbündeten heranzuziehen, da sie alle diese Fragen nur als Teile des zentralen Problems betrachte, nämlich die Einheit Europas zu erhalten.

c) Politische Konsultationen in Europa

Herr Heath erklärte, er möchte zunächst eine allgemeine Grundsatzerklärung machen. Die britische Regierung habe in keiner Weise den Wunsch, die Bindungen innerhalb der Gemeinschaft der Sechs zu schwächen oder die Entwicklung dieser großen europäischen Organisation zu größeren Formen der Einheit zu behindern.

Die britische Regierung verstehe sehr gut die Motive und die historischen Notwendigkeiten, die hinter dieser Bewegung ständen. Er selbst habe versucht, die auf diese Weise geschaffene Lage in seinem Land zu erklären, und es herrsche jetzt auch weitgehendes Verständnis dafür. Großbritannien habe ein zu großes Interesse an dem Gedeihen dieser Gemeinschaft, als daß es eine gegen diese gerichtete Politik dulden könne. Es betrachte sie als eine wirkliche Kraft und verstehe und akzeptiere sie als solche. Es sei daher bestrebt, an ihr teilzuhaben, sie zu erfüllen, zu vergrößern und sie zu stärken, aber nicht, sie zu schwächen.

Herr Heath unterteilte sodann die Frage in vier Hauptpunkte:

1. Großbritannien erkenne an, daß politische Gespräche zwischen den Sechs, die die Gemeinschaften beträfen oder sich aus deren Arbeit ergäben, ausschließlich die sechs Regierungen beträfen. Großbritannien sei nicht berechtigt und erwarte auch nicht, an diesen Gesprächen teilzunehmen, wenn es nicht oder bis es nicht den Gemeinschaften entweder beigetreten sei oder eine andere Form der Verbindung geschaffen habe.

Es wünsche keine Schwächung der Einheit der Gemeinschaften, während eine Lösung für sein Verhältnis mit ihnen gesucht werde. Es versuche nicht, sich in ihre Treffen hineinzudrängen, solange es nicht dieselben Verantwortlichkeiten wie die andern Partner habe.

2. Andererseits habe Großbritannien keine Furcht vor den daraus entstehenden Institutionen, wenn ein annehmbares Uebereinkommen mit den Gemeinschaften der Sechs erzielt worden sei. Es erwarte, in vollem Maße in Uebereinstimmung mit den getroffenen Vereinbarungen daran teilzunehmen.

3. Bis es zu solchen Vereinbarungen komme, sei Großbritannien jedoch daran interessiert, an solchen politischen Diskussionen teilzunehmen, die sich mit europäischen Fragen in einem weiteren Sinne und mit den Weltproblemen befaßten. Seiner Ansicht nach würden sich die westlichen Länder in Europa wie in der ganzen Welt großen Gefahren aussetzen, wenn es ihnen nicht gelingt, ihre Diskussionen so abzustimmen und zu organisieren, daß sich daraus eine einheitliche politische Haltung und eine Stärkung ihrer Bündnisse ergeben.

4. Er sei der Ansicht, daß bis zu einer Regelung des Verhältnisses zwischen Großbritannien und den Sechs auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet der Rat der WEU, der schließlich der europäische Kern gewesen sei, aus dem dann die NATO entstanden sei, den Rahmen für die notwendigen Diskussionen über allgemeine europäische Probleme abgeben könne. Es müsse seiner Ansicht nach bedauert werden, daß in der Vergangenheit von der WEU nicht mehr Gebrauch gemacht worden sei. Herr Heath wies in diesem Zusammenhang auf die kürzlich von Bundeskanzler Adenauer abgegebene Erklärung hin. Die britische Regierung sei seit jeher bereit gewesen, von der WEU einen größeren Gebrauch zu machen. Die gegenwärtigen Diskussionen könnten daher den Anfang eines sehr fruchtbaren Gedankenaustausches darstellen.

Herr Heath erklärte, er möchte jedoch betonen, daß die britische Regierung nicht von den europäischen Diskussionen über die politischen Fragen ausgeschlossen werden wolle, an denen sie ein direktes Interesse habe, wie z. B. die Ost-West-Beziehungen, die politische Zukunft Europas, Fragen der Sicherheit und der Abrüstung, die Beziehungen mit den andern Kontinenten usw. Er glaube nicht, daß irgend jemand bestreiten werde, daß Großbritannien bei der Erörterung dieser Fragen einen wichtigen Beitrag zu leisten habe und daß es sowohl den europäischen als auch den westlichen Interessen zuwiderlaufe, wenn es in diesen Fragen zwischen Großbritannien und den übrigen europäischen Staaten zu Meinungsverschiedenheiten käme.

Politische Konsultationen könnten auf mannigfache Weise geführt werden. In einigen Fällen erforderten sie gemeinsam getroffene Entscheidungen, so z. B. die Konsultationen innerhalb der NATO über Fragen der Ost-West-Beziehungen. In diesem Fall sei es notwendig, Uebereinkommen zu erzielen und eine gemeinsame Politik auszuarbeiten.

In anderen Fällen sei der Zweck solcher Konsultationen, Meinungen auszutauschen und ein gemeinsames Verständnis zu erzielen, damit die einzelnen Staaten ihre Politik dann soweit wie möglich aufeinander abstimmen könnten. Wenn man ein Europa errichten wolle, das das Gewicht und den Einfluß habe, die ihm dank der Fähigkeiten und der Tatkraft seiner Völker zukämen, müßten die Verbündeten ihre Ideen und Anstrengungen soweit wie irgend möglich miteinander vereinen.

Herr Heath wandte sich sodann dem dritten Teil der Empfehlung Nr. 53 betreffend eine mögliche Konferenz der Regierungschefs und der Frage einer Teilnahme des britischen Premierministers zu. Seiner Ansicht gehe aus dem bisher Gesagten hervor, wie seine Regierung zu der allgemeinen Frage einer Beteiligung an Institutionen, Tagungen und Diskussionen stehe und was ihre Haltung gegenüber diesem Vorschlag sei. Er könne nur wiederholen, was der Premierminister im Unterhaus gesagt habe, nämlich, daß Großbritannien bereit sei, einer einstimmigen Einladung der Sechs, mit ihnen zusammen an einem solchen Treffen teilzunehmen, Folge zu leisten.

Abschließend sprach Herr Heath die Hoffnung aus, daß, wenn irgend jemand noch Zweifel gehabt hätte über den britischen Willen, eine Lösung für dieses Problem zu finden, diese Zweifel jetzt zerstreut worden seien. Wenn darüber hinaus irgend jemand die Fähigkeit Großbritanniens, eine Regelung zu erzielen, in Zweifel gezogen hätte, so hoffe er, dargelegt zu haben, daß es konkretere Schritte als jemals zuvor in Hinblick auf dieses Ziel unternommen habe.

Quelle: Western European Union, Dok. GA (61) 1.

Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 2. März 1961 über ein jährliches Kolloquium zwischen der Beratenden Versammlung und dem Ministerausschuß

Betrifft: Zusammenarbeit zwischen Versammlung und Ministerausschuß.

Die Versammlung,

in der Erwägung, daß eine wirksame Zusammenarbeit mit dem Ministerausschuß für die Zukunft des Europarates sehr bedeutsam ist;

in der Erwägung, daß diese Zusammenarbeit sich nur auf der Grundlage eines politischen Willens entwickeln kann;

in der Erwägung, daß der Ministerausschuß in seiner Erklärung vom 12. Dezember 1960 die Bedeutung einer engen und fruchtbaren Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Versammlung anerkannt hat;

empfiehlt dem Ministerausschuß, eine solche Zusammenarbeit durch die Teilnahme an einem jährlichen Kolloquium mit der Versammlung zu stärken, für das folgende Modalitäten gelten könnten;

a) Gemeinsame Aufstellung der Tagesordnung durch die Versammlung und den Ministerausschuß,

b) Einleitung der Debatten durch den Präsidenten des Ministerausschusses,

c) Teilnahme soweit wie möglich aller Außenminister,

d) Generaldebatten sollen sich nicht mit technischen oder Detailfragen befassen;

schlägt vor, daß das erste Kolloquium während der Tagung der Beratenden Versammlung im September 1961 stattfindet.

Folgende Punkte sollen behandelt werden:

1. Die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Entwicklungsländern;

2. Prüfung der Auswirkungen der jüngsten Vorschläge für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht auf den Europarat (besonders hinsichtlich der Entwicklung der OECD und der Zusammenarbeit dieser Institution mit dem Europarat).

Quelle: *Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung,* 12. Jg., Nr. 6 vom 15. März 1961.

Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 3. März 1961 über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Betrifft: Ratifizierung der OECD-Konvention — Koordinierung von Wirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe — spezifisch europäische Probleme — Europäische Wirtschaftsassoziation — Weitergeltung des Abkommens der OEEC — Berichterstattung an die Versammlung — Tätigkeit der Gruppe für Entwicklungshilfe.

Die Versammlung,

die sich auf die am 14. Dezember 1960 unterzeichnete Konvention über die Errichtung der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bezieht;

die es begrüßt, daß die Regierungen des freien Europa und Nordamerikas ihre gemeinsame Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet bestätigt und den ständigen Rahmen geschaffen haben, in dem diese verwirklicht werden kann;

die überzeugt ist, daß die Ziele der OECD mit denen vereinbar sind, die auf wirtschaftlichem Gebiet vom Europarat angestrebt werden, und die hofft, daß die Schaffung

der OECD in keiner Weise die Bindungen und die Tradition der Zusammenarbeit schwächen wird, die die europäischen Länder untereinander bereits entwickelt haben, sondern im Gegenteil sich als eine Stärkung und Erweiterung dieser Zusammenarbeit erweisen wird;

empfiehlt dem Ministerrat:

den Regierungen der Mitgliedstaaten gemäß Artikel 15 (b) der Statuten nahezulegen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine baldige Ratifizierung der Konvention der OECD herbeizuführen;

alle sich im Rahmen der Konvention bietenden Möglichkeiten wahrzunehmen, um die Koordinierung ihrer allgemeinen Wirtschaftspolitik und der vermehrten Hilfeleistungen, die sie für die Wirtschaftsentwicklung der unterentwickelten Länder aufzubringen imstande sind, zu fördern;

die Möglichkeiten, die durch die Konvention eröffnet werden, auszunützen, um eine enge Zusammenarbeit zwischen den europäischen Mitgliedstaaten der Organisation auf den Gebieten zu entwickeln, auf denen sich spezifisch europäische Probleme ergeben, sowie auf den Gebieten, auf denen die amerikanischen Mitgliedstaaten der Organisation keine so weitgehenden Verbindlichkeiten einzugehen wünschen wie ihre europäischen Partner;

unter möglichst weitgehender Ausnutzung des durch die OECD geschaffenen ständigen Rahmens die Möglichkeiten zu untersuchen, die sich für die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsassoziation gemäß den in der Empfehlung 266 angeführten Gesichtspunkten ergeben, und die Handels- und Wirtschaftsprobleme zu untersuchen und zu lösen, die sich aus der Existenz der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Freihandelsassoziation in Europa ergeben, wobei sie sich auf den Beschluß stützen sollten, durch den die OECD beauftragt wird, das Mandat des im Januar 1960 durch den Sonderausschuß für Wirtschaftsfragen geschaffenen Ausschusses für Handelsfragen wiederaufzunehmen;

die Möglichkeiten auszunutzen, die sich durch das in der Konvention vorgesehene und bis zu ihrem Inkrafttreten durch das Mandat des Vorbereitungsausschusses gegebene Verfahren bieten, um im Rahmen der OECD die Weitergeltung des Abkommens über die OEEC sicherzustellen, deren Sinn es war, auf wirtschafts- und handelspolitischem Gebiet eine enge Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten und gemeinsame Maßstäbe des Handelns zu schaffen; und, soweit die gegenwärtigen Verhältnisse eine Wiedereinführung dieser Akte ohne Abänderung nicht gestatten, sich bei der Festlegung der neuen Bedingungen für die Zusammenarbeit, die sich zwischen ihnen entwickelt, von dem Geiste dieses früheren Abkommens leiten zu lassen und die in ihm festgelegten Verfahrensregeln zu befolgen;

die Tätigkeit der OEEC auf den Gebieten der Energiewirtschaft, insbesondere der Atomenergie, der Landwirtschaft, der Wissenschaft und der Technik weiterzuführen und weiterhin an dem Brauch festzuhalten, wonach der Versammlung gesonderte Berichte über die genannten Tätigkeitsbereiche vorgelegt wurden;

die Einrichtungen, die bereits für eine Zusammenarbeit zwischen den Sekretariaten der OEEC und des Europarats bestanden, aufrechtzuerhalten und zu verstärken;

auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe sicherzustellen, daß die Tätigkeit der bereits bestehenden Gruppe für Entwicklungshilfe ganz in die Organisation einbezogen wird, und daß die neue Initiative der Organisation auf diesem Gebiet ihre Verwirklichung nicht nur in Form von Studien und Gegenüberstellungen der nationalen politischen Belange findet, sondern in einer wirksamen und raschen Erweiterung der durch die Mitglieder der Organisation aufgebrachten finanziellen und technischen Hilfeleistungen.

Quelle: Conseil de l'Europe, Doc. 1238, 28. Februar 1961.

Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarats vom 3. März 1961 über die politischen und parlamentarischen Aspekte der OECD-Konvention

Betrifft: Beziehungen zwischen OECD und Europarat.

Die Versammlung,

I.

die die Unterzeichnung der Konvention über die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung begrüßt;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die baldige Ratifizierung dieser Konvention herbeizuführen;

II.

im Hinblick auf die Bedeutung, die sie einer Prüfung der OECD-Berichte durch ein parlamentarisches Organ beimißt, um eine konstruktive Zusammenarbeit mit dieser Organisation zu ermöglichen, die Regierungen der Mitgliedstaaten zum Handeln anzuregen und der öffentlichen Meinung ein besseres Verständnis für die Ziele und Errungenschaften der OECD zu vermitteln;

bedauert, daß in der Konvention keine Bestimmung enthalten ist, wonach diese Berichte im Verlauf von Sondersitzungen geprüft werden, wie es in der Empfehlung Nr. 245[1] vorgesehen ist;

stellt jedoch fest, daß der Vorbereitende Ausschuß der OECD diese Frage weiterhin prüfen sollte;

erinnert an ihre Opposition gegen jeden anderen Vorschlag, der nur dazu führen würde, eine neue parlamentarische Versammlung zu schaffen, die überwiegend europäischen Charakter haben würde, gleichgültig ob sie offizieller oder inoffizieller Natur ist;

betont in diesem Zusammenhang, daß die Existenz einer Vielzahl internationaler parlamentarischer Versammlungen unvermeidlich zu einer Verzettelung der Kräfte, zu Ueberschneidungen in der Arbeit, zu einer unnötigen Erhöhung der Unkosten und schließlich zu einer Einbuße an Wirksamkeit und Prestige für die europäische Einigung und die internationale Zusammenarbeit führen würde;

fordert die Mitglieder der Beratenden Versammlung auf, sofort, spätestens jedoch bei den Beratungen über die Ratifikation der OECD-Konvention in ihren Parlamenten, dafür einzutreten, daß die Regierungen sich verpflichten, dem Vorbereitenden Ausschuß oder dem Rat der OECD entweder die Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls gemäß der Empfehlung 245 oder die Annahme eines Beschlusses zu empfehlen, der alle Mitglieder bindet;

III.

empfiehlt dem Ministerausschuß, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit das im März 1951 zwischen dem Europarat und der OEEC abgeschlossene Abkommen und die Zusatzbestimmungen vom Juli 1952 und November 1953 als auf die OECD anwendbar betrachtet werden, solange noch kein neues Abkommen ausgehandelt worden ist.

Quelle: Conseil de l'Europe, Doc. 1240, 10. Februar 1961.

[1]) Empfehlung 245 vom 29. April 1960 enthält den Vorschlag, eine Klausel in die Konvention der OECD aufzunehmen oder ein Zusatzprotokoll abzufassen, wonach Mitglieder des Europarats mindestens einmal im Jahr gemeinsame Sitzungen mit Parlamentsvertretern der fünf nicht im Europarat vertretenen Staaten abhalten sollten.

Ergebnisse der Commonwealth-Konferenz vom 8. bis zum 17. März 1961

Die jährlichen Konferenzen der Premierminister des Commonwealth haben in der Regel eine zweifache Aufgabe: sie dienen dazu, die innere Struktur des Commonwealth der fortschreitenden Emanzipation der einzelnen Bestandteile des britischen Kolonialreiches anzupassen und zugleich im Verein der Regierungschefs der Commonwealth-Mitglieder eine Uebereinstimmung in der Beurteilung der wichtigsten weltpolitischen Probleme des Tages zu erzielen. Beide Ziele stehen in enger Wechselwirkung; denn die gemeinsame Haltung nach außen setzt ein Mindestmaß innerer Homogenität des Mitgliederkreises voraus.

Nachdem Indien 1949 beschlossen hatte, Republik zu werden und trotzdem uneingeschränkt Mitglied des Commonwealth zu bleiben, waren 1956 Pakistan, 1957 Ceylon und 1960 Ghana diesem Vorbild gefolgt. Der am 5. Oktober 1960 von einer geringen Mehrheit der weißen Bevölkerung Südafrikas beschlossene Uebergang zur republikanischen Staatsform legte daher dem Verbleib Südafrikas im Commonwealth keine unüberwindlichen Hindernisse in den Weg. Die Forderung nach seinem Ausscheiden, die ursprünglich von dem radikal antibritischen Flügel der von *Malan*, *Strydom* und *Verwoerd* geführten Nationalistischen Partei ausgingen, wurde in den letzten Jahren immer nachdrücklicher von den asiatischen und afrikanischen Mitgliedern des Commonwealth erhoben, die in der südafrikanischen Politik der Rassentrennung einen verdammenswürdigen Restbestand des Kolonialismus sahen.

Der Aufstieg der asiatischen Commonwealth-Länder hat sich seit 1919 in einer Entwicklung von nahezu vier Jahrzehnten vollzogen, ohne daß die schweren Auseinandersetzungen über die indische Minderheit in Südafrika zu einem offenen Bruch führten. Der Einzug der afrikanischen Mitglieder, den Ghana 1957 eröffnete, vollzog sich in einem weit stürmischeren Tempo, begleitet von den weltpolitischen Erschütterungen der Suez-, Algerien- und Kongo-Krisen. Die sich steigernde Kritik an der südafrikanischen Rassenpolitik sowohl im „Club" des Commonwealth wie vor dem Weltforum der Vereinten Nationen hat aber die Doktrinäre der Apartheid bisher eher zur Verhärtung ihrer Haltung als zur Nachgiebigkeit veranlaßt. Diese Kluft konnte durch keine Kompromißformel mehr überbrückt werden: Die Südafrikanische Union wird zum 31. Mai 1961 aus dem Commonwealth ausscheiden.

Die Südafrika-Krise hat die übrigen, durchweg positiven Ergebnisse der diesjährigen Commonwealth-Konferenz überschattet. Die Aufnahme Zyperns beendete nun auch in formaler Hinsicht die schweren Auseinandersetzungen, die auch die Beziehungen zwischen Großbritannien, Griechenland und der Türkei belastet hatten. Die Aufnahme von Sierra Leone ließ die Liste der dem britischen Kolonialamt unterstellten Gebiete wieder um ein Stück kürzer werden. Die Entschließung zur Abrüstungsfrage bedeutet eine Unterstützung der Grundideen der Abrüstungspolitik des Westens, deren Wert insbesondere durch die Zustimmung Indiens hoch zu veranschlagen ist. Bemerkenswert ist auch die starke Rückendeckung für den Generalsekretär der Vereinten Nationen, dessen Unabhängigkeit als „lebenswichtig" für das Weiterbestehen der Weltorganisation bezeichnet wird. In dieser Feststellung ist eine deutliche Absage an die sowjetischen Vorschläge für eine Reform der UN enthalten.

Schlußkommuniqué über die Commonwealth-Konferenz vom 17. März 1961

Betrifft: Internationale Situation — Kongo — Laos — Abrüstung — Einstellung der Kernwaffenversuche — Vereinte Nationen — Mitgliedschaft im Commonwealth.

Das Treffen der Commonwealth-Premierminister wurde heute beendet. Pakistan, Ghana und Zypern waren durch ihre Präsidenten vertreten. Die anderen Commonwealthländer waren durch ihre Premierminister vertreten.

Man war übereingekommen, daß die Premierminister bei dieser Gelegenheit ihr Hauptaugenmerk auf eine begrenzte Anzahl spezifischer Probleme richten würden, die gegenwärtig für sie alle von gemeinsamem Interesse sind — nämlich die Abrüstung, die Struktur der Vereinten Nationen und bestimmte, das Commonwealth selber berührende verfassungsrechtliche Probleme. Zu Beginn des Treffens befaßten sich die Premierminister jedoch in einem allgemeinen Ueberblick mit der internationalen Situation als Ganzes, um diese speziellen Probleme im richtigen Verhältnis zum gegenwärtigen Weltgeschehen zu sehen. Im Verlauf ihrer Zusammenkunft erörterten sie auch die jüngsten Entwicklungen im Kongo und in Südostasien.

Die Premierminister bekräftigten erneut, daß ihre Regierungen die Bemühungen der Vereinten Nationen unterstützen, die Ordnung im Kongo wiederherzustellen und die Unabhängigkeit und Integrität der Republik zu gewährleisten. Sie bedauerten die Einmischung von außen im Kongo und stellten fest, daß viele der entstandenen Probleme auf eine solche Einmischung zurückzuführen sind. Sie gelangten zu der Ansicht, daß die Streitkräfte der Vereinten Nationen im Kongo verstärkt und die Entschließung des Sicherheitsrats vom 21. Februar voll und ganz durchgeführt werden sollten.

Die Premierminister nahmen mit Sorge die Situation zur Kenntnis, die sich in Laos entwickelt hat. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß es den Parteien gelingen wird, ihre Differenzen beizulegen, daß die Einmischung von außen aufhören wird und daß Laos die Möglichkeit zu einer unabhängigen, neutralen und friedlichen Existenz gegeben wird.

Die Premierminister erörterten das Problem der Abrüstung in aller Ausführlichkeit. Sie stellten fest, daß dies die wichtigste Frage ist, vor der die Welt heute steht, und vertraten die Ansicht, daß jetzt eine günstige Gelegenheit für eine neue Initiative im Hinblick auf eine Regelung besteht. Sie kamen überein, daß das Ziel eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter einer wirksamen Inspektion und Kontrolle sein sollte gemäß den allgemeinen Grundsätzen, die in der Erklärung in Anhang I dieses Kommuniqués aufgestellt sind. Sie erinnerten an die Entschließung über eine allgemeine und vollständige Abrüstung, die auf der 14. Sitzung der Vollversammlung einstimmig angenommen worden war. Sie waren sich darin einig, daß alles getan werden sollte, um diese Entschließung durch ein Uebereinkommen zwischen den Großmächten zu verwirklichen, und daß weitere Verhandlungen zu diesem Zweck notwendig sind. Bestimmte Vorschläge zur Förderung solcher Verhandlungen sind den Vereinten Nationen von verschiedenen Ländern vorgelegt worden.

Die Premierminister gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche, die am 21. März in Genf wiederaufgenommen werden sollen, zum baldigen Abschluß eines diesbezüglichen Abkommens führen. Ganz abgesehen von seiner Bedeutung an sich, würde ein solches Abkommen auch einer Einigung über die allgemeine Abrüstung einen starken Auftrieb geben.

Die Premierminister beschäftigten sich mit den in jüngster Zeit eingebrachten verschiedenen Vorschlägen zu Aenderungen in der Struktur der Vereinten Nationen — vor allem im Hinblick auf die Zusammensetzung ihrer Gremien, die Stellung des Generalsekretärs und die Organisation des Sekretariats. Sie stellten fest, daß solche Veränderungen nur mit allgemeiner Zustimmung vorgenommen werden könnten. Sie waren sich darin einig, daß es, welche Modifikationen auch immer vorgenommen werden mögen, entscheidend wichtig bleibe, die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen zu wahren sowie den internationalen und unabhängigen Charakter des Sekretariats aufrechtzuerhalten. Sie waren sich ferner darin einig, daß die Mitglieder des Commonwealth mit allen Nationen das grundlegende Interesse teilen, die Integrität der Vereinten Nationen als einer für eine geordnete politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung wirkenden Kraft zu wahren.

Ferner erörterten die Premierminister gewisse verfassungsrechtliche Fragen bezüglich der Mitgliedschaft im Commonwealth. Die Ergebnisse dieser Beratungen wurden in den am 13., 15. und 16. März veröffentlichten Kommuniqués betreffend Zypern, Südafrika und Sierra Leone bekanntgegeben. Der Wortlaut dieser Kommuniqués ist in Anhang II wiedergegeben.

ANHANG I

Erklärung zur Abrüstung

Ziel

1. Das Ziel muß sein, eine totale weltweite Abrüstung unter wirksamer Inspektion und Kontrolle zu erreichen.

2. Angesichts des in den sogenannten „konventionellen" Kriegen erlebten Gemetzels und der Vernichtung sowie angesichts der Schwierigkeit, die Ausweitung eines einmal begonnenen konventionellen Krieges zu einem nuklearen zu verhindern, muß unser Ziel kein geringeres sein als die völlige Abschaffung der Mittel jeder Art von Kriegführung.

Grundsätze

3. Zu diesem Zweck sollte auf der Basis der folgenden Grundsätze sobald wie möglich ein Abkommen ausgehandelt werden:

a) Alle nationalen Streitkräfte und Rüstungen müssen auf einen zu vereinbarenden Stand herabgesetzt werden, der zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit notwendig ist.

b) Wenn der Abrüstungsprozeß einmal in Gang gesetzt ist, sollte er ohne Unterbrechung bis zum Abschluß fortgeführt werden, wobei in jedem Stadium zu gewährleisten ist, daß alle Parteien ihre Verpflichtungen in gehöriger Weise erfüllen.

c) Die Abschaffung der nuklearen und konventionellen Rüstungen muß in Phasen so vor sich gehen, daß in keinem Stadium irgendein Staat oder eine Staatengruppe einen wesentlichen militärischen Vorteil erlangt.

d) Mit jeder Phase sollte ein wirksamer Kontrollmechanismus einhergehen, der gleichzeitig mit der Abrüstungsphase, zu der er gehört, in Tätigkeit gesetzt werden sollte.

e) Die Abrüstung sollte innerhalb bestimmter Zeitspannen in progressiven Stufen so schnell wie möglich durchgeführt werden.

f) Zu gegebener Zeit sollte eine starke, hinreichend ausgerüstete Streitmacht gebildet werden, die eine Aggression verhindern und die Einhaltung des Abrüstungsabkommens erzwingen kann; es sollte eine internationale Behörde geschaffen werden, die in Verbindung mit den Vereinten Nationen diese Streitmacht kontrolliert und gewährleistet, daß sie nicht zu Zwecken eingesetzt wird, die im Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen stehen.

4. Auf der Basis dieser Grundsätze sollte es bei beiderseitigem gutem Willen möglich sein, die gegenwärtig bestehenden Verfahrensunterschiede zwischen den vorgelegten Plänen auszugleichen.

Verhandlungen

5. Die führenden Militärmächte sollten die direkten Verhandlungen unverzüglich wiederaufnehmen, in enger Fühlungnahme mit den Vereinten Nationen, die auf Grund ihrer Charta für die Abrüstung verantwortlich sind. Da der Friede ein Anliegen der ganzen Welt ist, sollten auch andere Nationen bei den Abrüstungsverhandlungen mitwirken, entweder direkt oder durch ein von den Vereinten Nationen zu bildendes Sonderorgan oder mittels beidem.

6. Gleichzeitig mit den politischen Verhandlungen sollten Experten mit der Ausarbeitung der Einzelheiten der für die Abrüstungsmaßnahmen der einzelnen Stufen erforderlichen Inspektionssysteme gemäß dem auf der Genfer Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche angewandten Verfahren beginnen.

7. Es sollte alles getan werden, um unverzüglich ein Abkommen über das ständige Verbot von Atomwaffenversuchen aller Nationen sowie über Kontrollmaßnahmen zur Einhaltung dieses Abkommens herbeizuführen. Ein solches Abkommen ist dringend erforderlich, da sonst weitere Länder in Kürze zu Atommächten werden können, wodurch die Kriegsgefahr erhöht und das Problem der Abrüstung noch komplizierter würde. Darüber hinaus würde ein Abkommen über Atomwaffenversuche, abgesehen von seinen unmittelbaren Vorteilen, einem Abkommen auf dem umfassenderen Gebiet der Abrüstung einen starken psychologischen Impetus geben.

8. Abrüstung ohne Inspektion wäre ebenso unannehmbar wie Inspektion ohne Abrüstung. Abrüstung und Inspektion sind unlösbare Bestandteile derselben Frage und müssen zusammen behandelt werden; und beide müssen so vollständig und wirksam durchgeführt werden, wie dies menschenmöglich ist. Man muß sich jedoch klar darüber sein, daß keine Sicherheitsvorkehrungen einen hundertprozentigen Schutz gegen Irrtum oder Verrat gewähren können. Trotzdem müssen die Risiken, die mit dem Prozeß der Abrüstung verbunden sind, gegen die mit der Fortdauer des Wettrüstens verbundenen Gefahren abgewogen werden.

9. Man kann darüber streiten, ob das Wettrüsten die Ursache oder das Ergebnis des Mißtrauens zwischen den Nationen ist. Aber es ist klar, daß die Fragen der Abrüstung und des internationalen Vertrauens eng miteinander verbunden sind. Darum müssen sich alle Nationen neben ihren Bemühungen um die Abschaffung der Rüstungen aktiv für die Verminderung der Spannungen einsetzen, indem sie dazu beitragen, andere Ursachen der Reibung und des Mißtrauens zu beseitigen.

ANHANG II

Kommuniqué vom 13. März 1961 betr. Zypern

Auf ihrer heutigen Vormittagssitzung nahmen die Commonwealth-Premierminister ein Gesuch der Republik Zypern um Aufnahme in das Commonwealth an. Sie luden den Präsidenten der Republik zur Teilnahme an der Konferenz ein.

Kommuniqué vom 15. März 1961 betr. Südafrika

Auf ihrer Konferenz in dieser Woche haben die Premierminister des Commonwealth Fragen im Zusammenhang mit Südafrika erörtert.

Am 13. März teilte der Premierminister von Südafrika der Konferenz mit, im Anschluß an die Volksabstimmung vom Oktober 1960 würden jetzt die entsprechenden verfassungsrechtlichen Maßnahmen zur Schaffung einer republikanischen Staatsform in der Union getroffen, und die Unionsregierung habe den Wunsch, daß Südafrika auch als Republik im Commonwealth bleibe.

Im Zusammenhang mit diesem Antrag erörterte die Konferenz mit Zustimmung des Premierministers von Südafrika auch die von der Unionsregierung verfolgte Rassenpolitik. Der Premierminister von Südafrika teilte den anderen Regierungschefs heute abend mit, daß er sich angesichts der im Namen anderer Commonwealth-Regierungen geäußerten Meinungen und der Anzeichen für ihr künftiges Verhalten gegenüber der Rassenpolitik der Unionsregierung entschlossen habe, seinen Antrag auf Fortsetzung der Commonwealth-Mitgliedschaft Südafrikas als Republik zurückzuziehen.

Kommuniqué vom 16. März 1961 betr. Sierra Leone

Die Premierminister nahmen zur Kenntnis, daß Sierra Leone am 27. April 1961 unabhängig wird.

Sie gaben ihrer Freude darüber Ausdruck, Sierra Leone nach Abschluß der notwendigen verfassungsrechtlichen Maßnahmen als Mitglied des Commonwealth begrüßen zu können.

Quelle: *Britische Nachrichten* (Britische Botschaft, Bonn), vom 17. März 1961.

Regierungsprogramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy

Botschaften an den Kongreß

Seit seinem Amtsantritt am 20. Januar 1961 hat Präsident John F. *Kennedy* das bei dieser Gelegenheit angedeutete Programm seiner Regierung in aller Ausführlichkeit dargelegt. Nachdem er am 30. Januar mit der Botschaft über die Lage der Nation an den Kongreß (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 101 ff.) einen allgemeinen Ueberblick gegeben hatte, folgte im Februar und März eine Reihe von Botschaften an den Kongreß, in denen Kennedy die Vorhaben der Regierung auf verschiedenen Gebieten erläuterte. Die wichtigsten dieser Botschaften (Wirtschaft, Finanzen, Auslandshilfe, Verteidigung) werden nachstehend wiedergegeben (vgl. S. D 213—D 264). Darüber hinaus umriß der Präsident in verschiedenen Botschaften seine Pläne auf dem Gebiete des Gesundheitswesens (9. Februar), der Erziehungs- und Schulfragen (20. Februar), der natürlichen Hilfsquellen des Landes (23. Februar), des Straßenbaus (28. Februar), des Wohnungswesens und der Gemeindenförderung (9. März) und der Landwirtschaft (16. März). Die außenpolitische Konzeption der Regierung Kennedy wurde außer auf den regelmäßigen Pressekonferenzen durch Außenminister Dean *Rusk* in einer Rede vor der Universität von Kalifornien am 20. März (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 191 ff.) dargelegt. Während der Monate Februar und März hat *Kennedy* mit zahlreichen ausländischen Staatsmännern Besprechungen geführt. Nach eingehenden Beratungen mit Premierminister *Macmillan* empfing *Kennedy* am 12. April Bundeskanzler *Adenauer*. Ende Mai wird *Kennedy* auf seinem ersten Auslandsbesuch mit Staatspräsident *de Gaulle* in Paris zusammentreffen.

Wirtschaftsprogramm der Vereinigten Staaten

Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, an den amerikanischen Kongreß vom 2. Februar 1961 (Auszüge)

Betrifft: Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums — allgemeine Finanzpolitik — Bundeshaushalt — Landwirtschaft — Währungspolitik und Schuldenverwaltung — Wohnungsbau — Arbeitslosigkeit — Notstandsgebiete — überschüssige Lebensmittel — Altersversorgung — Mindestlöhne.

Ziele und Probleme

Amerika verfügt über die menschlichen und materiellen Hilfsquellen, um den Erfordernissen der nationalen Sicherheit und den Verpflichtungen seiner führenden Rolle in der Welt gerecht zu werden, während es gleichzeitig das Wohlergehen im eigenen Lande fördert. Unsere Nation ist jedoch immer weiter hinter der Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Kapazität zurückgeblieben ... Während der letzten dreieinhalb Jahre drohte die Lücke zwischen dem, was wir produzieren können, und dem, was wir tatsächlich produzieren, chronisch zu werden. Im vergangenen Jahr ist unser Wirtschaftsproblem durch Rezession und durch Goldverluste verschärft worden.

Die Nation kann — und wird — sich nicht mit einer nachlassenden Wirtschaftstätigkeit zufriedengeben. Die Vereinigten Staaten können es sich in dieser Zeit nicht leisten, ihre Möglichkeiten des wirtschaftlichen Wachstums zu vergeuden ... Für die Jahre 1962 und 1963 müssen unsere Programme auf eine Ausweitung der amerikanischen Produktionskapazität in einer Wachstumsrate abzielen, die der Welt die Stärke und Lebenskraft einer freien Wirtschaft zeigt ...

Ich schlage heute Maßnahmen sowohl zur Behebung der aus unbefriedigender Wirtschaftstätigkeit resultierenden mißlichen Lage als auch zur Förderung der wirtschaftlichen Wiedergesundung und des wirtschaftlichen Wachstums vor. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Quartal dieses Jahres erkennen läßt, daß weitere Maßnahmen notwendig sind, dann werde ich diese Maßnahmen sofort vorschlagen.

Die derzeitige Situation und der Ausblick auf die Zukunft

Das Potential der amerikanischen Wirtschaft nimmt ständig zu. Die Zahl der arbeitenden Bevölkerung steigt um jährlich 1,5 vH. Die Erzeugung pro Arbeitskraft erhöht sich auf Grund neuerer und besserer Fabrikanlagen und Maschinenausrüstungen sowie der modernen Technik und des größeren menschlichen Könnens um jährlich 2 vH. Dieser Zuwachs an Arbeitskräften und Produktivität bildet die Grundlage für die Möglichkeit eines jährlichen Ansteigens der Gesamtgütererzeugung um 3,5 vH. Aber dies genügt nicht. Die potentielle Wachstumsrate der amerikanischen Wirtschaft kann und sollte gesteigert werden. Um dies zu erreichen, schlagen wir vor, die Investitionen auf den Gebieten der materiellen und menschlichen Hilfsquellen, der Wissenschaft und der Technik zu erhöhen.

Im Jahre 1960 produzierte die amerikanische Wirtschaft Güter im Gesamtwert von 503 Milliarden Dollar, hätte jedoch wenigstens Güter im Werte von 535 Milliarden Dollar erzeugen können. Im 4. Quartal des Jahres 1960 hätte die faktische Produktionsleistung um 8 vH über der wirklich erreichten liegen können. Mehr als 1,5 Millionen Arbeitslose — über ein Drittel der Gesamtarbeitslosenzahl — hätten Beschäftigung finden können. Das Personaleinkommen hätte damit im Jahre 1960 um 20 Milliarden Dollar höher liegen können. All dies hätte mit den ohne weiteres verfügbaren Arbeitskräften, Materialien und Maschinen erreicht werden können — ohne die Produktionskapazität zu sehr zu belasten oder eine Inflation zu verursachen.

Allgemeine Finanzpolitik und Haushalt

Der Bundeshaushalt kann und sollte zu einem Instrument der Prosperität und Stabilität gemacht werden und nicht abschreckend auf die Wiedergesundung wirken. Diese Regierung hat sich einem System der Staatseinnahmen verschrieben, das über die Jahre hinweg im Verlauf des Wirtschaftszyklus zu einem Ausgleich des Haushalts führt — d. h. Ueberschüsse zur Schuldentilgung in Zeiten hoher Beschäftigung, die die Defizite mehr als ausgleichen, die bei einem niedrigen Stand der Wirtschaftstätigkeit in armen Jahren auftreten, und praktisch mithelfen, diesen zu überwinden.

Die Programme, die ich jetzt vorschlage, werden von sich aus den bereits früher vorgelegten Haushalt nicht aus dem Gleichgewicht bringen; ihr Ziel ist es jedoch, unsere Verpflichtung zur Linderung der Not und zur Beschleunigung der Wiedergesundung zu erfüllen — und zwar durch direkte Vergünstigungen für die in Not befindlichen Personen sowie durch die Herbeiführung wünschenswerter fiskalischer Effekte auf die Wirtschaft. Sie werden zu einer Aufrechterhaltung der Verbraucherausgaben und einer Steigerung der Gesamtnachfrage führen, jetzt, wo die Wirtschaft stagniert. Ein großer Teil dieser Ausgaben wird automatisch fortfallen, wenn wir wieder einen hohen Beschäftigtenstand und eine hohe Produktion haben.

Andere Maßnahmen in dieser Botschaft betreffen Vorschläge für den notwendigen Einsatz des Wirtschaftspotentials unseres Landes und der Steuereinnahmen zur Förderung eines langfristigen Wachstums. Sie sind selbst dann notwendig, wenn wir keine Rezession haben. Sie werden vorgeschlagen, weil das Land sie braucht, sie sich leisten kann und ohne sie tatsächlich viel ärmer sein würde.

Landwirtschaft

Die Rezession in der Landwirtschaft ist seit Beginn der fünfziger Jahre ein chronischer Zustand... Die Wiederherstellung der Wirtschaft als Ganzes, so, daß sie befriedigend

und mit einer steigenden Wachstumsrate arbeitet, ist eine wichtige Voraussetzung für die Wiederherstellung der Preise und Einkommen in der Landwirtschaft in ihrer rechtmäßigen Höhe...

Maßnahmen zur wirtschaftlichen Wiedergesundung

1. Währungspolitik und Schuldenverwaltung

...Währungspolitik und Schuldenverwaltung müssen zwei in einem scheinbaren Gegensatz zueinander stehenden Zielen dienen: Sie müssen dem Rückgang der Zinssätze für kurzfristiges Geld Einhalt gebieten, der sich direkt auf die Zahlungsbilanz auswirkt, und sie müssen den Kreditfluß auf dem Kapitalmarkt — bei sinkenden Zinssätzen für langfristige Kredite — zur Förderung der einheimischen Wirtschaft verstärken. Diese beiden Ziele lassen sich gleichzeitig erreichen, allerdings nur bei einer engen Zusammenarbeit aller beteiligten Regierungsstellen. Auf Grund der bereits eingeleiteten Maßnahmen wird sich der Kapitalfluß — bei sinkenden Zinssätzen für langfristige Kredite — zur Finanzierung produktiver Investitionen verstärken. Maßnahmen zur Stärkung der Fähigkeit dieses Landes, international bewegliche, liquide Gelder festzuhalten und anzuziehen, werden in meiner nächsten Botschaft über die Zahlungsbilanz dargelegt werden.

Das Schatzamt und das Federal-Reserve-Bankensystem arbeiten bereits zusammen, um die Wirksamkeit der einander ergänzenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Schuldenverwaltung und der Währungspolitik zu erhöhen. Diese Werkzeuge werden nicht nur für die derzeitigen Aufgaben gestärkt werden, sondern auch, um einen inflationistischen Druck auf die Wirtschaft, wann immer er wieder auftreten sollte, einzudämmen.

2. Wohnungsbau und Ausbau der Gemeinden

Eine Senkung der Hypothekenzinsen ist bereits überfällig. Trotz der Erleichterung auf dem allgemeinen Geldmarkt während des vergangenen Jahres liegen die Kosten für Hypothekenkredite noch immer fast auf dem höchsten Niveau seit dem Kriege.

Es ist mir versichert worden, daß die Vertreter vieler führender Kreditinstitute meine Ansicht teilen, daß die gegenwärtigen Hypothekenerträge unrealistisch sind, und sie sind bereit, mit dafür zu sorgen, daß Hypothekengelder zu niedrigeren Zinssätzen zur Verfügung stehen.

3. Zeitweilige Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung

...Ich werde den Kongreß ersuchen, ein zeitweiliges Programm für die Verlängerung der Dauer der Bezüge zu verabschieden.

Aber wir müssen dieses Mal auch ein System der ständigen Arbeitslosenunterstützung entwickeln, das die Aufgaben erfüllen kann, für die es vorgesehen ist. Ende März wird daher dem Kongreß ein Programm einer Bundesgesetzgebung empfohlen werden, das darauf abzielt, die Grundlagen für die Bezüge und die Finanzierung zu revidieren und zu stärken.

4. Ausbau des amerikanischen Stellenvermittlungsdienstes

...Dies würde eine umfassendere Beratung und eine bessere Stellenvermittlung für Arbeiter und Arbeitsuchende bedeuten, und zwar a) in Notstandsgebieten, b) in landwirtschaftlichen Gebieten mit einer chronischen Unterbeschäftigung, c) für die durch Automation und technische Veränderungen in den Fabriken und auf den Farmen Verdrängten, d) bei den Angehörigen der oberen Altersgruppen, und e) bei den in jüngster Zeit von den Colleges und höheren Schulen entlassenen Studenten und Schülern.

5. Hilfe für Kinder von Arbeitslosen

Ich empfehle, daß der Kongreß einen zeitweiligen Zusatz zu dem Hilfsprogramm für Kinder verabschiedet, so daß die Kinder bedürftiger Arbeitsloser mit einbezogen

werden. Es wird eine zeitweilige Maßnahme empfohlen, die bis zum Abschluß einer Studie über ein ständiges Hilfsprogramm für bedürftige Kinder und bestimmte andere Gruppen gelten soll, die gegenwärtig von den öffentlichen Hilfsprogrammen der Bundesregierung und der einzelnen Bundesstaaten ausgeschlossen sind.

6. Entwicklungsprogramme für Notstandsgebiete

... Es besteht allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß wir Gesetze verabschieden sollten, um die Mittel für Anleihen für private Projekte, für technische Hilfe, für Anleihen und nicht rückzahlbare Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen sowie für Arbeiter-Ausbildungs- und Umschulungsprogramme bereitzustellen. Ich fordere, daß jedes derartige Entwicklungsprogramm so elastisch ist, daß städtische wie auch ländliche Gebiete gleichen Nutzen daraus ziehen, und daß es auch auf solche wirtschaftlichen Notstandsgebiete angewandt werden kann, die Teile von zwei oder noch mehr Bundesstaaten einschließen.

7. Verteilung der überschüssigen Lebensmittel

... Ich habe den Landwirtschaftsminister angewiesen — in Uebereinstimmung mit dem vom Kongreß im vergangenen Jahr erlassenen Gesetz über die Schaffung von Versuchsprogrammen zur Verteilung von Lebensmittelgutscheinen —, derartige Versuchsprogramme für bedürftige Familien so schnell wie möglich in den Gebieten von West-Virginia, Pennsylvanien, Ost-Kentucky, Nord-Minnesota, Süd-Illinois und Detroit durchzuführen ... Ich habe den Landwirtschaftsminister außerdem um Empfehlungen zur Verbesserung und Intensivierung unserer Schulspeisungsprogramme ersucht, damit jedem Schulkind — ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage seiner Familie oder des örtlichen Schuldistrikts — die bestmögliche Ernährung zur Verfügung steht.

8. Verbesserung des Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherungsprogramms

a) Anhebung der monatlichen Mindestsätze für pensionierte Arbeitnehmer von gegenwärtig 33 Dollar auf 43 Dollar, wodurch sich die Leistungen für mehr als 2,2 Millionen Menschen erhöhen ...

b) Verbesserung der Altersversorgung durch Gewährung von entsprechend reduzierten Leistungen an männliche Personen schon vom 62. Lebensjahr an ...

c) Sicherstellung von Leistungen für weitere 170 000 Personen durch die Liberalisierung der Anwartschaftsvoraussetzungen ...

d) Erhöhung der Hinterbliebenenrenten für die Ehefrauen verstorbener Versicherter von gegenwärtig 75 auf 85 Prozent des Rentenbetrages des Mannes. Hierdurch werden die Renten für 1,55 Millionen Witwen angehoben ...

e) Erweiterung des Invaliditätsversicherungsschutzes. Das Sozialversicherungsprogramm sollte die Gewährung von Invalidenrenten an versicherte Arbeitnehmer und ihre Familien bereits nach sechs Monaten — vom Eintritt der Vollinvalidität an gerechnet — vorsehen.

9. Vorzeitige Ausschüttung der Gewinnanteile der Lebensversicherungen für Kriegsteilnehmer

Ich habe das Bundesamt für die Kriegsteilnehmerversorgung aufgefordert, die Auszahlung der Gewinnanteile für das Jahr 1961 in Höhe von 258 Millionen Dollar zu beschleunigen ...

10. Erhöhung der Mindestlohnsätze und Einbeziehung weiterer Personenkreise

Ich ersuche den Kongreß, die Mindeststundenlöhne sofort auf 1,15 Dollar und innerhalb von zwei Jahren auf 1,25 Dollar anzuheben ...

Der Kreis der von dem Gesetz erfaßten Personen sollte auf jene Millionen ausgedehnt werden, die bis jetzt noch nicht darunter fallen. Hierdurch werden die gesetzlich vor-

geschriebenen Mindestlöhne auf bedeutende Sektoren der Wirtschaft mit niedrigem Lohnniveau ausgedehnt ...

Die Regierung kann weiter dadurch helfen, daß sie die Gewerkschaften und Unternehmer ermutigt, Mittel und Wege zu finden, um die Auswirkungen der technologischen Veränderungen zu mildern und dadurch die positive Einstellung gegenüber dem wirtschaftlichen Fortschritt aufrechtzuerhalten und zu verstärken, die sowohl für die amerikanischen Unternehmen als auch für die Gewerkschaften charakteristisch ist. Ich werde eine diesbezügliche Verfügung erlassen, durch die der Beratungsausschuß des Präsidenten für Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Fragen geschaffen wird, der sich aus Vertretern von Gewerkschaften und Unternehmern und Vertretern der Oeffentlichkeit zusammensetzt.

Dem Ausschuß obliegt es, den Präsidenten hinsichtlich der Maßnahmen zu beraten, die von den Gewerkschaften, den Unternehmern und der Oeffentlichkeit ergriffen werden könnten und die das freie und verantwortungsbewußte Tarifverhandlungswesen, den industriellen Frieden, eine gesunde Lohn- und Preispolitik sowie die Preisstabilität, einen höheren Lebensstandard, eine höhere Produktivität und die Wettbewerbsposition der Vereinigten Staaten auf den Weltmärkten fördern werden.

Er wird den nationalen Arbeitskräftebedarf sowie die besonderen Vorteile und Probleme untersuchen, die sich aus der Automation und anderen technologischen Fortschritten ergeben. Ich erwarte von dem Ausschuß, daß er wesentliche Beiträge zu den Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen und dem allgemeinen Verständnis ihrer Bedeutung für die Preisstabilität und eine gesunde Wirtschaft leistet.

Zusammenfassung

Ich habe in dieser Botschaft ein Programm vorzuschlagen versucht, das der amerikanischen Wirtschaft wieder Energie und Schwung verleihen soll. Ich habe Maßnahmen empfohlen, die dazu bestimmt sind, uns wieder auf einen festen Kurs zu bringen, der zu voller wirtschaftlicher Wiedergesundung und anhaltendem Wachstum führt. Sollten sich diese Maßnahmen jedoch als ungenügend erweisen, dann werde ich dem Kongreß weitere Vorschläge innerhalb der nächsten 75 Tage unterbreiten. Wir werden alles Notwendige tun, um die in der amerikanischen Wirtschaft liegende hohe Verheißung zu erfüllen.

Quelle: *Amerika Dienst* (Kabel-Dienst) vom 3. Februar 1961.

Programm zum Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz

Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, an den amerikanischen Kongreß vom 6. Februar 1961

Betrifft: Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz — Währungsordnung in den USA — internationale Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik — Maßnahmen zur Behebung des Defizits — Beitritt zur OECD — Exportförderung — Stabilisierung der Kosten und Preise — Agrarexporte — Wirtschaftshilfepolitik — Militärausgaben im Ausland.

Der Goldabfluß während der vergangenen drei Jahre hat in dramatischer Weise die Aufmerksamkeit der Welt auf eine grundlegende Veränderung gelenkt, die sich in der wirtschaftlichen Position der Vereinigten Staaten vollzogen hat. Unsere Zahlungsbilanz — das Konto, das die Ergebnisse unseres gesamten Handels und unserer gesamten finanziellen Beziehungen mit der übrigen Welt aufzeigt — ist zu einem der wichtigsten

Faktoren unseres nationalen Wirtschaftslebens geworden. Vor allem weil diese Zahlungsbilanz ein Defizit aufwies, haben wir Gold verloren.

Dieser Goldverlust ist natürlich für uns eine wichtige Angelegenheit, aber er geht auch die ganze freie Welt an. Denn wir sind der Hauptbankier der freien Welt, und jede potentielle Schwäche unseres Dollars bedeutet Schwierigkeiten, nicht nur für uns, sondern auch für unsere Freunde und Verbündeten, die sich bei der Finanzierung eines großen Teiles ihres Handels auf den Dollar stützen. Wir müssen daher unsere Zahlungsbilanz so handhaben, daß dies mit unseren Verpflichtungen zu vereinbaren ist. Dies bedeutet, daß die Vereinigten Staaten ihre Zahlungsbilanz in den kommenden Jahrzehnten weit stärker als zu irgendeinem Zeitpunkt in der Vergangenheit berücksichtigen müssen, wenn sie ihre Wirtschaftspolitik ausarbeiten und ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten regeln.

Der wirtschaftliche Fortschritt im eigenen Lande ist auch weiterhin die erste Voraussetzung für wirtschaftliche Stärke im Ausland. Demgemäß ist es die erste Voraussetzung für die Wiederherstellung des Gleichgewichts in unserem internationalen Zahlungsverkehr, daß alle nur möglichen Schritte unternommen werden, um ein wirksames Arbeiten unseres eigenen Wirtschaftssystems sicherzustellen — um unsere Technik zu verbessern, unsere Produktions- und Vertriebskosten zu senken und um neue und bessere Güter zu entwickeln, und zwar immer unter der Voraussetzung stabiler Preise. Der wirkliche Reichtum eines Landes liegt in seinen Farmen und in seinen Fabriken und in den Menschen, die dort arbeiten. Eine dynamische Wirtschaft, die Güter produziert, die auf den Weltmärkten im Preis wettbewerbsfähig sind, wird auch die Stärke des Dollars erhalten.

Dank unseren internationalen Reserven haben wir genügend Zeit — wenn wir sie klug nutzen —, um unsere einheimische Wirtschaft zu stärken und sie im Vergleich zu der anderer Länder voll wettbewerbsfähig zu machen. Unsere Situation ist so, daß zwar Besorgnis am Platze ist, aber keineswegs Panik oder Alarm.

In meiner Botschaft vom 2. Februar habe ich die Maßnahmen zur Wiederbelebung unserer einheimischen Wirtschaft behandelt. Die Schritte, die ich jetzt vorschlage, werden die Stellung unseres Dollars stärken und sicherstellen, daß unsere Goldreserven wirksam eingesetzt werden, um den Handel der freien Nationen zu fördern und die Stabilität ihrer Währungen zu schützen. Wenn auch diese Schritte die Politik zur Stärkung unserer einheimischen Wirtschaft ergänzen und wenn wir sie auch ruhig und wohlüberlegt ergreifen können, so sind sie deswegen doch nicht weniger wichtig oder dringlich. Diejenigen Schritte, die im Bereich der gegenwärtigen Vollmachten der Regierung liegen, werden wirksam und dynamisch ergriffen werden. Wo Beschlüsse des Kongresses erforderlich sind, ersuche ich dringend um eine baldige Behandlung und Billigung.

Während des vergangenen Jahrzehnts haben unsere internationalen Transaktionen ein Defizit ergeben — d. h., die Auszahlungen überstiegen die Einnahmen —, und zwar in jedem Jahr mit Ausnahme des Jahres der Suez-Krise — 1957. Der Ueberschuß unserer Exporte gegenüber unseren Importen war zwar erheblich, jedoch nicht groß genug, um damit die Aufwendungen für die militärischen Einrichtungen der USA im Ausland, für die Kapitalinvestitionen privater amerikanischer Firmen im Ausland sowie für die Wirtschaftshilfe und die Kreditprogramme der Regierung abzudecken. Alle diese Ausgaben sind unbedingt wichtig. Unsere militärischen Einrichtungen in anderen Ländern dienen dem Schutz der nationalen Sicherheit. Die privaten Investitionen fördern die Expansion der Weltwirtschaft und des Welthandels und werden durch die zurückfließenden Gewinne in den kommenden Jahren zu einer Stärkung unserer Zahlungsbilanz führen. Unsere wirtschaftlichen Hilfsprogramme, in ihrer Auswirkung auf die Zahlungsbilanz bei weitem der geringfügigste dieser drei Posten, sind für die Fortführung des Kampfes

gegen Tyrannei und Unterdrückung sowie gegen die Armut, aus der diese Nutzen ziehen, von entscheidender Wichtigkeit.

In der Zeit von 1951 bis 1957 belief sich das Defizit in unserer Zahlungsbilanz durchschnittlich auf etwa 1 Mrd. Dollar pro Jahr. Diese Defizite führten nicht zu einem Goldabfluß aus den USA; die ausländischen Währungsbehörden, Banken und Privatpersonen ließen diese Einnahmen als Dollarguthaben oder in Form von auf Dollar lautenden Forderungen stehen. Daher beliefen sich unsere Goldreserven Ende 1950 auf 22,8 Mrd. Dollar und Ende 1957 auf 22,9 Mrd. Dollar. Aber die Dollarguthaben der anderen Länder stiegen in diesen Jahren von 8,4 Mrd. Dollar Ende 1950 auf fast 15 Mrd. Dollar Ende 1957 an.

Diese Defizite in unserer Zahlungsbilanz waren tatsächlich anfangs in ihrer weltweiten Auswirkung positiv. Sie halfen mit, die Währungssysteme der anderen Länder wiederaufzubauen, indem sie es diesen Ländern ermöglichten, die für den Aufbau ihrer internationalen Zahlungsreserven erforderlichen Dollar zu verdienen. Sie ermöglichten es den Industriestaaten Westeuropas, die Konvertierbarkeit ihrer Währungen wiederherzustellen, so daß der Welthandel und der internationale Zahlungsverkehr von Devisenkontrollen befreit wurden. Dies war für den Exporthandel der USA nützlich. Dieses Anwachsen der ausländischen Dollarguthaben erlegte jedoch den Vereinigten Staaten eine besondere Verantwortung auf — nämlich, den Dollar als die Hauptwährung für die Reserven der freien Welt zu erhalten. Dies bedingt, daß zahlreiche Länder den Dollar als ebenso gut wie Gold erachten. Wir sind dafür verantwortlich, dieses Vertrauen zu erhalten.

1958 und 1959 stieg das Defizit in unserer Zahlungsbilanz stark an — auf 3,5 Mrd. Dollar 1958 und 3,8 Mrd. Dollar 1959. Der Grund hierfür war in erster Linie das Nachlassen der Exporte und das Ansteigen der Importe. Unsere Aufwendungen für militärische Zwecke, für private Investitionen oder für die Wirtschaftshilfe der Regierung erhöhten sich dagegen in diesen Jahren nicht wesentlich. Im Gegensatz zu der Zeit von 1951 bis 1957 führte dieses Defizit zum Transfer großer Mengen Goldes auf ausländische Konten sowie zu einem weiteren Anwachsen der ausländischen Dollarguthaben. In den beiden Jahren 1958 und 1959 zusammen betrug der Goldtransfer zugunsten ausländischer Konten 3 Mrd. Dollar, während sich die Dollarguthaben anderer Länder um weitere 4,3 Mrd. Dollar erhöhten. Dieser Goldtransfer hat, im Grunde genommen, nicht zu einer schlechteren Zahlungsbilanz geführt, vielmehr spiegelte sich darin eine Entscheidung der Ausländer wider, bei einem größeren Teil ihrer Einnahmen eine Einlösung in Gold zu fordern und nicht mehr so viel in Dollarguthaben zu halten.

Im vergangenen Jahr — 1960 — erhöhte sich der Ueberschuß unserer Exporte an Gütern und Dienstleistungen gegenüber unseren Importen auf 5,8 Mrd. Dollar — verglichen mit 2,2 Mrd. Dollar im Jahre 1959. Dies wurde vor allem durch ein Anwachsen — von über 3 Mrd. Dollar — unserer Exporte verursacht. Dadurch wurde nun das, wie man es nennen könnte, echte Defizit weiter abgebaut — es betrug nur noch 1,5 Mrd. Dollar im Jahr. Während des Jahres 1960 setzte jedoch eine starke Auslandsbewegung von kurzfristigem Kapital ein. Günstige Zinssätze im Ausland, eine hohe Wachstumsrate und gute Investitionsaussichten in Europa sowie gewisse spekulative Befürchtungen bezüglich des künftigen Wertes des Dollars spielten alles in allem dabei eine Rolle. Es wird geschätzt, daß sich dieser Abfluß von kurzfristigen Geldern auf 2 bis 2,5 Mrd. Dollar belief, und dies war der entscheidende Faktor, der das Gesamtdefizit auf 3,8 Mrd. Dollar brachte. Hiervon entfielen 1,7 Mrd. Dollar auf den Goldtransfer, und 2,1 Mrd. Dollar schlugen in erhöhten ausländischen Dollarguthaben zu Buche.

Ein Abfluß von kurzfristigen Geldern, wie er etwa im Jahre 1960 auftrat, sollte nicht als Bestandteil des echten Defizits angesehen werden. Derartige Bewegungen können als Reaktion auf Veränderungen bei Zinssätzen und anderen Geschäftsfaktoren in den

USA und im Ausland leicht wieder ins Gegenteil umschlagen. Darüber hinaus schaffen die kurzfristigen Gelder, die nach ausländischen Finanzzentren transferiert werden und amerikanischer Besitz sind, Ansprüche der USA gegenüber den Empfängerländern. In dem neuen Zeitalter der konvertierbaren Währungen, in das wir eingetreten sind, können wir erwarten, daß kurzfristiges Geld auch weiterhin hin- und herfließen wird. Ich habe den Außenminister und den Finanzminister ersucht, auf eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den Währungs- und Finanzbehörden der industrialisierten freien Nationen im Hinblick darauf hinzuarbeiten, daß ein übertriebener Fluß von kurzfristigem Geld vermieden wird, der die ordnungsgemäße Entwicklung des internationalen Handels und der internationalen Zahlungen stören würde.

Unser echtes Defizit von insgesamt 1,5 Mrd. Dollar hält sich noch in einem Rahmen, der bewältigt werden kann. Und dieses echte Defizit wirkt sich auch auf die wahre Stärke unserer Währung aus. Aber es ist jetzt an der Zeit, diesem Defizit ein Ende zu machen. Ihm muß durch verantwortungsbewußte, entschlossene und konstruktive Maßnahmen ein Ende gesetzt werden.

Es gibt noch andere Faktoren, die eine echte Stütze für unsere Währungs- und Finanzlage bilden. Unsere Goldreserven belaufen sich gegenwärtig auf 17,5 Mrd. Dollar. Dies ist mehr als das Eineinhalbfache der Dollarguthaben offizieller ausländischer Stellen und mehr als 90 Prozent der gesamten ausländischen Dollarguthaben. Es sind zwei Fünftel der Goldvorräte der gesamten freien Welt.

In diesen 17,5 Mrd. Dollar sind Goldreserven von fast 6 Mrd. Dollar enthalten, die nicht durch unsere Währung oder Einlagen festgelegt sind. Die restlichen 11,5 Mrd. Dollar werden auf Grund der bestehenden Bestimmungen als Reserven für die in Umlauf befindlichen oder in Einlagen deponierten Federal-Reserve-Noten gehalten. Aber auch diese Reserven können, um den Wert des Dollars zu erhalten, freigestellt werden; und ich habe feierlich versichert, daß die volle Stärke unserer gesamten Goldvorräte und sonstigen internationalen Reserven hinter dem Wert des Dollars steht, um notfalls eingesetzt zu werden.

Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten im Internationalen Währungsfonds eine Quote von 4,1 Mrd. Dollar. Hierauf haben die USA notfalls Ziehungsrechte, und die Möglichkeit, die Hilfsquellen des Währungsfonds nutzbar zu machen, muß ebenfalls als Teil unserer internationalen Reserven betrachtet werden.

Und schließlich haben die amerikanische Regierung und die amerikanischen Bürger neben ihren liquiden internationalen Reserven noch umfangreiche Vermögenswerte im Ausland. Die Regierungen der westeuropäischen Länder, die jetzt über starke Währungen verfügen, schulden uns langfristige Gelder im Gesamtbetrag von 2,9 Mrd. Dollar. Unsere privaten kurzfristigen Guthaben im Ausland werden gegenwärtig auf 4,5 Mrd. Dollar veranschlagt. Unsere langfristigen privaten Investitionen in anderen Ländern — einschließlich der in direktem Besitz amerikanischer Gesellschaften befindlichen Fabriken wie auch der in amerikanischem Besitz befindlichen Papiere ausländischer Gesellschaften und Regierungen — belaufen sich auf über 44 Mrd. Dollar und übersteigen die ausländischen Investitionen in der amerikanischen Wirtschaft um rund 28 Mrd. Dollar. Bei jeder Aufrechnung internationaler Guthaben und Verbindlichkeiten haben die Vereinigten Staaten eine starke solvente Position.

Kurz gesagt, hinter dem Dollar stehen gewaltige Hilfsquellen. Unsere Gold- und Währungsreserven sind groß. Das gilt auch für die materiellen und die Devisenguthaben, die wir in allen Teilen der Welt besitzen. Und in den kommenden zehn Jahren wird der Dollar, wenn das von mir zuvor umrissene Programm eingehalten wird, noch die zusätzliche Stärke der wiederauflebenden Dynamik der amerikanischen Wirtschaft hinter sich haben.

Daraus ergeben sich bestimmte genau umrissene Folgerungen:

1. Der offizielle amerikanische Dollarpreis für Gold kann und wird bei 35 Dollar pro Unze aufrechterhalten werden. Devisenkontrollen bei Handel und Investitionen werden nicht eingeführt werden. Die Programme unserer nationalen Sicherheit und der Wirtschaftshilfe werden weitergeführt werden. Diejenigen, die eine Schwächung des Dollars befürchten, werden ihre Befürchtungen unbegründet finden. Diejenigen, die aus spekulativen Gründen auf eine Erhöhung des Goldpreises hoffen, werden ihre Hoffnung enttäuscht finden.

2. Wir müssen jetzt unsere Zahlungsbilanzlage unter Kontrolle bekommen, damit wir ein allgemeines Gleichgewicht in unseren internationalen Zahlungen erreichen können. Dies bedeutet, daß jeder wesentliche künftige Abfluß von Dollar in die Währungsreserven anderer Länder nur als Ergebnis wohldurchdachter Ueberlegungen bezüglich der entsprechenden Notwendigkeit für Dollarreserven zustande kommen darf.

3. Bei dem Streben nach einem allgemeinen Gleichgewicht müssen wir den Hauptnachdruck auf die Ausweitung unserer Exporte legen. Unsere Kosten und Preise müssen daher niedrig gehalten werden, und die Regierung muß sich tatkräftiger daran beteiligen, wenn es gilt, Auslandsmärkte für amerikanische Güter und Dienstleistungen zu erweitern.

4. Eine Rückkehr zum Protektionismus ist keine Lösung. Ein solcher Kurs würde Vergeltungsmaßnahmen heraufbeschwören, und die Handelsbilanz, die heute wesentlich zu unseren Gunsten ausfällt, könnte — mit katastrophalen Auswirkungen für den Dollar — zu unserem Nachteil ausschlagen.

5. Der Zustrom von Hilfsmitteln aus den industrialisierten Ländern nach den Entwicklungsländern muß verstärkt werden. Bei all dem, was wir zur Stärkung unserer Zahlungsbilanz tun, müssen wir besonders berücksichtigen, daß sich die weniger entwickelten Länder auch weiterhin in einer schwachen finanziellen Position befinden werden. Die Unterstützung seitens der industrialisierten Länder ist wichtiger denn je. Wir können unsere Zahlungsbilanz nicht auf Kosten der Entwicklungsländer stärken, wenn wir nicht noch größere Gefahren für unsere nationale Sicherheit heraufbeschwören wollen.

6. Die Vereinigten Staaten müssen die führende Rolle in der Harmonisierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik für das Wachstum und die Stabilität jener industrialisierten Nationen der Welt übernehmen, deren wirtschaftliches Verhalten den Kurs der Weltwirtschaft und den Trend der internationalen Zahlungen wesentlich beeinflußt.

Zur Verwirklichung dieser Politik schlage ich ein Aktionsprogramm vor, das in zwei Teile aufgeteilt werden kann: Der erste Teil zeigt jene Maßnahmen auf, die die Währungsordnung im eigenen Lande verbessern und die internationale Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik stärken werden. Diese Maßnahmen werden uns besser in die Lage versetzen, mit kurzfristigen Anforderungen an unsere Reserven, wie sie in den letzten Jahren aufgetreten sind, fertig zu werden. Die Maßnahmen im zweiten Teil sind darauf angelegt, das anhaltende echte Defizit in unserer Zahlungsbilanz zu korrigieren.

Maßnahmen zur Erleichterung des Problems der kurzfristigen Anforderungen

1. Maßnahmen zur Verbesserung der internationalen Finanzinstitutionen

Um dem ständig wachsenden Umfang des Handels, der Dienstleistungen und der Kapitalbewegungen unter den Ländern der freien Welt gerecht zu werden, werden zunehmende internationale Währungsreserven erforderlich sein. Bis jetzt haben sich die freien Nationen auf eine gesteigerte Goldgewinnung und das zunehmende Wachs-

tum der Dollar- und Sterlingguthaben gestützt. In Zukunft mag es nicht immer wünschenswert oder angebracht sein, sich auf diese Quellen zu verlassen. Wir müssen jetzt in Zusammenarbeit mit anderen Kredite gewährenden Ländern beginnen, Mittel und Wege zu prüfen, mit deren Hilfe internationale Finanzinstitutionen — insbesondere der Internationale Währungsfonds — gestärkt und wirksamer herangezogen werden können, sowohl was die notwendige Erhöhung der Reserven als auch was die Schaffung der für die Unterstützung einer gesunden und wachsenden Weltwirtschaft notwendigen Elastizität betrifft. Ich habe daher Anweisung gegeben, daß vom Finanzminister sofort Studien in dieser Richtung in Angriff genommen werden.

2. Ausübung der amerikanischen Ziehungsrechte im Internationalen Währungsfonds

Die Vereinigten Staaten haben niemals von ihren Ziehungsrechten im Internationalen Währungsfonds Gebrauch gemacht, um Defizite in ihrer Zahlungsbilanz auszugleichen. Wenn dies angebracht erscheint, sollten und werden diese Rechte im Rahmen der Politik des Fonds ausgeübt werden. Die Vereinigten Staaten werden auch weitere Bemühungen des Fonds unterstützen, Ziehungen anderer Mitglieder in den Währungen industrialisierter Länder zu erleichtern, deren Zahlungslage Ueberschüsse aufweist und deren Reserven groß sind. Dies wird mithelfen, die jetzt vom Dollar getragene Last zu verringern.

3. Besondere Zinssätze für Dollarguthaben ausländischer Regierungen und Währungsbehörden

a) Das Federal-Reserve-Gesetz sollte jetzt so abgeändert werden, daß dem Federal-Reserve-Bankensystem die Festsetzung separater Höchstsätze für die Zinsen ermöglicht wird, die die Mitgliedbanken für Zeit- und Spareinlagen ausländischer Regierungen und Währungsbehörden in den USA zahlen (Absatz 19 Paragraph 14). Diese Vollmacht würde, wenn ausgeübt, amerikanische Banken in die Lage versetzen, maximale wettbewerbliche Bemühungen zu unternehmen, um Dollarguthaben anzuziehen und zu halten, die sonst in Gold konvertiert werden könnten. Gleichzeitig könnten die einheimischen Zinssätze, wenn dies aus Gründen der Innenpolitik wünschenswert wäre, auf einem niedrigeren Stand gehalten werden. Ich werde dem Kongreß in Kürze einen Entwurf über die notwendige Gesetzgebung zusenden.

b) Ich habe den Finanzminister angewiesen, wenn immer dies wünschenswert erscheint, die ihm bereits durch das zweite Gesetz über Liberty Bonds übertragene Vollmacht anzuwenden, Schuldverschreibungen zu einem besonderen Zinssatz für die Zeichnung und den ausschließlichen Besitz durch ausländische Regierungen oder Währungsbehörden auszugeben. Die Anwendung dieser Vollmacht könnte einen zusätzlichen Anreiz zur Anlage offizieller ausländischer Guthaben in Dollar bieten.

c) Als ein letztes Mittel, ausländische Dollar zu halten oder anzuziehen, sollte der Kongreß meine Maßnahme verabschieden, die darauf angelegt ist, die steuerliche Behandlung für die angesammelten Guthaben ausländischer Zentralbanken zu vereinheitlichen. Gegenwärtig sind Einkünfte ausländischer Zentralbanken aus Bankakzepten und Bankeinlagen gemäß Absatz 861 des Gesetzes steuerfrei. Einkünfte aus Schuldverschreibungen der amerikanischen Regierung müssen jedoch von ausländischen Zentralbanken mangels anwendbarer steuerlicher Bestimmungen oder einer Sonderregelung, die eine bestimmte Bank unter bestimmten Umständen von der Steuer befreien würde, versteuert werden. Auch hier werden in Kürze gesetzliche Vorschläge unterbreitet werden.

4. Verbot des Goldbesitzes für Amerikaner im Ausland

Der kürzliche Regierungserlaß, der den Besitz von Gold für Amerikaner im Ausland verbietet, wird aufrechterhalten werden. Er ist aus Gründen der gleichen Behandlung voll gerechtfertigt. Er wird weiter dazu beitragen, Spekulationen auf dem Goldmarkt zu verhüten. Ich habe den Finanzminister angewiesen, mich über die zur wirksamen Durch-

führung dieser Anordnung getroffenen Schritte auf dem laufenden zu halten. Ich weise jedermann darauf hin, daß die wenigen amerikanischen Bürger, die versucht sein könnten, gegen den Dollar zu spekulieren, hieraus keinen Gewinn ziehen werden.

Maßnahmen zur Behebung des echten Zahlungsdefizits und zur Erreichung eines Gleichgewichts auf lange Sicht

1. Billigung der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durch den Senat

Ich ersuche nachdrücklich um eine baldige Maßnahme des Senats zur Billigung der amerikanischen Mitgliedschaft in der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die OECD, in der sich die Industrieländer Westeuropas, die Vereinigten Staaten und Kanada zusammenfinden werden, ist von entscheidender Bedeutung für die auf kooperativer Basis erfolgende Hilfe an die Entwicklungsländer der freien Welt. Sie wird weiter einen festen Rahmen bilden, innerhalb dessen wir intensive und häufige internationale Konsultationen über die Finanz- und Währungspolitik pflegen können, die verfolgt werden muß, um ein besseres Gleichgewicht in der internationalen Zahlungslage zu erreichen und zu erhalten.

2. Exportförderung

Das Handelsministerium wird der amerikanischen Industrie in einer Kampagne zur Entwicklung der Exportmärkte energisch vorangehen. Firmen und Industrien werden ermutigt werden, ihre Bemühungen zur Entwicklung der Exporte zu intensivieren, und es wird ihnen dabei jede Unterstützung gewährt werden. Da sich die amerikanische Industrie der entscheidenden Rolle der Exporteinkünfte für unsere Außenpolitik bewußt zu werden beginnt, habe ich kaum Zweifel über ihr Entgegenkommen.

Wir werden umgehend unsere Handelsvertretungen und -einrichtungen im Ausland verstärken. Es handelt sich dabei um ein gemeinsames Programm des Handels- und des Außenministeriums, das mit Schwung und Ueberzeugung durchgeführt werden muß, um wirksame Resultate zu zeitigen. Das Budget, das bereits an den Kongreß gegangen ist, sieht 1,25 Millionen Dollar für das Außenministerium vor, um weitere 41 Handelsattachés in Uebersee zusammen mit 48 erfahrenen ausländischen Staatsbürgern und dementsprechendem Stab einsetzen zu können.

Die neuen Budgetanforderungen werden ferner eine Vermehrung der Handelseinrichtungen in Uebersee erlauben. Das Handelsministerium erhöht sein Programm der Handelsmissionen von 11 auf 18 pro Jahr und wird unseren Vertretungen in Uebersee in verstärktem Maße nützliche Informationen zukommen lassen. Ich habe die rasche Fertigstellung unserer beiden neuen Außenhandelszentren in London und in Bangkok angeordnet und habe die beteiligten Ministerien ersucht, zu prüfen, ob im kommenden Jahr noch drei weitere in Afrika, Lateinamerika und Europa errichtet werden können.

3. Stabilisierung der Kosten und Preise

Unsere Bemühungen um die Förderung des Exports werden, so gut sie auch geplant und so energisch sie auch durchgeführt werden mögen, niemals wirkungsvoll sein, sofern die amerikanischen Güter nicht zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden. Unsere Politik — der Regierung, der Industrie und der Gewerkschaften — muß im Inland darauf abgestellt sein, die Kosten auf einem wettbewerbsfähigen Niveau zu halten, die Produktivität zu steigern und zu stabilisieren oder, wo dies möglich ist, die Preise zu senken. Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele, die für unsere einheimische Wirtschaft wichtig sind, haben für unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten noch eine viel größere Bedeutung. Ich habe bereits meine Absicht dargelegt, einen Beratungsausschuß für Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Fragen einzusetzen, der den Produktivitätszuwachs fördern, die Automation beschleunigen und zu einer vernünftigen Lohnpolitik und Preisstabilität ermutigen soll.

4. Exportgarantien und Finanzierung

Unsere Export-Import-Bank muß bei unseren Bemühungen um die Förderung des Exports eine immer wichtigere Rolle spielen. Im vergangenen Jahr gab die Export-Import-Bank eine Erweiterung ihrer Einrichtungen bekannt, die sie den amerikanischen Exporteuren im Rahmen ihrer Kreditgewährung anbietet. Trotz der erzielten Verbesserungen sind diese Einrichtungen immer noch nicht ausreichend, noch halten sie einem Vergleich mit den in anderen Ländern angebotenen stand — vor allem jenen, die dort den kleineren und mittleren Exportunternehmen sowie zur Konsumgüterfinanzierung angeboten werden. Ich werde daher den Präsidenten der Export-Import-Bank anweisen, für den Finanzminister als Vorsitzenden des Nationalen Beratungsausschusses für Währungs- und Finanzfragen bis zum 1. April ein neues Programm auszuarbeiten und ihm vorzulegen, durch das von der Export-Import-Bank unseren Exporteuren die gleichen Vergünstigungen eingeräumt werden wie ihren Konkurrenten in anderen Ländern. Ich habe ferner den Finanzminister beauftragt, bis zum selben Zeitpunkt eine Studie der Methoden auszuarbeiten und vorzulegen, wie private Finanzinstitute in stärkerem Maße an der Gewährung von Exportkrediten beteiligt werden können.

5. Ausländerreisen nach den USA

Die Ausländerreisen nach den USA stellen einen weiten potentiellen Markt dar, der bisher praktisch noch völlig unberührt geblieben ist. Amerikanische Touristen geben jährlich rund 2 Mrd. Dollar in anderen Ländern aus. Ausländische Touristen geben nur etwa 1 Mrd. Dollar in den USA aus.

Die wirtschaftlichen Bedingungen in zahlreichen anderen Ländern haben sich soweit gebessert, daß erwartet werden kann, daß nachdrückliche Bemühungen zur Förderung des Reiseverkehrs seitens der USA auch wesentliche Ergebnisse zeitigen werden. Das Handelsministerium wird in Kürze gemeinsam mit dem Außen- und dem Finanzministerium ein wichtiges neues Programm zur Förderung der Ausländerreisen in den USA gemäß den in der Eingabe S. 3102 dargelegten Richtlinien bekanntgeben, die Senator Magnuson während der letzten Sitzungsperiode des Kongresses eingebracht hatte. Dieses Programm wird auch die Errichtung von Reisebüros im Ausland, neue Werbemaßnahmen, Schritte zur Vereinfachung unserer Visa- und Einreiseverfahren für zeitweilige Besucher sowie Bemühungen um einen Abbau der ausländischen Beschränkungen für USA-Reisen einschließen. Das Programm wird vom Handelsministerium mit Nachdruck verfolgt werden. Ich beauftrage den Handelsminister, bis zum 1. April umfassend über die Pläne und Aussichten Bericht zu erstatten.

6. Agrarexporte

Unsere Landwirtschaft, die eine beispiellose Produktivität aufweist, muß ihren vollen Beitrag zu unserer Zahlungsbilanz leisten. Ich werde den Landwirtschaftsminister anweisen, mir über alle möglichen und international erwünschten Mittel zur Ausweitung unserer Exporte an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu berichten sowie mit Nachdruck die Notwendigkeit einer Exportausweitung als Hauptziel unserer neuen Agrarprogramme herauszustellen.

7. Wirtschaftshilfepolitik

Unsere wirtschaftlichen Auslandshilfeprogramme werden gegenwärtig so gehandhabt, daß der Hauptnachdruck auf die Beschaffung amerikanischer Güter gelegt wird. Diese Hilfe, durch die also praktisch gleichzeitig amerikanische Güter exportiert werden, hat keine nachteiligen Auswirkungen auf unsere Zahlungsbilanz. Nicht mehr als 20 vH der Mittel, die für nicht rückzahlbare Zuwendungen, die wirtschaftlichen Zwecken dienen, für Hilfe durch Entwicklungskredite, für technische Hilfe sowie für Beiträge zu internationalen Organisationen ausgegeben werden und die sich 1960 auf 2,6 Mrd. Dollar beliefen, stehen heute für Ausgaben außerhalb der Vereinigten Staaten zur Verfügung, und wir beabsichtigen, diese Posten noch einer viel schärferen Prüfung zu unterziehen.

Diese Beschränkungen werden beibehalten werden, bis in der Gesamtheit ein vernünftiges Gleichgewicht erzielt ist. Dann werden die Vereinigten Staaten gemeinsam mit anderen Kapitalexportländern Besprechungen darüber führen, ob es erwünscht ist, eine gemeinsame, weltweite Beschaffungspolitik im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklungs- oder Hilfsprogramme zu verfolgen.

8. Zölle, Restriktionen und diskriminierende Maßnahmen gegen amerikanische Exporte

Diskriminierende Quotenbeschränkungen gegenüber amerikanischen Exporten sind mit der Rückkehr zur Konvertierbarkeit der Währungen weitgehend verschwunden. Wir werden auf die sofortige Beseitigung der wenigen Restriktionen drängen, die noch existieren, sowie auch auf die maximale Liberalisierung bestehender nichtdiskriminierender Quoten in anderen Industrieländern, die hauptsächlich auf landwirtschaftliche Exporte Anwendung finden. In den im Rahmen des GATT geführten Zollverhandlungen werden wir das weitestmögliche Maß an Zollsenkungen durch andere Länder zugunsten unserer Exporte anstreben.

9. Förderung ausländischer Investitionen in den USA

Wir werden jene westeuropäischen Länder, die über starke Reserven verfügen, drängen, die Restriktionen fallenzulassen, die immer noch die Möglichkeiten ihrer Bürger für Investitionen in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern einengen. Wir werden weiter durch das Handelsministerium ein neues Programm in Angriff nehmen, um ausländische Investoren in den Industrieländern auf die Investitionsmöglichkeiten in den Vereinigten Staaten hinzuweisen.

10. Mißbrauch von „Steuerzufluchten" — Besteuerung amerikanischer Investitionen im Ausland

Ich werde dem Kongreß die Verabschiedung von Gesetzen zur Verhütung des Mißbrauchs ausländischer „Steuerzufluchten" — als Mittel der Steuerumgehung — durch amerikanisches Auslandskapital vorschlagen. Darüber hinaus habe ich den Finanzminister ersucht, bis zum 1. April darüber zu berichten, ob die gegenwärtige Steuergesetzgebung durch besondere Vorzugsbehandlung den Fluß amerikanischen Kapitals in die anderen Industrieländer in einem zu starken Maße anregen könnte, und weiter darüber zu berichten, welche Maßnahmen zur Behebung erforderlich sein könnten. Wir wollen jedoch legitime Privatinvestitionen im Ausland nicht bestrafen, die unseren Handel und unsere Währung in künftigen Jahren stärken werden.

11. Ausländische Beiträge zur Hilfe an die Entwicklungsländer und für die gemeinsame Verteidigung

Es ist unumgänglich, daß die Industrieländer der freien Welt ebenfalls systematisch im Haushalt Beiträge für die Wirtschaftshilfe an die Entwicklungsländer und für die gemeinsame Verteidigung einsetzen. Diese Beiträge sollten im vollen Einklang mit ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Lage stehen. Einige Länder kommen diesen Verpflichtungen nach; es ist jedoch enttäuschend, daß sich andere noch nicht bereit gefunden haben, dies zu tun. Derartige Maßnahmen sind auf kurze Sicht wichtig für die Erreichung eines besseren Gleichgewichts im Welthandel und im internationalen Zahlungsverkehr. Sie sind jedoch, und das ist noch wichtiger, von entscheidender Bedeutung für die kontinuierliche und wirksame Erfüllung unserer gemeinsamen Verpflichtungen für die Sicherheit, das wirtschaftliche Wachstum und die Stabilität der freien Welt.

12. Abbau der Zoll-Freigrenze für zurückkehrende amerikanische Touristen

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte der Kongreß als Teil unserer Bemühungen zur Behebung der Dollarknappheit, die damals die Welt heimsuchte, zwei weitere Erhöhungen der Zoll-Freigrenze für zurückkehrende Touristen um 300 Dollar und um

100 Dollar, also auf insgesamt 500 Dollar, beschlossen. Da der Hauptzweck dieser Aenderungen inzwischen nicht mehr gegeben ist, empfehle ich gesetzliche Maßnahmen zur Aufhebung dieses Anreizes für amerikanische Ausgaben im Ausland und Rückkehr zu der historischen, grundlegenden Zoll-Freigrenze von 100 Dollar.

13. Zentrale Ueberprüfung der Dollar-Ausgaben

Durch das Budget-Amt haben wir seit langem unsere gesunde Finanzpraxis ausgeübt, die Ueberprüfung der gesamten Ausgaben der Ministerien und Regierungsbehörden der Vereinigten Staaten, einschließlich ihrer Ausgaben im Ausland, zu zentralisieren. Unter den gegenwärtigen Umständen müssen die Ausgaben im Ausland in einer neuen Perspektive gesehen und überprüft werden. Demgemäß habe ich den Direktor des Budget-Amtes angewiesen, unter Konsultation des Finanzministers besondere Verfahren zur Analyse des Teiles der Anforderungen für Ausgabeermächtigungen der Ministerien und Behörden zu entwickeln, die sich auf Ausgaben im Ausland erstrecken, um sicherzustellen, daß unsere Haushaltsentscheidungen in voller Erkenntnis ihrer zu erwartenden Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz der USA getroffen werden.

14. Amerikanische Militärausgaben im Ausland

Die Ausgaben für die nationale Sicherheit im Ausland stellen einen der größten Posten im Dollarabfluß dar und belaufen sich auf etwa 3 Mrd. Dollar im Jahr. Wir müssen eine voll wirksame militärische Streitmacht aufrechterhalten, wo immer und solange dies notwendig ist. Während es auf der einen Seite klar ist, daß wir bei unseren Dollarausgaben im Ausland möglichst vorsichtig vorgehen müssen, trat auf der anderen Seite klar zutage, daß die gegenwärtige zahlenmäßige Begrenzung für Familienangehörige nicht der beste Weg war, diese Einsparungen zu erreichen, und daß diese Einsparungen die Moral und die Rekrutierung der Streitkräfte ernsthaft beeinträchtigen. Gleichzeitig hat mich der Verteidigungsminister darüber informiert, daß Dollareinsparungen in der gleichen Höhe durch andere Maßnahmen erreicht werden könnten — einschließlich der Begrenzung der Ausgaben militärischen Personals im Ausland für Reisen und den Ankauf von langlebigen Verbrauchsgütern. Dementsprechend habe ich ihn angewiesen, die zahlenmäßige Begrenzung für Familienangehörige aufzuheben und statt dessen diese anderen Maßnahmen sofort zu verwirklichen.

Ich habe ihn weiter ersucht, die Möglichkeiten für Einsparungen beim Nachschub für unsere Streitkräfte, einschließlich der Nutzung von Einrichtungen gemeinsam mit unseren Alliierten, zu überprüfen. Wir werden auch, wo dies angebracht ist, auf Einkäufe der modernen Waffen und Waffensysteme durch diejenigen unserer Alliierten drängen, die finanziell dazu in der Lage sind. Wir werden die im vergangenen November eingeleitete Politik fortsetzen, den Nachschub für unsere Streitkräfte im Ausland weitgehend — wo immer dies durchführbar ist — in den USA zu decken, selbst wenn dadurch erhöhte haushaltsmäßige Kosten auftreten sollten. Da sich die Beschaffungskäufe dieser Art im Ausland auf beinahe 1 Mrd. Dollar im Jahr beliefen, können dadurch beträchtliche Einsparungen im Dollarabfluß erwartet werden — und ich habe den Verteidigungsminister ersucht, über diese und andere Einsparungen bis spätestens zum 1. April zu berichten, um zu sehen, ob dann weitere Maßnahmen erforderlich sind.

Zusammenfassung

Diese Maßnahmen können zusammen mit dem zunehmenden Vertrauen in den Dollar im Ausland und dem stetigen wirtschaftlichen Wachstum im eigenen Lande das echte langfristige Defizit in unserer Zahlungsbilanz beheben und dem Goldabfluß Einhalt gebieten. Sie symbolisieren eine neue Dimension der Wirtschaftspolitik dieser Nation im In- und Ausland — eine neue Aera schwieriger Probleme —, aber es handelt sich hier um Probleme, die durch kraftvolle und rechtzeitige legislative und exekutive Maßnahmen gelöst werden können.

Quelle: *Amerika Dienst* vom 10. Februar 1961.

Hilfsprogramm der Vereinigten Staaten für Lateinamerika

Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, an den amerikanischen Kongreß vom 14. März 1961

Betrifft: Akte von Bogotá — soziale Lage — interamerikanisches Programm für sozialen Fortschritt — sozialer Fortschritt und Wirtschaftsentwicklung — Selbsthilfe und innere Reformen — mögliche Betätigungsfelder für den Sozialfonds — Verwaltung des Fonds — Dringlichkeit des Bedarfs — Aufgabe der privaten Organisationen — Wiederaufbau in Chile.

Am 8. September 1960 bewilligte der Kongreß auf Ersuchen der Regierung den Betrag von 500 Millionen Dollar für den Interamerikanischen Fonds für Sozialen Fortschritt. Auf Grund dieser Bewilligung haben die Vereinigten Staaten am 12. September 1960 mit 18 anderen amerikanischen Republiken die Akte von Bogotá unterzeichnet.

Im Rahmen des gleichen Gesetzes bewilligte der Kongreß 100 Millionen Dollar für langfristige Wiederaufbau- und Rehabilitierungsmaßnahmen in den Gebieten von Südchile, die kürzlich durch Feuer und Erdbeben verwüstet wurden.

Ich ersuche den Kongreß nunmehr, den gesamten Betrag von 600 Millionen Dollar anzuweisen.

Die Akte von Bogotá stellt einen historischen Wendepunkt in der geschichtlichen Entwicklung der westlichen Hemisphäre dar. Zum erstenmal sind die amerikanischen Nationen übereingekommen, sich zu einer großangelegten Aktion der Zusammenarbeit zusammenzuschließen und durch ein Programm für wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Fortschritt Anstrengungen zur Festigung der demokratischen Institutionen zu unternehmen.

Ein solches Programm ist schon seit langem überfällig. In ganz Lateinamerika mühen sich Millionen Menschen, die Fesseln der Armut, des Hungers und der Unwissenheit abzuwerfen. Sie sehen im Norden und Osten den Ueberfluß, den die moderne Wissenschaft hervorbringen kann. Sie wissen, daß die Mittel des Fortschritts auch für sie erreichbar sind, und sie sind entschlossen, für sich und ihre Kinder ein besseres Leben zu schaffen.

Die Völker Lateinamerikas sind Erben eines tiefen Glaubens an die politische Demokratie und die Freiheit des Menschen — einer ehrlichen Ueberzeugung, daß der beste Weg zum Fortschritt der Weg der Freiheit ist. Aber wenn sich die Akte von Bogotá nur als eine von vielen nichtssagenden Erklärungen erweisen sollte — wenn wir nicht bereit sind, unsere Hilfsquellen und unsere Kräfte den Aufgaben des sozialen Fortschritts und der wirtschaftlichen Entwicklung zu widmen —, dann stehen wir vor der ernstlichen und unmittelbaren Gefahr, daß die verzweifelten Völker sich dem Kommunismus oder anderen Formen der Tyrannei zuwenden, weil sie darin ihre einzige Hoffnung auf eine Aenderung der Verhältnisse sehen. Gut organisierte und ausgebildete sowie hervorragend finanzierte Kräfte sind ständig beschäftigt, sie auf diesen Weg zu drängen.

Einige Zahlen mögen die Tragweite der Probleme Lateinamerikas deutlich machen. Es handelt sich hier um ein Gebiet, das den schnellsten Bevölkerungszuwachs der Erde aufweist. Seine gegenwärtige Bevölkerung von 195 Millionen stellt eine Zunahme von 30 vH im Verlauf der letzten zehn Jahre dar, und bis 1980 wird der Kontinent über 400 Millionen Menschen ernähren müssen. Demgegenüber beträgt das durchschnittliche Sozialprodukt 280 Dollar im Jahr pro Kopf der Bevölkerung, weniger als ein Neuntel des Sozialprodukts in den Vereinigten Staaten. In großen Gebieten mit vielen Millionen Einwohnern liegt es noch unter 70 Dollar. Es ist also schon eine schwierige Aufgabe, bei dem Bevölkerungszuwachs einen weiteren Abfall des Lebensstandards zu verhindern.

Daß eine solche Armut ihren Tribut an Menschenleben fordert, ist unvermeidlich. Der Durchschnittsbürger in den Vereinigten Staaten kann damit rechnen, 70 Jahre alt zu werden, in Lateinamerika dagegen liegt die durchschnittliche Lebenserwartung nur bei 46 Jahren und in einigen zentralamerikanischen Ländern sogar nur bei 35. Bei uns beträgt die Säuglingssterblichkeit unter 30 pro Tausend im Vergleich zu über 100 pro Tausend in Lateinamerika.

Was unserer eigenen Entwicklung vielleicht den stärksten Impuls gegeben hat, war die Einführung der allgemeinen Grundschulbildung. Aber für die meisten Kinder in Lateinamerika ist die Schulbildung ein ferner, unerreichbarer Traum. Fast 50 vH der Erwachsenen und in einem Lande sogar 90 vH sind Analphabeten. Für fast die Hälfte der Kinder im schulpflichtigen Alter sind keine Schulen vorhanden.

In einer der größeren lateinamerikanischen Hauptstädte lebt ein Drittel der gesamten Bevölkerung in schmutzigen, unerträglich verkommenen Elendsquartieren. In einem anderen Lande wohnen 80 vH der Gesamtbevölkerung in provisorischen Bretterbuden und Baracken, in denen die Familien nicht einmal in abgetrennten Räumen für sich leben können.

Um diesen schockierenden Verhältnissen und dringenden Problemen zu begegnen, wurde die Akte von Bogotá unterzeichnet. Diese Akte geht auf die von Brasilien im Jahre 1958 ins Leben gerufene Konzeption einer „Operation Panamerika" zurück und hat die Bemühungen um eine Verbesserung des Lebensstandards in Südamerika um zwei wichtige neue Elemente bereichert.

Erstens haben die lateinamerikanischen Nationen erkannt, daß sie ihre Selbsthilfeprogramme intensivieren, das heißt, daß sie ihre eigenen Hilfsquellen mobilisieren und grundlegende Reformen auf dem Gebiet des Steuerwesens, der Besitzverhältnisse an Grund und Boden, der Nutzbarmachung des Bodens, des Erziehungs- und Gesundheitswesens und des Wohnungsbaus durchführen müssen.

Zweitens wird mit der Akte ein groß angelegtes interamerikanisches Programm für den sozialen Fortschritt in Angriff genommen, der die unerläßliche Vorbedingung für das Wirtschaftswachstum ist — ein Programm für Verbesserungen auf den Gebieten der Bodenbestellung, des Schulwesens, des Gesundheitswesens, der Wohnverhältnisse. Dieses Programm — seine finanzielle Grundlage soll durch den Sonderfonds gewährleistet sein, um dessen Anweisung ich den Kongreß hiermit ersuche — wird in erster Linie durch die Interamerikanische Bank verwaltet werden und richtungweisende Anleitungen durch besonders erweiterte regionale Institutionen bekommen.

Der Interamerikanische Fonds für Sozialen Fortschritt mit seinen 500 Millionen Dollar ist nur ein erster Schritt zur Verwirklichung der Erklärungen der Akte von Bogotá, und die Akte von Bogotá selbst ist nur ein Schritt in unserem Programm für die Entwicklung der Hemisphäre — ein Programm, das ich die Allianz für den Fortschritt genannt habe, „Alianza para progreso". Außer dem Sozialfonds wird die Hemisphäre noch beträchtliche sonstige Hilfsquellen für die Wirtschaftsentwicklung benötigen, eine große Selbsthilfeaktion seitens der lateinamerikanischen Nationen selbst, interamerikanische Zusammenarbeit bei der Lösung der Probleme der Wirtschaftsintegration und der Rohstoffmärkte und weitere Maßnahmen zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses der amerikanischen Nationen.

Sozialer Fortschritt und Wirtschaftsentwicklung

Der Fonds, um dessen Anweisung ich heute den Kongreß ersuche, soll dem sozialen Fortschritt dienen. Sozialer Fortschritt ist kein Ersatz für Wirtschaftsentwicklung, sondern der Versuch, einen sozialen Rahmen zu schaffen, in dem die gesamte Bevölkerung eines Landes an den Segnungen des Wohlstandes teilhaben und in den Wachstumsvorgang mit einbezogen werden kann. Wirtschaftswachstum ohne sozialen Fortschritt läßt die große Mehrheit der Bevölkerung weiterhin in Armut leben, während wenige

Bevorzugte die Früchte des steigenden Wohlstandes ernten. Außerdem hängt der Wachstumsprozeß in starkem Maße von dem Vorhandensein guter sozialer Verhältnisse ab. Unsere eigene Erfahrung ist ein Beweis dafür. Denn unsere hohe Produktivität und unsere industrielle Entwicklung sind zum großen Teil auf unser System der allgemeinen öffentlichen Schulbildung zurückzuführen.

Der Zweck unserer besonderen Bemühungen um den sozialen Fortschritt ist es, die geographische und soziale Isolierung, das Analphabetentum, den Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten, die veralteten Steuersysteme und Landbesitzverhältnisse und andere in den gegenwärtigen Institutionen verankerte Schranken zu überwinden, die einer Einbeziehung weiter Volkskreise in das Wirtschaftswachstum im Wege stehen.

Selbsthilfe und innere Reformen

Es ist klar, daß das Programm von Bogotá keine anhaltende Wirkung haben kann, wenn die Mittel nur dazu verwendet werden, eine vorübergehende Erleichterung des Notstandes herbeizuführen. Seine Wirkung hängt von der Bereitschaft jeder einzelnen Empfängernation ab, ihre eigenen Einrichtungen zu verbessern, die erforderlichen Aenderungen ihres sozialen Aufbaus durchzuführen und ihre eigenen Hilfsquellen für ein Entwicklungsprogramm zum Einsatz zu bringen.

Von Anfang an wird die Unterstützung aus dem Sozialfonds nur unter der Bedingung gewährt werden, daß solche Maßnahmen ergriffen werden. Den Vorrang hierfür werden Projekte nicht nur nach Maßgabe der Bedürftigkeit haben, sondern auch nach Maßgabe der von den Regierungen bewiesenen Bereitschaft, Reformen an ihren eigenen Institutionen vorzunehmen, die einen wirklich dauerhaften sozialen Fortschritt versprechen. Diese Grundsätze sind ausdrücklich in den von der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der ICA bei der Verwaltung des Fonds anzuwendenden Kriterien enthalten.

Zum Beispiel: Die ungerechte Verteilung von Grund und Boden ist eines der schwerwiegendsten sozialen Probleme in vielen lateinamerikanischen Ländern. In einigen dieser Staaten beanspruchen 2 vH aller Farmen drei Viertel des gesamten bebaubaren Bodens. In einem zentralamerikanischen Lande nimmt 1,5 vH der Farmen 40 vH des gesamten in Privatbesitz befindlichen Bodens ein. Bei einer solchen starken Konzentrierung der Besitzverhältnisse am Grund und Boden ist es klar, daß Bemühungen um eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität nur einem kleinen Teil der Bevölkerung nützen. Wenn also die zur Verbesserung der Bodenbearbeitung einzusetzenden Mittel wirksam sein sollen, dürfen sie nur den Ländern zur Verfügung gestellt werden, in denen der Nutzen daraus der großen Menge der Landarbeiter zufällt.

Mögliche Betätigungsfelder

Wenn jede Nation ihre Bereitschaft zeigt, sich an diese allgemeinen Grundsätze zu halten, dann werden die Schwerpunkte für die von außen herangebrachten Hilfsmittel bei den Projekten liegen, die am schnellsten eine Vermehrung der Wirtschaftskräfte bewirken, indem sie zur Mobilisierung der im Lande vorhandenen Hilfskräfte führen, zur Durchführung von Reformen und zu einer Beseitigung der Hindernisse beitragen, die einer Beteiligung aller Menschen an der Entwicklung im Wege stehen.

Auf dem Gebiet des Wohnungswesens kann zum Beispiel durch verbesserte Kreditsysteme viel für die mittleren Einkommensgruppen getan werden. Aber da die große Mehrheit der Familien nur ein Monatseinkommen von 10 bis 50 Dollar hat, bleibt — solange kein allgemein höheres Einkommensniveau erreicht ist — die Unterstützung von Projekten der Selbsthilfe das beste Mittel, um die Wohnverhältnisse der Massen zu verbessern. Dabei handelt es sich um Projekte, in deren Rahmen dem Arbeiter mit niedrigem Einkommen Material, Baugrund und technische Beratung zu geringen Kosten zur Verfügung gestellt werden, damit er das Haus aus eigener Arbeitskraft bauen und die Materialkosten durch eine langfristige Hypothek abzahlen kann.

Ein weiteres Gebiet, auf dem durch Selbsthilfe eine bedeutende Erweiterung der Gegebenheiten geschaffen werden kann, ist das Schulwesen. Hier ergeben sich viele Möglichkeiten, vom Schulbau im Selbsthilfeverfahren unter Einsatz aller Arbeitskräfte des Dorfes bis zur Heranziehung der Bewohner als Hilfslehrer.

Auf dem Gebiet der Nutzung von Grund und Boden gibt es keine scharfe Trennungslinie zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Mit Recht hat die Akte von Bogotá die Forderung nach Verbesserung der Bodennutzung und der Lebensverhältnisse auf dem Lande besonders herausgestellt. Die meisten Menschen in lateinamerikanischen Ländern leben und arbeiten auf dem Lande. Dennoch sind landwirtschaftliche Erzeugung und Produktivität hinter der industriellen Entwicklung weit zurückgeblieben und entsprechen in keiner Weise den dringenden Anforderungen, die Verbrauch und Export an sie stellen. Die Folge ist, daß Armut, Analphabetentum, Hoffnungslosigkeit und ein Gefühl der Ungerechtigkeit auf dem Lande in den lateinamerikanischen Ländern allgemein verbreitet sind, ein Zustand, der den Keim zu politischen und sozialen Unruhen in sich trägt.

Es besteht also eine unmittelbare Notwendigkeit, eine erhöhte und differenziertere landwirtschaftliche Produktion, eine bessere Verteilung von Reichtum und Einkommen sowie eine umfassendere Einbeziehung in den Wachstumsprozeß herbeizuführen. Das kann teilweise durch die Schaffung beaufsichtigter ländlicher Krediteinrichtungen, durch Finanzhilfe bei Neusiedlungen, durch den Bau von Zufahrtsstraßen zu neuen Siedlungsgebieten, durch Aufstellung landwirtschaftlicher Statistiken und Uebersichten, durch Forschung und durch Einführung öffentlicher Versorgungsdienste auf dem Lande erreicht werden.

Die Verwaltung des Interamerikanischen Fonds für Sozialen Fortschritt

Für den Erfolg dieses kooperativen Unternehmens ist es von grundlegender Bedeutung, daß die lateinamerikanischen Nationen selbst eine wichtige Rolle in der Verwaltung des Sozialfonds spielen. Der größte Teil der Mittel wird durch die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) verwaltet werden, ein Organ, dem fast alle amerikanischen Republiken angehören.

Von den insgesamt 500 Millionen Dollar wird ein Betrag von 394 Millionen Dollar der IDB überwiesen, die sie im Rahmen eines besonderen Treuhandabkommens mit den Vereinigten Staaten verwalten wird. Die IDB wird über den größten Teil dieses Fonds auf Anleihebasis verfügen, wobei die Bedingungen flexibel gehalten werden und auch Rückzahlungsraten zu niedrigen Zinssätzen in örtlicher Währung vorsehen. Hauptbetätigungsgebiete der IDB werden sein: das ländliche Siedlungswesen und die Verbesserung der Bodenbebauung, das Wohnungswesen, Wasserversorgung und die Hygiene sowie technische Hilfe bei der Mobilisierung der einheimischen finanziellen Hilfsquellen.

Um Fortschritte auf den Gebieten zu erzielen, auf denen sich im allgemeinen die Projekte nicht selbst liquidieren und die daher für Finanzierung durch Anleihen ungeeignet sind, wird von der „International Cooperation Administration" (ICA) ein Betrag von 100 Millionen Dollar verwaltet. Dieser Betrag wird hauptsächlich in Form von Zuwendungen für das Schul- und Ausbildungswesen, für Projekte des öffentlichen Gesundheitswesens und für die Förderung allgemeiner öffentlicher Dienste verwendet werden, soweit diese für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von Bedeutung sind. Die von der ICA verwalteten Mittel dürfen auch für Projekte zur Förderung des sozialen Fortschritts in den abhängigen Gebieten verwendet werden, die ihrer Unabhängigkeit entgegengehen, aber noch nicht Mitglied der IDB sind.

Ein weiterer Betrag von bis zu 6 Millionen Dollar soll verwendet werden, um die Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) zu stärken. Der Interamerikanische

Wirtschafts- und Sozialrat (IA-ECOSOC) der OAS ist dabei, sein Sekretariat zu vergrößern und geeignetes Personal einzustellen, um bei der Selbsthilfebewegung und den institutionellen Reformen mitwirken zu können. Ferner arbeitet der Rat die Modalitäten für eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika (ECLA) und der IDB aus. Diese drei regionalen Institutionen werden gemeinsam regionale Studien durchführen lassen und Konferenzen veranstalten, um Steuerreformen, verbesserte Bodenbebauung, Modernisierung des Erziehungswesens und wohlfundierte nationale Entwicklungsprogramme einzuleiten.

Viele amerikanische Nationen haben bereits auf die in Bogotá in Gang gesetzte Entwicklung reagiert, indem sie auf ihre dringendsten sozialen Probleme hingewiesen haben. In der kurzen Zeitspanne, die seit der Konferenz von Bogotá vergangen ist, haben die Botschaften und Sondermissionen der Vereinigten Staaten nach Beratungen mit den lateinamerikanischen Regierungen bereits Vorschläge für soziale Entwicklungsprojekte vorgelegt, die eine finanzielle Unterstützung von insgesamt etwa 1225 Millionen Dollar erfordern. Eine vorläufige Auswahl auf dieser Liste weist Projekte im Werte von 800 Millionen Dollar auf, die eine baldige eingehende Prüfung durch die Bank und die ICA verdienen.

Soweit das Betätigungsgebiet der Bank betroffen ist, ergibt sich für diese ausgewählten Projekte ein Gesamtbetrag von 611 Millionen Dollar, der sich wie folgt zusammensetzt: 309 Millionen Dollar für Verbesserung der Landnutzung und der Lebensbedingungen auf dem Lande, 136 Millionen Dollar für Wohnungsprojekte und 146 Millionen Dollar für Wasserversorgung und Hygiene.

Ausgewählte Projekte, die in das Arbeitsgebiet der ICA fallen, belaufen sich auf 187 Millionen Dollar; davon entfallen 136 Millionen Dollar auf das Schul- und Ausbildungswesen, 36 Millionen Dollar auf das öffentliche Gesundheitswesen und 15 Millionen Dollar auf die öffentliche Verwaltung und andere der ICA zufallende Gebiete.

Um zu erreichen, daß jede Empfängernation den oben dargelegten Grundsätzen der Selbsthilfe und der Reform im eigenen Lande entspricht, werden Geldmittel erst dann angewiesen, wenn die betreffende Sonderorganisation die Gewißheit erhalten hat, daß das Land, welches die Hilfe in Anspruch nimmt, seinerseits die erforderlichen Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, daß das betreffende Objekt wirklich den angestrebten sozialen Fortschritt herbeiführt. Aus diesem Grunde kann nicht mit Bestimmtheit vorausgesagt werden, in welchem Tempo die Mittel vergeben werden können. Wenn sie also mit maximaler Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit eingesetzt werden sollen, müssen diese Mittel ohne zeitliche Begrenzung zur Verwendung verfügbar gemacht werden.

Die Dringlichkeit des Bedarfs

Unter idealen Verhältnissen würden Projekte für den sozialen Fortschritt erst nach Vorbereitung von ineinandergreifenden Plänen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt durch die einzelnen Länder in Angriff genommen werden. Viele Nationen besitzen jedoch nicht einmal die elementarsten Informationen über ihre eigenen Hilfsquellen und Besitzverhältnisse am Grund und Boden. Revolutionäre neue soziale Einrichtungen und Strukturen können nicht über Nacht entworfen werden. Andererseits sind Unzufriedenheit und Unruhe in Lateinamerika weit verbreitet. Wir müssen jetzt handeln, um sofort dem in großem Ausmaß herrschenden Notstand abzuhelfen, wenn es noch im Rahmen der freien Institutionen möglich sein soll, langfristige Lösungen auszuarbeiten. Die Bank und die ICA sind bereit, sofort die Arbeit aufzunehmen. Aber sie müssen die Mittel zur Hand haben, wenn gründlich ausgearbeitete Projekte entwickelt werden sollen und wenn für die unbedingt erforderliche Selbsthilfeaktion und die Verbesserung der Institutionen der notwendige Anstoß gegeben werden soll.

Die Konferenz von Bogotá hat einen neuen Geist der Entschlossenheit geschaffen — eine Entschlossenheit, die soziale Unzufriedenheit, von der ein großer Teil der Hemisphäre befallen ist, bei ihren Ursachen anzupacken. Wenn die Vereinigten Staaten es jetzt versäumen, etwas zu unternehmen, und dieser neue Schwung ungenutzt verlorengeht, wird es vielleicht keine weitere Chance mehr geben.

Die Rolle der privaten Organisationen

Die interamerikanische Zusammenarbeit für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ist nicht auf die Unternehmungen der Regierung allein angewiesen. Private Stiftungen und Universitäten haben schon Pionierdienste geleistet, indem sie festgestellt haben, wo kritische Lücken bestehen, und Wege zu konstruktiven Lösungen gewiesen haben. Wir hoffen, daß sie in den kommenden Jahren ihre Bemühungen verdoppeln werden.

Die amerikanische Wirtschaft hat ebenfalls in der wirtschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas eine bedeutende Rolle gespielt. Ihre Arbeit ist besonders wichtig bei der Herstellung von Waren und auf dem Gebiete von Dienstleistungen für die lateinamerikanischen Märkte. Durch die verschiedensten Arten von Investitionen — von der Vergabe von Lizenzen über gemeinsame Geschäftsgründung bis zur Uebernahme in eigenen Besitz — können technisches Fachwissen und geschäftliches Können auf Unternehmen übertragen werden, die sich an Ort und Stelle befinden.

Eine der wichtigsten Aufgaben, die das private Unternehmertum in der Zukunft übernehmen muß, wird es sein, bei der Schaffung eines gesunden und verantwortungsbewußten Privatunternehmertums in den lateinamerikanischen Nationen mitzuwirken. Was in dieser Hinsicht möglich ist, kann man aus dem eindeutigen Erfolg ersehen, mit dem die in den letzten Jahren eingeführten privaten Investmentunternehmen, gegenseitige Investment-Fonds, Spar- und Anleihegesellschaften, gearbeitet haben. Eine weitere Möglichkeit, das Geschäftsleben in diesen Ländern anzuregen, wäre, örtliche Lieferantenfirmen für die Herstellung von Teilen für langlebige Konsumgüter heranzuziehen.

Ein größerer Aufschwung der Entwicklung in Lateinamerika wird eine starke Nachfrage nach technischem Personal und Spezialisten verursachen — eine Nachfrage, an deren Befriedigung sich auch private Organisationen beteiligen können. Selbstverständlich wird der anhaltende Zustrom von Privatkapital der Entwicklung auch weiterhin besonderen Auftrieb geben.

Wiederaufbau und Rehabilitierung in Chile

Im Mai vergangenen Jahres kamen über 5000 Chilenen durch Feuer und Erdbeben um, die den südlichen Teil der Republik verwüsteten. Mehrere amerikanische Republiken, einschließlich der Vereinigten Staaten, lieferten Lebensmittel, Arzneien und Kleidung für die Opfer dieser Katastrophe. Unser Land stellte fast 35 Millionen Dollar als Notstandszuwendung oder Anleihe zur Verfügung.

Diese Notstandsleistungen entsprachen jedoch nicht dem verzweifelten Bedarf des Gebietes, das seine Wirtschaft wiederaufbauen muß, nachdem es Schaden in Höhe von fast 400 Millionen Dollar erlitten hat. Der Kongreß erkannte diesen dringenden Bedarf und bewilligte 100 Millionen Dollar für langfristige Wiederaufbau- und Wiederherstellungsarbeiten. Seitdem hat die Bevölkerung von Chile in geduldiger Arbeit ihre zerstörten Heime und Verkehrsanlagen wieder aufgebaut. Aber der Fortgang der Arbeiten leidet unter dem Mangel an Geldmitteln. Darum ersuche ich den Kongreß, 100 Millionen Dollar anzuweisen, damit der Wiederaufbau der Wirtschaft in Südchile ohne Verzögerung fortgeführt werden kann.

Quelle: *Wireless Bulletin* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg), Nr. 66 vom 15. März 1961.

Auslandshilfeprogramm der Vereinigten Staaten

Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, an den amerikanischen Kongreß vom 22. März 1961

Betrifft: Reform der Auslandshilfe — Vereinheitlichung der Verwaltung der Auslandshilfe — nationale Entwicklungsprogramme — langfristige Planung und Finanzierung — Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz — Reformen und Selbsthilfe in den Empfängerländern — multilaterales Vorgehen der Industrieländer — Militärhilfe.

Die Vereinigten Staaten müssen 1961 jede Diskussion über die „Auslandshilfe" auf der Grundlage dreier Tatsachen beginnen:

1. Die bestehenden Auslandshilfeprogramme und Konzeptionen sind weitgehend unbefriedigend und entsprechen nur noch in geringem Maße unseren Bedürfnissen sowie den Bedürfnissen der unterentwickelten Welt, die jetzt in die sechziger Jahre eintritt.

2. Ein wirtschaftlicher Zusammenbruch der freien, aber weniger entwickelten Länder, die jetzt in der Mitte zwischen stetigem Wachstum und wirtschaftlichem Chaos stehen, wäre für unsere nationale Sicherheit verheerend, würde sich nachteilig auf unseren verhältnismäßig hohen Wohlstand auswirken und würde unserem Gewissen zuwiderlaufen.

3. Die sechziger Jahre bieten eine historische Gelegenheit für ein umfassendes wirtschaftliches Hilfsprogramm der freien Industriestaaten, das mehr als der Hälfte der Völker der Entwicklungsländer zu einem sich selbst tragenden wirtschaftlichen Wachstum verhelfen würde, während die übrigen dem Tag wesentlich näherkommen würden, an dem sie ebenfalls nicht länger mehr von ausländischer Hilfe abhängig sein werden.

Die Auslandshilfe — Amerikas einzigartige Antwort auf die großen Aufgaben in der Welt — war nicht das Werk einer Partei oder einer Regierung. Sie hat sich unter der Führung zweier großer Präsidenten — Harry Truman und Dwight Eisenhower — fortentwickelt und ist von den weitblickenden Mitgliedern beider politischen Parteien im Kongreß im ganzen Lande unterstützt worden.

Unsere erste größere Auslandshilfeanstrengung war ein Nothilfeprogramm — für Nahrung, Kleidung und Unterkunft — für im Zweiten Weltkrieg zerstörte Gebiete. Als nächstes riefen wir den Marshall-Plan ins Leben — ein gewaltiges und erfolgreiches Programm zum Wiederaufbau der Volkswirtschaften Westeuropas und zur Verhinderung einer kommunistischen Machtübernahme. Daran schloß sich das Punkt-Vier-Programm an — das Bemühen, die wissenschaftlichen und technischen Fortschritte den Völkern der aufstrebenden Länder verfügbar zu machen. Und in jüngster Zeit hat die Konzeption der Entwicklungshilfe, gekoppelt mit der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Tür für eine gemeinsame Anstrengung der freien Welt zur Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der weniger fortgeschrittenen Gebiete der Welt geöffnet.

Um dieses neue Ziel zu erreichen, werden wir den Geist der gemeinsamen Anstrengung, der hinter unseren früheren Bemühungen stand, erneuern müssen. Wir müssen auch die Organisation unserer Auslandshilfe straffen und ebenso unsere Grundkonzeptionen der Durchführung, um mit den neuen Problemen fertig zu werden, vor denen wir stehen.

Niemand, der die Auslandshilfe objektiv befürwortet, kann mit dem bestehenden Programm zufrieden sein — genauer gesagt, mit der Vielzahl von Programmen. Büro-

kratisch zersplittert, unbeweglich und langsam, ist die Verwaltung des Programms in eine vom Zufall bestimmte und unrationelle Struktur aufgespalten, die sich über mindestens vier Ministerien und verschiedene sonstige Behörden erstreckt. Das Programm beruht auf einer Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen und Regierungsverordnungen, die zu verschiedenen Zeiten zu verschiedenen Zwecken geschaffen wurden und von denen viele heute überholt, den Gegebenheiten nicht mehr entsprechen und über Gebühr starr und damit, an den heutigen Anforderungen und Zielsetzungen gemessen, nicht mehr geeignet sind. Die Schwächen des Programms haben bereits hier im eigenen Lande wie auch im Ausland angefangen, das Vertrauen in unsere Anstrengungen zu untergraben.

Das Programm erfordert ein beruflich hochqualifiziertes Personal und muß eine beträchtliche Zahl hervorragend geeigneter Männer und Frauen anziehen, die in der Lage sind, anderen Regierungen das nötige Fingerspitzengefühl entgegenzubringen, und die eine tiefe Einsicht in den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung besitzen. Unsicherheit und ein Sinken des Prestiges in der Oeffentlichkeit haben jedoch zusammen zu einem Nachlassen der Moral und der Tüchtigkeit jener Angestellten im Außendienst beigetragen, die immer wieder durch die Verzögerungen und das Durcheinander zurückgeworfen wurden, die durch die sich überschneidenden Zuständigkeiten der Behörden und mangelnde Klarheit über die Zielsetzung hervorgerufen wurden. Nur die nicht nachlassenden Anstrengungen jener hingebungsvollen und schwer arbeitenden öffentlichen Angestellten, die das Programm in Gang gehalten haben, konnten unseren Bemühungen in Uebersee einigen Erfolg sichern.

Außerdem wurde durch die ungleichmäßige und unsichere kurzfristige Finanzierung bei den Empfängerländern der Anreiz für Planungen auf lange Sicht geschwächt, der für eine wirkliche wirtschaftliche Entwicklung so wesentlich ist. Der Mangel an Stabilität und Beständigkeit im Programm, die Notwendigkeit, alle Planungen auf jährliche Termine abzustellen — dazu die verwirrende Vielzahl der oft in einem einzigen Land vertretenen amerikanischen Stellen, die diese Hilfe verwalten —, haben die Wirksamkeit unseres Hilfeprogramms verringert und die Aufgabe des Ausarbeitens realistischer Zielsetzungen sowie der Aufstellung gesunder Normen erschwert. Projekte, die nur Stückwerk sind, eilends entworfen, um dem Rhythmus des Finanzjahres zu entsprechen, sind eben kein Ersatz für eine sorgfältige Planung auf lange Sicht. Gerade die Fähigkeit, langfristige Verbindlichkeiten einzugehen, hat die Sowjetunion in die Lage versetzt, durch ihr Hilfeprogramm die Entwicklungsländer von der russischen Unterstützung wirtschaftlich abhängig zu machen — und auf diese Weise die Ziele des Weltkommunismus zu fördern.

Obgleich unsere Hilfeprogramme dazu beigetragen haben, wirtschaftliches Chaos und wirtschaftlichen Zusammenbruch abzuwenden, und vielen Nationen halfen, ihre Unabhängigkeit und Freiheit zu bewahren, ist es aber dennoch eine Tatsache, daß viele der Nationen, denen wir helfen, heute einem gesicherten, eigenständigen wirtschaftlichen Wachstum nicht viel näher sind als zu der Zeit, da unsere Hilfsaktion begann. Geld, das zur Ueberwindung von Krisensituationen oder für kurzfristige politische Ziele ausgegeben wurde, half zwar die nationale Integrität und Unabhängigkeit zu bewahren, hat jedoch in den seltensten Fällen das Empfängerland zu größerer wirtschaftlicher Stabilität geführt.

Angesichts dieser Schwächen und Unzulänglichkeiten — und angesichts des Beginns eines neuen Jahrzehnts neuer Probleme — ist es angebracht, daß wir zurückblicken und in aller Offenheit eine fundamentale Frage stellen: Ist ein Auslandshilfeprogramm wirklich notwendig? Warum sollten wir diese Bürde nicht niederlegen, die unsere Nation nun schon an die 15 Jahre getragen hat?

Die Antwort ist, daß wir unseren Verpflichtungen nicht entfliehen können: unseren moralischen Verpflichtungen als eine kluge führende Nation und als ein guter Nachbar

in der Gemeinschaft gegenseitig voneinander abhängiger freier Nationen — unseren wirtschaftlichen Verpflichtungen als das wohlhabendste Volk in einer Welt weitgehend armer Völker, als eine Nation, die nicht länger von den Anleihen aus dem Ausland abhängig ist, die uns einmal geholfen haben, unsere eigene Wirtschaft zu entwickeln — unseren politischen Verpflichtungen als das in sich größte Gegengewicht zu den Gegnern der Freiheit.

Diesen Verpflichtungen nicht nachkommen zu wollen, wäre heute katastrophal — und auf lange Sicht noch kostspieliger. Weit verbreitete Armut und Chaos führen nämlich zu einem Zusammenbruch der bestehenden politischen und sozialen Strukturen — einem Zusammenbruch, der unausweichlich das Vordringen des Totalitarismus in jedes schwache und labile Gebiet begünstigen würde. Damit würde unsere eigene Sicherheit gefährdet und unsere Prosperität in Frage gestellt werden. Ein Programm der Unterstützung für die Entwicklungsländer muß weitergeführt werden, da die Interessen Amerikas und die Sache der politischen Freiheit dies erfordern.

Wir leben in einem ganz besonderen Augenblick der Geschichte. Die gesamte südliche Hälfte der Welt — Lateinamerika, Afrika, der Mittlere Osten und Asien — steht gegenwärtig im Begriff, sich die Unabhängigkeit zu erringen und die alten Lebensweisen zu modernisieren. Diese neuen Nationen brauchen Hilfe in Form von Anleihen und technischer Unterstützung, genauso wie wir in der nördlichen Hälfte der Welt erfolgreich auf das Kapital und das technische Wissen anderer zurückgegriffen haben, als wir in die Industrialisierung und das reguläre Wachstum hineinwuchsen.

Aber in der heutigen Zeit benötigen diese neuen Nationen noch aus einem ganz besonderen Grund Unterstützung. Ohne Ausnahme stehen sie unter kommunistischem Druck. In vielen Fällen ist es ein direkter und militärischer Druck. In anderen Fällen nimmt er die Form einer starken subversiven Tätigkeit an, die darauf abzielt, die neuen — und oftmals schwachen — modernen Institutionen, die diese Länder bisher geschaffen haben, zu zerstören und durch andere zu ersetzen.

Die grundlegende Aufgabe unseres Auslandshilfeprogramms in den sechziger Jahren ist jedoch nicht, rein negativ, den Kommunismus zu bekämpfen. Die grundlegende Aufgabe besteht vielmehr darin, zu dem historischen Beweis beizutragen, daß im zwanzigsten Jahrhundert — wie auch im neunzehnten — auf der südlichen wie auf der nördlichen Halbkugel, das wirtschaftliche Wachstum und die politische Demokratie sich Hand in Hand entwickeln können.

Kurzum, wir haben nicht nur Verpflichtungen zu erfüllen, sondern auch große Chancen wahrzunehmen. Wir stehen — wovon ich überzeugt bin — am Beginn einer vereinten, großen Anstrengung der Industrieländer, den weniger entwickelten Ländern auf einer langfristigen Basis zu helfen. Viele dieser weniger entwickelten Staaten werden in Kürze genügend wirtschaftliche, soziale und politische Stärke besitzen und ihr Wachstum aus eigenen Kräften fördern können, um ständig auf eigenen Füßen zu stehen. Die sechziger Jahre können — und müssen — das entscheidende „Jahrzehnt der Entwicklung" sein, die Periode, in der die zahlreichen weniger entwickelten Länder den Schritt zu einem aus eigenen Kräften aufrechterhaltenen Wachstum vollziehen und in der eine immer größer werdende Gemeinschaft freier, stabiler und auf sich selbst vertrauender Nationen die Spannungen und die Unsicherheit auf der Welt verringern kann. Dieses Ziel wird für uns aber nur dann in greifbare Nähe rücken, wenn sich die anderen Industrieländer jetzt mit uns zusammenschließen, um mit den Empfängerländern gemeinsame Kriterien auszuarbeiten und langfristige Ziele aufzustellen sowie ein gemeinsames Programm zur Verwirklichung dieser Ziele aufzubauen, bei dem die Beiträge jeder einzelnen Nation im richtigen Verhältnis zu den Beiträgen der anderen Nationen sowie zu den genauen Bedürfnissen der Entwicklungsländer stehen. Unsere Aufgabe besteht im umfassendsten Sinne darin, eine neue Partnerschaft zwischen der nördlichen und der südlichen Hälfte der Welt zu schaffen — eine Partnerschaft, zu der alle freien

Nationen ihren Beitrag leisten können und bei der jede freie Nation eine Aufgabe übernehmen muß, die ihren Kräften und Mitteln entspricht.

Wir müssen die freien Industriestaaten in einer gemeinsamen Anstrengung vereinen, jenen Nationen, für die ein stabiles Wachstum erreichbar ist, auf den Weg zu helfen. Die Grundlage für diese Einheit ist bereits durch die Gründung der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) noch unter der Führung Präsident Eisenhowers geschaffen worden. Eine solche vereinte Anstrengung wird dazu beitragen, die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer „in eine Kreisbahn" zu bringen — sie in ein Stadium des sich selbst erhaltenden Wachstums zu versetzen, bei dem keine außerordentliche Hilfe mehr von außen erforderlich ist. Wenn dies erreicht werden kann — und ich habe allen Grund, zu hoffen, daß dies erreicht werden kann —, dann wird dieses Jahrzehnt wahrhaftig ein bedeutsamer Abschnitt in der Geschichte der freien Menschen werden.

Aber unser Erfolg bei der Erreichung dieser Ziele, bei der Schaffung einer Umwelt, in der die Energien der ringenden Völker konstruktiven Zwecken im Rahmen der Weltgemeinschaft zugeführt werden können, und unser Erfolg in der Mobilisierung einer größeren gemeinsamen Anstrengung in Richtung auf dieses Ziel seitens anderer Industrienationen hängen zu einem großen Teil von dem Ausmaß und der Kontinuität unserer eigenen Anstrengungen ab. Wenn wir die Empfängerländer ermutigen, eine Reihe kurzfristiger Krisen dramatisch als Basis für unsere Hilfe herauszustellen — anstatt sich auf einen Plan langfristiger Zielsetzungen zu verlassen —, dann werden wir unsere Mittel, unseren guten Willen und unsere Führung verschleudern. Und wir werden dann weder dem Ziel unserer eigenen Sicherheit noch dem Ende der Auslandshilfe-Lasten irgendwie näher kommen.

Kurz gesagt, dieser Kongreß muß in dieser Sitzungsperiode einen dramatischen Wendepunkt in der unruhigen Geschichte der Auslandshilfe für die unterentwickelte Welt ermöglichen. Wir müssen den Entwicklungsländern sagen: Wenn ihr bereit seid, die notwendigen inneren Reformen und die notwendige Selbsthilfe in Angriff zu nehmen — und den anderen Industrieländern: wenn ihr bereit seid, eine viel größere Anstrengung auf einer viel breiteren Basis zu unternehmen —, dann haben wir während dieses kommenden Jahrzehnts der Entwicklung die Absicht, eine entscheidende Wende in dem Geschick der weniger entwickelten Welt herbeizuführen, und dann werden wir schließlich dem Tag entgegensehen, da alle Nationen auf sich selbst vertrauen können und an dem die Auslandshilfe nicht mehr länger notwendig sein wird.

Dies wird jedoch keine leichte Aufgabe sein. Die Größe des Problems ist atemberaubend. In Lateinamerika z. B. droht die Zunahme der Bevölkerung bereits das wirtschaftliche Wachstum zu übertreffen — und in einigen Teilen des Kontinents geht der Lebensstandard praktisch zurück. Im Jahre 1945 betrug die Bevölkerungszahl unserer zwanzig amerikanischen Schwesterrepubliken 145 Millionen. Im Augenblick ist sie größer als die der Vereinigten Staaten, und im Jahre 2000, also in weniger als vierzig Jahren, wird die Bevölkerung in Lateinamerika 592 Millionen Menschen betragen — gegenüber 312 Millionen in den Vereinigten Staaten. Lateinamerika wird sein Realeinkommen in den nächsten dreißig Jahren verdoppeln müssen, nur um den bereits niedrigen Lebensstandard halten zu können. Und die Probleme sind in anderen Entwicklungsgebieten der Welt nicht weniger ernst oder zwingend. Soll also Lateinamerika und der übrigen weniger entwickelten Welt ein wirklicher wirtschaftlicher Fortschritt gebracht werden, dann sind anhaltende und gemeinsame Anstrengungen seitens der lateinamerikanischen Republiken, der Vereinigten Staaten und unserer Verbündeten in der freien Welt vonnöten.

Dies erfordert, daß unser Land hierbei, in diesem Jahr, eine führende Rolle übernimmt. Und es macht neue Schritte — eine logischere, wirksamere und erfolgreichere

langfristige Planung — für die Auslandshilfe erforderlich. Ich empfehle dem Kongreß nachdrücklich die Verabschiedung eines solchen Planes, wie er in einer Vorlage enthalten ist, die dem Kongreß in Kürze zugehen und die nachstehend skizziert wird.

Wenn unsere Auslandshilfegelder klug und wirksam verwendet werden sollen, dann ist eine ganze Serie neuer grundlegender Konzeptionen und Prinzipien nötig:

1. Vereinheitlichung der Verwaltung und des Verfahrens — eine einzige Behörde in Washington und im Ausland, ausgestattet mit beweglichen Einsatzmitteln, statt mehrerer miteinander wetteifernder und die Dinge verwirrender Stellen.

2. Landespläne — ein sorgfältig durchdachtes Programm, das auf die Erfordernisse und die vorhandenen Hilfsquellen eines jeden Landes zugeschnitten ist, statt einer Reihe von einzelnen, zusammenhanglosen Projekten. In der Vergangenheit sind unsere Entwicklungsziele und -projekte häufig nicht als integrale Schritte innerhalb eines langfristigen wirtschaftlichen Entwicklungsprogrammes in Angriff genommen worden.

3. Langfristige Planung und Finanzierung — die einzige Möglichkeit, bedeutsame und wirtschaftliche Verpflichtungen einzugehen.

4. Mehr Nachdruck auf in Dollar rückzahlbare Entwicklungsanleihen — diese sind geschäftsmäßigen Beziehungen und der gegenseitigen Achtung förderlicher als stärkende, nicht rückzahlbare Zuwendungen oder Anleihen, die in Landeswährung zurückgezahlt werden können, obwohl in einigen Fällen die letzteren unvermeidbar sind.

5. Besondere Beachtung jener Nationen, die am bereitwilligsten und fähig sind, ihre eigenen Hilfsquellen zu mobilisieren, die erforderlichen sozialen und wirtschaftlichen Reformen durchzuführen, eine langfristige Planung zu entwickeln und andere Anstrengungen zu machen, wie sie notwendig sind, wenn diese Länder das Stadium eines eigenständigen wirtschaftlichen Wachstums erreichen sollen.

6. Multilaterales Vorgehen — ein Programm und ein gewisses Maß an Verpflichtungen, um zu größeren Anstrengungen anderer Industrieländer zu ermutigen und diese zu ergänzen.

7. Eine neue Behörde mit neuem Personal — die auf die fähigsten und einsatzfreudigsten jetzt im Ausland diensttuenden Beamten zurückgreift und die besten Kräfte aus allen Teilen unseres Landes an sich zieht.

8. Trennung von der Militärhilfe — unser Programm zur Unterstützung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung muß auf Grund seines eigenen Wertes gesehen und im Lichte seines entscheidenden und spezifischen Beitrages zu unseren grundlegenden Sicherheitserfordernissen beurteilt werden.

Ich schlage vor, daß unsere getrennten und oft verwirrenden Hilfsprogramme unter einer einzigen Verwaltung integriert werden, die für die gegenwärtig in Washington und in den Außenstellen durchgeführten Tätigkeiten folgender Stellen zuständig ist:

a) der Verwaltung für Internationale Zusammenarbeit (ICA) und all ihrer technischen Hilfsprogramme (Punkt Vier) sowie aller anderen Programme;

b) des Entwicklungsanleihefonds (DLF);

c) des Lebensmittel-für-den-Frieden-Programms (P.L. 480), soweit es sich auf andere Länder bezieht, wobei auch seine entscheidend wichtige Rolle für unsere eigene Landwirtschaft anerkannt wird;

d) die Anleihetätigkeit der Export-Import-Bank in Landeswährung;

e) des Friedenskorps, wobei dessen hervorragender Beitrag über das Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung hinaus anerkannt wird;

f) die Schenkung von nichtlandwirtschaftlichen Ueberschußgütern aus anderen nationalen Beständen überschüssiger Waren oder Ausrüstungsgegenstände;

g) alle anderen Personal- und Programmleistungen, die gegenwärtig sowohl vom Außenministerium als auch von der ICA gestellt werden.

Die Außenarbeit all dieser Stellen wird unter der Leitung eines einzigen Missionschefs in jedem Lande stehen, der dem amerikanischen Botschafter Bericht erstattet. Dies soll so gehandhabt werden, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, auf die die Empfängerländer und unser eigenes Personal in den Außenstellen gelegentlich stoßen, wenn es gilt, die Zuständigkeit für eine Entscheidung zu klären. In gleicher Weise wird die zentrale Leitung und höchste Verantwortung in Washington einem Administrator einer einzigen Behörde in die Hand gelegt werden, der direkt dem Außenminister und dem Präsidenten berichtet. Dieser hat in Washington Direktoren für jedes wichtige geographische Gebiet zur Seite sowie die Direktoren der dazugehörenden Versorgungseinheiten, deren Funktionen in jedem nationalen Plan zusammengezogen sind: eine Entwicklungsanleiheorganisation, das Lebensmittel-für-den-Frieden-Programm, das Friedenskorps und eine Einheit für technische und andere Unterstützung, wobei der Nachdruck auf Erziehung und menschliche Hilfsquellen gelegt wird. Er wird ferner ein Programm für Forschung, Entwicklung und wissenschaftliche Auswertung in die Wege leiten, um die Wirksamkeit unserer Hilfsanstrengungen zu erhöhen. Darüber hinaus wird der Außenminister das vom Verteidigungsministerium verwaltete militärische Unterstützungsprogramm, die damit zusammenhängenden Tätigkeiten der Export-Import-Bank sowie die Rolle der Vereinigten Staaten im Interamerikanischen Fonds für Sozialen Fortschritt und die Tätigkeit im Rahmen internationaler Organisationen mit der Wirtschaftshilfe koordinieren.

Unter der Jurisdiktion des Außenministers in Washington und der Botschafter im Ausland kann die Auslandshilfe viel wirkungsvoller ihre Rolle als ein wirksames Instrument unserer gesamten Bemühungen um Frieden und Sicherheit spielen. Die Konzentration der Verantwortung und der gehobene Status werden hochqualifiziertes Personal sowohl erfordern als auch anziehen. Programme wie das Friedenskorps und das Lebensmittel-für-den-Frieden-Programm werden nicht etwa in eine untergeordnete Rolle gedrängt, sondern vielmehr noch wirkungsvoller eingesetzt werden, und ihre besondere Eigenart und Anziehungskraft wird erhalten bleiben. Das Lebensmittel-für-den-Frieden-Programm wird auch weiterhin auf der Basis des nach der Entscheidung des Landwirtschaftsministeriums Verfügbaren fortgeführt werden.

Aber was ich vorschlage, ist nicht lediglich eine Umorganisation und Umbenennung alter Behörden und ihres Personals, ohne Rücksicht auf ihre Zuständigkeit. Ich schlage vielmehr vor, daß an Stelle dieser Behörden eine einzige neue tritt — ein neuer Beginn unter neuer Führung.

Aber eine neue Organisation ist nicht genug. Wir brauchen eine neue Arbeitskonzeption. Im Mittelpunkt der neuen Anstrengungen müssen die nationalen Entwicklungsprogramme stehen. Es ist wesentlich, daß die Entwicklungsländer sich selbst vernünftige Ziele setzen, daß diese Ziele auf ausgewogenen Programmen für ihr eigenes wirtschaftliches, erzieherisches und soziales Wachstum basieren — Programmen, die ihre eigenen Hilfsquellen maximal ausnutzen. Wenn eine Unterstützung in der Planung erforderlich ist, so wird unsere Hilfsorganisation bereit sein, dem Ersuchen nach einer solchen Unterstützung nachzukommen, ebenso wie die Weltbank und andere internationale und private Institutionen. Somit besteht die erste Voraussetzung darin, daß jedes Empfängerland nach seinem besten Vermögen ernsthaft jene Anstrengungen zur Mobilisierung der Hilfsquellen, der Selbsthilfe und der internen Reformen unternimmt — einschließlich der Landreform, der Steuerreform, der Verbesserung der Erziehung und der sozialen Gerechtigkeit —, die seine eigene Entwicklung erfordert und die seine Fähigkeit steigern, Produktionskapital von außen zu absorbieren.

Diese nationalen Entwicklungsprogramme — und die Art der von der freien Welt gewährten Hilfe — müssen entsprechend der derzeitigen Entwicklungsstufe und dem zu

erwartenden Potential des Empfängerlandes zugeschnitten sein. Ein starker Zufluß von Entwicklungskapital kann von vielen erst neuerdings aus völlig unterentwickelten Verhältnissen hervorgegangenen Staaten noch nicht absorbiert werden. Was sie in erster Linie und zunächst brauchen, ist die Erschließung ihrer menschlichen Hilfsquellen, Schulen und Ausbildung, technische Hilfe und die Grundlagen der für ihr weiteres Wachstum notwendigen wichtigsten Einrichtungen und Institutionen.

Andere Länder wiederum besitzen vielleicht das erforderliche Reservoir an Menschen und Material, um in Richtung auf den Status sich entwickelnder Nationen fortzuschreiten, aber sie brauchen eine Art Uebergangshilfe von außen, die es ihnen ermöglicht, diese Kräfte zu mobilisieren und zu einem weiter fortgeschrittenen Entwicklungsstadium zu kommen, in dem Anleihen sie auf die Beine bringen können. Wieder andere haben bereits die Kapazitäten, um Investitionskapital zu absorbieren und wirksam zu nutzen.

Schließlich wird es vorläufig notwendig sein, nicht rückzahlbare Hilfe an jene Nationen zu gewähren, die unter starkem Druck von außen oder von innen stehen, damit sie diesem Druck widerstehen und sich ihre Unabhängigkeit erhalten können. In solchen Fällen wird es unser Ziel sein, ihnen, sobald es die Umstände erlauben, zu helfen, den Uebergang von Labilität und Stagnation zum Wachstum zu finden, wobei dann unsere Unterstützung so rasch wie möglich von der Basis nicht rückzahlbarer Zuwendungen auf die Basis von Entwicklungsanleihen verlagert wird. Unser neues Programm soll schließlich nicht lediglich in der Reaktion auf kommunistische Drohungen oder kurzfristige Krisen bestehen. Wir haben ein positives Interesse daran, den Entwicklungsländern zu helfen, einen anständigen Lebensstandard für ihre Bevölkerung sowie eine ausreichende Stärke, Unabhängigkeit und Selbstachtung zu erreichen, um zu selbstbewußten Mitgliedern der Völkergemeinschaft zu werden. Daher sollte unsere Hilfe von der Fähigkeit und Bereitschaft des Empfängers abhängen, die notwendigen Schritte zur Erreichung dieses Zieles zu tun.

Um den verschiedenartigen Bedürfnissen vieler Nationen gerecht zu werden, wird der neuen Hilfsbehörde eine reichhaltige Auswahl an Werkzeugen zur Verfügung stehen, koordiniert und geformt, um jedem nationalen Entwicklungsprogramm entsprechen zu können: die Schenkung oder der Verkauf (entweder gegen einheimische Währung oder gegen Dollar, bei besonderen Rückzahlungsbedingungen) von überschüssigen Lebensmitteln, Ausrüstungsgegenständen oder anderen Dingen; die technische Unterstützung; ausgebildete Arbeitskräfte aus dem Friedenskorps; nicht rückzahlbare Entwicklungszuwendungen; vorübergehende, stärkende oder an Notfälle gebundene Zuwendungen; in einheimischer Währung rückzahlbare Entwicklungsanleihen sowie in Dollar zurückzuzahlende Entwicklungsanleihen mit besonderen Rückzahlungsbedingungen, die den Bedürfnissen der Empfängerländer entsprechen. Diese Mittel werden mit der Tätigkeit der Export-Import-Bank und mit Anleihen und Investitionsgarantien für private Unternehmen koordiniert werden.

Das Mittel, auf das der Hauptnachdruck gelegt werden muß — das einzige Mittel von äußerster Wichtigkeit —, werden langfristige Entwicklungsanleihen zu geringen Zinssätzen oder ohne jede Verzinsung sein, die in Dollar zurückzuzahlen sind und das Wachstum in jenen weniger entwickelten Staaten fördern sollen, die eine wirkliche Chance haben, sich am Ende auf eigene Füße stellen zu können, die aber bei normalen Kreditinstituten kein Geld aufnehmen können. Die Rückzahlungsbedingungen werden weitgehend variieren — von bis zu 50 Jahren bei Ländern, die soeben den Weg der Entwicklung beschritten haben, bis zu wesentlich kürzeren Fristen bei solchen Ländern, die sich dem Stadium eines aus eigenen Kräften unterhaltenen Wachstums nähern.

Solche langfristigen Anleihen sind den direkten Zuwendungen oder den in Landeswährung rückzahlbaren „weichen Anleihen", die für den amerikanischen Steuerzahler von geringem Nutzen sind, vorzuziehen. Der auf zinsfreie oder niedrig verzinsbare

Anleihen gelegte Nachdruck soll nicht dazu dienen, andere Institutionen zu unterbieten. Der Zweck ist vielmehr, durch Flexibilität hinsichtlich des Rückzahlungszeitraumes und die Bedingung der schließlichen Rückzahlung in Dollar eine genaue Buchführung zu gewährleisten bei gleichzeitiger Befriedigung individueller Bedürfnisse auf einem Gebiet, das von den zu normalen Bedingungen Kapital verleihenden Institutionen nicht erfaßt wird.

Es entspricht nicht den üblichen Bankpraktiken, Kapital unter solchen Bedingungen zu verleihen. Wir aber setzen unser Vertrauen auf das in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sich vollziehende Hervortreten einer Gruppe von unabhängigen, wachsenden und für sich selbst verantwortlichen Nationen.

Ein Programm, das auf langfristigen Plänen anstatt kurzfristiger Krisen basiert, kann nicht auf kurzfristiger Basis finanziert werden. Die langfristige Bewilligung, Planung und Finanzierung ist der Schlüssel zur Kontinuität und Wirksamkeit des gesamten Programms. Wenn wir nicht bereit sind, solche langfristigen Verbindlichkeiten einzugehen, können wir keinen gesteigerten Widerhall bei anderen potentiellen Gebern oder irgendeine realistische Planung seitens der Empfängerländer erwarten.

Ich empfehle daher eine Bewilligung für die neue Hilfsbehörde für die Dauer von nicht weniger als fünf Jahren mit einer Geldaufnahmevollmacht für ebenfalls fünf Jahre, um in Dollar rückzahlbare Anleihen innerhalb der unten angeführten Grenzen zusichern und vergeben zu können. Kein anderer Schritt wäre ein so klares Kennzeichen unserer Absichten für alle Völker der Welt. Kein anderer Schritt würde mehr dazu beitragen, die Beschränkungen und das Durcheinander zu beseitigen, die das gegenwärtige Auslandshilfeprogramm so oft zur Unwirksamkeit verurteilt haben. Kein anderer Schritt könnte mehr helfen, die Dienste hochqualifizierten Personals zu erhalten. Und auf keine andere Weise können wir die Entwicklungsländer mehr ermutigen, anhaltende nationale Anstrengungen über einen langen Zeitraum zu machen.

Wenn wir nämlich ein Programm haben wollen, das darauf angelegt ist, die Zukunft zu erhellen, dann muß dieses Programm selbst eine Zukunft haben. Die Erfahrung hat gezeigt, daß langfristige Bedürfnisse nicht in ausreichender und wirtschaftlicher Weise durch eine Reihe von Ein-Jahres-Programmen befriedigt werden können. Eine enge Konsultation und Zusammenarbeit mit dem Kongreß und seinen Ausschüssen, einschließlich eines jährlichen Ueberblicks über den Stand des Programms, wird weiterhin notwendig sein.

Wir werden auch weiterhin die jährliche Bewilligung jener Beträge brauchen, die notwendig sind, um solchen Anforderungen zu entsprechen, für die in Dollar rückzahlbare Anleihen nicht geeignet wären. Diese Bewilligungen sollten bis zur tatsächlichen Ausgabe der Mittel gelten, um jede unwirtschaftliche Ueberstürzung bei der Verwendung von Mitteln am Ende des Haushaltsjahres zu vermeiden.

Die mit dieser Art langfristiger Ausgabevollmacht verbundene neue Kontinuität und Elastizität kann nur zu produktiveren Kriterien, einer größeren Anstrengung seitens der Entwicklungsländer, größeren Beiträgen seitens unserer wohlhabenderen Verbündeten, solideren Ergebnissen und einer wirklichen Sparsamkeit auf lange Sicht gegenüber dem Steuerzahler führen.

Der neue Nachdruck auf langfristige Pläne und realistische Zielsetzungen wird sowohl dem Kongreß als auch der Regierung eine bessere Grundlage für die Bemessung des Wertes unserer Ausgaben und unseres Fortschritts bieten.

Ein langfristiges Programm und eine Geldaufnahmeermächtigung, so begrenzt sie auch sein mag, werden uns in die Lage versetzen, die Aufrichtigkeit unserer Absichten anderen möglichen Geldgebern sowie den weniger entwickelten Staaten gegenüber zu beweisen. Das hier vorgeschlagene Wirtschaftsprogramm wird zusammen mit dem von

mir in meiner Landwirtschaftsbotschaft empfohlenen erweiterten Lebensmittel-für-den-Frieden-Programm und den Projektanleihen der Export-Import-Bank während der kommenden fünf Jahre eine direkte amerikanische Wirtschaftshilfetätigkeit von beachtlichem Ausmaß ausmachen.

Die Verwirklichung der neuen, von uns vorgeschlagenen Konzeptionen und Methoden wird jedoch Zeit erfordern. Es wird daher für dieses erste Jahr — in dem wir aber die erforderlichen langfristigen Zusagen für Entwicklungsanleihen geben müssen — nicht notwendig sein, den Kongreß um weitere Mittel für das diesjährige Programm zu ersuchen.

Folglich — während die von meinem Vorgänger angeforderten Mittel hinsichtlich ihrer Verwendung und Zielsetzung eine scharfe Verlagerung erfahren werden — ersuche ich den Kongreß um ein Gesamtauslandshilfebudget mit neuen Ausgabeermächtigungen, die nicht größer sind als die in dem bereits unterbreiteten Minimumbudget angeforderten Mittel (4 Milliarden Dollar). Und obwohl die Ausgabeermächtigungen für die nichtmilitärische Hilfe erhöht werden, während die Militärhilfe reduziert wird, sieht dieses Budget tatsächliche Ausgaben für die nichtmilitärische Hilfe vor, die nicht größer sind als die in dem früheren Budget vorgesehenen (1,9 Milliarden Dollar). Diese Zahlen spiegeln natürlich nicht die im Rahmen des Gesetzes 480 vorgenommenen Transaktionen wider.

Bei meinen Entscheidungen über dieses Programm habe ich auch sorgfältig seine Auswirkungen auf unsere Zahlungsbilanz erwogen. Wir legen heute sowohl bei unseren Entwicklungsanleihen als auch bei den Schenkungshilfeprogrammen den Hauptnachdruck auf die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen amerikanischen Ursprungs. Ich habe in meiner Botschaft über die Zahlungsbilanz darauf hingewiesen, daß sich nach den gegenwärtigen Verfahren nicht mehr als 20 vH unserer wirtschaftlichen Auslandshilfeausgaben auf die Zahlungsbilanz auswirken werden. Dies bedeutet, daß schätzungsweise 2 Milliarden von den angeforderten 2,4 Milliarden Dollar an Wirtschaftshilfe direkt für Güter und Hilfsleistungen zum Nutzen der amerikanischen Wirtschaft ausgegeben werden.

Dies ist wichtig, denn wir haben nicht nur das höchste Bruttosozialprodukt — sowohl insgesamt als auch pro Kopf der Bevölkerung —, das irgendein Land in der Welt aufzuweisen hat — wodurch sowohl unsere Verpflichtungen als auch unsere Kapazität klar aufgezeigt werden, unseren vollen Anteil zu leisten —, sondern wir nutzen auch gegenwärtig unsere große wirtschaftliche Kapazität auf Grund der wirtschaftlichen Rezession und des Nachlassens der Wirtschaftstätigkeit nicht voll aus. Gegenwärtig werden weniger als 80 vH unserer industriellen Kapazität genutzt, und fast 7 vH unserer Arbeitskräfte sind nicht beschäftigt. Unter diesen Umständen würden Kürzungen im Auslandshilfeprogramm nicht nur als Verlust wirtschaftlichen Fortschritts und der Hoffnungen im Ausland, sondern auch als Verlust von Märkten und Einnahmen für die Wirtschaft, die Arbeiter und die Landwirtschaft im eigenen Lande spürbar.

Kurz gesagt, dieses Programm wird weder ganz noch teilweise das vorige Budget in irgendeiner Weise umwerfen. Seine Auswirkung auf unsere Zahlungsbilanz wird kaum spürbar sein, und sein Nutzen für unsere einheimische Wirtschaft sollte nicht übersehen werden.

Die früher angeforderten 4 Milliarden Dollar für das Haushaltsjahr 1962 werden im Rahmen dieses neuen Programms wie folgt neu verteilt werden:

Die Militärhilfe wird von den angeforderten 1,8 Milliarden Dollar, wie unten erläutert, auf 1,6 Milliarden Dollar reduziert.

Die Wirtschaftshilfe, die zu einem sehr viel größeren Teil in Form von Entwicklungsanleihen gewährt wird, hat eine kleine Erhöhung der Entwicklungszuwendungen

zu verzeichnen und eine Reduzierung der nicht rückzahlbaren Zuwendungen und wird insgesamt 2,4 Milliarden Dollar betragen.

Hiervon werden 1,5 Milliarden Dollar in der üblichen jährlichen Bewilligung der neuen Ausgabeermächtigung zur Finanzierung jenes Teiles des Programmes enthalten sein, der nicht für Dollarentwicklungsanleihen in Frage kommt: Zuschüsse für Erziehung, soziale Projekte, Entwicklung von Institutionen, für das Friedenskorps und für Hilfsprojekte. 900 Millionen Dollar werden für langfristige, zinslose oder niedrig verzinsbare Entwicklungsanleihen zur Verfügung stehen, die in Dollar zurückzuzahlen sind und die durch eine Ermächtigung im Rahmen der Vollmacht zur Aufnahme öffentlicher Gelder finanziert werden sollen, die auch die Bereitstellung von nicht mehr als 1,6 Milliarden Dollar für jedes der folgenden vier Jahre ermöglichen würde. Weiterhin werden für solche Anleihen im Rahmen des neuen Systems der vollen Koordination die nicht über die Bewilligung laufenden Dollarfonds verfügbar gemacht werden, die jetzt im Zuge der Rückzahlung von Kapital und Zinsen bestimmter früherer Anleihen an ausländische Regierungen (Großbritannien, ECA, GARIOA-Hilfe und anderer, jedoch nicht der Export-Import-Bank) eingehen.

Die wirtschaftlichen Programme, die ich in dieser Botschaft empfehle, können ohne Frieden und Ordnung keinen Erfolg haben. Ein entscheidend wichtiger Faktor in bezug auf eine solche Stabilität ist die Gewißheit der militärischen Stärke, die ausreicht, um die Integrität dieser aufstrebenden Nationen zu schützen, während diese einem höheren und angemesseneren Niveau des sozialen und wirtschaftlichen Wohlstandes zustreben.

Ich werde daher den Kongreß ersuchen, im Augenblick 1,6 Milliarden Dollar für die Militärhilfe bereitzustellen. Dies ist der Betrag, der notwendig ist, um den Anteil der Vereinigten Staaten bei der Aufrechterhaltung der bereits bestehenden Streitkräfte zu decken und unsere feststehenden Verpflichtungen für die Zukunft zu erfüllen.

Ich erkläre ganz offen, daß wir jetzt noch keineswegs mit Sicherheit sagen können, ob dieser Betrag das Mindestmaß an Militärhilfe deckt, das unsere grundlegende Sicherheitspolitik in diesem Jahr vielleicht erfordern wird. Das Entstehen neuer Krisen oder neuer Konflikte zwingt uns möglicherweise, noch größere Anstrengungen zu machen.

Wenn ich auch in dieser Botschaft den Betrag erwähnt habe, der für die Militärhilfe zugeteilt werden soll, so werden diese Mittel — obwohl mit der Politik der neuen Behörde koordiniert — doch nicht von ihr verwaltet werden, und sie sollten nicht in ihre Bewilligungen eingeschlossen werden. Um die friedlichen und positiven Zielsetzungen dieses Programms klarzumachen, die neue Bedeutung zu unterstreichen, die diese Regierung — ganz abgesehen von Sicherheitsinteressen — der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beimißt, und um die Beziehung zwischen dem Militärhilfeprogramm und diesen Interessen deutlich zu machen, werde ich eine getrennte Ausgabeermächtigung für die Militärhilfe vorschlagen mit Bewilligungen als Teil des Verteidigungshaushaltes. Darüber hinaus wird die Militärhilfe in dem Maße, in dem die Sicherheitsbedingungen in der Welt dies erlauben, in Zukunft größeren Nachdruck auf interne Sicherheit, zivile Vorhaben und wirtschaftliches Wachstum der so unterstützten Nationen legen. Durch diese Verlagerung des Schwerpunktes deuten wir kein Nachlassen unserer Entschlossenheit an, einer örtlichen Aggression entgegenzutreten, wo immer sie auftreten mag. Wir haben unseren Willen und unsere Fähigkeit demonstriert, die Nationen der freien Welt — wenn sie dies wünschen — vor jener Art äußerer Bedrohung zu schützen, der viele von ihnen immer noch ausgesetzt sind. Wir werden hier nicht zurückstecken.

Die Beträge, auf denen sich das neue Programm aufbaut, sind das Minimum dessen, was sich aus einer sehr genauen Ueberprüfung jeder Form von Unterstützung sowie der Bedürfnisse der weniger entwickelten Teile der Welt ergibt. Sie führen einerseits den weniger entwickelten Gebieten und andererseits den übrigen Industriestaaten vor

Augen, daß die Vereinigten Staaten ihren fairen Anteil an der notwendigen gemeinsamen Anstrengung zur Erreichung des gewünschten Zieles tragen werden und daß auch die Anstrengungen dieser Länder größer werden müssen. Dies ist das alleräußerste Minimum der für die Bewältigung dieser Aufgabe notwendigen Mittel. Weniger aufzubringen würde Verschwendung bedeuten — vielleicht eine größere Verschwendung, als wenn wir mehr bereitstellen würden. Und bestimmt wäre es eine Verschwendung, was das Sicherheitsinteresse der freien Welt anbetrifft.

Ich hoffe jedoch, daß der Kongreß nicht weniger bewilligen wird. Unterstützung der anderen Nationen ist eine Verantwortung, die von uns bereitwillig übernommen und von zwei großen Präsidenten — einer von jeder Partei — in der Vergangenheit gestaltet wurde — sie wurde von den führenden Vertretern beider Parteien in beiden Häusern des Kongresses gebilligt, die die Bedeutung unserer Verpflichtungen erkannten.

Ich glaube, das Programm, das ich umrissen habe, stellt sowohl eine vernünftige als auch eine gangbare Methode dar, jenen Verpflichtungen so wirtschaftlich und wirksam wie möglich gerecht zu werden. Ich ersuche nachdrücklich um seine gesetzliche Verwirklichung durch den Kongreß, im vollen Bewußtsein der vielen Augen, die auf uns gerichtet sind — die Augen anderer Industrienationen, die unsere Führung zu einer stärkeren gemeinsamen Anstrengung erwarten — die Augen unserer Gegner, die das Nachlassen unserer Entschlossenheit auf diesem neuen Gebiet der internationalen Auseinandersetzung erwarten — die Augen der ärmeren Völker der Welt, die nach Hoffnung und Hilfe ausschauen und einen Anreiz brauchen, um sich realistische, langfristige Ziele zu setzen — und schließlich die Augen des amerikanischen Volkes, das sich seiner Verpflichtungen gegenüber den Kranken, den Armen und den Hungernden, wo immer sie leben mögen, voll bewußt ist. So wollen wir ohne Rücksicht auf Parteigrenzen diesen Schritt unternehmen, nicht als Republikaner oder als Demokraten, sondern als Führer der freien Welt. Es wird uns anstehen und es wird uns nützen, diesen Schritt kühn zu tun, denn wir leiten ein Jahrzehnt der Entwicklung ein, von dem im wesentlichen abhängen wird, in welcher Art von Welt wir und unsere Kinder leben werden.

Quelle: *Amerika Dienst* (Kabel-Dienst) vom 23. März 1961.

Empfehlungen für das Budget der Vereinigten Staaten (Haushaltsjahr 1962)

Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, an den amerikanischen Kongreß vom 24. März 1961 (Auszüge)

Betrifft: Grundlagen der Finanzpolitik — Defizit des Haushaltes 1961 — Ausgleich des Haushaltes 1962 — Aenderungen im Haushalt 1962 — Begrenzung der Staatsschuld.

Grundlagen der Finanzpolitik

Die derzeitige Regierung will sich während ihrer Amtszeit an die folgenden grundlegenden Prinzipien halten:

1. Die Höhe der Einnahmen und Ausgaben der Bundesregierung muß für eine erfolgreiche und wirksame Befriedigung der dringenden Bedürfnisse der Nation, soweit hierfür neben privaten Anstrengungen oder auch an Stelle privater Bemühungen eine Förderung durch die öffentliche Hand notwendig ist, ausreichen. Wir können es uns leisten, zu tun, was getan werden muß, sowohl auf öffentlichem wie auch auf privatem Gebiet bis an die Grenze unseres Wirtschaftspotentials — eine Grenze, die mehrere Jahre hindurch auch nicht annähernd erreicht wurde.

2. Die Einnahmen und Ausgaben der Bundesregierung — der Bundeshaushalt — sollten, abgesehen von einer Bedrohung der Sicherheit des Landes, im Verlaufe der

Jahre des Wirtschaftszyklus ausgeglichen sein, wobei sie in Jahren der Rezession, wenn die Einnahmen rückläufig sind und die Wirtschaft durch zusätzliche Ausgaben gestützt werden muß, ein Defizit und in Jahren der Prosperität einen Ueberschuß aufweisen werden, durch den dann der Inflation Einhalt geboten, die Staatsschuld abgebaut und Kapital für Privatinvestitionen freigesetzt wird.

3. Die Ausgaben- und Einnahmenprogramme des Bundes sollten zum wirtschaftlichen Wachstum und zu einem maximalen Beschäftigtenstand im Rahmen einer vernünftigen Preisstabilität beitragen. Auf Grund der Grenzen, die unser gegenwärtiges Defizit in der Zahlungsbilanz der Anwendung einer Währungspolitik setzt, insbesondere der Senkung der kurzfristigen Zinssätze als Mittel zur Anregung des wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung, muß die Finanzpolitik — unsere Haushalts- und Steuerpolitik — einen größeren Teil der Verantwortung übernehmen.

4. Jede vorgeschlagene Ausgabe wird in bezug auf unseren nationalen Bedarf und den Vorrang geprüft und gewertet werden, und zwar in Uebereinstimmung mit den oben angeführten Begrenzungen und Zielsetzungen und im Vergleich mit der Dringlichkeit anderer haushaltsmäßiger Erfordernisse. Wir werden unsere Hilfsquellen nicht für unwirksame und nicht wünschenswerte Ausgaben verschwenden nur wegen eines Nachlassens der Wirtschaftstätigkeit, noch werden wir, um einen Ueberschuß zu erzielen, unserem Volke wesentliche wichtige Dienstleistungen oder Sicherheitsgarantien vorenthalten, nur weil die Wirtschaft blüht.

5. In dem Maße, in dem die Nation, ihre Bedürfnisse und deren Vielfalt weiterhin wachsen, steht zu erwarten, daß die nicht für die Verteidigung bestimmten Ausgaben des Bundes ebenfalls zunehmen, wie dies in einer Studie des Budget-Amtes im Jahre 1960 vorausgesagt wurde und wie es sich durch die fast 45prozentige Steigerung der nicht für die nationale Sicherheit bestimmten Ausgaben vom Haushaltsjahr 1953 bis zum Haushaltsjahr 1961 abzeichnete. Wir dürfen jedoch nicht zulassen, daß die Ausgaben aus ihrem eigenen Schwung heraus immer höher werden — ohne Rücksicht auf den dafür erhaltenen Wert, die voraussichtlichen Einnahmen, die wirtschaftlichen Bedingungen, die Möglichkeit, alte Tätigkeiten einzustellen, wenn neue in Angriff genommen werden, und das Gewicht der gegenwärtigen Steuern für den einzelnen Bürger und die Wirtschaft. Es ist mein fester Wille, ein kluger Verwalter der öffentlichen Gelder zu sein, für jeden ausgegebenen Dollar auch den Gegenwert von einem Dollar zu erhalten.

Der übernommene Haushalt 1961

Während sich diese Botschaft hauptsächlich auf das Budget für das Haushaltsjahr 1962 bezieht, das jetzt dem Kongreß vorliegt, gewinnt man die erforderliche Perspektive und den notwendigen Hintergrund durch eine erneute Prüfung des Budgets für das Haushaltsjahr 1961, das vom Kongreß im vergangenen Jahr verabschiedet, von meinem Vorgänger in der Budget-Botschaft im Januar beschrieben und von meiner Regierung in seinem endgültigen Stadium übernommen worden ist.

Bei der ursprünglichen Vorlage im Januar 1960 wies das Budget für das Haushaltsjahr 1961 einen Ueberschuß von 4,2 Milliarden Dollar auf. Als die Zeit der Budget-Ueberprüfung Mitte des Jahres herannahte, war der geschätzte Ueberschuß auf 1,1 Milliarden Dollar zusammengeschrumpft. In der letzten Budget-Botschaft im Januar wurde er auf weniger als 80 Millionen Dollar geschätzt. Ohne daß irgend etwas an seinem wesentlichen Inhalt oder an der Politik geändert wurde, ergab sich bei einer späteren Ueberprüfung dieses Budgets, daß es in beträchtlichem Maße unausgeglichen war. Diese Aenderungen sind die Folgen der Rezession — des hierdurch bedingten Rückganges der Staatseinnahmen wie auch der Schwierigkeiten, die immer auftreten, wenn ein Budget ausgearbeitet und die wirtschaftliche Entwicklung vorausgesagt werden soll. Zu

der im Januar erfolgten erneuten Darlegung des Budgets für 1961 ist, einfach von seinen eigenen Programmen und Voranschlägen her gesehen und ohne Rücksicht auf irgendwelche neuen Entscheidungen oder politischen Richtlinien meiner Regierung, folgendes zu sagen:

Das Budget beurteilte die Steuereinnahmen für das Haushaltsjahr 1961 optimistisch, indem eine viel günstigere Wirtschaftslage angenommen wurde;

es ging in unrealistischer Weise davon aus, daß der Kongreß eine — wenn auch notwendige — Rekorderhöhung der Posttarife in Höhe von insgesamt etwa 843 Millionen Dollar pro Jahr noch rechtzeitig verabschieden würde, damit sie am 1. April in Kraft treten und für das laufende Haushaltsjahr noch 160 Millionen Dollar an Mehreinnahmen bringen könnten;

es hat den normalen Fluß der Verteidigungsausgaben im Rahmen der damals bestehenden Politik und der damaligen Verpflichtung wesentlich unterschätzt, und zwar um mindestens eine halbe Milliarde Dollar; und

es hat in gleicher Weise die Höhe der Mittel unterschätzt, die notwendig wären, um Arbeitslosenunterstützung an ehemalige Soldaten und Bundesangestellte zu zahlen, der Forderung nach garantierten Wohnungsbaudarlehen für ehemalige Soldaten nachzukommen und die bestehenden Verpflichtungen der Export-Import-Bank zu erfüllen.

Das somit von meiner Regierung für das Haushaltsjahr 1961 übernommene Defizit, das durch die entscheidend wichtigen Schritte zur Bekämpfung der Rezession und für die nationale Sicherheit noch erhöht wird, die bereits unternommen oder dem Kongreß empfohlen wurden, wird jetzt auf insgesamt über 2 Milliarden Dollar geschätzt — im Gegensatz zu dem ursprünglich vorausgesagten 4,2-Milliarden-Dollar-Ueberschuß. Man darf jedoch nicht vergessen, daß das Haushaltsjahr 1961 deutlich ein Jahr der Rezession ist — mit all den sich daraus ergebenden Auswirkungen sowohl auf die Einnahmen wie auch auf die Ausgaben. Das Defizit des Haushaltsjahres 1959 von beinahe 12,5 Milliarden Dollar dient uns als ein Hinweis aus jüngster Zeit, welche Schwierigkeiten in einem Rezessionsjahr beim Ausgleich des Budgets auftreten.

Ausgleich des Haushalts für das Finanzjahr 1962

Am 30. Januar habe ich vor dem Kongreß das folgende feierliche Versprechen abgegeben:

„. . . eine neue Regierung muß zwangsläufig von den bereits vorgelegten Schätzungen der Einnahmen und Ausgaben ausgehen. Innerhalb dieses Rahmens hege ich — sofern nicht neue dringende Erfordernisse der Landesverteidigung oder eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage dem entgegenstehen — gegenwärtig die Absicht, ein Ausgaben-Programm zu befürworten, das — unter Einschluß der Einkünfte aus einem Wirtschaftsanstieg — nicht allein von sich aus den bereits ausgearbeiteten Haushaltsvoranschlag aus dem Gleichgewicht bringen wird."

Zweck dieser Botschaft ist es, die von mir empfohlenen Haushaltsänderungen im Rahmen dieses feierlichen Versprechens zu überprüfen. Unter Außerachtlassung einer etwaigen Erhöhung des Verteidigungshaushaltes, die so dringlich ist, daß sie durch haushaltsmäßige Beschränkungen nicht ausgeschlossen werden darf, sowie unter der Annahme, daß unsere Ueberprüfung der Wirtschaft Ende April nicht eine Senkung der Steuern oder zusätzliche Ausgabenerhöhungen erforderlich macht, würde eine gesetzliche Verankerung der von mir vorgelegten neuen Nicht-Verteidigungsprogramme und -bewilligungen den von meinem Vorgänger zuvor unterbreiteten Haushalt nicht aus dem Gleichgewicht bringen:

sofern der Kongreß alle in dieser früheren Botschaft geforderten Maßnahmen zur Erzielung von Einnahmen verabschiedet oder weiterhin in Kraft bleiben läßt oder aber statt dessen die von mir geforderten Alternativmaßnahmen übernimmt, die den gleichen Betrag an Einnahmen erbringen;

sofern die in dieser früheren Botschaft enthaltenen Einnahmeansätze richtig waren, die durch diese Maßnahmen erreicht werden sollen, und auf einer genauen Einschätzung der voraussichtlichen Wirtschaftsbedingungen basieren;

sofern der Kongreß keinerlei Beschlüsse verabschiedet, die Ausgaben zur Folge haben und die die Exekutive zu Ausgaben verpflichten, die über die geforderten hinausgehen;

sofern die frühere Botschaft genaue Voranschläge der Ausgaben enthielt, die zwangsläufig im Haushaltsjahr 1962 auf Grund der bestehenden und in diesem Haushalt berücksichtigten Verpflichtungen — ganz unabhängig von den Beschlüssen des Kongresses oder der Exekutive — entstehen werden — z. B. wird, völlig unabhängig von irgendwelchen Aenderungen der Politik, ein großer Teil des Haushalts des Landwirtschaftsministeriums, der im voraus festgelegt werden muß, von den Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ernte und der Witterung beeinflußt.

Ich habe bereits in meiner Botschaft über die Lage der Nation darauf hingewiesen, daß das Budget meines Vorgängers für das Haushaltsjahr 1962 „nur dann ausgeglichen sein wird ..., wenn ein frühzeitiger und kräftigerer Wirtschaftsaufschwung, als ihn meine Wirtschaftsberater heute für wahrscheinlich erachten, die geschätzten Steuereinnahmen bringt". Trotzdem basieren die vorliegende Botschaft und die Revision des Budgets für das Haushaltsjahr 1962, die darin zusammengefaßt ist, auf der Verpflichtung, Einnahmen und Ausgaben unter der Annahme auszugleichen, daß die im Januar gemachten Voraussagen bezüglich dieser vier Bedingungen eine gültige Ausgangsbasis für eine neue Regierung sind.

Der Punkt, den ich in dieser Botschaft unterstreichen möchte, ist der, daß jede Unausgeglichenheit im Haushalt am Ende des Haushaltsjahres 1962 nicht das Ergebnis irgendwelcher nicht für die Verteidigung bestimmter Programme ist, die ich unterbreitet habe. Denn diese Programme sind sorgfältig auf ein Ausgabenmaß zurechtgeschnitten worden, das nicht größer ist als die in dem früheren Budget veranschlagten Einnahmen, zuzüglich der darüber hinausgehenden Einnahmen, die durch die Verabschiedung dieses Programms vernünftigerweise gemäß den Voranschlägen des Finanzministeriums im Haushaltsjahr 1962 erwartet werden können. Andere Maßnahmen, die ich gefordert habe — wie etwa die Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung, den Bau von Autofernstraßen, die soziale Sicherung und die Krankenversicherung für die Alten —, weisen alle Bestimmungen für ihre Finanzierung aus eigenen Mitteln auf. Kurz gesagt: Sollte — abgesehen von neuen Empfehlungen für die Verteidigung — im Haushaltsjahr 1962 ein Defizit auftreten, so wird es die Folge der Ueberschätzung der Einnahmen und der Unterschätzung der Ausgaben im Januar-Budget sein und nicht das Ergebnis neuer Maßnahmen oder Programme, die von meiner Regierung vorgeschlagen werden.

Die Gesamtausgaben im Januar-Budget wurden mit 80,9 Milliarden Dollar veranschlagt. Meine Vorschläge werden — abgesehen von der Verteidigung — etwa 2,3 Milliarden Dollar hinzufügen und eine Gesamtsumme von 83,2 Milliarden Dollar ergeben. Die Auswirkungen meines Wirtschaftsprogramms auf die Wirtschaft sollten sich in zusätzlichen Einnahmen von etwa 900 Millionen Dollar niederschlagen, die zusammen mit den Zahlen des Januar-Budgets eine Gesamtsumme der Einnahmen von 83,2 Milliarden Dollar ausmachen und damit ein ausgeglichenes Budget ergeben würden.

Gleichzeitig wäre es jedoch unrealistisch, wenn man nicht erkennen wollte, daß der Einnahmen-Voranschlag des Januar-Budgets überoptimistisch war. Von einer realisti-

scheren wirtschaftlichen Erwartung ausgehend und unter Einschluß der Auswirkung meiner Wirtschaftsvorschläge scheint es wahrscheinlicher, daß sich die Einnahmen im Haushaltsjahr 1962 auf etwa 81,4 Milliarden Dollar belaufen werden. In dem Maße, in dem jedoch die Wirtschaft zu einem befriedigenden, hohen Stand der Wirtschaftstätigkeit zurückkehrt, wird der Zustand eines ausgeglichenen Budgets wieder hergestellt. Es ist sogar so, daß bei einer vollen wirtschaftlichen Wiedergesundung das gegenwärtige Steuersystem Einnahmen erbringen würde, die wesentlich über der vorgeschlagenen Höhe der Ausgaben im Budget liegen würden.

Dies ist nun das revidierte Budget, das ich — abgesehen von Erhöhungen für die Verteidigung — jetzt dem Kongreß vorlege:

ein Budget, das, entsprechend meiner Verpflichtung vom 30. Januar, ausgeglichen ist;

ein Budget, das wahrscheinlich ins Defizit laufen wird, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht rasch verbessern und den im Budget vom 16. Januar vorausgesagten Stand erreichen;

ein Budget, das einen Ueberschuß aufweisen würde, wenn die Wirtschaft ganz oder annähernd mit ihrem vollen Potential arbeiten würde.

......

Aenderungen im Haushalt für das Finanzjahr 1962

Es ist nicht der Zweck dieser Botschaft, ein völlig neues Budget vorzulegen. Aus den bereits genannten Gründen ist dies für dieses Finanzjahr nicht möglich. Genausowenig ist beabsichtigt, irgendwelche neuen Programme oder Ausgaben auf dem nicht die Verteidigung betreffenden Sektor vorzuschlagen. Die in dieser Botschaft und der beigefügten Aufstellung aufgeführten Punkte sind jedoch — mit wenigen Ausnahmen — dem Kongreß unter eingehender Erläuterung bereits zuvor unterbreitet worden. Diese Botschaft soll in erster Linie dem Kongreß meine Ansichten zu den Aenderungen bei den Tätigkeiten und Ausgaben der Bundesregierung auf dem nicht die Verteidigung betreffenden Sektor vermitteln, die bereits zur Befriedigung der Bedürfnisse unseres Landes empfohlen worden sind.

Die zuvor für jedes einzelne Ministerium und jede einzelne Regierungsbehörde empfohlenen Mittel sind so sorgfältig, wie dies die Zeit gestattete, sowohl vom Standpunkt der Bedürfnisse des Landes wie auch darauf hin überprüft worden, ob diese Bedürfnisse ausreichend und wirklich gedeckt sein würden. Mit Ausnahme des nationalen Verteidigungsprogramms ist diese Ueberprüfung nunmehr im großen und ganzen abgeschlossen, und die hieraus resultierenden neuen Programme und Zusätze sind dem Kongreß unterbreitet worden oder werden ihm in Kürze zugeleitet.

Wie bereits betont, werden diese Aenderungen an sich den früheren Haushalt nicht aus dem Gleichgewicht bringen — das heißt, ihre Kosten im Finanzjahr 1962 werden — immer von der Richtigkeit der Ausgabenansätze im früheren Haushalt ausgehend — durch die früheren Einnahmenschätzungen und die durch das Programm erzielten neuen Einnahmen gedeckt. Aber trotz dieser Einschränkung und der durch die bereits erwähnten Annahmen oder Unterlassungen gesetzten weiteren Grenzen stellen diese Aenderungen Verbesserungen auf Gebieten dar, die wir als vordringlich erachten. Die gesamte Liste ist auf der beigefügten Aufstellung* kurz aufgeführt, wobei die folgenden die wichtigsten Punkte sind:

Hilfe für das Erziehungswesen. Die größte Erhöhung eines Einzelpostens wurde auf dem Gebiet des Erziehungswesens vorgenommen. Die an uns gestellten Anforderungen

*) Vgl. die Tabelle auf S. D 251.

gerade auf dem Gebiet des Erziehungswesens sind zu dringlich, als daß sie übersehen werden könnten. Die Bundesregierung muß mehr tun, um zur Finanzierung der Verbesserungen auf diesem Gebiet beizutragen — sowohl bei der Grundschulausbildung wie auch bei der Mittelschulausbildung und den höheren Schulen.

Mittel für die wissenschaftliche Forschung. Meine Empfehlungen, zum großen Teil in Form von Zusätzen zu dem Haushalt für 1962, sehen eine Reihe von Erhöhungen bei der wissenschaftlichen Forschung vor — für die Ozeanographie, für die Hochfrequenzphysik, für die Umwandlung von Salz- und Brackwasser, für die medizinische Forschung, bei den Zuschüssen der nationalen Stiftung für die Wissenschaften für die Grundlagenforschung und die wissenschaftliche Ausbildung sowie für verschiedene andere Zwecke. Diese Erhöhungen unterstreichen meine feste Ansicht, daß die Fortschritte der wissenschaftlichen Forschung für die Expansion unserer Wirtschaft, das Wohlergehen unseres Volkes und die Ueberlegenheit unserer wissenschaftlichen Errungenschaften von äußerster Wichtigkeit sind, sowie meine Ueberzeugung, daß die Bundesregierung zwangsläufig eine wesentliche Rolle bei der Förderung einer solchen Forschung spielen muß.

Gesundheitswesen. Ich habe wesentliche Maßnahmen zur Stärkung und Verbesserung der Gesundheitsfürsorge sowie zur Senkung ihrer Kosten vorgeschlagen — mit einer sich selbst finanzierenden Krankenversicherung für ältere Personen im Rahmen der Sozialversicherung bei Nettoeinsparungen für das Budget, Unterstützung der ärztlichen Ausbildungsstätten und der Medizinstudenten sowie nichtrückzahlbaren Zuschüssen an die Bundesstaaten für erweiterte Dienstleistungen und Einrichtungen der Kommunen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens.

Verbesserung der Wohnungen und Pflege der Gemeinden. Ich habe die Verabschiedung eines Programms empfohlen, das darauf abzielt, die Programme zu Erneuerung der Städte und andere bestehende Projekte wesentlich zu verstärken und notwendige zusätzliche Ermächtigungen auf so wichtigen Gebieten wie dem Wohnungsbau für untere Einkommensgruppen, der Neugestaltung und Verbesserung bestehender Wohnungen sowie der Erhaltung freier Flächen zu gewähren. Wir sind weiter verpflichtet, die Unterstützung des Bundes für den Bau örtlicher Flugplätze zu erhöhen. Die damit verbundenen zusätzlichen Ausgaben sind nach meiner Auffassung für die Zukunft unserer Nation notwendig.

Sanierung bestimmter Gebiete. Die Tragödie unserer chronischen Notstandsgebiete und die gewaltige Aufgabe, die sie unserer Wirtschaft stellen, erfordern mindestens das sehr bescheidene Hilfsprogramm für die Notstandsgebiete, das ich empfohlen habe und das, wie ich fest hoffe, der Kongreß bald verabschieden wird.

Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen. Es ist nicht wirtschaftlich, in törichter Weise verschwenderisch mit den natürlichen Hilfsquellen des Landes umzugehen, statt sie in kluger Weise zu erhalten. Ich habe bescheidene, aber symbolische Erhöhungen der Mittel für die Erhaltung und Entwicklung der Forsten und öffentlichen Domänen, für unsere Nationalparks, Erholungsgebiete an der See sowie für die Schiffahrt und Hochwasserkontrolle empfohlen. Die Neuprogrammierung anderer Mittel wird eine zusätzliche Urbarmachung von Land ermöglichen.

Landwirtschaft. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft schlagen wir vor, mit Nachdruck ganz neue Wege einzuschlagen und die Struktur unserer Landwirtschaft bei einer schließlichen Verringerung der Regierungsausgaben fundamental umzugestalten. In der Zwischenzeit ist es notwendig, kurzfristig eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, die eine Erhöhung der Ausgaben für 1962 über die weit unterschätzten Ausgaben des Januar-Budgets hinaus mit sich bringen werden, wie ich dies bereits behandelt habe. Die Erhöhungen dienen der Preisstützung, der Anleihetätigkeit des Bundesamtes für die

Elektrifizierung ländlicher Gebiete und der Bundeskreditanstalt für landwirtschaftliche Familienbetriebe, dem Schulspeisungsprogramm und dem Milchsonderprogramm sowie der Verteilung von überschüssigen Lebensmitteln in den Vereinigten Staaten und im Ausland. Diese Ausgaben werden zu einer Erhöhung des Farmeinkommens und zu einer stärkeren Ausnutzung unserer landwirtschaftlichen Ueberschußbestände führen.

Ehemalige Soldaten. Ich empfehle, daß der Kongreß eine selektive Erhöhung der Entschädigungssätze für ehemalige Soldaten mit schweren im Dienst zugezogenen Körperbeschädigungen beschließt, um die steigenden Lebenshaltungskosten seit der letzten Erhöhung im Jahre 1957 aufzufangen und in einigen Kategorien die Sätze anzugleichen, die nicht mehr vertretbar sind. Mein Budgetvoranschlag enthält Bestimmungen für diesen Zweck.

Vollmacht zur Transferierung von Haushaltsmitteln. Um eine größere Wirksamkeit und Sparsamkeit bei der Verwendung von Steuergeldern zu gewährleisten, sollten die Leiter der verschiedenen Ministerien und Regierungsbehörden die Vollmacht haben, im Verlauf des Haushaltsjahres eine gewisse Flexibilität walten zu lassen, um neuen Situationen oder veränderten Umständen Rechnung tragen zu können. Ich ersuche daher den Kongreß, durch die Verabschiedung von Ermächtigungen für jedes Ministerium und jede Behörde die notwendige Vollmacht zur Transferierung eines bescheidenen Betrages oder Prozentsatzes der ihren Leitern für ihre Aufgaben zur Verfügung stehenden Mittel und Stellen zu gewähren. Diese Vollmacht soll nur angewandt werden, und sie soll durch das Budgetamt auf dem Wege der normalen Zuteilung von Haushaltsmitteln kontrolliert werden. Auf diese Weise können die vom Kongreß bewilligten Mittel in bestmöglicher Weise genutzt werden.

Bundeseinnahmen

Die Einnahmenansätze für das Finanzjahr 1962 und die Notwendigkeit, daß der Kongreß die hierfür erforderlichen Gesetze verabschiedet, sind bereits behandelt worden. Meine schon unterbreitete Botschaft über den Straßenbau enthielt Empfehlungen für Benutzungsgebühren, um einen zufriedenstellenden Fortschritt des Baus von Autobahnen in dem von meinem Vorgänger zuvor empfohlenen Ausmaß sicherzustellen. Meine Regierung wird es nicht zulassen, daß Mittel für dieses Programm aus den allgemeinen Einnahmen abgezweigt werden. Andere steuerliche Empfehlungen, die einen Anreiz zur Modernisierung von Fabriken und Produktionsausrüstungen geben sollen und durch die eine größere Gerechtigkeit auf steuerlichem Gebiet ohne eine wesentliche Aenderung der Gesamteinnahmen erreicht werden soll, werden in späteren Botschaften enthalten sein.

Drei weitere Punkte werden besser in dieser Botschaft behandelt:

1. *Postgebühren.* Das von meinem Vorgänger unterbreitete Januar-Budget forderte zusätzlich 843 Millionen Dollar an Einnahmen für die Post, um das Defizit dieses Ministeriums zu beseitigen. Diese Erhöhung muß zum ersten Juli wirksam werden, um die Lücke zwischen den Ausgaben und den Einnahmen der Post zu schließen; und der von meiner Regierung vorgelegte Haushalt fordert — von dem früheren Budget ausgehend — einen gleichen Betrag. Ich ersuche den Kongreß dringend, für eine Schließung dieser Lücke zu sorgen, und ich habe den Postminister angewiesen, sorgfältig und eingehend alle Dienste und Tätigkeitsgebiete der Post im Hinblick auf eine Rationalisierung und Senkung der Kosten zu überprüfen.

2. *Steuereinziehung.* Ich möchte nochmals auf mein früheres Ersuchen an den Kongreß zurückkommen, zusätzliche Mittel für die Finanz- und Zollbehörden zu bewilligen. Mehr und besser geschulte Beamte können dazu beitragen, daß sich das Aufkommen der Bundeseinnahmen erhöht, daß der Korruption inner- und außerhalb der Regierung, dem Gangstertum und dem organisierten Verbrechen Einhalt geboten wird.

3. *Begrenzung der Staatsschuld.* Obwohl die Januar-Botschaft meines Vorgängers von der Annahme eines ausgeglichenen Haushalts sowohl für das Finanzjahr 1961 als auch für 1962 ausging, wurde auf die saisonbedingten Schwankungen der Steuereingänge verwiesen und hieraus die Notwendigkeit einer erneuten Heraufsetzung der Höchstgrenze für die Staatsschuld abgeleitet. Das ständige Limit für die Staatsschuld von 285 Milliarden Dollar — gegenwärtig bereits überschritten — wurde durch ein zeitweiliges Limit von 293 Milliarden Dollar ersetzt, das am 30. Juni ausläuft.

Da die Bundesschuld am 30. Juni den Betrag von 285 Milliarden Dollar überschreiten wird, ist eine neuerliche Heraufsetzung der Höchstgrenze vor diesem Zeitpunkt erforderlich.

Ich fordere den Kongreß auf, eine Heraufsetzung zu bewilligen, die für eine ausreichende Elastizität sorgt, um eine gesunde Bedienung der Staatsschuld und unserer Haushaltsausgaben zu ermöglichen. Ich werde die diesbezüglichen Empfehlungen bis Anfang Mai zurückhalten, damit wir die Möglichkeit haben, die neuesten Ansätze für Einnahmen und Ausgaben zu berücksichtigen.

Zusammenfassung

Diese Botschaft gibt einen Ueberblick über die gegenwärtigen Budgetaussichten und bringt meine Gedanken zur Haushalts- und Finanzpolitik zum Ausdruck. Wir suchen ein kräftiges und anhaltendes Wachstum unserer Wirtschaft zu erreichen, das ein ausgeglichenes Budget ermöglichen wird. Wenn wir unsere steuerlichen Hilfsquellen klug einsetzen, dann können wir greifbare Fortschritte auf dem Wege zur Verwirklichung unserer nationalen und internationalen Ziele machen. Um dies zu erreichen, ersuche ich den Kongreß und das amerikanische Volk um Mitarbeit.

Quelle: *Amerika Dienst* vom 31. März 1961.

ANHANG

Vergleichende Uebersicht der Budgets der Vereinigten Staaten 1957—1962
(in Milliarden Dollar)

	1957 Ergebnis	1958 Ergebnis	1959 Ergebnis	1960 Ergebnis	1961 Voranschlag	1962 Voranschlag Eisenhower[2]	1962 Voranschlag Kennedy[3]
Einnahmen . .	70,6	68,5	67,9	77,8	79,0	82,3	81,4
Ausgaben . . .	69,0	71,4	80,3	76,5	78,9	80,9	83,2
Ueberschuß (+) / Defizit (—) . .	+ 1,6	— 2,8	—12,4	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,5[4]	— 1,8
Staatsschuld bei Ende des Fiskaljahres[1]	270,5	276,3	284,7	286,3	284,9	283,4	Erhöhung erforderlich

[1]) Das Fiskaljahr in den Vereinigten Staaten endet jeweils am 30. Juni des genannten Jahres und beginnt am 1. Juli des Vorjahres.

[2]) Voranschlag der Regierung *Eisenhower* vom 16. Januar 1961.

[3]) Voranschlag der Regierung *Kennedy* vom 24. März 1961.

[4]) Aufgerundet auf 1,5 Milliarden Dollar.

Quelle: The Budget of the United States Government for the Fiscal Year ending June 30, 1962. U.S. Government Printing Office, Washington 1961.

Veränderungen im Budget der Vereinigten Staaten für das Haushaltsjahr 1962 (1. 7. 1961 — 30. 6. 1962).

I. Ausgaben *(in Millionen Dollar)*

Voranschlag der Regierung Eisenhower vom 16. Januar 1961		Am 24. März 1961 von der Regierung Kennedy empfohlene Veränderungen[1]
Landwirtschaftsministerium	5782	+478
Handelsministerium	566	+ 48
Verteidigungsministerium (zivile Funktionen)	984	+ 17
Ministerium für Erziehung, Gesundheit und Wohlfahrt	4005	+793
Innenministerium	873	+ 33
Justizministerium	294	+ 2
Arbeitsministerium	223	+431
Außenministerium	345	+ 6
Schatzamt	9688	+ 25
Atomenergiekommission (AEC)	2680	— 10
Bundesamt für Luft- und Raumfahrt (NASA)	965	+ 85
Kriegsteilnehmerversorgung	5369	+ 95
Bundesluftfahrtbehörde	730	+ 10
Bundesstiftung für die Wissenschaften	188	+ 29
Tennessee-Tal-Behörde (TVA)	103	+ 2
US Informationsamt (USIA)	138	+ 8
Justizverwaltung	56	+ 4
Chilenischer Wiederaufbau		+ 50
Bundesamt für allgemeine Verwaltungsdienste	496	+ 2
Bundesamt für Eigentum- und Wohnungsbaufinanzierung	728	+214
		2 322

Die von der Regierung Eisenhower veranschlagten Gesamtausgaben von	80 865
erhöhen sich damit um 2322 auf	83 187

II. Einnahmen *(in Millionen Dollar)*

Voranschlag der Regierung Eisenhower vom 16. Januar 1961	82 333
Von der Regierung Kennedy erwartete zusätzliche Einnahmen aus erhöhter wirtschaftlicher Tätigkeit	+ 900
	83 233

Diese Summe hätte nach den Worten *Kennedys* ausgereicht, um auch die von seiner Regierung vorgeschlagenen zusätzlichen Ausgaben zu decken. Die Regierung Kennedy ist jedoch „auf Grund realistischerer volkswirtschaftlicher Annahmen“ zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Einnahmen (einschließlich der erwarteten Mehreinnahmen von 900 Millionen Dollar) lediglich auf 81,433 Milliarden Dollar zu veranschlagen sind.

[1]) Im Bereich folgender Ministerien und Behörden wurden von der Regierung *Kennedy* keine Veränderungen vorgeschlagen: Legislative, Exekutivamt des Präsidenten, District of Columbia, Aufwendungen für unvorhergesehene Sonderfälle. Die hierfür veranschlagten Ausgaben sind ebenso wie die militärischen Ausgaben des Verteidigungsministeriums in der Summe von 80 865 Millionen Dollar enthalten. Die Regierung *Eisenhower* hatte für militärische Verteidigungsausgaben 44,66 Milliarden Dollar veranschlagt, davon für rein militärische Funktionen 41,84 Milliarden Dollar. Kennedy empfiehlt eine Erhöhung dieses Betrages um 1,954 Milliarden Dollar. Vgl. hierzu den Wortlaut des Verteidigungsprogramms der Regierung Kennedy auf S. D 252 ff.

Verteidigungsprogramm der Vereinigten Staaten

Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, an den amerikanischen Kongreß, vom 28. März 1961

Betrifft: Ueberprüfung der Verteidigungspolitik — Grundsätze der Verteidigungspolitik — Stärkung und Schutz der strategischen Abschreckung und Verteidigung — Abschreckung durch Raketen — Bomberabschreckungsmacht — Kontinentale Verteidigungs- und Warnsysteme — Kommando und Kontrolle der strategischen Abschreckungsmacht — Stärkung der Kapazität zur Abschreckung oder Einstellung begrenzter Kriege — Einsparungen.

Als Oberbefehlshaber der bewaffneten Streitkräfte der USA und auf Grund meiner Sorge um die Sicherheit unseres Landes in der Gegenwart und in der Zukunft hat mich seit der Uebernahme meines Amtes keine politische Einzelfrage mehr beschäftigt als die, ob unsere augenblicklichen und unsere geplanten Streitkräfte ausreichen, um die Hauptziele unserer nationalen Sicherheit zu verwirklichen.

Im Januar ordnete ich gewisse Aenderungen an, die sofort erforderlich waren, und beauftragte gleichzeitig den Verteidigungsminister, unsere gesamte Verteidigungsstrategie und -kapazität sowie unsere Verteidigungsverpflichtungen und -erfordernisse im Lichte der gegenwärtigen und der künftigen Gefahren zu überprüfen. Im Zuge dieser Analyse wurden der Außenminister sowie andere Stellen konsultiert, und ich persönlich habe ihre Berichte und Ratschläge sorgfältig geprüft.

Eine solche Analyse ist ganz offensichtlich eine gewaltige Aufgabe, und sie dauert noch an. Die Umstände und Verhältnisse lassen jedoch nicht zu, daß alle künftigen Maßnahmen während der zahlreichen Monate, die eine umfassende Analyse in Anspruch nehmen wird, einfach aufgeschoben werden. Wir können nunmehr die dringlichsten und augenfälligsten Empfehlungen unterbreiten, damit sie in den Haushalt des Finanzjahres 1962 aufgenommen werden.

Bedeutungsvolle Entscheidungen im Hinblick auf den Verteidigungshaushalt sind jedoch nicht möglich ohne vorherige verteidigungspolitische Entscheidungen, in denen sowohl die augenblicklichen strategischen Voraussetzungen als auch gewisse fundamentale Prinzipien ihren Ausdruck finden. Diese fundamentalen politischen Richtlinien oder Grundsätze, wie sie weiter unten aufgeführt werden, bilden die erforderliche Richtschnur und den Maßstab, an den sich alles Zivil- und Militärpersonal, das für unsere nationale Sicherheit eingesetzt ist, halten muß. Das folgende Budget soll — falls es vom Kongreß auf Grund seiner feierlichen Verpflichtung zur „Sicherstellung der gemeinsamen Verteidigung" verabschiedet wird — diese Voraussetzungen, wie wir sie jetzt sehen, in die Wirklichkeit umsetzen und einen neuen und klaren Kurs für unsere Sicherheit in einer Zeit wachsender Gefahren und ständiger Hoffnungen aufzeigen.

Grundsätze der Verteidigungspolitik

1. Das Hauptziel unserer Rüstung ist Frieden und nicht Krieg — sicherzustellen, daß unsere Waffen nie benutzt werden müssen — vor allen Kriegen abzuschrecken, seien es nun allgemeine oder begrenzte, mit Kernwaffen oder mit konventionellen Waffen geführte, große oder kleine Kriege — alle potentiellen Aggressoren davon zu überzeugen, das jeder Angriff töricht wäre — das Rückgrat für diplomatische Lösungen und Streitfragen zu schaffen — dafür zu sorgen, daß unsere Verhandlungsposition für eine Beendigung des Wettrüstens stark genug ist. Die Grundprobleme, vor denen die Welt heute steht, sind nicht für eine militärische Lösung geschaffen. Weder unsere Strategie

noch unsere Haltung als Nation — und sicherlich nicht unsere Wirtschaft — dürfen von der ständigen Aufrechterhaltung einer großen militärischen Einrichtung abhängig werden. Unsere Verteidigungspolitik muß elastisch genug und unter Kontrolle sein, um mit unseren Bemühungen zur Erforschung aller Möglichkeiten in Einklang zu stehen, um jeden Schritt zur Verringerung der Spannungen tun zu können und um friedliche Lösungen sowie eine Sicherung der Rüstungsbegrenzungen zu erreichen. Die Diplomatie und die Verteidigung sind nicht mehr länger einander ausschließende Alternativen, von denen die eine herangezogen wird, wenn die andere fehlschlägt — beide müssen einander ergänzen.

Die so schwierige und so dringende Abrüstung ist seit 1945 so viel erörtert worden, jedoch konnte kein Fortschritt erzielt werden. Selbstbeschuldigungen sind in solchen Fällen selten nützlich, und wir unsererseits sind entschlossen, es erneut zu versuchen. Wenn wir dies tun, dann können wir feststellen, daß in der öffentlichen Auffassung beider Seiten während der letzten Jahre die Entschlossenheit, stark zu sein, mit der ausgesprochenen Bereitschaft, zu verhandeln, verbunden war. Was uns anbetrifft, so wissen wir, daß eine solche Haltung eine dialektische Wahrheit enthalten kann, und wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um dies in der Praxis zu beweisen. Dieser Haushalt steht in vollem Einklang mit unserem tiefen Wunsch nach ernsthaften Verhandlungen mit der anderen Seite über die Abrüstung. Wenn ein echter Fortschritt erreicht wird, dann wird in dem Maße, wie die Spannungen nachlassen, eine Verringerung in unserer Rüstung eintreten.

2. Unsere Waffen werden niemals gebraucht werden, um bei irgendeinem Angriff den ersten Schlag zu führen. Dies ist kein Eingeständnis der Schwäche, sondern eine Erklärung der Stärke. Dies entspricht unserer amerikanischen Tradition. Den Vorteil, den dies etwa einem Angreifer bieten könnte, müssen wir dadurch wettmachen, daß wir die Fähigkeit unserer Streitkräfte zu schneller und wirksamer Reaktion auf jeden etwaigen aggressiven Schritt so steigern, daß jeder potentielle Aggressor zur Ueberzeugung gelangt, ein derartiger Schritt würde sich — da zu kostspielig und unergiebig — nicht empfehlen. Im Falle eines allgemeinen Krieges würde diese Doktrin bedeuten, daß diese Reaktionsfähigkeit bei jenem Teil der Streitkräfte liegen muß, die einen ersten Angriff überstehen können. Wir stellen keine Streitkräfte auf, die für einen ersten Schlag gegen irgendeine andere Nation bestimmt sind. Wir werden niemals jemanden bedrohen oder einen Angriff provozieren oder verursachen — wenn aber eine Aggression stattfinden sollte, dann wird unsere Reaktion schnell und wirksam erfolgen.

3. Unsere Rüstung muß ausreichend sein, um unseren Verpflichtungen zu entsprechen, um unsere Sicherheit zu garantieren, ohne dabei durch willkürliche Begrenzungen im Haushalt gebunden zu sein. Unsere Nation kann es sich leisten, stark zu sein — sie kann es sich jedoch nicht leisten, schwach zu sein. Wir werden tun, was notwendig ist, um uns stark zu machen und uns stark zu erhalten. Wir müssen selbstverständlich jede Gelegenheit ausnutzen, um unsere militärischen Ausgaben auf Grund wissenschaftlicher oder organisatorischer Fortschritte, neuer strategischer Konzeptionen, wirksameren, überschaubareren und damit einsatzbereiteren Verteidigungseinrichtungen oder internationaler Abmachungen über die Kontrolle und Begrenzung der Rüstung zu reduzieren. Wir dürfen jedoch nicht vor zusätzlichen Kosten zurückschrecken, wo diese notwendig sind. Die Mehrausgaben von 650 Millionen Dollar für das Haushaltsjahr 1962, die von mir heute empfohlen werden, sind, wenngleich relativ klein, doch zu dringend, um von einem Haushalt bestimmt zu werden, der zum großen Teil vor dem Abschluß oder der Ueberprüfung unserer Verteidigung ausgearbeitet worden ist. Es ist sogar so, daß auf lange Sicht die Auswirkung all dieser Veränderungen, die ich empfehle, für einen sparsamen Haushalt sorgen werden. Ich kann jedoch nicht versprechen, daß wir in den kommenden Jahren nicht bereit sein müssen, noch mehr für das auszugeben, was einfach unabdingbar ist. Viel wird davon abhängen, welchen Kurs andere Nationen verfolgen. In Pro-

zenten unseres Bruttosozialprodukts ausgedrückt, als Anteil an unserem Gesamtbudget und im Verhältnis zu unseren nationalen Anstrengungen in früheren Kriegszeiten liegt diese Zunahme der Verteidigungsausgaben immer noch wesentlich unter dem, was unsere Bürger für eine Garantie ihrer Sicherheit zu tun bereit waren und heute zu tun in der Lage sind — eine Garantie, die wir hoffentlich nie brauchen werden — eine Garantie, die wir uns aber trotzdem erkaufen müssen.

4. Unsere Rüstung muß zu allen Zeiten, im Kriege wie im Frieden, einer zivilen Kontrolle und einem zivilen Kommando unterstehen. Die grundsätzlichen Entscheidungen über unsere Beteiligung an irgendeinem Konflikt und unsere Reaktion auf irgendeine Drohung — einschließlich aller Entscheidungen bezüglich der Anwendung von Kernwaffen oder der Ausweitung eines kleinen Krieges in einen großen — werden durch die ordnungsgemäß eingesetzten zivilen Behörden getroffen werden. Dies erfordert wirksame und geschützte Organisationen, Verfahren, Einrichtungen und Nachrichtenverbindungen im Falle eines Angriffes auf dieses Ziel, ebenso wie Verteidigungsmaßnahmen, die darauf angelegt sind, wohldurchdachte und dem Zweck entsprechende Entscheidungen durch die zivilen Behörden zu garantieren. Diese Botschaft und dieses Budget spiegeln dieses grundlegende Prinzip ebenfalls wider. Der Verteidigungsminister und ich haben den ernsten Rat unserer erfahrenen militärischen Berater und vieler anderer angehört — und sie unterstützen praktisch die große Mehrheit der in diesem Budget niedergelegten Entscheidungen. Ich habe jedoch niemandem die Verantwortung für die Entscheidungen übertragen, die mir durch die Verfassung auferlegt worden sind.

5. Unsere strategische Rüstung und Verteidigung muß ausreichend sein, um vor jedem absichtlichen Kernwaffenangriff auf die Vereinigten Staaten oder unsere Verbündeten abzuschrecken — indem jedem potentiellen Aggressor klargemacht wird, daß ausreichende Vergeltungskräfte in der Lage sein werden, einen ersten Schlag zu überstehen und seine Verteidigung zu durchdringen, um ihm untragbare Verluste zuzufügen. Wie ich in einer Ansprache vor dem Senat vor etwa 31 Monaten angedeutet habe, hängt diese Abschreckungsstärke nicht von einem einfachen Vergleich der etwa vor einem Angriff verfügbaren Raketen ab. Es ist seit einigen Jahren öffentlich eingestanden worden, daß unsere Nation bezüglich der Raketenstärke in der Welt nicht führend war. Darüber hinaus werden wir in einem Konflikt niemals zuerst zuschlagen. Aber was wir haben und was wir weiterhin haben müssen, ist die Fähigkeit, einen ersten Schlag zu überleben und mit vernichtender Gewalt zu antworten. Diese Abschreckungsstärke hängt nicht nur von der Zahl unserer Raketen und Bomber ab, sondern von ihrer Einsatzbereitschaft, ihrer Fähigkeit, einen Angriff zu überstehen, und der Elastizität und Genauigkeit, mit der wir sie kontrollieren können, um unsere nationalen Zielsetzungen und strategischen Ziele zu erreichen.

6. Die Stärke und Gruppierung unserer Streitkräfte zusammen mit denen unserer Verbündeten sollte machtvoll und beweglich genug sein, um eine stetige Aushöhlung der freien Welt durch begrenzte Kriege zu verhindern; und diese Rolle sollte die Hauptaufgabe unserer Streitkräfte im Ausland bilden. Nichtatomare Kriege und eine begrenzte oder Partisanenkriegführung haben seit 1945 die akuteste und konstanteste Bedrohung der Sicherheit der freien Welt dargestellt. Jene Einheiten unserer Streitkräfte, die in Uebersee stationiert oder für den Einsatz in Uebersee bestimmt sind, können am besten auf eine Abschreckung oder Begrenzung solcher Konflikte hin ausgerichtet werden, die einen allgemeinen nuklearen Angriff nicht rechtfertigen und nicht zu einem solchen führen dürfen. Im Falle einer größeren Aggression, die mit konventionellen Streitkräften nicht zurückgewiesen werden könnte, müssen wir zu jeder entsprechenden Maßnahme, mit welchen Waffen auch immer, bereit sein. Aber unser Ziel ist es, jetzt die Fähigkeit, unsere Antwort auf nichtatomare Waffen zu beschränken, zu stärken und den Anreiz für eine begrenzte Aggression dadurch zu vermindern, daß wir ganz klarmachen, was wir mit unserer Antwort erreichen werden. In den meisten Teilen

der Welt muß die Hauptlast der örtlichen Verteidigung gegen offenkundige Angriffe, Unterwanderung und Partisanenkriegführung auf der örtlichen Bevölkerung und den örtlichen Streitkräften ruhen. Aber angesichts der großen Wahrscheinlichkeit und des Ernstes dieser Drohung müssen wir zu einem wesentlichen Beitrag in Form starker, überaus beweglicher und für diese Art von Kriegführung ausgebildeter Streitkräfte — von denen ein Teil in vorgeschobenen Gebieten stationiert ist — bereit sein. Diese müssen den wesentlichen Anforderungen eines Luft- und Seetransportes genügen und über im voraus angelegte Versorgungsstützpunkte in Uebersee verfügen.

7. Unsere Verteidigungsposition muß sowohl flexibel wie auch entschlossen sein. Jeder potentielle Aggressor, der einen Angriff auf irgendeinen Teil der freien Welt, sei es mit konventionellen oder mit nuklearen Waffen, in Erwägung zieht, muß wissen, daß unsere Reaktion der Herausforderung entspricht, auf bestimmte Ziele konzentriert schnell sowie wirksam erfolgen wird.

Wenn der Aggressor auch über das genaue Wie und Wo unserer Reaktion im unklaren sein mag, so darf doch keinerlei Unsicherheit über unsere Entschlossenheit und Fähigkeit herrschen, alle für die Erfüllung unserer Verpflichtungen etwa notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Wir müssen in der Lage sein, überlegte Entscheidungen in bezug auf Waffen und Strategie zu treffen, das Tempo unserer Produktion zu wechseln und die Ausrichtung unserer Streitkräfte so zu verändern, daß sie den schnell wechselnden Umständen oder Zielen in kürzester Frist und unter allen Umständen gerecht zu werden vermögen. Unsere Waffensysteme müssen so verwendbar sein, daß sie eine genaue Beratung und Entscheidung in bezug auf den Zeitpunkt, das Ausmaß und die Zielsetzung entsprechend den von den Zivilstellen getroffenen Entscheidungen gestatten, und unsere Verteidigung muß gegen einen ersten Ueberraschungsschlag gefeit sein. Geld für den Aufbau einer Produktionskapazität auszugeben und Entwicklungsprojekte zu beginnen, die vielleicht niemals genutzt werden — so wie es in diesem Budget vorgeschlagen wird — heißt eine Versicherung eingehen, bei der einem später Alternativlösungen offenstehen.

8. Unsere Verteidigungsposition muß so gestaltet werden, daß durch sie die Gefahr eines aus irrationalen Motiven entspringenden oder unbeabsichtigten allgemeinen Krieges verringert wird — die Gefahr einer unnötigen Ausweitung eines kleinen Krieges in einen größeren oder der falschen Einschätzung oder falschen Interpretierung eines Zwischenfalles oder der gegnerischen Absichten. Unsere auf diplomatischem Wege unternommenen Anstrengungen, um Abkommen zur Verhinderung eines Ueberraschungsangriffes sowie zur Unterbindung der Verbreitung von Atomwaffen zu erreichen — ja, alle unsere Anstrengungen zur Beendigung des Wettrüstens —, laufen auf dieses Ziel hinaus. Wir werden uns um eine Verbesserung der Kontakte zwischen allen Ländern bemühen, um unsere eigenen Absichten und unsere Entschlossenheit klarzumachen und zu verhindern, daß irgendein Land die Reaktion irgendeines anderen unterschätzt, wie dies so oft in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Darüber hinaus müssen unsere eigenen Maßnahmen auf militärischem Gebiet gegen die Möglichkeit unbeabsichtigter, einen Krieg auslösender Zwischenfälle abgeschirmt werden. Aber, was noch wichtiger ist, wir müssen sicherstellen, daß unsere Vergeltungsstärke sich nicht auf Entscheidungen aufbaut, die auf Grund nuklearer Verhältnisse gefällt wurden oder einen katastrophalen Fehler zulassen.

Es wäre zu diesem Zeitpunkt oder in dieser Botschaft auch nicht angebracht, unsere Stärke übertrieben darzustellen oder sich lang und breit über unsere Erfordernisse und die Gefahren auszulassen. Es genügt wohl, zu sagen, daß die jetzt folgenden haushaltsmäßigen Empfehlungen zusammen mit anderen politischen, organisatorischen und hiermit in Zusammenhang stehenden Aenderungen und gegenwärtig im Gange befindlichen administrativen Studien eine Erhöhung der Stärke, Flexibilität und Kontrolle

unserer Verteidigungseinrichtungen entsprechend den oben dargelegten politischen Richtlinien bezwecken sollen.

Stärkung und Schutz unserer strategischen Abschreckung und Verteidigung

A. Verbesserung unserer Abschreckung durch Raketen

Da wir eine Macht sind, die niemals den ersten Schlag führen wird, muß unsere Hoffnung auf irgend etwas einer absoluten Abschreckung Nahekommendes auf Waffen beruhen, die von verborgenen beweglichen oder unverwundbaren Stützpunkten her operieren, so daß sie durch einen Ueberraschungsangriff nicht vernichtet werden können. Eine auf einer ausreichenden Zahl solcher Waffen beruhende Abschreckungskapazität würde jeden Aggressor vor einem tatsächlichen Angriff oder sogar der Androhung eines Angriffes abschrecken — eines Angriffes, von dem er wissen muß, daß er nicht genügend unserer Streitkräfte treffen oder vernichten könnte, um seine eigene Vernichtung zu verhüten.

1. Polaris. Die Fähigkeit der atomgetriebenen Polaris-Unterseeboote, für lange Zeitspannen tief unter der Meeresoberfläche zu operieren und ihre ballistischen mit Kernwaffen ausgerüsteten Feststoffraketen in getauchtem Zustand abzuschießen, gibt diesem Waffensystem einen sehr hohen Grad an Beweglichkeit und Tarnung und macht es praktisch gegen einen Angriff mit ballistischen Raketen immun.

Angesichts des bisher erreichten hohen Maßes an Erfolg bei seiner Entwicklung, Produktion und Operation empfehle ich nachdrücklich, daß das Polaris-Programm stark ausgeweitet und beschleunigt wird. Ich habe bereits früher, wie ich in meiner „Botschaft über die Lage der Nation" mitgeteilt habe, das Verteidigungsministerium angewiesen, das Programm für das Haushaltsjahr 1961 so zu erweitern, daß statt des Baubeginns von fünf Unterseebooten nunmehr mit dem Bau von zehn Booten begonnen und die Auslieferung dieser und anderer noch im Bau befindlicher Polaris-Unterseeboote beschleunigt wird. Diese Maßnahme wird dafür sorgen, daß fünf weitere einsatzbereite Unterseeboote etwa neun Monate früher, als vorher geplant, zur Verfügung stehen werden.

Für das Haushaltsjahr 1962 empfehle ich den Bau von zehn weiteren Polaris-Unterseebooten, wodurch sich die Gesamtzahl auf 29 plus einem weiteren Tender erhöhen würde. Diese zehn Unterseeboote sollen ebenso wie die für das Haushaltsjahr 1961 vorgesehenen zehn Boote in dem Tempo von einem Boot pro Monat oder zwölf im Jahr — beginnend im Juni 1963 — ausgeliefert werden, verglichen mit der früheren Rate von fünf Booten pro Jahr. Nach diesem Plan kann eine Streitmacht von 29 Polaris-Unterseebooten fertiggestellt werden und zwei Monate vor dem Zeitpunkt auf See sein, an dem das gegenwärtige Programm 19 Boote bereitgestellt hätte und zwei Jahre früher, als dies mit der alten Rate von fünf Boten pro Jahr möglich gewesen wäre. Diese 29 Unterseeboote werden, jedes voll mit Raketen ausgestattet, eine gewaltige Abschreckungsmacht darstellen. Je eher sie auf ihren Stationen sind, desto sicherer werden wir sein. Unser Nachdruck auf eine Waffe, die sich in erster Linie durch ihre Unverletzlichkeit auszeichnet, ist ein weiterer Beweis für die Tatsache, daß unsere Haltung als Nation defensiv und nicht aggressiv ist.

Ich empfehle ferner, daß die Entwicklung des Langstreckentyps A-3 der Polaris beschleunigt wird, damit dieser Typ ein Jahr früher zur Verfügung steht; und möglicherweise Einsparungen in der Beschaffung des A-2-Systems gemacht werden können.

Diese weiterreichende Rakete mit verbesserter Durchschlagskraft wird die operative Elastizität der Polaris-Streitmacht weitgehend verbessern und ihre Anfälligkeit gegen an der Küste stationierte Unterseeboot-Abwehrmaßnahmen reduzieren. Schließlich müssen wir die Zuwendungen für Polaris-Raketen für Uebungsschießen erhöhen, um systematisch Uebungseinsatzdaten sammeln zu können und um die operative Zuverlässigkeit festzustellen und zu verbessern.

Die Erhöhungen für dieses Programm einschließlich der fünfzehn Millionen Dollar an neuen Ausgabeermächtigungen für zusätzliche Mannschaften stellen den Hauptanteil der Budgeterhöhungen dar. 1,34 Milliarden Dollar an neuen Ausgabeermächtigungen auf voll finanzierter Basis über eine Zeitspanne von vier Jahren, wobei nur 270 Millionen Dollar an Ausgaben für das Haushaltsjahr 1962 anfallen. Ich betrachte dies als eine kluge Investition für unsere Zukunft.

2. Minuteman. Eine weitere strategische Rakete, die im Rahmen unserer Abschrekkungsmacht eine Hauptrolle spielen wird und in hohem Maße sicher gegen einen ballistischen Raketenangriff ist, ist die Feststoffrakete vom Typ Minuteman. Diese Rakete soll von gut verteilten stationären Abschußbasen und schließlich auch von Eisenbahnfahrzeugen aus eingesetzt werden. Auf Grund der bisher durchgeführten erfolgreichen Versuche und der Bedeutung dieser Rakete für unsere Gesamtstrategie empfehle ich folgende Maßnahmen:

Erstens: Gewisse Konstruktionsänderungen zur Verbesserung der Verläßlichkheit, der Steuerungs- und Zielsicherheit, der Reichweite und des Wiedereintritts dieser Rakete sollten durch die Bewilligung weiterer Mittel für Forschungs- und Entwicklungszwecke früher als ursprünglich geplant ermöglicht werden.

Zweitens: Wie im Falle der Polaris sollten auch hier in großzügigerer Weise Raketen zum Probeabschießen zur Verfügung gestellt werden, damit schneller Angaben über die Erfahrungen im Einsatz gesammelt werden können.

Drittens: Die drei beweglichen Minuteman-Staffeln, für die Mittel im Januar-Budget eingesetzt worden sind, sollten vorläufig zurückgestellt und durch drei mehr an feste Stützpunkte gebundene Staffeln ersetzt werden (wodurch die Gesamtzahl der zusätzlichen Raketen um etwa zwei Drittel erhöht würde). Die Entwicklungsarbeit an dem beweglichen Typ wird fortgesetzt.

Viertens: Die Kapazität der Minuteman-Produktion sollte verdoppelt werden, um uns in die Lage zu versetzen, rascher einen noch höheren Stand der Stärke zu erreichen, falls die künftigen Verhältnisse eine Verdoppelung unserer Produktion erforderlich machen sollten. Bezüglich des künftigen Potentials anderer Staaten besteht eine große Ungewißheit — ebenso bezüglich der letzten Ergebnisse der Auseinandersetzungen, die gegenwärtig in vielen Unruheherden in der Welt vor sich gehen, sowie bezüglich der künftigen technischen Durchbrüche, die uns oder irgendeiner anderen Nation gelingen könnten. Angesichts dieser großen Ungewißheit ist es entscheidend wichtig, daß wir uns auch hier ein Versicherungsdenken zu eigen machen und unsere Risiken in Grenzen halten, indem wir uns Optionen oder Alternativen erkaufen. Wir können die Anlaufzeiten verkürzen, indem wir jetzt schon eine zusätzliche Produktionskapazität in Wartestellung sicherstellen, die vielleicht niemals oder nur teilweise genutzt wird, und indem wir zusätzliche Stützpunkte schaffen, deren Errichtung vielleicht, wie der Gang der Ereignisse zeigen mag, ohne weiteres auf das nächste Haushaltsjahr hätte verschoben werden können. Aber eine solche Auswegmöglichkeit ist die zusätzlichen Kosten gut und gerne wert.

Insgesamt werden diese Empfehlungen für den Minuteman über den Voranschlag im Januar-Budget hinaus zusätzliche Kosten von 96 Millionen Dollar an neuen Ausgabeermächtigungen erfordern.

3. Skybolt. Ein weiterer Raketentyp, dessen völlige Ausschaltung durch einen feindlichen Angriff noch unwahrscheinlicher ist, ist die Luft-Boden-Rakete, die von einem Flugzeug mitgeführt wird, das gestartet sein kann, noch bevor ein Angriff beginnt. Die Skybolt ist eine aus der Luft gestartete Langstrecken-Feststoff-Rakete mit einem Kernsprengkopf und kann von den Bombern vom Typ B-52 und den britischen V-Bombern mitgeführt werden. Die erfolgreiche Entwicklung und Produktion dieser Rakete kann die nützliche Existenz unserer Bomber in das Raketenzeitalter ausdehnen,

und die Reichweite dieser Rakete ist der der gegenwärtigen Hound-Dog-Raketen weit überlegen.

Ich empfehle, daß zusätzlich fünfzig Millionen Dollar an neuen Ausgabeermächtigungen in das Budget für 1962 aufgenommen werden, um eine normale Weiterführung dieses Programms zu gewährleisten.

B. Schutz unserer Bomberabschreckungsmacht

Der für unsere ballistische Raketenstreitmacht vorgesehene beträchtlich raschere Entwicklungsgang schließt die Notwendigkeit für bemannte Bomber nicht aus — obwohl im Januar-Budget für die weitere Beschaffung schwerer Bomber vom Typ B-52 und mittlerer Bomber vom Typ B-58 keine Mittel eingesetzt wurden und ich ebenfalls keine anfordere. Unsere bestehende Bomberstreitmacht stellt für die Zeit bis zum Abschluß unseres ausgeweiteten Raketenprogramms unsere wichtigste Hoffnung für die Abschreckung vor einem Angriff dar. Jedoch können nur solche Flugzeuge, die im Falle eines ihre Stützpunkte treffenden Ueberraschungsangriffes nicht am Boden zerstört werden, als eine in ausreichendem Maße unverletzliche Abschreckungsmacht für einen Aggressor betrachtet werden.

Ich empfehle daher die folgenden Maßnahmen zum Schutz unserer Abschreckungs-Bomberwaffe:

Erstens: Einsatzbereitschaft in der Luft. Der Teil unserer Streitkräfte, der sich ständig in der Luft befindet, ist eindeutig der am wenigsten verwundbare. Ich ersuche um Mittel zur Fortsetzung der Lehr- und Uebungsflüge im derzeitigen Ausmaß und zum völligen Ausbau der Alarmbereitschaft und der Einrichtungen, die benötigt werden, um ein Achtel unserer gesamten schweren Bomberwaffe jederzeit einsatzfähig in der Luft zu haben. Ich empfehle außerdem nachdrücklich, den Abschnitt 512 (B) des Bewilligungsgesetzes für das Verteidigungsministerium für das Jahr 1961 erneut in Kraft zu setzen. Hierdurch wird der Verteidigungsminister ermächtigt, die Kosten für eine volle Einsatzbereitschaft in der Luft als eine vom Kongreß bewilligte Defizitausgabe zu billigen — falls der Präsident dies für notwendig erachtet.

Zweitens: Verstärkung der Bodeneinsatzkräfte und der Fliegeralarmanlagen. Die auf den Flugfeldern alarmbereit stehenden und in 15 Minuten einsatzfähigen strategischen Bomber sind auch in einem hohen Maße gegen jeden Vernichtungsschlag geschützt, vorausgesetzt daß sie rechtzeitig und in angemessener Weise gewarnt werden können. Ich empfehle daher, daß die Zahl unserer B-52- und B-47-Bomber, die auf den Flugfeldern einsatzbereit stehen, soweit erhöht wird, daß etwa die Hälfte unserer gesamten Bomberstreitmacht alarmbereit ist. Außerdem sollten Bombenmeldegeräte und Bomben-Alarmanlagen an den Hauptwarnungs- und Verbindungspunkten aller SAC-Stützpunkte (Strategic Air Command) geschaffen werden, um sicherzustellen, daß eine zuverlässige Vorwarnung im Falle eines Ueberraschungsangriffes gegeben werden kann. 45 Millionen Dollar an neuen Ausgabeermächtigungen würden zur Bestreitung der Kosten dieser Maßnahmen ausreichen.

C. Verbesserung unserer kontinentalen Verteidigungs- und Warnsysteme

Auf Grund der Geschwindigkeit und der Vernichtungskraft der Interkontinentalraketen und der Geheimhaltung, mit der sie gestartet werden können, ist eine rechtzeitige Warnung vor jedem potentiellen Angriff von entscheidender Bedeutung nicht nur für die Erhaltung unserer Bevölkerung, sondern auch für die Erhaltung eines ausreichenden Teiles unserer militärischen Streitkräfte — wodurch ein solcher Angriff vor seinem Beginn abgeschreckt wird. Jeder Angreifer weiß nämlich, daß jede zusätzlich gewonnene Minute bedeutet, daß ein größerer Teil unserer Vergeltungsstreitkraft zum Einsatz gebracht werden kann, bevor er am Boden zerstört werden könnte. Wir müssen daher sicher gehen, daß jeder nur gangbare Schritt getan wird, um eine solche Warnung zu garantieren.

Als Ergänzung des Interkontinentalraketen-Frühwarnsystems (BMEWS), dessen Aufbau gegenwärtig so rasch wie möglich vorangetrieben wird, soll das auf Satelliten beruhende und zur Zeit noch in der Entwicklung befindliche Midas-System durch Feststellung der Raketen unmittelbar nach ihrem Start eine Warnzeit von etwa dreißig Minuten ermöglichen. Zusammen mit dem BMEWS-System würde das Midas-System die Garantie und Zuverläsigkeit einer zeitgerechten Warnung wesentlich erhöhen. Ich empfehle, daß eine zusätzliche Ausgabeermächtigung von 60 Millionen Dollar in das Budget für 1962 aufgenommen wird, um den Abschluß der Entwicklungsphase des Midas-Programms zu beschleunigen, wobei das Ziel in der Fertigstellung eines einsatzbereiten Systems zu einem früheren Zeitpunkt besteht.

Wir werden jedoch zumindest für die nächsten Jahre weiterhin für eine Verteidigung gegen den Angriff bemannter Bomber sorgen müssen. Ein solcher Angriff würde höchstwahrscheinlich mit einem Angriff mit ballistischen Raketen zusammenfallen oder darauf folgen, wobei der letztere auf die Ausschaltung unseres Bomberabwehr-Verteidigungssystems abzielen würde. Es müssen daher Maßnahmen ergriffen werden, um die Fähigkeit des Luftverteidigungssystems zu steigern, mit einem kombinierten Angriff fertigzuwerden. Ich empfehle demgemäß eine zusätzliche neue Ausgabeermächtigung von 23 Millionen Dollar für diesen Zweck im Budget für 1962.

D. Verbesserung im Kommando und bei der Kontrolle unserer strategischen Abschreckungsmacht

Die zum Anfang dieser Botschaft umrissenen politischen Grundsätze legen einen neuen Nachdruck auf ein verbessertes Kommando und eine verbesserte Kontrolle, die elastischer, den jeweiligen Zwecken besser angepaßt sowie gezielter und besser geschützt sind und zu allen Zeiten letztlich der zivilen Behörde unterstehen sollen. Dies erfordert nicht nur die Entwicklung und Installierung neuer Geräte und neuer Einrichtungen, sondern — was noch wichtiger ist — die erhöhte Aufmerksamkeit bezüglich aller organisatorischen und verfahrensmäßigen Vorkehrungen für den Präsidenten und andere. Die in diesen Empfehlungen vorgesehenen unverletzlichen und ständigen Kommandostände und Fernmeldezentralen (die zusätzliche Ausgabeermächtigungen von 16 Millionen Dollar erfordern) sind nur der Anfang einer großen, jedoch unbedingt lebenswichtigen Anstrengung zur Erlangung eines wirklich einheitlichen, das ganze Land umfassenden, unzerstörbaren Systems, das eine Befehlsgebung auf hoher Ebene, die Fernmeldeverbindungen und eine Kontrolle sowie eine ordnungsgemäß gebilligte Antwort unter allen Umständen sicherstellt.

E. Weltraum- und Forschungsprogramme

Es besteht eine Reihe anderer Weltraum- und Forschungsprogramme, die mit unseren strategischen und kontinentalen Luftverteidigungsstreitkräften in Zusammenhang stehen und meiner Ansicht nach zusätzliche Unterstützung erfordern. Zu diesen gehören Raketenabwehr- und -Angriffseinrichtungen, Dynasoar, Advent, Defender, Discoverer und gewisse andere Programme. Zu ihrer Finanzierung werden zusätzlich 226 Millionen Dollar an neuen Ausgabeermächtigungen gefordert.

Stärkung unserer Kapazität zur Abschreckung oder Einschränkung begrenzter Kriege

Die Sicherheit der freien Welt kann nicht nur durch einen Atomangriff gefährdet werden, sondern auch dadurch, daß sie ungeachtet unserer strategischen Macht durch Kräfte der Subversion, der Infiltration, der Einschüchterung, der indirekten oder versteckten Aggression, der inneren Revolution, der diplomatischen Erpressung, der Partisanenkriegführung oder einer Reihe begrenzter Kriege von der Peripherie her langsam zerstört wird.

In diesem Bereich örtlicher Kriege müssen wir uns zwangsläufig auf die kooperativen Anstrengungen anderer Völker und Nationen verlassen, die unsere Interessen und Be-

lange teilen. Ja, ihre Interessen sind in solchen Konflikten viel häufiger direkt betroffen. Die Völker mit Selbstvertrauen sind auch die, denen man am leichtesten helfen kann — und aus diesen Gründen müssen wir unser militärisches Hilfeprogramm, das ich in meiner bereits unterbreiteten Botschaft über die Auslandshilfe erörtert habe, weiterführen und neu gestalten.

Um jedoch unseren eigenen umfangreichen Verpflichtungen und den erforderlichen Verbesserungen bei den konventionellen Streitkräften gerecht zu werden, schlage ich folgendes vor:

A. Eine Stärkung der Kapazität, um einer begrenzten und Partisanenkriegführung begegnen zu können.

Begrenzte militärische Abenteuer und Bedrohungen für die Sicherheit der freien Welt, die nicht groß genug sind, um die Bezeichnung „Begrenzter Krieg" zu rechtfertigen. Wir benötigen eine größere Fähigkeit, um mit Guerilla-Truppen, Rebellionen und der Subversion fertigzuwerden. Ein großer Teil unserer auf die Ausbildung im Partisanenkampf und in der Partisanenabwehr verwandten Bemühungen war in der Vergangenheit auf einen allgemeinen Krieg zugeschnitten. Wir müssen jetzt vorbereitet sein, mit Kräften jeder Größenordnung — einschließlich kleiner, von außen her unterstützter Gruppen von Männern — fertigzuwerden; und wir müssen dazu beitragen, daß die örtlichen Streitkräfte eine in gleicher Weise wirksame Ausbildung erhalten.

B. Erweiterung der Forschung bei nichtatomaren Waffen

Der überwiegende Anteil unserer Verteidigungsforschung entfiel auf einige ausgewählte Schwerpunktgebiete höchsten Vorrangs — strategische Systeme, Luftverteidigung und Weltraum. Doch die Technik verheißt ebenfalls außerordentliche Verbesserungen auf dem Gebiet der nichtatomaren Waffen, und es ist wichtig, daß wir auch bei diesen Entwicklungen an der Spitze bleiben. Was wir brauchen, sind vollkommen neue Arten nichtatomarer Waffen und Ausrüstungen — die eine höhere Feuerkraft, Beweglichkeit und elektronische Ausrüstung besitzen und besser für alle die Arten von Aufgaben geeignet sind, denen sich unsere Streitkräfte für begrenzte Kriege wahrscheinlich gegenübersehen werden. Ich rechne hierzu die Unterseebootabwehr genauso wie die Operationen zu Lande und in der Luft. Ich empfehle daher weitere 122 Millionen Dollar an neuen Ausgabeermächtigungen zur Beschleunigung der entsprechenden Forschungs- und Entwicklungsprogramme, die zur Zeit durchgeführt werden, sowie zur Inangriffnahme völlig neuer Programme.

C. Erhöhung der Beweglichkeit der konventionellen Streitkräfte

Unsere Fähigkeit, Streitkräfte von beträchtlicher Zahl in kürzester Frist verlegen und in einem oder auch in mehreren Krisengebieten mit Nachschub versorgen zu können, könnte uns der Notwendigkeit für eine viel größere Aktion zu einer späteren Zeit entheben. Entsprechend meiner früher gegebenen Anweisung hat der Verteidigungsminister Schritte unternommen, um die Produktion von Transportflugzeugen zu beschleunigen und zu verstärken. Während des Finanzjahres 1962 werden insgesamt 129 neue, moderne Transportmaschinen mit einem größeren Aktionsradius gebaut werden, während früher nur 50 in dem Programm vorgesehen waren. Weitere 172 Millionen Dollar an neuen Ausgabeermächtigungen werden im Budget 1962 eingeplant werden müssen, um dieses erweiterte Programm zu finanzieren. Diese zusätzlichen Flugzeuge werden mithelfen, den Erfordernissen unseres Lufttransportwesens zu genügen, bis dann die speziell als Langstreckentransportflugzeug konstruierte Düsenmaschine C-141 zur Verfügung stehen wird. Für dieses Programm wurde bereits eine Kontraktfirma gewonnen, und die aktive Entwicklungsarbeit wird in Kürze beginnen. Das Januar-Budget enthält bereits angemessene Beträge zur Finanzierung dieses Programmes während des kommenden Finanzjahres.

Ich empfehle weiter in dieser Botschaft eine neue Ausgabeermächtigung in Höhe von 40 Millionen Dollar für den Bau zusätzlicher amphibischer Transportfahrzeuge eines neuen Typs, durch die sowohl die Schnelligkeit als auch die Verwendungsmöglichkeiten des Seetransportpotentials des Marinekorps erhöht würden, sowie 84 Millionen Dollar an neuen Ausgabeermächtigungen für das Schiffsumbau- und Modernisierungsprogramm der Marine, wodurch eine zahlenmäßige Erhöhung der Werftüberholungen (wie auch ein besserer Stand der Pflege der Marineflugzeuge) ermöglicht würde.

Die zusätzliche Transportkapazität genügt jedoch nicht für eine rasche Anpassung an die jeweiligen Umstände. Ich empfehle daher neue Ausgabeermächtigungen in Höhe von 230 Millionen Dollar für die verstärkte Beschaffung solcher Ausrüstungsgegenstände wie Hubschrauber, Gewehre, nichtnukleare moderne Waffen, elektronische und Fernmeldegeräte, verbesserte Artilleriemunition und Infanteriewaffen sowie Torpedos. Einige wichtige neue Entwicklungen bei Munition und Bomben können eine beträchtliche qualitative Verbesserung unserer Stärke in begrenzten Kriegen bedeuten.

D. Erhöhung des nichtnuklearen Potentials an Jagdflugzeugen

Bemannte Flugzeuge werden selbst während des Raketenzeitalters der Jahre 1965 bis 1975 für verschiedenartige begrenzte Kriegsaufgaben notwendig sein. Zielaufklärung, Vernichtung aller Arten von Zielen, wo außerordentliche Genauigkeit erforderlich ist, sowie die Kontrolle des Luftraums über feindlichem Territorium werden auch weiterhin Aufgaben sein, die am besten durch bemannte Flugzeuge durchgeführt werden können.

Das zu erwartende Veralten der Jagdflugzeuge der Marine und der Luftstreitkräfte bis 1965 zusammen mit der verringerten Zahl der verbliebenen Flugzeuge und ihrem zunehmenden Alter macht die Entwicklung eines modernen taktischen Jagdflugzeuges notwendig, bei dem der Nachdruck auf den nichtnuklearen Verwendungsmöglichkeiten liegt. Ich ersuche für diesen Zweck um 45 Millionen Dollar an neuen Ausgabeermächtigungen. In der Zwischenzeit empfehle ich neue Ausgabeermächtigungen in Höhe von 25 Millionen Dollar für die Modernisierung des taktischen Jagdflugzeuges vom Typ F-105, um die Kapazität dieser Maschine für die Ausrüstung mit konventionellen Waffen zu verbessern und ihre Brauchbarkeit für Landeplätze aller Arten zu erhöhen.

E. Erhöhung der Personalstärke, Verbesserung der Ausbildung und Bereitschaft der konventionellen Streitkräfte

Ich empfehle die Bereitstellung von 39 Millionen Dollar an neuen Ausgabeermächtigungen für die Erhöhung der Personalstärke der Armee, um die Partisanenkampfeinheiten erweitern und andere bestehende Einheiten auffüllen zu können, sowie eine Erhöhung beim Marinekorps, um es näher an die bewilligte Personalstärke heranzubringen. (Ferner erhält die Marine zusätzliches Personal für die Polaris-Einheiten und die Luftwaffe zum Ausbau ihres Warnsystems.) Insgesamt beläuft sich diese Erhöhung der Personalstärke auf 13 000 Mann. Ich empfehle ferner die Bewilligung von weiteren 25 Millionen Dollar an neuen Ausgabeermächtigungen für Zahlungen an ehemalige Militärpersonen.

Aber mehr Personal allein ist nicht genug. Ich empfehle daher zusätzliche 65 Millionen Dollar an neuen Ausgabeermächtigungen für eine verstärkte Bereitschaftsausbildung von Einheiten der Armee und der Luftstreitkräfte. Diese Mittel werden eine zusätzliche Manöverausbildung und zusätzliche Einsatzübungen für die Armee sowie Manöverübungen für die gemischten Lufteinsatzverbände und die Einheiten des militärischen Lufttransportdienstes ermöglichen. Wir sind uns über die Bedeutung von Manövern und Uebungen voll im klaren, beweisen wir doch damit unseren Freunden wie unseren Gegnern die Fähigkeit, in Krisenzeiten unsere Truppen schnell an Ort und Stelle zu bringen.

Durch Fortschritte ermöglichte Einsparungen

Das Ausschalten von Verschwendung, Arbeitsüberschneidung und überholter oder ungerechtfertigter Ausgaben im Verteidigungsbudget ist eine lange und mühselige Aufgabe, der spezielle Argumente und Interessen wirtschaftlicher, militärischer, technischer und anderer Sondergruppen entgegenstehen. Es gibt Hunderte von Möglichkeiten — von denen die meisten etwas für sich haben —, Milliarden von Dollar für die Verteidigung auszugeben. Es ist auch verständlich, daß jeder Kritiker an diesem Budget eine starke Neigung zu Einsparungen bei einigen Ausgaben haben wird — jedoch immer bei Ausgaben, die nicht seine Abteilung, seine Waffengattung, seine Fabrik oder seine Gemeinschaft betreffen.

Es müssen jedoch harte Entscheidungen getroffen werden. Unnötige Einrichtungen oder Projekte müssen abgeschafft werden. Die Verteidigungsstruktur muß durchgearbeitet, wirksam und schlagkräftig sein und sich immer an neue Möglichkeiten und Fortschritte und Planungen für die Zukunft anpassen.

Das nationale Interesse muß gegen die Sonder- und örtlichen Interessen in die Waagschale geworfen werden. Und es ist das nationale Interesse, das von uns fordert, unsere Verluste einzudämmen und jene Programme zu beschneiden, bei denen sehr schwache Aussichten die sehr hohen Kosten nicht mehr länger rechtfertigen.

Hierzu ist im einzelnen zu sagen:

1. Unsere Entscheidung, eine sehr beträchtlich größere Zahl an Feststoffraketen der zweiten Generation mit erhöhter Unverletzbarkeit (Polaris und Minuteman) zu erwerben, versetzt uns in die Lage, ohne Gefahr auf die beiden letzten ursprünglich vorgesehenen Staffeln der Titanraketen zu verzichten. Diese wären nicht vor 1964 und mit einem Kostenaufwand von 270 Millionen Dollar einsatzbereit geworden — also mit um ein Vielfaches höheren Kosten dessen, was wir für die Raketen vom Typ Minuteman ausgeben müssen, die wir während des gleichen Zeitraums erwerben und deren Zahl wir mit unserer vorhandenen Kapazität erhöhen könnten. Durch diese Anpassung können einhundert Millionen Dollar im Budget für 1962 eingespart werden.

2. Die Herausnahme einer Anzahl von Geschwadern der mittleren Bomber vom Typ B-47, die bereits geplant ist, wird beschleunigt werden, um sofort die ausgebildeten Mannschaften bereitzustellen, die für das ausgeweitete Bodenbereitschaftsprogramm notwendig sind. (Einsparungen für das Haushaltsjahr 1962 von 35 Millionen Dollar.)

3. Weiteres Personal wird auch durch die sofortige Abschaffung der luftstrahlgetriebenen, mit Unterschallgeschwindigkeit fliegenden Langstreckenrakete vom Typ „Snark" freigestellt — einer Rakete, die heute als überholt gilt und angesichts der Entwicklung der Interkontinentalraketen von nur geringem militärischem Wert ist. Die Rakete vom Typ „Snark" hat eine geringe Zuverlässigkeit und Reichweite, es fehlt die positive Kontrolle über ihren Start, und die gesamte Staffel ist auf einem ungeschützten Platz stationiert. (Einsparungen für das Haushaltsjahr 1962 von sieben Millionen Dollar.)

4. Das im Programm dieser Botschaft angestrebte Raketenpotential macht ferner die Entwicklung des bemannten Bombers vom Typ B-70 zu einem voll ausgebauten Waffensystem unnötig und wirtschaftlich nicht mehr vertretbar. Die B-70 stünde in operativ ins Gewicht fallenden Zahlen erst nach dem Jahre 1965 zur Verfügung. Bis zu diesem Zeitpunkt rechnen wir mit der Verfügbarkeit einer großen Zahl von ballistischen Interkontinentalraketen, die voll erprobt an Ort und Stelle stehen, sowie mit einer beträchtlichen Streitmacht an bemannten Bombern, die zum größten Teil mit Luft-Boden-Raketen ausgerüstet sind. Angesichts der außerordentlich hohen Kosten für das B-70-System, seiner geringen Chance als am Boden stationiertes System, einen Angriff zu überstehen, und seiner im Vergleich zu den Raketen größeren Verletzbarkeit in der

Luft hat seine Kapazität als System für den zweiten Schlag offensichtlich nicht genügend Vorteile gegenüber einem viel billigeren Raketensystem oder selbst gegenüber einem B-52-Bomber oder einem weiterentwickelten Bomber dieser Art, der mit der Skybolt-Rakete ausgerüstet ist, um die Anforderung von 358 Millionen Dollar für das Haushaltsjahr 1962 zu rechtfertigen.

Wir wissen jedoch, daß es immer noch Unsicherheiten in bezug auf die operativen Aspekte unserer geplanten Raketenstreitmacht gibt. Wir sind uns ferner darüber im klaren, daß eine kontrollierte Macht bemannter Bomber gewisse Vorteile mit sich bringt. Um die Möglichkeit zu behalten, eine solche Bombermacht zu entwickeln, falls es sich später herausstellen sollte, daß eine derartige Waffe erforderlich ist, empfehle ich, daß das B-70-Programm weitergeführt wird — und zwar im wesentlichen um die Probleme zu erforschen, die sich bei einer mit dreifacher Schallgeschwindigkeit fliegenden und als Bomber zu benutzenden Maschine ergeben — sowie mit der Entwicklung einer kleinen Zahl von Flugzeug-Prototypen und den damit in Zusammenhang stehenden Bombenzielgeräten fortgefahren wird. Wir sollten außerdem erforschen, welche Möglichkeiten für die Entwicklung eines bemannten Bombers bestehen, der speziell für Operationen in Räumen bestimmt ist, in denen beide Seiten über große Interkontinentalraketeneinheiten verfügen. Selbst auf einer derart begrenzten Basis wird das B-70-Projekt 1,3 Milliarden Dollar erfordern, ehe es im Jahre 1967 abgeschlossen ist. Etwa 800 Millionen Dollar sind bereits bereitgestellt, 220 Millionen Dollar sind jetzt für 1962 angefordert — das sind 138 Millionen weniger als der im Januar-Budget enthaltene Betrag — der Rest wird in den folgenden Jahren angefordert werden. Das gesamte Entwicklungsprogramm, das ich empfehle, wird 1,4 Milliarden Dollar weniger kosten als das früher geplante.

5. Nahezu fünfzehn Jahre und rund eine Milliarde Dollar sind auf den Versuch verwandt worden, ein atomkraftgetriebenes Flugzeug zu entwickeln. Die Möglichkeit, in absehbarer Zukunft ein in militärischer Hinsicht nützliches Flugzeug zu erhalten, ist immer noch sehr gering. Das Januar-Budget sah bereits eine starke Kürzung dieses Projektes vor, indem die Bemühungen durch Beschränkung auf nur einen der beiden in der Entwicklung befindlichen Motoren praktisch halbiert wurden, obwohl nicht klar wurde, um welchen Motor es sich handelt. Wir glauben, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo in dieser Angelegenheit eine klare Entscheidung getroffen werden muß. Indem wir diese Angelegenheit auf das Budget der Atomenergiekommission transferieren, wohin sie als nicht den Bereich der Verteidigung betreffendes Projekt gehört, schlagen wir vor, die Entwicklungsbemühungen in beiden Richtungen — das Atomantriebsaggregat, bestehend aus Reaktor und eigentlichem Motor, sowie die Gestalt des Flugzeuges — zu beenden und statt dessen die wissenschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Materialien von hoher Hitzebeständigkeit und der Hochleistungsreaktoren fortzusetzen, die in Zusammenhang mit den weitgesteckten Zielen der Atomenergiekommission bei der Reaktorenentwicklung stehen. Dazu gehört auch eine gewisse Arbeit an den vorhandenen Anlagen, wofür deren wissenschaftliche Arbeitsgruppen eingesetzt werden sollen. Dies bedeutet eine Einsparung von weiteren 35 Millionen Dollar im Verteidigungshaushalt für das Finanzjahr 1962, und zwar über den bereits im Januar reduzierten Betrag hinaus, und vermeidet zukünftige Ausgaben von zumindest einer Milliarde Dollar, die zur Erreichung des ersten Versuchsfluges notwendig gewesen wären.

6. Das Januar-Budget enthielt keine Beträge für die Weiterführung der Entwicklungsarbeiten an den „Missileer"-Jägern für den Flottenschutz der amerikanischen Marine, aber es waren Mittel für weitere Entwicklungsarbeiten an der „Eagle"-Rakete eingesetzt — die für die Missileer-Maschinen bestimmt ist —, da man hoffte, diese Rakete so gestalten zu können, daß sie auch von anderen Flugzeugen verwendet werden kann. Mir wurde jetzt berichtet, daß keine Aussicht für eine derartige andere Verwendung

der Rakete besteht, und ich habe daher angeordnet, das Projekt einzustellen, wobei schätzungsweise Einsparungen von fast 57 Millionen Dollar im Jahre 1961 und 1962 gemacht werden.

7. Auch der Plan, den Kreuzer „Long Beach" mit Polaris-Raketen zu bestücken, ist aufgegeben worden. Um wirksame Waffen in einem Atomkrieg zu haben, würde man die Dollar besser für die viel weniger verwundbaren Polaris-Unterseeboote ausgeben. In einem begrenzten Krieg aber wäre die Verwendbarkeit des Kreuzers dann gerade durch das Vorhandensein von Polaris-Raketen beschränkt. (Ersparnisse im Finanzjahr 1962: 58 Millionen Dollar.)

8. Schließlich wird durch den technischen Fortschritt nicht nur ein Veralten der eigentlichen militärischen Waffen, sondern auch der für ihren Einsatz konstruierten Anlagen bewirkt. Wir müssen auch weiterhin unsere nahezu 7000 militärischen Anlagen im Lichte unserer jetzt vorhandenen und in einem Notfall bestehenden Bedürfnisse überprüfen. Diejenigen Anlagen und Stützpunkte, die nicht länger gebraucht werden, müssen geschlossen und soweit möglich aufgegeben werden. Ich habe dem Verteidigungsminister entsprechende Anweisungen erteilt. Er hat bereits Schritte unternommen, um 73 derartige Anlagen im eigenen Land und im Ausland zu schließen, weil sie für uns gegenwärtig und auch künftig nicht mehr benötigt werden. Wir prüfen weiterhin, welche Einrichtungen sonst noch überflüssig geworden sind.

Ich weiß sehr wohl, daß diese Maßnahmen in vielen Fällen bei den betroffenen Gemeinden und den einzelnen Personen Härten schaffen werden. Wir können diese Aktion aber nicht einstellen, die Regierung wird jedoch alles nur Mögliche versuchen, um diese Härten zu mildern, und ich habe den Verteidigungsminister angewiesen, alles Erdenkliche zu tun, um die Schwierigkeiten für die Betroffenen zu verringern. Es ist jedoch schwierig bei so vielen Verteidigungs- und Budgeterfordernissen, die weitere Beibehaltung von militärischen Anlagen mit hohen Betriebs- und Personalkosten sowie Vermögenswerten zu rechtfertigen, wenn sie für die Verteidigung der Nation nicht länger erforderlich sind. Die Schließung solcher überflüssiger Einrichtungen im Ausland wird in vielen Fällen dazu beitragen, unser Zahlungsbilanzdefizit auszugleichen. Direkte Ersparnisse werden sich für das Jahr 1962 aus diesen Schließungen noch nicht ergeben, weil die Stillegung vorerst zusätzliche Mittel erfordert, und aus diesem Grunde sind im Budget für 1962 auch keine Abstriche vorgeschlagen worden. In den späteren Jahren werden sich allerdings beträchtliche Ersparnisse — etwa 220 Millionen Dollar im Jahr — daraus ergeben.

Ich schlage außerdem vor, daß 320 Millionen Dollar der erforderlichen Ausgabeermächtigung durch den Transfer von den derzeitigen Kapitalmitteln, die dem Verteidigungsministerium zur Verfügung stehen, bereitgestellt werden.

Zusammenfassung

Unsere militärische Position ist heute stark. Es müssen jedoch jetzt positive Maßnahmen getroffen werden, wenn wir in Zukunft die Art von Streitkräften haben wollen, die wir benötigen. Die Vorbereitung auf die Gefahr ist unsere Hoffnung auf Sicherheit. Die Veränderungen im Verteidigungsprogramm, die ich empfohlen habe, werden die Sicherheit unserer Nation in den vor uns liegenden gefährlichen Jahren wesentlich erhöhen. Es ist nicht angenehm, zum gegenwärtigen Zeitpunkt weitere Mittel für die nationale Sicherheit zu fordern. Wie ich nachdrücklich betont habe, sind wir an friedlichen Lösungen interessiert, an einer Verminderung der Spannungen, an der Beilegung von Streitfragen am Konferenztisch und nicht auf dem Schlachtfeld. Ich hoffe, daß diese Politik zur Erreichung dieser Ziele beitragen wird. Ich empfehle sie daher dem Kongreß und der Nation.

Quelle: *Amerika Dienst* (Kabel-Dienst) vom 3. Februar 1961.

Beratungen der Regierung der Vereinigten Staaten mit ihren Verbündeten über die internationale Lage

Die Beratungen der neuen amerikanischen Regierung mit ihren Verbündeten wurden durch eine Reise des Sonderbotschafters Averell *Harriman* eingeleitet, der vom 1. bis zum 24. März Paris, Bonn, Berlin, Rom, Teheran, Neu-Delhi und Karatschi besuchte. Der Vorsitzende des Ausschusses für NATO-Fragen im amerikanischen Außenministerium, Dean *Acheson,* traf am 9. April in Bonn mit Bundeskanzler Konrad *Adenauer* und am 20. April in Paris mit Staatspräsident Charles *de Gaulle* zusammen. In Washington empfing Präsident John F. *Kennedy* Ende Februar und Anfang März die Premierminister von Kanada, Australien und Neuseeland sowie den dänischen Ministerpräsidenten zu Meinungsaustauschen. In Anbetracht der Zuspitzung der Laos-Krise wurde für den 26. März 1961 kurzfristig ein Treffen zwischen Präsident *Kennedy* und Premierminister Harold *Macmillan* in Key West (Florida) anberaumt. Der geplante offizielle Besuch Macmillans in Washington fand vom 4. bis zum 7. April statt. Er gab Gelegenheit zu eingehenden Beratungen über internationale Probleme (vgl. den Wortlaut des Kommuniqués vom 4. April auf S. D 265 f.). Am 7. April gab Macmillan in einer Rede vor dem Massachusetts Institute of Technology einen Ueberblick über die Haltung der britischen Regierung zu außenpolitischen Fragen. (Vgl. S. D 266 ff.)

Präsident *Kennedy* setzte die Gespräche mit den Bündnispartnern am 12. und 13. April bei seinem Treffen mit Bundeskanzler *Adenauer* in Washington fort. In einem gemeinsamen Kommuniqué bekräftigen die Gesprächspartner den Standpunkt ihrer Regierungen, daß die Lösung der Deutschland-Frage nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes möglich ist. In dem Kommuniqué wird ferner betont, daß die NATO alle militärischen Mittel beibehalten und weiterentwickeln müsse, deren sie für eine wirksame Abschreckung bedarf. (Vgl. S. D 276 f.) Auf diesen Abschnitt des gemeinsamen Kommuniqués wies Bundeskanzler Adenauer in seiner Erklärung vor dem Bundestag am 21. April mit besonderem Nachdruck hin. (Vgl. S. D 277 ff.) Weitere Beratungen wird der amerikanische Präsident Mitte Mai in Washington mit dem Präsidenten der EWG-Kommission, Walter *Hallstein,* Ende Mai bei seinem Treffen mit Staatspräsident Charles *de Gaulle* in Paris und bei dem Besuch des italienischen Ministerpräsidenten, Amintore *Fanfani,* in Washington führen.

Kommuniqué vom 4. April 1961 über die Beratungen zwischen Präsident John F. Kennedy und Premierminister Harold Macmillan in Washington

Betrifft: Gefahren der Weltsituation — Atlantische Gemeinschaft und Stärkung der freien Welt — Zahlungsbilanzprobleme — Entwicklungshilfe — politische Einheit Europas — Südostasien — Einstellung der Kernwaffenversuche.

Wir haben eine Reihe offener und freundschaftlicher Besprechungen geführt. Wir haben die gegenwärtige Situation der Welt im allgemeinen und die Hauptprobleme der internationalen Beziehungen, die unsere beiden Länder betreffen, im besonderen erörtert. Wir kamen zu einem hohen Maß an Uebereinstimmung in bezug auf unsere Einschätzung des Wesens der Probleme, vor die wir uns gestellt sehen. Wir sind uns nur zu gut darüber im klaren, daß viele Opfer von unserer Seite notwendig sein werden, um mit diesen Problemen fertig zu werden.

Offene und freundschaftliche Erörterungen haben dazu gedient, unsere gemeinsame Verpflichtung gegenüber denjenigen klarzustellen und zu bekräftigen, denen die Freiheit am Herzen liegt. Wir stimmen vollkommen über den Ernst und die Größe der Gefahr überein, die in der derzeitigen Weltlage für diejenigen Staaten besteht, die

ihre Unabhängigkeit und ihr unschätzbares Recht der freien Entscheidung behalten wollen.

Während wir anerkannten, daß der Kern der westlichen Sicherheit gegen eine bewaffnete Aggression auch weiterhin der Nordatlantikpakt bleibt, haben wir außerdem darüber gesprochen, wie unsere Länder dazu beitragen können, die freie Welt als Ganzes zu stärken. Wir haben in unseren Besprechungen die Maßnahmen erörtert, die im Verein mit unseren Verbündeten angebracht sein könnten, um den Zusammenhalt, die Wirksamkeit und die Anpassungsfähigkeit der Atlantischen Gemeinschaft in einer sich wandelnden Welt zu gewährleisten.

Zu diesem Zweck haben wir die Wirtschafts- und Finanzlage der Welt — einschließlich der Probleme der Unausgeglichenheit der Zahlungsbilanz und der Bewegungen der kurzfristigen Gelder — geprüft sowie die Notwendigkeit einer Koordinierung zur Bewältigung dieser Probleme durch stärkere Nutzung der bestehenden internationalen Institutionen, ferner die Notwendigkeit einer wirksameren Unterstützung der Länder, die sich auf einer früheren Stufe der Wirtschaftsentwicklung befinden, und schließlich die Notwendigkeit, den Welthandel auf dem höchstmöglichen Stand zu erhalten. Wir haben sowohl die Dringlichkeit wie die Wichtigkeit weiterer Schritte zur wirtschaftlichen und politischen Einheit Europas anerkannt.

Wir bekräftigen erneut unsere nachdrückliche Unterstützung der Vereinten Nationen und unsere Entschlossenheit, allen derzeit unternommenen Versuchen zur Unterminierung ihrer Autorität als eines Instruments für den Frieden und die Sicherheit der Welt entgegenzutreten.

Wir haben Südostasien und besonders dem kritischen Problem von Laos und Vietnam unsere besondere Aufmerksamkeit zugewandt.

Wir waren uns sowohl über die Bedeutung wie über die Schwierigkeit des Bemühens um eine befriedigende Lösung mit der Sowjetunion einig.

Wir bekräftigen ferner erneut die Entschlossenheit unserer Regierungen, alles zu tun, um die Genfer Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche unter wirksamer Inspektion und Kontrolle in einer annehmbaren Zeit zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Wir haben unsere Besprechungen als Partner geführt, waren uns jedoch der Rechte und Interessen der anderen Nationen, mit denen wir eng verbunden sind, voll bewußt.

Quelle: *Amerika Dienst* (Kabel-Dienst), vom 10. April 1961.

Rede von Premierminister Harold Macmillan vor dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) am 7. April 1961 (Auszüge)

Betrifft: Interdependenz der freien Welt — Einheit von Zielsetzung und Methode — Verteidigung und Abrüstung — nukleare Abschreckung — Großbritannien als Atommacht — nukleare Partnerschaft — wirtschaftliche Einheit und Expansion — Zusammenschluß von EWG und EFTA — Entwicklungshilfe durch Handelsförderung — Zahlungsbilanzprobleme — das internationale Kreditsystem — Auseinandersetzung zwischen idealistischer und materialistischer Weltkonzeption.

Interdependenz genügt nicht

... Welche Fortschritte haben wir seit 1958 gemacht? Offen gesagt, wir haben recht viel, aber nicht genug erreicht.

Das Lebenszentrum des Widerstands der freien Welt — unsere westliche Allianz — ist heute weder auf dem Gebiet der Verteidigung noch in ihren wirtschaftlichen oder

politischen Beziehungen besser organisiert. Wir haben zwar im allgemeinen unsere Position gehalten, aber wir haben nicht an Boden gewonnen. Wenn ich von der freien Welt spreche, so meine ich die gesamte nichtkommunistische Welt. Es gibt natürlich viele Zusammenschlüsse von Nationen außerhalb des chinesisch-sowjetischen Blocks — einige haben wirtschaftlichen, andere politischen, kulturellen oder defensiven Charakter. Aber das Kernstück der freien Welt ist unsere westliche Allianz, vor allem die Atlantische Gemeinschaft. Von ihrer Stärke und Lebenskraft hängt alles ab. Denn wenn es uns gelingt, im Zentrum eine schöpferische Partnerschaft zu bilden, werden die Auswirkungen unserer Einheit in die ganze Welt ausstrahlen. Vor drei Jahren haben sich Ihr Präsident und ich zur Interdependenz bekannt. Heute sage ich, daß es mit der Interdependenz nicht getan ist. Wir brauchen Einheit — eine umfassendere Einheit, die traditionelle Schranken durchbricht; Einheit in der Zielsetzung, in der Methode, in der Organisation.

Verteidigung und Abrüstung

Nehmen wir zuerst die Verteidigung. Unser Bündnis wird nur dann geeint sein, wenn es gegen Aggression gesichert ist. Andernfalls kann es keine Lebenskraft oder Stärke haben. Zwei Wege führen zur Sicherheit. Der beste, billigste, vernünftigste und der einzige, auf dem der Politiker den Erfolgen des Wissenschaftlers Gleichwertiges entgegenhalten könnte, ist eine umfassende und wirksame Abrüstung — die einzige sichere Garantie für den Frieden. Ich spreche natürlich nicht von irgendeinem bloßen Vertrag auf dem Papier, der kein echtes Vertrauen einflößt. Ich meine eine echte Abrüstung, die durch wirksame Kontrollen gewährleistet wird — kein Schein, sondern Wirklichkeit. Eines Tages erreichen wir vielleicht dieses Ziel, das bisher wie eine Fata Morgana in der Wüste immer mehr zurückzuweichen scheint, je näher wir ihm kommen. Wir werden jedenfalls in unseren Bemühungen nicht nachlassen; es geht um den höchsten Preis: die Furcht für immer zu bannen.

Selbst wenn wir die Abrüstung nicht aus moralischen Gründen wünschten, brauchen wir sie unbedingt aus wirtschaftlichen Gründen. Die Verteidigungskosten sind für Großbritannien und Amerika eine besonders schwere Bürde — ob wir dabei an Menschen, Kapital oder Hilfsquellen denken. Sie belasten die Wirtschaft unserer beiden Länder teils durch unsere gewaltigen Aufwendungen im Inland, teils durch die direkten Ausgaben an Devisen. Das alles stellt eine schwere Belastung für unsere Zahlungsbilanz dar. Wir in Großbritannien bringen für die Verteidigung in Uebersee jährlich 620 Millionen Dollar auf. Davon fließen 210 Millionen Dollar in die NATO. Der Rest wird für den Frieden in der ganzen Welt aufgewendet. Die Vereinigten Staaten stehen im In- und Ausland vor denselben Problemen.

Ehe es aber zur Abrüstung kommt, muß die freie Welt gesichert und geeint sein.

Ebensowenig dürfen wir im heutigen Zeitalter der Raketen unsere konventionellen Streitkräfte vernachlässigen. Es ist unsere Aufgabe, sie beweglich, schlagkräftig und auf dem neuesten Stand zu halten. Unsere Militärbündnisse überall in der Welt sind nicht aggressiver oder offensiver Natur. Sie sind darauf gerichtet, zu gewährleisten, daß aus kleinen Kriegen und Abenteuern nicht große Katastrophen werden. Wir müssen diese Bündnisse aufrechterhalten. Sie sind feste Fakten im modernen Leben. Da aber Einheit genauso wichtig ist wie Sicherheit, müssen wir danach trachten, die Lasten besser zu verteilen. Es ist doch wohl unlogisch, wenn unsere militärischen Planer, Wissenschaftler und Techniker ihre wertvolle Energie in Doppelarbeit verschwenden. Natürlich ist Zusammenarbeit nicht leicht. Im Prinzip ist jeder dafür, in der Praxis jedoch findet man sie recht lästig. Alle Sonderinteressen stehen ihr entgegen. Dennoch handelt es sich hier um ein technisches und nicht um ein politisches Problem, das zu lösen wir eigentlich imstande sein sollten.

Die nukleare Abschreckung

Hinter den konventionellen Streitkräften steht das große Gewicht der nuklearen Abschreckungsmacht des Westens. Sie garantiert unsere Sicherheit, doch ihre Bedeutung für die Einheit ist weniger leicht zu fassen und strittiger. Die erste Grundbedingung ist, daß die Abschreckung auch wirklich abschreckt. Dies versteht sich von selbst und ist wichtiger als alles andere. Zweitens darf eine wirksame Abschreckung nicht verschwenderisch sein. Natürlich hat sich in den letzten Jahren der relative Vorsprung des Westens stark verringert. Wir können es uns nicht leisten, hinsichtlich der Waffen und ihrer Einsatzmittel zu schwach zu sein. Dennoch ist es fast ebenso wichtig, nicht zu stark sein zu wollen. Es ist nicht leicht, hier das richtige Verhältnis zu finden. Denn da das Rüstungspotential der Demokratie nie für eine Aggression eingesetzt werden wird, muß es möglicherweise größer sein als das eines potentiellen Angreifers. Gerade die Größe des von uns zu beschützenden Gebietes verlangt eine gewisse Streuung und vielleicht auch Ueberschneidungen. Trotzdem können wir uns Verschwendung nicht leisten. Darüber hinaus müssen wir darauf achten, daß wir durch den Aufbau unserer eigenen Sicherheit das atomare Wettrüsten nicht fördern und verewigen. Das ist ein Grund, weshalb ich so sehr auf einen erfolgreichen Abschluß der gegenwärtigen Verhandlungen in Genf hoffe. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um dieses Abkommen mit der Sowjetunion zur Einstellung von Kernwaffenversuchen abzuschließen.

Aber natürlich bringt uns ein Versuchsverbot an sich noch nicht die nukleare Abrüstung. Bis es soweit ist, müssen die Prioritäten sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Wir müssen bei der nuklearen Abschreckung berücksichtigen, daß unsere Strategie notwendigerweise defensiver Natur ist. Sie muß wirksam und darf nicht verschwenderisch sei.

Wenn die westliche Abschreckung also sowohl glaubwürdig als auch wirksam ist, was muß dann noch hinzukommen? Lassen Sie mich noch Drittes nennen. Obgleich die nukleare Abschreckung uns Sicherheit gewährt, trägt sie in ihrem Aufbau noch nicht in vollem Maße zu unserer Einheit bei. Wir alle hier wissen, daß sich die Vereinigten Staaten und Großbritannien, bei denen gegenwärtig die westliche Abschrekkung liegt, als die Treuhänder der freien Welt betrachten. Ich habe manchmal den Eindruck, daß wir uns darauf etwas einbilden. Es erinnert ein wenig an die Verwalter eines Privatvermögens, von denen der Begünstigte sagte: „Sie mögen zwar meine Treuhänder sein, aber ich bin nicht sicher, daß sie auch mir trauen."

Warum Großbritannien Atommacht wurde

Warum hat mein Land nach dem Kriege, unter der Labour-Regierung wie unter den späteren konservativen Regierungen, so viele Millionen Pfund für die Entwicklung zur Atommacht aufgewendet? Das will ich Ihnen sagen. Obwohl wir in Großbritannien seit Jahrhunderten gewöhnt sind, unsere Schlachten als Partner eines Bündnisses zu schlagen, waren wir immer darauf vorbereitet, letzten Endes auch allein zu kämpfen. Es hat Zeiten gegeben, da die Welt unseren Mut nicht zu bedauern hatte, selbst wenn er ihr verzweifelt erschien. Gelegentlich hat man an unserer Entschlossenheit gezweifelt. Das war 1914 der Fall und ebenso 1939, und es überrascht mich keineswegs, wird doch unser Volkscharakter nur allzu leicht mißverstanden. Ich möchte aber die Zweifler bitten, sich einmal die Geschichte anzusehen und daraus die Lehre zu ziehen. So war unser Entschluß, unseren eigenen nuklearen Beitrag zu leisten, in einem gewissen Sinne rein instinktiv. Und vielleicht war es angesichts des zwischen uns liegenden Atlantischen Ozeans gar nicht so schlecht für die Völker Europas, daß wenigstens ein europäisches Mitglied der NATO mit Ihnen gemeinsam die nukleare Macht teilt. Außerdem trägt unsere britische Atomstreitmacht auf Grund unserer geographischen

Lage und der mit einer verstärkten Streuung verbundenen Vorteile weit mehr zur westlichen Abschreckung insgesamt bei, als man dies ihrer Größe nach erwarten würde. Wie dem auch sei, dies ist eine Frage der Geschichte. Wenden wir uns nun der Lage unserer Verbündeten zu.

Als Sir Winston Churchill 1946 seine berühmte Rede im Westminster College in Fulton hielt, prägte er ein denkwürdiges Wort: „Der furchtbare Ruin Europas mit all seinem dahingeschwundenen Glanz starrt uns an." Wie anders ist das Bild heute. Vorwiegend dank der amerikanischen Hilfe, die durch den Marshall-Plan und auf anderen Wegen geleistet wurde, ist die Wirtschaft Westeuropas stark — ja steht sogar in höchster Blüte. Vor allem aber ist der Geist seiner Völker zu neuem Leben erwacht. Es ist daher nur natürlich, daß es manche Europäer gibt, die unglücklich darüber sind, daß ihre nukleare Verteidigung ausschließlich in den Händen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten liegt. Manche glauben zweifellos, daß Sie und wir die Abschreckungskräfte unbedacht entfesseln könnten; andere fürchten gerade das Gegenteil — daß wir beide so lange zögern würden, sie überhaupt einzusetzen, bis es zu spät wäre. Einige fürchten unseren Finger am Abzug, andere unseren Daumen auf der Sicherung. Und so ist heute — übersehen wir das nicht — eine gewisse Besorgnis im NATO-Bündnis vorhanden.

Nukleare Partnerschaft

Was können wir dagegen tun? Natürlich möchten wir die Welt nicht dadurch in Aufregung versetzen oder vielleicht in Gefahr bringen, daß wir den Anschein erwecken, die unkontrollierte Verbreitung nukelarer Waffen von Land zu Land leichtfertig zu ermutigen. Wir wollen — wenn möglich — ein Verbot der Atomwaffenversuche erreichen. Wir möchten nicht, daß unsere Verbündeten es aus Gründen der Ehre oder der Sicherheit für notwendig erachten, ihr Geld für eine unwirtschaftliche Doppelarbeit zu vergeuden. Vermutlich bedarf der Westen als Ganzes keiner Verstärkung seines gesamten nuklearen Potentials. Nichtsdestoweniger ist dies ein wirkliches Problem. Wir können es nicht einfach ignorieren. Wir müssen einen Weg finden, den berechtigten Gefühlen unserer europäischen Verbündeten Rechnung zu tragen. Natürlich hat jede Ausdehnung der Treuhänderschaft, jede Erweiterung der Konzeption der Partnerschaft ihre Gefahren. Aber die Stabilität unseres gesamten NATO-Bündnisses hängt davon ab, daß ein Weg gefunden wird, eine Partnerschaft auf dem Gebiet der nuklearen ebenso wie auf dem der konventionellen Waffen aufzubauen. Der Gewinn, den wir davon hätten, würde groß und ein doppelter sein: erstens die Verhinderung der unkontrollierten Ausdehnung der Produktion nuklearer Waffen und zweitens das Gefühl wirklicher Einheit, das sich aus einer neuen Uebereinkunft mit unseren Verbündeten ergeben würde.

Es ist gut, daß uns bei der Inangriffnahme all dieser Probleme auf dem Gebiet der Verteidigung der frische und schöpferische Geist eines jungen und tatkräftigen Präsidenten zur Verfügung steht. Im Geiste der Partnerschaft müssen wir die Lasten und Verpflichtungen überprüfen. Einige davon sind ungleichmäßig verteilt. Das konnte in den ersten Nachkriegsjahren hingenommen werden, als es galt, ein zerrüttetes Europa zu schützen. Doch heute, in den sechziger Jahren, müssen wir unser System überprüfen, wenn es weiterbestehen soll. In der gleichen Weise ist die Frage des nuklearen Potentials von grundlegender Bedeutung. Seine Organisation ist ein Problem, mit dem die Einheit der Atlantischen Gemeinschaft möglicherweise steht oder fällt. Diesen Fragen kann man meiner Ansicht nach nicht ausweichen. Man muß sich ihnen stellen.

Bewährungsprobe auf dem „Marktplatz"

Bis jetzt habe ich von der Einheit im Zusammenhang mit unseren militärischen Bündnissen gesprochen. Genügt diese aber? Sicherlich nicht — und zwar aus dem

folgenden einfachen Grund. Glücklicherweise ist die gegenwärtige Auseinandersetzung in der Welt nicht in erster Linie militärischer Natur. Die eigentliche Bewährungsprobe wird nicht auf dem Schlachtfeld, sondern auf dem Marktplatz zu bestehen sein. Es sind jetzt fast 15 Jahre vergangen, seit die Grundstruktur unseres gegenwärtigen Welthandels- und Weltzahlungssystems entworfen wurde. Das war in der Blütezeit des Ost-West-Bündnisses. Die Gründer des GATT, die Unterzeichnerstaaten von Bretton Woods und all die Architekten unseres Nachkriegssystems konnten die vollen wirtschaftlichen Auswirkungen der großen Spaltung nicht voraussehen. Eine weltwirtschaftliche Einheit hätte sich schon in einer Welt der Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts schwer genug verwirklichen lassen; sie wurde unmöglich, als die Auswirkung des chinesisch-sowjetischen Systems voll spürbar wurde.

Gleichzeitig ist eine neue wirtschaftliche Kraft in der Welt aufgetreten. Die zweite industrielle Revolution hat unsere hochentwickelte Wirtschaft bereits erfaßt. Noch ist sie in den Anfangsstadien begriffen. Diese Revolution hat wissenschaftlichen und technologischen Charakter. Und diese technischen Entwicklungen sprengen die nationalen Grenzen. Ihre wirksame Nutzbarmachung erfordert eine noch größere wirtschaftliche Einheit. Ich gebe ohne weiteres zu, daß trotz dieser neuen Faktoren unser internationales Handels- und Finanzsystem es irgendwie fertiggebracht hat, eine große Steigerung der Weltproduktion und des Welthandels zu tragen. Aber es ist kein Wunder, daß es jetzt anfängt zu knacken und zu ächzeu. Denn es ist wirklich ein veraltetes Modell. Früher oder später müssen wir es durch ein neues ersetzen.

Der Kapitalismus braucht Expansion

Drei Hauptprobleme sind jetzt zu lösen. Das erste ist die Steigerung des Welthandels auf ein Höchstmaß. Das ist unerläßlich für die Wohlfahrt sowohl der entwickelten als auch der unentwickelten Länder. Zweitens: Wie können wir am besten die Unterstützung und den Kapitalstrom zum Aufbau der weniger entwickelten Länder organisieren? Unsere Mitmenschen rufen nach uns, hier zu helfen. Unser wirtschaftliches Interesse an neuen Märkten legt es uns nahe, und politische Notwendigkeit schließlich zwingt uns dazu. Drittens: Wie können wir ein ständig wachsendes Volumen von Handel und Hilfe finanzieren? Wenn unser Finanzsystem schlecht oder veraltet ist, wird es uns nicht gelingen. Wir hätten Stagnation statt Expansion, und der Kapitalismus braucht Expansion, oder er geht zugrunde. Das wußte sogar Marx schon.

Erstens also, wie organisieren wir den Welthandel? Passen die gegenwärtigen internationalen Handelssysteme und -institutionen, die vor 15 Jahren unter ganz anderen Bedingungen entwickelt wurden, überhaupt noch in die Verhältnisse der sechziger Jahre? Wir allen denken immer noch zu vorsichtig und zu engstirnig. Wir dürfen nicht so sehr national oder auch in Begriffen einer größeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Nationen denken, sondern müssen uns auf umfassendere Gruppierungen umstellen. Denn die Vorteile der Größe wirklich umfassender Gebiete, die über nationale Grenzen hinweggehen und wo Kapital, Arbeitskräfte und Waren freizügig sind, werden von Jahr zu Jahr offenkundiger. In Großbritannien stehen wir bereits im Mittelpunkt zweier wichtiger Handelsgruppierungen — des Commonwealth und der Europäischen Freihandels-Assoziation. Das System des Commonwealth-Handels wurde während der großen Depression zwischen den beiden Weltkriegen geschaffen. Er ist gegründet auf ein Präferenzsystem zwischen den Partnern, mit freier Einfuhr nach Großbritannien. Aber die neuen Entwicklungen in Europa sind anderer Art.

Freier Handel für eine freie Welt

Die sechs Länder des Gemeinsamen Marktes haben mit Erfolg die Schaffung einer vollen Zollunion unternommen, die an Bevölkerung und Stärke ebenso groß zu werden verspricht wie die Vereinigten Staaten. Die „Sieben" — mit Finnland sind es jetzt die

„Acht" — haben sich zur Europäischen Freihandels-Assoziation zusammengeschlossen. Auch in anderen Teilen der Welt sind ähnliche Gruppen im Entstehen begriffen. Was müssen wir also tun? Es gibt natürlich Pessimisten, die dem Fortschritt zuschauen und ihn bedauern; jene, die glauben, daß es immer besser sei, sich mutlos treiben zu lassen, als ans Ziel zu kommen. Diese Menschen werden zweifellos versuchen, diesen Tendenzen entgegenzuarbeiten, oder sie werden sie ignorieren und so tun, als sei nichts geschehen. Für uns steht fest, daß wir diese Entwicklungen zum Wohl der ganzen freien Welt nutzen müssen. Ich bin mir nicht im Zweifel darüber, welches unser Ziel sein sollte: Wir sollten versuchen, auf das größte Freihandelsgebiet hinzuarbeiten, das wir schaffen können.

Freier Handel für eine freie Welt. Das mag vorerst noch nur eine Vision sein. Es mag noch sehr lange dauern, ehe sie konkrete Gestalt annimmt. Doch werden heute von realistischen Männern viele neue und entscheidende Ideen diskutiert, die vor einigen Jahren noch als illusorische Traumbilder beiseite geschoben worden wären. Einige dieser Bestrebungen und Pläne würden revolutionäre Auswirkungen haben. Andere sind mehr als Abhilfe gedacht. Es gibt natürlich weit auseinandergehende Ansichten und Gegenströmungen. Aber in der Welt herrscht ein neuer Geist — und man spürt ihn überall. Die junge Generation ist davon berauscht; die alte fühlt sich neu gestärkt. Es ist der Geist der Unternehmungslust und des Abenteuers, der in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts einzieht und bald an die Tür des 21. pochen wird.

Für uns in Europa ist es dringend notwendig, die „Sechs" und die „Sieben" — bezw. die „Sechs" und die „Acht" — zusammenzubringen. Ich glaube, daß wir das tun müssen und können, ohne unseren eigenen Interessen oder unseren Commonwealth-Bindungen zu schaden und ohne eine andere Nation bzw. eine Gruppe von Nationen zu benachteiligen. Eine umfassende Gruppierung in Westeuropa, die nicht hochprotektionistisch ist, die nach außen und nicht nach innen gerichtet ist, die ihre eigenen Wirtschaftskräfte aufbaut, aber auch zur Unterstützung anderer bereit ist — das wäre von wirklichem Nutzen für die gesamte freie Welt, sowohl wirtschaftlich wie auch politisch. Wirtschaftlich würde sie uns dem Ziel eines noch größeren Freihandelsgebiets näherbringen. Sie würde Doppelinvestitionen weitgehend verhindern. Sie würde Handel und Nachfrage anregen. Auch glaube ich nicht, daß eine große europäische Gruppe den Handel der Vereinigten Staaten schädigen würde. Die Industrie der Vereinigten Staaten hat in der Vergangenheit ihren Anteil am wachsenden Handel stets aufrechterhalten. Im einzelnen mögen im großen Bereich der Industrie Unterschiede bestehen, aber das allgemeine Bild bleibt. Eine europäische Regelung wird große wirtschaftliche Vorteile bringen. Die politischen Gewinne werden sogar noch bedeutender sein. Die Folgen der wirtschaftlichen Spaltung Westeuropas haben gerade erst begonnen, sich auf politischer Ebene bemerkbar zu machen. Wenn diese wirtschaftliche Spaltung jedoch andauert, wird sich die politische Kluft unweigerlich erweitern und vertiefen. Das muß früher oder später unseren militärischen Zusammenhalt und unsere militärische Stärke beeinträchtigen. Wie ein Krebsschaden würde es am Mark des westlichen Bündnisses fressen.

Handel und Hilfe

Neue und erweiterte Handelssysteme sind jedoch nicht nur für uns und unsere Zukunft entscheidend, sondern sie sind ebenso wichtig für die weniger industrialisierten Länder. Diese Länder haben zwei wesentliche Forderungen an uns. Sie wollen mehr Hilfe, und sie wollen mehr Handel. Meiner Ansicht nach ist natürlich Handel im Grunde besser als Hilfe, sowohl für die Staaten als auch für den einzelnen. Ein intelligenter und tatkräftiger Mann sollte in der Lage sein, mehr Geld selbst zu verdienen, als er je von seinen Freunden und Verwandten erbitten oder borgen kann. Aber der Handel kann sich nicht auf Rohprodukte beschränken, so wichtig sie auch sein mögen. Natürlich ergeben sich für die Industrieländer Schwierigkeiten bei der Abnahme größerer

Importe an Fertigwaren aus Entwicklungsländern. Es besteht die Möglichkeit, daß durch plötzliche und unbegrenzte Einfuhrerhöhungen bei einigen wenigen Gütern unseren eigenen Herstellern zu großer Schaden zugefügt wird. Wir müssen versuchen, diese Fragen durch freundschaftliches Uebereinkommen mit dem betreffenden Land zu lösen. Die Vereinigten Staaten haben dies mit Japan getan. Großbritannien hat es mit Hongkong getan. Die allgemeine Regel sollte jedoch lauten, daß man Waren so ungehindert wie möglich hereinläßt, lediglich mit dem Vorbehalt gewisser Beschränkungen da, wo sie zur Verhinderung von Schädigungen unserer eigenen Hersteller erforderlich sind. Auf jeden Fall aber sind Rohprodukte noch immer die Lebensgrundlage vieler industriell rückständiger und unterentwickelter Länder, und somit ist die Erweiterung des Handels durch die Industrieländer oft die beste Hilfe, denn damit steigt die Nachfrage nach Rohprodukten.

Von 1950 bis 1951 sind die Rohstoffpreise um über zwanzig vH gestiegen. Das geschah während des Korea-Booms. Aber 1960 waren sie wieder unter den Stand von 1950 gesunken. Es würde den Rohstofferzeugern gewiß nicht helfen, wenn sie versuchten, die Preise künstlich hochzutreiben. Aber es gibt viele Regelungen für bestimmte Rohstoffe, die dazu beigetragen haben, starke Preisschwankungen kurzfristig auszugleichen und die Preise einigermaßen stabil zu halten. Wir müssen diese Probleme dringend prüfen. Dem Handel kommt also in seinen verschiedenen Aspekten überragende Bedeutung zu.

Aber der Handel muß durch Hilfe ergänzt werden. Vergleicht man hier die bisherigen Leistungen des Westens mit denen der Kommunisten, schneidet er durchaus günstig ab — ja, mehr als das. In meiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im vergangenen September habe ich Zahlen genannt. Sie sind erstaunlich und unwiderlegbar. Trotzdem bin ich nicht sicher, daß der Westen immer die volle Anerkennung für seine Leistungen erhält. Denn ein großer Teil unserer Hilfe wird über solche Organisationen wie die Weltbank und seit kurzem auch die Internationale Entwicklungsgesellschaft zur Verfügung gestellt. Aber obgleich sie in den Rahmen der Vereinten Nationen gehören, werden sie von den kommunistischen Ländern boykottiert. Ich sehe keinen Grund, warum wir unser Licht in dieser Hinsicht unter den Scheffel stellen sollten. Darum begrüße ich unser neues, ausschließlich dem Bereich der freien Welt angehörendes System, die neugegründete OECD, die nun auf amerikanische Anregung ergänzt wird durch die DAG — seltsame Initialen, hinter deren kühler Fassade sich eine seltene Wärme menschlicher Güte und schöpferischer Kraft verbirgt.

Das Problem der Zahlungsbilanzen

Handel und Hilfe sind sehr wichtig. Das Medium für beide jedoch muß Geld sein — genug Geld. Natürlich neigen die Volkswirtschaftler dazu, in Gelddingen Schwierigkeiten zu machen. Das ist ganz klar, es ist ja ihre Geheimwissenschaft. Aber es ist eigentlich ganz einfach. Ebenso wie sich jedes einzelne Land mit viel Mühe ein zentrales Bankensystem geschaffen hat, so müßte es — im Idealfall — ein zentrales Bankensystem für alle Länder der freien Welt geben. Wir sind immer noch weit davon entfernt, obwohl wir auf dem Weg über die verschiedenen, seit dem Krieg geschaffenen internationalen Institutionen und die engere Zusammenarbeit der Zentralbanken doch langsam Fortschritte machen. Das gegenwärtige System ist gewiß nicht perfekt. Sie als Techniker würden es in Ihrem Bereich nicht dulden. Zunächst ist da das Ungleichgewicht der Zahlungsbilanzen. Unser gegenwärtiges System hat viel Aehnlichkeit mit einem Kinderspiel — wenn Sie einen so frivolen Vergleich gestatten. Wenn die Familie beim Spiel zusammensitzt und ein Kind alle Spielmarken hat und ein anderes nicht genug zum Weiterspielen, so muß etwas geschehen. Entweder müssen neue Spielmarken aus der Kasse genommen werden (die Vater gewöhnlich in Verwahrung

hat), oder die Kinder, die beim Gewinnen sind, müssen von ihren Marken an die übrigen abgeben. Sonst ist das Spiel einfach zu Ende. Das gleiche gilt in unserer modernen Welt: falls ein Land die ganzen Reserven ansammelte und verwahrte, könnten unsere Systeme nicht mehr funktionieren. Ich möchte nicht bestimmte Länder für das gegenwärtige Ungleichgewicht der internationalen Zahlungsbilanzen und Währungsreserven verantwortlich machen. Dieses Ungleichgewicht ist in einer Hinsicht nur die äußere Folge einer Politik, die den oftmals konträren Befürchtungen einzelner Länder entspringt.

Wir in Großbritannien haben einen Horror vor einer Massenarbeitslosigkeit. Das geht auf die Zeit zwischen den Kriegen zurück. Heute haben wir Vollbeschäftigung — in vielen Teilen des Landes gibt es mehr Stellen als Arbeitskräfte. Aber andere Gefahren müssen uns Sorge bereiten — Inflation und Zahlungsbilanzschwierigkeiten. In Deutschland haben die Probleme eine andere Rangfolge; dort sorgt man sich mehr um Inflation als um Arbeitslosigkeit. Auch das hat historische Gründe — die Erfahrung zweier Inflationen, als das Papier, um mit Voltaires anschaulichen Worten zu sprechen, auf seinen eigentlichen Wert reduziert wurde. Alle diese feinen nationalen Unterschiede — die in Frankreich, Italien und Japan anders aussehen — schaffen internationale Schwierigkeiten.

Gibt es genug Geld?

Soviel zum Ungleichgewicht, doch hinzu kommt die Frage des Geldvolumens. Denn das Ungleichgewicht der Zahlungsbilanzen ist nur ein Aspekt des Geldproblems. Beim Ungleichgewicht handelt es sich darum, wer in einem bestimmten Augenblick die Spielmarken — oder das Geld — hat. Doch gibt es genug Geld? Seit der Zeit vor dem letzten Krieg hat sich der Welthandel wertmäßig um das Vierfache erhöht. Doch die Kreditbasis der freien Welt hat sich nur verdoppelt. Kein Wunder, daß einige Menschen behaupten, wir hätten insgesamt nicht genügend Reserven und müßten sie erhöhen, um den sich ausweitenden Handel zu finanzieren. Zur Abhilfe werden alle möglichen Mittel vorgeschlagen. Die Hauptschwierigkeit besteht bei vielen in den — wie ich es nennen möchte — geistigen Hürden, die sie bieten. Gewöhnlich verbindet man mit Geld die Vorstellung von etwas mühsam Erworbenem: in einem Dollar stecken so viele Schweißtropfen oder so viele Magengeschwüre. Der Erweiterung der Kreditbasis durch gegenseitiges Uebereinkommen scheint etwas Unmoralisches anzuhaften. Es geschieht oft genug in unserer Binnenwirtschaft; doch mit einer Ausdehnung auf die internationale Sphäre findet man sich nur schwer ab. Trotzdem wiederhole ich, daß ein sich ausweitender Handel ein wachsendes Geldvolumen erfordert.

Die geistigen Hürden überspringen

So hat das Wirtschaftsproblem der freien Welt drei Elemente: Handel, Entwicklung und Finanzierung. Sie sind eng miteinander verknüpft. Die Erfordernisse unserer Zeit verlangen eine neue Einstellung zu allen dreien. Eine altmodische oder doktrinäre Einstellung genügt nicht. Wir müssen die Energien und den Ueberfluß unseres Systems des freien Unternehmertums benutzen, um unser Wirtschaftsleben umzugestalten. Vor allem müssen wir versuchen, die geistigen Hürden zu überspringen — auch die älteren unter uns. Wenn die politischen Führer in den großen Ländern der Welt nur den Willen haben, werden die Fachleute zweifellos einen Weg finden — oder sogar mehrere Wege, unter denen wir wählen können. Aber wir müssen den Willen haben.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir müssen erstens bereit sein, die fortschreitende Entwicklung neuer Regelungen im Handel zu begrüßen und sie als Schritte auf dem Wege zu einem umfassenderen System uneingeschränkten Handels in der ganzen freien Welt anzusehen. Zweitens müssen die Industrieländer ihren Teil der Verantwortung für die Hebung des Lebensstandards in den weniger entwickelten Ländern

sowohl durch Handel als auch durch Hilfe übernehmen. Drittens müssen wir sicherstellen, daß das Kreditsystem in der freien Welt diesen Erfordernissen angepaßt wird und das Geld der Diener und nicht der Herr der Bedürfnisse des Menschen wird. Dieser Komplex wirtschaftlicher Fragen ist das zweite große Problem, dessen Bewältigung für unsere Lebensform entscheidend sein kann.

Einheit — aber nicht Einheitsstaat

Ich erinnere mich, wie einer unserer großen Richter einen vor seinem Gericht auftretenden, etwas weitschweifigen Anwalt mit folgenden Worten zurechtwies: „In der Chemie gibt es den sogenannten Sättigungspunkt — ich habe ihn erreicht." Dennoch muß ich — selbst auf die Gefahr hin, von Ihnen in ähnlicher Weise getadelt zu werden — wiederholen: mein Thema ist die Einheit. Auf bestimmten Gebieten zumindest müssen wir über eine Interdependenz hinaus zu gemeinsamem Handeln gelangen. Ich habe darzulegen versucht, wie wir dies auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet tun könnten. Falls wir überdies den Versuch unternehmen sollten, eine größere politische Einheit oder vielleicht sogar Union ins Auge zu fassen, müssen wir natürlich versuchen, uns über unsere Politik einig zu werden und sie gemeinsam zu verfolgen. Falls aber der Westen ein ebenso monolithischer Block wie der Ostblock werden würde, so würden wir gerade jene Unabhängigkeit des Geistes verlieren, an die wir glauben. Unsere verschiedenartigen nationalen Traditionen sind jedenfalls stark und fruchtbar. Es wäre töricht, an den Banden der Loyalität zu rühren, nach der die Menschen streben und für die sie Opfer bringen. Wenn wir also zur Einheit innerhalb der freien Welt aufrufen, so sollte uns nicht — wenigstens nicht im gegenwärtigen Zeitpunkt der Geschichte — eine politische Föderation oder ein Einheitsstaat vorschweben.

Eine Weltregierung scheint noch in weiter Ferne zu liegen, und selbst eine Regierung der freien Welt ist bis jetzt nur ein Traumbild. Aber der Kampf um Geist und Herzen der Menschen läßt für kein Land — auch für das größte nicht — die Hoffnung zu, für sich allein bestehen zu können.

Revolution des Denkens

Als erstes müssen wir deshalb die Lehre beherzigen, daß unsere politischen Ideen niemals nationalistisch im engen Sinn sein dürfen. Es ist nicht länger richtig, eine bestimmte Politik ausschließlich im Hinblick auf die Vereinigten Staaten oder auf Großbritannien zu sehen; selbst Europa oder der amerikanische Kontinent oder das Commonwealth sind nicht groß genug. Und dies bedeutet eine Revolution in unserem Denken. Wir in Europa werden uns nicht länger Autarkieträume leisten können — ganz abgesehen von jenen phantastischen Hirngespinsten, daß wir neben den Vereinigten Staaten und dem Sowjetblock eine dritte Kraft sein könnten. Sie in Amerika werden der Versuchung widerstehen müssen, Europa für eine Mischung aus Biergarten und Antiquitätenladen zu halten, die den Touristen unbestreitbar gewisse Attraktionen bietet. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die freie Welt weit mehr umfaßt als Militärbündnisse. Es gibt viele Nationen, die diesen unseren Bündnissen nicht beitreten wollen, aber dennoch mit uns einig sind in der festen Entschlossenheit, ihre Unabhängigkeit und ihre eigene Lebensform zu bewahren.

Vor einigen Wochen fand in London eine Konferenz der Premierminister des Commonwealth statt. Vor zwanzig Jahren bestand dieser Verband aus nur fünf Ländern, die alle europäischen Ursprungs waren. Heute hat er mehr als doppelt soviel Mitglieder, darunter asiatische und afrikanische Länder. Das Commonwealth stellt die triumphale Entwicklung unserer Kolonialpolitik dar, denn wir haben diesen Ländern den doppelten Vorteil der Freiheit und der Ordnung gegeben. Heute gehören zum Commonwealth einige der bedeutendsten nichtkommunistischen Länder, die militärisch nicht mit uns verbunden, aber geistig und weltanschaulich unsere Partner sind.

Dieses jüngste Treffen hatte, wie Sie wissen, seine melancholische Seite. Doch der Entschluß Südafrikas, uns — ich hoffe nur vorübergehend — zu verlassen, hat zumindest das entscheidende Merkmal des heutigen Commonwealth unterstrichen. Es ist eine Assoziation vieler verschiedener Rassen und Völker. Es ist dem Ideal geweiht, daß alle Menschen ungeachtet ihrer Rasse, Hautfarbe und Religion völlig gleiche Möglichkeiten in ihrem eigenen Land und in der Welt haben sollen.

Die große Debatte

Zusammenfassend möchte ich sagen, Sie und wir vertreten die Ansicht, daß jeder einzelne Mensch und jede einzelne Nation die Freiheit haben sollte, die eigenen Ideale zu verfolgen, und daß das mit sehr verschiedenen Kulturen und Traditionen vereinbar ist. Die Kommunisten hingegen haben eine Ideologie, die von sich behauptet, die allein richtige zu sein; und von diesem starren Dogma beseelt, versucht der Kommunismus, sein eigenes System der Welt aufzuzwingen.

Unsere Einheit kann daher nicht erzwungen werden. Sie muß sich frei entwickeln — nicht als Ergebnis fremder Eroberungen, wie es bei einigen großen Imperien in der Vergangenheit der Fall war, sondern durch organisches und bewußtes Wachstum. Wenn wir die Einheit in unserer Verteidigung, unserer Handelspolitik, unserem Wirtschaftsleben und unserem politischen Denken verwirklichen können, werden wir im Westen dann die internationale Auseinandersetzung gewonnen haben? Zumindest werden wir uns eine Position geschaffen haben, in der wir nicht verlieren werden. Unsere ganze Generation ist an einer großen und dramatischen Debatte beteiligt, die nicht nur mit Worten und Ideen geführt wird, sondern mit dem ganzen gewaltigen Apparat der Macht. Ihr Ausgang wird an den harten Maßstäben des praktischen Erfolgs gemessen werden. Nichtsdestoweniger ist die Auseinandersetzung zwischen dem, was wir den kommunistischen Block nennen, und der freien Welt dem Wesen nach ein Versuch, eine Entscheidung zwischen zwei Konzeptionen der Menschheit herbeizuführen. Ich möchte sie die idealistische und die materialistische nennen. Wird die Bestimmung des Menschen erfüllt sein, wenn eines Tages alle Menschen ihre materiellen Bedürfnisse befriedigen können? Ober gibt es irgendeinen tieferen Sinn, irgendeine höhere Macht, die in unserem Körper nur ihren vergänglichen Ausdruck findet?

Diese große Debatte ist in der ganzen Welt im Gange. Sie schreckt nicht vor Grenzen zurück, noch kann sie durch Zensur unterdrückt werden. Früher oder später — wenn nicht schon jetzt — werden Männer und Frauen in der kommunistischen Welt wieder nach Antwort auf die ewigen Fragen suchen. Wozu sind wir hier? Was ist der Sinn des Lebens? Gibt es Recht und Unrecht? Gibt es einen Gott? Unsere Ueberzeugung sagt uns, daß sie diese Fragen stellen und sich schließlich gezwungen sehen werden, sie im idealistischen Sinne zu beantworten. Dann kann das große Ringen, in dem wir heute stehen, plötzlich unerheblich erscheinen und zu einer bloßen Meinungsverschiedenheit über die beste Form der sozialen Ordnung werden. Auf diesen Tag müssen wir uns vorbereiten, und bis zu diesem Tag müssen wir durchhalten und zusammenhalten.

Die Zeit drängt

Das bedeutet nicht, daß wir unsere Bemühungen aufgeben sollten, von der Organisation der Vereinten Nationen vollen Gebrauch zu machen. Denn sie setzt sich bei allen Nationen zumindest für das Prinzip des internationalen Rechts als der Grundlage des internationalen Lebens ein. Trotzdem wäre es töricht, den Druck, der gegenwärtig ausgeübt wird, und die Anstrengungen unbeachtet zu lassen, die die Kommunisten darauf richten, die Vereinten Nationen nicht in ein Forum für Verhandlungen, sondern in eine Arena der Propaganda zu verwandeln.

Deshalb müssen wir in der freien Welt einerseits weiter darum ringen, die Vereinten Nationen zum Erfolg zu führen, andererseits aber auch bemüht sein, unsere Einigkeit untereinander zu stärken, statt sie zu schwächen. Die Maßnahmen, die ich angeregt habe, und andere, die sich als notwendig erweisen werden, bilden das unerläßliche Stützgerüst für unsere Ausdauer. Wenn diese Schritte nicht unternommen werden, wird unsere westliche freie, idealistische Lebensform zerfallen, und unsere Uneinigkeit und Schwäche wird gerade diejenigen Kräfte in der kommunistischen Welt entmutigen, die andernfalls zu dem von der Vorsehung bestimmten Zeitpunkt die Errettung ihrer Welt und unsere Befreiung von dem Druck herbeiführen werden. Alles in unserem Leben ist stets in Wandel und Bewegung begriffen. Die Geschichte steht nicht still. Wenn wir uns jetzt nicht für größere Einheit einsetzen, werden wir der Spaltung verfallen. Die Zeit ist kurz. Wir dürfen nicht zaudern.

Quelle: Britische Botschaft, Bonn.

Kommuniqué vom 13. April 1961 über die Beratungen zwischen Präsident John F. Kennedy und Bundeskanzler Konrad Adenauer in Washington

Betrifft: Deutschland-Frage — Berlin — NATO — Abrüstung — Entwicklungshilfe — OECD — Zahlungsbilanzen — Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

In den letzten zwei Tagen hatten der Bundeskanzler und Präsident Kennedy einen sehr freundschaftlichen und nützlichen Gedankenaustausch über eine Anzahl von Fragen, die beide Regierungen interessieren. Die zwanglosen Gespräche behandelten unter anderem das Problem des geteilten Deutschlands einschließlich Berlins, die gegenwärtigen Verhandlungen über die Einstellung der Atombombenversuche, die politisch-militärischen Entwicklungen bezüglich der NATO, die Hilfe für Entwicklungsländer, wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, Ost-West-Beziehungen und die Lage in einigen Krisengebieten der Weltpolitik. An den Gesprächen haben auch der Bundesminister des Auswärtigen von Brentano und Außenminister Rusk teilgenommen.

Der Bundeskanzler und der Präsident bekräftigten erneut den Standpunkt ihrer Regierungen, daß eine gerechte und dauerhafte Lösung der Deutschland-Frage einschließlich des Berlin-Problems nur durch die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts gefunden werden kann. Sie erneuerten ihr Versprechen, die Freiheit der Bevölkerung von West-Berlin zu erhalten, bis Deutschland in Frieden und Freiheit wiedervereinigt und Berlin als Hauptstadt dieses wiedervereinigten Landes wieder hergestellt ist.

Der Bundeskanzler und der Präsidient stimmten darin überein, daß eine verstärkte politische Zusammenarbeit in der NATO unentbehrlich ist, um die Bemühungen der Alliierten um die Wahrung von Frieden und Sicherheit zu koordinieren. Sie bestätigten erneut ihre Entschlossenheit, die NATO als Grundlage der gemeinsamen Verteidigung des nordatlantischen Raumes zu unterstützen. Sie unterstrichen die Ueberzeugung ihrer Regierungen, daß die NATO alle militärischen Mittel behalten und weiterentwickeln muß, die es ihr ermöglichen, einen potentiellen Angreifer wirksam abzuschrecken, die territoriale Unverletzbarkeit ihrer Gebiete und eines jeden Alliierten zu erhalten.

Ferner wurden die Probleme einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung besprochen. Der Bundeskanzler und der Präsident sind überzeugt, daß vernünftige frei ausgehandelte Maßnahmen, die der weiteren Zunahme unkontrollierter nationaler Rüstungen entgegenwirken, dazu dienen werden, die Kriegsgefahr zu vermindern, und daß gleichzeitig über geeignete Schritte verhandelt werden sollte, um allen Nationen ein Leben in Freiheit zu sichern. Das Ziel ist ein allgemeiner vollständiger Frieden.

Der Bundeskanzler und der Präsident betonten übereinstimmend die Wichtigkeit aufeinander abgestimmter Hilfemaßnahmen der Industrieländer der freien Welt — in einem Ausmaß, das ihren Möglichkeiten und der Größe der Aufgabe entspricht. Sie versprachen die Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten bei der Verfolgung der Ziele, die von den Mitgliedstaaten der Gruppe für Entwicklungshilfe auf ihrer Tagung in London vor zwei Wochen aufgestellt wurden.

Der Bundeskanzler und der Präsident begrüßten die bevorstehende Errichtung der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als einen Schritt von entscheidender Bedeutung für die Fortentwicklung der Atlantischen Gemeinschaft. Die neuen Möglichkeiten, die sich dadurch für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Koordination der Wirtschaftspolitik ergeben, und die Wege zu einer engeren wirtschaftlichen Verpflichtung wurden ebenfalls erörtert. In diesem Zusammenhang waren sich der Präsident und der Bundeskanzler darüber einig, daß dem Zahlungsbilanzproblem weitere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll.

Die wichtige Rolle der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als mächtige und verbündete Kraft inmitten der Atlantischen Gemeinschaft wurde gleichfalls betont. Es bestand Uebereinstimmung, daß die dynamischen, politischen und institutionellen Kräfte der Welt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein wesentliches Element der gegenwärtigen Stärke der Atlantischen Gemeinschaft sind, da sie zu einer wirklichen Zusammengehörigkeit innerhalb des Rahmens der Atlantischen Gemeinschaft führen.

Der fruchtbare Gedankenaustausch zwischen dem Bundeskanzler und dem Präsidenten, ebenso wie die offene und herzliche Atmosphäre, in der die Gespräche geführt wurden, haben bedeutsam dazu beigetragen, die Bande der Freundschaft und des Einvernehmens zwischen beiden Ländern fester zu knüpfen und die Gemeinschaft der freien Welt zu stärken.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* Nr. 71, vom 15. April 1961.

Erklärung von Bundeskanzler Konrad Adenauer vor dem Bundestag am 21. April 1961 über seine Beratungen mit Präsident John F. Kennedy in Washington am 12. und 13. April 1961 (Auszüge)

Betrifft: Zusammenarbeit zwischen USA und Bundesrepublik — NATO — nukleare und konventionelle Ausrüstung — Konsultation über Planungs- und Rüstungsfragen — Deutschland- und Berlin-Problem — Einigung Europas — Zusammenschluß Großbritanniens mit der EWG — OECD — kontrollierte Abrüstung.

Unser Besuch in Washington erfolgte auf Einladung des Präsidenten Kennedy. Der Premierminister Macmillan war einer gleichen Einladung vom 5. April bis zum 8. April gefolgt. Ende Mai/Anfang Juni wird Präsident Kennedy den Staatsbesuch, den Staatspräsident de Gaulle im vergangenen Sommer in Washington gemacht hat, erwidern. Im Mai wird Ministerpräsident Fanfani einer Einladung nach Washington folgen. Präsident Kennedy und seine Herren wollen durch Besprechungen ein möglichst vollständiges Bild der ganzen Situation, auch im westlichen Lager, erhalten.

Unseren Besprechungen mit Präsident Kennedy lag keine feste Tagesordnung zugrunde. Der Kreis der Gesprächsteilnehmer war je nach dem zu behandelnden Gegenstand kleiner oder größer. Es fanden auch Gespräche unter vier Augen zwischen Präsident Kennedy und mir statt. In den Gesprächen wurden ungefähr alle wichtigen Fragen besprochen. Das über die Unterredung herausgegebene Kommuniqué enthält eine gute

Wiedergabe der Gesprächsthemen. Im empfehle, dieses sehr sorgfältig verfaßte Kommuniqué genau durchzulesen.

Die wirtschaftlichen Fragen, soweit sie insbesondere die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik betreffen, wurden nicht weiter erörtert, weil zur Zeit zwischen deutschen und amerikanischen Stellen darüber verhandelt wird und weil auch nach Ansicht des Präsidenten Kennedy diese Verhandlungen einen guten Verlauf nehmen.

Ich habe aus meinen Gesprächen den Eindruck und das Vertrauen gewonnen, daß die Bundesrepublik mit den Vereinigten Staaten sehr eng zusammenarbeiten wird und daß sich diese Zusammenarbeit mehr und mehr auf alle Gebiete ausdehnen wird, die entweder für die Bundesregierung oder für die amerikanische Regierung von Bedeutung sind. Zu einer solchen Zusammenarbeit ist durch meine Gespräche in Washington die Grundlage gelegt worden.

Besonders ausführlich haben Präsident Kennedy und ich über das Nordatlantische Verteidigungsbündnis gesprochen. Wir waren uns darin einig, daß die NATO die Grundlage unserer gemeinsamen Verteidigung und gemeinsamen Politik darstellt und daß sie sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht weiter ausgebaut werden soll, um die immer größer werdende Aufgabe der Verteidigung der freien Welt erfüllen zu können. Eingehende Konsultationen über alle Fragen, die ein Mitglied oder mehrere Mitglieder der NATO berühren, muß das oberste Prinzip der politischen Zusammenarbeit sein. Nur auf dieser Grundlage ist ein Bündnis unter freien Völkern lebensfähig. Die Vereinigten Staaten sind als das stärkste Land die natürliche Führungsmacht in diesem Bündnis. Aber eine Führung unter Freien besteht nicht darin, daß der Stärkste seinen Partnern seinen Willen einfach mitteilt, sondern darin, daß er seine Absichten zeitig erkennen läßt und sie mit seinen Partnern diskutiert. Diesem Prinzip folgen auch die Vereinigten Staaten, und sie sind gewillt, dieses Prinzip in vollem Umfange zu befolgen.

Unser Bündnis ist ein Verteidigungsbündnis. Die NATO-Staaten müssen bereit sein, füreinander einzustehen, wenn es gilt, einen potentiellen Angreifer davon abzuschrecken, die territoriale Unversehrtheit oder die Unabhängigkeit eines der Alliierten zu bedrohen. Präsident Kennedy hat mir deswegen gesagt, daß seiner Auffassung nach die NATO, wie es in dem Kommuniqué heißt, alle dafür erforderlichen militärischen Mittel behalten und weiterentwickeln muß.

Noch deutlicher kann man einen derartigen Grundsatz nicht ausdrücken. Es ist mir unverständlich, wie in der deutschen Oeffentlichkeit hierüber mißverständliche Ausführungen gemacht werden konnten. Ich möchte deswegen Ihre besondere Aufmerksamkeit noch einmal auf diese wenigen Worte lenken: Der Präsident und der Bundeskanzler unterstrichen die Ueberzeugung ihrer Regierungen, daß die NATO alle militärischen Mittel behalten und weiterentwickeln muß, die es ihr ermöglichen, einen potentiellen Angreifer wirksam davon abzuschrecken, die territoriale Unversehrtheit oder die Unabhängigkeit eines jeden Alliierten zu bedrohen.

Wir waren uns völlig darüber einig, daß die in der NATO vereinbarten konventionellen Planungsziele erfüllt werden sollen. Das gilt auch für das Gebiet der für die nukleare Rüstung gültigen Planungen, über deren Fortentwicklung wir uns in der NATO weiterhin beraten werden. Es bestand kein Zweifel und keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß es für die Allianz unerläßlich ist, a l l e militärischen Mittel — d. h. also sowohl die konventionellen als auch die nuklearen — beizubehalten und zu entwickeln.

Darüber hinaus haben wir Fragen der Verteidigungspolitik in allgemeiner Weise besprochen. Wir sind uns klar, daß eine Reihe zusätzlicher Probleme der Strategie, der Ausrüstung und der Mitwirkung der europäischen Verbündeten an der Planung für eine wirksame Abschreckung noch gelöst werden muß. Dies wird im Rahmen der NATO geschehen. Die Amerikaner haben keinen Zweifel daran gelassen, daß sie alle Fragen

die die gemeinsame Verteidigung betreffen, in der NATO zur Konsultation stellen und mit ihren Verbündeten gemeinsam erörtern wollen.

Ich bin nach meinem Gespräch mit dem Präsidenten davon überzeugt, daß die Amerikaner diese Haltung mit der gleichen Bündnistreue einnehmen werden, die sie von ihren Verbündeten erwarten. Ich möchte hier erklären, daß ebenso auch wir bereit sind und immer bereit sein werden, unsere Bündnisverpflichtungen in jeder Beziehung zu erfüllen.

Ausführlich haben der Präsident und ich über das Deutschland-Problem und über das Berlin-Problem gesprochen. Deutschland und Berlin können — das ist mein bestimmter und sicherer Eindruck — auf die Zusagen, die die Amerikaner zum Schutze der Freiheit Berlins abgegeben haben, vertrauen. Die Grundlagen, auf denen die Deutschland-Politik der Bundesregierung seit 1949 beruht und die von unseren Verbündeten in den Pariser Verträgen feierlich übernommen worden sind, bleiben dieselben. Eine gerechte und dauerhafte Lösung der Deutschland-Frage einschließlich des Berlin-Problems ist nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts möglich. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit bleibt das Ziel unserer gemeinsamen Politik.

Mit großer Eindringlichkeit hat der Präsident den Standpunkt seiner Regierung zur europäischen Einigung dargelegt. Auch die neue Administration sieht, wie ihre Vorgänger, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als das Kraftzentrum an, von dem nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Einigung Europas ausgeht. Es bestand zwischen dem Präsidenten und mir Uebereinstimmung darüber, daß die EWG ein wesentliches Element der Stärke der Atlantischen Gemeinschaft darstellt. Sie ist, entsprechend den von den Regierungen der Mitgliedstaaten immer wieder abgegebenen Erklärungen, nicht exklusiv, sondern steht anderen europäischen Staaten zum Beitritt offen.

Wir hoffen, daß sich andere zu einem solchen Schritt entschließen werden. Das gilt ganz besonders für Großbritannien, mit dem die kontinentalen europäischen Staaten in gleicher Weise wie die Vereinigten Staaten von Amerika durch enge politische und wirtschaftliche Bande verknüpft sind. Ich glaube auch, daß in Großbritannien die Erkenntnis wächst, daß ein enger Zusammenschluß Großbritanniens mit der EWG das Gebot der Stunde ist und daß ein solcher Zusammenschluß die dynamischen politischen und institutionellen Kräfte, die der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft innewohnen, nicht schwächen darf.

Ein weiterer wichtiger Teil meiner Gespräche mit dem Präsidenten betraf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den übrigen Ländern Europas und Kanada. Wir stimmten darin überein, daß die in der Entstehung begriffene Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als ein entscheidender Schritt für die Fortentwicklung der Atlantischen Gemeinschaft anzusehen ist. In ihr sind auch diejenigen freien Staaten Europas, die sich aus besonderen Gründen militärischen Bündnissen nicht anschließen können, mit uns vereinigt.

Im Rahmen der OECD wird künftig die Aufgabe einer koordinierten Entwicklungshilfe bewältigt werden müssen. Schon jetzt hat sich zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik auf diesem Gebiet eine engere Zusammenarbeit entwickelt. Keines der Länder der freien Welt ist aus eigener Kraft allein imstande, diese Aufgabe zu lösen. Hier ist daher eine Zusammenarbeit im besonderen Maße notwendig.

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß an der gemeinsamen Arbeit für die Entwicklungshilfe auch Japan beteiligt ist. Dadurch wird der die ganze Welt umspannende Charakter dieser Aufgabe deutlich.

Eine wichtige Rolle hat in unseren Gesprächen das Problem der kontrollierten Abrüstung gespielt. Wir waren uns einig, daß das Ziel unserer Besprechungen und

unserer Arbeit ein allgemeiner vollständiger Friede ist. Die kontrollierte Abrüstung bildet einen wichtigen Meilenstein auf dem Wege zu diesem Ziel. Die Ausführungen des Präsidenten und seiner Berater haben mich davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten mit aller Kraft an der Lösung dieses Problems arbeiten und zu einer Verständigung mit der Sowjetunion zu kommen suchen. Sie sind allerdings nicht bereit, solchen Lösungen zuzustimmen, die die vereinbarten Maßnahmen von vornherein als zwecklos erscheinen lassen würden. Dies gilt insbesondere von Lösungen, in denen keine oder nur eine ungenügende Kontrolle vorgesehen ist.

Der Weg zu einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung ist lang und mühevoll. Viele gescheiterte Pläne und Verhandlungen zeigen, wie schwierig die Lösung dieser Aufgabe ist. Aber dennoch gibt es in der gegenwärtigen Lage in der Welt kein anderes Mittel, um die Menschheit von der ständigen Bedrohung, unter der sie lebt, zu befreien und dem Ziel eines vollständigen und allgemeinen Friedens näherzukommen, als die kontrollierte Abrüstung. Ich bin gewiß, daß die Vereinigten Staaten dieser Frage, von der auch für uns und das Schicksal unseres Landes so viel abhängt, weiterhin ihre ganzen Anstrengungen widmen werden.

Eingangs meiner Ausführungen habe ich auf das Kommuniqué hingewiesen, das über unsere Verhandlungen von beiden Seiten vereinbart worden ist. Lassen Sie mich nochmals bitten, das Kommuniqué Wort für Wort durchzulesen. Das Kommuniqué verdient eine solche sehr sorgfältige Prüfung. Es gibt einen guten Aufschluß über alles das, was wir besprochen haben, und über die Absichten der Vereinigten Staaten.

Hervorheben möchte ich folgendes: Die besondere Sorge gilt einem lebendigen und guten Funktionieren der NATO und ihrer Ausdehnung auf politische Angelegenheiten und das wirtschaftliche Gebiet, ferner einer ausgedehnten Konsultation, weil nur rechtzeitige Konsultationen die Gemeinsamkeit des Wollens schaffen, die für ein gutes Funktionieren des NATO-Bündnisses Voraussetzung ist ...

Unser ganzer Aufenthalt — das möchte ich sowohl von Washington wie von Texas sagen — war von einer großen Herzlichkeit und inneren Verbundenheit erfüllt. Diese Gefühle kamen in allen Unterredungen immer wieder zum Vorschein, besonders stark in einer Sitzung des Senats in Washington, in die ich auf Anregung des Vizepräsidenten Johnson, der Präsident des Senats ist, hineinging.

Zu dem Präsidenten Kennedy, seiner Energie und seiner Klugheit, seinem Weitblick dürfen wir vollstes Vertrauen haben. Die Energie, die menschliche Wärme des Vizepräsidenten sind weitere wesentliche Faktoren, die gerade in dieser Zeit hoch einzuschätzen sind.

Der Präsident, der amerikanische Senat in einer Plenarsitzung, die ich eben erwähnt habe, die Bevölkerung und die beiden legislativen Kammern des Staates Texas haben mir und durch mich dem deutschen Volke so starke Beweise ihrer Freundschaft gegeben, daß ich nicht ohne innere Bewegung daran zurückdenken kann.

Es ist eines der großen Ereignisse dieser von so vielen schweren Problemen erfüllten Zeit, daß die Vereinigten Staaten und Deutschland in den verflossenen Jahren zu einer immer engeren Verbindung und zu einer festen Freundschaft gekommen sind und daß gleichzeitig mit voller Zustimmung der Vereinigten Staaten die Einigung Europas immer weiter fortgeschritten ist.

Dieses Bewußtsein gibt uns die Kraft, den Schwierigkeiten, die sicher nach wie vor vor uns stehen, mit Ruhe entgegenzusehen. Ein geeintes Europa und, verbunden mit ihm, die Vereinigten Staaten von Amerika sind ein Hort der Freiheit und der Sicherheit für alle, deren Freiheit bedroht ist.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 76, vom 22. April 1961.

Probleme der Atlantischen Gemeinschaft

Die Haltung der Vereinigten Staaten und Frankreichs

Die Stellung der Vereinigten Staaten in der Atlantischen Gemeinschaft, d. h. in der NATO und der OECD, hat die Regierung *Kennedy* im Zusammenhang mit der Entwicklung einer neuen Verteidigungskonzeption seit ihrem Amtsantritt stark beschäftigt. In seiner Botschaft über die Lage der Nation vom 30. Januar 1961 (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 101 ff.) hatte der amerikanische Präsident, John F. *Kennedy,* darauf hingewiesen, daß die NATO bisher weder ihre Hilfsquellen voll mobilisiert noch eine einheitliche Konzeption gefunden habe. Im Rahmen einer Ueberprüfung der gesamten Verteidigungsstrategie sollte auch die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, ihren Verpflichtungen nachzukommen, untersucht werden. Die feierliche Verpflichtung auf die Grundsätze des Atlantischen Bündnisses brachte Kennedy in einer Botschaft zum Ausdruck, die er am 15. Februar 1961 dem Nordatlantikrat übermittelte (vgl. S. D 281 ff.). Mit der Unterzeichnung der Ratifikationsurkunde über den OECD-Vertrag am 23. März durch den Präsidenten bekräftigten die Vereinigten Staaten ihr Engagement im Atlantischen Bündnis.

Vizepräsident Lyndon *Johnson* überbrachte zur Zehnjahresfeier des Obersten Hauptquartiers der Alliierten Streitkräfte Europa (SHAPE) am 6. April eine Botschaft des amerikanischen Volkes und der Regierung (vgl. S. D 283 ff.), in der diese ihre Haltung zur NATO präzisierte und insbesondere die Stärkung der nichtnuklearen Verteidigung als vorrangig bezeichnete. Diesen Punkt hob auch *Kennedy* in einer Erklärung vor dem Militärausschuß der NATO hervor, der am 10. April in Washington tagte (vgl. S. D 287 ff.).

Der wachsenden Bedeutung, die die amerikanische Regierung der konventionellen Ausrüstung beimißt, entspricht das Interesse, das sie einem Fortschritt der Genfer Konferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche entgegenbringt. (Vgl. die Erklärung von Vizepräsident Lyndon *Johnson* anläßlich eines Besuches bei der amerikanischen Delegation in Genf am 7. April, S. D 286 f.)

Die Haltung der amerikanischen Regierung zu den Fragen der NATO und der OECD, die auch Gegenstand der Besprechungen zwischen Präsident *Kennedy* und dem britischen Premierminister, Harold *Macmillan,* und Bundeskanzler Konrad *Adenauer* in Washington waren (vgl. S. D 265 ff.), dürften Anfang Mai Kernpunkt der Gespräche zwischen *Kennedy* und dem französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle,* in Paris sein. Am 11. April präzisierte de Gaulle die Haltung der französischen Regierung zu diesen Fragen anläßlich einer Pressekonferenz (vgl. S. D 289 f.).

Botschaft von Präsident John F. Kennedy an den Nordatlantikrat vom 15. Februar 1961

Betrifft: Gefahren der Weltsituation — gemeinsame Ziele der Atlantischen Gemeinschaft — Verpflichtung der Vereinigten Staaten auf die NATO — Beibehaltung der militärischen Stärke der Vereinigten Staaten in Europa — Entwicklungshilfe durch OECD — Partnerschaft und Verteilung der Last — europäische Integration.

In der Rede anläßlich meines Amtsantritts habe ich feierlichst „die Loyalität eines getreuen Freundes" den Mitgliedern dieser großen Organisation zugesagt.

In den drei Wochen, die, seit ich Präsident wurde, verstrichen sind, bin ich immer mehr durch die Größe der Gefahren beeindruckt worden, denen sich die Vereinigten Staaten und die freien Nationen überall in der Welt gegenübersehen. Aber ich bin auch immer mehr zu der Ueberzeugung gelangt, daß wir diese Gefahren überwinden können, wenn wir die gemeinsame Stärke und den gemeinsamen Willen der Länder der Atlantischen Gemeinschaft mobilisieren.

Wir Mitglieder der Atlantischen Gemeinschaft bilden das einzige und wirksamste Hindernis, das zwischen der Tyrannei und derem Wunsch steht, die Welt zu beherrschen. Unsere historischen Bande der Freundschaft sind durch gemeinsame Werte und ein gemeinsames Ziel — die Schaffung einer Welt, in der freie Menschen in Frieden und Würde, frei von den Fesseln des Hungers, der Armut und der Unwissenheit leben können — gestärkt worden. Wenn wir gemeinsam handeln, dann können wir dieses Ziel erreichen. Wenn wir zögern, dann wird die Freiheit selbst in einer tödlichen Gefahr sein.

Ich verpflichte mich daher feierlich im Namen der Vereinigten Staaten sowie in meinem eigenen Namen, unermüdlich alle Anstrengungen zur Unterstützung der Prinzipien zu unternehmen, die unsere Bemühungen leiten, zur Unterstützung der grundlegenden Konzeption der Einheit, die uns Stärke verleiht, und zur Unterstützung der von uns geschaffenen Institutionen, die unsere gemeinsamen Absichten in die Tat umsetzen.

Die erste Aufgabe unserer NATO-Allianz ist eine wirksame kollektive Verteidigung. Unsere Aufgabe besteht darin, jeden Aggressor davon zu überzeugen, daß ein Angriff auf das Territorium der NATO-Mitglieder auf einen schnellen und strafenden Widerstand stoßen würde. Obwohl wir uns ebenfalls auf die wachsende Stärke aller verlassen, werden sich die Vereinigten Staaten auch weiterhin voll an der gemeinsamen Verteidigung beteiligen. Ich bin davon überzeugt, daß die Beibehaltung der militärischen Stärke der USA in Europa für die Sicherheit der Atlantischen Gemeinschaft wie auch der freien Welt in ihrer Gesamtheit unbedingt erforderlich ist. Die Stärke in Europa wie auch die Stärke hier in den Vereinigten Staaten ist eine unerläßliche Voraussetzung für den Frieden.

Aber die Interessen der NATO und der Atlantischen Gemeinschaft als Ganzes sind nicht nur militärischer Natur. Die Gefahren für unsere Sicherheit und die Aufgaben, vor die unser Vorhaben gestellt wird, nehmen vielerlei Formen an — wirtschaftliche, ideologische und politische. Durch die ihr zur Verfügung stehenden verschiedenen Hilfsmittel muß sich die Atlantische Gemeinschaft selbst dafür rüsten, mit Schnelligkeit und Einigkeit der Zielsetzungen auf jeder Front zu antworten — durch Verbesserung unserer Konsultationsverfahren, durch Ausweitung der Gebiete für unsere Zusammenarbeit, die sich auch auf gemeinsame Handels- und Währungsprobleme erstrecken muß, und durch einheitliche Bemühungen um den Aufbau einer gesunden, expandierenden Wirtschaft für die gesamte nichtkommunistische Welt.

Diese Bemühungen — die Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung — sind für die Erhaltung der Freiheit in den von Unruhen heimgesuchten und jetzt in den Vordergrund tretenden Kontinenten Asien, Afrika und Lateinamerika von entscheidender Bedeutung; sie sind außerdem aber auch eine Pflicht, die die Starken den Schwachen gegenüber haben. Sie stellen ein Unterfangen dar, das seinem Umfang, dem Grad seiner Schwierigkeit und der Größe seiner Zielsetzung nach nicht seinesgleichen hat.

Es ist eine wichtige und erfreuliche Tatsache, daß das Wagnis der Unterstützung der unterentwickelten Gebiete die Gedanken und den Idealismus der Jugend auf beiden Seiten des Atlantik für sich gewonnen hat. Dieses Unterfangen wird unserer aller Anstrengungen — und auch die der anderen Nationen — erfordern. Um die uns gestellten wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen, müssen wir in der OECD in einer neuen Atmosphäre der Vertrautheit zusammenarbeiten, und ich hoffe, daß wir über die OECD mit diesem fundamentalen Problem der Hilfe fertig werden.

Obwohl es sich hier rein technisch um eine wirtschaftliche Aufgabe handelt, so geht unser letztes Ziel doch über materielle Erwägungen hinaus. Die Aufgabe besteht darin, eine neue Partnerschaft zwischen den alten Nationen im Norden und den neuen Nationen im Süden zu schaffen. Letzten Endes müssen wir diese Partnerschaft nicht ledig-

lich auf dem gemeinsamen Interesse an wirtschaftlichem Wachstum, sondern auf der gemeinsamen Verpflichtung gegenüber den Prinzipien der politischen Freiheit aufbauen.

Da die Vereinigten Staaten über größere Hilfsquellen verfügen, sind sie auch bereit, einen größeren Teil dieser Lasten zu tragen. Ich bin jedoch zuversichtlich, daß die westeuropäischen Nationen wünschen werden, einen gleichen Teil ihrer eigenen wachsenden Mittel sowohl zu den gemeinsamen Anstrengungen für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für die Aufgaben der gemeinsamen Verteidigung beizusteuern. Ohne diese Bereitschaft werden unsere Anstrengungen sicher fehlschlagen. Bei all unseren gemeinsamen Handlungen müssen wir Prinzipien aufstellen, die von unseren Regierungen und unseren Völkern klar verstanden werden und auf denen das Teilen der Last sich begründen läßt.

Wir werden auch weiterhin die Bewegung zu einer europäischen Integration unterstützen und ermutigen. Diese Bewegung ist eine mächtige, einigende Kraft, die Europas Stärke und Prestige vermehren, wachsende Sicherheit und Fortschritt für die europäischen Völker gewährleisten und wesentlich dazu beitragen kann, die Ziele einer umfassenderen Atlantischen Gemeinschaft zu erfüllen.

Die vor uns liegenden Jahre werden für alle Freunde der Freiheit schwer und gefährlich sein. Es wird genauso Rückschläge wie Gewinne geben. Aber wenn wir an die uns entgegentretenden Aufgaben mit ehrlichem Willen herangehen, dann werden unsere von Natur aus bestehenden Differenzen zurücktreten und tragbare Ausmaße annehmen. Wenn wir alle unsere Kräfte des Geistes und Willens und unsere materiellen Hilfsquellen auf die vor uns liegenden Aufgaben verwenden und wenn wir niemals den Blick für unsere gemeinsamen Ziele verlieren, dann werden wir in unserer Zeit die alten unserer Gemeinschaft gestellten Aufgaben ein Stück vorwärts gebracht haben: nämlich die Werte einer Kultur zu erhalten und zu verbreiten, die den Weg des Menschen seit über 2500 Jahren erhellt hat.

Quelle: *Amerika Dienst* (Kabel-Dienst), vom 16. Februar 1961.

Ansprache von Vizepräsident Lyndon Johnson anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Obersten Hauptquartiers der Alliierten Streitkräfte Europa (SHAPE) in Paris am 6. April 1961

Betrifft: Koalition der Nationen Westeuropas und Nordamerikas — Zusammenschluß Europas innerhalb der Koalition — militärische Aufgaben der NATO — Stärkung der nichtnuklearen Verteidigung — nukleare Kapazität der NATO — Beitrag der NATO zum menschlichen Fortschritt — Entstehung einer politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft — Verantwortung der USA.

Ich bin glücklich, Ihnen vom amerikanischen Volk und der amerikanischen Regierung eine Botschaft überbringen zu können, die so absolut entschlossen und bedeutungsvoll ist, wie sie einfach dargelegt werden kann. Diese Botschaft ist die, daß die Vereinigten Staaten entschlossen sind, alles in ihrer Macht Stehende — und ich unterstreiche das Wort alles — zu tun, um die Stärke und Einheit der Nordatlantischen Gemeinschaft zu fördern.

Diese Botschaft spiegelt die grundlegende Zielsetzung der amerikanischen Außenpolitik wider: Diese besteht darin, Lebensverhältnisse aufrechtzuerhalten, unter denen freie Gesellschaften fortbestehen und gedeihen können. Unter freien Gesellschaften verstehen wir solche, bei denen die Zustimmung der Regierten eine wichtige Rolle spielt. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß diese Lebensverhältnisse räumlich nicht eingeengt sind. Es ist weiter entscheidend wichtig, daß im Bereich dieser Lebens-

verhältnisse der Wille und die Stärke vorhanden sind, ihn gegen Feinde zu schützen. Weiter muß für alle die Möglichkeit und Gelegenheit gegeben sein, nach einem eigener Vorstellung entsprungenen Glück zu streben und dieses im Rahmen der Fähigkeiten und der Arbeitsbereitschaft auszubauen.

Keine Nation besitzt allein für sich genug Einfluß und Stärke, diesen weiten Bereich der Freiheit aufrechtzuerhalten. Um dies sicherzustellen, ist die Koalition der Völker und Nationen Westeuropas und Nordamerikas unumgänglich. Ohne deren Macht — die der Bevölkerung, den Hilfsquellen, der Technik und dem Willen entspringt — kann die Koalition nicht erhalten werden.

Für die Vereinigten Staaten ist es von primärer Bedeutung, die Koalition aufrechtzuerhalten und zu stärken; sowohl ihren Zusammenhalt und ihre Stärke innerhalb des atlantischen Gebiets als auch ihre Kapazität für konstruktive Leistungen außerhalb dieses Gebietes. Wenn dieser Zusammenhalt und diese Kapazität gefördert werden sollen, dann werden nachdrückliche Maßnahmen auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet notwendig sein.

Auf politischem Gebiet geht es darum, die wesentlichsten der verschiedenen Bündnisinteressen, die auf dem Spiele stehen, zu entdecken und demgemäß zu handeln, um dadurch die Kapazität der Allianz zur Beeinflussung der Geschehnisse in der Welt überhaupt zu steigern.

Der Fortschritt in Richtung auf eine integrierte europäische Gemeinschaft wird zur Förderung dieser Kapazität beitragen und damit die Atlantische Gemeinschaft stärken. Um die großen vor uns liegenden Aufgaben in Angriff nehmen zu können, bedarf es eines enger zusammengeschlossenen und mächtigeren Europas im Rahmen einer aufstrebenden Atlantischen Gemeinschaft. Die im wesentlichen nationalen und nur lose koordinierten Anstrengungen der Vergangenheit werden nicht länger genügen.

Unser Endziel — jenes in der Ferne liegende Idealziel, von dem Lord Acton sagte, daß „es die Vorstellungskraft durch seine Großartigkeit und den Verstand durch seine Einfachheit besticht" — sollte eine echte atlantische Gemeinschaft sein, in der in steigendem Maße gemeinsame Institutionen entwickelt werden, um den gemeinsamen Problemen zu entsprechen.

Die immer größer werdenden Bedürfnisse der Entwicklungsländer erfordern ebenso wie das Anwachsen der sowjetischen Macht, daß mit der Zeit eine enger zusammengefügte Gemeinschaft erreicht wird. Wenn wir in Richtung auf eine solche Gemeinschaft voranschreiten, können wir das Gefühl des Vorwärtskommens und das einfallsreiche Denken wiedergewinnen, die die Allianz in ihren schöpferischsten Perioden charakterisiert haben. Auf lange Sicht mag es sich sehr wohl erweisen, daß ein solcher Fortschritt unumgänglich ist, wenn wir unser letztliches Ziel — eine freie und geordnete Weltgemeinschaft — erreichen wollen.

Auch auf militärischem Gebiet werden die Vereinigten Staaten ihr Aeußerstes tun, um die Stärke der Allianz zu erhalten und zu steigern. Ich möchte über dieses Gebiet nicht so ausführlich sprechen, da diese Fragen demnächst im einzelnen im (NATO-) Rat erörtert werden.

Die Einstellung meiner Regierung zu den militärischen Aufgaben der NATO wird von den Grundsätzen beherrscht, die sich in der kürzlichen Botschaft des Präsidenten an den Kongreß über unser eigenes Militärbudget widerspiegeln. Unsere Zielsetzung ist, sicherzustellen, daß jeder potentielle Aggressor weiß, daß er mit einer entsprechenden, selektiven, raschen und wirksamen militärischen Reaktion zu rechnen haben wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, suchen die Vereinigten Staaten einen elastischen und ausgewogenen militärischen Status zu schaffen.

Dies ist auch das Ziel der NATO.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden verschiedene Schritte notwendig sein. Vor allem wird es einer nachdrücklichen und anhaltenden Anstrengung bedürfen, um die nichtnukleare Verteidigung der NATO zu stärken. Dies ist eine Aufgabe mit hohem Vorrang. Sie wird von uns allen erhöhte Anstrengungen fordern. Aber das Ergebnis wird das Opfer wert sein, denn die Verteidigung der NATO wird wirksamer und ihre Abschreckungsmacht größer werden. Im Rahmen ihres Beitrages zu dieser Aufgabe sind die Vereinigten Staaten zur vollen Beteiligung an der gemeinsamen Verteidigung und zur Aufrechterhaltung ihrer militärischen Stärke auf dem Kontinent für die absehbare Zukunft verpflichtet. Der Präsident sprach sich über diesen Punkt in seiner Botschaft an die NATO kurz nach seiner Amtsübernahme absolut klar aus.

Zur Erreichung unserer Ziele ist auch eine wirksame nukleare Kapazität der NATO notwendig, und die Vereinigten Staaten sind bereit, sich mit allen Mitgliedern der Allianz über die besten Mittel und Wege eingehend zu beraten, wie diese Kapazität in Zukunft aufrechterhalten werden kann.

Die Sicherheit Europas und die Sicherheit der Vereinigten Staaten sind voneinander untrennbar.

Wenn wir mit einem praktischen und ausgewogenen Programm zur Stärkung der Waffen der NATO voranschreiten, dann verringern wir die Möglichkeit einer Verlockung zur Aggression und steigern damit die Aussichten auf Frieden.

Die Früchte des Friedens werden nicht durch die bloße Vermeidung des Krieges eingebracht. Wir streben darüber hinaus den Fortschritt zu einem reicheren Leben für die ganze Menschheit an. Wenn die Atlantische Gemeinschaft zur Erreichung dieses Fortschritts beitragen will, dann brauchen wir:

1. höhere Wachstumsraten in einigen atlantischen Ländern;

2. eine wirksamere Koordination der Wirtschaftspolitik Europas und der Wirtschaftspolitik Nordamerikas;

3. verstärkte Hilfe für die Entwicklungsländer; und

4. eine faire Beteiligung aller im Rahmen der Allianz an den Lasten dieser Hilfe und unseres Militärprogramms.

Um zur Erreichung dieser Ziele beizutragen, ist die OECD geschaffen worden. Die Vereinigten Staaten wollen sich voll und ganz an ihrer Arbeit zu diesem Zweck beteiligen.

Dies ist nicht der Ort oder der Zeitpunkt, hier in Einzelheiten zu gehen. Ich möchte lediglich den allgemeinen Kurs des Handelns darlegen, dem wir uns verschrieben haben, um eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unseren atlantischen Partnern zu finden.

Wir dürfen auf diesem Kurs nicht versagen, wenn die Aufrechterhaltung von Lebensverhältnissen in hohem Maße gewährleistet werden soll, unter denen freie Gesellschaften gedeihen können.

Die Wirksamkeit der OECD in der Verfolgung dieses Kurses wird eine unerläßliche Grundlage für die militärischen Programme darstellen, die ich beschrieben habe — und für die Erreichung der Zielsetzungen der Atlantischen Gemeinschaft in den Entwicklungsgebieten.

Die politische Auswirkung des Fortschritts in diesem Sinne mag jedoch vielleicht noch bedeutsamer sein als die wirtschaftliche oder militärische Wirkung. Die wichtigen westlichen Nationen werden nämlich in einem ernsten Konklave zusammengebracht werden, um Maßnahmen von großer und konstruktiver Bedeutung und Tragweite in Angriff zu nehmen. Dies würde zu ihrem Vertrauen und ihrem Zusammenhalt beitragen

und könnte auf lange Sicht sehr wohl die Grundlage für eine neue und noch engere Beziehung zwischen Europa und Nordamerika schaffen.

Es möchte scheinen, daß eine echte politische — wie auch wirtschaftliche — Gemeinschaft als Ziel auf lange Sicht in zunehmendem Maße greifbar wird.

Eine solche Demonstration der Fähigkeit der atlantischen Nationen zu kühnen und schöpferischen Anstrengungen dürfte einen mächtigen Eindruck auf befreundete Nationen in anderen Gebieten und möglicherweise auf die kommunistischen Führer selbst nicht verfehlen. Die einfache Auswirkung wäre nämlich, daß die Bildung einer doch aller Wahrscheinlichkeit nach mächtigsten wirtschaftlichen Gruppierung in der Welt in den Bereich des Möglichen gerückt wäre. Jede Bestimmung der künftigen relativen Stärke der freien Welt müßte durch dieses Projekt entscheidend beeinflußt werden.

Wenn wir auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet mit diesen allgemeinen politischen Richtlinien voranschreiten, dann können wir einer Atlantischen Gemeinschaft entgegensehen, die in zunehmendem Maße die großen Versprechungen erfüllen wird, die ihre Gründer in sie setzten, als sie den Vertrag vor zwölf Jahren unterzeichneten.

Die Aufgabe wird nicht leicht sein. Sie wird von allen von uns ständige Opfer erfordern: Opfer an Hilfsquellen; Opfer an Jahren in Uniform; Opfer an Sonderinteressen; Opfer an alten Konzeptionen im Lichte zunehmender gegenseitiger Abhängigkeit.

Wir dürfen vor diesen Opfern nicht zurückschrecken, wenn wir unserer gemeinsamen Kultur Wert erweisen wollen.

Die Vereinigten Staaten sind bereit, ihren vollen Beitrag zu leisten. Sie akzeptieren die Verantwortung der Führung sowohl bei der Planung ihrer eigenen Anstrengungen als auch bei der Darlegung ihrer Auffassungen bezüglich der Aufgaben der Allianz als Ganzes.

Quelle: *Amerika Dienst* (Kabel-Dienst), vom 7. April 1961

Presseerklärung von Vizepräsident Lyndon Johnson in Genf vom 7. April 1961

Betrifft: Konferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche.

Während meines Besuches in Genf hatte ich Gelegenheit, eingehend mit Botschafter Arthur H. Dean, unserem Chefdelegierten bei der Konferenz über die Einstellung der Atomwaffenversuche, zu konferieren. Ich war äußerst interessiert, seine Ansichten über die Fortschritte auf der Konferenz zu hören.

Ich bin auf Wunsch Präsident Kennedys hierher gekommen, der an dieser Konferenz ein sehr großes persönliches Interesse nimmt. Der Präsident hat Botschafter Dean angewiesen, alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um festzustellen, ob eine umgehende Uebereinkunft über ein faires und gerechtes Abkommen möglich ist.

Während der vergangenen Wochen hatten die amerikanische und die britische Delegation auf der Konferenz konstruktive Vorschläge unterbreitet, die sich auf alle wichtigen Streitfragen erstreckten. Diese Vorschläge waren nach engen Konsultationen zwischen den beiden Regierungen formuliert worden. Sie versuchten den legitimen sowjetischen Besorgnissen Rechnung zu tragen und sollten eine Uebereinkunft herbeiführen, die den Interessen aller Parteien gerecht wird. Sie sollten für die Sowjetunion voll zufriedenstellend sein, sofern die Sowjetunion wirklich ein Abkommen abzuschließen wünscht. Wenn ein Abkommen wirklich wirksam sein soll und alle beteiligten Nationen in dieses Abkommen Vertrauen haben sollen, dann muß es für ein wirksames, zuverlässiges und sofortiges Verifizierungs- und Kontrollsystem Sorge tragen, das nicht dem

Veto unterliegt, welches jede Vereinbarung unwirksam machen kann. Es hat keinen Sinn, einen Vertrag nur um eines Vertrages willen abzuschließen.

Die westlichen Delegationen erwarten nunmehr die sowjetische Antwort. Die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk hoffen sehr, daß die sowjetische Antwort umgehend erfolgen und konstruktiv sein wird. Sie sind sich der Wichtigkeit dieser Verhandlungen voll bewußt. Was uns anbetrifft, so wünschen wir ein vernünftiges, wirksames und durchführbares Abkommen.

Ein vernünftiges Abkommen könnte wesentlich zu einer Verringerung der internationalen Spannungen sowie zu einem Fortschritt bei dem entscheidend wichtigen Problem der Abrüstung beitragen. Aus diesem Grunde schenkt der amerikanische Präsident den Vorgängen in Genf auch seine besondere Aufmerksamkeit, und ich werde ihm über die Situation hier bereits in den nächsten Tagen Bericht erstatten.

Quelle: *Amerika Dienst* (Kabel-Dienst) vom 7. April 1961.

Erklärung von Präsident John F. Kennedy vor dem Militärausschuß der NATO in Washington am 10. April 1961

Betrifft: Wendepunkt der militärischen NATO-Planung — Verstärkung des NATO-Potentials an konventionellen Waffen — nukleare Abschreckung — Kontrolle der nuklearen Waffen — Zusammenarbeit zwischen politischen und militärischen Führern.

Ich bin erfreut, Ihnen, den Stabschefs der NATO-Staaten, die Sie sich hier zu einer Tagung des Militärausschusses eingefunden haben, ein herzliches Willkommen der amerikanischen Regierung zu entbieten. Die Tatsache, daß Ihre Vertreter hier regelmäßig — in ständiger Sitzung — bei uns sind, erfüllt uns natürlich mit Genugtuung, aber es ist besonders schön, heute den Militärausschuß selbst in Washington bei uns zu haben. Und für mich ist dieses Treffen mit Ihnen weit mehr als nur eine große Ehre.

Sie tragen auf Ihren Schultern eine entscheidende Verantwortung für die Angelegenheiten der NATO, und ich möchte zu Ihnen über das Wesen dieser Aufgabe und die zwangsläufigen Beziehungen zwischen Ihnen als den Militärs und anderen von uns als den politischen Führern sprechen.

Die NATO steht, wie Sie wissen, an einem Wendepunkt ihrer militärischen Planung. Im Oberkommando und in zahlreichen Hauptstädten der Allianz schreiten die Arbeiten betreffs unseres künftigen Bedarfs voran. Im Rahmen dieser Bemühungen sind wir innerhalb der Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr mit einer sorgfältigen Ueberarbeitung unserer eigenen Ansichten über die Militärpolitik der NATO ziemlich weit gediehen.

Vizepräsident Johnson hat in der vergangenen Woche in Paris unsere Ansicht dargelegt, daß das Potential der NATO an konventionellen Waffen wieder verstärkt werden sollte. Die NATO muß in der Lage sein, jedem Angriff mit konventionellen Waffen einen Widerstand mit konventionellen Waffen entgegensetzen zu können, der zumindest — wie dies General Norstad sagte — so lange wirksam sein muß, um eine Pause zu erzwingen. Zu diesem Zweck wollen wir unsere eigenen Divisionen und Versorgungseinheiten in Europa unterhalten und ihr konventionelles Potential verstärken.

Neben verstärkten konventionellen Streitkräften muß die NATO unserer Ansicht nach jedoch auch weiterhin über ein wirksames nukleares Potential verfügen. Wir hoffen, mit unseren Alliierten enge Beratungen darüber zu führen, welche genauen Formen die nukleare Abschreckung in den kommenden Jahren haben soll. In seiner

Rede in der vergangenen Woche hat Premierminister Macmillan auf die Dringlichkeit dieser Frage hingewiesen. Die Vereinigten Staaten werden zu den Arbeiten in Richtung auf eine gute Lösung dieses Problems ihren vollen Beitrag leisten, und wir glauben, daß die Klarheit und die Festigkeit unserer eigenen Verpflichtung zur vollen Verteidigung Europas in dieser Beziehung von Nutzen sein kann.

Ich möchte heute in der Darlegung dieser Angelegenheit nicht weitergehen. Das richtige oberste Forum zu ihrer Erörterung ist natürlich der Nordatlantikrat, und Fragen von solcher Tragweite erfordern darüber hinaus selbstverständlich noch eine eingehende Erörterung in jedem einzelnen Lande auf höchster Regierungsebene.

Aber bevor ich mich nun anderen Fragen zuwende, möchte ich noch kurz zu einem weiteren militärischen Punkt Stellung nehmen. In unseren Studien sind wir auf die ernste Notwendigkeit einer sensitiven und flexiblen Kontrolle aller Rüstungen und besonders bei den nuklearen Waffen gestoßen. Wir schlagen vor — was uns anbetrifft —, darauf zu achten, daß unsere militärischen Streitkräfte stets einem verantwortungsbewußten Befehl und einer verantwortungsbewußten Kontrolle — angefangen bei den höchsten Kommandostellen bis zu den untersten — unterstehen. Und wir wollen darauf achten, daß diese Kontrolle vor, während und nach einem Beginn von Feindseligkeiten gegen unsere Streitkräfte und auf jeder Stufe des Befehlsweges gegeben ist. Wir glauben an die Aufrechterhaltung einer wirksamen Abschreckungsstärke, aber wir glauben ebenfalls daran, daß wir diese Stärke das tun lassen können, was wir wollen — nicht mehr und nicht weniger.

Wenn ich diesen Grundsatz anführe, so bekräftige ich damit erneut Prinzipien, die die verantwortungsbewußten militärischen Führer der NATO stets anerkannt haben — aber ich versichere Ihnen damit ebenfalls, daß die politische Führung der Vereinigten Staaten sowohl ihre Kraft wie auch ihre Hilfsquellen in dieser Richtung einsetzen wird.

Dies bringt mich auf meinen zweiten Hauptpunkt. Die NATO ist unter den Bündnissen der Geschichte durch ihre Kombination politischer, wirtschaftlicher und sogar psychologischer Komponenten bemerkenswert. Was die NATO jeweils ist, hängt nicht nur von ihren verfügbaren Streitkräften ab, sondern auch von der Entschlossenheit ihrer Führer, von der Gesinnung ihrer Völker und der Meinung, die der Kreml von allen diesen Elementen hat.

In dieser Situation ist es unbedingt notwendig, daß zwischen den politischen Führern und den höheren Offizieren ein enges Einvernehmen besteht. In unseren Ländern liegt die letzte Verantwortung natürlich immer bei den politischen Stellen, wir haben jedoch auch eine traditionelle Achtung vor dem fachmännischen Urteil der Berufssoldaten. In der NATO aber war es von Anfang an entscheidend, daß keine der beiden Gruppen irgendeine willkürliche Teilung unserer Probleme in „politisch“ und „militärisch“ akzeptierte. Bei den entscheidenden Problemen waren stets beide Elemente im Spiel. Die politischen Führer waren gehalten, ein gemeinsames volles Verständnis der politischen Zielsetzungen der Allianz mit ihren höheren Offizieren zu erarbeiten, während die militärischen Führer ihrerseits anerkennen mußten, daß in der NATO sämtliche bedeutenden militärischen Probleme auch politische Probleme sind.

Dieses Berücksichtigen der zwischen Politischem und Militärischem bestehenden gegenseitigen Verbindung ist heutzutage von noch zwingenderer Notwendigkeit, vor allem in sämtlichen Fragen, die mit dem Kommando, der Gruppierung und der möglichen Verwendung von Kernwaffen in Zusammenhang stehen.

Wenn wir jetzt in den vor uns liegenden Monaten gemeinsam den Rahmen der NATO-Politik schaffen und neue Entschlüsse fassen werden, die uns sicher in die Zukunft geleiten, brauchen wir hierzu die engste und verständnisvollste Zusammenarbeit nicht nur von Land zu Land, sondern auch von Soldat zu Zivilist. Die politische Planung muß sich der militärischen Realitäten bewußt sein, und die mili-

tärischen Pläne wiederum müssen politischen Erwägungen Rechnung tragen — darunter so verschiedenartigen und wichtigen Fragen wie dem Potential an Hilfsquellen oder den Eigenarten der einzelnen Nationen — und anderen Zielen des Bündnisses, wie unserem gemeinsamen Vorhaben, das wirtschaftliche Wohlergehen der gesamten freien Welt zu fördern. Unser militärisches Ziel, unsere Militärpolitik, unsere Gruppierung und unsere Pläne für einen Kriegsfall selbst müssen alle die Zielsetzungen und den Geist unserer großen Gemeinschaft widerspiegeln. Die militärischen und politischen Probleme sind nicht voneinander zu trennen, und die Militärs und die Politiker müssen noch enger zusammenarbeiten.

Ich bekleide ein Amt, das auf Grund unserer Verfassung die politische und militärische Verantwortung in sich vereint, und es ist daher lediglich meine Pflicht, daß ich mein Bestes versuche, um diese beiden Probleme zusammen zu bedenken. Ich bitte Sie, dasselbe zu tun.

Zum Abschluß, meine Herren, lassen Sie mich für einen Augenblick von unseren Problemen zu unseren Leistungen übergehen. Die NATO hat in Europa und dem atlantischen Raum während zwölf gefahrvoller Jahre den Frieden erhalten, und in dieser Zeit hat unsere Gemeinschaft an Stärke und Wohlstand zugenommen. Dies ist keine geringe Leistung, und ich entbiete Ihnen und durch Sie allen Streitkräften der NATO den Dank und die Glückwünsche des amerikanischen Volkes und der amerikanischen Regierung. Lassen Sie uns zusammen an die große Aufgabe gehen, den Frieden einer freien Völkergemeinschaft zu schützen.

Quelle: *Amerika Dienst* (Kabel-Dienst), vom 11. April 1961.

Pressekonferenz von Staatspräsident Charles de Gaulle in Paris am 11. April 1961 (Auszüge)

Betrifft: Atlantikbündnis — Atomrüstung.

Atlantikbündnis

Frage: Glauben Sie, daß die Frage der gegenseitigen Beratungen innerhalb der NATO nach den Gesprächen, die Sie in Kürze mit Präsident Kennedy führen werden, in dem von Ihnen seit drei Jahren gewünschten Sinne Fortschritte machen könnte?

Antwort: Ich kann dem nicht vorgreifen, was Präsident Kennedy und ich selbst miteinander sprechen werden. Jedenfalls wiederhole ich das, was ich über die Frage des Atlantikpaktes schon gesagt habe: Niemand ist mehr von der Notwendigkeit überzeugt als ich, daß die freien Völker im Falle eines Konfliktes zwischen dem Osten und Westen verbündet sein müssen. Das trifft vor allem für diejenigen zu, die dies- und jenseits des Atlantiks leben.

Meiner Ansicht nach ist der Atlantikpakt nicht in Frage gestellt. Was zur Debatte steht, ist die gegenwärtige Organisation des Paktes. Jeder fühlt, daß hier etwas geändert werden muß, und bei dieser Aenderung sollten nach meiner Auffassung die drei folgenden wesentlichen Punkte berücksichtigt werden:

1. Das Recht und die Pflicht der europäischen Kontinentalmächte, eine eigene nationale Verteidigung zu besitzen.

Es ist für einen großen Staat nicht tragbar, daß sein Schicksal den Entscheidungen und Handlungen eines anderen Staates überlassen wird, so freundschaftlich er auch immer gesinnt sein mag. Außerdem geschieht folgendes: In der Integration ist das integrierte Land geneigt, seine nationale Verteidigung zu vernachlässigen, da es für sie nicht verantwortlich ist. Damit aber verliert die Allianz in ihrer Gesamtheit viel an Spannkraft und Stärke. Wohin würde das im Krieg führen?

2. Ein anderer Punkt ist folgender: Es ist notwendig, daß die Frage der Anwendung der Kernwaffen, über die die beiden Westmächte verfügen, und auch die Frage der Anwendung ihrer anderen Waffen einer gründlichen Klärung unterzogen wird, denn die kontinentaleuropäischen Staaten, die bei weitem der größten Gefahr ausgesetzt sind, müssen genau wissen, mit welchen Waffen und unter welchen Bedingungen ihre überseeischen Verbündeten an derselben Schlacht zusammen mit ihnen teilnehmen würden.

3. Der dritte Punkt ist der: Seit Bestehen des Atlantikbündnisses ist die Kriegsgefahr nicht mehr auf Europa beschränkt. Sie erstreckt sich über die ganze Welt, besonders auf Afrika und Asien. Wenn die Allianz unter diesen Umständen Bestand haben soll, muß sie auf all diese neuen Gebiete ausgedehnt werden, denn wenn das nicht geschieht, wird sie jene elementare, enge Solidarität unter ihren Mitgliedern einbüßen, die für sie unerläßlich ist. Tut sie dies, dann muß sie aber ihre Organisation, die diese außereuropäischen Fragen nicht umfaßt, einer Revision unterziehen.

Ich möchte nochmals betonen, daß wir die große Ehre und die große Freude haben werden, mit Präsident Kennedy zusammenzukommen. Ich nehme an, daß dies eines der Themen sein wird, über die wir als gute Freunde und gute Verbündete sprechen werden.

Atomrüstung

Frage: Hat Frankreich die Absicht, sich mit Atomwaffen zu versehen und seine Kernversuche in der Sahara weiter fortzusetzen?

Antwort: Seit dem Weltkrieg haben die Amerikaner mit Hilfe einer gewissen Anzahl von europäischen Wissenschaftlern und Technikern begonnen, Atombomben zu bauen, und haben sie gegen Kriegsende auch zur Anwendung gebracht. Daraufhin hat sich in der Nuklearrüstung zwischen den Angelsachsen und den Sowjets ein erschreckender Wettlauf abgezeichnet. Dieser Wettlauf wird immer schlimmer. Gewiß trifft es zu, daß die beiden Parteien gegenwärtig ihre Versuche eingestellt haben, doch sie brauchen sie keineswegs mehr, denn ihre Versuche haben ihnen bereits die Anhäufung von Mitteln ermöglicht, mit denen die eine wie die andere Seite die ganze Welt zu vernichten vermag.

Uebrigens erstreckt sich der Wettlauf jetzt auf die Bombenträger, die die Zerstörungskraft dieser Waffen in einer geradezu unbegrenzten Weise erhöhen. Erschreckend bei diesem Wettlauf ist die Tatsache, daß er der allgemeinen Situation in der Welt entspricht, das heißt der Rivalität der zwei Lager, wodurch er einen geradezu fatalen Aspekt erhält.

Jedenfalls hat kein Staat jemals in positiver Weise die Stimme gegen die eine oder andere Seite erhoben, die die schreckliche Waffe hergestellt haben und weiter herstellen.

Ich wüßte nicht, daß irgendein Staat in der Welt deswegen seine Beziehungen zu London, Moskau oder Washington abgebrochen hätte. Ich wüßte nicht, daß die Vereinten Nationen die Amerikaner, die Sowjetunion oder England aufgefordert hätten, ihre Atomwaffen oder ihre Träger zu vernichten. Da also beide Parteien auf ihre Atomwaffen nicht verzichten, ganz im Gegenteil, hat sich Frankreich aus Gründen, die seine Verteidigung und die einiger anderer betreffen, gezwungen gesehen, sich gleichfalls mit Waffen dieser Art zu versehen ...

Quelle: *Informationsblätter* (Französische Botschaft, Bad Godesberg), Nr. 234 vom 15. April 1961.

Zur Assoziierung Finnlands mit der EFTA und Griechenlands mit der EWG

Auf der Stockholmer Ministerkonferenz, die am 21. Juli 1959 die Bildung einer Europäischen Freihandelsassoziation empfahl, gab der finnische Handelsminister, Ahti *Karjalainen*, eine Erklärung ab, in der er zwar das wirtschaftliche Interesse Finnlands an einer solchen Freihandelsassoziation bekundete, jedoch die Frage eines Beitritts Finnlands noch offenließ. In dem Kommuniqué über die Paraphierung der EFTA-Konvention in Stockholm am 20. November 1959 wurde aber bereits verzeichnet, daß die finnische Regierung Erörterungen über Mittel und Wege wünsche, die ihr die Teilnahme an den Vereinbarungen der EFTA ermöglichten. Entsprechende Verhandlungen wurden danach aufgenommen.

Anläßlich eines Besuches von Nikita S. *Chruschtschow* in Helsinki vom 2. bis zum 4. September 1960 fand ein sowjetisch-finnischer Meinungsaustausch über die handelspolitische Entwicklung in Europa statt, der bei dem Staatsbesuch von Staatspräsident Urho *Kekkonen* in Moskau vom 21. bis zum 24. November 1960 fortgesetzt wurde. In dem sowjetisch-finnischen Kommuniqué vom 24. November heißt es, die Parteien hätten sich über das Verfahren geeinigt, nach dem das Prinzip der Meistbegünstigung im Falle eines Anschlusses Finnlands an die EFTA auch weiterhin auf die sowjetisch-finnischen Handelsbeziehungen angewendet werden soll.

Die zwischen der finnischen Regierung und der EFTA geführten Verhandlungen fanden am 27. März 1961 mit der Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens ihren Abschluß.

Wenige Tage danach, am 1. April 1961, wurde in Moskau ein sowjetisch-finnisches Zollabkommen unterzeichnet, das die im Moskauer Kommuniqué vom 4. September 1960 vorgesehene Regelung für den Fall der Assoziation Finnlands mit der EFTA enthält.

Während die Assoziation Finnlands mit der EFTA nun nur noch der Ratifizierung bedarf, sind die Verhandlungen über eine Assoziierung Griechenlands und der Türkei mit der EWG noch nicht zum Abschluß gekommen. Griechenland hatte am 8. Juni 1959 und die Türkei am 31. Juli an die EWG ein Gesuch auf Assoziierung gerichtet. Während die Verhandlungen mit der Türkei nach längerer Unterbrechung erst in jüngster Zeit wiederaufgenommen wurden, haben die Verhandlungen mit Griechenland am 30. März 1961 zur Paraphierung des Entwurfes eines Assoziierungsabkommens geführt. Die endgültige Unterzeichnung des Abkommens durch den Ministerrat der EWG und die griechische Regierung kann jedoch erst erfolgen, nachdem das Europäische Parlament zu dem Abkommen Stellung genommen und die griechische Regierung das Abkommen gebilligt hat.

Der Ministerrat der EWG hat auf seiner Tagung am 2. und 3. Mai 1961 in Brüssel beschlossen, im Interesse eines möglichst baldigen Abschlusses des Abkommens am 17. Mai eine Sondersitzung in Brüssel abzuhalten.

Zusammenfassung und Erläuterung des am 27. März 1961 in Helsinki unterzeichneten Assoziationsabkommens zwischen Finnland und der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA)

Betrifft: Zusammenarbeit der EFTA mit Drittländern — Abbau der Handelsschranken — Ausnahmeregelung für die finnische Textil- und Metallindustrie — Außenhandel — Dienstleistungs- und Kapitalverkehr — Schaffung eines Gemeinsamen Rates — Beschlußfassung — Beitritt und Rücktritt.

Allgemeine Rechte und Pflichten auf den Gebieten der Wirtschaft und des Handels (Artikel 2)

Finnland und die EFTA-Länder beabsichtigten, daß das schließlich zwischen ihnen getroffene Uebereinkommen, soweit irgend möglich, Finnland die gleichen Rechte und

Pflichten auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels geben soll, wie die EFTA-Länder dies untereinander vereinbart haben. Man hat dies durch die einfache Maßnahme erreicht, alle am Tag der Unterzeichnung des Abkommens bestehenden Bestimmungen des Uebereinkommens, die sich auf Handel und Wirtschaft beziehen, auch auf die Beziehungen zwischen Finnland und den EFTA-Ländern anzuwenden. (Artikel 2 des Abkommens.) Der Abbau der Handelsschranken zwischen Finnland und den Mitgliedstaaten der EFTA wird im gleichen Tempo erfolgen wie zwischen den Mitgliedern der EFTA selbst.

Ausnahmen (Artikel 3 und 4)

Dieses Prinzip hat einige wenige Ausnahmen, die alle darauf abzielen, Finnlands besonderen Schwierigkeiten zu begegnen. Wenn der Abbau der Zölle im gleichen Tempo erfolgte, wie ihn die Zeittafel des Stockholmer Uebereinkommens vorsieht, so könnte dies für einige im Entwicklungsstadium befindliche finnische Industriezweige — vor allem die Textil- und die Metallindustrie — besondere Schwierigkeiten mit sich bringen. Finnland ist deshalb ermächtigt, seine Zölle für eine Reihe von Waren, die mit den Erzeugnissen dieser Branche im Wettbewerb stehen, langsamer zu senken, als dies in der allgemeinen Zeittafel vorgesehen ist. (Artikel 3 und Anhang I des Abkommens.) Der Zeitpunkt der gänzlichen Abschaffung dieser Zölle bleibt aber der gleiche wie der für andere Zölle — nämlich der 1. Januar 1970.

Eine weitere Bestimmung (Artikel 4) berücksichtigt, daß ein beträchtlicher Teil des finnischen Außenhandels durch bilaterale Handelsabkommen geregelt wird. Um Finnland zu ermöglichen, seinen Verpflichtungen im Rahmen dieser Abkommen nachzukommen, darf es bei einer begrenzten Anzahl von Waren — vor allem feste und flüssige Brennstoffe und Düngemittel — die bestehenden quantitativen Einfuhrbeschränkungen aufrechterhalten.

Finnland muß jedoch diese Beschränkungen auf eine Art und Weise anwenden, die es den Lieferanten in den EFTA-Staaten ermöglicht, mit anderen Lieferanten zu fairen und gleichen Bedingungen um einen vernünftigen Anteil des finnischen Marktes dieser Produkte in Wettbewerb zu treten. (Anhang II zum Abkommen.)

Unsichtbare Transaktionen und Ueberweisungen (Artikel 5)

Da sämtliche EFTA-Staaten Mitglieder anderer internationaler Organisationen sind, welche unsichtbare Transaktionen und Ueberweisungen liberalisiert haben, enthält das Stockholmer Uebereinkommen keine ausführlichen Bestimmungen zu diesem Gegenstand. Finnland ist jedoch nicht bei all diesen Organisationen Mitglied, und das Abkommen stipuliert deshalb, daß die Mitgliedstaaten Finnland auf diesem Gebiet nicht günstiger behandeln werden als sie dies gegenseitig tun und Finnland seinerseits den EFTA-Staaten keine ungünstigere Behandlung zuteil werden lassen wird als jene, welche die EFTA-Staaten ihm einräumen.

Institutionelle und organisatorische Fragen (Artikel 6 bis 10)

Die Tatsache, daß Finnlands Beziehungen mit der EFTA die Form einer separaten Freihandelsassoziation, die sich von der Europäischen Freihandelsassoziation abhebt, genommen haben, bringt auf den Gebieten von Handel und Wirtschaft nur kleine — wenn überhaupt — Unterschiede der Handelsposition Finnlands und jener der EFTA-Staaten. Diese Unterschiede werden in erster Linie bei den organisatorischen und institutionellen Bestimmungen des Abkommens offenbar.

Der Gemeinsame Rat (Artikel 6, Absatz 1—3)

Ein neuer Rat — der Gemeinsame Rat — wird errichtet werden. Jeder EFTA-Staat und Finnland sind in diesem Rat vertreten, der alle Punkte behandeln wird, die sich aus den Beziehungen zwischen Finnland und der EFTA ergeben. Vor allem wird der Rat die Anwendung des Abkommens überwachen und seine Durchführung laufend

beaufsichtigen. Innerhalb dieses Rahmens wird der Gemeinsame Rat die gleichen Vollmachten und Funktionen haben, wie sie dem EFTA-Rat für die entsprechenden Belange der sieben Mitgliedstaaten zustehen und obliegen. Die beiden Räte werden voneinander unabhängig arbeiten, doch wird natürlich die Praxis ein beachtliches Maß von Koordination ergeben.

Beschlußfassung (Artikel 6, Absatz 4—7)

Die Abstimmungsregeln halten sich eng an das im Stockholmer Uebereinkommen festgesetzte System. In beiden Räten unterliegen die gleichen Entscheidungen der Einstimmigkeit und der Stimmenmehrheit.

Wie bereits erwähnt, bringt es das Abkommen mit sich, daß Finnland die gleichen Rechte und Pflichten wie die EFTA-Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt der Unterzeichnung haben wird. Um zu vermeiden, daß die Rechte und Pflichten sich innerhalb der beiden Freihandelsassoziationen unterschiedlich entwickeln, wird in Artikel 6, Absatz 6—7 ein Verfahren festgelegt, welches Finnlands Annahme jener Beschlüsse regelt, die von den EFTA-Ländern nach diesem Zeitpunkt gefaßt werden. Im Prinzip werden alle einstimmigen Beschlüsse (d. h. in den meisten Fällen Beschlüsse, die das Uebereinkommen abändern und neue Pflichten für die Mitglieder schaffen) an den Gemeinsamen Rat weitergeleitet; wenn Finnland sie ohne Einschränkungen akzeptiert, werden sie bindend und auf die Beziehungen mit den Mitgliedstaaten anwendbar.

Mehrheitsbeschlüsse (dies sind fast alle Beschlüsse, die eine Abweichung der Mitgliedstaaten von ihren Rechten und Pflichten betreffen) werden an den Gemeinsamen Rat weitergeleitet, sofern Finnland oder ein EFTA-Mitgliedstaat dies verlangt; der Gemeinsame Rat kann sodann durch Mehrheitsbeschluß entscheiden, daß die betreffende Entscheidung auch für Finnland in dessen Verhältnis zu den EFTA-Mitgliedstaaten bindend sein soll. Es wäre unvernünftig und würde praktische Schwierigkeiten schaffen, wenn eine Entscheidung des EFTA-Rats, die einem Mitgliedstaat eine Minderung seiner üblichen Verpflichtungen gestatten würde, nicht auch gegenüber einem assoziierten Land angewendet würde, welches sonst in eine günstigere Lage geriete als die Mitgliedstaaten.

Aus diesem Grunde stipuliert Absatz 7 des Artikels 6, daß in einem solchen besonderen Fall die Ja-Stimmen von vier anstatt von fünf der acht Mitglieder des Gemeinsamen Rates genügen, um solche Entscheidungen des EFTA-Rates, die vor den Gemeinsamen Rat gelangen, anzunehmen.

Annahme und Inkrafttreten (Artikel 7)

Das Abkommen muß von den Signatarstaaten akzeptiert werden und tritt nach Hinterlegung der Annahmeurkunden durch alle acht Staaten in Kraft.

Beitritt (Artikel 8)

Wenn ein Drittland dem Stockholmer Uebereinkommen beitritt, wird der EFTA-Rat entscheiden, ob das betreffende Land auch dem Abkommen mit Finnland beitreten soll. Wenn auf der anderen Seite ein Land sich an die EFTA assoziiert, wird der Gemeinsame Rat darüber entscheiden, unter welchen Bedingungen es auch dem Abkommen mit Finnland beitreten kann.

Kündigung und Rücktritt (Artikel 9)

Finnland und die EFTA-Länder können in gemeinsamer Handlungsweise das Abkommen mit dreimonatiger Frist kündigen. Um die administrativen und handelsmäßigen Schwierigkeiten zu mildern, welche eine solche Kündigung zur Folge haben kann, ist der Gemeinsame Rat in einem solchen Fall ermächtigt zu entscheiden, daß die Bestimmungen des Uebereinkommens, die sich auf die Beziehungen zwischen Finnland und den EFTA-Staaten beziehen, zur Gänze oder teilweise noch für einen Zeitraum von neun Monaten vom Tage der Kündigung an gelten. Das bezeichnendste Beispiel für

die Nützlichkeit dieser Verfügung ist, daß dadurch eine allmähliche Rückkehr zum allgemeinen Zollniveau für den Fall der Kündigung erreicht wird und es nicht zu einem jähen Wechsel von reduzierten oder gar gänzlich abgeschafften Zöllen zu den Zollsätzen, wie sie gegenüber Drittländern bestehen, kommt. Jedes der EFTA-Länder kann mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist individuell vom Abkommen zurücktreten, wobei ein EFTA-Land, das vom Stockholmer Uebereinkommen zurücktritt, automatisch aufhört, ein Partner des Abkommens mit Finnland zu sein.

Ergänzungen (Artikel 10)

Der Gemeinsame Rat ist ermächtigt, durch einstimmige Entscheidung eine gewisse Zahl der Bestimmungen des Abkommens abzuändern. In allen anderen Fällen müssen Abänderungen nicht nur einstimmig vom Gemeinsamen Rat angenommen, sondern auch von allen Signatarstaaten in gesonderten Urkunden bekräftigt werden.

Datum der ersten Reduktion und des Abbaus mengenmäßiger Beschränkungen

Es wird erwartet, daß alle acht Länder, die Partner des Abkommens sind, die notwendigen Verfassungsformalitäten termingerecht für eine Hinterlegung der Annahmeurkunden vor dem 1. Juli 1961 erfüllen können. In diesem Fall werden die ersten Zollsenkungen und der erste Abbau mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen zu diesem Zeitpunkt stattfinden. Finnland wird dann seine Zölle gegenüber den EFTA-Ländern für die meisten Waren um 30 Prozent senken, und die Mitgliedstaaten der EFTA werden Finnland gegenüber sowohl die bereits erfolgte 20prozentige Zollsenkung durchführen als auch die weitere Senkung um 10 Prozent, die für den 1. Juli 1961 vorgesehen ist.

Quelle: *EFTA Bulletin* (Europäische Freihandelsassoziation, Genf), Nr. 4, April 1961.

Mitteilung der EWG-Kommission betreffend die Paraphierung des Entwurfs des Assoziierungsabkommens zwischen Griechenland und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) am 30. März 1961 in Brüssel

Betrifft: Zollunion — Einfuhrbeschränkungen — Liberalisierung des Handels — Sonderregelung für die Landwirtschaft — Dienstleistungs- und Kapitalverkehr — Verkehrswesen — Wettbewerbsregeln — Wirtschaftspolitik — Bildung eines Assoziationsrates — Finanzhilfe.

1. Vertreter der griechischen Regierung und der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft haben am 30. März 1961 in Brüssel den Entwurf zu einem Assoziierungsabkommen zwischen Griechenland und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft paraphiert.

Der Abkommensentwurf wird unverzüglich dem Ministerrat der Gemeinschaft vorgelegt, der darüber nach Anhörung des Europäischen Parlamentes einstimmig beschließen wird. Anschließend muß das Abkommen noch von den Länderparlamenten ratifiziert werden.

2. Der Kernpunkt des Abkommens ist eine Zollunion zwischen der EWG und Griechenland. Die Zollunion hat sich bei den Verhandlungen als die beste Lösung zur Verwirklichung der angestrebten Ziele erwiesen. Hierbei ging es einmal um die wirtschaftliche Eingliederung Griechenlands in die EWG. Am sichersten erreichbar ist dieses Ziel über eine Zollunion wegen ihrer Breitenwirkung auf den Außenhandel und damit auf die gesamte Wirtschaft und ihren festen Verbindlichkeiten.

3. Zum anderen mußte auch die besondere Lage der griechischen Wirtschaft gewürdigt werden, damit die bereits eingeleitete Modernisierung und Industrialisierung des Landes weitergeführt und wenn möglich beschleunigt werden kann. In einigen

Fällen war eine Lockerung der griechischen Verpflichtungen erforderlich, um dieses Werk nicht in Frage zu stellen. In anderen Fällen erwies sich eine nachhaltige Unterstützung des griechischen Aufbauwerks durch die Gemeinschaft als unerläßlich. So wurde im Zusammenhang mit der Zollunion für verschiedene Waren eine verlängerte Uebergangszeit vereinbart. Ferner kann Griechenland Schutzmaßnahmen für die neuaufgebauten Industrien treffen. Die wirtschaftspolitischen Ueberlegungen fanden ihren Niederschlag in der Finanzhilfe, die Griechenland erhalten soll, und in besonderen Maßnahmen zur Förderung des griechischen Absatzes in der EWG.

4. Im folgenden sei in großen Zügen der Aufbau der Zollunion skizziert:

— der Zollabbau erstreckt sich auf beiden Seiten grundsätzlich über 12 Jahre;

— Griechenland kann jedoch bei etwa einem Drittel seiner Einfuhren aus der Gemeinschaft die Zollsenkungen über einen Zeitraum von 22 Jahren verteilen;

— die bei Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens bereits durchgeführten Zollsenkungen innerhalb der EWG werden ausnahmsweise auf Griechenland ausgedehnt;

— Griechenland übernimmt den Zolltarif der Gemeinschaft. Im Verkehr mit Drittländern erfolgt die Angleichung der griechischen Zölle an den Zolltarif der EWG parallel zum Abbau der griechischen Zölle gegenüber der Gemeinschaft. Dabei wurde Griechenland jedoch in einigen Fällen eine gewisse Bewegungsfreiheit eingeräumt.

Schwierigkeiten bereitete zunächst die Frage etwaiger Aenderungen des EWG-Zolltarifs sowie die Schaffung von Zollkontingenten für die Einfuhr aus dritten Ländern durch einen Partner. Die pragmatischen Lösungen, die schließlich gefunden wurden, wahren die Eigenständigkeit der Gemeinschaft und bieten gleichzeitig Griechenland die Gewähr, daß der Wettbewerbsvorsprung, den verschiedene griechische Waren erhalten sollen, nicht in anderer Weise faktisch annulliert werden kann. Daneben wird auch den griechischen Außenhandelsbeziehungen mit dritten Ländern Rechnung getragen.

Beim Abbau der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen ist zunächst ein Stillhalteverfahren und dann eine Aufstockung der Kontingente vorgesehen, bis Ende der verlängerten Uebergangszeit alle Beschränkungen von griechischer Seite aufgehoben sind (auf der anderen Seite wird Griechenland in den innergemeinschaftlichen Abbau der Kontingentierung einbezogen).

Die innerhalb der EWG konsolidierten Liberalisierungslisten der Mitgliedstaaten sollen auch gegenüber Griechenland konsolidiert werden. Griechenland wird dagegen nur einen bestimmten Prozentsatz seines Handels mit der Gemeinschaft konsolidieren, zunächst 60 Prozent bei Inkrafttreten des Abkommens mit einer Erhöhung auf 75 Prozent in den fünf folgenden Jahren.

Für die Erzeugnisse der Landwirtschaft erwies sich eine Sonderregelung als erforderlich, da sie den Haupartikel der griechischen Ausfuhr nach den Ländern des Gemeinsamen Marktes (und auch dritten Ländern) darstellen. Eine Sonderregelung war allerdings schon wegen der gemeinsamen Agrarpolitik der Sechs erforderlich. Im einzelnen handelt es sich hier um folgendes:

— Zunächst wird der Grundsatz einer Abstimmung der griechischen Agrarpolitik auf die der Gemeinschaft aufgestellt. Dies ist die unerläßliche Voraussetzung für den Abbau der Einfuhrbeschränkungen bei Agrarerzeugnissen im Rahmen des Assoziierungsverhältnisses. Hier werden zwischen Griechenland und der Gemeinschaft Sonderregelungen zur Wahrung der berechtigten Interessen Griechenlands getroffen.

— Als Vorgriff auf die Abstimmung der Agrarpolitik werden die Vorteile, die sich die EWG-Länder bisher gewährt haben, auf die griechischen Agrarexportgüter ausgedehnt. Bei einer allerdings begrenzten Zahl von Warenpositionen waren jedoch

Einschränkungen erforderlich, um auf diese Weise die Möglichkeit von Störungen auf den Märkten der Gemeinschaft auszuschließen.

— Zur Ausweitung des griechischen Agrarexports nach den Ländern der Gemeinschaft (und zum Ausgleich für die voraussichtliche Zunahme der griechischen Einfuhr aus der EWG) sollen Griechenland spezifische Vorteile, vor allem in der Form eines beschleunigten Zollabbaus für die beiden wichtigsten Erzeugnisse der griechischen Landwirtschaft, Tabak und Rosinen, eingeräumt werden. (Die Weineinfuhren sind von der Vorwegnahme der agrarpolitischen Abstimmung vorerst ausgeschlossen, doch war man der Ansicht, daß auch hier ein gewisses Entgegenkommen möglich sei.)

— Für die Einfuhr von verschiedenen Agrarerzeugnissen der Gemeinschaft durch Griechenland ist eine Sonderregelung vereinbart worden.

5. Das Assoziierungsabkommen bleibt jedoch nicht bei der Schaffung einer Zollunion stehen. Nach dem Vorbild des EWG-Vertrages wurden darüber hinaus entsprechend den griechischen Bedürfnissen und Möglichkeiten folgende Fragenbereiche geregelt:

— freier Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr,
— Verkehrswesen,
— Wettbewerbsregeln,
— Wirtschaftspolitik.

In den meisten Bestimmungen findet sich ein ausdrücklicher Hinweis auf Grundsätze oder Vorschriften des EWG-Vertrages. Die Regelung von Detailfragen der Ausführung ist dabei dem Organ der Assoziation überlassen worden.

Der Artikel über die Handelspolitik war bei den Verhandlungen von gewisser Bedeutung, da hier die Assoziierung oder der Beitritt weiterer Staaten behandelt wird. Der Artikel trägt den griechischen Interessen Rechnung und sichert gleichzeitig der Gemeinschaft die erforderliche Handlungsfreiheit auf diesem Gebiet.

6. Die Schlußbestimmungen des Abkommens enthalten eine Schutzklausel, die dem Artikel 226 des EWG-Vertrages nachgebildet ist.

7. Zur reibungslosen Durchführung des Assoziierungsabkommens soll ein Assoziationsrat gebildet werden, der aus Mitgliedern einerseits der griechischen Regierung und andererseits des Ministerrates und der Kommission der EWG besteht. Beide Parteien verfügen in diesem Gremium über je eine Stimme. Der Assoziationsrat besitzt eine Entscheidungsbefugnis und kann Empfehlungen aussprechen.

Auseinandersetzungen über die Vertragstreue eines Partners werden ebenfalls vor den Assoziationsrat gebracht. Dieser kann den Fall einer bestehenden Einrichtung, wie dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, vortragen. Geschieht dies nicht, so kann ein Schiedsverfahren eingeleitet werden, bei dem beide Parteien je einen Schiedsrichter benennen; diese wählen den dritten hinzu. Während der ersten fünf Jahre der Geltungsdauer des Abkommens ist dritter Schiedsrichter jedoch automatisch der Präsident des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften.

8. Das Assoziierungsabkommen bringt Griechenland erhebliche Vorteile, enthält aber auch Verpflichtungen, die von der griechischen Wirtschaft große Anstrengungen verlangen. Zur Unterstützung Griechenlands, das sich hier in einer besonderen Lage befindet, erschien daher die Gewährung einer Finanzhilfe erforderlich. So ist in einem Sonderprotokoll vereinbart worden, daß Griechenland von der Gemeinschaft Darlehen bis zu 125 Millionen Dollar erhalten kann. Ueber diese Mittel kann während der ersten fünf Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens verfügt werden. Die Prüfung der Darlehensanträge und die Bereitstellung der Mittel erfolgen nach den Vorschriften der Europäischen Investitionsbank.

Quelle: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Kommission, Sprechergruppe, Brüssel. *Mitteilung an die Presse* IP (61) 56 vom 5. April 1961.

Die Frühjahrstagungen 1961 der SEATO, CENTO und der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes

Mit der SEATO-Konferenz in Bangkok und der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes begannen Ende März die alljährlich im Frühjahr stattfindenden Konferenzen der großen regionalen Militärbündnisse. Ende April folgte die CENTO-Konferenz in Ankara, und für den 8. Mai ist der Beginn der Ministerratstagung der NATO in Oslo festgelegt worden.

Der Rat der Südostasienpakt-Organisation (SEATO) trat vom 27. bis zum 29. März in Bangkok zu seiner siebenten Jahrestagung zusammen. Diese Tagung fiel in eine Zeit, in der die Organisation „mit einem ernsten Wiederaufleben der Gefahr für die Unabhängigkeit des Gebietes der Pakt-Nationen bedroht" war, wie der amerikanische Außenminister, Dean *Rusk*, vor seiner Abreise nach Bangkok am 23. März im Zusammenhang mit den Ereignissen in Laos erklärte. Präsident John F. *Kennedy* hatte in seiner Pressekonferenz vom 23. März ebenfalls auf die Bedeutung der Tagung angesichts der Laos-Krise hingewiesen, als er erklärte, daß alle SEATO-Mitglieder besondere vertragliche Verpflichtungen im Hinblick auf eine Aggression in Laos hätten und daß bei Fortdauer der von außen unterstützten Kampfhandlungen gegen die gesetzmäßige Regierung von Laos nur in gemeinsamem Vorgehen mit den Alliierten der SEATO eingeschritten werden würde. Auf die britischen Vorschläge zur Befriedung von Laos, die der sowjetischen Regierung am 23. März übermittelt worden waren, hatte diese noch nicht geantwortet. Allerdings war die *Prawda* vom 27. März in einem Artikel auf die Aeußerungen Präsident *Kennedys* eingegangen und hatte eine Lösung des Laos-Problems durch friedliche Verhandlungen gefordert. In seinem Abschlußkommuniqué begrüßte der Rat der SEATO unter Bezug auf die britischen Vorschläge die Bemühungen um eine Einstellung der Feindseligkeiten in Laos. Er verkündete aber andererseits die Bereitschaft der SEATO-Mitglieder, jede angemessene Maßnahme zu ergreifen, falls diese Bemühungen erfolglos bleiben und weiterhin aktive militärische Versuche gemacht werden sollten, die Kontrolle über Laos zu erlangen (vgl. S. D 298 ff.).

Die sowjetische Regierung stimmte den britischen Vorschlägen vom 23. März in einem am 1. April überreichten Aide-mémoire zu, in dem sie allerdings nicht auf die britische Forderung einging, die internationale Konferenz über Laos erst nach der durch die Internationale Ueberwachungskommission zu verifizierenden Feuereinstellung einzuberufen. Während die militärische Lage in Laos unverändert blieb, und während SEATO-Mächte und Ostblockstaaten die gegenseitigen Beschuldigungen militärischer Intervention in Laos fortsetzten, führte der britische Botschafter in Moskau die Verhandlungen zur Herbeiführung der Feuereinstellung weiter. Erst am 24. April wurde eine Einigung über die sofort einzuleitenden Maßnahmen erzielt: Am 25. April richteten die britische und die sowjetische Regierung als Vorsitzende der Genfer Indochina-Konferenz an die kämpfenden Parteien in Laos einen gemeinsamen Appell zur Einstellung der Kampfhandlungen sowie eine Botschaft an die indische Regierung über die Einberufung der Internationalen Ueberwachungs- und Kontrollkommission, die sich von Neu-Delhi aus in das Kampfgebiet begeben soll; gleichzeitig erfolgte die Einberufung der internationalen Konferenz auf Außenministerebene, die am 12. Mai in Genf eröffnet werden sollte.

Der Politische Beratende Ausschuß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes hielt am 28. und 29. März in Moskau seine Frühjahrstagung ab. Die Delegationen der acht Mitgliedstaaten standen dieses Mal mit Ausnahme der albanischen Delegation unter der Leitung der obersten Parteiführer und umfaßten Regierungschefs, Verteidigungs- und Außenminister. Die Volksrepublik China und Nordkorea hatten Beobachter entsandt. In dem zum Abschluß der Tagung veröffentlichten Kommuniqué wird den „imperialistischen Mächten" die Verantwortung für die Lage im Kongo, in Algerien, Angola, Laos und Kuba zugeschoben. Angesichts der „neuen Kriegsvorbereitungen der Westmächte" hätten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes Maßnahmen vereinbart,

die sie im Interesse der weiteren Stärkung ihrer Verteidigungskraft und zur Festigung des Weltfriedens für notwendig erachten. In einem Schlußabsatz wird schließlich erklärt, die Teilnehmerstaaten würden auch in Zukunft eine Politik der friedlichen Koexistenz durchführen und jederzeit bereit sein, mit anderen Staaten vereinbarte Maßnahmen zur Sicherung des Friedens durchzuführen (vgl. S. D 301 ff.).

Aehnlich wie die Tagung des SEATO-Rates diente auch die neunte Tagung des Ministerrates der CENTO, die am 27. und 28. April in Ankara stattfand, neben der Erörterung aktueller und organisatorischer Probleme der Manifestation der Solidarität ihrer Mitglieder angesichts der Subversions- und Propagandatätigkeit des Ostblocks. In dem Kommuniqué über die Tagung wird der chinesisch-sowjetische Block dringend aufgefordert, seine Bereitschaft zur Beilegung von Konflikten durch friedliche Verhandlung unter Beweis zu stellen. Auf Empfehlung des Militärausschusses, der kurz zuvor seine Jahrestagung abgehalten hatte, schuf der Rat den Posten eines Oberbefehlshabers des militärischen Stabes der CENTO. Im übrigen waren die Beratungen nicht nur der Koordinierung auf politischem und militärischem Gebiet, sondern auch der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet gewidmet (vgl. S. D 303 f.).

Kommuniqué der siebenten Tagung des Ministerrates der SEATO in Bangkok vom 29. März 1961

Betrifft: Laos — Vietnam — Subversions- und Rebellentechnik — militärische Verteidigung — wirtschaftliche Zusammenarbeit — wissenschaftliche Projekte — Ausbildung von Facharbeitern — Kulturprogramm.

Der SEATO-Rat hielt vom 27. bis zum 29. März unter dem Vorsitz Seiner Exzellenz Thamat Khoman, des Außenministers von Thailand, in Bangkok seine siebte Tagung ab. Die Begrüßungsrede wurde von dem Ministerpräsidenten von Thailand, Seiner Exzellenz Feldmarschall Srisdi Dhanarajata, gehalten.

Resolution

Nach Ueberprüfung der Lage in Laos und in der Republik Vietnam billigte der Rat einstimmig folgende Resolution:

1. Nach Konsultation, wie sie im Manila-Pakt vorgesehen ist, hat der SEATO-Rat mit großer Besorgnis die fortgesetzte Offensive der Rebellengruppen in Laos zur Kenntnis genommen, die weiterhin in flagranter Mißachtung der Genfer Abkommen von kommunistischen Mächten versorgt und unterstützt werden.

2. Der Rat stellt nochmals klar, daß die SEATO eine Verteidigungsorganisation ohne jede aggressiven Ziele ist, und unterstreicht — in den Formulierungen des Vertrags — „seinen Wunsch, in Frieden mit allen Völkern und allen Regierungen zu leben".

3. Der Rat wünscht ein geeintes, unabhängiges und souveränes Laos, das die Freiheit hat, auf eine Weise nach seiner eigenen Wahl zum Fortschritt zu gelangen und daß es keinem Staat und keiner Staatengruppe untergeben ist.

4. Man ist der Ansicht, daß dieses auf dem Verhandlungswege erreicht werden sollte, sich jedoch nicht verwirklichen läßt, wenn die derzeitigen Kämpfe anhalten.

5. Der Rat nimmt die gegenwärtigen Bemühungen um eine Einstellung der Feindseligkeiten und friedliche Verhandlungen zur Schaffung eines an niemand gebundenen und unabhängigen Laos mit Beifall zur Kenntnis.

6. Sollten diese Bemühungen jedoch erfolglos bleiben und weiterhin ein aktiver militärischer Versuch gemacht werden, die Kontrolle über Laos zu erhalten, dann sind die SEATO-Mitglieder bereit — entsprechend den Bestimmungen des Vertrages —, jede Maßnahme zu ergreifen, die den Umständen angemessen sein mag.

7. Der Rat hat außerdem mit Besorgnis die Versuche einer bewaffneten Minderheit zur Kenntnis genommen — die wiederum im Verstoß gegen die Genfer Abmachungen von außen unterstützt wurde —, die Regierung von Süd-Vietnam zu stürzen, und seinen festen Entschluß kundgetan, keine solche Machtergreifung in diesem Lande hinzunehmen.

8. Schließlich gibt der Rat seine Ansicht zu Protokoll, daß die Organisation auch weiterhin die Entwicklungen in Laos und Vietnam entsprechend dieser Resolution einer ständigen und aufmerksamen Ueberprüfung unterziehen soll.

Allgemeine Beobachtungen

Während seiner Tagung hat der Rat auch andere Aspekte der Situation im Vertragsgebiet überprüft.

Der Rat hat erneut die Notwendigkeit für eine kollektive Verteidigung und für wirtschaftliche und soziale Entwicklung mit Entschlossenheit hervorgehoben.

Der Rat unterstrich die Bedeutung der weiteren Bemühung um die Entwicklung guter Beziehungen und die Stärkung des Gemeinschaftssinnes unter den freien Ländern dieses Gebietes, die alle in der Erhaltung ihrer Unabhängigkeit ein gemeinsames Interesse haben.

Maßnahmen gegen die Subversion

Der Rat bemerkte, daß im Verlauf des Jahres ein weiterer Fortschritt bei der gemeinsamen Untersuchung der Subversions- und Rebellionstechniken gemacht wurde, die auch weiterhin die von den Kommunisten im Vertragsgebiet bevorzugten Taktiken bleiben, sowie beim Austausch von Informationen über die Mittel zur Begegnung derartiger Tätigkeiten.

Militärische Verteidigung

Der Rat nahm mit Befriedigung die Planungsarbeit der militärischen Berater, die Reorganisation des militärischen Planungsamtes und die wirksame Koordinierung zur Kenntnis, die durch die Streitkräfte der Mitgliedstaaten bei den verschiedenen während des vergangenen Jahres durchgeführten militärischen Uebungen erreicht wurde. Der Rat gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß diese Bemühungen die erneute Gewähr für die Fähigkeit und Bereitschaft der SEATO bieten, einer Aggression Widerstand zu leisten.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Rat unterstützte den Vorschlag zur Schaffung eines regionalen landwirtschaftlichen Forschungsprogrammes der SEATO, durch das die bestehenden Forschungseinrichtungen bei den asiatischen Mitgliedstaaten gefördert, unterstützt und ergänzt werden würden. Das Ziel besteht hierbei in der Ausweitung der landwirtschaftlichen Anbaubreite und der Kontrolle jener Krankheiten, die den Naturfaseranbau betreffen, von dem das Gebiet in hohem Maße abhängig ist.

Der Rat befürwortete weiter den Vorschlag der Regierung von Thailand für ein Gemeinschafts-Entwicklungsprojekt in Nordostthailand. Er ermutigte die thailändische Regierung, dieses Projekt in Uebereinstimmung mit den Prinzipien voranzutreiben, wie sie kürzlich auf der Gemeinschafts-Entwicklungskonferenz in Baguio festgelegt wurden, und gab bekannt, daß die Mitgliedregierungen Fachleute für diesen Zweck zur Verfügung stellen werden.

Die Ratsmitglieder nahmen an der ersten Abschlußfeier der Technischen Hochschule der SEATO in Bangkok teil, bei der die Abschlußzeugnisse von Seiner Exzellenz, dem

thailändischen Ministerpräsidenten, überreicht wurden. Diese Gelegenheit verdeutlichte einen bemerkenswerten Schritt in den Bemühungen der SEATO, die beruflichen Fähigkeiten zu entwickeln, die für die wirtschaftliche Entwicklung Südostasiens gebraucht werden.

Der Rat stellt ferner einen Fortschritt in folgenden Projekten fest:

Das SEATO-Choleraforschungslaboratorium in Dakka ist eröffnet worden. Sein Gegenstück, das SEATO-Choleraforschungsprojekt in Thailand, ist zu einem allgemeinen medizinischen Forschungslaboratorium der SEATO ausgeweitet worden, das an der Ausrottung der in diesem Gebiet verbreiteten Krankheiten arbeitet. In Dakka ist im Dezember 1960 eine erfolgreiche Konferenz über Choleraforschung abgehalten worden.

Das SEATO-Wetterwartenprojekt, das für die Wettervorhersage sorgen soll, ist dafür geschaffen, eine größere Sicherheit im Luftreiseverkehr zu gewährleisten und die Sturmschäden an Häusern und auf den Feldern zu verringern.

Die Projekte der SEATO zur Heranbildung von Facharbeitern in Pakistan, auf den Philippinen und in Thailand vollbringen die notwendige Aufgabe, die Zahl der ausgebildeten Arbeitskräfte zu erhöhen, die an der Entwicklung der Wirtschaft dieser Länder sowie ihrer Verteidigungskapazität mitarbeiten können.

Kulturelle Tätigkeit

Der Rat gab seiner Befriedigung über die Kontrakte und Uebereinkommen Ausdruck, die auf der Anfang dieses Jahres in Karatschi abgehaltenen Konferenz der Universitätsrektoren zwischen den führenden Vertretern des geistigen Lebens erzielt wurden. Der Rat kam ferner überein, das Kulturprogramm der SEATO fortzusetzen.

Generalsekretariat

Der Rat sprach sich beifällig über hervorragende Leistungen aus, die der Generalsekretär, Seine Exzellenz Pote Sarasin, und sein Stab während des vergangenen Jahres für die Organisation vollbrachten.

Ausdruck der Dankbarkeit

Der Rat brachte seine Dankbarkeit gegenüber der Regierung von Thailand für die Gastfreundschaft und die ausgezeichnete Vorbereitung der Konferenz zum Ausdruck. Die Konferenz übermittelte dem Vorsitzenden, Seiner Exzellenz Thanat Khoman, ihren herzlichsten Dank.

Nächste Tagung

Der Rat nahm mit Freude die von der französischen Regierung ausgesprochene Einladung an, seine nächste Tagung in Paris im Jahre 1962 abzuhalten.

Die Leiter der Delegationen

Die Leiter der einzelnen an der Ratstagung teilnehmenden Delegationen waren:

Robert Gordon Menzies, Ministerpräsident und Außenminister von Australien;
Maurice Couve de Murville, Außenminister von Frankreich;
Keith Holyoake, Ministerpräsident und Außenminister von Neuseeland;
Mansur Qadir, Außenminister von Pakistan;
Felixberto M. Serrano, Außenminister der Philippinen;
Thanat Khoman, Außenminister von Thailand;
Lord Home, Außenminister von Großbritannien;
Dean Rusk, Außenminister der Vereinigten Staaten.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg), vom 30. März 1961.

Erklärung der Moskauer Tagung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes vom 29. März 1961 *

Betrifft: Maßnahmen zur Sicherung des Friedens — friedliche Koexistenz — NATO — Ausrüstung der Bundeswehr — Außenpolitik der Bundesregierung — Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Lateinamerika — Verteidigungsfähigkeit der sozialistischen Staaten — Friedensvertrag mit Deutschland — Berlin.

In der Zeit vom 28. bis 29. März 1961 fand in Moskau eine ordentliche Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe statt.

An der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses beteiligten sich:

Als Vertreter der Volksrepublik Albanien: der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Verteidigungsminister Bekir Baluku; der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, K. Theodhosi; der Außenminister B. Shtylla;

der Volksrepublik Bulgarien: der Erste Sekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Todor Shiwkow; der Vorsitzende des Ministerrates, Anton Jugow; der Minister für Nationale Verteidigung, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Iwan Michailow; der Außenminister Karlo Lukanow; der Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Zeko Monow;

der Ungarischen Volksrepublik: der Erste Sekretär des ZK der USAP, Janos Kadar; der Vorsitzende der revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung, Ferenc Münnich; der Außenminister Endre Sik; der Verteidigungsminister Lajos Czinege; der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Erwin Javor; der Amtierende Chef des Generalstabes der Ungarischen Volksarmee, Lajos Toth;

der Deutschen Demokratischen Republik: der Erste Sekretär des ZK der SED, Vorsitzender des Staatsrates, Walter Ulbricht; der Sekretär des ZK der SED Erich Honecker; der Außenminister, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, Dr. Lothar Bolz; der Minister für Nationale Verteidigung, Heinz Hoffmann;

der Volksrepublik Polen: der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Wladyslaw Gomulka; der Vorsitzende des Ministerrates, Jozef Cyrankiewicz; der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Stefan Jedrychowski; der Minister für Nationale Verteidigung, Marian Spychalski; der Außenminister Adam Rapacki;

der Rumänischen Volksrepublik: der Erste Sekretär des ZK der RAP, Vorsitzender des Staatsrates, Gheorghe Gheorghiu-Dej; der Vorsitzende des Ministerrates, Ion Gheorghe Maurer; der Verteidigungsminister Leontin Salajan; der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Gheorghe Marin Gaston; der Außenminister Corneliu Manescu;

der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chruschtschow; der Verteidigungsminister, Marschall der Sowjetunion, R. J. Malinowski; der erste Stellvertreter des Außenministers, W. W. Kusnezow;

der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik: der Erste Sekretär des ZK der KPČ, Präsident der ČSSR, Antonín Nóvotný; der Ministerpräsident Viliám Široký; der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, stellvertretender Ministerpräsident, Otakar Šimunek; der Minister für Nationale Verteidigung, Bohumir Lomsky; der Außenminister Václav David.

*) Originaltitel: „Kommuniqué der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe."

Als Beobachter nahmen an der Tagung teil:

von der Volksrepublik China: das Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Chinas, Botschafter der Volksrepublik China in der UdSSR, Liu Hsiao;

von der Koreanischen Volksdemokratischen Republik: das Mitglied des Präsidiums des ZK der Partei der Arbeit Koreas, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Minister für Nationale Verteidigung, Kim Kwang Hyup; der stellvertretende Minister für Nationale Verteidigung, Befehlshaber der Luftstreitkräfte, Zoi Gwan; der Stellvertreter des Außenministers Li Djan Sik;

von der Mongolischen Volksrepublik: der Erste Sekretär des ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei, Vorsitzender des Ministerrates, J. Zedenbal; der Verteidigungsminister Sh. Llagwasuren; der Außenminister P. Schagdarsuren.

An der Tagung nahm der Oberbefehlshaber der vereinigten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion, A. A. Gretschko, teil.

Auf der Tagung führte der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und Erste Sekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, den Vorsitz.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses hatten in einer Atmosphäre völligen gegenseitigen Verständnisses und der Einmütigkeit einen umfassenden Meinungsaustausch über Fragen der jüngsten Entwicklung der internationalen Ereignisse und prüften in diesem Zusammenhang weitere Maßnahmen der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages zur Sicherung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt.

Der Politische Beratende Ausschuß ging dabei von den theoretischen und politischen Schlußfolgerungen der Novemberberatung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aus, von ihren historischen Dokumenten, in denen die brennendsten und lebenswichtigsten Fragen des Kampfes für den Frieden und die Verhinderung eines Krieges beantwortet sind.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses stellten mit Genugtuung fest, daß die Länder des sozialistischen Lagers seit der vorangegangenen Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses (Februar 1960) neue hervorragende Erfolge bei der Entwicklung von Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technik, bei der Hebung des materiellen Wohlstandes ihrer Völker sowie im friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb der beiden Systeme erzielt haben. Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener sozialer Ordnung hat dank der friedliebenden Außenpolitik der Länder des sozialistischen Lagers neue wichtige Siege errungen; unter den Schlägen der nationalen Befreiungsbewegung der unterjochten Völker, die um ihre nationale Unabhängigkeit ringen, nimmt der Zerfall des Kolonialsystems seinen Fortgang.

Unermeßlich gewachsen sind die realen Kräfte des Sozialismus und des Friedens, die die aggressiven Pläne der Imperialisten durchkreuzen und einen dauerhaften Frieden erkämpfen können.

Die Teilnehmer der Tagung stellen zugleich fest, daß die aggressiven Kreise nach wie vor eine Gesundung der internationalen Lage behindern und den Bemühungen der friedliebenden Staaten um die Erhaltung und Festigung des Friedens entgegenwirken.

Die imperialistischen Mitgliedstaaten der NATO und der anderen aggressiven Militärgruppierungen setzen das Wettrüsten fort, dehnen die Kriegsvorbereitungen aus, bemühen sich um die Anlegung neuer militärischer Stützpunkte in Europa und anderen

Teilen der Welt, speichern Atom- und Raketenwaffen und verwandeln die NATO in die vierte Atommacht.

Mit Hilfe der USA, Englands und Frankreichs wird die Aufstellung der von Hitler-Generalen befehligten aggressiven westdeutschen Armee und deren Ausrüstung mit Raketen- und Kernwaffen sowie anderen neuesten Massenvernichtungsmitteln forciert. Man stellt Westdeutschland militärische Stützpunkte in anderen Ländern zur Verfügung.

Alle diese Schritte nehmen um so gefährlicheren Charakter an, als die Regierung Westdeutschlands nicht aufhört, territoriale Forderungen an andere Staaten zu stellen und revanchistische Propaganda unter der westdeutschen Oeffentlichkeit zu betreiben. Westdeutschland wird zum wichtigsten Herd der Kriegsgefahr in Europa.

Die aggressiven imperialistischen Kreise machen verzweifelte Anstrengungen, um die Völker nicht auf der Bahn des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts voran-kommen zu lassen. Immer häufiger greifen sie offen zu Waffengewalt, um die wachsende nationale Befreiungsbewegung in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu unterdrücken, was die blutigen Verbrechen der Kolonialherren in Kongo, Algerien, Angola und Laos sowie die unausgesetzten Provokationen gegen die Republik Kuba bestätigen.

Die Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages können nicht teilnahmslos zusehen, wie die imperialistischen Staaten ihre Kriegsvorbereitungen intensivieren. Die sozialistischen Staaten haben ihre auf die allgemeine und vollständige Abrüstung, die Einstellung des Wettrüstens und die Entspannung der internationalen Lage gerichteten Bemühungen nicht eingestellt und werden sie nicht einstellen. Jedoch angesichts der Situation, die sich aus den neuen Kriegsvorbereitungen der Westmächte ergibt, haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Laufe ihres allseitigen Meinungsaustausches die Maßnahmen vereinbart, die sie für notwendig halten, um ihre Verteidigungsfähigkeit weiter zu festigen und den Weltfrieden zu konsolidieren. Dabei gehen sie von der Schlußfolgerung der Novemberberatung der kommunistischen und Arbeiterparteien aus, daß das sozialistische Weltlager, die internationale Arbeiterklasse, die nationale Befreiungsbewegung, alle Länder, die sich gegen den Krieg wenden, sowie alle friedliebenden Kräfte in vereinten Bemühungen einen Weltkrieg abwenden können.

Zur Sicherung des Friedens ist die Liquidierung der Ueberreste des Zweiten Weltkrieges durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten und im Zusammenhang damit die Entschärfung des Gefahrenherdes West-Berlin durch seine Verwandlung in eine entmilitarisierte Freie Stadt dringend notwendig.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erklären feierlich, daß sie auch in Zukunft unbeirrbar die Politik der friedlichen Koexistenz durchführen werden und jederzeit bereit sind, mit anderen Staaten vereinbarte umfassendste Maßnahmen zu treffen, um den Frieden und die Sicherheit der Völker zu gewährleisten.

Quelle: *Neues Deutschland,* Nr. 90 vom 31. März 1961.

Kommuniqué der neunten Tagung des Ministerrates der CENTO in Ankara vom 28. April 1961

Betrifft: Enge Zusammenarbeit der Partner — internationale Lage — Einstellung der Kernwaffenversuche und Abrüstung — wirtschaftliche Leistungen der Organisation — Ernennung eines Oberbefehlshabers des militärischen Stabes der CENTO.

Die neunte Tagung des Ministerrats der CENTO fand am 27. und 28. April 1961 in Ankara statt. Die Delegationen der an dieser Tagung teilnehmenden Staaten standen

unter der Leitung des iranischen Außenministers, Hossein Ghods Nakhai, des pakistanischen Außenministers, Seim Sarper, des britischen Außenministers, Lord Home, und des amerikanischen Außenministers, Dean Rusk. Den Vorsitz hatte der türkische Außenminister als Gastgeber inne.

In der Eröffnungssitzung wurde durch den stellvertretenden türkischen Ministerpräsidenten, Fahri Ozdilek, eine Grußbotschaft des Staats- und Regierungschefs der Türkei, General Cemal Gürsel, verlesen.

Der Rat stellte fest, daß das seit seiner letzten Sitzung im April 1960 abgelaufene Jahr durch enge Zusammenarbeit unter den Partnern und durch Einheitlichkeit der grundlegenden Zielsetzung gekennzeichnet war.

Der Rat erörterte die internationale Lage und die Vertiefung der Spannungen in vielen Teilen der Welt. Er stellte jedoch mit Genugtuung fest, daß abgesehen von fortgesetzter feindseliger Propagandatätigkeit keine Uebergriffe auf die Integrität oder die Unabhängigkeit des Paktgebietes stattgefunden haben.

Der Rat unterrichtete sich über die Anstrengungen, die unternommen werden, um politische Lösungen für die zahlreichen schwierigen Streitfragen zu finden, mit denen sich die Staaten in der ganzen Welt zu befassen haben. In vielen Fällen wäre es, wie der Rat feststellte, dringend erforderlich, daß der chinesisch-sowjetische Block seine Bereitschaft unter Beweis stellt, die Unabhängigkeit und Souveränität der Nationen zu respektieren und sich der vorhandenen internationalen Einrichtungen zu bedienen, um durch Verhandlungen zur Beilegung von Konflikten zu kommen. Insbesondere würde der Rat eine baldige Einigung über die Einstellung von Kernwaffenversuchen als bedeutenden ersten Schritt auf dem Wege zur Abrüstung begrüßen.

Der Rat befaßte sich mit den wirtschaftlichen Leistungen der Organisation und erkannte die guten Ergebnisse an, die auf den Gebieten der technischen Hilfe und Zusammenarbeit, der Verkehrsverbindungen, der Landwirtschaft, der Wissenschaft, des technischen Ausbildungswesens, des Gesundheitsdienstes und des Handels erzielt wurden. Der Rat betonte erneut sein starkes Interesse an einem stetigen Fortschritt bei der Fertigstellung von ausreichenden Verkehrsverbindungen zwischen den im Paktgebiet liegenden Ländern durch den Ausbau von Straßen, Eisenbahnlinien, Hafenanlagen und des Nachrichtenwesens.

Der Rat nahm den Bericht des Militärausschusses entgegen und kam überein, einen Oberbefehlshaber des militärischen Stabes der CENTO zu ernennen, um eine bessere Koordinierung der Verteidigungsplanung unter den beteiligten Staaten zu erwirken.

Der Bericht des Generalsekretärs, M. O. A. Baig, wurde vom Rat gebilligt, der diesem seinen Dank für seine ausgezeichneten Dienste aussprach. Der Rat bedankte sich herzlich bei der türkischen Regierung für die großzügige Gastfreundschaft, mit der diese der CENTO das große historische Gebäude der Nationalversammlung als vorläufiges Hauptquartier für das internationale Sekretariat und für den gemeinsamen militärischen Planungsstab zur Verfügung stellt, solange noch kein Beschluß über einen ständigen Sitz gefaßt worden ist.

Der Rat beschloß, seine nächste Tagung im April 1962 in London abzuhalten.

Quelle: *Wireless Bulletin* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg), Nr. 107 vom 29. April 1961.

Zur Kuba-Krise vom April 1961

Nach Bombenabwürfen auf Kuba am 16. April landeten am 17. April 1961 militärische Verbände von Exilkubanern auf der Insel. Während der Präsident des von Exilkubanern in den Vereinigten Staaten gegründeten Kubanischen Revolutionsrates, José Miro *Cardona*, dazu in New York erklärte, Ziel der Invasion sei der Sturz der Regierung Fidel *Castro* und die „Befreiung Kubas vom internationalen Kommunismus", machte Ministerpräsident Fidel *Castro* die Vereinigten Staaten für die Landung verantwortlich und bezeichnete die Invasoren als „Söldner im Dienste des amerikanischen Imperialismus". Aehnliche Beschuldigungen erhob der kubanische Außenminister Raul *Roa* am gleichen Tage in der Kuba-Debatte des Politischen Ausschusses der Vereinten Nationen. Der Delegierte der Vereinigten Staaten, Adlai E. *Stevenson*, wies diese Vorwürfe energisch zurück. Er erklärte, wenn auch das amerikanische Volk mit dem Wunsch des kubanischen Volkes nach Freiheit und Unabhängigkeit sympathisiere, so hätten die Vereinigten Staaten jedoch weder eine Aggression begangen noch sei Kuba von ihrem Territorium aus angegriffen worden.

Am 18. April nahm auch die Sowjetunion in einer *TASS*-Erklärung zu den Vorgängen auf Kuba Stellung. Darin wurden die Vereinigten Staaten beschuldigt, „der Inspirator und Organisator des gegenwärtigen räuberischen Ueberfalls auf Kuba" zu sein. Ministerpräsident Nikita S. *Chruschtschow* forderte Präsident John F. *Kennedy* auf, der „Aggression auf Kuba ein Ende zu setzen" und erklärte, die Sowjetunion werde Kuba alle erforderliche Hilfe leisten (vgl. S. D 305 f.). *Kennedy* beantwortete diese Botschaft noch am gleichen Tage (vgl. S. D 306 f.).

Die Regierung in Havanna gab am 20. April die Niederschlagung der Invasion bekannt. In einer Rede vor dem Verband amerikanischer Chefredakteure in Washington erklärte Präsident *Kennedy*, wenn eine einseitige amerikanische Intervention auch im Gegensatz zu der Tradition und den Verpflichtungen der Vereinigten Staaten stünde, so könne es diesen doch nicht gleichgültig sein, wenn vor ihrer Küste ein kommunistischer Stützpunkt errichtet würde (vgl. S. D 307 ff.).

Der Politische Ausschuß der Vereinten Nationen beendete seine Kuba-Debatte am 21. April mit der Annahme eines von sieben amerikanischen Staaten eingebrachten Resolutionsentwurfes, in dem die Mitgliedstaaten, im besonderen die Mitglieder der OAS, zur Mithilfe bei der friedlichen Beilegung der bestehenden Spannungen aufgefordert werden. In der von der Vollversammlung gebilligten Resolution wurde jedoch der Hinweis auf die OAS fallengelassen (vgl. S. D 310 f.).

Ministerpräsident *Chruschtschow* beantwortete am 22. April die Botschaft *Kennedys* mit einem persönlichen Schreiben (vgl. S. D 311 ff.). Zu diesem Schreiben erklärte das amerikanische Außenministerium, Präsident *Kennedy* habe seinen Standpunkt zur Kuba-Frage dargelegt und werde sich nicht auf eine öffentliche Debatte mit Ministerpräsident *Chruschtschow* einlassen (vgl. S. D 316).

Botschaft von Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow an Präsident John F. Kennedy vom 18. April 1961

Betrifft: Bewaffnete Intervention gegen Kuba — Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion — Appell an die Vereinigten Staaten, die Aggression zu beenden — sowjetische Hilfe für Kuba.

Herr Präsident,

Ich wende mich an Sie mit dieser Botschaft in einer besorgniserregenden Stunde, die die Gefahr für den Weltfrieden in sich birgt. Gegen Kuba ist eine bewaffnete Intervention im Gange. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß die in dieses Land eingedrungenen bewaffneten Banden in den Vereinigten Staaten ausgebildet, ausgerüstet und bewaffnet wurden. Die Flugzeuge, die kubanische Städte mit Bomben belegen, gehören den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Bomben, die sie abwerfen, sind von der amerikanischen Regierung zur Verfügung gestellt worden.

All dies ruft bei uns, in der Sowjetunion, bei der Sowjetregierung, beim Sowjetvolk begreifliche Empörung hervor.

Noch vor kurzem, beim Meinungsaustausch über unsere Vertreter, sprachen wir von dem gegenseitigen Wunsch, gemeinsame Anstrengungen, gerichtet auf Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern und auf Bannung der Kriegsgefahr, zu machen. Ihre vor mehreren Tagen abgegebene Erklärung, daß sich die Vereinigten Staaten an militärischen Akten gegen Kuba nicht beteiligen werden, hat den Eindruck erweckt, daß sich die leitenden Instanzen der Vereinigten Staaten darüber klar sind, welche Folgen für den allgemeinen Frieden und für die Vereinigten Staaten selber die Aggression gegen Kuba haben kann.

Wie muß man das auffassen, was die Vereinigten Staaten in Wirklichkeit tun, da der Angriff auf Kuba Tatsache geworden ist?

Jetzt ist es noch nicht zu spät, das Nichtwiedergutzumachende zu verhüten. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat noch eine Möglichkeit, nicht zuzulassen, daß die von den Interventen auf Kuba angezündete Flamme des Krieges sich in einen Brand verwandle, den zu löschen unmöglich sein wird. Ich wende mich an Sie, Herr Präsident, mit dem inständigen Appell, der Aggression gegen die Republik Kuba ein Ende zu setzen. Die Kriegstechnik und die politische Lage in der Welt sind heute so, daß jeder sogenannte kleine Krieg eine Kettenreaktion in allen Teilen des Erdballs auslösen kann.

Was die Sowjetunion betrifft, so sollte es keine Irrtümer hinsichtlich unseres Standpunktes geben:

Wir werden dem kubanischen Volk und seiner Regierung alle erforderliche Hilfe in der Abweisung des bewaffneten Ueberfalls auf Kuba erweisen. Wir sind aufrichtig an internationaler Entspannung interessiert. Wenn sich aber andere auf Verschärfung einlassen, so werden wir ihnen im gleichen Maße antworten. Und kann man denn überhaupt die Dinge so einrichten, daß in einem Raum die Lage in Ordnung gebracht und der Brand gelöscht wird, während in einem anderen Raume ein neuer Brand entzündet wird?

Ich hoffe, daß die Regierung der Vereinigten Staaten diese unsere Darlegungen in Betracht ziehen wird, die von der einzigen Sorge diktiert sind, keine Schritte zuzulassen, die in eine Kriegskatastrophe führen können.

Quelle: *Prawda* vom 19. April 1961.

Botschaft von Präsident John F. Kennedy an Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow vom 18. April 1961

Betrifft: Lage auf Kuba — Widerstand gegen die Regierung Castro — keine militärische Intervention der Vereinigten Staaten — Appell an das Verantwortungsbewußtsein der Sowjetunion — Verbesserung der internationalen Lage — Weltrevolution.

Herr Ministerpräsident,

Sie befinden sich, was die Vorgänge auf Kuba betrifft, in einem schwerwiegenden Irrtum. Seit Monaten machte sich dort ein ständig wachsender Widerstand gegen die Castro-Diktatur bemerkbar. Ueber 100 000 Flüchtlinge sind in jüngster Zeit aus Kuba nach Nachbarländern geflohen. Ihre größte Hoffnung ist natürlich, ihre kubanischen Landsleute in ihrem Kampfe um die Freiheit zu unterstützen. Viele dieser Flüchtlinge kämpften seinerzeit gemeinsam mit Dr. Castro gegen die Batista-Diktatur; unter ihnen befinden sich führende Persönlichkeiten seiner eigenen ursprünglichen Bewegung und Regierung.

Dies sind unmißverständliche Anzeichen dafür, wie untragbar es die Kubaner finden, daß man ihnen die demokratischen Grundrechte vorenthält und daß die Bewegung des 26. Juli durch ein von einer fremden Macht beherrschtes Regime zerstört wird. Es kann daher nicht überraschen, daß die Flüchtlinge, während der Widerstand innerhalb Kubas selbst wächst, alle verfügbaren Möglichkeiten ausnützen, um zurückzukehren und ihre Landsleute in dem anhaltenden Kampf um die Freiheit zu unterstützen. Wo Menschen das Recht der freien Wahl verwehrt wird, da ist die Zuflucht zu einem solchen Kampfe das einzige Mittel, ihre Grundfreiheiten zu erlangen.

Ich habe bereits früher festgestellt, und ich wiederhole dies jetzt, daß die Vereinigten Staaten keine militärische Intervention in Kuba beabsichtigen. Im Falle irgendeiner militärischen Intervention durch ausländische Streitkräfte werden wir sofort unseren Verpflichtungen im Rahmen des interamerikanischen Systems nachkommen, diese Hemisphäre gegen eine Aggression von außen zu schützen. Wenn wir uns auch einer militärischen Intervention in Kuba enthalten, so verhehlt das amerikanische Volk nicht seine Bewunderung für die kubanischen Patrioten, die ein demokratisches System in einem unabhängigen Kuba verwirklicht sehen möchten. Die Regierung der Vereinigten Staaten kann keine Maßnahmen ergreifen, um den Geist der Freiheit zu unterdrücken.

Ich habe Ihre Erklärung sorgfältig geprüft, daß die Ereignisse in Kuba den Frieden in allen Teilen der Welt berühren könnten. Ich vertraue darauf, daß dies nicht bedeutet, die Sowjetregierung plane einen Brand in anderen Gebieten der Erde zu entfachen und benutze die Situation in Kuba als einen Vorwand dazu. Ich möchte annehmen, daß Ihre Regierung ein zu großes Verantwortungsbewußtsein hat, um sich auf ein derartiges, für den allgemeinen Frieden so gefährliches Unternehmen einzulassen.

Ich stimme mit Ihnen überein, daß Schritte zur Verbesserung der internationalen Lage wünschenswert wären. Ich hege weiterhin die Hoffnung, daß Sie bei allen heute zur Erreichung dieses Zieles gegebenen Möglichkeiten mit uns zusammenarbeiten werden. Eine sofortige Feuereinstellung und friedliche Regelung der gefährlichen Situation in Laos, eine Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen im Kongo und ein rascher Abschluß eines annehmbaren Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen wären konstruktive Schritte in dieser Richtung. Das Regime in Kuba könnte einen ähnlichen Beitrag leisten, indem es dem kubanischen Volk erlaubte, durch demokratische Verfahren frei über seine eigene Zukunft zu entscheiden und frei mit seinen lateinamerikanischen Nachbarn zusammenzuarbeiten.

Ich glaube, Herr Ministerpräsident, daß Sie anerkennen sollten, daß freie Völker in allen Teilen der Welt den Anspruch auf die historische Unvermeidbarkeit der kommunistischen Revolution nicht akzeptieren. Was Ihre Regierung glaubt, ist ihre eigene Angelegenheit; was sie in der Welt tut, geht die Welt an. Die große Revolution in der Geschichte der Menschheit, in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft, ist die Revolution jener, die entschlossen sind, frei zu sein.

Quelle: Erklärungen führender amerikanischer Staatsmänner zur Kuba-Frage. Hrsg. vom US-Informationsdienst, Bad Godesberg.

Rede von Präsident John F. Kennedy vor dem Verband der amerikanischen Chefredakteure in Washington am 20. April 1961

Betrifft: Lage auf Kuba — die amerikanische Haltung — der kubanische Revolutionsrat — die Kräfte des Kommunismus — Bedrohung der westlichen Hemisphäre — Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf weltweiter Basis — Kampf für den Fortbestand des westlichen Systems.

Der Präsident einer großen Demokratie wie der unsrigen und die Chefredakteure großer Zeitungen wie der Ihrigen haben gegenüber dem Volk eine gemeinsame Ver-

pflichtung: Die Verpflichtung, die Tatsachen aufzuzeigen; sie mit aller Offenheit und in der richtigen Perspektive darzulegen. Ich hatte diese Verpflichtung vor Augen, als ich mich während der letzten 24 Stunden entschloß, zum gegenwärtigen Zeitpunkt die jüngsten Ereignisse in Kuba kurz zu erörtern.

Die Nachrichten über diese unglückliche Insel sind, wie die über so viele andere Gebiete, in denen der Kampf um die Freiheit geführt wird, schlechter statt besser geworden. Ich habe bereits früher unterstrichen, daß dies ein Kampf kubanischer Patrioten gegen einen kubanischen Diktator war. Wenn auch von uns nicht erwartet werden konnte, daß wir unsere Sympathie verbergen, so haben wir es doch wiederholt klargestellt, daß die bewaffneten Streitkräfte unseres Landes in keiner Weise intervenieren würden.

Jede einseitige amerikanische Intervention würde — solange ein Angriff von außen auf uns oder einen Alliierten nicht stattfindet — im Gegensatz zu unserer Tradition und unseren internationalen Verpflichtungen gestanden haben. Aber lassen Sie uns ein-für allemal feststellen, daß unsere Zurückhaltung nicht unbegrenzt ist. Sollte es sich jemals erweisen, daß die interamerikanische Doktrin der Nichteinmischung nur ein Deckmantel oder ein Vorwand für eine Politik der Tatenlosigkeit ist — sollten die Nationen dieser Hemisphäre ihren Verpflichtungen gegenüber einer kommunistischen Durchdringung von außen nicht nachkommen —, dann möchte ich es ganz klar verstanden wissen, daß meine Regierung nicht zögern wird, ihre ersten und vordringlichsten Verpflichtungen zu erfüllen, ihre Verpflichtungen gegenüber der Sicherheit unserer eigenen Nation.

Sollte es je dazu kommen, dann gedenken wir uns nicht von denjenigen über „Intervention“ belehren zu lassen, deren Charakter sich für alle Zeiten auf den blutigen Straßen Budapests abgezeichnet hat. Auch würden wir weder den gleichen Ausgang erwarten noch ihn hinnehmen, mit dem der kleine Verband tapferer kubanischer Flüchtlinge — wie er es wohl gewußt hat — rechnen mußte, entschlossen wie er war, auch gegen ungünstige Chancen seinen mutigen Versuch durchzuführen, der Insel die Freiheit wiederzugeben.

Kuba aber ist keine Insel für sich, und unser Anliegen ist nicht mit bloßen Erklärungen der Nichtintervention oder des Bedauerns abgetan. Dies ist nicht zum erstenmal, daß in der älteren oder jüngeren Geschichte ein kleiner Verband von Freiheitskämpfern die Waffengewalt des Totalitarismus zum Kampf gefordert hat.

Es ist nicht das erstemal, daß kommunistische Panzer über tapfere Männer und Frauen rollten, die für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit ihres Heimatlandes kämpften. Auch ist es keinesfalls die letzte Phase in dem ewigen Kampf der Freiheit gegen die Tyrannei, der überall auf der Welt — wie auch in Kuba selbst — gekämpft wird.

Herr Castro hat gesagt, dies seien Söldlinge gewesen. Presseberichten zufolge kam die letzte Botschaft, die von den Streitkräften der Flüchtlinge an der Küste gesandt wurde, von dem Kommandeur der Rebellen auf die Anfrage, ob er evakuiert werden wolle. Seine Antwort lautete: „Ich werde dieses Land niemals verlassen.“ Das ist nicht die Antwort eines Söldlings. Dieser Mann ist jetzt ins Gebirge gegangen, um sich dort den zahllosen anderen Guerillakämpfern anzuschließen, die in gleicher Weise entschlossen sind, daß der Einsatz derjenigen nicht in Vergessenheit geraten wird, die ihr Leben hingaben, und daß Kuba nicht den Kommunisten überlassen werden darf. Und auch wir gedenken es nicht im Stich zu lassen. Das kubanische Volk hat sein letztes Wort noch nicht gesprochen, und ich zweifle nicht daran, daß das Volk und der von Dr. Cardona geführte Revolutionsrat — und Mitglieder der Familien des Revolutionsrates sind, wie mir der Doktor gestern mitteilte, selbst auf den Inseln in den Kampf verwickelt — auch weiterhin ihre Stimme für ein freies und unabhängiges Kuba erheben werden.

Inzwischen aber werden wir die Versuche von Herrn Castro nicht hinnehmen, unser Volk für den Haß verantwortlich zu machen, mit dem diejenigen, die ihn einst unterstützten, jetzt auf seine Unterdrückungsmaßnahmen blicken. Von dieser ernüchternden Episode aber lassen sich für alle von uns nützliche Lehren ziehen. Manches mag noch im unklaren liegen und weiterer Informationen bedürfen, anderes aber ist heute schon klar.

Erstens: Es ist klar, daß die Kräfte des Kommunismus nicht unterschätzt werden dürfen, weder in Kuba noch sonstwo auf der Welt. Die Vorteile eines Polizeistaates — seine Anwendung des Massenterrors und der Massenverhaftungen, um eine freie Ausbreitung unterschiedlicher Meinungen zu verhindern — können von denen nicht übersehen werden, die mit dem Sturz eines jeden fanatischen Tyrannen rechnen. Wenn sich die Selbstdisziplin der freien Menschen nicht mit der unbarmherzigen Disziplin der eisernen Faust messen kann — in der wirtschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen und jeder anderen Form der Auseinandersetzung genauso wie in der militärischen —, dann wird die Gefahr für die Freiheit ständig größer werden.

Zweitens: Es ist klar, daß unsere Nation, zusammen mit allen freien Nationen dieser Hemisphäre, die drohende Gefahr einer von außen kommenden kommunistischen Intervention und Herrschaft auf Kuba noch genauer und noch realistischer beobachten muß. Es kann dem amerikanischen Volk nicht gleichgültig sein, wenn Panzer und Flugzeuge aus Ländern hinter dem Eisernen Vorhang weniger als neunzig Meilen von seinen Küsten entfernt stehen. Aber ein Land von der Größe Kubas ist weniger eine Gefahr für unser Fortbestehen als vielmehr ein Ausgangspunkt für die Unterhöhlung des Fortbestehens anderer freier Nationen in der westlichen Hemisphäre. Es ist nicht in erster Linie unser Interesse oder unsere Sicherheit, sondern ihr Interesse und ihre Sicherheit, die heute in größerer Gefahr sind. Es liegt genauso in ihrem wie in unserem Interesse, daß wir unsere Entschlossenheit zeigen.

Die Verhältnisse sind eindeutig — und die Stunde drängt. Wir und unsere lateinamerikanischen Freunde werden der Tatsache entgegensehen müssen, daß wir die eigentliche Frage des Fortbestandes der Freiheit selbst auf dieser Hemisphäre nicht länger hinausschieben können. In dieser Frage kann es — anders vielleicht wie bei einigen anderen — nur ein Entweder-Oder geben. Wir müssen zusammen eine Hemisphäre aufbauen, in der die Freiheit gedeihen kann und in der jede Nation, sofern sie sich irgendeinem Angriff von außen ausgesetzt sieht, die Gewähr hat, daß all unsere Hilfsquellen bereit stehen, um jedem Unterstützungsgesuch nachzukommen.

Drittens und abschließend ist es nunmehr klarer denn je, daß wir uns einem unnachgiebigen Kampf in allen Teilen der Welt gegenübersehen, der weit über den bloßen Zusammenprall von Armeen oder selbst atomaren Waffen hinausgeht. Die Armeen sind vorhanden, und zwar in großer Zahl. Auch die Atomwaffen sind vorhanden. Sie dienen jedoch in erster Linie als Schild, hinter dem Subversion, Infiltration und ein ganzer Schwarm anderer Taktiken ständig vorangetrieben und wobei verwundbare Gebiete — eines nach dem anderen — in Situationen herausgegriffen werden, die uns eine eigene bewaffnete Intervention nicht gestatten.

Macht ist das Kennzeichen dieser Offensive — Macht, Disziplin und Täuschung. Die berechtigte Unzufriedenheit aufstrebender Völker wird ausgenutzt. Die legitimen Formen der Selbstbestimmung werden ins Spiel gebracht. Aber sobald die Macht erlangt ist, wird jeder Ausdruck der Unzufriedenheit unterdrückt — alle Selbstbestimmung verschwindet — und die Verheißung einer Revolution der Hoffnung wird — wie in Kuba — durch ein Regiment des Terrors verraten. Alle diejenigen, die in den Straßen freier Länder auf Anweisung automatische „Protestkundgebungen“ gegen die kleine Gruppe junger Kubaner veranstalteten, die versucht, ihre Freiheit wiederzugewinnen, sollten an die lange Liste der Flüchtlinge denken, die nicht zurückkehren können — nach Ungarn, nach Nord-Korea, nach Nord-Vietnam, nach Ostdeutschland oder nach

Polen oder aber nach einem der anderen Länder, aus denen ein stetiger Strom von Flüchtlingen quillt und ein beredtes Zeugnis für die grausame Unterdrückung ablegt, die jetzt in ihrer Heimat am Werk ist.

Wir dürfen den heimtückischen Charakter dieser neuen und tiefergehenden Auseinandersetzung nicht übersehen. Wir dürfen nicht versäumen, uns die neuen Konzeptionen, die neuen Werkzeuge, das neue Gefühl der Dringlichkeit zu eigen zu machen, die wir zu seiner Bekämpfung benötigen, ob nun in Kuba oder in Süd-Vietnam. Und wir müssen uns darüber klar sein, daß diese Auseinandersetzung jeden Tag stattfindet — ohne großes Aufheben — in Tausenden von Dörfern und Orten — Tag und Nacht — und in den Schulen überall auf der Welt.

Was uns Kuba, Laos, der ständig größer werdende Lärm der kommunistischen Stimmen in Asien und Afrika anzeigt — all diese Zeichen bedeuten dasselbe. Die Selbstgefälligen, die Genußsüchtigen, die weichen Gesellschaften sind im Begriffe, mit dem Treibholz der Geschichte hinweggeschwemmt zu werden. Nur der Starke, der Arbeitsame, der Entschlossene, der Mutige, der Weitblickende, der die wahre Natur unserer Auseinandersetzung erkennt, kann überhaupt überleben. Keine größere Aufgabe stellt sich unserem Land oder unserer Regierung. Keine andere Aufgabe verdient mehr unseren ganzen Einsatz und unsere ganze Energie. Zu lange schon haben wir unsere Augen auf die traditionellen militärischen Erfordernisse gerichtet, auf Armeen, die zum Ueberschreiten der Grenzen bereit sind, auf Raketen, die klar zum Abschuß stehen. Es sollte jetzt klar sein, daß dies nicht mehr genug ist — daß unsere Sicherheit verlorengehen kann, Stück um Stück und Land um Land, ohne daß eine einzige Rakete abgeschossen oder eine einzige Grenze überschritten wird.

Wir gedenken aus dieser Lehre Nutzen zu ziehen. Wir werden unsere Kräfte jeder Art, unsere Taktiken und unsere Institutionen hier in dieser Gemeinschaft überprüfen und neu ausrichten. Wir werden unsere Anstrengungen für den Kampf verstärken, der in vieler Hinsicht schwieriger ist als der Krieg und bei dem uns oft Enttäuschungen begleiten werden.

Ich bin überzeugt, daß wir in diesem Land und in der freien Welt die erforderlichen Hilfsmittel und das Können sowie die zusätzliche Stärke besitzen, die aus dem Glauben an die Freiheit des Menschen herrührt. Und ich bin in gleicher Weise überzeugt, daß die Geschichte die Tatsache aufzeichnen wird, daß dieser bittere Kampf Ende der fünfziger oder Anfang der sechziger Jahre unseres Jahrhunderts seinen Höhepunkt erreichte. Lassen Sie mich als Präsident der Vereinigten Staaten klar zum Ausdruck bringen, daß ich entschlossen bin, für den Fortbestand und den Erfolg unseres Systems zu stehen — ohne Ansehen der Kosten und ohne Ansehen der Gefahr.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg), vom 21. April 1961.

Resolution der UN-Vollversammlung zur Kuba-Frage vom 21. April 1961

Betrifft: Kuba-Frage

Die Vollversammlung,

nach Kenntnisnahme der Erklärungen des kubanischen Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, des Vertreters der Vereinigten Staaten von Amerika und anderer Delegierter,

tief besorgt wegen der Lage, wie sie aus diesen Erklärungen hervorgeht, die die Weltmeinung beunruhigt und deren Fortdauer den Weltfrieden gefährden könnte,

erinnert an die beiden letzten Absätze der vom Sicherheitsrat am 19. Juli 1960 angenommenen Resolution und an die Mittel zu friedlichen Lösungen, die auf der 7. Beratung der Außenminister der Amerikanischen Republiken beschlossen wurden,

im Hinblick darauf, daß die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verpflichtet sind, ihre Streitfälle auf dem Verhandlungswege und mit anderen friedlichen Mitteln zu lösen, um weder den Frieden und die internationale Sicherheit noch die Gerechtigkeit zu gefährden,

fordert alle Mitglieder der Vereinten Nationen dringend auf, alle sich ihnen bietenden Mittel zu ergreifen, um die bestehenden Spannungen zu beseitigen.

Quelle: *The New York Times* vom 22. und vom 24. April 1961.

Botschaft von Ministerpräsident Nikita S. Chruschtschow an Präsident John F. Kennedy vom 22. April 1961 (Auszüge)

Betrifft: Förderung der Intervention auf Kuba durch die Vereinigten Staaten — die Lage auf Kuba — die Haltung der Sowjetunion — Stützpunkte — Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates.

Herr Präsident,

Ich habe Ihre Antwort vom 18. April erhalten. Sie schreiben, daß „die Vereinigten Staaten nicht die Absicht haben, eine militärische Intervention auf Kuba durchzuführen“. Die zahlreichen, der ganzen Welt und der Regierung der Vereinigten Staaten natürlich besser als sonstwem bekannten Tatsachen sprechen jedoch von etwas anderem. So sehr man das Gegenteil versichern mag — jetzt ist unwiderlegbar festgestellt, daß die Vorbereitung der Intervention, die Finanzierung der Bewaffnung und der Beförderung der in das Territorium Kubas eingedrungenen Söldnerbanden gerade von den Vereinigten Staaten durchgeführt worden sind.

Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten beteiligten sich auch unmittelbar an der Verwirklichung des räuberischen Ueberfalls auf Kuba. Amerikanische Bomber und Jagdflugzeuge unterstützten die Operationen der auf kubanischem Territorium gelandeten Söldner und nahmen an den Kriegshandlungen gegen die Streitkräfte der rechtmäßigen Regierung und des kubanischen Volkes teil.

Das sind die Tatsachen. Sie zeugen von der unmittelbaren Beteiligung der Vereinigten Staaten an der bewaffneten Aggression gegen Kuba.

In Ihrer Botschaft bemühen Sie sich, den Ueberfall auf Kuba, dieses Verbrechen, das die ganze Welt in Empörung versetzt hat, zu rechtfertigen und sogar zu loben.

Da die Organisierung des militärischen Ueberfalls auf Kuba nur aus dem Grunde erfolgte, weil die von seinem Volk erwählte Lebensweise nicht dem Geschmack der führenden Kreise der Vereinigten Staaten und der in Lateinamerika wirkenden nordamerikanischen Monopole entspricht, trachten Sie danach, dies mit dem Gerede von einer Treue der Regierung der Vereinigten Staaten zu den Idealen der „Freiheit“ zu rechtfertigen. Es sei aber die Frage erlaubt, um welche Freiheit es sich da handelt?

Etwa um die Freiheit, durch die Verhängung einer Wirtschaftsblockade das kubanische Volk mit der Knochenhand des Hungers würgen zu können? Ist das etwa Freiheit?

Etwa um die Freiheit, militärische Flugzeuge auf kubanisches Gebiet zu entsenden, friedliche kubanische Städte barbarisch zu bombardieren, Zuckerrohrplantagen in Brand zu stecken? Ist das etwa Freiheit?

Die Geschichte kennt nicht wenig Beispiele, wo unter dem Vorwand der Freiheitsverteidigung mit den Völkern blutige Abrechnung gehalten wurde, Kolonialkriege geführt wurden, ein kleines Land nach dem anderen an der Gurgel gefaßt worden ist.

Im gegebenen Fall handelt es sich offensichtlich um das Bestreben der Regierung der Vereinigten Staaten, auf Kuba eine „Freiheit“ wiederherzustellen, bei der dieses Land

nach der Pfeife des mächtigen Nachbars tanzen würde und aufs neue ausländische Monopole die nationalen Schätze ausplündern, aus dem Schweiß und dem Blute des kubanischen Volkes Profite ziehen könnten. Das kubanische Volk hat aber gerade gegen eine solche „Freiheit" seine Revolution durchgeführt, als es Batista verjagte, der, mag sein, den Interessen seiner ausländischen Herren treu diente, am Körper der kubanischen Nation jedoch ein Fremdkörper war.

Sie, Herr Präsident, sorgen sich um das Häuflein Feinde, die von ihrem Volk verjagt worden sind und unter den Fittichen jener eine Zuflucht gefunden haben, die Kuba unter der Drohung der Geschütze ihrer Kreuzer und Zerstörer halten wollen. Weshalb bewegt Sie nun aber nicht das Geschick des sechs Millionen Menschen zählenden kubanischen Volkes, weshalb wollen Sie nicht sein unverbrüchliches Recht auf ein freies und unabhängiges Leben in Betracht ziehen, sein Recht, die eigenen inneren Angelegenheiten so zu ordnen, wie es dies für nötig erachtet? Wo gibt es Normen des Völkerrechts oder schließlich der einfachen menschlichen Moral, mit denen man einen derartigen Standpunkt rechtfertigen könnte? Selbstredend gibt es solche Normen nicht.

Das kubanische Volk aber hat seinen Willen noch einmal mit einer Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, die keinen Zweifel bestehen lassen sollte, selbst bei denjenigen, die es vorziehen, ihre Augen der Wirklichkeit gegenüber zu verschließen. Dieses Volk zeigte, daß es seine Interessen nicht nur gut kennt, sondern es auch versteht, sie zu verfechten. Das heutige Kuba ist natürlich nicht das Kuba, das Sie mit dem Häuflein der gegen das eigene Volk auftretenden Verräter identifizieren. Es ist das Kuba der Arbeiter, der Bauern, der Intelligenz, es ist das Volk, das sich fest um seine revolutionäre Regierung, mit dem Nationalhelden Fidel Castro an der Spitze, geschart hat. Und nach allem zu urteilen, hat dieses Volk den Interventen den gebührenden Empfang bereitet. Ist dies etwa nicht ein überzeugender Beweis für den wahren Willen des kubanischen Volkes?

Ich glaube, ein genügend überzeugender. Und da dem so ist, wäre es dann nicht für alle an der Zeit, nüchterne Schlußfolgerungen daraus zu ziehen?

Was die Sowjetunion anbelangt, so haben wir bereits wiederholt erklärt, und ich bestätige es von neuem: Unsere Regierung sucht auf Kuba weder nach Vorteilen noch nach Vorrechten. Wir besitzen keine Stützpunkte auf Kuba und haben nicht die Absicht, welche zu schaffen. Und das ist Ihnen, Ihren Generalen und Admiralen sehr wohl bekannt. Wenn diese dessenungeachtet dennoch versuchen, das Volk mit den Märchen von „sowjetischen Basen" auf Kuba zu schrecken, so ist dies sichtlich auf Einfaltspinsel gemünzt. Solcher einfältiger Menschen gibt es aber immer weniger; wie ich hoffe, auch in den Vereinigten Staaten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich, Herr Präsident, meine Meinung zu Ihren Erklärungen und zu den Erklärungen einiger anderer Politiker der Vereinigten Staaten äußern, auf dem Territorium Kubas könnten Raketen und andere Waffen stationiert werden, die gegen die Vereinigten Staaten gerichtet werden könnten. Daraus wird die Schlußfolgerung gezogen, die Vereinigten Staaten hätten das Recht, Kuba zu überfallen — direkt oder unter Benutzung von Verrätern des kubanischen Volkes, die Sie mit Ihren eigenen Waffen versehen, auf eigenem Territorium ausbilden, mit Mitteln der Steuerzahler der Vereinigten Staaten unterhalten, mit Transportmitteln der eigenen Streitkräfte befördern und aus der Luft und von der See aus decken, während diese Verräter gegen das kubanische Volk und dessen rechtmäßige Regierung kämpfen.

Sie berufen sich auch auf irgendwelche Verpflichtungen der Vereinigten Staaten, „die westliche Hemisphäre vor auswärtiger Aggression zu schützen". Von welchen Verpflichtungen aber kann in diesem Fall die Rede sein? Niemand kann eine Verpflichtung besitzen, Meuterer gegen eine rechtmäßige Regierung in einem souveränen Staat, wie es Kuba ist, in Schutz zu nehmen.

Sie betreten einen sehr gefahrvollen Weg, Herr Präsident. Ueberlegen Sie sich das. Sie sprechen von Ihren Rechten und Verpflichtungen. Natürlich kann jedermann auf diese oder jene Rechte Anspruch erheben, dann müssen Sie aber auch zulassen, daß auch andere Staaten ihr Vorgehen in ähnlichen Fällen auf die gleichen Argumente und Erwägungen gründen können.

Sie erklären, Kuba könnte angeblich sein Territorium für Aktionen gegen die Vereinigten Staaten zur Verfügung stellen. Das ist Ihre Vermutung, sie fußt auf keinerlei Tatsachen. Wir aber können schon jetzt auf konkrete Tatsachen, und nicht auf Mutmaßungen, hinweisen: In einigen Ländern, die zu Lande und zur See unmittelbar an die Sowjetunion grenzen, bestehen gegenwärtig Regierungen, die bei weitem keine vernünftige Politik betreiben, Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten Militärverträge geschlossen und ihr Territorium für amerikanische Stützpunkte zur Verfügung gestellt haben.

Dabei erklären Ihre Militärs unverhohlen, daß diese Stützpunkte gegen die Sowjetunion gerichtet sind, und dies ist auch ohnehin jedermann klar. Wenn Sie sich für berechtigt halten, gegen Kuba solche Maßnahmen durchzuführen, wie sie die Regierung der Vereinigten Staaten in der letzten Zeit ergriff, so müssen Sie mithin anerkennen, daß auch andere Länder nicht weniger Grund haben, auf die gleiche Weise gegenüber jenen Staaten zu handeln, auf deren Territorium tatsächlich Vorbereitungen getroffen werden, die eine Gefahr für die Sicherheit der Sowjetunion darstellen. Wenn Sie nicht gegen die elementare Logik verstoßen wollen, so müssen Sie offensichtlich ein solches Recht den anderen Regierungen zuerkennen. Wir unsererseits hegen keine solchen Auffassungen.

Wir sind der Ansicht, daß die Darlegungen, mit denen man zu diesem Thema in den Vereinigten Staaten auftritt, nicht nur eine sehr willkürliche Auslegung des Völkerrechts, sondern, einfach gesagt, eine offene Predigt hinterhältiger Politik sind.

Wenn er dies wünscht, wird ein mächtiger Staat natürlich stets einen Vorwand finden, um ein weniger starkes Land zu überfallen und den Ueberfall danach damit zu rechtfertigen, daß dieses Land eine potentielle Gefahr darstelle. Ist dies etwa die Moral des 20. Jahrhunderts? Es ist dies die Moral der Kolonialherren, der Räuber, die einstmals eben eine solche Politik betrieben haben. Jetzt, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, darf man sich nicht mehr von der Räubermoral der Kolonialherren leiten lassen. Heute sind wir alle Zeugen dessen, wie das Kolonialsystem zusammenbricht und in die Vergangenheit versinkt. Die Sowjetunion tut ihrerseits alles, um dazu beizutragen, und wir sind stolz darauf.

Oder lassen Sie uns die Handlungen der Vereinigten Staaten China gegenüber betrachten. Auf welche Rechtsnormen kann man denn hinweisen, um diese Handlungen zu rechtfertigen? Aller Welt ist bekannt, daß Taiwan ein integrierender Teil Chinas ist. Das ist auch von der Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt, deren Unterschrift unter der Kairoer Deklaration des Jahres 1943 steht.

Nachher aber bemächtigten sich die Vereinigten Staaten Taiwans, das heißt, sie betraten faktisch den Weg von Räuberei. Die Volksrepublik China gab ihrem verständlichen Bestreben Ausdruck, das Territorium Taiwans mit dem übrigen China wieder zu vereinen. Und wie reagierten die Vereinigten Staaten darauf? Sie erklärten, daß sie militärische Gewalt einsetzen würden, um die Wiedervereinigung dieses von ihnen okkupierten chinesischen Territoriums mit dem übrigen China zu verhindern. Sie drohten mit dem Krieg für den Fall, daß China Handlungen durchführen würde, die auf eine Wiedervereinigung mit Taiwan gerichtet sind. Und dies tut ein Land, das offiziell anerkannt hat, daß Taiwan zu China gehört! Stellt dies etwa keinen Treubruch in der internationalen Politik dar? Würden solche Methoden in den Beziehungen zwischen den Staaten zu dominieren beginnen, so bliebe kein Platz mehr für das Gesetz, und an seine Stelle würden Willkür und Gesetzlosigkeit treten.

Mithin, Herr Präsident, sind Ihre Sympathien — eins, und die Akte gegen die Sicherheit und die Unabhängigkeit anderer Völker, die auf Grund solcher Sympathien durchgeführt werden — etwas ganz anderes. Sie können natürlich den imperialistischen und Kolonialmächten Ihre Sympathien bekunden, und dies verwundert niemanden. Sie stimmen beispielsweise zusammen mit jenen in der Organisation der Vereinten Nationen. Das ist eine Frage Ihrer Moral. Doch das, was gegen Kuba getan wurde — das ist schon nicht moralisch. Das sind räuberische Handlungen.

Ich möchte betonen: Sollte es der Organisation der Vereinten Nationen tatsächlich beschieden sein, wirklich Kraft zu erlangen und jene Funktionen, für die sie geschaffen wurde, zu erfüllen — gegenwärtig stellt diese Organisation bedauerlicherweise bereits einen vom Bazillus des Kolonialismus und des Imperialismus infizierten Organismus dar —, dann muß die UN die räuberischen Handlungen gegen Kuba auf das entschiedenste verurteilen.

Es geht hier nicht nur darum, die Vereinigten Staaten zu verurteilen; es ist wichtig, daß die Verurteilung der Aggression einen Präzedenzfall, eine Lehre bildet, die auch andere Länder beherzigen könnten, damit sich so eine Aggression nie mehr wiederhole. Denn auch andere Staaten können sich von der Aggressorenmoral leiten lassen, wenn man diese billigt oder ihr nur Vorschub leistet, und das würde unweigerlich zu militärischen Konflikten führen, von denen jeder unerwartet einen dritten Weltkrieg entfachen könnte.

Die Erklärungen, die Sie in Ihrer jüngsten Rede vor Pressevertretern abgaben, müssen die ganze Welt in starke Unruhe versetzen. Im Grunde genommen erklären Sie doch einfach, Sie hätten das Recht, jedesmal, wenn Sie dies für notwendig halten, Militärgewalt anzuwenden, und jedesmal andere Völker zu unterdrücken, wenn Sie selbst die Entscheidung fällen, daß die Willensäußerung dieser Völker „Kommunismus" bedeute. Welches Recht aber haben Sie, welches Recht hat überhaupt jemand, einem Volk die Möglichkeit zu nehmen, seine soziale und politische Ordnung nach eigenem Ermessen zu wählen? Haben Sie sich nie darüber Gedanken gemacht, daß auch andere Länder an Sie die gleichen Forderungen stellen und erklären könnten, daß Sie in den Vereinigten Staaten eine Ordnung haben, die Kriege erzeugt und eine imperialistische Politik, eine Politik von Drohungen und von Ueberfällen auf andere Länder betreibt? Für derartige Beschuldigungen ist aller Grund vorhanden. Und wenn man von den Leitsätzen, die Sie jetzt proklamieren, ausgeht, so kann man offensichtlich eine Aenderung der inneren Verhältnisse in den Vereinigten Staaten verlangen.

Wie Sie wissen, schlagen wir keinen solchen Weg ein. Wir sind Anhänger der friedlichen Koexistenz aller Staaten und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder.

Sie machten eine Anspielung auf Budapest. Wir können Ihnen aber, nicht in Andeutungen, sondern direkt, sagen: Sie, die Vereinigten Staaten, sind es, die die Unabhängigkeit Guatemalas durch die Entsendung ihrer Söldner vernichteten, wie Sie das auch gegenüber Kuba zu tun versuchen. Gerade die Vereinigten Staaten und kein anderes Land beuten die Länder Lateinamerikas und viele andere Länder der Welt unbarmherzig aus und halten diese Länder in wirtschaftlicher Abhängigkeit. Das ist allgemein bekannt. Und wollte man Ihrer Logik folgen, Herr Präsident, so könnten offenbar auch gegen Ihr Land von außen her Handlungen in die Wege geleitet werden, die auf immer mit dieser imperialistischen Politik, mit der Politik von Drohungen, mit der Politik von Gewalttaten gegen freiheitsliebende Völker Schluß machen würden.

Was aber Ihre Fürsorge für die vom kubanischen Volk Verjagten, für die Emigranten betrifft, so möchte ich in diesem Zusammenhang noch das Folgende sagen. Ihnen ist sicherlich genügend gut bekannt, daß es in vielen Staaten Emigranten gibt, die mit den Zuständen und der bestehenden Ordnung in den Ländern, aus denen sie flohen,

unzufrieden sind. Und wenn in der Praxis zwischenstaatlicher Beziehungen der abnorme Zustand eingeführt würde, daß diese Emigranten gegen die Länder, aus denen sie geflohen sind, eingesetzt werden, besonders mit der Waffe in der Hand, so kann man ohne weiteres sagen, daß dies unweigerlich Konflikte und Kriege zur Folge haben wird. Deshalb müßte man von solch unvernünftigem Tun Abstand nehmen. Das ist ein unsicherer und gefährlicher Weg, er kann die Welt in einen neuen Weltkrieg hineinführen.

In Ihrer Antwort hielten Sie es für angebracht, einige Fragen anzuschneiden, die in keiner Beziehung zum Thema meiner Botschaft an Sie stehen, darunter die Frage der historischen Unausweichlichkeit der kommunistischen Revolution in Ihrer Auffassung.

Ich kann das nur als ein Bestreben ansehen, der Hauptfrage, der Frage der Aggression gegen Kuba, auszuweichen ......

Sie, Herr Präsident, sprechen häufig und viel von Ihrem Wunsch, Kuba frei zu sehen. Doch alle Schritte der Vereinigten Staaten gegenüber diesem kleinen Land stehen in krassem Widerspruch dazu. Ich spreche schon nicht von dem jüngsten bewaffneten Ueberfall auf Kuba, der den Zweck verfolgte, dessen innere Ordnung gewaltsam zu ändern.

Niemand anderes als gerade die Vereinigten Staaten nötigten ja vor fast 60 Jahren Kuba die leoninischen Bedingungen des Havannaer Vertrags auf und legten auf kubanischem Territorium ihren Militärstützpunkt Guantanamo an. Die Vereinigten Staaten sind aber das mächtigste Land in der westlichen Hemisphäre, und niemand in dieser Hemisphäre kann Sie mit militärischer Invasion bedrohen. Folglich: Wenn Sie Ihren Militärstützpunkt auf dem kubanischen Boden entgegen dem klar ausgedrückten Willen des kubanischen Volkes und seiner Regierung weiter beibehalten, so dient dieser Stützpunkt nicht dem Schutze vor einem Ueberfall irgendwelcher äußeren Kräfte, sondern bezweckt die Unterdrückung des Willens der lateinamerikanischen Völker. Der Stützpunkt ist dazu geschaffen worden, um Polizeifunktionen auszuüben, um die Völker Lateinamerikas in politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit zu halten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika schleudert jetzt Blitz und Donner gegen Kuba. Dies spricht aber nur von einem — von Ihrer Unsicherheit hinsichtlich des eigenen Systems, hinsichtlich der Politik, die von den Vereinigten Staaten durchgeführt wird. Und das ist begreiflich, denn es ist eine Politik der Ausbeutung, eine Politik der wirtschaftlichen Versklavung der schwachentwickelten Länder. Sie sind nicht sicher, was Ihr System anbelangt, und fürchten deshalb, daß das Beispiel Kubas auf andere Länder ansteckend wirken könnte. Aggressive, räuberische Handlungen jedoch vermögen Ihr System nicht zu retten. Im historischen Prozeß der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft entscheidet jedes Volk selber über die Geschicke seines Landes und wird dies auch in Zukunft tun.

......

Der Standpunkt der Sowjetregierung in den internationalen Angelegenheiten bleibt ein unveränderter. Wir möchten unsere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten so aufbauen, daß weder die Sowjetunion noch die Vereinigten Staaten, als die beiden mächtigsten Staaten der Welt, mit dem Säbel rasseln, daß sie ihre militärische oder wirtschaftliche Ueberlegenheit nicht in den Vordergrund stellen, weil dies nicht zur Verbesserung der internationalen Lage, sondern zu ihrer Verschärfung führt. Wir wollen uns aufrichtig mit Ihnen und den anderen Ländern der Welt über die Abrüstung sowie über andere Fragen verständigen, deren Lösung zur Gewährleistung der friedlichen Koexistenz, zur Anerkennung der sozialen und politischen Ordnung für jedes einzelne Volk, die es selbst bei sich errichtet hat, zu einer wirklichen Achtung des Willens der Völker und zur Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten beitragen würde.

Nur unter solchen Umständen kann man wirklich von Koexistenz sprechen, denn eine Koexistenz ist nur dann möglich, wenn sich die Staaten mit verschiedenem gesellschaftlichem System den völkerrechtlichen Regeln unterordnen, wenn sie die Sicherung des Weltfriedens als ihr höchstes Ziel ansehen. Nur dann wird der Friede auf einer festen Grundlage beruhen.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (Sowjetische Botschaft, Bonn), Nr. 13 vom 1. Mai 1961.

Erklärung des amerikanischen Außenministeriums vom 22. April 1961

Betrifft: Die Lage in Kuba — Selbstbestimmungsrecht — Sicherung der Menschenrechte.

Der Präsident hat von Ministerpräsident Chruschtschow ein längeres polemisches Schreiben bezüglich Kubas erhalten.

Die Ansichten und die Haltung der amerikanischen Regierung bezüglich der Lage in Kuba und der dortigen sowjetischen Tätigkeit sind in klarer Form und in allen Einzelheiten in dem Schreiben des Präsidenten an Chruschtschow und in seiner Rede am 20. April vor dem Verband amerikanischer Chefredakteure sowie auf seiner Pressekonferenz vom 21. April dargelegt worden.

Der Präsident wird sich nicht auf eine hinziehende öffentliche Debatte mit Ministerpräsident Chruschtschow auf der Basis dieser jüngsten Darlegung der kommunistischen Entstellung der Grundkonzeptionen der Menschenrechte einlassen.

Herr Chruschtschow fragt: „Welche Freiheit meinen Sie?" Unsere Antwort ist einfach. Die amerikanische Nation hat sich bei ihrer Geburt der Sache verschrieben, daß die Menschen in allen Ländern das Recht haben sollen, durch demokratische Verfahren frei über ihre eigene Zukunft zu entscheiden und frei mit ihren Nachbarn zusammenzuarbeiten. Das amerikanische Volk ist der Ueberzeugung, daß das Recht auf Selbstbestimmung ein fundamentales Recht ist und überall in der Welt Anwendung finden sollte.

Wir bestreiten das Recht irgendeiner engen politischen Gruppe irgendeines Landes, sich selbst die Macht anzumaßen, „den tatsächlichen Willen des Volkes" zu bestimmen.

Menschen müssen die Freiheit haben, ihre Ansichten zu äußern, sie müssen die Freiheit haben, sich zur Verwirklichung ihrer Ansichten zu organisieren, sie müssen die Freiheit haben, ihre Ansichten zu publizieren und zu verbreiten, und sie müssen die Freiheit haben, in geheimer Wahl jene zu bestimmen, die sie wählen möchten, um ihren Ansichten Ausdruck zu verleihen. Wo diese Ansichten fehlen, ist der „Wille des Volkes" eine leere Phrase.

Die Geschichte verzeichnet nicht einen einzigen Fall, daß der Kommunismus in irgendeinem Land durch die freie Wahl seiner Bevölkerung aufgerichtet worden wäre. Jedermann in der ganzen Welt weiß, daß in jenen Ländern, in denen kommunistische Minderheiten die Macht übernommen haben, diese Freiheiten zu bestehen aufhörten, und jene, die sie sicherstellen wollen, gnadenlos unterdrückt werden. Kuba ist dafür ein tragisches Beispiel.

Die politische Geschichte der Welt ist ein langer Kampf gewesen, um die fundamentalen Rechte des Menschen zu sichern und politische Institutionen zu errichten, die den wahren Ausdruck des Volkswillens ermöglichen.

Um diese Ziele zu erreichen und zu halten, ist ein endloser schöpferischer Kampf notwendig. Dieser Kampf wird Tag für Tag in jedem Winkel der Welt ausgetragen.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg), vom 24. April 1961.

Politische und militärische Probleme der NATO

Nach den Frühjahrstagungen der SEATO, CENTO und der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 297 ff.) fand vom 8. bis zum 10. Mai 1961 in Oslo die Tagung des Ministerrates der NATO unter dem Vorsitz des neuen Generalsekretärs, Dirk U. *Stikker*, statt. Da die Verteidigungsminister an den Frühjahrstagungen der NATO nicht teilnehmen, lag das Schwergewicht der Beratungen bei politischen Fragen. Wie aus dem Kommuniqué (vgl. S. D 318 f.) hervorgeht, gehörten zu den behandelten Themen die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands, Berlin, das Problem der Abrüstung, die Einstellung der Kernwaffenversuche und die Entwicklungshilfe. Die Minister befaßten sich auf Grund eines Berichtes des Ständigen NATO-Rates mit der langfristigen Planung innerhalb des Bündnisses im nichtmilitärischen Bereich. Dabei wurde insbesondere die Bedeutung einer ständigen engen Konsultation hervorgehoben. In diesem Zusammenhang stimmte der Rat grundsätzlich einem britischen Vorschlag zur Bildung von Arbeitsausschüssen zu. Einer dieser Ausschüsse soll als nordatlantische politische Beratergruppe den NATO-Rat bei der Ausarbeitung der langfristigen Planung unterstützen. Die Minister ersuchten den Ständigen Rat, das eingehende Studium der NATO-Strategie, das auf der Dezembertagung der NATO in Paris (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 1 ff.) eingeleitet worden war, fortzusetzen.

Obwohl militärische Probleme nicht auf der Tagesordnung der Konferenz standen, führte der amerikanische Außenminister, Dean *Rusk*, in seiner vor dem NATO-Rat abgegebenen Erklärung aus, die Vereinigten Staaten verfügten über genügend große nukleare Stärke, um der sowjetischen Atomdrohung auf militärischem Gebiet Einhalt zu gebieten. Daneben seien jedoch auch starke konventionelle Streitkräfte vonnöten, um der beträchtlichen konventionellen Stärke des Sowjetblocks begegnen zu können. Rusk bekräftigte in diesem Zusammenhang erneut die Zusage der Vereinigten Staaten, ihre Truppen nicht aus Westeuropa abzuziehen. Darüber hinaus gab er die Bereitschaft der amerikanischen Regierung bekannt, den NATO-Mächten für die europäischen Gewässer atomgetriebene U-Boote mit Polaris-Raketen, deren Sprengköpfe vorläufig unter der Verfügung der amerikanischen Regierung blieben, zur Verfügung zu stellen. Diese Erklärung zeigt, daß die auf der letzten NATO-Tagung von dem damaligen Außenminister Christian *Herter* gemachten Vorschläge nach wie vor zur Diskussion stehen. Der Präsident der Vereinigten Staaten, John F. *Kennedy*, hat anläßlich seines Besuches in Kanada vom 16. bis zum 18. Mai diesen Punkt erneut aufgegriffen und das amerikanische Angebot wiederholt (vgl. S. D 320 ff.).

Bei der Erörterung der Berlin-Frage auf der Osloer Tagung erneuerte der Ministerrat den Inhalt seines Berlin-Beschlusses vom 18. Dezember 1958. Außenminister *Rusk* erklärte darüber hinaus, die amerikanische Regierung würde den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion und der sogenannten DDR als eine Verletzung ihrer Rechte in Berlin betrachten. Sie werde diese Rechte mit allen Mitteln zu wahren wissen.

In einem weltpolitischen Ueberblick gab *Rusk* eine genaue Analyse der Ereignisse in Laos, Vietnam, dem Kongo, Kuba und in Lateinamerika. Ferner teilte er mit, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion Ende Juli bilaterale Gespräche aufnehmen würden, um Mittel und Wege sowie die Verfahren für eine Wiederaufnahme der Ost-West-Abrüstungsgespräche zu erörtern.

Am 8. Mai trafen die Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland zu einer Sonderkonferenz zusammen, um den Entwurf einer deutschen Antwortnote auf das Memorandum der Sowjetunion vom 17. Februar (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 169 ff.) zu beraten. Vor ihrer Uebermittlung an die sowjetische Regierung soll die deutsche Antwortnote dem Ständigen NATO-Rat zur Billigung vorgelegt werden.

Kommuniqué der Tagung des Ministerrates der NATO in Oslo vom 8. bis zum 10. Mai 1961

Betrifft: Defensiver Charakter der NATO — Expansionsbestrebungen des kommunistischen Blocks — Wiedervereinigung Deutschlands — Berlin-Frage — Abrüstung — kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche — Entwicklungshilfe — langfristige Planung im nichtmilitärischen Bereich — Unterstützung Griechenlands und der Türkei.

Der Ministerrat der NATO hielt seine Frühjahrstagung vom 8. bis zum 10. Mai 1961 in Oslo unter dem Vorsitz des neuen Generalsekretärs Dirk U. Stikker ab.

I.

Seitdem sich die atlantischen Staaten vor zwölf Jahren in Uebereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen zusammenschlossen, um ihre gemeinsame Verteidigung zu sichern, hat ihr Bündnis den Frieden und die Freiheit gewahrt. Die Drohung, die sie zum Zusammenschluß veranlaßte, ist jedoch heute nicht nur militärischer Art, sondern hat auch weltweite politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und psychologische Aspekte.

Das Nordatlantische Bündnis bedroht niemanden. Es wird niemals zur Aggression benützt werden. Es will den Krieg und die Kriegsursachen ausschalten. Aber es ist entschlossen, das Recht seiner Völker auf ein Leben in Freiheit zu verteidigen. In der heutigen Welt sind die Einheit und die Stärke des Atlantischen Bündnisses für den Frieden und das Ueberleben der Freiheit lebenswichtig. Seine gemeinsamen Hilfsquellen — im Moralischen wie im Materiellen — werden dieser Aufgabe voll gerecht. Im festen Vertrauen auf ihre Stärke, auf die Willenskraft ihrer Völker und die Wahrheit der von ihnen vertretenen Ideale bekennen sich die 15 atlantischen Staaten weiterhin zum Aufbau einer Welt, frei von der falschen Doktrin und Praxis des ständigen und unausweichlichen Konflikts.

II.

Während ihrer Tagung prüften die Minister die Entwicklung der internationalen Lage. Angesichts der verstärkten Bemühungen des kommunistischen Blocks, Konflikte anzustiften und auszubeuten und seine Herrschaft auf ein immer größeres Gebiet auszudehnen, bekräftigten die Minister ihre Entschlossenheit, dieser Herausforderung zu begegnen.

Die atlantischen Staaten sind bereit, ihren Beitrag zur Erlangung einer gerechten und billigen Regelung offener politischer Fragen zu leisten. Sie bedauern das Fehlen einer entsprechenden sowjetischen Bereitschaft.

Die Minister stellten mit Bedauern fest, daß in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands keine Fortschritte erzielt worden sind. Sie bekräftigen ihre Ueberzeugung, daß eine friedliche und gerechte Lösung des deutschen Problems einschließlich Berlins nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts gefunden werden kann. Hinsichtlich Berlins unterstrichen sie erneut ihre in der Erklärung vom 15. Dezember 1958 dargelegte Entschlossenheit, die Freiheit West-Berlins und seiner Bevölkerung zu wahren. In bezug auf die oft wiederholte Drohung der Sowjetunion, einen Separatfriedensvertrag zu unterzeichnen, bekräftigten sie die Worte in der Erklärung von 1958, daß „die Aufkündigung der interalliierten Vereinbarungen über Berlin durch die Sowjetunion

in keiner Weise die anderen Vertragspartner ihrer Rechte berauben oder die Sowjetunion ihrer Verpflichtungen entbinden kann".

Stufenweise Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle ist und bleibt eines der Hauptziele der Regierungen der Bündnispartner. Der Rat gibt daher der Hoffnung Ausdruck, daß die Aufnahme von Konsultationen mit der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Ziel, zu einem gegenseitig annehmbaren Verfahren zu kommen, die Wiederaufnahme von Verhandlungen gegen Ende Juli gestatten wird. Er war sich einig, daß die Haltung der Mitglieder des Bündnisses, die an den Abrüstungsgesprächen teilnehmen, in enger Konsultation im Nordatlantikrat entwickelt werden soll.

Hinsichtlich der Genfer Konferenz über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche nahm der Rat zustimmend zur Kenntnis, daß die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich den Entwurf eines umfassenden Vertrages vorgelegt haben, der eine Grundlage für eine Einigung darstellt. Er bedauert, daß die negative Haltung der sowjetischen Regierung neue Schwierigkeiten aufgeworfen hat, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß diese Regierung sich alsbald einem wirksamen Abkommen als einem ersten und bedeutsamen Schritt auf dem Wege zur Abrüstung anschließen wird.

Die Aufgabe, den weniger entwickelten Gebieten der Welt bei der Hebung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu helfen, stellt eine der wesentlichen Herausforderungen unserer Zeit dar. Die Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses greifen diese Herausforderung gerne auf. In ihrer Prüfung der Weltlage maßen die Minister dieser Frage einen hohen Vorrang bei. Mit Befriedigung nahmen sie von dem großen Ausmaß der Hilfeleistungen der freien Welt Kenntnis — im Verhältnis dazu ist die vom Ostblock gewährte Hilfe winzig — und bekräftigen ihre Entschlossenheit, ihre Bemühungen zu verstärken.

Die Minister erörterten die Probleme der langfristigen Planung innerhalb des Bündnisses im nichtmilitärischen Bereich auf der Grundlage eines Berichts des Ständigen Rates, der sich mit der zukünftigen Entwicklung und der Aufgabe der Allianz auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft, der zivilen Notstandsplanung und anderen befaßt. Ausgehend von diesen Berichten erteilten sie dem Ständigen Rat Richtlinien für die Stärkung des Zusammenhalts der Allianz. Der Rat stellte fest, daß auf dem Wege zur größeren Zielstrebigkeit und besseren Abstimmung der Aktionen der Mitgliedstaaten große Fortschritte erzielt wurden. Er betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung einer engen, laufenden und freimütigen Konsultation, um die wachsende Einheit des Atlantischen Bündnisses wirksam werden zu lassen.

Die Minister forderten den Ständigen Rat auf, in enger Zusammenarbeit mit den Militärbehörden seine Prüfung aller Aspekte der militärischen Gesamtstruktur des Bündnisses fortzusetzen mit dem Ziel, die Abschreckungs- und Verteidigungskraft der Allianz zu verbessern. Sie ersuchten den Rat, ihnen diese Untersuchungen nach Fertigstellung unverzüglich vorzulegen und der Ministertagung im Dezember zu berichten.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Minister den Wirtschaftsproblemen Griechenlands und der Türkei. Unter Beachtung des bedeutsamen Beitrages dieser beiden Länder zur gemeinsamen Verteidigung prüften die Minister Mittel und Wege zur Unterstützung der Bemühungen Griechenlands und der Türkei mit dem Ziel, die Entwicklungsprogramme zu beschleunigen und den Lebensstandard ihrer Völker zu heben.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* Nr. 88 vom 13. Mai 1961.

Ansprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, vor dem kanadischen Parlament in Ottawa am 17. Mai 1961 (Auszüge betr. die atlantische Zusammenarbeit)

Betrifft: Struktur der NATO-Streitkräfte — konventionelle Waffen — nukleare Waffen — Polaris-U-Boote für die NATO — Entwicklungshilfe — OECD — Verhältnis USA-Kanada.

... Unser NATO-Bündnis ist immer noch wie zu der Zeit, als es gegründet wurde, das stärkste Bollwerk der Freiheit für die Welt. Aber das militärische Gleichgewicht hat sich gewandelt. Die Taktik und die Waffen des Gegners haben sich geändert. Ein Stillstand unsererseits würde nur Gefahr bedeuten.

Die Struktur der NATO-Streitkräfte war ursprünglich darauf angelegt, der Drohung eines massiven konventionellen Angriffs in einer Zeit des westlichen Kernwaffenmonopols zu begegnen. Wenn wir heute die Verteidigungserfordernisse der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts erfüllen wollen, dann müssen die NATO-Länder gleichzeitig auf zwei Hauptlinien vorgehen.

Erstens, wir müssen die konventionelle Kapazität unseres Bündnisses als eine Angelegenheit höchsten Vorranges stärken. Um dies zu erreichen, unternehmen wir in den Vereinigten Staaten Schritte zur Erhöhung der Stärkung und der Beweglichkeit unserer Streitkräfte und zur Modernisierung ihrer Ausrüstung. Im gleichen Sinne werden wir unsere gegenwärtig auf dem europäischen Kontinent stationierten Streitkräfte aufrechterhalten und ihre konventionelle Kapazität erhöhen. Wir erwarten von unseren NATO-Verbündeten, daß sie dieser gleichen entscheidend wichtigen Aufgabe einen ebenso hohen Vorrang einräumen.

Zweitens müssen wir sicherstellen, daß Kernwaffen weiterhin für die Verteidigung des gesamten Vertragsgebietes zur Verfügung stehen und daß diese Waffen jederzeit unter einer engen und flexiblen Kontrolle stehen, die den Bedürfnissen aller NATO-Länder gerecht wird. Wir sind bereit, gemeinsam mit unseren Alliierten geeignete Abmachungen für diesen Zweck auszuarbeiten. Um unsere eigenen Absichten und Verpflichtungen klarzumachen, werden die Vereinigten Staaten dem NATO-Kommandobereich fünf — und später noch mehr — Polaris-Atomraketen-Unterseeboote zur Verfügung stellen, die jeder Art von vereinbarten NATO-Richtlinien und Anweisungen bezüglich ihrer Kontrolle und Verwendung unterstehen und den Bedürfnissen aller Mitgliedstaaten entsprechen, aber dabei im Notfall zuverlässige Instrumente sein werden. Darüber hinaus denken wir an die Möglichkeit, schließlich eine NATO-Seestreitmacht mit Raketen zu schaffen, die in Eigentum und Kontrolle in echtem Sinne multilateral wäre, wenn dies von unseren Verbündeten gewünscht und als durchführbar angesehen würde, nachdem die nichtnuklearen Ziele der NATO erreicht worden sind.

Diese beiden Maßnahmen, verbesserte konventionelle Streitkräfte und verstärktes Kernwaffenpotential, werden fortgeführt in Erkenntnis der Tatsache, daß die Verteidigung Europas und die Verteidigung Nordamerikas unteilbar sind, in der Hoffnung, daß kein Aggressor unsere Entschlossenheit, unverzüglich mit jeder geeigneten Kraft zurückzuschlagen, falsch einschätzen wird, und in der Ueberzeugung, daß der Zeitpunkt für alle Mitglieder der NATO-Gemeinschaft gekommen ist, ihre Streitkräfte im NATO-Kommandobereich weiter zu verstärken und zu integrieren, indem die Bemühungen auf dem Gebiet der Forschung, der Entwicklung, der Produktion, der Bevorratung, der Verteidigung, der Kommandogewalt und der Ausbildung auf allen Rüstungsebenen koordiniert und gemeinsam getragen werden.

Lassen Sie uns also anfangen. Unsere Gegner beobachten uns, um herauszufinden, ob wir geteilt sind, uns täuschen oder in Zweifel sind über ihre großen Pläne und Absichten. Wir müssen ihnen beweisen, daß dies nicht der Fall ist, daß wir entschlossen sind.

Drittens, wenden wir uns den weniger entwickelten Nationen in der südlichen Hälfte unserer Erdkugel zu, jenen Nationen, deren Kampf um die Abstreifung der Fesseln des Massenelends genauso an unsere Herzen rührt, wie er unsere Hoffnungen auf eine freie und stabile Weltgemeinschaft betrifft. Sowohl Ihre als auch meine Nation haben unsere Verpflichtungen gegenüber diesen neuen Ländern anerkannt. Unser Volk hat in großzügiger Weise, wenn vielleicht auch nicht immer wirksam, geholfen. Wir konnten nicht weniger tun, und nun müssen wir mehr tun. Denn unsere historische Aufgabe in diesem umkämpften Zeitalter besteht nicht nur darin, die Freiheit zu verteidigen. Sie besteht vielmehr auch darin, den Geist der Freiheit zu verbreiten und ihre Verheißungen auch auf Völker anderer Kulturen, Glaubensrichtungen und Rassen auszudehnen, deren Politik oder deren Wirtschaftssysteme sich vielleicht von den unsrigen unterscheiden. Durch die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die Entwicklungshilfegruppe können wir unsere großen Hilfsquellen und unsere Erkenntnisse zusammenfassen und jene Form der langfristigen Kapitalplanung und des Wissens zur Verfügung stellen, ohne die diese Länder niemals unabhängige und lebensfähige Volkswirtschaften aufbauen können und ohne die all unsere Anstrengungen in tragischer Weise vergeudet wären. Ich schlage ferner vor, daß die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein Entwicklungszentrum schafft, wo Bürger, Beamte, Studenten und Fachleute aus den atlantischen Ländern und den Entwicklungsländern zusammentreffen können, um die Probleme der Wirtschaftsentwicklung zu studieren.

Wenn wir in der Atlantischen Gemeinschaft unsere eigene Wirtschaftspolitik enger koordinieren können, und die OECD bietet dafür ohne Zweifel den Rahmen, wenn wir sie nur richtig nutzen, und ich hoffe, daß Sie dies gemeinsam mit uns tun werden, dann sind unsere potentiellen wirtschaftlichen Hilfsquellen praktisch unbegrenzt. Denken Sie zum Beispiel an die unübertroffene Produktivität unserer Farmen. Weniger als acht Prozent der amerikanischen Arbeitskräfte sind auf unseren Farmen beschäftigt, weniger als elf Prozent der kanadischen Arbeitskräfte sind auf Ihren Farmen tätig. Weniger Menschen auf weniger Hektar Land als bei fast allen anderen Nationen der Welt — aber freie Menschen auf freiem Boden — können hier in Nordamerika all die Nahrungsmittel produzieren, die eine hungrige Welt verzehren kann — während all die Kollektivfarmen und die Zwangsarbeit des kommunistischen Systems nur so wenig produzieren, daß eine Verknappung nach der anderen die Folge ist. Dies ist eines der täglichen Wunder unserer freien Gesellschaft, das in einer Zeit, da unser Geist von dem Glanz des Beginns der Erforschung des Weltalls gefangengenommen ist, nur zu leicht vergessen wird.

Wenn die neuen Nationen jetzt zur Unabhängigkeit gelangen, dann stehen sie vor der Wahl: Sollen sie sich nach der Methode der Zustimmung aller entwickeln oder indem sie ihre Freiheit einem System totalitärer Kontrollen übergeben. Wenn sie diese Entscheidung treffen, dann sollten sie ihren Blick lange und eindringlich auf die Tragödie richten, die sich gegenwärtig in den Dörfern des kommunistischen China abspielt.

Wenn wir eng zusammenarbeiten können, um unsere Nahrungsmittelüberschüsse zu einem Segen statt zu einem Fluch zu machen, dann brauchen kein Mann, keine Frau und kein Kind jemals mehr zu hungern. Und wenn jede der mehr vom Glück be-

dachten Nationen ihren fairen Anteil an den Bemühungen zur Hilfe all der weniger Glücklichen — nicht nur derjenigen, mit denen wir traditionelle Bindungen haben, sondern allen, die bereit und in der Lage sind, ein wirkliches Wachstum und echte Würde zu erreichen — tragen wird, dann wird dieses Jahrzehnt sicherlich ein Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit sein.

Lassen Sie mich schließlich noch einige Worte zu der Welt sagen, in der wir leben. Wir sollten nicht die Kräfte oder die Größe der Aufgabe unterschätzen, vor die wir gestellt sind — Kräfte, die sowohl mächtig wie heimtückisch sind, die genauso zum Einsatz anspornen, wie sie Furcht hervorrufen, die sich Mittel bedienen, die wir nicht übernehmen können, um Ziele zu erreichen, die wir nicht zulassen können.

Wir dürfen auch nicht den Charakter der Auseinandersetzung falsch beurteilen. Es geht nicht um Zugeständnisse oder um Gebiete. Und es handelt sich auch nicht nur einfach um verschiedene Systeme. Es ist der jahrhundertealte Kampf um das Fortbestehen der Freiheit selbst. Und unser großer Vorteil — das dürfen wir niemals vergessen — besteht darin, daß die unwiderstehliche Entwicklung, die fünfhundert Jahre vor Christi Geburt einsetzte, für die Freiheit und gegen die Tyrannei ist. Das ist auch die Woge der Zukunft — und die eiserne Faust des Totalitarismus kann ihr letztlich weder Einhalt gebieten noch sie zurückdrängen. Um mit den Worten Macauleys zu sprechen: „Eine einzelne Sturzwelle mag zurückrollen, aber die Flut bricht herein."

So sind wir in der freien Welt nicht ohne Hoffnung. Wir sind nicht ohne Freunde. Und wir sind nicht ohne Hilfsquellen, um uns und unsere Freunde zu verteidigen. Wir glauben an die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und an die Verteidigung der Menschenrechte, und wir arbeiten über die Vereinten Nationen und durch regionale und andere Zusammenschlüsse darauf hin, um die Risiken, die Spannungen sowie die Wege und Möglichkeiten für eine Aggression zu verringern, die überall in der Welt so schnell zugenommen haben. In diesen Gremien des Friedens — in der UN-Polizeitruppe für den Mittleren Osten und für den Kongo, in der Internationalen Kontrollkommission für Südostasien, in der Zehnmächte-Abrüstungskommission — hat Ihr Land eine wichtige und konstruktive Rolle gespielt.

Wenn wir den gewaltigen Kampf der Ideologien eindämmen und auf überschaubare Proportionen reduzieren können, dann wird es uns möglich sein, mit der überragenden, unser ganzes Leben überschattenden Aufgabe voranzukommen, die Kernwaffen unter Kontrolle zu bringen, und einen größeren Bereich gemeinsamer Aufgaben unter uns und zusammen mit denen zu finden, die unter kommunistischer Herrschaft leben. Letztlich leben wir doch auf einem Planeten und gehören einer menschlichen Familie an. Und wie auch immer die Auseinandersetzungen sein mögen, vor denen wir stehen, so dürfen wir doch keine Chance verpassen, um einer Welt des Rechts und der Abrüstung näher zu kommen.

Am Konferenztisch und im Denken der Menschen wird die Sache der freien Welt gestärkt, denn sie ist gerecht. Aber sie wird noch mehr gestärkt durch das heiße Bemühen freier Menschen und freier Nationen. Und das ist im Grunde das, warum ich heute hier bin. Diese Reise ist mehr als nur eine Konsultation — mehr als nur ein Besuch des guten Willens. Dieser Besuch ist ein Akt des Glaubens an die Kapazität Ihres Landes und Ihrer Führer — des Glaubens an die Kapazität zweier großer Nachbarn, mit jedem Problem fertig zu werden — und des Glaubens an die Zukunft der gesamten Menschheit.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg), vom 18. Mai 1961.

Die Weiterführung der Europa-Politik (II)

Die am 27. Februar 1961 erstmals von dem britischen Lordsiegelbewahrer, Edward *Heath*, vor dem Ministerrat der WEU zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft Großbritanniens, über eine Assoziierung oder einen Beitritt zur EWG zu verhandeln (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 201 ff.), ist seit dem Besuch von Premierminister Harold *Macmillan* bei Präsident John F. *Kennedy* in Washington vom 4. bis zum 8. April 1961 durch verschiedene öffentliche Stellungnahmen *Macmillans* (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 266 ff. und Zeittafel Jg. 1961, S. Z 86) und anderer Regierungsmitglieder erhärtet worden. Die Aeußerungen von *Heath*, der am 17. Mai als Hauptsprecher des Außenministeriums die außenpolitische Unterhausdebatte einleitete, lassen schließlich kaum noch Zweifel daran, daß die britische Regierung ihre früheren Bedenken gegen einen Zusammenschluß mit der EWG fallengelassen hat. *Heath* gab jedoch zu verstehen, daß die Verständigung auch Zugeständnisse von seiten der EWG erfordere, und daß Großbritannien von sich aus augenblicklich keine verbindliche Erklärung abzugeben beabsichtige.

Die Beratende Versammlung des Europarates, die vom 24. bis zum 28. April ihre 13. Sitzungsperiode abhielt, nahm „die ermutigende Entwicklung der britischen Denkweise" in einer Resolution zur Kenntnis, in der den Regierungen baldmögliche Verhandlungen zwischen EWG und EFTA empfohlen werden. In einer weiteren Resolution nimmt die Versammlung zu dem Plan regelmäßiger außenpolitischer Konsultationen Stellung (vgl. S. D 324).

Nachdem die Vertagung des ursprünglich für den 19. Mai in Bonn angesetzten Treffens der Staats- und Regierungschefs der EWG durch das Kommuniqué über die Außenministerkonferenz in Bonn vom 5. Mai (vgl. S. D 325) bekanntgegeben worden war, setzte das vom 8. bis zum 10. Mai in Straßburg tagende Europäische Parlament die politische Debatte von seiner Tagesordnung ab.

Auch die am 6. März in Bonn tagende Außenministerkonferenz der WEU-Staaten hat davon abgesehen, bindende Erklärungen zu den in der Empfehlung Nr. 53 vom 30. November 1960 durch die Versammlung aufgeworfenen Fragen eines britischen Anschlusses an die EWG abzugeben (vgl. S. D 325 f.).

Bei dem Besuch von Staatspräsident Charles *de Gaulle* in Bonn am 20. Mai standen die Fragen der NATO und der europäischen Zusammenarbeit im engeren Sinn im Mittelpunkt der Gespräche. Die Gesprächspartner nahmen die Tendenzen für eine positive Einstellung der britischen Regierung zur Kenntnis, hielten es aber noch für verfrüht, ein abschließendes Urteil zu fällen, weil man in London noch keine Entscheidung getroffen habe.

Präsident *Kennedy*, der schon kurz nach seinem Amtsantritt in einem an die EWG-Kommission gerichteten Telegramm vom 2. Februar (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 128) den Ausbau der Beziehungen zwischen der EWG, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern befürwortet hatte, empfing am 16. Mai den Präsidenten der EWG-Kommission, Walter *Hallstein*, zu einer Unterredung in Washington. In dem über dieses Treffen herausgegebenen Kommuniqué (vgl. S. D 342) werden die Probleme der Beziehungen zwischen EWG und EFTA nicht angeschnitten. Jedoch heißt es ausdrücklich, der Präsident habe die EWG erneut der tatkräftigen Unterstützung bei ihren Bestrebungen nach einer europäischen Integration, wie sie im Vertrag von Rom vorgesehen ist, versichert.

Hallstein setzte während seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten die Reihe von Reden über die verschiedenen Aspekte der europäischen Integrationspolitik fort, die er am 5. Mai in Tübingen mit einer Darlegung der europäischen Entwicklungspolitik in Afrika (vgl. S. D 326 ff.) begonnen und am 8. Mai in Hamburg mit einem Vortrag über die Beziehungen der Sechs zur übrigen Welt (vgl. S. D 337 ff.) fortgesetzt hatte. Am 11. Mai war *Hallstein* in Aachen der Karlspreis verliehen worden. In seiner zu diesem Anlaß gehaltenen Rede befaßte er sich mit den ideologischen und historischen Aspekten der Europa-Politik. In seinem Vortrag vor der Universität Georgetown am 17. Mai ging er näher auf die Möglichkeiten eines Anschlusses anderer Länder an die EWG als Vollmitglied oder durch Assoziierung ein. Vor dem National Industrial Conference Board in New York sprach *Hallstein* am 18. Mai insbesondere über die liberale Handelspolitik der EWG und ging auf die Frage der Diskriminie-

rung amerikanischer Waren auf dem Gemeinsamen Markt ein. Am 23. Mai sprach er auf einer Gemeinschaftsveranstaltung des Massachusetts Institute of Technology und der Harvard-Universität. Der Hauptakzent dieser Rede lag bei den politischen Aspekten der Gemeinschaft. *Hallstein* betonte, daß es sich nicht nur um einen wirtschaftlichen, sondern auch um einen politischen Zusammenschluß handele. Er lehnte jedoch eindeutig die Möglichkeit ab, die Europäische Gemeinschaft als „Dritte Kraft“ zu entwickeln, und hob die Zusammengehörigkeit der westlichen Welt innerhalb des Atlantischen Bündnisses hervor.

Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 26. April 1961 über die europäische politische Zusammenarbeit

Betrifft: Außenpolitische Konsultationen — Zusammenlegung der Exekutiven der drei Europäischen Gemeinschaften.

Die Versammlung

in Erwägung, daß die Konferenz der sechs Staats- bzw. Regierungschefs vom 10. Februar 1961 in Paris die Aufgabe hatte, die geeigneten Mittel zur Herstellung einer engeren politischen Zusammenarbeit untereinander zu suchen;

nimmt zur Kenntnis, daß das System der regelmäßigen außenpolitischen Konsultationen, wie es den sechs Regierungen vorgeschlagen worden ist, einen weiteren Schritt auf dem Weg zu ihrer politischen Einigung über die wirtschaftliche Einigung hinaus darstellen soll;

erinnert daran, daß sie sich schon seit langem dafür eingesetzt hat, daß möglichst viele Mitgliedsländer des Europarates sich über die großen Probleme der Außenpolitik verständigen und sie die größten Anstrengungen unternehmen, um ihre Haltung aufeinander abzustimmen;

ist deshalb der Ansicht, daß die Initiative der Sechs durch politische Konsultationen im Rahmen des Europarates ergänzt werden muß;

empfiehlt dem Ministerkomitee, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um solche durch die letzten Beschlüsse des Ministerkomitees und insbesondere durch seine Entschließungen (57) 26 und (59) 30 bereits angedeuteten Konsultationen einzuführen;

gibt außerdem dem Wunsch Ausdruck, daß die Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs, die im Mai in Bonn stattfinden soll, zu einem Beschluß über die Zusammenlegung der Exekutiven der drei Europäischen Gemeinschaften gelangen möge.

Quelle: *Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung,* Nr. 10 vom 15. Mai 1961.

Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 26. April 1961 über die Beziehungen zwischen EWG und EFTA und den übrigen Mitgliedstaaten des Europarates

Betrifft: Beziehungen zwischen EWG und EFTA.

Die Versammlung

nimmt zur Kenntnis, daß die Staats- bzw. Regierungschefs der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in ihrem Kommuniqué vom 11. Februar 1961 ihre Absicht unterstrichen haben, nach einer Lösung der Probleme zu suchen, die sich aus der Existenz von zwei Wirtschaftsgruppen in Europa ergeben; daß auch der Rat der Europäischen Freihandelsassoziation diese Erklärung begrüßt und auf die Bereitschaft der Minister der EFTA hingewiesen hat, Verhandlungen mit den Mitgliedern der EWG aufzunehmen, sobald diese es wünschen;

nimmt die ermutigende Entwicklung der britischen Denkweise hinsichtlich der europäischen Zusammenarbeit, wie sie sich besonders in den Vorschlägen von Minister Heath vor dem Rat der Westeuropäischen Union geäußert hat, zur Kenntnis;

in Erwägung, daß die gegenwärtige Aufgabe des Europarates darin besteht, die europäische Einheit dadurch zu fördern, daß er alle Gelegenheiten nutzt, um seine Mitglieder einander näherzubringen;

empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Freihandelsassoziation aufzufordern, eine Bereitschaftserklärung zur baldmöglichsten Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluß eines Assoziationsabkommens zwischen der EWG und der EFTA sowie gegebenenfalls den anderen Mitgliedstaaten des Europarates gemäß den Bestimmungen von Artikel 238 des Vertrages von Rom und von Artikel 41 der Stockholmer Konvention abzugeben. Die Regierungen sollen ferner erklären, ob sie bereit sind, jede andere Lösung in Erwägung zu ziehen, die mit den Grundsätzen und den Verpflichtungen vereinbar ist, die die Länder der EWG und der EFTA sowohl innerhalb ihrer jeweiligen Gruppe als auch auf der internationalen Ebene binden.

Quelle: *Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung*, Nr. 10 vom 15. Mai 1961.

Kommuniqué über die Außenministerkonferenz der EWG-Staaten in Bonn am 5. Mai 1961

Betrifft: Verschiebung des Treffens der Staats- und Regierungschefs.

Die Außenminister der „Sechs" hielten am 5. Mai 1961 in Bonn ihre vierteljährliche Konsultation ab. Im Verlauf dieser Konsultation haben sie festgestellt, daß die Vertagung ihres ursprünglich auf den 28. April festgesetzten Treffens nicht genügend Zeit ließ, um die Vorbereitung der für den 19. Mai vorgesehenen Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs zu vervollständigen. Sie regten daher an, diese Konferenz zu verschieben. In Anbetracht der von den Staats- bzw. Regierungschefs für die folgenden Wochen bereits eingegangenen Verpflichtungen wird diese Konferenz im Juli stattfinden. In der Zwischenzeit wird die Sachverständigenkommission ihre Arbeit fortsetzen. Die Außenminister werden ihrerseits erneut in der zweiten Junihälfte tagen.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 86 vom 9. Mai 1961.

Kommuniqué über die Außenministerkonferenz der WEU-Staaten in Bonn am 6. Mai 1961

Betrifft: Beziehungen zwischen Großbritannien und den sechs anderen Mitgliedstaaten der WEU.

Der Rat der Westeuropäischen Union hat am 6. Mai 1961 im Auswärtigen Amt in Bonn auf Ministerebene getagt. Den Vorsitz führte der amtierende Vorsitzende des Rates, Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Heinrich von Brentano.

Belgien wurde von Henri Fayat, Frankreich von Maurice Couve de Murville, Italien von Carlo Russo, Luxemburg von Eugéne Schaus, die Niederlande von Josef Luns und Großbritannien von Edward Heath vertreten.

Der Rat hat eine Antwort auf die Empfehlung Nr. 53 der Versammlung der Westeuropäischen Union betreffend die Beziehungen zwischen Großbritannien und den sechs anderen Mitgliedstaaten der WEU formuliert. Er begrüßte sie als Beweis für die Entschlossenheit der Versammlung, die Bande zwischen den Mitgliedstaaten der WEU zu festigen und die Einheit Westeuropas zu fördern.

Die Minister sind wie bei früheren Gelegenheiten in einen umfassenden Meinungsaustausch über politische Fragen von gemeinsamem Interesse eingetreten.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* Nr. 86 vom 9. Mai 1961.

Vortrag des Präsidenten der EWG-Kommission, Walter Hallstein, vor der Universität Tübingen am 5. Mai 1961 über eine europäische Afrika-Politik

Betrifft: Ideologische Grundlagenforschung — Verantwortung der Industriestaaten — Leitbilder für die Entwicklungspolitik — praktische Mittel für die Entwicklungspolitik.

Der Gegenstand, über den ich sprechen will, ist auch wissenschaftlich von hohem Interesse. Es geht um die Erforschung der soziologischen, politischen, wirtschaftlichen und technischen Probleme von Volkswirtschaften oder Staatskörpern, die sich in ihrer Struktur radikal von der unseren unterscheiden — von Ländern, die wir uns angewöhnt haben, Entwicklungsländer zu nennen, und für die die politische und wirtschaftliche Forderung gestellt ist, sie in möglichst kurzer Frist dem Niveau der Industriestaaten anzunähern. Wir brauchen auch und besonders die Hilfe der Wissenschaft, wenn wir vermeiden wollen, daß die freie Welt in zwei Teile auseinanderbricht, einen selbstzufriedenen, friedlichen, reichen und einen ruhelosen, direktionslos dynamischen, armen Teil, so daß im besten Falle also aus der zweigeteilten eine dreigeteilte Welt wird. Die methodische Erforschung der Ursachen und dessen, was nun zu tun ist, um in den armen oder verarmten Gebieten unserer Welt die Unterentwicklung oder eine weitere Rückentwicklung aufzuhalten — das ist nach meinem Urteil eine höchst ernsthafte Aufgabe, der sich vielleicht auch nicht nur die Fachgenossen der großen klassischen Disziplinen als einem interessanten Randgegenstand widmen sollten, die vielmehr eine spezielle Aufmerksamkeit verdient, ja fordert.

Ein Doppeltes ist für jede Analyse notwendig, aus der sich ein Programm der Haltung und des Verhaltens ergeben soll: eine materielle und politische — oder wenn der gewagte Ausdruck erlaubt ist: eine „ideologische" — Grundlagenforschung. Die materielle muß sich auf den Umfang und die mehr technischen Schattierungen des Problems richten, auf die ökonomische Situation der Entwicklungsländer, ihre Bevölkerung, ihr Volkseinkommen, ihre Welthandelsverbindungen usw. (Ich werde Sie bei meinen Ausführungen im folgenden nicht ganz von gewissen Zahlen verschonen können.) Die politische Grundlagenforschung dagegen sollte bereits vor dem Beginn sachlicher Einzelstudien abgeschlossen sein, um das Ganze nicht steuerlos treiben zu lassen und die Hilfe zu vergeuden. Mit anderen Worten: Wir können Entwicklungspolitik nicht konzipieren, ohne uns nicht über ihre Kriterien, ihre Wertmaßstäbe einvernehmlich klargeworden zu sein. Lassen Sie mich heute in einer skizzenhaften Form — denn das Gebiet ist unermeßlich groß und sehr vielgestaltig — einige Grundgedanken als meine persönliche Meinung entwickeln, die ein Beitrag zur Klärung der Fragen sein sollen, die wir beantworten müssen, ob wir wollen oder nicht. Ich will sie um drei Grundfragen gruppieren:

1. Sollen die Industrieländer eine Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern und für sie übernehmen, und sollen wir Europäer es besonders gegenüber Afrika tun?

2. Welches Leitbild soll, wenn diese Frage positiv beantwortet wird, unsere Handlungen bestimmen — sachlich und räumlich?

3. Welche praktischen Mittel dienen uns dann für die Ausführung solcher Entwicklungspolitik?

1. Für die erste Frage, die nach unserer Verantwortung, müssen wir, wie ich glaube, die Antwort in der Definition einer neuen Solidarität der freien Nationen suchen.

Es gilt hier, eine Solidarität zwischen den entwickelten Industrienationen und den Entwicklungsländern zu erkennen und sich zu ihr zu bekennen. Solidarität kann in unserer Welt nicht — wie es früher einmal war — Ausdruck des Zusammengehörigkeitsgefühls nur verwandter, eng benachbarter Nationen sein. Die Welt ist unendlich klein geworden, und dies zwingt uns vernünftigerweise ein anderes Verhalten auf. Wir sind gewohnt, die Gesellschaft, wie sie sich in unseren Ländern herausgebildet hat, als repräsentativ für die Lebensform der „freien Gesellschaft" anzusehen. Wir dürfen darüber aber nicht vergessen, daß diese Gesellschaft nicht allein durch die Eigenschaft der Freiheit gekennzeichnet ist, sondern ebensosehr dadurch, daß sie den Charakter einer solidarischen Gesellschaft hat. Diesen zweiten Wesenszug hat sie im Laufe einer langen Entwicklung angenommen, in der die moderne Industriegesellschaft sich bildete, aufgebaut wohl einerseits auf dem Prinzip der Freiheit, andererseits aber auch auf dem Prinzip des sozialen Ausgleichs. Wir haben auf diesem Wege gelernt, daß die Freiheit nur aus einer Ordnung leben kann und daß die Solidarität, ausgedrückt im Prinzip der allgemeinen Wohlfahrt, eine weitere Voraussetzung für den Fortschritt und für den sozialen Frieden ist.

Es ist, wie ich glaube, genau dieses Problem, das sich heute in einem größeren Bereich erneut stellt. Was heißt „Entwicklung" im Zusammenhang mit dem Begriff „Entwicklungspolitik" anders, als gewisse Länder in den Stand zu versetzen, mit uns auf dem Fuße völliger Gleichheit wirtschaftlich zu kooperieren?

So wie die Herausbildung des Bewußtseins der Solidarität innerhalb eines freien Volkes die Voraussetzung für den Fortschritt, ja für das Ueberleben der Freiheit überhaupt ist, so ist dieses Bewußtwerden heute eine Voraussetzung für den Fortschritt und das Ueberleben der freien Welt im ganzen.

Es wird also entscheidend darauf ankommen, daß man das Problem der Entwicklungsländer nicht mehr als ein solches der bloßen Hilfe ansieht, sondern als ein solches der Planung und Vorsorge für unsere eigene unteilbare freie Welt, der wir alle angehören.

Das ist der eine Aspekt der Solidarität. Es gibt noch einen anderen, engeren. Er bezieht sich auf das Verhältnis zwischen den Industrieländern untereinander. Europa muß — und darüber bestehen heute wohl nirgends mehr Zweifel — einen größeren Teil der Lasten übernehmen, die gemeinsame Lasten der atlantischen Welt sind. Insbesondere die blühende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, eingebettet in den größeren Rahmen internationaler Zusammenarbeit mit den Nachbarn diesseits und jenseits des Atlantiks, muß ihren Beitrag hierzu leisten, und sie kann ihn leisten. Als einem Wirtschaftsriesen, der ein Drittel des Weltrohstoffhandels auf sich zieht, kommt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine wirtschaftliche und politische Verantwortung zu, die sie nicht guten Glaubens noch gar guten Gewissens auf andere Industriestaaten abwälzen kann. Ich möchte dies mit einigen Zahlen belegen.

Um zu verstehen, wie groß das Mißverhältnis zwischen reichen und armen Völkern heute in der Welt ist, muß man sich klarmachen, daß gegenwärtig ein gutes Siebtel der Erdbevölkerung über etwa vier Fünftel des Gesamteinkommens der Welt verfügt. Angesichts der steigenden Bevölkerungszahl und des Fortschrittes in den industriellen Fertigungsverfahren müssen wir damit rechnen, daß in fünfzehn Jahren weniger als ein Zehntel der Weltbevölkerung — falls keine wirksamen Maßnahmen getroffen werden — über mehr als vier Fünftel des gesamten Einkommens der Welt verfügen werden.

Nach vorsichtigen Schätzungen werden bei dem raschen Bevölkerungswachstum allein zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Einzeleinkommens in den Entwicklungsländern jährlich etwa 20 Milliarden Dollar benötigt. Der jährliche Kapitalaufwand für die Entwicklungsländer soll aber nicht nur die Wirkungen des Bevölkerungszuwachses auf das

Einzeleinkommen ausgleichen, sondern schließlich eine von der ausländischen Hilfe unabhängige wirtschaftliche Entwicklung — das sogenannte „take off" — einleiten. Meine Kollegen von der Nationalökonomie werden mir beipflichten, wenn ich sage, daß die moderne Wachstumsforschung heute nachgewiesen hat, daß ein solches „take off" nur möglich ist, wenn die auswärtige Kapitalhilfe während eines mehr oder weniger langen Zeitraumes jährlich zunimmt. Diese Tatsache wird gegenwärtig durch die Erfahrungen Indiens bestätigt. Die Industrieländer stehen also vor der Alternative, entweder die gesamte Entwicklungshilfe in Frage zu stellen oder aber schon in der nächsten Zukunft ein Mehrfaches der bisherigen Mittel aufzubringen. Die Erhöhung des Einzeleinkommens um nur wenige Dollar erfordert bei der Hilfe für die Entwicklungsländer ungeheure Summen zusätzlichen Kapitals. Wie groß ist dieser Kapitalaufwand, wenn man das Einkommen auf den Kopf der Bevölkerungen um 2 vH zusätzlich erhöhen will? — Diese konkrete Frage stellen wir uns heute. Die Antwort lautet: zusätzlicherweise 30 Milliarden Dollar pro Jahr, unter der — allerdings sehr optimistischen — Annahme, daß die Voraussetzungen für einen produktiven Kapitaleinsatz entweder bestehen oder in absehbarer Zeit geschaffen werden können. Davon kann vielleicht die Hälfte durch die Kapitalbildung der Entwicklungsländer selbst aufgebracht werden. Die andere Hälfte muß von den Industrieländern kommen. Dieser Summe gegenüber nimmt sich die bisherige Hilfe, die zwischen vier und fünf Milliarden Dollar liegt, noch sehr gering aus. Es bleibt ein Fehlbetrag, der so ungeheuer groß ist, daß er uns zwingt, in ganz anderen als den bisher gewohnten Größenordnungen zu denken. Gezielte Kapitaltransfers von solchen Dimensionen können übrigens kaum mit den Mitteln der traditionellen Kapitalexportpolitik bewerkstelligt werden. Darüber lassen Sie mich später noch ein Wort sagen.

Daß sich damit auch zugleich mit aller Dringlichkeit das Problem der Lastenverteilung stellt, liegt auf der Hand. Denn solche Summen können niemals von einem einzigen Land, und sei es noch so reich, aufgebracht werden. Diese Frage des Verteilungsschlüssels birgt, wie sich bereits gezeigt hat, viel politischen Zündstoff in sich. Wichtig scheint mir, daß man sich auf eine objektive, möglichst wissenschaftlich begründbare Formel für eine gerechte Verteilung einigt und die Frage von daher angeht. Vielleicht ist eine Verteilung der Lasten nach Maßgabe der Abweichung vom durchschnittlichen Einzeleinkommen ein brauchbarer Anhaltspunkt.

Ich hatte unseren Statistikern ferner die Frage gestellt, wie viele Entwicklungsländer wirklich von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abhängig sind, und in welchem Maße. Untersucht wurde der Handelsaustausch mit allen 90 Entwicklungsländern der freien Welt im Jahre 1959. Dabei hat sich folgendes herausgestellt:

22 dieser Länder liefern mehr als die Hälfte, ja bis zu 90 vH im Einzelfall, ihrer Gesamtexporte in die Gemeinschaft. Davon 14 afrikanische Staaten.
14 weitere Länder liefern uns mehr als ein Drittel ihres Exports, 21 weitere immer noch mehr als 20 vH.

Mit anderen Worten: Von den 90 Entwicklungsländern der freien Welt waren 57 Länder zwischen 20 und 90 vH mit ihrem Export — und das heißt hier: mit der Hebung ihres Sozialproduktes — von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abhängig. Das Verhältnis dieser 57 Staaten zu den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion ist grundlegend anders. Erst aus diesem Vergleich läßt sich unsere Verantwortung in ihrem vollen Gewicht ermessen. Während diese Länder zusammengenommen fast 40 vH ihrer Exporte in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft senden, nehmen ihnen die Vereinigten Staaten nicht einmal 12 vH und die Sowjetunion nur 2,2 vH ab. Alle 90 Entwicklungsländer zusammen liefern fast 22 vH ihrer Ausfuhr in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, 18,5 vH in die Vereinigten Staaten und lediglich 5 vH in die Sowjetunion.

Ich glaube, die besondere Verantwortung der Gemeinschaft, auch und gerade hinsichtlich Afrikas, den Entwicklungsländern zu helfen, wird aus diesen Zahlen deutlich genug.

Tatsächlich haben die Mitgliedstaaten unserer Gemeinschaft diese Verantwortung erkannt und handeln bereits danach. An erster Stelle stehen hier diejenigen, die — wie wir heute schamhaft sagen — eine besondere Beziehung zu Entwicklungsländern hatten, ich sagte „hatten", denn fast alle diese Gebiete — und alle, die in Afrika liegen — sind selbständig geworden. Dennoch sind aus der kolonialen Zeit Bindungen erhalten geblieben, die von der Gemeinschaft nicht einfach zugunsten einer kosmopolitischen unterschiedlos humanitären und schwerpunktlosen Politik aufgegeben werden können.

Die Vorstellung, daß unsere Gemeinschaft gleichsam die ganze Welt unterschiedslos „berieseln" könnte, ist unrealistisch. Das würde die Zersplitterung unserer Mittel zur Folge haben, die sie ihrer Wirksamkeit beraubt und schließlich auch dort zu objektiven Ungleichgewichten führen, wo bereits Schwerpunkte anderer Herkunft vorgefunden werden. Ein vernünftiger Informationsaustausch zwischen den Industrienationen, wie er in Zukunft in der OECD stattfinden soll, wird hier hoffentlich ganz automatisch zu einem gewissen Ausgleich der Interessen wie der Leistungen führen. Dies wird deutlich werden lassen, daß sich unsere Entwicklungspolitik nicht in einem luftleeren Raum vollzieht, sondern auf einer gegebenen historischen und geographischen Grundlage aufbaut.

Unter den Beziehungen zur Entwicklungswelt — immerhin, wie ich sagte, etwa 90 Länder —, die unsere Gemeinschaftsländer „mitgebracht" haben, gibt es solche, von denen man meiner Ueberzeugung nach sagen kann, daß sie einen besonderen Rang haben. Es sind dies diejenigen, bei denen einzelnen unserer Gemeinschaftsländer als Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung besondere und ihrem Wesen nach sehr umfassende Verantwortungen für bestimmte überseeische Gebiete zugewachsen sind.

Der Vertrag von Rom hat deshalb in seinem IV. Teil festgestellt, daß die Gemeinschaftsstaaten ein Interesse daran haben, denjenigen afrikanischen Ländern, die bisher bereits gewissermaßen institutionalisierte Vorteile in Europa genießen, die Chancen dieser Vorteile zu belassen. Unsere besondere Verpflichtung gerade dem Raume Afrika gegenüber ergibt sich also daraus, daß es weder politisch noch ökonomisch der Forderung nach Solidarität entsprechen würde, wenn wir den afrikanischen Entwicklungsländern den Besitzstand ihrer Beziehungen zu Teilen Europas schmälerten.

Ich möchte diesen Hinweis genügen lassen und davon absehen, jene Fülle historischer und in der heutigen Weltlage gegebener, ausgesprochen oder unausgesprochen politischer Motive zu zitieren, die uns eine positive Stellungnahme dringend nahelegen.

2. Damit komme ich zu der zweiten Frage, nämlich welches Leitbild unsere afrikanische Entwicklungspolitik — ich bitte übrigens um Entschuldigung für dieses unschöne, aber inzwischen allgemein eingeführte Codewort — räumlich und sachlich bestimmen soll.

Dazu lassen Sie mich eine kurze Vorbemerkung über die bisherige Afrika-Politik der Gemeinschaft machen.

Die Bestimmungen des Vertrages von Rom, die eine Assoziation 16 afrikanischer Länder an die Gemeinschaft vorsehen, waren eigentlich bereits bei Inkrafttreten politisch überholt. Denn sie gingen von der Existenz abhängiger, zum Teil kolonial verwalteter Gebiete aus. Das war ja einer der Gründe, warum beispielsweise die Bundesregierung bei den Vertragsverhandlungen gezögert hatte, derartige Bindungen einzugehen. Inzwischen sind alle diese Staaten unabhängig geworden. Sie können über ihre Zukunft souverän entscheiden. Fünfzehn von ihnen haben uns mitgeteilt, daß sie eine Fortsetzung des Assoziierungsverhältnisses wünschen, jedenfalls bis zum Ende des nächsten Jahres, d. h. bis zum Ablauf des dem Vertrag angefügten Durchführungsabkommens,

das unter anderem die Abwicklung des Entwicklungsfonds mit seinen 580 Millionen Dollar regelt. Nach der Ueberwindung gewisser juristischer Bedenken sind wir darauf eingegangen und haben pragmatische Uebergangslösungen gefunden, die den Afrikanern die bisherigen Vorteile weiterhin zugute kommen lassen, ohne beide Seiten für ein zukünftiges Arrangement zu präjudizieren. Die Vorteile, die den afrikanischen Staaten aus der Schaffung der in der Assoziation vorgesehenen Handelsregelung zwischen ihnen und der Gemeinschaft zugute kommen, sind verhältnismäßig gering. Theoretisch besteht ihr Vorteil darin, daß sie bei Fortsetzung der Assoziation nach dem Ende der Uebergangszeit zollfrei in die Gemeinschaft liefern können, während andere Entwicklungsländer den im Gemeinsamen Außentarif vorgesehenen Zoll für ihre Waren entrichten müssen. Aus zahlreichen Gründen, die hier aufzuführen unmöglich ist, war diese Vorzugsbehandlung bisher in ihrer Wirkung gleich Null. Auch der Entwicklungsfonds, der von der Kommission verwaltet wird, ist aus technischen Gründen leider nur sehr langsam angelaufen. Der Außentarif selbst ist schließlich für die afrikanischen Produkte nicht sehr hoch ausgefallen, so daß auch hier für sie ein sehr erheblicher Präferenzvorteil gar nicht entsteht.

Um so mehr ist der Ausdruck des Vertrauens, den uns die afrikanischen Länder durch ihren Wunsch nach einer weiteren Assoziierung gezeigt haben, für uns Anlaß, sie nicht zu enttäuschen. Ich konstatiere heute viele kritische Einzelbeobachtungen dieser bisherigen Assoziierungspolitik. Aber ich sehe glücklicherweise niemanden, der diese Politik einer dauernden, institutionalisierten Verbindung zwischen Afrika und Europa in toto in Frage stellen wollte. Die Frage ist also offenbar nicht, ob wir in Zukunft die Assoziation fortführen wollen, sondern wie wir sie fortführen. Oder anders: Ein politisches Problem, ja oder nein zu sagen, stellt sich für unsere Gemeinschaft nicht.

Damit schließe ich meine Vorbemerkung und komme auf die Frage zurück, welche geographischen Räume für eine derartige Assoziation in Frage kommen könnten.

Es liegt nahe, die bisher bereits mit uns verbundenen Staaten sozusagen als natürliche Mitbewohner des gemeinsamen Hauses zu betrachten. Aber ich glaube, wir dürfen auch die übrigen Gruppierungen, die in Afrika bereits bestehen oder sich anbahnen, nicht aus dem Auge verlieren. Wenn wir von den nordafrikanischen Staaten absehen, die Sonderprobleme stellen, so haben wir neben den Assoziierten der Europäischen Gemeinschaft noch die Mitglieder des Commonwealth und eine Gruppe von sogenannten ungebundenen Staaten, die ihre eigenen Wege gehen. Ich denke dabei — ganz abgesehen von Aegypten — an Staaten wie Guinea, bei dem es leider gleich nach Erlangung der Unabhängigkeit zu einem Bruch mit der französisch-afrikanischen Völkerfamilie kam. In diesen verschiedenen Gruppierungen liegen Risiken, aber auch Chancen für die künftige Entwicklung des afrikanischen Kontinents. Daß ein wesentlicher Teil Afrikas in engen Beziehungen mit Europa gestanden hat und durch diese Beziehungen tief geprägt ist, daß es gelungen ist, das frühere Kolonialverhältnis in freundschaftliche Beziehungen zwischen selbständigen Staaten umzuwandeln, das ist jedenfalls eine unerhörte Chance, die sowohl im afrikanischen wie auch im europäischen Interesse genutzt werden sollte. Ich frage mich manchmal, was Herr Chruschtschow dafür geben würde, wenn sich ihm eine solche Chance in Afrika böte. Europa kann und darf deshalb — insbesondere nicht aus irgendwelchen kommerziellen Erwägungen — darauf verzichten, zumindest mit dem ihm assoziierten Teil Afrikas das glücklich begonnene Assoziationsverhältnis weiter auszubauen. Dies bedeutet weder, daß den daran teilnehmenden afrikanischen Staaten politische Fesseln auferlegt werden — sie sind souveräne Staaten und bestimmen ihre politische Orientierung selbst —, noch bedeutet es, daß wir uns gegenüber den anderen Gruppierungen, die in Afrika vorhanden sind, verschließen.

Die bereits als Gefahr an die Wand gemalte „Spaltung Afrikas" dürfte kaum sehr real sein. Das afrikanische Solidaritätsbewußtsein entwickelt sich heute stärker als die

Einflüsse, die von den verschiedenen Teilen Europas auf Afrika ausgehen. Es sind die Afrikaner selbst, die darüber wachen werden, daß es nicht zu dieser angeblichen „Spaltung Afrikas" kommt. Wenn davon gesprochen wird, daß die sogenannte „europäische Spaltung" durch die Assoziation auch auf Afrika übertragen würde, so ist dies im Grunde ein Weiterwirken kolonialen Denkens, das in der Wirklichkeit bereits längst überholt ist. Wir werden jedenfalls offen und bereit sein, die Sorgen jener afrikanischen Staatsmänner anzuhören, die vielleicht heute noch nicht mit uns verbunden sind, dies aber morgen wünschen könnten (ich denke hierbei beispielsweise an jüngste Aeußerungen des Generalgouverneurs von Nigeria, der die Möglichkeit eines engeren Kontaktes mit dem Gemeinsamen Markt durchaus in der Bereich des Möglichen rückte; auch in Guinea können sich neue Entwicklungen ergeben).

Die Grenzen unserer heutigen Assoziation könnten insbesondere auch durch das gemeinsame Interesse aller Beteiligten an einer koordinierten Handelspolitik auf den wichtigsten Rohstoffmärkten übersprungen werden — nehmen Sie als Beispiele Erdnüsse, Kaffee, Holz, Kakao und Bananen. Global gesehen dreht sich das Schicksal Afrikas — der assoziierten wie der nichtassoziierten Staaten — um den Erfolg oder den Mißerfolg der Ernte und des Absatzes von nicht mehr als vier bis fünf Produkten. Die Staaten französischer Zunge haben bereits die OAMCE, eine Art afrikanischer OEEC, gegründet, die ihren Verwaltungsbezirk in der Hauptstadt Kameruns haben und eine fortschrittliche Regionalplanung in Angriff nehmen soll. Wir werden abwarten müssen, ob diese regionale Kooperation, die ausgewogene Wirtschafts- und Produktionsstrukturen über die Ländergrenzen hinweg erzielen soll, auf die Länder unserer überseeischen Assoziation beschränkt bleiben wird. Schon hören wir die Hypothese, daß der Gemeinsame Europäische Markt in einigen Jahren einem Gemeinsamen Afrikanischen Markt gegenübersteht, also einer Produktions- und Handelseinheit, die ganz notwendig ein neues — und größeres — wirtschaftliches wie politisches Selbstbewußtsein an den Tag legen würde.

Bekanntlich entsteht das Entwicklungsproblem daraus, daß diese Länder fast alles, dessen sie für ihre Entwicklung bedürfen, einführen müssen, daß sie sich aber andererseits nicht oder nur ungenügend in den Welthandel einzuschalten vermögen. Es ist also richtig, daß nur ein vergrößerter Handel wirklich Abhilfe schaffen kann. Die üblichen Mittel, wie Beseitigung der Handelshemmnisse und die Nichtdiskriminierung, würden jedoch diesen Ländern gegenüber zu keinen großen Ergebnissen führen, da sie nur wenig haben, was sie im Austausch für die von ihnen benötigten Güter anbieten können.

Daraus folgt ein Doppeltes: Wir müssen auf der einen Seite besondere Maßnahmen ergreifen, um den Anteil dieser Länder an unseren Märkten zu vergrößern. Daß hierbei eine sorgfältige Abstimmung mit der Behandlung entsprechender Zweige unserer Industrie notwendig ist, ist selbstverständlich. Aber ich glaube, daß wir gewisse abgewogene und genau berechnete Risiken auf uns nehmen müssen. Zum anderen müssen wir den Entwicklungsländern auf anderen Wegen das zur Verfügung stellen, was sie sich auf die normale kommerzielle Weise nicht beschaffen können, z. B. indem wir ihnen verlorene Zuschüsse oder Darlehen zu besonderen Bedingungen gewähren, oder indem wir uns um eine Preisstabilisierung der von ihnen erzeugten Rohstoffe bemühen — eine Aufgabe übrigens, die sich für alle landwirtschaftlichen Produktionen stellt und die wir für unsere eigene Landwirtschaft bereits längst gelöst haben.

Wir können uns jedenfalls nicht vor der Einsicht verschließen, daß unsere eigene Wirtschaftsordnung, unser Wirtschaftsstil, zwar den Verhältnissen moderner Industriestaaten aufs beste entspricht, daß diese Wirtschaftsordnung aber nicht entworfen worden ist, um auf die besonderen Fragen zu antworten, die eine Entwicklungspolitik stellt. Im Verhältnis zu den Entwicklungsländern betreten wir sozusagen einen neuen Raum, der andere Dimensionen hat und in dem unsere euklidische Geometrie nicht mehr voll anwendbar ist. Unsere Vorstellungen von Nichtdiskriminierung, von Markt-

preisen, von der steuernden Funktion der Verzinsung eines Kapitals, vom Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage sind nicht mehr ohne Einschränkung und nicht mehr in derselben Form brauchbar, wenn es um unsere Beziehungen zu den Entwicklungsländern geht.

Man sollte hierbei auch nicht aus der Perspektive des uns geläufigen und fast die Rolle eines Axioms spielenden Antagonismus „Staatswirtschaft — Privatwirtschaft" urteilen. Es geht um Probleme, die jenseits dieser Antithese liegen und die im Prinzip vor mehr als hundert Jahren an Hand der wirtschaftlichen Lage Deutschlands von Friedrich List klar erkannt wurden: Wenn es darum geht, neue Volkswirtschaften zu schaffen und aus alten Abhängigkeitsverhältnissen auszubrechen, dann kann diese Tat nicht verwirklicht werden, indem man sich der traditionellen Marktstruktur unterwirft, sondern indem man sie durch eine von kommerziellen Motiven unabhängige, oft sogar mit vorübergehenden Opfern verbundene Entscheidung verändert. Wir erleben die Listsche Situation heute im Weltmaßstab bei den Entwicklungsländern, die alle bestrebt sind, die auf der Grundlage der Vorherrschaft des Mutterlandes nach „komparativen Kostenvorteilen" eingespielten traditionellen Wirtschaftsstrukturen zu ändern und aus alten „patterns" auszubrechen. Das sind zunächst politisch und nicht wirtschaftlich motivierte Entscheidungen, so sehr ihre Folgen wirtschaftlicher Natur sind.

Zwar muß das Ziel sein, daß auch die Entwicklungsländer, wie jedes Volk der Erde, das den Weg der Industrialisierung bisher gegangen ist, mit ihren Problemen selber fertig werden. Aber eben dazu gilt es, sie instand zu setzen. Hilfe zur Selbsthilfe — so hat Präsident Kennedy es kürzlich formuliert — ist es also, was wir dazu beitragen können.

3. Damit bin ich schon mitten in der Beantwortung der dritten Frage: Welche praktischen Mittel werden wir zur Ausführung dieser Politik entwickeln müssen?

Zuvor eine faktische Bemerkung zur Prozedur. Sie wissen, daß Anfang Juni in Straßburg eine Parlamentarierkonferenz — zusammengesetzt aus Mitgliedern unseres Europäischen Parlamentes und der neuen afrikanischen Parlamente — die Grundlinien der künftigen, von 1963 an beabsichtigten Assoziation erörtern. Zuvor wird eine Botschafterkonferenz der Mitgliedstaaten und der assoziierten Staaten tagen. Nach den Straßburger Beratungen werden dann die Erörterungen über die neue Politik auf einer Ministerkonferenz fortgesetzt werden. Die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird in einigen Wochen umfassende Vorschläge für die künftige Gestaltung des Assoziationsverhältnisses vorlegen. Sie sehen, daß wir uns bereits in unmittelbarer Nähe der auf Jahre wirkenden Entscheidungen zum europäisch-afrikanischen Verhältnis befinden.

Leider hat sich innerhalb der Gemeinschaft noch keine einheitliche Linie in allen Fragen entwickeln können. Während das Prinzip einer engeren und besonderen Verbindung zwischen den Sechs und Afrika wohl nirgendwo einer klaren Ablehnung begegnet, gibt es doch viele Meinungsunterschiede in konkreten Einzelfragen. Insbesondere die Niederlande und die Bundesrepublik äußern hier zahlreiche Bedenken.

Oft hat man den Eindruck, daß diese Sorgen sich besonders auf eine mögliche Verringerung der bilateralen Aktionen richten. Nun, solche bilateralen Hilfen sollen auch in Zukunft nicht ausgeschlossen sein; sie können auf vernünftigen politischen oder wirtschaftlichen Erwägungen beruhen. Auch die Privatinitiative findet hier ohne Zweifel noch ein großes Betätigungsfeld. Aber so, wie gegen den Bilateralismus bei einigen Staaten das Stichwort des Kolonialismus ins Feld geführt wird, richtet sich gegen andere bereits das böse Wort vom Wirtschaftsimperialismus. Man wird deshalb darauf achten müssen, daß nicht durch bilaterale Aktionen neue, diesmal allein wirtschaftliche Abhängigkeiten der afrikanischen Staaten entstehen, auf die diese sicher ebenso leidenschaftlich reagieren würden wie auf die ehemals politischen.

Deshalb scheint mir eine multilaterale Hilfe, so wie sie die Gemeinschaft ermöglichen könnte, ein notwendiges, ein Herzstück afrikanischer Entwicklungspolitik zu sein.

Was können wir nun im einzelnen tun?

Lassen Sie mich zunächst ein Problem herausgreifen, das im Mittelpunkt der Erörterungen steht, die Frage der sogenannten Präferenzen.

Nach dem Vertrag von Rom und dem heutigen, Ende nächsten Jahres auslaufenden Assoziierungsabkommen wird bekanntlich zwischen der Gemeinschaft und den Assoziierten eine besondere Handelszone hergestellt. Der Zollabbau der Gemeinschaft gegenüber den assoziierten Ländern, der hierbei vorgenommen wird, hat fast ausschließlich den Sinn, diesen Ländern einen vorteilhaften Absatz hauptsächlich der sie interessierenden vier oder fünf Tropenprodukte zu ermöglichen. Die Produkte anderer Entwicklungsländer müssen demgegenüber erst einen Zoll überwinden und können daher nur zu einem höheren Preis in der Gemeinschaft abgesetzt werden. Die Herstellung dieser Handelszone bedeutet weiter, daß die Zölle der Assoziierten gegenüber Einfuhren der Gemeinschaft beseitigt werden, wodurch natürlich der Absatz von Industrieerzeugnissen der Gemeinschaft in diesen Ländern erweitert werden soll. Die Interessen der Assoziierten kommen dabei nicht zu kurz. Denn einmal ist ihnen ausdrücklich das Recht eingeräumt worden, Zölle einzuführen, falls sie solche zur Entwicklung eigener Industrien notwendig haben. Zum anderen können Industrieimporte in solchen Ländern, wie die Erfahrung gezeigt hat, eine wichtige Rolle bei der Auslösung eines Entwicklungsprozesses spielen, da sie den einheimischen Unternehmen das Vorhandensein eines Marktes anzeigen und unter dem Druck von Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die sie unter Umständen auslösen, die eigene Produktion anregen können. Es wird deshalb auch die ökonomische Auffassung vertreten, daß in einer ersten Phase die Importe der Entwicklungsländer keinen Beschränkungen unterliegen sollten.

Wie ich schon sagte, ist die Verwirklichung dieser im Vertrag und im Durchführungsabkommen festgelegten besonderen Handelszone noch nicht sehr weit gediehen. Die Frage ist, ob eine solche Konstruktion in die künftigen Assoziierungsverhandlungen übernommen werden soll. Mitgliedstaaten wie Frankreich, deren Verkehr mit den Entwicklungsländern hauptsächlich auf diese assoziierten Staaten beschränkt ist, stehen hierzu naturgemäß anders als Staaten wie die Bundesrepublik und die Niederlande, deren Handel mit diesen assoziierten Staaten verschwindend gering ist und die ihre tropischen Importe hauptsächlich aus anderen Regionen beziehen, aus Südamerika oder anderen afrikanischen Staaten.

Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Höhe des Außenzolls der Gemeinschaft für diese tropischen Produkte. Denn es ist klar, daß z. B. ein Außenzoll von 16 vH für Kaffee, ein für das Schicksal ganzer Länder entscheidendes Produkt, eine erhebliche Schlechterstellung der süd- oder mittelamerikanischen Lieferanten bedeutet, wenn den afrikanischen Assoziierten eine zollfreie Einfuhr gewährt wird. Diese sonstigen Lieferanten sowie die mit ihnen verbundenen Mitgliedstaaten wehren sich deshalb gegen solche sogenannten „Präferenzen". Ein gewisser Ausgleich der Interessen wurde schon bei Abschluß des Vertrages durch Gewährung von Zollkontingenten gefunden, die Einfuhren bestimmten Umfangs zu niedrigeren Zollsätzen oder sogar zollfrei in einzelne Mitgliedstaaten ermöglichen. Andererseits aber handelt es sich um Vorteile für die Assoziierten, auf die diese unter dem jetzigen Assoziationsregime einen Anspruch haben, und es ist schwerlich denkbar, daß man ihnen diese Vorteile, die ihnen gewisse zusätzliche Einnahmen sichern, ersatzlos nehmen kann.

Hinzu kommt noch etwas anderes. Frankreich hat seinen früheren afrikanischen Kolonien noch besondere Vorrechte eingeräumt, die weit über solche Präferenzen hinausgehen. Für gewisse tropische Produkte sind seine früheren afrikanischen Gebiete die einzigen Lieferanten; andere Erzeuger kommen nur in dem Maße zum Zuge, als dar-

über hinaus noch ein Bedarf besteht. Frankreich hat beispielsweise Preisstützungsmaßnahmen ergriffen, die den afrikanischen Gebieten einen Absatz ihrer Erzeugnisse zu Preisen ermöglichen, die zum Teil sehr beträchtlich über den Preisen des Weltmarktes liegen, und ihnen damit große zusätzliche Einnahmen erschlossen. Im Zuge der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes wird diese früher bestehende Vorzugsstellung der assoziierten afrikanischen Staaten auf dem französischen Markt aber nach und nach verschwinden. So z. B. ist der geschlossene französische Markt nicht mehr aufrechtzuerhalten, wenn Frankreich seine Grenzen gegenüber den fünf anderen Mitgliedstaaten öffnet und von dort her Produkte auch von anderen tropischen Ländern eingeführt werden können. Auch diese besondere Form der jetzigen Entwicklungshilfe, die zahlenmäßig sehr umfangreich ist, muß man in Rechnung stellen.

All das legt es nahe, nicht einfach den Verzicht auf den Gedanken des freien Warenaustausches zwischen der Gemeinschaft und den assoziierten afrikanischen Staaten ins Auge zu fassen. Vielleicht gibt es mittlere Lösungen. Um den Interessen anderer tropischen Erzeugerländer und der mit ihnen durch Handelsbeziehungen verbundenen Mitgliedstaaten entgegenzukommen, könnte man z. B. daran denken, den Außenzoll der Gemeinschaft für die wichtigsten tropischen Produkte zu senken, also etwa den bereits erwähnten Satz für Kaffee von 16 vH auf 8 vH. Dies würde eine Einbuße für die afrikanischen Staaten bedeuten, die nun für ihre Preise nur einen um 8 vH verringerten Spielraum haben würden. Man könnte jedoch versuchen, diesen Verlust zu berechnen und ihn auf andere Weise, etwa durch direkte Hilfszahlungen, gutzumachen. Ob ein solches Schema für alle Erzeugnisse passen würde, ist freilich fraglich. Man wird die wichtigsten Erzeugnisse im einzelnen durchgehen müssen und dann diejenigen Maßnahmen herauszufinden suchen, die den besonderen Markt- und Produktionsverhältnissen entsprechen.

Diese Maßnahmen könnten ergänzt werden durch die Einrichtung von Ausgleichs- und Garantiefonds für die wichtigsten Produkte. In Zeiten sinkender Rohstoffpreise wären von der Gemeinschaft an diese Fonds Zahlungen zu leisten, in Zeiten starker Ausschläge der Rohstoffpreise nach oben würden die Erzeugerländer einen Teil ihrer Einnahmen an diese Kassen abliefern. Hier käme der Gemeinschaft die Aufgabe zu, die finanzielle Grundausstattung dieser Fonds oder Kassen zu übernehmen. Dies sollte verhältnismäßig leicht möglich sein, da hierfür nur Darlehen erforderlich sind. Freilich haben sie den Nachteil, daß sie nur die exzessiven Preisausschläge, nicht aber einen langfristigen Baisse-Trend verhindern können. Dennoch sind insgesamt solche Stützungsmaßnahmen außerordentlich wichtig, weil infolge der internationalen Spekulation die Grundstoffpreise zum Schaden der Erzeuger erheblich schwanken. So sind in 50 Jahren die Ernteerlöse bei den 18 wichtigsten Rohstoffen aus Tropenländern Schwankungen von jährlich 19 vH ausgesetzt gewesen. Kaffee und Kakao haben allein 1959/60 Preisschwankungen von über 50 vH erlebt. Die dabei entstandenen Profite sind zumeist den Abnehmerländern — also uns — zugute gekommen.

Es ist deshalb die Frage zu stellen, in welchem Maße die Rohstoffproduktion in den Entwicklungsländern quantitativ noch weiter gefördert werden soll, da gerade hier die Preise eine ständige Tendenz zeigen, zurückzugehen. Was mindestens so wichtig wie eine qualitative Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion ist, ist der Aufbau einer Industrie.

Wie ein solcher Aufbau vonstatten gehen soll, darüber gibt es die verschiedensten Meinungen. Meist wird davon gesprochen, daß schrittweise von Stufe zu Stufe vorgegangen werden soll — dem Ausbau der Landwirtschaft sollen einige einfache Industrien folgen; hochentwickelte Betriebe sollen nach dieser Konzeption erst am Ende einer langen Entwicklungsreihe stehen. Ich will die Richtigkeit einer solchen auf Harmonie und Gleichgewicht aufgebauten Entwicklungskonzeption gar nicht grundsätzlich

bezweifeln. Ich frage mich aber manchmal, ob nicht auch die Errichtung einzelner Großanlagen — der Assuan-Damm, das Rourkela-Stahlwerk sind Beispiele dafür — entgegen der landläufigen Meinung Beiträge zur Entwicklung leisten, wie man sie sonst nur schwer erzielen kann. Das nationale Prestige der Staaten, die solche Anlagen errichten, zwingt sie dazu, sie auch in Gang zu halten. Es wird in einer für technisches Denken noch wenig aufgeschlossenen Bevölkerung eine Initiative geweckt, die Anlagen von weniger spektakulärer Bedeutung nicht zu wecken vermöchten.

Solche Großanlagen erfordern ferner Zuliefer- und Abnehmerbetriebe und wirken so als Initialzündung für eine weitere Ausbreitung der Industrialisierung. Sie erziehen gleichzeitig einen einheimischen Stamm von Fachleuten und Ingenieuren und bedeuten so auch einen Beitrag zur technischen Hilfe.

Zugegeben, die Errichtung solcher Anlagen bedeutet die Schaffung eines gewaltigen Ungleichgewichts. Aber ich erlaube mir die unorthodoxe Frage: Sind nicht vielleicht Ungleichgewichte, die zur Reaktion zwingen und damit zum Ausgangspunkt von Entwicklungsbewegungen werden, besser als gut geplante Entwicklungsprozesse, deren Gleichgewicht sorgfältig ausbalanciert wird, die aber in der Wirklichkeit nie recht beginnen können?

Nach unseren Erfahrungen bin ich jedenfalls überzeugt davon, daß die Interventionsmöglichkeiten des Europäischen Entwicklungsfonds ganz allgemein ausgebaut werden müßten. Ich habe es in der Vergangenheit zuweilen als unangenehme Einschränkung empfunden, daß wir entsprechend den Vertragstexten ausschließlich Geschenke machen konnten und diese in der Form der Finanzierung von sozialen und wirtschaftlichen Vorhaben, meist solchen, die zur Verbesserung der sogenannten Infrastruktur — inzwischen gibt es ja ein internationales Welsch — dienen. Ich frage mich, warum dieser Entwicklungsfonds nicht auch in bestimmten Fällen Darlehen gewähren könnte, wenn auch vielleicht nur in der Form von sogenannten „soft loans". Wir sollten außerdem die Möglichkeit prüfen, Zuschüsse zum Zweck der Zinsverbilligung anderweitig aufgebrachter Darlehen und Kreditgarantien zu geben. Schließlich könnte man mit Krediten auch direkt eingreifen.

Wichtig ist, daß die Verwendung dieser Kredite auch in möglichst großem Umfang den Empfängerländern zugute kommt. Es darf z. B. nicht so sein, daß die Vorhaben in diesen Ländern ausschließlich von europäischen Firmen durchgeführt werden, die europäische Fachkräfte verwenden und hochentwickelte Maschinen einsetzen. Der größere Teil des bei diesen Arbeiten erzielten Gewinns und der hierfür gezahlten Löhne fließt aller Erfahrung nach nach Europa zurück, und der Nutzeffekt für die beteiligten Staaten bleibt gering. Wir müssen daher Mittel finden, um bei diesen Vorhaben wenig Maschinen und möglichst viel einheimische Arbeitskraft, die ohnehin brachliegt und im Ueberfluß vorhanden ist, zu verwenden. Die Bedeutung dieses Problems wird klar, wenn ich daran erinnere, daß die gesamte chinesische Wirtschaftsentwicklung auf diese Weise durch rücksichtslosen Einsatz des im Ueberfluß vorhandenen Faktors „Arbeit" vorgenommen wurde und daß diese chinesischen Erfolge zweifellos ihren Eindruck in den Entwicklungsländern nicht verfehlen.

Schließlich möchte ich noch ein Gebiet streifen, das mir ebenfalls außerordentlich wichtig erscheint. Es handelt sich um die technisch-wissenschaftliche Hilfe. Wir haben — als Folge bilateraler Hilfe — schon bisher zahlreiche Studenten der afrikanischen Entwicklungsländer bei uns in den Gemeinschaftsstaaten. Auch die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat unmitelbar durch die Gewährung von Stipendienstellen zur Ausbildung afrikanischer Führungskräfte beigetragen. In den kommenden Jahren muß die Zahl all dieser Stipendiaten ganz wesentlich erhöht werden. Wir sollten außerdem daran denken, Kolloquien zu veranstalten, in denen gemeinsam interessie-

rende Fragen von afrikanischen und europäischen Teilnehmern erörtert werden. Aber ich bin nicht der Meinung, daß hierbei rein einseitig verfahren werden sollte. Auch europäische Praktikanten und Studenten sollen nach Afrika gehen, um dort an Ort und Stelle zu sehen, was für ihre Arbeit in Europa von Nutzen sein kann.

Unsere Bemühungen sollten schließlich in der Errichtung des von der Kommission vorgeschlagenen Institutes für Entwicklungsfragen gipfeln, das zur Zeit Gegenstand einer Untersuchung ist. Es handelt sich hierbei um eine Synthese zwischen der Zusammenarbeit auf technischem Gebiet und auf dem Gebiet des Bildungswesens. Mit relativ bescheidenen Mitteln könnte man hier ein Studienzentrum von hoher Qualität schaffen.

Sie werden fragen, was das nun alles kosten soll. Nun — was die uns assoziierten afrikanischen Gebiete anlangt, sicher weniger, als Sie annehmen werden. Um die Lebenshaltung der Menschen dort um jährlich 3 vH zu steigern, werden im Jahr 480 Millionen Dollar gebraucht. Das würde beispielsweise für jeden Deutschen in der Bundesrepublik eine monatliche „Belastung" von etwa genau einer Mark ausmachen. Allerdings muß ich die Einschränkung machen, daß die Summe von 480 Millionen Dollar nur dann zutrifft, wenn das Bruttovolkseinkommen in den Entwicklungsländern durch sinkende Rohstoffpreise nicht weiter nachteilig beeinflußt wird.

Ich fasse zusammen: Diese Bemerkungen sollen zeigen, welche konkreten Fragen das afrikanische Problem vom Standpunkt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stellt.

Das Ergebnis ist zunächst, daß eine europäische Afrika-Politik eine unabweisliche Notwendigkeit ist. Ich brauche nicht davon zu sprechen, was es bedeuten würde, wenn in dem Zustand der Bedrohung der Freiheit, in dem wir uns befinden, die gesamte Südflanke Europas den politischen Kräften des Ostens geöffnet würde. Auch wenn es kein Ost-West-Problem gäbe, würden wir uns der Gestaltung unserer Beziehungen zu den afrikanischen Staaten mit größter Aufmerksamkeit annehmen müssen, als einem Nachbarschaftsproblem und als dem für uns dringendsten Fall der Entwicklungspolitik.

Die zweite Feststellung ist, daß es eine europäische Afrika-Politik gibt. Sie umfaßt nicht das ganze Europa und nicht das ganze Afrika. Aber ich brauche wohl nicht zu begründen, daß es unverantwortlich sein würde, auf die Niederlegung des Eisernen Vorhanges oder auch nur auf die organisierte Beteiligung aller freien europäischen Staaten zu warten, ehe man Hand anlegt. Was uns angeht, so dürfen wir vielmehr es positiv würdigen, daß mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zugleich in der Assoziation afrikanischer Länder ein Ansatz europäischer Afrika-Politik mitgeschaffen worden ist. Sein organischer Ausbau erlaubt es, die drängenden Aufgaben in einer Weise in Angriff zu nehmen, die schon in der konkreten Arbeit dieser letzten Jahre vorbereitet ist, die die Zustimmung der Verantwortlichen in den jungen afrikanischen Staaten hat und die eine künftige Zusammenarbeit mit ihnen gestattet, wie sie den heutigen Bedingungen unseres Verhältnisses zu dem erwachenden afrikanischen Kontinent gemäß ist.

Schließlich aber lehrt uns der Blick auf die Summe der Elemente, die das Afrika-Problem unserer Tage ausmachen, wie erdrückend groß die Zahl der Fragen ist, die es uns stellt, und wie schwierig diese Fragen sind. Schwierig nicht nur, weil sie große Entschlüsse und gewisse Opfer von uns fordern, sondern auch deshalb, weil wir zum Teil in Europa — und besonders in Deutschland — ungenügend darauf vorbereitet sind, was unser Wissen um die Tatsachen und unser Verständnis für die Folgerungen anlangt. Wir brauchen darum dringend die Hilfe der Wissenschaft und ihres Nachwuchses.

Auch deshalb lassen Sie mich noch einmal herzlich dafür danken, daß Sie mir die Gelegenheit geboten haben, vor Ihnen zu sprechen.

Quelle: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Kommission.

Vortrag des Präsidenten der EWG-Kommission, Walter Hallstein, vor dem Hamburger Ueberseeklub am 8. Mai 1961 (Auszüge betr. die Beziehungen der EWG zur außereuropäischen Welt)

Betrifft: Beziehungen der EWG zur außereuropäischen Welt — Verhältnis zum Ostblock — Verteilung der Lasten in der westlichen Welt — Verhältnis zwischen Gruppen von Industriestaaten — Verhältnis zwischen Industrie- und Agrarstaaten — Entwicklungsländer.

Die Sechs und die Welt

. . . . . .

Die Beziehungen der EWG zur außereuropäischen Welt gestalten sich nicht mehr in einem normenfreien Raum, in einem Raum, in dem die Willkür regiert. Vielmehr gibt es bereits die Ansätze einer Weltwirtschaftsordnung.

Das Grundgesetz dieser werdenden Weltwirtschaftsordnung ist das GATT, errichtet unter Führung der Vereinigten Staaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Diese Ordnung ruht auf drei Pfeilern: der Freiheit des Wirtschaftens, der Ordnung des Wettbewerbs, der Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten. Das GATT ist seinerseits mit Recht als eine Erlösung empfunden worden. Es befreite die westliche Welt von der Fessel des Bilateralismus und gab der Außenwirtschaft dieselbe Freiheit zur Entfaltung aller ihrer Kräfte, wie sie auf dem Binnenmarkt seit Beseitigung der Zwangswirtschaft bestand. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bekennt sich zu seinen Grundsätzen, weil sie dem Wesen ihrer Wirtschaftsordnung allein gemäß sind. Die Erwartung freilich, daß dieses System sich automatisch im Gleichgewicht halten würde, hat sich nicht erfüllt. Die selbstheilende Kraft eines allein handelspolitischen Systems reicht eben nicht aus, um wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden, die struktureller Natur sind und nur durch eine konstruktive Wirtschaftspolitik gemeistert werden können — und zwar in Europa besser durch eine gemeinschaftliche als durch viele separate nationalstaatliche Politiken.

Es sind im wesentlichen vier Probleme, die sich stellen. Sie sind zugleich die vier Aspekte unserer Außenbeziehungen:

— Zunächst unser Verhältnis zu den Staatshandelsländern, zumal denen des Ostblocks;
— sodann das Verhältnis von Industriestaaten zu Industriestaaten innerhalb der freien Welt; es stellt hauptsächlich Fragen gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan;
— ferner die Beziehungen von Industriestaaten zu Agrarstaaten;
— schließlich — die große Aufgabe des Jahrhunderts — das Verhältnis zu den Entwicklungsländern.

Ich beginne mit unserem Verhältnis zum Ostblock. Ich glaube, daß es hier nützlich und unerläßlich ist, einige grundlegende Mißverständnisse zu beseitigen, indem man mit Folgerichtigkeit zwischen Handel und Handelsregeln unterscheidet. Handel können und wollen wir auch mit den kommunistischen Staaten treiben. Der Handel der Mitgliedstaaten der EWG mit dem Ostblock ist sogar in den letzten Jahren stetig gestiegen. Etwas völlig anderes ist die Anwendung unserer Handelsregeln auf ein anderes Wirtschaftssystem.

Lassen Sie mich dies an drei Beispielen erläutern:

Erstes Beispiel: Die Beteiligung an Zollverhandlungen des GATT. Die Staatshandelsländer haben, in der Regel wenigstens, keine Zölle. Sind sie also besonders liberal? Geben sie den Erzeugnissen anderer Länder eine besonders gute Chance? Weit gefehlt. In einem System, in dem der Staat selber einkauft, wieviel und wo es ihm gefällt, und anschließend den Preis nach seinem Belieben für das Inland festsetzt, hätten Zölle

keine vernünftige Funktion. Insbesondere würden sie nicht als Regulator des Wettbewerbs zwischen einheimischer und fremder Industrie funktionieren. Wollte ein Staatshandelsland Zölle erheben, so wäre das nur ein Scheinposten in der Staatshaushaltsrechnung, der zu einigen zusätzlichen Einnahme- und Ausgabebuchungen führen, wirtschaftlich aber nicht das geringste bedeuten könnte. Zollsenkungen eines Staatshandelslandes sind also keine Gegenleistung wert. Zollverhandlungen erübrigen sich, da der Ausdruck in beiden Sprachen etwas anderes bedeutet.

Zweites Beispiel: Der Osten verlangt von uns neuerdings oft die Meistbegünstigung. Dieses Wort (wie der entsprechende Begriff der Nichtdiskriminierung) hat einen Sinn nur im System der freien Wirtschaft, in dem es Wettbewerb zwischen verantwortlichen Individuen und freie Wahl des Verbrauchers unter Berücksichtigung von Qualität und Preis gibt. In den Staatshandelsländern des Ostblocks gibt es zwischen Staatsbetrieben keinen Wettbewerb, sondern höchstens Plansoll, Erfüllung, Nichterfüllung oder Uebererfüllung der Normen. Produktion und Verbrauch werden vom Plan bestimmt und keiner freien Auswahl überlassen. Man wird mir entgegenhalten, daß in der Praxis viele unserer Mitgliedstaaten bestimmten Ostblockländern Meistbegünstigung gewähren. Einige liberalisieren sogar die Einfuhr. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahmen ist jedoch eine andere als die entsprechender Maßnahmen gegenüber westlichen Ländern. Eine Liberalisierung wird nur autonom gegeben und führt zu keinen Verpflichtungen. Die Meistbegünstigung, wie sie sich zum Beispiel auf dem Zollgebiet durchaus auswirken kann, führt doch nicht zu ihrem vollen Effekt, weil die Handelsbeziehungen mit Staatshandelsländern ausschließlich im Rahmen straffer Kontingentierungen, das heißt mengenmäßiger Beschränkungen für Ein- und Ausfuhr, abgewickelt werden.

Drittes Beispiel: Die Gefahr des sogenannten Dumping. Einige Staaten des Ostblocks, besonders die Sowjetunion, werfen uns in letzter Zeit gelegentlich mit Empörung vor, daß wir ihnen gegenüber noch immer Schutz gegen ein sogenanntes Dumping suchten. Wir wollen gerne zugeben, daß nach den Beobachtungen der letzten Zeit besonders in der Sowjetunion Bemühungen angestellt worden sind, um die Ausfuhrpreise dem Niveau des Weltmarktes anzunähern. Dafür, daß diese Tendenz bestehen bleibt und daß sie vor allen Dingen auch von anderen kommunistischen Staatshandelsländern befolgt wird, haben wir jedoch keine Sicherheit. Vor allem aber: Das Problem besteht für uns nicht nur darin, daß der Osten gegebenenfalls (wie vielleicht auch andere Länder) billige oder zu billige Ausfuhrpreise in Rechnung stellt. Es liegt für uns viel tiefer. Es besteht darin, daß ein kommunistisches Staatshandelsland überhaupt keine Preise kennt, weder echte Gestehungskosten noch gar einen Marktpreis. Einer Wirtschaft, bei der der Preis kein Marktregulator ist, können wir aber nicht freien Zugang zu unserer Wirtschaft gewähren, oder wenn wir es tun, weil es uns in Anbetracht der augenblicklich von diesen Ländern verfolgten Außenhandelspolitik möglich scheint, müssen wir uns jedenfalls die Freiheit vorbehalten, jederzeit die so gewährte Freiheit wieder rückgängig zu machen.

Diese oben ausgeführten Beispiele tun vielleicht besser als theoretische Auseinandersetzungen dar, daß die einzig mögliche Form wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern für uns in strengem Bilateralismus gegeben ist, das heißt jenem guten alten Kuhhandel, der auch innerhalb der westlichen Welt noch das ganze 19. Jahrhundert beherrscht und bis in unsere Zeit hinein gedauert hat und der erst dadurch überwunden wurde, daß wir im GATT zu einer einheitlichen Wirtschaftsordnung und einheitlichen Handelsregeln gefunden haben. Damit möchte ich zum zweiten Problemkreis übergehen — unserem Verhältnis zu den anderen Industriestaaten.

Ein Ungleichgewicht, das mit Mitteln des GATT nicht zu beseitigen war und das unsere Aufmerksamkeit hier in erster Linie verdient, besteht zwischen den Vereinigten

Staaten einerseits und Europa andererseits. Da es sich hier auf beiden Seiten um hochentwickelte Industriestaaten handelt, liegt die Ursache der Schwierigkeit nicht in der verschiedenartigen Struktur des inneren Wirtschaftsgefüges. Vielmehr ist sie durch äußere Umstände in die wirtschaftlichen Beziehungen beider Räume hineingetragen, und darum mußten auch die Mittel des GATT vor ihr versagen. Das gilt sowohl für die sogenannte Dollarlücke, die in den ersten zehn Nachkriegsjahren das wesentliche Problem der westlichen Wirtschaftsbeziehungen darstellte, als auch für das in den letzten Jahren akut gewordene Problem der Dollarschwäche. Beide stehen sogar in einem unlösbaren Zusammenhang. Ein geregeltes Funktionieren der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der westlichen Welt setzt zwei Dinge voraus. Einmal, daß Amerika und Europa gleichzeitig da sind, das heißt mit ihren industriellen Kapazitäten und ihrem Arbeitskräftepotential in vollem Umfang zur Erzeugung von Gütern in der westlichen Welt beitragen. Sodann, daß beide Erdteile die Lasten, die sich aus der wirtschaftlichen Führung der westlichen Welt ergeben, zu gerechten Teilen auf ihre Schultern verteilen. Am ersten, der vollgültigen Mitexistenz Europas, fehlte es unmittelbar nach dem Kriege, solange die europäische wirtschaftliche Produktion auf Grund der katastrophalen Kriegseinwirkungen außer Funktion gesetzt war. Am zweiten, der gerechten Verteilung der Lasten, fehlt es jetzt. Die wieder erstarkte europäische Wirtschaft nimmt noch nicht in vollem Umfange an den ungeheuren Lasten teil, die die Vereinigten Staaten zum gemeinsamen Nutzen der ganzen westlichen Welt inzwischen haben auf sich nehmen müssen. Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit der EWG, die es ihr erlaubt hat, in den letzten Jahren schneller zu expandieren und größere Währungsreserven anzusammeln als alle anderen Partner der westlichen Welt, macht sie nunmehr notwendig neben den Vereinigten Staaten zu dem wichtigsten Faktor in den Bemühungen um die Wiederherstellung jenes Gleichgewichts, von dem das Funktionieren des westlichen Wirtschaftssystems in erster Linie abhängt.

Ein zweites Ungleichgewicht, das die Beziehungen innerhalb des GATT belastet, besteht ebenfalls im Verhältnis zwischen wichtigen Gruppen von Industriestaaten. Ich spreche von den Beziehungen Amerikas und Europas zu gewissen anderen Industriestaaten, die man in neuerer Zeit als Niedrigpreisländer zu bezeichnen pflegt. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß es sich hier um hochentwickelte Industriestaaten und nicht um sogenannte Entwicklungsländer handelt. Ein Kennzeichen der sogenannten Entwicklungsländer ist es nämlich gerade, daß es ihnen der Stand ihrer industriellen Entwicklung noch nicht erlaubt, in größerem Umfang mit ihren industriellen Erzeugnissen in die Märkte der Industriestaaten einzudringen. Die Niedrigpreisländer — ich nenne hier Japan und Hongkong — sind imstande (anders als die sogenannten Entwicklungsländer), ein vielseitiges Warenangebot zu Preisen, die oft nur einen kleinen Teil unserer Gestehungskosten ausmachen, auf die amerikanischen und europäischen Märkte zu werfen. Insoweit hier unlautere Wettbewerbsmethoden eine Rolle spielen sollten, sind alle einig — auch die Verantwortlichen jener Länder selbst —, daß hiergegen vorgegangen werden muß. Im übrigen aber meine ich, wir sollten dieses Problem nicht dramatisieren. Bei ruhiger Ueberlegung werden wir nämlich feststellen, daß es auch im eigenen Interesse unserer Gesamtwirtschaft liegen kann, wenn wir diesen Ländern einen fairen Anteil an unseren Märkten eröffnen, über dessen Höhe es wahrscheinlich bei etwas gutem Willen leicht sein würde, sich mit ihnen zu verständigen.

Das dritte Problem ist das Verhältnis zwischen Industriestaaten einerseits und Landwirtschaftstaaten andererseits. Es ist in den letzten Jahren immer akuter geworden. Seine tiefere Ursache ist die Revolution der Produktionstechnik in der Landwirtschaft. Wir stehen hier in Europa erst am Anfang einer Entwicklung, die in der Sowjetunion noch nicht begonnen hat, hingegen in der Neuen Welt bereits extrem fortgeschritten ist. In der Sowjetunion sind die rund 40 vH der Gesamtbevölkerung, die in der Landwirtschaft tätig sind, trotz aller Kollektivierung und Technisierung der Produktion und ständiger spektakulärer Bemühungen der obersten Machthaber nicht in der Lage, die

ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten. Die rund 10 vH in der Landwirtschaft Tätigen der Vereinigten Staaten dagegen erzeugen landwirtschaftliche Produkte hervorragendster Qualität in derartigen Mengen, daß nicht nur der Inlandsbedarf übersättigt ist, sondern erhebliche Ueberschüsse entstehen, deren Absatz auf dritten Märkten gefunden werden muß. Wenn diese Entwicklung, wofür alle Anzeichen vorhanden sind, auch auf den europäischen Kontinent übergreifen sollte, wo in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft rund 25 vH der Bevölkerung zur Zeit schon annähernd den Bedarf an vielen landwirtschaftlichen Produkten befriedigen, wo bleibt dann zukünftig der Platz der Landwirtschaftsstaaten im Handelssystem der westlichen Welt? Was wird aus jenen Ländern, die bisher noch aus dem Absatz ihrer Ernten in den Industriestaaten die Mittel gewinnen, um ihre notwendigen Einfuhren von Industriegütern zu bezahlen?

Diese Frage ist nicht etwa, wie manche glauben machen wollen, durch die Bildung der EWG entstanden, sondern sie hat allenfalls bessere Aussichten gewonnen, durch eine gemeinsame Agrarpolitik in größerem Rahmen der EWG gelöst zu werden. Ich muß mich hier mit einer Andeutung begnügen. Im Interesse einer allseitigen Zusammenarbeit in der Welt sollte mit allen Kräften versucht werden, eine Landwirtschaftspolitik zu führen, die unbenötigte Ueberschüsse vermeidet. Man sollte sich jedenfalls nicht dazu verleiten lassen, solche Ueberschüsse durch staatliche Subventionen oder eine unvernünftige Preispolitik hervorzurufen. Wir sollten auch nicht übersehen, daß eine vernünftige Anwendung unserer landwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen und damit die Fortsetzung ökonomisch gerechtfertigter Handelsbeziehungen mit den Landwirtschaftsländern nicht nur im Interesse unserer Industrie, deren Konkurrenzfähigkeit zum guten Teil von niedrigen Kosten der Lebenshaltung abhängt, nicht nur im Interesse der Aufrechterhaltung traditioneller Handelsbeziehungen mit den überseeischen Ländern, sondern auch im wohlverstandenen Interesse unserer Landwirtschaft selbst liegt. Zum Teil liegt die Lösung dieser Schwierigkeiten für die Landwirtschaftsländer also bei uns selbst, den Industriestaaten. Das Paradoxe, das Tragische dieser Lage ist es aber, daß der Ueberschußsituation in einigen Ländern ein unermeßlicher ungedeckter Bedarf an Nahrungsmitteln in anderen Teilen der Erde gegenübersteht.

Wir sind damit bereits bei dem vierten und wohl bedeutendsten Problem, dem der Entwicklungsländer. Man hört auch heute noch manchmal die Meinung, daß die Wichtigkeit dieser Frage überschätzt werde und daß man diese Angelegenheit den bewährten wirtschaftlichen Abläufen überlassen solle, denen man sich in der westlichen Welt allgemein anvertraue. Ich glaube aber, damit allein ist es nicht getan. Das Entwicklungsproblem entsteht bekanntlich daraus, daß diese Länder fast alles, dessen sie für ihre Entwicklung bedürfen, einführen müssen, daß sie sich aber andererseits nicht oder nur ungenügend in den Welthandel einzuschalten vermögen. Es ist also richtig, daß nur ein vergrößerter Handel wirklich Abhilfe schaffen kann. Die üblichen Mittel, wie Beseitigung der Handelshemmnisse und die Nichtdiskriminierung, würden jedoch diesen Ländern gegenüber zu keinen großen Ergebnissen führen, da sie nur wenig haben, was sie im Austausch für die von ihnen benötigten Güter anbieten können.

Daraus folgt ein Doppeltes: Wir müssen auf der einen Seite besondere Maßnahmen ergreifen, um den Anteil dieser Länder an unseren Märkten zu vergrößern. Dies kann zum Beispiel geschehen durch den auch im GATT diskutierten Vorschlag, bestimmte Zölle nur gegenüber den Entwicklungsländern abzubauen. Daß hierbei eine sorgfältige Abstimmung mit der Behandlung entsprechender Zweige unserer Industrie notwendig ist, ist selbstverständlich. Aber ich glaube, daß wir gewisse abgewogene und genau berechnete Risiken auf uns nehmen müssen. Zum anderen müssen wir den Entwicklungsländern auf anderen Wegen das zur Verfügung stellen, was sie sich auf die normale kommerzielle Weise nicht beschaffen können, indem wir ihnen verlorene Zuschüsse oder Darlehen zu besonderen Bedingungen gewähren, um nur einige der möglichen Maßnahmen zu nennen.

Wir können uns jedenfalls nicht vor der Einsicht verschließen, daß unsere eigene Wirtschaftsordnung, unser Wirtschaftsstil, zwar den Verhältnissen moderner Industriestaaten aufs beste entspricht, daß diese Wirtschaftsordnung aber nicht entworfen worden ist, um auf die besonderen Fragen zu antworten, die eine Entwicklungspolitik stellt. Im Verhältnis zu den Entwicklungsländern betreten wir sozusagen einen neuen Raum, der andere Dimensionen hat und in dem unsere euklidische Geometrie nicht mehr voll anwendbar ist. Unsere Vorstellungen von Nichtdiskriminierung, von Marktpreisen, von der steuernden Funktion der Verzinsung eines Kapitals, vom Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage sind nicht mehr ohne Einschränkung und nicht mehr in derselben Form brauchbar, wenn es um unsere Beziehungen zu den Entwicklungsländern geht.

Zwar muß das Ziel sein, daß auch die Entwicklungsländer, wie jedes Volk der Erde, das den Weg der Industrialisierung bisher gegangen ist, mit ihren Problemen selber fertig werden. Aber eben dazu gilt es, sie instand zu setzen. Hilfe zur Selbsthilfe — so hat Präsident Kennedy es kürzlich formuliert — ist es also, was wir dazu beitragen können.

Allein selbst diese Aufgabe ist zu groß, als daß sie selbst durch einen Wirtschaftsraum wie den der Gemeinschaft gegenüber allen Entwicklungsländern in Angriff genommen werden könnte. Ich möchte vor der Gefahr warnen, die für uns selber und nicht zuletzt für die Entwicklungsländer aus einer wahllosen „Berieselung" des Erdballs mit kleinen Geschenken entstehen müßte. Der Westen sollte sich stark genug fühlen, um nicht nur eine „Konkursquote" an alle zu verteilen. Mir scheint deshalb die besondere Bemühung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft um die jungen afrikanischen Länder, die die Zusammenarbeit mit uns suchen, von besonderem Wert. Sie ist einer der wichtigsten Beiträge zu der heranwachsenden neuen Weltordnung. Ich bin dabei überzeugt, daß unser Handel mit den übrigen Teilen der Welt und insbesondere mit Südamerika, von dessen Bedeutung ich vor diesem Kreise gewiß nicht näher zu reden brauche, im Zuge der allgemeinen Expansion der europäischen Wirtschaft nicht leiden, sondern, wie es bereits die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen, sich weiterhin kräftig entwickeln wird.

Viele, wenn nicht alle großen wirtschaftlichen Fragen erscheinen in einem neuen Licht und scheinen uns leichter zu bewältigen, wenn wir sie nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der hergebrachten Nationalstaatlichkeit, sondern im Zeichen der neuen europäischen Einheit sehen. Europa ist durch seine werdende Einheit stärker geworden. Die bisherige Diskrepanz zwischen den Pflichten, die unser Wohlstand uns auferlegt, und den politischen Möglichkeiten, über die wir verfügen, verringert sich. Das Entstehen einer zweiten großen Kraft im Rahmen der freien Welt gibt auch dem Bund der freien Nationen eine neue Festigkeit und unserer Lebensordnung eine neue Chance, sich zu behaupten und ihre große Probe zu bestehen. Wir dürfen in der Tat, wenn es uns gelingt, unsere Einheit zu formen und zu wahren, hoffen, daß Europa seinen Platz in der Welt würdig und wirksam erfüllen kann. Dies alles ist nicht mehr Traum und Illusion, sondern in der heutigen Situation ganz real greifbare Wirklichkeit, eine Wirklichkeit, die dem Geiste und den Notwendigkeiten unserer Zeit entspricht. Ein Blick in die Welt bestätigt das. Er zeigt uns, in welchem Maße wir selber bereits Vorbild und Muster für andere Zusammenschlüsse in allen Teilen der Erde geworden sind. Südamerika, Afrika, ja Asien beobachten uns aufmerksam. Sie treten mit uns in Kontakt und versuchen, uns zu studieren, um an unseren Fehlern und unseren Fortschritten zu lernen.

Ueberall ist die Welt in einer tiefgreifenden Umwandlung begriffen. Die Maßstäbe wirtschaftlichen und politischen Handelns haben sich fundamental geändert. Neue Kristallisationsprozesse bahnen sich an. Das stellt auch uns unsere Aufgabe: Wir müssen alle Anstrengungen machen, damit in dem Aufruhr, in der starken, stürmischen

Strömung, die das globale Zeitalter einleitet, das, was uns wert ist, die Ordnung unseres Lebens und unserer Wirtschaft, nicht verlorengeht. Von diesen Anstrengungen ist die europäische Einigung nicht die unbedeutendste: weil sie uns Erfahrungen liefert; denn viele der Probleme, die nach Lösungen in großen Verbänden dringen, haben wir im europäischen Rahmen bereits durchlitten, durchkämpft, ja gelöst; weil unser geschlossenes Auftreten in den atlantischen und Weltgremien die Arbeit erleichtert; und schließlich, weil es unser Gewicht erhöht.

Quelle: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Kommission.

Kommuniqué vom 16. Mai 1961 über die Besprechung zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, und dem Präsidenten der EWG-Kommission, Walter Hallstein, in Washington

Betrifft: EWG, Atlantische Gemeinschaft und OECD — Agrarpolitik der EWG — Zollverhandlungen im GATT — Handel mit Lateinamerika — Assoziierung afrikanischer Staaten mit der EWG.

Professor Dr. Walter Hallstein, Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wurde vom Präsidenten am 16. Mai im Weißen Haus empfangen.

Der Präsident benutzte diese Gelegenheit, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Bestrebungen nach einer europäischen Integration, wie sie im Vertrag von Rom vorgesehen ist, erneut der tatkräftigen Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten zu versichern. Zwischen dem Präsidenten und Professor Dr. Hallstein bestand volle Uebereinstimmung darüber, daß die europäische Integrationsbewegung der sechs Unterzeichnerstaaten des Vertrages von Rom den allmählichen Aufbau einer echten atlantischen Gemeinschaft ergänzt und verstärkt, der durch das Inkrafttreten der OECD einen neuen Antrieb erfahren wird.

Der Präsident und Professor Dr. Hallstein sprachen über den derzeitigen Stand der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Bei dieser Gelegenheit bestätigte der Präsident erneut das Interesse der USA an den jetzigen Vorbesprechungen zur Einführung einer gemeinsamen Agrarpolitik innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Der Präsident begrüßte die Einführung einer gemeinsamen Agrarpolitik als wesentliche Voraussetzung zur Durchführung des Vertrages von Rom, gab jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß diese gemeinsame Agrarpolitik die Bedeutung der Agrarprodukte im Gesamtbild des Handels der freien Welt und auch die Interessen der USA und anderer Agrarexportländer berücksichtigen möge.

Der Präsident und Prof. Dr. Hallstein sprachen auch über die Zollverhandlungen, die zur Zeit im Rahmen des GATT in Genf stattfinden. Der Präsident und Prof. Dr. Hallstein stimmten darin überein, daß diese Verhandlungen so geführt werden sollten, daß sich die Nichtmitgliedstaaten leichter dem Entstehen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anpassen können.

In diesem Zusammenhang sprachen der Präsident und Prof. Dr. Hallstein insbesondere über die Auswirkungen des Inkrafttretens der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf den Handel mit den lateinamerikanischen Ländern.

In bezug auf die Assoziierung afrikanischer Staaten mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erörterten der Präsident und Prof. Dr. Hallstein ebenfalls die Notwendigkeit, den weniger entwickelten Ländern ständig und in verstärktem Maße eine koordinierte Entwicklungs- und technische Hilfe zukommen zu lassen.

Quelle: *Mitteilung an die Presse* (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Kommission, Brüssel), Nr. IP(61)81 vom 17. Mai 1961.

Die Begegnung zwischen Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow am 3. und 4. Juni 1961 in Wien

Am 19. Mai 1961 wurde gleichzeitig in Washington und Moskau bekanntgegeben, am 3. und 4. Juni werde der amerikanische Präsident, John F. *Kennedy*, mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten, Nikita S. *Chruschtschow*, zu einem allgemeinen Meinungsaustausch in Wien zusammentreffen.

Der Ankündigung des Wiener Treffens war eine Reihe von diplomatischen Kontakten vorausgegangen, so eine Mitteilung *Kennedys* an *Chruschtschow* am 22. Februar, eine Unterredung *Kennedys* mit dem sowjetischen Botschafter in Washington am 22. März und eine Botschaft *Chruschtschows* an den amerikanischen Präsidenten am 16. Mai.

Die Begegnung zwischen *Kennedy* und *Chruschtschow* wurde weder durch einen voreiligen Optimismus getrübt, der als „Geist von Camp David" eine reale Einschätzung der gegenseitigen Position im Herbst 1959 verhindert hatte, noch verlief sie unter jenen spektakulären Begleitumständen, die die Pariser Gipfelkonferenz zum Scheitern verurteilt hatten. In einem Kommuniqué über die Gespräche des ersten Tages heißt es, es habe ein offener, umfassender und in höflicher Form geführter Meinungsaustausch über die gegenseitigen Beziehungen stattgefunden (vgl. S. D 344). In dem zum Abschluß der Gespräche veröffentlichten Kommuniqué beschränkte man sich darauf, das Treffen als nützlich zu bezeichnen und die erörterten Themen zu nennen. Lediglich in der Laos-Frage war das Kommuniqué etwas ausführlicher. *Kennedy* und *Chruschtschow* sprachen sich für ein internationales Abkommen zur Sicherung der Neutralität und Unabhängigkeit von Laos aus. (Vgl. S. D 344.) Ueber diese spärlichen Angaben hinaus waren auch die Pressesprecher der beiden Delegationen, Pierre *Salinger* und Michail *Charlamow*, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 4. Juni in Wien nicht bereit, weitere Mitteilungen zu machen.

Erst einige Tage nach Abschluß des Wiener Treffens wurde bekannt, daß *Chruschtschow* dem amerikanischen Präsidenten ein Memorandum zur Deutschland-Frage und ein weiteres Memorandum über die Einstellung der Kernwaffenversuche überreicht habe. Am 10. Juni veröffentlichte die Sowjetregierung den Wortlaut der beiden Memoranden, nachdem sie ihn bereits am 7. Juni der Regierung der sogenannten DDR übermittelt hatte. (Den Wortlaut der beiden Memoranden werden wir in der nächsten Folge veröffentlichen.)

Von Wien reiste Präsident *Kennedy* zu einem privaten Besuch nach London, in dessen Verlauf er Premierminister *Macmillan* über seine Gespräche mit Ministerpräsident *Chruschtschow* und Staatspräsident *de Gaulle* unterrichtete. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die in Washington begonnene Diskussion über die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Probleme sei fortgesetzt worden (vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 265 f.). In der Berlin-Frage wurde die vollständige Uebereinstimmung über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Rechte und Verpflichtungen der Verbündeten betont. Der amerikanische Außenminister, Dean *Rusk*, unterrichtete zur gleichen Zeit den ständigen NATO-Rat in Paris sowie Staatspräsident *de Gaulle* über die Wiener Begegnung, während der Leiter der Europa-Abteilung im amerikanischen Außenministerium, Foy *Kohler*, Bundeskanzler *Adenauer* informierte.

Am 6. Juni berichtete *Kennedy* in einer Rundfunk- und Fernsehansprache über seine Europa-Reise. Er erklärte, er habe sein Treffen mit Ministerpräsident *Chruschtschow* als äußerst nützlich empfunden. Er habe die Möglichkeit gehabt, diesen persönlich kennenzulernen und sich einen Eindruck von seiner gegenwärtigen und mutmaßlichen zukünftigen Politik zu machen. Zugleich habe er sicherstellen wollen, daß *Chruschtschow* die Vereinigten Staaten und ihre Politik verstehe, ihre Stärke und Entschlossenheit kenne und wisse, daß sie mit allen Nationen in Frieden leben wollten. Er habe damit die Möglichkeit von Fehleinschätzungen verringern wollen. *Kennedy* berichtete, die düstersten Gespräche hätten die Deutschland- und Berlin-Frage betroffen. Er habe jedoch *Chruschtschow* nicht darüber im unklaren gelassen, daß der Westen seine Rechte und Verpflichtungen in Berlin um jeden Preis wahren werde. (Vgl. S. D 345 ff.).

Ratgeber für die Zukunft und einen lehrreichen Interpreten der Geschichte, die er selbst zu gestalten half. Infolgedessen hatten wir eine wertvolle Begegnung.

Wie ich glaube, wurden gewisse Zweifel und Vorbehalte, die im Laufe der Zeit entstanden sein mochten, auf beiden Seiten eliminiert. Probleme, die sich nicht als Grundsatz-, sondern als Terminologie- oder Verfahrensfragen erwiesen, wurden aus dem Wege geräumt. Keine noch so heikle Frage wurde umgangen; kein Interessengebiet wurde außer acht gelassen, und die Schlußfolgerungen, zu denen wir gelangten, werden für die Zukunft bedeutsam sein — auf Grund unserer Uebereinstimmung, Berlin zu verteidigen, uns um die Verbesserung der Verteidigung Europas zu bemühen, den Entwicklungsländern der Welt einschließlich Lateinamerikas im Interesse ihrer politischen Unabhängigkeit Hilfe zu gewähren, den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas voranzutreiben, die Laos-Konferenz zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen sowie für engere Konsultation und Solidarität innerhalb der westlichen Bündnisgemeinschaft zu sorgen.

Präsident de Gaulle hätte nicht herzlicher sein können, und ich könnte zu niemand mehr Vertrauen haben. Neben seiner besonderen Charakterstärke zeigte das französische Volk als Ganzes eine sehr eindrucksvolle und erfreuliche Vitalität und Energie. Sein Aufstieg aus der Nachkriegszeit ist dramatisch, seine Produktion wächst und seine Bedeutung sowie sein Ansehen in Europa und Afrika steigert sich ständig, so daß ich Paris mit vermehrtem Vertrauen in die Einheit und Stärke des Westens in Richtung Wien verließ.

Die Wiener wissen, was es heißt, unter einer Besatzung, und was es heißt, in Freiheit zu leben. Die Begrüßung, die sie mir als Präsident unseres Landes zuteil werden ließen, sollte für uns alle beglückend sein. Ich ging nach Wien, um Herrn Chruschtschow, den Führer der Sowjetunion, zu treffen. Wir führten zwei Tage lang Besprechungen in einer sachlich-nüchternen, intensiven Form, und ich glaube, daß ich es dem amerikanischen Volk, dem Kongreß und unseren Verbündeten schuldig bin, über diese Besprechungen freimütig und öffentlich Bericht zu erstatten.

Herr Chruschtschow und ich hatten einen sehr umfassenden und offenen Meinungsaustausch über die wichtigen Probleme, die unsere beiden Länder gegenwärtig trennen. Ich möchte Ihnen hier mitteilen, daß es zwei sehr sachliche und nüchterne Tage waren. Es gab keine Unhöflichkeiten, keine Temperamentsausbrüche oder Drohungen und Ultimaten — weder auf der einen noch auf der anderen Seite —, auch wurde kein Vorteil oder Zugeständnis errungen oder gewährt; wichtige Entscheidungen waren weder geplant noch wurden sie getroffen, und es wurde auch kein ins Auge fallender Fortschritt erzielt oder vorgetäuscht.

Diese Art eines informellen Gedankenaustausches ist vielleicht nicht so erregend wie eine große Gipfelkonferenz mit einer festen Tagesordnung und einem ganzen Stab von Beratern, auf der man zu verhandeln sucht und neue Abkommen anstrebt. Dies sollte jedoch nicht die Absicht unseres Treffens sein und war es auch nicht, und wir machten auch keine Pläne für künftige Gipfelkonferenzen in Wien.

Aber ich fand dieses Treffen mit Ministerpräsident Chruschtschow, so ernst es auch war, äußerst nützlich. Ich hatte seine Reden und die Veröffentlichungen über seine Politik gelesen. Ich war über seine Ansichten unterrichtet worden. Mir war von anderen westlichen Staatsmännern, wie General de Gaulle, Bundeskanzler Adenauer und Premierminister Macmillan, gesagt worden, was für ein Mann er ist.

Aber ich trage die Verantwortung eines Präsidenten der Vereinigten Staaten, und es ist meine Pflicht, Entscheidungen zu fällen, die kein Berater und kein Verbündeter für mich treffen kann. Es ist meine Aufgabe und meine Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß diese Entscheidungen sich auf möglichst viele Informationen, auf möglichst viel direkt und aus erster Hand gewonnenes Wissen stützen.

Ich erachtete es daher als äußerst wichtig, daß ich Herrn Chruschtschow persönlich kennenlernte, daß ich einen möglichst großen Einblick in und ein möglichst großes Verständnis für seine gegenwärtige und seine künftige Politik gewinnen würde. Gleichzeitig wollte ich sicherstellen, daß Herr Chruschtschow die Vereinigten Staaten und ihre Politik versteht, daß er unsere Stärke und unsere Entschlossenheit kennt und daß er weiß, daß wir Frieden wollen mit allen Nationen jeder Art.

Ich wollte ihm unsere Ansichten direkt, präzise und realistisch vortragen mit einer Möglichkeit zu Erörterungen und Klarstellungen. Dies ist geschehen. Von keiner Seite wurden in diesen persönlichen Gesprächen neue Ziele dargelegt, die nicht schon zuvor in der Oeffentlichkeit verkündet worden waren. Die Kluft zwischen uns wurde in einer so kurzen Zeit nicht wesentlich verringert, aber zumindest wurden die Wege für eine Kontaktaufnahme weiter geöffnet, zumindest sollte jetzt die Möglichkeit gefährlicher Fehlkalkulationen auf jeder Seite geringer sein, und wenigstens haben nunmehr die Männer, von deren Entscheidungen der Friede zu einem Teil abhängt, vereinbart, in Kontakt zu bleiben.

Dies ist wichtig, denn keiner von uns hat versucht, dem anderen einfach zu gefallen, ihm einfach beizupflichten, um liebenswürdig zu sein, das zu sagen, was der andere zu hören wünschte; und genauso, wie sich unsere Justiz auf vom Gericht vorgeladene Zeugen und auf Kreuzverhöre stützt, statt auf Aussagen Dritter oder schriftlich abgegebene eidesstattliche Erklärungen, so war auch dieses direkte Geben und Nehmen von unschätzbarem Wert für die Klarstellung und Präzisierung des von uns für entscheidend wichtig Angesehenen — denn Tatsache ist, daß die Sowjets und wir den gleichen Worten — Krieg, Friede, Demokratie und Volkswille — völlig verschiedene Bedeutungen geben.

Wir haben völlig verschiedene Auffassungen von Recht und Unrecht, davon, was eine internationale Angelegenheit und was eine Aggression ist, und vor allem haben wir völlig verschiedene Auffassungen davon, wo die Welt jetzt steht und wohin sie geht.

Nur durch eine solche Besprechung war es mir möglich, sicherzugehen, daß Herr Chruschtschow weiß, wie unterschiedlich unsere Ansichten von der Gegenwart und Zukunft sind. Unsere Ansichten kontrastieren scharf, aber wir wußten am Ende wenigstens besser, wo wir jeweils standen. Wir waren beide nicht nach Wien gekommen, um eine Lösung zu diktieren oder den anderen zu einer Sache zu bekehren oder etwas von unseren grundsätzlichen Interessen aufzugeben. Wir beide waren, wie ich glaube, nach Wien gekommen, weil wir uns bewußt waren, daß von unseren beiden Nationen jede die Macht hat, der anderen ungeheuren Schaden zuzufügen, daß ein derartiger Krieg aber vermieden werden kann und, wenn irgend möglich, vermieden werden sollte, da durch ihn kein Streit geschlichtet und keine Doktrin bewiesen werden kann, und daß man daher Sorge dafür tragen sollte, unsere im Konflikt miteinander liegenden Interessen nicht so unmittelbar zusammentreffen zu lassen, daß ein Krieg die notwendige Folge sein muß. Wir glauben an ein System staatlicher Freiheit und Unabhängigkeit. Er glaubt an eine expandierende und dynamische Idee des Weltkommunismus, und die Frage stellte sich, ob überhaupt die Hoffnung besteht, daß diese beiden Systeme in Frieden miteinander leben können, ohne daß dadurch etwas an Sicherheit eingebüßt oder die Freiheit unserer Freunde irgendwie geschmälert wird. So schwierig es auch sein mag, diese Frage, angesichts so mancher uns bevorstehender harter Proben, positiv zu beantworten, so glaube ich doch, daß wir es der gesamten Menschheit schuldig sind, jeden nur erdenklichen Versuch zu unternehmen. Dies ist der Grund, warum ich die Wiener Gespräche für nützlich ansah. Der besondere Ernst, der über ihnen lag, ist weder ein Grund für eine gehobene Stimmung oder für eine Entspannung, noch Anlaß zu einem unangebrachten Pessimismus oder zur Furcht. Er zeigt nur, wieviel wir in der freien Welt noch zu tun haben und ein wie langer und harter Kampf uns Amerikanern in dieser Generation als den Hauptverteidigern der Sache der Freiheit auferlegt

Gefahr gegenüber. Wir besitzen nicht länger mehr ein Atommonopol. Ihre Raketen, so glauben sie, werden unsere Raketen abhalten, und ihre Truppen könnten es mit unseren Truppen aufnehmen, sofern wir in diesen sogenannten Befreiungskriegen intervenieren sollten. Somit könnten die von ihnen unterstützten lokalen Konflikte — durch Guerillakämpfer, Insurgenten oder Subversion — zu ihren Gunsten ausgehen.

Ein kleine Gruppe disziplinierter Kommunisten könnte die Unzufriedenheit und das Elend in einem Lande, in dem das durchschnittliche Einkommen vielleicht 60 oder 70 Dollar pro Jahr beträgt, ausnützen und so die Kontrolle über ein ganzes Land an sich reißen, ohne daß kommunistische Truppen jemals eine internationale Grenze überschreiten. Dies ist die kommunistische Theorie.

Aber ich glaube genauso fest, daß die Zeit diese Theorie als falsch erweisen wird, daß Freiheit und Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, nicht der Kommunismus, die Zukunft der Menschheit sind und daß die freien Menschen den Willen und die Hilfsquellen besitzen, um den Kampf um die Freiheit zu gewinnen. Aber es ist klar, daß dieser Kampf in diesem Bereich der neuen und armen Länder für dieses Jahrzehnt eine ständige Krise bringen wird.

Herr Chruschtschow brachte einen Punkt vor, den ich hier mitteilen möchte. Er erklärte, daß überall in der Welt viele Dinge in Unordnung geraten seien und daß man nicht immer ihn dafür verantwortlich machen könne. Damit hat er völlig recht. Es ist einfach, jeden Aufstand gegen eine Regierung und jeden amerikafeindlichen Tumult, jeden Sturz eines korrupten Regimes und jeden Massenprotest gegen Not und Verzweiflung als von Kommunisten inspiriert abzutun. Sie sind keineswegs sämtlich von den Kommunisten inspiriert. Die Kommunisten mischen sich jedoch ein, um für sich Kapital aus ihnen zu schlagen, die Anführer in ihrem Sinne zu beeinflussen und auf der Woge der Ereignisse zum Sieg zu gelangen. Die Bedingungen aber, die solche Ereignisse auslösten, haben die Kommunisten nicht geschaffen.

Kurz, die Freiheitshoffnung ruht in diesen Gebieten, die soviel Armut und Analphabetentum, so viele kranke Kinder, eine so hohe Säuglingssterblichkeit, so viele Familien ohne Unterkunft und so viele Familien ohne Hoffnung aufweisen, auf der einheimischen Bevölkerung und ihren Regierungen.

Wenn sie den Willen aufbringen, ihre eigene Zukunft zu gestalten, wenn ihre Regierungen die Unterstützung ihres eigenen Volkes erlangen, wenn ihre ehrlichen und fortschrittlichen Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung Vertrauen und Tatkraft einzuflößen vermögen, dann kann keine Guerilla-Aktion und kein Aufruhr erfolgreich verlaufen. Wo diese Vorbedingungen aber nicht gegeben sind, bietet auch eine militärische Garantie gegen einen Angriff von außen über die Landesgrenzen hinweg nur einen geringen Schutz gegen den Zerfall im Inneren.

Doch all dies heißt nicht, daß unser Volk, der Westen und die freie Welt dabei untätig zusehen können. Im Gegenteil, wir haben hier eine einmalige Chance, diesen Ländern beim Aufbau ihrer Gesellschaftsformen so lange beizustehen, bis diese so stark und fest in sich verankert sind, daß nur eine Invasion von außen sie stürzen könnte, und diese Gefahr kann — wie wir wissen — gestoppt werden.

Wir können ihre Streitkräfte so ausbilden und ausrüsten, daß sie kommunistisch gelenkte Aufstände selbst abzuwehren imstande sind. Wir können ihnen bei der Entwicklung ihrer Industrien und beim Aufbau ihrer Landwirtschaft helfen, die die Grundlage eines neuen Lebensstandards bilden. Und wir können sie ansprechen, ihre Verwaltungen, ihr Erziehungswesen, ihr Steuersystem und die Landverteilung zu reformieren und dem Volk ein besseres Leben zu ermöglichen.

Wir besitzen die Fähigkeit und die Reserven, dies zu tun, sofern wir nur gewillt sind, sie anzuwenden und sie mit anderen zu teilen. Ich weiß, daß man in den Vereinigten

Staaten vielfach der Ansicht ist, daß wir nun lange genug die Last der Wirtschaftshilfe getragen haben, aber die gegenwärtig von uns unterstützten Länder, die vom nördlichen Rand Europas über den Mittleren Osten bis hinunter nach Saigon reichen, sind in vielen Fällen jetzt das Ziel großer, auf die Machtergreifung von innen her gerichteter Bemühungen.

Wenn wir sie nicht dabei unterstützen, ihren Völkern bessere Lebensbedingungen zu ermöglichen, dann glaube ich, steht die Freiheit in diesen Gebieten auf recht unsicherem Boden. Wir müssen ihnen helfen, wenn wir entschlossen sind, unseren Worten, dem Vordringen des Kommunismus in ihren Ländern Einhalt zu gebieten, die Tat folgen zu lassen. Die Bürde ist schwer, und wir haben sie viele Jahre getragen. Aber ich glaube, daß der Kampf noch nicht vorüber ist. Diese Schlacht geht weiter, und wir müssen unseren Teil dazu beitragen. Und darum hoffe ich, daß wir diesen Völkern helfen werden, frei zu bleiben.

Es traf sich gut, daß der Kongreß seine Ausschußberatungen über unsere neuen militärischen und wirtschaftlichen Auslandshilfeprogramme in Washington gerade zu dem Zeitpunkt aufnahm, als Herrn Chruschtschows Erklärungen in Wien besser als irgend etwas anderes die Notwendigkeit gerade für diese Programme deutlich veranschaulichten. Sie sollten gut organisiert und zweckmäßig verwaltet werden; aber ich meine, wir müssen sie durchführen, und ich hoffe deshalb, daß Sie, das amerikanische Volk, diese Programme erneut unterstützen werden, da diese Hilfe meiner Ansicht nach für die Sicherheit dieser Gebiete entscheidend ist.

Es hat keinen Sinn, lediglich gegen das Vordringen des Kommunismus Worte zu machen, wenn wir andererseits nicht gewillt sind, unsere Verantwortungen, so drückend sie sein mögen, voll und ganz zu tragen.

Ich trete indessen nicht allein aus antikommunistischen Gründen für diese Hilfe ein; wir sehen in ihr eine Chance und eine Verpflichtung, diesen Völkern zu helfen, ihre Freiheit zu bewahren. Und wir sind dabei nicht allein.

Ich stellte zum Beispiel fest, daß das französische Volk in Afrika für die Unterstützung der unabhängigen Nationen weitaus mehr tat als unsere Nation. Aber ich weiß auch, daß die Auslandshilfe als eine schwere Bürde empfunden wird, und ich kann nur sagen, daß wir gegenwärtig keine entscheidendere Verpflichtung haben.

Mein Aufenthalt in England war kurz, aber der Besuch bot mir die Möglichkeit, wieder mit Premierminister Macmillan privat zu konferieren, wie es gestern auch andere Mitglieder unserer Wiener Delegation mit Präsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer taten. Wir stimmten alle darin überein, daß im Westen Arbeit geleistet werden muß, und aus unseren Gesprächen ergaben sich Vereinbarungen, wie wir in dieser Arbeit fortfahren können. Unser Aufenthalt in London, der in der Zusammenkunft mit Königin Elisabeth und Prinz Philip seinen Höhepunkt hatte, war eine eindrucksvolle Mahnung am Ende einer langen Reise, daß der Westen in seiner Entschlossenheit, an seinen Grundsätzen festzuhalten, einig bleibt.

Ich möchte schließen, indem ich einfach sage, daß ich froh bin, wieder zu Hause zu sein. Wir haben zwar auf dieser Reise herrliche Plätze bewundert und viel Schönes gesehen, aber wir sind froh, wieder zu Hause zu sein. Keine Bekundung der Unterstützung unserer Politik durch das Ausland bedeutet jedoch soviel wie die Unterstützung, die Sie, das amerikanische Volk, unserem Land so reichlich gegeben haben. Dieser Unterstützung sicher, sehe ich der Zukunft furchtlos entgegen. Wir müssen geduldig sein. Wir müssen mutig sein. Wir müssen sowohl Risiken als auch Bürden auf uns nehmen, aber mit Willen und Arbeit wird die Freiheit erhalten bleiben. Gute Nacht. Ich danke Ihnen.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 7. Juni 1961.

Beratungen der Regierung der Vereinigten Staaten mit ihren Verbündeten über die internationale Lage (II)

(Vgl. hierzu Teil I in Dokumente Jg. 1961, S. D 265—D 280)

Die persönlichen Kontakte des neuen amerikanischen Präsidenten mit den Regierungschefs der westlichen Verbündeten wurden Ende Februar und Anfang März eingeleitet. Vom 4. bis zum 7. April statteten der britische Premierminister, Harold *Macmillan*, und am 12. und 13. April der deutsche Bundeskanzler, Konrad *Adenauer*, Präsident John F. *Kennedy* in Washington offizielle Besuche ab, die Gelegenheit zu eingehenden Beratungen über die internationale Lage boten. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 265 ff.). Am 16. Mai empfing *Kennedy* den Präsidenten der EWG-Kommission, Walter *Hallstein*. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 342.)

Der erste Auslandsbesuch des neuen Präsidenten (vom 16. bis zum 18. Mai) galt traditionsgemäß Kanada. In einer Rede vor dem Parlament in Ottawa am 17. Mai wies *Kennedy* darauf hin, daß die Verteidigung Nordamerikas nicht von der Verteidigung Europas getrennt werden könne, und betonte die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, die konventionellen Streitkräfte der NATO zu verbessern und ihre nukleare Rüstung zu verstärken. (Vgl. Dokumente Jg. 1961, S. D 320 ff.). In dem zum Abschluß der Besprechungen am 18. Mai veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué bestätigten Präsident *Kennedy* und Premierminister John *Diefenbaker* ihre Uebereinstimmung in Fragen der Abrüstung und Sicherheit, der westlichen Hemisphäre, Laos sowie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. (Vgl. S. D 351 ff.)

Die erste Begegnung zwischen Präsident *Kennedy* und dem französischen Staatspräsidenten, Charles *de Gaulle*, fand vom 31. Mai bis zum 2. Juni in Paris unmittelbar vor dem Treffen *Kennedys* mit Ministerpräsident *Chruschtschow* in Wien statt. In einem zum Abschluß ihrer Besprechungen am 2. Juni herausgegebenen Kommuniqué heißt es, die Gespräche hätten eine grundsätzliche Uebereinstimmung der Ansichten ergeben. Von beiden Präsidenten wurde insbesondere die vollständige Uebereinstimmung hinsichtlich ihrer Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten in Berlin hervorgehoben. (Vgl. S. D 353.) Auf einer Pressekonferenz am gleichen Tag wurde Präsident *Kennedy* nach seinen Ansichten über den Wunsch *de Gaulles* nach verstärkten Konsultationen zwischen Washington, Paris und London befragt. Er betonte die Wichtigkeit gemeinsamer Konsultationen, ohne sich jedoch für eine bevorzugte Konsultation der französischen und der britischen Regierung auszusprechen.

Weitere Beratungen führte die amerikanische Regierung am 12. und 13. Juni mit dem italienischen Ministerpräsidenten, Amintore *Fanfani*, in Washington.

Kommuniqué über die Besprechungen zwischen Premierminister John Diefenbaker und Präsident John F. Kennedy am 17. und 18. Mai 1961 in Ottawa

Betrifft: Vereinte Nationen — Abrüstung — Westliche Hemisphäre — Laos — OECD — Handelsbeziehungen.

Präsident Kennedy und Ministerpräsident Diefenbaker erklärten, daß sich ihnen eine willkommene Gelegenheit zur Erneuerung der während des Washingtoner Besuchs des Ministerpräsidenten im Februar hergestellten persönlichen Kontakte und zur gemeinsamen Untersuchung von Fragen geboten hätte, die beide Regierungen interessieren. Ihre Erörterungen erstreckten sich auf umfassende weltpolitische Fragen wie auch auf spezifisch kanadisch-amerikanische Probleme.

Der Präsident und der Ministerpräsident brachten ihr Vertrauen in die Vereinten Nationen als einer für die friedliche Lösung von Differenzen und die Verteidigung nationaler und menschlicher Rechte eintretenden Organisation zum Ausdruck.

Sie bekräftigten erneut, daß das von ihren beiden Ländern erstrebte Ziel eine gesicherte Weltordnung ist, in der es eine allgemeine Abrüstung unter wirksamen Kon-

trollen geben kann. Sie stimmten im besonderen darin überein, daß die Aushandlung eines Vertrags über ein Kernwaffenversuchsverbot mit wirksamen Vorkehrungen für eine Inspektion ein entscheidender Fortschritt auf dem Wege zu einer Abrüstung wäre.

Der Präsident und der Ministerpräsident prüften gewisse Aspekte der amerikanisch-kanadischen Verteidigungsvorkehrungen und die internationalen Verteidigungsverpflichtungen, die beide Länder, vor allem in der NATO, übernommen haben. Sie gaben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß eine starke Verteidigung aufrechterhalten werden muß bis zu einer Zeit, da wirksame Abrüstungsschritte unter entsprechenden Garantien sicher unternommen werden können.

Sie stimmten ferner darin überein, daß es mehr denn je notwendig sei, die Stärke und Einheit der NATO zu festigen.

Der Präsident und der Ministerpräsident besprachen die Notwendigkeit der Beschleunigung des wirtschaftlichen Fortschritts und der sozialen Reform in der Hemisphäre sowie die Notwendigkeit, die starken Bestrebungen in der Hemisphäre von der Diktatur hinweg zur Demokratie hin zu stärken. Sie erkannten an, daß diese Ziele eng miteinander verbunden sind. Sie stimmten überein, daß der Anschluß eines Regimes in der westlichen Hemisphäre an die kommunistische Führung im Ausland eine Angelegenheit sei, die zu ernster Besorgnis Anlaß gibt, da dadurch die friedliche und demokratische Evolution der lateinamerikanischen Völker bedroht wird. Der Ministerpräsident versicherte den Präsidenten des ständigen und wachsenden kanadischen Interesses an den interamerikanischen Angelegenheiten.

Der Präsident und der Ministerpräsident prüften das Laos-Problem. Sie bekräftigten erneut das Ziel, in Genf zu einem wahrhaft unabhängigen und neutralen Laos zu gelangen. In diesem Zusammenhang prüften sie die Erfahrung der Internationalen Kontroll- und Ueberwachungskommission, die durch die Genfer Uebereinkommen von 1954 ins Leben gerufen wurde. Sie stimmten überein, daß die Entwicklung und allgemeine Unterstützung eines wirksamen Kontrollapparates einen entscheidenden Faktor für die Lösung der Situation in Laos und ein wesentliches Element für die Schaffung von Frieden und Stabilität in Südostasien darstellen.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß beide Länder nun Mitglied der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind und sich an der Entwicklungshilfegruppe beteiligen, befaßten sich der Präsident und der Ministerpräsident mit der weiteren Verantwortung ihrer Länder für die Unterstützung der unterentwickelten Staaten. Beide Länder hatten seit vielen Jahren aktive Programme zur Wirtschaftsunterstützung. Sie waren sich einig, daß die neue Organisation die Möglichkeit geben würde, die Verfahren und die Beiträge ihrer beiden Länder auf diesem Gebiet enger miteinander zu verbinden als in der Vergangenheit.

Der Präsident und der Ministerpräsident nahmen die Bemühungen ihrer beiden Regierungen um die Ausarbeitung von zufriedenstellenden Handelsbeziehungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf den Genfer Zollverhandlungen zur Kenntnis und tauschten ihre Ansichten darüber aus, wie dieses große, für beide Länder bedeutsame Ziel am besten erreicht werden kann. Sie hoben das Interesse ihrer beiden Länder an der Förderung der Arbeitsmöglichkeiten und einer allgemeinen Expansion des Welthandels hervor.

Die Geißel des Krieges zu bannen, das Los der Menschheit zu bessern, das Gebiet der Freiheit zu verteidigen und zu vergrößern, den weniger als unsere eigenen Völker vom Schicksal begünstigten Ländern zu helfen — dies sind Ziele, die Kanada und die Vereinigten Staaten miteinander verbinden und die unsere beiden Länder mit anderen Verbündeten und Freunden gemeinsam und standhaft verfolgen werden.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 19. Mai 1961.

Kommuniqué über die Besprechungen zwischen Staatspräsident Charles de Gaulle und Präsident John F. Kennedy vom 31. Mai bis zum 2. Juni 1961 in Paris

Betrifft: Französisch-amerikanische Beziehungen — internationale Lage — NATO — Berlin.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat Paris vom 31. Mai bis zum 2. Juni einen Staatsbesuch abgestattet. Dieser Besuch selbst ist bereits ein Zeichen der engen und freundschaftlichen Beziehungen, die traditionsgemäß charakteristisch für die Geschichte der beiden Länder sind.

Während des Besuches fanden ausgedehnte Besprechungen zwischen General de Gaulle, dem Präsidenten der Französischen Republik, und Präsident Kennedy statt. Die beiden Präsidenten sprachen über die hauptsächlichen Fragen der gegenwärtigen Weltlage, und zwar sowohl was die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich wie auch was ihre Politik in allen Teilen der Welt anbetrifft. Im Verlaufe dieser Gespräche, die offen und eingehend waren, wurde die Haltung der beiden Länder gegenüber der Sowjetunion und der kommunistischen Welt sowie das Vorgehen der beiden Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika, einschließlich der Hilfe an die Entwicklungsländer, geprüft. Sie prüften ferner die Mittel für eine Stärkung der Atlantischen Allianz, dem grundlegenden Bündnis der freien Nationen.

Diese Gespräche haben die grundlegende Uebereinstimmung gezeigt, die zwischen den beiden Präsidenten besteht. Im besonderen haben Präsident de Gaulle und Präsident Kennedy die Gemeinsamkeit ihrer Auffassungen über ihre Verpflichtungen und ihre Verantwortungen in bezug auf Berlin bekräftigt.

Die Gespräche, die soeben stattgefunden haben, gestatteten es dem Präsidenten der Französischen Republik und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, sich kennenzulernen und sich vollkommen über die jeweilige Haltung ihrer beiden Länder auszusprechen, wobei die Interessen und Verantwortungen jedes der beiden Länder Berücksichtigung fanden.

Damit haben die Gespräche einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten geleistet. Die tiefe Solidarität, die die beiden Nationen in der Tradition der französisch-amerikanischen Freundschaft verbindet, verbleibt auch weiterhin die Grundlage dieser Beziehungen.

Quelle: *Kabel-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 5. Juni 1961.

Ergänzende Maßnahmen zum Regierungsprogramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy

(Vgl. hierzu Dokumente Jg. 1961, S. D 101—D 111 und S. D 213—D 264.)

Sonderbotschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, vom 25. Mai 1961, an den amerikanischen Kongreß

Betrifft: Beseitigung der Arbeitslosigkeit — Erhöhung des wirtschaftlichen Wachstums — Finanzpolitik — Zusätzliche Mittel für die Entwicklungshilfe — Intensivierung der Verbreitung von Informationen im Ausland — Stärkung der Verteidigungsbündnisse — Zusätzliche Mittel für das Militärhilfeprogramm — Modernisierung der konventionellen Streitkräfte — Verstärkung der zivilen Verteidigung — Plan für die Schaffung einer amerikanischen Abrüstungsbehörde — Zusätzliche Mittel für Weltraumprogramme.

Die Verfassung erlegt mir die Pflicht auf, „von Zeit zu Zeit dem Kongreß über die Lage der Nation zu berichten“. Wenn dies auch traditionsgemäß als eine einmal im

Jahr stattfindende Angelegenheit angesehen wird, so ist diese Tradition doch in außergewöhnlichen Zeiten durchbrochen worden.

Dies ist jetzt eine außergewöhnliche Zeit. Wir sehen uns einer außergewöhnlichen Herausforderung gegenüber. Unsere Stärke wie auch unsere Ueberzeugung haben unserem Lande die Rolle einer führenden Macht in der Sache der Freiheit auferlegt.

Keine Rolle in der Geschichte könnte schwieriger oder wichtiger sein. Wir stehen für die Freiheit ein — das ist unsere eigene Ueberzeugung, das ist unsere einzige Verpflichtung gegenüber anderen. Kein Freund, kein Neutraler und kein Gegner sollte etwas anderes denken. Wir sind nicht gegen irgend jemanden, gegen irgendeine Nation oder gegen irgendein System, es sei denn, es handelt sich um einen Gegner der Freiheit. Ich bin auch nicht hier, um eine neue militärische Doktrin zu verkünden, die irgendeinen Namen trägt oder auf irgendein bestimmtes Gebiet zugeschnitten ist. Ich bin hier, um die Doktrin der Freiheit zu fördern.

Das große und entscheidende Schlachtfeld, auf dem es um die Verteidigung und Verbreitung der Freiheit geht, ist heute die gesamte südliche Hälfte unseres Erdballs, Asien, Lateinamerika, Afrika und der Mittlere Osten — die Gebiete der aufstrebenden Völker. Ihre Revolution, die bisher größte in der Geschichte der Menschheit, ist eine Revolution des Friedens und der Hoffnung — für Freiheit und Gleichheit, für Ordnung und Unabhängigkeit. Diese Völker streben danach, der Ungerechtigkeit, Tyrannei und Ausbeutung ein Ende zu setzen. Mehr aber noch als eine Ende wünschen sie einen Neubeginn.

Und diese ihre Revolution würden wir auch ohne Kalten Krieg unterstützen und unabhängig davon, welchen politischen und wirtschaftlichen Weg sie für ihr Streben nach Freiheit wählen.

Denn nicht die Gegner der Freiheit haben diese Revolution ausgelöst, noch haben sie die Bedingungen geschaffen, die ihr den Antrieb geben. Sie versuchen jedoch, sich von der Welle dieser Bewegung tragen zu lassen, sie für sich auszunutzen.

Ihre Aggression jedoch ist häufiger versteckt als offen. Sie haben keine Raketen abgeschossen, und ihre Truppen treten selten in Erscheinung. Dafür senden sie Waffen, Agitatoren, Unterstützung, Techniker und Propagandamaterial nach allen Unruhegebieten. Wo jedoch gekämpft werden muß, wird dies gewöhnlich von anderen getan: von Guerillatruppen, die bei Nacht zum Einsatz kommen, von Meuchelmördern, die allein vorgehen — Meuchelmördern, die allein in Vietnam während der letzten 12 Monate 4000 Zivilbeamte getötet haben —, von Umstürzlern, Saboteuren und Aufrührern, die in einigen Fällen ganze Gebiete im Innern der unabhängigen Staaten unter ihrer Kontrolle halten.

Mit diesen schrecklichen Waffen wollen die Gegner der Freiheit ihr Territorium konsolidieren; sie wollen die Hoffnungen der jüngsten Nationen der Welt ausbeuten, kontrollieren und sie schließlich zerstören; und sie haben den Ehrgeiz, dies noch vor Ablauf dieses Jahrzehnts zu tun. Es ist eine Auseinandersetzung des Wollens und Trachtens wie auch der Macht und Gewalt — ein Ringen um Ueberzeugungen und Gefühle wie auch um Leben und Gebiete. Und in dieser Auseinandersetzung können wir nicht beiseite stehen.

Wir setzen uns, wie wir das immer getan haben, für die Unabhängigkeit und Gleichheit der Nationen ein. Unsere Nation wurde aus der Revolution geboren und wuchs in Freiheit. Und wir haben nicht die Absicht, dem Despotismus Tür und Tor zu öffnen.

Es gibt keine einfache politische Richtschnur, um dieser Herausforderung zu begegnen. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß keine Nation allein die Macht oder die Weisheit besitzt, um all diese Weltprobleme zu lösen oder mit allen revolutionären Strömungen fertig zu werden; daß die Ausweitung unserer Verpflichtungen nicht immer unsere

eigene Sicherheit vergrößert; daß jede Initiative das Risiko einer temporären Niederlage in sich birgt; daß Kernwaffen die Subversion nicht verhindern können; daß keine freie Nation ihre Freiheit ohne eigenen Willen und eigene Energie erhalten kann; und daß keine Nation oder Situation der anderen gleicht.

Dennoch gibt es vieles, was wir tun können und müssen. Die Vorschläge, die ich Ihnen heute unterbreite, sind sowohl zahlreich als auch verschiedenartig. Sie resultieren aus der großen Zahl der Möglichkeiten und Gefahren, die sich in den vergangenen Monaten in den Vordergrund geschoben haben. Zusammengenommen kennzeichnen sie einen weiteren Schritt in unseren Anstrengungen als Nation. Ich bin hier, um den Kongreß und die Nation um die Billigung dieser notwendigen Maßnahmen zu ersuchen.

Die erste grundlegende Aufgabe, die sich unserem Staat in diesem Jahre stellte, bestand darin, die Rezession in einen Wirtschaftsaufschwung zu verkehren. Ein positives Antirezessionsprogramm, das mit Ihrer Mitwirkung zustande kam, half mit, die natürlichen Kräfte auf dem privatwirtschaftlichen Sektor zu beleben — und so gewann unsere Wirtschaft wieder Vertrauen und Kraft. Die Rezession wurde zum Stillstand gebracht, und der Wiederaufschwung hat begonnen.

Aber die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die volle Ausnutzung unserer Hilfsquellen ist nach wie vor eine dringende Aufgabe. Eine Massenarbeitslosigkeit in einer Zeit der Rezession ist an sich schon schlimm genug, eine Massenarbeitslosigkeit in einer Zeit des Wirtschaftsaufschwungs aber wäre untragbar.

Ich lege dem Kongreß ein neues Arbeitsbeschaffungs- und Ausbildungsprogramm vor, um mehrere hunderttausend Arbeiter insbesondere in jenen Gebieten, in denen auf Grund der technischen Entwicklung eine anhaltende Arbeitslosigkeit herrscht, im Laufe von vier Jahren in neuen Berufen zu schulen oder auf neue Berufe umzuschulen und die durch die Automation und den Wandel in der Industrie veralteten Berufe durch jene neuen Berufe zu ersetzen, die eine neue Entwicklung verlangt.

Mit Befriedigung dürfen wir feststellen, daß wir große Fortschritte in unseren Bemühungen erzielt haben, das Vertrauen der Welt in den Dollar wiederherzustellen, den Goldabfluß einzudämmen und unsere Zahlungsbilanz zu verbessern. In den vergangenen zwei Monaten erhöhte sich unser Goldbestand um 17 Millionen Dollar, während in den beiden letzten Monaten des Jahres 1960 noch ein Verlust von 635 Millionen Dollar eingetreten war. Wir müssen diesen Fortschritt erhalten — und dies wird die Mitarbeit und die Selbstbeschränkung aller erfordern. In dem Maße, wie die wirtschaftliche Erholung fortschreitet, wird auch die Versuchung stärker werden, ungerechtfertigte Preis- und Lohnforderungen durchzusetzen. Das aber können wir uns nicht leisten, denn dadurch würden nur unsere Anstrengungen beeinträchtigt, im Ausland wettbewerbsfähig zu bleiben und eine vollständige wirtschaftliche Erholung im Inland herbeizuführen. Gewerkschaften und Unternehmer müssen — und ich hoffe, daß sie dazu bereit sind — in diesen kritischen Zeiten eine vernünftige Preis- und Lohnpolitik verfolgen. Ich erwarte, daß der Wirtschaftsbeirat des Präsidenten und der Ausschuß für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen in dieser Hinsicht eine starke Initiative entwickeln werden.

Wenn darüber hinaus das jetzt durch unsere Sicherheitserfordernisse erhöhte Budgetdefizit in tragbarem Rahmen gehalten werden soll, dann wird es notwendig sein, eine behutsame Finanzpolitik zu betreiben. Ich ersuche hier um die Mitarbeit des Kongresses: Er soll davon Abstand nehmen, zusätzliche Gelder für Programme, so wünschenswert sie auch sein mögen, zu bewilligen und damit das Budget zu belasten; das Defizit der Post, wie von meinem Amtsvorgänger beantragt, durch Gebührenerhöhungen beseitigen, ein Defizit, das übrigens mehr ausmacht als die auf das Haushaltsjahr 1962 entfallenden Kosten aller Raumfahrt- und Verteidigungsmaßnahmen, die ich Ihnen hier heute unterbreite; die Straßenbaufinanzierung auf einer Basis der Bezahlung Zug um Zug sichern;

und die Lücken in der Steuergesetzgebung schließen, die ich bereits früher detailliert habe. Unsere Sicherheit und unser Fortschritt lassen sich nicht billig erkaufen; und ihr Preis besteht aus dem Verzicht, den wir leisten, und dem Geld, das wir bezahlen müssen.

Ich betone unsere wirtschaftliche Stärke, weil sie wesentlich für unsere nationale Stärke ist. Und was für uns gilt, das gilt auch für andere Länder. Ihre Stärke im Kampf für die Freiheit hängt ab von dem Maß ihres wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts.

Es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir ihre Probleme nur unter militärischen Gesichtspunkten betrachteten. Denn Waffen und Armeen in noch so großer Zahl sind nicht imstande, Staaten zu stabilisieren, die nicht fähig oder willens sind, Sozialreformen und Aufbauprogramme durchzuführen. Mit Militärbündnissen ist Ländern, in denen soziale Ungerechtigkeit und Wirtschaftschaos zu Aufständen, zu Infiltration und Subversion herausfordern, nicht zu helfen. Auch mit der geschicktesten Antiguerilla-Taktik wird man dort nichts erreichen, wo die einheimische Bevölkerung zu sehr in ihrem eigenen Elend verstrickt ist, um sich über das Vordringen des Kommunismus Gedanken zu machen.

Für diejenigen aber, die unsere Ansichten teilen, sind wir wie schon in der Vergangenheit bereit, in großzügiger Weise unsere Fähigkeiten, unser Kapital und unsere Lebensmittel anzubieten, um den Völkern der Entwicklungsländer bei der Verwirklichung ihrer Ziele zu helfen, und zwar bevor die Krise sie in ihren Strudel zieht.

Dies ist auch unsere große Chance im Jahre 1961. Wenn wir sie nutzen, dann ist jeder Versuch, den Erfolg durch Subversion zu vereiteln, als ungerechtfertigter Versuch entlarvt, diesen Nationen die Freiheit und die Gleichheit vorzuenthalten. Falls wir diese Chance nicht ergreifen und sie sich diese Chance entgehen lassen, dann wird der Zug um Zug erfolgende Zusammenbruch labiler Staaten und unerfüllter Hoffnungen mit Sicherheit zu einer Reihe totalitärer Machtübernahmen führen.

Zu Beginn des Jahres habe ich dem Kongreß ein neues Programm für die Unterstützung der neu entstehenden Länder skizziert, und ich beabsichtige, ihm in Kürze Gesetzesvorlagen zur Durchführung dieses Programms und zur Schaffung eines neuen Gesetzes für internationale Entwicklung zu unterbreiten sowie die früheren Anforderungen in Anbetracht der raschen und kritischen Entwicklung der Dinge um weitere 250 Millionen Dollar zu erhöhen, aus denen ein Sonderfonds gebildet werden soll, über dessen Verwendung der Präsident von Fall zu Fall entscheiden und regelmäßig und uneingeschränkt dem Kongreß Bericht erstatten soll. Der Fonds soll in Fällen zur Verfügung stehen, in denen eine nicht voraussehbare plötzliche und außergewöhnliche Inanspruchnahme der ordentlichen Mittel — wie sie durch die jüngsten Ereignisse in Südostasien illustriert wird — den Einsatz dieses Reservefonds notwendig macht. Der angeforderte Gesamtbetrag — der sich nunmehr auf 2,65 Milliarden Dollar erhöht — entspricht zugleich dem Mindestbedarf und den entscheidenden Erfordernissen. Es ist mir unverständlich, wie jemand, den die wachsende Bedrohung der Freiheit in aller Welt mit Besorgnis erfüllt und der fragt, wie wir ihr besser begegnen könnten, das wichtigste Einzelprogramm für den Ausbau des Vorfelds der Freiheit zu schwächen oder abzulehnen vermag.

Aus dem Gesagten wird klar, daß wir uns in einem weltweiten Kampf befinden, bei dem uns die schwere Aufgabe zufällt, die Ideale, die wir mit den Völkern teilen, zu wahren und zu fördern, damit ihnen nicht fremde Ideale aufgezwungen werden. Diese Auseinandersetzung hat der Arbeit unseres Informationsamtes ihr besonderes Gepräge gegeben. Es ist wichtig, daß die bereits früher von mir für diesen Zweck angeforderten Mittel nicht nur in voller Höhe bewilligt, sondern um 2,4 Millionen Dollar auf etwas über 121 Millionen Dollar erhöht werden.

Dieser neue Antrag betrifft die Finanzierung einer verstärkten Rundfunk- und Fernseharbeit in den lateinamerikanischen Staaten und in Südostasien. Diese Medien erweisen sich insbesondere in den Städten und Dörfern jener großen Kontinente als ein wirksames und unerläßliches Mittel, um Millionen in ihrer Einstellung schwankende Menschen zu erreichen und ihnen unser Interesse an ihrem Kampf für die Freiheit vor Augen zu führen. Was Lateinamerika angeht, so schlagen wir einen Ausbau unserer Rundfunksendungen in spanischer und portugiesischer Sprache auf insgesamt 154 Stunden pro Woche — gegenüber gegenwärtig 42 Stunden — vor, von denen nicht eine einzige in Portugiesisch gehalten ist, der Sprache von etwa einem Drittel der Bevölkerung von Südamerika. Die Sowjets, die Rotchinesen und ihre Satellitenstaaten strahlen gegenwärtig bereits Rundfunksendungen mit einer Dauer von 134 Stunden pro Woche in Spanisch und Portugiesisch aus. Das kommunistische China allein verbreitet mehr Nachrichtensendungen in unserer Hemisphäre als wir selber. Propagandasendungen starker Stationen in Havanna, die heute in ganz Süd- und Mittelamerika zu hören sind, stacheln zu neuen Revolutionen in verschiedenen Ländern auf.

In ähnlicher Weise müssen wir in Laos, in Vietnam, in Kambodscha und Thailand unser entschlossenes Eintreten für jene bekunden, von denen wir hoffen, daß sie der kommunistischen Flut auf jenem Kontinent Einhalt gebieten werden. Unser Interesse konzentriert sich ausschließlich auf die Wahrheit.

Während wir vom Teilhaben, vom Aufbauen und von einem Wettstreit der Ideologien sprechen, reden andere von Waffen und drohen mit Krieg. So haben wir gelernt, unsere Verteidigung stark zu halten und mit anderen in einer Partnerschaft zur Selbstverteidigung zusammenzuarbeiten. Die Ereignisse der letzten Wochen haben uns veranlaßt, diesen Bestrebungen erneut Aufmerksamkeit zu schenken.

Erstens: Das Kernstück der Verteidigung der Freiheit bildet unser Netz von Bündnissen in der Welt, die sich von der NATO — empfohlen von einem demokratischen Präsidenten und gebilligt von einem republikanischen Kongreß — bis zur SEATO erstrecken, die von einem republikanischen Präsidenten empfohlen und von einem demokratischen Kongreß gebilligt wurde. Diese Bündnisse wurden in den vierziger und fünfziger Jahren geschaffen, und es ist unsere Aufgabe und Pflicht, sie in den sechziger Jahren zu stärken.

Um uns den sich wandelnden Machtverhältnissen anzupassen — und die Machtverhältnisse haben sich geändert —, sind wir für eine stärkere Betonung der konventionellen Kampfkraft der NATO eingetreten. Gleichzeitig aber bekräftigen wir unsere Ueberzeugung, daß auch die atomare Abschreckungsmacht der NATO stark gehalten werden muß. Ich habe unsere Absicht klar zum Ausdruck gebracht, dem NATO-Kommando zu diesem Zweck die fünf ursprünglich von Präsident Eisenhower vorgeschlagenen Polaris-Unterseeboote zu überstellen, wobei die Möglichkeit besteht, diese Zahl zu erhöhen.

Zweitens: in unserer Partnerschaft zur Selbstverteidigung nimmt das Militärhilfeprogramm einen bedeutenden Rang ein. Die Hauptlast der Verteidigung gegen einen lokal begrenzten Angriff, gegen Aufstand oder Guerillakrieg muß notwendigerweise auf den jeweiligen lokalen Streitkräften ruhen. Wo diese Streitkräfte den erforderlichen Willen und die Fähigkeit besitzen, mit derartigen Drohungen fertig zu werden, ist eine Intervention unsererseits kaum notwendig oder nützlich. Wo der Wille vorhanden ist und ihm nur die Fähigkeit nicht entspricht, kann unser Militärhilfeprogramm von Nutzen sein.

Aber dieses Programm benötigt genauso wie die Wirtschaftshilfe einen neuen Auftrieb. Es kann nicht erweitert werden ohne Berücksichtigung der sozialen, politischen und militärischen Reformen, die um der Selbstachtung und der Stabilität im Innern

willen erforderlich sind. Die gewährte Ausrüstung und Ausbildung muß auf die berechtigten örtlichen Erfordernisse und unsere eigene Außen- und Militärpolitik abgestellt sein und nicht auf unsere militärischen Vorräte oder auf den Wunsch eines örtlichen Staatsmannes nach großartigen militärischen Demonstrationen. Und die Militärhilfe kann über ihren militärischen Zweck hinaus einen Beitrag zum wirtschaftlichen Fortschritt leisten.

In einer früheren Botschaft forderte ich 1,6 Milliarden Dollar für die Militärhilfe an, wobei ich unterstrich, daß dadurch zwar das bestehende Stärkeniveau aufrechterhalten werden könne, daß jedoch nicht vorauszusehen sei, welche Erhöhungen sich unter Umständen als notwendig erweisen würden. Jetzt steht fest, daß dies nicht genug ist. Die gegenwärtige Krise in Südasien, über die der Vizepräsident einen wertvollen Bericht geliefert hat, die ständig größer werdende Gefahr des Kommunismus in Lateinamerika, die zunehmenden Waffenlieferungen nach Afrika und der ganze neuerliche Druck auf jedes Land, das man auf der Landkarte findet, wenn man mit dem Finger die Grenzen des kommunistischen Blocks in Asien und dem Mittleren Osten entlangfährt — all dies macht den ganzen Umfang unserer Erfordernisse deutlich.

Ich ersuche daher den Kongreß, im kommenden Haushaltsjahr eine Summe von insgesamt 1,885 Milliarden Dollar für die Militärhilfe zur Verfügung zu stellen — eine Summe, die niedriger ist als der vor einem Jahr angeforderte Betrag, aber ein Minimum darstellt, das sichergestellt sein muß, wenn wir jenen Ländern bei der Sicherung ihrer Unabhängigkeit helfen wollen. Diese Mittel müssen klug und umsichtig ausgegeben werden, und das wird unser gemeinsames Anliegen sein. Die Militär- und Wirtschaftshilfe ist seit langer Zeit eine große Bürde für unsere Bürger, und ich weiß, daß vielfach gegen sie Stimmung gemacht wird. Aber dieser Kampf ist noch längst nicht vorüber; er tritt vielmehr in sein entscheidendstes Stadium ein, und ich bin der Auffassung, daß wir an ihm teilnehmen sollten. Wir können uns nicht lediglich darauf beschränken, unsere Opposition gegenüber dem Vordringen des Totalitarismus zu erklären, ohne den Preis für die Unterstützung derjenigen zu zahlen, die jetzt unter größtem Druck stehen.

In Uebereinstimmung mit diesen Entwicklungen habe ich eine weitere Verstärkung unserer Kapazität, vor einer nichtatomaren Aggression abzuschrecken oder ihr zu widerstehen, angeordnet. Auf konventionellem Gebiet sehe ich, mit einer Ausnahme, gegenwärtig keine Notwendigkeit für große neue Aushebungen. Nötig ist vielmehr eine Aenderung unserer Einstellung, damit wir eine noch größere Flexibilität erreichen.

Daher weise ich erstens den Verteidigungsminister an, eine umfassende Reorganisation und Modernisierung der Gliederung der Armee vorzunehmen; ihre nichtatomare Feuerkraft zu verstärken; ihre taktische Beweglichkeit unter allen gegebenen Verhältnissen zu verbessern; ihre Flexibilität zur Abwehr jeder direkten oder indirekten Bedrohung sicherzustellen; die Koordinierung mit unseren wichtigen Verbündeten zu fördern; und für eine Erhöhung der Zahl der modern ausgerüsteten motorisierten Divisionen in Europa zu sorgen, unsere Ausrüstung auf den neuesten Stand zu bringen und neue Luftlandebrigaden sowohl im Pazifik wie in Europa zu stationieren;

ersuche ich zweitens den Kongreß um weitere 100 Millionen Dollar, um mit der Beschaffung der für den neuen Armeeaufbau erforderlichen modernsten Waffen beginnen zu können. So müssen zum Beispiel jetzt neue Hubschrauber, neue Mannschaftspanzerwagen und neue Geschütze beschafft werden;

weise ich drittens den Verteidigungsminister an, die Ausrichtung unserer bestehenden Streitkräfte auf die Führung nichtatomarer Kriege, paramilitärischer Operationen und begrenzter oder unkonventioneller Kriege schnell und wesentlich in Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten zu erweitern.

Außerdem werden unsere Spezialtruppen und Einheiten für unkonventionelle Kriegsführung verstärkt und umgeschult werden. Bei den gesamten Streitkräften muß erneuter Nachdruck auf die Spezialausbildung und Sprachkenntnisse gelegt werden, die für die Zusammenarbeit mit der einheimischen Bevölkerung erforderlich sind.

Viertens arbeitet die Armee Pläne aus, die eine weitaus schnellere Aufstellung eines großen Teils ihrer hervorragend ausgebildeten Reserveeinheiten möglich machen soll. Wenn diese Pläne verwirklicht sind und die Reserve verstärkt ist, könnten im Notfall zwei feldmarschmäßig ausgerüstete Divisionen zusammen mit ihren Nachschubeinheiten — insgesamt 89 000 Mann — innerhalb von drei Wochen einsatzbereit sein, zwei weitere Divisionen innerhalb von nur fünf Wochen; und sechs zusätzliche Divisionen und deren Versorgungseinheiten — zusammen zehn Divisionen — könnten nach acht Wochen verfügbar sein. Kurzum, diese neuen Pläne werden es uns ermöglichen, die Kampfstärke der Armee in weniger als zwei Monaten nahezu zu verdoppeln, wozu bislang fast neun Monate notwendig waren.

Um fünftens die zur Zeit schon ganz außergewöhnliche Fähigkeit des Marinekorps noch zu steigern, im Falle begrenzter kriegerischer Konflikte einzugreifen, ersuche ich den Kongreß um 60 Millionen Dollar, damit die Stärke des Korps auf 190 000 Mann erhöht werden kann. Dies wird die Stoßkraft und die Widerstandskraft unserer drei Marinedivisionen und der drei Flugzeuggeschwader vermehren und einen Stamm erstklassig ausgebildeter Soldaten für eine weitere Vergrößerung schaffen, sofern diese zur Selbstverteidigung nötig wird.

Um schließlich noch eine weitere Tätigkeit in einem anderen Bereich anzuführen, die in einem Zeitalter verborgener Gefahren als Mittel der Selbstverteidigung sowohl legitim als auch notwendig ist, muß unsere gesamte Abwehr einer Ueberprüfung unterzogen und ihre Koordinierung mit anderen Elementen der Politik sichergestellt werden. Der Kongreß und das amerikanische Volk haben das Recht zu wissen, daß wir für alle erforderlichen Organe, Richtlinien und Kontrollen sorgen werden.

Ein Hauptfaktor des nationalen Sicherheitsprogramms, den unser Volk niemals klar ins Auge gefaßt hat, ist die Zivilverteidigung. Dieses Problem ergibt sich nicht aus irgendwelchen gegenwärtigen Entwicklungen, sondern aus der nationalen Untätigkeit in der Vergangenheit, an der wir alle teilhatten. In den vergangenen zehn Jahren haben wir von Zeit zu Zeit die verschiedensten Programme erörtert, aber niemals eine beständige Politik eingeschlagen. Die öffentliche Diskussion war weitgehend durch Apathie, Gleichgültigkeit und Skepsis charakterisiert, während gleichzeitig zahlreiche für die Zivilverteidigung vorgeschlagene Pläne so weitreichend oder so unrealistisch waren, daß sie keine wesentliche Unterstützung fanden.

Meine Regierung hat sich sehr eingehend mit der Frage befaßt, was durch Zivilverteidigung erreicht und was nicht erreicht werden kann. Sie kann nicht auf billige Weise verwirklicht werden. Sie kann bei Ueberraschungsangriffen keinen absolut sicheren Luftschutz oder eine Garantie gegen Veraltung oder Zerstörung bieten. Und sie kann nicht vor einem nuklearen Angriff abschrecken.

Wir können einen Feind vor einem nuklearen Angriff nur abschrecken, wenn unsere Vergeltungsmacht so stark und so unverletzlich ist, daß er weiß, er selbst würde durch unseren Gegenschlag vernichtet werden. Wenn wir über diese Stärke verfügen, dann bedarf es der Zivilverteidigung nicht, um vor einem Angriff abzuschrecken. Wenn wir diese Stärke jemals nicht hätten, dann wäre die Zivilverteidigung kein ausreichender Ersatz.

Aber diese Konzeption der Abschreckung setzt vernünftige Ueberlegungen von vernünftigen Leuten voraus. Und die Geschichte unseres Planeten und vor allem auch die Geschichte des 20. Jahrhunderts genügen eigentlich, um uns die Möglichkeit eines vernunftwidrigen Angriffs, einer Fehlkalkulation, eines unbeabsichtigten Krieges oder

eines Lawinenkrieges, wenn der Einsatz auf beiden Seiten allmählich immer höher steigt, bis schließlich der Gefahrenpunkt überschritten wird, vor Augen zu führen, der weder vorausgesehen noch durch Abschreckung verhindert werden kann. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse ist die Zivilverteidigung zu rechtfertigen, als ein Schutz der Zivilbevölkerung für den Fall einer solchen Fehlkalkulation des Gegners. Es ist ein Schutz, der — so hoffen wir — niemals benötigt werden wird, ein Schutz, für dessen Unterlassung es im Falle einer Katastrophe für uns keine Entschuldigung gäbe.

Nachdem einmal die Gültigkeit dieser Konzeption anerkannt ist, gibt es keinen Grund für die Hinauszögerung eines langfristigen Programms auf Bundesebene zur Erfassung der vorhandenen Kapazität der Strahlenschutzunterkünfte und zur Bereitstellung von weiteren Schutzeinrichtungen in neuen und bereits bestehenden Gebäuden. Ein solches Programm würde Millionen von Menschen gegen die Gefahren der radioaktiven Strahlung im Falle eines großangelegten Atomangriffes schützen. Eine wirksame Durchführung des gesamten Programmes macht nicht nur neue gesetzmäßige Vollmachten und weitere Mittel, sondern auch vernünftige organisatorische Vorkehrungen nötig.

Daher übertrage ich auf Grund der Vollmacht, die mir durch den Organisationsplan Nummer eins aus dem Jahre 1958 eingeräumt wurde, die Verantwortung für dieses Programm der höchsten, für die kontinentale Verteidigung bereits verantwortlichen zivilen Stelle, dem Verteidigungsminister. Es ist wichtig, daß diese Funktion ihrer Natur und ihrem Wirkungskreis nach in zivilen Händen bleibt, und dieses Charakteristikum wird nicht verändert.

Das Amt für Zivil- und Verteidigungsmobilisierung wird zu einer Bundesbehörde mit einem kleinen Arbeitsstab umgebildet, die bei der Koordinierung dieser Funktionen mitwirken soll. Um die Arbeiten des Stabes genauer zu umreißen, sollte sein Name in „Amt für Notstandsplanung" umgeändert werden.

Sobald die mit diesen Verantwortungen neu betrauten Stellen die neuen Bewilligungs- und Ermächtigungsanforderungen ausgearbeitet haben, werden dem Kongreß diese Anforderungen für ein wesentlich verstärktes Zivilverteidigungsprogramm des Bundes und der Einzelstaaten unterbreitet. Im Rahmen eines solchen Programmes werden Bundesmittel für die Erfassung der Kapazität der Strahlenschutzräume in bereits bestehenden Gebäuden zur Verfügung gestellt, und darüber hinaus wird das Programm — wo dies angebracht ist — Schutzräume in Bundesgebäuden, den neuen Bedarf an Schutzräumen in Gebäuden, die mit finanzieller Unterstützung des Bundes errichtet werden, sowie Zuwendungen in Form einer Beteiligung im Verhältnis 1:7 und andere Anreize für den Bau von Schutzräumen in staatlichen und kommunalen sowie in privaten Gebäuden einschließen.

Die im Rahmen dieses Programmes im Finanzjahr 1962 vom Bund benötigten Mittel werden aller Wahrscheinlichkeit nach mehr als das Dreifache der anstehenden Budgetanforderungen betragen; und sie werden sich in den folgenden Jahren noch wesentlich erhöhen. Außerdem wird eine finanzielle Beteiligung der einzelstaatlichen Regierungen und der kommunalen Behörden sowie privater Bürger erforderlich sein. Aber keine Versicherung ist kostenlos, und jeder amerikanische Bürger und seine Gemeinden müssen selbst entscheiden, ob diese Form, das Ueberleben zu garantieren, die Aufwendung an Mühe, Zeit und Geld rechtfertigt. Ich für meinen Teil bin fest davon überzeugt, daß dies der Fall ist.

Ich kann diese Erörterung der Verteidigung und Rüstung nicht abschließen, ohne unsere stärkste Hoffnung zu unterstreichen: die Schaffung einer geordneten Welt, in der die Abrüstung möglich sein wird. Unsere Waffen dienen nicht der Vorbereitung auf den Krieg; mit ihrer Hilfe sind wir vielmehr bemüht, andere von Abenteuern, die zu einem Kriege führen könnten, abzuhalten und ihnen entgegenzutreten.

Deshalb steht es in Einklang mit diesen Bemühungen, wenn wir weiterhin auf ordnungsgemäß abgesicherte Abrüstungsmaßnahmen drängen. In Genf haben wir in Zusammenarbeit mit Großbritannien konkrete Vorschläge unterbreitet, um unseren Wunsch klarzumachen, den Sowjets bei einem wirksamen Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche auf halbem Wege entgegenzukommen — dem ersten bedeutsamen und entscheidenden Schritt in Richtung auf eine Abrüstung. Bisher fiel die sowjetische Antwort nicht so aus, wie wir erhofft hatten. Gestern abend erst ist Mr. Dean aus Genf zurückgekehrt, und wir beabsichtigen, auch die letzte Meile in Geduld zurückzulegen, um diesen Erfolg, wenn nur irgend möglich, zu erringen.

Inzwischen sind wir entschlossen, die Abrüstung auch fernerhin weit oben auf unserer Tagesordnung zu belassen, verstärkte Anstrengungen zur Entwicklung annehmbarer politischer und technischer Alternativen zum gegenwärtigen Wettrüsten zu machen. Zu diesem Zweck werde ich dem Kongreß demnächst eine Vorlage zur Schaffung einer verstärkten und erweiterten Abrüstungsbehörde unterbreiten.

Wenn wir schließlich den Kampf zwischen Freiheit und Tyrannei gewinnen wollen, der gegenwärtig überall auf der Erde tobt, dann sollten die dramatischen Erfolge im Weltraum, die in den vergangenen Wochen erzielt wurden, uns allen, wie 1957 der Sputnik, den gewaltigen Eindruck dieser Leistung auf das Denken von Menschen in allen Teilen der Erde vor Augen geführt haben, die sich zu entscheiden versuchen, welchen Weg sie einschlagen sollen. Seit den ersten Tagen meiner Regierungszeit sind unsere Anstrengungen auf dem Gebiet der Raumforschung überprüft worden. Mit dem Beistand des Vizepräsidenten, des Vorsitzenden des Rates für Luft- und Raumfahrt, haben wir geprüft, wo wir stark sind und wo nicht, wo wir Erfolg haben könnten und wo nicht. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, um größere Schritte zu unternehmen, der Zeitpunkt für große neue amerikanische Pioniertaten, der Zeitpunkt, wo unsere Nation klar die führende Rolle bei den Leistungen im Weltraum übernehmen sollte, in dem in mancherlei Hinsicht vielleicht sogar der Schlüssel für unsere Zukunft hier auf Erden zu finden sein dürfte.

Ich glaube, daß wir alle notwendigen Hilfsmittel und Talente besitzen. Tatsache jedoch ist, daß wir die für eine solche führende Stellung notwendigen nationalen Entscheidungen nie getroffen noch unsere nationalen Hilfsquellen mobilisiert haben. Wir haben niemals langfristige Ziele auf der Basis einer Dringlichkeitsplanung im einzelnen festgelegt oder unsere Hilfsquellen und die uns verfügbare Zeit so genutzt, daß ihre Erreichung sichergestellt war.

Auch wenn wir den Vorteil anerkennen, den die Sowjets mit ihren großen Raketentriebwerken erlangt haben und der ihnen einen Vorsprung von vielen Monaten gibt, und wenn wir die Wahrscheinlichkeit hinzunehmen, daß sie diese Führung für einige Zeit zu noch eindrucksvolleren Erfolgen ausnutzen werden, so sind wir dennoch gehalten, neue Anstrengungen zu machen. Denn wenn wir auch nicht garantieren können, daß wir eines Tages die ersten sein werden, so können wir doch die Garantie geben, daß jedes Versäumnis, sich an diesen Anstrengungen zu beteiligen, uns in die Rolle des Letzten drängen wird. Wir übernehmen ein weiteres Risiko dadurch, daß wir unsere Versuche offen vor aller Welt durchführen. Aber wie die große Leistung des Astronauten Shepard gezeigt hat, stärkt gerade dieses Risiko — wenn wir Erfolg haben — unser Ansehen. Aber es handelt sich hier nicht nur um einen Wettlauf. Der Weltraum steht uns jetzt offen, und unser Streben, an dieser bedeutenden Entwicklung teilzuhaben, wird nicht von den Anstrengungen der anderen bestimmt. Wir dringen in den Weltraum vor, weil bei allen Aufgaben, die sich die Menschheit stellen muß, freie Menschen ihren vollen Anteil zu tragen haben.

Ich ersuche daher den Kongreß, über die zusätzlichen Mittel hinaus, die ich bereits früher für das Weltraumprogramm gefordert habe, die für die Erreichung der folgenden nationalen Ziele benötigten Geldmittel zu bewilligen:

Erstens glaube ich, daß sich die Vereinigten Staaten das Ziel stellen sollten, noch vor Ende dieses Jahrzehnts einen Menschen auf dem Mond zu landen und ihn wieder sicher zur Erde zurückzubringen. Kein einzelnes Projekt der Raumfahrt wird innerhalb dieser Periode eindrucksvoller oder auch für die Erforschung des Raumes, auf lange Sicht gesehen, wichtiger sein, und kein anderes wird so schwierig zu erreichen und so kostspielig sein. Wir schlagen vor, die Entwicklung eines geeigneten Mondflugkörpers zu beschleunigen. Wir schlagen vor, weitaus größere Raketentriebwerke als bisher sowohl mit flüssigem wie mit festem Treibstoff zu bauen, bis wir sicher sind, welcher dem anderen überlegen ist.

Wir schlagen zusätzliche Mittel für die Entwicklung anderer Antriebsmaschinen und für unbemannte Erkundungsflüge vor — Erkundungsflüge, die vor allem für den einen Zweck von Bedeutung sind, den unser Volk nie außer acht lassen wird: das Ueberleben des Menschen, der als erster diesen kühnen Flug macht. Aber in einem höchst realen Sinne wird es nicht ein einzelner sein, der zum Mond fliegt, sondern, genaugenommen, die gesamte Nation, denn wir alle müssen mithelfen, ihn dorthin zu bringen;

zweitens zusätzliche 23 Millionen Dollar, zusammen mit den bereits verfügbaren 7 Millionen, um die Entwicklung der Rover-Atomrakete zu beschleunigen. Sie bietet uns die Aussicht, daß uns eines Tages ein Mittel zu noch dramatischeren und ehrgeizigeren Erkundungsflügen in den Weltraum zur Verfügung steht — zu Flügen, die vielleicht über den Mond hinaus, vielleicht bis ans Ende des Sonnensystems selbst führen werden;

drittens die Summe von weiteren 50 Millionen Dollar, um unsere derzeitige führende Stellung nach besten Kräften auszunutzen, indem wir die Verwendung von Raumsatelliten für ein weltumspannendes Nachrichtenübermittlungsnetz beschleunigen;

viertens zusätzliche 75 Millionen Dollar — von denen 53 Millionen für das Bundeswetteramt bestimmt sind —, um uns zum frühestmöglichen Zeitpunkt ein weltumspannendes Satellitensystem zur Wetterbeobachtung zu verschaffen.

Möge darüber Klarheit herrschen — und es handelt sich hier um eine Entscheidung, die die Mitglieder des Kongresses schließlich treffen müssen —, möge also Klarheit darüber herrschen, daß ich den Kongreß und die Nation ersuche, eine feste Verpflichtung auf einen neuen Kurs des Handelns einzugehen — einen Kurs, der viele Jahre hindurch eingehalten werden muß und hohe Kosten von 531 Millionen Dollar im Haushaltsjahr 1962 erforderlich machen wird — in den nächsten fünf Jahren etwa 7 bis 9 Milliarden Dollar zusätzlich. Wollten wir den Weg nur halb gehen oder uns angesichts der Schwierigkeiten unseren Blick trüben lassen, dann wäre es meiner Meinung nach besser, wir würden den Weg gar nicht erst antreten.

Dies ist eine Wahl, die unser Land zu treffen hat, und ich vertraue darauf, daß Sie diese Angelegenheit unter der Führung der Raumforschungsausschüsse des Kongresses und der Bewilligungsausschüsse sorgfältig prüfen werden.

Es ist dies eine höchst bedeutsame Entscheidung, die wir als Volk treffen müssen. Sie alle haben die letzten vier Jahre miterlebt und haben gesehen, welche Bedeutung dem Raum und dem wagemutigen Vorstoß in den Raum zukommt. Und niemand kann heute schon genau vorhersagen, was die Beherrschung des Weltraums schließlich einmal bedeuten wird.

Ich bin der Auffassung, daß wir zum Mond fahren sollten. Ich glaube aber auch, daß alle Bürger dieses Landes und auch alle Mitglieder des Kongresses diese Dinge sorgfältig erwägen sollten, ehe sie ihre Entscheidung fällen, die wir selbst Wochen und Monate erwogen haben, bringt sie doch eine schwere Bürde mit sich. Es hat keinen Sinn, zu diesen Dingen ja zu sagen oder zu wünschen, daß sich die Vereinigten Staaten

positiv in die Erforschung des Weltraums einschalten, wenn wir nicht bereit sind, dafür zu arbeiten und die damit verbundenen Lasten zu tragen, um den Erfolg sicherzustellen. Wenn wir dies nicht tun wollen, dann sollten wir jetzt und noch in diesem Jahr eine entsprechende Entscheidung fällen.

Diese Entscheidung erfordert einen bedeutenden Einsatz der wissenschaftlichen und technischen Kräfte, der Materialien und Anlagen, die unserer Nation zur Verfügung stehen, und birgt die Möglichkeit, daß sie von anderen wichtigen Tätigkeitsgebieten, wo sie bereits dünn gesät sind, abgezogen werden. Sie erfordert ein Maß an Hingabe, Organisition und Disziplin, wie es für unsere Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen bislang nicht immer charakteristisch gewesen ist. Sie bedeutet, daß wir uns unbillige Arbeitsverzögerungen, aufgeblähte Kosten für Material oder Talent, unnütze Kompetenzstreitigkeiten oder einen ständigen Wechsel der Männer in den Schlüsselpositionen nicht leisten können.

Neue Zielsetzungen und neue Geldmittel können diese Probleme nicht lösen. Ja, sie könnten sie sogar noch erschweren, wenn sich nicht jeder Wissenschaftler, jeder Ingenieur, jeder Soldat, jeder Techniker, jede Kontraktfirma und jeder Beamte, der hiervon betroffen ist, persönlich dazu verpflichtet, unsere Nation mit dem ganzen Schwung, dessen eine freiheitliche Ordnung fähig ist, bei diesem aufregenden Weltraumabenteuer voranzubringen.

Abschließend möchte ich einen Punkt noch besonders herausstellen: Es bereitet keinem Präsidenten der Vereinigten Staaten Vergnügen, und es hat auch sicher meinem Vorgänger kein Vergnügen bereitet, vor den Kongreß zu treten und neue Bewilligungen zu verlangen, die unserem Volk neue Lasten aufbürden. Ich habe mich nur zögernd hierzu entschlossen. Meiner Ueberzeugung nach befinden wir uns aber in einer für das Leben unseres Staates und den Fortbestand der Freiheit überall auf dem Erdball sehr ernsten Zeit, und es ist, wie ich glaube, Aufgabe des Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Mitgliedern des Kongresses zumindest seine Empfehlungen zu unterbreiten, damit sie angesichts seiner Lagebeurteilung ihre eigenen Schlüsse ziehen können. Sie müssen für sich eine Entscheidung treffen, wie ich meine Entscheidung getroffen habe, und ich vertraue darauf, daß Ihr Urteil — ebenso wie mein Urteil —, gleichgültig, ob Sie sich schließlich so entscheiden werden wie ich, auf der Erwägung dessen beruhen wird, was im besten Interesse unseres Landes liegt.

Lassen Sie mich zusammenfassend noch einen weiteren Punkt klarstellen, daß wir als Nation im Jahre 1961 entschlossen sind, alles für das Fortbestehen und den Erfolg der Freiheit zu tun — und welcher Art auch immer die Gefahren und Rückschläge sein mögen, so haben wir doch einige große Vorteile.

Der erste ist die einfache Tatsache, daß wir auf der Seite der Freiheit stehen — und seit dem Beginn der Geschichte hat die Freiheit überall auf der Erde den Sieg davongetragen.

Ein zweiter großer Aktivposten ist, daß wir nicht allein stehen. Wir haben in der ganzen Welt Freunde und Verbündete, die unsere Hingabe an die Freiheit teilen. Lassen Sie mich als Symbol traditioneller und wirksamer Freundschaft den großen Alliierten anführen, den ich in Kürze besuchen werde: Frankreich. Ich sehe meinem Besuch in Frankreich und meinen Gesprächen mit einem der Führer der westlichen Welt, Staatspräsident de Gaulle, als einer Zusammenkunft von besonderer Bedeutung entgegen, die jene Form enger und umfassender Konsultation ermöglicht, die beide Länder stärkt und den gemeinsamen Zielen des Weltfriedens und der Freiheit dient. Solche ernsthaften Unterredungen erfordern keine farblose Einmütigkeit — sie sind vielmehr ein Mittel des Vertrauens und der Verständigung auf lange Sicht.

Ein dritter Aktivposten ist unsere Friedenssehnsucht. Sie ist aufrichtig, und die Welt weiß das meiner Meinung nach. Wir beweisen dies durch unsere Geduld bei den

Genfer Atomverhandlungen, und wir beweisen dies auch vor den Vereinten Nationen, wo unsere Bemühungen darauf abzielen, den Wert und Nutzen der Organisation als Beschützer der Unabhängigkeit der kleinen Nationen zu erhalten. Bei diesen und anderen Anlässen war die Reaktion unserer Gegner nicht ermutigend.

Und dennoch ist es wichtig, daß sie wissen, daß unsere Geduld am Verhandlungstisch nahezu unerschöpflich, unsere Gutgläubigkeit aber begrenzt ist, daß unsere Hoffnungen auf den Frieden nie aufhören, während unsere Entschlossenheit, unsere Sicherheit zu wahren, unerschütterlich ist. Aus diesen Gründen war ich seit langem der Meinung, daß es klug ist, mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten zu einem persönlichen Meinungsaustausch zusammenzutreffen. Ein Zusammentreffen in Wien erwies sich für uns beide als passend; und die österreichische Regierung hat uns freundlicherweise eingeladen. Es ist keine offizielle Tagesordnung vorgesehen, und es werden keine Verhandlungen geführt werden; aber wir werden klarstellen, daß sowohl die Freiheit als auch der Friede immerfort ein Anliegen Amerikas sein werden, daß wir bestrebt sind, in Harmonie mit dem russischen Volk zu leben, daß wir keine Eroberungen, keine Satelliten und keine Reichtümer erstreben, und daß wir nur den Tag herbeisehnen, an dem „die Nationen nicht mehr das Schwert gegeneinander erheben und das Kriegshandwerk nicht mehr kennenlernen".

Unser größter Aktivposten in dieser Auseinandersetzung schließlich ist das amerikanische Volk selbst; seine Bereitschaft, den Preis für diese Programme zu zahlen — eine lange Auseinandersetzung zu verstehen und zu akzeptieren — seine Hilfsquellen mit anderen, weniger glücklichen Völkern zu teilen — den steuerlichen Forderungen zu entsprechen und die Maschen in der Steuergesetzgebung, wie von mir gefordert, zu schließen — sich Selbstbeschränkung aufzuerlegen, statt Löhne und Preise hinaufzutreiben, gewisse Agrargüter im Ueberfluß zu produzieren, militärische Geheimnisse zu verbreiten oder unnötige Ausgaben, ungerechtfertigte Monopole und schädliche Streiks zu fordern — im Friedenskorps, in den Streitkräften, in der Bundesverwaltung oder im Kongreß zu dienen — nach größten Leistungen in seinen Schulen und Städten und einer Verbesserung seiner Gesundheit und der seiner Kinder zu streben — an der Zivilverteidigung teilzunehmen — höhere Postgebühren, höhere Sozialabgaben und höhere Gehälter für die Lehrer zu entrichten, um unsere Gesellschaft zu stärken — den Studenten und Besuchern aus anderen Ländern Freundschaft entgegenzubringen, die zu uns kommen und in vielen Fällen nach ihrer Rückkehr in die Heimat eine führende Stellung einnehmen werden, mit einer festumrissenen Vorstellung von Amerika im Herzen — und schließlich Demokratie zu Hause, in allen Staaten, gegenüber allen Rassen zu praktizieren, einander zu respektieren und die verfassungsmäßigen Rechte aller Bürger zu schützen.

Ich habe bisher nicht ein einziges Programm gefordert, das nicht dem einen oder anderen Amerikaner oder sogar allen Amerikanern irgendwelche Unannehmlichkeiten oder Härten bereitet oder einige Opfer auferlegt. Aber sie sind darauf eingegangen — Sie hier im Kongreß sind darauf eingegangen — und ich bitte Sie heute voller Vertrauen, auf diese neuen und größeren Forderungen genauso zu reagieren. Ich nehme auf meine bevorstehende Reise ins Ausland das beruhigende Wissen mit, daß unser Land in seiner Hingabe an die Freiheit einig und bereit ist, seine Pflicht zu tun.

Quelle: *Amerika-Dienst* (Botschaft der Vereinigten Staaten, Bad Godesberg) vom 2. Juni 1961.